

# Tätigkeitsbericht

Staatsrat

—

2013



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Conseil d'Etat CE**  
**Staatsrat SR**

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>5</b>		
<b>2</b>	<b>Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunkturelles Umfeld</b>	<b>5</b>		
<b>3</b>	<b>Stand der im Regierungsprogramm angekündigten Arbeiten</b>	<b>6</b>		
<b>3.1</b>	<b>Herausforderung 1: Ausbau unserer Infrastrukturen, um das starke Bevölkerungswachstum zu bewältigen</b>	<b>6</b>		
3.1.1	Anpassung der Raumplanung an das Bevölkerungswachstum	6		
3.1.2	Verdichtung des Freiburger Angebots an öffentlichem Verkehr	6		
3.1.3	Modernisierung der Strasseninfrastruktur	7		
3.1.4	Weiterführung der grossen Strassenbaustellen	7		
3.1.5	Umsetzung der Strategie für die 4000-Watt-Gesellschaft	7		
3.1.6	Verbesserung des Schutzes der natürlichen Ressourcen und der Lebensgrundlagen	7		
3.1.7	Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 1	8		
<b>3.2</b>	<b>Herausforderung 2: Entwicklung einer Bildungspolitik, die Jugendliche und Erwachsene bei der Eingliederung unterstützt</b>	<b>8</b>		
3.2.1	Revision der gesetzlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen der obligatorischen Schule und der Sekundarstufe 2	8		
3.2.2	Umsetzung des kantonalen Konzepts für den Sprachenunterricht	8		
3.2.3	Ausbau und Strukturierung des Studiengangs der Lehrerinnen- und Lehrerbildung	9		
3.2.4	Positionierung der Hochschulen (HS)	10		
3.2.5	Stärkung des Forschungsstandorts	10		
3.2.6	Förderung der Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bildungsbedarf in die Regelschule	11		
3.2.7	Erleichterung der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten	11		
3.2.8	Förderung des Erwerbs und Erhalts von Grundkompetenzen für Erwachsene	11		
3.2.9	Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 2	11		
<b>3.3</b>	<b>Herausforderung 3: Unterstützung von Innovation und Technologietransfer zur Förderung eines qualitativen Wachstums</b>	<b>12</b>		
3.3.1	Sicherung des beruflichen Nachwuchses	12		
3.3.2	Förderung von Unternehmensgründungen	12		
3.3.3	Schaffung eines Technologie- und Innovationsparks (blueFACTORY)	12		
3.3.4	Förderung des Wachstums der Freiburger Unternehmen und der Ansiedlung neuer Unternehmen	13		
3.3.5	Verwirklichung des Umsetzungsprogramms zur Regionalpolitik	13		
3.3.6	Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung	13		
3.3.7	Positionierung Freiburgs als zentraler Akteur der Schweizer Lebensmittelbranche	13		
3.3.8	Konkretisierung der Vision 2030 des Freiburger Tourismusverbands	14		
3.3.9	Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 3	14		

<b>3.4 Herausforderung 4: Festigung des sozialen Zusammenhalts und der Lebensqualität vor dem Hintergrund eines starken Wachstums</b>	<b>14</b>	3.6.1 Festigung unserer Bestimmung als «Brückenkanton»	19
3.4.1 Anpassung des Pflegeangebots an die gesellschaftlichen Herausforderungen	14	3.6.2 Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts und einer Partnerschaft für die Förderung des Images von Freiburg	19
3.4.2 Bewahrung und Förderung der Gesundheit bei der Freiburger Bevölkerung	15	3.6.3 Förderung unserer Kulturpolitik und unserer Traditionen	19
3.4.3 Konkretisierung des Projekts «Senior+»	15	3.6.4 Förderung des Sports als Element der freiburgischen Identität	20
3.4.4 Integration von behinderten Personen und Bekämpfung der Armut	15	3.6.5 Förderung der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften	20
3.4.5 Konsolidierung der strategischen Linien der Familienpolitik	15	3.6.6 Stärkung der Stellung der Gemeinden als erste Ebene der kantonalen Einrichtungen	20
3.4.6 Ausarbeitung eines umfassenden Konzepts zur Integration der Migrantinnen und Migranten	16	3.6.7 Verbesserung der Funktionsweise der territorialen Strukturen	20
3.4.7 Förderung des Zusammenlebens der Religionsgemeinschaften	16	3.6.8 Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Leitung der öffentlichen Einrichtungen	21
3.4.8 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 4	16	3.6.9 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 6	21
<b>3.5 Herausforderung 5: Anpassung der Sicherheitspolitik und der Justiz an die gesellschaftliche Entwicklung</b>	<b>17</b>	<b>3.7 Herausforderung 7: Sicherstellung des Gleichgewichts der Kantonsfinanzen und weitere Modernisierung der Public Governance</b>	<b>21</b>
3.5.1 Reorganisation der Justiz unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Entwicklung	17	3.7.1 Sicherstellung des Gleichgewichts der Kantonsfinanzen	21
3.5.2 Anpassung der Haftstrukturen an die Entwicklung der Bedürfnisse	17	3.7.2 Entwicklung des E-Governments als Dienstleistungs-Instrument (e-FR)	21
3.5.3 Umsetzung der neuen Politik zur Bekämpfung der Kriminalität	17	3.7.3 Weiterführung einer proaktiven Personalpolitik	22
3.5.4 Verbesserung der Führungsinstrumente des Bevölkerungsschutzes	18	3.7.4 Entwicklung und Anwendung des Konzepts von Ombudsstellen in der Verwaltung	22
3.5.5 Organisation der Lebensmittelsicherheit vom Stall bis auf den Tisch	18	3.7.5 Verbesserung des Verwaltungsbetriebs mit Hilfe der Informatik	22
3.5.6 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 5	18	3.7.6 Umsetzung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung beim Staat Freiburg	22
<b>3.6 Herausforderung 6: Pflege der freiburgischen Identität und Optimierung der Institutionen</b>	<b>19</b>	3.7.7 Verwaltung der Immobilien des Staates Freiburg	23
		3.7.8 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 7	23

<b>4 Staatsratsjahr</b>	<b>23</b>	<b>5.6 Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständeräten und zu den Bundesbehörden</b>	<b>28</b>
4.1 Sitzungen	23	5.7 Vernehmlassungen des Bundes	28
4.2 Arbeitstreffen	23	<b>6 Finanzielle und personelle Auswirkungen der Entscheide, die vom Grossen Rat im Jahr 2013 getroffen wurden</b>	<b>28</b>
4.3 Besuche und Empfänge	24	6.1 Investitionsrechnung	28
<b>5 Aussenbeziehungen</b>	<b>25</b>	6.2 Erfolgsrechnung	29
5.1 Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	25	6.3 Gesetzes- und Dekretsentwürfe, die im Jahr 2013 geprüft wurden (mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)	29
5.2 ch Stiftung	25	<b>7 Personalbestand</b>	<b>33</b>
5.3 Direktorenkonferenzen	26	<b>8 Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>34</b>
5.4 Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)	27		
5.5 Bilaterale Treffen zwischen Regierungen	27		

---

# 1 Einleitung

---

In Artikel 109 der Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004 wird bestimmt, dass der Staatsrat dem Grossen Rat jedes Jahr über seine Tätigkeit und den Stand der Umsetzung des Regierungsprogramms für die Legislaturperiode Auskunft gibt.

Der Tätigkeitsbericht über das Jahr 2013 folgt dem Modell der Berichte seit dem Jahr 2007 und berücksichtigt beide Elemente, über die dem Grossen Rat Auskunft erteilt werden muss. Er besteht aus zwei Teilen: Im ersten wird über die Tätigkeit des Staatsrats berichtet, und nach einer kurzen Übersicht über das konjunkturelle Umfeld im Berichtsjahr wird über die Umsetzung der sieben Herausforderungen des Regierungsprogramms für die Legislaturperiode informiert. Im zweiten werden nach einem gemeinsamen Raster die Tätigkeiten der Direktionen und der Staatskanzlei dargestellt; dazu kommt ein Sonderdruck über die Aussenbeziehungen (insgesamt 10 Dokumente). Die Art der Ausarbeitung wurde geändert. Der Staatsrat bat die Direktionen, ihre Tätigkeitsberichte zu kürzen, und kam so einem Ersuchen der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission nach. Die Dokumente werden vollständig bei den Direktionen und der Staatskanzlei realisiert; dazu wird ein neues Grafikmodell verwendet, dank dem mit den klassischen Büroinformatikwerkzeugen gearbeitet werden kann. Die vollständige Version des Berichts des Staatsrats wird nicht mehr gedruckt. Nur eine kleine Zahl Exemplare wird zuhänden des Grossen Rates gedruckt. Alle Tätigkeitsberichte stehen auf den Websites des Staatsrats und der Direktionen zur Verfügung.

## 2 Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunkturelles Umfeld

---

2013 bewies die Freiburger Wirtschaft ebenso wie die Schweizer Wirtschaft Widerstandskraft in einem gespannten internationalen konjunkturellen Umfeld.

Die Schwellenländer (namentlich China, Brasilien und Indien) bildeten den wichtigsten Wachstumsmotor für die Weltwirtschaft und glichen die Auswirkungen einer besonders schwierigen Konjunktur in den entwickelten Ländern aus. Die meisten Schwellenländer haben aber den Konjunkturhöhepunkt überschritten und ihre Tätigkeiten erfahren einen Rückgang; deshalb war das weltweite Wachstum 2013 schwach. Ihre Wachstumsraten sollten zwar über diejenigen der entwickelten Länder, aber weit unter den in den vergangenen Jahren erreichten Werten liegen. Andererseits gewinnt die Wirtschaft der entwickelten Länder nach und nach an Fahrt, das gilt namentlich für die Vereinigten Staaten und Japan, aber auch für die Eurozone, wo sich eine Wiederbelebung ankündigt. Angesichts dieser Entwicklung bei der weltweiten Wachstumsdynamik korrigierte der IMF seine Vorhersagen nach unten: 2,9 % für 2013 und 3,6 % für 2014. Der Weltwährungsfonds ist der Meinung, dass dieser Übergang nicht ohne Verschlechterungsrisiken ist (Verschärfung der finanziellen Bedingungen, neue Budgetdefizite), die in der Weltwirtschaft zu «einer längeren Periode schleppenden Wachstums» führen könnte.

In der Schweiz ging die konjunkturelle Verbesserung weiter. In einem gespannten internationalen Umfeld zeigte die Schweizer Wirtschaft während des ganzen Jahres 2013 Widerstandskraft. Niedrige Zinssätze, keine Inflation, aber auch hohe Einwanderung sind die bestimmenden Faktoren dafür. Deshalb ist die Konjunktur weiterhin robust und wird grösstenteils von privaten Konsumausgaben gestützt. Die ausländische Nachfrage ist zwar schwächer geworden – Stagnation bei den Exporten –, aber man erwartet 2014 eine positive Wendung, was die Studien zur Konjunktur, die im Oktober 2013 vom KOF (Konjunkturforschungszentrum der ETHZ) durchgeführt wurden, bestätigen. Die Institute, welche die Vorhersagen für das BIP berechnen, haben ihre Prognosen ausserdem einstimmig nach oben angepasst: Das Wachstum dürfte 2013 mindestens 1,8 % erreichen, und für 2014 wird eine Entwicklung in der Höhe

---

von etwas mehr als 2 % geschätzt. Es herrscht Zuversicht, aber für einige Konjunkturforscher könnte sie von den Risiken bei der Weltwirtschaft und auf nationaler Ebene von einem unerwarteten Aufflackern der Inflation und einer Höherbewertung des Schweizer Frankens getrübt werden.

Das Institut Créa für angewandte Wirtschaftsforschung der HW-Fakultät der Universität Lausanne hat seine Berechnung der Wachstumsvorhersagen für den Kanton Freiburg besonders nach oben angepasst. Das Wachstum des BIP wird für 2013 auf 1,7 % (gegenüber 0,6 % vor einem Jahr) und für 2014 auf 2,4 % (0,8 %) geschätzt. Diese Korrektur spiegelt die gute Verfassung der Freiburger Wirtschaft vollkommen wider, die wie diejenige der ganzen Schweiz Robustheit beweist. Eine konjunkturelle Aufhellung, die seit dem Sommer beobachtet wird, hat sich im zweiten Halbjahr bestätigt. Insgesamt kann man diese Erholung an der Zahl der Indikatoren, die im Oktober aus dem roten Bereich herausfanden, messen. Das ist besonders signifikativ in der Industrie, wo sich der Geschäftsgang und die Gewinne Schritt für Schritt verbessert haben. Eine leichte Verbesserung gab es auch für den Detailhandel, wo das Geschäft wieder anzog. Auf dem Arbeitsmarkt gab es keine Verschlechterung; die Arbeitslosenquote pendelte sich bei 2,7 % ein und liegt weiterhin unter dem schweizerischen Mittel (3,2 %).

Man muss aber feststellen, dass die Krise, die in Europa andauert, die Widerstandsfähigkeit gewisser industrieller Tätigkeiten, die wahrscheinlich stärker exponiert sind, langsam geschwächt und in der wirtschaftlichen Landschaft des Kantons Freiburg im Jahr 2013 einige negative Ereignisse verursacht hat. Es konnte beobachtet werden, dass im Zusammenhang mit der Aufgabe oder der Verlagerung der Tätigkeit eine gewisse Zahl von Arbeitsplätzen verschwand. Die Schliessung der Fabrik Boxal und der Konkurs von Ilford Imaging gehören zu diesen Turbulenzen im wirtschaftlichen Umfeld. Obwohl solche Ereignisse schmerzhaft sind, dürfen sie nicht das allgemeine Bild einer Wirtschaft, die auf bemerkenswerte Weise einem besonders ungünstigen Umfeld einer internationalen Krise widersteht, verdecken.

Quelle: Amt für Statistik (StatA)

## 3 Stand der im Regierungsprogramm angekündigten Arbeiten

---

### 3.1 Herausforderung 1: Ausbau unserer Infrastrukturen, um das starke Bevölkerungswachstum zu bewältigen

#### 3.1.1 Anpassung der Raumplanung an das Bevölkerungswachstum

Die Arbeiten für die Anpassung des RPBG – unter anderem mit Bestimmungen zu einem Ausgleichssystem – haben begonnen. Der Zeitplan für die Gesamtrevision des kantonalen Richtplans von 2015 bis 2019 gilt unverändert. Es fand ein runder Tisch statt, an welchem der Stand der Arbeiten in den strategischen Sektoren vorgestellt wurde. Die Regionen haben ihre Arbeiten fortgeführt.

#### 3.1.2 Verdichtung des Freiburger Angebots an öffentlichem Verkehr

Die Einführung des Fahrplans 2013 im Dezember 2012 war eine wichtige Etappe für die RER Fribourg|Freiburg. Das Angebot auf der Freiburger S-Bahn-Linie zwischen Bulle, Freiburg und Bern (erste Etappe der RER Fribourg|Freiburg) wurde ausgebaut und es wurde ein erster Teil der RER Süd auf der Strecke Bulle–Châtel-Saint-Denis–Palézieux verwirklicht. Ausserdem wurde der Taktfahrplan auf den wichtigsten Buslinien eingeführt. Die Vorbereitungsarbeiten für die zweite Etappe der RER Fribourg|Freiburg wurden fortgesetzt. Dazu gehören namentlich die Arbeiten für den Bau einer neuen Kreuzungsstelle in Cheyres. Die zweite Etappe der RER Fribourg|Freiburg wird im Dezember 2014 in Betrieb gehen.

---

### 3.1.3 Modernisierung der Strasseninfrastruktur

Die Strasseninfrastrukturen wurden weiter verbessert: Die Bauarbeiten bei den Knoten Chrüz in Tifers, Fin-de-Jentes in Cressier und Sâles in Vulruz haben begonnen oder sind abgeschlossen. Die Arbeiten für die Anpassung des Lichtraumprofils der SBB-Unterführung in Cottens an die einschlägigen Normen haben begonnen. Während die Schranken für die Fussgänger beim Bahnübergang in Givisiez angepasst wurden, verabschiedete der Grosse Rat einen Verpflichtungskredit, mit dem unter anderem die Aufhebung dieses Bahnübergangs finanziert werden soll. Die Lärmschutzstudien entlang der Kantonsstrassen kommen voran. Der Einbau von lärmarmen Strassenbelägen hingegen wurde durch eine Beschwerde gegen die Auftragsvergabebedingungen gebremst.

### 3.1.4 Weiterführung der grossen Strassenbaustellen

Das Poyaprojekt gehört zu den bedeutenden Strassenprojekten des Kantons. Schon seit Jahrzehnten ist es im kantonalen Richtplan eingetragen – so wie es zuvor die Autobahnen A1 und A12 sowie die Umfahrungsstrasse von Bulle H189 waren. Die Bauarbeiten für das Poyaprojekt kommen planmässig voran. Die Übergabe an den Verkehr erfolgt am 12. Oktober 2014.

Die Verbindung Romont–Vulruz gehört zu den prioritären Strassenprojekten des Kantons. Die Arbeiten liegen im Zeitplan und sollten 2015 abgeschlossen werden können.

### 3.1.5 Umsetzung der Strategie für die 4000-Watt-Gesellschaft

Weil das Freiburger Stimmvolk am 25. November 2012 die Änderung des kantonalen Energiegesetzes abgelehnt hat, wurde dem Grossen Rat ein neuer Gesetzesentwurf unterbreitet. Der neue Gesetzestext wurde im Mai 2013 angenommen und trat am 1. August 2013 in Kraft. Die Änderung umfasst namentlich Bestimmungen zum Gebäudeenergieausweis, zu den Grossverbrauchern und zur Vorbildrolle der öffentlichen Körperschaften.

Die Förderprogramme für eine rationelle Energienutzung und den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energien wurden fortgeführt und entfalten nach wie vor ihre Wirkung. Zudem wurden die 2012 begonnenen Studien – namentlich zur Aktualisierung des Windkraftkonzepts, zur Nutzung der Geothermie und zur Abwärmenutzung – weiterverfolgt. Die Arbeiten, um die staatlichen Gebäude vermehrt mit Strom zu versorgen, der das Label Naturemade Star trägt, wurden verwirklicht, sodass am 1. Januar 2014 die ersten zertifizierten kWh geliefert werden können.

Im Oktober 2013 begann eine breitangelegte Sensibilisierungskampagne, mit dem Ziel, den Stromverbrauch im Kanton zu stabilisieren und langfristig zu senken. Diese Kampagne wird bis Ende 2015 andauern. Das 2012 ausgearbeitete Weiterbildungsprogramm Energie-FR startete Anfang dieses Jahres mit den ersten Kursen.

Der Staat beteiligte sich zudem aktiv an interkantonalen Diskussionen, insbesondere für die Revision der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE), sowie an den Diskussionen auf Bundesebene zur Energiestrategie.

### 3.1.6 Verbesserung des Schutzes der natürlichen Ressourcen und der Lebensgrundlagen

Bei der Umsetzung der eidgenössischen Agrarpolitik 2014–2017 gewinnen die Kollektivprogramme an Bedeutung. Die Arbeiten für die Schaffung eines Netzwerks ökologischer Ausgleichsflächen wurden mit 5 anerkannten Netzwerken fortgesetzt. Daneben wurde rund ein Dutzend Projekte vorbereitet, die 2014 anerkannt werden dürften. Über das Programm der Landschaftsqualitätsbeiträge konnten zwei Projekte begleitet werden: ein kantonales Projekt in der Region Intyamou-La Jogne (Naturpark Gruyère Pays d'Enhaut) und ein kantonsübergreifendes in der Broye. Das Friammon-Projekt zur Verminderung der Ammoniakemissionen wurde weitergeführt und erleichterte namentlich den Erwerb von Schleppschlauchverteilern. Die RUBD und die ILFD beschlossen, die Weisungen über das Ausbringen von Hofdünger und die Zwischenlagerung von Mist aufzuheben. Hauptgrund ist die Veröffentlichung des Moduls «Nährstoffe und Verwendung von Düngern in der Landwirtschaft» der «Vollzugshilfe Umweltschutz in der Landwirtschaft» des Bundes. Das Freiburgerische Bodenbeobachtungsnetz FRIBO feierte 2013 sein 25-jähriges Bestehen und schaltete zu diesem Anlass eine neue Website zum Thema Boden im Kanton Freiburg auf ([www.fr.ch/boden](http://www.fr.ch/boden)). Aus den Analysen der Proben, die an den 250 Standorten genommen wurden, geht hervor, dass die Landwirtschaftsflächen des Kantons Freiburg über alles gesehen in einem guten Zustand sind und dass der Gehalt an organischer Substanz stabil ist. Zum Schutz der wildlebenden Säugetiere und Vögel während der Winterperiode

und der Aufzuchtzeit wurde die Wildruhezone La Berra geschaffen. Die Schaffung dieser Wildruhezone ist eine der Ausgleichsmassnahmen im Zusammenhang mit der Konzession für die neuen Seilbahnen «Kombibahn La Berra» und ist ein Pilotprojekt des Kantons.

Mit Blick auf das Inkrafttreten des neuen kantonalen Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz wurden Vollzugshilfen für die Gemeinden ausgearbeitet.

### 3.1.7 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 1

Gegenstand	Stand Ende 2013
Gesetz über die Ausgleichsleistungen für raumplanerische Massnahmen (neu)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über den Untergrund (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Strassengesetz (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
Verkehrsgesetz (Total- oder Teilrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Wasserkraft (neu)	Arbeiten noch nicht begonnen
Energiegesetz (Teilrevision)	Gesetz vom 15.05.2013

## 3.2 Herausforderung 2: Entwicklung einer Bildungspolitik, die Jugendliche und Erwachsene bei der Eingliederung unterstützt

### 3.2.1 Revision der gesetzlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen der obligatorischen Schule und der Sekundarstufe 2

Der Gesetzesentwurf vom 18. Dezember 2012 über die obligatorische Schule (Schulgesetz, SchG) wurde von der parlamentarischen Kommission in 17 Arbeitssitzungen geprüft. Die Vorlage wird 2014 vom Grossen Rat im Plenum beraten. An der zweiten Gesprächsrunde zur Revision des Gesetzes über den Mittelschulunterricht einigten sich die verschiedenen Partner der Sekundarstufe 2 (Vertreterinnen und Vertreter der Eltern, der Direktionen und der Lehrkräfte) auf die Themen, die behandelt werden sollten. Nun gilt es einen ersten Vorentwurf auszuarbeiten.

Bei den Bauvorhaben kann die Renovierung des alten Hauptgebäudes des Kollegiums Gambach Anfang des Jahres 2014 abgeschlossen werden. In Bulle wird im Frühjahr 2014 mit den Erweiterungsarbeiten am Kollegium des Südens begonnen. Die Vernissage der Ausstellung zum Architekturwettbewerb für die Sanierung und den Erweiterungsbau des Kollegiums Heilig Kreuz findet am 7. Januar 2014 statt.

Im Rahmen des Projekts zur Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme – das «Projekt HAE» – wird 2013/14 eine neue Softwareanwendung eingeführt, die gewisse Anpassungen erfordert. Zudem ist seit Schuljahresbeginn 2013/14 in allen Unterrichtsräumen des Kollegiums St. Michael eine moderne Multimedia-Ausrüstung (PC und Projektor) in Betrieb, wie sie im Kollegium Heilig Kreuz bereits seit Schuljahresbeginn 2012/13 bereitsteht.

### 3.2.2 Umsetzung des kantonalen Konzepts für den Sprachenunterricht

Der Grosse Rat hat das Kantonale Konzept für den Sprachenunterricht im Herbst 2010 genehmigt, sodass daraufhin dessen Umsetzung beginnen konnte. Das Konzept sieht drei Stossrichtungen vor und beinhaltet neun Vorschläge. Vier davon betreffen eine Intensivierung bestehender Massnahmen und Ausrichtungen, in den fünf weiteren werden Neuerungen vorgeschlagen: Frühe Sensibilisierung der Kinder für das Sprachenlernen, Englischunterricht ab der 5. Primarklasse, systematische Verwendung des Sprachenportfolios, Unterrichtssequenzen in der Zweitsprache sowie Bildung bilingualer Klassen, zunächst an den Orientierungsschulen.

Für das Schuljahr 2013/14 liegen die Schwerpunkte der allgemeinen Einführung des Englischunterrichts im 7. Schuljahr (5. Primarklassen), auf der verstärkten Förderung der Projekte zur intensiven Integration von Deutsch an acht französischsprachigen Orientierungsschulen, darunter ein Zusammenarbeitsprojekt der beiden Sprachabteilungen an der OS Murten, und die weitere Einführung der neuen Lehrmittel für Französisch in Deutschfreiburg, dieses Jahr in den 1. OS-Klassen. Im deutschsprachigen Kantonsteil erfolgen diese Massnahmen im Rahmen des Projekts

---

«Passepartout – Fremdsprachen an der Volksschule», das in sechs Kantonen an der Sprachgrenze (BL, BS, SO, BE, FR, VS) durchgeführt wird. Seit Beginn dieses Schuljahres bieten sechs französischsprachige Orientierungsschulen den 3. OS-Klassen (11. Schuljahr) Italienisch als Wahlfach an. In Zusammenhang mit dem 4. Vorschlag (verstärkter Einbezug der Migrationssprachen) des Konzepts ist ein Film in mehreren Sprachfassungen zur Präsentation des Schulsystems in Produktion. Im Mai 2014 wird zudem ein Forum zum Thema «Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund aufnehmen und informieren» stattfinden.

Auf der allgemeinbildenden Sekundarstufe 2 wurde die zweisprachige Maturitätsausbildung verstärkt. Ab dem Schuljahr 2014/15 werden die Schülerinnen und Schüler in einer sprachlich homogenen Gruppe ein Sensibilisierungsfach in der Partnersprache belegen oder bei Erfüllung der entsprechenden Voraussetzungen ab dem 1. Jahr in eine «zweisprachige Klasse Plus» eintreten können. Das neue Konzept soll einerseits erlauben, bereits zweisprachige Schülerinnen und Schüler verstärkt zu fördern, andererseits sollen auch noch nicht zweisprachige Lernende motiviert werden, eine zweisprachige Ausbildung aufzunehmen. Die Schülerinnen und Schülern haben dabei weiterhin die Möglichkeit, ab dem 1. Gymnasialjahr einer «zweisprachigen Klasse Standard» beizutreten. An der Fachmittelschule Freiburg (FMSF) wurde ebenfalls ein zweisprachiger Bildungsgang eingeführt.

Seit dem Erwerb des Sprachunterrichtsprogramms «Campus Tell-Me-More» im Jahr 2011 können die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 2 sowie ihre Lehrkräfte Erfahrungen mit dem computergestützten Sprachenlernen sammeln. Die für 2011 und 2012 gesetzten Ziele wurden mit 2717 abgegebenen Lizenzen im Schuljahr 2011/12 und 5680 im Schuljahr 2012/13 erreicht. Nun soll Bilanz gezogen werden, bevor dem Staatsrat eine Empfehlung bezüglich die Weiterführung oder Einstellung dieses Versuchs unterbreitet wird.

Im Frühjahr 2013 hat sich das Amt für Berufsbildung an den Vorbereitungen für die Durchführung eines innovativen Projekts des Vereins «Hauptstadtregion Schweiz (HSR-CH)» beteiligt: Bei diesem Projekt wird für die Lernenden aus den Kantons- und Gemeindeverwaltungen der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis ein Sprachaustausch organisiert.

Die Kaufmännische Berufsfachschule bietet allen interessierten Personen die Möglichkeit, berufsbegleitend eine kaufmännische Berufsmaturität zu erwerben.

### 3.2.3 Ausbau und Strukturierung des Studiengangs der Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung trägt mit seiner Arbeit dazu bei, die Schülerinnen und Schüler der Maturitäts- und Fachmittelschulen über den Lehrerberuf zu informieren. Die Präsentation des Berufsprofils «Lehrperson für den Kindergarten und die Primarschule» ist Bestandteil des «Job-Info»-Programms.

Die Vorstellungen des Lehrerberufs fanden am Dienstag, 5. Februar 2013 statt; 95 Personen nahmen an der französischsprachigen und 54 Personen an der deutschsprachigen Präsentation teil.

Die pädagogische Hochschule in Freiburg (HEP-PH FR) hat sich in unterschiedlicher Form für die Förderung des Lehrerberufs engagiert – ein Einsatz, der Früchte getragen hat: Denn die HEP-PH FR verzeichnete in den letzten Jahren deutlich mehr Studierende. Dabei ist insbesondere die Zahl der Studierenden im Bachelorstudium für die Vorschul- und Primarstufe von 354 im Jahr 2011 auf 445 im Jahr 2013 gestiegen.

Darüber hinaus wurde der Stundenplan so angepasst, dass die Studierenden zwei freie Nachmittage haben, um Stellvertretungen in den Schulen zu übernehmen. Die Studie, in der die Möglichkeit zur Einführung einer berufsbegleitenden Ausbildung für Quereinsteiger geprüft wird, ist noch in Gang. Zudem wurden am Studiengang ebenfalls Änderungen vorgenommen: Der neue Studiengang legt den Fokus verstärkt auf die Generalisten-Ausbildung. Er festigt den Bezug zur beruflichen Bildung (Praktika) und fördert den Aufbau einer gemeinsamen Studienkultur für den Primarschulunterricht. Die Praktikumsleiterinnen und -leiter sind Schlüsselpersonen für die Ausbildung und werden nunmehr in ihrer Rolle als professionelle Lehrkräfte in Kindergarten- und Primarklassen voll und ganz anerkannt. Die Bildungsbereiche wurden neu gewichtet, um den EDK-Empfehlungen, den Bologna-Anforderungen und dem Westschweizer Lehrplan (PER) Rechnung zu tragen.

---

Zum neuen Entwurf für das PHG lief bis 31. Oktober eine Vernehmlassung. Nach der Auswertung der Ergebnisse soll der Entwurf überarbeitet und im Laufe des Jahres 2014 dem Grossen Rat überwiesen werden. Die HEP-PH FR und die Universität haben ihre Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren verstärkt. Es werden gemeinsame Ausbildungsblöcke angeboten, und ein Institut für Mehrsprachigkeit ist entstanden.

### 3.2.4 Positionierung der Hochschulen (HS)

Die vorbereitenden Arbeiten zum Inkrafttreten des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG), das am 1. Januar 2015 in Kraft treten soll, werden weitergeführt. Nach der Vernehmlassung hat die EDK die Interkantonale Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat) am 20. Juni 2013 in leicht geänderter Form verabschiedet. Die kantonalen Beitrittsverfahren sind angelaufen. Die Botschaft zum Beitritt des Kantons Freiburg soll im Frühjahr 2014 dem Grossen Rat überwiesen werden.

Auch auf Kantonsebene nähern sich die gesetzlichen Anpassungsarbeiten ihrem Ende. Im zweiten Halbjahr 2013 genehmigte der Staatsrat die Entwürfe für die beiden Gesetze zu den Freiburger Hochschulen, die nach den Vernehmlassungen im Jahr 2012 überarbeitet wurden: Namentlich die Revision des Universitätsgesetzes und das neue Gesetz über die Fachhochschule Westschweiz/Freiburg (HES-SO Freiburg (HES-SO//FRG)). Die Entwürfe wurden dem Grossen Rat überwiesen und die parlamentarischen Kommissionen haben ihre Arbeit aufgenommen. Die beiden Gesetze werden voraussichtlich am 1. Januar 2015 in Kraft treten. Die Erarbeitung des HES-SO//FRG erfolgt im Rahmen der neuen interkantonalen Vereinbarung über die Fachhochschule Westschweiz (HES-SO), die seit dem 1. Januar 2013 in Kraft ist.

Die Arbeiten an den verschiedenen Bauvorhaben gehen voran. Das Projekt für den Bau eines neuen Gebäudes für die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) und die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) am Standort des ehemaligen Zeughauses in Freiburg steht; am 12. September hat der Grosse Rat einen Verpflichtungskredit von 44 573 000 Franken für den Bau des Gebäudes genehmigt. Diese Vorlage wird dem Stimmvolk am 9. Februar 2014 zur Abstimmung vorgelegt. Dank dem Neubau kann den steigenden Schülerzahlen, welche die beiden Hochschulen in den vergangenen Jahren verzeichnet haben, und den Bedürfnissen einer Bildungseinrichtung auf Tertiärstufe entsprochen werden. Der Umbau der Klinik Garcia für das Adolphe Merkle Institut (AMI) geht wie geplant voran; das neue Gebäude soll im Herbst 2014 eingeweiht werden. Nach der Genehmigung des Studienkredits für den geplanten Bau für die Rechtswissenschaftliche Fakultät auf dem Gelände des Thierryturms wurde im Dezember 2013 ein entsprechender Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Für die Entwicklung des Campus der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät wurde eine Gesamtplanung erarbeitet, die vom Staatsrat noch genehmigt werden muss. Als Übergangslösung soll möglichst rasch ein Modulgebäude erstellt werden. Ein entsprechender Dekretsentwurf wurde dem Grossen Rat bereits überwiesen.

### 3.2.5 Stärkung des Forschungsstandorts

Die Freiburger Hochschulen stärken ihre Position in der nationalen und internationalen Forschungslandschaft. Zahlreiche Freiburger Forscherinnen und Forscher haben renommierte Auszeichnungen erhalten. Im Dezember 2013 hat der Bund der Universität Freiburg eines der acht neuen Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) zugewiesen, und zwar das von Prof. Christoph Weder geleitete Forschungszentrum im Bereich der bio-inspirierten, auf externe Anregungen reagierenden Materialien. Die HEP-PH FR hat die Bestätigung für ihre Teilnahme am europäischen Forschungsprojekt namens «Equipping the Next Generation for Active Engagement in Science» erhalten, an dem 13 weitere Universitäten und Institute beteiligt sind.

Die Freiburger Hochschulen beteiligten sich zudem auch an der Planung der Innovationsparks BlueFactory, indem sie gemeinsam mit öffentlichen und privaten Partnern Projekte für technologische Kompetenzzentren entwickeln. Zudem setzen sie sich dafür ein, die Forschungsergebnisse durch Vorträge, Ausstellungen für eine breite Öffentlichkeit, Wissenschaftscafés oder Veranstaltungen für Schulen bekanntzumachen. Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und akademischen Institutionen wird mit mehreren Massnahmen gezielt gefördert. Der aus dem Konjunkturfonds 2010-2013 finanzierte Innovationsfonds hatte bereits im Jahr 2012 den gesamten Betrag von 3 Millionen Franken investiert. Im Jahr 2013 wurden 11 Projekte weitergeführt. Das über das kantonale Umsetzungsprogramm der Neuen Regionalpolitik (NPR) finanzierte Wirtschafts- und Technologiezentrum des

Kantons Freiburg (WTZ-FR) fördert ebenfalls gemeinsame Forschungsprojekte von Unternehmen und akademischen Institutionen.

Die Zusammenarbeit des Landwirtschaftlichen Instituts Grangeneuve mit seinen Partnern, insbesondere mit Agroscope, dem Inforama Zollikofen, der Veterinärmedizinischen Fakultät Bern und der Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HAFL) wird in verschiedenen Projekten weitergeführt. Die Absichtserklärung wurde überarbeitet und die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen wird nun in einer entsprechenden Vereinbarung geregelt.

Die Bildung eines «Cluster FoodTech» im Rahmen der Hauptstadtregion Schweiz ist ein neues Projekt, das eine enge Zusammenarbeit unter Partnern bedingt. Dieses «Cluster» unter der Federführung der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg versteht sich als Zusammenschluss von Akteuren rund um ein gemeinsames Thema. Diese setzen auf einem bestimmten geographischen Raum partnerschaftlich für gemeinsame, innovative Projekte im Bereich der Produktion und Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe ein und nutzen dabei Synergien.

### 3.2.6 Förderung der Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bildungsbedarf in die Regelschule

Zum Entwurf für das kantonale Sonderpädagogikkonzept lief von August bis Dezember 2012 eine Vernehmlassung. Im Jahr 2013 nahm der Staatsrat Einsicht in die Vernehmlassungsergebnisse und traf Entscheide für das weitere Vorgehen. Diese Ergebnisse und die getroffenen Entscheide wurden im Oktober auf der Internetseite des SoA veröffentlicht. Für 2014 ist eine neue Fassung des Konzepts geplant.

### 3.2.7 Erleichterung der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten

Anfang Jahr veröffentlichte der Staatsrat die Ergebnisse des zweiten Berichts der kantonalen Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung (KJS). Der aktuelle Aktionsplan zur Eingliederung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten wird aufgrund der angespannten Lehrstellensituation und der wachsenden Zahl von Jugendlichen ohne Anschlusslösung weiter umgesetzt. Im Herbst ist ein Pilotprojekt zur Begleitung junger Menschen von 20 bis 25 Jahren als Ergänzung zu den bestehenden Massnahmen angelaufen. Das Case Management in der Orientierungsschule erfolgt im Rahmen der Berufsberatung. Zum Case Management läuft derzeit eine Evaluation in Zusammenarbeit mit der Universität Freiburg; die erste Phase wurde Ende 2013 abgeschlossen. Die Denkanstösse werden als Grundlage dienen für die Arbeit einer Arbeitsgruppe, deren Aufgabe es sein wird, die Konzepte zur Begleitung junger Menschen zu analysieren, die Wirksamkeit des Massnahmenpakets zu messen (Effizienz, Kosten) und Verbesserungen vorzuschlagen. Anfang 2015 soll ein Bericht erscheinen.

### 3.2.8 Förderung des Erwerbs und Erhalts von Grundkompetenzen für Erwachsene

Das Projekt zur Vergabe eines Bildungsgutscheins für weniger gut qualifizierte Personen wurde im Rahmen der strukturellen Massnahmen aus Spargründen eingestellt. Die Kommission für Erwachsenenbildung überlegt sich derzeit, mit welchen anderen Massnahmen die Grundkompetenzen von Erwachsenen erweitert werden könnten; sie möchte dazu den Förderpreis für Erwachsenenbildung gezielt einsetzen.

Das Informations- und Beratungsportal zur Anerkennung von Bildungsleistungen wurde im französischsprachigen Kantonsteil mit zusätzlichen Stellenprozenten (20 %) verstärkt. In Deutschfreiburg ist dieses Portal bereits in Betrieb und die Kompetenzenbilanzen werden in Zusammenarbeit mit den deutschsprachigen Kantonen, die solche anbieten, erstellt.

### 3.2.9 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 2

Gegenstand	Stand Ende 2013
Gesetz über die obligatorische Schule (Totalrevision)	Entwurf dem Grossen Rat überwiesen
Gesetzliche Grundlagen für die Sonderpädagogik (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Gesetz über den Mittelschulunterricht (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die pädagogische Hochschule (Teilrevision)	Definitiver Vorentwurf in Vorbereitung
Gesetz über die Universität (Teilrevision)	Entwurf dem Grossen Rat überwiesen

Gegenstand	Stand Ende 2013
Gesetz über die Erwachsenenbildung (Teilrevision)	Hängige Arbeiten
Gesetz über die HES-SO//FR (neu)	Entwurf dem Grossen Rat überwiesen

### 3.3 Herausforderung 3: Unterstützung von Innovation und Technologietransfer zur Förderung eines qualitativen Wachstums

#### 3.3.1 Sicherung des beruflichen Nachwuchses

Das Amt für Berufsbildung hat gemeinsam mit seinen Partnern vier Aktionen zur Förderung der Berufsbildung und der Lehrstellen durchgeführt. Im Rahmen des Forums der Berufe Start! konnten am 1. Februar dank dem Konzept «Die Nacht der Lehre» 40 Lehrbetriebe über 250 Jugendliche in Form eines Speed Datings treffen. Im Frühjahr wurde bei 146 Unternehmen, die seit vier Jahren keine Lernenden mehr ausbilden, eine Werbekampagne durchgeführt. Ausserdem wurde eine neue Broschüre der Berufsbildung im Kanton Freiburg geschaffen, an der sich 34 Lernende aus 23 Berufen beteiligt haben. Diese Broschüre ging an über 7000 Empfängerinnen und Empfänger. Am 15. Mai fand der interkantonale Tag der Berufsbildung statt. An diesem Tag haben 18 Unternehmen 24 freie Lehrstellen gemeldet.

#### 3.3.2 Förderung von Unternehmensgründungen

Die Gründung neuer Unternehmen ist ein wichtiger Faktor, damit unsere Wirtschaft leistungsfähig bleibt und sich weiterentwickelt. Der Staat setzt Mittel ein, damit über kantonale und interkantonale Programme die Gründung neuer Unternehmen gefördert werden kann. Die verschiedenen Massnahmen können in vier Bereiche eingeteilt werden:

- > Finanzierungshilfe für Unternehmen (Eigen- oder Fremdkapital)
- > Finanzierung von F&E-Projekten
- > Investitionshilfe für Unternehmen
- > Coaching-Massnahmen

Wird die Entstehung dieser Massnahmen betrachtet, so zeigt sich, dass diverse Massnahmen aufgrund von Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen und strukturiert wurden (neue Regionalpolitik, Plan zur Stützung der Wirtschaft usw.). Es gilt nun, aus den Massnahmen, namentlich anlässlich der Verlegung einzelner Programme auf das blueFACTORY-Gelände, wo sie sich zusammenfinden werden, ein kohärentes Paket gemäss ihrem Auftrag und ihrer Finanzierung zu schnüren.

#### 3.3.3 Schaffung eines Technologie- und Innovationsparks (blueFACTORY)

Die Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg (WIF) hat 2013 das Projektmanagement von blueFACTORY fortgesetzt. Ein Büro wurde für den Betrieb eröffnet, damit das Tagesgeschäft am Projekt erledigt werden kann. Im Berichtsjahr hat eine Zahl von Technologieplattformen ihre Planung und Entwicklung stark vorangetrieben. Diese Plattformen, die zu den ersten Mietern des Quartiers zählen, müssen als Magnete dienen, die andere Aktivitäten von komplementären Unternehmen anziehen und auf diese Weise das Wachstum ankurbeln. Zurzeit gibt es vier Plattformen: das Smart Living Lab (SLL), das Swiss Integrative Center for Human Health (SICHH), das Dienstleistungszentrum im Bereich Innovation für regionale Industriebetriebe (Innosquare) und das Kompetenzzentrum für die Herstellung von Bio-Pharmaka (BioFactory).

Beim Nutzungsplan des neuen Innovationsquartiers blueFACTORY war das herausragende Ereignis des Jahres 2013 das Resultat des Städtebauwettbewerbs, das in grossen Zügen die Raumnutzung des künftigen Quartiers definierte. Zurzeit wird der Masterplan ausgearbeitet, der 2014 in die öffentliche Auflage des kantonalen Nutzungsplans (KNP) münden wird. Im Jahr 2013 wurden wichtige Etappen für die Gründung der Aktiengesellschaft BlueFactory Fribourg-Freiburg SA zurückgelegt. Die Dokumente für die Gründung dieser Gesellschaft und die Definition ihres Auftrags (Statuten, Aktionärsvertrag, Nutzungsleitbild) sowie die Zusammensetzung des Verwaltungsrats und des strategischen Beirats wurden 2013 fertiggestellt.

---

### 3.3.4 Förderung des Wachstums der Freiburger Unternehmen und der Ansiedlung neuer Unternehmen

Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons ist auf zwei Ebenen angesiedelt:

- > Auf internationaler Ebene wird sie bestimmt durch die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im Vergleich zu konkurrierenden Ländern: Auch wenn unser Land über eine hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit verfügt, steht dieser Vorteil unter starkem Druck und lässt langsam nach, insbesondere aufgrund des Drucks der OECD und Europas auf unsere Steuerpolitik und aufgrund der Frankenstärke.
- > Auf nationaler Ebene wird die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons mit jener anderer Schweizer Regionen verglichen: Auch wenn wir 2013 einige Erfolge vermelden konnten, so hat die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Freiburg gegenüber anderen Schweizer Kantonen abgenommen.

Die Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren generell verschlechtert, insbesondere seit der Bonny-Beschluss 2010 ausser Kraft gesetzt wurde. Dieser hatte es bestimmten Unternehmen ermöglicht, von vorteilhaften Steuerbedingungen auf Bundesebene zu profitieren, wenn sie sich im Kanton Freiburg niederliessen. Ohne diesen wichtigen Anreiz hat unser Kanton Mühe, sich aus der Masse abzuheben, und verzeichnet ungenügende Resultate bei der Ansiedlung von bedeutenden ausländischen Unternehmen. Diese mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zeigt sich noch deutlicher an den durchgezogenen Resultaten unseres Kantons innerhalb der Organisation für gemeinsame Wirtschaftsförderung im Ausland GGBa. Besondere Aufmerksamkeit muss deshalb der Neupositionierung unseres Angebots für ausländische Firmen gewidmet werden. In dieser Hinsicht wird das blueFACTORY-Projekt eine massgebende Rolle spielen. Auch die Gewährleistung attraktiver Rahmenbedingungen für neue Unternehmen verlangt nach besonderen Anstrengungen.

### 3.3.5 Verwirklichung des Umsetzungsprogramms zur Regionalpolitik

Für die zweite Phase verfügt die neue Regionalpolitik (NRP) über ein Budget von 29,4 Millionen Franken. Das NRP-Umsetzungsprogramm für die Jahre 2012-2015 stützt sich auf das Gesetz über die Wirtschaftsförderung und unterscheidet drei Aktionsbereiche: einen kantonalen, einen interkantonalen und einen grenzüberschreitenden Aktionsbereich. Im Jahr 2013 wurden 17 Projekte über einen Betrag von 16,2 Millionen Franken genehmigt. Im Bereich der kantonalen Strategie hat die NRP 2013 dazu beigetragen, inhaltliche Projekte auf dem Gelände des Innovationsquartiers blueFACTORY zu lancieren.

### 3.3.6 Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung

Die Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung ist ein vorrangiges Ziel der kantonalen Wirtschaftspolitik. Während das Pro-Kopf-Einkommen des Kantons Freiburg seit vielen Jahren eines der tiefsten der Schweiz ist und das starke Bevölkerungswachstum unseren Kanton in eine Schlafzone zu verwandeln droht, ist es wichtiger denn je, in unserem Kanton die Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung zu fördern. Der Technologietransfer spielt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle, denn auf diese Weise können neue Produkte geschaffen werden. Seit mehreren Jahren verfügen die verschiedenen akademischen Institutionen Freiburgs über eine Technologietransferstrategie. Ausserdem wurden verschiedene Instrumente zur Förderung von Unternehmensgründungen und zur Unterstützung von innovativen Unternehmen entwickelt. Diese Politik nimmt mit der Umsetzung des blueFACTORY-Projekts, dem Aushängeschild des Kantons Freiburg gegenüber möglichen externen Partnern, konkrete Gestalt an und sollte dazu beitragen, dass sich Unternehmen mit hoher Wertschöpfung für eine Niederlassung im Kanton entscheiden werden.

### 3.3.7 Positionierung Freiburgs als zentraler Akteur der Schweizer Lebensmittelbranche

Im Rahmen des Umzugs der Landwirtschaftlichen Forschungsanstalt ALP-Liebefeld nach Posieux haben die ILFD und das Bundesamt für Landwirtschaft der Agroscope Liebefeld-Posieux (ALP-Haras) und dem Landwirtschaftlichen Institut des Kantons Freiburg (LIG) die Planung des Standorts Grangeneuve (des aktuellen Standorts der ALP-Haras und des LIG) in Auftrag gegeben. Mit dieser Planung wird bezweckt, mittel- und langfristig ein nationales und internationales Kompetenzzentrum zu entwickeln, das die gesamte Kette der Lebensmittelproduktion abdeckt. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Verlegung von 170 Mitarbeitenden vom Standort Liebefeld.

Der Grosse Rat hat im März einen Planungskredit von 4,2 Millionen Franken für den Bau eines oder mehrerer Gebäude für den Umzug der ALP von Bern-Liebefeld nach Posieux genehmigt. Ein Architekturwettbewerb wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt und dem Bundesamt für Bauten und Logistik lanciert, an dem 31 Projekte teilnahmen. Die Auswahl der Projekte fand im Februar 2014 statt. Vor dem Architekturwettbewerb wurde für den gesamten Standort ein Masterplan ausgearbeitet, der eine Vorstudie über die Mobilität beinhaltet.

Im Rahmen des Projekts Hauptstadtregion Schweiz leitet der Kanton Freiburg das Projekt «Cluster FoodTech». Das Projekt wird vom Wissenschafts- und Technologiezentrum der HTA-FR geleitet. Im Jahr 2013 wurde eine Projektgruppe aufgestellt. Für 2014 sind Analyse- und Planungsarbeiten vorgesehen. Der Campus für Lebensmitteltechnologie ALP – LIG könnte den Kern und die treibende Kraft des Clusters FoodTech darstellen.

### 3.3.8 Konkretisierung der Vision 2030 des Freiburger Tourismusverbands

Ziel der Vision 2030 ist die «Entwicklung eines Tourismus, der vorrangig auf die Nutzung des Natur- und Kulturerbes des Kantons Freiburg und die typischen Merkmale seiner geografischen Regionen ausgerichtet ist». Die strategischen Ziele der Legislaturperiode 2012–2016 beruhen auf drei Schwerpunkten:

- > Sensibilisierung der Bevölkerung und der Leistungserbringer;
- > Verbesserung des Freiburger Tourismusangebots;
- > Interregionale und interkantonale Integration des Angebots.

Zu den sichtbarsten Aktionen, die 2013 durchgeführt wurden, gehören folgende:

- > Lancierung des Netzwerks PROtourism anlässlich einer ersten Veranstaltung im Cap'Ciné, an der über 170 Freiburger Tourismusfachleute teilgenommen haben;
- > Schaffung der Abteilung Incoming Services innerhalb des Freiburger Tourismusverbands (FTV) und online-Verkauf der ersten interregionalen Pauschalangebote;
- > Leitung des Bundesprojekts «DMO 3.0 - Destinationsmanagement der 3. Generation» durch FRIBOURG REGION. Dieses Projekt wird vom Bund im Rahmen von Innotour unterstützt.

Daneben hat der FTV ganz im Sinne seines Auftrags, das natürliche und kulturelle Erbe des Kantons Freiburg touristisch zu nutzen, und unter Beachtung seines Leitbilds im Jahr 2013 verschiedene besondere Projekte unterstützt (Freiburger Spezialitäten, Wanderchilbi des Freiburgerlands usw.). Ausserdem hat er das Qualitätslabel QQ von Schweiz Tourismus erneuert.

### 3.3.9 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 3

Gegenstand	Stand Ende 2013
Gesetz über den Tourismus (Teilrevision)	Vorentwurf in Ausarbeitung

## 3.4 Herausforderung 4: Festigung des sozialen Zusammenhalts und der Lebensqualität vor dem Hintergrund eines starken Wachstums

### 3.4.1 Anpassung des Pflegeangebots an die gesellschaftlichen Herausforderungen

2013 stand oft die Spitalplanung im Mittelpunkt. Die Strategie des freiburger spitals (HFR) für die Jahre 2013 bis 2022 sieht die Konzentration der Akutpflege auf einen Standort, nämlich Freiburg, vor. Das HFR wird auch weiterhin als Netzwerk funktionieren, mit mehreren Rehabilitationsstandorten sowie Permanenzen und Notfallstationen. Der Staatsrat hat diese Strategie genehmigt; sie entspricht dem Ziel der Aufrechterhaltung eines leistungsstarken Freiburger Akutspitals in einer Spitallandschaft, in der die Konkurrenz immer härter wird. Die technologischen Fortschritte, die Probleme des ärztlichen Nachwuchses und die neue Spitalfinanzierung machen eine Restrukturierung unumgänglich.

Eine politische Partei hat die Volksinitiative «Für bürgernahe Spitäler» lanciert, die zustande gekommen ist. Auf Vorschlag des Staatsrates hat der Grosse Rat ein Gegenprojekt ausgearbeitet, mit der das Parlament stärker in die

---

Spitalplanung und die Führung des HFR eingebunden werden kann, worauf die Initiantinnen und Initianten die Initiative zurückgezogen haben.

Das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) hat die Zahl der Betten im stationären Behandlungszentrum Marsens reduziert. Die ambulanten Leistungen für Kinder und Jugendliche sowie für Erwachsene und Betagte in Pflegeheimen hingegen wurden weiter ausgebaut. Durch die Unterzeichnung von Vereinbarungen mit den Untersuchungsbehörden und -anstalten wurde eine Grundlage für die forensische Psychiatrie im Kanton geschaffen. In der Folge wurde in der Stadt Freiburg ein Zentrum für forensische Psychiatrie mit einer Abteilung für psychiatrische Begutachtung und einer Abteilung für ambulante Therapie eröffnet. Das Projekt einer deutschsprachigen Psychiatrie-Abteilung wurde skizziert; es wird 2014 Gestalt annehmen. Alle Leistungen, die 2013 entwickelt wurden, verfolgen den Gedanken des vernetzten Arbeitens und der Absprache mit den Partnerinnen und Partnern der Pflegekette. Ausserdem beruhen sie auf einer Übereinstimmung zwischen verfügbaren Mitteln und Tragweite der erzielten Fortschritte.

#### 3.4.2 Bewahrung und Förderung der Gesundheit bei der Freiburger Bevölkerung

Die Umsetzung des Aktionsplans für Gesundheitsförderung und Prävention ging weiter. Dank Networking auf nationaler und kantonaler Ebene konnten die Präventionsbeauftragte und ihr Team zahlreiche Projekte in den Bereichen Ernährung, Tabak und Alkohol entwickeln bzw. unterstützen. Darüber hinaus wurde ein Beauftragter für Suchtfragen ernannt und das Konzept «Gesundheit in der Schule» erarbeitet. Ebenfalls auf gutem Wege befindet sich das kantonale Konzept für Palliativpflege. Schliesslich wurden die Arbeiten für einen kantonalen Plan zur Förderung der psychischen Gesundheit gestartet.

#### 3.4.3 Konkretisierung des Projekts «Senior+»

Im Rahmen des Projektes Senior+ hat der Staatsrat die Schaffung einer Arbeitsgruppe bewilligt, welche die Einzelheiten der Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Staat und Gemeinden in den sozialmedizinischen Leistungserbringer und die Sondereinrichtungen betreffenden Bereichen analysieren soll. Aufgrund des umfassenden Projektes der Entflechtung der Aufgaben zwischen Staat und Gemeinden wurde beschlossen, das Projekt Senior+ vorderhand auf das staatliche Handeln auszurichten und gleichzeitig das Leistungsangebot im sozialmedizinischen Bereich besser zu koordinieren. Die Gesetzesvorentwürfe sowie das Gesamtkonzept und die Massnahmen 2016–2020 werden Ende erstes Quartal 2014 in die Vernehmlassung geschickt.

#### 3.4.4 Integration von behinderten Personen und Bekämpfung der Armut

Im Berichtsjahr konzentrierten sich die Arbeiten der NFA-Umsetzung auf die Ausarbeitung der zukünftigen Gesetzgebung über Menschen mit Behinderungen und den einschlägigen Massnahmenplan. Diese Unterlagen werden im Herbst 2014 in die Vernehmlassung geschickt. Des Weiteren wurden die Arbeiten am Instrument zur besseren Weiterleitung der Personen mit Behinderungen an die am besten auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Leistungserbringer abgeschlossen; die zweite Testphase startet Anfang 2014.

Auch die Arbeiten am ersten regelmässigen Bericht über die Armut gingen weiter. Die Kommission zur prospektiven Untersuchung der Politik im Bereich Langzeitarbeitslosigkeit hat ihrerseits einen Bericht fertiggestellt. Dadurch hatte der Staatsrat die Gelegenheit, rund 30 Massnahmen vorzustellen, darunter die individuelle Betreuung von Jugendlichen mit Eingliederungsschwierigkeiten, Massnahmen der Früherkennung oder die intensivere Zusammenarbeit zwischen den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) und den Regionalen Sozialdiensten (RSD).

#### 3.4.5 Konsolidierung der strategischen Linien der Familienpolitik

Die Bemühungen um eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben wurden mit den Spezialfinanzierungen zur Förderung der Schaffung von ausserschulischen Betreuungsplätzen und Krippenplätzen auch 2013 fortgesetzt. Um die Gemeinden bei der Schaffung der notwendigen Einrichtungen zu unterstützen, hat der Staat ein Vereinbarungsmodell erstellt. Für die Information der Eltern hat er beschlossen, regelmässig eine Liste aller vorschulischen Betreuungseinrichtungen zu veröffentlichen. Die Unterstützung der Eltern wurde ferner aufgewertet durch die Übergabe des Preises des Staates Freiburg für Sozial- und Jugendarbeit an den Verein Familienbegleitung,

der die Erziehungsfähigkeiten der Eltern stärken will. Die umfassende und hochwertige Erziehung der Kinder und Jugendlichen wird ausserdem durch die Unterstützung des Programms «Bildungslandschaften Schweiz» gefördert. Letzteres hat im Berichtsjahr das erste kantonale Netzwerktreffen organisiert, das ebenfalls das erwähnte Ziel verfolgt. Parallel dazu wurden die Arbeiten an der Vorbereitung des kantonalen Gesetzes zur Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien mit kleinen Kindern in bescheidenen Verhältnissen fortgesetzt. Der Kampf gegen die Gewalt in Paarbeziehungen und in der Familie wurde ausgebaut: Es wurde eine Notfallkarte in neun Sprachen erstellt; bei einem Symposium konnte die Bevölkerung ausserdem für die Problematik des Stalkings sensibilisiert werden. Schliesslich wurde ein Plan für eine kantonale Familienstatistik erstellt, mit dem die Steuerungsinstrumente der Familienpolitik gefestigt werden sollen.

### 3.4.6 Ausarbeitung eines umfassenden Konzepts zur Integration der Migrantinnen und Migranten

Bald wird der Kanton Freiburg die Grenze der 300 000 Einwohnerinnen und Einwohner überschreiten, was auf ein starkes und regelmässiges Bevölkerungswachstum zurückzuführen ist, wobei sich sowohl Bewohnerinnen und Bewohner aus anderen Kantonen als auch Menschen aus anderen Ländern im Kanton Freiburg niederlassen. Die Politik zur Integration der Migrantinnen und Migranten ist für den Staatsrat ein grundlegendes Element, um den sozialen Zusammenhalt vor diesem äusserst dynamischen Hintergrund zu stärken.

Diese Freiburger Problematik ist nun Teil der neuen Integrationspolitik des Bundes, die ab 2014 in allen Kantonen in Form von vierjährigen kantonalen Integrationsprogrammen (KIP) entsprechend den Prioritäten des Bundes umgesetzt wird. Im Kanton Freiburg wurde das KIP gemeinsam mit der Sicherheits- und Justizdirektion (Fachstelle für die Integration der MigrantInnen und für Rassismusbekämpfung), die für die Integration zuständig ist, und der Direktion für Gesundheit und Soziales (Kantonales Sozialamt), die für die Unterbringung der Asylsuchenden zuständig ist, erarbeitet.

Nach zwei Jahren intensiver Arbeit und Gesprächen zwischen dem Kanton und dem Bundesamt für Migration wurde das Freiburger KIP in einer Programmvereinbarung zwischen dem Bund und dem Kanton festgehalten. Diese wurde im Oktober 2013 unterzeichnet und legt namentlich den finanziellen Beitrag des Bundes für Integrations- und Asylwesen fest (2,45 Millionen Franken pro Jahr während vier Jahren).

Das KIP entspricht den drei Prioritäten der neuen Integrationspolitik des Bundes: 1. Information und Beratung: Der Schwerpunkt gilt der Erstbegrüssung von Neuzugezogenen, der Beratung in Sachen sozialer, beruflicher und sprachlicher Integration sowie dem Diskriminierungsschutz. 2. Ausbildung und Arbeit: Hier gilt der Schwerpunkt dem Lernen einer Landessprache, der vorschulischen Förderung und der Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit. 3. Verständigung und gesellschaftliche Integration: Hier geht es um die Unterstützung der interkulturellen Übersetzung und um Massnahmen zur gesellschaftlichen Eingliederung (Förderung der Freiwilligenarbeit, Integration ins Vereinsleben usw.).

### 3.4.7 Förderung des Zusammenlebens der Religionsgemeinschaften

Der Bericht zum Postulat 2074.10, der einen Überblick über den Bestand und die Entwicklung der religiösen Gemeinschaften im Kanton schafft, wurde im Berichtsjahr veröffentlicht. Der Staatsrat hat die Überlegungen im Hinblick auf das Treffen mit den neuen Religionsgemeinschaften weitergeführt. Für Frühling 2014 will sich die Delegation der Regierung mit den muslimischen und orthodoxen Gemeinschaften treffen, um den Dialog und den Religionsfrieden zu fördern und die guten Beziehungen mit den auf dem Kantonsgebiet anerkannten Kirchen und Gemeinschaften aufrechtzuerhalten.

### 3.4.8 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 4

Gegenstand	Stand Ende 2013
Gesetz über die Notfallerstversorgung (neu)	Definitiver Vorentwurf in Vorbereitung
Gesetz über den Beitritt zur Vereinbarung Waadt–Freiburg über das Interkantonale Spital der Broye (neu)	Gesetz vom 10.10.2013
Gesundheitsgesetz (Teilrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Schulzahnpflege und -prophylaxe (Totalrevision)	Vorentwurf in Ausarbeitung

<b>Gegenstand</b>	<b>Stand Ende 2013</b>
Gesetz über die Betagten (neu)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über Menschen mit Behinderung (neu)	Vorabklärungen im Gang
Sozialhilfegesetz (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Unterhaltsbeiträge (neu)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Ergänzungsleistungen für Familien (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang

### **3.5 Herausforderung 5: Anpassung der Sicherheitspolitik und der Justiz an die gesellschaftliche Entwicklung**

#### **3.5.1 Reorganisation der Justiz unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Entwicklung**

Der Staatsrat hat 2013 seine Überlegungen zur Verbesserung der Funktionsweise der Gerichtsbehörden fortgesetzt. Als Ergebnis dieser Überlegungen wurde ein Vorentwurf zur Änderung des Justizgesetzes in Vernehmlassung gegeben. Diese Revision war seit dem Inkrafttreten des Gesetzes 2011 geplant und verfolgt das Ziel, die notwendigen Ergänzungen anzubringen, die sich in den ersten Anwendungsjahren herauskristallisiert haben. Ausserdem orientiert sich der Vorentwurf vor allem an den Vorschlägen, welche die betroffenen Gerichtsbehörden im Rahmen der Vorvernehmlassung 2012 gemacht haben. Zu den geplanten Massnahmen gehört die Schaffung eines einzigen Strafgerichts erster Instanz und die Einführung der Funktion der «Wanderrichterinnen und Wanderrichter». Zudem werden mehrere Vorschläge zur Verringerung der Arbeitsbelastung der Bezirksgerichte gemacht. Ein weiteres wichtiges Ereignis des Jahres 2013 war das Inkrafttreten der neuen eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung über den Kindes- und Erwachsenenschutz. Die Friedensgerichte erfüllen weiterhin die Funktion der Schutzbehörde und konnten ihren Personalbestand erhöhen, um die durch die neue Gesetzgebung anfallende Mehrarbeit zu bewältigen. Alle Friedensgerichte verfügen neu über Beisitzerinnen und Beisitzer, die Kompetenzen in Bereichen wie Psychologie, Pädagogik, Sozialarbeit, Gesundheit, Buchhaltung oder Vermögensverwaltung nachweisen müssen. Im Bereich der Infrastruktur erfolgte 2013 die physische Zusammenführung des gesamten Kantonsgerichts im Gebäude des ehemaligen Augustinerklosters.

#### **3.5.2 Anpassung der Haftstrukturen an die Entwicklung der Bedürfnisse**

Sowohl im Kanton Freiburg als auch in der übrigen Schweiz spitzt sich der Mangel an Haftplätzen jedes Jahr weiter zu. Besonders der Bedarf an Untersuchungshaftplätzen steigt aufgrund der Kriminalitätszunahme ständig an. Erste Lösungen zur Erhöhung der Zahl der Untersuchungshaftplätze im Zentralgefängnis Freiburg wurden gefunden. Weitere Massnahmen sind in Arbeit, doch sie werden nicht ausreichen, sodass langfristig der Bau neuer Gefängnisse ins Auge gefasst werden muss. Das Gefängnis von Romont steht als Reserve für Notlagen weiterhin zur Verfügung. Es wurde 2013 für einige Monate geöffnet. Das Projekt der Therapiestation Bellechasse (TSAB), für das im Finanzplan 2012–2016 ein Studienkredit vorgesehen wurde, befindet sich in der Ausarbeitungsphase. Es ist für die wachsende Zahl der Häftlinge mit psychischen Problemen konzipiert und wäre nicht nur für den Kanton Freiburg, sondern auch für die übrigen Kantone der lateinischen Schweiz eine dauerhafte Lösung. Schliesslich wurden auf institutioneller und organisatorischer Ebene erste Vorbereitungsarbeiten für eine Revision des Gesetzes über die Anstalten von Bellechasse aufgenommen.

#### **3.5.3 Umsetzung der neuen Politik zur Bekämpfung der Kriminalität**

Im Kontext des starken und anhaltenden Bevölkerungswachstums, das der Kanton Freiburg erfährt, erfordern die Bekämpfung der Kriminalität und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit eine dynamische, entwicklungsfähige und umfassende Vision, welche die Sicherheit als Teil der Gesamtproblematik des Erhalts von Lebensqualität und gesellschaftlichem Zusammenhalt begreift. Der kantonale Rat für Prävention und Sicherheit konkretisiert diese Vision durch seine Interdisziplinarität. Die Politik zur Bekämpfung der Kriminalität, die der Generalstaatsanwalt Anfang 2012 zusammen mit dem Staatsrat definiert hat, bildet einen stabilen Rahmen für den

Zeitraum 2012–2014 und legt als Prioritäten die Bekämpfung von Gewalt, Bandenkriminalität, Betäubungsmittelhandel, Schwarzarbeit, ungesittetem Verhalten sowie Massnahmen gegen Raser fest. Die Kantonspolizei hat sich einerseits durch die Wahrung der öffentlichen Sicherheit im Alltag (namentlich dank der im ganzen Kanton präsenten bürgernahen Polizei) verdient gemacht. Andererseits zeichnet sie sich durch eine bemerkenswerte Effizienz bei der Kriminalitätsbekämpfung aus, die sich in einer deutlich überdurchschnittlichen Aufklärungsrate der Straftaten niederschlägt. Im infrastrukturellen und operativen Bereich wurde 2013 der Verpflichtungskredits für den Bau eines Polizeigebäudes in Granges-Paccot vom Grossen Rat einstimmig angenommen. Über diesen Kredit wird in der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 abgestimmt.

### 3.5.4 Verbesserung der Führungsinstrumente des Bevölkerungsschutzes

Im Jahr 2013 hat beim Amt für Bevölkerungsschutz und Militär ein neuer Amtsvorsteher die Leitung übernommen. Gleichzeitig begannen die Überlegungen zur Organisation des Amtes. Der Staatsrat hat einen kantonalen Einsatzplan für den Fall eines Unterbruchs der Stromversorgung verabschiedet, der in der Schweiz ein Novum darstellt. Der Plan ist das Ergebnis der Zusammenarbeit des kantonalen Führungsorgans (KFO) mit der Groupe E und dem Bund. Ende 2013 wurde zudem das Projekt «ECALEX» lanciert, mit dem eine Gesamtrevision des Gesetzes über die Versicherung der Gebäude gegen Brand und andere Schäden und des Gesetzes im Bereich der Feuerpolizei und des Schutzes gegen Elementarschäden angestrebt wird. Zwei Arbeitsgruppen und 13 Unter-Arbeitsgruppen haben für die Projektoberleitung eine systematische und zukunftsorientierte Analyse dieser Themenbereiche durchgeführt.

### 3.5.5 Organisation der Lebensmittelsicherheit vom Stall bis auf den Tisch

Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW) hat seine Reorganisation zur Optimierung der Arbeitsprozesse vom Stall bis auf den Tisch weitergeführt. Im Hinblick auf den gemeinsamen Bezug des neuen EVA-Gebäudes im Jahr 2015 (ehemaliges Gebäude des Autobahnamts, das sich zurzeit im Umbau befindet) hat das LSVW die verschiedenen Aufgaben des Amtes neu gruppiert. Im Dezember hat die ILFD zum Abschluss dieser Neuordnung einen Entwurf des Reglements zum Gesetz über die Lebensmittelsicherheit (LMSR) in Vernehmlassung gegeben, mit dem die Bundesgesetzgebung im Bereich Lebensmittelsicherheit und das kantonale Gesetz von 2007 umgesetzt werden sollen. Dieser Erlass wird zudem als Rahmen für die Festlegung der Organisation des LSVW bei der Lebensmittelsicherheit dienen. Im Jahr 2013 hat das LSVW 800 Grundkontrollen auf Bauernhöfen (Tiergesundheit, Tierschutz, Tierarzneimittel und Primärproduktion in einer einzigen Kontrolle) und 1200 Inspektionen von lebensmittelherstellenden Betrieben durchgeführt. Bei Mängeln wurden Korrekturmassnahmen angeordnet. Schliesslich konnte das LSVW die Einführung des neuen Informatiksystems LIMSOPHY abschliessen, mit dem in allen Westschweizer Kantonen die Kontrolldaten (Inspektionen, Proben, Analysen) verwaltet werden und das eine Harmonisierung der Inspektions- und Analysepraxis in der gesamten Westschweiz erlaubt. Weitere Informationen dazu finden Sie auf der neuen Website des Amtes: [www.fr.ch/lsvw](http://www.fr.ch/lsvw).

### 3.5.6 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 5

Gegenstand	Stand Ende 2013
Gesetz über die Anstalten von Bellechasse (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über den Zivilschutz (Teilrevision)	Gesetz vom 6.12.2012
Gesetz über die Feuerpolizei (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Versicherung der Gebäude gegen Brand (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang

---

## 3.6 Herausforderung 6: Pflege der freiburgischen Identität und Optimierung der Institutionen

### 3.6.1 Festigung unserer Bestimmung als «Brückenkanton»

Der Staat Freiburg war 2013 in den Leitenden Ausschüssen der Konferenz der Kantonsregierungen, der Westschweizer Regierungskonferenz (deren Präsidium Freiburg bis Ende 2013 innehat) und im Vorstand der ch Stiftung und der Hauptstadregion Schweiz vertreten. Ein systematisches Inventar von geplanten oder in der Umsetzung begriffenen Zusammenarbeitsprojekten prägt von nun an die bilaterale Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen (BE, VD und NE). Schliesslich wurde eine Tätigkeit lanciert, die das Geschehen auf der Ebene der Kommissionen und des eidgenössischen Parlaments mitverfolgen und es dem Kanton so ermöglichen soll, bei prioritären Bundesprojekten rechtzeitig reagieren zu können, damit die freiburgischen Interessen in der Bundespolitik stärker berücksichtigt werden. Im Oktober 2013 haben die Region Elsass und der Staat Freiburg ein Abkommen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Innovation unterzeichnet. Die Mitwirkung Freiburgs an bestimmten Projekten der Versammlung der Regionen Europas (VRE) ist ebenfalls bestätigt worden, namentlich am Projekt IDEal Index und dem Programm Eurodyssee. Das neue kantonale Gesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe ist 2012 in Kraft getreten. Sein Ziel ist es, in Anwendung von Artikel 70 der Kantonsverfassung die Solidarität und die Öffnung des Kantons gegenüber der übrigen Welt zu stärken. Der bevorzugte Partner für diese Tätigkeit ist Solidarisches Freiburg, die kantonale Vereinigung von Hilfswerken, mit der der Staat einen Leistungsauftrag für das Management von Zusammenarbeitsprojekten abgeschlossen hat.

### 3.6.2 Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts und einer Partnerschaft für die Förderung des Images von Freiburg

Die öffentlich-private Partnerschaft für die Imageförderung, deren Ziel es ist, die Sichtbarkeit und den Ruf Freiburgs zu verbessern, konnte konkretisiert werden. Trägerschaft des Projekts ist der Verein «Fribourgissima Image Freiburg», der aus einer Erweiterung des ehemaligen Vereins Fribourgissima entstanden ist. Der Staat finanziert zusammen mit 12 Partnern die getroffenen Massnahmen, wobei der Staat die Hälfte der Kosten übernimmt und das Sekretariat führt. Die Strategie und die Massnahmen, die zwischen 2014 und 2016 umgesetzt werden sollen, um die Vorzüge des Kantons Freiburg bekannt zu machen, sind definiert worden. Der Verein hat sich im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung die Dienste einer PR-Agentur gesichert. Die in der Kommunikation tätigen Freiburger Unternehmen werden an der Umsetzung der Kampagne mitwirken können. Es wurde ein Exekutivkomitee ernannt, um die Arbeiten auf einfache und effiziente Weise zu leiten und eine rasche Entscheidungsfindung sicherzustellen, die den Interessen der Partner so gut wie möglich entspricht. Die Partner sind über ihre eigene Kommunikation ebenfalls Teil der Kampagne. Anhand einer Reihe von Indikatoren wird die Wirkung der Kampagne gemessen und nach drei Jahren kann eine Bilanz gezogen werden.

### 3.6.3 Förderung unserer Kulturpolitik und unserer Traditionen

Zwei neue Instrumente zur Förderung der zeitgenössischen Musik – ein Stipendium für Musikerinnen und Musiker oder Gruppen von Musikschaffenden und eine Unterstützung von Gastaufenthalten zur Vorbereitung eines Konzertprogramms in Zusammenarbeit mit fünf Musiklokalen im Kanton – sind 2013 erfolgreich umgesetzt worden. Das Inventar der lebendigen Traditionen im Kanton, das über 60 Traditionen enthält, wird schrittweise online gestellt und in Zusammenarbeit mit den Traditionsträgern aktualisiert. Der Gesetzesvorentwurf über die Archivierung und das Staatsarchiv kann im Frühling 2014 in die Vernehmlassung gegeben werden. Die Vorarbeiten zum Ausbau der Kantons- und Universitätsbibliothek wurden fortgeführt und die Botschaft für einen Studienkredit wird dem Grossen Rat im Mai 2014 vorgelegt. Der Architekturwettbewerb im Hinblick auf den Umzug des Naturhistorischen Museums auf das Gelände des ehemaligen Zeughauses in Freiburg ist aus finanziellen Gründen auf das Jahr 2015 verschoben worden.

### 3.6.4 Förderung des Sports als Element der freiburgischen Identität

Das kantonale Sportkonzept ist derzeit in Vorbereitung. Alle Lehrpersonen der unteren Klassen haben im Rahmen des Qualitätskonzepts in diesem Bereich eine Weiterbildung für den Turn- und Sportunterricht besucht. Ein kantonaler Lehrplan für den Schwimmunterricht und ein Reglement zur Subventionierung des Baus von Wassersport-Infrastrukturen werden derzeit ausgearbeitet. Schliesslich werden die Anstrengungen zur Wiederaufwertung des Lagers in Schwarzsee fortgeführt.

### 3.6.5 Förderung der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften

Da die Zweisprachigkeit ein grosser Vorteil des Kantons ist, setzt der Staatsrat seine Anstrengungen fort, die Kompetenzen der Bevölkerung und der Mitarbeitenden des Staates in der Partnersprache zu verbessern. 2013 wurden Sprachenateliers für das Personal und die Lernenden der verschiedenen Staatsstellen angeboten. Der Kurs «Zweisprachigkeit und Sprachenvielfalt besser verstehen, respektieren und fördern» für die Kantonsverwaltung wurde zum zweiten Mal angeboten. Im Rahmen der Förderung der Mehrsprachigkeit und der vom Bundesamt für Kultur gewährten Finanzhilfen gemäss der Sprachenverordnung wurde dem Kanton ein Gesamtbetrag von 420 000 Franken ausbezahlt. Damit konnte die Universität Freiburg ihr Programm «Bilingue plus» verstärken. Die Staatskanzlei konnte ihre Terminologiearbeiten erweitern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates Übersetzungen aus dem Deutschen ins Französische anbieten. Die Bundeshilfen tragen zudem dazu bei, das Pilotprojekt der zweisprachigen Klassen an den Orientierungsschulen umzusetzen. Dieses Projekt wird im Rahmen des Kantonalen Konzepts für den Sprachenunterricht durchgeführt, dessen Entwicklung und Umsetzung unter 2.2 (Herausforderung Nr. 2) näher ausgeführt sind.

### 3.6.6 Stärkung der Stellung der Gemeinden als erste Ebene der kantonalen Einrichtungen

2013 gingen die Arbeiten zur Entflechtung der Aufgaben zwischen Staat und Gemeinden mit der Ernennung einer Projektoberleitung (COPIL) und einer Arbeitsgruppe in eine neue Phase. Die COPIL, die aus Vertretern des Staatsrats, der Gemeinden und der Oberämter zusammengesetzt ist, hat die folgenden Grundziele des Projekts aufgestellt:

- > Zuweisung der Kompetenz an diejenige Stufe (Staat oder Gemeinde), die sie am besten erfüllen kann.
- > Einräumen des grösstmöglichen Spielraums an die Gemeinden für Entscheide mit örtlicher Tragweite (in den Grenzen der kommunalen Finanzautonomie).
- > Suche nach der Aufgabenteilung, die der Bevölkerung die profitabelsten Dienstleistungen bietet, namentlich in Bezug auf das Preis-Leistungs-Verhältnis.

Ein Zwischenbericht wird für Ende 2014 erwartet.

Das Jahr 2013 war gekennzeichnet durch die Genehmigung der von den Oberamtmännern vorgeschlagenen Gemeindefusionspläne durch den Staatsrat am 28. Mai. Die Pläne sehen 35 Fusionsperimeter vor. Sie haben zum Ziel, die beste Art und Weise darzulegen, wie die Stärken und Schwächen der Gemeinden verbunden werden können, um die Gemeinden zu stärken.

### 3.6.7 Verbesserung der Funktionsweise der territorialen Strukturen

Zur Festlegung der Wahlkreise waren im Januar 2013 Gesetzesvorentwürfe und eine Botschaft Gegenstand eines externen Vernehmlassungsverfahrens. Im Juli 2013 folgte eine zweite Vernehmlassung zu einem Rechtsgutachten, in dem es spezifisch um die von den politischen Parteien und Wählergruppen im Rahmen der ersten Vernehmlassung hervorgehobenen Punkte ging. Ende 2013 wurde auf der Grundlage dieser beiden Vernehmlassungsverfahren ein neuer Vorentwurf für ein Gesetz und einen Bericht ausgearbeitet. Der Gesetzesentwurf und die Botschaft sollten dem Grossen Rat Anfang 2014 vorgelegt werden.

Die Arbeiten zur Reorganisation der Zivilstandskreise haben Ende 2013 mit der Durchführung einer ersten Zustandsanalyse begonnen. Es geht darum, die Strukturen an die demografische Entwicklung und den technischen Fortschritt anzupassen, und gleichzeitig bürgernahe und effiziente Dienstleistungen zu erhalten.

### 3.6.8 Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Leitung der öffentlichen Einrichtungen

Im Bericht Nr. 267 an den Grossen Rat zum Postulat Nr. 2054.09 Moritz Boschung/Alex Glardon über die Public Corporate Governance hielt der Staatsrat fest, dass kein neues Recht auf Stufe Verfassung oder Gesetz eingeführt werden müsse, das die verschiedenen Aspekte der Corporate Governance (Staatsvertretung, Verwaltung seiner Beteiligungen, Management und Controlling) klar regeln würde. Er präzisierte jedoch, dass solche Regeln Gegenstand von Regierungsrichtlinien sein könnten. Der erwähnte Bericht zum Postulat dient als Vorstudie und die angekündigten Richtlinien können wahrscheinlich im Verlauf der Legislaturperiode 2012–2016 auf dieser Grundlage ausgearbeitet werden. Zudem wurde beschlossen, dass diese Richtlinien auf den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung in der Public Corporate Governance beruhen sollten. Die Vorbereitungsarbeiten für diese Richtlinien wurden 2013 fortgeführt.

### 3.6.9 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 6

Gegenstand	Stand Ende 2013
Gesetz über die Archivierung und das Staatsarchiv (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Gesetz über die Oberamtmänner (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte (Teilrevision)	Definitiver Vorentwurf in Vorbereitung
Gesetz zur Änderung der Aufgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden (neu)	Vorabklärungen im Gang

## 3.7 Herausforderung 7: Sicherstellung des Gleichgewichts der Kantonsfinanzen und weitere Modernisierung der Public Governance

### 3.7.1 Sicherstellung des Gleichgewichts der Kantonsfinanzen

Der Staatsrat legte im September 2013 ein Struktur- und Sparmassnahmenprogramm vor, um wie angekündigt das sich im Finanzplan abzeichnende kumulierte Defizit der Periode 2014-2016 abzubauen. Nach der Vernehmlassung und verschiedenen Gesprächen mit den Personalverbänden und dem Gemeindeverband prüfte er die Ergebnisse eingehend und verabschiedete das Massnahmenprogramm im September 2013. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen lässt sich der Finanzhaushalt des Staates 2014 um 111,8 Millionen Franken entlasten, 2015 um 137,8 Millionen Franken und 2016 um 165,9 Millionen Franken. Obwohl bei der Bedarfsabklärung sehr strenge Massstäbe angelegt wurden, ging dies nicht auf Kosten des staatlichen Leistungsangebots; der Staat wird seine diesbezügliche Verantwortung weiter wahrnehmen, insbesondere im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, und bei den Investitionen wurde an einem substanziellen Investitionsprogramm mit Schwerpunkt auf Schulbauten sowie Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs festgehalten. Schliesslich konnte unter Einhaltung der verfassungsrechtlichen Vorgaben ein ausgeglichener Voranschlagsentwurf 2014 verabschiedet werden.

### 3.7.2 Entwicklung des E-Governments als Dienstleistungs-Instrument (e-FR)

In den letzten Jahren wurden bei den Informationsplattformen sowohl in technischer Hinsicht als auch bei den Anwendungen gezielt die Grundlagen für die Zukunft des E-Government beim Staat Freiburg geschaffen und entwickelt. Für diese Plattformen gelten entsprechende Sicherheits- und Datenschutzanforderungen. So wurden 2013 Konsolidierungs- und Unterhaltsarbeiten unternommen, um den Bedürfnissen der Kunden gerecht zu werden, namentlich für das 2012 eingeführte neue Angebot der Online-Bestellung und Online-Bezahlung von Betriebsregistrauszügen. 2013 wurde das Projekt zur Ausarbeitung einer Strategie für das E-Government lanciert, und der Umsetzungsplan sollte 2014 folgen. Anschliessend muss eine Plattform eingerichtet werden, damit alle Direktionen und Anstalten der kantonalen Verwaltung Online-Dienste anbieten können. Ausserdem wurde 2013 auch eine Studie zur Entmaterialisierung (Digitalisierung von Informationen auf Papier oder auf einem anderen analogen Datenträger) lanciert. Dank dieser weiteren Plattform wird die Umsetzung branchenspezifischer Projekte wie E-Rechnung oder Online-Veranlagung realisiert werden können.

---

### 3.7.3 Weiterführung einer proaktiven Personalpolitik

Die Informatisierung der Personaladministration wird fortgeführt. Das Personalamt hat seine HR-Access-Plattform auf eine neue Version des gleichen Produkts migriert. Mit dieser neuen Version werden die spätere Informatisierung gewisser HR-Prozesse und die Einführung von Workflow und Self Service in Übereinstimmung mit dem Regierungsprogramm möglich sein. Das Personalamt hat auch die Einführung der digitalen Abwicklung des Rekrutierungsverfahrens mit der Möglichkeit der Online-Bewerbung in den Dienststellen und Anstalten weiter vorangetrieben.

### 3.7.4 Entwicklung und Anwendung des Konzepts von Ombudsstellen in der Verwaltung

Artikel 119 der Verfassung des Kantons Freiburg sieht vor, dass der Staatsrat eine unabhängige Ombudsstelle für Verwaltungsangelegenheiten einrichtet, um Konflikte zwischen Behörden und Betroffenen zu regeln bzw. zu verhindern. Nachdem ein erster Gesetzesvorentwurf nicht sehr positiv aufgenommen worden war, wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Auftrag hatte, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der nach dem Willen des Staatsrats die Erfordernisse von Einfachheit, Wirtschaftlichkeit aber auch Wirksamkeit berücksichtigt. Die Arbeitsgruppe hat den neuen Vorentwurf Ende Dezember 2013 verabschiedet. Sobald der Staatsrat diesen Vorentwurf gutgeheissen hat, soll er mit einem neuen erläuternden Bericht im Februar oder März 2014 in die externe Vernehmlassung geschickt werden.

### 3.7.5 Verbesserung des Verwaltungsbetriebs mit Hilfe der Informatik

Im Herbst 2013 wurde mit der Einrichtung einer Intranetplattform begonnen. Über diese Plattform erhalten die Mitarbeitenden einen einfacheren Zugriff auf die Informationen sowie auf die IT-Applikationen des Staates Freiburg. Im Frühjahr 2014 soll diese Plattform einsatzbereit sein.

Die Softwarelösung für eine «papierlose Regierung» wurde ab 3. September 2013 für die Abwicklung der Geschäfte des Staatsrats in Betrieb genommen, und die Mitglieder der Regierung wurden zu ihrer vollsten Zufriedenheit mit mobilen Geräten ausgerüstet.

Die «Harmonisierung der Personenregister», die über 1500 berechtigten Personen der Kantonsverwaltung via ein leistungsfähiges und sicheres Berechtigungssystem die Abfrage von Einwohnerdaten ermöglicht, wurde im Juni 2013 abgeschlossen. Gespiessen wird diese Plattform mit den Daten aus den Verwaltungssystemen der Gemeinderegister.

Im Rahmen des laufenden Projekts «HarmBat» soll die Verwaltung der Baugesuche für die Antragstellenden, die Gemeinden und die kantonalen Ämter durch die Zurverfügungstellung eine Online-Plattform optimiert werden, so dass die Gemeinden und kantonalen Ämter die Gesuche einfacher und speditiver bearbeiten können. Die ersten Ergebnisse dieses Vorhabens dürften ab 2015 vorliegen.

Mit der elektronischen Verwaltung der rund 115 000 Lieferantenrechnungen, die jährlich eingehen, sollen die Bearbeitungsfrist und die Kosten gesenkt werden. Dazu wird eine 2014 eine im Berichtsjahr getestete Informatiklösung eingeführt.

2013 erfolgte die Umsetzung des verbindlichen eSchKG-Standards 2.0 des Bundes zur Erleichterung des elektronischen Informationsaustausches zwischen den Applikationen der Betreibungsämter (THEMIS für den Kanton Freiburg) und der Inkassoinstrumente der kantonalen Steuerbezugsstellen.

### 3.7.6 Umsetzung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung beim Staat Freiburg

Für die Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung sind die in den verschiedenen Direktionen für die Massnahmen Verantwortlichen zuständig. Sie werden dabei von der Verantwortlichen der Fachstelle Nachhaltige Entwicklung unterstützt. Diese Arbeiten werden von einem strategischen Steuerungsausschuss und einer Konsultativkommission «Nachhaltige Entwicklung» begleitet, die zwei- beziehungsweise einmal im Jahr zusammengekommen sind. Von den 25 Strategiemaassnahmen sind im Berichtsjahr 18 umgesetzt worden: Zwölf Massnahmen konnten finanziert und umgesetzt werden, sechs Massnahmen konnten ohne Kosten umgesetzt werden, für drei Massnahmen wurde eine Finanzierung gesprochen, ihre Umsetzung aber verschoben, und vier Massnahmen wurden aufgrund der fehlenden Finanzierung nicht gestartet.

Zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung bei den Gemeinden hat der Staat Freiburg in Zusammenarbeit mit dem Freiburger Gemeindeverband ein Portfolio der Aktionen im Bereich Nachhaltige Entwicklung für die Gemeinden erstellt. Dieses Portfolio, in dem rund sechzig ganz konkrete nachhaltige Massnahmen aufgeführt sind, an denen sich die Verantwortlichen der Gemeinden orientieren können, ist auf der Website der Nachhaltigen Entwicklung des Staates verfügbar. Es sollen auch jährlich Seminare mit den Gemeinden zu vermehrtem Erfahrungsaustausch stattfinden. Das erste Seminar fand am 21. September 2013 statt.

### 3.7.7 Verwaltung der Immobilien des Staates Freiburg

Der Staat Freiburg will die Verwaltungsflüsse in Zusammenhang mit den Tätigkeiten des Hochbauamts optimieren. Zu diesem Zweck werden eine Neuorganisation des Amtes sowie die Bereitstellung eines zentralen IT-Tools wie RE-FX (Tool für das Immobilienmanagement) zur Optimierung der Betriebsabläufe geprüft. In diesem Rahmen führte die Firma neo technologies eine Bedarfsstudie durch, die die betroffenen Fachbereiche miteinbezog (Sektoren Vermietung und Buchhaltung; Finanzdienst und Amt für Informatik), und analysierte die vorhandenen Werkzeuge. Es wurden auch Workshops zu folgenden Themen durchgeführt: Liegenschaftsverwaltung, Definition der Referenzdaten der Gebäude, Gebäudeunterhalt, Assetmanagement, Buchhaltung, Finanzfluss und auch anderen Indikatoren für die Kontrolle des Geschäftsablaufs. Ziel dieser Workshops war es, die schon abgedeckten und noch abzudeckenden Geschäftsprozesse zu ermitteln, festzustellen, welche Werkzeuge gegenwärtig verwendet werden, und die Umsetzungsprioritäten festzulegen. Dies alles wurde in einem Bericht zusammengefasst, anhand dessen der Staat Freiburg über die Realisierung eines solchen Projekts entscheiden soll.

Die Arbeitsgruppe klärte auch ab, ob dieses Programm für weitere Fachstellen von Nutzen sein könnte, was zur Folge hatte, dass deren spezifische Bedürfnisse berücksichtigt und das Pflichtenheft für die Ausschreibung angepasst werden mussten.

### 3.7.8 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 7

Objet	Etat fin 2013
Gesetz über die Ombudsstelle in der Verwaltung (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Personalgesetz (Teilrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen

## 4 Staatsratsjahr

### 4.1 Sitzungen

Der Staatsrat wurde 2013 von Anne-Claude Demierre präsiert (Vizepräsidium: Isabelle Chassot bis Ende Oktober, dann Beat Vonlanthen) und hielt 50 Sitzungen ab; drei davon waren allein der Prüfung des Staatsvoranschlags für das Jahr 2014 gewidmet; in dreizehn kamen Struktur- und Sparmassnahmen zur Sprache (drei waren ausschliesslich diesem Thema gewidmet), zwei waren Klausurtag und eine Sitzung diente der Rekonstituierung. Der Staatsrat erliess 1332 Beschlüsse (53 Sitzungen und 1139 Beschlüsse 2012). Er erliess 76 neue Reglemente und Verordnungen und 27 Teilrevisionen von bestehenden Reglementen und Verordnungen (2012: 67 und 35). Er überwies 14 Gesetzesentwürfe (2012: 13), 22 Dekretsentwürfe (2012: 18) und 21 Berichte (2012: 11) an den Grossen Rat.

### 4.2 Arbeitstreffen

An der traditionellen Arbeitssitzung mit dem Gemeinderat der Stadt Freiburg konnte namentlich der Stand der Dinge beim Zusammenschluss zu Grossfreiburg, bei blueFACTORY und der Sportstätte St. Leonhard, die Auswirkung der kantonalen Steuersenkungen auf die Gemeinden und die Verspätungen bei der Kantonalen Ausgleichskasse erörtert werden. Die Sitzung mit dem Vorstand des Freiburger Gemeindeverbands bot Gelegenheit, um über die Überprüfung der Aufgabenteilung und des interkommunalen Finanzausgleichs, die Situation und die Aussichten beim kantonalen Beschäftigungsfonds und die Auswirkungen der neuen Pflegefinanzierung auf die Gemeinden zu diskutieren. Die

---

Arbeitssitzung mit den Oberamt Männern fand dieses Jahr im Glanebezirk statt und bot Gelegenheit, über folgende Themen zu diskutieren: der One-Stop-Schalter, das Informatiksystem für die Wahlen und die Verbesserung der Qualität und die Steigerung der Effizienz bei den Baubewilligungsgesuchen im ordentlichen Verfahren.

Wie jedes Jahr lud die Regierung die höheren Kader der Kantonsverwaltung zu einer Informationssitzung und einem Meinungsaustausch ein; sie fand am 16. Oktober im Konservatorium statt. Dieses Jahr hat der Staatsrat seinen traditionellen Besuch von Freiburger Unternehmen im Sensebezirk durchgeführt; er zeigt so, dass er ständig um die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Kantons bemüht ist.

### 4.3 Besuche und Empfänge

Das Jahr 2013 war vom Rücktritt von Isabelle Chassot, Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin, gekennzeichnet; der Staatsrat hat sie offiziell am 31. Oktober verabschiedet. Zu Ehren ihres Nachfolgers, Jean-Pierre Siggen, wurde die traditionelle Serenade der Landwehrmusik organisiert.

Wie gewohnt überbrachte die Regierung den Vertretern der gesetzgebenden und der richterlichen Gewalt sowie den Vertretern der Kirchen ihre Neujahrswünsche. Der Staatsrat nahm an den traditionellen weltlichen und kirchlichen Feiern und Veranstaltungen teil, die jedes Jahr Glanzpunkte seiner Tätigkeit sind. Er hat zahlreiche Einladungen von Freiburger und schweizerischen Institutionen angenommen. Er empfing die Zisterziensergemeinschaft Altenryf auf dem Gut Les Faverges. Im Rahmen des freundeidgenössischen Austauschs wurde der Staatsrat von der Solothurner Regierung empfangen und hatte seinerseits die Regierung von Schaffhausen zu Gast.

Der Staatsrat war an den Veranstaltungen, die im Rahmen der 27. Ausgabe des Internationalen Filmfestivals Freiburg, der 39. Ausgabe des Folkloreffens Freiburg und der Poya Estavannens organisiert wurden, beteiligt. Er benützte die Gelegenheit der Teilnahme des Freiburger Kammerorchesters am 19. Opernfestival Avenches, um verschiedene Persönlichkeiten an dieses Festival im Jahr 2013 einzuladen. Er organisierte auch Abende für Öffentlichkeitsarbeit am Rand der Heimspiele des HC Fribourg-Gottéron an den Playoffs der Meisterschaft 2012/13 der Nationalliga A im Eishockey.

Eine Delegation des Staatsrats begleitete den Chœur des Armaillis de la Gruyère bei seiner Reise nach Washington. Eine Regierungsdelegation nahm auch an einer Informationsreise der Westschweizer Regierungskonferenz nach Brüssel teil.

Die Regierung nahm am offiziellen Festakt zur Erinnerung an die Auswanderung von Freiburgerinnen und Freiburgern nach Nova Friburgo teil und empfing offiziell die Vizepräsidentin von Nova Friburgo. Sie wurde auf Einladung des Bundespräsidenten am Ausflug der amtierenden Botschafterin in der Schweiz nach Freiburg und St. Ursen beteiligt. Sie empfing zunächst in der Abtei Altenryf und dann auf dem Gut Les Faverges den Ständerat auf seiner Schulreise, die vom Präsidenten Filippo Lombardi organisiert wurde. Anlässlich der Anwesenheit des Elsassers als Ehrengast an der Freiburger Messe traf sie das Präsidium des Generalrates dieser Region.

Der Staatsrat hat die ehemaligen Mitglieder der Regierung und den alt Vizekanzler mit ihren Ehegatten zu einem gemütlichen Beisammensein eingeladen. Er verabschiedete Albert Bachmann, der als Präsident des Freiburger Gemeindeverbands zurücktrat, und Robert Biemann, Präsident der kantonalen Kommission der Loterie Romande von 2006 bis 2013. Er hatte auch Gelegenheit, das Präsidium der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne, die Direktion der Liebherr-Gruppe und den Botschafter des belgischen Königs in der Schweiz zu treffen.

Im Bundeshaus fand eine St. Nikolaus-Feier, zu der die Regierung den Bundesrat, die Mitglieder der eidgenössischen Räte und die hohen Beamten des Bundes, die Freiburg nahestanden, eingeladen hatte, statt.

Anlässlich ihres Eintritts in das 100. Lebensjahr haben 40 Freiburgerinnen und Freiburger Besuch von einem Mitglied des Staatsrats und das traditionelle Geschenk der Regierung erhalten.

---

## 5 Aussenbeziehungen

---

2011 wurde die politische Verantwortung für die Koordination der Aussenbeziehungen vom Staatsratspräsidium auf den Volkswirtschaftsdirektor übertragen. Konkret vertrat der Volkswirtschaftsdirektor den Staatsrat im Leitenden Ausschuss und in der Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), im Leitenden Ausschuss der ch Stiftung und bei der Westschweizer Regierungskonferenz, deren Präsident er 2012/13 war.

### 5.1 Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen hielt 2013 vier Plenarversammlungen und eine ausserordentliche Plenarversammlung ab. Der Leitende Ausschuss der KdK hat 2013 viermal getagt. Die Plenarversammlungen fanden jeweils immer in einem anderen Kanton statt (Graubünden, Appenzell (AI und AR), Genf und Luzern), um in diesem Jahr, in dem die KdK ihr 20-jähriges Bestehen feiert, ein besonderes Zeichen zu setzen. Am Ende des Jahres haben die Kantonsregierungen mit Jean-Michel Cina, Walliser Staatsrat, einen neuen Präsidenten gewählt, der das Präsidium vom Waadtländer Staatsrat Pascal Broulis übernimmt.

Der Dialog zwischen den Kantonen und dem Bundesrat in der Europapolitik wurde verstärkt. 2013 fanden fünf Begegnungen zwischen einer Delegation der KdK und den Bundesräten im Rahmen des «Europadialogs» statt. Die vordringlichsten Dossiers in der Aussenpolitik betrafen den institutionellen Rahmen, der den Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) gegeben werden muss, das Abkommen über die Personenfreizügigkeit und dessen Ausweitung auf Kroatien, die laufenden Verhandlungen im Elektrizitätsbereich und den Steuerdialog zwischen der Eidgenossenschaft und der EU. Die Kantonsregierungen bewiesen Einstimmigkeit und konnten ihre gemeinsame Haltung gegenüber dem Bund 2013 in mehreren Dossiers der Europapolitik geltend machen: Verhandlungsmandat des Bundesrats über die institutionellen Fragen Schweiz-EU; Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien; Verhandlungsmandat für die Revision des Abkommens über die Zinsbesteuerung zwischen der Schweiz und der EU; Verhandlungsmandat zur Beteiligung der Schweiz am Programm für Bildung, Jugend und Sport der EU (Erasmus+); Zusammenarbeitsabkommen mit der EU über die Beteiligung der Schweiz an den europäischen Satellitennavigationsprogrammen; Verhandlungsmandat für ein bilaterales Abkommen zwischen der Schweiz und der EU im Bereich der Chemikaliensicherheit (REACH).

In der Innenpolitik bildeten der erste Entwurf für einen Bericht über die Unternehmenssteuerreform, die Änderung des Vernehmlassungsgesetzes und die Energiestrategie 2050 die Schwerpunkte des Jahres 2013. Die KdK gehörte der gemischten Arbeitsgruppe des Bundes und der Kantone an, welche die Vorschläge zur Unternehmenssteuerreform ausgearbeitet hat und deren Bericht Ende 2013 vom Bundesrat in die Vernehmlassung gegeben wurde. Die Kantone begrüßten die Vorschläge zur Vereinfachung der Vernehmlassungsverfahren, zu denen sie vom Bund eingeladen werden, bestehen aber auf mehreren Änderungen, mit denen die Berücksichtigung der kantonalen Standpunkte verbessert werden sollte. Ausserdem nahm die KdK auch Stellung zur eidgenössischen Volksabstimmung über die Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes und empfahl die Volksinitiative «Gegen die Masseneinwanderung» zur Ablehnung.

### 5.2 ch Stiftung

Die Stiftung wurde von den 26 Kantonen gegründet, die alle im Stiftungsrat vertreten sind. Sie spielt eine wesentliche Rolle bei der Koordination unter den Mitgliedern, fördert den Föderalismus und sorgt für die Erhaltung der Vielfalt der Sprachen und Kulturen in der Schweiz. Sie führt ebenfalls das Sekretariat der KdK und das Haus der Kantone in Bern, das die Sekretariate mehrerer interkantonalen Konferenzen beherbergt. Der Volkswirtschaftsdirektor ist Mitglied des Stiftungsrats. Er ist ebenfalls Mitglied des Leitungsausschusses, der zweimal im Jahr zusammentritt.

Seit 2010 nahm der Teil «Austausch und Mobilität» der ch Stiftung beträchtlich zu. Die Förderung von Austausch in der Schweiz wurde intensiviert, und die Schweiz macht seit 2011 voll bei den europäischen Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen mit. Die ch Stiftung ist mit deren Umsetzung beauftragt. Das

Staatsekretariat für Bildung, Forschung und Innovation hat dieses Mandat erneuert und der ch Stiftung die Verantwortung für die neue Generation der europäischen Erasmus+-Programme anvertraut.

### 5.3 Direktorenkonferenzen

Der Staatsrat engagiert sich sehr in den Strukturen, aber auch in den Tätigkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen. Beispielsweise wirken alle Mitglieder des Staatsrats in den Direktorenkonferenzen auf Landesebene mit. Die Erziehungsdirektorin hatte bis zu ihrem Weggang den Vorsitz der Erziehungsdirektorenkonferenz inne und der Volkswirtschaftsdirektor ist Präsident der Konferenz Kantonaler Energiedirektoren. Der Staatsrat ist auch stark bei Regionalkonferenzen, namentlich in der Westschweiz, engagiert. Jede Direktion informiert in ihrem Bericht über die laufenden interkantonalen Tätigkeiten in ihrem Zuständigkeitsbereich.

Zurzeit werden in diesen interkantonalen Direktorenkonferenzen 7 interkantonale Vereinbarungen ausgearbeitet und verhandelt oder den Kantonsparlamenten zur Genehmigung unterbreitet; sie gelten grösstenteils für das ganze Land.

#### **Interkantonale Vereinbarungen, die ausgearbeitet, verhandelt oder den Kantonsparlamenten zur Genehmigung unterbreitet werden (Stand am 31.12.2013)**

	<b>Vereinbarungen (provisorischer Titel)</b>	<b>Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:</b>	<b>Betroffene Kantone</b>	<b>Zuständige Direktion</b>	<b>Betreffende Direktorenkonferenz</b>	<b>Stand am 31.12.13</b>
1.	Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung der Stipendien	2013	Alle Schweizer Kantone	EKSD	EDK	Beitritt des Kantons FR am 1.8.2010. Inkrafttreten der Vereinbarung am 1. März 2013
2.	Interkantonale Vereinbarung über die HES-SO	2013	BE, FR, GE, JU, NE, VD, VS	VWD/EKSD	FH Westschweiz	Beitritt aller betroffenen Kantone im Jahr 2012 (FR – 20.03.2012) und Inkrafttreten am 1. Januar 2013
3A	Interkantonales Konkordat über die Hochschulen	2015	Alle Schweizer Kantone	EKSD/VWD	Schweizerische Universitätskonferenz (SUK); Schweizerischer Fachhochschulrat (SFHR); EDK	Vernehmlassung endete am 31.12.2012  Von der EDK am 20. Juni 2013 angenommen  Beitritt aller Kantone im Verlauf des Jahres 2014
3B	Interkantonale Hochschulvereinbarung	wahrscheinlich 2017	Alle Schweizer Kantone	EKSD/VWD	EDK	In der Diskussionsphase  (in Verbindung mit den finanziellen Bestimmungen des HFKG <sup>1</sup> )
4.	Änderung des Konkordats zur Schaffung von Massnahmen gegen die Gewalt an Sportveranstaltungen	Unbekannt	Alle Schweizer Kantone	SJD	KKJPD	Beitritt des Kantons FR am 12.12.2013
5.	Vereinbarung vom 5. Oktober 2012 zur Revision des Konkordats über die Sicherheitsunternehmen	01.04.2014	FR, GE, JU, NE, VD, VS	SJD	CLDJP	Beitritt des Kantons FR am 12.12.2013 Inkrafttreten für alle Kantone am 01.04.2014
6.	<b>Vereinbarung über das interkantonale Spital der Broye (HIB)</b>	wird wahrscheinlich im Februar 2014 festgelegt	FR, VD	GSD	Keine Konferenz	<b>Beitritt des Kantons Freiburg am 10. Oktober 2013 und des Kantons Waadt am 15. November 2013</b>

<sup>1</sup> HFKG: Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich

---

## 5.4 Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)

Die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) wurde 2012 und 2013 vom Volkswirtschaftsdirektor präsidiert. Der Vorstand der WRK ist 2013 viermal zusammengetreten. Das Arbeitsprogramm für den Zeitraum 2012/13 legt zwei hauptsächliche Arbeitsschwerpunkte fest: (1) Verstärkung der Westschweiz im schweizerischen und europäischen Umfeld, (2) bessere interne Koordination bei der Behandlung von übergreifenden politischen Themen. Um diese beiden Schwerpunkte in die Tat umzusetzen, ist das Arbeitsprogramm in 7 Projekte gegliedert, mit denen sich die WRK in den Jahren 2012 und 2013 vertieft beschäftigt hat:

- > Förderung der Interessen der Westschweizer Kantone im Rahmen der KdK, bei den Bundesinstanzen und Positionierung gegenüber den übrigen Regionen;
- > Europäische Integration: Förderung der Interessen der Westschweizer Kantone;
- > Verstärkte Kommunikation für die Westschweiz;
- > Förderung der interkantonalen Zusammenarbeit;
- > Umsetzung des Vertrags über die Mitwirkung der Kantonsparlamente bei der Ausarbeitung, der Ratifizierung, dem Vollzug und der Änderung von interkantonalen Verträgen und von Verträgen der Kantone mit dem Ausland (ParlVer) und Nachkontrolle bei der Schaffung der Datenbank über die interkantonalen Verträge.
- > Klärung des Verhältnisses zwischen der WRK und den Westschweizer Fachkonferenzen und Identifizierung der zentralen Angelegenheiten;
- > Interne Entwicklung der WRK.

Die Tätigkeiten, die von diesem Arbeitsprogramm geleitet werden, wurden 2012 aufgenommen und gingen 2013 weiter.

Bei der Förderung der Interessen der Westschweiz beschäftigte sich die WRK mit der Entwicklung von mehreren Bundesangelegenheiten, insbesondere der Finanzierung und dem Ausbau der Eisenbahninfrastruktur, dem Alkoholgesetz, dem Zweitwohnungsgesetz und der ungleichen Verteilung der Bundesaufträge. Über die Stellungnahmen zuhanden der Mitglieder der Bundesregierung und des Bundesparlaments haben die Mitglieder der WRK auf dieser Ebene gewirkt, um ihre Interessen geltend zu machen und die Beratungen und Entscheide in diesem Bereich zu beeinflussen. Zwei Begegnungen mit den Ständeräten der Westschweiz fanden statt, um Geschäfte des Bundes, die für die Region von besonderer Bedeutung sind, zu behandeln.

Eine Delegation der WRK machte am 28. und 29. November 2013 eine Informationsreise nach Brüssel. Die Mitglieder der Delegation trafen dort erstrangige Gesprächspartner sowohl aus der Schweiz als auch aus den europäischen Institutionen und unter den Vertretern der Regionen der Mitgliedsländer.

Das zweite jährliche Treffen zwischen dem Vorstand der WRK und der interparlamentarischen Koordinationsstelle (IKS) fand im Juni 2013 statt. Die IKS wurde im Vertrag über die Mitwirkung der Kantonsparlamente bei der Ausarbeitung, der Ratifizierung, dem Vollzug und der Änderung von interkantonalen Verträgen und von Verträgen der Kantone mit dem Ausland (ParlVer) geschaffen.

2013 führte die WRK auch eine Reflexionsarbeit zur Region, zur Förderung deren Interessen und zu deren internen Funktionsweise durch. Auf der Grundlage einer Studie, die von zwei externen Beauftragten durchgeführt wurde und den Titel « Stand, Wirksamkeit und Perspektiven der interkantonalen Zusammenarbeit in der Westschweiz » trägt, hat die WRK einen Aktionsplan ausgearbeitet, mit dem Ziel, die Region auf politischer Ebene besser zur Geltung zu bringen.

Am 8. März 2013 feierte die WRK ihr 20-jähriges Bestehen mit einer Veranstaltung mit einem vielseitigen Programm.

## 5.5 Bilaterale Treffen zwischen Regierungen

Die Zusammenarbeit zwischen Regierungen auf bilateraler Ebene wird durch regelmässige Treffen mit den Regierungen der Nachbarkantone gekennzeichnet. Die Freiburger Regierung und der Staatsrat des Kantons Neuenburg konnten im Rahmen der regelmässigen Treffen an der Begegnung vom 19. November 2013 die aktuellen und geplanten Projekte beider Kantone prüfen und darüber diskutieren, auf welche zentralen Projekte sie sich bei der

---

künftigen Zusammenarbeit konzentrieren wollen. Die beiden Regierungen sprachen namentlich über die Zusammenarbeit im Bereich der polizeilichen Grundausbildung. Ab 2014 werden die Kantone Freiburg, Neuenburg und Jura die Ausbildung ihrer Polizeiaspirantinnen und -aspiranten harmonisieren. In einer weiteren Begegnung konnte die Freiburger Regierung sich mit ihren Berner Kollegen austauschen.

Obwohl Wallis und Freiburg keine Nachbarkantone sind, haben sie gemeinsame Anliegen und Interessen. Die beiden Regierungen haben sich am 28. August 2013 getroffen und zunächst mehrere Themen der Bundespolitik angesprochen, wie die Entwicklung der Eisenbahnachse am Lötschberg, die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative und die rückwirkende Korrektur der Krankenkassenprämien.

## **5.6 Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständeräten und zu den Bundesbehörden**

An vier Treffen zwischen dem Staatsrat und den Freiburger Mitgliedern der Eidgenössischen Kammern, die im Jahr 2013 stattfanden, konnten die wichtigsten Angelegenheiten für den Kanton aufmerksam geprüft werden, namentlich die Revision des Raumplanungsgesetzes (1. Etappe), die Agrarpolitik 2014-17, die Finanzierung und der Ausbau der Eisenbahninfrastruktur, die Unternehmenssteuerreform und der Finanzausgleich des Bundes.

## **5.7 Vernehmlassungen des Bundes**

Der Staatsrat hat auf über 100 Vernehmlassungsverfahren des Parlaments und des Bundesrats, der eidgenössischen Departemente und der Bundesämter, der Konferenz der Kantonsregierungen und verschiedener Konferenzen kantonaler Departementvorsteher geantwortet. Eine vollständige Liste der Vernehmlassungen, an denen sich der Kanton 2013 beteiligt hat, befindet sich im Sonderdruck über die Aussenbeziehungen des Kantons und auf der Website des Staates unter der Adresse: <http://www.fr.ch/ce/de/pub/bundesvernehmlassungen.htm>.

# **6 Finanzielle und personelle Auswirkungen der Entscheide, die vom Grossen Rat im Jahr 2013 getroffen wurden**

---

(Art. 198 Abs. 3 des Grossratsgesetzes vom 6. September 2006)

Im Jahr 2013 entschied der Grosse Rat über 25 Gesetzesentwürfe (davon gehören 12 zum Programm der Struktur- und Sparmassnahmen) und 23 Dekretsentwürfe. Ungefähr 42 % der diskutierten und angenommenen Bestimmungen, nämlich 9 Gesetze und 11 Dekrete haben keine oder fast keine finanziellen Auswirkungen.

Bei den übrigen Gesetzes- und Dekretsentwürfen können die finanziellen Auswirkungen wie folgt zusammengefasst werden; vorher müssen aber die üblichen Vorbehalte formuliert werden: Diese hängen mit den Schwierigkeiten zusammen, die einmaligen und wiederkehrenden finanziellen Folgen, die sowohl die Erfolgsrechnung als auch die Investitionsrechnung betreffen, zusammenzurechnen.

## **6.1 Investitionsrechnung**

Im vergangenen Jahr verabschiedete der Grosse Rat 10 Dekrete über Verpflichtungskredite, die insgesamt Investitionen oder Subventionen von Investitionen im Umfang von 220 761 362 Franken entsprechen. Die vier wichtigsten Gegenstände betreffen: den Verpflichtungskredit für die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2013–2016 (52 839 462 Franken), für den Bau eines neuen Gebäudes für die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit und die Hochschule für Gesundheit Freiburg (44 573 000 Franken) und eines Polizeigebäudes (42 558 900 Franken) und den zusätzlichen Verpflichtungskredit für die Studien und Bauarbeiten für die Ortsdurchfahrt von Jaun (21 900 000 Franken). Es sei ausserdem auf das Dekret über den Erwerb einer Liegenschaft an der Route de Riaz in Bulle für einen Betrag von 17 353 000 Franken hingewiesen.

## 6.2 Erfolgsrechnung

Die Auswirkungen der 16 Gesetze und des einen Dekrets, die einen bedeutenden Einfluss auf die Erfolgsrechnung haben, können für den wiederkehrenden Aufwand und Ertrag so zusammengefasst werden:

- > das Programm der Struktur- und Sparmassnahmen, mit dem die finanzielle Lage des Staates in den Jahren 2014-2016 gegenüber dem Finanzplan um über 415 Millionen Franken verbessert werden sollte. Dieser Entwurf führt zur Änderung von 12 Gesetzen, namentlich in den Bereichen des Personals, der Motorfahrzeugbesteuerung, des Verkehrs und der Grundstücksübertragung;
- > die Änderung des Energiegesetzes, mit der die Energiestrategie des Kantons Freiburg konkret umgesetzt wird, sieht einen jährlichen Betrag von 17 Millionen Franken vor, der unter anderem den Kantonsbeitrag, die Beteiligung des Groupe E SA und die Bundessubventionen umfasst. Sie hat auch die Schaffung von neuen Stellen im Umfang von 2,0 VZÄ zur Folge;
- > eine Zunahme der Nettopersonalausgaben um 3,9 Millionen Franken im Zusammenhang mit der Schaffung von neuen Arbeitsstellen im Rahmen des Voranschlags 2014 (ungefähr 97 zusätzliche Stellen);
- > verschiedene weitere neue gesetzliche Bestimmungen, die einen zusätzlichen Aufwand von 0,6 Millionen Franken und zusätzliche Einnahmen in der Grössenordnung von 0,3 Millionen Franken zur Folge haben.

Beim neuen einmaligen Aufwand muss auf einen Gesetzesentwurf, für den es eine einmalige Ausgabe von 20 000 Franken braucht, hingewiesen werden.

2013 hatten die Änderungen, die der Grosse Rat an den Entwürfen des Staatsrats anbrachte, keine finanziellen Auswirkungen.

Es sei an dieser Stelle noch auf einen Dekretsentwurf über die Einbürgerungen hingewiesen, der vom Grossen Rat am 9. Oktober 2013 zurückgewiesen wurde. Dieser Entwurf hätte keine finanziellen Auswirkungen gehabt.

## 6.3 Gesetzes- und Dekretsentwürfe, die im Jahr 2013 geprüft wurden (mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Ver- abschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats <i>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</i>		
				personell	finanziell	
				Vollzeitäqui- valente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2012	43	FIND	05.02.13		Keine finanziellen Auswirkungen	
G zur Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes	39	RUBD	07.02.13		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
D über einen zusätzlichen Verpflichtungskredit für die Sanierung gefährlicher Kreuzungen infolge der Projektanpassungen für die Knoten Fin-de-Jentes in Cressier und Chrüz in Tafers	42	RUBD	19.03.13			Ausgaben: + 1 804 000 Fr.

				<b>Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats</b> <i>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</i>		
Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Ver- abschiedung Grosser Rat	<u>personell</u>	<u>finanziell</u>	
				Vollzeitäqui- valente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über die Gewährung eines Studienkredits für den Bau eines oder mehrerer Gebäude zur Verlegung von Agroscope ALP-Haras vom Standort Bern-Liebefeld an den Standort Posieux	47	ILFD	19.03.13			Ausgaben: + 4 200 000 Fr.
D über die Einbürgerungen	48	ILFD	20.03.13		Keine finanziellen Auswirkungen	
G zur Änderung des Energiegesetzes	49	VWD	15.05.13	+ 2,00 VZÄ	Rund 17 000 000 Fr. jährlich (einschl. Beiträge der Groupe E und des Bundes) wie angekündigt, keine weiteren finanziellen Verpflichtungen	
D zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2012	51	FIND	15.05.13		Keine finanziellen Auswirkungen	
G zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Prämienverbilligung – Datenaustausch und Verfahren)	50	GSD	16.05.13		Zu Lasten des Staates: einmaliger Betrag von ca. 20 000 Fr. für die Einrichtung von Sedex und jährlicher Betrag von 5000 Fr. für den Betrieb	
D über die Gültigkeit der Gesetzesinitiative in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfs «Für bürgernahe Spitäler»	53	GSD	18.06.13		Keine finanziellen Auswirkungen	
D über die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung – Unverzüglicher Abbruch der Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich (FHAL)	52	ILFD	19.06.13		Keine finanziellen Auswirkungen	
D über die Einbürgerungen	61	ILFD	19.06.13		Keine finanziellen Auswirkungen	
D über einen Verpflichtungskredit für die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs	55	RUBD	20.06.13			Ausgaben 2013-2016: + 52 839 462 Fr.
D über einen zusätzlichen Verpflichtungskredit zur Finanzierung der Studien und Bauarbeiten für die Ortsdurchfahrt von Jaun	56	RUBD	20.06.13			Ausgaben: + 21 900 000 Fr.

				<b>Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats</b> <i>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</i>		
Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Ver- abschiedung Grosser Rat	<u>personell</u>	<u>finanziell</u>	
				Vollzeitäqui- valente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über den Erwerb einer Liegenschaft an der Route de Riaz in Bulle	58	RUBD	20.06.13			Ausgaben: + 17 353 000 Fr.
D über die Einbürgerungen	2013- DIAF-6	ILFD	10.09.13		Keine finanziellen Auswirkungen	
G über den Beitritt zur Vereinbarung zur Revision des Konkordats über die Sicherheitsunternehmen	59	JSD	11.09.13		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
G zur Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei	67	JSD	11.09.13		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
D über einen Verpflichtungskredit für den Bau eines neuen Gebäudes für die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit und die Hochschule für Gesundheit Freiburg am Standort des ehemaligen Zeughauses in Freiburg	66	EKSD	12.09.13			Ausgaben: + 44 573 000 Fr.
G zur Umsetzung von Struktur- und Sparmassnahmen (namentlich mit 12 Gesetzes-änderungen)	2013- DFIN-20	FIND	08-09.10.13		Verbesserung des Staatshaushaltes 2014 um 111 783 000 Fr., 2015 um 137 848 000 Fr. und 2016 um 165 904 000 Fr.	
G über den Zusammenschluss der Gemeinden Cerniat und Charmey	69	ILFD	09.10.13		Finanzhilfe des Staates von insge- samt 436 200 Fr., Auszahlung 2015 im Rahmen der verfüg- baren und durch das GZG zur Verfügung gestellten Mittel	
D über einen Verpflichtungskredit für den Bau eines Polizeigebäudes in Granges-Paccot	2013- DSJ-17	JSD	09.10.13			Ausgaben: + 42 558 900 Fr.
D über die Einbürgerungen	2013- DIAF-40	ILFD	Vom Grossen Rat am 09.10.13 abgelehnt			
D über die Gesetzesinitiative «Für bürgernehe Spitäler» (Volksabstimmung)	2013- DSAS-10	GSD	09.10.13		Keine finanziellen Auswirkungen	
G über den Gegenentwurf zur Gesetzesinitiative «Für bürgernehe Spitäler»	2013- DSAS-10	GSD	09.10.13		Grundsätzlich keine finanziellen oder personellen Aus- wirkungen	

				<b>Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats</b> GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe		
Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Ver- abschiedung Grosser Rat	<u>personell</u>	<u>finanziell</u>	
				Vollzeitäqui- valente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G über den Beitritt zur Vereinbarung über das Interkantonale Spital der Broye (HIB) Waadt- Freiburg	2013- DSAS-11	GSD	10.10.13		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
D über die Gewährung eines Kredits für den Landerwerb und eines Studienkredits für den Bau eines Gebäudes für die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg auf dem Gelände des Thierryturms in Freiburg	2013- DICS-4	EKSD	10.10.13			Ausgaben: + 8 220 000 Fr.
G über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2014	2013- DFIN-24	FIND	13.11.13		Keine finanziellen Auswirkungen, da die Steuerfüsse für 2014 bei 100 % bleiben	
D über einen Verpflichtungskredit für die Erneuerung der technischen Geräte und Anlagen der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg	2013- DEE-9	VWD	13.11.13			Ausgaben: + 15 463 000 Fr.
D zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2014	2013- DFIN-14	FIND	13.11.13	+ 97,20 VZÄ (neue und zusätzliche Stellen)	Neue und zusätzliche Stellen: Bruottaufwand: + 8 846 780 Fr. Nettoaufwand: + 3 858 930 Fr.	
G zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinden	2013- DIAF-5	ILFD	14.11.13		Keine finanziellen oder personellen Auswirkun- gen, ausser einem allfälligen Skaleneffekt auf Gemeindeebene	G
G zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern	2013- DFIN-23	FIND	14.11.13		Einführung der Steuer- befreiung der Lotteriegewinne bis 1000 Fran- ken und des Abzugs der Einsatzkosten: Geschätzte Einbusse von 150 000 – 200 000 Fr. Änderung der Vorschrif- ten über die Grund- stückgewinne in Zusammenhang mit den konzessionierten Verkehrsunternehmen: vernachlässigbare Einbusse	
D zur Volksinitiative «FriNetz» (Volksabstimmung)	24	FIND	14.11.13		Keine finanziellen Auswirkungen	

				<b>Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats</b> GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe		
Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Ver- abschiedung Grosser Rat	<u>personell</u>	<u>finanziell</u>	
				Vollzeitäqui- valente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über einen Verpflichtungskredit zur Finanzierung von Studien und Landerwerb für die Kantonsstrassen in den Jahren 2014–2019 und die Aufhebung des Bahnübergangs in Givisiez	2013- DAEC-15	RUBD	14.11.13			Ausgaben: + 11 850 000 Fr.
G über den Beitritt zur Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	2013- DSJ-35	SJD	12.12.13		Einführung einer Gebühr von 2 Fr. pro Eintrittskarte zur teil- weisen Deckung der Kosten für den Ord- nungs- und Schutz- dienst bei Sportveran- staltungen, rund 320 000 Fr. jährlich Keine personellen Auswirkungen	
G zur Aufhebung des Gesetzes über das Filmwesen und das Theater	2013- DSJ-38	DSJ	12.12.13		Keine personellen Auswirkungen und nur unwesentliche finanzielle Auswirkungen	
D über die Gültigkeit der Gesetzesinitiative in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfs «Kantonales Schwimmbadzentrum»	2013- DICS-29	EKSD	12.12.13		Keine finanziellen Auswirkungen	
D über die Einbürgerungen	2013- DIAF-67	ILFD	12.12.13		Keine finanziellen Auswirkungen	

## 7 Personalbestand

<b>Behörden – Direktionen Kostenstellen</b>	<b>Rechnung 2013 VZÄ</b>	<b>Rechnung 2012 VZÄ</b>	<b>Differenz VZÄ</b>
<b>Behörden und Direktionen</b>	<b>7 991.05</b>	<b>7 859.14</b>	<b>131.91</b>
Gesetzgebende Behörde	6.53	6.54	-0.01
Richterliche Behörde	290.05	285.37	4.68
Vollziehende Behörde	6.97	7.00	-0.03
Staatskanzlei	39.52	38.72	0.80
Direktion für Erziehung, Kultur und Sport	4 666.63	4 605.97	60.66
Sicherheits- und Justizdirektion	890.27	868.75	21.52
Direktion der Institutionen, der Land- und Forstwirtschaft	438.98	428.69	10.29
Volkswirtschaftsdirektion	706.21	685.12	21.09

<b>Behörden – Direktionen Kostenstellen</b>	<b>Rechnung 2013 VZÄ</b>	<b>Rechnung 2012 VZÄ</b>	<b>Differenz VZÄ</b>
Direktion für Gesundheit und Soziales	165.00	159.36	5.64
Finanzdirektion	392.66	387.13	5.53
Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion	388.23	386.49	1.74
<b>Sektoren</b>	<b>7 991.05</b>	<b>7 859.14</b>	<b>131.91</b>
Zentralverwaltung	2 591.31	2 543.46	47.85
Unterrichtswesen	5 051.15	4 973.77	77.38
Spitalwesen	14.54	12.27	2.27
Besondere Sektoren und Anstalten des Staates	334.05	329.64	4.41

## 8 Parlamentarische Vorstösse

Die parlamentarischen Vorstösse werden künftig im Tätigkeitsbericht nicht mehr abschliessend aufgelistet. Nur die Zahl der Vorstösse, die bei der Staatskanzlei eingingen, wird angegeben; ausführliche und regelmässig nachgeführte Informationen können auf der Website des Grossen Rates eingesehen werden.

### a) Motionen, Postulate, Aufträge und Volksmotionen

	<b>Dem Staatsrat überwiesen</b>	<b>Vom Grossen Rat angenommen</b>	<b>Vom Grossen Rat abgelehnt</b>	<b>Von den Verfasserinnen und Verfassern zurückgezogen</b>	<b>In Behandlung</b>
Motionen	17	2	2		13
Postulate	15	1	1		13
Aufträge	2			1	1
Volksmotion	5		1		4

Nachgeführte Informationen stehen unter folgender Internetadresse zur Verfügung:

<http://www.fr.ch/gc/de/pub/vorstoesse.htm>

### b) Anfragen

Der Staatsrat nahm 92 Anfragen von Grossrätinnen und Grossräten entgegen.

Informationen stehen unter folgender Internetadresse zur Verfügung:

<http://www.fr.ch/gc/de/pub/vorstoesse/anfragen.htm>

# Tätigkeitsbericht

Direktion für Erziehung, Kultur  
und Sport

—

2013



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Direction de l'instruction publique, de la culture et du sport**  
DICS  
**Direktion für Erziehung, Kultur und Sport EKSD**

# Inhalt

---

<b>Inhalt</b>	<b>2</b>	<b>2.1 Tätigkeit</b>	<b>11</b>
<b>1 Direktion und Generalsekretariat</b>	<b>7</b>	2.1.1 Personal	11
<b>1.1 Ordentliche Tätigkeit</b>	<b>7</b>	2.1.2 Schülertransporte	12
<b>1.2 Besondere Ereignisse</b>	<b>7</b>	2.1.3 Aufteilung der Kosten der obligatorischen Schule	12
1.2.1 Totalrevision des Schulgesetzes	7	<b>2.2 Besondere Ereignisse</b>	<b>12</b>
1.2.2 Analyse der Stellenentwicklung im Unterrichtswesen und Bestandsaufnahme von Massnahmen zur Eindämmung des Stellenanstiegs	8	2.2.1 Personalbeurteilungsverfahren für Lehrpersonen	12
1.2.3 Initiative der Freiburger und Waadtländer Broye für eine interkantonale Zusammenarbeit in der obligatorischen Schule der Region Broye	8	<b>3 Ämter für obligatorischen Unterricht</b>	<b>13</b>
1.2.4 Weitere besondere Ereignisse in Kürze	8	<b>3.1 Allgemeines</b>	<b>13</b>
<b>1.3 Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>9</b>	3.1.1 Gemeinsame Themen der beiden Kantonsteile	13
1.3.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	9	3.1.2 Französischsprachiger Kantonsteil	14
1.3.2 Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)	9	3.1.3 Deutschfreiburg	14
1.3.3 Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK) und Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK)	9	3.1.4 Sonderpädagogik	15
1.3.4 Zentrale Verwaltung der interkantonalen Schulgeldabkommen in Zusammenhang mit dem ausserkantonalen Schulbesuch	10	3.1.5 Schülerzahlen	16
<b>1.4 Streitsachen im Schulwesen</b>	<b>10</b>	<b>3.2 Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil</b>	<b>17</b>
<b>1.5 Gesetzgebung</b>	<b>10</b>	3.2.1 Klasseneröffnungen und -schliessungen	17
1.5.1 Gesetze und Dekrete	10	3.2.2 Schülerzahlen im Kindergarten	17
1.5.2 Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente	10	3.2.3 Schwerpunkte	17
<b>2 Amt für Ressourcen (RA)</b>	<b>11</b>	<b>3.3 Kindergarten Deutschfreiburg</b>	<b>18</b>
		3.3.1 Klasseneröffnungen und -schliessungen	18
		3.3.2 Schülerzahlen im Kindergarten	18
		3.3.3 Allgemeines	18
		3.3.4 Weiterbildung	19
		3.3.5 Einschulung	19
		3.3.6 Beschäftigungssituation	19
		<b>3.4 Primarschule, französischsprachiger Kantonsteil</b>	<b>19</b>
		3.4.1 Klasseneröffnungen und -schliessungen	19
		3.4.2 Schülerzahlen in der Primarschule	19

3.4.3	Schwerpunkte	20	3.9.5	ch Stiftung	33
3.4.4	Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren	21	3.9.6	HSR-CH (Hauptstadtregion Schweiz)	33
<b>3.5</b>	<b>Primarschule Deutschfreiburg</b>	<b>22</b>	3.9.7	Varia	33
3.5.1	Klasseneröffnungen und -schliessungen	22	<b>4</b>	<b>Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2 (S2)</b>	<b>33</b>
3.5.2	Schülerzahlen in der Primarschule	22	<b>4.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>33</b>
3.5.3	Allgemeines	22	4.1.1	Schülerzahlen	33
3.5.4	Weiterbildung für die Lehrpersonen	23	4.1.2	Unterricht	33
3.5.5	Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren	23	4.1.3	Konferenzen und Kommissionen	34
3.5.6	Kleinklassen	23	4.1.4	Schuldienste	35
<b>3.6</b>	<b>Orientierungsschule, französischsprachiger Kantonsteil</b>	<b>23</b>	4.1.5	Vereine	35
3.6.1	Klasseneröffnungen und -schliessungen	23	4.1.6	Weiterbildung der Lehrpersonen	35
3.6.2	Bestände nach OS	23	4.1.7	Interkantonale Zusammenarbeit	35
3.6.3	Schwerpunkte	24	<b>4.2</b>	<b>Kollegium St. Michael</b>	<b>35</b>
<b>3.7</b>	<b>Orientierungsschule Deutschfreiburg</b>	<b>25</b>	4.2.1	Die Schule in Kürze	35
3.7.1	Klasseneröffnungen und -schliessungen	25	4.2.2	Schülerinnen und Schüler	36
3.7.2	Bestände nach OS	26	4.2.3	Allgemeiner Schulbetrieb	37
3.7.3	Allgemeines	26	4.2.4	Gebäude, Reparaturen und Unterhalt	37
3.7.4	Direktorenkonferenz Deutschfreiburg (SDK)	26	<b>4.3</b>	<b>Kollegium Heilig Kreuz</b>	<b>38</b>
<b>3.8</b>	<b>Sonderpädagogik</b>	<b>27</b>	4.3.1	Die Schule in Kürze	38
3.8.1	Allgemeines	27	4.3.2	Schülerinnen und Schüler	38
3.8.2	Statistische Angaben zur Sonderpädagogik	27	4.3.3	Allgemeiner Schulbetrieb	39
3.8.3	Schuldienste	28	4.3.4	Gebäude, Reparaturen und Unterhalt	40
<b>3.9</b>	<b>Schüleraustausche (französischsprachiger Kantonsteil = FRF, Deutschfreiburg = FRD)</b>	<b>31</b>	<b>4.4</b>	<b>Kollegium Gambach</b>	<b>40</b>
3.9.1	Allgemeines	31	4.4.1	Die Schule in Kürze	40
3.9.2	Zehntes partnersprachliches Schuljahr (ZPS)	31	4.4.2	Schülerinnen und Schüler	40
3.9.3	Schüler- und Klassenaustausche (SAKA)	32	4.4.3	Allgemeiner Schulbetrieb	41
3.9.4	Ferieneinzelaustausch (FEA)	32	4.4.4	Gebäude, Umzüge	42
			<b>4.5</b>	<b>Kollegium des Südens</b>	<b>42</b>
			4.5.1	Die Schule in Kürze	42
			4.5.2	Schülerinnen und Schüler	42
			4.5.3	Allgemeiner Schulbetrieb	43
			4.5.4	Gebäude, Reparaturen und Unterhalt	44
			<b>4.6</b>	<b>Fachmittelschule Freiburg - FMSF</b>	<b>44</b>

4.6.1	Die Schule in Kürze	44	8.1.1	Direktionsrat	56
4.6.2	Schülerinnen und Schüler	44	8.1.2	Ausbildungsgänge	56
4.6.3	Allgemeiner Schulbetrieb	45	8.1.3	Dienstleistungen	57
4.6.4	Gebäude, Reparaturen und Unterhalt	46	8.1.4	Angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E)	57
<b>4.7</b>	<b>Interkantonales Gymnasium der Region Broye</b>	<b>47</b>	8.1.5	Nationale und internationale Beziehungen	58
4.7.1	Die Schule in Kürze	47	<b>8.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>58</b>
4.7.2	Schülerinnen und Schüler	47	8.2.1	100 Jahre Ausbildung	58
4.7.3	Allgemeiner Schulbetrieb	48	8.2.2	Neubau auf dem ehemaligen Zeughausareal	58
<b>5</b>	<b>Amt für Universitätsfragen (UFA)</b>	<b>48</b>	8.2.3	Osteopathie	58
<b>5.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>48</b>	<b>9</b>	<b>Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit</b>	<b>58</b>
5.1.1	Universität	48	<b>9.1</b>	<b>Ordentliche Tätigkeit</b>	<b>58</b>
5.1.2	Lehrerinnen- und Lehrerbildung	49	9.1.1	Grundausbildung	58
5.1.3	Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit, Soziales und Musik	49	9.1.2	Weitere Aufgaben der Fachhochschule	59
<b>5.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>50</b>	9.1.3	Direktionsrat	59
5.2.1	Universität	50	<b>9.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>59</b>
5.2.2	Lehrerinnen- und Lehrerbildung	50	<b>10</b>	<b>Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung (BEA)</b>	<b>59</b>
5.2.3	Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit, Soziales und Musik	50	<b>10.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>59</b>
<b>6</b>	<b>Universität</b>	<b>51</b>	10.1.1	Berufswahlvorbereitung	59
<b>6.1</b>	<b>Ordentliche Tätigkeit</b>	<b>51</b>	10.1.2	Schul- und Berufsinformation	60
6.1.1	Studierende	51	10.1.3	Berufsinformationszentren	60
6.1.2	Zentrale Organe	52	10.1.4	Internetportal der kantonalen Berufsberatung	60
6.1.3	Professorenschaft	52	10.1.5	Einzelberatung	60
6.1.4	Studienorganisation	53	10.1.6	Erwachsenenberatung	61
<b>6.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>53</b>	10.1.7	Schul- und Berufswahl der Jugendlichen	61
<b>7</b>	<b>Pädagogische Hochschule</b>	<b>53</b>	10.1.8	Besondere Ereignisse	61
<b>7.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>53</b>	<b>10.2</b>	<b>Erwachsenenbildung</b>	<b>62</b>
7.1.1	Grundausbildung	53	10.2.1	Kommission für Erwachsenenbildung	62
7.1.2	Mittel und Lehrmaterialien	54	10.2.2	Volkshochschule	62
7.1.3	Weiterbildung	54	10.2.3	Verein Lesen und Schreiben	62
7.1.4	Forschung	55			
7.1.5	Fachstelle fri-tic	55			
<b>8</b>	<b>Hochschule für Gesundheit Freiburg</b>	<b>56</b>			
<b>8.1</b>	<b>Ordentliche Tätigkeit</b>	<b>56</b>			

10.2.4	Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne	62	13.2.7	Förderung des zeitgenössischen Musikschaffens	69
10.2.5	Validierung von Bildungsleistungen	62	13.2.8	Stipendium zur Förderung literarischen Schaffens	69
<b>11</b>	<b>Amt für Ausbildungsbeiträge (ABBA)</b>	<b>63</b>	13.2.9	Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg	70
<b>11.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>63</b>	13.2.10	Fonds Pierre und Renée Glasson	70
11.1.1	Kommission für Ausbildungsbeiträge	63	13.2.11	Kulturelle Infrastruktur	70
11.1.2	Kantonale Stipendien	63	13.2.12	Zusammenarbeit	70
11.1.3	Studiendarlehen	63	13.2.13	Kultur und Schule	70
11.1.4	Bundessubventionen	63	13.2.14	Immaterielles Kulturerbe	71
<b>11.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>64</b>	13.2.15	Online-Enzyklopädie	71
11.2.1	Forum der Berufe	64	<b>13.3</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>71</b>
11.2.2	Änderung der Reglements über die Stipendien und Studiendarlehen	64	<b>13.4</b>	<b>Beaufsichtigung und Koordination der kulturellen Institutionen</b>	<b>71</b>
<b>12</b>	<b>Amt für Sport (SpA)</b>	<b>64</b>	<b>13.5</b>	<b>Staatsarchiv</b>	<b>71</b>
<b>12.1</b>	<b>Ordentliche Tätigkeit</b>	<b>64</b>	13.5.1	Gesetzesgrundlagen und Ressourcen	71
12.1.1	Kommission für Sport und Sporterziehung	64	13.5.2	Tätigkeit	72
12.1.2	Sporterziehung	64	<b>13.6</b>	<b>Kantons- und Universitätsbibliothek</b>	<b>74</b>
12.1.3	Jugend+Sport (J+S)	65	13.6.1	Kommission	74
12.1.4	Loterie Romande-Sport (LoRo-Sport)	66	13.6.2	Direktion und Stabsfunktionen	74
12.1.5	Kantonales Inventar der Sportanlagen	67	13.6.3	Abteilung Freiburger Sammlungen und kulturelle Aktivitäten	77
12.1.6	Besondere Ereignisse	67	13.6.4	Kulturelle Veranstaltungen	78
<b>13</b>	<b>Amt für Kultur (KA)</b>	<b>67</b>	13.6.5	Abteilung Handschriften, Inkunabeln und Archive	80
<b>13.1</b>	<b>Kommissionen</b>	<b>67</b>	13.6.6	Abteilung Informationstechnologien	80
13.1.1	Kommission für die Verwaltung des kantonalen Kulturfonds	67	13.6.7	Erwerbungsabteilung	81
13.1.2	Kommission für kulturelle Angelegenheiten	67	13.6.8	Katalogisierungsabteilung	81
<b>13.2</b>	<b>Kulturförderbeiträge</b>	<b>67</b>	13.6.9	Benutzungsabteilung	82
13.2.1	Statistik	67	13.6.10	Logistikabteilung	83
13.2.2	Mehrjahres-Schaffensbeiträge	68	13.6.11	Dezentrale Bibliotheken an der Universität	83
13.2.3	Schaffensbeiträge	68	<b>13.7</b>	<b>Konservatorium</b>	<b>83</b>
13.2.4	Ausserordentliche Beiträge und Beiträge zur Förderung der Dezentralisierung	69	13.7.1	Kommission	83
13.2.5	Ordentliche Beiträge	69	13.7.2	Tätigkeit	84
13.2.6	Beiträge der Loterie Romande	69	<b>13.8</b>	<b>Museum für Kunst und Geschichte</b>	<b>86</b>
			13.8.1	Kommission	86

13.8.2	Personal	86	14.1.6	Monografien und Zeitschriften	98
13.8.3	Tätigkeiten	86	14.1.7	Artikel (oder Beiträge in Monografien)	98
13.8.4	Interne Organisation	89	14.1.8	Fundregister	98
13.8.5	Besondere Anlässe	89	14.1.9	Büro der Grafiker und Zeichner	99
<b>13.9</b>	<b>Naturhistorisches Museum</b>	<b>90</b>	14.1.10	Konservierungs- und Restaurierungslabor (LCR)	99
13.9.1	Kommission	90	14.1.11	Durchgeführte Massnahmen	99
13.9.2	Personal	90	14.1.12	Sammlungen, Depots und Inventar	101
13.9.3	Aktivitäten	90	14.1.13	Fundausleihe	101
<b>13.10</b>	<b>Schloss Greyerz</b>	<b>92</b>	14.1.14	Archivierung	101
13.10.1	Stiftungsrat	92	<b>14.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>101</b>
13.10.2	Tätigkeit	92	14.2.1	Führungen, Vermittlung, Animation, Tage der offenen Tür	101
<b>13.11</b>	<b>Vitrocentre Romont, Schweizerisches Forschungszentrum für Glasmalerei und Glaskunst</b>	<b>93</b>	14.2.2	Kurse, Pressekonferenzen, Vorträge an verschiedenen Kolloquien	102
13.11.1	Tätigkeit	94	14.2.3	Veranstaltungen, Ausstellungen und Verschiedenes	102
13.11.2	Stiftungsrat	94	<b>15</b>	<b>Amt für Kulturgüter (KGA)</b>	<b>102</b>
13.11.3	Forschungstätigkeit	94	<b>15.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>102</b>
<b>13.12</b>	<b>Espace Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle</b>	<b>94</b>	15.1.1	Verzeichnis der Kulturgüter	102
13.12.1	Stiftungsrat	94	15.1.2	Unterschutzstellung von Kulturgütern	102
13.12.2	Ausstellungen und Veranstaltungen	94	15.1.3	Baubewilligungsgesuche	103
<b>13.13</b>	<b>Römisches Museum Vallon</b>	<b>95</b>	15.1.4	Subventionen	103
13.13.1	Stiftungsrat	95	15.1.5	Dokumentation der Kulturgüter	103
13.13.2	Ausstellungen und Veranstaltungen	95	15.1.6	Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit	104
<b>14</b>	<b>Amt für Archäologie (AAFR)</b>	<b>95</b>	15.1.7	Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall	104
<b>14.1</b>	<b>Ordentliche Tätigkeit</b>	<b>95</b>	15.1.8	Kunstdenkmäler der Schweiz	104
14.1.1	Ausgrabungen, Bauuntersuchungen und Bauüberwachungen	95	15.1.9	Kommissionen	104
14.1.2	Prospektion und Sondierungen	96	<b>15.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>104</b>
14.1.3	Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter	97	<b>16</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>105</b>
14.1.4	Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)	97			
14.1.5	Auswertung und Publikationen	97			

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat

Staatsrätin, Direktorin Isabelle Chassot vom 1. Januar bis 31. Oktober 2013

Staatsrat, Direktor: Jean-Pierre Siggen vom 12. November bis 31. Dezember 2013

Generalsekretär: Michel Perriard

---

## 1.1 Ordentliche Tätigkeit

Die Direktion legt anhand der in der entsprechenden Gesetzgebung definierten Aufgaben die Ziele der Verwaltungseinheiten fest, die der EKSD unterstellt oder ihr zugewiesen sind. Über ihre Ämter, an die sie einen Teil der Befugnisse delegiert, leitet sie den Vollzug der Massnahmen, kontrolliert deren Wirksamkeit und greift allenfalls korrigierend ein. Die Direktorin/der Direktor für Erziehung, Kultur und Sport trifft sich regelmässig mit den Vorsteherinnen und Vorstehern der Verwaltungseinheiten, um Grundsatzfragen zu besprechen und den Fortgang der Geschäfte sicherzustellen. Die ordentlichen Tätigkeiten werden in den Abschnitten der jeweiligen Verwaltungseinheiten ausführlich beschrieben.

Das Generalsekretariat erfüllt Stabsdienstaufgaben für die Direktorin/den Direktor für Erziehung, Kultur und Sport und unterstützt daneben die Arbeit der Verwaltungseinheiten in Form von Beratung, Bereitstellen schriftlicher Unterlagen und Vorentwürfe für Gesetze und Reglemente, Unterstützung bei der Buchführung, Übersetzungsarbeiten, Mitwirkung an Projekten und Sitzungen (zu den ständigen Aufgaben des Generalsekretariats gehören der Vorsitz der Bildungsämter-Konferenz, die Führung der Voranschlags- und Rechnungsführungsverfahren und die Leitung der Arbeitsgruppe für die Anerkennung der Lehrdiplome). Zudem organisiert es Referate zu verschiedenen Themen (rechtliche Aspekte des Lehrberufs, berufliche Verantwortung der Lehrpersonen und der Schulkader, Rolle und Befugnisse der Schulkommissionen, Grundsätze der öffentlichen Verwaltung im Unterrichtswesen, Bildungspolitik, interkantonale Zusammenarbeit, Informationspolitik der EKSD). Im Jahr 2013 war das Generalsekretariat zudem intensiv mit den Arbeiten zur Gesamtrevision des Gesetzes über die obligatorische Schule sowie mit der Arbeit am Struktur- und Sparmassnahmenplan des Staates beschäftigt. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit anderen Direktionen ist insbesondere die Teilnahme an der Informatikkommission des Kantons, an der Gruppe der Kontaktpersonen für Datenschutz sowie an den Arbeiten am Plan für die Gleichstellung von Frau und Mann zu nennen.

## 1.2 Besondere Ereignisse

Mehrere Ereignisse des Jahres 2013, die das Generalsekretariat und die Direktion betrafen, werden hier besonders hervorgehoben; einige davon werden dann in anderen Abschnitten des Tätigkeitsberichts ausführlicher behandelt.

### 1.2.1 Totalrevision des Schulgesetzes

Am 18. Dezember 2012 überwies der Staatsrat den Entwurf für das Gesetz über die obligatorische Schule und die dazugehörige Botschaft dem Grossen Rat. Im Anschluss daran nahmen die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport und die betroffenen Kader zwischen dem 7. März und dem 14. Oktober 2013 an 17 Sitzungen der parlamentarischen Kommission teil. Nach drei Lesungen lässt sich festhalten, dass die Änderungen am Entwurf überwiegend redaktioneller Art sind. Drei Punkte sind jedoch besonders hervorzuheben: Als erstes eine materielle Änderung am Gesetzesentwurf, welche die Übernahme der bisher von den Gemeinden getragenen Kosten für die Lehrmittel durch den Kanton betrifft. Zweitens soll das Reglement für das Lehrpersonal (LPR) dahingehend geändert werden, dass die Gemeindebehörde und die Schulleitung bei der Anstellung von Primarlehrkräften eine gemeinsame Empfehlung abgeben. Und drittens soll der Regierungsvertreter vor der Vollversammlung des Grossen Rates in einer Erklärung versichern, dass der Staatsrat die Frage prüfen wird, ob der Einbezug der Schülertransporte in die Kriterien des interkommunalen Finanzausgleichs sinnvoll wäre. Der Grosse Rat wird in der Februarsession 2014 mit der Beratung des Gesetzesentwurfs beginnen.

Parallel dazu fanden 8 Arbeitssitzungen mit den betroffenen Ämtern zum Ausführungsreglement statt (RSchG). Für besondere Themen wurden Arbeitsgruppen gebildet.

### 1.2.2 Analyse der Stellenentwicklung im Unterrichtswesen und Bestandsaufnahme von Massnahmen zur Eindämmung des Stellenanstiegs

Während der Arbeiten am Finanzplan und am Regierungsprogramm 2012-2016 hat der Staatsrat festgestellt, dass ungeachtet der andauernden Bemühungen zur Eindämmung der Stellenzunahme im Bildungsbereich die Personalbestände weiterhin stetig steigen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei das Bevölkerungswachstum.

Mit Beschluss vom 29. Januar 2013 erteilte der Staatsrat dem zuständigen Direktionen, also der EKSD, der ILFD und der VWD den Auftrag, die Zunahme der Stellenzahl im gesamten Unterrichtswesen zu untersuchen und mögliche Massnahmen vorzuschlagen, um diesen Stellenanstieg zu bremsen. Dabei sollten insbesondere folgende Punkte in die Analyse einbezogen werden:

- > voraussichtliche Entwicklung der Anzahl Schülerinnen und Schüler sowie der Unterrichtsstellen nach Bildungsstufe bis ins Jahr 2020;
- > Bestandsaufnahme technisch umsetzbarer Massnahmen, mit denen die Zunahme der Stellenzahl gebremst bzw. die Stellenzahl auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten oder sogar gesenkt werden kann;
- > Prüfung der das Unterrichtswesen betreffenden Vorschläge aus dem Struktur- und Sparmassnahmenprogramm (MES);
- > interkantonaler Praxisvergleich zu den Massnahmen, die eine bessere Kontrolle der Personalbestände ermöglichen;
- > Aufzeigen der finanziellen Folgen sowie der qualitativen und quantitativen Auswirkungen der erfassten Massnahmen.

Der Staatsrat nahm den Zwischenbericht vom 20. Juni in seiner Sitzung vom 2. Juli 2013 zur Kenntnis. Der Schlussbericht wurde ihm am 28. Oktober 2013 vorgelegt. Nach Einsichtnahme in den Bericht forderte der Staatsrat die betreffenden Direktionen auf, einige Vorschläge zu vertiefen und ihm ein Beschlussdokument vorzulegen. Dieses soll als Diskussionsgrundlage für ein Treffen mit den Personalverbänden dienen, das nach Möglichkeit im Januar 2014 stattfinden soll, also bevor der Entwurf in die Vernehmlassung geht. Diese Arbeiten wurden vom 11. Dezember 2013 bis 9. Januar 2014 ausgeführt.

### 1.2.3 Initiative der Freiburger und Waadtländer Broye für eine interkantonale Zusammenarbeit in der obligatorischen Schule der Region Broye

Im Jahr 2005 wurde unter der gemeinsamen Leitung des Oberamtmanns der Freiburger Broye und des Oberamtmanns der Waadtländer Broye-Vully damit begonnen, die Wünsche von Gemeinden aus der Region nach einer interkantonalen Zusammenarbeit in der obligatorischen Schule abzuklären. Im Frühjahr 2009 führte man bei den betreffenden Gemeinden und ihrer Bevölkerung eine Vernehmlassung durch, um ihre Einstellung zu den im entsprechenden Bericht zusammengefassten Vorschlägen für eine Zusammenarbeit in Erfahrung zu bringen. Nach zusätzlichen Arbeiten wurde schliesslich im Jahr 2011 ein Konzept für einen rechtlichen Rahmen erarbeitet, auf dessen Grundlage die interessierten Gemeinden ein entsprechendes Projekt erarbeiten können. Ab März wurden 2012 die Freiburger und die Waadtländer Gemeinden im Broyebezirk darüber informiert, dass ein solcher Rechtsrahmen bereitsteht und sie nun die Möglichkeit haben, konkrete Zusammenarbeitsprojekte zu erarbeiten, sofern sie dies wünschen. Offenbar wird jedoch vorläufig von den Gemeinden kein solches Vorhaben verfolgt.

### 1.2.4 Weitere besondere Ereignisse in Kürze

Die beiden obligatorischen Kindergartenjahre sind seit Schuljahresbeginn 2013 in sämtlichen Schulkreisen eingeführt. Englisch wird nun in allen 5. Primarklassen unterrichtet (7. Schuljahr nach HarmoS-Zählung); 2014 soll das Fach auch für die 6. Primarklassen eingeführt werden. Die Arbeiten am kantonalen Konzept für die Sonderpädagogik wurden wieder aufgenommen, nachdem der Staatsrat Einsicht in die Ergebnisse der 2012 durchgeführten Vernehmlassung genommen und neue Vorgaben für den Fortgang der Arbeiten erteilt hatte. Daraufhin wurden die Arbeiten am kantonalen Konzept für die Sonderpädagogik wieder aufgenommen. Zum Gesetz über den Mittelschulunterricht fand eine zweite Diskussionsrunde mit den wichtigsten Anspruchsgruppen statt. Das

---

Generalsekretariat wird nun einen Vorentwurf mit Varianten ausarbeiten, über die in der nächsten, für 2015 geplanten Gesprächsrunde debattiert werden kann. Näheres dazu ist in den Abschnitten über die jeweiligen Ämter zu finden.

### 1.3 Interkantonale Zusammenarbeit

Die EKSD nimmt an den interkantonalen Konferenzen in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport teil. Kooperationsbereiche, die nur eine Unterrichtsstufe oder ein Amt betreffen (wie das Interkantonale Gymnasium der Region Broye, die interkantonale Universitätsvereinbarung, die Schweizerische Universitätskonferenz, die *Conférence universitaire de Suisse occidentale*, der Strategieausschuss HES-SO), werden in den Abschnitten der betreffenden Ämter behandelt. Ausführlicher erläutert werden jedoch die drei nachfolgenden Konferenzen, da diese gesamtheitliche Bereiche der Zusammenarbeit betreffen.

#### 1.3.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Im Jahr 2013 behandelte die EDK an drei ordentlichen Plenarversammlungen unter anderem folgende Themen und Projekte: Zusammenarbeit und Beiträge des Bundes und der Kantone im Bereich «Bildung, Forschung und Innovation», Vereinbarkeit zivile und militärische Ausbildungen, Überprüfung der Erreichung der Grundkompetenzen, Arbeitsprogramm der EDK. Für nähere Einzelheiten sei auf den Jahresbericht der Konferenz verwiesen.

Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport präsidierte die EDK vom 1. Juli 2006 bis zur Beendigung ihres Amtes als Staatsrätin im Oktober 2013. Der EDK-Vorstand traf sich zu vier Sitzungen und fasste zudem eine Reihe von Zirkularbeschlüssen. Der neue Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektor ist Mitglied der Plenarversammlung.

Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers der Direktorin/des Direktors für Erziehung, Kultur und Sport für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Konferenz und präsidiert die Kommission der Departementssekretäre.

#### 1.3.2 Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)

Im Jahr 2013 behandelte die CIIP an vier Versammlungen unter anderem folgende Themen und Projekte: Aufgaben und Leistungen des *Institut de recherche et de documentation pédagogique* (IRDP) und des Westschweizer Bibliotheksverbundes RERO, gemeinsamen Prüfungen für die Westschweiz, Westschweizer Lehrmittel. Für nähere Einzelheiten sei auf den Jahresbericht der Konferenz verwiesen.

Die Direktorin/der Direktor für Erziehung, Kultur und Sport ist Mitglied der Plenarversammlung der CIIP.

Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers der Direktorin/des Direktors für Erziehung, Kultur und Sport für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Konferenz der Generalsekretäre und präsidiert zudem die Verwaltungskommission der CIIP.

#### 1.3.3 Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK) und Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK)

Im Laufe des Jahres 2011 delegierte die NW EDK, ebenso wie die übrigen deutschsprachigen Regionalkonferenzen der EDK, einen grossen Teil ihrer Aufgaben an die neue D-EDK, insbesondere die Arbeiten in Zusammenhang mit der Vereinheitlichung der Lehrpläne (konkret geht es um den Lehrplan 21), die Koordination der Lehrmittel und die Entwicklung von Vergleichsprüfungen und Beurteilungsinstrumenten. Seit zwei Jahren bewährt sich diese Neuregelung. Die NW EDK befasste sich mit regionalspezifischen Themen, insbesondere mit dem Regionalen Schulabkommen (RSA). Für nähere Einzelheiten sei auf den Jahresbericht der Konferenz verwiesen.

Die Direktorin/der Direktor für Erziehung, Kultur und Sport ist Mitglied der Plenarversammlung der NW EDK und der D-EDK.

Der Generalsekretär der EKSD ist Mitglied der Departementssekretärenkonferenz der D-EDK.

### 1.3.4 Zentrale Verwaltung der interkantonalen Schulgeldabkommen in Zusammenhang mit dem ausserkantonalen Schulbesuch

Im Rahmen des Regionalen Schulabkommens über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen (RSA 2009), das für die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Jura, Luzern, Solothurn, Wallis und Zürich gilt, zahlte der Kanton Freiburg im Berichtsjahr Schulgelder in Höhe von insgesamt 2 300 845 (2 480 520) Franken für 155 (153) Schülerinnen und Schüler, die in anderen Kantonen zur Schule gehen.

Gleichzeitig erhielt der Kanton für die Aufnahme von 113 (118) ausserkantonalen Schülerinnen und Schülern (Kindergarten, Primarschule, Orientierungsschule und Sekundarstufe 2, allgemeinbildende Richtung) 1 682 339 (1 585 836) Franken. Diese Einkünfte wurden unter dem Staat und den Gemeinden, die Schülerinnen und Schüler aus anderen Kantonen aufnehmen, aufgeteilt, wie dies in der Botschaft an den Grossen Rat zum RSA 2009 vorgesehen ist.

Im Rahmen der übrigen Finanzierungs- und Freizügigkeitsvereinbarungen besuchten im akademischen Studienjahr 2012/13 443 (404) Studierende aus Freiburg eine höhere Fachschule – Kostenpunkt 3 571 490 (4 580 836) Franken – und 683 (588) weitere eine Fachhochschule (ausserhalb der Fachhochschule Westschweiz) – Kostenpunkt: 10 388 669 (8 393 619) Franken.

1382 (1396) Schülerinnen und Schüler absolvieren ihre Berufsbildung in einem anderen Kanton, 227 (211) davon in Lehrwerkstätten. Die damit verbundenen Kosten belaufen sich insgesamt auf rund 12 238 500 (11 771 000) Franken.

## 1.4 Streitsachen im Schulwesen

Bei der Direktion sind im Jahr 2013 92 (88) Beschwerden eingegangen (Beschwerden gegen Entscheide der Inspektorinnen und Inspektoren, der Schuldirektorinnen und Schuldirektoren oder der Maturitätsprüfungskommissionen, für welche die Direktion als übergeordnete Beschwerdebehörde fungiert). 73 (69) betrafen den französischsprachigen und 19 (19) den deutschsprachigen Unterricht. Davon wurden 4 (4) als unzulässig und 10 (15) als gegenstandslos erklärt (Rückzug der Beschwerde oder neuer Entscheid), 3 (1) wurden gutgeheissen, 1 (1) wurde teilweise gutgeheissen, 64 (61) abgewiesen und 10 (6) sind noch hängig.

Im Personalwesen wurde 1 (1) Beschwerde gegen einen Entscheid der Direktion eingereicht. Diese Beschwerde wurde abgelehnt.

Die weiteren Streitsachen betreffen Entscheide in den Bereichen Kultur und Sport.

## 1.5 Gesetzgebung

### 1.5.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 12. September 2013 über einen Verpflichtungskredit für den Bau eines neuen Gebäudes für die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit und die Hochschule für Gesundheit Freiburg am Standort des ehemaligen Zeughauses in Freiburg.

Gesetz vom 8. Oktober 2013 zur Umsetzung von Struktur- und Sparmassnahmen (pädagogisch-therapeutische Massnahmen).

Dekret vom 10. Oktober 2013 über die Gewährung eines Kredits für den Landerwerb und eines Studienkredits für den Bau eines Gebäudes für die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg auf dem Gelände des Thierryturms in Freiburg.

Dekret vom 12. Dezember 2013 über die Gültigkeit der Gesetzesinitiative in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfs «Kantonales Schwimmbad».

### 1.5.2 Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente

Verordnung vom 22. Januar 2013 über die kostenpflichtigen Leistungen des Amtes für Berufsberatung und Erwachsenenbildung.

Verordnung vom 5. März 2013 zur Aussetzung der Anwendung der Verordnung über die Beteiligung des Staates an der Finanzierung von Dritten gegründeter kultureller Institutionen.

Verordnung vom 12. März 2013 über die Aufnahmekapazität und den Eignungstest für die Studiengänge der Human- und Zahnmedizin an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2013/14.

Verordnung vom 28. Mai 2013 über die Kursgebühren des Konservatoriums vom 1. September 2013 bis 31. August 2014.

Verordnung vom 28. Mai 2013 über die Kursgebühren des Konservatoriums ab 1. September 2014.

Verordnung vom 27. August 2013 zur Änderung der Verordnung über die Gebühren und Beiträge von Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.

Verordnung vom 27. August 2013 über die Sistierung der Zulassung von privaten Anbietern logopädischer Massnahmen.

Verordnung vom 15. Oktober 2013 über die Aufnahmebeschränkung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg für das Schuljahr 2014/15.

Verordnung vom 9. Dezember 2013 über die Beschränkung der Studienplätze 2014/15 für den Studiengang des Bachelor of Science in Sport- und Bewegungswissenschaften an der Universität Freiburg.

Verordnung vom 9. Dezember 2013 über die Zulassung ausländischer Kandidatinnen und Kandidaten zum Medizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2014/15.

## 2 Amt für Ressourcen (RA)

Amtsvorsteherin: **Christiane Brühlhart**

### 2.1 Tätigkeit

#### 2.1.1 Personal

##### 2.1.1.1 Lehrpersonen nach Stufe

	Anzahl Personen		Vollzeitstellen VZÄ	
Kindergarten	594	(514)	384	(334)
Primarschule	2062	(2059)	1374	(1361)
Orientierungsschule (OS)	1281	(1287)	913	(905)
Sekundarstufe 2	590	(583)	420	(430)
Pädagogische Hochschule	89	(88)	56	(56)
Hochschule für Gesundheit	54	(54)	46	(44)
Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit	50	(51)	29	(30)
<b>Total</b>	<b>4720</b>	<b>(4636)</b>	<b>3222</b>	<b>(3160)</b>

##### 2.1.1.2 Lehrpersonen nach Sprache und Geschlecht

	französischsprachig		deutschsprachig		% Frauen
	M	F	M	F	
Kindergarten	3	421	1	169	99,3 %
Primarschule	214	1287	70	491	86,2 %
Orientierungsschule (OS)	383	517	151	230	58,3 %
Sekundarstufe 2	231	182	86	91	46,3 %

### 2.1.1.3 Beschäftigungssituation

Ende Schuljahr 2012/13 erfolgten auf Kindergartenstufe 16 (16) Rücktritte, davon 6 (6) Rücktritte aus Altersgründen, auf Primarschulstufe 93 (87), davon 33 (36) aus Altersgründen, auf Sekundarstufe 1 (OS) 52 (65), davon 19 (21) aus Altersgründen, und auf der Sekundarstufe 2 11 (29), davon 7 (23) aus Altersgründen.

Für den Kindergarten und die Primarschule wurden über 290 (280) Unterrichtsstellen ausgeschrieben, davon 148 (130) mit vollem Pensum. Alle Stellen konnten besetzt werden, doch gingen im Berichtsjahr erneut weniger Bewerbungen von diplomierten Lehrpersonen ein und gelegentlich musste eine Stelle mehrmals ausgeschrieben werden. Rund 20 Personen in Ausbildung wurden in Teilzeit angestellt. Zudem gestaltete es sich als schwierig, ausgebildetes Lehrpersonal für Stellvertretungen oder für den Stützunterricht zu finden.

Für die Orientierungsschule wurden 48 (89) Stellen ausgeschrieben, davon 9 (17) mit vollem Pensum. Es ist weiterhin schwierig, diplomierte Lehrkräfte zu finden, vor allem im französischsprachigen Kantonsteil für den Unterricht in Fremdsprachen, Hauswirtschaft und Technischem Gestalten. Die Orientierungsschulen konnten mehrere Lehrpersonen mit Diplom für die höhere Sekundarstufe anstellen. Zudem wurden mit Studierenden, die ihre pädagogische Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben, befristete Anstellungsverträge abgeschlossen.

Nach einer zweijährigen Zusatzausbildung an der Universität haben 14 Primarlehrkräfte einen Abschluss erhalten, mit dem sie an Orientierungsschulen Realklassen unterrichten können.

Auf Sekundarstufe 2 wurden 14 (24) Stellen ausgeschrieben, davon 4 (5) mit vollem Pensum. Die Neuestellten besitzen entweder das erforderliche Diplom oder werden ihre Lehrbefähigung bald erlangen.

Zum Schuljahresbeginn 2013/14 wurden an die 1200 (1200) Arbeitsverträge erstellt, mit welchen Neuanstellungen und Änderungen des Arbeitsverhältnisses geregelt wurden: 227 (197) unbefristete sowie 269 (334) befristete neue Arbeitsverträge, 235 (289) Anstellungsverlängerungen, 70 (109) Stellenwechsel und 218 (278) nennenswerte Änderungen des Beschäftigungsgrads.

### 2.1.2 Schülertransporte

Alle Voranschläge für Schülertransporte im Schuljahr 2013/14 wurden überprüft und genehmigt. Jede Erhöhung gegenüber dem Vorjahr musste gerechtfertigt werden.

Die von den Transportunternehmen und den Gemeinden vorgelegten Rechnungen des Jahres 2012/13 wurden geprüft und ausstehende Restbeträge beglichen. Insgesamt belaufen sich die Kosten im Jahr 2013 beim Kindergarten auf rund 708 853 (689 067) Franken, bei der Primarschule auf 6 698 902 (6 550 131) Franken und bei der Orientierungsschule auf 1 449 374 (1 445 469) Franken.

Bei den Arbeiten zur Revision des Schulgesetzes ist in der Gesetzesvorlage vorgesehen, dass die Zuständigkeit für die Schülertransporte voll den Gemeinden übertragen werden soll. Stimmt der Grosse Rat diesem Vorschlag zu, so werden die Gemeinden nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes nach einer Übergangsfrist von drei Jahren künftig die Organisation und Finanzierung dieser Aufgabe voll und ganz übernehmen.

### 2.1.3 Aufteilung der Kosten der obligatorischen Schule

Das vom ITA entwickelte neue Programm (DCOM-Anwendung) für die Automatisierung dieser Kostenaufteilung funktioniert gut. Die Gemeinden können via Internet auf die Daten zugreifen.

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 Personalbeurteilungsverfahren für Lehrpersonen

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertreter der Schulverantwortlichen und der Berufsvereinigungen, hat einen Entwurf für ein periodisches Personalbeurteilungsverfahren für Lehrpersonen des Kindergartens, der Primarschule, der Orientierungsschule und der Sekundarstufe 2 erarbeitet. Nach einer eingeschränkten Vernehmlassung ist das Verfahren versuchsweise in einigen Schulen aller Stufen eingeführt worden.

---

## 3 Ämter für obligatorischen Unterricht

---

Vorsteher des Amtes für französischsprachigen obligatorischen Unterricht (FOA): **Hugo Stern**

Vorsteher des Amtes für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA): **Reto Furter**

Vorsteherin des Amtes für Sonderpädagogik (SoA): **Fouzia Rossier**

### 3.1 Allgemeines

#### 3.1.1 Gemeinsame Themen der beiden Kantonsteile

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht befassten sich gemeinsam mit verschiedenen bereichsübergreifenden Themen, darunter unter anderem mit folgenden:

Entwurf des Gesetzes über die obligatorische Schule: Die Ämter nahmen an den Sitzungen der parlamentarischen Kommission teil, die mit der Prüfung des Gesetzesentwurfs betraut wurde (siehe 1. Kapitel Direktion und Generalsekretariat).

Kindergarten: Die am 1. August 2009 in Kraft getretene Änderung des Schulgesetzes schuf die Grundlage für die Einführung eines zweiten Kindergartenjahres. Seit Schuljahresbeginn 2013 bieten nunmehr sämtliche Schulkreise des Kantons das zweite Kindergartenjahr an. Somit besuchen 6880 (2012/13: 5869) Kinder (5279 französisch- und 1601 deutschsprachige) den Kindergarten.

Sprachenunterricht: Die Umsetzung des allgemeinen Sprachenkonzepts, das der Grosse Rat 2010 genehmigt hat, geht weiter voran. Die Orientierungsschulen von La Tour-de-Trême, Bulle, Vivisbach, Saane West und Murten führen die ersten Erprobungen mit zweisprachigen Unterrichtssequenzen fort und konsolidieren diese. Die OS Pérolles, Marly und Jolimont bieten seit Schuljahresbeginn 2013 ebenfalls solche Unterrichtssequenzen an.

Konzept Gesundheit in der Schule: Der Staatsrat am 15. Oktober hat den Vernehmlassungsbericht zur Kenntnis genommen und das Konzept gutgeheissen. Dieses legt einen Bezugsrahmen für die Gesundheitsförderung und Prävention an der obligatorischen Schule fest. Ein Fachteam aus pädagogischen und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich bereits mit dem Thema der Gesundheit in der Schule befassen, hat von der EKSD und der GSD den Auftrag erhalten, die Umsetzung in die Hand zu nehmen.

Massnahmenpaket für verhaltensauffällige Schüler/-innen: Im Schuljahr 2012/13 wurden die drei Aktionsbereiche des Massnahmenpakets stark in Anspruch genommen. Die Schulen nutzten ihre Palette von internen Massnahmen.

Die Mobile Einheit hat mit ihrem deutsch- und französischsprachigen Einsatzteam 191 neue Fälle bearbeitet (+40), 121 aus dem französischsprachigen und 38 aus dem deutschsprachigen Kantonsteil. Das Team führte 1100 sozialpädagogische Einzelgespräche (+300) und rund 500 Beratungsgespräche (-100) mit Lehrpersonen, die mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern konfrontiert sind.

In den beiden Relaisklassen in Freiburg und jener in Bulle wurden 31 Schülerinnen und Schüler betreut (= 2011/12). 17 von ihnen konnten anschliessend wieder in die Schule integriert werden; für 11 Schülerinnen und Schüler wurde eine andere Lösung gefunden, 3 bleiben weiterhin in der Relaisklasse.

Medien sowie Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT): Nach dem Ausbau des pädagogischen Internetportals (friportal.ch), auf dem ein Teil der Unterrichts- und Lernressourcen online angeboten wird, ist eine Evaluation dieses Internetportals geplant. Zudem sollen Ansprechpersonen bestimmt werden, die in den Schulen auf allen Schufen eine praxisnahe pädagogische Unterstützung anbieten.

Schulung fremdsprachiger Kinder: Das im Juli 2011 lancierte Projekt «MOCERELCO» (Modell für die Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen für heimatliche Sprache und Kultur und den Regelklassenlehrpersonen), das vom Bund finanziell unterstützt wird, lief auch im Schuljahr 2012/13 weiter. Der Schwerpunkt lag dabei

hauptsächlich auf Informationen und auf der Sensibilisierung zum Themenfeld «Heimatliche Sprache und Kultur» (HSK) sowie den Kontakten zu den Personen, die diese Kurse erteilen. Dank der Gestaltung der Internettribrik «Migration und Integration» auf den Webseiten der beiden Schulämter sind die Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur» (HSK) besser sichtbar und leichter zugänglich. Sämtliche Lehrpersonen für Französisch als Zweitsprache im französischsprachigen Kantonsteil besuchten zwei Weiterbildungstage. Dabei ging es hauptsächlich darum, die Praxis der Lehrpersonen für Französisch als Zweitsprache mit dem Westschweizer Lehrplan PER und dem GER (Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen) abzustimmen. In den drei ersten Wochen der Sommerferien des Jahres 2012 fanden wiederum die Sommerkurse (SOKU) in Französisch als Unterrichtssprache für fremdsprachige Kinder statt. In verschiedenen Ortschaften (Freiburg, Villars-sur-Glâne, Bulle, Romont, Estavayer-le-Lac, Courgevaux) des Kantons wurden 19 Kurse angeboten. Diese Kurse erfreuen sich steigender Beliebtheit (190 Schülerinnen und Schüler). Offenkundig haben viele Eltern ein Interesse daran, dass die Kinder die Unterrichtssprache möglichst gut lernen und sich so besser in ihr neues Umfeld integrieren können. Ein Film zur Präsentation des Freiburger Schulsystems ist in Produktion. Einige der Filmszenen liegen in schriftlicher Form vor und wurden Beratungsgruppen zur Genehmigung unterbreitet. In den beiden Sprachregionen wurden zahlreiche Filmsequenzen gedreht und anschliessend im Multimedia-Atelier bearbeitet. Der Film wurde in Deutsch und Französisch sowie in den fünf, im Kanton derzeit am meisten gesprochenen Sprachen der Migration (Albanisch, Englisch, Portugiesisch, Spanisch und Tigrinya, der Amtssprache von Eritrea) vertont.

### 3.1.2 Französischsprachiger Kantonsteil

Im Jahr 2013 wurden – zusätzlich zu den obgenannten – vorrangig folgende Themen und Dossiers behandelt:

- > Kaderbildung (Schulkader, Schulinspektoren/-innen, OS-Direktoren/-innen, Schulleiter/-innen, Stellvertretende der Direktion): Das Konsortium «FORDIF» der vier Westschweizer Hochschulen organisiert im Auftrag der CIIP die verschiedenen Teile dieser Kaderbildung. 2013 absolvierten für das Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht 14 Personen den Zertifikats- (CAS) oder den Diplomlehrgang (DAS) zum Verwalten und Leiten von Bildungsinstitutionen. Die erfolgreichen Absolventen erhielten ihren Abschluss am 29. November 2013 in der Pädagogischen Hochschule Waadt.
- > Westschweizer Lehrplan (PER): Nach dem vom Amt erarbeiteten Plan für die Schulung und Umsetzung haben alle Lehrpersonen allgemeine Basisinformationen sowie eine spezielle Vorbereitung erhalten. Seit dem Schuljahresbeginn 2013 richtet sich der Unterricht in allen Stufen der obligatorischen Schule nach dem PER, ausser im 8. Schuljahr nach HarmoS-Zählung (6. Primarklasse), wo der neue Lehrplan zu Schulbeginn 2014 eingeführt wird.
- > Interne Reorganisation des Amtes für französischsprachigen obligatorischen Unterricht: Zusammenlegen der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren in Freiburg, während die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Romont zusammengeführt werden.
- > Schulmediation: Für 2013-2015 wurde ein neuer Ausbildungsgang organisiert, um die Nachfrage seitens der Schulen zu decken. An diesem nehmen Lehrpersonen aus den verschiedenen Schulstufen teil: OS (7), Gymnasien (4) und Berufsbildung (6).
- > Individuelle Unterstützung und Begleitung von Lehrpersonen: Diese Unterstützung im Zusammenhang mit Konfliktlösungen, dem Führen einer schwierigen Klasse, den Beziehungen Schule–Elternhaus, der Bewältigung schwieriger Situationen (Trauerfall, schwere Unfälle...) wurde sowohl auf Primar- wie auf Orientierungsstufe angeboten.
- > Zusammenkünfte mit den Berufsverbänden Die Verantwortlichen des Amtes trafen sich mehrmals mit den Vorständen der SPFF und der AMCOFF. An diesen Treffen konnten die Lehrpersonen ihre Anliegen vorbringen.

### 3.1.3 Deutschfreiburg

Das Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA) bearbeitete schwerpunktmässig folgende Themen:

- > Weiterführung der Umsetzung des Qualitätskonzepts «Gemeinsam eine qualitätsvolle Schule gestalten». Als Konsequenz aus dem 1. Zyklus der externen Evaluation wird das Thema der Adaptivität/Differenzierung im Unterricht zum zentralen Entwicklungsschwerpunkt erklärt. In diesem Zusammenhang wird eine neue Broschüre

---

in der Pädagogischen Schriftenreihe erarbeitet; diese wird traditionsgemäss allen Lehrpersonen zur persönlichen Weiterbildung abgegeben.

- > «Lehrplan 21»: Alle Lehrpersonen, die kantonalen Organisationen und Schulpartner wurden vom 15. Juli 2013 bis zum 10. November 2013 zur Konsultation des Lehrplans 21 eingeladen. Die Rückmeldungen dienten als Grundlage für die offizielle Stellungnahme der EKSD, welche der Erziehungsdirektorinnen- und Erziehungsdirektorenkonferenz der 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone (D-EDK) Ende Dezember 2013 übermittelt wurde. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Lehrplan 21 im Kanton FR eine breite Unterstützung findet. Die Kompetenzorientierung sowie der Kompetenzaufbau über alle drei Zyklen hinweg werden positiv gewertet. Es wurde rückgemeldet, dass der Lehrplan 21 im Allgemeinen zu umfangreich ist. In einzelnen Fachbereichen werden zu viele und teilweise zu anspruchsvolle Kompetenzen beschrieben. Die Mindestansprüche in den Fachbereichen, in denen keine Nationalen Bildungsstandards bestehen, sollen teilweise überarbeitet werden. Ab 2014 werden die Konsultationsantworten auf Ebene der Erziehungskonferenz der 21 deutsch- oder mehrsprachigen Kantone (D-EDK) ausgewertet und der Lehrplan 21 entsprechend überarbeitet. Voraussichtlich Ende Oktober 2014 wird er den Kantonen zur Einführung übergeben. Nach heutigen Erkenntnissen ist davon auszugehen, dass der Lehrplan 21 an den deutschsprachigen Schulen des Kantons FR auf Beginn des Schuljahres 2017/18 eingeführt werden kann.
- > In Zusammenarbeit mit der Lehrerinnen- und Lehrerbildung der Universität Freiburg wurde die Längsschnittstudie zur Qualität und Wirksamkeit des Übertrittsverfahrens von der Primar- in die Orientierungsschule fortgesetzt.
- > Projekt «Passepartout»: Die Umsetzung dieses interkantonalen Sprachenprojekts (BE, BL, BS, FR, SO, VS) schreitet planmässig voran: Start des Englischunterrichts an der 5. Klasse; flächendeckende Einführung des neuen Französischlehrmittels «Clin d'oeil» in den 7. Klassen (1. OS).
- > Durchführung eines weiteren Vorlesewettbewerbs in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationszentrum der Pädagogischen Hochschule Freiburg.
- > Schulung fremdsprachiger Kinder: In den ersten drei Wochen der Sommerferien fanden wiederum die Sommerkurse (SOKU) für fremdsprachige Kinder statt. Fünf Kurse, davon einer im Teamteaching, konnten in Tafers organisiert werden, gleich viele wie letztes Jahr.
- > Im Integrationsmodell «GuKeMu» (Gurmels-Kerzers-Murten) der Orientierungsschulen mit seiner «Integrationsbegleitung vor Ort» wurden in diesem Schuljahr mehr neuankommende Schülerinnen und Schüler als in den bisherigen Jahren aufgenommen. An speziellen Elternabenden mit Kulturvermittlern verschiedener Gemeinschaften wurde die Thematik Berufseinstieg – Berufswelt bearbeitet.

#### 3.1.4 Sonderpädagogik

Das Amt für Sonderpädagogik (SoA) befasste sich schwerpunktmässig mit folgenden Themen:

- > Fertigstellung des Konzepts im Anschluss an die Vernehmlassung zum Entwurf für das Sonderpädagogikkonzept.
- > Verbesserung des standardisierten Abklärungsverfahrens (Informatikanwendung, Anwendung im deutschsprachigen Kantonsteil, Vereinheitlichung der Berichte).
- > Finanzanalyse der Institutionen (Investitionen, Betreuungsquote, Weiterbildung, Transporte) im Hinblick auf die Erarbeitung von Leistungsverträgen.
- > Aufnahme der Sonderpädagogik ins pädagogische Portal des Kantons Freiburg (Friportal).
- > Zusammenarbeit mit den Partnern der Schule.

### 3.1.5 Schülerzahlen

#### 3.1.5.1 Kindergarten

	Französischsprachiger Kantonsteil		Deutschfreiburg		Total	
	2012/13	2013/14	2012/13	2013/14	2012/13	2013/14
Anzahl Kinder im 1. Jahr	1800	2561	694	805	2494	3366
Anzahl Kinder im 2. Jahr	2615	2718	760	796	3375	3514
Kinder insgesamt	4415	5279	1454	1601	5869	6880
Anzahl Klassen	239	281,5	79,2	87,75	318,2	369,25
Durchschnitt pro Klasse	18,47	18,75	17,36	18,25	18,44	18,63

Im französischsprachigen Kantonsteil erhöhte sich die Zahl der Klassen um 42,5 (2012/13: +15) und die Schülerzahl um 864 (+453). In Deutschfreiburg stieg die Zahl der Klassen um 8,55 (+3) und diejenige der Kinder um 147 (+95). Insgesamt ist also ein Zuwachs zu verzeichnen – bei den Klassen um 51,05 (+18) und bei den Kindern um 1011 (+548).

#### 3.1.5.2 Primarschule

	Französischsprachiger Kantonsteil		Deutschfreiburg		Total	
	2012/13	2013/14	2012/13	2013/14	2012/13	2013/14
Anzahl Schüler/-innen im 1. Jahr	2563	2696	701	744	3264	3440
Anzahl Schüler/-innen im 2. Jahr	2670	2652	793	718	3463	3370
Anzahl Schüler/-innen im 3. Jahr	2588	2615	801	791	3389	3406
Anzahl Schüler/-innen im 4. Jahr	2464	2663	756	800	3220	3463
Anzahl Schüler/-innen im 5. Jahr	2530	2497	771	770	3301	3267
Anzahl Schüler/-innen im 6. Jahr	2522	2542	820	761	3342	3303
Schüler/-innen insgesamt	15 337	15 665	4642	4584	19 979	20 249
Anzahl Klassen	794	806,75	246,3	244,1	1040,3	1050,85
Durchschnitt pro Klasse	19,32	19,42	18,85	18,78	19,21	19,27

Im französischsprachigen Kantonsteil erhöhte sich die Zahl der Klassen um 12,75 (+6,5) und die Schülerzahl um 328 (+274). In Deutschfreiburg sank die Zahl der Klassen um 2,2 (-1,5) und diejenige der Kinder um 58 (-40). Insgesamt ergibt das einen Zuwachs – bei den Klassen um 10,55 (+5) und bei den Schüler/-innen um 270 (+234). Ergänzend zu diesen Schülerzahlen ist noch der Schülerbestand der Kleinklassen zu erwähnen: 224 (242) Schüler/-innen besuchen 26 Kleinklassen, davon befinden sich 173 (172) Schüler/-innen in 20 französischsprachigen Klassen und 51 (70) in 6 deutschsprachigen Klassen.

#### 3.1.5.3 Orientierungsschule

	Französischsprachiger Kantonsteil		Deutschfreiburg		Total	
	2012/13	2013/14	2012/13	2013/14	2012/13	2013/14
Anzahl Schüler/-innen im 1. Jahr	2709	2722	818	875	3527	3597
Anzahl Schüler/-innen im 2. Jahr	2884	2823	819	831	3703	3654
Anzahl Schüler/-innen im 3. Jahr	2721	2822	964	870	3685	3752
Schüler/-innen insgesamt	8314	8427	2601	2576	10915	11003
Anzahl Klassen	397,5	405,5	149	146	546,5	551,5
Durchschnitt pro Klasse	20,92	20,78	17,46	17,64	19,97	19,95

Im französischsprachigen Kantonsteil erhöhte sich die Zahl der Klassen um 8 (+9) und die Schülerzahl um 113 (+116). In Deutschfreiburg sank die Zahl der Klassen um 3 (-4) und diejenige der Schüler/-innen um 25 (-58). Insgesamt ist also ein Zuwachs zu verzeichnen – bei den Klassen um 5 (+5) und bei den Schüler/-innen um 88 (+58).

## 3.2 Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil

### 3.2.1 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zu Schuljahresbeginn 2013/14 bieten sämtliche Schulkreise zwei Kindergartenjahre an. Die 8 Schulkreise des französischsprachigen Kantonsteils von Freiburg zählen 281,5 (239) Kindergartenklassen. Die Schülerinnen und Schüler verteilen sich wie folgt: 2561 (1800) im 1. Kindergartenjahr und 2718 (2615) im 2., bei insgesamt 5279 (4415) Schülerinnen und Schülern. Es mussten 49,5 Klassen eröffnet und 7 geschlossen werden: Insgesamt ist eine Zunahme um 42,5 (+15) Klassen zu verzeichnen.

### 3.2.2 Schülerzahlen im Kindergarten

	2012/13		2013/14	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Schulkreis 1	33,5	646	34,5	638
Schulkreis 2	16	286	30	573
Schulkreis 3	37	681	37,25	723
Schulkreis 4	33	621	34	626
Schulkreis 5	22	438	28	546
Schulkreis 6	34	609	37	680
Schulkreis 7	36,5	657	40,5	736
Schulkreis 8	27	477	40,25	757
<b>Total</b>	<b>239</b>	<b>4415</b>	<b>281,5</b>	<b>5279</b>

	2012/13		2013/14	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Saane–Land	72,5	1387	80,5	1518
Stadt Freiburg	16	286	30	573
Broye	37	681	37,25	723
Glane	28	498	31	565
Greyerz	43,5	767	60,75	1136
See	16	318	16	292
Vivisbach	26	478	26	472
<b>Total</b>	<b>239</b>	<b>4415</b>	<b>281,5</b>	<b>5279</b>

### 3.2.3 Schwerpunkte

#### 3.2.3.1 Weiterführung und Abschluss der Einführung des zweiten Kindergartenjahres

Nachdem im Grossen Rat am 6. September 2008 der Entscheid für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres gefallen war, wurden zahlreiche Informationsveranstaltungen für Gemeinderäte, Schulkommissionen und Elternvereinigungen sowie für die betroffenen Eltern und Lehrpersonen organisiert. An diesen Veranstaltungen wurden administrative und organisatorische Fragen, aber auch pädagogische und soziale Aspekte des Programms zur Einführung des 2. Kindergartenjahres angesprochen. Seit Schulbeginn 2013 nehmen sämtliche Schulkreise Kinder ab dem vollendeten 4. Altersjahr in den Kindergarten auf. Grössere Orte wie Freiburg, Bulle, Marly und einige kleinere Ortschaften wie Le Mouret, La Roche, Marsens-Echarlens, Hauteville, Vuisternens-dt-Romont, Middel-Châtonnaye-Torny, Sâles führten als letzte Gemeinden dieses zusätzliche Kindergartenjahr ein.

Zur Vorbereitung dieser Umstellung betraute die Direktion die pädagogischen Beraterinnen mit der Organisation und Durchführung eines Weiterbildungsprogramms für die betroffenen Lehrpersonen. Dieses besteht aus einem ersten viertägigen Kursmodul im Sommer vor Beginn des Schuljahres sowie aus mehreren Weiterbildungsnachmittagen in den beiden ersten Jahren der Einführung. Nach Abschluss dieser rund 50 Stunden umfassenden Weiterbildungstage erhalten die Lehrpersonen einen Fortbildungsnachweis. Dieses Weiterbildungskonzept wird während der gesamten Einführungsphase des Zweijahreskindergartens weitergeführt, also vom Schuljahresbeginn 2009 bis zum Schuljahresbeginn 2013. Im Juni 2013 konnten 80 Lehrpersonen für den Kindergarten das entsprechende Zeugnis entgegennehmen.

### 3.3 Kindergarten Deutschfreiburg

#### 3.3.1 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zu Schuljahresbeginn 2013/14 haben sämtliche Schulkreise den Zweijahreskindergarten eingeführt. Die vier Schulkreise von Deutschfreiburg zählen 87,75 (79,2) Kindergartenklassen. Die Kinder verteilen sich wie folgt auf die Kindergartenjahre: 805 (694) im 1. Kindergartenjahr und 796 (760) im 2., bei insgesamt 1601 (1454) Kindern. Es mussten 9,5 Klassen eröffnet und 1 geschlossen werden: Insgesamt ist eine Zunahme um 8,55 (+3) Klassen zu verzeichnen.

#### 3.3.2 Schülerzahlen im Kindergarten

	2012/13		2013/14	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Schulkreis 1	25,2	462	26,35	443
Schulkreis 2	9	155	13,4	256
Schulkreis 3	20	374	22	409
Schulkreis 4	25	463	26	493
<b>Total</b>	<b>79,2</b>	<b>1454</b>	<b>87,75</b>	<b>1601</b>

	2012/13		2013/14	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
See	26,2	485	27,75	472
Freiburg	7	121	11	210
Greyerz	1	11	1	17
Sense	45	837	48	902
<b>Total</b>	<b>79,2</b>	<b>1454</b>	<b>87,75</b>	<b>1601</b>

48 (47) Kindergartenklassen, darunter 2 Basisstufenklassen, werden von 2 Lehrpersonen im Teilpensum geführt. 3 (5) Kindergartenlehrpersonen nehmen Schulleitungsfunktionen wahr.

#### 3.3.3 Allgemeines

Mit Beginn des neuen Schuljahres hat die Stadt Freiburg als letzte Gemeinde in Deutschfreiburg den Zweijahreskindergarten eingeführt. Die Lehrpersonen der Kindergärten der Stadt Freiburg wurden in den Sommerferien mit Weiterbildungsmodulen auf ihre Tätigkeit in altersgemischten Klassen vorbereitet. In allen anderen Gemeinden Deutschfreiburgs ist der Zweijahreskindergarten gut etabliert. Nach fünf Jahren Übergangszeit kann festgestellt werden, dass die Einführung des Zweijahreskindergartens sehr gut gelungen ist.

29 (30) Kinder mit besonderen Bedürfnissen wurden in Regelkindergärten und in die Basisstufe integriert. Dabei erfolgte die Integration von 18 (19) Kindern über das Schulheim Les Buissonnets; 11 (11) Kinder wurden über das Amt für Sonderpädagogik integriert. Zur Förderung und Unterstützung dieser insgesamt 29 Kinder arbeiteten 22 (16) Heilpädagoginnen in den Regelkindergärten mit.

In 29 (26) Schulkreisen wurde zur besseren Eingliederung fremdsprachiger Kinder ein Zusatzunterricht «Deutsch für Fremdsprachige» angeboten. Im Schuljahr 2013/14 profitieren 389 (310) Kinder des 1. und 2. Kindergartenjahres von diesem Angebot.

Das Projekt «Basisstufe / classe multi-âges» wird in den drei Gemeinden Murten, Fräschels und Bärfischen unverändert weitergeführt. Die Projektgemeinden warten auf das Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes, denn sie werden erst nach der Klärung der Rahmenbedingungen über eine Weiterführung bzw. Ausweitung der Basisstufe entscheiden können.

### 3.3.4 Weiterbildung

Die Lehrpersonen der Kindergärten und der 1./2. Primarklasse (1. Zyklus Harmos) besuchen auch im Schuljahr 2013/14 Kurse zum Weiterbildungsschwerpunkt im Bereich «Kinder als Naturforscher». Die Arbeitsgruppe Eingangsstufe hat in Zusammenarbeit mit der Dienststelle Weiterbildung der PH Freiburg 21 Wahlpflichtangebote zu Forschen und Experimentieren für das laufende Schuljahr ausgearbeitet. Die Lehrpersonen sind verpflichtet, mindestens zwei Kursangebote im Schuljahr zu besuchen. Die gemeinsame Veranstaltung vom 27. November 2013 wurde von allen Lehrpersonen des Kindergartens und der 1./2. Primarklasse Deutschfreiburgs besucht.

### 3.3.5 Einschulung

Die Eltern von 63 (64) Kindern wünschten, den Eintritt in den Zweijahreskindergarten um ein Jahr aufzuschieben. Dies betrifft 7,25 % (11,02 %) der Kinder, die im Jahr 2013 ins Schulalter kamen.

### 3.3.6 Beschäftigungssituation

Alle offenen Stellen in den Kindergärten konnten auf Schuljahresbeginn besetzt werden. Der Stellenmarkt zeigte jedoch deutlich auf, dass Angebot und Nachfrage sich nur ganz knapp die Waage halten. Hingegen ist die Suche nach Stellvertretungen, hauptsächlich für jene von längerer Dauer, nach wie vor sehr schwierig. Die steigende Zahl der Absolventinnen und Absolventen an der Pädagogischen Hochschule Freiburg könnte die Stellensituation entschärfen. Es ist zu hoffen, dass die Studierenden sich auf Stellen im Kanton bewerben werden.

## 3.4 Primarschule, französischsprachiger Kantonsteil

### 3.4.1 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zu Schuljahresbeginn 2013/14 zählen die 8 Schulkreise des französischsprachigen Kantonsteils von Freiburg 806,75 (794) Primarklassen. Insgesamt besuchen 15 665 (15 337) Schülerinnen und Schüler die Primarschule. Es mussten 17,75 Klassen eröffnet und 5 geschlossen werden. Insgesamt ist eine Zunahme um 12,75 (+6,5) Klassen zu verzeichnen.

### 3.4.2 Schülerzahlen in der Primarschule

	2012/13		2013/14	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Schulkreis 1	96,5	1831	98,25	1922
Schulkreis 2	81	1431	82	1448
Schulkreis 3	109,5	2130	109,5	2191
Schulkreis 4	95	1833	97	1872
Schulkreis 5	87,5	1692	87	1672
Schulkreis 6	99	1921	103	2001
Schulkreis 7	119,5	2366	121	2390
Schulkreis 8	106	2133	109	2169
<b>Total</b>	<b>794</b>	<b>15 337</b>	<b>806,75</b>	<b>15 665</b>

	2012/13		2013/14	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Saane–Land	233,5	4517	236	4580
Stadt Freiburg	81	1431	82	1448
Broye	109,5	2130	109,5	2191
Glane	85	1654	88	1726
Greyerz	170	3367	173	3425
See	45,5	839	46,25	886
Vivisbach	69,5	1399	72	1409
<b>Total</b>	<b>794</b>	<b>15 337</b>	<b>806,75</b>	<b>15 665</b>

### 3.4.3 Schwerpunkte

#### 3.4.3.1 Schulleitung und Leitung von Schulprojekten

Im Jahr 2012 führte das Begleitdispositiv für Schulprojekte seine Arbeit mit den Projektschulen fort, wobei das Begleiteteam den Schulen vor Ort Unterstützung leistete; zudem wurden Weiterbildungs- und Koordinationssitzungen organisiert. Seit Herbst 2013 führen sämtliche Schulen ein Projekt durch. Es wurde eine neue Studie erstellt, deren Ergebnisse in die Projektleitung einbezogen werden.

#### 3.4.3.2 Französischunterricht

Im 1. HarmoS-Zyklus werden vom 1. bis 4. Schuljahr der Westschweizer Lehrplan PER und die offiziellen Lehrmittel verwendet. Im 2. Zyklus wurden sie zu Schuljahresbeginn 2013 in den 3. bis 5. Primarklassen (5. bis 7. Schuljahr) eingeführt. Um den Lehrkräften Unterstützung bei diesen didaktischen Umstellungen zu bieten, werden zudem verschiedene Beratungs- und Weiterbildungsangebote organisiert, jeweils angepasst an die drei Zyklen.

#### 3.4.3.3 Mathematikunterricht

Die 2. Etappe der Einführung des Westschweizer Lehrplans ist für den Mathematikunterricht abgeschlossen; den Lehrkräften der 5. und 6. Primarklassen (7. bis 8. Schuljahr) werden Anleitungen und Planungshilfen im Zusammenhang mit den im Vorjahr durchgeführten Weiterbildungen angeboten. Die 4. Primarklassen (6. Schuljahr) legten eine kantonale Vergleichsprüfung ab. Ein Team aus Lehrpersonen der 3. bis 4. Primarklassen hat bereits damit begonnen, eine Vergleichsprüfung für Schülerinnen und Schüler der 6. Primarklasse (8. Schuljahr) zu erarbeiten. Wie jedes Jahr wurde für die Schülerinnen und Schüler der 6. Primarklassen (8. Schuljahr) im Rahmen des Übertrittsverfahrens eine kantonale Vergleichsprüfung erarbeitet. Das «Cahier devoirs 4P» (Aufgabenheft 4. Primarklasse) ist seit Schuljahresbeginn bei der Kantonalen Lehrmittelverwaltung (KLV) erhältlich.

#### 3.4.3.4 Sprachenunterricht: Deutsch und Englisch

Für die gesamte obligatorische Schule wurde die Einführung eines neuen Deutschlehrmittels geplant. Um eine gute Weiterbildung der Lehrkräfte zu gewährleisten, wird das neue Lehrmittel in den Schuljahren 2014/15 und 2015/16 in zwei Etappen implementiert werden.

Im Herbst 2013 wurde für sämtliche Schülerinnen und Schüler im 7. Schuljahr (5. Primarklasse) der Englischunterricht (L3) eingeführt, wie es die Westschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz CIIP in ihrem Programm vorsah. Ab Schulbeginn 2014 werden somit sämtliche Schülerinnen und Schüler im 7. und 8. Schuljahr (5. und 6. Primarklassen) zwei Wochenlektionen Unterricht in Englisch erhalten.

Sämtliche Schülerinnen und Schüler der Westschweiz werden Englisch mit dem Lehrmittel «More!» der Cambridge University Press lernen. In den vergangenen zwei Jahren wurde der Englischunterricht in vier Schulkreisen der Region Murten erprobt; dieser Versuch wird für die gleichen Schülerinnen und Schüler in der Orientierungsschule mit dem neuen Lehrmittel «English in Mind» des gleichen Herausgebers weitergeführt, damit ein kohärenter und reibungsloser Übergang von der Primar- in die Sekundarschule gewährleistet ist.

---

Für die Lehrpersonen, die ab Herbst 2013 Englischlektionen erteilen sollten, wurden zwei methodisch-didaktische Weiterbildungsmodule organisiert, insgesamt 30 Stunden verteilt auf zwei Jahre. Parallel dazu hat die Weiterbildungsstelle der pädagogischen Hochschule in den vergangenen Jahren Englischkurse angeboten, damit die Lehrerinnen und Lehrer für Englisch ihre Sprachkenntnisse verbessern und das gewünschte Sprachniveau, das Niveau B2 gemäss dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER), erreichen können.

Das erste Feedback zu dieser allgemeinen Einführungsphase fällt sehr positiv aus: Das neue Fach wird von den Schülerinnen und Schülern wie auch von den Lehrkräften geschätzt, wobei letztere die sinnvolle Wahl der angebotenen Lehrmittel und die effiziente didaktische Weiterbildung loben.

#### 3.4.3.5 Unterricht in Geografie, Geschichte sowie Mensch und Umwelt

Seit Schuljahresbeginn 2013 können die Lehrpersonen der 3. bis 4. Primarklassen (5.-6. Schuljahr) ein neues Geografielehrmittel «Ici, c'est Fribourg – Typisch Freiburg» für den Unterricht im Fachbereich Mensch und Umwelt nutzen. Diese neue Broschüre befasst sich mit einigen Besonderheiten unseres Kantons (Traditionen, Institutionen, Zweisprachigkeit...), die in Zusammenhang mit der Staatskunde und der Allgemeinbildung behandelt werden. Dieses Lehrmittel gehört zur Sammlung GEO|FR, die in den kommenden Jahren noch erweitert werden soll. Gleichzeitig sind Autoren aus dem Kanton an den von der CIIP geleiteten Arbeiten zur Erstellung der künftigen Westschweizer Lehrmittel für Geografie und für Westschweizer Geschichte für die 3. bis 6. Primarklasse (5.-8. Schuljahr) beteiligt. Nebst den regelmässigen Aktivitäten (Förderung von Lehrstätten oder pädagogischen Aktionen, Erarbeiten einer Prüfung für das Übertrittsverfahren in die OS) in diesem Bereich erhielten die Lehrkräfte des Kindergartens (1. und 2. Schuljahr) eine Schulung zu den neuen Lehrmitteln für diese Stufen.

Geschichte: Die geschichtskundlichen Lernaktivitäten im 5. (3. Primarklasse) und 6. Schuljahr (4. Primarklasse) sind der Urgeschichte und der römischen Antike gewidmet. Die Aktivitäten finden im Wald bei Marly und im Römermuseum Vallon statt. Im Schloss Greyerz erhalten die 5. und 6. Primarklassen (7.-8. Schuljahr) zahlreiche Lektionen zum Mittelalter. Die angebotenen Aktivitäten sind sehr gefragt, so dass nicht alle Anfragen erfüllt werden konnten, vor allem am Ende des Schuljahres.

#### 3.4.3.6 Musikunterricht

Im Jahr 2013 fanden regelmässige Treffen mit den Lehrpersonen der drei Zyklen sowie Klassenbesuche statt. Diese erfolgten auf Wunsch der Lehrpersonen, der Schulleitungen oder des Schulinspektorats; Ziel ist es, die Richtlinien des PER im Musikunterricht zu konsolidieren. Ergänzend dazu wird das pädagogische Angebot für den Musikunterricht auf der Internetplattform Friportal sowie das Musikangebot für die Klassen laufend ausgebaut. Ein neues Gesangslehrbuch für den 3. Zyklus «Planète musique» ist mittlerweile fertig und wird in diesem Schuljahr als offizielles Lehrmittel eingeführt. Auf der Sekundarstufe 2 wurde der Westschweizer Lehrplan PER präsentiert, um die Lehrpläne in den Freiburger Kollegien zu konsolidieren und zu vereinheitlichen.

#### 3.4.4 Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren

Im Schuljahr 2013 versammelten sich die französischsprachigen Inspektorinnen und Inspektoren sowie pädagogischen Beraterinnen zu 11 Sitzungen, an denen jeweils der Amtsvorsteher oder sein Stellvertreter anwesend waren. Zudem nahmen die gleichen Personen an 13 intern organisierten Sitzungen teil. Dabei wurden zahlreiche Themen behandelt, die sowohl die Leitung und die Verwaltung der Schule wie auch eher pädagogisch-didaktische Aspekte betreffen: Letzte Etappe der allgemeinen Einführung des Zweijahreskindergartens, Einführung des Englischunterrichts und des Westschweizer Lehrplans in der 5. Primarklasse (7. Schuljahr), Einführung neuer Französischlehrmittel (L'île aux mots) im 3., 4. und 5. Schuljahr, neue Studentafel für den Kindergarten bis zum 8. Schuljahr, wobei eine gewisse Flexibilität möglich ist und je nach Fachbereich und Zwei-Jahres-Zyklus Schwerpunkte gesetzt werden, Weiterführung der Diskussion zur Neudefinition der Rolle von Schulinspektoren/-innen, Ansprechpersonen und Schulleiter/-innen, dies vor dem Hintergrund der Planung zur Erarbeitung des neuen Ausführungsreglements zum Schulgesetz, Unterstützung der Schulleitungen, Begleitung der Unterstützungsmassnahmen in Zusammenarbeit mit den Schuldiensten, der mobilen Einheit, der Unterstützung durch die EKSD, das SoA, den Massnahmen für Schüler/-innen mit Verhaltensauffälligkeiten und den Stützunterricht für fremdsprachige Kinder, Begleitung des Projekts HAE, dies in Verbindung mit den nötigen Instrumenten für die

Erstellung des Schulzeugnisses. Die Konferenz nahm zudem wie üblich Stellung zum Inhalt der verschiedenen kantonalen Prüfungen auf der Primarstufe (2. und 4. Klasse) sowie zur Übertrittsprüfung in die OS.

Und schliesslich pflegte sie regelmässigen Kontakt mit der PH Freiburg und der *Société pédagogique fribourgeoise francophone* (SPFF), um über die oben erwähnten Themen zu beraten. Mit der PH-FR sorgte sie insbesondere für die Begleitung der Ausbildungs- und Informationsmodule für Stellvertreterinnen und Stellvertreter ohne Lehrdiplom.

### 3.5 Primarschule Deutschfreiburg

#### 3.5.1 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zu Schuljahresbeginn 2013/14 zählen die 4 Schulkreise von Deutschfreiburg 244,1 (246,3) Primarklassen. Insgesamt besuchen 4584 (4642) Schülerinnen und Schüler die Primarschule. Es mussten 1,8 Klassen eröffnet und 4 geschlossen werden: Insgesamt ist eine Verringerung um 2,2 (-1,5) Klassen zu verzeichnen.

#### 3.5.2 Schülerzahlen in der Primarschule

	2012/13		2013/14	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Schulkreis 1	74,8	1420	72,8	1378
Schulkreis 2	34,8	637	35,7	640
Schulkreis 3	68	1233	66,10	1202
Schulkreis 4	68,7	1352	69,5	1364
<b>Total</b>	<b>246,3</b>	<b>4642</b>	<b>244,1</b>	<b>4584</b>

	2012/13		2013/14	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
See	78,8	1497	76,8	1446
Freiburg	27,8	513	28,7	524
Greyerz	3	47	3	48
Sense	136,7	2585	135,6	2566
<b>Total</b>	<b>246,3</b>	<b>4642</b>	<b>244,1</b>	<b>4584</b>

#### 3.5.3 Allgemeines

Im Projekt «Passepartout - Fremdsprachen an der Volksschule» konnte in diesem Schuljahr eine weitere bedeutsame Umsetzungsphase realisiert werden. Neu wird in der 5. Primarklasse zwei Lektionen Englisch unterrichtet. Dieser Unterricht basiert auf einer methodisch-didaktischen Neuausrichtung, nämlich der Förderung der Mehrsprachigkeit. Die Lehrpersonen, die seit Herbst 2013 in einer 5. Primarklasse Französisch und Englisch unterrichten, absolvieren praxisbegleitend eine umfangreiche Weiterbildung in Mehrsprachigkeitsdidaktik. Es werden Verbindungen zwischen den Sprachen hergestellt und die Sensibilisierung und die Reflexion über Sprachen und Kulturen gefördert. Die Lehrpersonen werden befähigt, mit den neuen Lehr- und Lernmaterialien zu arbeiten und das erneuerte Verständnis des Sprachenlernens umzusetzen.

Der Titel der dritten Broschüre des neuen zweisprachigen Geografielehrmittels für die 4. und 5. Primarklasse: «Ici, c'est Fribourg – Typisch Freiburg» lädt die Schüler und Schülerinnen ein, über die eigene Identität nachzudenken. So führt der Einstieg über die Zugehörigkeit zu verschiedenen geografischen Räumen direkt zur Fragestellung nach der eigenen Identität. Die Schüler und Schülerinnen entdecken die Besonderheiten des eigenen Kantons, setzen sich mit seiner Vielfalt auseinander und lernen dessen Werte und Vorzüge schätzen.

### 3.5.4 Weiterbildung für die Lehrpersonen

Die Lehrpersonen, die Heilpädagoginnen und Heilpädagogen sowie die Schulleiterinnen und Schulleiter der Primarschule wurden von der EKSD mehrfach zu zahlreichen obligatorischen Kursen aufgeboten:

Weiterbildungsmodulare für Berufs- und Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger; Weiterführung des Projekts «Purzelbaum im Kindergarten»; ein Weiterbildungszyklus über zwei Jahre für die Lehrpersonen des Kindergartens und der Unterstufe zum Thema «Kinder als Naturforscher»; Einsteige- und Weiterbildungskurse für Lehrpersonen, die Deutsch für fremdsprachige Kinder unterrichten; Weiterbildung für Klassenlehrpersonen und Heilpädagoginnen in Klassen mit integrierten behinderten Kindern; Einführung in das neue Französischlehrmittel «Mille feuilles» für die 5. Klasse sowie für die 6. Klasse (Testklassen); Einführung in das neue Englischlehrmittel «New World» für die 5. Klasse.

Neben den obligatorischen Weiterbildungskursen, die vom Inspektorat geplant wurden, bot die PH Freiburg den Lehrpersonen des Kindergartens sowie der Primarschule freiwillige Kurse in den Bereichen Team und Führung, Schule und Gesellschaft, Medien und IKT, Natur und Mathematik, Kultur und Geschichte, Gestalten und Musik, Bewegungs- und Sporterziehung an.

### 3.5.5 Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren

Die Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren des Kindergartens und der Primarschule hielt insgesamt 16 Sitzungen ab, an denen die Amtsleitung des DOA in der Regel dabei war. Nebst den wiederkehrenden Inhalten befasste sich die Konferenz schwerpunktmässig mit folgenden Themen: Lehrplan 21, Leitfaden für Mitarbeitergespräche Lehrpersonal, Nachteilsausgleich, Weiterbildung im Bereich Unterrichtacoaching, Bereitstellen eines Sicherungskonzepts an den Schulen (AMOK), Überarbeitung des Hausaufgabenhefts, Vernehmlassung zur Teilrevision des PH-Gesetzes.

Zudem nahm die Konferenz Koordinationsaufgaben mit verschiedenen Ämtern, Gremien und Organisationen wahr und beteiligte sich an verschiedenen Vernehmlassungen.

### 3.5.6 Kleinklassen

Im Schuljahr 2013/14 werden 6 (7) Kleinklassen geführt: 2 in Düdingen und 4 in Kerzers.

Das Angebot des Heilpädagogischen Stützunterrichts (HSU) präsentiert sich wie folgt: 24,11 (24,04) Vollzeitstellen verteilt auf folgende Schulkreise: ABGRU, Alterswil, Bösinggen, Brünisried, Courtepin, Düdingen, Flamatt, Freiburg, FOS Freiburg, Giffers, Gurmels (Cordast-Guschelmuth, Liebistorf), Heitenried, Jaun, JLS, Murten, Plaffeien, Rechthalten, St. Antoni, St. Silvester, St. Ursen, Schmittgen, Schwarzsee, Tifers, Ueberstorf, Wünnewil.

## 3.6 Orientierungsschule, französischsprachiger Kantonsteil

### 3.6.1 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zu Schuljahresbeginn 2013/14 zählen die 13 Schulkreise des französischsprachigen Kantonsteils von Freiburg 405,5 (397,5) Klassen. Insgesamt besuchen 8427 (8314) Schülerinnen und Schüler die OS. Es mussten 9 Klassen eröffnet und 1 geschlossen werden: Insgesamt ist eine Zunahme um 8 (+9) Klassen zu verzeichnen.

### 3.6.2 Bestände nach OS

	2012/13		2013/14	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Belluard	35	728	35	730
Bulle	41	878	42	921
Domdidier	20	415	21	442
Estavayer	34	724	34	735
Gibloux	20	406	20	392
Glane	41	856	40	854
Jolimont	37	777	39	783

	2012/13		2013/14	
La Tour/Jaun	45	957	47	945
Marly	27	572	28	583
Murten	11	203	11	203
Pérolles	27	544	27	536
Saane West	27,5	555	27,5	588
Vivisbach	32	699	33	715
<b>Total OS</b>	<b>397,5</b>	<b>8314</b>	<b>405,5</b>	<b>8427</b>

### 3.6.3 Schwerpunkte

#### 3.6.3.1 Allgemeines

Der Schwerpunkt des Schuljahres 2012/13 lag auf der Einführung des neuen Westschweizer Lehrplans (PER) für sämtliche Fächer im 2. OS-Jahr (10. Schuljahr nach HarmoS). Die kantonalen Fachkommissionen, bestehend aus einer Vertreterin oder einem Vertreter pro Schule, waren erneut stark beschäftigt, so etwa mit dem Erstellen der Freiburger Jahresplanungen für das 3. OS-Jahr, die ab Schuljahresbeginn 2013/14 verwendet werden sollten.

Die Einführung des PER hat auch Auswirkungen auf die Lehrmittel: So werden an den Schulen neue Lehrmittel für Mathematik und Französisch eingesetzt, die entsprechend begleitet werden müssen.

Der neue Lehrplan wird nun in sämtlichen 1. und 2. OS-Klassen (9.-10. Schuljahr) verwendet. Zudem wurden kantonale Jahrespläne erarbeitet, die als roter Faden dienen und eine gute Unterrichtsqualität gewährleisten sollen; die Pläne für das kommende Jahr sind in Vorbereitung.

#### 3.6.3.2 Französischunterricht

Um die Zielsetzungen des Französischunterrichts für die gesamte obligatorische Schule zu vereinheitlichen, stellte das Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht einen pädagogischen Mitarbeiter mit einem Pensum von 50 % für den 3. Zyklus an. Er wird die Mitarbeiterinnen für den 1. und 2. Zyklus in Romont verstärken, um Projekte zum Unterricht in der Erstsprache im französischsprachigen Kantonsteil in Verbindung mit dem Westschweizer Lehrplan PER und seinen Schwerpunkten zu koordinieren und umzusetzen.

#### 3.6.3.3 Sprachenunterricht L2, L3 und L4

**Deutsch:** Das im vergangenen Jahr für sämtliche 2. OS-Klassen eingeführte Sprachaustauschprojekt mit deutschsprachigen Klassen im Kanton, in einem anderen Schweizer Kanton oder in Bayern besteht mittlerweile seit drei Jahren.

**Englisch:** Die CIIP hat sich für das Lehrmittel «English in Mind» von der «Cambridge University Press» entschieden. Dieses wird am Schuljahresbeginn 2013 in den Versuchsklassen (1. OS/9. Schuljahr) an der OS Murten erprobt. Ab Schulbeginn 2015 soll es dann allgemein eingeführt werden.

**Italienisch:** Seit Beginn dieses Schuljahres bieten die OS Pérolles, Belluard, Jolimont, Domdidier, Saane-West und Estavayer-le-Lac den 3. OS-Klassen Italienisch als Wahlfach an. Für den Italienischunterricht wurde das Lehrmittel «Progetto italiano Junior 1» von Edilingua gewählt.

#### 3.6.3.4 Konzept für den Sprachenunterricht

Zu den laufenden fünf Versuchsprojekten zum Immersionsunterricht an den Orientierungsschulen von La Tour-de-Trême, Murten, Saane West, Bulle und Vivisbach sind drei neue Projekte an den OS Jolimont, Marly und Pérolles hinzugekommen. Die Schülerinnen und Schüler der beteiligten Klassen folgen das ganze Jahr über in verschiedenen Fächern dem Unterricht in der Partnersprache und/oder erhalten Unterrichtslektionen je Fach zu mindestens 10 % in der L2.

In diesem Schuljahr erteilen in den acht am Projekt beteiligten OS 61 Lehrerinnen und Lehrer das ganze Jahr über Unterrichtssequenzen oder -lektionen in der Partnersprache, dies für 645 Schülerinnen und Schüler in 31 Klassen.

---

### 3.6.3.5 Mathematikunterricht

In sämtlichen Klassen des 3. Zyklus wurden zu Schuljahresbeginn 2013/14 der Westschweizer Lehrplan PER und die Mathematiklehrmittel 9-10-11 eingeführt. Die Jahresplanung für Freiburg ist inzwischen für alle drei OS-Jahre abgeschlossen. Ende Schuljahr wird man Bilanz ziehen und auf Schuljahresbeginn 2014/15 allenfalls einige Änderungen vornehmen. Die Internetseite mathsfri wurde durch die Internetplattform Friportal ersetzt.

Die Fachverantwortlichen Mathematik führten über die Webseite der kantonalen Fachkommission eine Umfrage zu den neuen Lehrmitteln durch, die den Lehrpersonen zur Verfügung gestellt wurden. Damit wollte man das Feedback der Lehrkräfte einholen, um der Westschweizer Begleitgruppe der Lehrmittel Fehler zu melden oder Änderungen vorzuschlagen.

### 3.6.3.6 Andere Fächer

Im Bereich der Human- und Sozialwissenschaften, genauer gesagt in den Fächern Geschichte und Geografie (In den Fächern Geschichte und Geografie) wurden erhebliche Investitionen getätigt, damit die Lehrpersonen über die nötigen Ressourcen verfügen können, um ihren Unterricht im Sinne des Westschweizer Lehrplans durchzuführen, obschon Westschweizer Lehrmittel bisher noch fehlen. In den Fächern Ethik und Religionen, Hauswirtschaft und Latin, die als kantonale Besonderheiten erachtet werden, wurden die kantonalen Beauftragten gebeten, Ressourcen bereitzustellen.

### 3.6.3.7 Direktorenkonferenz (OSDK)

Die Konferenz der OS-Direktorinnen und OS-Direktoren (OSDK) traf sich im Berichtsjahr zu 23 Sitzungen und führte darüber hinaus längere Beratungen und Diskussionen zu umfangreicheren Themen durch.

Ein ausserordentliches Ereignis, das eine besondere Erwähnung verdient, war die Organisation des Herbstseminars der CROTICES (Conférence Romande et Tessinoise des Chefs d'Etablissement Scolaire) vom 17. bis 20. September 2013 in Freiburg. An diesem Seminar zum Thema der politischen Bildung in der Schule nahmen rund neunzig Schuldirektorinnen und Schuldirektoren teil. Der Anlass erfordert einen grossen Einsatz seitens der OSDK. Die Teilnehmer anerkannten und würdigten die ausgezeichnete Arbeit der Freiburger Schuldirektorinnen und Schuldirektoren.

An den Sitzungen ging es hauptsächlich um die Umsetzung und Einführung des Westschweizer Lehrplans PER.

Die Direktorenkonferenz ist weiterhin mit dem Problem der verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schüler beschäftigt. Die Gespräche mit der mobilen Einheit und den Relaisklassen werden fortgeführt, um bestmögliche Lösungen für alle Betroffenen zu finden. Im Zuge der Versuche mit Massnahmen im Umgang mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schüler, die den Schulen bereitgestellt werden, werden an den OS Fachstellen für Schulsozialarbeit eingerichtet. Dies bedingt laufende Anpassungen, um den Einsatz dieser verschiedenen Unterstützungsmassnahmen zu optimieren.

Die Konferenz engagiert sich auch in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung: An die 80 Studierende absolvieren derzeit in den Schulen unter der Aufsicht von Praktikumslehrpersonen ihre Berufspraktika für den Masterstudiengang 1 oder 2. Die Zusammenarbeit mit der französischsprachigen Lehrerinnen- und Lehrerbildung für die Sekundarstufe der Universität (CERF) ist geprägt von Offenheit und gegenseitigem Respekt.

Die Konferenz OSDK hat sich zudem mit dem geplanten Verfahren zur Beurteilung von Lehrpersonen befasst, das bei ihr auf grosses Interesse stösst. Die Direktionen von vier OS testen derzeit bei den Lehrpersonen Beurteilungsunterlagen. Ihre Rückmeldungen werden es ermöglichen, die Dokumente fertigzustellen.

## 3.7 Orientierungsschule Deutschfreiburg

### 3.7.1 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zu Schuljahresbeginn 2013/14 zählen die 8 Orientierungsschulen von Deutschfreiburg 146 (149) Klassen. Insgesamt besuchen 2576 (2601) Schülerinnen und Schüler die OS. Es musste keine Klasse eröffnet werden, hingegen wurden 5 geschlossen. Insgesamt ist eine Verringerung um 5 (-4) Klassen zu verzeichnen.

### 3.7.2 Bestände nach OS

	2012/13		2013/14	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Stadt Freiburg (dt)	19	336	18	328
Düdingen	22	418	23	417
Plaffeien	21	347	20	346
Tafers	20	356	19	357
Wünnewil	18	281	18	301
Gurmels	10	178	10	179
Kerzers	17	265	17	268
Murten	22	420	21	380
<b>Total OS</b>	<b>149</b>	<b>2601</b>	<b>146</b>	<b>2576</b>

### 3.7.3 Allgemeines

Die verbindliche Weiterbildung in der ersten Woche der Sommerferien wurde erfolgreich abgeschlossen; alle Kurse waren voll belegt. Die Auswertung der Ergebnisse führte zur Entscheidung, dass in Zukunft Unterrichtsentwicklungsvorhaben dezentral angegangen werden. Aus den Ergebnissen der externen Evaluation ging hervor, dass als erstes der neuen Themen zur Unterrichtsentwicklung die individuelle Unterstützung der Schülerinnen und Schüler angegangen wird. Ein entsprechender Projektplan für die Jahre 2014 und 2015 wurde ausgearbeitet.

Im Rahmen des Projekts «Passepartout» besuchten die Lehrpersonen für Fremdsprachen eine Einführung in die neue Didaktik der Mehrsprachigkeit. Diese Weiterbildung befähigt die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer, mit den neuen Lehrmitteln «Clin d'Oeil» und «New World» professionell umzugehen.

Die 8. (10. Schuljahr) und 9. (11. Schuljahr) Klassen führten in den Fächern Mathematik, Deutsch, Französisch und Geschichte Vergleichsarbeiten («Orientierungsarbeiten») durch. Grundlage für diese Arbeiten waren fachspezifische Referenzrahmen, welche die zu einem bestimmten Zeitpunkt erwarteten Schülerkompetenzen in jeder Leistungsgruppe festlegen.

### 3.7.4 Direktorenkonferenz Deutschfreiburg (SDK)

Die Schuldirektoren Deutschfreiburgs trafen sich im abgelaufenen Jahr 2013 zu 16 ordentlichen Sitzungen. Die Amtsleitung des DOA und der Schulinspektor nahmen in der Regel an den Sitzungen teil.

Neben den allgemeinen Koordinationsaufgaben zwischen den Schulen und den verschiedenen Ämtern, den Fragen zum Schulbetrieb und den wiederkehrenden Themen beschäftigte sich die SDK mit folgenden Schwerpunktthemen: Umgang und Schulung von Schülerinnen und Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten, Beurteilung von Lehrpersonen (Projekt Evaluations- und Qualifikationsgespräche), Einführung von neuen Sprachlehrmitteln in den Fächern Französisch und Englisch, Weiterbildung der Lehrpersonen zu den neuen Sprachlehrmitteln, Leistungsbeurteilung der Schülerinnen und Schüler, Orientierungsarbeiten, Religions- und Ethikunterricht, Suizid bei Jugendlichen, Konzept «AMOK», Lehrplan 21, Umsetzung des Projekts «HarmAdminEcoles», Übertritt Primarschule-Orientierungsschule und Stellensituation an der OS.

Es wurden Besprechungen und Verhandlungen mit verschiedenen Partnern organisiert; beispielsweise mit Vertretern der Relaisklassen und der Mobilien Einheit, der Universität Freiburg, der Gymnasien, des Amtes für Ressourcen, der Fachstelle fri-tic, der Berufsschulen und der Weiterbildungsstelle für Lehrerinnen und Lehrer.

Ebenfalls fand eine vertiefte Auseinandersetzung mit allgemeinen Schulentwicklungsfragen statt und es wurden Stellungnahmen zum Lehrplan 21, zum PH-Gesetz und zum Konzept der zweisprachigen Ausbildung an den Freiburger Gymnasien verfasst. Bei den Runden Tischen zum Schulgesetz und bei der Ausgestaltung des Reglements zum Schulgesetz waren Vertreter der SDK aktiv beteiligt.

## 3.8 Sonderpädagogik

### 3.8.1 Allgemeines

Das Amt für Sonderpädagogik (SoA) zählt 15 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die zusammengerechnet 11,60 Vollzeitstellen belegen.

Das Amt setzte mit der Erarbeitung des kantonalen Konzepts für Sonderpädagogik den Schlusspunkt unter den Arbeiten im Zusammenhang mit der Reform des Sonderschulunterrichts. Vom 31. August bis 31. Dezember 2012 wurde eine Vernehmlassung zum Entwurf durchgeführt. Das Konzept kann auf der zweisprachigen Internetplattform über die Reform der Sonderpädagogik (resonfr.ch) eingesehen werden. Derzeit wird das Konzept unter Einbezug der bei der Vernehmlassung eingegangenen Stellungnahmen überarbeitet.

### 3.8.2 Statistische Angaben zur Sonderpädagogik

#### 3.8.2.1 Personal der Freiburger Sonderschulen

	VZÄ 2012	VZÄ 2013	Entwicklung der VZÄ
Direktion und Administration	23,350	23,250	-0,100
Abwartsdienst, Technik und Unterhalt	36,690	37,320	0,630
Lehrpersonen, inkl. pädagogische Verantwortliche	196,740	201,860	5,120
Lehrpersonen in den Integrationsdiensten ID, inkl. pädagogische Verantwortliche	62,190	61,430	-0,760
Lehrpersonen des Frühberatungsdienstes FBD, inkl. pädagogische Verantwortliche	20,990	21,190	0,200
Logopäden/-innen	34,500	35,020	0,520
Psychologen/-innen	12,020	12,020	0,000
Psychomotoriktherapeuten/-innen	10,700	10,670	-0,030
Erzieher/-innen	48,510	49,970	1,460
<b>Total</b>	<b>445,690</b>	<b>452,730</b>	<b>7,040</b>
Praktikanten und Lernende	69,900	75,140	5,240
<b>Total</b>	<b>515,590</b>	<b>527,870</b>	<b>12,280</b>

#### 3.8.2.2 Entwicklung der Schüler- und Klassenzahl in den Freiburger Sonderschulen

	2012/13		Entwicklung	2013/14		Entwicklung	2012/13		Entwicklung
	FR	FR		DE	DE		Total	Total	
Schülerzahl	785	793	8	132	138	6	917	931	14
Anzahl Klassen	112	115	3	18	19	1	130	134	4
Durchschnitt pro Klasse	7,01	6,90		7,33	7,26		7,05	6,95	

#### 3.8.2.3 Entwicklung der «ausserkantonale» betreuten Schülerinnen und Schüler: Freiburger Kinder, die in Einrichtungen ausserhalb Freiburgs untergebracht sind

	2012/13			2013/14			Entwicklung
	FR	DE	Total	FR	DE	Total	
Schülerzahl	16	31	47	17	27	44	-3

### 3.8.2.4 Entwicklung der «ausserkantonale» betreuten Schülerinnen und Schüler: Kinder aus anderen Kantonen, die Sonderschulen im Kanton Freiburg besuchen:

	2012/13			2013/14			Entwicklung
	FR	DE	Total	FR	DE	Total	
Schülerzahl	36	1	37	39	1	40	3

### 3.8.2.5 Integration von Schülerinnen und Schülern in die Regelklasse

	2012		2013		Entwicklung	
	FR	DE	FR	DE	FR	DE
Geistige Behinderung	222	66	239	68	17	2
Verschiedene Behinderungen ohne Intelligenzdefizit	73	65	95	69	22	4
Sehschwächen	7	10	9	13	2	3
Hörschwächen	23	8	20	11	-3	3
Sprach- und Sprechschwächen	15	0	13	0	-2	0
<b>Total FR/DE</b>	<b>340</b>	<b>149</b>	<b>376</b>	<b>161</b>	<b>36</b>	<b>12</b>
<b>Total</b>	<b>489</b>		<b>537</b>		<b>48</b>	

Schülerinnen und Schüler mit einer geistigen Behinderung werden von den Integrationsdiensten in Romont (für Französischsprachige) und vom Schulheim Les Buissonnets (für Deutschsprachige) betreut.

Schülerinnen und Schüler mit verschiedenen Behinderungen erhalten die vom SoA eingeführten Integrationshilfen. Betroffen sind davon Kinder mit Autismus, mit mehrfachen Lernschwierigkeiten und mit körperlichen Behinderungen.

Die französischsprachigen sehbehinderten Schülerinnen und Schüler werden von Sonderschullehrpersonen des «Centre pour handicapés de la vue» (CPHV) in Lausanne betreut. In Deutschfreiburg werden diese Schülerinnen und Schüler von den Sonderschullehrpersonen der Stiftung für blinde und sehbehinderte Kinder und Jugendliche in Zollikofen betreut.

Das Institut St. Joseph sorgt für die pädagogische Unterstützung der französischsprachigen Schülerinnen und Schüler mit einer Hörschwäche. In Deutschfreiburg sorgen die Sonderschullehrpersonen des Pädagogischen Zentrums für Hören und Sprache in Münchenbuchsee für die Betreuung der hörbeeinträchtigten Schülerinnen und Schüler.

Im französischsprachigen Kantonsteil sind auch sprachbehinderte Kinder in Regelklassen integriert. Ihre Integration wird von Lehrpersonen des Instituts St. Joseph gewährleistet.

### 3.8.2.6 Frühberatungsdienst FBD

Der Frühberatungsdienst engagiert sich für Kinder im Vorschulalter. Er betreut derzeit rund 400 Kinder.

### 3.8.3 Schuldienste

#### 3.8.3.1 Personal der Schuldienste

	VZÄ 2012	VZÄ 2013	Entwicklung der VZÄ
Logopäden/-innen	56,200	57,534	1,334
Psychologen/-innen	33,830	33,241	-0,589
Psychomotoriktherapeuten/-innen	14,270	15,003	0,733
<b>Total</b>	<b>104,300</b>	<b>105,778</b>	<b>1,478</b>

### 3.8.3.2 Verteilung der von den Schuldiensten betreuten Schülerinnen und Schülern nach Schulstufe

	Logopädie						Psychologie						Psychomotorik					
	2011/12			2012/13			2011/12			2012/13			2011/12			2012/13		
	FR	DE	Total	FR	DE	Total	FR	DE	Total	FR	DE	Total	FR	DE	Total	FR	DE	Total
Vorschule	12	16	28	5	24	29	7	3	10	5	1	6	14	2	16	2	0	2
Kindergarten	430	398	828	470	389	859	259	191	450	238	193	431	170	57	227	156	47	203
Primarschule	1652	750	2402	1649	827	2476	1667	519	2186	1594	588	2182	440	85	525	454	115	569
Kleinklasse	66	67	133	125	54	179	63	8	71	95	15	110	20	2	22	14	0	14
OS	116	41	157	136	38	174	409	133	542	437	124	561	12	0	12	22	1	23
Total	2276	1272	3548	2385	1332	3717	2405	854	3259	2369	921	3290	656	146	802	648	163	811

### 3.8.3.3 Verteilung der von den Schuldiensten betreuten Schülerinnen und Schülern nach Bezirk und nach Geschlecht

	Logopädie						Psychologie						Psychomotorik					
	2011/12			2012/13			2011/12			2012/13			2011/12			2012/13		
	Knaben	Mädchen	Total	Knaben	Mädchen	Total	Knaben	Mädchen	Total									
Saane	684	474	1158	742	497	1239	700	500	1200	699	487	1186	227	67	294	214	58	272
%	59,1	40,9	100	59,9	40,1	100	58,3	41,7	100	58,9	41,1	100	77,2	22,8	100	78,7	21,3	100
Broye	125	95	220	138	112	250	223	144	367	257	142	399	73	30	103	82	37	119
%	56,8	43,2	100	55,2	44,8	100	60,8	39,2	100	64,4	35,6	100	70,9	29,1	100	68,9	31,1	100
Glane	130	86	216	154	82	236	89	57	146	97	71	168	60	17	77	53	11	64
%	60,2	39,8	100	65,3	34,7	100	61	39	100	57,7	42,3	100	77,9	22,1	100	82,8	17,2	100
Greyerz	300	195	495	308	213	521	269	164	433	251	155	406	65	19	84	74	20	94
%	60,6	39,4	100	59,1	40,9	100	62,1	37,9	100	61,8	38,2	100	77,4	22,6	100	78,7	21,3	100
See	324	192	516	313	205	518	266	181	447	296	189	485	77	25	102	70	21	91
%	62,8	37,2	100	60,4	39,6	100	59,5	40,5	100	61	39	100	75,5	24,5	100	76,9	23,1	100
Sense	480	298	778	466	317	783	292	182	474	298	179	477	51	10	61	60	16	76
%	61,7	38,3	100	59,5	40,5	100	61,6	38,4	100	62,5	37,5	100	83,6	16,4	100	78,9	21,1	100
Vivisbach	90	75	165	98	72	170	125	67	192	107	62	169	52	29	81	65	30	95
%	54,5	45,5	100	57,6	42,4	100	65,1	34,9	100	63,3	36,7	100	64,2	35,8	100	68,4	31,6	100
<b>Total</b>	<b>2133</b>	<b>1415</b>	<b>3548</b>	<b>2219</b>	<b>1498</b>	<b>3717</b>	<b>1964</b>	<b>1295</b>	<b>3259</b>	<b>2005</b>	<b>1285</b>	<b>3290</b>	<b>605</b>	<b>197</b>	<b>802</b>	<b>618</b>	<b>193</b>	<b>811</b>
%	60,1	39,9	100	59,7	40,3	100	60,3	39,7	100	60,9	39,1	100	75,4	24,6	100	76,2	23,8	100

### 3.8.3.4 Verteilung der von den Schuldiensten betreuten Schülerinnen und Schülern nach Bezirk im Verhältnis zum gesamten kantonalen Schülerbestand (in %)

	Logopädie		Psychologie		Psychomotorik	
	2011/12	2012/13	2011/12	2012/13	2011/12	2012/13
Saane	3,22	3,37	3,34	3,23	0,82	0,74

	Logopädie		Psychologie		Psychomotorik	
Broye	0,61	0,68	1,02	1,09	0,29	0,32
Glane	0,60	0,64	0,41	0,46	0,21	0,17
Greyerz	1,38	1,42	1,21	1,10	0,23	0,26
See	1,44	1,41	1,24	1,32	0,28	0,25
Sense	2,17	2,13	1,32	1,30	0,17	0,21
Vivisbach	0,46	0,46	0,53	0,46	0,23	0,26
<b>Total %</b>	<b>9,88</b>	<b>10,11</b>	<b>9,07</b>	<b>8,95</b>	<b>2,23</b>	<b>2,21</b>

### 3.8.3.5 Verteilung der von den Schuldiensten betreuten Schülerinnen und Schülern nach Bezirk im Verhältnis zum gesamten Schülerbestand jedes Bezirks (in %)

	Logopädie		Psychologie		Psychomotorik	
	2011/12	2012/13	2011/12	2012/13	2011/12	2012/13
Saane	9,76	10,18	10,11	9,74	2,48	2,23
Broye	5,78	6,33	9,65	10,10	2,71	3,01
Glane	7,34	7,85	4,96	5,59	2,62	2,13
Greyerz	8,40	8,64	7,35	6,74	1,42	1,56
See	12,61	12,32	10,92	11,53	2,49	2,16
Sense	16,09	16,23	9,81	9,89	1,26	1,58
Vivisbach	6,63	6,60	7,72	6,56	3,26	3,69
<b>Total %</b>	<b>9,88</b>	<b>10,11</b>	<b>9,07</b>	<b>8,95</b>	<b>2,23</b>	<b>2,21</b>

### 3.8.3.6 Logopädischer Dienst: Art der Interventionen

	2011/12	2012/13
Abklärung	457	437
Therapie	2364	2535
Beobachtung	727	745
<b>Total</b>	<b>3548</b>	<b>3717</b>

### 3.8.3.7 Schulpsychologischer Dienst: Anmeldungen, Gründe und Massnahmen (in %)

Angemeldet von:	2011/12	2012/13
Lehrpersonen	67,60	67,60
Eltern	19,45	19,67

<b>Angemeldet von:</b>	<b>2011/12</b>	<b>2012/13</b>
Therapeuten/-innen	11,05	11,15
Schülerinnen und Schüler	1,90	1,58
<b>Total %</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>
<b>Gründe für die Anmeldungen:</b>	<b>2011/12</b>	<b>2012/13</b>
Problemfeld Lernen und Leisten	41,53	40,36
Familiäres Umfeld	32,42	33,37
Persönliches Problemfeld	26,05	26,27
<b>Total %</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>
<b>Angebote Massnahmen:</b>	<b>2011/12</b>	<b>2012/13</b>
schulische	11,61	11,45
pädagogische	11,67	14,46
Beratung und Betreuung	20,15	21,16
Systemische Arbeit	16,15	16,15
Psychologische Unterstützung	29,46	27,40
Weiterweisung	6,58	5,60
Keine Massnahme	4,38	3,78
<b>Total %</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>

### 3.8.3.8 Psychomotorikdienst: Anmeldungen (in %)

	<b>2011/12</b>	<b>2012/13</b>
Lehrpersonen	70,82	68,56
Eltern	5,12	10,11
Therapeuten/-innen	24,06	21,33
<b>Total %</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>

## 3.9 Schüleraustausche

(französischsprachiger Kantonsteil = FRF, Deutschfreiburg = FRD)

### 3.9.1 Allgemeines

Die Koordinationsstelle hat wiederum ihre Informationskampagne durchgezogen: mit Konferenzen und Vorstellungen der Austauschprogramme während des ganzen Jahres im Kanton Freiburg und in den anderen Kantonen, insbesondere mit der Teilnahme an den beiden Info-Veranstaltungen mit einem Infostand am Start – Forum der Berufe im Forum Freiburg und am Rendez-vous Bilingue auf dem Georges Pythonplatz in Freiburg.

Im September fand die jährliche Versammlung der Verantwortlichen für Sprachaustausche auf der S2 statt. Jedes Kollegium übergab der Koordinationsstelle den Tätigkeitsbericht der Sprachaustausche für das Schuljahr 2012/13.

### 3.9.2 Zehntes partnersprachliches Schuljahr (ZPS)

Im Schuljahr 2012/13 wurden 155 Schülerinnen und Schüler vermittelt (in der Schweiz) und im Schuljahr 2013/14 180. Das Verhältnis Deutschsprachige (44 im Jahr 2012/13 / 60 im Jahre 2013/14) gegenüber Französischsprachigen (111 im Jahr 2012/13 / 120 im Jahr 2013/14) ist immer noch nicht ausgeglichen. Die Zuteilung ist daher organisatorisch weiterhin schwierig. 12 Schülerinnen und Schüler wählten im 2012/13 einen gegenseitigen Austausch

(Variante 2), im 2013/14 befinden sich 34 in dieser Austauschvariante. 57 Schülerinnen und Schüler wählten im 2012/13 die Variante 1 (tägliche Heimkehr), im 2013/14 waren es 61 für diese Variante, wogegen im 2012/13 86 und im 2013/14 85 Schülerinnen und Schüler in einer Gastfamilie unterkamen (Variante 3: einseitiger Austausch bei Gastfamilie). Der Mangel an Gastfamilien für die Schülerinnen und Schüler stellt immer noch ein Problem dar. Es wäre gut, wenn es eine kantonale oder schweizerische Struktur gäbe, um für dieses Problem eine Lösung zu finden.

<b>2012/13:</b>	FRF -> Tessin	0	<b>2013/14:</b>	FRF -> Tessin	0
	FRF -> Deutschschweiz	110		FRF -> Deutschschweiz	120
	FRD -> Westschweiz	21		FRD -> Westschweiz	23

Am 23. November 2012 wurde beim französisch- und beim deutschsprachigen Schulamt FOA und DOA ein Antrag für ein 10. partnersprachliches Schuljahr im anspruchsvolleren Schultyp (Allg. Sek. -> Progym. / Real > Allg. Sek.) im Kanton Freiburg eingereicht, basierend auf dem Freiburger Sprachenkonzept und zwar nur für Freiburger Schülerinnen und Schüler. Anfang Dezember 2013 gaben beide Ämter grünes Licht für diesen Vorschlag. Somit ist für das Schuljahr 2014/15 eine Versuchphase geplant.

### 3.9.3 Schüler- und Klassenaustausche (SAKA)

Im Schuljahr 2012/13 erfasste die Koordinationsstelle gesamthaft für den ganzen Kanton 283 gemeldete Austausche von Schüler/-innen und Klassen, alle Schulstufen und Austauschformen zusammengenommen.

	FRF	FRD	CH	Ausland
Kindergarten (KA - Klassenaustausche)	0	0	0	0
Primarstufe (KA)	6	5	0	0
Sekundarstufe 1 (KA)	13	1	0	0
Sekundarstufe 1 (2. OS-Generalisiert)	114	22	52	40
Sekundarstufe 2 (KA)	7	5	0	0
Einseitiger Empfang auswärtiger Klassen (nicht aus FR) (EKA)	1	0	0	0
Einzel-Sprachaustausch S2 (ESA)	12	0	0	0
10. partnersprachliches Schuljahr (ZPS)	110	21	24	0
Ferien-Einzel-Austausch (FEA-EIV-SIV)	42	10	0	0
<b>Total 2012/13</b>	<b>305</b>	<b>64</b>	<b>76</b>	<b>40</b>

### 3.9.4 Ferieneinzelaustausch (FEA)

2013 nahmen 402 Schüler/-innen aus 26 Kantonen an diesem Austauschprogramm teil. Insgesamt haben bei diesem Programm im Jahr 2013 52 deutschsprachige und französischsprachige Freiburgerinnen und Freiburger mitgemacht (2012: 53).

FRF -> Tessin:	3
FRF -> Deutschschweiz	42
FRD -> Westschweiz	7

Das von der ch Stiftung in Solothurn entwickelte Anmeldesystem via Internet hat sich bewährt und funktioniert nun sehr gut. Für das Schuljahr 2013/14 wird das elektronische online-Anmeldesystem ([www.ch-go.ch/fea](http://www.ch-go.ch/fea)) praktisch das ganze Jahr über aktiv sein, ausser im Sommer während einer kurzen Zeit, damit das neue Schuljahr gestartet werden kann.

### 3.9.5 ch Stiftung

Die kantonalen Austauschverantwortlichen (KAV) standen erneut in engem Kontakt mit der ch Stiftung, insbesondere zur Verteilung von Dokumentationsmaterial über Sprachausstausche und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene.

### 3.9.6 HSR-CH (Hauptstadtregion Schweiz)

Momentan steht in der Arbeitsgruppe ad hoc (Projekte B2 und B3) zur Diskussion, ob Austausche (Schulpartnerschaften zwischen HSR-Gemeinden, Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften auf allen Schulstufen - obligatorischer/nichtobligatorischer Schulunterricht, Berufs- und Fachschulen) machbar sind. Zurzeit wird eine Versuchsphase auf Ebene der Schulklassen zwischen dem Kanton Bern und dem Kanton Freiburg aufgegleist.

### 3.9.7 Varia

Im November 2013 fand in Chur (GR) der nationale Austausch-Kongress statt. Mit über 240 Teilnehmenden war er sehr gut besucht. Rege Kontakte für Schul- und Klassenpartnerschaften wurden in die Wege geleitet. Es wurde beschlossen, dass die nächste Veranstaltung im November 2014 in Delémont (JU) abgehalten wird.

## 4 Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2 (S2)

Amtsvorsteher: **François Piccand**

### 4.1 Tätigkeit

#### 4.1.1 Schülerzahlen

Der Schülerbestand an den kantonalen Schulen der Sekundarstufe 2 präsentierte sich zu Beginn des Schuljahres 2013/14 wie folgt

	2012/13		2013/14		2012/13		2013/14		2012/13		2013/14	
fr.	1'730 = 41,81%	1'653 = 39,37%	2'408 = 58,19%	2'546 = 60,63%	4'138	192	21,55	4'199	189	22,22		
dt.	488 = 36,04%	485 = 37,11%	866 = 63,96%	822 = 62,89%	1'354	62	21,84	1'307	61	21,43		
<b>Total</b>	<b>2'218 = 40,39%</b>	<b>2'138 = 38,83%</b>	<b>3'274 = 59,61%</b>	<b>3'368 = 61,17%</b>	<b>5'492</b>	<b>254</b>	<b>21,62</b>	<b>5'506</b>	<b>250</b>	<b>22,02</b>		

Die Schülerzahlen sind im Vergleich zum Schulbeginn 2012 stabil geblieben.

#### 4.1.2 Unterricht

##### 4.1.2.1 Gymnasiale Maturität

Dieser Bildungsgang wird in den vier kantonalen Kollegien und im GYB angeboten.

Damit nach der gymnasialen Ausbildung langfristig ein prüfungsfreier Übertritt an die Universität garantiert werden kann, gab die EDK im März 2012 grünes Licht für die Realisierung von Projekten in Zusammenhang mit der gymnasialen Matura. Die Ergebnisse aus diesen Arbeiten werden Auswirkungen auf die Inhalte der kantonalen gymnasialen Studienpläne haben, insbesondere durch die Definition der verlangten fachlichen Grundkompetenzen für das universitäre Studium.

##### 4.1.2.2 Fachmittelschule

Dieser Bildungsgang wird an der Fachmittelschule Freiburg (FMSF), am Kollegium des Südens und am GYB angeboten. Abgeschlossen wird diese Schule nach drei Jahren mit einem Fachmittelschulabschluss im Bereich Gesundheit oder im sozialpädagogischen Bereich. Nach dem Erwerb des Fachmittelschulabschlusses kann eine

gesamtschweizerisch anerkannte Fachmaturität angestrebt werden. Diese ermöglicht die Zulassung zur Fachhochschule für Gesundheit oder für Soziale Arbeit und zur Pädagogischen Hochschule.

#### 4.1.2.3 Vollzeit-Handelsmittelschule

Diese Ausbildung wird an den Kollegien Gambach und des Südens sowie am GYB angeboten. Das BBT hat die Reform «Zukunft der Handelsmittelschulen» eingeleitet, um die berufliche Praxis an den Vollzeit-Handelsmittelschulen zu fördern. Die Schulen stellen dann nach Abschluss einen eidgenössischen Fähigkeitsausweis (EFA) als Kauffrau/Kaufmann und einen kaufmännischen Berufsmaturitätsausweis (KBM) aus. Seit Schuljahresbeginn 2011 ist die Reform im Kanton Freiburg gültig. Die ersten Ausweise (EFA und KBM) werden 2015 ausgehändigt.

#### 4.1.2.4 Passerelle Berufsmaturität – universitäre Hochschulen

Die Vorbereitungskurse der Passerelle Berufsmaturität – universitäre Hochschulen werden am Kollegium St. Michael in Französisch und Deutsch angeboten. Die einjährige Weiterbildung soll den Inhaberinnen und Inhabern einer eidgenössischen Berufsmaturität die notwendigen Kompetenzen vermitteln, damit sie ein Hochschulstudium absolvieren können.

#### 4.1.2.5 Zweisprachige Angebote

Das Interesse am vielfältigen Immersionsangebot besteht weiterhin; insgesamt 530 Schülerinnen und Schüler absolvieren ein zweisprachiges Programm. Sie verteilen sich auf 25 zweisprachige Klassen, nutzen aber auch die übrigen Angebote mit totaler oder teilweiser Immersion. 2013 wurden 151 eidgenössisch anerkannte Maturitätsausweise mit Vermerk «zweisprachig» ausgestellt.

### 4.1.3 Konferenzen und Kommissionen

#### 4.1.3.1 Rektorenkonferenz der kantonalen Kollegien

Diese Konferenz vereinigt die Rektorin und Rektoren der Kollegien sowie die Direktoren der FMSF und des GYB unter dem Präsidium des Amtsvorstehers der Sekundarstufe 2. Die Rektorin und Rektoren der Kollegien treffen sich zudem zu separaten Sitzungen, die zurzeit vom Rektor des Kollegiums St. Michel präsiert werden.

#### 4.1.3.2 Schulkommissionen

Jede Schulkommission führte während des Schuljahres im Schnitt zwei Sitzungen durch und erörterte dabei unter anderem die Voranschläge, die Aufnahmekapazitäten und die Ausstattung der Schulzimmer.

#### 4.1.3.3 Informatik

Die Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU), der auch der Amtsvorsteher angehört, übermittelt der Finanzdirektion die analysierten Budgetvorschläge

Das Amt ist am Projekt HarmAdminEcoles (Projekt zur Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme) beteiligt; das entsprechende Dekret wurde am 20. März 2012 vom Grossen Rat angenommen. Der Amtsvorsteher vertritt die EKSD in der Projektdirektion. Er beteiligt sich ebenfalls an der Einführung eines zentralen Informatikdienstes für die Schulen der S2 (CME) und arbeitet dazu mit dem ITA zusammen.

#### 4.1.3.4 Prüfungen

Die für die Maturitätsausweise, die Zusatzprüfung (Passerelle), die Handelsdiplome und KBM, die Fachmittelschulabschlussausweise und die Fachmaturitäten zuständige kantonale Prüfungskommission sorgte für die Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für einen reibungslosen Ablauf der Prüfungssession 2013. Der Präsident der Prüfungskommission des GYB half bei diesen Arbeiten mit.

#### 4.1.3.5 Schüleraustausch

Die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern für obligatorischen Unterricht, dem Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2 und der Koordinationsstelle für Sprachenaustausch ermöglicht den gegenseitigen Austausch von

---

Informationen sowie eine allfällige Anpassung der Bedingungen für die Schülerinnen und Schüler und die Eltern, damit der Aufenthalt möglichst optimal abläuft.

Es fanden zudem mehrere Treffen mit der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit statt mit dem Ziel, das Angebot der Austauschprogramme für die Freiburger Schülerinnen und Schüler zu erweitern.

#### 4.1.4 Schuldienste

##### 4.1.4.1 Psychologischer Beratungsdienst

Der Psychologische Beratungsdienst (CPS2) setzte seine Tätigkeit im Rahmen der gegebenen Strukturen und Modalitäten fort. Einzelne Fälle wurden wegen der langen Behandlungsdauer an private Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weitergeleitet.

##### 4.1.4.2 Mediationsdienst

Die Mediationsdienste der Schulen werden rege genutzt. Die Ausbildung neuer Mediatorinnen und Mediatoren wird in Zusammenarbeit mit dem Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht und dem Amt für Berufsbildung organisiert.

#### 4.1.5 Vereine

##### 4.1.5.1 Verein der freiburgischen Mittelschullehrerinnen und -lehrer (VFM)

2013 traf sich die EKSD mit dem Verein, um insbesondere die Revision des Gesetzes über den Mittelschulunterricht (MSG) und die Auswirkungen der Sparmassnahmen auf die Sekundarstufe 2 zu diskutieren.

##### 4.1.5.2 Elternvereinigungen

Die EKSD konsultierte die französischsprachigen Elternvereine der Kollegien und den deutschsprachigen Elternverein der Kollegien der Stadt Freiburg, dies namentlich im Rahmen der Revision des Gesetzes über den Mittelschulunterricht.

#### 4.1.6 Weiterbildung der Lehrpersonen

Für Kurse und Seminare, die mehrheitlich von der Schweizerischen Weiterbildungszentrale (WBZ) in Luzern, vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), von der Universität Freiburg sowie intern von jeder Schule organisiert wurden, gab es zahlreiche Anmeldungen. Der Bereich Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule (PH) organisierte mehrere Abholkurse.

#### 4.1.7 Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen der allgemeinen Schulkoordination nimmt der Vorsteher des S2 regelmässig an den interkantonalen Zusammenkünften der entsprechenden Ämter der Westschweizer Kantone und des Tessins (CIIP) teil. Er ist zudem Mitglied der Schweizerischen Mittelschulämterkonferenz (SMAK), die der EDK untersteht. Die Zusammenarbeit betrifft vor allem die Qualitätskontrolle der Schulen, die Evaluation der Gymnasialbildung, die Sprachenpolitik sowie die Reform der Handels- und Fachmittelschulen

## 4.2 Kollegium St. Michael

### 4.2.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge:	gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer), zweisprachige Schule, Passerelle
Schülerbestand:	Total 1215
Lehrpersonen:	149 Lehrpersonen (104,76 volle Pensen)
Rektor:	Matthias Wider
Adresse:	Petrus-Kanisius-Gasse 10, Freiburg

## 4.2.2 Schülerinnen und Schüler

### 4.2.2.1 Schülerzahlen

	Schülerinnen und Schüler		Klassen	
	2012/13	2013/14	2012/13	2013/14
Gymnasium - frz. Abteilung	649	626	31	29
Gymnasium, dt. Abteilung	374	341	18	16
Gymnasium zweisprachige Abteilung	212	200	10	9
Passerelle frz. Klassen	31	39	2	2
Passerelle dt. Klassen	12	9	1	1
<b>Total</b>	<b>1278</b>	<b>1215</b>	<b>62</b>	<b>57</b>

Wohnort	2012/13	2013/14
im Kanton Freiburg	1273	1206
in einem anderen Kanton	5	9

### 4.2.2.2 Aufnahmen

	2012/13	2013/14
in die 1. Klasse (frz. Abt.: 161; dt. Abteilung: 95)	306	256
in die 2. Klasse (OS Romont)	9	8
<b>Total</b>	<b>315</b>	<b>264</b>

### 4.2.2.3 Ausgestellte Diplome

Insgesamt haben sich 302 Kandidatinnen und Kandidaten zu den Prüfungen angemeldet (145 französisch- und 74 deutschsprachige, 83 zweisprachige). 9 Prüfungen wurden als nicht bestanden bewertet, 6 in der französisch-, 3 in der deutschsprachigen Abteilung und 0 in den zweisprachigen Klassen. Insgesamt wurden also 293 Abschlusszeugnisse ausgestellt.

Schwerpunktfach	frz. Abteilung	dt. Abteilung	zweisprachig	Total
Englisch	6	0	8	14
Griechisch	6	0	3	9
Latein	3	0	1	4
Italienisch	13	8	6	27
Spanisch	29	6	27	62
Physik + Anw. der Math.	6	17	0	23
Biologie + Chemie	38	20	13	71
Wirtschaft + Recht	28	16	13	57
Bildende Kunst	16	7	12	35
Musik	0	0	0	0
<b>Total</b>	<b>145</b>	<b>74</b>	<b>83</b>	<b>302</b>

Hinweis: Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kollegien der Stadt Freiburg wurden 29 Schülerinnen und Schüler aus den Kollegien Gambach und Heilig Kreuz in ihrem Ergänzungsfach am Kollegium St. Michael geprüft und 102 Schülerinnen und Schüler aus dem Kollegium St. Michael an den anderen beiden Kollegien.

36 Kandidatinnen und Kandidaten präsentierten sich an der Ergänzungsprüfung der Passerelle. 9 (25 %) bestanden die Prüfung nicht.

---

### 4.2.3 Allgemeiner Schulbetrieb

#### 4.2.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Elternabende nach den ersten Semesternoten in den 1. Klassen (für die deutschen Klassen auch für Schüler/-innen im 2. Jahr). In den anderen Klassen wurden auf Wunsch der Eltern oder der Schüler/-innen Einzeltreffen durchgeführt.

Die Eltern können sich zudem anhand des Halbsemester-, Semester- und Jahreszeugnisses regelmässig über die Schulleistungen informieren.

Informationssitzungen für die Eltern der Schüler/-innen des 1. Jahres: Vorstellung der Ziele, Programme und Arbeitsmethoden durch die Vorsteherinnen und Vorsteher.

Der Rektor, die Vorsteherin und die Vorsteher trafen sich mit dem Vorstand des Elternvereins und nahmen an der Generalversammlung des Vereins teil.

Der Rektor hat zudem an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

#### 4.2.3.2 Lehrpersonen

Es wurden 4 Lehrpersonen neu angestellt, 2 davon für weniger als 12 und 2 für mehr als 12 Wochenstunden. 3 Lehrpersonen gingen in den Ruhestand und 3 weitere verliessen das Kollegium am Ende des Schuljahres.

#### 4.2.3.3 Kulturelle und pädagogische Anlässe

Verschiedene Theater- und Opernbesuche, Filme und Vorträge (Details in den Publikationen der Schule).

Politische Bildung - Jahresthema: Vortrag über «Kroatien – der 28. EU-Staat» mit Prof. Aleksandar Jakir, Universität Split; Film und Debatte «Abendland» von Geyrhalter.

2013 unternahm der Chor eine Konzertreise nach Palästina (Bethlehem, Ramallah und Jerusalem), dies in Zusammenarbeit mit dem Orchester des Edward Saïd-Konservatoriums. Er trat unter der Leitung von Philippe Savoy an verschiedenen öffentlichen Konzerten auf und nahm an den Murten Classics teil. Am 9. Schweizerischen Chorwettbewerb in Aarau gewann der Chor den 2. Preis seiner Kategorie. Er gab zudem noch zwei Weihnachtskonzerte und sang an der Mitternachtsmesse.

Die Blasmusik des Kollegiums unternahm eine Reise nach Belgien, traf dort ein Harmonieorchester und besuchte das Kollegium von Hasselt. Unter der Leitung von Pierre-Etienne Sagnol gab sie ihr Jahreskonzert.

#### 4.2.3.4 Schüleraustausch

Im Schuljahr 2013/14 verbringen 31 Schüler/-innen der französisch- und der deutschsprachigen Abteilung ein Jahr im Ausland oder in einer anderen Sprachregion (USA, Deutschland, Österreich, Südamerika, Deutschschweiz). Das Kollegium nimmt seinerseits 13 ausländische Schüler/-innen auf.

Einige Schüler/-innen der 2. Klassen verbrachten zwei Wochen am Zürcher Gymnasium Stadelhofen; im Gegenzug gingen die Zürcher Schüler/-innen zwei Wochen im Kollegium St. Michael zur Schule.

Austauschprojekte gab es mit Schulen aus St. Gallen, Freiburg im Breisgau (D), Amstelveen und Amsterdam (NL).

#### 4.2.3.5 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Die Schüler/-innen des Ergänzungsfachs «Histoire – Sciences politiques» nahmen an den SUNESCO-Tagen im Grossratsaal teil. Die meisten Schüler/-innen der 3. Klassen waren an den Studententagen beteiligt. Die 1., 2. und 3. Klassen der deutschsprachigen Abteilung führten eine Studienwoche durch und hatten dabei Gelegenheit, ein spezielles Thema ausführlicher und fächerübergreifend zu behandeln.

Etwa 20 Schülerinnen und Schüler profitierten vom Tandem-Angebot. Das Kollegium führt in diesem Schuljahr neun zweisprachige Klassen, je drei im 2., 3. und 4. Jahr. Der Besuch der zweisprachigen Klassen führt zur «zweisprachigen Maturität» nach MAR-Anforderungen.

### 4.2.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Hauptgebäude und Gymnasium: Renovation von 4 Schulzimmern und des Biologielabors.

Lyzeum: Malerarbeiten in der Eingangshalle. Neues Lavabo im Kunstzimmer.

Ehemaliges Internat: Anpassungsarbeiten am Lift.

Blaues Gebäude (Aquarium) und Kirche: Unterhaltsarbeiten.

Sportzentrum: Neue Lüftung in den Umkleideräumen.

Allgemein: Gemäss Dekret des Grossen Rates vom 5. Februar 2010 (Verpflichtungskredit für die technische Ausrüstung der Kollegien) Einrichtung und Inbetriebnahme von Multimedia-Anlagen; verschiedene Unterhaltsarbeiten

### 4.3 Kollegium Heilig Kreuz

#### 4.3.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität, zweisprachige Schule

Schülerbestand: Total 904

Lehrpersonen: 122 Lehrpersonen (79,4 volle Pensen)

Rektorin: Christiane Castella Schwarzen

Adresse: Antoine de St-Exupéry-Strasse 4, Freiburg

#### 4.3.2 Schülerinnen und Schüler

##### 4.3.2.1 Schülerzahlen

	Schülerinnen und Schüler		Klassen	
	2012/13	2013/14	2012/13	2013/14
Gymnasium - frz. Abteilung	504	486	24	22
Gymnasium - dt. Abteilung	287	293	14	14
Gymnasium zweisprachige Abteilung	127	125	6	6
<b>Total</b>	<b>918</b>	<b>904</b>	<b>44</b>	<b>42</b>

Wohnort	2012/13	2013/14
im Kanton Freiburg	916	898
in einem anderen Kanton	2	6

##### 4.3.2.2 Aufnahmen

	2012/13	2013/14
in die 1. Klasse (frz. + dt. Abteilung)	236	221
in die 2. Klasse (OS Romont)	31	24
<b>Total</b>	<b>267</b>	<b>245</b>

##### 4.3.2.3 Ausgestellte Diplome

Im Juni 2013 nahmen 205 Kandidatinnen und Kandidaten am Examen teil, 199 davon haben bestanden. Eine Schülerin macht ihre Matura auf zwei Jahre verteilt (sie wird den zweiten Teil der Prüfungen 2014 abschliessen).

Schwerpunktfach	frz. Abteilung	dt. Abteilung	zweisprachig	Total
Griechisch	7	0	2	9
Italienisch	6	1	4	11
Englisch	7	4	2	13

Schwerpunktfach	frz. Abteilung	dt. Abteilung	zweisprachig	Total
Spanisch	27	2	9	38
Physik + Anw. der Math.	14	0	0	14
Biologie + Chemie	19	13	12	44
Wirtschaft + Recht	27	14	7	48
Bildende Kunst	13	0	2	15
Musik	6	0	1	7
<b>Total</b>	<b>126</b>	<b>34</b>	<b>39</b>	<b>199</b>

### 4.3.3 Allgemeiner Schulbetrieb

#### 4.3.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Es fanden total 30 Elternabende für 21 Klassen statt,

ferner eine Sitzung mit dem Elternverein und zwei Sitzungen mit der Schulkommission.

#### 4.3.3.2 Lehrpersonen

Zwei Lehrpersonen wurden neu angestellt.

#### 4.3.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Theateraufführungen, Oper, Konzert, Kino, Literarisches Café, Deutsches Theater, Nuithonie, Théâtre des Osses, Freiburger Filmfestival, Freiburger Oper, Veranstaltungen der Kollegien Heilig Kreuz und St. Michael, Theater in Bern.

Teilnahme am Tag der offenen Türe der UNIFR. Treffen mit dem Berufsberater (in den Klassen und persönlich) und WINS (Women in sciences).

#### 4.3.3.4 Besondere Ereignisse

Die Schüler/-innen der ersten drei Schuljahre beteiligten sich an den thematischen Tagen. Im 1. Schuljahr wurden diese innerhalb der Klasse durchgeführt, im 2. arbeiteten die Schülerinnen und Schüler in Ateliers. Die Thematischen Tage des 3. Schuljahres fanden im Rahmen des Schwerpunktfachs statt.

Die Schüler/-innen des 4. Schuljahres beteiligten sich an Sporttagen (Yoga, Tennis, Polysport usw.).

Collégiades (Klassen- und schulinterne Sportturniere); GianXtours (Ski).

Studienreisen: Internationale Jugendforum in Bad Hersfeld (D) für Schüler/-innen der Theatergruppe, nach Florenz (I) im Rahmen der Thematischen Tage, nach München (D) für Schüler/-innen der 3. Klassen mit Schwerpunktfach Altsprachen, Studientage in Prag (CZ) für Schüler/-innen der JazzBand.

Geografie (Ergänzungsfach 3. Schuljahr): dreitägiger Ausflug in den Jura zum Wasserthema Karst (Wasserkreislauf) in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Institut für Speläologie und Karstforschung und dem Dienst für Paläontologie Neuenburg.

SUNESCO: Simulation einer Generalsitzung der UNO.

Ausstellung der Werke von Schüler/-innen vom Fach Bildnerisches Gestalten und Vernissage zum Thema «Botanica».

Solidaritätskonzert der Schüler/-innen des Schwerpunktfachs Musik zugunsten von Nova Friburgo, Konzert der JazzBand in Zusammenarbeit mit den Prager Philharmonikern und Weihnachtskonzert.

Amnesty International: Aktion zum internationalen Tag der Menschenrechte.

Treffen mit einem Holocaust-Überlebenden für die Schüler/-innen der deutsch- und zweisprachigen Abteilung.

#### 4.3.3.5 Schüleraustausch

9 Gastschüler/-innen aus den USA, Italien, Costa Rica, Chile, Kanada, Japan, Bolivien und Australien.

21 Schüler/-innen absolvierten einen längeren Sprachaufenthalt (6-12 Monate) in den USA, in England, Deutschland, Kanada, Neuseeland, Ecuador, Irland und Indonesien.

#### 4.3.3.6 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

6 französischsprachige Schüler/-innen in der deutschsprachigen Abteilung, keine deutschsprachigen Schüler/-innen in der französischen Abteilung, 6 zweisprachige Klassen.

Den Maturitätsausweis mit dem Vermerk «zweisprachige Matura» erhielten 38 Schüler/-innen, 22 deutsch- und 16 französischsprachige.

Mehrere Schüler/-innen besuchten das Schwerpunktfach bzw. das Ergänzungsfach in der Partnersprache.

Einzel- und Klassentandems (Immersionsunterricht).

Austausche mit verschiedenen Gymnasien in der Schweiz und in Deutschland (3- bis 5-wöchige Aufenthalte).

#### 4.3.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Hauptgebäude und Sporthalle: Erneuerung der Bodenbeläge in der Dreifach-Sporthalle, Reparatur und Revision der mobilen Tribünen, Auffrischung des Farbanstrichs im Anrichtebereich der Cafeteria und in den Umkleidekabinen der Sportlehrpersonen, Abdichtungen im Geräteraum, Erneuerung der Heizungsrohrleitungen.

Gallia: Erneuerung der Beleuchtung und Auffrischung des Farbanstrichs im Erdgeschoss.

Aussenbereich: Instandsetzung der Pflastersteine bei der Zufahrt Velogarage und Betontreppenbau.

### 4.4 Kollegium Gambach

#### 4.4.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (Schwerpunktfächer Moderne Sprachen, Biologie und Chemie, Wirtschaft und Recht), Vollzeit-Handelsmittelschule mit kaufmännischer Berufsmaturität; zweisprachige Schule

Schüler/-innen: Total 759, 37 Klassen

Lehrpersonen: 106 Lehrpersonen, 66,55 volle Pensen

Rektor: Pierre Marti

Adresse: Weck-Reynold-Allee 9, Freiburg

#### 4.4.2 Schülerinnen und Schüler

##### 4.4.2.1 Schülerzahlen

	Schülerinnen und Schüler		Klassen	
	2012/13	2013/14	2012/13	2013/14
Gymnasium - frz. Abteilung	310	345	15	17
Gymnasium - dt. Abteilung	223	226	10	11
Handelsschule frz. - Diplom	28	0	2	0
Handelsschule frz. - KBM	96	128	4	6
Handelsschule dt. - Diplom	12	0	1	0
Handelsschule dt. - KBM	47	60	2	3
Fachangestellte/r Verwaltung (FAV) frz.+dt.	10	0	1	0
<b>Total</b>	<b>726</b>	<b>759</b>	<b>35</b>	<b>37</b>

Wohnort	2012/13	2013/14
im Kanton Freiburg	722	749
in einem anderen Kanton	2	4

Wohnort	2012/13	2013/14
im Ausland (Austausch)	2	6

#### 4.4.2.2 Aufnahmen

	2012/13	2013/14
ins Gymnasium	176	181
in die Handelsschule und KBM	52	68
in die FAV	10	0
<b>Total</b>	<b>238</b>	<b>249</b>

#### 4.4.2.3 Ausgestellte Diplome

- > **Gymnasiale Maturität:** Im Juni 2013 nahmen 98 Kandidatinnen und Kandidaten am Examen teil, 94 davon haben bestanden.

Schwerpunktfach	frz. Abteilung	dt. Abteilung	zweisprachig	Total
Italienisch	11	4	2	17
Englisch	4	0	0	4
Spanisch	11	12	1	24
Biologie + Chemie	11	0	0	11
Wirtschaft + Recht	17	25	0	42
<b>Total</b>	<b>54</b>	<b>41</b>	<b>3</b>	<b>98</b>

- > **Handelsdiplom.** Von 56 Kandidatinnen und Kandidaten erhielten 47 das Handelsdiplom, 31 aus der französischsprachigen und 16 aus der deutschsprachigen Abteilung.
- > **Kaufmännische Berufsmaturität:** Alle 20 Kandidatinnen und Kandidaten bestanden die Berufsmaturität.
- > **Kantonale Ausbildung Fachangestellte/r für Verwaltung FAV:** Alle 10 Kandidatinnen und Kandidaten erhielten den Ausweis.

#### 4.4.3 Allgemeiner Schulbetrieb

##### 4.4.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Im September 2012 wurden zwei Informationsabende für KBM-Kandidatinnen und -Kandidaten und deren Eltern durchgeführt.

Im Februar und März 2013 wurden Elternabende für die Eltern von Schülerinnen und Schülern beider Abteilungen organisiert.

Im Juni 2013 fanden zwei Informationsabende für die neuen Schülerinnen und Schüler aller Abteilungen statt. Zudem gab es während des Jahres zahlreiche Kontakte zwischen Eltern und der Direktion.

Der Rektor nahm an den Sitzungen der Schulkommission und an den vier Informationssitzungen für die Eltern der OS-Schülerinnen und OS-Schüler teil.

##### 4.4.3.2 Lehrpersonen

14 Lehrpersonen mit einem Teilzeitpensum wurden neu angestellt. Am Ende des Schuljahrs 2012/13 gingen 3 Lehrpersonen in Pension und 4 weitere verliessen die Schule aus unterschiedlichen Gründen.

##### 4.4.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

(Detaillierte Angaben im Schulbulletin):

- > Verschiedene Theateraufführungen, Filme, Konferenzen und Konzerte.
- > Besuche und Ausflüge (Ausstellungen, Unternehmungen, Treffen...)
- > Drei aufeinanderfolgende Polysport- und Skisporttage und verschiedene Wettkämpfe und Turniere.

#### 4.4.3.4 Schüleraustausch

Im April erfolgte ein 10-tägiger Schüleraustausch mit dem Kollegium Harker in San José, Kalifornien. Der Gegenbesuch in Freiburg fand dann im Juni statt.

#### 4.4.3.5 Reform der Handelsmittelschule

Die KBM-Kandidatinnen und -Kandidaten haben ihre Ausbildung in der neuen Handelsmittelschule im September 2011 begonnen. Sie unterschrieben einen Lehrvertrag und absolvieren den Unterricht gemäss der revidierten kaufmännischen Ausbildung, die gemeinsam mit der Handelsmittelschule des Kollegiums des Südens in Bulle organisiert wurde. Die ersten entsprechenden Diplome sollen 2015 nach dem einjährigen Abschlusspraktikum ausgestellt werden.

#### 4.4.4 Gebäude, Umzüge

Im Sommer 2012 wurden die drei neuen Gebäude in Betrieb genommen. Gleichzeitig wurde das alte Hauptgebäude (A) ausgeräumt. Die Direktion, die Verwaltung, das Sekretariat und die Informatikräume wurden provisorisch im neuen Gebäude B eingerichtet, wo sie bleiben werden, bis die Renovierung des alten Hauptgebäudes abgeschlossen ist. Dies sollte Ende 2013 der Fall sein. Gleichzeitig werden auch die Umgebungsarbeiten beendet sein. Die Büros der Administration, die Zimmer für bildnerisches Gestalten und Informatik, die Lehrerzimmer werden im Frühjahr und Sommer 2014 eingerichtet. Die Einweihung des gesamten Schulareals ist für den Schuljahresbeginn 2014 vorgesehen.

### 4.5 Kollegium des Südens

#### 4.5.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: Gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer), Vollzeit-Handelsmittelschule, Fachmittelschule, Fachmaturitäten (FM-PA, FM-GE, FM-SA)

Schüler/-innen: Total 1085

Lehrpersonen: 136 Lehrpersonen (97,68 volle Pensen)

Rektor: François Genoud

Adresse: Rue de Dardens 79, Bulle

#### 4.5.2 Schülerinnen und Schüler

##### 4.5.2.1 Schülerzahlen

	Schülerinnen und Schüler		Klassen	
	2012/13	2013/14	2012/13	2013/14
Gymnasium	681	684	34	33
Handelsschule - Diplom	33	0	7	0
Handelsschule - KBM	71	85	0	6
Abteilung Fachmittelschule (FM)	236	261	12	13
FM-PA	18	17	1	1
FM-GE	25	25	0	0
FM-SA	11	13	0	0
<b>Total</b>	<b>1075</b>	<b>1085</b>	<b>54</b>	<b>53</b>

Infolge ihrer neuen Organisation zählt die Handelsmittelschule eine Klasse weniger. Dies ist zweifellos der Grund, weshalb in der Fachmittelschule mehr Schüler aufgenommen wurden. Im Gymnasium wurde eine Klasse weniger eröffnet. Die Aufnahmekapazität des Gebäudes (750 Schüler/-innen) wird damit deutlich überschritten, was sich nachteilig auf den Stundenplan der Klassen auswirkt.

Wohnort	2012/13	2013/14
im Kanton Freiburg	1070	1081
in einem anderen Kanton	5	4

#### 4.5.2.2 Aufnahmen

	2012/13	2013/14
ins Gymnasium	211	206
in die Handelsschule und KBM	31	31
in die FMS (ohne FM)	102	95
<b>Total</b>	<b>344</b>	<b>332</b>

#### 4.5.2.3 Ausgestellte Diplome

- > **Gymnasiale Maturität:** Im Juli 2013 nahmen insgesamt 140 Kandidatinnen und Kandidaten an den Prüfungen teil; davon haben 135 das Examen bestanden.

Schwerpunktfach	frz. Abteilung	zweisprachig	Total
Latein	2	1	3
Griechisch	2	3	5
Italienisch	7	0	7
Englisch	6	2	8
Spanisch	32	5	37
Physik + Anw. der Math.	5	2	7
Biologie + Chemie	20	9	29
Wirtschaft + Recht	17	7	24
Bildende Kunst	17	0	17
Musik	3	0	3
Total	111	29	140

- > **Handelsdiplom:** Alle 42 Kandidatinnen und Kandidaten erhielten das Diplom.
- > **Kaufmännische Berufsmaturität:** Von 12 Kandidatinnen und Kandidaten bestanden 10 die Berufsmaturität.
- > **Fachmittelschuldiplom:** Von 57 Kandidatinnen und Kandidaten erhielten 52 das Diplom.

#### 4.5.3 Allgemeiner Schulbetrieb

##### 4.5.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

- > Elternabend für die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 1. Klassen im November 2012 und im Februar 2013 für die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 2. und 3. Klassen.
- > Gute Beteiligung der Eltern (Treffen mit der Direktion und den Lehrpersonen).
- > Zahlreiche persönliche Kontakte (Direktion, Lehrkörper) mit den Eltern, bei Problemen jeglicher Art oder bei einer Neuorientierung.
- > Anfang Dezember 2012: Informationsabend für die Eltern künftiger Schüler/-innen: Vorstellung der verschiedenen Bildungswege (HS, FMS, Gymnasium).

##### 4.5.3.2 Lehrpersonen

7 Lehrpersonen wurden neu eingestellt, die meisten für weniger als 10 Wochenstunden. Eine Lehrperson trat in den Ruhestand.

##### 4.5.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Die verschiedenen Veranstaltungen des Kollegiums sind aufgezeichnet in den «*Annales 2012-2013*» (Zeitung des Kollegiums des Südens) sowie auf der Internetseite: [www.collegedusud.ch](http://www.collegedusud.ch).

#### 4.5.3.4 Schüleraustausch

22 Schüler/-innen haben im Schuljahr 2012/13 an einem Austausch teilgenommen. 14 Schüler/-innen wählten einen Jahresaufenthalt (Deutschland, USA, Australien, Kanada und Neuseeland), 2 einen 3- bis 6-monatigen Aufenthalt und 2 einen Kurzaufenthalt. 1 Schüler verbrachte ein Semester an der Kantonsschule Rychenberg in Winterthur, der Partnerschule des Kollegiums des Südens. Andere Austausche mit Deutschschweizer Kantonsschulen (Wil SG, Rychenberg, Köniz-Lebermatt, Oberwil BL) oder deutschen Schulen (St. Ursula-Schule, Stiftung Tirschenreuth-Bayern) können – auf Wunsch der Schüler/-innen – individuell organisiert werden.

Das Kollegium nahm seinerseits im Schuljahr 2012/13 12 Gasthörer auf, davon 8 für die Dauer eines Jahres und 4 für einen kürzeren Aufenthalt. Die meisten davon sind durch den Rotary-Club und die Organisationen AFS und YFU vermittelt worden.

#### 4.5.3.5 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Zu Schulbeginn 2013 besuchten 205 Schüler/-innen das zweisprachige Programm. Die in deutscher Sprache unterrichteten Fächer sind: Einführung in Wirtschaft und Recht, Biologie, Physik, Geschichte und Mathematik. Schüler/-innen, die dieses Programm absolvieren, erhalten am Schluss die zweisprachige Maturität nach MAR-Anforderungen.

#### 4.5.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Die Baukommission hielt bisher 3 Sitzungen ab. Die Mitglieder der Subkommission trafen sich ihrerseits zu 14 Sitzungen. Hinzu kommen zahlreiche Begegnungen zwischen den Architekten und den betroffenen Nutzern (Lehrerkommission und Lehrervertreter für Spezial-Klassenzimmer). Die Baubewilligung wurde am 7. Oktober 2013 erteilt. Mit den Erweiterungsarbeiten soll am 20. Januar 2014 begonnen werden.

### 4.6 Fachmittelschule Freiburg - FMSF

#### 4.6.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: Fachmittelschule (Bereiche Gesundheit und Soziales-Pädagogik)

Schülerbestand: Total 970

Lehrpersonen: 98 Lehrpersonen (69,3 volle Pensen)

Direktor: Claude Vauthey

Adresse: Moléson-Allee 17, Freiburg

#### 4.6.2 Schülerinnen und Schüler

##### 4.6.2.1 Schülerzahlen

		Schülerinnen und Schüler		Klassen	
		2012/13	2013/14	2012/13	2013/14
französischsprachige Abteilung	1. Jahr	187	209	9	9
	2. Jahr	192	180	8	8
	3. Jahr	192	183	8	8
	4. Jahr FM-PA <sup>1)</sup>	48	63	2	3
	4. Jahr FM-GE <sup>2)</sup>	68	77	0	0
	4. Jahr FM-SA <sup>3)</sup>	43	49	0	0
deutschsprachige Abteilung	1. Jahr	60	63	3	3
	2. Jahr	39	61	2	3
	3. Jahr	52	36	2	2
	4. Jahr FM-PA <sup>1)</sup>	19	19	1	1

	Schülerinnen und Schüler		Klassen	
4. Jahr FM-GE <sup>2)</sup>	13	19	0	0
4. Jahr FM-SA <sup>3)</sup>	14	11	0	0
<b>Total</b>	<b>927</b>	<b>970</b>	<b>35</b>	<b>37</b>

<sup>1)</sup> Fachmaturität Pädagogik, Schüler/-innen unter Verantwortung der FMSF, Kurse an der Schule

<sup>2)</sup> Fachmaturität Gesundheit, Schüler/-innen unter Verantwortung der FMSF, Kurse an der HEdS-FR.

<sup>3)</sup> Fachmaturität Soziale Arbeit, Schüler/-innen unter Verantwortung der FMSF, Praktika in Institutionen.

Wohnort	2012/13	2013/14
im Kanton Freiburg	914	948
in einem anderen Kanton	13	22

#### 4.6.2.2 Aufnahmen

	2012/13	2013/14
in die französischsprachige Abteilung	204	225
in die deutschsprachige Abteilung	73	66
<b>Total</b>	<b>277</b>	<b>291</b>

#### 4.6.2.3 Ausgestellte Diplome

	Anzahl Kandidierende	Anzahl Erfolge
französischsprachige Abteilung	177	166
deutschsprachige Abteilung	45	45
Fachmaturität Pädagogik, frz. Abt.	40	18
Fachmaturität Pädagogik, dt. Abt.	17	15
Fachmaturität Gesundheit, frz. Abt.	64	53
Fachmaturität Gesundheit, dt. Abt.	13	11
Fachmaturität Soziale Arbeit, frz. Abt.	40	34
Fachmaturität Soziale Arbeit, dt. Abt.	12	10

#### 4.6.3 Allgemeiner Schulbetrieb

##### 4.6.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

- > zehn Elternabende mit den Lehrpersonen und den Schülern/-innen;
- > vier Informationsabende über die eingeführten Fachmaturitäten;
- > zwei Informationsabende für die neuen Schüler/-innen und ihre Eltern;
- > zwei Informationsabende für die Schüler/-innen des 3. OS-Jahres und ihre Eltern;

Die Schulkommission hielt drei Sitzungen ab. Zudem trafen sich der Schulkommissionspräsident und der Direktor siebenmal.

##### 4.6.3.2 Lehrpersonen

8 Lehrpersonen wurden neu angestellt, davon 4 für mindestens 12 Wochenstunden. 4 Lehrpersonen haben die Schule am Ende des Schuljahres verlassen.

##### 4.6.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

(Detaillierte Angaben im Schulbulletin):

- > Verschiedene Film- und Theaterveranstaltungen, Konzerte und Vorträge
- > Diverse Ausflüge (Museen, Ausstellungen, Naturwanderungen...)

- > Verschiedene Anlässe, die mit dem liturgischen Kalender zusammenhängen: Heimbefuche, Befuche in Gesundheitszentren an Advent, Befinnungstage auf dem Simplon.
- > Volleyballturnier, Match zwischen Lehrerschaft und Schüler/-innen, Collégiades, Wintersportlager und Sporttage.

#### 4.6.3.4 Besondere Ereignisse

Während der Informationswoche «Gesundheit-Soziales, Information und Berufsorientierung» wurden 55 Veranstaltungen (Vorträge und Informationen) mit Workshops zu den weiterführenden Schulen und Ausbildungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Pädagogik durchgeführt.

Im Frühling 2013 feierte die FMSF ihr 40-jähriges Jubiläum. Das für diesen Anlass beim Dramaturgen Michel Beretti in Auftrag gegebene Theaterstück «Lumières» wurde aufgeführt. 120 Schüler/-innen beteiligten sich als Schauspieler, Musiker, Sänger und Tänzer. Das Stück wurde von Yann Pugin inszeniert und von mehr als 3500 Zuschauern besucht. Während der thematischen Woche konnten sich die Schüler/-innen mit historisch bedeutenden Persönlichkeiten aus dem Jahrhundert der Aufklärung auseinandersetzen.

#### 4.6.3.5 Schüleraustausch

Am Programm «Tandem» nahmen 52 Schüler/-innen teil: 28 französisch- und 24 deutschsprachige, aufgeteilt in 9 Gruppen.

Eine 2. und eine 3. Klasse aus beiden Sprachabteilungen pflegten einen internen Austausch im Rahmen eines gemeinsamen zweisprachigen Unterrichts.

Zwischen dem Gymnasium Seeland in Biel und 2 ersten Klassen aus der französischsprachigen Abteilung konnte ein Sprachaustausch (brieflich, telefonisch sowie Treffen) realisiert werden. Zudem fand ein Austausch für 2 zweite französischsprachige Klassen mit der FMS Sursee sowie mit der Kantonsschule Schaffhausen statt.

2 zweite Klassen pflegten einen Briefwechsel mit einer Klasse der Regan High School in North Carolina (Valerie Berryer-Long).

Die deutschsprachigen Schüler/-innen der dritten Klasse mit der Option «English Conversation» nahmen an einer 5-tägigen Studienreise nach Schottland teil.

30 Schüler/-innen absolvierten in verschiedenen Ländern Europas und Amerikas einen Sprachaustausch von 3 Wochen bis zu 1 Jahr.

Im laufenden Schuljahr (2013/14) wurde ein zweisprachiger Zertifikatsabschluss aufgelegt. Bestimmte Klassen wurden in den Fächern Mathematik, Anatomie (Menschenkunde) und Geschichte entsprechend kombiniert.

Die Partnerschaft mit dem «Lycée provincial de Banfora» in Burkina Faso, mit Schwerpunkt Nord-Süd-Dialog, humanitäre Hilfe und pädagogischem Austausch, wurde weitergeführt und eine Reise für einige Schüler/-innen und Lehrer organisiert.

#### 4.6.3.6 Programme, Ausbildung

Im April 2013 wurde eine Anhörung im Rahmen des Qualitätsmanagements der FMSF mit Erfolg abgeschlossen. Die ISO-9001-Zertifizierung wurde bestätigt.

#### 4.6.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Verschiedene Unterhalts- und Wartungsarbeiten wurden ausgeführt (Bodenpolitur in der Eingangshalle des Gebäudes A, Ersetzen von Geräten). Das Problem des bereits seit einigen Jahren einsickernden Wassers in die Sporthalle 3, in die Toilette des Erdgeschosses sowie in den Stauraum des Theatersaals konnte trotz zahlreicher Abklärungen nicht behoben werden.

Pulte, Stühle und Schränke für die Büros der Abteilungsleiter und die Direktion wurden geliefert. Einrichtung eines Salat-Bufferfs und Zubehör sowie einer neuen Kühlvitrine für Getränke und hausgemachte Snacks.

Während der Ferien fand im Gebäude A ein Einbruch statt. Die Glastür im Untergeschoss zwischen dem Gebäude A und dem Gebäude B, der Eingangsbereich des Haupteingangs A und B auf der Südseite, der Schalter des Sekretariats sowie die Münztruhe des Getränkeautomaten mussten repariert oder ersetzt werden.

## 4.7 Interkantonales Gymnasium der Region Broye

### 4.7.1 Die Schule in Kürze

Die Besonderheit des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye besteht darin, dass es sowohl Schülerinnen und Schüler aus der Freiburger Broye als auch aus der Waadtländer Broye aufnimmt.

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer), Vollzeit-Handelsmittelschule mit Berufsmaturität nach Erwerb des EFZ, Fachmittelschule, Fachmaturität

Schüler/-innen: Total 1016

Lehrpersonen: 110 Lehrpersonen (82,2 volle Pensen)

Direktor: Thierry Maire

Adresse: Rue du Gymnase 1, Payerne

### 4.7.2 Schülerinnen und Schüler

#### 4.7.2.1 Schülerzahlen

	2012/13		2013/2014		Klassen	
	FR	VD	FR	VD	2012/13	2013/14
1. Jahr Maturität	117	25	115	17	6	6
2. Jahr Maturität	101	102	102	87	8	8
3. Jahr Maturität	96	65	99	77	7	7
4. Jahr Maturität	81	71	88	58	7	7
1. Jahr FMS (*)	46	71	58	59	6	6
2. Jahr FMS (*)	38	47	42	56	4	4
3. Jahr FMS (*)	45	52	39	40	4	4
Kaufmännische Berufsmaturität	24	12	7	15	1	1
Fachmaturität	20	37	23	32	3	3
<b>Total</b>	<b>568</b>	<b>482</b>	<b>573</b>	<b>441</b>	<b>46</b>	<b>46</b>

(\*) FMS = Fachmittelschule (Bereiche Gesundheit und Sozialpädagogik) und Handelsschule.

2 ausserkantonale Schüler (Fussballschule des Schweizerischen Fussballvereins in Payerne) besuchen ebenfalls das GYB. Einer davon ist im zweiten Gymnasialjahr, der andere in der ersten Klasse der FMS.

Die Frauen machen 62,7 % des gesamten Schülerbestands aus, die Männer 37,3.

#### 4.7.2.2 Ausgestellte Diplome

Am Ende des Schuljahrs 2012/13 wurden am GYB folgende Ausweise ausgehändigt:

	Anzahl Kandidierende	Anzahl Erfolge
Gymnasiale Maturität	150	143
Fachmittelschulenausweis	60	50
Handelsdiplom (*)	2	2
Kaufmännische Berufsmaturität	40	40
Fachmaturität	47	35

(\*) Infolge der Reform der Handelsmittelschulen auf nationaler Ebene stellte das GYB zum letzten Mal Handelsdiplome aus.

### 4.7.3 Allgemeiner Schulbetrieb

#### 4.7.3.1 Interkantonale Organe

Der Aufsichtsrat des GYB ist für die Oberaufsicht der Schule und einen guten Schulbetrieb verantwortlich. Der waadtländische Staatsrat ernannte infolge eines altersbedingten Rücktritts ein neues Mitglied. Im Jahr 2013 hatte die Freiburger Staatsrätin Isabelle Chassot das Präsidium inne. Unter ihrer Leitung wurden zwei Sitzungen abgehalten.

Die interparlamentarische Aufsichtskommission besteht aus sieben Waadtländer und sieben Freiburger Grossratsmitgliedern. Im Jahre 2013 wurde sie von der Freiburger Grossrätin Elian Collaud präsiert. Der Bericht der interparlamentarischen Aufsichtskommission gibt Auskunft über die im Rahmen ihrer Aufsichtspflicht über die Institution behandelten Themen.

Die beratende Kommission setzt sich zusammen aus Vertretern der lokalen Behörden, Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern sowie Lehrpersonen. Ihre 12 Mitglieder wurden vom Aufsichtsrat des GYB bestimmt. Sie versammelte sich zweimal unter dem Präsidium von Jean-Edouard Buchter. Er schied im Juli 2013 aus Altersgründen aus. Der Aufsichtsrat ernannte im August Herrn Charly Haenni zum neuen Präsidenten. Er präsierte eine Sitzung.

#### 4.7.3.2 Lehrpersonen

Die Zahl der angestellten Lehrpersonen und die Verwaltungsstellen bleiben praktisch unverändert.

#### 4.7.3.3 Besondere Ereignisse und Anlässe

Das *Yearbook* des GYB berichtet unter anderem über die traditionellen kulturellen Anlässe und Ereignisse während des Schuljahres.

#### 4.7.3.4 Zweisprachigkeit

Zum Schuljahresbeginn 2013 zählte die zweisprachige Abteilung 187 Schüler/-innen (Maturitätsschule: 168, Handels- und Fachmittelschule: 19).

## 5 Amt für Universitätsfragen (UFA)

Amtsvorsteherin: **Barbara Vauthey Widmer**

---

### 5.1 Tätigkeit

#### 5.1.1 Universität

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK), der die Direktorin/der Direktor für Erziehung, Kultur und Sport als Mitglied angehört, hielt vier Sitzungen ab und fasste dreimal Beschlüsse auf dem Zirkularweg. Die Jahrestagung der SUK, an der Vertreterinnen und Vertreter aller für die Hochschulen zuständigen Bundesstellen und interkantonalen Gremien teilnahmen, fand am 31. Januar und 1. Februar in Zürich statt. Der erste Teil dieser Jahrestagung war der Diskussion mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann zur Zukunft der Hochschullandschaft in der Schweiz gewidmet, im zweiten Teil folgten Überlegungen zur Autonomie der Hochschulen. Am 26. September führten die SUK und der Schweizerische Fachhochschulrat eine gemeinsame Sitzung durch, sozusagen als Vorwegnahme der künftigen Schweizerische Hochschulkonferenz, wie sie mit dem Bundesgesetz vom 30. September 2011 über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) eingeführt wird, das 2015 in Kraft treten soll. Der Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektor wird in dieser Hochschulkonferenz den Kanton Freiburg vertreten. Diese gemeinsame Sitzung war den Vorbereitungen für die gesamtschweizerische hochschulpolitische Koordination im Hinblick auf die Beitragsperiode 2017–2020 gewidmet.

---

Die Vorsteherin des Amtes für Universitätsfragen ist Mitglied der Konferenz der Dienstchefs der SUK (fünf Sitzungen) und wirkt in der Arbeitsgruppe zur Finanzierung der Hochschulen mit.

Der Rat der Stiftung für Forschung und Entwicklung der Mehrsprachigkeit, präsiert von der Direktorin/vom Direktor für Erziehung, Kultur und Sport, traf sich zweimal, um die Rechnung und den Voranschlag des Instituts für Mehrsprachigkeit zu genehmigen sowie ein neues Mitglied und den Präsidenten zu wählen. Im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) vom 20. Februar 1997 erhielt der Kanton Freiburg im Jahr 2013 58 623 347 Franken für die an der Universität Freiburg immatrikulierten ausserkantonalen Studierenden und bezahlte seinerseits 19 378 930 Franken für Freiburger Studierende an anderen Schweizer Universitäten. Unter dem Strich hat der Kanton damit 39 244 417 Franken (2012: 37 786 454 Franken) eingenommen.

### 5.1.2 Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Die PH-Kommission traf sich viermal, um den Voranschlag, den Finanzplan und die Jahresrechnung der Hochschule sowie den Gesetzesentwurf für die PH zu beraten. Sie befasste sich auch mit der Strategie der Hochschule für 2013/14 und mit der Einführung des neuen Grundausbildungsgangs. Sie prüfte den Auftrag zur institutionellen Analyse der PH und genehmigte diesen. Nach der in den Jahren 2011 und 2012 durchgeführten Befragung unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der PH wurde beschlossen, gewisse Aspekte im Zusammenhang mit der Führung und dem Betrieb der Hochschule zu prüfen. Nach dem Weggang der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport wird die Kommission ad interim vom Vizepräsidenten und Grossrat Raoul Girard geleitet.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin ist Mitglied der interfakultären Kommission für die universitäre Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Diese Kommission befasste sich mit der Anstellung von Lehr- und Forschungsrätinnen und -räten und Didaktikerinnen und Didaktikern sowie mit der Bezeichnung verschiedener Unterrichtsbereiche gemäss den Empfehlungen der EDK. Gestützt auf die Auswertung des Auswahlverfahrens schlug die Kommission zudem wiederum vor, eine Verordnung über Zulassungsbeschränkungen zum Lehrdiplom für die Sekundarstufe 2 (Lehrdiplom für Maturitätsschulen) zu erlassen.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin nimmt an den Sitzungen der von der Direktion organisierten Konferenz der Amtsvorsteher für Unterricht teil.

### 5.1.3 Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit, Soziales und Musik

Nach dem Inkrafttreten der neuen interkantonalen Vereinbarung der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) am 1. Januar 2013 hat der Kanton Freiburg nur noch einen einzigen Sitz im Regierungsausschuss (bisher: strategischer Ausschuss). Der Staatsrat hat beschlossen, die Fachhochschulen in den Bereichen Gesundheit und Soziales der Volkswirtschaftsdirektion (VWD) zu unterstellen und so die Verantwortung für sämtliche Freiburger Hochschulen auf Fachhochschulstufe einer einzigen Direktion zu übertragen. Folglich hat der Volkswirtschaftsdirektor am 8. März die neue Vereinbarung unterzeichnet und an den Sitzungen des Regierungsausschusses teilgenommen. Im Bereich der Musik bilden die Berufsklassen des Konservatoriums den Standort Freiburg der Musikhochschule Waadt Wallis Freiburg (HEMU Vaud Valais Fribourg). Dieser Bereich bleibt weiterhin der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport unterstellt.

Da die EKSD bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die HES-SO//FR, das derzeit im Grossen Rat beraten wird, weiterhin für die Fachhochschulen der Bereiche Gesundheit und Soziales zuständig ist, haben die beiden Direktionen EKSD und VWD die Sitzungen des Regierungsausschusses gemeinsam vorbereitet.

Die Freiburger Hochschulen für Ausbildungsgänge in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Musik werden durch den Generaldirektor der Freiburger Hochschule für Technik und Wirtschaft (FHF-TW) im Leitungsausschuss der HES-SO/FH Westschweiz vertreten. Die beiden Direktionen (EKSD und VWD) und die Freiburger Fachhochschulen sowie der Generaldirektor der Freiburger Hochschule für Technik und Wirtschaft und die stellvertretende Amtsvorsteherin des Amtes für Universitätsfragen pflegen eine enge Zusammenarbeit.

Die Direktorin/der Direktor und die Mitarbeiterinnen des Amtes standen zudem regelmässig in Kontakt mit der Direktorin der Hochschule für Gesundheit Freiburg und dem Direktor der Fachhochschule Freiburg für Soziale

Arbeit und unterstützten diese bei der administrativen Leitung ihrer Schulen, namentlich in finanziellen, personellen und juristischen Belangen.

## 5.2 Besondere Ereignisse

### 5.2.1 Universität

Der Entwurf für die Teilrevision des Universitätsgesetzes wurde anhand der Vernehmlassungsergebnisse überarbeitet und am 1. Oktober 2013 mit der dazugehörigen Botschaft dem Grossen Rat überwiesen.

Das Amt betreut mehrere Immobilienprojekte: Umbau der ehemaligen Klinik Garcia für das Adolphe Merkle Institut, das umgebaute Gebäude soll 2014 bezugsbereit sein; Studien zum geplanten Bau eines Gebäudes für die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg auf dem Gelände des Thierryturms in Freiburg, für den der Grosse Rat am 10. Oktober einen Planungskredit und einen Kredit für den Landerwerb von der Stiftung Le Tremplin gewährte, das entsprechende Dekret wurde am 26. November promulgiert; das Gesuch um einen Verpflichtungskredit für den Bau eines temporären Modulgebäudes für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg wurde mit einer entsprechenden Botschaft am 7. Oktober dem Grossen Rat überwiesen.

Im Rahmen des Engagements für die Innovationsförderung und den Wissenstransfer sitzt die Amtsvorsteherin im Verwaltungsrat des Innovationsfonds und ist zudem an verschiedenen Arbeiten für das Projekt blueFactory beteiligt.

### 5.2.2 Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Der Entwurf zur Teilrevision des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule (PHG) befand sich bis zum 31. Oktober in Vernehmlassung. Die Ergebnisse werden derzeit gesichtet und ausgewertet. Das Amt arbeitet weiterhin an den gesetzlichen Grundlagen und am Studienreglement.

Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport hat Einsicht genommen in den Evaluationsbericht über die Ansprechpersonen für Medien sowie Informations- und Kommunikationstechnologien in den Schulen. Sie führt die Überlegungen zu den verschiedenen Szenarien für die Umsetzung der Ergebnisse dieses Mandats weiter und wird zudem eine Strategie für den Einsatz der IKT im Unterricht und die künftige Struktur der Fachstelle fri-tic festlegen.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin beteiligte sich am Aufbau eines Studienbereichs «Musik» für das Lehrdiplom für die Sekundarstufe an der Universität, dies in Zusammenarbeit mit der HEP-PH FR und dem Konservatorium.

Sie nimmt zudem jeweils an den Sitzungen der Begleitgruppe des Projekts SKORE teil, mit dem die Beiträge der ausserkantonalen Studierenden an den pädagogischen Hochschulen auf der Grundlage einheitlicher und koordinierter Statistiken festgelegt werden soll. Die Projektgruppe besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Kantone. Die Projekt- und Begleitgruppen SKORE haben ihre Aufgaben erfüllt; die COHEP hat das Projekt wurde im November angenommen und die Umsetzung in den PH soll ab Januar 2014 beginnen.

### 5.2.3 Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit, Soziales und Musik

Mit dem Gesetz über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (HES-SO//FRG) sollen die vier Freiburger Bildungsstätten, die Ausbildungen auf Fachhochschulstufe anbieten, einen gemeinsamen Rechtsrahmen erhalten. Die Hochschule soll mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet und einer einzigen Direktion unterstellt werden. Der Staatsrat hat den Entwurf für dieses Gesetz am 17. September angenommen und dem Grossen Rat überwiesen (siehe Kapitel VWD). Die VWD wird das von ihr und der EKSD gemeinsam erarbeitete Projekt dem Grossen Rat präsentieren.

Für den geplanten Bau eines neuen Gebäudes für die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) und die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) am Standort des ehemaligen Zeughauses in Freiburg erarbeitete eine Planungsgruppe – bestehend aus Architekten des Siegerprojektes, der Direktorin und dem Direktor der betreffenden Hochschulen, dem Generaldirektor der HES-SO und der stellvertretenden Amtsvorsteherin – unter der Leitung des Kantonsarchitekten ein detailliertes Projekt. Gestützt darauf wurde dem Grossen Rat ein Dekret über einen Verpflichtungskredit unterbreitet. Der Grosse Rat hat den beantragten Kredit von 44,573 Mio. Franken am 12. September einstimmig genehmigt. Da dieser Verpflichtungskredit die für das obligatorische Finanzreferendum festgelegte Limite übersteigt, wird das Volk am 9. Februar 2014 darüber abstimmen. Die stellvertretende

Amtsvorsteherin hat diese Arbeiten koordiniert, das entsprechende Gesuch um Bundesbeiträge vorbereitet und zusammen mit den betroffenen Schulen für die Vorbereitung der Volksabstimmung gesorgt.

Das Projekt für die Eröffnung eines Studiengangs in Osteopathie an der Hochschule für Gesundheit Freiburg wurde den verschiedenen Instanzen der Fachhochschule Westschweiz HES-SO unterbreitet. Nach dem positiven Entscheid des Regierungsausschusses am 19. September reichte die HES-SO beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation ein Gesuch um Genehmigung des neuen Studiengangs ein. Der Entscheid des Bundes wird auf Anfang 2014 erwartet; sollte er positiv ausfallen, können die ersten Studierenden dieses Studiengangs ihr Studium im Herbst 2014 aufnehmen.

## 6 Universität

Das gegenwärtige Rektorat besteht aus Guido Vergauwen (Rektor), Alexandra Rumo-Jungo, Thomas Hunkeler, Titus Jenny und Jacques Pasquier.

### 6.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 6.1.1 Studierende

		Herbst 2011		Herbst 2012		Herbst 2013	
<b>Total</b>		<b>9678</b>	<b>100,0 %</b>	<b>9916</b>	<b>100,0 %</b>	<b>10165</b>	<b>100,0 %</b>
a)	Studierende nach Herkunft						
	Freiburg	2335	24,1 %	2366	23,9 %	2418	23,8 %
	Andere Kantone	5640	58,3 %	5796	58,5 %	6011	59,1 %
	Ausland	1703	17,6 %	1754	17,7 %	1736	17,1 %
b)	Studierende nach Fakultät						
	Theologie	316	3,3 %	329	3,3 %	338	3,3 %
	Rechtswissenschaft	1553	16,1 %	1580	15,9 %	1633	16,1 %
	Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	1800	18,6 %	1811	18,3 %	1830	18,0 %
	Philosoph. Fakultät	4129	42,7 %	4239	42,8 %	4368	43,0 %
	Math. Naturw. a) Naturwissensch.	1488	15,4 %	1540	15,5 %	1597	15,7 %
	<b>b) Medizin</b>	<b>392</b>	<b>4,1 %</b>	<b>417</b>	<b>4,2 %</b>	<b>399</b>	<b>3,9 %</b>

Aus der Analyse der Entwicklung der Studierendenzahlen ergeben sich folgende Feststellungen:

- Der Gesamtbestand der Studierenden nahm um 2,5 % oder 249 Personen zu.
- Betrachtet man die Herkunft der Studierenden, so hat die Anzahl der Studierenden mit Wohnsitz in Freiburg um 52 Personen oder 2,2 % zugenommen und diejenige der Studierenden aus den übrigen Schweizer Kantonen um 215 Personen oder 3,7 %. Das Total der Studierenden aus dem Ausland verringerte sich um 18 Personen oder 1%.
- Bei der Verteilung auf die Fakultäten ist für alle Fakultäten ein Wachstum der Anzahl Eingeschriebener zu verzeichnen: In der Theologie beträgt die Zunahme 2,7 %, in der Rechtswissenschaft 3,4 %, in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 1,1 %, in der Philosophischen Fakultät 3% und in den Naturwissenschaften einschliesslich Medizin 2 %.
- Die Anzahl neu eingeschriebener Studierender ist gegenüber 2012 um 2,1 % gestiegen. Diese Zunahme ist auf eine Zunahme der Neueinschreibungen aus der Schweiz zurückzuführen, die Neuanmeldungen aus dem Kanton

Freiburg nahmen um 4,4 % zu. Hingegen ging die Zahl der Neueinschreibungen aus dem Ausland um 8,1 % zurück.

- e) Nach Fakultäten betrachtet kommen 43 Neueingeschriebene auf die Theologische Fakultät (-4,5 %), 356 auf die Rechtswissenschaftlichen Fakultät (+5 %), 385 auf die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (+2,9 %), 808 auf die Philosophischen Fakultät (+ 0,8 %) und 471 auf die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät, einschliesslich Medizin (+ 2,2 %). In allen fünf Fakultäten ist demnach die Anzahl Neueinschreibungen verglichen mit 2012 gestiegen.
- f) Die Studentinnen machen 58,6 % der Gesamtzahl der Studierenden und 61,8 % der Neueinschreibungen aus. Im Herbstsemester 2013 liegt der Anteil Studentinnen in allen Fakultäten über 50 %, ausser in der Theologie mit 23,3 % Frauen. In der Rechtswissenschaftlichen Fakultät betrug der Anteil der Studentinnen 60,4 %, in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät 51,4 %, in der Philosophischen Fakultät 73 % und in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät 53,9 %. An der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät sind Frauen in der Medizin mit 63,5% der Neueinschreibungen deutlich in der Mehrheit.
- g) Von den zahlreichen Absolventinnen und Absolventen von Weiterbildungskursen der Universität ist die Anzahl Personen, die für ein Weiterbildungsprogramm von mindestens 60 Kreditpunkten eingeschrieben sind, von 194 im Jahr 2012 auf 202 im 2013 angestiegen.

### 6.1.2 Zentrale Organe

Der Senat der Universität hielt vier ordentliche Sitzungen und eine Reflexionssitzung ab. Er beriet und genehmigte insbesondere ein neues Rahmenreglement über die Qualitätssicherung und ein Reglement über die Qualitätssicherung und -entwicklung in Lehre und Studium. Darüber hinaus hat er die Vorschriften über die neue visuelle Identität der Universität erlassen. Die Reflexionssitzung vom 13. Mai war den Qualitätssicherungsstrategie, den finanziellen Zukunftsperspektiven und der Entwicklung der Universitätsgebäude gewidmet.

Der Hochschulrat, ein beratendes Organ des Staatsrats, versammelte sich vier Mal.

### 6.1.3 Professorenschaft

In folgenden Bereichen wurden ordentliche Professuren besetzt:

- > in der Philosophischen Fakultät: Kognitive Psychologie;
- > in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät: Buchhaltungs- und Finanzanalyse; Betriebswirtschaft; Marketing;
- > in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät: Mikrobiologie.

In folgenden Bereichen wurden assoziierte Professuren besetzt:

- > in der Theologischen Fakultät: Neues Testament, Pastoraltheologie;
- > in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät: Verwaltungsrecht;
- > in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät: Empirische Kommunikation, Kommunikationswissenschaft, Staatsfinanzen, Mediensysteme und Medienstrukturen;
- > in der Philosophischen Fakultät: Allgemeine Didaktik auf pädagogisch-psychologischer Grundlage, Philosophie, Soziologie der Religionen, Zeitgenössische Kunstgeschichte, Erziehungswissenschaft;
- > in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät: Bioinformatik, Chemie, Polymerchemie, Humangeographie, Paläontologie, Sedimentologie.

Ein Professor für Altes Testament und ein Professor in Sport- und Bewegungswissenschaften, wurden von assoziierten zu ordentlichen Professoren befördert. Auf die im Jahr 2013 besetzten ordentlichen Professuren wurden 5 Männer berufen; bei den 18 assoziierten Professuren sind es 6 Frauen und 12 Männer.

An 16 Mitglieder des Lehrkörpers wurde eine Titularprofessur verliehen: 3 Lehrbeauftragten der Rechtswissenschaften Fakultät; 1 Lehrbeauftragt der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Fakultät; 1 assoziierte Professor, 1 Lehr- und Forschungsrat und 10 Lehrbeauftragten der Math.-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

---

Das Durchschnittsalter der Professorinnen und Professoren beträgt 50 Jahre und 7,1 Monate; 47 Jahre und 7,3 Monate bei den assoziierten und 52 Jahre und 9,6 Monate bei den ordentlichen Professorinnen und Professoren.

#### 6.1.4 Studienorganisation

Der Staatsrat hat die Verordnung über die Aufnahmekapazität und den Eignungstest für die Studiengänge der Human- und Zahnmedizin an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2013/14, die Verordnung über die Zulassung ausländischer Kandidatinnen und Kandidaten zum Medizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2014/15 und die Verordnung über die Beschränkung der Studienplätze 2014/15 für den Studiengang des Bachelor of Science in Sport- und Bewegungswissenschaften an der Universität Freiburg erneuert.

Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport hat eine Statutenänderung und fünf Reglementsänderungen ratifiziert.

### 6.2 Besondere Ereignisse

Die Universität hat zwei wichtige Vorhaben zu ihrer Sichtbarkeit und zum Profil ihres Angebots abgeschlossen. Sie erneuerte ihre visuelle Identität, die am dem 15. Oktober in Kraft trat, wobei eine Übergangsperiode bis zum 15. Februar 2014 festgelegt wurde. Zudem hat sie die gesamte Präsentation ihres Studienangebots erneuert, namentlich mit der Schaffung eines neuen Internetportals, das ganz auf die Informationsbedürfnisse des Zielpublikums ausgerichtet ist. Am 17. November wurde der Universität der Nationale Forschungsschwerpunkt «Center for Bio-Inspired Stimuli-Responsive Materials» zugesprochen; dieser wird seine Aktivität im 2014 aufnehmen und zwar getragen vom Adolphe Merkle Institut und von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Das ganze Jahr über organisierte die Rechtswissenschaftliche Fakultät eine Reihe von Veranstaltungen aus Anlass der 250 Jahre seit der Gründung ihres Vorläufers, der Freiburger Rechtsschule.

Zahlreiche Angehörige der Professorenschaft und weitere Angehörige der Universität erhielten Preise und Auszeichnungen für ihre Forschungen, Publikationen und wissenschaftlichen Aktivitäten. Sie trugen damit zur internationalen Ausstrahlung der Alma mater bei.

## 7 Pädagogische Hochschule

Rektorin: **Pascale Marro**

---

### 7.1 Tätigkeit

#### 7.1.1 Grundausbildung

Aktuell zählt die Grundausbildung der HEP-PH FR 521 Studierende in folgenden Fachbereichen:

- > Ausbildung Vorschulstufe und Primarschule: 445 Studierende (270 im französischsprachigen Bereich, 96 im deutschsprachigen Bereich und 79 im Bereich «Zweisprachiges Diplom»). 114 Studierende kommen aus anderen Schweizer Kantonen und 47 aus dem Ausland (hauptsächlich Luxemburg).
- > Ausbildung LDS I im Rahmen der besonderen Vereinbarung mit der Universität Freiburg (Lehrdiplom für die Sekundarstufe I): 76 Studierende (46 im Fachbereich Hauswirtschaft, 9 im Fachbereich Bildnerisches Gestalten und 21 im Fachbereich Technisches Gestalten).

Am 26. November fand in Düdingen die Übergabe der Diplome und Abschlusszertifikate statt. 93 Lehrdiplome für die Vorschul- und Primarstufe mit dem akademischen Grad Bachelor of Arts in Pre-Primary and Primary Education wurden verliehen: 71 französischsprachige, 16 deutschsprachige und 6 zweisprachige Diplome. Ebenso wurden vier LDS-I-Zertifikate für die Zusatzausbildung Technisches Gestalten und ein LDS-I-Zertifikat für die Zusatzausbildung Hauswirtschaft (PIRACEF) übergeben.

Das Studienjahr 2013/14 steht im Zeichen eines neuen Studienplans, der besser auf die Anforderungen an eine akademische und berufliche Ausbildung abgestimmt ist. Dieser neue Studienplan legt den Fokus verstärkt auf die

allgemeine Seite des Berufes. Er festigt die Verbindungen mit der beruflichen Bildung (Praktika) und fördert den Aufbau einer gemeinsamen Studienkultur für den Primarschulunterricht. Die Praktikumsleiterinnen und -leiter sind Schlüsselpersonen für die Ausbildung und werden nunmehr in ihrer Rolle als professionelle Lehrkräfte in Kindergarten- und Primarklassen voll und ganz anerkannt. Die Bildungsbereiche wurden neu gewichtet, um den EDK-Empfehlungen, den Bologna-Anforderungen und dem Westschweizer Lehrplan (PER) Rechnung zu tragen. Der Fachbereich Mathematik- und Wissenschaftsdidaktik erhält in diesem Zusammenhang mehr Kreditpunkte. Das Curriculum entspricht überdies den Anforderungen, denen sich die pädagogischen Hochschulen der Westschweiz und das Institut für die Ausbildung von Lehrpersonen der Universität Genf gemeinsam gestellt haben, um den HarmoS-Vereinbarungen und dem PER gerecht zu werden. Der neue Studiengang wurde von der EKSD verabschiedet und ist zum Studienjahr 2013/14 für Studierende im ersten Jahr in Kraft getreten. Zuvor hatte er bei einer Konsultation der betroffenen Partnerstrukturen, insbesondere der einzelnen Unterrichtsämtler und Berufsverbände, eine positive Aufnahme gefunden.

### 7.1.2 Mittel und Lehrmaterialien

Die Dokumentationszentren haben sich besonders auf elektronische Lehrmaterialien konzentriert. Sie haben die technischen, rechtlichen und pädagogischen Grundlagen für eine erhebliche Erweiterung des Online-Angebots geschaffen. Dieses umfasst derzeit Abos für drei Lehrmaterial-Plattformen (Wizbee, eduMedia, Antolin), eine Auswahl an Apps für verschiedene PER-Bereiche und eine Reihe pädagogischer Filme in deutscher Sprache, die per Video-Streaming abgespielt werden können.

Um dem Lehrkörper vor Ort einen besseren Service zu bieten, wurde der Lieferdienst im französischsprachigen Raum durch die Einrichtung einer neuen Lieferstelle in Romont ausgebaut. Im deutschsprachigen Bereich haben die Lehrpersonen jetzt die Möglichkeit, sich zusätzlich zu den Lesekoffern Themenkoffer in die Schule liefern zu lassen. Neu sind die Dokumentationszentren zudem jeden ersten Samstag im Monat geöffnet.

In produktiver Hinsicht ist insbesondere auf die Aufschaltung der Website PhiloEcole zu verweisen, für die die Forschungseinheit «Philosophie für Kinder und Jugendliche» verantwortlich zeichnet.

Zahlen und Fakten zu Ausleihe und Katalog:

	Centre de documentation	Dokumentationszentrum	Multimedia-Atelier
Stand des Katalogs	55 800	28 500	195
Katalogisierung	2900	1400	15
Ausleihen	74 000	43 500	1900
<b>Aktive Leser/-innen</b>			<b>2650</b>

### 7.1.3 Weiterbildung

Die Einführung von Englisch ab dem 3. HarmoS-Zyklus ist in Kraft getreten. Begleitet wurde sie von einem breiten Angebot über das ganze Jahr hinweg sowie Didaktikkursen im Sommer. Mehr als 200 Lehrpersonen der Primarstufe absolvieren derzeit Weiterbildungen.

Grosser Beliebtheit erfreute sich auch eine obligatorische Weiterbildung, nämlich die Brevets «Plus Pool» und «BLS AED» für das Unterrichten von Wassersportarten. 235 Brevets wurden ausgestellt.

Mit mehr als 130 Teilnehmenden verzeichnete die Berufseinführung ein Rekordjahr. Dies ist auf die grosse Anzahl neu eingestellter Lehrpersonen zurückzuführen, insbesondere im französischsprachigen Teil des Kantons.

#### Statistische Erhebung 2013:

Programmierte Kurse	88 Weiterbildungen von 274; 2170 Teilnehmende
A-la-carte-Kurse	38 Weiterbildungen von 40; 501 Teilnehmende
Schulinterne Kurse	72 von 74 Weiterbildungen wurden akzeptiert, Teilnehmerzahl nicht verfügbar
Konferenzen	7 Konferenzen, ca. 938 Teilnehmende

Berufseinführung	130 Teilnehmende, obligatorisch im ersten Berufsjahr
Obligatorische Kurse	49 Weiterbildungen; 977 Teilnehmende (Zahlen teilweise verfügbar)
Zusatzausbildungen	CAS Médiation scolaire, Lehrgang 11–13, 18 Zertifikate ausgestellt CAS und DAS PIRACEF, 3 Zertifikate und 2 Diplome ausgestellt

354 der insgesamt 443 Weiterbildungsangebote wurden wahrgenommen. Für diese Weiterbildungen gab es 4586 Anmeldungen. Hinzu kommt die Teilnahme an schulinternen und obligatorischen Weiterbildungen (nicht im System registriert).

#### 7.1.4 Forschung

Das vom Nationalfonds geförderte Projekt (180000 Franken) zum Thema Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien in den Unterricht in Freiburg und BEJUNE wurde 2013 mit einer Valorisierungsphase abgeschlossen (Veranstaltung eines Symposiums in Lugano). Mehrere Publikationen sind diesbezüglich derzeit in Arbeit.

Ein prägendes Ereignis im Berichtsjahr war die Organisation des Kolloquiums der ADMEE-Europe (Fachverband für den Bereich Evaluation) unter der Verantwortung der Abteilungsleitung. Zusammen mit der Universität Freiburg hiessen die Freiburger Organisatorinnen und Organisatoren knapp 400 Teilnehmende aus rund 20 Ländern willkommen. Anlässlich dieses wichtigen Ereignisses konnten die Forschenden der PH zudem mehrere Forschungsarbeiten im Bereich Evaluation valorisieren. Zusätzlich zur Veröffentlichung der Protokolle ist ein Buch für 2014 vorgesehen.

Der französischsprachige Teil der Abteilung erbringt weiterhin Dienstleistungen für das Interkantonale Gymnasium der Region Broye und ist als Partner an mehreren interinstitutionellen Projekten beteiligt (berufliche Eingliederung).

Der deutschsprachige Teil der Abteilung erhielt Ende 2013 einen Beitrag des Nationalfonds für eine Dauer von drei Jahren. Damit soll eine Studie zu Kindern mit Leseschwierigkeiten durchgeführt werden. Eltern und Lesecoaches werden mit einbezogen und sollen Hand in Hand mit den Schulen und den Forschenden arbeiten.

Das Projekt Mathematik-Rallye wurde in zwölf Klassen weitergeführt. In dieser Projektphase lag der Fokus insbesondere auf der Verbesserung der Leistungen der Mädchen.

Einem Antrag für einen Beitrag zu einem Symposium am Kongress EARLI (European Association for Research on Learning and Instruction) wurde stattgegeben. Die Mitarbeitenden im deutschsprachigen Teil der Abteilung haben überdies auf zwei internationalen Kolloquien ihre Forschungsarbeiten zum Thema Lesen vorgestellt. Anlässlich eines Beitrags zur Konferenz EAPRIL (Eur. Assoc. for Practitioner Research on Improving Learning) konnte zudem die Frage des Bezugs zwischen Theorie und Praxis in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung thematisiert werden. Und schliesslich wurde das Forschungsprojekt zum Thema Mentorat als Beispiel in das Inventar der guten Praktiken der COHEP (Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen) aufgenommen.

#### 7.1.5 Fachstelle fri-tic

Die Fachstelle fri-tic hat ihre Dokumentation und ihr Beratungsangebot erweitert, um die Freiburger Schulen bei der Auswahl ihrer IT-Ausstattung (Computer, Beamer, interaktive Wandtafeln) zu begleiten. Sie hat an mehr als 50 Treffen mit Schulen und Kommunalbehörden teilgenommen. Der Bericht «Umstieg von Computern auf Tablets» wurde aktualisiert. Für den Kauf von Software wurden Rahmenverträge ausgehandelt, um die Verwaltungsarbeit der Schulen zu vereinfachen und Kosteneinsparungen zu ermöglichen.

Das kantonale Portal «Friportal», für das die Fachstelle fri-tic gemeinsam mit den Dokumentationszentren der PH verantwortlich ist, wurde überarbeitet, um die Veröffentlichung von Referenzdokumenten für den Unterricht zu ermöglichen. Es enthält mehr als 710 digitale Ressourcen und gibt Zugang zu enzyklopädischen Datensätzen. Die Fachstelle fri-tic hat gemeinsam mit den Unterrichtsämtern der EKSD und den Dokumentationszentren an der Aufbereitung und Veröffentlichung der digitalen Ressourcen mitgewirkt.

Im Auftrag der EKSD wurde die Einrichtung des Ausbildungsbereichs Medienpädagogik und IKT (MITIC) des Westschweizer Lehrplans PER fortgeführt. Mehr als 100 Unterrichtssequenzen unter Einbezug von visuellen Medien

und IKT stehen den Lehrpersonen der Zyklen 1 bis 3 bereits zur Verfügung. Die Fachstelle fri-tic hat Schulungen für Schulen organisiert und durchgeführt, insbesondere zum Einsatz interaktiver Lösungen im schulischen Kontext und zur Prävention von Plagiaten. Sie managt die Medienpädagogik- und IKT-Ausbildung der Studierenden des Heilpädagogischen Instituts der Universität Freiburg.

Das Tool der Fachstelle fri-tic für die Aufschaltung von Websites wird von mehr als 35 Schulen kostenlos genutzt. Die Fachstelle fri-tic ist weiterhin an der Präventionskampagne zu den Gefahren der Internetnutzung in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und der EKSD beteiligt. Seit 2003 managt und gewährleistet sie den Support für den offiziellen Mailserver educanet2 sowie für das kantonale, mehr als 240 Schulgebäude umfassende und von Swisscom gesponserte Pädagogiknetzwerk.

## 8 Hochschule für Gesundheit Freiburg

Direktorin: **Susanna Weyermann-Etter**

---

### 8.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Ziel der Hochschule für Gesundheit Freiburg besteht darin, genügend gut qualifizierte deutsch- und französischsprachige Pflegefachpersonen auf Bachelor-Niveau auszubilden, um den Bedürfnissen aus dem Gesundheitsbereich nachkommen zu können. Dabei hat sich ihre systematische Ausrichtung auf eine qualitativ hochstehende und praxisbezogene Ausbildung, gestützt auf innovative Forschungs- und Entwicklungsprojekte, bewährt.

#### 8.1.1 Direktionsrat

Der Direktionsrat hielt unter dem Präsidium der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport zwei Sitzungen ab. Er prüfte Anstellungen und nahm Kenntnis von Personalarücktritten. Weiter wurde er über die Ergebnisse der Zufriedenheitsumfrage beim Personal der HES-SO//FR informiert und nahm Einblick in verschiedene Projekte mit den Partnern der HES-SO//FR und in die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (HES-SO//FRG). Der Direktionsrat wurde auch über den Stand des Projekts zur Einführung eines Bachelor- und Masterstudiengangs in Osteopathie an der HES-SO//FR orientiert und verfolgte die Entwicklung des Bauprojekts der Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit und der Hochschule für Gesundheit Freiburg auf dem Gelände des ehemaligen Zeughauses in Freiburg. Schliesslich wurde er über den Studiengang Bachelor of Science HES-SO, die Fachmaturität Gesundheit (FM Gesundheit) und die Zusatzmodule (ZM) sowie über FH-Projekte auf Landesebene und in der Westschweiz informiert.

#### 8.1.2 Ausbildungsgänge

Am 31. Dezember zählte die Hochschule 499 (463) Personen in Ausbildung, 320 davon im Bachelor HES-SO in Pflege, 140 in der Fachmaturität Gesundheit und 39 in den Zusatzmodulen. Im laufenden Jahr haben zudem rund 250 Fachpersonen aus dem Gesundheitsbereich eine Weiterbildung oder ein Nachdiplomstudium an der Hochschule für Gesundheit absolviert.

An der Diplomverleihung vom 5. Dezember erhielten 69 neue Pflegefachpersonen den Bachelor of Science HES-SO in Pflege (55 französischsprachige, 7 deutschsprachige und 7 zweisprachige Diplome), während 30 Fachpersonen des Bereichs Gesundheit ein Zertifikat CAS in Psychogeriatric erhielten (21 französischsprachige und 9 deutschsprachige) und neun weitere einen CAS in chronischen Krankheiten und Langzeitpflege abschlossen.

##### 8.1.2.1 Bachelor of Science HES-SO in Pflege

Die Hochschule für Gesundheit arbeitet weiter an der Entwicklung des 2012 eingeführten neuen Studienplans, und berücksichtigt dabei die Erwartungen ihrer Partneereinrichtungen.

---

Die praktische Ausbildung erforderte die Organisation von 23 870 (22 550) Praktikumstagen. Diese Steigerung um 5 % konnte dank der Unterstützung der Freiburger Einrichtungen bewältigt werden, die aktuell 78 % der Studierenden bei sich aufnehmen. Ein weiterer Ausbau der Praktikumsplätze ist für die Partnereinrichtungen gegenwärtig nicht möglich.

#### 8.1.2.2 Berufsbegleitendes Studium Bachelor of Science HES-SO in Pflege

Zu Beginn des Studienjahres 2014 ist die Einführung einer neuen berufsbegleitenden Ausbildung geplant, die zusammen mit der OrTra Gesundheit und Soziales Freiburg entwickelt wurde. Sie wird vier Jahre dauern und richtet sich insbesondere an Fachfrauen und Fachmänner Gesundheit (FaGe), welche die Zulassungsbedingungen zum Bachelor-Studium erfüllen.

#### 8.1.2.3 Weiterbildung und Nachdiplomstudium

Um auf die Wünsche und Erwartungen der Pflegefachpersonen eingehen zu können, entwickelt die Hochschule Partnerschaften mit Pflegeinstitutionen und Hochschulen. Dazu gehören: HFR, CHUV, HUG, Inselspital, das Spital in Morges ebenso wie die HES-SO//Wallis, die HEdS La Source, die HE-Arc Santé und die Berner Fachhochschule.

Die Hochschule für Gesundheit hat ihr Weiterbildungsangebot um drei neue CAS HES-SO in folgenden Bereichen erweitert: Kardiologie, klinisches Assessment, Diabetespflege.

#### 8.1.3 Dienstleistungen

Die Hochschule erhielt rund dreissig Aufträge von Institutionen, die im Pflegebereich tätig sind, und von Ausbildungsinstitutionen (Universität Freiburg und Lausanne sowie andere FH).

Ihre Spezialisierungen richtet die Hochschule für Gesundheit nach den Bedürfnissen der Institutionen und ihrer Patientinnen und Patienten aus: Pflege in verschiedenen Lebensphasen, Pflege in akuten Situationen, Palliativpflege, Notfallpflege, psychiatrische Pflege, Langzeitpflege, Pflegetechniken, Symptom-Management, Praxisanalyse, Umgang mit Aggressionen in Institutionen, Pflegediagnose und pflegerische Beurteilung ebenso wie evidenzbasierte Pflege.

Die Dozentinnen und Dozenten der Hochschule für Gesundheit bieten neben der methodologischen Begleitung von Projekten auch Unterstützung bei der Umsetzung innovativer Modelle sowie Evaluationen an. Ein Konzept themenspezifischer Konferenzen wurde erfolgreich eingeführt.

Die Hochschule für Gesundheit nimmt ausserdem verschiedene spezifische Aufgaben wahr, die ihr von der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) übertragen werden, darunter die Vertretung in der Fachkonferenz Gesundheit (FKG) der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH).

#### 8.1.4 Angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E)

An acht Projekten wurde gearbeitet, drei weitere sind aktuell in Vorbereitung. Finanziert werden die von der Hochschule für Gesundheit durchgeführten Forschungen unter anderem vom Schweizerischen Nationalfonds, der Krebsforschung Schweiz, der *European Oncology Nursing Society*, dem Schweizer Verein für Pflegewissenschaft, der Alzheimervereinigung und dem Käthe-Zingg-Schwichtenberg-Fonds. Ausserdem wurden verschiedene Projekte zur Verbesserung der Pflege durchgeführt, einige davon in der Form von Master- oder Doktorarbeiten in Pflegewissenschaft. Die erste Phase des Projekts «Focus Escarres» wurde im Rahmen der Partnerschaft Akademie-Praxis zwischen der Hochschule für Gesundheit und dem freiburger spital (HFR) erfolgreich abgeschlossen.

Mitarbeitende der Hochschule für Gesundheit Freiburg veröffentlichten ein Buch und 18 Artikel in wissenschaftlichen und Fachzeitschriften. Zudem wurden an verschiedenen regionalen, nationalen und internationalen Kongressen und anderen Veranstaltungen 28 wissenschaftliche Beiträge vorgestellt. Dozierende der Hochschule für Gesundheit publizierten drei wissenschaftliche Berichte, zwei davon in Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen oder Universitäten über die Koordination zwischen Pflegefachpersonen und anderen medizinischen Fachpersonen in den Spitälern, über die Integration der neu diplomierten Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen in den Spitälern sowie das Swiss Nursing Homes Human Resources Project.

### 8.1.5 Nationale und internationale Beziehungen

Die Hochschule für Gesundheit Freiburg ist regelmässig an Kongressen und Kolloquien von nationaler und internationaler Tragweite vertreten, insbesondere im Bereich der Forschung.

#### 8.1.5.1 Mobilität

Die Studierenden machen nach wie vor rege Gebrauch von der Möglichkeit, ein Praktikum und/oder Semester ihrer Ausbildung im Ausland zu verbringen. Neue Verträge sind zu den bereits bestehenden hinzugekommen, und zwar mit der Hochschule Osnabrück (D) und der *Haute Ecole libre* in Brüssel (B). Im Frühling begrüsst die Hochschule eine Studierende aus Namur (B) und eine aus Brügge (B). Eine Studierende verbrachte ein Semester in Berlin (D), während weitere 16 Studierende ein achtwöchiges Praktikum im Ausland absolvierten.

Die Dozierenden und Forschenden der Hochschule für Gesundheit beteiligen sich ausserdem am akademischen und wissenschaftlichen Austausch namentlich mit Deutschland, Belgien, Österreich und Australien.

## 8.2 Besondere Ereignisse

### 8.2.1 100 Jahre Ausbildung

Im Oktober 1913 nahm die internationale katholische Krankenpflegeschule von Freiburg, wie sie damals hiess, ihre ersten 10 Schülerinnen auf. Zur Feier ihres 100-Jahr-Jubiläums organisierte die Hochschule für Gesundheit Freiburg im Juni ein Fest für ihre Studierenden und das Personal sowie einen offiziellen Jubiläumstag, an dem am 5. Dezember rund 150 Gäste teilnahmen.

### 8.2.2 Neubau auf dem ehemaligen Zeughausareal

Mit der Genehmigung des Verpflichtungskredits durch den Grossen Rat hat das Projekt für ein neues Gebäude der Hochschule Freiburg für Soziale Arbeit (HEF-TS) und der Hochschule für Gesundheit Freiburg (HEdS-FR) auf dem ehemaligen Zeughausareal konkrete Züge angenommen. Diese Vorlage wird dem Stimmvolk am 9. Februar 2014 zur Abstimmung vorgelegt.

### 8.2.3 Osteopathie

Die Hochschule für Gesundheit Freiburg hat ein Konzept für einen Bachelor- und Master-Studiengang in Osteopathie entwickelt. Im Oktober hat die HES-SO beim Bund ein Gesuch zur Bewilligung eines zweisprachigen Bachelor-Studiengangs in Osteopathie eingereicht. Da dieser neue FH-Studiengang noch vom Bund bewilligt werden muss, wird das Datum der Eröffnung erst nach dem Entscheid des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) festgelegt.

# 9 Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit

Direktor: **Jean-Christophe Bourquin**

---

## 9.1 Ordentliche Tätigkeit

Die HEF-TS bietet ein Bachelorstudium in Sozialer Arbeit mit Vertiefung in Sozialarbeit und Sozialpädagogik an.

### 9.1.1 Grundausbildung

Am 15. Oktober studierten an der Fachhochschule, sämtliche Bildungsgänge zusammengenommen, insgesamt 493 Personen, davon 372 Frauen (75,5 %) und 121 Männer (24,5 %). 368 Studierende absolvieren ein Vollzeitstudium (74,65 %), 115 ein berufsbegleitendes Studium (23,33 %) und 10 ein Teilzeitstudium (2,02 %).

Zu Studienbeginn konnten 105 Studierende neu in die Ausbildung aufgenommen werden. Damit ist die maximale Aufnahmekapazität der Fachhochschule erreicht, gemessen an den Plätzen in den praktischen Ausbildungsmodulen, der Anzahl Dozierender und der Grösse der derzeit zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten.

---

An der Diplomfeier vom 19. Juni erhielten 46 Personen ihr Bachelordiplom (38 Abschlüsse mit der Vertiefungsrichtung «Sozialpädagogik» und 8 mit der Vertiefungsrichtung «Sozialarbeit»). An diese Diplomfeier zeichnete der Verein *Trait d'Union* eine Bachelorarbeit mit einem Preis aus und die Westschweizer Vereinigung *JeunesParents* vergab ebenfalls eine Auszeichnung, und zwar für eine frischdiplomierte junge Mutter - «Jeune Maman Diplômée».

Die Fachhochschule beteiligt sich zudem am Aufbau eines Master-Angebots, das vom Bereich Soziale Arbeit der FH Westschweiz erarbeitet wurde.

### 9.1.2 Weitere Aufgaben der Fachhochschule

Wie es dem Fachhochschulgesetz entspricht, ist die Fachhochschule auch in der Weiterbildung und der angewandten Forschung tätig und erbringt Dienstleistungen in verschiedenen Gebieten: Praxis im Berufsfeld Gesundheit und Soziales, Behinderungen und behinderte Personen, soziale und berufliche Eingliederung, Erhaltung und Förderung der Lebensqualität, Prävention von Gewalt und selbstzerstörerischem Verhalten. Diese Aufgaben machen rund ein Fünftel der gesamten Tätigkeit der HEF-TS aus.

Die Abteilung Weiterbildung organisierte 30 Fortbildungskurse von 1 bis 4 Tagen Dauer für 430 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie beteiligte sich zudem an den sieben Nachdiplomausbildungen (CAS, DAS, MAS), die im Fachbereich Soziale Arbeit der Fachhochschule Westschweiz HES-SO angeboten werden. Mit den damit erzielten Einkünften konnten die mit diesen Tätigkeiten verbundenen direkten und indirekten Kosten gedeckt werden.

Die Abteilung Dienstleistung erzielte mit den Aufträgen, die sie erhalten hat, Einkünfte in Höhe von 231 000 Franken (Januar-November 2013).

Die Abteilung Forschung und Entwicklung erhielt im akademischen Studienjahr 2012/13 Beiträge in Höhe von insgesamt 591 751 Franken für sechs Forschungsprojekte.

### 9.1.3 Direktionsrat

Der Direktionsrat hielt drei Sitzungen ab. Er genehmigte die Jahresrechnung 2012, wurde über die Entwicklung des Voranschlags 2013 informiert und beteiligte sich an der Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg. Daneben verfolgte er den geplanten Neubau an der Zeughausstrasse.

## 9.2 Besondere Ereignisse

Die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit will die Führung ihrer Grundausbildung reorganisieren. Die Umsetzung soll Anfang 2014 beginnen.

Zudem wurde die Zertifizierung ISO 9001 der Fachhochschule, ebenso wie der anderen Fachhochschulen des Kantons, im Mai erneuert.

# 10 Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung (BEA)

Amtsvorsteher: **Marc Chassot**

---

## 10.1 Tätigkeit

### 10.1.1 Berufswahlvorbereitung

Die Berufswahlvorbereitung erfolgt vorwiegend im Unterricht, durch Berufsberaterinnen und Berufsberater oder dafür ausgebildete Lehrpersonen. In den Orientierungsschulen fanden insgesamt 2071 Informationssitzungen statt.

Im französischsprachigen Kantonsteil wird jeweils der Berufswahlvorbereitungsordner «Une vie, des directions» an alle Schülerinnen und Schüler der zweiten OS-Klassen abgegeben. Er dient den Fachpersonen als pädagogisches Werkzeug für die Arbeit im Unterricht.

### 10.1.2 Schul- und Berufsinformation

Zur Information über Berufe und Bildungsgänge werden folgende Hilfsmittel eingesetzt:

- > schriftliche Informationsunterlagen (Leihmappen, Berufsinformationsblätter);
- > mündliche Informationen (Vorträge über Berufe und Schulen);
- > audiovisuelles Material (CD-Rom, DVD);
- > kantonale und nationale Internetseiten zur Berufsberatung (Lehrstellenliste und Anmeldefristen);
- > Betriebsbesichtigungen (in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden);
- > Schnupperlehren.

14 556 (14 288) Dossiers oder Dokumente wurden ausgeliehen.

Anhand der Ergebnisse einer Umfrage, die jeden Herbst bei den Unternehmen und Verwaltungen durchgeführt wird, veröffentlicht das Amt jeweils eine Liste offener Lehrstellen. Im Jahr 2013 umfasste diese Liste 1925 (1831) Lehrstellen. Über ein Informationssystem können die Lehrstellen das ganze Jahr über laufend gemeldet werden.

Daneben führte das Amt im Frühjahr und Sommer 2013 bei den Ausbildungsverantwortlichen in den Betrieben zwei schriftliche Umfragen sowie telefonische Nachbefragungen durch, um die Lehrstellenliste im Internet nachzuführen.

Für die Schülerinnen und Schüler der französischsprachigen Orientierungsschulen und ihre Eltern wurde eine Neuauflage der Broschüre «Après le Cycle d'orientation: quelles voies de formation?» herausgegeben. Parallel dazu wurde auch eine deutschsprachige Broschüre «Nach der OS» veröffentlicht.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Dienstleistungszentrum für Berufsbildung sowie Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung beteiligte sich der Dokumentationsdienst an der Gestaltung oder Aktualisierung mehrerer Informationsblätter-Sammlungen.

### 10.1.3 Berufsinformationszentren

Die Berufsinformationszentren bieten Informationsmaterial über Berufe und Ausbildungsgänge an; das Material kann selbstständig konsultiert werden. Im gesamten Kanton zählte man insgesamt 26 026 (25 814) Besucherinnen und Besucher, von denen sich 13 135 (12 106) in einem persönlichen Gespräch informierten.

### 10.1.4 Internetportal der kantonalen Berufsberatung

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung führt ein Internetportal, das unter anderem ein Verzeichnis der Berufsinformationsstellen und der angebotenen Dienstleistungen umfasst. Dieses Portal informiert über die Anmeldefristen für die verschiedenen Bildungsgänge und ermöglicht den Zugang zum nationalen Portal, auf dem alle offenen Lehrstellen verzeichnet sind.

### 10.1.5 Einzelberatung

Die nachfolgenden Zahlen beziehen sich auf die gesamte Beratertätigkeit, also die Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen. Zu den Zahlen dieses Jahres lässt sich Folgendes festhalten:

- > Es wurden 314 Personen mehr beraten als im Vorjahr. Die Zahl der Gespräche erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 438, was einem Anstieg von 4 % entspricht.
- > Die erwachsenen Ratsuchenden (20-jährig und älter) machen mit 1896 (1561) Personen 28,9 % der gesamten Beratungen aus.

Statistik der Ratsuchenden	2013			2012
	M.	F.	Total	Total
Zahl der beratenen Personen	2747	3804	6551	6237
Anzahl Beratungsgespräche	4866	6476	11342	10904

Statistik der Ratsuchenden	2013		2012
<b>Alter der Ratsuchenden</b>			
bis 19-jährig	2089	2566	4655
20-jährig und älter	658	1238	1896

### 10.1.6 Erwachsenenberatung

70 (69) registrierte Arbeitsuchende kamen zu einem Beratungsgespräch, und zwar vor allem im Rahmen der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung und dem Amt für den Arbeitsmarkt.

### 10.1.7 Schul- und Berufswahl der Jugendlichen

Im Jahr 2013 beendeten 3558 (3601) Schülerinnen und Schüler die Orientierungsschule; sie haben sich für folgende Schul- und Berufsrichtungen entschieden:

Gewählte Richtung in %:	2013			2012
	M.	F.	Total	Total
Lehre, Grundausbildung	56,1	29,6	43,1	42,6
Schulen der Sekundarstufe II	26,3	43,1	34,5	35,4
Andere Schulen	2,4	3,0	2,7	2,0
Erwerbsarbeit	0,0	0,0	0,0	0,1
Partnersprachliches zehntes Schuljahr	3,2	4,5	3,8	4,1
Übergangslösung oder unbekannte Lösung	4,7	14,0	9,3	9,3
Vorbereitungs- oder Integrationskurse	7,3	5,8	6,6	6,5

Der Anteil der Jugendlichen, die sich für eine Lehre entschieden, betrug 43,2 % (42,6), das sind 1533 (1533) Personen. Insgesamt ist der Anteil der Jugendlichen, die nach der Schule eine Lehre begannen, um 0,5 % gestiegen, wobei die absolute Zahl gleich hoch ist wie im Vorjahr. Bei den Knaben ist eine Abnahme um 2,3 %, bei den Mädchen hingegen eine Zunahme von 3,0 % zu verzeichnen. Bemerkenswert ist, dass sich erstmals keine Jugendlichen nach der Schule für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit entschieden haben.

Eine Analyse des Lehrstellenmarktes zeigt, dass die Zahl der Stellen in einigen Sektoren wie im Bau- oder im Gastgewerbe ausreichend ist. Bei den Dienstleistungsberufen oder im Sektor Gesundheit und Soziales ist das Angebot an freien Lehrstellen hingegen geringer als die Zahl der Lehrstellensuchenden. Jugendliche mit guten schulischen Leistungen finden in der Regel eine Lehrstelle; wer hingegen schulisch schwach ist oder einen Migrationshintergrund aufweist, muss mit mehr Schwierigkeiten kämpfen.

### 10.1.8 Besondere Ereignisse

#### 10.1.8.1 Hilfe für Jugendliche in Schwierigkeiten

Die Berufsberatung des Kantons Freiburg widmet Jugendlichen, denen der Einstieg ins Berufsleben grössere Schwierigkeiten bereitet, besondere Aufmerksamkeit. Im Rahmen eines vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie finanzierten Projekts wurde ein Unterstützungsprogramm für Jugendliche in Schwierigkeiten eingeführt, das sogenannte «Case Management Berufsbildung». Dieses besteht in Frühmassnahmen bei OS-Schülerinnen und OS-Schülern, die am Ende der obligatorischen Schulpflicht mit Eingliederungsschwierigkeiten konfrontiert sein könnten. Die betreffenden Jugendlichen erhalten bis zum Abschluss der Orientierungsschule eine intensivere Betreuung. Bei den Orientierungsschulen wurde die Funktion des «Case Manager» im französischsprachigen Kantonsteil den Berufsberaterinnen und Berufsberatern und in Deutschfreiburg den Lehrpersonen anvertraut. Eine Person kümmert sich gezielt um Jugendliche, die ihre Ausbildung im Rahmen der Übergangsmassnahmen abbrechen.

Bis Anfang September wurden zudem Jugendliche betreut, die bis dahin keine Lehrstelle gefunden hatten. Mit der Aktion «Last Minute» kann den ganzen Sommer über eine Anlaufstelle betrieben werden. 226 Jugendliche nahmen diesen Dienst in Anspruch; insgesamt wurden im Rahmen dieser Aktion 63 Gespräche geführt.

## 10.2 Erwachsenenbildung

### 10.2.1 Kommission für Erwachsenenbildung

Die Kommission für Erwachsenenbildung hielt drei Sitzungen ab, an denen sie die Subventionsgesuche prüfte und der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport Empfehlungen abgab.

Ein Betrag von 31 690 (28 980) Franken wurde für erneuerbare oder ausserordentliche Subventionen verwendet.

### 10.2.2 Volkshochschule

Im Jahr 2012/13 besuchten 3759 (3502) Personen Kurse der Volkshochschule, insgesamt zählte man 52 855 (51 328) «Teilnehmerstunden». 589 (592) Kurse wurden angeboten und 448 (411) durchgeführt.

Ein Leistungsvertrag zwischen dem Staat Freiburg und der Volkshochschule des Kantons Freiburg legt die Leistungen fest, die von der Volkshochschule erwartet werden, sowie die Finanzmittel, die der Staat zur Verfügung stellt. Er definiert zudem anhand von quantitativen und qualitativen Indikatoren die zu erreichenden Ziele. Ein Beitrag von 51 000 Franken wird als Beteiligung an den Betriebskosten gewährt, ferner werden pro «Teilnehmerstunde» 2.10 Franken ausgerichtet. Insgesamt beläuft sich der Beitrag des Staates auf 161 995 Franken. Da jedoch eine Bestimmung des Leistungsvertrags vorsieht, dass der Beitrag für die «Teilnehmerstunden» höchstens 102 000 Franken betragen darf, wird ein Betrag von 153 000 Franken überwiesen.

#### 10.2.2.1 Eigenmittel

Kursgebühren, Beiträge, Schenkungen 85,53 % (84,59 %)

#### 10.2.2.2 Subventionen

Kanton	13,59 %	(14,42 %)
Gemeinden	0,88 %	(0,99 %)
Subventionen insgesamt	14,47 %	(15,41 %)

### 10.2.3 Verein Lesen und Schreiben

Gestützt auf einen Leistungsvertrag mit dem Verein Lesen und Schreiben wurde diesem ein Beitrag von 15 000 Franken für sein Engagement gegen den Illettrismus gewährt.

### 10.2.4 Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne

Dank einer Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne gelten für Freiburger Kantonsangehörige die gleichen Zulassungsbedingungen wie für Waadtländer Schülerinnen und Schüler. Der finanzielle Beitrag des Kantons Freiburg belief sich auf 16 000 Franken.

Die Bildungsgänge in deutscher Sprache werden in der interkantonalen Vereinbarung der Nordwestschweiz über die gegenseitige Aufnahme von Schülerinnen und Schülern geregelt (s. Abschnitt «Direktion und Generalsekretariat»).

### 10.2.5 Validierung von Bildungsleistungen

Das Amt fungiert als Anlaufstelle für die Validierung von Bildungsleistungen. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung wurde für den Beruf Fachfrau/Fachmann Betreuung (FABE) ein Qualifikationsverfahren gemäss der Validierung von Bildungsleistungen eingeführt. 43 Personen haben eine Kompetenzenbilanz erstellen lassen, die den ersten Schritt zur Validierung der Bildungsleistungen darstellt.

# 11 Amt für Ausbildungsbeiträge (ABBA)

Amtsvorsteher: **Pierre Pillonel**

## 11.1 Tätigkeit

### 11.1.1 Kommission für Ausbildungsbeiträge

Die Kommission trat zu einer Plenarsitzung und sieben Unterkommissionssitzungen zusammen. Dabei behandelte sie 46 Einsprachen und 12 besondere Fälle.

Die Kommission genehmigte zudem die internen Richtlinien des Amtes, dies unter Berücksichtigung der im Schuljahr 2012/13 gemachten Erfahrungen.

### 11.1.2 Kantonale Stipendien

Ein Vergleich mit dem Ausbildungsjahr 2011/12 zeigt, dass die Zahl der Gesuche erneut zugenommen hat.

Ausbildungsjahr	Gesuche	Bezüger/ -innen	Abgelehnte Gesuche	
			Total	Ablehnungsquote
2011/12	3372	1806	1566	46,44 %
2012/13	3462	1813	1649	47,63 %

Die nachfolgend aufgeführten Beträge entsprechen den im Kalenderjahr 2013 ausbezahlten Beträgen. Sie verteilen sich wie folgt auf die vom Bundesamt für Statistik (BFS) vorgegebenen neun Ausbildungskategorien:

Ausbildungskategorien	Anzahl	Beträge in Fr.
<b>Sekundarstufe 2:</b>		
Gymnasiale Maturitätsschulen	398	1 369 460
Andere allgemeinbildende Schulen	288	1 145 652
Vollzeitberufsschulen	213	937 671
Berufslehren und Anlehren	641	2 865 700
Nach Berufslehre erworbene Berufsmaturitäten	115	363 635
<b>Tertiärstufe:</b>		
Höhere (nicht universitäre) Berufsbildung	46	303 304
Fachhochschulen	302	1 920 230
Universitäten und Eidgenössische Technische Hochschulen	410	2 688 192
Weiterbildung	0	0
<b>Total</b>	<b>2413</b>	<b>11 593 844</b>

### 11.1.3 Studiendarlehen

Im Kalenderjahr wurden 71 (90) Gesuche geprüft; davon wurden 61 (78) genehmigt. Insgesamt wurden Studiendarlehen im Umfang von 493 680 (615 834) Franken gewährt, wobei gemäss Budget 500 000 (500 000) Franken veranschlagt waren. Demgegenüber wurde im Jahr 2013 auf Seite der Rückzahlung von Darlehen 390 191 (433 325) Franken verbucht; im Voranschlag waren hierfür 450 000 (450 000) Franken veranschlagt worden.

### 11.1.4 Bundessubventionen

Der vom Bund bereitgestellte Kredit wird nach Massgabe der Bevölkerungsgrösse auf die Kantone aufgeteilt. Freiburg wird voraussichtlich rund 900 000 Franken erhalten.

## 11.2 Besondere Ereignisse

### 11.2.1 Forum der Berufe

Das Amt für Ausbildungsbeiträge beteiligte sich am dritten «Start! Forum der Berufe», das vom 29. Januar bis 3. Februar 2013 stattfand.

### 11.2.2 Änderung der Reglements über die Stipendien und Studiendarlehen

Im Zuge des Struktur- und Sparmassnahmenprogramms 2013-2016 hat der Staatsrat das Reglement vom 8. Juli 2008 über die Stipendien und Studiendarlehen per Verordnung vom 1. Juli 2013 geändert. So wird ab 1. September 2013 die minimale Einkommensbeteiligung, die im Budget der Personen in Ausbildung auf Sekundarstufe 2 berücksichtigt wird, von 1500 auf 2000 Franken erhöht. Die zweite Änderung betrifft den Pauschalbeitrag an die Unterhaltskosten und die Wohnkosten für Personen in Ausbildung, die über 25 Jahre alt sind und bei ihren Eltern wohnen; dieser wird von 25 % auf 15 % gesenkt.

## 12 Amt für Sport (SpA)

Amtsvorsteher: **Benoît Gisler**

---

### 12.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 12.1.1 Kommission für Sport und Sporterziehung

2013 hielt die von Yvan Girard präsidierte Kommission drei Plenar- und zwei Untergruppensitzungen ab. Sie hat:

- > die Entwürfe für die Bundesverordnungen zum neuen Sportförderungsgesetz geprüft und dazu Stellung genommen;
- > gemeinsam mit der kantonalen Kommission für Schulbauten eine Studie zur Ausstattung von Turn- und Sporthallen koordiniert;
- > dem Staatsrat Vorschläge für die Vergabe des Sportpreises des Staates unterbreitet;
- > die Vergabe von zwei Förderpreisen beschlossen, den einen an die 19-jährige Miriam Schneuwly aus Wünnewil (Leichtathletik), den andern an den 18-jährigen Léo L'Homme aus Vuadens (Mountainbike);
- > die laufenden Geschäfte in ihrem Zuständigkeitsbereich behandelt.

#### 12.1.2 Sporterziehung

Sport und Sporterziehung werden auf allen Stufen der obligatorischen Schule und an den Schulen der Sekundarstufe 2 unterrichtet. Das Jahr 2013 war geprägt von folgenden Hauptaktivitäten:

##### 12.1.2.1 Fortbildung der Lehrpersonen

###### **Obligatorische Fortbildung:**

Über 435 (346) Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen absolvierten einen Basiskurs Plus Pool oder einen der zahlreichen Kurse zur Erneuerung des Rettungsschwimmbrevets und erfüllten damit die jeweils alle zwei Jahre fällige Fortbildungspflicht.

###### **Fakultative Fortbildung:**

Das Interesse der Lehrkräfte an der Fortbildung zeigt sich daran, dass der Grossteil der angebotenen Kurse durchgeführt werden konnte; zudem wurde das Kursangebot weiter ausgebaut.

Die auf Anfrage organisierten Kurse verzeichneten eine starke Nachfrage; die teilnehmenden Personen konnten von den Fachkenntnissen der Ausbilderinnen und Ausbilder in verschiedenen Fächern profitieren.

---

### 12.1.2.2 Sicherheit im Schulsportunterricht

Die Richtlinien zur Sicherheit im Schulsportunterricht wurden im Berichtsjahr leicht überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht. Dabei wurden vor allem die Fortbildungskurse im Wassersport (Rettungskurse) sowie im Klettern in den Vordergrund gerückt.

### 12.1.2.3 Freiwilliger Schulsport

Das Angebot an freiwilligen Schulsportkursen findet Anklang, denn dank den auf allen Schulstufen angebotenen Kursen konnten rund 3994 (3900) Schülerinnen und Schülern eine zusätzliche Wochenstunde Sportunterricht besuchen.

### 12.1.2.4 Schülerturniere

Die Primarschülerinnen und Primarschüler konnten sich 2013 in folgenden Sportarten messen: Ski und Snowboard, Orientierungslauf, Basketball und Fussball.

Die Klassen der Orientierungsschulen spielten im Berichtsjahr erneut sehr zahlreich an den beliebten Turnieren mit: Basketball, Unihockey, Eishockey, Handball, Fussball, Orientierungslauf, Volleyball sowie erstmals Badminton.

Auf der Sekundarstufe 2 beteiligten sich die Schülerinnen und Schüler in grosser Zahl an der GiantXTour, den «Collégiades», an den Westschweizer Meisterschaften der Mittelschulen sowie an nationalen Meisterschaften.

### 12.1.2.5 Schweizerische Schulsporttage

Die Gewinner der kantonalen Turniere an den Schulen der Sekundarstufe 1 haben den Kanton Freiburg erfolgreich an den schweizerischen Schulsporttagen in Lyss vertreten. 24 (18) Teams aus dem Kanton traten in 9 (8) Sportdisziplinen an.

### 12.1.2.6 Nachwuchsförderung

Die Förderung junger Freiburger Sporttalente erfolgt in Form von Beratung, Stundenplan-Anpassungen, finanzieller Unterstützung (LoRo-Sport und/oder kantonaler Sportfonds) sowie Koordination mit den Schulbehörden und Sportverbänden.

Dank der tatkräftigen, professionellen Unterstützung seitens einiger Sportverbände konnten die bestehenden Projekte mit neuen ergänzt werden. 2013 haben rund 427 (450) junge Sporttalente oder talentierte Kunstschafter von Stundenplan-Anpassungen profitiert, die es ihnen ermöglichen, ihre sportliche oder künstlerische Laufbahn mit der schulischen Ausbildung zu vereinbaren.

Seitdem das Ausführungsreglement zum kantonalen Sportgesetz am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, gelten neue Gesetzesbestimmungen, dank denen zahlreiche Jugendliche, Eltern, Sportvereine und Sportklubs befriedigende Lösungen finden können, um die schulische Ausbildung mit einer sportlichen oder künstlerischen Aktivität zu vereinbaren. Gestützt auf den Bericht, den die von der EKSD in Zusammenarbeit mit dem VWD eingesetzte Arbeitsgruppe erarbeitet hat, und den Ergebnissen des «Pilotprojekts» mit den kantonalen Bildungszentren legte der Staatsrat dem Grossen Rat im November 2013 einen Bericht zum Postulat Collomb vor. Es werden weitere Anstrengungen unternommen, damit das Förderprogramm «Sport-Kunst-Ausbildung» weiterentwickelt und an die Bedürfnisse der verschiedenen Partner angepasst werden kann.

## 12.1.3 Jugend+Sport (J+S)

Im Jahr 2013 konnte das Kursangebot J+S-Kids zugunsten der Kinder von 5 bis 10 Jahren auf stabilem Niveau gehalten werden. Mit diesem Programm fanden im Berichtsjahr 16 (8) Ausbildungstage und 6 (6) Weiterbildungstage statt. Die Kurse für Kinder erfreuen sich steigender Beliebtheit, was deutlich belegt, dass das Programm Anklang findet.

### 12.1.3.1 Tätigkeit und Fortbildung der Experten

185 (201) Expertinnen und Experten waren an der Aus- und Weiterbildung der J+S-Leitenden beteiligt. 33 (45) von ihnen nahmen am kantonalen Ski-Zentralkurs in Zermatt teil.

### 12.1.3.2 Aus- und Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter

513 (523) Leiterinnen und Leiter wurden in 18 (21) kantonalen Leiterkursen ausgebildet. 1210 (1292) Leiterinnen und Leiter nahmen an 39 (40) Fortbildungskursen teil. 3 (4) Kurse und Weiterbildungsmodulare mussten abgesagt werden, sei es mangels Anmeldungen oder um eine ausgewogene Verteilung unter den Westschweizer Kantonen zu gewährleisten (der Leiterkurs J+S-Volleyball, der Weiterbildungskurs 1 Geräteturnen und das Weiterbildungsmodulare J+S Basketball).

### 12.1.3.3 Von J+S Freiburg organisierte Lager

Das Kletter- und Bergsteigerlager im Soldatenhaus (Chalet du Soldat) am Fusse der Gastlosen wurde mit 28 (17) Jugendlichen durchgeführt. An den zwei Schwimmsport-/Polysport-Lagern in Tenero beteiligten sich insgesamt 150 (150) Jugendliche. Das Kanu-Lager in La Roche zählte 26 (16) Teilnehmende. Am ersten Tageslager Schwimmen in Murten nahmen 29 Kinder von 8 bis 12 Jahren teil; dieses war somit auf Anhieb sehr erfolgreich.

### 12.1.3.4 J+S-Kurse und -Lager (10- bis 20-Jährige) organisiert durch Vereine und Schulen

An diesen Kursen und Lagern nahmen 30 550 (32 667) Jugendliche in über 55 Sportarten teil.

Für diese Aktivitäten entschädigte der Bund die J+S-Leiterinnen und -Leiter, die J+S-Coaches, ihre Vereine und Gruppierungen mit 2 365 898 (2 369 139) Franken.

### 12.1.3.5 J+S-Kurse Kids (5- bis 10-Jährige) organisiert durch Vereine und Schulen

An diesen nach dem J+S-Kids-Programm organisierten Kursen, bei denen Kinder polysportiv gefördert werden sollen, nahmen 4486 (3158) Kinder teil.

Für diese Aktivitäten entschädigte der Bund die J+S-Leiterinnen und -Leiter, die J+S-Coaches, ihre Vereine und Gruppierungen mit 223 999 (283 374) Franken.

### 12.1.4 Loterie Romande-Sport (LoRo-Sport)

Am 1. Januar 2011 trat die neue Verordnung (SGF 463.11) über die Verteilung des Anteils des Kantons Freiburg am Nettogewinn der Gesellschaft der Loterie Romande zugunsten des Sports in Kraft. Mit dieser neuen Verordnung wurde auch eine kantonale Kommission eingesetzt. Diese überarbeitete im Jahr 2013 einen grossen Teil ihrer Richtlinien und passte ihre Organisation an die neue Struktur an. Präsident der Kommission ist Henri Baeriswyl.

Der Kantonsanteil am Gewinn von Loterie-Romande-Sport betrug im Jahr 2013 2 747 426 (2 710 647) Franken.

Dieser Betrag wurde wie folgt verteilt:

<b>Unterstützung von Leistungs- und Freizeitsport</b>	<b>849 900</b>
Bauten	299 399
Materialeinkäufe	102 676
Unterstützung für ausserordentliche Sportaktivitäten	115 143
Unterstützung von Leistungssportler/-innen und Sporttalenten	159 260
Veranstaltungen, Kurse und Lager, Sport für alle, andere Trainingsformen	333 629
Kommissionen	9 440
Verschiedene administrative Ausgaben	18 345
Werbung	4 479
Aktion LoRo-Sport	15 000
Ausbildungszentren	52 000
Gebühr der Gewerbe Polizei	173 177
Zuweisung an den Reservefonds	614 978
<b>Total</b>	<b>2 747 426</b>

---

Freiwilliger Schulsport (50 % von 234 364) (über den Reservefonds)

117 182

79 (79) Verbände, Vereine oder Institutionen, Mitglieder des Freiburgischen Verbands für Sport FVS, erhielten einen Unterstützungsbeitrag für ihren ordentlichen Sportbetrieb, dies auf der Basis der Mitgliedererhebung 2013, die bis 2015 gültig bleibt.

### 12.1.5 Kantonales Inventar der Sportanlagen

Auf der Internetseite des Amtes ist ein Inventar der Sportanlagen des Kantons Freiburg aufgeschaltet. ([www.sportfr.ch](http://www.sportfr.ch))

Die auf der entsprechenden Internetseite veröffentlichten Daten wurden von den Gemeinden des Kantons geliefert. Gewisse Angaben können fehlen oder unvollständig erscheinen. Daher können sich die Gemeinden an das Amt für Sport wenden, um die im Inventar enthaltenen Informationen nachzuführen oder zu ergänzen. Im Jahr 2013 haben sich mehrere Gemeinden oder sogar Sportvereine mit dem Amt für Sport in Verbindung gesetzt, um die Angaben zu aktualisieren.

### 12.1.6 Besondere Ereignisse

Anlässlich der Nacht des Freiburger Sportpreises vom 20. Dezember konnte Paul Jaggi den Sportpreis des Kantons in Empfang nehmen. Paul Jaggi setzt sich stark für die Entwicklung des Jauntals ein und hat sich besonders im Langlauf einen Namen gemacht, der weit über die Kantonsgrenzen hinausreicht. Ausserdem wurden an diesem Anlass auch die beiden unter Ziffer 2.1 erwähnten Förderpreise übergeben.

Im Kanton sind zahlreiche Bauprojekte für Sportanlagen in Planung (Schwimmbäder, Eishallen, Sporthallen und Sportzentren) in Gang; das Amt arbeitet eng mit den verschiedenen Partnern zusammen, um für eine gute Verteilung dieser Sporteinrichtungen zu sorgen.

## 13 Amt für Kultur (KA)

Amtsvorsteher: **Gérald Berger** vom 1. Januar bis 30. September 2013

Amtsvorsteher: **Philippe Trinchan** vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2013

---

### 13.1 Kommissionen

#### 13.1.1 Kommission für die Verwaltung des kantonalen Kulturfonds

Die Kommission hat die Aufgabe, die Fonds zu überprüfen, aus denen sich der kantonale Kulturfonds zusammensetzt, und die ihr unterbreiteten Vorschläge für die Verwendung der Fondsmittel zu beurteilen. Sie hat sich zu einer Sitzung getroffen.

#### 13.1.2 Kommission für kulturelle Angelegenheiten

Die Kommission hielt sechs Sitzungen ab und nahm zu 187 (183) Beitragsgesuchen Stellung, die beim Amt eingegangen sind.

### 13.2 Kulturförderbeiträge

Zur Förderung kultureller Ausdrucksformen (Theater, Literatur, Musik, Film, bildende Kunst, Tanz), anderer Formen der Kulturanimation sowie kultureller Kooperationsprojekte standen dem Amt für Kultur insgesamt 3 900 000 Franken zur Verfügung.

#### 13.2.1 Statistik

83 % (84) der gewährten Beiträge waren für die Förderung des Kulturschaffens bestimmt und 17 % (16) gingen an kulturelle Veranstaltungen folgender Ausdrucksformen:

Ausdrucksformen	2013	2012
Theater	41,4 %	41,3 %
Festivals / kulturelle Anlässe	15,8 %	14,7 %
Musik	21,0 %	16,9 %
Tanz	11,2 %	14,0 %
Bildende Kunst	7,4 %	8,7 %
Literatur / Publikationen	0,9 %	2,2 %
Film/Video	2,3 %	2,2 %

Das Internetportal des Amtes ([www.fribourg-culture.ch](http://www.fribourg-culture.ch)) verzeichnete rund 38 000 (32 000) Besuche.

### 13.2.2 Mehrjahres-Schaffensbeiträge

Folgende Gruppen von Kulturschaffenden erhielten im Rahmen der Mehrjahres-Schaffensbeiträge insgesamt 1 470 000 Franken: Théâtre des Osses / Centre dramatique fribourgeois (Givisiez), Tanzcompagnie Da Motus (Freiburg), Tanzcompagnie Fabienne Berger (Promasens), Ensemble Orlando Freiburg.

Vier Institutionen kamen in den Genuss erneuerbarer Schaffensbeiträge in Höhe von insgesamt 505 000 Franken: Freiburger Oper, Kunsthalle Fri-Art, Belluard Bollwerk International und die Stiftung Equilibre und Nuithonie (Konzept *RésiDanse* in Freiburg). Dank dem Beitrag an die Stiftung Equilibre und Nuithonie konnten in den Räumlichkeiten des Espace Nuithonie Produktionen von zwei Freiburger Tanztruppen aufgeführt werden: Compagnie Da Motus (Freiburg) und Compagnie Drift (Freiburg / Zürich).

### 13.2.3 Schaffensbeiträge

Die Direktion gewährte folgenden Kulturschaffenden und kulturellen Institutionen einmalige Schaffensbeiträge in Höhe von insgesamt 1 099 000 Franken:

#### 13.2.3.1 Musik, Gesang, Rock, Jazz:

Freiburger Kammerorchester, Musikgesellschaft Giffers-Tentlingen, Quintette Eole Bulle, Opéra de poche fribourgeois, Association gruérienne pour le costume et les coutumes, Concerts de la Semaine Sainte, Opéra Louise, CantaSense, Chœur symphonique de Fribourg, Brass Band Fribourg, Chœur de May, Ensemble vocal De Musica, Association MuBarOp, Chœur-Mixte La Cécilienne La Tour-de-Trême, Ensemble vocal Scarlatti, Ensemble Il Pegaso, Association Nouvelles Créations, Camerata Variable Basel, Chœur-Mixte St-André Onnens, Société de musique La Concorde Montagny-Cousset, La Chanson du Lac Courtepin, Lè Grijon Treyvaux, Gaël Kyriakidis, Jim The Barber, Jonathan Nsimba, L'Accroche-Chœur Fribourg, Tar Queen

#### 13.2.3.2 Literatur / Publikationen

Rotpunktverlag Zürich, WOA Verlag Zürich, Editions Slatkine, Alla chiara fonte editore, Editions de l'Aire, Editions L'Âge d'Homme, Editions DOM, Editions Empreintes

#### 13.2.3.3 Tanz

Compagnie NoireClaire, Danse Créations

#### 13.2.3.4 Theater

Compagnie de l'Efrangeté, Le Guignol à Roulettes, Le Magnifique Théâtre, Talman Ensemble, Théâtre de l'Ecrou, D'Avril Productions, Collectif Ouverture, Opus 89

#### 13.2.3.5 Film, Video

Fondation romande pour le cinéma

#### 13.2.3.6 Bildende Kunst / Fotografie:

Kokovi Kuhn, Magdolna Rubin, Romano P. Riedo, Gilles Rotzetter, Michel Roggo, Pierre-Yves Massot, Association Charlatan, Fabian Bürger, Claude Genoud, Jean-Marc Schwaller, Hafis Bertschinger, Pierre-Alain Morel

---

#### 13.2.4 Ausserordentliche Beiträge und Beiträge zur Förderung der Dezentralisierung

Mit ausserordentlichen Beiträgen oder Defizitgarantien in Höhe von insgesamt 479 000 Franken hat die Direktion u.a. folgende Veranstaltungen und Organisationen unterstützt:

EclatsConcerts Fribourg, Association des concerts de Corpataux-Magnedens, Association Wunderland Rue, Société des concerts de la ville de Bulle, Concours choral de Fribourg, Suisse Diagonales Jazz, Association des amis de l'orgue du Collège St-Michel, Verein Kultur Pur (Schmitten), Nacht der Museen Freiburg, Académie d'orgue de Fribourg, Buch- und Papiermesse (Greyerz), FriScènes (Freiburg), Ludimania'K (Estavayer-le-Lac), Association Guitare et Luth (Greyerz), Cantorama (Jaun), Association Action-Danse (Freiburg), Association Rencontres Guitares (Bulle), Association ADMA (Freiburg), Chœur de chambre Zeugma (Freiburg), Edition Musicale Suisse, Uniphonies Freiburg, Triennale Altitudes (Bulle), Verein The Revolution (Tafers), Association Cirqu'ô Jeunes (Freiburg), Association des amis et amies de Jacques Thévoz (Freiburg), Fondation Edith Moret – Château de Mézières, Collection suisse de la danse, Prix interrégional des jeunes auteurs PIJA (Charmey), Chœur-Mixte de Praroman, Association Le Roman des Romands Genève, Florian Favre Trio, Groupe Cortez, Duo Francelet-Moser, Dirty Sound Magnet.

#### 13.2.5 Ordentliche Beiträge

Die Direktion unterstützte 30 im Kanton tätige Kulturvereine und kulturelle Gruppierungen sowie interkantonale Institutionen mit insgesamt 133 000 Franken.

#### 13.2.6 Beiträge der Loterie Romande

In Absprache mit dem Staatsrat gewährte die kantonale Kommission der Loterie Romande folgenden Veranstaltungen und Kulturstätten Unterstützungsbeiträge in Höhe von insgesamt 3 210 000 Franken: Bad Bonn (Düdingen), Belluard Bollwerk International (Freiburg), Centre culturel Ebullition (Bulle), Estivale Openair (Estavayer-le-Lac), Internationales Jazzfestival von Freiburg, Internationales Filmfestival Freiburg, Festival Geistlicher Musik (Freiburg), Fri-Art (Freiburg), Les Francomanias de Bulle, Fondation du Théâtre des Osses (Givisiez), Fri-Son (Freiburg), La Spirale (Freiburg), Le Bilboquet (Freiburg), Les Concerts de l'Avent (Villars-sur-Glâne), Murten Classics, Musica Virtuosa-Festival du Lied (Freiburg), Nouveau Monde, Freiburger Oper, Internationales Folkloretreffen Freiburg, Konzertgesellschaft Freiburg.

Ferner unterstützte die Kommission, ebenfalls mit Zustimmung des Staatsrats, die Saisonprogramme folgender kultureller Einrichtungen mit insgesamt 1 026 500 Franken: Bicubic (Romont), Gastspielhaus Equilibre (Freiburg), Espace Nuithonie (Villars-sur-Glâne), CO2 (La Tour-de-Trême), Podium (Düdingen), Univers@lle (Châtel-St-Denis), La Tuffière (Corpataux-Magnedens).

#### 13.2.7 Förderung des zeitgenössischen Musikschaffens

Die Direktion hat zwei neue kulturpolitische Förderinstrumente für das zeitgenössische Musikschaffen eingeführt: Zum einen ein Stipendium für Musikerinnen und Musiker oder Gruppen von Musikschaffenden und zum anderen eine Unterstützung von Gastaufenthalten. Mit der Einführung dieser neuen Förderinstrumente wird die Unterstützung von CD-Produktionen oder Musikdatenträgern fallengelassen. Pony del Sol (Gael Kyriakidis) hat auf Vorschlag einer Fachgruppe das erste Stipendium in Höhe von 26 000 Franken erhalten. 15 Gastaufenthaltsstage wurden gewährt, und zwar an folgende Kulturlokale: Bad Bonn (für den Gastaufenthalt von Kasset), Nouveau Monde (Jim the Barber), Ebullition (Cortez und Tyago), Fri-Son (Nénuphar is what we are) und La Spirale (Mahadev Cometo).

#### 13.2.8 Stipendium zur Förderung literarischen Schaffens

Nicolas Couchepin aus Cormérod hat das mit 15 000 Franken dotierte Stipendium zur Förderung literarischen Schaffens erhalten, um sich der Arbeit an seinem nächsten Roman «La maison pleine de vent» (Arbeitstitel) zu widmen. Die Jury wählte das literarische Schaffensprojekt von Nicolas Couchepin aus insgesamt 16 begutachteten Projekten aus

### 13.2.9 Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg

Die 9. «Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg» wird vom Neuenburger Profi-Fotografen Marc Renaud realisiert. Eine Fachjury wählte sein Projekt zum Freiburger Spitalnetz HFR aus 27 Bewerbungen aus.

### 13.2.10 Fonds Pierre und Renée Glasson

Die Pianistin Fiona Hengartner aus Bulle hat 2013 das mit 10 000 Franken dotierte Stipendium aus dem Fonds Pierre und Renée Glasson erhalten, um ihre Studien der HEMU in Lausanne und im Ausland weiterzuführen. Fiona Hengartner wurde nach einer Anhörung durch die Fachjury aus drei Kandidaturen ausgewählt.

### 13.2.11 Kulturelle Infrastruktur

Gestützt auf die früher getroffenen Entscheide des Staatsrates wurde für den Bau des Gastspielhauses Equilibre in Freiburg ein letzter Subventionsbeitrag von 500 000 Franken gewährt, dies nachdem die Schlussabrechnung vorgelegt wurde. Der Veranstaltungssaal Azimut in Estavayer-Le-Lac erhielt eine Finanzhilfe von 87 500 Franken für den Erwerb von Ausstattungsmaterial. Und das Sensler Museum in Tafers wurde mit 36 250 Franken zur Totalerneuerung seiner Dauerausstellung unterstützt.

### 13.2.12 Zusammenarbeit

Das Amt beteiligte sich wiederum an den Arbeiten der CORODIS (Commission romande de diffusion des spectacles) sowie des Vereins «Label+Théâtre romand». Es unterstützte die Tätigkeit der «Fondation romande pour le cinéma», der «Fondation romande pour la chanson et les musiques actuelles» (FCMA), des «Réseau Danse Suisse» (RESO) sowie der «Association romande des techniciens du spectacle» (ARTOS). Zudem nahm es an den Arbeiten von nationalen und westschweizerischen Kulturkonferenzen teil.

Die im Jahr 2011 für eine Dauer von drei Jahren unterzeichnete Vereinbarung über kulturelle Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Freiburg und der Region Elsass fördert den kulturellen Austausch zwischen den beiden Regionen. 2013 konnten dank dieser Zusammenarbeitsvereinbarung drei Gruppen aufgenommen werden: Le Chat Borgne Théâtre (Strassburg), Tartine Reverdy (Dangolsheim) und Le Théâtre du même nom (Village Neuf). Im Gegenzug traten der Orgelspieler Jean-Louis Feiertag und das Quatuor Nov'ars in Strassburg auf. Das Théâtre de l'Ecrou veranstaltete am Nuithonie eine Präsentation für elsässische Kulturveranstalter, um eine Tournee durchs Elsass zu organisieren.

Das Amt unterstützte die Tätigkeit und den Betrieb der Casa Suiça in Nova Friburgo (Brasilien), dies im Rahmen der Verpflichtungen, die der Staatsrat für die Jahre 2010 bis 2013 eingegangen ist. Ein ausserordentlicher Beitrag von 8000 Franken diente zur Unterstützung eines Schüleraustausches zwischen dem Kollegium Heilig Kreuz in Freiburg und den Schülerinnen und Schülern von Alliance Française in Nova Friburgo.

Der Künstler Fabian Bürgy aus Meyriez weilte im ersten Halbjahr 2013 in dem vom Amt betriebenen Künstleratelier «Im Wedding» in Berlin. Die Künstlerateliers in New York und Paris wurden für Aufenthalte von sechs bzw. zwölf Monaten im 2. Halbjahr 2014 ausgeschrieben.

Der Amtsvorsteher vertritt den Staat Freiburg im Stiftungsrat der Hochschule für Theater der Westschweiz sowie im Stiftungsrat der Haute Ecole de Musique (HEMU) Vaud/Valais/Fribourg.

### 13.2.13 Kultur und Schule

Unter dem Label «Kultur und Schule» unterstützte das Amt wie bisher ein für die Schulen des Kantons bestimmtes Programmangebot, bestehend aus rund 60 Theateraufführungen, Filmen und Konzerten, die von Freiburger Kulturschaffenden produziert wurden.

Ausserdem gewährte das Amt acht Museen und Ausstellungsstätten des Kantons finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Workshops und Führungen für Freiburger Schülerinnen und Schüler aus den obligatorischen Schulen.

---

Insgesamt belief sich der für das Programm «Kultur und Schule» gewährte Beitrag auf 107 000 Franken; hinzu kommt noch ein Betrag von 90 000 Franken aus dem Lotterieabgabefonds zur Unterstützung der pädagogischen Angebote im Rahmen des Internationalen Filmfestivals Freiburg.

#### 13.2.14 Immaterielles Kulturerbe

Das kantonale Inventar, dessen wissenschaftliche Leitung der Staatsrat dem Greyerzer Museum anvertraut hat, wird in Zusammenarbeit mit den Trägern der Traditionen aktualisiert. Die kantonale Expertenkommission hat im Kanton über 60 lebendige Traditionen erfasst. 2013 hat sie über die Hälfte dieser Traditionen dokumentiert. Diese Informationen werden ab 2014 auf einer speziellen Internetseite aufgeschaltet und damit öffentlich zugänglich gemacht.

#### 13.2.15 Online-Enzyklopädie

2010 beschloss die EKSD die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, welche die Präsenz des Kantons in Online-Enzyklopädie wie Wikipedia verbessern soll. Im Jahr darauf wurde ein Projektleiter bestimmt, der verschiedene Möglichkeiten zur Erreichung dieses Ziels prüfte. Gestützt auf seinen Bericht betraute die EKSD ihn schliesslich mit der Ausarbeitung eines Konzepts. Der erste Schritt bestand in der Erfassung der Informationen, welche die kulturellen Institutionen des Staates auf dem Internet zur Verfügung stellen möchten. Anschliessend ist eine Partnerschaft mit «Wikimedia CH» geplant; zudem sollen Anreizmassnahmen für Privatpersonen geschaffen werden, damit diese Artikel über den Kanton Freiburg verfassen.

### 13.3 Besondere Ereignisse

Das Amt ist im Juli an die Rue Frédéric-Chaillet 11 in Freiburg umgezogen.

### 13.4 Beaufsichtigung und Koordination der kulturellen Institutionen

Der Amtsvorsteher hielt mit den Verantwortlichen der kulturellen Institutionen rund dreissig Koordinationssitzungen ab. Er beaufsichtigte die Erstellung des Voranschlags und der Rechnung sämtlicher Institutionen und nahm an den jeweiligen Kommissionssitzungen (Arbeitsgruppen und Gesamtkommission) der Institutionen teil.

Der Amtsvorsteher ist Mitglied der Baukommission zur Erweiterung der Gebäude des Konservatoriums (2. Bauetappe), die von der Pensionskasse des Staatspersonals realisiert wird.

### 13.5 Staatsarchiv

Staatsarchivar: **Alexandre Dafflon**

#### 13.5.1 Gesetzesgrundlagen und Ressourcen

##### 13.5.1.1 Gesetzesgrundlagen

Ein Vorentwurf zum Gesetz über die Archivierung und das Staatsarchiv ist nun bereit, um dem Staatsrat unterbreitet zu werden, bevor es dann in die für 2014 geplante Vernehmlassung geschickt wird.

##### 13.5.1.2 Personalbestand

Der Personalbestand des StAF blieb 2013 stabil, das heisst bei 6 VZÄ und einer halben Praktikantenstelle. Das Hilfspersonal sowie die Praktikanten/-innen und Zivildienstleistende haben die verfügbaren Ressourcen in sinnvoller Weise ergänzt.

##### 13.5.1.3 Gebäude und Ausstattung

Die Depots des StAF sind voll ausgelastet. Das Hochbauamt wird im Frühjahr 2014 ein provisorisches Depot an der Adresse Daillettes 6 zur Verfügung stellen. Die Frage der Platzreserven bleibt ein beunruhigendes Problem. Es kam in den Depots an der Zeughausstrasse 17 zu mehreren Vorkommnissen (Wassereinbrüche, Ausfall der Klimaanlage, Überhitzung eines Technikraumes des ITA, Probleme bei der Verwaltung des Einbruchalarmsystems).

## 13.5.2 Tätigkeit

### 13.5.2.1 Archivkommission

Die Archivkommission tagte dreimal. Sie sah die Rechnung 2012 ein und nahm zum Voranschlag 2014 zustimmend Stellung; ferner nahm sie Kenntnis von einer Mitteilung zur Archivierung elektronischer Daten, wurde über die aufgebrauchten Platzreserven des StAF informiert und sah den Tätigkeitsbericht 2013 ein.

### 13.5.2.2 Informatik und neue Technologien

Das Modul *Query Sync Tool*, welches die Verwaltung der Datenbank scopeArchiv erlaubt, ist seit Ende 2013 funktionsbereit. Die Digitalisierung von grossen Dokumentationsbeständen wurde fortgesetzt: 92 Bände von Zehntplänen (17.–19. Jh.), 920 Fotografien auf Glasplatten des Bestands des Tiefbauamtes (Anfang des 20. Jh.), die gesamten Volkszählungen der Freiburger Bevölkerung von 1811 bis 1880 (ca. 100 000 Aufnahmen), drei bedeutende Handschriften, digitalisiert im Rahmen des Projekts *e-codices* (das erste Bürgerbuch von Freiburg 1341–1416, das grosse Bürgerbuch 1416–1796 und das Schulordnungsbuch, das sogenannte Katharinenbuch von 1577).

Seit Dezember 2013 verfügt das StAF über eine Lösung für die Langzeitarchivierung von elektronischen Dokumenten (das System ARCUN, ein Angebot der gleichnamigen Koordinationsstelle in Bern). Mit der grosszügigen Unterstützung und Mitarbeit des ITA hat das StAF Empfehlungen für die elektronische Langzeitarchivierung verfasst, die eine konzeptionelle und organisatorische Grundlage für künftige Projekte in der elektronischen Langzeitarchivierung bilden. Ein neues Mandat wird sich 2014 mit der Typologie der Dokumente beschäftigen, die von den Ämtern der Verwaltung erstellt oder entgegengenommen werden.

### 13.5.2.3 Beziehungen zu archivbildenden Stellen

36 (30 im Jahr 2012) Dienste der Verwaltung wurden besucht (57 Besuche und Sitzungen): Landwirtschaftliches Institut in Grangeneuve, Generalsekretariat der Sicherheits- und Justizdirektion (SJD), Oberamt des Glanebezirks, Staatskanzlei, Konferenz der Generalsekretäre, Gericht des Sensebezirks, Oberamt des Saanebezirks, Pädagogische Hochschule Freiburg, Anstalten von Bellechasse, Hochbauamt, Amt für Umwelt, Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen, Amt für Bewährungshilfe, Amt für Gesetzgebung, Kantonale Sozialversicherungsanstalt, Verwaltungsgericht, Amt für Ausbildungsbeiträge, Generalsekretariat der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD), Kantonsgericht, Museum für Kunst und Geschichte, Amt für Kultur, Amt für Vermessung und Geomatik, Gericht des Broyebezirks, Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung, Amt für Gewerbepolizei, Jugendamt, Generalsekretariat der Volkswirtschaftsdirektion (VWD), Zivilstandsamt Saane, Kantonspolizei, Staatsreben, Universität Freiburg, Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse, Tiefbauamt, Jugendstrafgericht, Oberamt des Greyerzbezirks, Gericht des Seebezirks.

Auch 26 (28) andere Institutionen liessen sich beraten: Gemeinschaft der Ursulinen in Freiburg, Freiburgische Offiziersgesellschaft, Gemeinde Ependes, Belluard Bollwerk Festival, Deutschfreiburgische Arbeitsgemeinschaft, Pfarrei Echarlens, Pfarrei Romont, Boxal Belfaux, Verkehrs-Club der Schweiz, Cercle Saint-Gorgon Porsel, Gemeinde Neyruz, Fondation Marcello, Pfarrei Farvagny, katholische kirchliche Körperschaft des Kantons Freiburg, Diözese Lausanne, Genf und Freiburg, Gemeinschaft der Redemptoristen in Matran, Freiburger Gemeindeverband, Unia Sektion Freiburg, *La Liberté* und Frau Roger de Diesbach, Gemeinde Domdidier, Pfarrei Cressier, Pfarrei Promasens, Pfarrei Sankt-Johann in Freiburg, Pfarrei Cerniat, Beistandschaftamt von Freiburg, Le Tremplin Fribourg.

### 13.5.2.4 Ablieferungen

2013 erhielt das StAF 374,25 (2012: 304,45) Laufmeter (Lm). Die folgenden Bestände wurden von den Dienststellen des Staates oder von öffentlichen Körperschaften abgeliefert, insgesamt 337,23 (270,60) Lm.

SJD: Amt für Justiz (25 Lm, 1861–2009), Aufsichtsbehörde der Stiftungen und Einrichtungen der beruflichen Vorsorge (37 Lm, 1903–2012), Kantonspolizei, Informationsberichte der Einsatzzentrale (0,9 Lm, 2011–2012), Amt für Bewährungshilfe (4,3 Lm, 1963–2012).

EKSD: Pädagogische Hochschule, Archiv der *Ecole normale ménagère* (11 Lm, 1900–2013).

---

ILFD: Oberamt des Saanebezirks, verschiedene Unterlagen (0,5 Lm, 1848–1940), Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (10 Lm, 1901–1999), Generalsekretariat der ILFD (15 Lm, 1972–2011), Zivilstandsamt des Saanebezirks, Publikationsregister der Eheschliessungen (1 Lm, 1876–1999), Domäne Les Faverges, alte Unterlagen (0,5 Lm, 1813–1927).

GSD: Kantonales Sozialamt (3,5 Lm, 1964–2008), Jugendamt, Dossiers des alten kantonalen Jugendamtes (1,8 Lm, 2002).

RUBD: Hochbauamt, Dossiers der Bauten und Pläne (65 Lm, 19.–20. Jh.), Bau- und Raumplanungsamt, Baudossiers (94 Lm, 1998–2000), Tiefbauamt (8 Lm, 1948–2012).

Staatskanzlei: 1 gebundener Band der Staatsratsbeschlüsse (0,03 Lm, 1996).

Gerichtsbehörden: Gericht des Vivisbachbezirks, Strafrechtsakten (20 Lm, 1991–2000), Kantonsgericht, Administration (10 Lm, 2002), Verwaltungsgericht, verschiedene Dossiers (0,3 Lm, 1992–2003), Jugendstrafgericht (27 Lm, 2005–2006).

Verschiedenes: Gemeinde Ependes, diverse Korrespondenz (1,5 Lm, 1907–1985), Gemeinde Châtonnaye, 1 Zehntplan von 1717 (0,1 Lm), Gemeinde Neyruz, alte Dokumente (0,8 Lm, 1530–1898).

Das StAF erhielt 37,02 (64,50) Lm an Archivalien von Privatpersonen: Dante Alighieri Gesellschaft Freiburg (0,2 Lm, 2006–2007), Herr Pierre-François de Vevey Freiburg (1,5 Lm, 19.–20. Jh.), Deutschfreiburgische Arbeitsgemeinschaft (7 Lm, 1895–2010), Studentenvereinigung Nuithonia Freiburg (10 Lm, 1858–2006), Herr Henri Spira La Chaux-de-Fonds (0,02 Lm), Cercle Saint-Gorgon Porsel (0,5 Lm, 1889–2011), Frau Denise Pasche Romont (0,5 Lm, 1922–1941), Pfarrei Echarlens, altes Archiv (7 Lm, ca. 1400–1980), Herr Hans E. Brühlhart Freiburg (0,1 Lm, 1976–2013), Verkehrs-Club der Schweiz – Sektion Freiburg (4 Lm, 1984–2011), Association pour la conservation du site de la Chartreuse de la Valsainte (0,8 Lm, 2002–2009), Gemeinschaft der Redemptoristen in Matran (4,5 Lm, 1948–2012), Frau Francine Margot Goumoens-la-Ville (0,3 Lm, 1926–2003), Herr Marc Chatelanat Genf (0,1 Lm, 1847–1888), Frau Yvonne Lehnerr Freiburg (0,02 Lm, 1816), Herr François Gendre Freiburg (0,3 Lm, 1690–1850), verschiedene Schenkungen (0,18 Lm).

Das StAF konnte folgende Originaldokumente erwerben: 1 Notariatsakt einer Gütertrennung ausgestellt in Epagny (1548), 16 Pergament- und 1 Papierdokument betreffend die Familie Chablais von Rueyres-Trefayes (1613–1749), 1 Lot von Dokumenten betreffend die Familien von Villarvolard, Broc, Châtel-sur-Monsalvens und Grandvillard (1579–1890), 1 Verzeichnis der Schweizer Offiziere in französischen Diensten (1779), 8 Pergamenturkunden und 2 Papierdokumente betreffend die Gemeinden La Tour-de-Trême und Orsonnens (1396–1597), 1 Bestand aus dem Besitz der Familie d'Ammann (19.–20. Jh.), 1 Lot von Dokumenten aus der Pfarrei Vuissens (17.–20. Jh.), 1 Buch mit Einwohnerverzeichnissen der Pfarrei Corbières (17.–19. Jh.).

### 13.5.2.5 Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten

Das Inventar von verschiedenen Beständen wurde 2013 abgeschlossen: Archiv des Gerichts des Saanebezirks (1803–1992, 109 406 Dossiers), Bestand des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins Sektion Freiburg (1852–2010), Bestand Pierre Margot Architekt (1926–2003), Bestand Gaston Demierre (1360–1938), Papiere Marcello (1759–2013), Bestand Tobie de Raemy (14. Jh.–ca. 1950), Bestand des Cercle Saint-Gorgon von Porsel (1889–2011), Bestand der Studentenvereinigung Sarinia (1889–2009), Bestand des Oberamts des Saanebezirks (1910–2009), Bestand des Staatsarchivs (1801–2012), Bestand der Freiburger Sektion der Gesellschaft Schweizerischer Maler, Bildhauer und Architekten (1899–2001).

Von den laufenden Arbeiten verdienen mehrere eine besondere Erwähnung, so die Klassierung und Erschliessung des Bestands von Roger-de-Diesbach (1944–2009), der Freiburger Augustiner (13.–19. Jh.), des Militärdepartements (19.–20. Jh.), der Anstalten von Bellechasse (ca. 1890–1995), des Gerichts des Saanebezirks und des Tiefbauamtes (19.–20. Jh.).

### 13.5.2.6 Konservierungsmassnahmen, Restaurierung, Buchbindung und Mikroverfilmung

Das Projekt einer vollständigen Reinventarisierung (Inventare, Konditionierung und Restaurierung) der alten Bestände wurde 2013 fortgesetzt mit dem Bestand der Kaiser- und Königsurkunden. 38 alte und beschädigte Dokumente wurden restauriert (Verträge und Richtungen, Kaiser- und Königsurkunden, Kataster der Stadt Freiburg, Karten und Pläne). Das Atelier für Mikroverfilmung des Staates hat 478 Register und Dokumente von alten Beständen mikroverfilmt.

### 13.5.2.7 Dienstleistungen: Auskünfte, Führungen, Ausstellungen

2013 wurden neue Öffnungszeiten eingeführt (Montagmorgen geschlossen, alle andern Tage geöffnet von 8 bis 17 Uhr). 597 Personen haben die Öffnungszeiten während der Mittagspause genutzt. 9656 (2012: 9392) Dokumente wurden von 670 (682) Benutzern konsultiert, was 2513 (2370) Tagessätzen entspricht. Das StAF übermittelte 655 (499) Dossiers an die Dienststellen der Verwaltung. Das Sekretariat des StAF beantwortete schriftlich oder telefonisch eine Vielzahl von Anfragen. Das StAF empfing Gruppen für kommentierte Führungen und Lektionen, nämlich 14 (15) Führungen mit 233 (253) Personen. Es empfing während der Museumsnacht 750 Besucher.

Das StAF lieh mehrere, teils sehr wertvolle Dokumente für Ausstellungen in Freiburg im Breisgau und Freiburg (Gemeinschaft der Ursulinen und MAHF) aus.

### 13.5.2.8 Wissenschaftliche Arbeiten und Publikationen

Das StAF unterstützte verschiedene Forschungen historischer, wissenschaftlicher oder technischer Art. Die Mitarbeiter des StAF haben zahlreiche Vorträge gehalten und die Ergebnisse ihrer Forschungen publiziert: im *Historischen Lexikon der Schweiz*, in den *Cahiers du Musée gruérien*, in den *Freiburger Geschichtsblättern* und den *Annales fribourgeoises* sowie in weiteren wissenschaftlichen Publikationen.

### 13.5.2.9 Zusammenarbeit

Das StAF nahm an den Aktivitäten des *Forums der Archivare – Freiburg* teil: eine Konferenz über den Erhalt und die Vermittlung des Freiburger Tonkulturerbes. Es nahm an der 5. Nacht der Museen Freiburg teil und an der Herausgabe einer Broschüre, welche die 14 Museen und kulturellen Institutionen der Region Freiburg präsentiert. Das StAF beherbergte den vom *Deutschen Geschichtsforschenden Verein des Kantons Freiburg* angebotenen Kurs zum Lesen von Archivdokumenten (27 Teilnehmende).

Mit dem *Institut fribourgeois d'héraldique et de généalogie* und der Organisation *Familysearch International*, hat das StAF ihr Digitalisierungs- und Indexierungsprojekt der Volkszählungen der Freiburger Bevölkerung des 19. Jh. weiterverfolgt.

Neben der Herausgabe des *Registrum Lombardorum*, dem ersten Freiburger Notariatsregister (1356–1359), läuft in den Räumlichkeiten des StAF ein Forschungsprojekt des Nationalfonds. Thema sind die Fragen zu Freiburg und zur Reformation im 16. Jh.

## 13.6 Kantons- und Universitätsbibliothek

Direktor: **Martin Good**

### 13.6.1 Kommission

In den beiden jährlichen Sitzungen sah die Kommission die Rechnung 2012 ein und nahm zum Voranschlag 2014 zustimmend Stellung. Die Mitglieder zeigten sich erfreut über die Vielfalt des Kulturprogramms, die Projekte für die Digitalisierung der Freiburger Presse und den Zugang zum E-Book für das breite Publikum. Sie nahmen die Überarbeitung des Ausbau- und Renovierungsprojekts der Zentrale aufgrund der Staatsratsbeschlüsse zur Kenntnis. Sie verfolgten das Integrationsprojekt des Zettelkatalogs, die Reform des RERO, die Verhandlungen mit dem Lieferanten elektronischer Zeitschriften Elsevier und die Strategie der KUB zu den elektronischen Ressourcen. Philippe Trinchan, Vertreter der EKSD, ersetzt Gérald Berger als Mitglied des Büros der Kommission.

### 13.6.2 Direktion und Stabsfunktionen

Der Direktor und die stellvertretende Direktorin nahmen an den Arbeiten folgender Organe und Vereinigungen teil:

- > Verein für die Konservierung, Digitalisierung und Zugänglichkeit der Freiburger Zeitungen (VFP);
- > *Association romande des bibliothèques patrimoniales*;
- > Vorstand der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken ABF-VFB;
- > Kommission der KUB;
- > Kommissionen der dezentralen Bibliotheken an der Universität;
- > Konferenz der Universitätsbibliotheken der Schweiz «KUB» (der Direktor war als Revisor des Konsortiums tätig);
- > Schweizerische Konferenz der Kantonsbibliotheken;
- > «*Conseil stratégique RERO*» (provisorisches Führungsorgan im Hinblick auf eine neue Organisation des Verbunds);
- > Arbeitsgruppe «Urheberrecht» des Fachverbands im Bereich Bibliotheks- und Informationswesen BIS;
- > *Switch AAI Advisory Committee*;
- > Universität Freiburg / Weiterbildungsstelle (Mitarbeit beim «*Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque*»).

Bei der Führung von RERO traten während des ganzen Jahres Schwierigkeiten auch, das zu einer Intervention der EKSD bei der CIIP führte.

### 13.6.2.1 Gebäude, Einrichtungen, Hausdienst, Sicherheit für Personen und Sachen

Unter Leitung des Hochbauamts wurden neben den üblichen Unterhaltsarbeiten mehrere Projekte verwirklicht, darunter insbesondere: Unterhalt der Klimaanlage, Ersetzen von Fenstern, Sicherung des Glasdachs des grossen Lesesaals, Umgestaltung der öffentlichen Bereiche, Massnahmen zur Erhaltung der Fotonegative und die dritte Etappe der Erneuerungsarbeiten am Gebäude von 1910 für die vom Ausbauprojekt wenig betroffenen Räume, hauptsächlich im Ausleihbereich und in der Eingangshalle (Renovierung und Streichen der Fenster).

Rauchentwicklungen von defekten Luftkompressoren sowie eine Aufzugspanne hatten mehrere Feuerwehreinsätze zur Folge.

### 13.6.2.2 Berufsausbildung

Zwei Personen schlossen ihre Lehre als Assistent/in Information und Dokumentation (AID) ab, während vier weitere sie fortsetzten. Zwei neue AID-Lernende wurden angestellt (davon eine in Partnerschaft mit der *Bibliothèque de la Ville* in Freiburg). Zwei Personen haben ihre für die Fachhochschule erforderlichen Praktika abgeschlossen. Zwei Personen, die ein Vor-Master-Praktikum absolvieren, wurden angestellt. Der Lehrling in Mediamatik setzt seine Ausbildung im vierten Jahr fort; ein zweiter Lehrling konnte angestellt werden.

Alle Teilnehmenden der sechsten Durchführung des «*Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque*» (CAS) haben ihre Ausbildung erfolgreich beendet.

### 13.6.2.3 Koordination mit der Universität

Die Koordinationsgruppe hat folgende Themen behandelt: Ausbau und Restrukturierung der KUB, Erweiterung von Miséricorde, weitere Verwendung des Kredits für die Projekte der Koordinationsgruppe, Erneuerung des dreijährigen Vertrags mit dem Verlag Elsevier, Bericht (Bestandsaufnahme und Empfehlungen) über die BHT, Anerkennung der BLE als dezentrale Bibliothek unter Einschluss des Wissenschaftlichen Kompetenzzentrums für Mehrsprachigkeit, Projekt der RFID-Ausrüstung für die BLL-BQC, RERO-Governance und Wiederbesetzung von zwei Stellen in der Direktion. Im Rahmen der Open-Access-Woche führte die gemischte Arbeitsgruppe mehrere Sensibilisierungsaktionen durch.

### 13.6.2.4 Koordination mit den assoziierten Bibliotheken

Die Koordination integrierte zwei neue Bibliotheken (Franziskanerkloster und Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal) und schloss die Arbeiten im Zusammenhang mit der Auflösung der Bibliothek des Diözesanzentrums ab. Sie betreute insgesamt 17 Bibliotheken und lud zum ersten Mal alle Verantwortlichen zu einem Informations- und Austauschnachmittag ein.

### 13.6.2.5 Koordination mit der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken (ABF-VFB)

Die ABF-VFB nahm an der Vernehmlassung des Vorentwurfs des Gesetzes über die obligatorische Schule (SchG) teil, nahm Stellung zum Bibliotheksbereich und setzte ihre Zusammenarbeit mit den politischen Behörden fort. Die Arbeitsgruppe «Zukunft der Bibliotheken und Bibliothekare» übergab dem Vorstand ihren Bericht. Dieser stellte den Inhalt am Abend der Bibliotheken vor und wird seine Überlegungen fortsetzen. Die Loterie Romande (LoRo) gewährte einen Beitrag von 137 635 Franken, der vollständig an die Schul- und Gemeindebibliotheken des Kantons weitergegeben wurde. Die Vereinigung setzte ihre Tätigkeit in Sachen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliederbibliotheken fort und beteiligte sich weiterhin an der Fortbildung der Bibliothekare mit der Durchführung von Kursen, die teilweise von der EKSD finanziell unterstützt wurden. Die ABF-VFB präsentiert sich künftig auf einer neuen Website, die den heutigen Anforderungen entspricht.

### 13.6.2.6 Publikationen

Zur Bekanntmachung ihrer Bestände und ihrer Aktivitäten veröffentlichte die KUB folgende Schriften:

- > Neuauflage von «Temps révolus 1300-2006. Généalogie de la famille Castella»;
- > «Chronique fribourgeoise 2012»;
- > Themenblätter und KUB-Prospekt;
- > monatlicher elektronischer Newsletter, der alle Aktivitäten der KUB ankündigt;
- > halbjährlicher elektronischer Newsletter für den Lehrkörper der Universität;
- > Präsenz auf Facebook;
- > Kulturprogramme 2013 und 2013/14; Cinéplus-Programme 2013 und 2013/14;
- > «BCU Info», Nr. 69–70;
- > Zusammenstellung der Textbeiträge der KUB und der Presseartikel über die KUB im «Press-Book»;
- > «Tintin à Fribourg: dits et interdits», von Alain-Jacques Tornare und Jean Rime;
- > «Tintin à Fribourg: dits et interdits», von Alain-Jacques Tornare und Jean Rime (Internetfassung des Katalogbuchs ohne Abbildungen);
- > «Les aventures suisses de Tintin», von Jean Rime.

Die zweite Publikation über Tintins Schweizer Abenteuer und die Internetversion ersetzte den Katalog «Tintin à Fribourg», der aus dem Verkauf gezogen wurde, um Schwierigkeiten mit der Gesellschaft Moulinsart SA zu vermeiden.

### 13.6.2.7 Ausbau-, Umbau- und Renovierungsprojekt des Gebäudes

Am 13. März beschloss der Staatsrat, auf den Erwerb des Gartens des Albertinums zu verzichten, und erteilte der EKSD und der RUBD den Auftrag, das Erweiterungsprojekt der KUB auf der Basis des Siegerprojekts zu überarbeiten: Beschränkung auf den Perimeter der Grundstücke im Staatseigentum, Umstrukturierung der bestehenden Räumlichkeiten sowie Suche nach externen Lagerkapazitäten.

In Zusammenarbeit mit den Architekten, die den Wettbewerb gewannen, wurde das Projekt unter Berücksichtigung aller ursprünglichen Ziele (insbesondere Freihandbereich, diversifizierte Arbeitsplätze sowie Integration der universitären Bibliotheken für Sprachen und Literaturen) überarbeitet. Die Planung war am Jahresende so weit fortgeschritten, dass dem Staatsrat im Jahr 2014 eine Botschaft unterbreitet werden kann.

### 13.6.2.8 Digitalisierung der Freiburger Zeitungen

In Zusammenarbeit mit dem von Albert Noth präsidierten Verein für die Konservierung, Digitalisierung und Zugänglichkeit der Freiburger Zeitungen (VFP) wurden die Planung und die Suche nach finanziellen Mitteln fortgesetzt; momentan ist etwa die Hälfte der benötigten Mittel gedeckt; weitere Verhandlungen laufen.

### 13.6.3 Abteilung Freiburger Sammlungen und kulturelle Aktivitäten

#### 13.6.3.1 Erwerbungen

<b>Monografien</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
- Pflichtabgabe	571	967
- Abschlussarbeiten UNI + FH	553	776
- Ankäufe	661	361
- Schenkungen	387	746
<b>Total</b>	<b>2172</b>	<b>2916</b>

<b>Freiburger Zeitschriften als Pflichtabgabe</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
- Eingegangene Faszikel	2513	2506
- Neue Zeitschriftentitel	74	53

686 (576) Plakate und 89 (18) geografische Karten wurden erworben und 180 (432) Dokumente grauer Literatur (Flyers, Einladungskarten usw.) wurden in die Sammlung der Gelegenheitsschriften aufgenommen.

Die Bildsammlung erfuhren eine Bereicherung durch die Abzüge der Ausstellung «...Hopfen und Malz verloren» von Christophe Maradan. Der Postkartenfonds wuchs dank Schenkungen und Ankäufen um 83 (850) Karten.

<b>Tondokumente</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
- Pflichtabgabe	31	27
- Ankäufe	95	64
- Schenkungen	9	57
<b>Total</b>	<b>135</b>	<b>148</b>

<b>Videodokumente</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
- Pflichtabgabe	10	10
- Ankäufe	47	20
- Schenkungen	22	15
<b>Total</b>	<b>79</b>	<b>45</b>

<b>Audiovisuelle Aufnahme durch die KUB</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
- Ton	172	141
- Video	63	34
<b>Total</b>	<b>235</b>	<b>175</b>

#### 13.6.3.2 Freiburger Bibliografie

<b>Jährliche Erschliessung</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
- Aufnahmen mit Indexierung	1206	1204
- Druckschriften	732	698
- Audiovisuelle Dokumente	263	200
- Analytische Aufnahmen	211	306

<b>Jährliche Erschliessung</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
- Leitaufnahmen	1075	840
<b>Total der Aufnahmen</b>	<b>36 657</b>	<b>35 451</b>

### 13.6.3.3 Erschliessung und Benutzung

Im Rahmen der Katalogisierung der alten Druckschriften wurden 12 439 (249) Bände erfasst. 120 (120) Plakate, 3800 Negative des Fonds Jacques Thévoz und 883 der Fonds CIRIC (Centre international de reportages et d'information culturelle) und Benedikt Rast sowie verschiedene Abzüge auf Karton wurden digitalisiert. Die Archivierung des Fonds Léo und Micheline Hilber (Prüfung des Fonds und Inventarisierung) sowie das Inventar des Fonds CIRIC, des Fonds Jean-Pierre Anderegg und der Fotoabzüge auf Karton wurden fortgesetzt. Aus konservatorischen Gründen wurden 1328 (1379) Video- und Tondokumente übertragen oder kopiert. Die Ton- und die Videoregie wurden während 1420 (1205) Stunden genutzt.

Die Benutzung des Lesesaals für Sondersammlungen präsentiert sich wie folgt: 2439 (2009) Dokumente, davon 788 (514) Handschriften, wurden eingesehen, und 777 (803) Besuche wurden verzeichnet. 603 (535) Bilddokumente aus den Archiven wurden von kantonalen Dienststellen, Medien, Verlagen, Gemeinden, Unternehmen, Kulturstiftungen und Privatpersonen genutzt.

### 13.6.3.4 Konservierung und Buchbinderei

Das Team der Buchbinder- und Konservierungswerkstatt war – neben seinen gewohnten Aufgaben wie Bindearbeiten, Reparaturen und Restaurierungen, Anfertigung von Schachteln und Passepartouts, Aufbau von Ausstellungen, Verwaltung der Zeitungen und Zeitschriften – mit der Reprografie und Verwaltung der Mikrofilme befasst: 315 (299) Bestellungen von Reproduktionen mit insgesamt 5876 (5005) Fotokopien, 24 (34) Bestellungen von Kopien vollständiger Ausgaben von Freiburger Zeitungen und 9 (11) Bestellungen von Scans alter Bücher wurden bearbeitet.

Die Mikroverfilmung der wichtigsten Freiburger Zeitungen des laufenden Jahres wurde gemäss den Richtlinien des Fachbereichs Kulturgüterschutz im Bundesamt für Bevölkerungsschutz vorgenommen. Eine Auswahl von Freiburger Zeitschriften und alten Freiburger Druckschriften mit insgesamt 35 895 (12 533) Seiten wurde digitalisiert.

Es wurde festgestellt, dass Negative der 1950er- und 1960er-Jahre aus verschiedenen Fotofonds (Thévoz, Mülhauser, Rast) langsam zerfallen («Essigsyndrom»), wogegen Notmassnahmen ergriffen wurden (Quarantäne bei 4 Grad, Durchlüftung der Räume, Spezialverpackung, Digitalisierung).

## 13.6.4 Kulturelle Veranstaltungen

### 13.6.4.1 Ausstellungen

- > «Sacré». 8. fotografische Ermittlung: Thema Freiburg, von Matthieu Gafsou (14.12.2012–02.03.2013);
- > «Basketball is Everywhere (FIBA meets FIFF)» (15.03.–04.05.);
- > «Livres italiens à la BCU: le génie de la bibliographie chez Gianfranco Contini et Giuseppe Billanovich» (15.05.–21.05.);
- > «Tim und Struppi in Freiburg. Sagen und Unsägliches» (07.06.–26.10.);
- > «Die Tonaufnahmen aus den Radio-Archiven der SRG» (25.09.–19.10.);
- > «...Hopfen und Malz verloren». Pascal Maradan – Fotografien der Brauerei Cardinal (16.11.2013–28.02.2014).

Externe Ausstellungen:

- > Leihgaben der «Fotografischen Ermittlung: Thema Freiburg»:
  - > «L'âge critique» von Nicolas Savary (2006): Ausstellung in Lyon («Adolescences critiques 1» im «Le bleu du ciel», 02.02.-13.04.) und in Meyrin («Passage. Des photographes s'interrogent sur la frontière entre enfance et l'âge adulte», 19.04.-01.06.);
  - > «Sacré» von Matthieu Gafsou (2012): Ausstellung in Lausanne («Galerie Kiss the Design», 17.05.–29.06.) und Brüssel («Fotofever. Brussels, tour & taxis», 04.–06.06.);
  - > «Chasses» von Anne Golaz (2010): Ausstellung in La Chaux-de-Fonds («club 44», 09.01.–27.03.).

- 
- > «Photographies d'époque. Collections de la BCU Fribourg: Johann Mülhauser, Benedikt Rast, Jacques Thévoz» (07.06.–07.07.), Ausstellung im Vide-poches in Marsens.

#### 13.6.4.2 Veranstaltungen und Vorträge

Abendveranstaltungen in der Rotunde:

- > «D'Sünenenerschyy vam «Solei Blang»: Geschichten aus Freiburg (Freiburg 2012)», Lesung in Bolz mit Fränzi Kern-Egger, am Akkordeon begleitet von Christel Sautaux;
- > «Antoine-Léonce Kuhn (1753-1823) et ses mécènes fribourgeois ou l'éclosion d'un compositeur à Fribourg», Vortrag von Alain Clément;
- > «Gewinner der Eidgenössischen Literaturpreise 2012», Lesung mit Arno Camenisch, Irena Brežna und Matthias Zschokke;
- > «Speed-Booking» (F/D) anlässlich des Welttages des Buches, namentlich mit Claude Ducarroz, Jean-François Haas, Alexandre Dafflon und Kathrin Utz Tremp;
- > «100<sup>e</sup> anniversaire de Pierre Kaelin (1913–1995)», persönliche Erinnerungen von Pascal Corminboeuf und Rémy Goumaz sowie Präsentation des in der KUB deponierten Fonds Pierre Kaelin;
- > «De l'Affère Tournesol à l'affaire Cantonneau: lectures fribourgeoises et romandes de Tintin», Vortrag von Jean Rime;
- > «Hergé, la bande dessinée faite homme», Vortrag von Benoît Peeters, in Zusammenarbeit mit der Alliance française Freiburg;
- > «Braconniers des mots ou divagations d'automne», Lesungen in Zusammenarbeit mit dem Freiburger Schriftstellerverein im Wechsel mit Improvisationen des Perkussionisten Maxime Favrod;
- > «Table ronde avec les dessinateurs de presse ou auteurs de parodies de Tintin», mit Richard Aeschlimann, Alex, Roulin, Sen und Alain-Jacques Tornare;
- > «La poésie a-t-elle un âge?», Diskussionen und Lesungen mit Frédéric Wandelère, Pierre Voélin, Laurent Cennamo und Baptiste Gaillard, und Präsentation der Revue de Belles-Lettres durch Marion Graf;
- > Jean-François Haas, «Le Chemin sauvage» (Paris: Seuil 2012), Lesung von Auszügen aus dem gleichnamigen Roman, der mit den Preisen Bibliomédia und Lettres Frontière 2013 ausgezeichnet wurde.

Mittagsveranstaltungen in der Rotunde: Führungen durch die Ausstellung «Basketball is Everywhere (FIBA meets FIFF)» mit dem Regisseur, FIFF-Direktor Thierry Jobin und Ausstellungskurator Jean-Luc Cramatte; Führungen durch die Ausstellungen «Tim und Struppi in Freiburg: Sagen und Unsägliches» und «...Hopfen und Malz verloren».

Nacht der Museen: Unter dem Thema «Illusion: wahr oder nicht?» präsentierte die KUB eine Ausstellung mit retuschierten Fotografien, Stereoskopien und einer Werkstatt für wertvolle Einbände und veranstaltete Vorträge und Konzerte.

Lettres frontière: drei Begegnungen und Gespräche, Wahl der «Coups de cœur» der 20. Auswahl 2013 des Literaturpreises Lettres Frontière.

Das *Orchestre des jeunes de Fribourg* gab am 24. Februar und am 24. November je ein Konzert im grossen Lesesaal.

#### 13.6.4.3 Cinéplus – der Filmclub

Im 36. Jahr besuchten 927 (1264) Personen die Vorführungen von 20 (25) Filmen, die in Freiburg bisher gar nicht, selten oder nur einmal gezeigt wurden.

#### 13.6.4.4 Zusammenarbeit

- > Mitarbeit an der Website «Notre Histoire.ch»;
- > Mitarbeit im Rahmen von «e-lib.ch» an den Projekten «e-rara», «retro-seals» und «e-codices»;
- > Mitarbeit am Projekt der Nationalbibliothek «Die Schweiz vor 100 Jahren: Ansichtskarten», das von der SKKB in Auftrag gegeben wurde;
- > Mitarbeit am Projekt der Nationalbibliothek «Gesamtkatalog Plakate (CCSA)»;
- > Mitarbeit am Editionsprojekt «Regards Retrouvés. Collections photographiques fribourgeoises»;

- > Bereitstellung von «L'optique des couleurs» von Louis-Bertrand Castel (Paris 1740) für die Ausstellung «Nota Bene: de la musique avec Rousseau» (16.10.12–30.06.13);
- > Bereitstellung alter Freiburger Druckschriften für die Ausstellung «380 ans de pédagogie au service de la population fribourgeoise» im Ursulinenkloster (27.10.13–30.06.14);
- > Bereitstellung alter Freiburger Druckschriften für die Ausstellung des Museums für Kunst und Geschichte Freiburg «DressCode. Kleidung in Freiburger Sammlungen» (08.11.13–02.03.14);
- > Bereitstellung von «Les Césars de l'empereur Julien» (Paris 1683) für die Ausstellung «Héros antiques au Grand Siècle – la tapisserie flamande face à l'archéologie» im Musée Rath Genf (29.11.13– 02.03.14).

### 13.6.5 Abteilung Handschriften, Inkunabeln und Archive

#### 13.6.5.1 Schenkungen und Erwerbungen

Briefkonvolut von Ghislain de Diesbach; Tagebuch von Pater Joseph Amann (1892–1976). 1947–1974. Ms. (Ankauf); Konvolut von Dokumenten der Familie des verstorbenen Gérard Bourgarel (Ankauf): u.a. Katalog der Bibliothek von Joseph de Praroman. Ms. 1806, und Charles de Castella, «Notes de batissage». 1807. Ms.; 1 Brief mit Unterschrift von Gustave Doret an Pierre Aeby, 11.12.1941; J.-B. Thürler, «Specielle Pathologie». 1847. Ms.; historische Sammlungen von Hw. Fridolin Brülhart (1863–1938). Ms.

#### 13.6.5.2 Erschliessungen

- > Inventarisierung: Supplement zu den Papieren Hubert Savoy; Fonds der *Association fribourgeoise des organistes*; Papiere Jean Brunhes (1869–1930); Papiere Erika Billeter (1927–2011).
- > Klassierung der Neuzugänge: L 2153–2173.
- > Archivinventare, die mittels des Moduls «Archives Management System» in den Gesamtkatalog RERO integriert wurden: Papiere Joachim-Joseph Berthier und Fonds Gérard Pfulg.
- > Vorbereitung eines Katalogs der Inkunabeln des Kantons Freiburg (Veröffentlichung 2014).

#### 13.6.5.3 Restaurierungen

- > Ms. L 53: Petrus Lombardus usw., 13. Jh.
- > Ms. L 383/11: Dokumentensammlung 15.–16. Jh.
- > Inkunabel Z 12/2: Biblia. Deutsch. – Nürnberg: A. Koberger 1483.
- > Inkunabel Z 107: Psalterium. – Lyon: [J. Neumeister und M. Topié?] 1491.

#### 13.6.5.4 Mikroverfilmung / Digitalisierung

Ms. L 13 und Cap. Rés. 112. Ms. L 5, L 37, L 84, L 145, L 158, L 293 (mit Online-Publikation im Rahmen des Projekts «e-codices»); Inkunabeln Z 59 und Z 295.

#### 13.6.5.5 Zusammenarbeit und weitere Aktivitäten

- > «Je veux chanter encore», Film von Jean-Théo Aeby über Abbé Bovet.
- > «DressCode. Kleidung in Freiburger Sammlungen». Museum für Kunst und Geschichte Freiburg und Musée gruérien Bulle, 8.11.2013–2.3.2014.

### 13.6.6 Abteilung Informationstechnologien

Hauptprojekte:

- > Migrierung zu einer neuen Version des Bibliotheksverwaltungssystems (Virtua 2012.2);
- > Mitarbeit an der neuen Suchoberfläche Explore im Rahmen von RERO;
- > Entwicklung und Umsetzung einer Internet-Anwendung für die Herstellung der Signaturen;
- > technischer Support bei der Einrichtung einer automatischen Ausleihe in der Bibliothek für Sprachen und Literaturen;
- > Fortsetzung der Überarbeitung der Präsentation der digitalen Freiburger Kulturgut-Dokumente auf dem institutionellen Server RERO DOC;
- > Mitarbeit bei der Einführung von Windows 7;
- > technische Mitarbeit an der Umgestaltung des Ausleihbereichs;

- > Erneuerung der Anzeigesoftware für die elektronischen Anzeigetafeln;
- > Vorbereitung einer neue Lösung für die Dokumentation und Projektverwaltung;
- > Mitarbeit an der Planung und Einrichtung von E-Book-Sammlungen;
- > Analyse und Spezifikationen für die Änderung der Zugangssoftware zu Datenbanken;
- > Analyse und Spezifikationen für die Änderung der Zugangssoftware zu digitalisierten Bildern, um insbesondere die Integration von Dokumenten anderer Dienststellen (im vorliegenden Fall des KGA) zu ermöglichen.

### 13.6.7 Erwerbungsabteilung

#### 13.6.7.1 Statistik

Dokumente	2013	2012
- Ankäufe aus dem Budget der Zentrale	17 538	13 962
- Ankäufe aus dem Budget der Universität	18 753	21 480
- Ankäufe aus Sonderkrediten	979	647
- Schenkungen	6011	3919
- Pflichtabgaben (inkl. audiovisuelle Dokumente)	1712	2281
- Tausch	254	422
- Deposita	2968	2068
- Zeitschriften: neue Abonnemente	130	137
- Zeitschriften: Sonderhefte	422	458
<b>Total</b>	<b>48 767</b>	<b>45 374</b>

Zeitschriften	2013	2012
- Abonnierte Papierzeitschriften (Titel)	5038	5020
- Elektronische Zeitschriften (Titel)		
über das Konsortium abonnierte Titel	14 458	12 511
ausserhalb des Konsortiums abonnierte Titel	678	879
nachgewiesene unentgeltliche Titel	43 208	37 447
- Datenbanken (CD-ROMs und online)	398	405

Die Verwaltung der Zeitschriften auf Papier umfasste 24 863 (25 588) Faszikel.

#### 13.6.7.2 Erwerb elektronischer Angebote

Die KUB setzte ihre Mitarbeit im Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken fort, das sich eine koordinierte Versorgung der Hochschulen mit elektronischer Information zu günstigen finanziellen Bedingungen zum Ziel gesetzt hat. So erneuerte die KUB insbesondere den dreijährigen Vertrag mit dem Verlag Elsevier (mit Beteiligung der Universität) und beteiligte sich an Konsortiumsverträgen für zahlreiche Produkte: Backfiles wissenschaftlicher Zeitschriften, Datenbanken (insbesondere Fachzyklopädien für Philosophie, angewandte Linguistik, Soziologie und Ethik). Zudem wurden Verträge abgeschlossen für die Plattformen Divibib/SBD und Numilog, dank denen vom ersten Halbjahr 2014 an elektronische Bücher zur Verfügung gestellt werden können.

#### 13.6.7.3 Buchbinderei

Von externen Unternehmen gebundene Bände: 6918 (7964).

### 13.6.8 Katalogisierungsabteilung

#### 13.6.8.1 Formalkatalogisierung

Bände	2013	2012
- Neuaufnahmen	51 553*	58 873

<b>Bände</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
*(hinzu kommen 136 092 Aufnahmen aus der Integration einer Sammlung von E-Books)		
- Rekatalogisierung	16 407	12 002
- Verschiedene	5800	5413
<b>Total KUB</b>	<b>73 760</b>	<b>76 288</b>
- Assoziierte Bibliotheken	27 500	26 186
<b>Total</b>	<b>101 260</b>	<b>102 474</b>

### 13.6.8.2 Sachkatalogisierung

<b>Bände</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
- Von der KUB bearbeitete Bände	21 728	19 539
- Von einer anderen Bibliothek bearbeitete Bände	14 478	23 872
- Nicht erschliessbare Bände	178 403	39 064
- Leitaufnahmen	2866	2826
<b>Total</b>	<b>217 475</b>	<b>85 301</b>

Die von der Universität angestellten Bibliothekare/-innen leisteten 10 % (18 %) der Formalkatalogisierung und 40 % (36 %) der Sachkatalogisierung. Im Rahmen der Zusammenarbeit im Westschweizer Bibliotheksverbund (RERO) wurden 77 % (51 %) der Formalkatalogisierung bzw. 40 % (55 %) der Sachkatalogisierung für die Bände der KUB bereits von anderen Partnern geleistet, wenn man nicht erschliessbare Titel und Leitaufnahmen ausser Betracht lässt.

Der Katalog der KUB umfasst 1 853 065 (1 643 485) Aufnahmen, denen 2 581 405 (2 353 094) Bände entsprechen.

### 13.6.8.3 Rekatalogisierung

Was die laufende Rekatalogisierung betrifft, verteilen sich die Zahlen wie folgt:

- > in der Zentrale 11 179 Bände (10 928);
- > in der Universität 5228 Bände (1074).

Von 1985 bis 2013 wurden 975 551 Bände rekatalogisiert, davon 16 407 im Berichtsjahr (12 002).

## 13.6.9 Benutzungsabteilung

### 13.6.9.1 Statistik

<b>Dokumente</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
- Heimausleihen inkl. Mediathek	393 953	389 962
<i>davon Mediathek allein</i>	<i>103 673</i>	<i>107 344</i>
<i>davon Transaktionen im iPortal</i>	<i>174 806</i>	<i>168 328</i>
- Ausleihen in den Lesesaal	5946	6916
- Ausleihen durch die Bibliotheken an der Universität	69 771	67 005
- Ausleihen von auswärtigen Bibliotheken	8967	9579
- Ausleihen an auswärtige Bibliotheken	9446	10 080
- Versand bestellter Fotokopien	825	881
- Eingang bestellter Fotokopien	466	543
<b>Total</b>	<b>489 374</b>	<b>484 966</b>

	<b>2013</b>	<b>2012</b>
- Versand bestellter Fotokopien von Freiburger Zeitungen	374	327

	2013	2012
- Bearbeitete Bestellungen per E-Mail	3956	4719
- Anzahl WLAN-Zugänge durch nichtuniversitäres Publikum	5075	4191

### 13.6.9.2 Nutzung der elektronischen Angebote

In den über das Konsortium abonnierten Zeitschriften wurden mehr als 300 000 (220 000) Artikel in 42 (25) Zeitschriftenpaketen konsultiert. In 398 (398) von der KUB abonnierten Online-Datenbanken (einschliesslich E-Books) wurden über 350 000 (300 000) Recherchen vorgenommen.

### 13.6.9.3 Benutzerschulung

Die KUB-Zentral veranstaltete 41 (49) Führungen und Kurse für die Bibliotheksbenutzung und Dokumentensuche, an denen insgesamt 505 (558) Personen teilnahmen. Das in das Studium integrierte Programm wurde von 853 (775) Studierenden genutzt.

### 13.6.10 Logistikabteilung

#### 13.6.10.1 Verwaltung der Magazine, Lieferung und Vervielfältigung von Dokumenten

Die Abteilung setzte insbesondere die operationelle Phase des Projekts «Organisation et gestion des masses documentaires - OGMD» fort, insbesondere die Neuklassierung der Grossformate des Depots der alten Druckschriften.

#### 13.6.10.2 Ausrüstung der Dokumente

Dokumente	2013	2012
- Etikettierte oder neu etikettierte Bände	72 905	68 234
- Mit Magnetstreifen versehene Bände	20 290	18 884
- Mit RFID-Chips versehene Bände	227 000	273 500

#### 13.6.10.3 Spedition, Transporte, Umzüge

4450 (4660) Pakete wurden versandt. Neben den täglichen Transporten für die Bibliotheken an der Universität und die assoziierten Bibliotheken wurden zahlreiche Sondertransporte durchgeführt.

#### 13.6.10.4 Infrastrukturen und Materialzentrale

Künftig steht ein Defibrillator zur Verfügung, und 28 Mitarbeitende wurden entsprechend ausgebildet. Verschiedene veraltete Geräte wurden ausgetauscht (Mikrofilmscanner, Schneidemaschine); ein Scanner steht für die Kulturgüter zur Verfügung, desgleichen einen Unterdrucktisch für alte Dokumente.

#### 13.6.11 Dezentrale Bibliotheken an der Universität

Zwei Arbeitsgruppen, die aus der Gruppe Constellation (Verantwortliche der Bibliotheken an der Universität) hervorgegangen sind, überreichten dem Vizerektor ihren Bericht: die Arbeitsgruppe Personal (Festlegung einheitlicher Öffnungszeiten für jede Bibliothekskategorie und Berechnung der Kosten für das zusätzliche Personal) und die Arbeitsgruppe Erwerbungspolitik (Erstellen eines allgemeinen Dokuments, das als Leitfaden für die Erarbeitung einer Erwerbungspolitik für jede Dokumentationseinheit dienen kann).

## 13.7 Konservatorium

Direktor: **Giancarlo Gerosa**

### 13.7.1 Kommission

Die Kommission des Konservatoriums tagte zweimal. Sie genehmigte die Rechnung 2012 und fällte einen positiven Vorentscheid für den Voranschlag 2014. Daneben behandelte sie folgende Themen: Struktur- und Sparmassnahmen, Ernennung des Abteilungsleiters für das Fach Klavier, Neubau in Granges-Paccot für die Unterbringung des Tanz- und Schauspielunterrichts, Schuljahresbeginn 2013/2014.

## 13.7.2 Tätigkeit

### 13.7.2.1 Einteilung nach Unterrichtsfächern

Die Angaben stammen aus der Statistik vom Oktober 2013.

#### Blechblasinstrumente

Abteilungsleiter: Laurent Carrel; Anzahl Kurse 600: Trompete 390, Euphonium 70, Althorn 60, Tuba 10, Horn 30, Posaune 40; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 330, Mittelstufe 162, Sekundarstufe 87, Amateurzertifikat 18; Vorstudienzertifikat 3; Anzahl Lehrpersonen: Trompete 15, Tuba und Euphonium 3, Horn 2, Posaune 1; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 40 Aussenstellen in 7 Bezirken.

#### Gesang

Abteilungsleiter: Nicolas Pernet; Anzahl Kurse: 180; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 92, Mittelstufe 43, Sekundarstufe 29, Amateurzertifikat 14; Vorstudienzertifikat 2; Anzahl Lehrpersonen: 9; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und Murten.

#### Gitarre

Abteilungsleiterin: Jacqueline Sudan; Anzahl Kurse: 420; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 285, Mittelstufe 88, Sekundarstufe 30, Amateurzertifikat 17; Anzahl Lehrpersonen: 13; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 16 Aussenstellen in 7 Bezirken.

#### Holzblasinstrumente

Abteilungsleiter: Christophe Rody; Anzahl Kurse: 830; Blockflöte 170, Querflöte 300, Klarinette 160, Saxophon 145, Oboe 38, Fagott 17; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 519, Mittelstufe 199, Sekundarstufe 79, Amateurzertifikat 29; Vorstudienzertifikat 4; Anzahl Lehrpersonen: Blockflöte 11, Querflöte 11, Klarinette 6, Saxophon 5, Oboe 1, Fagott 1; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 24 Aussenstellen in 7 Bezirken.

#### Jazz

Abteilungsleiter: Christophe Tiberghien; Anzahl Kurse 380: Klavier 130, Gitarre 98, Schlagzeug 80, Keyboard, Synthesizer und Musikinformatik 15, Gesang 27, Bassgitarre und Kontrabass 17, Klarinette und Saxophon 13; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 236, Mittelstufe 87, Sekundarstufe 38, Amateurzertifikat 15; Vorstudienzertifikat 4; Anzahl Lehrpersonen: 17; Unterrichtsort: Freiburg.

#### Klavier

Abteilungsleiter: Olivier Lattion; Anzahl Kurse 1340; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 817, Mittelstufe 282, Sekundarstufe 135, Amateurzertifikat 41; Vorstudienzertifikat 7; Anzahl Lehrpersonen: 48; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 30 Aussenstellen in 7 Bezirken.

#### Schauspiel

Abteilungsleiter: Yann Pugin; Schüleranzahl: 56; Aufteilung nach Stufen: Einführungskurs I, II, III 25, Mittelstufe 13, Sekundarstufe 8, Amateurzertifikat 4; Vorstudienzertifikat 6; Anzahl Lehrpersonen 10; Unterrichtsort: Freiburg.

#### Streichinstrumente

Abteilungsleiter: Pierre-Bernard Sudan; Anzahl Kurse 450: Geige 330, Cello 100, Bratsche 8, Kontrabass 12; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 270, Mittelstufe 99, Sekundarstufe 54, Amateurzertifikat 22; Vorstudienzertifikat 5; Anzahl Lehrpersonen: Geige 15, Cello 4, Bratsche 3, Kontrabass 1; Unterrichtsorte: Geige (Freiburg, Bulle und 7 Aussenstellen in 7 Bezirken); Bratsche (Freiburg und Bulle); Cello (Bulle, Freiburg, Murten, Wünnewel); Kontrabass (Freiburg und Bulle).

#### Tanz

Abteilungsleiterin: Corinne Held; Schüleranzahl: 80; Aufteilung nach Stufen: Amateurzertifikat 56; Vorstudienzertifikat 24; Anzahl Lehrpersonen: 5 (zusätzlich 7 Lehrgangleiter); Unterrichtsort: Freiburg.

## Andere Fächer

- > Akkordeon: Anzahl Kurse 36; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 21, Mittelstufe 9, Sekundarstufe 4; Amateurzertifikat: 2; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.
- > Blasmusikleitung: berufsvorbereitende Ausbildung, Anzahl besuchte Kurse 9; Anzahl Lehrpersonen: 2; Unterrichtsort: Freiburg.
- > Cembalo: Anzahl Kurse 3; Aufteilung nach Stufen: Mittelstufe 2; Sekundarstufe 1; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.
- > Chorleitung: Amateurzertifikatsstufe, Anzahl besuchte Kurse: 8; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.
- > Klassisches Schlagzeug: Anzahl Kurse 80; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 51, Mittelstufe 15, Sekundarstufe 12; Amateurzertifikat: 2; Anzahl Lehrpersonen: 2; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.
- > Musikalische Früherziehung: Anzahl besuchte Kurse: 168; Aufteilung nach Unterrichtsfach: Musikalische Früherziehung 63, Rhythmik Jaques Dalcroze 49, Orff-Methode 56; Anzahl Lehrpersonen: 3; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.
- > Musiklehre und Gehörbildung: Grundausbildung und Amateurkurse: Anzahl besuchte Kurse 90; Aufteilung nach Stufen: Stufe I: 7; Stufe II: 31; Stufe III: 21; Stufe IV: 31; berufsvorbereitende Ausbildung: Anzahl besuchte Kurse 12, Aufteilung nach Stufen: Stufe I: 3; Stufe II: 6; Stufe IV: 3; Anzahl Lehrpersonen: 3; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.
- > Orgel: Anzahl Kurse 14; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 11, Mittelstufe 2, Amateurzertifikat 1; Anzahl Lehrpersonen: 3; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.
- > Tasteninstrument Improvisation: Anzahl Kurse: 12; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 7, Mittelstufe 4, Sekundarstufe 1; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.

### 13.7.2.2 Prüfungen

Im Schuljahr 2012/13 wurden 1076 Prüfungen in 3 Fachgebieten durchgeführt (Musik Schauspiel und Tanz).

#### Musik

980 Prüfungen mit folgender Verteilung; Eintritt Mittelstufe: 490; Eintritt Sekundarstufe: 258; Eintritt Zertifikatsklasse: 81; Zwischenprüfung für Amateurzertifikat: 43. Musiklehre und Gehörbildung (Schlussexamen), 21; Amateurzertifikat: 32; Schlussexamen (Amateurzertifikat) 29 (1 Fagott, 1 Bariton, 2 Gesang, 5 Klarinette, 2 Chorleitung, 1 Euphonium, 1 Blockflöte, 3 Querflöte, 1 Harfe, 1 Oboe, 1 Orgel, 5 Klavier, 1 Jazzklavier, 1 Saxophon, 1 Trompete, 1 Geige, 1 Cello).

#### Schauspiel

54 Prüfungen mit folgender Verteilung: Eintrittsprüfungen Amateurzertifikat 12; Übertrittsprüfungen Amateurzertifikat 16; Schlussprüfungen Amateurzertifikat 6; Aufnahmeprüfungen in Vorberufsstufe: 10; Schlussprüfungen Vorstudienzertifikate: 10.

#### Tanz

42 Prüfungen mit folgender Verteilung: Grund- und Amateurunterricht 10 (Eintritt Mittelstufe: 6; Eintritt Sekundarstufe: 1; Eintritt in Amateurklasse: 3; Schlussprüfung Amateurzertifikate: 0); berufsvorbereitender Studiengang 32 (Aufnahmeprüfungen: 6; Eintritt Sekundarstufe: 3; Eintritt Zertifikatsstufe: 2; Zwischenprüfungen: 20, Schlussprüfungen: 1).

### 13.7.2.3 Lehrpersonen

Im Schuljahr 2012/13 erteilten die 190 Lehrpersonen (114 Vollzeitäquivalente) im Durchschnitt wöchentlichen 2800 Unterrichtsstunden. Das Konservatorium wird auch von Studierenden der Kollegien besucht (Kollegium Sankt Michael, Kollegium Hl. Kreuz und Kollegium des Südens), und zwar im Rahmen des Schwerpunktfachs Musik. Die Lehrpersonen erteilten zudem unter anderem den Studierenden der HeMU-Musikhochschule Lausanne Standort Freiburg sämtliche Kurse im Zweitinstrument und im Hauptfach für den Studiengang Schulmusik. Das Konservatorium arbeitet auch mit der Universität Freiburg zusammen (Institut für Musikwissenschaft), indem es

Studierenden der Universität, die ihre Theorieausbildung vertiefen möchten, unentgeltlich am Unterricht in Gehörbildung und Musiklehre teilnehmen lässt. Ebenso wird Studierenden mit Studienziel Lehrdiplom für die Sekundarstufe 2 eine – für sie obligatorische – Chorleiterausbildung angeboten.

#### 13.7.2.4 Kulturelle Aktivitäten

Zu den kulturellen Aktivitäten des Konservatoriums gehören die zahlreichen Vortragsübungen (300 im Schuljahr 2012/2013, davon 200 in Granges-Paccot und 100 in den Aussenstellen) und auch die Konzerte. Dieses Jahr war besonders reich an pädagogisch motivierten Veranstaltungen und Fortbildungskursen. Im Rahmen von über 30 solcher Anlässe wurde Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schülern Gelegenheit gegeben, ihre Kompetenzen zu erweitern.

#### 13.7.2.5 Das neue Gebäude für den Ballett- und Schauspielunterricht

Am 6. Juli wird in Granges-Paccot ein neuer Gebäudeteil des Konservatoriums eingeweiht, der für den Ballett- und Schauspielunterricht bestimmt ist. Dieser bietet 2 Säle von je 100 m<sup>2</sup> für Ballett und für das Theater. Ab dem 1. September findet der Unterricht in den neuen Räumlichkeiten statt.

#### 13.7.2.6 Information und Kommunikation

Die Homepage des Konservatoriums wurde 80 000 Mal besucht. Es wurde im Lauf des Jahres eine Umstrukturierung vorgenommen, um den Bedürfnissen der Internetnutzer besser gerecht zu werden. Über 600 Einschreibungen und Änderungsanträge sind via Internet eingegangen. Das Bulletin des Konservatoriums wird zweimal pro Jahr mit je 5200 Exemplaren herausgegeben. Im Dezember erhielten die Freiburger Gemeinden zudem ein Dokument, in dem die Organisation und der Betrieb des Konservatoriums vorgestellt werden.

### 13.8 Museum für Kunst und Geschichte

Direktorin: **Verena Villiger Steinauer**

#### 13.8.1 Kommission

Die Kommission trat zweimal zusammen. Sie prüfte die Jahresrechnung 2012 und nahm positiv zum Voranschlag 2014 Stellung.

#### 13.8.2 Personal

Temporäre Anstellung von sieben Zivildienstleistenden und drei wissenschaftlichen Assistenten, die an der Vorbereitung von Ausstellungen und der Neuinventarisierung der Sammlung mitarbeiteten. Zwei Universitätsstudierende absolvierten sechsmontatige museologische Praktika, vier Studierende dreiwöchige Praktika. Im Rahmen der Hilfe des Staats für die erste Beschäftigung wurde ein Archivar angestellt.

#### 13.8.3 Tätigkeiten

##### 13.8.3.1 Wechsausstellungen und Dauerausstellung

Archéoquiz – Spurensuche im Freiburgerland (09.11.12–16.02.13) / Blicke, Passanten (22.03.–30.06) / Magdolna Rubin. Zuvor – danach (03.0.5–08.07) / Dress Code. Kleidung in Freiburger Sammlungen (08.11.13–02.03.14).

Die erwähnten Ausstellungen, die Dauerausstellung und die Veranstaltungen wurden vom 1. Januar bis 31. Dezember von insgesamt 12 744 (14 335) Personen besucht, darunter 189 (181) Schulklassen mit 2838 (2896) Schülerinnen und Schülern; in der Museumsnacht kamen 1750 (2005) Personen ins Museum. Tagesdurchschnitt: 41 (46) Besucherinnen und Besucher.

##### 13.8.3.2 Führungen

Insgesamt fanden 105 (128) Führungen durch die Dauerausstellung und die Wechsausstellungen statt (inkl. «Die sieben Wunder des MAHF», siehe unten).

«Die sieben Wunder des MAHF»: An drei Sonntagen pro Jahr lädt das MAHF zur (Wieder-)Entdeckung seiner Dauerausstellung ein.

### 13.8.3.3 Vorträge und Konzerte

Insgesamt wurden 28 (50) Vorträge gehalten (inkl. «Entdeckungen am Dienstag»).

«Entdeckungen am Dienstag»: Monatliche Vorstellung eines Werkes der Museumssammlung am frühen Abend. Für das Publikum wurden zehn Vorträge von Fachleuten mit anschliessender Diskussion organisiert.

«C'est quoi, au juste, le baroque?»: öffentlicher Kurs, durchgeführt von der *Société d'histoire* mit Unterstützung des MAHF, 8 Abende.

Im Lapidarium waren 10 (15) Konzerte von verschiedenen Musikformationen zu hören.

### 13.8.3.4 Vollständige Neuinventarisierung der Museumssammlung; neue Depots

Die Inventarisierung und Konservierung (Depots) der Sammlung des MAHF (2008–2013) ist abgeschlossen. Im Berichtsjahr wurden 4559 Werke/Objekte inventarisiert. Insgesamt wurden zwischen dem 1. Januar 2008 und dem 31. Dezember 2013 44 003 Werke/Objekte inventarisiert.

### 13.8.3.5 Wissenschaftliche Tätigkeit und Publikationen

Das MAHF setzte seine Mitarbeit in der trinationalen Arbeitsgruppe «Sculpture médiévale dans les Alpes» (Mittelalterliche Plastik im Alpenraum – Italien / Frankreich / Schweiz) fort.

Philippe Oggier und Lucas Rappo entwickelten ein Konzept für die Neuordnung des Museumsarchivs. Lucas Rappo begann mit der Klassifizierung von Dokumenten.

Folgende Publikationen veröffentlichte das MAHF unter Leitung oder mit Beteiligung seiner Mitarbeitenden: Dress Code. Kleidung in Freiburger Sammlungen (F und D). Künstlerhefte: Magdolna Rubin. Zuvor – danach / Gilles Rotzetter. Blasted Glory (Espace Jean Tinguely - Niki de Saint Phalle).

Sechs neue «Museumsblätter» (kurze Werkmonografien) sind erschienen.

Von den Mitarbeitenden des MAHF wurden 12 Beiträge über die Museumssammlung in verschiedenen Zeitschriften publiziert.

Eine Masterarbeit über die Geschichte des MAHF ist in Arbeit (Universität Neuenburg).

### 13.8.3.6 Website

Die Website des MAHF verzeichnete 481 632 (395 328) Besuche (durchschnittlich 1319 pro Tag). Sie ermöglicht unter anderem, eine ständig wachsende Zahl von Werken aus der Sammlung, derzeit 2015 (1570) Werke, zu konsultieren.

### 13.8.3.7 Schenkungen

Die Sammlung wuchs um zahlreiche Werke und Objekte, darunter insbesondere:

**Malerei:** Andrée Fortier-Maire: Paul Hogg, Marokkanische Landschaft, um 1952, Öl auf Leinwand. Fabiola Friolet: Henri Robert, Bildnis Germaine Tiefnig, 1946, Öl auf Leinwand; Unbekannt, Bildnis Matilde Hirschle im hohen Alter, Mitte 20. Jh., Öl auf Spanplatte.

**Plastik:** Françoise Bruttin: Georges Schneider, Der Auszug, Replik des Reliefs vom Hauptaltar in St. Nikolaus, 1981–1982, Bronze; Ders., Der Auszug, 1981, Bronze. Erbegemeinschaft Gaston Demierre: Kruzifix auf Sockel, 17. Jh., Holz gefasst; Pietà, 17. Jh., Applike aus Nadelholz gefasst; Kruzifix auf Sockel, 19. Jh., Elfenbein und Holz. Aloys Lauper: Nicolas Kessler, Büste Pater Girard, Mitte 19. Jh., Gips.

**Druck und Grafikwerke:** Denise Caviezel: Raymond Meuwly, 2 Landschaften oberhalb des Murtensees, 1944 und 1945, Aquarell; Ders., Heiliges Abendmahl, um 1943, Lithografie 15/40; Ders., Kreuzigung, 1943, Linolschnitt. Erbegemeinschaft Gaston Demierre: Jean-Baptiste Bonjour, Bildnis eines unbekannt Paars, 1842, Pendants, Bleistift auf Papier; Unbekannt, Bildnis einer alten Frau, Mitte 19. Jh., Pastell auf Papier; Unbekannt, Hl. Antonius Ermita, 19. Jh., Gouache auf Papier; Romain de Schaller, Projekt für das Casino-Theater auf der Schützenmatte, um 1906, Bleistift und Aquarell auf Papier; Ders., 2 Projekte für das Casino-Theater auf der Schützenmatte, um 1906, Feder und Tusche auf Papier; Ders., Villars-les-Moines/Münchenwiler, «Développement du côté droit», 1886,

Bleistift und Aquarell auf Papier; Ders., Rundbogenfenster in Münchenwiler, um 1886, Bleistift und Aquarell auf Papier; Ders., Prozessionskreuz der Stiftskirche St. Nikolaus, Anfang 20. Jh., Bleistift auf Papier; Ders., Barocker Kachelofen im Grossratsaal, Anfang 20. Jh., Bleistift auf Papier; Philip Wouwerman und Jean Moyreau, Fontana del Tritone, 1750, Radierung; Klosterarbeiten (6), Heiligenfiguren, 18.–19. Jh., Canivet und Gouache; Visitenkarte de Gady Capitaine Général du canton de Fribourg, 1804–1814, gravierte Kupferplatte; handgeschriebener Brief eines eidverweigernden Priesters an Mgr Bernard Emmanuel de Lenzbourg, 1794, Feder auf Seide. Jean-François Gougain: Augustin Genoud-Eggis, Vieilles enseignes fribourgeoises, Neuenburg 1916. Fabiola Friolet: 3 Familienbildnisse, 1900–1930, Bleistift auf Papier; Erstkommunion, 1928, Schwarzweissfotografie; Max Hirmer, München, Erinnerung an die Erstkommunion in Freiburg, 1930, Chromolithografie. Marc-Henri Jordan: Gottfried Locher, Bauer aus der Umgebung von Bern, 1776, aquarellierte Radierung auf Papier. Marcel Mathys: Die Morgendämmerung, 2012, Radierung 74/100. Commission bourgeoisiiale de la Ville de Romont: Johann Baptist Klauber und Gottfried Bernhard Goetz, Disputation über Philosophiethesen zwischen dem Jesuiten P. Francisco Mauch und Josephus Dominicus Fuster, 1744, Kupferstich. Magdolna Rubin, Ohne Titel, 2013, Tusche, Farbe und Firnis auf Papier. Caroline Schuster Cordone: Life Magazine, 26. September 1949, 144 Seiten. Ursula Villiger: Unbekannt, Doppelseite aus einem Gebetsbuch mit dem hl. Leonhard, 15. Jh., Gouache auf Velin.

**Kunsthandwerk:** Anonym: Manufaktur von François-Charles Gendre, 15 Stücke mit chinesischem und floralem Dekor, 1780–1790, Fayence. Mme Irène Bauer-de Castella: Gürtelschnalle, 19. Jh., Messing. Alfons Brügger: Monstranz, Messspielzeug, 1. Drittel 20. Jh., Zinn und Glas. Monique Castella de Delley: Zwei Paar von einem Adligen getragene Strümpfe, 1. Viertel 17. Jh., Leinstrick und Wildleder bestickt. Erbgemeinschaft Gaston Demierre: Kanne mit Renaissance-Dekor, 1. Drittel 18. Jh., Fayence; Deckelschale mit Renaissance-Dekor, 17. Jh., polychrome Keramik; Klosterarbeiten, Herz Christi und Herz Mariens, 19. Jh., gesticktes Bild; Dies.: Kleines Paradies mit Jesuskind, 19. Jh., Wachs, roter Samt, Holz; 5 religiöse Sujets, Hinterglasmalerei, 18.–19. Jh.; 5 Tafeln (allegorische Figur, Serviettendekorationen und Akanthusblatt), 17. Jh., Eiche gewachst; 14 Siegel mit Wappen de Reynold de Pérolles, Werro, Schaller, Vicarino und unidentifizierte, 18.–19. Jh., Metall; 4 Stempel mit Wappen Schaller, 17. Jh., Eisen; grünes Tauf Tuch, 18. Jh., damassierte Seide und Silberfäden; weisses Kopftuch mit Reynold-Wappen, 19. Jh., bestickter Seidenbatist und Spitzen; 9 Kopftücher, Taschentücher und weisse Deckchen, 19. Jh., bestickter Seidenbatist und Spitzen; Ofenkachel mit Wappen, 1674, Ton. Stiftung der Liebfrauenbasilika Freiburg: Lot liturgischer Paramente und Stofffragmente, 18–20. Jh., Seide (5 Kelchvelen, 3 Stolen, 2 Manipeln, 1 Burse, 3 Altartücher, gebrauchte Stoffstücke und verschiedene Stoffreste). Sabine de Mural: Kaminplatte mit Wappen Reynold-Montenach, 1. Viertel 18. Jh., Gusseisen.

## Übergaben

**Malerei:** Staatskanzlei: Jean-Louis Tinguely, Der Rabe auf dem Kreuz, «Hommage an Caspar David Friedrich», 1969, Öl auf Leinwand; Hiram Brühlhart, Alphütte in Le Croset, 1921, Öl auf Leinwand. EKSD, Ankaufsfonds des Staats: Sandro Godel, Ohne Titel, 2008, Acryl auf Spanplatte; Magdolna Rubin, Danach, 2013, Farbe auf Wellpappe, teilweise zerquetscht. Materialzentrale: Hiram Brühlhart, Kiesgrube, 1. Hälfte 20. Jh., Öl auf Leinwand. Verwaltungsgericht, Givisiez: Oswald Pilloud, Senn Pfeife rauchend, 1. Hälfte 20. Jh., Öl auf Holz; Gaston Thévoz, Rosé, 1939, Öl auf Leinwand; Louis Vonlanthen, Montsalvens-See und Dent de Broc (Greyerzerland), 1915–1937, Öl auf Leinwand. Amt für Kulturgüter: Hl. Evangelist Matthäus, 1. Viertel 18. Jh., Öl auf Leinwand.

**Druck- und Grafikwerke:** EKSD, Ankaufsfonds des Staats: David Brühlhart, Riese III, 2011, Kupferstich; Jean-Claude Genoud, Wintermorgen im oberen Greyerzerland, 2012, Aquarell auf Papier; Ders., Wiederaufleben der Vergangenheit – Wurzeln eines Riesen, 2012, Lithografiereide. Verwaltungsgericht, Givisiez: Netton Bosson, Freiburger Bauernhaus, 1970, Lithografie 71/250; Ders., Charmey, um 1970, Lithografie 7/100. Amt für Archäologie, Gilles Bourgarel, Plakat des 4. Kongresses der *Union populaire belge* in Gent, 1895, Lithografie gehört in Eichenrahmen.

**Kunsthandwerk:** EKSD, Ankaufsfonds des Staats: Jean-Luc Cramatte, Bredzon for ever, 2010, Farbfotografie; Nicolas Savary, Joëlle, Broc, Bildnis aus der 5. Fotografischen Ermittlung – Thema Freiburg, 2006, Fotografie auf Aluminium. Bauamt: Neuenburger Pendeluhr, 19. Jh., Holz gefasst und vergoldet, Email.

### 13.8.3.8 Deposita

**Plastik:** Gottfried Keller-Stiftung: Werkstatt Hans Geiler, Retabel Estavayer-Blonay, 1527, Holz gefasst. *Fondation pour l'art moderne et contemporain* (FAMC): Richard Stankiewicz, Work, 1963, Eisen. C. de Muller: Marcello, F. Barbedienne, Giesser, Gorgo, 1865, kleine Bronzefassung.

**Druck- und Grafikwerke:** S. de Muller: Marcello, Bildnis des abessinischen Häuptlings, 1870, Aquarell auf Papier.

### 13.8.3.9 Ankäufe

**Malerei:** Oswald Pilloud, Murtensee mit Jura und Vully, 1. Viertel 20. Jh., Öl auf Leinwand. Fernand-Louis Ritter, Ansicht des Neuenburgersees vom Schloss Estavayer aus, 1. Hälfte 20. Jh., Öl auf Spanplatte. Magdolna Rubin, Danach, 2005–2013, Farbe und Tusche auf Papier.

**Plastik:** Werkstatt Hans Roditzer, Hl. Sebastian, 1515, Lindenholz gefasst. Marcello (Adèle d'Affry, Herzogin von Castiglione-Colonna, genannt), Büste der Baronin de Keffenbrinck, 1875, Marmor.

**Druck- und Grafikwerke:** Gottfried Locher, Bauernpaar, 2. Hälfte 19. Jh., Bleistift laviert auf Papier. Jean Tinguely, Ohne Titel, hg. anlässlich des 75-Jahr-Jubiläums des FC Fribourg, 1975, Lithografie. Clic: 688 Photos von Leonardo Bezzola kommentiert von Bernhard Luginbühl, Solothurn: Edition Medici, Butters & Thomet 1982, Luxuskassette mit 14 Druckgrafiken, nummeriert XII/XV.

**Kunsth Handwerk:** Paar Damenschuhe, 18. Jh., Seide bestickt, Leder. Paar Reisepistolen, 1780–1820, Metall graviert, Holz. Reiseapotheke, 1780–1800, Holz, Metall, Eisen, Glas, Papiertapete. Freiburger Werkstatt, Die Bekehrung des hl. Mauritius, Kabinettscheibe von Wilhelm Techtermann, 1662, Glas, Blei.

### 13.8.3.10 Kunstvermittlung

Der Kunstvermittlungsdienst hat zwei Hauptaufgaben: die Erarbeitung und Entwicklung von Konzepten und Dokumenten, um das Museum auf andere Art zu erleben, und den Empfang von Gruppen. Erstellen pädagogischer Unterlagen für den Besuch von Ausstellungen und Workshops, Veranstaltung eines Workshops für Kinder und Erwachsene während der Museumsnacht, Veranstaltung eines Workshops für den Tinguely-Tag.

Der Kunstvermittlungsdienst organisierte 117 Workshops/Animationen, 70 im MAHF (92) und 47 im Espace Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle, für ca. 2105 Personen. Die 117 Workshops wurden von 105 Kindergruppen (darunter 67 Klassen der obligatorischen Schulen) und von 12 Erwachsenengruppen besucht.

### 13.8.3.11 Konservierungs- und Restaurierungsabteilung

Die Konservierungs- und Restaurierungsabteilung sorgte für die regelmässige Kontrolle der klimatischen Bedingungen in den verschiedenen Depots und den Räumen der Dauer- und Sonderausstellungen. Sie verfasste Zustandsprotokolle und nahm Eingangs- und Ausgangskontrollen beim Auf- und Abbau der 5 Sonderausstellungen im MAHF und Espace vor. In diesem Rahmen und für externe Leihgaben führte sie Unterhaltsarbeiten sowie konservatorische und restauratorische Massnahmen an 30 Werken der Sammlung durch. Sie beteiligte sich an den Veranstaltungen im Rahmen der Museumsnacht. Die Abteilung setzte die Planungsarbeiten für die neuen Depoträume der Museumssammlung (Daillettes) fort, indem sie eine vertiefte Studie der mit deren Einrichtung verbundenen Auflagen und Kosten vornahm. Die Abteilung empfing die Restaurierungsstudentin Elena Manco vom 17.06. bis 23.07. für ein Ausbildungspraktikum und die diplomierte Restauratorin Alexia Stern vom 23.04. bis 09.07. Sie führte ihre Beratungstätigkeit für interne und externe Anfragen (technologische Gutachten und Ratschläge) fort.

## 13.8.4 Interne Organisation

Der Direktionsrat führte 11, die Personalkonferenz 2 Sitzungen durch.

### 13.8.5 Besondere Anlässe

Das MAHF beteiligte sich am 25. Mai an der Museumsnacht sowie am 7. und 8. September an den Tagen des Denkmals (freier Eintritt).

In Zusammenarbeit mit der *Fondation Marcello* organisierte das MAHF am 31. August öffentliche Besichtigungen der Galerie Marcello und des Ateliers der Künstlerin im Schloss d'Affry in Givisiez.

## 13.9 Naturhistorisches Museum

Direktor: **André Fasel**

### 13.9.1 Kommission

Die Kommission tagte zweimal. Sie nahm die Rechnung 2012 zur Kenntnis und prüfte den Voranschlag 2014.

### 13.9.2 Personal

Der Direktor konnte seinen Beschäftigungsgrad aufgrund seiner nahenden Pensionierung um 40 % kürzen, dies ab dem 1. Juni 2013.

Das NHM ist in verschiedenen Kommissionen vertreten: in der Kommission für Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz, in der Möserkommission von Düdingen und jener von Rechthalten/St. Ursen sowie im Vorstand von «Freiburg Tourismus».

Das NHM hat 5 (3) Personen im Rahmen von postuniversitären Praktika angestellt, um das Inventar von paläontologischen Stätten im Kanton zu erstellen. In seiner Funktion als anerkannte Institution für Zivildienstleistende hat das NHM 2 (2) Personen für das Ordnen von Sammlungen beschäftigt. Es hat mit verschiedenen Institutionen zusammengearbeitet, die die Eingliederung für arbeitslose Personen in den Arbeitsmarkt anstreben; 13 (12) Personen nahmen daran teil.

### 13.9.3 Aktivitäten

#### 13.9.3.1 Besucher

Anstieg der Besucherzahl: 2013 besuchten 70 874 (59 558) Personen das Museum, davon 8044 (7344) Schülerinnen und Schüler aus 506 (455) Klassen.

Die Internetseite des NHM verzeichnete 733 983 (713 653) Besucher, die diese 1 577 566 (1 411 800) mal öffneten. 1200 (900) Fans besuchten das soziale Netzwerk (Facebook) des Museums.

#### 13.9.3.2 Sonder- und Dauerausstellungen

«Vipern» (09.02.2013–05.01.2014) - «Küken» (09.03.–14.04.2013) - «Flora aquatica» (25.05.2013–26.01.2014).

Die Dauerausstellungen wurden um Folgendes bereichert: ein Schädel eines fossilen Krokodils (*Elosuchus cherifiensis*), ein lebender Kahlhecht (*Amia calva*) im Aquarium sowie ein Videofilm über die Entwicklung des Aletschgletschers in den letzten 100 Jahren.

Die Sonderausstellung «Von Wildschweinen und Menschen» wurde dem Naturhistorischen Museum La Chaux-de-Fonds vom 22. September 2012 bis 10. März 2013 ausgeliehen, die Sonderausstellung «Hermelin und Mauswiesel» dem Museum Schloss Landshut vom 12. Mai bis 13. Oktober 2013 und anschliessend dem Bündner Naturmuseum in Chur vom 23. Oktober 2013 bis 26. Januar 2014. Einige Elemente der Sonderausstellung «Die Natur packt aus» lieh der Schweizer Vogelschutz (SVS) aus.

#### 13.9.3.3 Dienstleistungen für Schulen

Der Leihdienst des Museums stellte 98 (90) Personen 225 (185) Objekte zur Verfügung. Der Koffer mit dem einfachen Labor-Versuch zum Thema DNA-Analyse wurde 8x (6x) von Schulen der Sekundarstufe 2 während einer Dauer von insgesamt 15 (20) Wochen ausgeliehen. Im Rahmen eines neuen Experiments formte das *Centre d'enseignement et de recherche francophone pour l'enseignement au secondaire 1 et 2* zwanzig Lehrpersonen.

Lehrpersonen des Kantons Freiburg konnten an Führungen zu den Sonderausstellungen teilnehmen und sich dabei auch über die pädagogischen Unterlagen informieren.

2 (2) pädagogische Unterlagen zu den Sonderausstellungen wurden für Schulen erarbeitet; 4 bereits vorhandene zu den Dauerausstellungen überarbeitet.

2013 wurden 4 (4) neue Ateliers erstellt; insgesamt bot das NHM 10 (9) verschiedene Ateliers an, die von 2206 (1492) Schülerinnen und Schülern aus 130 (87) Klassen besucht wurden.

---

Im Ausstellungssaal «Wirbeltiere aus aller Welt» wurden diverse Führungen für Studierende der Biogeographie, Biologie und Umweltwissenschaften der Universität Freiburg angeboten.

#### 13.9.3.4 Kulturvermittlung

Das NHM hat bot dem breiten Publikum verschiedene Tätigkeiten in Zusammenhang mit seinen Sonderausstellungen und Neuerwerben an.

Für 1053 Kinder wurden 95 Aktivitäten organisiert, um sie an naturnahe Themen heranzuführen; dies im Rahmen von Geburtstagsfeiern, Bastelateliers sowie des Ferienpasses.

11 (15) Führungen, 38 (34) Vorträge, Filmvorführungen oder sonstige Aktivitäten und 7 (10) Exkursionen wurden durchgeführt, dies insbesondere in Zusammenhang mit den Sonderausstellungen und anlässlich der fünften Auflage der Museumsnacht. Seit diesem Jahr wurden auch Forschungsateliers für Erwachsene auf Französisch unter dem Namen «Science et Spaghetti» angeboten. An drei Abenden experimentierten und debattierten 32 Teilnehmer bei einem Teller Spaghetti.

#### 13.9.3.5 Pflegestation

Das NHM betreibt eine offiziell anerkannte Pflegestation für Wildtiere. Im Laufe des Jahres wurden 233 (294) verletzte oder kranke Tiere aufgenommen; 75 (112) wurden gepflegt und konnten wieder in Freiheit entlassen werden; 149 (175) starben oder mussten eingeschläfert werden. Am 31. Dezember befanden sich noch 9 (7) Tiere in Pflege.

Im Zuge der Struktur- und Sparmassnahmen in der Legislaturperiode 2013–2016 plant der Staatsrat die Pflegestation dem Amt für Wald, Wild und Fischerei zu übertragen.

#### 13.9.3.6 Sammlungen

Während des ganzen Jahres wurde die Inventarisierung der Sammlungen des Museum fortgesetzt.

**Die Sammlungen der Erdwissenschaften** wurden um 308 (560) Neueingänge (274 Fossilien, 30 Mineralien und 4 Meteoriten) bereichert:

- > 44 Proben mit fossilen Säugetierresten von Wallenried (FR); 55 Proben mit Oogonien von Armleuchteralgen sowie Resten von Wirbellosen und Fischen aus dem Oligozän von Mitteleuropa und eine Gesteinsplatte mit Ichthyosaurier-Wirbeln der Region Niremont / Teysachaux (FR).
- > 29 Stufen mit Wirbellosen aus dem Mittleren Jura von Anwil, BL.
- > 103 Pflanzenfossilien aus dem Miozän und Pliozän aus Mitteleuropa.
- > 43 Platten und Konkretionen mit Fischen und Wirbellosen aus dem Silur und Devon von Schottland.
- > eine grosse Bergkristall-Gruppe aus dem Ganesh Himal (Nepal), Schenkung der Vereinigung der Freunde des NHM.
- > eine Probe des Steineisenmeteorits Seymchan, zwei Steinmeteoriten aus Tscheljabinsk und eine Probe des Mars-Meteorits NWA 7397, alles Anschaffungen im Rahmen der Sonderausstellung «Meteoriten» im 2014.

**Die Zoologischen Sammlungen** verzeichneten 122 (109) Sondereingänge, von denen einige noch nicht in der Ausstellung zu sehen sind: ein Gepard und ein Somalischer Esel (Schenkung der Vereinigung der Freunde des NHM) sowie ein Meyerspapegei und ein Keilschwanzsittich.

Für die malakologische Sammlung wurden 261 (613) Tiere inventarisiert, davon 218 (466) Meeresschnecken und 43 (27) marine Muscheln.

**In der botanischen Abteilung** wurde das Inventar des *Herbarium Friburgense* fortgesetzt. Am 31. Dezember umfasste das Inventar 22 808 (22 560) Blätter, von denen 22 560 (15 700) eingescannt wurden.

Die Inventarisierung im Feld und das Herbar der Wasser- und Sumpfpflanzen des Kantons Freiburg wurden weitergeführt. Diese Sammlung enthält 1000 (700) Herbarblätter.

Die Sammlung von Reliktbäumen aus dem Tertiär umfasste an 31. Dezember 2013 700 (500) Herbarblätter, die vom Museum gesammelt oder im Rahmen eines Austauschs mit internationalen Partnern erworben wurden.

Anfang März wurde bei einer Überschwemmung des Aussendepots des NHM ein Drittel des gesamten Herbars in Mitleidenschaft gezogen. Ein Botaniker wurde zu 40 % während 6 Monaten angestellt, um die Schäden zu beheben. Alle Herbarblätter mussten aus ihren Schachteln genommen und getrocknet werden. Die wissenschaftlichen Angaben wurden dabei überprüft und das Material in neuer Verpackung gelagert. Bei dieser Gelegenheit wurde das Herbar auch entgiftet und im Laufe des Herbstes neu versorgt. Die Sammlung konnte fast gänzlich gerettet werden. Infolge dieses Vorfalles wurden ein neuer Feuer- und Wasseralarm in diesem Aussendepot installiert.

**Die Pilzsammlung** des NHM konnte dank der Zusammenarbeit mit dem Pilzverein Freiburg um 82 (151) Posten bereichert werden.

#### 13.9.3.7 Schenkungen

Dr. H.-J. Gregor Olching (DE) vermachte dem MHN die paläobotanische Sammlung des verstorbenen Dr. E. Knobloch (Würzburg, Deutschland): 775 Proben mit Oogonien von Armleuchteralgen und 1097 Proben mit fossilen Megasporen aus Tschechien, Deutschland und der Slowakei. Diese Sammlung wurde noch nicht inventarisiert.

301 (329) Personen schenkten dem Museum 432 (400) Tiere und andere Objekte.

#### 13.9.3.8 Wissenschaftliche Projekte und Publikationen

Die Beobachtung der Milane par Satellit wurde fortgesetzt. Ihre örtlichen Verschiebungen werden regelmässig über die Internetseite des NHM veröffentlicht und 5245 (5744) Abonnenten erhalten wöchentlich per E-Mail die neuesten Angaben. Der Rückgang der Interessenten erklärt sich durch den Tod des Storches Max Ende 2012.

Das NHM verfolgt 4 (3) wissenschaftliche Projekte zu Wasserpflanzen, zur Flora des Tertiärs sowie zu Endemischen Pflanzen in den Alpen und am Atlantik.

Die Kooperation mit dem Botanischen Institut in Baku (Aserbaidschan) und anderen Institutionen in Zusammenhang mit einem Ausstellungs- und Forschungsobjekt über die Flora des Tertiärs wurde weitergeführt. Eine Delegation aus Baku besuchte Freiburg, wo sie an diversen Arbeits- und Koordinationssitzungen teilnahm.

Für das Projekt «Wasserpflanzen» wurde die digitale Fotodatenbank abgeschlossen. Die Verantwortlichen haben über 10 000 (7900) Bilder von Wasser- und Sumpfpflanzen gemacht.

Das NHM hat 6 (7) wissenschaftliche Artikel in schweizerischen und internationalen Fachzeitschriften veröffentlicht; ebenfalls ein Werk über die Tertiärpflanze *Zelkova* – an ancient tree. Global status and conservation action.

#### 13.9.3.9 Umzugsprojekt des Museums

Dieses Projekt ist im Legislaturplan 2012–2016 vorgesehen. Der Architekturwettbewerb im Hinblick auf einen Umzug des NHM auf das Gelände des Zeughauses Freiburg wurde jedoch aus finanziellen Gründen auf 2015 verschoben.

### 13.10 Schloss Greyerz

Präsidentin des Stiftungsrats: Isabelle Chassot vom 1. Januar bis bis 31. Oktober 2013

Präsident des Stiftungsrats: Jean-Pierre Siggen vom 12. November bis 31. Dezember 2013

Konservator: **Raoul Blanchard**

#### 13.10.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat des Schlosses versammelte sich dreimal. Das Büro des Stiftungsrates trat viermal zusammen.

#### 13.10.2 Tätigkeit

##### 13.10.2.1 Ausstellungen

- > Weihnachten im Schloss: Zaubhafte Papierkrippen (17. November 2012 – 6. Januar 2013);
- > Plonk & Replonk: Die Chronik des Grafen Hoppedihop (27. Januar – 1. September);
- > Transhistorischer Express: Gemälde von BERGER alias Philippe Gallaz (12. September – 4. November);
- > Weihnachten im Schloss: Krippen zwischen Kunst und Kitsch (23. November 2013 – 12. Januar 2014).

---

Das Schloss war an folgenden Veranstaltungen und Empfängen beteiligt:

- > «Das Johannisfest im Schloss» (Mittelalterfest mit den Truppen Basilisk, Compagnon du Paladin, Quatre Lunes, Fähnlein Rattenschwanz, 22. und 23. Juni);
- > Besuch des rumänischen Senatspräsidenten (18. September);
- > Besuch des griechischen Parlamentspräsidenten (25. September);
- > Besuch einer Delegation des kambodschanischen Senats (25. November);
- > Atelier für alte Musik. Bau der Kopie einer «Lira da braccio» unter der Leitung des Instrumentenbauers Christian Rault. Zwei Konzerte in der Pfarrkirche von Greyerz und eine Retrospektive 2012 im Calvaire von Greyerz (15.–25 August);
- > Herausgabe der CD «Musik und Natur», gespielt von Adalberto Maria Riva auf dem Piano Braschoss.

Das Sekretariat des Schlosses organisierte 380 (394) geführte Besichtigungen des Schlosses und des Städtchens Greyerz. Insgesamt wurden das Schloss und seine Sonderausstellungen von 178 391 (179 146) Personen besucht, was einen Tagesdurchschnitt von 489 (490) Personen ergibt.

### 13.10.2.2 Sammlung

Ausleihe von Objekten aus der Sammlung:

- > Prunkmantel der Ritter vom Goldenen Vlies, um 1460, Ausstellung Dresscode im Museum für Kunst und Geschichte Freiburg (8. November 2013 – 2. März 2014);

Rückgabe eines Leihobjekts:

- > Prozessionstortsche (MAHF 4335) an das Museum für Kunst und Geschichte Freiburg.

Der Faltprospekt mit der Beschreibung des Schlosses und seiner Sammlung wurde überarbeitet und ergänzt.

### 13.10.2.3 Gebäude

Durchführung von fotogrammetrischen und lasermetrischen Messungen der Wehrmauern. Instandsetzung von Teilen der nördlichen Ringmauer. Umbau der ehemaligen Kassenloge in ein Lokal für das Personal und ein Warenlager. Zweite Etappe der konservatorischen Arbeiten an den Malereien im Corot-Zimmer.

### 13.10.2.4 Informatik

Die Webseite des Schlosses wurde regelmässig aktualisiert und verzeichnete 246 264 Besuche.

### 13.10.2.5 Schenkungen, Ankäufe

Ankauf:

- > Plonk&Replonk im Rahmen ihrer Ausstellung: 50 Fotografien «Gruyères» und 50 Fotografien «Best of», Digitaldruck auf Baumwollpapier.

### 13.10.2.6 Pädagogische Abteilung

Während des Jahres wurden 445 (507) «Schlossgeschichten» und «Schatzsuchen» für Schulen und Private aus der ganzen Schweiz durchgeführt. Für Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Primarklassen des Kantons Freiburg wurden 15 (14) Geschichtstage durchgeführt und 2 (2) Schulen nahmen am «Mittelaltertag» teil.

## 13.11 Vitrocentre Romont, Schweizerisches Forschungszentrum für Glasmalerei und Glaskunst

Präsidentin des Stiftungsrats: Isabelle Chassot vom 1. Januar bis 31. Oktober 2013

Präsident des Stiftungsrats: Jean-Pierre Siggen vom 12. November bis 31. Dezember 2013

Direktor: **Stefan Trümpler**.

### 13.11.1 Tätigkeit

### 13.11.2 Stiftungsrat

An seinen zwei Sitzungen verabschiedete der Stiftungsrat die Jahresrechnung und den Budgetvoranschlag und prüfte die Tätigkeiten des Vitrocentre. Er schloss mit dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI, das das Vitrocentre unterstützt, eine Leistungsvereinbarung ab.

### 13.11.3 Forschungstätigkeit

Die grundlegende Studie über die historische Glasmalerei Freiburgs ist abgeschlossen. Wichtige Teile des Textes wurden ins Französische übersetzt, die Publikation ist in Vorbereitung. Im Rahmen des Corpus Vitrearum wurde auch das Projekt über die Glasmalereien des Kantons Bern fortgeführt und eine Zusammenarbeit zu Schweizer Glasgemälden in Grossbritannien mit einem Inventar der Scheiben im Victoria & Albert Museum London begonnen. Das Inventar der Glasmalereien im Kanton Genf ist in der Abschlussphase und wurde für eine Online-Edition aufgearbeitet. Die vom SNF geförderten Forschungsprojekte zur «Medialität» mittelalterlicher Glasgemälde sowie über die Werkstatt Röttinger und die Glasmalerei des 19. Jahrhunderts wurden zu Ende gebracht, ebenso eine Studie über Schutzverglasungen. Es werden Publikationen vorbereitet.

Das Vitrocentre übernahm Abklärungen im Bereich der Konservierung und Restaurierung, oft als Expertenmandate des Bundes. Es begleitete die Arbeiten an den Glasmalereien von Jozef Mehoffer in der Freiburger Kathedrale und die Restaurierung des grossen Hinterglasbildes von Emilio Beretta in der Kirche von Mézières. Mandate zum Berner Münster und zum Kreuzgang von Muri AG ermöglichten es, Untersuchungen über die historische Technologie der Glasmalerei fortzusetzen.

Im Bereich Wissenschaftskommunikation und Bildung nahmen die Mitarbeitenden des Vitrocentre einen Lehrauftrag an der Universität Lausanne wahr. Das Institut organisierte eine Sektion zur Glasmalerei am 2. Schweizerischen Kongress für Kunstgeschichte sowie eine internationale Arbeitstagung zur Glasmalereiforschung und zu den Herausforderungen der *digital humanities*. Das Vitrocentre wirkte an den Dokumentationen zweier Ausstellungen des Vitromusée mit, und beide Institutionen widmeten sich gemeinschaftlich der Valorisierung ihrer Sammlungen.

## 13.12 Espace Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle

Präsidentin des Stiftungsrats: Isabelle Chassot vom 1. Januar bis 31. Oktober 2013

Präsident des Stiftungsrats: Jean-Pierre Siggen vom 12. November bis 31. Dezember 2013

Konservatorin: **Caroline Schuster Cordone**, stellvertretende Direktorin des MAHF

### 13.12.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hielt eine Sitzung ab, an der er die Rechnung 2012 und den Voranschlag 2014 genehmigte sowie das Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm festlegte.

### 13.12.2 Ausstellungen und Veranstaltungen

Der Espace organisierte folgende Wechseiausstellungen, in deren Verlauf zahlreiche Veranstaltungen (Vernissagen, Besichtigungen, Kreativateliers, Konzerte und Künstlergespräche) stattfanden: «Artistes en rébellion – Der Künstler als Rebel» (27.09.12–01.09.13) und «Gilles Rotzetter. Blasted Glory» (27.09.13–12.01.14). Jean Tinguely wurde am 19. Mai anlässlich eines Tinguely-Tages mit einem Gratis Eintritt und thematischen Führungen geehrt. Eine «Entdeckung am Dienstag» war einem Werk des Espace gewidmet: der Plastik «La Cascade ou l'Epilepsie stabilisée» von Jean Tinguely. Der Espace wurde von 18 142 (19 202) Personen besucht, darunter 294 (152) Klassen mit 4442 (2783) Schülerinnen und Schülern. Er nahm mit 2235 (2366) Besucherinnen und Besuchern an der Museumsnacht teil. Vier Konzerte sowie 63 (49) Führungen und 47 (56) pädagogische Veranstaltungen wurden durchgeführt.

---

### 13.13 Römisches Museum Vallon

Präsidentin des Stiftungsrates: **Isabelle Chassot** vom 1. Januar bis 31. Oktober 2013

Präsident des Stiftungsrates: **Jean-Pierre Siggen** vom 12. November bis 31. Dezember 2013

Konservatorin: **Carmen Buchillier**, Kantonsarchäologin

#### 13.13.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hielt eine Sitzung ab, genehmigte die Rechnung und nahm Kenntnis vom Stand der Massnahmen des Amtes für Archäologie (AAFR) zum Schutz der Mosaiken. Er verabschiedete seinen Sekretär Gérald Berger.

#### 13.13.2 Ausstellungen und Veranstaltungen

Das Museum wurde von 4865 (5519) Personen besucht. Insgesamt wurden 57 (68) Führungen und 43 (38) pädagogische Veranstaltungen durchgeführt. Das Berichtsjahr war geprägt von zwei Sonderausstellungen: «UNESCO...eau. Un label mondial pour cinq palafittes fribourgeoises – Fünf Freiburger Pfahlbausiedlungen von Weltrang» (16.06.12-17.03.13) und «Rome vue du lac. Histoires d'eaux entre Avenches et Vallon» (28.04.13-09.03.14). Diese findet im Rahmen der kantonsübergreifende Sonderausstellung «EntreLacs» zur Drei-Seen-Region in der Römerzeit statt, an der neun Kulturinstitutionen teilnahmen. Für diese Sonderausstellungen wurden Gratis-Führungen («Sonntags ins Museum») und ein attraktives Programm mit vielfältigen Aktivitäten wie Exkursionen, Besichtigungen, Vorträgen, archäologischen Ausflügen zu Fuss und mit dem Schiff usw. zusammengestellt.

Am Sonntag, 30. Juni fand das erste Spielfest statt. Unter dem Titel «Brot und Spiele» wurde ein Tag im Freien mit Spielen aus allen Epochen und für jedes Alter veranstaltet. Die Veranstaltung fand grossen Anklang (516 Teilnehmer), dies auch dank des guten Wetters.

Das Museum beteiligte sich an mehreren Kulturveranstaltungen (Römertag in Vindonissa/Brugg, Internationaler Museumstag, Ludimania'k in Estavayer-le-Lac, Mosaik-Atelier für den Schulabschluss der Primarschule von Cheyres, Europäische Tage des Denkmals).

## 14 Amt für Archäologie (AAFR)

Amtsvorsteherin: **Carmen Buchillier**

---

### 14.1 Ordentliche Tätigkeit

In diesem Jahr lag ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Amtes auf dem Projekt «Archäologisches Informationssystem Freiburg» (SIAF) zur Erstellung einer relationalen Datenbank, an dem neben dem Projektkomitee auch die Vertreter der verschiedenen Aktivitätsbereiche beteiligt waren. Mit der Auftragsvergabe fand die Ausarbeitungsphase des Projekts seinen Abschluss. Der auf der Datenbanklösung Imdas Pro basierende Prototyp wurde zusammen mit dem ITA in funktioneller und technischer Hinsicht positiv bewertet. An den vorgesehenen Terminen für die Produktionsphase (2014) sowie die Inbetriebnahme (2015) kann festgehalten werden. Aktuell werden Vorschläge zur Verbesserung der Tools erarbeitet, damit sich der interne Betrieb des Amtes effizienter gestalten lässt, insbesondere in Bezug auf die Eingliederung von Personal und Fundsammlungen des ehemaligen Autobahn-Sektors aus Estavayer-le-Lac. Ebenso wurde mit der Neugestaltung der Arbeitsplätze sowie mit der Zusammenlegung aller Papierarchive des Amtes begonnen.

#### 14.1.1 Ausgrabungen, Bauuntersuchungen und Bauüberwachungen

Rettungsgrabungen, Bauüberwachungen und Ortseinsichten fanden statt in Attalens/La Chaussia und /Petit Trefflion, Autavaux/La Crasaz 1+2, Bossonnens/Ch. de la Chapelle 4, Bulle/Ch. de Pré Vert 36-38, /Ch. des Cerisiers, /Ch. des Châtaigniers 4, /Grand-Rue 59, /Rte de Champ Francey, /Rue de la Condémine, /Rue de l'Etang und /Rue du Marché 8, Châtel-St-Denis/Fruence und /Rte du Lac de Lussy, Charmey/Gros Plan 4, Le Châtelard/Es Morvins und /Imp. de

la Roche, Châtonnaye/Imp. du Pré de la Forge, Cheyres/Tivoli, Cormérod/Ch. du Bondy 5, Corminboeuf/Ch. de St-Jean und /Rte du Centre, Cournillens/Montilier, Courtion/Village-Rte de Misery, Cressier/Ch. du Bouley 1, /Rte de la Pâla 31, /Rte des Chenevières und /Rte du Moos, Le Crêt/Pra du Carro, Delley/Grèves du Lac 102 und /Rte des Grèves 43, Domdidier/A Domdidier und /Pré Pendant, Düdingen/Kirchstr., /Schiffenengraben, /Räschstr. 22 und /Waldweg 5, Echarlens/Rte cantonale, Ecuwillens/Rte du Grand Clos, Essert/Petite Riedera, Estavayer-le-Lac/Ch. Pré du Château, /Grand-Rue 2+45, /Place St-Claude, /Rue de la Thiolleyres, /Rue de l'Hôtel-de-Ville 2-4 und /Rue du Château, Fétigny/La Biolleyrette, Freiburg/Ch. du Palatinat, /Johanniterkomturei, /Hinter den Gärten 14, /Reichengasse 41+57, /Untere Matte, /Tor der Magerau, /Promenade des Bolzes, /Brunnen der Samariter, /Rue de la Cathédrale St-Nicolas 3, /Alte Brunnengasse 13, /Neustadtgasse 54, /Samaritergasse 21, /Saanegasse 42, /Lausannegasse 13+14+72+77+92, /Metzergasse 12, /Chorherrengasse 13+17, /Hochzeitergasse 18, /Schmiedgasse 1+7, /Rue du Lycée 5-5A, /Rue Pierre-Aeby 4, /Steinhauergässchen 9 und /Stalden 8, Galmwald/Neuried, Granges-Paccot/Rte d'Agy 10-16 und /Rte de la Chenevière, Gruyères/Ch. de la Belle Luce 34 und /Rue du Bourg 51, Haut-Vully/Ruelle du Vieux-Moulin 3, Illens/Château d'Illens, Jaun/Euschels (Punkt 12), Kerzers/Ruhrgasse, Kleinbödingen/Bodenacker und /Gruenburg, Léchelles/Subiet, Mannens – Grandsivaz/L'Essert- Ch. du Grabou, /Rte du Jordil 33+37 und /Village, Marsens/Le Perrevuet 40+61, Massonnens/Rte de Ferlens 8b-c, Middel – Torny-le-Petit/Au Clos, Misery/Rte d'Avenches, Montet (Broye)/La Croix, Morens/Aérodrome und /Rte de la Chaussia, Muntelier/Bündenweg, /Dorfmatte 2, /Steinberg und /Weidweg, Murten/Hauptgasse, /Louis d'Affry-Weg 1+7+10+13+26, /Pra Zagan, /Rathausgasse 6, /Ryf 52+54 und /Schloss, Neyruz/Ch. du Tombé 10, Nuvilly/Le Coutset, Le Pâquier/Prachaboud, Pont-en-Ogoz/Rte du Villars d'Avry und /Vers les Tours, Ponthaux/Le Sarrasin, Portalban/Ostende, Posat/Rte St-Jacques, Posieux/Hauterive, Pierrafortscha/Rte de Villars-sur-Marly 41, Riaz/Canal des Usiniers, /Champy, /Rte de la Sionge, /Rue de la Gruyère, /Rue de Saletta, und /Rte des Monts, Ried bei Kerzers/Erli, Romont/Couvent de la Fille-Dieu, /Grand-Rue 20 und /Imp. de la Maladaire 11, Rueyres-St-Laurent/Les Motares, Rueyres-Treyfayes/La Lorrène, Russy/Rte de Domdidier, Sâles/Le Gros Essert, Sévaz/Condémine, St. Ursen/Römerswil und /Schürmatt, Tafers/Bierhusstr., La Tour-de-Trême/Berges, /Bosquet, /Clos aux Cerfs, /Joli Site, /La Ronclina – Champ Jaquier, /Rochetta 11, /Roseire und Rte de la Ronclina, Treyvaux/Rte de la Chenevière und /Rue du Pratzey, Ursy/Derrière la Grange, Vallon/Chaffard 5f, Vaulruz/Rue du Château 28, Villars-sur-Glâne/Eglise, Villarepos/Rte de Donatyre, Villeneuve/Le Pommay, Vuadens/Le Dally, /Le Maupas und /Les Moret, Vuippens/Rte du Gérito, Wünnewil – Flamatt/Balsingenstr. 1.

Im Rahmen einer Lehrgrabung wurde während der Sommermonate ein Bereich der Gärten des römischen Anwesens von Vallon/Sur Dompierre untersucht und auch die mittelalterliche Fundstelle von Poterne in Bulle war Gegenstand einer neuen Grabungskampagne (März – Nov.). Während des gesamten Jahres fand im Saane-, Glane- und Greizerbezirk zudem eine regelmässige Überwachung der Verlegung von Ferngasleitungen statt.

In zahlreichen öffentlichen oder privaten Gebäuden aus dem Mittelalter sind Analysen, Dokumentationen, Sondierungen, Probeentnahmen für dendrochronologische Auswertungen sowie Bauüberwachungen im Rahmen von Restaurierungsarbeiten und/oder Umbauten unternommen worden: Estavayer-le-Lac/Tour des Dominicaines, Freiburg/Augustinerkloster, /Kloster Magerau, /Rathausplatz 2, /Klein-Sankt-Johann-Platz 21 und /Stalden 6, Gruyères/Château, Murten/Roter Turm. Was Burgen und Schlösser betrifft, unterstützte das Amt diverse Vereinigungen bei der Umsetzung von Konservierungs- und Aufwertungsprojekten in Bossonnens, Illens und Montagny-les-Monts.

#### 14.1.2 Prospektion und Sondierungen

Mittels Prospektion (Abschreiten von Feldern und Fluren nach Funden auf der Oberfläche) und Sondierungen (maschinell angelegte Suchgräben oder Bohrungen) kann der Charakter bedrohter Fundplätze, an denen Rettungsgrabungen durchgeführt werden müssen, im Vorfeld besser erfasst werden. Die Untersuchungen erlauben die Bestimmung archäologischer Perimeter, die im Rahmen der Ortsplanung berücksichtigt werden müssen. Dabei konnten neue Fundstellen erfasst und bereits bekannte präzisiert werden.

Oberflächenprospektionen fanden an folgenden Fundstellen statt: Alterswil/Präderwandsguet, Bas-Vully/Nant und /Les Baumes, Bödingen/Hanehus, Broc/Jogne, Chandossel/Le Chaney und /Le Devin, Charmey/Les Arses, /Poutè Palu und /Pra au Cerf, Domdidier/Le Cerisier, Düdingen/Granfeymatta, Fétigny/Les Planches, Forel/Les Fours und

---

/La Condémine, Galmiz/Tüschmatt, Grandvillard/Coudré und /Tsavas, Gumefens/L'Etrey, Illens/Abri du Chamois, Jaun/Gross Tosse, Léchelles/Malforin, Marly/Bois du Dévin, Misery/Le Marais, Montagny-la-Ville/Chetta, Muntelier/Siechenmatt, Rue/Rives de la Broye, Villarepos/Creux Marigou, /Les Bruyères, /Champ Louis, /La Fayaula, /Grassey und /Plan, Villars-sous-Mont/Les Ratins sowie in weiteren Ortschaften (Posieux, Echarlens, Rossens, Muntelier, Cheyres, Galm). In Greng/Grenspitz wurden überdies Luftprospektionen durchgeführt. Da immer mehr Personen mit Hilfe von Metalldetektoren der Hobby-Prospektion nachgehen, ist gestützt auf Artikel 41 Absatz 1 ARKGS für Sondengänge im ganzen Kantonsgebiet von nun an eine Bewilligung erforderlich (Verordnung vom 25. September 2012). Das Amt hat Personen, die im Besitz einer solchen Prospektionsbewilligung sind, betreut und im Dezember eine erste Informations- und Austauschveranstaltung organisiert.

Im Rahmen des Forschungsprojekts zur mittelsteinzeitlichen Besiedlung des Kantons fanden Prospektionskampagnen in den Tälern des Euschels sowie am Brendelspitz statt.

Im Zuge seiner präventiven Massnahmen hat das Amt abklärende Sondierungen (insbesondere unter Felsschutzdächern) in Form von Suchgräben und Bohrungen vorgenommen, und zwar in Autavaux/La Crasaz 1, Arconciel/Sous les Châteaux, Aumont/Rte de la Croix 31, Broc/Jogne, Bulle/Ch. de Champ-Francey, Cheyres/Route d'Yverdon, Chavannes-sous-Orsonnens/Rte de Chénens, Cheyres/Rte d'Yverdon, Corpataux/La Baume und /Pâquier des Vaches, Domdidier/A Domdidier, Düdingen/Westumfahrung (Variante 2), Grandvillard/Tsavas, Illens/A Illens, Feiburg/Galtera, La Tour-de-Trême/La Casaz, St. Ursen/Rainholz sowie Vuisternens-en-Ogoz/L'Areyna.

In Zusammenhang mit der Aufnahme bedrohter Seeuferrandsiedlungen des Kantons fanden archäologische Abklärungen in Autavaux/La Crasaz 2 sowie in Font/Pianta 1 und /Trabiétaz 2 statt, während an der Pfahlbaustation von Font/Sous l'Epenex Schutzmassnahmen ergriffen und eine Planaufnahme angefertigt wurden.

Das Amt hat an einer Veranstaltung teilgenommen, an der Studierende der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg den Behörden und der Bevölkerung der Gemeinde Le Glèbe ihre Vorschläge zur Aufwertung der archäologischen Überreste des *Fanums* von Estavayer-le-Gibloux vorgestellt haben.

#### 14.1.3 Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter

Für mehrere Umbau- und Restaurierungsprojekte von Gebäuden in mittelalterlichen Ortschaften und in der Altstadt von Freiburg sowie von einigen Baudenkmälern in Staatsbesitz wurden die Mittelalterarchäologen des Amtes beigezogen (Konventsgebäude und Kirche des Augustinerklosters in Freiburg, Kathedrale St. Niklaus, Johanniterkomturei).

#### 14.1.4 Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)

Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für Neubauten wurden 663 (2012: 571) Gutachten für das BRPA erstellt. 56 (68) Gutachten wurden zu vorgezogenen Baubewilligungen abgegeben, die Mehrzahl davon im Greyerzbezirk. 67 (45) Dossiers Ortsplanung und 24 (24) Dossiers Detailplanung wurden begutachtet.

29 % (37 %) der Antragsteller hielten sich an die vom Amt in der Baubewilligung verlangte Mitteilung bei Baubeginn und gaben den jeweiligen Baubeginn bekannt.

Im Rahmen der Revision der Ortsplanung konnten die archäologischen Perimeter von 22 (19) Gemeinden aktualisiert werden.

#### 14.1.5 Auswertung und Publikationen

Abgesehen von den regelmässig anfallenden Arbeiten (Auswerten von Fundmaterial, Verfassen von Artikeln und Untersuchungsberichten usw.) ist ein Projekt zur Valorisierung der Wandmalereien von Hans Fries in der Franziskanerkirche in Gang (Szenografie, Publikation). Unter den grossen interdisziplinären Projekten seien die Auswertung des mesolithischen Abris (Unterstands) von Arconciel/La Souche und die beiden Studien zu römerzeitlichen Fundplätzen, Murten/Combette (Grabungen im Rahmen des Baus der Autobahn A1) und Marsens/En Barras (Grabungen im Rahmen des Baus der Autobahn A12) erwähnt. Bei der Monografie zum Gutshof von Vallon/Sur Dompierre können die Redaktionsarbeiten bald abgeschlossen werden, gleichzeitig wurde bereits mit den Gestaltungsarbeiten zu den verschiedenen Unterkapiteln begonnen (Verteilungskarten, Fundmaterialtafeln, usw.).

Die Vorbereitungsarbeiten rund um das interkantonale Projekt «EntreLacs» (Drei-Seen-Region) wurden fortgesetzt und fanden ihren Abschluss in der Ausstellung «Rome vue du lac. Histoires d'eaux entre Avenches et Vallon» im Römermuseum Vallon (April 2013 – März 2014) sowie in der Publikation «EntreLacs. Das Drei-Seen-Land zur Zeit der Römer».

#### 14.1.6 Monografien und Zeitschriften

Im Jahr 2013 wurde genau genommen keine Monografie veröffentlicht. Die *Freiburger Hefte für Archäologie* 14/2012, die im Jahre 2012 erstellt wurden, kamen anfangs 2013 in Druck, während die *Freiburger Hefte für Archäologie* 15/2013 im Jahre 2013 erschienen sind.

#### 14.1.7 Artikel (oder Beiträge in Monografien)

C. Agustoni – C. Buchillier «Musée Romain de Vallon: expositions et manifestations 2012», *Freiburger Hefte für Archäologie* 15, 2013, 134-136.

G. Bourgarel, «Cugy, un château à l'écart des routes», *Freiburger Hefte für Archäologie* 15, 2013, 4-41.

G. Bourgarel, «La 'maison de Sorens' à Vuippens», *Freiburger Hefte für Archäologie* 15, 2013, 70-93.

G. Bourgarel, «Les premiers témoignages de productions stannifères en Suisse et dans le canton de Fribourg (XVe-XVIIe siècles)», in: M. Maggetti – D. Morin – G. Rech (dir.), *Faïences et faïenceries de l'arc jurassien et ses marges. Procédés techniques et décors. L'apport des sources et de l'archéologie*, Actes de la deuxième table ronde franco-suisse (Vesoul, 2009), Vesoul 2013, 59-90.

G. Bourgarel – Ch. Kündig – A. Lauper – L. Cesa – F. Pajor, «Rue de la Samaritaine 16. Une façade flamboyante pour des tanneurs cousus d'or», in: KGA (Hrsg.), *Blätter Stadt Freiburg*, Freiburg 2013, Blatt 055/2007-13.

G. Bourgarel – A. Lauper – L. Cesa, «Rue de la Grand-Fontaine 31. De la demeure familiale à la caserne locative», in: KGA (Hrsg.), *Blätter Stadt Freiburg*, Freiburg 2013, Blatt 56/2007-13.

C. Buchillier, «Editorial», *Freiburger Hefte für Archäologie* 15, 2013, 2.

C. Buchillier – S. Menoud, «Voies de communication entre Vully et grands-Marais», in: S. Delbarre-Bärtschi – N. Hathaway (Red.), *EntreLacs. Das Drei-Seen-Land zur Zeit der Römer*, Avenches 2013, 56-65.

G. Graenert, «Neu aufgelegt: Friedhöfe des 8. bis 12. Jahrhunderts im Kanton Freiburg», *Freiburger Hefte für Archäologie* 15, 2013, 54-69.

M. Mauvilly – J. Spielmann – F. McCullough – L. Dafflon, «Une page de la recherche sur le Mésolithique fribourgeois se tourne», *Freiburger Hefte für Archäologie* 15, 2013, 104-109.

M. Mauvilly – J. Spielmann, «Opération de protection sur la station lacustre de Font/Sous l'Epenex», *Freiburger Hefte für Archäologie* 15, 2013, 110-113.

F. McCullough, «Une nécropole du Haut Moyen Age dans la Glâne», *Freiburger Hefte für Archäologie* 15, 2013, 124-129.

J. Monnier, «De la Broye aux lacs de Neuchâtel et de Morat: l'occupation du territoire», in: S. Delbarre-Bärtschi – N. Hathaway (Red.), *EntreLacs. Das Drei-Seen-Land zur Zeit der Römer*, Avenches 2013, 56-65.

E. Mouquin, «La villa de Combette et l'Empire romain: céramique et commerce», *Freiburger Hefte für Archäologie* 15, 2013, 104-109.

F. Saby, «Une villa gallo-romaine récemment découverte à Granges-Paccot», *Freiburger Hefte für Archäologie* 15, 2013, 120-123.

R. Tettamanti, «Morlens, survol de l'une des plus anciennes paroisses du canton», *Freiburger Hefte für Archäologie* 15, 2013, 130-133.

#### 14.1.8 Fundregister

«Archäologischer Fundbericht 2012», *Freiburger Hefte für Archäologie* 15, 2013, 138-156.

---

*Jahrbuch Archäologie Schweiz* 96, Fundbericht, Basel 2013, *passim*.

#### 14.1.9 Büro der Grafiker und Zeichner

##### 14.1.9.1 Präsentation

Bereinigung von Plänen und Fundobjektzeichnungen für die Untersuchungsberichte der Mitarbeitenden des Autobahnsektors.

Erstellen von Postern und Ausstellungstafeln für die Europäischen Tage des Denkmals, die vom 7. bis 8. September 2013 zum Thema «Feuer Licht Energie» stattfanden (Römermuseum Vallon) und für die Nacht der Museen (25. Mai 2013).

Erstellen von Illustrationen für Publikationen, wissenschaftliche Untersuchungen, Ausstellungstafeln oder museografische Unterlagen.

##### 14.1.9.2 Zusammenarbeit für diverse Publikationen, Vorträge und Artikel

*Freiburger Hefte für Archäologie* 14 und 15 (verschiedene Autoren).

##### 14.1.9.3 Layout

*Freiburger Hefte für Archäologie* 14 (erschienen Frühling 2013) und 15 (erschienen Herbst 2013).

Fortsetzung der Gestaltungsarbeiten für die Monografie über den Gutshof von Vallon/Dompierre.

##### 14.1.9.4 Fotografie und Infografik

Wie jedes Jahr erledigte das Amt zahlreiche Arbeiten (Bildaufnahmen, Bildbearbeitung, Reproduktion von Negativen) für Publikationen, Ausstellungen und Konferenzen oder auf Bestellung von verschiedenen Forschern und Institutionen aus der Schweiz und dem Ausland. Die Bearbeitung der orthografischen Aufnahmen, die im Rahmen der Überwachung des Erhaltungszustandes der Mosaike im Römermuseum Vallon angefertigt worden waren, wurde fortgesetzt. Zudem wurden Versuche mit einem Fluggerät durchgeführt, das auf Grundlage von GIS-gestützten Luftbildern eine völlig neue Methode der Dokumentation ermöglicht.

#### 14.1.10 Konservierungs- und Restaurierungslabor (LCR)

Die Rettungsgrabung an der Fundstelle von Granges-Paccot/Rte d'Agy nahm einen grossen Teil der Belegschaft des Amtes in Anspruch, so auch die Mitarbeitenden des LCR, zu denen in diesem Jahr auch die Praktikantin Célia Fontaine (HEARC) zählte. Alle aus archäologischen Interventionen stammenden Fundobjekte wurden von Labor entgegengenommen und provisorisch verpackt. Dazu gehörten auch Artefakte, die dem Amt von den Sondengängern, die im Besitz einer Prospektionsbewilligung sind, übergeben wurden. Des Weiteren pflegte das Personal des LCR die Zusammenarbeit mit zahlreichen externen Personen und Institutionen (Studierende, Restauratoren/-innen, Fachberater/-innen, Wissenschaftler/-innen, Museen usw.).

#### 14.1.11 Durchgeführte Massnahmen

Die zahlreichen, aus verschiedenen Zeitepochen stammenden Metallobjekte (Bronze, Eisen und Blei), die auf Ausgrabungen in Bulle/Rue de la Poterne, Bussy/Pra Natey und /Pré de Fond, Domdidier/A Domdidier, Illens/A Illens (hier auch Fundbergungen durch das LCR auf dem Gelände), Morlens/Eglise Saint-Maurice, Muntelier/Bündenweg, Romont/La Maladaire und Vallon/Sur Dompierre zum Vorschein kamen, wurden vom Restauratorenteam gereinigt, konsolidiert, restauriert und verpackt. Im Rahmen der im letzten Jahr begonnenen Behandlung von Objekten aus den Funddepots, die eine aktive Korrosion zeigen, wurden einige Eisenartefakte nach der Entchlorung restauriert (Gürtelschnallen aus Gross-Gurmels/Dürrenberg). Da ein bedeutender Anteil des Eisenmaterials aus den Grabungen 1963/1964 in Haut-Vully/Le Rondet (2. JGK) noch nie Gegenstand einer Restaurierung war, wurde der Inhalt der 345 Fundkartons geröntgt, um weitere interessante, unter ihrer Rostschicht bislang noch unerkannte Objekte zu identifizieren. An den aufgedeckten Artefakten wurden in der Folge die nötigen Konservierungsmassnahmen durchgeführt; die korrodierten Fragmente, die kein Metall mehr enthielten, werden dagegen entsorgt.

Das LCR hat fast 200 Münzfunde aus den archäologischen Interventionen in Bulle/Rue de la Poterne, Freiburg/Liebfrauenkirche, Granges-Paccot/Rte d'Agy, Morlens/Eglise Saint-Maurice, Romont/La Maladaire und Vallon/Sur Dompierre sowie die von den Hobby-Sondengängern aufgelesenen Geldstücke (Villarepos usw.) gereinigt, prophylaktisch konserviert und restauriert.

Bei den Objekten aus Glas, Keramik und Terrakotta wurden Ensembles aus verschiedenen Fundstellen gereinigt, prophylaktisch konserviert, auf Passscherben hin untersucht, restauriert und verpackt. Die Gläser stammen aus den Grabungen Freiburg/Liebfrauenkirche, /Alte Brunnengasse und /Neustadtgasse sowie aus La Tour-de-Trême/Clos aux Cerfs. Die Keramik- und Terrakottafunde kommen hauptsächlich von den Fundstellen Arconciel/Sous les Châteaux, Autavaux/La Crasaz 1, Bulle/Rue de la Poterne, Chavannes-sous-Orsonnens/Rte de Chénens, Domdidier/A Domdidier, Gletterens/Les Grèves, Givisiez/Fin de Chandolan, Freiburg/Neustadt, Morat/Combette, Muntelier/Bündenweg, La Tour-de-Trême/La Ronclina, Vallon/Sur Dompierre, Villeneuve/Le Pommay und Vuisternens-en-Ogoz/L'Areyna. Eine Serie von Objekten aus der alten Sammlung, die Funde aus Sabaria umfasst, wurde bearbeitet und im Auftrag des «BIBEL+ORIENT Museums» fand die Restaurierung einer phönizischen Statuette statt.

Was die Fundobjekte aus Stein betrifft, so wurde neben den üblichen Arbeiten, wie die Reinigung, Beschriftung (hauptsächlich Mikrolithen aus Arconciel/La Souche) und Suche nach anpassenden Fragmenten, auch das aus Speckstein gefertigte Fundmaterial aus Vallon/Sur Dompierre auf Passstücke hin untersucht. Die Überprüfung des Erhaltungszustands eines römischen Grabaltars, der sich in einem Privathaus in Môtier befindet, wurde zusammen mit dem Labor des Site et Musée romains d'Avenches vorgenommen.

Im Römermuseum Vallon war das LCR zur Hauptsache damit betraut, den Erhaltungszustand der Mosaik zu überwachen und die für den Erhalt der Mosaik notwendige Infrastruktur zu unterhalten. Folgende Arbeiten wurden durchgeführt: Überwachung der Neubildung von Mikroorganismen (Algen) anhand fotografischer Dokumentation, Begleitung der auf Mandatsbasis erfolgten Bestimmungsanalysen der Mikroorganismen, Sammeln von thermohydrografischen Daten, Sammeln und Auswerten von hydrogeologischen Daten (Grundwasserspiegel), alljährlich stattfindende Reinigung und chemische Behandlung des Venatio-Mosaiks, Evaluation der UV-Installation und direkte Messung der Strahlung. Ein Schwerpunkt wurde zudem auf die Dokumentation dieser Arbeiten gelegt, die künftig sowohl im AAFR, als auch im Römermuseum Vallon einsehbar ist. Im Hinblick auf die Bildung einer Arbeitsgruppe, die nach Lösung für die baulichen Probleme des Museumsgebäude sucht, wurde Kontakt mit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (Fachrichtung Architektur) aufgenommen.

Einige Wandmalerei-Ensembles wurden gereinigt, auf anpassende Fragmente hin untersucht und weggeräumt (Schmitten/Schlossmatte). Eine vergipste Fragmentgruppe aus der Franziskanerkirche in Freiburg war Gegenstand einer Restaurierung.

Mehrere Fundkomplexe organischer Objekte wurden einer prophylaktischen oder kurativen Konservierung unterzogen (Arconciel/La Souche, Autavaux/La Crasaz 1+2, Bossonnens/Château, Bulle/Rue de la Poterne, Estavayer-le-Lac/Passage des Egralets 35, Freiburg/Augustinerkloster, /Kathedrale St. Niklaus und /Liebfrauenkirche, Granges-Paccot/Rte d'Agy, Muntelier/Steinberg, Vallon/Sur Dompierre sowie Villeneuve/La Baume). Eine Vielzahl menschlicher Skelette aus Chavannes-sous-Orsonnens/Route de Chénens, Freiburg/Augustinerkloster, Illens/A Illens, Romont/La Maladaire, La Tour-de-Trême/La Ronclina und Vallon/Sur Dompierre wurde im Labor gereinigt oder – wenn sie auf der Grabung *en bloc* geborgen worden waren – ausgegraben.

Um im Verlustfall oder bei Beschädigung der Originale im Besitz einer Kopie zu sein und um letztere für Ausstellungszwecke zur Verfügung zu stellen, wurden Abgüsse von folgenden Fundobjekten angefertigt: Münzen (Marsens/En Barras), römische Statuetten (Venus und Ikarus, Vallon/Sur Dompierre) und eine mittelalterliche Jagdglocke (Murten/Hauptgasse 24).

Das LCR war ebenfalls mit der Überwachung der klimatischen Bedingungen in den Funddepots des Amtes betraut. Für die Montage und den Transport von Fundgegenständen im Rahmen verschiedener Ausstellungen und Veranstaltungen hat das LCR zahlreiche Spezialverpackungen und Ausstellungssockel angefertigt («Göttlich – Menschlich», Archäologisches Institut der Universität Zürich, Römerfest und Sonderausstellung «Rome vue du Lac.

---

Histoires d'eaux entre Avenches et Vallon» im Römermuseum Vallon, Bibliothek von Domdidier, Autobahnraststätten Lully und Avry-devant-Pont). Zudem wurden behandelte Objekte für ihre Aufbewahrung in den Depots fachgerecht verpackt (vor allem Funde aus Bulle/Rue de la Poterne).

Das Personal des LCR hat bei der Demontage der Sonderausstellungen «Unesc...eau» im Römermuseum Vallon und «Archeoquiz» im MAHF wie auch beim Aufbau diverser Ausstellungen und Präsentationen mitgewirkt, so beispielweise bei der Ausstellung «Rome vue du Lac» im Römermuseum Vallon oder bei der Vitrine «Théodebert» für die Nacht der Museen 2013. Es hat zudem Workshops oder Vorführungen im Rahmen von Tagen der offenen Grabung oder der Europäischen Tage des Denkmals (Lampen-Workshop) durchgeführt. Auch an der Vorbereitung der nächsten Sonderausstellung des Amtes zum Themas Glas (2014-2015) ist das Labor massgeblich beteiligt.

#### 14.1.12 Sammlungen, Depots und Inventar

Im Depot D04, das die Glassammlung beherbergt, fanden die letzten Umverpackungsarbeiten statt (Freiburg/Liebfrauenkirche und /Bürglen). Zudem wurde kontrolliert, ob sich die Artefakte aus Lully/La Faye, die bereits ausgewertet und veröffentlicht wurden, in den Fundlagern befinden und in der Funddatenbank eingetragen sind.

Die Arbeiten zur Verbesserung, Anpassungen und Vereinheitlichung von Funddaten der Datenbank FRINARC wurden für ihre auf Ende 2014 geplante Überführung ins Informationssystem SIAF fortgesetzt.

#### 14.1.13 Fundausleihe

Objekte aus kantonalen, archäologischen Sammlungen (Originale und Kopien) wurden für verschiedene Ausstellungen (Universität Zürich) und Präsentationen (Autobahnraststätten Lully und Avry-devant-Pont; Bibliothek von Domdidier) zur Verfügung gestellt.

#### 14.1.14 Archivierung

Neben dem Projekt zur Archivierung von Grabungszeichnungen mit Hilfe von Mikrofilmen lag der Schwerpunkt der Arbeiten auf dem Bildmaterial in analoger Form. Diapositive, die bislang noch keinen Eingang in die Diathek fanden, wurden zusammengestellt. Dabei handelt es sich insbesondere um Aufnahmen, die während den Grabungen im Vorfeld des Baus der Autobahn A1 gemacht worden waren. Sämtliche Dia-Journalkassetten wurden in alphabetischer Reihenfolge der abgekürzten Fundstellenbezeichnungen im Archiv eingeräumt. Die neue Dia-Ordnung wird zudem durch eine neu angebrachte Beschilderung verdeutlicht. Die zur Aufbewahrung im DMA duplizierten Dias (insgesamt 162 Kassetten) wurden erfasst und aufgelistet. Die bislang noch nicht archivierten Negative der Schwarz/Weiss-Fotos, wurden zusammengestellt und weggeräumt. Jene Negativablageblätter, die sich in einem schlechten Erhaltungszustand befanden (rund 25 %), wurden ersetzt. Um die im Gebäude bis anhin verstreut liegenden Papierarchive in einem Raum zu vereinen, wurde ein Projekt auf die Beine gestellt. Diese wichtige räumliche Neuorganisation (Umzug von rund sechzig Metallschränken) konnte zum grössten Teil noch in diesem Jahr erfolgen, die definitive Ablage der Dokumente wird jedoch erst 2014 beendet sein. Was Dokumente in digitaler Form betrifft, so wurde ihre Archivierung auf dem Server nach einem festgelegten Ablegeplan vorangetrieben; fast 70 000 Dokumente wurden bislang bearbeitet.

## 14.2 Besondere Ereignisse

### 14.2.1 Führungen, Vermittlung, Animation, Tage der offenen Tür

Das Amt hat acht Führungen durch das Haus (Schulklassen und Erwachsenengruppen) und mehrere begleitete Besuche im Rahmen der Schau «Archeoquiz» im MAHF sowie der Ausstellungen «Unesc...eau» und «Rome vue du lac» im Römermuseum Vallon, auf dem Wistenlacherberg und auf dem Murtensee veranstaltet. Des Weiteren hat das Amt am Ferienpass der Stadt Freiburg teilgenommen und Führungen durch die Johanniterkomturei, die Befestigungswerke der Stadt Freiburg und die mittelalterliche Burg von Bossonnens durchgeführt bzw. daran teilgenommen. Auf der Grabung von Bulle/Rue de la Poterne fanden Tage der offenen Tür statt und Ende November konnte die Öffentlichkeit auch die Ausgrabungsarbeiten in Domdidier/A Domdidier besuchen.

Einen hohen Arbeitseinsatz erforderte die Nacht der Museen (25. Mai) zum Thema «Wahr oder nicht?». Das Amt stellte nicht nur eine kleine Ausstellung auf die Beine, sondern veranstaltete auch Workshops und einen Vortrag über den Prozess von Forel. Zudem war das Ensemble «La Compagnie des Tours» zu Gast, das für die Besucher das Alltagsleben im Mittelalter wieder auferstehen liess.

#### 14.2.2 Kurse, Pressekonferenzen, Vorträge an verschiedenen Kolloquien

Abgesehen von der Teilnahme an verschiedenen jährlich stattfindenden Versammlungen, Kommissionen und Treffen von Arbeitsgruppen sowie von Vorträgen im Rahmen verschiedener Zusammenkünfte (namentlich ARS, AGUS, SAM, Freiburger Vereinigungen und Museen) hat das AAFR massgeblich zur Ausbildung des Nachwuchses beigetragen, sowohl was die technische (Prüfungskommission der Vereinigung des archäologisch-technischen Grabungspersonals der Schweiz (VATG), als auch die wissenschaftliche Ausrichtung (Kurse und Proseminar zur Einführung in die Archäologie – Bachelor – an der Universität Freiburg und Betreuung von Studierenden verschiedener Universitäten im Rahmen ihrer Masterarbeiten) betrifft. Auch die Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Freiburg (Kurs: «Archéologie fribourgeoise») wurde fortgesetzt.

#### 14.2.3 Veranstaltungen, Ausstellungen und Verschiedenes

Wie jedes Jahr war das Amt an der Durchführung des Römerfestes im Museum in Vallon zum Thema «Brot und Spiele» (Animationen, Demonstrationen) und des Prähistorischen Festes im Pfahlbaudorf Gletterens (Silex-Workshop) beteiligt.

## 15 Amt für Kulturgüter (KGA)

Amtsvorsteher: **Claude Castella** vom 1. Januar bis 30. April 2013

Amtsvorsteher: **Stanislas Rück** vom 1. Mai bis 31. Dezember 2013

---

### 15.1 Tätigkeit

#### 15.1.1 Verzeichnis der Kulturgüter

Die Verzeichnisse bezeichnen Objekte, die es wert sind, als Kulturgüter betrachtet zu werden, und vermitteln den Eigentümern und den mit ihrem Schutz betrauten Behörden die nötigen Informationen über den kulturgeschichtlichen Wert dieser Objekte.

Das Verzeichnis der unbeweglichen Kulturgüter bildet eine der Grundlagen, die von den Gemeinden zu berücksichtigen sind, um bei Revisionen der Ortsplanung Schutzmassnahmen zu ergreifen. Bei jeder Revision des Zonenplans ist das Verzeichnis der betroffenen Gemeinden auf den neuesten Stand zu bringen. Das Verzeichnis wurde in 10 Gemeinden überarbeitet: Courlevon, Charmey, Jeuss, Tentlingen, Zumholz, Vallon, Pont-la-Ville, Courgevax und Châtel-sur-Montsalvens sowie teilweise in Freiburg (Sektor Bürglen und Quartier Schönberg). Von 5394 begutachteten Gebäuden wurden 972 ins Verzeichnis aufgenommen und bewertet. Zudem wurden für die verzeichneten Zonen der Stadt Freiburg 45 Objektfichen erstellt sowie 8 detaillierte Objektbeschriebe erarbeitet. Das Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter wurde in zwei Pfarrkirchen und zwei Kapellen sowie im Kloster der Ursulinerinnen in Freiburg aufgenommen und hinsichtlich einer künftigen Unterschutzstellung bewertet.

#### 15.1.2 Unterschutzstellung von Kulturgütern

Auf der Grundlage der Verzeichnisse schlägt das Amt den zuständigen Behörden Schutzmassnahmen für die Kulturgüter vor. Das Amt hat ferner den Auftrag, die Liste der geschützten Kulturgüter (Inventar) zu erstellen und nachzuführen. Derzeit stehen von 16 722 verzeichneten Objekten 8434 unter Schutz.

---

Das Amt unterstützt die Gemeinden bei der Unterschutzstellung der ortsfesten Kulturgüter im Rahmen der Ortsplanungsrevisionen. Das Amt erstellte 71 Gutachten zu Revisionsprogrammen, Teil- oder Gesamtrevisionen der Ortsplanung sowie zu regionalen Richtplänen.

### 15.1.3 Baubewilligungsgesuche

Das Amt stellt die Erhaltung der Kulturgüter sicher, indem es den für die Bewilligungen zuständigen Behörden zweckmässige Unterlagen für angemessene Entscheidungen bereitstellt und den Eigentümern fachliche Begleitung zukommen lässt.

Im Rahmen der Baubewilligungsverfahren hat das Amt 1789 Gutachten erstellt. Die Zahl der Stellungnahmen bleibt somit auf dem hohen Niveau der Vorjahre; sie ist seit 2007 um mehr als 50 % angestiegen. Die behandelten Gesuche verteilen sich wie folgt: geschützte oder im Verzeichnis eingetragene Gebäude 33 %, Bauvorhaben innerhalb geschützter oder schützenswerter Ortsbilder 55 %, Neubauten in der Nähe von geschützten Objekten und Perimetern oder ausserhalb der Bauzonen 7 %, Detailbebauungspläne und Verkehrsplanungen 5 %.

### 15.1.4 Subventionen

Der Staat beteiligt sich an den Erhaltungs- und Restaurierungskosten geschützter Kulturgüter. Der im Voranschlag 2013 vorgesehene Betrag für Subventionen hat sich nach einem Rückgang seit 2006 bei 1 500 000 Franken eingependelt. Mit einem Übertrag von 408 000 Franken aus den Vorjahren standen dem Amt 2013 1 908 000 Franken zu Verfügung, um auf die Zahlungsgesuche einzugehen. Diese wurden aufgrund der anhaltend guten Konjunkturlage in unverändert grosser Zahl eingereicht.

Die ausbezahlten Kantonsbeiträge beliefen sich auf 1 888 290 Franken, zu welchen 215 000 Franken aus einer Reserve für besonders umfangreiche Restaurierungen hinzukamen. Zu 85 % waren sie für Privatpersonen bestimmt und zu 15 % für juristische Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden und Pfarreien). Die zugesprochenen Subventionen erreichen einen Gesamtbetrag von 2 179 000 Franken, wovon 83 % auf private und 17 % auf juristische Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden, Pfarreien) entfallen.

Insgesamt lagen die zugesprochenen und ausbezahlten Subventionen bei einem Ansatz von ca. 15 % für einen subventionsberechtigten Betrag von 23 Millionen. Im Wissen, dass gewöhnlich kaum mehr als 50 % der Gesamtkosten subventionsberechtigt sind, kann festgestellt werden, dass jeder Subventionsfranken eine Investition von 12 Franken zu Gunsten der Kulturgüter auslöst.

Im Rahmen der Vorbereitung und der Begleitung von Konservierungsmassnahmen und Restaurierungen übernahm das Amt ausserdem Expertisen, Analysen und Sondierungen in Höhe von 42 350 Franken.

Es sind zudem 323 732 Franken an Bundessubventionen ausbezahlt worden. Wegen verschiedener Verspätungen bei den Bauvorhaben liegt dieser Betrag deutlich unter den jährlich vorgesehenen 625 000 Franken der Programmvereinbarung.

### 15.1.5 Dokumentation der Kulturgüter

Das Amt hat die Aufgabe, eine Dokumentation über die Freiburger Kulturgüter aufzubauen und nachzuführen und diese der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Die Archivierung von Berichten und ganzen Dossiers über Restaurierungen wird fortgesetzt:

41 Restaurierungsberichte wurden archiviert. Wiederum wurden alte Fotografien gesichtet und geordnet. Gegen 6500 Abzüge wurden identifiziert und bereichern nunmehr die Sammlung des Amtes. Ferner wurden den Friburgensia 1692 Neueinträge, hauptsächlich Zeitungsausschnitte, hinzugefügt. Die mit dem Kulturgüterverzeichnis zusammenhängende Autorentenbank wurde mit 107 biographischen Einträgen über Künstler und Kunsthandwerker ergänzt. Die Bibliothek wurde mit 224 neuen Titeln bereichert, hauptsächlich Monografien und Fachzeitschriften. Das Projekt zur Rettung des alten Negativbestandes des Kulturgüterdienstes (1870–1960) konnte abgeschlossen werden. 15 877 Aufnahmen wurden so digitalisiert, zugeordnet und in den RERO Katalog eingefügt, womit sie nun der Öffentlichkeit zu Verfügung stehen.

### 15.1.6 Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

Eine siebte Serie von acht Blättern zur Architektur in der Stadt Freiburg konnte veröffentlicht werden.

Wie jedes Jahr war das Amt an Anlässen und Aktionen beteiligt, mit denen die Öffentlichkeit auf den Reichtum des kulturellen Erbes im Kanton aufmerksam gemacht wird. Namentlich im Rahmen der Europäischen Tage des Denkmals wurden zum Thema «Feuer und Licht» im Kanton verschiedene Objekte zugänglich gemacht. In Zusammenarbeit mit der «Société d'histoire du canton de Fribourg» wurde zum achten Mal der «Printemps du patrimoine» organisiert, der diesmal einen Einblick in die Restaurierung eines Bauernhauses in Montécu (Le Mouret) bot. Verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben mit Besichtigungen, Vorträgen und bei Aus- und Weiterbildungsanlässen zur vertieften Kenntnis der Kulturgüter beigetragen, unter anderem auch am Tag der offenen Tür des neuen Kantonsgerichts. Folgende Themenschwerpunkte wurden besonders berücksichtigt: die Erhaltung und Umnutzung von Landwirtschaftsbauten, die Integration von Solaranlagen, die Isolation geschützter Bauten sowie die Verdichtung im Schutzperimeter. Das Amt hat bei den Ausbildungsveranstaltungen für die neuen Pfarreiräte mitgewirkt um diese für die ihnen anvertrauten Kulturgüter zu sensibilisieren.

### 15.1.7 Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall

Für den Bau eines Kulturgüterschutzraums in Zusammenhang mit der Restaurierung des Franziskanerklosters hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz eine Subvention in der Höhe von 427 000 Franken gesprochen, wozu ein Kantonsbeitrag von weiteren 370 500 Franken hinzukommt. Auf diese Zusprachen und entsprechend dem Arbeitsfortschritt wurde eine Anzahlung von 500 000 Franken geleistet. Bei den Sicherheitsdokumentationen wurde vom genannten Bundesamt nur ein Projekt mit einem Bundesbeitrag von 20 % unterstützt: das bereits erwähnte Projekt zur Rettung des alten Negativbestands des Kulturgüterdienstes.

### 15.1.8 Kunstdenkmäler der Schweiz

Das Amt beteiligt sich an der Veröffentlichung der Freiburger Bände der Reihe «Die Kunstdenkmäler der Schweiz», die von der Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte GSK herausgegeben werden.

Die 2008 begonnene Redaktionsarbeit des Bandes VI über die Stadt Estavayer-le-Lac ging weiter voran. Wegen der besonders umfangreichen Grundlagenforschungen musste der Termin für die Veröffentlichung jedoch angepasst werden. So sollte die Redaktion nun bis 2016 abgeschlossen und eine Veröffentlichung 2017 möglich sein. Es wurde zudem eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen mit dem Ziel, diesem Programm einen neuen Elan zu geben damit auch die Teile des Kantons, welche noch nicht bearbeitet sind – die Bezirke Greyerz, Glane, Vivisbach und Sense – in absehbarer Zeit über ein solches Standardwerk verfügen können.

### 15.1.9 Kommissionen

Die Kulturgüterkommission trat zu 9 Sitzungen zusammen; das Büro der Kulturgüterkommission hielt 10 Sitzungen ab und die Unterkommission für bewegliche Kulturgüter traf sich zu einer Sitzung. Die wissenschaftliche Kommission für die Begleitung der Forschungsarbeiten zu den «Kunstdenkmälern der Schweiz» führte ebenfalls eine Sitzung durch.

## 15.2 Besondere Ereignisse

Das Amt hat 2013 eine Übergangsphase zwischen dem alten und neuen Amtsvorsteher durchlebt. Claude Castella ging am 30 April 2013 in Pension nachdem er dem Amt während 18 Jahren vorgestanden hatte. Der neue Amtsvorsteher Stanislas Rück übernahm das Amt stufenweise ab Mai 2013.

Das Amt hat zwei Zivildienstleistende beschäftigt, wobei der eine seine Studien über spätgotische Blendmasswerke und Fenstergewände in der Stadt Freiburg abgeschlossen und der andere beim Verzeichnis der unbeweglichen Kulturgüter der Stadt Freiburg mitgearbeitet hat. Zudem konnten drei Praktikanten ihre Ausbildung in beiden Abteilungen des Amtes vervollständigen.

## 16 Personalbestand

Behörden – Direktionen Kostenstellen		Rechnung 2013 VZÄ	Rechnung 2012 VZÄ	Abweichungen VZÄ
<b>Direktion für Erziehung, Kultur und Sport</b>		<b>4 666.63</b>	<b>4 605.97</b>	<b>60.66</b>
ZENTRALVERWALTUNG		245.78	241.77	4.01
3200 / IPCS	Generalsekretariat	23.87	23.11	0.76
3202 / ENOB	Obligatorischer Unterricht	46.79	45.60	1.19
3208 / ENSA	Amt für Sonderpädagogik	8.80	8.93	-0.13
3225 / OSPR	Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung	26.99	26.73	0.26
3229 / ESSU	Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2	4.17	3.48	0.69
3265 / CULT	Amt für Kultur	2.72	2.80	-0.08
3270 / ARCH	Staatsarchiv	6.02	6.08	-0.06
3271 / BCUN	Kantons- und Universitätsbibliothek	50.19	49.23	0.96
3273 / MAHF	Museum für Kunst und Geschichte	14.92	14.77	0.15
3274 / MHNA	Naturhistorisches Museum	9.75	10.16	-0.41
3280 / SACF	Amt für Archäologie	31.71	31.44	0.27
3281 / BIEN	Amt für Kulturgüter	13.83	13.84	-0.01
3292 / SPOR	Amt für Sport	6.02	5.60	0.42
<b>Unterrichtswesen</b>		<b>4'420.85</b>	<b>4'364.20</b>	<b>56.65</b>
3203 / EPRE	Vorschulunterricht	352.92	322.69	30.23
3205 / EPRI	Primarschulunterricht	1'380.35	1'365.40	14.95
3210 / CORI	Orientierungsschule – Entlastungen	21.55	20.77	0.78
3210 / CORI	Orientierungsschule	923.91	918.54	5.37
3229 / ESSU	Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2	1.58	1.83	-0.25
3230 / ECDD	Fachmittelschule	70.05	68.13	1.92
3235 / CGAM	Kollegium Gambach	74.43	70.39	4.04
3240 / CSCR	Kollegium Hl. Kreuz	89.49	90.91	-1.42
3245 / CSMI	Kollegium St. Michael	120.08	123.38	-3.30
3249 / CSUD	Kollegium des Südens	103.40	103.88	-0.48
3256 / HEPF	Pädagogische Hochschule	98.32	98.36	-0.04
3258 / HESS	Hochschule für Gesundheit	57.28	57.09	0.19
3259 / HETS	Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit	47.80	47.29	0.51
3260 / UNIV	Universität	955.84	950.03	5.81
3272 / CONS	Konservatorium	123.85	125.51	-1.66

# Tätigkeitsbericht

Sicherheits- und  
Justizdirektion

—

2013



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Direction de la sécurité et de la justice DSJ**  
**Sicherheits- und Justizdirektion SJD**

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Direktion und Generalsekretariat</b>	<b>5</b>		
<b>1.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>5</b>		
1.1.1	Ordentliche Tätigkeit	5		
1.1.2	Besondere Ereignisse	5		
<b>1.2</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>6</b>		
1.2.1	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	6		
1.2.2	Weitere interkantonale Regierungskonferenzen	7		
<b>1.3</b>	<b>Streitigkeiten und Beschwerden (Beschwerden/Entscheide des vergangenen Jahres)</b>	<b>7</b>		
1.3.1	Erstinstanzliche Entscheide	7		
1.3.2	Instruktion von Beschwerden	7		
1.3.3	Haftungsfragen	8		
<b>1.4</b>	<b>Gesetzgebung</b>	<b>8</b>		
1.4.1	Gesetze und Dekrete	8		
1.4.2	Verordnungen und Reglemente	8		
<b>2</b>	<b>Kantonspolizei</b>	<b>9</b>		
<b>2.1</b>	<b>Personalbereich</b>	<b>9</b>		
2.1.1	Bestand am 31.12.2013	9		
2.1.2	Mutationen beim Personal	9		
2.1.3	Ausbildung und Weiterbildung	9		
2.1.4	Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen»	10		
2.1.5	Arbeitspsychologie	10		
<b>2.2</b>	<b>Tätigkeiten der Kantonspolizei</b>	<b>10</b>		
2.2.1	Behandelte Geschäfte	10		
2.2.2	Verhaftungen	11		
2.2.3	Strassenverkehr und Schifffahrt	11		
2.2.4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	12		
2.2.5	Betäubungsmittel	15		
<b>2.3</b>	<b>Ereignisse im Jahr 2013</b>	<b>16</b>		
2.3.1	Von der Kriminalpolizei behandelte gerichtliche Sonderfälle	16		
2.3.2	Aktionen im Bereich der Prävention	18		
<b>2.4</b>	<b>Besondere Bereiche</b>	<b>19</b>		
2.4.1	Fahrende	19		
2.4.2	Personenschutz	19		
2.4.3	Ausschaffungen	19		
2.4.4	Ordnungsdienst	19		
2.4.5	Polizeihunde	19		
2.4.6	Verkehrserziehung	20		
2.4.7	Stelle für Medien und Prävention	20		
2.4.8	Büro für Waffen und Sprengstoffe	21		
2.4.9	Sicherheitsunternehmen	22		
<b>2.5</b>	<b>Logistik</b>	<b>22</b>		
2.5.1	Informatik und Telekommunikation	22		
2.5.2	Fahrzeuge	23		
2.5.3	Gebäudeverwaltung	23		
2.5.4	Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung	24		
2.5.5	Buchhaltung	24		
<b>3</b>	<b>Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM)</b>	<b>24</b>		
<b>3.1</b>	<b>Bevölkerungsschutz</b>	<b>24</b>		
3.1.1	Ordentliche Tätigkeit	24		
3.1.2	Besonderes	25		
<b>3.2</b>	<b>Zivilschutz</b>	<b>26</b>		
3.2.1	Ordentliche Tätigkeit	26		
3.2.2	Besonderes	29		
<b>3.3</b>	<b>Militärverwaltung</b>	<b>29</b>		
3.3.1	Ordentliche Tätigkeit	29		
<b>3.4</b>	<b>Verwaltung der Militärgebäude</b>	<b>33</b>		
3.4.1	Ordentliche Tätigkeit	33		
3.4.2	Besonderes	34		
<b>4</b>	<b>Amt für Bevölkerung und Migration</b>	<b>34</b>		

<b>4.1</b>	<b>Fremdenpolizei</b>	<b>34</b>	<b>6.2</b>	<b>Notariat</b>	<b>42</b>
4.1.1	Ordentliche Tätigkeit	34	<b>6.3</b>	<b>Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen</b>	<b>42</b>
4.1.2	Besondere Ereignisse	35	<b>6.4</b>	<b>Unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen</b>	<b>43</b>
<b>4.2</b>	<b>Asylbereich</b>	<b>36</b>	<b>6.5</b>	<b>Unentgeltliche Rechtspflege in Verwaltungssachen</b>	<b>43</b>
4.2.1	Ordentliche Tätigkeit	36	<b>6.6</b>	<b>Internationale Rechtshilfe</b>	<b>43</b>
4.2.2	Besondere Ereignisse	36	<b>6.7</b>	<b>Mediation im Gerichtsverfahren</b>	<b>43</b>
<b>4.3</b>	<b>Ausländische Arbeitskräfte</b>	<b>36</b>	6.7.1	Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen	43
4.3.1	Ordentliche Tätigkeit	36	6.7.2	Büro für Mediation in Jugendstrafsachen	44
4.3.2	Besondere Ereignisse	37	<b>6.8</b>	<b>Aufsicht über die klassischen Stiftungen</b>	<b>45</b>
<b>4.4</b>	<b>Schweizerpässe und Identitätskarten</b>	<b>37</b>	<b>7</b>	<b>Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMSG)</b>	<b>45</b>
4.4.1	Ordentliche Tätigkeit	37	<b>7.1</b>	<b>Straf- und Massnahmenvollzug</b>	<b>45</b>
4.4.2	Besondere Ereignisse	37	7.1.1	Freiheitsstrafen und Massnahmen	45
<b>5</b>	<b>Amt für Gewerbepolizei</b>	<b>38</b>	7.1.2	Umgewandelte Bussen und Geldstrafen (Ersatzfreiheitsstrafen)	48
<b>5.1</b>	<b>Öffentliche Gaststätten</b>	<b>38</b>	7.1.3	Gemeinnützige Arbeit (GA)	48
5.1.1	Ordentliche Tätigkeit	38	7.1.4	Begnadigungsgesuche	48
5.1.2	Besondere Ereignisse	39	7.1.5	Strafregister	49
<b>5.2</b>	<b>Alkohohaltige Getränke</b>	<b>39</b>	<b>7.2</b>	<b>Gefängnisse</b>	<b>49</b>
5.2.1	Ordentliche Tätigkeit	39	7.2.1	Eintritte 2013	49
<b>5.3</b>	<b>Lotterien und Kollekten</b>	<b>40</b>	7.2.2	Eintritte 2013	50
5.3.1	Ordentliche Tätigkeit	40	7.2.3	Verpflegung	50
<b>5.4</b>	<b>Spielautomaten</b>	<b>40</b>	7.2.4	Räumlichkeiten	50
5.4.1	Ordentliche Tätigkeit	40	7.2.5	Beschäftigung der Insassen	51
<b>5.5</b>	<b>Spielsalons</b>	<b>40</b>	7.2.6	Insassenbetreuung	51
5.5.1	Ordentliche Tätigkeit	40	<b>8</b>	<b>Amt für Bewährungshilfe (BHA)</b>	<b>52</b>
<b>5.6</b>	<b>Prostitution</b>	<b>40</b>	<b>8.1</b>	<b>Ordentliche Tätigkeit</b>	<b>52</b>
5.6.1	Ordentliche Tätigkeit	40	<b>8.2</b>	<b>Abteilung Verwaltung</b>	<b>52</b>
<b>5.7</b>	<b>Gewerbe der Reisenden</b>	<b>41</b>	<b>8.3</b>	<b>Abteilung Bewährungshilfe</b>	<b>53</b>
5.7.1	Ordentliche Tätigkeit	41	<b>8.4</b>	<b>Abteilung Alternative Strafvollzugsformen</b>	<b>54</b>
<b>5.8</b>	<b>Konsumkredit</b>	<b>41</b>	<b>8.5</b>	<b>Besondere Vorkommnisse</b>	<b>55</b>
5.8.1	Ordentliche Tätigkeit	41			
<b>5.9</b>	<b>Masse und Gewichte</b>	<b>41</b>			
5.9.1	Ordentliche Tätigkeit	41			
<b>5.10</b>	<b>Preisbekanntgabe</b>	<b>41</b>			
5.10.1	Besondere Ereignisse	41			
<b>6</b>	<b>Amt für Justiz (AJ)</b>	<b>42</b>			
<b>6.1</b>	<b>Advokatur</b>	<b>42</b>			

---

8.5.1	Weiterbildung der Bewährungshelferinnen und –helfer zur Risikoanalyse	55
8.5.2	Präsentation von PAGRED	55
8.5.3	Sensibilisierungskurse für Studierende	56
8.5.4	2. Begegnung der Begünstigten von gemeinnütziger Arbeit	56

<b>9</b>	<b>Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)</b>	<b>56</b>
<b>10</b>	<b>Kantonale Gebäudeversicherung (KGV)</b>	<b>57</b>
<b>11</b>	<b>Anstalten von Bellechasse (AB)</b>	<b>57</b>
<b>12</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>57</b>

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat

Staatsrat, Direktor: Erwin Jutzet

Generalsekretärin: Claudine Godat

---

## 1.1 Tätigkeit

### 1.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Generalsekretariat übt die Stabsaufgaben der Direktion aus und übernimmt insbesondere die Planung und Koordination der Arbeiten, die Vorbereitung der Dossiers für den Staatsrat, die Betreuung der Dossiers und die Bearbeitung administrativer Geschäfte (Finanzen, Personal, Logistik). Das Generalsekretariat ist für die Informationsverwaltung intern und gegen aussen zuständig und leitet Projekte, die in den Zuständigkeitsbereich der Direktion fallen oder auch mehrere Direktionen betreffen.

### 1.1.2 Besondere Ereignisse

#### 1.1.2.1 Integrationspolitik

Entsprechend der Baustelle 7.6 der Herausforderung Nr. 4 des Regierungsprogramms «Festigung des sozialen Zusammenhalts und der Lebensqualität vor dem Hintergrund eines starken Wachstums» wurden die Arbeiten in den Bereichen Integration der Migrantinnen und Migranten und Rassismusprävention 2013 weitergeführt. In Zusammenarbeit mit der Direktion für Gesundheit und Soziales hat die Direktion ein kantonales Integrationsprogramm für die Jahre 2014–2017 ausgearbeitet und entspricht damit einem Auftrag des Bundes im Rahmen von dessen neuer Integrationspolitik. Im Oktober 2013 wurde mit dem Bund eine Programmvereinbarung unterzeichnet, mit der die im Vierjahresprogramm vorgesehenen Massnahmen genehmigt und die finanziellen Beiträge des Bundes für deren Umsetzung (2,45 Millionen Franken pro Jahr während vier Jahren) festgelegt werden.

Das kantonale Integrationsprogramm wurde den Gemeinden am 21. November anlässlich der 5. Konferenz der Gemeinden betreffend die Integration der Migrantinnen und Migranten im Detail vorgestellt. Als wesentliche Integrationsakteure stehen die Gemeinden auch im Zentrum des Projekts «Gemeinsam in der Gemeinde», das laufend weiterentwickelt wird. Im Jahr 2013 stiess die Gemeinde Wünnewil-Flamatt zu dem Projekt, das zuvor in einer Pilotphase in den Gemeinden Düdingen, Marly, Villars-sur-Glâne, Bulle, und Estavayer-le-Lac eingeführt worden war. Im Bereich Rassismusprävention hat der Kanton vom 18. bis 24. März ein weiteres Mal an der Woche gegen Rassismus teilgenommen, die von allen Westschweizer Gemeinden zusammen mit dem Tessin durchgeführt wurde. Im Bereich der wirtschaftlichen Integration von Migrantinnen und Migranten und zur Würdigung von bewährten Methoden in Unternehmen wurde am 21. März der Preis «Migration und Arbeit» an JPF Construction SA in Bulle verliehen.

#### 1.1.2.2 Internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Wie es das am 1. April 2012 in Kraft getretene Gesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vorsieht, hat der Staatsrat die Ziele festgelegt, die er in dieser Legislaturperiode im Bereich Entwicklungszusammenarbeit verfolgen will, und dazu einen Finanzplan erstellt. Zuvor hatte die neue Kantonale Kommission für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (KKEHH) zu den Zielen Stellung genommen.

Der Staatsrat verlängert den Leistungsauftrag der Organisation Solidarisches-Freiburg, dem Verband der Freiburger Entwicklungsorganisationen. Dieser verwaltet den Budgetrahmen, den der Staat alljährlich für die finanzielle Unterstützung von Projekten der Freiburger Organisationen im Ausland einsetzt. Dieser bisher jährlich erneuerte Leistungsauftrag wurde nun für einen Zeitraum von vier Jahren bis Ende 2016 erteilt. Zudem setzt sich der Staatsrat für eine schrittweise Erweiterung des Budgetrahmens ein. Im Finanzplan 2013–2016 ist eine leichte

---

Erhöhung um jährlich 10 000 Franken vorgesehen. Insgesamt wurde 2013 ein Betrag von 190 000 Franken für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt, davon gingen 140 000 Franken an Solidarisches-Freiburg. Ausserdem wurde das Internationale Komitee vom Roten Kreuz mit 30 000 Franken unterstützt und der Kanton steuerte 20 000 Franken zu einem Projekt des Bundes und der Kantone Genf und Jura bei, mit dem das Netzwerk für psychische Gesundheit in der Föderation Bosnien und Herzegowina verbessert werden soll.

Die Kantonale Kommission für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (KKEHH) trat 2013 zweimal zusammen.

#### 1.1.2.3 Kantonaler Rat für Prävention und Sicherheit (KRPS)

Das KRPS ist ein beratendes Organ des Staatsrats, das gleichzeitig mit der Schaffung der bürgernahen Polizei eingesetzt wurde. Es wird vom Sicherheits- und Justizdirektor präsiert und vereinigt Vertreter der Kantonspolizei, der Oberämter, der Gemeinden, der Gesundheitsförderung, der soziokulturellen Animation, der Jugend und der betagten Personen.

Im Jahr 2013 hielt der KRPS drei Sitzungen ab und widmete sich dabei der Umsetzung der sechs strategischen Ziele zur Verbesserung der bürgernahen Sicherheit im Kanton. Er hat insbesondere sein Präventionsziel verfolgt (den Bürger zu einem Partner in Sachen Sicherheit machen), indem er im Juni eine Präventionskampagne mit dem Slogan «Unsere Sicherheit beginnt mit Dir!» lancierte. Die Kampagne dreht sich um eine fiktive Freiburger Familie, die «Familie Kolly», die in Kurzfilmen über Alltagssituationen zeigt, wie mit den richtigen Verhaltensweisen die Sicherheit und das Zusammenleben verbessert werden können.

#### 1.1.2.4 Kampf gegen Menschenhandel

Der Kanton Freiburg nahm vom 18. bis 25. Oktober an der nationalen Aktionswoche gegen Menschenhandel teil, für welche die Akteure des Freiburger Kooperationsmechanismus gegen Menschenhandel eine Reihe von Veranstaltungen organisierten. Höhepunkt war die Eröffnung der Wanderausstellung «Ohne Glanz und Glamour» in Freiburg in Anwesenheit von Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements.

#### 1.1.2.5 Neues Stationierungskonzept der Armee

Am 25. November 2013 informierten der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport und der Armeechef die Kantone über das neue Stationierungskonzept der Armee. Der Kanton ist insofern davon betroffen, als das neue Konzept den Abzug der Armee aus der Kaserne La Poya in Freiburg bis 2020 und den Rückzug aus dem Lager Schwarzsee bis 2016 vorsieht. Die Abgänge werden teilweise durch die Verstärkung anderer Freiburger Standorte, namentlich der Kaserne in Drogens, kompensiert.

Um dem bereits vor einigen Jahren angekündigten Rückzug der Armee aus dem Lager Schwarzsee zu begegnen, hat der Kanton mit dem Bund Verhandlungen über die Aufnahme des Ausbildungszentrums des Zivildienstes aufgenommen. Dieses muss seinen jetzigen Standort in Schwarzenburg (BE) Ende 2015 verlassen. In diesem Ausbildungszentrum des Bundes würden jede Woche über 200 Zivildienstleistende aus der ganzen Schweiz verschiedene, einwöchige Ausbildungen absolvieren, und dies während 45 Wochen im Jahr. Die Verhandlungen dürften im ersten Quartal 2014 zum Abschluss kommen.

Der Staatsrat hat zudem bereits eine Delegation eingesetzt, die den Auftrag hat, sich gemeinsam mit der Stadt Freiburg Gedanken über die Zukunft des Standorts La Poya zu machen.

## 1.2 Interkantonale Zusammenarbeit

### 1.2.1 Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Die KKJPD, die von Regierungsrat Hans-Jürg Käser (BE) präsiert wird, hielt 2013 zwei Plenarsitzungen ab. Die Herbstsitzung vom 14. und 15. November 2013 fand im Kanton Freiburg, in Charmey statt.

Sie behandelte insbesondere folgende Fragen:

- > die Entwicklung der Situation im Asylbereich;

- > das Hooligan-Konkordat;
- > das Projekt zur Schaffung einer Schweizer Waffenplattform;
- > den Sicherheitsverbund Schweiz;
- > die Harmonisierung der Polizeinformatik.

Der Sicherheits- und Justizdirektor präsidiert ausserdem die Strafrechtskommission, die zu den ständigen Kommissionen der KKJPD gehört. Die Strafrechtskommission setzt sich zusammen aus Vertretern der kantonalen politischen Behörden, der Staatsanwaltschaft der Kantone und der Bundesanwaltschaft. Sie befasst sich namentlich mit der Koordination von strafrechtlichen Fragen von interkantonaler Bedeutung und mit der Zusammenarbeit der Kantone mit den Strafbehörden des Bundes.

### 1.2.2 Weitere interkantonale Regierungskonferenzen

Die Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD) ist im Jahr 2013 zweimal zusammengekommen, am 14. und 15. März im Tessin und am 31. Oktober im Jura. Der Sicherheits- und Justizdirektor ist Vizepräsident der LKJPD.

Die Konferenz der Militär- und Bevölkerungsschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK) hat ihre Jahreskonferenz am 27. Mai in Lausanne abgehalten.

Die Mitglieder der Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesezt (FDKL) haben sich am 13. Mai und am 25. November in Bern versammelt.

## 1.3 Streitigkeiten und Beschwerden (Beschwerden/Entscheide des vergangenen Jahres)

### 1.3.1 Erstinstanzliche Entscheide

Die Direktion trifft die Verfügungen, für die sie von Gesetzes wegen zuständig ist (Fri-Pers-Entscheide, administrative Massnahmen in Personalfragen, Bewilligungen für die Zeugenaussage vor Gericht, Rechtshilfe und unentgeltliche Rechtspflege, Beschwerden gemäss Art. 38 PolG, Beschwerden gegen den Direktor der AB, Erlass von Gebühren, Massnahmen im Bereich der Sicherheitsunternehmen, Prüfungen der Leiter von Sicherheitsunternehmen, Genehmigung von Gemeindereglementen, Kaminfegerkonzessionen usw.). Im Jahr 2013 präsentierte sich die Situation wie folgt:

Behandelte Fälle (2013 eröffnete Verfahren)	74
Gefällte Entscheide (Massnahmen/negative Entscheide/positive Entscheide/unzulässig)	51
Verzicht auf Ergreifung einer Massnahme / Verfahren gegenstandslos	9
Beschwerden an den SR gegen Entscheide des Jahres 2013	0
Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide des Jahres 2013	0
Am 31. Dezember 2013 hängige Verfahren	14

### 1.3.2 Instruktion von Beschwerden

Die Direktion behandelt gestützt auf Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Verfügungen ihrer Verwaltungseinheiten, sofern das Gesetz nicht den direkten Beschwerdeweg an das Kantonsgericht vorsieht. Diese Beschwerdeverfahren betreffen folgende Ämter: Kantonspolizei, Amt für Bevölkerungsschutz und Militär, Amt für Gewerbepolizei, Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse, Anstalten von Bellechasse. Im Jahr 2013 präsentierte sich die Situation wie folgt:

2013 eingegangene Beschwerden	91
davon	
gutgeheissen:	4
abgewiesen:	11

unzulässig:	2
nach Aufhebung des Entscheids oder Rückzug der Beschwerde gegenstandslos	4
Am 31. Dezember 2013 bei der Direktion hängige Verfahren	69
Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide des Jahres 2013	1
<b>1.3.3 Haftungsfragen</b>	
Die Direktion instruiert Streitigkeiten im Bereich der Staatshaftung (Gesetz vom 16. September 1986 über die Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger sowie Haftungsfälle, die auf Bundesrecht beruhen). Die Stellungnahmen werden vom Staatsrat oder in bestimmten Fällen (verjährte Forderungen, Forderungen über Beträge von weniger als 3000 Franken) von der Direktion verfasst. Im Jahr 2013 präsentierte sich die Situation wie folgt:	
Am 1. Januar 2013 hängige Fälle	4
Im Jahr 2013 eingereichte Forderungen	4
Im Jahr 2013 von der SJD erledigte Fälle	5
Am 31. Dezember 2013 hängige Fälle (2013 eingereicht)	3
<b>1.4 Gesetzgebung</b>	
<b>1.4.1 Gesetze und Dekrete</b>	
> Gesetz vom 11. September 2013 zur Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei	
> Gesetz vom 11. September 2013 über den Beitritt zur Vereinbarung zur Revision des Konkordats über die Sicherheitsunternehmen	
> Dekret vom 9. Oktober 2013 über eine Verpflichtungskredit für den Bau eines Polizeigebäudes in Granges-Paccot	
> Gesetz vom 12. Dezember 2013 über den Beitritt zur Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	
> Gesetz vom 12. Dezember 2013 zur Aufhebung des Gesetzes über das Filmwesen und das Theater	
<b>1.4.2 Verordnungen und Reglemente</b>	
> Verordnung vom 19. Februar 2013 zur Änderung der Verordnung über die Gebühren für die Erteilung von Arbeitsbewilligungen an Ausländer	
> Verordnung vom 26. März 2013 zur Änderung der Verordnung über den Kindes- und Erwachsenenschutz	
> Verordnung vom 20. August 2013 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Corminbœuf (+ <i>idem für die Gemeinden Freiburg, Givisiez, Granges-Paccot, Marly, Villars-sur-Glâne, Bulle, Gruyères, Murten, Romont, Estavayer-le-Lac, Châtel-St-Denis</i> )	
> Verordnung vom 5. November 2013 zur Erhöhung des Tarifs 2014 für bestimmte Personenwagen (Energieetikette)	
> Verordnung vom 11. November 2013 zur Änderung der Verordnung über die beratende Kommission für die bedingte Straffentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit	
> Verordnung vom 11. November 2013 über die Aufsicht über die Stiftungen	
> Verordnung vom 3. Dezember 2013 über den Ansatz der Prämien und der Zuschlagsprämien der Gebäudeversicherung für 2014	
> Verordnung vom 3. Dezember 2013 über den mittleren Baukostenindex der Gebäudeversicherung für 2014	
> Verordnung vom 17. Dezember 2013 zur Aufhebung des Ausführungsreglements zum Gesetz über das Filmwesen und das Theater	
Ausführungsverordnung vom 17. Dezember 2013 zum Bundesgesetz über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten	

## 2 Kantonspolizei

Kommandant: Pierre Schuwey

### 2.1 Personalbereich

#### 2.1.1 Bestand am 31.12.2013

VZÄ (Einh.)	Polizei-beamte	Polizei-aspiranten	Hilfs-polizisten	Zivile Mitarbeiter	Lernende	Total
Kommando	3.50 (4)	-	-	7.50 (8)	-	11 (12)
Personalbereich	7 (7)	28 (28)	-	4.30 (5)	1 (1)	40.30 (41)
Stabsdienste	38.50 (40)	-	-	49.30 (56)	2 (2)	89.80 (98)
Gendarmerie	345.50 (349)	-	20.25 (23)	12.30 (17)	2 (2)	380.05 (391)
Kriminalpolizei	95.30 (101)	-	-	11.70 (14)	1 (1)	108 (116)
<b>Total</b>	<b>489.80 (501)</b>	<b>28 (28)</b>	<b>20.25 (23)</b>	<b>85.10 (100)</b>	<b>6 (6)</b>	<b>629.15 (658)</b>

#### 2.1.2 Mutationen beim Personal

	Polizei-beamte	Polizei-aspiranten	Hilfs-polizisten	Zivile Mitarbeiter	Total
Anstellungen	1 (1)	30 (30)	-	6.30 (7)	37.30 (38)
Versetzungen in den Ruhestand	10.70 (11)	-	-	-	10.70 (11)
Kündigungen	10 (10)	2 (2)	-	1 (1)	13 (13)

#### 2.1.3 Ausbildung und Weiterbildung

Am 7. Januar 2013 sind 30 Personen in die Polizeiaspirantenschule (PAS) eingetreten. Im Verlaufe des Jahres mussten zwei Aspirant/-innen die Polizeischule verlassen. Nach einem Jahr Ausbildung absolvierten 28 Kandidatinnen und Kandidaten mit Erfolg die Prüfungen für den eidgenössischen Fachausweis Polizist/-in. Am Freitag, 13. Dezember 2013, wurden in der Kathedrale St. Nikolaus in Freiburg 23 Gendarmen und 5 Inspektor/-innen vereidigt.

Für die Polizeiaspirantenschule 2014 wurden 25 Kandidatinnen und Kandidaten verpflichtet, davon 19 für die Gendarmerie und 6 für die Kriminalpolizei.

Am 31. Oktober 2013 unterzeichneten der Direktor der Sicherheits- und Justizdirektion des Kantons Freiburg, der Chef des Justiz-, Sicherheits- und Kulturdepartements von Republik und Kanton Neuenburg und der Vorsteher des Finanz-, Sicherheits- und Polizeidepartements von Republik und Kanton Jura eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Polizeiaspirantenschule Freiburg (PAS) und ERAP Colombier im Bereich der Grundausbildung. Die Planung der gemeinsamen Aktivitäten und Ausbildungen wurde im Oktober ausgearbeitet. Für das Jahr 2014 sind 35 gemeinsame Ausbildungstage vorgesehen.

Im Jahr 2013 wurden Weiterbildungen für das bewaffnete Personal in den Bereichen Schiessen, Selbstverteidigung (MDTS) und Anwendung von Zwangsmitteln durchgeführt. Eine Weiterbildung fand ebenfalls für den Fall einer Bedrohung «AMOK» (Massentötung in einem öffentlichen Bereich) statt. Dieses Thema stand 2012 zum ersten Mal auf dem Weiterbildungsplan. Es sind verschiedene Massnahmen im Gange, um das Vorgehen in einem solchen Fall zu perfektionieren.

Im Weiteren hat das Ausbildungszentrum im Jahr 2013 verschiedene Kurse für die kantonalen Partner im Bereich Sicherheit organisiert (Feuerwehr, Fachpersonen für Justizvollzug der Gefängnisse, Zivilschutz).

#### 2.1.4 Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen»

Im Verlaufe des Jahres 2013 wurden zahlreiche Kontakte gepflegt und Gespräche geführt mit mehreren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Polizeibeamte und Zivilangestellte) aufgrund gesundheitlicher Probleme oder zwischenmenschlicher Probleme, sei es im Berufs- oder Privatleben. In den meisten Fällen konnte für die Betroffenen eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden. In einigen schwerwiegenden Fällen war eine Zusammenarbeit mit dem Care Management oder der IV-Stelle notwendig.

Die Hilfe der Einheit zwischenmenschliche Beziehungen und der 5 Debriefeure wurde mehrmals von Beamten in Anspruch genommen, die nach Einsätzen in tragischen Situationen psychologische Unterstützung benötigten.

Während der Grundausbildung besuchen die Aspirant/-innen Kurse in Polizeipsychologie. Diese Ausbildung wurde durch den Arbeitspsychologen und den Chef der Einheit zwischenmenschliche Beziehungen erteilt.

Als Mitglied verschiedener Kommissionen (Gewalt unter Ehepaaren – Prävention Suizid Freiburg – sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz) hat der Chef der Einheit zwischenmenschliche Beziehungen an zahlreichen Sitzungen und Versammlungen teilgenommen.

Als Mitverantwortlicher und Mitglied der Gruppe psychologische Unterstützung des Plan Orange hat er auch an der Übung vom 5. Mai 2013 (Übung «Vivesia») teilgenommen. Er ist ebenfalls Ansprechpartner für alle Anfragen der Instanzen des Bundes.

#### 2.1.5 Arbeitspsychologie

Im Rahmen ihrer einjährigen Grundausbildung erhalten die Polizeiaspirant/-innen ca. 80 Stunden Unterricht in Psychologie. Das Lehrmittel dieses Kurses wurde vollständig überarbeitet und das Ausbildungsprogramm hat bedeutende Änderungen erfahren. In Zusammenarbeit mit der Vorberufsklasse des Konservatoriums Freiburg für Schauspieler/-innen in Ausbildung wurden zahlreiche praktische Übungen durchgeführt. Die Ausbildung zu den Themen Konflikte, Kommunikation und Einvernahmen konnte auf diese Weise mit einem neuen Ansatz vertieft werden.

Der Arbeitspsychologe ist in der neuen Arbeitsgruppe «vereinheitlichte Rekrutierung» der Korps der Westschweiz vertreten. In diesem Rahmen werden besonders Themen des Einsatzes von psychometrischen Mitteln in der ersten Phase des Auswahlverfahrens behandelt.

Der Arbeitspsychologe hat insbesondere mitgeholfen, das bestehende System der Arbeitszeiterfassung auf das Personal im Turnus auszuweiten. Im administrativen Bereich wurden dadurch verschiedene Vorteile geschaffen, so u. a. eine massive Verringerung der notwendigen manuellen Vorgänge, eine rationellere Verwaltung der Arbeitszeit im Falle einer Versetzung und eine Arbeitszeiterfassung, die stets für alle Mitarbeitenden der Kantonspolizei auf dem neusten Stand ist.

## 2.2 Tätigkeiten der Kantonspolizei

### 2.2.1 Behandelte Geschäfte

	2012	2013
Erstellte Polizeirapporte	17 547	18 622
durch die Gendarmerie	14 533	15 490
durch die Kriminalpolizei	1 342	1 323
durch die Stabsdienste	1 672	1 809
Aufgenommene Strafklagen	10 919	10 243
durch die Gendarmerie	10 803	9 926
durch die Kriminalpolizei	114	117
durch die Stabsdienste	2	0

	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Behandelte Aufträge	25 731	25 428
durch die Gendarmerie	22 754	22 633
durch die Kriminalpolizei	1 695	1 445
durch die Stabsdienste	1 282	1 350
Transport von Gefangenen und Beschuldigten	5 016	5 452
davon im Kanton	4 393	4 768
davon ausserhalb des Kantons	623	684
Eingegangene Anrufe	349 663	330 244
davon Anrufe über die Notfallnummer	89 279	102 479
Behandelte Alarme	2 767	3 521
davon wegen Feuer	831	819
davon wegen Einbruch/Überfall	1 936	2 702
Identifikationen durch KTD	398	506
davon Fingerabdrücke	96	151
davon DNA-Profile	207	199
davon Schuhsohlenprofile	95	101
davon Ohrabdrücke	0	55
Verbindungen zwischen Schuhsohlenprofilen	101	237
Verbindungen zwischen DNA-Profilen	394	219
interne	91	27
mit anderen Kantonen	303	192
DNA-Probenahme bei Personen	1 391	1 518
Löschung der DNA-Profile	499	848
Erkennungsdienstliche Massnahmen	1 218	1 291

### 2.2.2 Verhaftungen

	<b>CH</b>	<b>Ausl.</b>	<b>Total</b>
2012	97	318	415
2013	85	321	406

### 2.2.3 Strassenverkehr und Schifffahrt

Im Jahr 2013 hat die Kantonspolizei Plakate mit dem Slogan «Ein Tag ohne Unfallopfer» am Eingang von 40 Ortschaften im Kanton aufgestellt. Mit dieser Kampagne wurden die Verkehrsteilnehmer auf die Anzahl Tage ohne verletzte oder getötete Personen auf unseren Strassen aufmerksam gemacht. Anhand einer DVD konnten sich zudem die Fussgänger über das richtige Verhalten beim Überqueren eines Fussgängerstreifens informieren. Im Centre L2 in Romont wurde im Beisein von Fanny Smith eine eintägige Aktion durchgeführt, um auf die Gefahren beim Schreiben von SMS am Steuer hinzuweisen.

Mit 1563 (2012: 1529) ist die Anzahl der Verkehrsunfälle um 2,2 % angestiegen. Die Zahl der verletzten Personen, 744 (2012: 676), stieg um 10 %, hingegen sank die Zahl der Todesopfer mit 11 Personen (2012: 12) um 8,3 %.

Bezirke	Anzahl Unfälle		Anzahl Verletzte		Anzahl Tote	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Saane	584	599	256	245	0	4
Sense	220	200	111	127	3	1
Greyerz	296	342	117	155	1	1
See	138	148	73	71	3	2
Glane	88	99	33	56	2	3
Broye	108	92	48	59	6	0
Vivisbach	95	83	38	31	0	0
<b>Total</b>	<b>1 529</b>	<b>1 563</b>	<b>676</b>	<b>744</b>	<b>12</b>	<b>11</b>

Das mit der Einführung der 0,5 ‰-Grenze eingeführte Konzept im Kampf gegen Alkohol am Steuer wurde beibehalten. Das heisst, es werden systematische Alkoholkontrollen (alle Lenker werden kontrolliert) oder punktuelle Kontrollen (bei Anzeichen von Trunkenheit) durchgeführt. Nachfolgend die Statistik für das Jahr 2013:

	Anzahl Kontrollen		Angetrunkene Fahrzeuglenker	
	2012	2013	2012	2013
<b>Total</b>	9 716	13 122	8,77%	5,80%

Die Zunahme der kontrollierten Personen ist darauf zurückzuführen, dass im Rahmen der Bekämpfung der Kriminalität (CRIMINO) vermehrt Verkehrskontrollen durchgeführt worden sind.

Im Bereich Strassenverkehr und Schifffahrt ist im Weiteren folgendes zu unterstreichen:

	2012	2013
Führerausweisentzug	1 031	1 008
Geschwindigkeitskontrollen	4 504	4 013
Führerflucht nach Unfall	722	746
Ermittelte Lenker nach Führerflucht	270	292
Betrag einkassierter Ordnungsbussen	Fr. 6 714 714	Fr. 6 425 417
Kontrollierte Transportunternehmen (seit 2008 und gemäss den Richtlinien des ASTRA, die erhobenen Zahlen betreffen nur die Anzahl der Kontrollstunden)	50	26
Begleitung Ausnahmetransporte	205	428
Schifffahrtsunfallmeldungen	0	3
Hilfe an in Schwierigkeiten geratene Schwimmer/Schiffsführer	9	6
Einsätze Tauchergruppe	4	10

#### 2.2.4 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

In jeder Region der Gendarmerie werden permanente oder punktuelle Aktionen durchgeführt. Sie sind den geografischen, touristischen und kulturellen Besonderheiten jeder Region angepasst und haben in erster Linie einen präventiven und abschreckenden Charakter, bei Übertretungen wirken sie aber auch repressiv. Sie sind auf längere Frist ausgerichtet und beinhalten eine verstärkte Präsenz von uniformierten Beamten in Problemzonen wie öffentlichen Parkanlagen, Fussgängerzonen, Bahnhöfen, an Stränden, an Veranstaltungen mit grossem Menschaufkommen und in öffentlichen Gaststätten. Nebst der Aufgabe, der Bevölkerung ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln, sind die Aktionen ein Mittel gegen ungesittetes Verhalten und tragen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sowie gegebenenfalls zum Kampf gegen illegalen Handel aller Art, vor allem jenem mit Drogen, bei.

---

## KANTONALE AKTIONEN

---

«BÜRGER-KONTAKT»	Diese permanente Aktion besteht darin, die bürgernahe Sicherheit zu verstärken, indem der Bevölkerung durch eine gut sichtbare Präsenz und die Aufnahme eines Dialogs mit den Bürgern Sicherheit vermittelt wird, um das subjektive Unsicherheitsgefühl zu reduzieren. Die sichtbare Präsenz und die ständige offene Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung durch Beamte der uniformierten Polizei, die zu Fuss, bei öffentlichen Veranstaltungen und während der Stosszeiten in der Öffentlichkeit präsent sind, stellen ein effizientes Mittel dar, um den Kontakt zwischen den Ordnungshütern und der Bevölkerung zu verstärken. Die Aktionen verfolgen auch das Ziel, die Präsenz der uniformierten Beamten der Gendarmerie im Strassenverkehr zu erhöhen, indem sie sichtbare Überwachungen auf den Hauptachsen des kantonalen Strassennetzes und innerhalb der Agglomerationen durchführen.
«SICHTBAR SEIN»	Präventive und repressive Präsenz der Beamten entlang der Strassen in Stunden grossen Verkehrsaufkommens.  Im Rahmen dieser Aktion haben 2899 Beamte eine Präsenz von 1207 Stunden geleistet.
«TABARRO»	Sichtbare Präsenz an stark besuchten Orten (Stadtzentrum), in öffentlichen Gaststätten mit grossem Andrang sowie bei Grossveranstaltungen mit festlichem Charakter an den Wochenenden (hauptsächlich Freitag und Samstag) und am Abend. Insgesamt wurden 80 Einsätze mit einer Gesamtdauer von 800 Stunden geleistet. 467 Beamte waren daran beteiligt.
«AURORE»	Am Wochenende, frühmorgens, auf der Autobahn: Kontrolle der Automobilisten mit Verdacht auf Fahren nach Betäubungsmittel- und/oder Alkoholkonsum (Rückkehr nach einer Feier). 275 Beamte haben 158 Aktionen auf der A1 und A12 durchgeführt. 8 Lenker wurden wegen Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz und 8 Lenker wegen Verstoss gegen das Strassenverkehrsgesetz verzeigt.
«ANGEL» 23.11.–31.12.2013	Vorbeugende Präsenz der Polizeikräfte während der Festtage am Jahresende auf Strassen und Plätzen im Zentrum der Stadt Freiburg, in Bulle, Romont, Châtel-St-Denis, Estavayer-le-Lac, Murten und Lully, um verschiedenen Vergehen, insbesondere Diebstählen (Taschendiebstahl, Entreissdiebstahl, Ladendiebstahl) vorzubeugen und der Bevölkerung ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Während den 718 Aktionen haben 1438 Beamte 840 Stunden geleistet.
«CRIMINO»	Kampf gegen Einbruchdiebstähle bei Einbruch der Dunkelheit in Wohnungen, Villen und Geschäften. Diese Aktion wurde ab Oktober 2013 verstärkt.  Anlässlich dieser 2054 Aktionen haben 3869 Beamte eine Präsenz von 3713 Stunden geleistet. 433 Personen wurden kontrolliert/identifiziert, 426 Fahrzeuge wurden kontrolliert und 9 Personen angehalten.

---

## REGIONALE AKTIONEN

---

### Region Zentrum:

«ÖFFENTLICHE ORDNUNG»	Regelmässige, sichtbare Präsenz der Polizeikräfte (erhöhte öffentliche Sicherheit) im Stadtzentrum Freiburg und koordinierte Strafverfolgungsaktionen mit folgenden Zielen:  - Vorbeugung gegen Betäubungsmittelhandel in öffentlichen Gaststätten, auf der Strasse, in öffentlichen Parkanlagen und an Stellen, die für Menschenansammlungen günstig sind;  - Kontrolle der gegen Dealer ausgesprochenen Zonenverbote;  - Vorbeugung gegen ein Überhandnehmen des Bettelns;
-----------------------	--

---

- Vorbeugung gegen ungesittetes Benehmen und Widerhandlungen, vor allem gegen Taschendiebstähle;

- Verhindern, dass Bettler oder Obdachlose die Nacht bei grosser Kälte im Freien verbringen müssen;

- Sicherstellen der öffentlichen Ruhe und Ordnung;

- Erhöhen des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.

2764 Beamte kamen bei den 2514 durchgeführten Aktionen zum Einsatz. 265 Personen wurden für verschiedene Vergehen und 142 wegen Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz verzeigt.

---

«OASIS»

Als Fortsetzung der Aktion «Eden II» bekämpft die Task-Force OASIS vorwiegend im Stadtzentrum Freiburg Straftaten, die Staatsangehörigen aus dem Maghreb zugeschrieben werden können. Die Task-Force besteht aus 3 Mitarbeitern der Region Zentrum und ist seit dem 21. Januar 2013 aktiv. Dank ihrer gezielten, sowohl präventiven wie auch repressiven Tätigkeit ist ein deutlicher Rückgang des Phänomens zu verzeichnen. Gleichzeitig wurde durch die bürgernahe Polizei ein Kontaktnetz mit den Bürgern, den Geschäftsinhabern und allen betroffenen Partnern aufgebaut. Im fraglichen Zeitraum wurden 15 Personen inhaftiert und 76 Personen vorläufig festgenommen. Es wurden 648 Anzeige-, Ermittlungs- und Informationsrapporte erstellt, namentlich für einfache und/oder Ladendiebstähle, Einbruchdiebstähle, Drohungen und Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie das Waffen- und Ausländergesetz. Im Weiteren wurden 58 Anzeigen wegen Hinderung einer Amtshandlung und 20 wegen Gewalt gegen Beamte verfasst. Im Verlaufe der Tätigkeit wurden 24,9 g Heroin, 80,7 g Kokain, 217,2 g Haschisch, 82,9 g Marihuana und 121,5 Arzneipillen beschlagnahmt.

---

**Region Nord:**

«TASCHEN II»

Diebstähle von Portemonnaies und Missbrauch von Kreditkarten in den Geschäften von Murten. Gesamthaft fanden 91 Treffen mit der Gewerbevereinigung statt, bei denen dreieckige Plakate ausgehändigt wurden, die zur Vorsicht mahnen.

01.01.–30.09.2013

«COSO»

Nach dem Mord in Frasses und zwei weiteren Tötungsdelikten im Kosovo wurde bis dato 112 Mal eine präventive Polizeipräsenz durchgeführt.

Seit dem 17.10.2013

«GARO»

Kampf gegen Delikte wie Diebstahl aus Fahrzeugen, Ladendiebstähle und Raubüberfälle, die von Ausländern begangen werden, die vorwiegend aus Nordafrika und Osteuropa stammen und sich mit dem Zug über Estavayer-le-Lac, Cugy, Murten, Courtepin und Kerzers verschieben.

21.02.–03.06.2013

341 Fixpunkte, Fusspatrouillen und Personenkontrollen wurden durchgeführt.

«MOFRI»

Aufgrund zahlreicher Verkehrsunfälle auf der Strecke Murten–Freiburg, wurden 69 Fixpunkte und Verkehrskontrollen auf dieser Achse durchgeführt.

14.03.–16.04.2013

«SUMMER»

Im Kampf gegen Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz, den Lärm und den Mangel an Hygiene an im Sommer beliebten Treffpunkten (Strände, Plätze) wurden 159 Fixpunkte und Kontrollen durchgeführt.

17.06.–29.08.2013

«FILTRO»

Im Anschluss an mehrere Einbrüche wurden 117 gezielte Verkehrskontrollen durchgeführt, die auf verdächtige Personen mit mehrheitlich ausländischen Fahrzeugen ausgerichtet waren.

22.03.–22.05.2013

---

**Region Süd:**

«ROSSO»

Diese Aktion hatte zum Ziel, dem Drogenkonsum vorzubeugen und diesen zu ahnden, namentlich an sensiblen Orten (Bahnhöfe TPF, Stadtzentren, Umgebung der 4 Orientierungsschulen, öffentliche Parkanlagen, Ufer des Greyerzer-Sees und

Umgebung von Einkaufs- und Kulturzentren). Sie erlaubt es auch, gegen ungesittetes Verhalten, Sachbeschädigungen und Verstösse gegen das Strassenverkehrsgesetz (Nichtbeachten von Signalen, wildes Parkieren) vorzugehen. Die Aktion erlaubt auch eine präventive Präsenz bei Banken und Tankstellen (Shops), eine präventive und repressive Präsenz in den Einkaufszentren, hauptsächlich im Kampf gegen die verschiedenen Diebstähle (Portemonnaies, Handtaschen usw.), die namentlich durch Osteuropäer verübt werden.

Es wurden 1488 Aktionen durchgeführt, an denen 3024 Beamten zum Einsatz kamen, was 1546,5 Stunden entspricht. 1136 verdächtige Personen wurden kontrolliert und 97 Straftäter wegen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilt. 63 Verkehrsteilnehmer wurden angezeigt und 46 Ordnungsbussen verhängt. 47 Personen wurden wegen anderer Vergehen verurteilt.

«SERENADE»

Von Anfang Juli 2013 bis Ende Dezember 2013 wurde in Bulle, Châtel-St-Denis und Attalens zum zweiten Mal die Aktion «Serenade» durchgeführt. Die Fusspatrouillen (sichtbar sein) an sensiblen Orten in der Nähe von Gaststätten und Bars, die vor allem am Wochenende im Einsatz waren, hatten zum Ziel, übermässigem Lärm, Beschädigungen und ungesittetem Benehmen vorzubeugen.

Gesamthaft wurden 38 Aktionen durchgeführt. 80 Beamte waren daran während 55 Stunden beteiligt. 14 Personen wurden kontrolliert und zur Ordnung gerufen, 2 Personen wurden angezeigt.

2.2.5 Betäubungsmittel

	2012	2013
Beschlagnahmte Betäubungsmittel		
Haschisch (in Gramm)	1 964	11 292
Marihuana (in Gramm)	31 818	25 191
Heroin (in Gramm)	1 085	2 583
Kokain (in Gramm)	704	1 575
Pillen: Thai, LSD, Ecstasy	1 139	10 690
Amphetamin (in Gramm)	8	51
Todesfälle infolge Überdosis	2	1
Einbruchdiebstähle und –versuche in Apotheken, Spitälern und Arztpraxen	20	29

Zu den Hanfkulturen ist Folgendes zu bemerken:

	2012	2013
Deklarierte Felder	1 (Fläche von ca. 2000 m <sup>2</sup> )	0
Beschlagnahmte Hanfmenge	6 552 Pflanzen, davon:	621 Pflanzen, davon:
	- 3 817 aus Indoor-Kulturen	- 372 aus Indoor-Kulturen
	- 2 735 aus Outdoor-Kulturen	- 249 aus Outdoor-Kulturen
	Eine Zunahme der «wilden» Outdoor-Kulturen wurde festgestellt	
Indoor-Kulturen	43	20

## 2.3 Ereignisse im Jahr 2013

### 2.3.1 Von der Kriminalpolizei behandelte gerichtliche Sonderfälle

Im Verlaufe des Jahres 2013 hat die Kriminalpolizei vor allem Nachforschungen im Zusammenhang mit folgenden bedeutenden Ereignissen durchgeführt:

Tötung	Frasses	11.05.13: Tötung eines 36-jährigen Mannes mit einer Schusswaffe vor der Garage seines Wohnhauses, als er mit seinem Auto nach Hause kam. Seine Partnerin und 4 Kinder befanden sich im Auto. Eine verdächtige Person konnte angehalten werden.
Entführung/Mord	Payerne/VD Châtonnaye/FR	03.05.13: Entführung einer jungen Frau in Payerne. Ihr lebloser Körper wurde am 14.05.13 an einem Flussufer in der Nähe des Fussballplatzes von Châtonnaye aufgefunden, nachdem der Mörder angehalten werden konnte. Er stand unter Hausarrest mit elektronischer Fussfessel, weil er 1998 seine Ex-Freundin getötet hatte. Zuständigkeit: Kantonspolizei Waadt.
Leichenhebungen	Kanton	Intervention bei 54 aussergewöhnlichen Todesfällen. Im Rahmen der Ermittlungen konnten die Todesursachen geklärt werden: Tötung (1), natürlicher Tod (24), Unfalltod (13), Selbstmord (16).
Raubüberfälle	Kanton	Es wurden 49 Raubüberfälle zur Anzeige gebracht. Der Grossteil der Raubüberfälle auf Geschäfte und Betriebe konnte aufgeklärt und die Täter angehalten werden: 05.02.13: Murten, im öffentlichen Raum 19.02.13: Freiburg, Geschäft 03.03.13: Murten, im öffentlichen Raum 15.04.13: Freiburg, im öffentlichen Raum 13.05.13: Freiburg, Geschäft 23.05.13: Düdingen Geschäft 18.06.13: Freiburg, Geschäft 04.07.13: Bulle, Gaststätte 08.07.13: Freiburg, im öffentlichen Raum 09.08.13: Charmey, im öffentlichen Raum 10.10.13: Freiburg, Tankstellen-Shop Tamoil 17.10.13: Freiburg, im öffentlichen Raum 30.10.13: Tafers, Tankstellen-Shop BP 05.11.13: Wünnewil, Tankstelle Migrol 12.11.13: Düdingen, Tankstellen-Shop
Einbruchdiebstähle Diebstähle	Kanton und ausserkantonal	Mehr als 2500 Einbruchdiebstähle, Einbruch- oder Einschleichversuche wurden registriert. Dazu kommen 635 Auto-Einbrüche und versuchte Einbrüche. Mehrere Einbrecherbanden konnten angehalten werden. Dank der Arbeit des KTD konnten zahlreiche Täter von Einbruchdiebstählen zur Verhaftung ausgeschrieben oder verhaftet werden. Eine sowohl in Frankreich wie in der Schweiz agierende Einbrecherbande konnte dank der französisch-schweizerischen Ermittlungszusammenarbeit zerschlagen werden. 40 Einbrüche im Kanton Freiburg und zahlreiche auf dem Gebiet der Kantone Bern und Waadt wurden in diesem Zusammenhang aufgeklärt. 01.10.-15.12: spezielle Aktion in Zusammenarbeit mit der Gendarmerie zur Bekämpfung der Dämmerungseinbrüche.

Finanzdelikte	Kanton	Mehrere Ermittlungen wegen Verdacht auf Geldwäscherei, ungetreuer Geschäftsführung, betrügerischem Konkurs, Falschgeld und «Money-Mules».
	Düdingen	Intervention mit der Eidgenössischen Spielbankenkommission (ESBK) und Schliessung eines Lokals, in dem illegal Online-Sportwetten abgeschlossen wurden.
Betrugsdelikte	Kanton	Aufdeckung einer kriminellen Organisation mit Verbindungen zu französischen Fahrenden, die in der Westschweiz zahlreiche Delikte begangen hat. Bei den Opfern handelt es sich vorwiegend um ältere Personen.
Brände	Kanton	Intervention bei 58 Brandfällen: menschliche Einwirkung (31), technische Ursache (21), natürliche Ursache (3), unbekannte Ursache (3). Im Juli 2013 konnte der KTD das neue Labor in Betrieb nehmen. In der Nacht vom 18. auf den 19. Juni 2012 hatte ein Brand das Labor zerstört. 07.01.13: Explosion und Brand einer Villa in Marsens, die ein Todesopfer forderten. Atmosphärische Explosion, höchstwahrscheinlich auf eine Entweichung von Gas aus einer Gasflasche zurückzuführen. 03.-08.01.13: Zerstörung der «Höllbachbrücke» in Plasselb durch einen Brand. Es handelt sich um Brandstiftung. Die Brücke ist als Kulturgut eingetragen. 30.11.13: Explosion in der Fabrik Farchim in Bulle, ausgelöst bei der Installation der Stromzufuhr. Parallel dazu hat eine Explosion mit Brand mehrere Transformatoren im Stadtzentrum Bulle zerstört und einen Stromausfall verursacht.
Betäubungsmittel UNION, LISKA, CHACAL	Kanton	Februar: 2 Kokain- und Heroin-Dealer, ein Serbe und ein Bosnier, wurden in Bulle angehalten. Sie bedienten eine grosse, vorwiegend junge Kundschaft in der Gegend. 250 g Heroin, 830 g Streckmittel und 520 g Marihuana wurden beschlagnahmt. 54 Personen wurden einvernommen und die Dealer konnten für den Verkauf von ungefähr 1100 g Heroin und 1430 g Kokain in der Region Bulle angezeigt werden. Februar: im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens in Zusammenarbeit mit den tschechischen Behörden konnten in Freiburg 3 Dealer aus dem Balkan angehalten und 1300 g Heroin sichergestellt werden. Freiburg diente als Logistikbasis. Die Betäubungsmittel hätten im Kanton Bern abgesetzt werden sollen. Ermittlungen im Zusammenhang mit einer Bande von «Secondos», welche mit Cannabis, Kokain und Ecstasy-Pillen dealten. Zirka 10 000 Ecstasy Pillen wurden im Rahmen von 3 Interventionen zwischen November und Dezember beschlagnahmt. Verwicklungen mit Verfahren in Holland, Belgien, Frankreich, Mazedonien sowie den Kantonen Solothurn, Basel, Bern und Genf. 7 Personen inhaftiert. Ermittlungen im Gange.
Pornographie Sitte		17 Fälle von illegaler Pornographie wurden registriert. 258 Kontrollen von Massagesalons. 733 Liebesdienerinnen wurden kontrolliert. 192 Prostituierte wurden erfasst und 67 verzeigt.

Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	Kanton	Zahlreiche Ermittlungsverfahren infolge Anzeigen wegen sexueller Handlungen und Vergewaltigungen wurden aufgenommen. 96 Video-Befragungen durchgeführt. Um die Qualität dieser Befragungen zu verbessern, haben 10 Mitarbeiter eine spezielle Ausbildung auf diesem Gebiet absolviert (Methode NICHHD).
Unterstützung durch IT-Analytiker		315 Analysen von Mobiltelefonen. 239 Analysen von EDV-Material.
Prävention/Ruf der Polizei		Präventionskampagne «t-ki» – «wer bisch»: letzte Aktivitäten der Phase II in Einkaufszentren in den Hauptorten der Bezirke. Prävention durch die Beauftragten der Jugendbrigade. 213 Primar- und 199 Sekundarschulklassen wurden besucht. Teilnahme an 127 Elternabenden, Lehrersitzungen und anderen Veranstaltungen. 14 Plakatwettbewerbe durchgeführt. Teilnahme am Projekt der DEZA zugunsten von bulgarischen Polizisten in Bulgarien. Zweite Teilnahme am Raid Aventure, Projekt der Lausanner Polizei in Zusammenarbeit mit der Stiftung CAP. Während 24 Stunden wurden 5 Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen von 2 Inspektoren der Jugendbrigade und einem Führer auf einem Postenlauf begleitet. Bereichernde Erfahrung im Austausch zwischen den Jugendlichen und den Polizisten.

### 2.3.2 Aktionen im Bereich der Prävention

01.01.–31.12.	Gurten als Lebensretter	Kontrollen des Tragens der Sicherheitsgurte auf dem gesamten kantonalen Strassennetz des Kantons..  3653 Ordnungsbussen wurden ausgestellt.
01.01.–31.12.	TECO	Kontrollen in Bezug auf die Verwendung des Mobiltelefons am Steuer. 2592 Automobilisten wurden angezeigt.
01.01.–31.12.	Aktion Zweiradlenker – Radarkontrollen	Gezielte Geschwindigkeitskontrollen mit Anhalteposten auf Strassen, die regelmässig von Motorradlenkern befahren werden. 194 Motorradfahrer wurden angezeigt. Saisonbedingte Aktion.
19.08.–06.09.	Schulanfang	Überwachung der Fussgängerstreifen und Geschwindigkeitskontrollen in der Nähe von Schulhäusern und Schulwegen. Gleichzeitig wurde das Tragen der Sicherheitsgurte kontrolliert. 99 Lenker wurden verzeigt.
14.11.	Tag des Lichts	Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu ) hat in Zusammenarbeit mit den Kantons- und Gemeindepolizeien der Schweiz, dem Fonds für Verkehrssicherheit und der Arbeitsgruppe «Sicherheit durch Sichtbarkeit» eine Sensibilisierungskampagne durchgeführt, um auf die Bedeutung der Sichtbarkeit im Strassenverkehr aufmerksam zu machen. Die Aktion «Beleuchtung» hat mit dieser nationalen Kampagne begonnen. 527 Flyer wurden verteilt. 55 Lenker wurden angezeigt und 571 Mängelkarten ausgestellt.
02.11.–16.11.	Aktion «Beleuchtung»	

## 2.4 Besondere Bereiche

### 2.4.1 Fahrende

Im Verlauf des Jahres 2013 intervenierte die Gendarmerie in 33 Fällen (2012: 37), in denen sich Fahrende mit insgesamt 486 Wohnwagen (2012: 388) auf freiburgischem Gebiet niederliessen. Die Fahrenden verbrachten insgesamt 116 Tage in unserem Kanton (2012: 145 Tage). Da kein Rastplatz für die Fahrenden zur Verfügung steht, wird in jedem Fall mit den betreffenden Personen und den Behörden (Gemeinde und/oder Oberamt), gegebenenfalls auch mit dem Grundstückbesitzer, über Ort und Dauer des Aufenthaltes verhandelt. Diese Verhandlungen werden grundsätzlich von einem Offizier der Gerichtspolizei geführt. Im Jahr 2013 hat der Kanton mit dem Bund eine Vereinbarung unterzeichnet, um auf der A12, Joux-des-Ponts, Sâles, einen Rastplatz für die Fahrenden einzurichten. Dieser dürfte Ende 2016 fertiggestellt sein. Im Weiteren wurde Ende 2013 in Freiburg eine Medienkonferenz zu einer bedeutenden Betrugsaffäre durch Fahrende abgehalten.

### 2.4.2 Personenschutz

Die Interventionsgruppe (GRIF) hat 2013 in 28 Fällen (2012: 18) Personenschutz geleistet, davon 27 Mal für Vertreter der Bundesbehörden oder ausländische Persönlichkeiten auf Besuch in unserem Land.

### 2.4.3 Ausschaffungen

Im Jahr 2013 hat die Kantonspolizei in 21 Fällen (2012: 15) aus der Schweiz ausgewiesene Ausländer zurück in ihr Heimatland begleitet. Zurzeit sind 25 Beamte, davon 6 Frauen, für die Ausführung solcher Aufträge ausgebildet.

### 2.4.4 Ordnungsdienst

Zusätzlich zum alltäglichen Polizeidienst sind die Gendarmen bis zum 40. Lebensjahr in eine Ordnungsdienst-Kompanie eingeteilt. Diese Altersgrenze kann sich je nach Personalbestand verändern. Sie wird für Kader grundsätzlich nicht angewendet.

Um in der Lage zu sein, bei Grossveranstaltungen eine einheitliche Ausbildungs- und Einsatzmethode zu gewährleisten, haben die Westschweizer und das Tessiner Polizeikorps eine Gruppierung für den Ordnungsdienst geschaffen, die unter der Bezeichnung GMO (Groupement romand de maintien d'ordre) bekannt ist.

Im vergangenen Jahr kamen 1015 Beamte (2012: 1673) in 23 Fällen (2012: 40) für den Ordnungsdienst im Kanton zum Einsatz, darunter 18 Spiele (2012: 17) des HC Freiburg Gottéron, 2 Fussballspiele (2012: 14) und 3 verschiedene Veranstaltungen (2012: 9). Dies ergibt gesamthaft 6490 Einsatzstunden (2012: 11 074). Im Rahmen von Sportveranstaltungen wurden 11 Stadionverbote (2012: 13) und 104 Rayonverbote (2012: 29) ausgesprochen.

Unter der Leitung des GMO standen 17 Beamte (2012: 15) für das WEF (World Economic Forum) in Davos im Einsatz. Die Beamten leisteten dafür 266 Einsatzstunden (2012: 586).

### 2.4.5 Polizeihunde

	2012	2013
Anzahl Hunde	18	18
Anzahl Einsätze, davon:	759	793
Verhaftungen und/oder Auffinden von Diebesgut	32	52
Beschlagnahmungen durch Drogenspezialisten	55	70
Personensuche	22	32
Sicherheitsdurchsuchungen durch Sprengstoffspezialisten	3	9

In 68 Fällen bei Interventionen (Fährte – Suche von Gegenständen – Durchsuchen von Gebäuden – Schutzarbeit) und in 32 Fällen bei der Suche nach Drogen war der Einsatz des Hundes von Erfolg gekrönt.

Bei diesen Einsätzen wurden 10 g Amphetamine, 1460,60 g Haschisch, 20 g Haschischöl, 5175,80 g Marihuana, 137 g Kokain, 5000 g Hanf und 881 Ecstasy-Pillen beschlagnahmt.

## 2.4.6 Verkehrserziehung

Der Sektor der Verkehrserziehung erledigte im Verlaufe des Jahres 2013 folgende Aufgaben:

	2012	2013
Verkehrslektionen in Schulen und Institutionen	1 115	1 276
Ausbildungsstunden Schülerpatrouilleure	1 386	1 386
Ausbildungsstunden Erwachsenenpatrouilleure	449	468
Prüfung für die Erlangung des Führerausweises (Anzahl Personen)	1 350	1 233
Erziehungskurse für angezeigte Minderjährige (SVG-Widerhandlungen)	11	9

## 2.4.7 Stelle für Medien und Prävention

### 2.4.7.1 Aktivitäten

Im Jahr 2013 hat die Stelle für Medien und Prävention folgende Medienaktivitäten behandelt:

628	Medienmitteilungen
13	Pressekonferenzen und punktuelle Presse-Infos
600	Telefonische Anfragen von Journalisten
43	SMS-Alarmmeldungen über aussergewöhnliche Ereignisse

Insgesamt 189 595 Personen haben die Website besucht, was einen Tagesdurchschnitt von ungefähr 520 ergibt.

Die Öffentlichkeitsarbeit in Form von Informationsständen wurde auf dem ganzen Kantonsgebiet wahrgenommen. Insbesondere hat die Stelle für Medien und Prävention an folgenden Veranstaltungen mitgewirkt:

29.01.–03.02	Stand am «Start! Forum der Berufe» in Freiburg
12.–15.09	Stand an der GEWAK in Kerzers
12.10.	Stand an der Herbstmesse in Grolley
18.12.	Präventionsstand gegen Taschendiebstähle in Freiburg

Vom 1. Juli bis zum 31. August 2013 wurden in den Regionen Nord, Zentrum und Süd 20 Ferienpassprogramme durchgeführt.

Die verschiedenen Dienststellen der Kantonspolizei erhielten im Verlaufe des Jahres ebenfalls regen Besuch.

### 2.4.7.2 Besondere Ereignisse

#### 2.4.7.2.1 Verkehrssicherheits-Kampagne «Ein Tag ohne Unfallopfer»

Die Zahl der Opfer von Verkehrsunfällen auf unseren Kantonsstrassen ist immer noch zu hoch. Um die Verkehrsteilnehmer darauf aufmerksam zu machen, hat sich die Kantonspolizei ein originelles Mittel einfallen lassen. Während des ganzen Jahres standen entlang der verschiedenen Verkehrsachsen unseres Kantons Plakate mit der Anzahl Tage ohne Unfallopfer. Die Präventionskampagne berücksichtigte auch die Opfer von Unfällen auf Fussgängerstreifen. All diese Daten wurden regelmässig erfasst und auf unserer Internet-Seite veröffentlicht.

#### 2.4.7.2.2 Verkehrssicherheits-Kampagne «SMS am Steuer»

Im Juni wurden mit einer Präventionskampagne erneut jene Fahrzeuglenker sensibilisiert, welche am Steuer ihr Mobiltelefon benutzen. Anlässlich einer Veranstaltung im Centre L-2 in Romont zeigte Fanny Smith, Meisterin im Ski-Cross und Patin dieses Events, auf, dass das Verfassen einer SMS am Steuer sehr gefährlich ist. Mit dieser Aktion wollte die Kantonspolizei ebenfalls darauf hinweisen, dass das Telefonieren ohne Handy-Freisprechanlage strafbar ist. Wer am Steuer eine SMS schreibt, kann strafrechtlich verurteilt werden.

### 2.4.7.2.3 Waffen-Sammelaktion

Nicht verwendete Waffen und Munition sind nicht ungefährlich. Unter der Leitung der Sicherheits- und Justizdirektion hat die Kantonspolizei bei Privatpersonen eine grosse Waffen- und Munitions-Sammelaktion organisiert. Diese Aktion wurde zusammen mit dem Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM) und der Logistikbasis der Armee (LBA) durchgeführt. Im Jahr 2009 wurden bei einer ähnlichen Aktion bereits 363 Waffen eingesammelt.

### 2.4.7.2.4 Präventionskampagne «Bitte nehmen Sie den Helm ab!»

In den Monaten Oktober und November wurden mehrere Raubüberfälle auf Tankstellen-Shops verübt. In manchen Fällen waren die Gesichter der Täter unter einem Motorradhelm verborgen. Um die Kunden der Shops zu sensibilisieren, wurden den Shop-Betreibern Aufkleber zugesandt, auf denen die Motorradfahrer aufgefordert wurden, den Helm abzulegen. Die Präventionskampagne sollte ebenfalls die Sicherheit des Personals dieser Shops verbessern.

### 2.4.7.2.5 Aufschaltung des virtuellen Polizeipostens «Suisse ePolice»

Die Kantonspolizei Freiburg hat bei der Einführung eines virtuellen Polizeipostens mitgewirkt, um namentlich die Anzeige von Sachbeschädigungen sowie Velo- und Mofa-Diebstählen zu vereinfachen. Dieser Online-Schalter ist das erste grosse Projekt im Rahmen der Harmonisierung der Schweizer Polizeiiinformatik (HPI). Personen, die eine Waffenerwerbsbewilligung oder ein Vertragsformular zur Übertragung von Waffen beantragen möchten, können ebenfalls diesen neuen Online-Dienst nutzen, der in den Kantonen Freiburg, Zürich, Bern, Zug, Schaffhausen und St. Gallen besteht.

## 2.4.8 Büro für Waffen und Sprengstoffe

### 2.4.8.1 Aktivität

Die Aktivität des Waffenbüros im Jahr 2013 war unter anderem folgende:

	2012	2013
Waffenerwerbsbewilligungen (Zivil)	588	739
Waffenerwerbsbewilligungen (Leihwaffen und Waffenübernahme bei Dienstentlassung – Armee)	220	196
Einvernahmen von Personen im Zusammenhang mit dem Antrag zum Erhalt einer Waffenerwerbsbewilligung	50	84
Ausnahmebewilligungen zum Erwerb von Waffen	9	16
Waffentragbewilligungen	51	36
Europäische Feuerwaffenpässe	49	64
Nachträge in europäische Feuerwaffenpässe	50	53
Abgewiesene Gesuche (Kauf und Tragen von Waffen)	16	28
Kontrolle von Waffenhandlungen	2	2
Kontrolle von Sammlern automatischer Waffen	101	9
Bescheinigungen für die Verwendung von Sprengstoffen	13	9
Erwerbsscheine für Sprengstoffe	9	14
Kontrolle von Sprengstofflagern (Verwender)	1	3
Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln (Silvesterfeiern)	80 (6)	101 (11)
Beschlagnahme von Waffen (Fälle)	269	299
Ermittlungen	160	256
Erste Stellungnahme bei Administrativverfahren	16	21
Freiwilliger Verzicht auf Waffen bei Administrativverfahren	22	49

	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Rückgabe von Gegenständen und/oder Waffen an die Besitzer	40	47
Rückgabe von Ordonnanzwaffen an die Logistikbasis Grolley	12	19
Vernichtung von Waffen	456	986
Waffenabgabe durch Dritte zur Vernichtung	44	223
Abgabe von Munition durch Dritte zur Vernichtung (in Kilogramm)	ca. 180	ca. 350
Abgabe von Sprengstoff zur Vernichtung (in Kilogramm)	20	115
Abgabe von Zündern zur Vernichtung (in Stück)	100	1 700
Meldung von bereits früher erstandenen Waffen gemäss Art. 42 WG	15	17

Das Waffenbüro hat eine grosse Anzahl von Waffenerwerbsbewilligungen ausgestellt. Im Rahmen dieser Verfahren zur Erteilung eines Waffenerwerbsscheines wurden zahlreiche Befragungen von Gesuchstellern durchgeführt. Anhand dieser Befragungen mussten gewisse Gesuche abgelehnt werden, dies aufgrund von gesundheitlichen Problemen oder weil die Person aktenkundig ist.

Das Waffenbüro hat zahlreiche europäische Feuerwaffenpässe geändert, da die Jäger und Sportschützen dazu verpflichtet sind, jeglichen Kauf einer Feuerwaffe zu melden, die für die Jagd oder das sportliche Schiessen bestimmt ist.

Bei den in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt oder anderen Fällen beschlagnahmten Waffen ist das Waffenbüro gemäss Art. 31 des Waffengesetzes angehalten, verwaltungsrechtliche Ermittlungen durchzuführen. Nach Abschluss einer Untersuchung obliegt es dieser Dienststelle zu entscheiden, ob eine Waffe ihrem Besitzer zurückgegeben wird oder nicht.

Zahlreiche Bürger haben Waffen und Munition zur Entsorgung abgegeben. Darunter befanden sich auch alter Sprengstoff und Feuerwerkskörper, deren Entsorgung mit grossem Zeitaufwand verbunden war.

#### 2.4.8.2 Besondere Ereignisse

Das Waffenbüro hat zusammen mit der Sicherheits- und Justizdirektion die Waffensammelaktion ARMUNEX organisiert. Dieser Aktion war ein grosser Erfolg beschieden: Es wurden eine grosse Menge Waffen und Munition abgegeben.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Umsetzung des revidierten Sprengstoffgesetzes. Das Zünden von Feuerwerk der Kategorie 4 ist ab dem 1. Januar 2014 bewilligungspflichtig. Das Sprengstoffbüro musste deshalb ein neues Bewilligungssystem einführen. Gemeinden und Bevölkerung wurden durch die elektronischen Medien und die Printmedien über diese Neuerung informiert.

#### 2.4.9 Sicherheitsunternehmen

Im Jahr 2013 wurden ausgestellt:

- > 116 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal (2012: 113);
- > 92 Ausübungsbewilligungen (2012: 118);
- > 2 Betriebsbewilligungen (2012: 2).

Die Kantonspolizei erteilte zudem 8 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal, das für die Aufrechterhaltung der Ordnung in öffentlichen Gaststätten zuständig ist (2012: 13).

Zurzeit sind im Kanton Freiburg 15 Sicherheitsunternehmen im Besitz einer Betriebsbewilligung (2012: 13).

## 2.5 Logistik

### 2.5.1 Informatik und Telekommunikation

Für das Jahr 2013 waren die Schwerpunkte im Bereich Informatik und Telekommunikation folgende:

- > POLYCOM: Verfahren zum Erlangen der Baubewilligung, Bauarbeiten an den 24 Standorten, Installation der POLYCOM-Ausrüstung in 3/4 der Dienstfahrzeuge, Evaluierung und Auswahl der Endgeräte für die Einsatzzentralen (144 – Polizei);
- > POLYCOM – GPS Tablets: Prüfung der Machbarkeit über das POLYCOM-Netz (negativ), Evaluierung Sagamobile 144, Erhebung der Bedürfnisse für ein Sagamobile Polizei;
- > Tablets PC Win 8: Erstellung des Images, Anpassung der Berufsanwendungen, Evaluierung mehrerer Modelle, definitive Wahl für die Ausrüstung der Offiziere und höheren Unteroffiziere mit Tablets;
- > «Main courante»: Analyse, Bestimmung der Bedürfnisse, Entwicklung, Tests, Inbetriebnahme;
- > Umstellung der Anwendung SAGA für die EAZ: Analyse, Anpassungen, Tests;
- > Zentrales Informationssystem Zephyr – OBB: Integration neuer Funktionen (Photodossier – automatischer elektronischer Rapporttransfer zum ASS – Bearbeitung der Straftaten für OB des BetmG);
- > Unterhalt und Betrieb der Informatiksysteme der Kantonspolizei und des ACC;
- > Unterhalt und Betrieb des analogen Funknetzes (Funkausrüstung in den Einsatzfahrzeugen, tragbare Funkgeräte, 10 Standorte/Antennen).

### 2.5.2 Fahrzeuge

Betreiben und Verwalten der Fahrzeugparks der Kantonspolizei:

	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Autos	221	223
Motorräder	9	10
Schiffe	5	5

### 2.5.3 Gebäudeverwaltung

Im Rahmen des Unterhalts der 46 Gebäude, die von den verschiedenen Diensten benutzt werden, wurden mehr als 1000 Arbeitsvorgänge vorgenommen (Auffrischungen, Unterhalt usw.). Es wurden insgesamt 32 Umzüge oder interne Mutationen und 55 mittlere und grössere Projekte realisiert. Wichtigste Projekte:

- > Fertigstellung des Projekts des Kommandogebäudes (MAD 3) zur Präsentation für die Volksabstimmung vom 9. Februar 2014;
- > Eröffnung des Postens La Roche;
- > Eröffnung des Postens Porsel;
- > Fertigstellung der Arbeiten im KTK-Labor der Kriminalpolizei nach dem Brand;
- > Neugestaltung der Männer- und Frauen-Umkleideräume der EZG der Regionen Süd und Zentrum;
- > Sanierung der Büros der Verkehrspolizei, technischer Sektor;
- > Installation einer Notfall-Energieversorgung in der Region Nord;
- > Sanierung der Notfall-Energieversorgung in der Region Süd;
- > Studie und Projektausarbeitung für den neuen Posten Bulle in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Diensten, die ebenfalls dort untergebracht werden (Gericht – Friedensgericht – Betriebsamt);
- > Aufteilung und Sanierung der Infrastruktur des Klubs der Deutschen Schäferhunde und der Gruppe der Polizeihundeführer;
- > Sanierung der Fassade und des Daches des EZG Zentrum;
- > Vorbereitung und Planung der Arbeiten zur Sanierung der Garage und der Fahrzeughalle in Granges-Paccot;
- > Fertigstellung des neuen Beschriftungskonzepts für die Haupteingänge der Polizeiposten (Neues Logo);
- > Anpassung der Zapfsäulen in Granges-Paccot an die geltenden Bestimmungen.

---

#### 2.5.4 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

Der Sektor Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung ist verantwortlich für die Verwaltung der persönlichen und kollektiven Ausrüstung sowie für die Bewaffnung der Kantonspolizei. Er ist auch zuständig für die Grundausrüstung der Aspirant/-innen der Polizeischule.

Für das Jahr 2013 ist Folgendes hervorzuheben:

- > Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe UNIMATOS für die Weiterentwicklung der Uniform RT;
- > Auslieferung der letzten Präsentationsuniformen UNIMATOS für das Korps;
- > Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe GMO bei der Beschaffung neuer Einsatzkombis für ELI/OD;
- > Auslieferung der neuen Einsatzgilets für ELI/OD;
- > Auswechseln aller Helmvisiere für ELI/OD;
- > Mitarbeit bei der Validierung eines neuen Fotoapparates für das Korps und die PAS.

#### 2.5.5 Buchhaltung

Für das Jahr 2013 erstellte die Buchhaltung der Kantonspolizei gestützt auf die Verordnung vom 22. Dezember 2009 über die Gebühren der Kantonspolizei (SGF 551.61) 22 027 Rechnungen (2012: 20 215). Ein Totalbetrag von 4 551 171 Franken wurde in Rechnung gestellt (2012: 4 322 659 Franken).

## 3 Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM)

Vorsteher: Jean-Denis Chavaillaz

---

### 3.1 Bevölkerungsschutz

#### 3.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Bundesinstanzen hat der Chef Bevölkerungsschutz an Sitzungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS), des Bundesamtes für Umwelt (BAFU), der MeteoSchweiz, der nationalen Alarmzentrale (NAZ), der Territorialregion 1 und der Eidgenössischen Kommission für Telematik im Bereich Rettung und Sicherheit teilgenommen.

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation, das die Projektleitung wahrnahm, wurde das Projekt zur Realisierung einer «ORCAF-Plattform» weitergeführt. Diese Informatiklösung soll besonders als Informationsaustauschplattform (hauptsächlich zwischen den Gemeindeführungsorganen und dem kantonalen Führungsorgan) sowie als Dokumentenablage dienen. Ihre Einführung, die durch Ausbildungen der GFO begleitet wurde, hat teilweise 2013 stattgefunden. Die letzten Funktionen werden 2014 in Betrieb genommen.

Das Kommandofahrzeug, das als Kommandoposten auf dem Schadenplatz an der Front dienen soll, ist jetzt einsetzbar. Es wurde offiziell am 5. Juni 2013 im Rahmen der Übung ORANGE 2013 eingeweiht.

In Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt und der Armee hat der Bevölkerungsschutz unter Einbezug seiner Partner mit den Planungsarbeiten für die Sicherheit am Flugmeeting «AIR 14 PAYERNE» begonnen.

Der Chef Bevölkerungsschutz hat seine Aktivitäten als Präsident der Westschweizer Kommission der Bevölkerungsschutzverantwortlichen fortgesetzt. Diese ist der Westschweizer Konferenz der Amtsvorsteher für Militär und Bevölkerungsschutz unterstellt.

Das kantonale Führungsorgan (KFO) hat 2013 6 ordentliche Sitzungen abgehalten. An einer dieser Sitzungen hat der neue KFO-Chef sein Amt aufgenommen.

Im Rahmen eines halben Ausbildungstages hat das KFO seine Kenntnisse über den von einem Stab anzuwendenden Führungsrhythmus erweitert. Diese Ausbildung wurde durch Instruktoren des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) durchgeführt.

---

Während drei Tagen (18. bis 20. Juni 2013) absolvierte das KFO eine Übung zum Thema Massenvergiftung.

Die KFO-Spezialisten wurden zum Jahresrapport vom 7. Mai 2013 eingeladen, wo sie über Neuigkeiten im Bereich Bevölkerungsschutz informiert wurden. Zudem haben sie eine eintägige, durch Instruktoren des BABS erteilte Ausbildung absolviert. Diese behandelte das Thema Führungsrhythmus mit Fokus auf die Problemerkennung und die Beiträge der Spezialisten zum KFO. Die Ausbildung, die vom Kanton Freiburg in 3 Modulen organisiert wurde, stand auch Spezialisten anderer Westschweizer Kantone offen.

Am 5. Juni 2013 fand die Übung «Vivesia» des Plan ORANGE statt. Im Rahmen einer Feldübung mit Einsatz von Notfallkräften wurde in Châtel-St-Denis eine Kollision zwischen einem Zug und einem Bus simuliert. Die Übung hat u. a. erlaubt, die TPF und ihre Krisenstelle einzubeziehen.

Der Bevölkerungsschutz hat im Rahmen eines Kurses für die Nachrichtenoffiziere und Führungshelfen des KFO die Weiterbildung der KFO-Nachrichtenzelle weitergeführt. Diese Ausbildung mit theoretischen und praktischen Übungen wurde gleichzeitig auch von Mitgliedern der Nachrichtenzelle der Kantonspolizei besucht. Stabsassistenten des Zivilschutzes wurden im Rahmen eines Umschulungskurses ausgebildet, damit sie später als GFO-Führungshelfen eingesetzt werden können. Die Ausbildung für KFO-Führungshelfen wurde während zwei Wochen auf Deutsch und Französisch erteilt.

2013 wurden den GFO 62 Ausbildungstage angeboten, wovon 14 durchgeführt wurden, sei es als Grund-, Weiter- oder Fachausbildung (Tools oder funktionspezifisch).

Am 19. April 2013 fand ein eintägiges Seminar für die GFO-Chefs statt. Die Zusammenarbeit der GFO mit dem Zivilschutz nach dessen Reorganisation war das Hauptthema der Vorträge und Gruppendiskussionen.

Der Jahresrapport der GFO-Chefs wurde am 22. November 2013 im ACC abgehalten. Auf diese Weise konnten die Chefs ausserhalb des Ausbildungszyklus versammelt werden.

Der Einsatzplan «Tierseuchen» wurde aufdatiert, um nicht nur die Vogelgrippe sondern alle hochansteckenden Tierseuchen abzudecken.

In enger Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei wurden die Arbeiten zur Erneuerung der Infrastruktur des ACC, namentlich in den Bereichen Informatik und Sicherheit (Elektrizität, Einbruch, Feuer usw.), aufgenommen. Sie werden 2014 weitergeführt.

Im Rahmen des Projekts POLYCOM hat der Bevölkerungsschutz die Ausbildung organisiert, das E-Learning-Programm aufgestellt und die Partner bei der Festlegung ihrer Einsatztaktik begleitet.

Die Ausarbeitung der Verordnung über die Information, die im BevSG vorgesehen ist, hat begonnen und dürfte 2014 abgeschlossen werden.

Die Erfassung der kritischen Infrastrukturen im Rahmen des Projektes «Schutz kritischer Infrastrukturen» hat begonnen und wird 2014 weitergeführt.

Das Informatiktool «ESCADA» zur Ausbildungskontrolle wurde erfolgreich eingeführt. Es ermöglicht die Verwaltung aller Aspekte der durch den Bevölkerungsschutz organisierten Kurse (Planung, Einschreibungen, Bestätigungen, Archivierung).

Der Chef Bevölkerungsschutz hat im Rahmen des Projektes «BevS 2015+» die Leitung eines der Teilprojekte mit Einbezug zahlreicher Vertreter der Bevölkerungsschutzpartner geleitet. Diese Arbeiten werden 2014 fortgesetzt.

### 3.1.2 Besonderes

Nach der Genehmigung durch das KFO und der Kenntnisnahme durch den Staatsrat am 23. April 2013 wurde der kantonale Einsatzplan «Stromversorgungsunterbruch» übersetzt und auf der Internetseite des Staates aufgeschaltet.

## 3.2 Zivilschutz

### 3.2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 3.2.1.1 Verwaltung

##### a) Verwaltung und Informatik

Die Verwaltungsabläufe betreffend das Aufgebot zu den verschiedenen Diensten, die Verwaltung der geleisteten Dienstage und deren Mitteilung an den Sektor Wehrpflichtersatz mittels des Informatiksystems OM verliefen reibungslos.

Der Kanton Freiburg ist in der Arbeitsgruppe PISA-Zivilschutz vertreten und ist einer der Kantone, welche den Testbetrieb durchführen werden. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, dass alle Kantone über ein gleiches Datenverarbeitungssystem verfügen, welches ihnen erlaubt, die für den Zivilschutz relevanten Angaben mit dem Bundessystem PISA zu verwalten.

##### b) Dispensationsgesuche

Trotz der kurzen Dienstperioden und obwohl der Sollbestand aufgrund der Neuorganisation des Zivilschutzes zurückgegangen ist, sind weiterhin zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingegangen. Der Verwaltungsaufwand ist entsprechend gross. Die interne Organisation des Sektors Zivilschutz hat jedoch eine rasche Erledigung aller Gesuche ermöglicht.

##### c) Disziplinarwesen

	2013	2012
Dienstversäumer Zivilschutzkurse	46	88
Einstellung des Verfahrens nach vorgängiger Strafuntersuchung	18	38
Verwarnungen (leichte Fälle)	1	6
Überweisungen wegen Widerhandlung gegen das Bundesgesetz	5	12
Strafen/Entscheide	22	30
Hängige Verfahren	0	2

Gegen die erlassenen Strafbefehle wurde keine Einsprache eingereicht.

##### d) Ausbildung

Der Bestand des Ausbildungs-, Verwaltungs- und technischen Personals mit Arbeitsplatz in Sugiez beläuft sich auf 6,1 Vollzeitangestellte (gegenüber 2012 unverändert).

##### Grundausbildungsschulen (GAS)

Neun (2012: 10) Grundausbildungsschulen (GAS) von je 2 Wochen wurden im Ausbildungszentrum Sugiez durchgeführt.

Funktion	Teilnehmer	Total
Betreuer	17	
Pionier	60	
Stabsmitarbeiter	24	
Anlagewart	12	
Materialwart	12	
Koch	4	
2013		132
2012		172

*Interkantonale Kurse für Kaderleute und Spezialisten und eidgenössische Kurse*

In Anwendung der interkantonalen Vereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen sowie dem Kanton Bern, wurden Kader- und Spezialistenkurse im Ausbildungszentrum Sugiez und in den Ausbildungszentren anderer Kantone, d. h. Grône (VS), Spiez (BE, d), Köniz (BE, d), Couvet (NE) und Bernex (GE) durchgeführt.

<b>Funktion</b>	<b>Teilnehmer aus dem Kanton Freiburg</b>	<b>Teilnehmer aus anderen Kantonen</b>	<b>Total</b>	<b>Ausbildungszentrum</b>
Zugführer	1		1	Spiez
Unterstützung				
Gruppenchef	14		14	Bernex, Couvet, Spiez
Unterstützung				
Gruppenführer	2	13	15	Sugiez
Betreuung				
Chef logistisches Element	1		1	Spiez
Anlagewart	1	4	5	Sugiez
Materialwart	5		5	Grône
KGS Spezialist	4	5	9	Sugiez, Köniz
Rechnungsführer	1	4	5	Sugiez
Chauffeur	14		14	Sugiez
Führungsgehilfe KFO	25		25	Sugiez
Kurse des Bundes	12		12	Schwarzenburg
Kurse für Ausbildungspersonal	2		2	Schwarzenburg
<b>Total</b>	<b>82</b>	<b>26</b>	<b>108</b>	

Die Belegung des Ausbildungszentrums in Sugiez belief sich im Jahre 2013 auf 5608 Manntage (2012: 5335), wovon 1353 auf Partnerorganisationen und Privatleute entfallen.

*e) Organisation*

Anlässlich des Kommandantenrapportes, welcher im Dezember während einem Tag durchgeführt wurde, haben die Kommandanten der drei Einsatzkompanien und deren Stellvertreter sowie der kantonale Zivilschutzstab die Bilanz des abgelaufenen Jahres gezogen und die Dienstleistungen des Jahres 2014 vorbereitet.

*Rekrutierung*

<b>Rekrutierungszentrum</b>	<b>Stabsmitarbeiter</b>	<b>Betreuer</b>	<b>Pionier</b>	<b>Anlagewart</b>	<b>Materialwart</b>	<b>Koch</b>	<b>Total</b>
Lausanne (f)	17	63	91	15	25	10	221
Sumiswald (d)	16	12	35	8	5	3	79
Total 2013	33	75	126	23	30	13	300
Total 2012							372

### Wiederholungskurse

Während des Jahres 2012 wurden 244 (2012: 359) Wiederholungskurse durchgeführt. Dabei wurden 6673 Manntage geleistet (2012: 7908). Schwergewichtig dienten sie dem Unterhalt der Schutzbauten, den Einsätzen zu Gunsten der Allgemeinheit und den Unterstützungsleistungen im Rahmen von ORKAF-Einsätzen.

Trotz der geringen Dauer der Wiederholungskurse wurden zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingereicht. Diese Gesuche werden analog zum Verfahren des ABSM für Gesuche von Militärdienstpflichtigen behandelt. Von den 3835 erstellten Aufgebots (2012: 4005) wurden 541 Dispensen (2012: 746) gewährt, deren 69 wurden abgelehnt. 23 Dienstpflichtige leisteten Ihren Dienst aufgrund eines ärztlichen Zeugnisses nicht und 58 rückten nicht ein.

### f) Bauten und Material

#### Periodische Kontrolle der Schutzanlagen

Aufgrund der eingegebenen Belege wurde bestimmten Gemeinden die Bewilligung erteilt, Aufwendungen im Bereich des Unterhalts der Anlagen über den Ersatzbeitragsfond zu finanzieren.

Für folgende Schutzanlagen wurde eine periodische Kontrolle durchgeführt:

Anlage	Typ	Resultat
Düdingen *	BSA II	Betriebsbereit
Gurmels	KP II réd et BSA II*	Betriebsbereit
Murten	BSA I	Betriebsbereit

#### Sirenen

Anlässlich des jährlichen Probealarms der Sirenen im Februar wiesen 2 von 261 fest installierten Sirenen (178 ferngesteuerte und 83 von Hand ausgelöste) Mängel auf. Diese wurden sofort behoben.

#### Bauten

Die revidierte Bundesgesetzgebung, welche am 1.1.2012 in Kraft getreten ist, sieht eine Entlastung der Eigentümer im Bereich der Schutzraumbaupflicht vor. So müssen Schutzräume grundsätzlich nur noch bei grösseren Überbauungen erstellt werden (ab 38 Zimmern). Der Ersatzbeitrag für einen nicht erstellten Schutzraum wurde von 1500 auf 800 Franken pro Schutzplatz herabgesetzt und der Kanton ist zukünftig für dessen Erhebung und Einnahme zuständig. Das neue, in Absprache mit dem Bau- und Raumplanungsamt eingeführte Übergabeverfahren für Baugesuche hat dem Sektor Zivilschutz erlaubt, nur noch die für den Zivilschutz relevanten Dossiers zu behandeln. Dies bedeutete eine Verminderung der zu behandelnden Dossiers und für den Gesuchsteller eine Einsparung im Bereich der Gebühren.

#### > Private Schutzräume

2013 projektierte Schutzräume:	75
Total Schutzplätze	4102
In Pflichtschutzräumen	3428
In 13 Sammelschutzräumen	674
2013 realisierte Bauten:	98
Total Schutzplätze	5055
In Pflichtschutzräumen	3473
In 29 Sammelschutzräumen	1582
Laufende Projekte:	345
Für den Bau von Schutzplätzen erhobene Ersatzbeiträge	3390

Eingenommene Ersatzbeiträge	2 356 800
> Öffentliche Schutzräume	
2013 genehmigte Projekte:	7
Schutzplätze	841
2013 erledigte Projekte:	2
Schutzplätze:	271

Der Bund hat Subventionen in der Höhe von 192 700 Franken für den Unterhalt von 46 Schutzanlagen ausbezahlt.

### 3.2.2 Besonderes

#### 3.2.2.1 Jubiläum des Zivilschutzes

##### a) Bundesveranstaltung

Am 21. Juni 2013 fand in Bern die Jubiläumsfeier mit über 1000 Gästen statt. Das im Rahmen dieser Feierlichkeiten im Zentrum von Bern organisierte Bike-Rennen wurde mit Bravour vom Freiburger Team gewonnen.

##### b) Kantonale Veranstaltung

Am 25. September fand im Broyebezirk ein Truppenbesuch während des jährlichen Wiederholungskurses der Einsatzkompanie Nord statt. An die 120 Personen aus Politik und Vereinswesen haben an diesem Anlass teilgenommen. Ziel dieses Truppenbesuches war es, den anwesenden Gästen das Können des nun kantonalisierten Zivilschutzes vorzuführen.

## 3.3 Militärverwaltung

### 3.3.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 3.3.1.1 Offiziersbeförderungen

Der Bundesrat bzw. das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) hat im Jahr 2013 im Freiburger Offizierskorps und unter den im Kanton wohnhaften Personen folgende 102 Beförderungen vorgenommen: 6 Oberste, 14 Oberstleutnants, 10 Majore, 17 Hauptleute, 26 Oberleutnants und 29 Leutnants.

#### 3.3.1.2 Ausbildungsdienste der Formationen

Im Jahr 2013 wurden von 955 eingereichten Gesuchen 893 Dienstverschiebungen angenommen (93,5 %) und 62 abgelehnt (6,5 %).

Die Gründe der angenommenen Dienstverschiebungsgesuche sind folgende:

Lehre	4,5 %
Studium	36,0 %
Berufliche Gründe	25,3 %
Berufliche Weiterbildung	8,9 %
Auslandaufenthalt	5,4 %
Medizinische Gründe	5,1 %
Andere Gründe	8,3 %

#### 3.3.1.3 Schiesswesen ausser Dienst

*Mutationen im Bereich der kantonalen Schiesskommission*

Schiesssubkommissionen

Rücktritte 31.12.2013

Ernennungen 01.01.2014

*Teilnahme an den eidgenössischen Übungen (in Schützen)*

Jahr	Gewehrschiessen 300m		Pistolenschiessen	
	Oblig. Schiesspflicht	Eidg. Feldschiessen	Bundes-Programm	Eidg. Feldschiessen
2013	7315	5288	816	1783
2012	7538	5422	804	1820
2011	7751	5458	811	1671

*Anzahl Jungschützen*

2013	498
2012	552
2011	568

*Dispensationen von der obligatorischen Schiesspflicht*

2013	20
2012	57

**3.3.1.4 Disziplinar- und Strafwesen**

628 Untersuchungen wurden wegen Versäumnis der Schiesspflicht eingeleitet. Sie führten zu 500 Strafverfügungen.

Die Sicherheits- und Justizdirektion musste keine Beschwerde gegen eine solche Verfügung behandeln.

7 Stellungspflichtige wurden für das Versäumnis des Orientierungstages disziplinarisch bestraft.

53 Stellungspflichtige wurden für ein erstes Versäumnis, 13 für ein zweites Versäumnis, 10 für ein drittes Versäumnis und 7 für ein viertes Versäumnis an der Rekrutierung disziplinarisch bestraft. Zusätzlich wurden 5 Stellungspflichtige für ein fünftes Versäumnis an die Militärjustiz überwiesen.

**3.3.1.5 Rekrutierung***Orientierungstage*

30 Orientierungstage wurden durch die Kreiskommandantin für die Stellungspflichtigen des Jahrganges 1995 auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt.

Die Planung der Rekrutenschulen für die 1058 Stellungspflichtigen französischer Muttersprache hat folgendes Resultat ergeben:

**Stellungspflichtige des Jahrgangs 1995**

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2014	2.9%	4.7%	9.2%
2015	9.7%	37.1%	nicht angeboten (WEA)
2016	14.0%	15.9%	nicht angeboten (WEA)
2017	3.9%	2.6%	nicht angeboten (WEA)

Für die 411 deutschsprachigen Stellungspflichtigen sieht die Planung wie folgt aus:

<b>Stellungspflichtige des Jahrgangs 1995</b>			
Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2014	1.1%	2.6%	6.5%
2015	14.5%	45.5%	nicht angeboten (WEA)
2016	11.9%	16.0%	nicht angeboten (WEA)
2017	0.5%	1.4%	nicht angeboten (WEA)

#### *Organisation der Rekrutierung*

Im Jahr 2013 wurden anlässlich der Rekrutierung in den Rekrutierungszentren von Lausanne und Sumiswald BE folgende Entscheide gefällt:

	<b>Lausanne</b>	<b>Sumiswald</b>
Anzahl	1019	457
Diensttaugliche	573 (56.3%)	282 (61.7%)
	davon 78 Durchdiener	davon 41 Durchdiener
SD-taugliche	166 (16.3%)	63 (13.8%)
SD-untaugliche	186 (18.2%)	67 (14.7%)
SD-untaugliche in abs.	44 (4.3%)	16 (3.5%)
Zurückgestellte zur Nachrekrutierung	45 (4.4%)	24 (5.2%)
Zurückgestellte auf 1 Jahr	2 (0.2%)	3 (0.7%)
Zurückgestellte auf 2 Jahre	3 (0.3%)	2 (0.4%)

#### *Waffenloser Militärdienst*

Drei Gesuche um waffenlosen Militärdienst wurden eingereicht. Davon wurden zwei Gesuche angenommen und eines wurde noch nicht behandelt.

#### **3.3.1.6 Entlassung aus der Wehrpflicht**

708 Armeeangehörige der Jahrgänge 1979 (Rest) 1980, 1981, 1982 und 1983, welche die obligatorische Dienstpflicht erfüllt haben, wurden auf den 31.12.2013 aus der Wehrpflicht entlassen. Die Entlassungsinspektionen wurden während zwei Tagen in der Kaserne La Poya in Freiburg durchgeführt.

In Anwendung der Artikel 11 und 12 der Verordnung vom 5. Dezember 2003 über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen (VPAA) mussten die Armeeangehörigen, welche die persönliche Waffe (Sturmgewehr 90, 57 oder Pistole) behalten wollten, einen Waffenerwerbsschein vorlegen. Von den 671 bewaffneten Armeeangehörigen haben 57 (8,5 %) den Antrag gestellt, die Waffe als Eigentum zu behalten. Anlässlich der Abgabe der Waffe wurde eine durch das VBS auferlegte Entschädigung erhoben: 30 Franken für die Pistole, 60 Franken für das Sturmgewehr 57 und 100 Franken für das Sturmgewehr 90.

Die Stabsoffiziere des Jahrganges 1963, die Hauptleute des Jahrganges 1971 und die Subalternoffiziere des Jahrganges 1977, im Gesamten 37 Offiziere, wurden anlässlich einer offiziellen Feier in Anwesenheit des Sicherheits- und Justizdirektors aus der Wehrpflicht entlassen.

#### **3.3.1.7 Wehrpflichtersatz**

Im Jahr 2013 zählte der Kanton Freiburg 10 485 Ersatzpflichtige (42 % mehr als im Jahr 2004). Die demographische Entwicklung, die Verschiebung der Rekrutenschule sowie die Befreiung aus medizinischen Gründen sind Ursachen dieser Entwicklung. Das Jahr 2013 zeigt Parallelen zu den vergangenen Jahren: Zunahme

der Einkünfte, Zunahme der Rückerstattungen und Stabilität bezüglich der Anfragen für Ratenzahlungen und Mahnungen.

823 Militärdienstpflichtige und 228 Zivildienstpflichtige wurden im Jahr 2012 wegen Nichterfüllen der Dienstpflicht der Ersatzabgabe unterstellt.

1149 Ersatzpflichtigen konnten aufgrund geleisteter Dienstage im Ersatzjahr eine Ermässigung der Ersatzabgabe gewährt werden. Die Ermässigung beträgt ein Zehntel pro 50 geleistete Militärdienstage (75 Zivildienstage).

1224 Zivilschutzpflichtigen konnte eine Ermässigung der Ersatzabgabe von 4 % pro im Ersatzjahr geleisteten Tag gewährt werden.

Die Ersatzabgabe beträgt 3 % des steuerbaren Einkommens der direkten Bundessteuer, mindestens aber 400 Franken. Bei 2900 Ersatzpflichtigen wurde dieser Mindestansatz angewendet.

Die Rückerstattung erfolgt, wenn die Gesamtdienstpflicht erfüllt ist. 1411 Rückerstattungsentscheide über einen Gesamtbetrag von 671 074 Franken wurden verfügt. Dies entspricht einer Zunahme von 10 % gegenüber dem Jahr 2012.

In Zusammenarbeit mit der kantonalen Invalidenversicherungsstelle wurden alle Dossiers von im Kanton wohnhaften IV-Bezügern zwischen 18 und 34 Jahren kontrolliert. Auf diese Weise wurden etwa vierzig Ersatzpflichtige gefunden, die eine IV-Rente beziehen, worauf ihr Anrecht auf Befreiung von der Ersatzpflicht (ab einem Invaliditätsgrad von 40 %) abgeklärt werden konnte.

Es wurde keine Beschwerde gegen einen Einspracheentscheid beim Steuergerichtshof des Verwaltungsgerichts eingereicht.

#### *Bezug des Wehrpflichtersatzes in unserem Kanton*

	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen	7 031 095.95	6 666 717.56
Rückerstattungen (Dienstnachholungen)	671 074.25	609 586.50
Reinertrag	6 360 021.70	6 057 131.06
Anteil des Bundes (80 %)	5 088 017.36	4 845 704.85
Anteil des Kantons (20 %)	1 272 004.34	1 211 421.21
In Rechnung gestellte Verzugszinsen	63 132.55	61 741.70
Verrechnete Rückzahlungszinsen	2 071.65	2631.80
Rückstände	2 449 734.63	2 443 984.53
Betrag der Verlustscheine	183 546.36	151 123.50

#### *Statistiken*

	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Veranlagungsverfügungen	13 769	13 403
Entscheide minimale Ersatzabgabe (400 Franken)	2897	2788
Ersatzbefreiung Art. 4 WPEG	700	673
Annullierte Ersatzabgaben	13 315.59	10 814.20
Erlassene Ersatzabgaben	21 038.70	33 240.75
Ratenzahlungen	967	1074
Mahnungen/Betreibungsankündigungen	2502	2361
Betreibungsbegehren	401	379

	2013	2012
Rückerstattungsentscheide (Dienstnachholungen)	1411	1315
Rückzahlungsentscheide (Revisionen, Überschüsse)	666	710

### 3.4 Verwaltung der Militärgebäude

#### 3.4.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 3.4.1.1 Kaserne La Poya

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- > Laufender Unterhalt aller Gebäude der Kaserne
- > Komplette Sanierung des Waren- und Personenaufzuges im Gebäude 3
- > Umbau der Zufahrt der Kaserne (neue automatische Schranken, Zaun, neue Kabine für das Wachtpersonal)

Aufgrund der ungewissen Zukunft des Waffenplatzes Freiburg und in Erwartung des definitiven Standortkonzeptes der Armee wurde ein Grossteil der geplanten Arbeiten im Jahr 2013 nicht durchgeführt und auf das Jahr 2014 verschoben. Die Weiterführung dieser Arbeiten ist aber durchaus berechtigt, da der Waffenplatz Freiburg voraussichtlich bis ins Jahr 2020 weiterbetrieben wird und den Soldaten ein angemessener Standard in Sachen Sicherheit und Komfort geboten werden muss.

#### *Nutzung der Kaserne durch Dritte*

Im Jahr 2013 war die Kaserne La Poya stark belegt und wurde oft an Dritte (zivile Belegungen) als Unterkunft zur Verfügung gestellt. Grossanlässe wie zum Beispiel der Besuch des Dalai Lama, das Avenches Tattoo sowie das Internationale Folkloretreffen haben einen grossen Teil dieser zivilen Übernachtungen ausgemacht. Zudem haben auch diverse Sportvereine der nahen Sportstätten (z. B. Basketball) in der Kaserne übernachtet.

##### 3.4.1.2 Lager Schwarzsee

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- > Laufender Unterhalt aller Gebäude des Lagers Schwarzsee

#### *Anschaffung Material und Geräte*

- > Kauf einer zweiten Industrie-Geschirrspülmaschine als Ersatz des alten Waschtunnels aus dem Jahr 1992. Die erste Maschine wurde im Jahr 2012 angeschafft. Die beiden neuen Maschinen erreichen die Kapazität des alten Waschtunnels.

#### *Anschaffung Bettwäsche*

- > Laufender Ersatz der nordischen Bettwäsche.

#### *Belegungstage*

2012	2013
46 711	31 296

Von den insgesamt 31 296 Personentagen entfielen 21 319 zivile Tage auf die belgischen Ferienlager (Intersoc), 6169 auf Schulen, Sportvereine sowie auf verschiedene Vereine und Gruppierungen. Die militärischen Belegungen gingen gegenüber dem Vorjahr stark zurück und ergaben lediglich 3808 Personentage (14 956 im Jahr 2012).

### 3.4.2 Besonderes

#### 3.4.2.1 Waffenplatz Freiburg

##### *Kaserne La Poya*

Der Verwalter der kantonalen Militärgebäude ist Mitglied einer Arbeitsgruppe, die von der armasuisse geleitet wird. Diese Arbeitsgruppe hat den Auftrag, eine neue Lösung für die Entschädigung der kantonalen Waffenplätze auszuarbeiten, die ab 2014 gelten soll. Die Arbeitsgruppe hat im Frühling 2013 der Projektaufsicht des Bundes einen überarbeiteten Zwischenbericht abgegeben und führt ihre Tätigkeit im kommenden Jahr weiter. Das neue Entschädigungsmodell sollte im Laufe des Jahres 2014 auf allen kantonalen Waffenplätzen der Schweiz eingeführt werden. Obwohl der Waffenplatz Freiburg voraussichtlich im Jahr 2020 geschlossen wird, werden die Sicherheits- und Justizdirektion und das Amt für Bevölkerungsschutz und Militär im Frühling über die definitive Einführung des neuen Entschädigungsmodells befinden.

#### 3.4.2.2 Lager Schwarzsee

Die belgischen Ferienlager Intersoc aus Brüssel haben im Sommer 2013 das Lager Schwarzsee nach mehr als 50 Jahren regelmässiger Anwesenheit definitiv zum letzten Mal belegt. Die Abgabearbeiten und die Erstellung der diversen Inventare verliefen zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten. Mit Wehmut verliessen die Verantwortlichen aus Belgien das Lager Schwarzsee; die Lagerleitung und die ganze Region Schwarzsee sind ihrerseits ebenso über den Weggang betroffen, da über all die Jahre ein enger und freundschaftlicher Kontakt zu unseren belgischen Feriengästen entstanden ist und natürlich auch ein wichtiger wirtschaftlicher Beitrag verloren geht.

Die Verwaltung der kantonalen Militärgebäude ist in einer Arbeitsgruppe tätig, welche die Machbarkeit der Schaffung eines Sport- und Freizeitzentrums im Lager Schwarzsee prüft. Dazu besteht neu die Möglichkeit, ab dem Jahr 2016 das Ausbildungszentrum des Zivildienstes (heutiger Standort in Schwarzenburg) in Schwarzsee anzusiedeln. Der Staatsrat hat einen externen Berater (Architekturbüro aus dem Sensebezirk) beauftragt, eine Vorstudie auszuarbeiten, die sowohl den Ansprüchen des Zivildienstes als auch eines Sport- und Freizeitzentrums gerecht wird. Staatsrat Erwin Jutetz (Justiz- und Sicherheitsdirektion) hat das Projekt im November 2013 dem gesamten Staatsrat vorgestellt. Ebenso wurden dem Bundesamt für Bauten und Logistik BBL (Vertragspartner für das Zivilschutzzentrum) die entsprechenden Offerten für eine künftige Zusammenarbeit unterbreitet.

## 4 Amt für Bevölkerung und Migration

Vorsteher: Patrick Pochon

### 4.1 Fremdenpolizei

#### 4.1.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 4.1.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2012	2013
Niederlassungsbewilligungen	4 322	3 929
Aufenthaltsbewilligungen	5 353	5 387
Kurzaufenthaltsbewilligungen	611	695
Grenzgängerbewilligungen EU/EFTA	244	350
Verlängerungen von Aufenthaltsbewilligungen oder der Kontrollfrist von Niederlassungsbewilligungen	10 630	15 448

#### 4.1.1.2 Rückreisevisa

	2012	2013
Rückreisevisa	335	357

#### 4.1.1.3 Bestand der am 31. Dezember im Kanton anwesenden Ausländer (ohne Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen)

	2012	2013
Mit Niederlassungsbewilligungen	36 353	39 139
Mit Aufenthaltsbewilligungen	20 805	21 174
Mit Kurzaufenthaltsbewilligungen >=12 Monate	822	2 611
Mit Grenzgängerbewilligungen	518	621
<b>Total</b>	<b>57 980</b>	<b>63 545</b>

#### 4.1.1.4 Administrativmassnahmen

	2012	2013
Vom Amt durchgeführte Befragungen	248	245
Abgelehnte Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen	29	29
Wegweisungsverfügungen	219	238
Ausreiseanordnungen gemäss EU-Richtlinie	22	30
Verweigerung von Aufenthaltsbewilligungen, Nichtverlängerungen oder Widerrufe	41	49
Widerruf von Niederlassungsbewilligungen	5	11
Androhung der Verweigerung oder des Widerrufs	7	12
Ausschaffungshaft (ausgesprochene Verfügungen)	230	268
Ausschaffungshaft (vollzogene Verfügungen)	167	178
Ausschaffungen nach Haft unter der Zuständigkeit einer anderen Behörde	20	38
Überprüfungen durch das Zwangsmassnahmengericht (ZMG)	35	28
Verzicht auf das mündliche Verfahren durch das ZMG	26	35
Gebietszuweisungen (Ein- oder Ausgrenzungen)	90	122
Abgewiesene Gesuche um Härtefallbewilligungen	23	31
Beim Kantonsgericht und ZMG eingereichte Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	68	46
Gutgeheissene Beschwerden, vollständig oder teilweise	8	6
Eingestellte Verfahren	11	9

#### 4.1.2 Besondere Ereignisse

Der Bundesrat hat zwar beschlossen, die im Freizügigkeitsabkommen vorgesehene Ventilklausel zu aktivieren, indem er ab 1. Juni 2013 die Kontingentierung der Aufenthaltsbewilligungen B, die für Angehörige der EU-8 Staaten bereits galt, auch auf Arbeitnehmende aus EU-17-Staaten ausgeweitet hat. Trotzdem ist die effektive ausländische Bevölkerung mit Hauptwohnsitz im Kanton (alle Bewilligungen zusammen, aber ohne Asyl) erneut stark angestiegen, d. h. von 59 987 auf 63 545 Personen in einem Jahr.

Die Zahl der Wegweisungen aus der Schweiz, bei denen ausländerrechtliche Zwangsmassnahmen angewendet werden mussten, war noch nie so hoch. Dieses Phänomen erklärt sich insbesondere durch den immer noch sehr hohen Anteil an Fällen aus dem Asylbereich, die in Anwendung des Dublin-Assoziierungsabkommens in andere europäische Staaten zurückgewiesen werden (55 % der Fälle). Dies hat auch dazu geführt, dass das Amt 2013 dauerhaft zwei zusätzliche Zellen im Regionalgefängnis Burgdorf (BE) mieten musste.

## 4.2 Asylbereich

### 4.2.1 Ordentliche Tätigkeit

	2012	2013
Personen, die in eine Empfangsstelle geschickt wurden	6	10
Asylsuchende, die dem Kanton Freiburg zugewiesen wurden	933	637
Erteilte Arbeitsbewilligungen	143	164
Aufenthaltsbewilligungen aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls	37	48
Vorläufig aufgenommene Personen	63	76
Positive Entscheide des BFM	105	86
Negative Entscheide des BFM (Ablehnung oder Nichteintreten)	580	440
Entscheide gemäss Anwendung des Dublin-Abkommens	272	210
Beim BFM hängige Asylgesuche	589	573
Total der am 31. Dezember im Kanton weilenden Asylsuchenden	697	621
Total der am 31. Dezember im Kanton vorläufig aufgenommenen Ausländer	796	774

### 4.2.2 Besondere Ereignisse

Trotz der Situation in Syrien und der steigenden Zahl der Asylgesuche in Europa (+25 %), hat die Schweiz 2013 im Gegensatz zur deutlichen Zunahme im letzten Jahr weniger neue Asylsuchende aufgenommen. Im Kanton Freiburg äusserte sich dies in einem Rückgang der vom Bund beschlossenen Zuweisungen um 31 %. Die Zahl der dem Kanton zugewiesenen neuen Asylsuchenden (637) lag 2013 jedoch immer noch deutlich über dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre (504).

## 4.3 Ausländische Arbeitskräfte

### 4.3.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 4.3.1.1 Anmeldungen von EU/EFTA-Staatsangehörigen

	2012	2013
Für eine Tätigkeit von max. 3 Monaten bei einem Schweizer Arbeitgeber	2288	3097
Für entsandte Arbeitnehmer	1922	2633
Für grenzüberschreitende, selbstständige Leistungserbringer	1315	2194

#### 4.3.1.2 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige der EU-8/EU-2 Staaten

	2012	2013
Jahresaufenthaltsbewilligungen	13	19
Kurzaufenthaltsbewilligungen	157	82
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	26	41
Bewilligungen für Cabaret-Tänzerinnen EU	225	182

#### 4.3.1.3 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige von Drittstaaten

	2012	2013
Jahresaufenthaltsbewilligungen	33	38
Kurzaufenthaltsbewilligungen	42	39
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	63	27
Bewilligungen für Künstler (Musiker)	83	105

#### 4.3.1.4 Sonstige Entscheide

	2012	2013
Verweigerungsverfügungen	138	155
Einspracheentscheide	15	4

#### 4.3.1.5 Administrativmassnahmen

Nach Artikel 122 AuG kann die zuständige Behörde die Gesuche um Zulassung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eines Arbeitgebers, der wiederholt gegen Vorschriften dieses Gesetzes verstossen hat, abweisen oder nur teilweise bewilligen. Sie kann diese Sanktion auch androhen.

	2012	2013
Verweise	1	6
Androhungen	78	26
Suspendierungen/Verweigerungen	27	15

#### 4.3.2 Besondere Ereignisse

Die Vorentscheide für die Zulassung zum Arbeitsmarkt waren 2013 abgesehen von den Angehörigen von Drittstaaten nur noch für Staatsangehörige der EU-2 (Rumänien und Bulgarien) erforderlich. Während die Angehörigen aller anderen Staaten, die wie die Schweiz das Freizügigkeitsabkommen unterzeichnet haben, in den Genuss der vollen Personenfreizügigkeit kommen, wurden die Aufenthaltsbewilligungen B für Arbeitnehmende aus EU-17-Staaten ab 1. Juni 2013 kontingentiert, wie dies seit 1. Mai 2012 bereits für Arbeitnehmende aus EU-8-Staaten der Fall war.

### 4.4 Schweizerpässe und Identitätskarten

#### 4.4.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 4.4.1.1 Ausgestellte Ausweise

	2012	2013
Ordentliche biometrische Pässe	14 098	20 502
Identitätskarten	26 416	31 676
Provisorische Pässe	567	615
Biometrische Reisedokumente für ausländische Personen	230	216
Biometrische Ausländerausweise	8 042	10 363

#### 4.4.2 Besondere Ereignisse

Die Zahl der 2013 für Schweizerbürgerinnen und Schweizerbürger ausgestellten Dokumente hat gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen (+45 % bei den Schweizerpässen und +20 % bei den Identitätskarten). Diese starke Zunahme erklärt sich durch die Erneuerung der Dokumente der Generation 2003, deren Einführung vor 10 Jahren auf grosse Nachfrage stiess. Am 6. Juni 2013 feierte das Amt den 50 000-sten, im Kanton Freiburg ausgestellten biometrischen Pass.

## 5 Amt für Gewerbepolizei

Vorsteher: Alain Maeder

### 5.1 Öffentliche Gaststätten

#### 5.1.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 5.1.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2012	2013
Patente A für das Hotelleriegewerbe	1	1
Patente B für Betriebe mit Alkohol	11	34
Patente C für Betriebe ohne Alkohol	2	3
Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	10	2
Sonderpatente H	5	13
Patente I für hotelähnliche Betriebe	4	5
Patente T für Traiteurs	4	7
Patente für die Übernahme eines laufenden Betriebes	201	202
Patenterneuerungen	543	630
Namensänderungen	25	31
Patenteerweiterungen	20	14

##### 5.1.1.2 Administrative Massnahmen

	2012	2013
Schliessungen öffentlicher Gaststätten mangels Patent	7	1
Patententzüge	1	5
Patentverweigerungen	2	6

##### 5.1.1.3 Anzahl der Patente für öffentliche Gaststätten

	2012	2013
Patente A für das Hotelleriegewerbe	154	156
Patente B für Betriebe mit Alkohol	603	606
Patente C für Betriebe ohne Alkohol	14	15
Patente D für Diskotheken oder Kabarettis	24	20
Zusatzpatente E für Hotelbars	15	16
Patente F für Nachtrestaurants	4	4
Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	105	100
Sonderpatente H	468	462
Patente I für hotelähnliche Betriebe	109	111
Patente T für Traiteurs	55	59
Patente U für Bars, die einem Prostitutions-Salon angegliedert sind	1	-
<b>Total</b>	<b>1552</b>	<b>1549</b>

##### 5.1.1.4 Passivrauchen

	2012	2013
--	------	------

	2012	2013
Bewilligte Raucherräume	76	89

#### 5.1.1.5 Obligatorische Ausbildung

	2012	2013
Personen, die die obligatorische Ausbildung auf Französisch absolviert haben	127	139
Personen, die die obligatorische Ausbildung auf Deutsch absolviert haben	21	28
Personen, denen das Wirtefachdiplom ausgehändigt wurde	88	115

#### 5.1.1.6 Teil-Ausbildung

	2012	2013
Personen, die den Kurs für Inhaber eines Patents G oder T auf Französisch absolviert haben	21	21
Personen, die den Kurs für Inhaber eines Patents G oder T auf Deutsch absolviert haben	2	2
Personen, die die Prüfung für Patentinhaber G oder T bestanden haben	23	23
Personen, die den Kurs über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten auf Französisch besucht haben	30	29
Personen, die den Kurs über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten auf Deutsch besucht haben	7	6
Personen, die den Test über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten bestanden haben	37	35

#### 5.1.2 Besondere Ereignisse

Die Revision der Gesetzgebung über die öffentlichen Gaststätten, welche am 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist, wurde von den Gastwirten und deren Kundschaft gut umgesetzt.

Die Oberamtspersonen haben in den Verfahren zur Erteilung der neuen Patente B+ vorbestehende Rechte gewahrt, sie haben aber auch Kriterien berücksichtigt, mit denen die Sicherheit der Einrichtungen und die Ruhe der Nachbarschaft gewährleistet werden sollen.

In Zusammenarbeit mit Gastro Fribourg wurde ein neues Programm für die obligatorische Wirtefachausbildung ausgearbeitet.

## 5.2 Alkoholhaltige Getränke

### 5.2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 5.2.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2012	2013
Spezielle Verkaufsräumlichkeiten und Lebensmittelgeschäfte	66	56
Kiosk und Tankstellenshop	9	8

#### 5.2.1.2 Zahl der Patente für den Verkauf von alkoholhaltigen Getränken

	2012	2013
Spezielle Verkaufsräumlichkeiten und Lebensmittelgeschäfte	411	425
Kioske und Tankstellenshops	61	69

### 5.3 Lotterien und Kollekten

#### 5.3.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 5.3.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2012	2013
Kleine Lotterien	87	82
Kollekten	92	93

### 5.4 Spielautomaten

#### 5.4.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 5.4.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2012	2013
Geschicklichkeitsspielautomaten	316	344
Unterhaltungsapparate	206	305

### 5.5 Spielsalons

#### 5.5.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 5.5.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2012	2013
Patente für Spielsalons	-	1

##### 5.5.1.2 Anzahl der Bewilligungen für Spielsalons

	2012	2013
Patente für einen Spielsalon	3	4

### 5.6 Prostitution

#### 5.6.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 5.6.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2012	2013
Bereitstellung von Räumlichkeiten, die für die Ausübung der Prostitution bestimmt sind	15	6

##### 5.6.1.2 Administrative Massnahmen

	2012	2013
Verweigerung von Bewilligungen	1	1
Entzug von Bewilligungen	-	1

##### 5.6.1.3 Anzahl der Bewilligungen

	2012	2013
Bereitstellung von Räumlichkeiten, die für die Ausübung der Prostitution bestimmt sind	15	21

## 5.7 Gewerbe der Reisenden

### 5.7.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 5.7.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2012	2013
Bewilligungen für das Reisengewerbe	8	17
Bewilligungen für die Aktivität an einem Jahrmarkt oder in einem Zirkus	3	4

## 5.8 Konsumkredit

### 5.8.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 5.8.1.1 Anzahl der Bewilligungen

	2012	2013
Berufliche Ausübung der Tätigkeit als Kreditgeber	12	12

## 5.9 Masse und Gewichte

### 5.9.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 5.9.1.1 Überprüfte Messgeräte

	2012	2013
Waagen für offene Verkaufsstellen	511	763
Waagen für nicht offene Verkaufsstellen	978	1136
Fahrzeug- und Geleisewaagen	47	38
Spezialwaagen	87	66
Automatisch funktionierende Waagen	19	23
Preisauszeichnungswaagen	250	252
Volumenmessanlagen (Mineralöle)	828	1040
Hochdruck-Erdgastanksäulen und Flüssiggastanksäulen	1	2
Volumenmessanlagen für Lebensmittel	34	38
Längenmasse	1	-
Messgeräte für Gasgemischanteile und für Dieselrauch	420	402

#### 5.9.1.2 Kontrollen von Fertigpackungen

	2012	2013
Gleiche Nennfüllmenge	489	346
Zufallspackungen	61	147

#### 5.9.1.3 Marktüberwachung

	2012	2013
Öffentliche Verkaufsstellen	235	258

## 5.10 Preisbekanntgabe

### 5.10.1 Besondere Ereignisse

Um die Umsetzung der Verordnung über die Angaben der Preise zu verstärken, wurde auf nationaler Ebene eine jährliche Kontrolle etabliert. Im Jahr 2013 haben die französischsprachigen Kantone beschlossen, die Preisanschriften der angebotenen Dienstleistungen und jene der zum Verkauf angebotenen Waren in den Bijouteriegeschäften zu überprüfen. Das Amt für Gewerbepolizei hat die Kampagne in enger Zusammenarbeit mit

den Gemeinden durchgeführt. Von 31 kontrollierten Geschäften hatten 2 Geschäfte die Preise ihrer Dienstleistungen nicht oder nicht korrekt angegeben, und in 3 Geschäften waren die Preise der Waren gar nicht oder ungenügend angeschrieben.

## 6 Amt für Justiz (AJ)

Vorsteherin: Lise-Marie Graden

### 6.1 Advokatur

Die Prüfungskommission für die Anwaltskandidaten hat folgenden Personen einen Befähigungsausweis ausgestellt: Silvia Aguirre, Crystel Bardet, Anne-Sophie Brady, Jena Cattin, Adeline Corpataux, Sonja Hurni, Sheila Jaccoud, Francine Pittet, Emilie Praz, Anouk Sekulic, Léonie Spreng, Laurence Stephan, Nathalie Suter, Franziska Waser, Philippe Allemann, Arnaud Bregnard, Daniel Gatenby, Fabien Jotterand, Sylvain Keller, Philippe Maridor, Dominic Quiel, Alexandre Tinguely und Côme Vuille.

Die Anwaltskommission hat ihrerseits folgende Geschäfte behandelt:

Eintragungen in das kantonale Register der Anwältinnen und Anwälte	15
Streichung von Einträgen im Anwaltsregister	12
Beschwerden und Anzeigen	11
Befreiung vom Berufsgeheimnis	4
Praktikumsbewilligungen	37
Herabsetzung der Praktikumsdauer	–
Streichung von Einträgen im kantonalen Register der Anwaltspraktikanten	1
Es waren am 31. Dezember 2013 tätig:	
Im kantonalen Register der Anwältinnen und Anwälte eingetragene Anwälte	189
In der Liste der zur Ausübung zugelassenen Anwältinnen und Anwälte aus Mitgliedstaaten der EU und der EFTA eingetragene Anwälte	4
Anwaltspraktikanten	129

### 6.2 Notariat

Am 31. Dezember 2013 gab es 46 praktizierende Notare, darunter 4, welche gemäss Gesetz über das Notariat nicht in die Höchstzahl der zugelassenen Notare eingerechnet werden. Damit ist die gesetzliche Höchstzahl von 42 erreicht.

### 6.3 Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen

Von 1. Januar bis 31. Dezember 2013 hat das Amt für Justiz 1420 Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten, die sich wie folgt verteilen:

	Unentgeltliche Rechtspflege mit Rückerstattung	Unentgeltliche Rechtspflege ohne Rückerstattung	Total
Kantonsgericht	0	103	103
Bezirksgericht Saane	5	613	618
Bezirksgericht Sense	0	55	55
Bezirksgericht Greyerz	0	192	192

	<b>Unentgeltliche Rechtspflege mit Rückerstattung</b>	<b>Unentgeltliche Rechtspflege ohne Rückerstattung</b>	<b>Total</b>
Bezirksgericht See	2	88	90
Bezirksgericht Glane	2	76	78
Bezirksgericht Broye	1	81	82
Bezirksgericht Vivisbach	1	52	53
Friedensgerichte	0	149	149
<b>Total</b>	<b>11</b>	<b>1409</b>	<b>1420</b>

Im Jahr 2013 wurden 1116 Kostenlisten von Anwälten und von Gerichtsschreibereien der Friedensgerichte im Gesamtbetrag von 2 839 174 Franken bezahlt (2012: 2 359 093 Franken für 813 Kostenlisten).

Gemäss Art. 123 des Justizgesetzes und Art. 123 der Zivilprozessordnung kann das Amt innert einer Frist von 10 Jahren die teilweise oder vollständige Rückerstattung der unentgeltlichen Rechtspflege verfügen, wenn sich die Finanzlage der betroffenen Person gebessert hat.

Im Jahr 2013 wurden so Einnahmen in der Höhe von 90 444 Franken erzielt. Wir halten fest, dass es sich hierbei um einen geringen Betrag handelt. Im Amt wurde in dieser Zeit ein neues Computerprogramm zur Verwaltung dieser Aufgabe in Betrieb genommen.

#### **6.4 Unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen**

Gestützt auf die neue schweizerische Strafprozessordnung, welche seit dem 1. Januar 2011 in Kraft ist, entscheidet nicht mehr ausschliesslich die Strafkammer des Kantonsgerichts über die Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege sondern jede einzelne Gerichtsbehörde, vor der das Verfahren hängig ist. Die Statistiken betreffend die unentgeltliche Rechtspflege sind somit in den Jahresberichten der einzelnen Gerichtsbehörden enthalten.

In der Zeit von 1. Januar bis 31. Dezember 2013 hat das Amt für Justiz 138 Entscheide betreffend die unentgeltliche Rechtspflege erhalten.

Es wurden 185 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 530 671 Franken bezahlt.

#### **6.5 Unentgeltliche Rechtspflege in Verwaltungssachen**

Von 1. Januar bis 31. Dezember 2013 hat das Amt für Justiz 123 Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten.

Es wurden 82 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 145 867 Franken bezahlt.

#### **6.6 Internationale Rechtshilfe**

Das Amt für Justiz nimmt die Zustellungen im Bereich der internationalen Rechtshilfe vor. Im Jahre 2013 wurden 28 Gesuche von kantonalen Gerichtsbehörden sowie ein Gesuch einer Gerichtsbehörde eines ausländischen Staats behandelt.

#### **6.7 Mediation im Gerichtsverfahren**

##### **6.7.1 Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen**

Die Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen übt die Oberaufsicht über Personen aus, die der Verordnung über die Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen unterstellt sind, d. h. die vereidigten Mediatorinnen oder Mediatoren, die im Rahmen eines Gerichtsverfahrens tätig werden.

Die Kommission entscheidet über Eintragungen, Nachführungen und Streichungen im Register der vereidigten Mediatorinnen und Mediatoren, sie wacht darüber, dass die Mediatorinnen und Mediatoren ihre Tätigkeit gemäss ihrem Eid oder ihrem feierlichen Versprechen ausüben, sie übt die Disziplinalgewalt aus und erlässt die notwendigen Weisungen.

Im Jahr 2013 hat die Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen zwei Eintragungen ins Register vorgenommen sowie eine Eintragung gestrichen.

## 6.7.2 Büro für Mediation in Jugendstrafsachen

Statistiken (2012) 2013

### 6.7.2.1 Anzahl Fälle, die von den Richtern delegiert wurden (Mediationsprozess)

(96) 96

Anzahl betroffene Minderjährige: Täter und Opfer (154) 125

Anzahl betroffene junge Erwachsene (16) 11

Anzahl betroffene Geschädigte / Opfer (108) 113

In 69 Fällen war nur ein einziger Jugendlicher Täter

In 14 Fällen waren zwei Jugendliche Täter

In 13 Fällen waren 3 oder mehr Jugendliche Täter (bis 6)

### 6.7.2.2 Aufteilung nach Geschlecht

Jungen (130) 95

Mädchen (24) 30

### 6.7.2.3 Aufteilung nach Sprache

Französisch (123) 97

Deutsch (31) 28

### 6.7.2.4 Herkunft

Stadt Freiburg (19) 17

Saane-Land (27) 21

Greyerz (41) 23

Broye (9) 21

Glane (19) 5

Vivisbach (7) 12

Sense (8) 16

See (24) 7

Andere Kantone (–) 3

Andere Länder (–) –

### 6.7.2.5 Ausgang der Verfahren

Abschluss einer Mediationsvereinbarung (48) 79

Erfolgreiche Mediationsverfahren (18) 15

Entscheide betreffend Rückzug Anzeige (5) 6

Am 31. Dezember 2013 hängige Verfahren (52) 48

---

## 6.8 Aufsicht über die klassischen Stiftungen

Die Hauptaufgabe besteht in der Aufsicht über die Stiftungen, der jährlichen Kontrolle des Tätigkeitsberichts und der Rechnung, der Genehmigung von Statutenänderungen, der Prüfung von Reglementen, sowie der Auflösung, der Liquidation und der Löschung von Stiftungen.

Am 31. Dezember 2013 hat der Kanton über 271 klassische Stiftungen mit einer Bilanzsumme (per 31. Dezember 2012) von gegen 1022 Millionen Franken die Aufsicht ausgeübt.

Die Aufsichtsbehörde hat drei neu errichtete Stiftungen mit Entscheid ihrer Aufsicht unterstellt. Fünf Stiftungen wurden aufgelöst und gelöscht.

Bei 34 Stiftungen wurden Statutenänderungen genehmigt. Ebenfalls genehmigt wurden die Reglemente von 5 Stiftungen.

# 7 Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG)

Vorsteher: Thomas Freytag

---

## 7.1 Straf- und Massnahmenvollzug

Das ASMVG plant den Vollzug der unbedingten Freiheitsstrafen und der strafrechtlichen Massnahmen und bestimmt die Vollzugsanstalt, den Beginn und die Stufen des Vollzuges. Im Verlaufe des Vollzuges bestimmt das Amt über die Ausgangserlaubnis (Urlaub, Ausgang), über den Übertritt in eine andere Anstalt und über den Unterbruch des Vollzuges. Es verfügt unter anderem über die in den Konkordatstexten und im Gesetz vorgesehenen Entscheide in Bezug auf die Halbgefängenschaft und den tageweisen Vollzug. Es befindet im Übrigen über die bedingte Entlassung aus dem Freiheitsentzug oder die Aufhebung der therapeutischen Massnahmen und ordnet die damit verbundenen Begleitmassnahmen an (Bewährungshilfe, Weisungen bezüglich der Lebensführung usw.).

Das ASMVG erlässt im Weiteren Entscheide über die gemeinnützige Arbeit (GA) und überweist die Fälle zwecks Durchführung der GA an das Amt für Bewährungshilfe (BHA). Es kassiert auch die durch die zuständigen Justizbehörden ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen ein. In dieser Angelegenheit interveniert das Amt nur bei Nichtbezahlung der ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen, nämlich in den Fällen, wo an Stelle der Busse bzw. der Geldstrafe eine Ersatzfreiheitsstrafe wirksam wird. Im Weiteren stellt das Amt die kantonale Koordination für die Eintragungen in das Strafregister sicher.

### 7.1.1 Freiheitsstrafen und Massnahmen

#### 7.1.1.1 Anzahl eingegangener Urteile (mit Ausnahme der Ersatzfreiheitsstrafen wegen nicht bezahlter Bussen und Geldstrafen)

Im Jahr 2013 wurden dem ASMVG durch die Freiburger Gerichtsbehörden 471 Urteile betreffend den Vollzug von Freiheitsstrafen zugestellt, wovon:

- > 381 Urteile für Freiheitsstrafen unter 6 Monaten
- > 51 Urteile für Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und einem Jahr
- > 39 Urteile für Freiheitsstrafen über einem Jahr

#### 7.1.1.2 Vollzugsmodalitäten (mit Ausnahme der Ersatzfreiheitsstrafen wegen nicht bezahlter Bussen und Geldstrafen)

- > Es wurden 127 Vorladungen zum ordentlichen Strafvollzug ausgestellt.

- > 99 Personen haben die Bewilligung erhalten, ihre Freiheitsstrafe im Regime der Halbgefängenschaft zu vollziehen; dieses Regime bietet den Insassen die Möglichkeit, weiterhin ihren beruflichen Aktivitäten nachzugehen und sich nur nachts, am Samstag und am Sonntag im Gefängnis einzufinden.
- > 1 Person hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Freiheitsstrafe im Regime des tageweisen Vollzugs an den Wochenenden zu vollziehen.
- > 67 durch Freiburger Justizbehörden ausgesprochene Freiheitsstrafen wurden in anderen Kantonen vollzogen, da die betroffenen Personen nicht im Kanton Freiburg Wohnsitz hatten oder wohnhaft waren. Darüber hinaus hat das ASMVG 25 Urteile von anderen Kantonen zwecks Vollzugs einer Freiheitsstrafe erhalten, da die verurteilten Personen im Kanton Freiburg Wohnsitz hatten oder wohnhaft waren.
- > Anzahl behandelter Urteile (Freiheitsstrafen, gemeinnützige Arbeit, Ersatzfreiheitsstrafen) 1015
- > Unterbruch des Vollzugs 4
- > Anzahl RIPOL Verhaftungsausschreibungen 202
- > Vollzugsmandate an die Polizei 27
- > Transportaufträge 122
- > Anfragen um Einweisung (zwecks Vollzugs oder vorzeitigen Vollzugs der Freiheitsstrafe) 77

#### 7.1.1.3 Anzahl Vollzugstage bzw. Anzahl Insassen pro Vollzugsanstalt oder Vollzugsinstitution

	Vollzugstage	Insassen
> Anstalten von Bellechasse, Sugiez/FR	26 659	151
> Etablissements de la plaine de l'Orbe/VD	4 041	16
> Etablissement de Bellevue, Gorgier/NE	1 754	7
> Prison de la Tuilière, Lonay/VD	329	10
> Anstalten von Witzwil/BE	285	2
> Anstalten von Hindelbank/BE	705	3
> Pénitencier La Stampa, Lugano/TI	93	8
> Anstalten von Thorberg/BE	393	2
> Anstalten von Lenzburg/AG	273	1
> Anstalten von Pöschwies/ZH	3	1
> Le VAM, Freiburg, Bulle, Düdingen	128	30
> Ritec, Düdingen	250	2
> Coup de Pouce, Fribourg	38	1
> Inselspital Bern (Zellentrakt)	138	14
> Diverse ausserkantonale Kurzstrafen	1 943	106
> Massnahmenzentrum St. Johannsen /BE	775	3
> Fondation Bartimée, Grandson/VD	315	2
> Le Tremplin «Foyer Horizon», Freiburg	687	3
> Fondation Le Torry, Freiburg	202	1
> Foyer St Louis, Freiburg	668	2
> Foyer Le Radeau, Orsonnens	1 119	4
> Foyer André, La Côte-aux-Fées/NE	212	1
> Foyer La Thièle, Yverdon-les-Bains/VD	93	1
> EMS Sylvabelle SA, Provence/VD	396	1
> Stiftung Terra Vecchia, Schüpfen/BE	232	1
> Archezürich, Zürich	47	1
> UPK, Basel/BS	244	1
> Résidence Les Sources, Sonceboz	90	1
> Domi. Syl SA, Yverdon-les-Bains	319	1
> Stiftung Wisli, Bülach/ZH	33	1
> Horizon Sud, Marsens	376	3
> Foyer du Parc, Couvet /NE	405	1

> Total	43 245	409
---------	--------	-----

#### 7.1.1.4 Anzahl strafrechtliche Massnahmen

Im Jahr 2013 haben 127 Personen eine strafrechtliche Massnahme vollzogen, beziehungsweise befinden sich nach wie vor in deren Vollzug; davon sind:

- > 22 Personen in stationärer Behandlung einer psychischen Störung in Anwendung von Art. 59 StGB oder Art. 59 und Art. 60 StGB (stationäre therapeutische Massnahmen);;
- > 13 Personen in einer stationären Suchtbehandlung in Anwendung von Art. 60 StGB (stationäre therapeutische Massnahmen);
- > 3 Personen in stationärer Behandlung einer Massnahme für junge Erwachsene in Anwendung von Art. 61 StGB (stationäre therapeutische Massnahmen);;
- > 86 Personen in einer ambulanten Behandlung in Anwendung von Art. 63 StGB;
- > 3 Personen im Vollzug einer Verwahrungsmassnahme in Anwendung von Art. 64 StGB.

Diese Personen wurden in folgenden Institutionen eingewiesen 1.1.1.3.

Das ASMVG hat 32 Behandlungsverfügungen und 15 Aufhebungsverfügungen erlassen und 16 Ablehnungen der Aufhebung einer Massnahme, 1 bedingte Entlassung aus dem Massnahmenvollzug und 19 Ablehnungen der bedingten Entlassung aus dem Massnahmenvollzug verfügt.

#### 7.1.1.5 Arbeitsexternat

15 Personen wurde das Vollzugsregime des Arbeitsexternates bewilligt. Vollzugsanstalten:

	Vollzugstage	Insassen
Offene Anstalt «Les Falaises», Freiburg	465	6
Maison Montfleury/GE	339	1
Maison Le Vallon/GE	949	7
Steinhof, Hindelbank	134	1
Total	1 887	15

#### 7.1.1.6 Arbeits- und Wohnexternat

3 Personen wurde das Vollzugsregime Arbeits- und Wohnexternat bewilligt.

#### 7.1.1.7 Bedingte Entlassung aus Sanktionen und Aufhebung von Massnahmen

In Anwendung der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen ist das ASMVG für die Entscheide im Hinblick auf die bedingte Entlassung und/oder die Aufhebung aus einer ambulanten oder stationären therapeutischen Massnahme bzw. einer Verwahrung zuständig (falls die Strafdauer mehr als 2 Jahre beträgt, muss das ASMVG die Stellungnahme der beratenden Kommission für die bedingte Straftentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit berücksichtigen).

Folgende Entscheide wurden erlassen:

> Bewilligung der bedingten Entlassung nach Vollzug der Mindeststrafdauer von 2/3	41
> Bewilligung der bedingten Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt	21
> Verweigerung der bedingten Entlassung	34
> Verlängerung der Probezeit	1
> Bewilligung der Aufhebung einer Massnahme	16
> Ablehnung der Aufhebung einer Massnahme	21
> Bewilligung der bedingten Entlassung aus einer Massnahme	6
> Ablehnung der bedingten Entlassung aus einer Massnahme	9
> Ablehnung der bedingten Entlassung aus der Verwahrung	4
> Verlängerung der Massnahme	1
> Total	154

### 7.1.2 Umgewandelte Bussen und Geldstrafen (Ersatzfreiheitsstrafen)

Anstelle einer unbezahlten Busse oder Geldstrafe ist eine Freiheitsstrafe zu vollziehen.

Den untenstehenden Ziffern kann die Anzahl der Ersatzfreiheitsstrafen sowie die Höhe der einkassierten Beträge für die verschiedenen Strafbehörden entnommen werden:

	Erhaltene Ersatzfreiheitsstrafen	Einkassierter Betrag
- Staatsanwaltschaft	2 122	783 546.15
- Oberämter	1 937	326 339.60
- Andere Kantone	67	16 008.90
- Gerichte	35	13 780.00
- Stadt Freiburg	573	87 271.20
- Gemeinde Plaffeien	8	100.00

Insgesamt hat das ASMVG 4742 Ersatzfreiheitsstrafen erhalten und einen Gesamtbetrag von 1 227 045.85 Franken einkassiert.

135 Ersatzfreiheitsstrafen betreffend 78 Personen wurden zwecks Strafvollzugs im geschlossenen Regime an den Bereich Freiheitsstrafen überwiesen. Zusätzlich wurden 10 Ersatzfreiheitsstrafen zwecks Vollzugs in Form der GA an den Sektor GA überwiesen.

Weitere Kennzahlen im Bereich umgewandelte Bussen und Geldstrafen:

> Anzahl Mandate an die Polizei	2 818
> Anzahl RIPOL-Verhaftungsausschreibungen	975
> Anzahl Delegationen an andere Kantone	1 507
> Anzahl Abzahlungsbewilligungen	471

### 7.1.3 Gemeinnützige Arbeit (GA)

Das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG) und das Amt für Bewährungshilfe sind beauftragt, die von den Justizbehörden ausgesprochenen Urteile zur gemeinnützigen Arbeit zu vollziehen. Das ASMVG trifft die Entscheide in Anwendung der Artikel 11 und 12 der Eidgenössischen Verordnung vom 19. September 2006 zum Schweizerischen Strafgesetzbuch und Schweizerischen Militärstrafgesetzbuch und ordnet die Administrativmassnahmen in Anwendung von Artikel 13 der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit an.

2013 wurden von den zuständigen Strafbehörden 385 Verurteilungen zu GA an das ASMVG überwiesen. Zusätzlich hat das ASMVG von anderen Kantonen 75 Verurteilungen zu GA erhalten, welche es zu vollziehen gilt, da die betroffenen Personen Wohnsitz im Kanton Freiburg hatten oder hier wohnhaft waren.

Das ASMVG hat 2013 insgesamt 279 GA-Dossiers an das Amt für Bewährungshilfe überwiesen. In 80 Fällen wurde, bedingt durch ungenügendes Verhalten, unbegründetes Fernbleiben oder weil die Person schliesslich doch den gewöhnlichen Strafvollzug gewählt hat, das rechtliche Gehör gewährt. Im Hinblick auf eine allfällige Aufhebung der GA wurden im Übrigen 105 Vollzugsberichte für die Strafbehörde verfasst.

70 Freiburger Verurteilungen zu GA (ohne umgewandelte Bussen) wurden in anderen Kantonen vollzogen, da die betroffenen Personen ausserhalb des Kantons Wohnsitz hatten oder wohnhaft waren.

### 7.1.4 Begnadigungsgesuche

Der Grosse Rat hatte im Jahr 2013 drei Begnadigungsgesuche zu behandeln.

### 7.1.5 Strafregister

Im Jahr 2013 hat das Amt (Koordinationsstelle Strafregister) 5660 Urteile registriert und 3882 Auszüge zuhanden der kantonalen Justizbehörden ausgehändigt

## 7.2 Gefängnisse

Das Zentralgefängnis (inkl. die Anstalt «Les Falaises») beschäftigt 31 Personen und eine Lernende.

Das Gefängnis von Romont musste im Jahr 2013 von 11. bis 18. Juli und ab 15. November bis Ende Jahr geöffnet werden.

In den Gefängnissen werden folgende Personen aufgenommen (beide Geschlechter, Voll- und Minderjährige):

- > Beschuldigte in Untersuchungshaft für die Dauer der Untersuchung;
- > Beschuldigte nach Abschluss der Untersuchung bis zum Gerichtsurteil;
- > Verurteilte bis zu ihrer Verlegung in eine Strafanstalt;
- > Insassen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüssen;
- > Verurteilte, die Strafen bis vier Wochen im tageweisen Vollzug verbüssen;
- > Verurteilte, die Strafen bis maximal zwölf Monaten im Regime der Halbgefangenschaft verbüssen;
- > Verurteilte, die Strafen von mehreren Monaten im Regime des Arbeitsexternates (am Ende einer langen Strafe) verbüssen;
- > Verurteilte, die Strafen bis maximal sechs Monaten im ordentlichen Vollzug verbüssen;
- > Personen die auf Grund der Jugendstrafgerichtsbarkeit zurückbehalten werden;
- > Insassen die auf Grund der Bundesgesetzgebung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht platziert sind;
- > Insassen in Militärhaft.

### 7.2.1 Eintritte 2013

		Schweizer	Ausländer
Männer –	Zentralgefängnis	116	452
Männer –	Gefängnis von Romont	3	7
Frauen –	Zentralgefängnis	0	0
Weibliche Minderjährige –	Zentralgefängnis	2	3
Männliche Minderjährige –	Zentralgefängnis	10	10
Männer –	Anstalt «Les Falaises»	28	22
Frauen –	Anstalt «Les Falaises»	1	1
<b>Total</b>		<b>160</b>	<b>495</b>

## 7.2.2 Eintritte 2013

	Schweizer/-innen		Ausländer/-innen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
<b>Untersuchungshaft</b>					
Zentralgefängnis	2841	0	13542	3	16396
Gefängnis Romont	92	0	173	0	265
<b>Minderjährige</b>					
Zentralgefängnis	43	10	66	1	120
<b>Geschlossener Strafvollzug</b>					
Zentralgefängnis	754	0	2869	4	3627
<b>Tageweiser Strafvollzug</b>					
Zentralgefängnis	10	3	0	0	13
<b>Halbgefängenschaft</b>					
Anstalt «Les Falaises»	2926	60	1467	0	4453
<b>Arbeitsexternat</b>					
Anstalt «Les Falaises»	162	0	303	0	465
Zwangsmassnahmen (Ausländerrecht)	0	0	2204	0	2204
Militärhaft Zentralgefängnis	5	0	0	0	5
<b>Total</b>	<b>6833</b>	<b>73</b>	<b>20624</b>	<b>8</b>	<b>27538</b>

## 7.2.3 Verpflegung

Der Menüplan erstreckt sich jeweils über mehrere Wochen. Im Zentralgefängnis und in der Anstalt «Les Falaises» werden die Mahlzeiten während sieben Tagen pro Woche durch zwei professionelle Köche, unterstützt durch zwei Insassen, zubereitet. Im Jahr 2013 sind bezüglich der Qualität und der Quantität der Mahlzeiten keine Beschwerden eingegangen.

## 7.2.4 Räumlichkeiten

### 7.2.4.1 Das Gebäude des Zentralgefängnisses umfasst 5 verschiedene Sektoren, nämlich:

- > Untersuchungshaft Männer 43 Plätze
- > Minderjährige
- > (seit dem 1.2.2012 zwei Plätze für die U-Haft Männer) 2 Plätze
- > Geschlossener Strafvollzug Männer
- > (seit dem 1.2.2012 sechs Plätze für die U-Haft Männer) 11 Plätze
- > Strafvollzug Sektor Frauen
- > (der Sektor wird seit dem 30.11.2012 durch U-Haft Männer belegt) 5 Plätze
- > Vollzug von Zwangsmassnahmen 9 Plätze
- > Total verfügbare Plätze 70 Plätze

### 7.2.4.2 Das Gebäude der Anstalt «Les Falaises» verfügt über 2 Sektoren, nämlich:

den erleichterten Strafvollzug (Halbgefängenschaft und Arbeitsexternat) für Männer und Frauen (der Frauensektor war von Juli bis September 2013 von zwei Frauen belegt).

- > Total verfügbare Plätze: 20

---

### 7.2.4.3 Das Gefängnis Romont

Untersuchungshaft Männer

- > Total verfügbare Reserveplätze: 5

### 7.2.5 Beschäftigung der Insassen

Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, sind nicht zur Arbeit verpflichtet, sie werden aber innerhalb der Anstalt beschäftigt. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sehen hingegen vor, dass Verurteilte oder sich in Haft befindende Personen zur Arbeit angehalten werden können.

Im Zentralgefängnis konnten die Insassen im Jahr 2013 in der Küche, im Gebäudeunterhalt, in der Reinigung, im Atelier und in der Wäscherei beschäftigt werden. Die insgesamt 24 155 geleisteten Arbeitsstunden wurden mit 72 466 Franken vergütet.

### 7.2.6 Insassenbetreuung

Zwei Sozialarbeiterinnen teilen sich ein 50 % Pensum im Sozialdienst des Zentralgefängnisses. Der Sozialdienst ist an vier Morgen präsent und zwar zugunsten der Insassinnen und Insassen im Strafvollzug. Der Sozialdienst kommt des Weiteren den Insassen im Arbeitsexternat in der offenen Anstalt «Les Falaises» zu Gute. Der Sozialdienst erarbeitet zudem die Strafvollzugspläne der Personen im Arbeitsexternat sowie in der Halbgefängenschaft, die in der Anstalt «Les Falaises» eine Strafe von mindestens 6 Monaten verbüssen müssen.

Die Mitarbeitenden des Amtes für Bewährungshilfe stellen den Sozialdienst zugunsten der Personen in Untersuchungshaft in den Gefängnissen des Kantons sicher. Sie arbeiten während vier Nachmittagen pro Woche im Zentralgefängnis, wo sie die neu eingetretenen Insassen in ihren speziell eingerichteten Räumlichkeiten empfangen. Bei einer Öffnung des Gefängnisses von Romont sind die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe dort einmal wöchentlich präsent. Diese Kontakte mildern den Schock, den die Inhaftierung auslösen kann, und begünstigen die Rückkehr der Insassen ins Zivilleben. Sie vereinfachen zudem den Kontakt der Insassen zu ihren Familien und ihren Arbeitgebern.

Einige freiwillige Besucherinnen und Besucher haben sich in die Gefängnisse des Kantons begeben, um die Insassen, die keine Familie mehr haben oder keinen Kontakt mit dieser pflegen, zu unterstützen.

Das Amt für Bewährungshilfe und das Zentralgefängnis organisieren ebenfalls regelmässige Besuche der Kinder von Insassen, um die Vater-Kind-Beziehung während des Strafvollzugs möglichst aufrechtzuerhalten. Jeden Samstag können die Insassen im ordentlichen Strafvollzug von ihren Angehörigen besucht werden. Insassen die sich in Untersuchungshaft befinden, dürfen mit Erlaubnis des zuständigen Staatsanwalts ebenfalls Besuch empfangen.

Im Jahr 2013 haben der stellvertretende Amtsvorsteher oder einer der beiden Abteilungsleiter 543 neu eingetretene Insassinnen und Insassen, insbesondere Untersuchungshäftlinge, Insassen im Strafvollzug, Insassen in Halbgefängenschaft bzw. im Arbeitsexternat und solche, die aufgrund von Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht inhaftiert worden sind, innerhalb von 48 Stunden angehört.

Der Amtsvorsteher steht den Insassen auf Anfrage für eine Sprechstunde zur Verfügung.

Die medizinische Betreuung im Zentralgefängnis wird von zwei Ärzten, einer Psychiaterin, zwei Psychologinnen sowie einer Krankenschwester mit 70 %-Pensum, einem Krankenpfleger mit 50 %-Pensum und einer Aushilfskrankenschwester mit 30 %-Pensum sichergestellt. Während des Jahres 2013 haben Allgemeinpraktiker im Zentralgefängnis 570 Insassen behandelt und die Psychiaterin hat 271 Insassen empfangen. 115 Insassen wurden von der Psychologin betreut. Mehrere Insassen mussten für Abklärungen und/oder ambulante Behandlungen oder Eingriffe ins Spital überführt werden. Das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit gewährleistet die psychiatrische Versorgung im Zentralgefängnis an zwei Halbtagen pro Woche. Des Weiteren

werden die Ärzte bei der Behandlung von Alkohol- und/oder Rauschgiftsüchtigen von entsprechenden Spezialisten unterstützt.

Die moralische und seelsorgerische Betreuung der Insassen wird von zwei Priestern (katholisch und reformiert) und einem Imam sichergestellt. Zudem wird den Insassen bei Bedarf eine beschränkte materielle Hilfe zugeordnet.

## 8 Amt für Bewährungshilfe (BHA)

Vorsteher: Philippe Pillonel

### 8.1 Ordentliche Tätigkeit

Die Tätigkeiten des Amts basieren ebenfalls auf dem von der Schweizerischen Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Bewährungshilfen erarbeiteten Leitbild «Grundlagen und Hauptaufgaben der Bewährungshilfe in der Schweiz» und auf der Empfehlung CM/Rec(2010)1 über die Grundsätze der Bewährungshilfe des Europarats und der Empfehlung R (92) 16 zu den Europäischen Grundsätzen betreffend die Grundsätze der angewandten Sanktionen und Massnahmen in der Gemeinschaft.

### 8.2 Abteilung Verwaltung

Die administrative Abteilung hat 560 Dossiers der Abteilung Bewährungshilfe und 478 Dossiers der Abteilung Alternative Strafvollzugsformen geführt. Diese Abteilung garantiert die Zusammenstellung der Dossiers. Es ist ausserordentlich wichtig, dass alle relevanten Unterlagen vorhanden sind, damit eine Übersicht über die Situationen gewährleistet ist. Dabei handelt es sich um den ersten Schritt des «Aktiven Prozesses zur Risikoanalyse und zur Verminderung der Rückfallgefahr» (PAGRED).

Die vom Amt geleistete finanzielle Unterstützung verteilte sich wie folgt:

<b>Finanzielle Unterstützung</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Unterstützung von inhaftierten Personen	2 983	2 416	1 905
Unterstützung von unter Mandat stehenden Personen	33 377	31 599	13 757
Berufliche Wiedereingliederung	(1 045)	9 301	8 180
Psychotherapeutische Behandlungen	10 574	18 510	8 077
Drogen- und Alkoholtests	15 030	22 252	23 330
Wohnungen	6 490	7 865	15 453
spezielle Programme der Abteilung Alternative Strafvollzugsformen			2 132
<b>Total</b>	<b>68 454</b>	<b>91 943</b>	<b>72 834</b>

\* neue Kategorie

Der unter «Unterstützung von inhaftierten Personen» genannte Betrag beinhaltet den Kauf von Büchern, Wörterbüchern, Schreibartikeln und Briefmarken. Der Betrag für unter Mandat stehende Personen (Personen, die im alternativen Strafvollzug begleitet werden) setzt sich zusammen aus Lebensmittelgutscheinen, Transportbons und Beteiligungen an Gesundheitskosten. Dieser Betrag ist um 60 % tiefer als 2012. Dieser Unterschied beruht auf verschiedenen Faktoren, speziell auf der gezielteren Unterstützung von Personen, die von der Abteilung Bewährungshilfe begleitet werden. Erwähnenswert ist auch die Verminderung der Kosten für die psychotherapeutischen Behandlungen, die auf die neue Zusammenarbeit mit dem Zentrum für forensische Psychiatrie zurückzuführen ist. Dadurch werden weniger externe Psychiater beansprucht.

Die Kosten für Drogen- und Alkoholtests stiegen in den letzten Jahren konstant auf heute 23 330 Franken an. Die Wohnungen, die vom Amt gemietet und an aus dem Freiheitsentzug entlassene Personen untervermietet werden,

waren zu 82 % belegt. Zu erwähnen ist, dass das Amt erstmals mit massiven Schwierigkeiten mit einem der Untermieter konfrontiert war. Die Einsatzgruppe der Polizei musste aufgeboten werden und die Situation endete mit der Ausweisung durch den Präsidenten des Mietgerichts für den Sensebezirk. Das Möbellager in Belfaux entspricht weiterhin einem grossen Bedürfnis. Zurzeit haben 21 inhaftierte Personen ihre Habseligkeiten dort deponiert.

36 Personen, die sich im Strafvollzug im Zentralgefängnis und in den Anstalten von Bellechasse befinden, konnten von 95 Besuchen durch die Gefängnisbesucherinnen und -besucher profitieren.

### 8.3 Abteilung Bewährungshilfe

Die Abteilungsleiterin und gleichzeitig Adjunktin des Dienstchefs ging altershalber in Pension, weshalb Mitte Jahr ein neuer Abteilungschef ernannt wurde. In dieser Abteilung, wie generell im gesamten Amt, besteht die grösste Herausforderung in der Einschätzung der Klientensituation. Um möglichst genau auf diese Herausforderung einzugehen, hat das Amt die Anwendung des «Aktiven Prozesses zur Risikoanalyse und zur Verminderung der Rückfallgefahr» (PAGRED) konsolidiert. Parallel dazu nahmen die Bewährungshelferinnen und -helfer an Weiterbildungen zum Thema Risikoanalyse teil. Aufgrund des PAGRED-Prozesses, der bis heute auf 56 % der Dossiers angewendet wurde, lässt sich sagen, dass ca. 25 % der Fälle im alternativen Strafvollzug eine erhöhte Wachsamkeit erfordern.

<b>Mandate Abteilung Bewährungshilfe per 31.12.13</b>	<b>Auftraggeber</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Bewährungshilfe und/oder Weisungen und/oder ambulante Behandlung (Art. 63 StGB)	Amt für Straf- und	37	44	44
Bewährungshilfe und/oder Weisungen bei bedingter Entlassung (Art. 87.2 StGB)	Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG)	35	34	33
Arbeitsexternat – Wohn- und Arbeitsexternat (Art. 77a StGB)	2013: 83 Mandate / 42 %	9	8	6
Bewährungshilfe und/oder Weisungen im Rahmen einer bedingten Verurteilung oder einer teilbedingten Verurteilung (Art. 44.2 StGB)	Zwangsmassnahmengericht, Straf- und Bezirksgerichte, Staatsanwaltschaft	91	94	90
Ersatzmassnahmen bei Haftentlassung (Art. 237 StPO)	2013: 115 Mandate / 58 %	17	21	25
<b>Total</b>		<b>189</b>	<b>201</b>	<b>198</b>

Eine weitere Herausforderung in dieser Abteilung ist der Personalmangel. Der Personalbestand ist seit 13 Jahren nicht mehr aufgestockt worden, obwohl die Situationen der Klientinnen und Klienten viel komplexer geworden sind und die Arbeit am Delikt sowie die Risikoanalyse eine verstärkte Begleitung der Klientinnen und Klienten verlangen. Mit 200 Mandaten auf 2,6 Stellenprozente, d. h. 76 Mandaten zur Betreuung von Personen im alternativen Strafvollzug pro Bewährungshelferin und -helfer bzw. pro Vollzeitäquivalent (VZÄ) kann eine optimale Begleitung nicht mehr garantiert werden und dieser Umstand ist im heutigen Kontext sehr bedenklich.

<b>Untersuchungshaft vom 1.1. bis 31.12.2013</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Anzahl Personen	189	196	156	269	258
Anzahl Gespräche	984	919	883	1085	1210

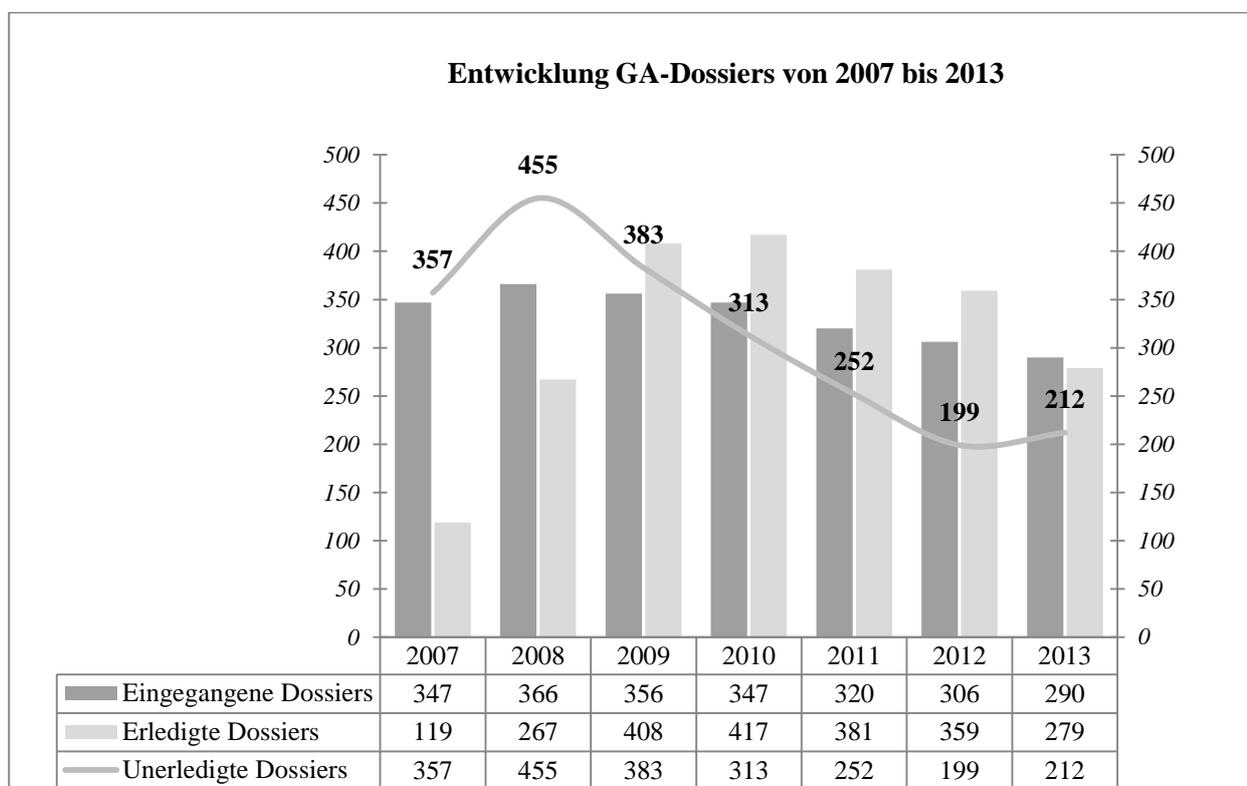
Das Amt hat die Präsenz in den Untersuchungsgefängnissen des Kantons verstärkt. Seit September 2012 sind wir an 4 Nachmittagen pro Woche anwesend. Dadurch konnten wir den vermehrten Anfragen entsprechen, die auf die zunehmende Zahl der Untersuchungshäftlinge zurückzuführen ist.

## 8.4 Abteilung Alternative Strafvollzugsformen

Die Abteilung Alternative Strafvollzugsformen hat den Auftrag, Strafen in Form von gemeinnütziger Arbeit (GA) umzusetzen und zu begleiten. Seit 1. Januar 2007 ist die GA eine eigenständige Strafe. Der Richter kann mit Einverständnis der verurteilten Person eine GA von höchstens 720 Stunden anordnen. Eine GA von 4 Stunden entspricht dabei einem Tag Freiheitsentzug. Die GA wird zugunsten von begünstigten Personen, Spitalnetzen, Forstbetrieben, sozialen Institutionen, öffentlichen Verwaltungen usw. geleistet.

Da der seit 2005 amtierende Verantwortliche dieser Abteilung zum Adjunkt des Amts und gleichzeitig zum Verantwortlichen der Abteilung Bewährungshilfe ernannt wurde, war diese Stelle mehrere Monate unbesetzt, bevor ein neuer Verantwortlicher gewählt wurde.

In dieser Abteilung bleibt die Arbeitsbelastung sehr hoch. Der Kanton Freiburg steht gemäss der Statistik des BFS aus dem Jahr 2012 denn auch an vierter Stelle aller Schweizer Kantone (nach ZH, BE und BS), was die Ausführung von gemeinnütziger Arbeit betrifft.



Seit 2011 nimmt die Zahl der zu gemeinnütziger Arbeit Verurteilten und der entsprechenden Dossiers ab. Dieser Rückgang ist jedoch im Kanton Freiburg weniger deutlich als in den meisten anderen Kantonen.

### Erledigte Dossiers

	2009	2010	2011	2012	2013
Dossiers	408	417	381	359	279
Zu leistende Stunden	49 432	49 490	55 071	51 162	43 457
<b>Ausgeführte Stunden</b>	<b>27 000</b>	<b>26 301</b>	<b>30 636</b>	<b>31 322</b>	<b>25 644</b>

Im Jahr 2013 wurden von 43 457 angeordneten GA-Stunden 25 644 Stunden geleistet, was aufs ganze Jahr und auf alle Begünstigten verteilt 6 411 Tagessätzen oder 12,4 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) entspricht. Im Jahr 2013 haben 79 Begünstigte in ihrer Organisation Personen empfangen, die gemeinnützige Arbeit zu leisten hatten.

### Verteilung der geschlossenen Dossiers nach Status

	2009	2010	2011	2012	2013	%
<b>Bearbeitete Dossiers</b>	<b>286</b>	<b>285</b>	<b>293</b>	<b>283</b>	<b>234</b>	<b>100 %</b>
Vollständig bearbeitet	244	239	235	236	193	82 %
Teilweise bearbeitet	31	31	39	32	27	12 %
Umgewandelt	11	15	19	15	14	6 %
<b>Nicht bearbeitete Dossiers</b>	<b>122</b>	<b>132</b>	<b>88</b>	<b>76</b>	<b>45</b>	<b>100 %</b>
Nicht bearbeitbare Dossiers	62	59	42	28	15	33 %
Ohne Antwort auf Vorladungen	60	73	46	48	30	67 %
<b>Total</b>	<b>408</b>	<b>417</b>	<b>381</b>	<b>359</b>	<b>279</b>	

82 % der Dossiers zu gemeinnütziger Arbeit wurden vollständig bearbeitet. In 27 Fällen des Programms (12 %) wurde die GA während der Ausführung abgebrochen, hauptsächlich aufgrund von Beziehungsschwierigkeiten zwischen der verurteilten Person und der begünstigten Institution. 14 Personen haben die GA nicht angetreten, weil sie die Umwandlung in eine Geldstrafe oder eine Gefängnisstrafe beantragt hatten. In die Rubrik «nicht bearbeitbare Dossiers» fallen 15 Urteile, die nicht vollstreckt werden konnten, weil die Adresse der verurteilten Person fehlte oder weil die Person hospitalisiert oder nicht auffindbar war. 30 Personen antworteten nicht auf die Vorladungen, entweder weil sie in einen anderen Kanton umgezogen waren oder weil sie es nicht für nötig hielten.

Die 2012 vereinbarte Zusammenarbeit mit zwei Institutionen, die schwierige Personen mit besonderem Betreuungsbedarf aufnehmen und beschäftigen, erlaubte 57 Personen 2 680 GA-Stunden zu leisten, was 670 Tagessätzen entspricht.

## 8.5 Besondere Vorkommnisse

### 8.5.1 Weiterbildung der Bewährungshelferinnen und –helfer zur Risikoanalyse

Die Erkennung, Beurteilung und Begleitung von Risikoklienten stellt heute einen untrennbaren Teil der Aktivitäten der Bewährungshilfen und der sozialen Arbeit in der Justiz dar. Diese neuen Tätigkeiten zielen darauf ab, die im Strafgesetzbuch definierten Hauptaufgaben der Rückfallprävention und der sozialen Integration zu erfüllen. Dazu ist es unerlässlich, dass die Bewährungshelferinnen und –helfer mit verschiedenen Methoden und Arbeitsinstrumenten der Risikoanalyse vertraut sind und diese beherrschen. Die westschweizerische Kommission der Bewährungshilfen hat festgestellt, dass in der Westschweiz keine entsprechenden Ausbildungen existieren. Aus diesem Grund hat sie Professor Th. H. Pham, eine international anerkannte Kapazität auf dem Gebiet der Risikoanalyse, beauftragt, eine Weiterbildung zum Thema «Evaluation und Umgang mit Gewaltisiko» für ihre Mitarbeitenden zu geben. 5 Bewährungshelferinnen und –helfer aus dem Kanton Freiburg nahmen daran teil. Die Weiterbildung wird 2014 wiederholt.

### 8.5.2 Präsentation von PAGRED

Das Amt für Bewährungshilfe hatte 2013 mehrfach Gelegenheit, ihren «Aktiven Prozesses zur Risikoanalyse und zur Verminderung der Rückfallgefahr» (PAGRED) sowohl in der Schweiz als auch im Ausland einem akademischen Publikum und Fachpersonen aus der Praxis vorzustellen. Die erste Präsentation fand am 14. Juni 2013 an der Universität Picardie Jules Verne in Amiens statt, anlässlich der 1. Studientage der Bewährungshilfe Frankreichs zum Thema «Die Bewährungshilfe in Frankreich – offener Strafvollzug zwischen Wandlung und Beständigkeit». Eine zweite Präsentation fand am 15. Oktober 2013 am Nationalen Institut für Kriminologie und Kriminalistik in Brüssel (Belgien) vor Forschern des Departements Kriminalistik und einigen Mitarbeitenden der Justizbehörden statt. PAGRED wurde am 29. Oktober auch einer slowakischen Delegation vorgestellt, die im Rahmen eines von der europäischen Konferenz der Bewährungshilfe organisierten Besuchs die Arbeitsmethoden der Schweizer Bewährungshilfen kennenlernen wollte. Die letzte Präsentation erfolgte am 5. und 6. Dezember in

---

Freiburg im Rahmen des 8. Fachseminars der Bewährungshilfe und sozialen Arbeit zum Thema «Risikomanagement: Bewährungsprobe für die Profis?!», das von ca. 200 Personen besucht wurde. Gleichzeitig diente PAGRED mehreren Westschweizer Kantonen als Inspiration. Die verschiedenen Präsentationen des Freiburger Modells zu Risikoanalyse und -management in der Bewährungshilfe erlaubten einen lehrreichen Gedankenaustausch und das Knüpfen zahlreicher Kontakte über die Grenzen hinweg.

### 8.5.3 Sensibilisierungskurse für Studierende

Zum vierten Mal in Folge hat das Amt junge Erwachsene im Kollegium St. Michel besucht. Auch jugendliche Erwachsene werden häufig zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Das Amt hatte festgestellt, dass die Jugendlichen oftmals die Konsequenzen ihrer Taten nicht kennen und sich der Schwere ihrer Delikte nicht bewusst sind. Deshalb hat das Amt 2010 mit der Direktion des Kollegiums St. Michel Kontakt aufgenommen und ihr das Projekt zur Information der jungen Erwachsenen vorgeschlagen. Die Direktion reagierte sehr wohlwollend und erlaubte die Durchführung des Projekts, das sie auch weiterhin unterstützt.

### 8.5.4 2. Begegnung der Begünstigten von gemeinnütziger Arbeit

Die 2. Begegnung der Begünstigten fand am 16. September 2013 im Foyer de Bouleyres in Bulle statt. Für das Amt sind die Begünstigten gemäss der Verordnung über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit private Organisationen mit sozialem oder gemeinnützigem Zweck oder Verwaltungseinheiten, welche Personen aufnehmen, die gemeinnützige Arbeit leisten müssen. Das Netzwerk der Begünstigten wird im Kanton Freiburg von mehr als 150 Institutionen gebildet. Die erste Begegnung fand 2010 statt und zeigte das Bedürfnis nach weiteren Begegnungen. Diese ermöglichen die Festlegung gemeinsamer Rahmenbedingungen für die Umsetzung dieser Strafvollzugsform und bieten den Verantwortlichen dieser Institutionen gleichzeitig die Gelegenheit, sich über bewährte Methoden in diesem Bereich auszutauschen.

## 9 Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)

Direktor: Marc Rossier

---

Das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS) ist seit 1997 eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons (juristische Person des öffentlichen Rechts) mit Hauptsitz in Freiburg und zwei Zweigstellen in Bulle und Domdidier. Das ASS zählt 86,3 Vollzeiteinheiten und erwirtschaftet einen Jahresumsatz von über 19 Millionen Franken.

Das ASS ist verantwortlich für die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr. Es sind mehr als 220 000 Fahrer und an die 240 000 Fahrzeuge im Kanton. Auch die Schifffahrt (Zulassung der Schiffsführer und der Schiffe) gehört zu seinem Tätigkeitsgebiet. Zudem erhebt das ASS die Fahrzeug- und Schiffsteuer (mehr als 91 Millionen Franken) im Auftrag des Kantons Freiburg. Das ASS ahndet Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz; die Massnahmen werden durch die Kommission für Administrativmassnahmen ausgesprochen.

Die Tätigkeit des ASS bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes. Dieser Bericht kann beim ASS, Postfach 192, 1707 Freiburg, bezogen oder unter [www.ocn.ch](http://www.ocn.ch) heruntergeladen werden.

## 10 Kantonale Gebäudeversicherung (KGV)

Direktor: Jean-Claude Cornu

Die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) hat als autonome öffentliche Einrichtung (juristische Person des öffentlichen Rechts) den Auftrag, sämtliche Gebäude zu versichern, die auf Kantonsgebiet liegen, sowie Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Bränden und Elementarereignissen zu fördern.

Sie versichert gemäss dem Grundsatz der Solidarität mehr als 115 000 Gebäude für einen Versicherungswert in der Höhe von ca. 80 Milliarden Franken.

Die Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung erfordern jährliche Investitionen von ungefähr 15 Millionen Franken; das heisst, über einen Drittel der eingezogenen Prämien. Im Jahr 2013 musste die KGV Schadenfälle für einen Gesamtbetrag von 15,4 Millionen Franken entschädigen.

Die verschiedenen Tätigkeiten der KGV sind Gegenstand eines gesonderten Berichts. Dieser Jahresbericht kann bei der KGV, Maison-de-Montenach 1, Postfach 486, 1701 Freiburg bezogen oder unter [www.ecab.ch](http://www.ecab.ch) heruntergeladen werden.

## 11 Anstalten von Bellechasse (AB)

Direktor: Franz Walter

Die Anstalten von Bellechasse (AB) sind beauftragt, Freiheitsstrafen und Massnahmen in Anwendung des Strafgesetzbuches zu vollziehen. Im Rahmen des Konkordats über den Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen nehmen die AB Insassen auf für den Vollzug von Urteilen, in offenem oder halboffenem Regime, die von den Justizbehörden der Westschweiz und des Tessins ausgesprochen wurden. Sie beherbergen im Heim Tannenhof auch Personen im fürsorgerischen Freiheitsentzug. Insgesamt verfügen die AB über eine Kapazität von 202 Plätzen.

Die Tätigkeiten der AB sind Gegenstand eines gesonderten Berichts, der bei den Anstalten von Bellechasse, Postfach 1, 1786 Sugiez bestellt werden kann.

## 12 Personalbestand

Behörden – Direktionen / Finanzstellen	Rechnung 2014 VZÄ	Rechnung 2013 VZÄ	Differenz VZÄ
<b>Sicherheits- und Justizdirektion</b>	<b>890.27</b>	<b>868.75</b>	<b>21.52</b>
Zentralverwaltung	758.19	738.79	19.40
3300 / JPMS Generalsekretariat	8.32	9.57	-1.25
3302 / SFPP Amt für die Aufsicht über die Stiftungen	1.56	1.8	-0.24
3305 / JUST Amt für Justiz	5.69	5.09	0.60
3330 / POCO Amt für Gewerbepolizei	3.50	3.50	
3335 / PETR Amt für Bevölkerung und Migration	39.75	39.75	
3345 / POLI Kantonspolizei	627.66	608.86	18.80
3355 / SPEN Amt für Straf- und Massnahmenvollzug	34.58	33.55	1.03

<b>Behörden – Direktionen / Finanzstellen</b>	<b>Rechnung 2014 VZÄ</b>	<b>Rechnung 2013 VZÄ</b>	<b>Differenz VZÄ</b>
und Gefängnisse			
3370 / PATR Amt für Bewährungshilfe	6.98	7.35	-0.37
3375 / MILI Amt für Bevölkerungsschutz und Militär	16.80	16.38	0.42
3385 / PROT Zivilschutz	13.35	12.94	0.41
<b>Besondere Sektoren, sonstige Anstalten</b>	<b>132.08</b>	<b>129.96</b>	<b>2.12</b>
3365 / EBEL Anstalten von Bellechasse	130.08	127.96	2.12
3382 / LACN Lager Schwarzsee	2.00	2.00	0.41
<b>Gerichtsbehörden</b>	<b>290.05</b>	<b>285.37</b>	<b>4.68</b>
Zentralverwaltung	290.05	285.37	4.68
2100 / TCAN Kantonsgericht	41.33	38.06	3.27
2105 / TARR Bezirksgerichte	76.92	77.22	-0.30
2111 / MINP Staatsanwaltschaft	55.14	52.52	2.62
2112 / TMCO Zwangsmassnahmengericht	2.00	2.00	
2115 / CPMI Jugendgericht	10.36	10.30	0.06
2120 / JUPA Friedensgerichte	34.79	33.83	0.96
2125 / OPOU Betreibungsämter	56.55	58.04	-1.49
2130 / OFAI Kantonales Konkursamt	11.66	12.03	-0.37
2900 / CMAG Justizrat	1.30	1.37	-0.07

# Tätigkeitsbericht

Direktion der Institutionen  
und der Land- und  
Forstwirtschaft

—

2013



**Direction des Institutions, de l'agriculture et des forêts**  
DIAF  
**Direktion der Institutionen und der Land- und**  
**Forstwirtschaft ILFD**

---

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Direktion und Generalsekretariat.....</b>	<b>3</b>		
1.1	Tätigkeit des Generalsekretariats .....	3		
1.2	Gesetzgebung.....	7		
1.3	Dem Generalsekretariat zugewiesene Einheiten .....	7		
1.4	Aussenbeziehungen.....	9		
<b>2</b>	<b>Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA) .....</b>	<b>10</b>		
2.1	Bereich Zivilstandswesen.....	10		
2.2	Bereich Einbürgerungen.....	11		
<b>3</b>	<b>Amt für Gemeinden (Gema) .....</b>	<b>13</b>		
3.1	Tätigkeit.....	13		
3.2	Kommissionen und Arbeitsgruppen.....	15		
<b>4</b>	<b>Amt für Landwirtschaft (LwA) .....</b>	<b>16</b>		
4.2	Tätigkeiten der Kommissionen .....	23		
4.3	Schweizerischer Hilfsfonds für nicht versicherbare Elementarschäden .....	24		
4.4	Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche.....	24		
4.5	Landwirtschaftliche Pacht .....	24		
4.6	Viehhandelspatente.....	24		
4.7	Besondere Ereignisse .....	24		
<b>5</b>	<b>Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen .....</b>	<b>24</b>		
5.1	Einleitung .....	24		
5.2	Tätigkeit .....	25		
<b>6</b>	<b>Amt für Wald, Wild und Fischerei.....</b>	<b>40</b>		
6.1	Wald .....	40		
6.2	Jagd, Wild und Fischerei.....	47		
<b>7</b>	<b>Oberämter.....</b>	<b>50</b>		
7.1	Oberamt männerkonferenz .....	50		
7.2	Oberamt des Saanebezirks .....	50		
7.3	Oberamt des Sensebezirks .....	53		
7.4	Oberamt des Greyerzbezirks .....	56		
7.5	Oberamt des Seebezirks .....	58		
7.6	Oberamt des Glanebezirks .....	60		
7.7	Oberamt des Broyebezirks.....	66		
7.8	Oberamt des Vivisbachbezirks .....	69		
7.9	Gerichtliche und administrative Tätigkeiten (Statistik).....	71		
<b>8</b>	<b>Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg.....</b>	<b>72</b>		
8.1	Tätigkeit und besondere Ereignisse..	72		
8.2	Berufsbildungen .....	72		
8.3	Milchwirtschaft.....	73		
8.4	Dienstleistungen .....	74		
8.5	Betriebe.....	74		
<b>9</b>	<b>Nutztierversicherungsanstalt (Sanima) .....</b>	<b>76</b>		
<b>10</b>	<b>Personalbestand.....</b>	<b>76</b>		

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat

Staatsrätin, Direktorin: **Marie Garnier**

Generalsekretäre: **Peter Maeder, Samuel Russier**

---

## 1.1 Tätigkeit des Generalsekretariats

Im Rahmen der Gesetzgebung, mit deren Umsetzung sie beauftragt ist, hat die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) die Entscheide in ihrem Zuständigkeitsbereich gefällt, insbesondere in den Bereichen Zivilstandswesen, Aufsicht über die Gemeinden, Förderung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Produkte, Tätigkeiten zur Erhaltung der Waldfläche, zur Förderung von Holz und Holzbau, zur Aufsicht über Fauna und Flora sowie im Bereich der Lebensmittelsicherheit und des Veterinärwesens.

Das Generalsekretariat hat seinerseits gemäss Artikel 50 des Gesetzes über die Organisation des Staatsrates in seiner Funktion als Stabstelle Unterstützungsaufgaben bei der Leitung und der Geschäftsführung der Direktion wahrgenommen, vor allem indem es an der Entscheidungsfindung und der Umsetzung verschiedener Projekte mitwirkte. Es untersuchte und prüfte für die Staatsrätin, Direktorin zahlreiche Geschäfte, die dem Staatsrat unterbreitet wurden, vor allem Geschäfte aus Zuständigkeitsbereichen anderer Direktionen.

### 1.1.1 Umsetzung der Kantonsverfassung

Zur Erinnerung, im Tätigkeitsbericht des Staatsrats für das Jahr 2011 war festgehalten, dass die 2004 vom Staatsrat geschaffene Projektorganisation 2011 aufgelöst worden ist und die zuständigen Direktionen nun direkt gegenüber dem Staatsrat für die noch zu realisierenden Projekte verantwortlich sind. Für die ILFD betrifft dies die Schaffung einer Ombudsstelle für Verwaltungsangelegenheiten und die Festlegung der Wahlkreise.

Was die **Ombudsstelle für Verwaltungsangelegenheiten** betrifft, so hat die ILFD zur Umsetzung der Herausforderung 7, Baustelle 4 des Regierungsprogramms beigetragen: «Entwicklung und Anwendung des Konzepts einer Ombudsstelle in der Verwaltung».

Betreffend die **Festlegung der Wahlkreise** hat die ILFD zur Umsetzung der Herausforderung 6, Baustelle 7 des Regierungsprogramms beigetragen: «Verbesserung der Funktionsweise der territorialen Strukturen».

### 1.1.2 Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat

Die Delegation des Staatsrats, der die Direktorin der EKSD, der Direktor der SJD und die Direktorin der ILFD (Präsidium) angehören, hatten sich gewünscht, die neuen Religionsgemeinschaften im Verlaufe des Herbstes zu treffen. Doch angesichts des Rücktritts von Staatsrätin Isabelle Chassot war dies nicht vor der Vereidigung und dem Amtsantritt ihres Nachfolgers möglich. Die mit den Vertretern der muslimischen und orthodoxen Gemeinschaften vorgesehenen Treffen werden im Februar 2014 stattfinden.

Die ILFD führt im Übrigen das Sekretariat der kantonalen Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge. 2013 ist die kantonale Kommission zweimal zusammengetreten. Die Phase der Umsetzung von neuen Seelsorge-Einrichtungen (Rahmenvereinbarungen und Leistungsvereinbarungen) für Anstalten, die direkt dem Staat unterstellt sind, geht mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung am Interkantonalen Spital der Broye dem Ende zu.

2014 wird eine eingehende Bilanz der Tätigkeit der Anstaltsseelsorge von den Mitgliedern der katholischen und reformierten Kirche in Zusammenarbeit mit den in den verschiedenen Sektoren der Anstaltsseelsorge tätigen Personen ausgearbeitet werden. Die Rahmenvereinbarung über die Ausübung der römisch-katholischen und der evangelisch-reformierten Seelsorge in den staatlichen Anstalten ist am 1. Januar 2006 in Kraft getreten und wurde über eine anfängliche Dauer von zehn Jahren abgeschlossen. Sie wird stillschweigend für fünf Jahre verlängert, wenn sie nicht ein Jahr vor Ablauf gekündigt wird. Daher muss diese Auswertung vor Ende 2014 abgeschlossen sein. So können sich die Parteien der Rahmenvereinbarung auf diese Bilanz stützen, um über eine allfällige Kündigung der Vereinbarung zu entscheiden.

---

### 1.1.3 Territoriale Strukturen und Wahlkreise

Was die **Förderung der Gemeindezusammenschlüsse** und die **Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden** betrifft, so hat die ILFD zur Umsetzung der Herausforderung 6, Baustelle 6 des Regierungsprogramms beigetragen: «Stärkung der Stellung der Gemeinden als erste Ebene der kantonalen Einrichtungen».

Parallel zum laufenden Prozess der Gemeindezusammenschlüsse hat die ILFD eine Arbeitsgruppe zusammengestellt, die den Auftrag hat, die spezifische Frage zu prüfen zur Verbindung der Agglomeration Freiburg und der Fusionsprojekte, die gleichzeitig Mitglied- und Nichtmitgliedgemeinden der Agglomeration betreffen. Diese Arbeitsgruppe, der Vertreter des Staates, des Oberamts Saane, der Agglomeration und der betroffenen Gemeinden angehören, prüft namentlich mögliche Anpassungen der Finanzierung der Agglomeration Freiburg, um die Ausdehnung des Agglomerationsperimeters im Rahmen von Gemeindefusionen zu fördern.

### 1.1.4 Zivilstandswesen und Einbürgerungen

Im Rahmen der Umsetzung der Herausforderung 6, Baustelle 7 des Regierungsprogramms «Verbesserung der Funktionsweise der territorialen Strukturen» haben die ILFD und das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen mit den Arbeiten zur Neuorganisation der Zivilstandskreise begonnen.

Das Jahr 2013 war im Übrigen vom Umzug des Zivilstandsamts Saane an die Rue de l'Abbé-Bovet in Freiburg geprägt und dem neu für Ziviltrauungen zur Verfügung gestellten oberen Saal im Gutenbergmuseum, in Zusammenarbeit mit dem Museum.

### 1.1.5 Gemeinden

Nebst den Arbeiten für die Erfüllung der Herausforderung 6 des Regierungsprogramms, namentlich im Bereich der Gemeindezusammenschlüsse und der Aufgabenentflechtung, hat die ILFD mit der Auswertung des interkommunalen Finanzausgleichssystems begonnen, das seit dem 1. Januar 2011 in Kraft ist. Die erste Auswertung ist im Laufe des Jahres 2014 vorgesehen. Ende 2013 wurden erste Kontakte, namentlich mit dem Freiburger Gemeindeverband, aufgenommen, um die Gruppe zu bilden, die für dieses Dossier zuständig ist.

### 1.1.6 Landwirtschaft

**Agrarpolitik 2014-2017:** Nachdem National- und Ständerat in der Frühjahrsession die Anpassungen im Landwirtschaftsgesetz genehmigt hatten, folgte die Vernehmlassung des Verordnungspaketes. Der Kanton Freiburg hat sich in seiner Stellungnahme für eine möglichst einfache Umsetzung eingesetzt, was nur teilweise gelungen ist. Ende Oktober hat der Bundesrat die definitiven Verordnungen publiziert und per 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Die verschiedenen Ämter und dabei insbesondere das Amt für Landwirtschaft waren gefordert, die Anwendung der neuen Agrarpolitik auf der Basis der provisorischen Verordnungstexte vorzubereiten, damit deren Umsetzung überhaupt per 1. Januar 2014 möglich wurde. Dies galt unter anderem auch für das neue Kollektivprogramm für Landschaftsqualitätsbeiträge. Eine Arbeitsgruppe der Direktion hat kantonale Richtlinien erarbeitet und parallel dazu zwei Projekte begleitet, eines in der Region Intyamou - La Jogne (Naturpark Gruyère Pays d'Enhaut) sowie ein interkantonales Projekt in der Broye.

**Agroscope Liebefeld Posieux ALP:** Der Grosse Rat genehmigte im März einen Studienkredit von 4,2 Millionen Franken für den Bau eines oder mehrerer Gebäude zur Verlegung von ALP vom Standort Bern-Liebefeld an den Standort Posieux. Daraufhin wurde in enger Zusammenarbeit zwischen dem Kantonalen Hochbauamt und dem Bundesamt für Bauten und Logistik ein Architekturwettbewerb gestartet. 31 Projekte haben am Wettbewerb teilgenommen. Die Projektauswahl erfolgt im Februar 2014. Für das gesamte Gelände ALP und LIG wurde zudem im Vorfeld des Wettbewerbs ein Masterplan mit einer Mobilitätsvorstudie erstellt und bearbeitet.

**Hofdüngerweisungen:** Zusammen mit der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hat die Direktion beschlossen, die 2011 in Kraft gesetzten Hofdüngerweisungen aufzuheben. Dies nicht zuletzt weil das Bundesamt für Umwelt und das Bundesamt für Landwirtschaft im Dezember 2012 ein Modul der Vollzugshilfe für den Umweltschutz in der Landwirtschaft veröffentlicht hatten. Ziel dieses Dokuments ist ein schweizweit koordinierter und einheitlicher Vollzug des Bundesrechts. Es deckt genau den Inhalt der Weisungen vom 12. Dezember 2011 ab

---

und relativiert deren Bedeutung. Die involvierten Ämter der beiden Direktionen setzten aber ihre enge Zusammenarbeit in den Bereichen Information, Beratung und Vollzug fort.

**Aktionsplan Biolandwirtschaft:** In enger Zusammenarbeit mit Bio Freiburg wurde ein Aktionsplan Biolandwirtschaft erarbeitet. Weitere Partner (Bio Suisse, Forschungsinstitut für biologische Landwirtschaft, Freiburger Bauernverband, AGRIDEA, Prokana) waren ebenfalls beteiligt. Bis 2020 soll die Anzahl der Biobetriebe im Kanton Freiburg von heute 140 auf über 200 ansteigen. Für die Umsetzung des Aktionsplans hat das Landwirtschaftliche Institut Grangeneuve die Federführung.

#### 1.1.7 Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

**Lebensmittelgesetz:** In der Frühlingssession behandelten die eidgenössischen Räte die Revision des Lebensmittelgesetzes. Die Kommission für Gesundheit und soziale Sicherheit des Nationalrates beantragte, die Kosten für die Fleischkontrollen vollumfänglich den Kantonen zu übertragen, was für den Kanton Freiburg eine Mehrbelastung von rund 3 Millionen Franken zur Folge gehabt hätte. Die Direktion setzte sich für die heutige Praxis (die Kostenübernahme grösstenteils weiterhin den Schlachtbetrieben zu belasten) ein, und hatte Erfolg.

**Tuberkulose:** Die Entdeckung epidemischer Herde von Rindertuberkulose im Kanton Freiburg im März hat das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und insbesondere den Sektor Tiergesundheit über mehrere Monate stark gefordert. In der Schweiz wurde letztmals 1959 ein Fall von Rindertuberkulose diagnostiziert. Rund 4500 Tiere wurden untersucht. In enger Zusammenarbeit mit der kantonalen Nutztierversicherungsanstalt SANIMA konnte die Krise bewältigt werden. 2014 ist eine umfassende Nachkontrolle aller 2013 getesteten Tiere geplant.

#### 1.1.8 Wald und Wild

**Waldrichtplanung:** Die Erarbeitung eines kantonalen Waldrichtplanes soll in einem partizipativen Prozess realisiert werden. Eine Steuerungsgruppe des Amts für Wald, Wild und Fischerei (WaldA) hat den Prozess zusammen mit externen Planungsbüros definiert. Die Umsetzung erfolgt im Wesentlichen 2014.

**Wildruhezonen:** Im Gebiet La Berra wurde eine Wildruhezone eingerichtet. Einerseits war die Schaffung einer solchen Zone Teil der Kompensationsmassnahmen für die Erteilung der Konzession für den Betrieb der neuen Bergbahn „Kombibahn La Berra“, andererseits ist diese Zone auch ein Pilotprojekt für den Kanton.

**Reorganisation Amt für Wald, Wild und Fischerei:** Mit der Zusammenführung der Sektoren Jagd und Fischerei zu einem Sektor Fauna, Biodiversität, Jagd und Fischerei wurde die erste Etappe der Reorganisation abgeschlossen. Der neue Sektorchef ist damit direkter Vorgesetzter aller Wildhüter.

#### 1.1.9 Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)

Der Leistungskatalog der verschiedenen Verwaltungseinheiten wurde gemäss den entsprechenden Anweisungen aktualisiert.

#### 1.1.10 Deponie La Pila

Die Arbeiten im Rahmen der Sanierung der ehemaligen Deponie La Pila (Hauterive FR) wurden gleichzeitig auf mehreren Ebenen fortgeführt:

In Zusammenhang mit dem Sanierungsprojekt gemäss der Verordnung über die Sanierung von belasteten Standorten (AltIV), das im Dezember 2010 vom Konsortium für die Sanierung der Deponie La Pila beim Amt für Umwelt (AfU) eingereicht wurde, konnten die Bauherren im Frühling 2013 zu den Ergebnissen des Gutachtens Stellung nehmen, das im Auftrag der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion von einem im Bereich der Erdwissenschaften spezialisierten öffentlichen französischen Institut erstellt wurde, und im Besonderen zu den 30 darin enthaltenen Empfehlungen. Auf dieser Grundlage hat das AfU einen Aktionsplan für die kommenden Jahre erstellt. Dieser Aktionsplan sollte klarstellen, ob allfällige zusätzliche Abklärungen und Untersuchungen nötig sind, oder sogar neue Lösungswege im Hinblick auf die Sanierung des Standorts vorschlagen.

Vor Ort konnten die im Juli 2011 begonnenen vorbereitenden Massnahmen für die Sanierung 2013 quasi abgeschlossen werden. Die Arbeiten beinhalteten namentlich Erdarbeiten am Ufer und die Reinigung des Saanebetts in unmittelbarer Nähe zur Deponie zwischen einer 2013 errichteten Spundwand und dem Wasserlauf. Diese Arbeiten

wurden in enger Zusammenarbeit mit Groupe E durchgeführt und erfolgten teilweise unter dem Schutz eines flexiblen Vorhangs, um eine erneute Mobilisierung der verschmutzten Sedimente zu verhindern. 2014 müssen noch rund 1750 m<sup>3</sup> Aushubmaterial abgeführt werden.

Parallel zu diesen beiden Hauptelementen wurden die Überwachung und die Monitoringmassnahmen der Deponie und der Saane (einschliesslich der Fische) gemäss den genehmigten Programmen (Mehrjahresprogramm) weitergeführt.

### 1.1.11 Politische Rechte

Auf Antrag der ILFD erliess der Staatsrat im Hinblick auf die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg für die für 2013 vorgesehenen Urnengänge die folgenden Beschlüsse.

#### Eidgenössische Abstimmungen

- > Beschluss vom 18. Dezember 2012 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 3. März 2013, über folgende Vorlagen:
  - > Bundesbeschluss vom 15. Juni 2012 über die Familienpolitik;
  - > Volksinitiative vom 26. Februar 2008 «gegen die Abzockerei»;
  - > Änderung vom 15. Juni 2012 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG).
- > Beschluss vom 18. März 2013 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 9. Juni 2013, über folgende Vorlagen:
  - > Volksinitiative vom 7. Juli 2011 «Volkswahl des Bundesrates»;
  - > Änderung vom 28. September 2012 des Asylgesetzes (AsylG).
- > Beschluss vom 25. Juni 2013 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 22. September 2013, über folgende Vorlagen:
  - > Volksinitiative vom 5. Januar 2012 «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»;
  - > Bundesgesetz vom 28. September 2012 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG);
  - > Änderung vom 14. Dezember 2012 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG) – Öffnungszeiten von Tankstellenshops.
- > Beschluss vom 1. Oktober 2013 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 24. November 2013, über folgende Vorlagen:
  - > Volksinitiative vom 21. März 2011 «1:12 – Für gerechte Löhne»;
  - > Volksinitiative vom 21. Juli 2011 «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»;
  - > Änderung vom 22. März 2013 des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz, NSAG).

#### Kantonale Wahlen

- > Beschluss vom 25. Juni 2013 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur Ergänzungswahl in den Staatsrat vom Sonntag, 22. September 2013

### 1.1.12 Streitsachen

Die Direktion beurteilt Beschwerden gegen Entscheide der ihr unterstellten Dienststellen, d. h. vor allem Entscheide des Amts für Zivilstandswesen und Einbürgerungen, des Amts für Landwirtschaft, des Amts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und des Amts für Wald, Wild und Fischerei. Sie beurteilt auch andere Beschwerden, für die sie gemäss Gesetz zuständig ist. 2013 wurden folgende Streitsachen behandelt:

Art	behandelt	hängig
1 Beschwerdeentscheide	24	12
2 Haftpflichtfälle	0	2
3 Ausstandsentscheide	9	1

Art	behandelt	hängig
4 Erstinstanzliche oder Einspracheentscheide	16	13
5 Aufsichtsbeschwerden	4	2
6 Aufsicht BGV	416	0
7 Personalwesen	2	0
8 Verschiedenes	1	0

Acht von der Direktion gefällte Beschwerdeentscheide sind bei höheren Instanzen hängig.

## 1.2 Gesetzgebung

Die Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Reglemente in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft fallen, sind im Folgenden in der Reihenfolge ihrer Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) aufgelistet:

### 1.2.1 Gesetze und Dekrete

- > Dekret vom 19. März 2013 über die Gewährung eines Studienkredits für den Bau eines oder mehrerer Gebäude zur Verlegung von Agroscope ALP-Haras vom Standort Bern-Liebefeld an den Standort Posieux
- > Dekret vom 19. Juni 2013 über die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung – Unverzüglicher Abbruch der Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich (FHAL)
- > Gesetz vom 9. Oktober 2013 über den Zusammenschluss der Gemeinden Cerniat und Charmey
- > Gesetz vom 14. November 2013 zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinden

### 1.2.2 Verordnungen und Reglemente

- > Verordnung vom 19. Februar 2013 über das Waldreservat Les Marais-de-Courtes-Poses, Gemeinde Vuissens
- > Verordnung vom 26. März 2013 über die Sömmerungsbedingungen
- > Verordnung vom 16. April 2013 über die Prämien und Gebühren für die Entsorgung tierischer Abfälle
- > Verordnung vom 16. April 2013 zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Nutztiersversicherung
- > Verordnung vom 23. April 2013 über die Prämien der Sanima und die Höchstbeträge des Schätzwerts der versicherten Tiergattungen für die jährliche Versicherungsperiode
- > Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 23. Mai 2013 über die Schutzzone der Belegstation Dent-de-Lys
- > Zivilstandsreglement (ZStR) vom 1. Juli 2013
- > Verordnung vom 7. Oktober 2013 über den interkommunalen Finanzausgleich im Jahr 2014 (IFAV 2014)
- > Verordnung vom 11. November 2013 über die Wildruhezone La Berra
- > Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 18. Dezember 2013 zur Änderung der Verordnung über die Reben und den Wein

## 1.3 Dem Generalsekretariat zugewiesene Einheiten

### 1.3.1 Jugendrat

Gemäss dem Jugendgesetz vom 12. Mai 2006 ist die ILFD für die administrative Betreuung des Jugendrats (JR) des Kantons Freiburg zuständig. 2013 war der JR wenig aktiv. Am 16. November hat die ILFD den Rat neu bestellt. Dazu hat sie 16 Mitglieder ernannt, darunter ein Drittel deutschsprachige. Das Mandat dauert zwei Jahre (November 2013 bis November 2015) und ist erneuerbar. Alle Bezirke sind vertreten. Am 14. Dezember 2013 wurde Julien Heckly, aus Grandvillard, zum neuen Präsidenten des Jugendrats gewählt.

---

### 1.3.2 Behörde für Grundstückverkehr

Präsident: **Henri Nuoffer**

Die Behörde für Grundstückverkehr (BGV) ist in ihrer Eigenschaft als erstinstanzliche Verwaltungsbehörde mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) beauftragt. Zudem ist sie gemäss dem Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht (AGLPG) für Gesuche betreffend die Pachtdauer, die Festlegung des höchstzulässigen Pachtzinses, die Bewilligung einer parzellenweisen Verpachtung des landwirtschaftlichen Gewerbes sowie Einsprachen gegen landwirtschaftliche Pachtzinse zuständig.

#### 1.3.2.1 Tätigkeit

Die der BGV unterbreiteten Dossiers wurden in 13 (14) Plenarsitzungen (102 (229) Entscheide) und jeweils einer Sitzung pro Woche mit reduziertem Mitgliederbestand (597 (411) Präsidialentscheide) behandelt.

##### 1.3.2.1.1 Bäuerliches Bodenrecht (BGBB)

Die BGV hat 560 (521) Gesuche erfasst, davon betrafen:

- > 307 (266) die Bewilligung von Realteilungen (Art. 58 Abs. 1 BGBB), Zerstückelungen (Art. 58 Abs. 2 BGBB) und den Erwerb von landwirtschaftlichen Gewerben oder Grundstücken (Art. 60 BGBB);
- > 152 (165) die Unterstellung von Grundstücken in der Landwirtschaftszone unter das bäuerliche Bodenrecht;
- > 65 (60) die Festsetzung des höchstzulässigen Preises (Art. 66 BGBB);
- > 6 (8) eine Bewilligung zur Überschreitung der Belastungsgrenze (Art. 76 Abs. 2 BGBB);
- > 30 (22) die Feststellung von landwirtschaftlichem Gewerbe (Art. 7 BGBB).

##### 1.3.2.1.2 Landwirtschaftliche Pacht (LPG)

Die BGV hat 65 (50) Gesuche erfasst, davon betrafen:

- > 14 (15) eine Verkürzung der Pachtdauer;
- > 18 (7) die Festsetzung des höchstzulässigen Pachtzinses;
- > 2 (3) die parzellenweise Verpachtung von landwirtschaftlichen Gewerben;
- > 28 (24) Genehmigungen des Pachtzinses von landwirtschaftlichen Gewerben;
- > 3 (1) Einsprachen des Amtes für Landwirtschaft gegen den Pachtzins. In 6 Fällen hat sie den Pachtzins gesenkt.

In 4 (3) Fällen wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt.

### 1.3.3 Verwaltung der Staatsreben

Verwalter: Peter Maeder wurde zum neuen Verwalter der Staatsreben ernannt und trat am 1. April 2013 die Nachfolge von Jacques Clément an.

#### 1.3.3.1 Tätigkeit

Die Verwaltung der Staatsreben (VSR) verwaltet die Rebgrüter des Staates und übernimmt den Absatz und den Verkauf der weinbaulichen Erzeugnisse. Sie sorgt für die Erhaltung des Weinbauerbes des Kantons Freiburg und kontrolliert die Arbeiten an den Reben und in den Weinkellern. Aufgabe der VSR ist vor allem die Verwaltung des Lagerbestandes und der Verkäufe sowie die Buchhaltung.

#### 1.3.3.2 Besondere Ereignisse

In der Domaine des Faverges befindet sich ein Teil des Rebgrutes, d. h. 6 Hektaren, seit 2013 in Umstellung zum Biobetrieb, um ab dem Jahrgang 2015 das «Knospe»-Label zu erhalten. Im Berichtsjahr wurden die Freiburger Staatsweine mit diversen Auszeichnungen gewürdigt:

- > Der Pinot Noir «Vully Etat de Fribourg» 2012 erhielt anlässlich des Wettbewerbs «Sélection des Vins du Vully» über alle Rebsorten gesehen die Bestnote.
- > Der Chasselas 2012 der Domaine des Faverges erhielt eine Silbermedaille am Grand Prix du Vin Suisse.

- > Der Merlot 2011 der Domaine des Faverges erhielt ebenfalls eine Silbermedaille am Grand Prix du Vin Suisse.
- > Und der Pinot Noir 2012 der Domaine des Faverges wurde am Mondial du Pinot mit Silber ausgezeichnet.

### 1.3.3.3 Ergebnisse der Weinlese der beiden Gebiete

Die speziellen klimatischen Bedingungen mit einem kalten und feuchten Frühling wirkten sich sowohl im Lavaux als auch im Vully nachteilig auf die Erntemengen für das Jahr 2013 aus. Die Ernte 2013 entspricht rund 2/3 der Ernten aus den Vorjahren, während die Verkäufe stabil geblieben sind.

<b>Ernte - Faverges</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Faverges weiss	52 310 l	73 100 l	77 000 l
Ogoz (nur weisse Trauben)	7 330 l	12 500 l	12 600 l
Faverges rot	25 440 l	40 870 l	42 960 l
<b>Ernte - Vully</b>			
Etat de Fribourg weiss	7 050 l	11 450 l	9 700 l
Château de Mur weiss	9 450 l	17 700 l	11 200 l
Etat de Fribourg rot	4 100 l	5 200 l	5 200 l
Château de Mur rot	6 950 l	9 450 l	8 150 l

## 1.4 Aussenbeziehungen

### 1.4.1 Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen (KAZ)

Diese Konferenz hat 2013 zweimal getagt. Die wichtigsten behandelten Geschäfte betrafen:

- > den Transfer des informatisierten Standesregisters an den Bund – Transfermodalitäten
- > die Annahme des Budgets für die Schaffung einer einheitlichen Plattform für Zivilstandsdokumente für alle Kantone
- > die Annahme des Voranschlags 2014

### 1.4.2 Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren

Diese Konferenz hat 2013 dreimal getagt. Die wichtigsten behandelten Geschäfte betrafen:

- > die Verordnungsentwürfe des Bundes über die neue Agrarpolitik (AP 2014-2017)
- > den Gewässerraum

### 1.4.3 Konferenz der kantonalen Forstdirektorinnen und -direktoren

Diese Konferenz hat 2013 zweimal getagt. Die wichtigsten behandelten Geschäfte betrafen:

- > die Waldgesetzrevision im Rahmen der Umsetzung der Waldpolitik
- > die Organisation und die Entwicklung der Konferenzen der Forstdirektorinnen und -direktoren und der Jagddirektorinnen und -direktoren

### 1.4.4 Konferenz der kantonalen Jagddirektorinnen und -direktoren

Diese Konferenz hat 2013 zweimal getagt. Die wichtigsten behandelten Geschäfte betrafen:

- > die Änderung der Jagdverordnung
- > die Grossraubtiere – Entwicklung/Strategie
- > die gegenseitige interkantonale Anerkennung – Ausbildung und Nachweise

## 2 Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA)

Amtsvorsteher: **Jean-Pierre Coussa**

Im Verlauf des Jahres 2013 hat sich das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA) mit folgenden Geschäften befasst:

### 2.1 Bereich Zivilstandswesen

#### 2.1.1 Tätigkeiten der zentralen Dienste

<b>Zivilstandsurkunden mit Auslandbezug</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Einschreibungen von Zivilstandsurkunden aus dem Ausland (Art. 23 der eidgenössischen Zivilstandsverordnung vom 28. April 2006, ZStV)	1439	1612
Mitteilungen von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an das Ausland (Art. 54 ZStV)	153	94
Mitteilungen von Zivilstandsmeldungen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an die Fremdenpolizei (Art. 28 des Ausführungsreglements über den Zivilstandsdienst)	2027	2150
Überweisung von Zivilstandsdokumenten von im Ausland wohnhaften Schweizerinnen und Schweizern an das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen	27	36
<b>Eheschliessungen</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Prüfung der Akten für Eheschliessungsverfahren von Ausländerinnen und Ausländern (Art. 16 ZStV)	184	347
zurückgezogene Eheschliessungsverfahren	7	9
<b>Eingetragene Partnerschaften</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Prüfung der Akten im Hinblick auf eine eingetragene Partnerschaft	4	4
zurückgezogene eingetragene Partnerschaften	0	1
<b>Anerkennungen</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Prüfung der Dokumente bei Anerkennung von Kindern (Art. 11 und 16 ZStV)	36	66
<b>Zivilstandsänderungen</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Berichtigungen, Streichungen und Ergänzungen in den Einzel- und den Familienregistern (Art. 43 ZGB und 29 ZStV)	30	54
verschiedene Weisungen betreffend den Zivilstandsdienst	65	77
<b>Bearbeitung von Adoptionsakten (Art. 264 ff. ZGB)</b>		
bewilligt durch die ILFD	20	21
zurückgezogene Gesuche	0	1
<b>Familien- und Vornamensänderungen (Art. 30 ZGB):</b>		
bewilligt durch das ZEA	218	188
zurückgezogene Gesuche	13	25

## Bürgerrecht

In Anwendung des Bundesgesetzes vom 29. September 1952 über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (BüG) und des Gesetzes vom 15. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht (BRG) wurden folgende Tätigkeiten hinsichtlich der Zivilstandskontrolle (Überprüfung von Dokumenten und der Identität, Klärung der Abstammung) ausgeführt:

	2013	2012
<b>Prüfung der Zivilstandsdaten für die Wiederaufnahme in das Schweizer- und Kantonsbürgerrecht</b>		
nach Art. 21, 23 und 58 BüG	18	5
nach Art. 21 BRG	12	5
ordentliche Einbürgerungen (Art. 13 BüG)	511	486
erleichterte Einbürgerungen (Art. 27, 28 und 29 BüG)	506	545
erleichterte Einbürgerungen (Art. 31a, und 31b BüG)	13	10
erleichterte Einbürgerungen (Art. 58a, und 58c BüG)	54	69
Einbürgerungen von Freiburgern in anderen freiburgischen Gemeinden (Art. 36 BRG)	18	1
Erklärungen über die Beibehaltung des freiburgischen Bürgerrechts bei Einbürgerung in einen andern Kanton (Art. 27 BRG)	0	4
Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Art. 10 und 42 BüG)	1	0
Entlassung aus dem freiburgischen Bürgerrecht (Art. 28 und 29 BRG)	2	12
Entlassung aus dem Bürgerrecht freiburgischer Gemeinden (Art. 39 BRG)	9	1

<b>Verschiedenes</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Bewilligungen zum Einholen von Zivilstandsangaben zu genealogischen Zwecken (Art. 59 ZStV)	33	46
Suche nach einem Familienmitglied	11	8

### 2.1.2 Dezentralisierte Zivilstandsämter

2013 haben die dezentralisierten Zivilstandsämter folgende Ereignisse erfasst:

	2013	2012
Geburten	2365	2498
Anerkennungen	764	736
Eheschliessungen	1238	1288
Todesfälle	1803	1763
Ehescheidungen	579	652
Eingetragene Partnerschaften	14	14
Auflösungen von eingetragenen Partnerschaften	3	5
Namenserklärungen	663	213

## 2.2 Bereich Einbürgerungen

2013 registrierte das ZEA insgesamt 1110 (1026) neue Dossiers.

### 2.2.1 Ordentliche Einbürgerungen

Der Grosse Rat entschied über 372 (268) Gesuche um ordentliche Einbürgerung, die sich folgendermassen verteilen:

Albanien	1	Luxemburg	3
Angola	7	Malta	2
Äthiopien	4	Marokko	11
Bangladesch	1	Mazedonien	21
Belgien	14	Nepal	1
Bolivien	2	Niederlande	2
Bosnien-Herzegowina	12	Nigeria	5
Brasilien	6	Peru	1
Burundi	6	Philippinen	1
Chile	7	Polen	2
China	2	Portugal	76
Demokratische Republik Kongo	22	Ruanda	7
Deutschland	20	Rumänien	10
Elfenbeinküste	1	Russland	5
Eritrea	1	Schweden	4
Frankreich	75	Serbien	30
Griechenland	9	Somalia	9
Guinea	8	Spanien	22
Irak	11	Sri Lanka	11
Iran	4	Thailand	2
Irland	7	Togo	5
Italien	43	Tunesien	7
Kanada	6	Türkei	21
Kapverden	1	Ukraine	2
Kolumbien	1	Ungarn	2
Kongo	3	Uruguay	1
Kosovo	80	Venezuela	1
Kroatien	5	Vereinigtes Königreich	4
Kuba	1	Vietnam	5
Libanon	2	Weissrussland	1
		Schweizer Staatsangehörige	1

169 (96) dieser 372 (268) Gesuche wurden von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation gestellt.

Mit den Familienangehörigen, die in die Einbürgerungen einbezogen wurden, erwarben somit 636 (369) Personen das freiburgische Bürgerrecht, d. h. 372 (197) Ausländerinnen und Ausländer mit 100 (59) ausländischen Ehegatten und 164 (113) ausländischen Kindern.

### 2.2.2 Feierlicher Empfang für neu eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer

2013 organisierte das Amt 4 offizielle Empfänge, an denen die neu eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer und Freiburgerinnen und Freiburger sich vor einem Vertreter des Staatsrats dazu verpflichteten, der Bundesverfassung und der Kantonsverfassung treu zu sein.

---

Diese Empfänge fanden an folgenden Daten und Orten statt:

- > 15. Januar 2013 an der Orientierungsschule des Seebezirks in Murten: 122 neu Eingebürgerte
- > 23. April 2013 an der Orientierungsschule des Glanebezirks in Romont: 160 (101) neu Eingebürgerte
- > 5. Juli 2013 an der Orientierungsschule des Broyebezirks in Domdidier: 198 (150) neu Eingebürgerte
- > 9. Oktober 2013 an der Orientierungsschule des Greyerzbezirks in Bulle: 144 (118) neu Eingebürgerte

### 2.2.3 Kantonsbürgerrecht

Neben der Erteilung des freiburgischen Bürgerrechts an 1 (5) Schweizer Staatsangehörigen durch den Grossen Rat hat der Staatsrat 12 (4) Schweizer Staatsangehörige wieder in das freiburgische Bürgerrecht aufgenommen und 20 (9) Personen aus dem freiburgischen Bürgerrecht entlassen.

### 2.2.4 Erleichterte Einbürgerungen

Gestützt auf die Stellungnahme der ILFD und in Anwendung des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) hat das Bundesamt für Migration 518 (286) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen behandelt. Die erleichterten Einbürgerungsverfahren verteilen sich auf:

403 (226) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen ausländischer Ehegatten einer Schweizerin oder ausländischer Ehegattinnen eines Schweizer (Art. 27 und 28 BüG);

115 (60) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen von vor 1985 geborenen ausländischen Kindern von mit einem ausländischen Staatsangehörigen verheirateten Schweizerinnen durch Abstammung (Art. 58a und 58c BüG) oder die nicht in die Einbürgerung eines Elternteils einbezogen werden konnten (Art. 31a und 31b BüG).

### 2.2.5 Wiedereinbürgerungen

9 (6) ehemalige Schweizer und Freiburger Staatsangehörige wurden auf den Entscheid des Bundesamts für Migration hin wieder in das Schweizer und Freiburger Bürgerrecht aufgenommen.

### 2.2.6 Nichtigklärungen

4 (15) erleichterte Einbürgerungen wurden nach der Anzeige durch den Kanton vom Bundesamt für Migration für nichtig erklärt.

8 (10) Fälle von Gesetzesmissbrauch und missbräuchlicher Eheschliessung wurden dem Bundesamt für Migration gemeldet.

## 3 Amt für Gemeinden (GemA)

Amtsvorsteher: **Gérald Mutrux**

---

### 3.1 Tätigkeit

#### 3.1.1 Gesetzgebungsarbeiten

Das Amt hat mehrere Gesetzgebungsarbeiten durchgeführt, namentlich:

- > die Verordnung vom 7. Oktober 2013 über den interkommunalen Finanzausgleich, mit der das Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (IFAG) für das Jahr 2014 umgesetzt wird. Die neuen Parameter finden sich im Anhang der Verordnung;

- 
- > die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über die Gemeindefinanzen, das das neue Harmonisierte Rechnungsmodell (HRM2) für die freiburgischen Gemeinden einführt; es wurde eine Projektgruppe gebildet, die den Auftrag hat, die Empfehlungen der Finanzdirektorenkonferenz zum HRM2 zu prüfen;
  - > das Gesetz vom 9. Oktober 2013 über den Zusammenschluss der Gemeinden Cerniat und Charmey (neue Gemeinde: Val-de-Charmey). Dieser Zusammenschluss trat am 1. Januar 2014 in Kraft;
  - > das Gesetz über die Gemeinden wurde am 14. November 2013 teilrevidiert. Die Revision betraf die Möglichkeit für Mitgliedsgemeinden eines Gemeindeverbands, die Gesamtheit ihrer Stimmen von einer Person vertreten zu lassen, sofern sie dies möchten und es die Verbandsstatuten erlauben. Der geänderte Artikel 115 des Gesetzes über die Gemeinden ist am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

Ausserdem wurde das Amt auf informeller Basis in die Ausarbeitung mehrerer Gesetzesentwürfe anderer Einheiten einbezogen, was gelegentlich mit beträchtlichem zeitlichem und personellem Aufwand verbunden war.

### 3.1.2 Prüfung der Rechnungen/Voranschläge und Verschuldungskontrolle

Das Amt kontrolliert für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die formelle Richtigkeit der Voranschläge und Rechnungen und ihr finanzielles Gleichgewicht. Es stellt für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die gesetzlich festgelegte Verschuldungsgrenze fest. Diese Grenze basiert auf der Summe der Finanzierungsermächtigungen, wobei die im Gemeindegesetz vorgeschriebenen Schuldentilgungsverpflichtungen berücksichtigt werden. Die Kontrolle der rechtlichen Verschuldungsgrenze wurde anhand der auf den 31. Dezember 2012 erstellten Bilanzen auf den neuesten Stand gebracht.

### 3.1.3 Ausarbeitung der Finanzlage der Gemeinden

Das Amt hat für alle Gemeinderechnungen den durchschnittlichen Reingewinn, die Investitionskapazität und die üblichen Finanzindikatoren ausgearbeitet. Es wurde ausserdem häufig von den Gemeinden für Beratungen zu den Ergebnissen von Finanzanalysen, zu Indikatoren, zur gesetzlichen Verschuldungskontrolle, zu Budgetanalysen und zur Rechnungsprüfung angefragt.

### 3.1.4 Berechnung des interkommunalen Finanzausgleichs

Das Amt hat die Steuerpotenzialindizes (Ressourcenausgleich) und die synthetischen Bedarfsindizes (Bedarfsausgleich) der 163 Gemeinden (Stand am 1. Januar 2014) berechnet, sowie die Beträge für die beitragspflichtigen Gemeinden und die vom Ressourcenausgleich begünstigten Gemeinden und die Beträge für alle vom Bedarfsausgleich begünstigten Gemeinden.

### 3.1.5 Finanzierungsbewilligungen

Das Amt hat 127 Finanzierungsbewilligungen für durch Darlehen finanzierte Ausgaben, die eine Erhöhung der Kreditlimite bewirken, Bürgschaften und Nutzungsänderungen von Spezialfonds erteilt.

### 3.1.6 Kontrolle der Gemeindesteuerfüsse

Das Amt hat die Mitteilungen zu Änderungen der Gemeindesteuerfüsse registriert und den Betroffenen mitgeteilt. Gegebenenfalls hat es auch Entwürfe für Staatsratsbeschlüsse zur Genehmigung oder Aufhebung von Steuerfüssen über 100 % der einfachen Kantonssteuer vorbereitet.

### 3.1.7 Statistiken

Die statistischen Tabellen werden im Statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg publiziert. Weitere Statistiken werden nach Bedarf und auf Anfrage der Dienststellen der kantonalen Verwaltung und des Bundes erstellt. Gewisse statistische Daten stehen im Übrigen auf der Website des Amts für Gemeinden zur Verfügung.

### 3.1.8 Prüfung von Gemeindeverbandsstatuten

Das Amt kontrollierte bei 12 Statuten von Gemeindeverbänden, ob diese dem kantonalen und eidgenössischen Recht entsprechen. Es bereitete in diesem Zusammenhang die Genehmigungsgesuche zuhanden der zuständigen Behörden vor.

---

### 3.1.9 Prüfung von und Stellungnahmen zu Gemeindereglementen

Das Amt hat 132 Stellungnahmen zu Gemeindereglementen zuhanden der zuständigen Direktionen abgegeben. Es hat eine Vorprüfung sowie eine Schlussprüfung der besagten Reglemente vorgenommen. Für Reglemente, für die die ILFD zuständig ist, hat es zudem die Genehmigungsentscheide vorbereitet.

### 3.1.10 Ausarbeitung von Revisionsformularen

Das Amt stellt die folgenden Formulare zur Verfügung: «Periodische Kontrolle der Bilanzwerte» und «Rechnungsprüfungsformular für die Revisionsstellen». Diese Formulare werden regelmässig auf den neuesten Stand gebracht.

### 3.1.11 Rechtliche Auskünfte

Das Amt wurde sowohl von den Gemeinden als auch von den Oberämtern und Dienststellen der Kantonsverwaltung wiederholt um Stellungnahmen zur Auslegung gewisser Bestimmungen der Gesetzgebung über die Gemeinden gebeten.

### 3.1.12 Ausbildungskurse

Die Arbeiten betreffend die interkantonale französischsprachige Ausbildung BE-NE-JU-FR-VD-GE-VS der Gemeindeschreiber wurden im Jahr 2013 weitergeführt. In Anbetracht dessen, dass dieser Bildungslehrgang nun alle Westschweizer Kantone einschliesslich Bern umfasst, war seine fünfte Ausgabe mit einer Namensänderung verbunden: er heisst nun «Formation romande des cadres communaux FR2C». Das Fach Gemeinderecht im zweiten Modul wird seinerseits in gemeinsamem Unterricht erteilt, was die allgemeinen Erläuterungen betrifft, und gesondert, was die kantonalen Besonderheiten angeht. Zwei Mitarbeiter des Amts haben an den Kursen mitgewirkt, die den Besonderheiten des Kantons Freiburg gewidmet waren.

## 3.2 Kommissionen und Arbeitsgruppen

- > Vorstand und Sekretariat der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden über die Gemeindefinanzen;
- > Begleitgruppe der Abteilung «Kommunalpolitik» des Institut de Hautes Etudes en administration publique;
- > Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen;
- > Kommission für Schulbauten;
- > Arbeitsgruppe «Kantonales Konzept der präklinischen Notfallversorgung»;
- > Arbeitsgruppe «Agglomeration-Fusionen»;
- > Kommission für die Aus- und Weiterbildung des Verwaltungspersonals der Gemeinden des Sense- und des Seebezirks;
- > Arbeitsgruppe «Umfassende Politik zugunsten Betagter – Senior+»;
- > Arbeitsgruppe «Investitions- und Finanzierungskosten der Pflegeheime»;
- > Interkantonale Koordinationsgruppe HRM2;
- > Paritätisches Organ für die Finanzierungsstudie der Feuerwehrstützpunkte – FriFire SP;
- > Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung eines Gesetzesvorentwurfs zur Revision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und des Gesetzes über die Gemeinden;
- > erweiterte Arbeitsgruppe für die Umsetzung der Gesetzgebung über die Geoinformation;
- > Steuergruppe für die Revision des Gesetzes über die Schulzahnpflege und -prophylaxe;
- > Arbeitsgruppe für die Vorbereitung eines Gesetzesvorentwurfs über die Mehrwertabgabe;
- > Projektgruppe für die Ausarbeitung eines Harmonisierten Rechnungsmodells für die Freiburger Gemeinden;
- > Projektgruppe Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden.

## 4 Amt für Landwirtschaft (LwA)

Amtsvorsteher: **Pascal Krayenbuhl**

### 4.1.1 Beitragswesen

Das Amt ist mit der Verwaltung der Direktzahlungen des Bundes und der spezifischen kantonalen Beiträge beauftragt. In der folgenden Tabelle sind die Beiträge aufgeführt, die gewährt wurden.

Bundesbeiträge:

Beitragsart	Anzahl Betriebe		Beiträge in tausend Fr.	
Flächenbeiträge	2668	(2723)	88 307	(88 231)
Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere	2387	(2447)	37 069	(38 910)
Beiträge für die Tierhaltung unter erschwerten Produktionsbedingungen	1529	(1558)	20 253	(20 315)
Allgemeine Hangbeiträge	1278	(1296)	3039	(3064)
Hangbeiträge für Rebflächen	13	(13)	25	(19)
Total der allgemeinen Direktzahlungen			148 693	(150 539)
Beiträge für den ökologischen Ausgleich	2602	(2655)	7857	(7512)
Beiträge für die extensive Produktion von Getreide und Raps	1000	(995)	2380	(2238)
Beiträge für den biologischen Landbau	150	(141)	1451	(1286)
Beiträge für besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme	1478	(1478)	6263	(6088)
Beiträge für den regelmässigen Auslauf von Nutztieren im Freien	2210	(2245)	14 234	(14 267)
Beiträge für Sömmerungs- und Hirtenbetriebe	599	(607)	8146	(8117)
Beiträge Gewässerschutz	67	(66)	407	(619)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	655	(571)	792	(679)
Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	1073	(866)	2 338	(1 885)
Beiträge für die Luftreinhaltung	31	(25)	514	(357)
Total der Ökobeiträge			44 382	(43 048)
Ackerbaubeiträge			5277	(4976)
Total Bundesbeiträge			198 352	(198 563)
<b>Kantonsbeiträge</b>				
Sömmerungsbeiträge	48	(50)	210	(210)
Beiträge Gewässerschutz	67	(66)	110	(134)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	655	(571)	198	(170)
Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	1073	(866)	584	(471)
Beiträge für die Ackerbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden	66	(57)	90	(64)
<b>Total Kantonsbeiträge</b>			<b>1192</b>	<b>(1049)</b>

2013 ist der RGVE-Beitrag für Milchkühe von 450 Franken/GVE auf 425 Franken/GVE gesunken. Die Anzahl Betriebe mit Direktzahlungen geht weiterhin zurück (-55).

Das Projekt zur Aktualisierung der Bodenbedeckung bzw. der landwirtschaftlichen Nutzfläche befindet sich in der Endphase. Die Gemeinde Villaz-St-Pierre wurde 2013 kontrolliert und es wurde eine Konsultation zu den Plänen durchgeführt.

Gemäss Artikel 24 der Verordnung über Sömmerungsbeiträge hat das Amt 29 Sömmerungsbetriebe nach den Vorgaben des Bundes kontrolliert.

Die kantonalen Sömmerungsbeiträge basieren auf dem Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 bzw. dem dazugehörigen Reglement vom 27. März 2007, in dem die Bedingungen für die Gewährung der Beiträge festgelegt sind. Die kantonale Hilfe wird mit dem Ziel gewährt, die Verwertung der Käseproduktion im Sömmerungsgebiet zu fördern. Für das Jahr 2013 stand ein Betrag von 210 000 Franken zur Verfügung. Dieser Betrag wurde entsprechend den an den Sömmerungsorten erzeugten und zur Vermarktung bestimmten Produktionsvolumen auf 48 Empfänger verteilt. Im Jahr 2013 betrug das Gesamtvolumen 3 083 785 kg Milch, was 6,8 Rappen pro Kilo Milch entspricht.

#### 4.1.2 Anerkennung von Betrieben

2013 sind 49 Entscheide über die Anerkennung von Betrieben, bzw. die Widerrufung der Ankerkennung gefällt worden. 8 Betriebsgemeinschaften wurden gebildet und 11 aufgelöst, 12 Betriebszweiggemeinschaften wurden gebildet und 11 aufgelöst und 7 neue einfache Betriebe wurden anerkannt.

#### 4.1.3 Strukturhilfen

##### 4.1.3.1 Agrarsubventionen

#### Vom Kanton subventionierte Arbeiten, Gewährung

Die folgende Aufstellung umfasst die im Jahre 2013 zugesicherten Beiträge und deren Verteilung auf die verschiedenen Meliorationsarten, ausgenommen die eingegangenen Verpflichtungen unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen.

	<b>Anrechenbarer Kostenvoranschlag Fr.</b>	<b>Kantonale Beiträge Fr.</b>
Güterzusammenlegungen	8 911 257	2 769 857
Alpwege und Hofzufahrten	5 063 197	1 436 911
Wasserversorgungen	2 878 325	386 084
Andere Bodenverbesserungen*	2 635 000	658 750
Landw. Bauten und Sennereien	64 165 000	5 800 000
<b>Total 2013</b>	<b>83 652 779</b>	<b>11 051 602</b>
<b>Total 2012</b>	<b>47 372 486</b>	<b>8 199 018</b>

\* Entwässerungen, Stromversorgung, Bewässerungen, Ausdolung von Bächen, Instandstellung von Grundstücken

Die kantonalen Beiträge für landwirtschaftliche Bauten in der Talzone belaufen sich auf 743 700 Franken für 18 Fälle.

Die Gesamtsumme der Beiträge, die im Jahr 2013 unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen zugesichert wurden, beläuft sich auf 785 450 Franken bei einem anrechenbaren Kostenvoranschlag von 5 127 950 Franken, was 42 Projekten oder Etappen entspricht.

## Vom Bund subventionierte Arbeiten, Zusicherungen

Die folgende Tabelle ist eine Zusammenstellung der im Jahr 2013 zugesicherten Bundesbeiträge:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	1 299 248
Alpwege und Hofzufahrten	1 803 797
Wasserversorgungen	1 154 864
Andere Bodenverbesserungen	720 500
Landw. Bauten und Sennereien	2 672 000
<b>Total der Bundesbeiträge an den Kanton im Jahr 2013:</b>	<b>7 650 409</b>
2012	7 238 502

## Im Jahr 2013 ausbezahlte Beiträge (ohne Beiträge des Fonds für Bodenverbesserungen)

	Kantonale Beiträge Fr.	Bundesbeiträge Fr.
Güterzusammenlegungen	1 835 814	1 907 769
Alpwege und Hofzufahrten	1 318 746	1 533 828
Wasserversorgungen	999 804	1 269 914
Andere Bodenverbesserungen	630 474	732 589
Landw. Bauten und Sennereien	4 113 639	3 259 421
Hofdüngeranlagen	-	-
Total 2013	8 898 477	8 703 521
Total 2012	8 594 077	8 291 093

Am 31. Dezember 2013 befanden sich 26 (20) Abrechnungen zur Genehmigung und Bezahlung bei der Abteilung Strukturverbesserungen des Bundesamts für Landwirtschaft.

Die pro Rubrik ausbezahlten Kantons- und Bundesbeiträge stehen nicht immer im Verhältnis zu den entsprechenden Ansätzen dieser Rubriken, da einige Auszahlungen je nach den zur Verfügung stehenden Krediten von einem Jahr zum nächsten unterschiedlich ausfallen können.

## Im Jahr 2013 durch den Fonds für Bodenverbesserungen ausbezahlte Beiträge

	Fr.
Total 2013	676 105
Total 2012	1 050 955

## Stand der Verpflichtungen nach Unternehmensart

Der Saldo der zugesicherten, aber noch nicht ausbezahlten Kantonsbeiträge setzte sich am 31. Dezember 2013 wie folgt zusammen:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	3 243 370
Alpwege und Hofzufahrten	1 904 701
Entwässerungen	488 000
Wasserversorgungen	900 725
Andere Bodenverbesserungen	62 000
Landw. Bauten und Sennereien	4 919 000
Hofdüngeranlagen	0
Total der Verpflichtungen am 31. Dezember 2013	11 517 796

	Fr.
Am 31. Dezember 2012	10 468 812

Die eingegangenen Verpflichtungen des Fonds für Bodenverbesserungen belaufen sich am 31. Dezember 2013 auf 978 168 Franken.

**Güterzusammenlegungen.** In Lécheltes wurde eine Körperschaft gegründet. Zwei Körperschaften hielten ihre Auflösungsversammlung in Villarepos und Villarvolard ab.

Die Arbeiten der in den letzten Jahren neu gegründeten Flurgenossenschaften nehmen ihren normalen Verlauf, wobei die Kostenvoranschläge eingehalten werden.

**Alpwege und Hofzufahrten.** Die Beiträge, die für den Bau oder die Wiederinstandstellung von Alpwegen und Hofzufahrten zur Verfügung gestellt wurden, sind 2013 im Vergleich zu den beiden Vorjahren gestiegen. Die Nachfrage der Gemeinden nach Wiederinstandstellungen von Feldwegen steigt deutlich an.

**Wasserversorgungen.** Unter dieser Rubrik werden nach wie vor zahlreiche Beitragsgesuche gestellt. 2013 wurden 14 Projekte unterstützt.

**Andere Bodenverbesserungen.** 2013 wurden 1 Bewässerungsprojekt und 2 Projekte zur Wiederinstandsetzung von Entwässerungen subventioniert. Die Fortführung bestehender Projekte und die Unterstützung von Landwirten, die verpflichtet sind, qualitativ gute Lebensmittel zu produzieren, sind für die Aufrechterhaltung einer dynamischen Landwirtschaft unabdingbar.

**Landwirtschaftliche Bauten und Sennereien.** Die am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen neuen Bundesbestimmungen erlauben es, einzelne landwirtschaftliche bauliche Elemente zu subventionieren (z. B. Ställe, Schuppen). Seither konnten so gemeinsam mit dem Bund und dem Fonds für Bodenverbesserungen mehr Fälle behandelt werden.

Der Kanton hat im Berichtsjahr 18 landwirtschaftliche Hochbauten in der Talzone subventioniert (8 im Jahr 2012).

#### 4.1.3.2 Fonds für Bodenverbesserungen

**Geldverkehr.** Einnahmen:

	Fr.
Zahlungen an den Fonds unter der Rubrik	
3425/3510.002	500 000.--
jährliche Zinsen von 1 %	16 712.20
Zahlungen der Grundbuchämter	4 679 297.45
Total der Einnahmen	5 496 009.65

Ausgaben:

	Fr.
Zahlungen an die Budget-Rubrik 3425/4021.001	4 679 297.45
Zahlungen an die Budget-Rubrik 3425/4510.002	675 000.--
Vermögensrückgang	158 287.80
Total der Ausgaben	5 496 009.65

#### 4.1.3.3 Investitionskredite

Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2013

Zweck	Beträge Fr.
Starthilfen	6 452 000
Bau von Wohnhäusern	1 112 000

Zweck	Beträge Fr.
Umbau von Wohnhäusern	2 843 000
Betriebskäufe durch Pächter	0
Bau von Hühnerställen	1 434 000
Bau von Gewächshäusern	187 000
Bau von Ökonomiegebäuden	7 411 000
Umbau von Ökonomiegebäuden	3 845 000
Schuppen, Garagen und Geschäfte	706 000
Wohn- und Ökonomiegebäude	623 000
Diversifizierung	1 195 000
Jauchegruben und Misthaufen	17 000
Kleine gewerbliche Betriebe	0
<b>Total 2013</b>	<b>25 825 000</b>
Total 2012	16 060 000

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 11,9 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 175 680 Franken.

Darlehen zugunsten von juristischen Personen im Jahr 2013

Zweck	Beträge Fr.
Gemeinsamer Kauf landwirtschaftlicher Maschinen	365 000
Für die Milchwirtschaft bestimmte Gebäude	3 299 000
Verarbeitungs- und Lagergebäude	0
Gemeinschaftsanlagen zur Energieerzeugung aus Biomasse	0
Wasserversorgungen und -verteiler	469 000
Wege, Strassen	390 000
<b>Total 2013</b>	<b>4 523 000</b>
Total 2012	4 276 000

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 8,1 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 266 050 Franken.

#### 4.1.3.4 Betriebshilfen

Darlehen 2013

Zweck	Beträge Fr.
Umschuldung bestehender Schulden	144 000
Hilfen zur Überbrückung einer ausserordentlichen finanziellen Bedrängnis	390 000
<b>Total 2013</b>	<b>534 000</b>
Total 2012	1 958 000

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 9,2 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 89 000 Franken.

#### 4.1.3.5 Kantonaler Landwirtschaftsfonds

Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2013

Zweck	Beträge Fr.
-------	-------------

Zweck	Beträge Fr.
Verschiedene Bau- und Renovierungsarbeiten (Wohn- und Ökonomiegebäude, landw. Anlagen)	3 046 000
Kauf von Land und landw. Heimwesen	1 918 000
Verwertungsbetriebe	0
Alpwege	0
<b>Total 2013</b>	<b>4 964 000</b>
Total 2012	6 950 000

#### 4.1.4 Raumplanung

Zu folgenden Gesuchen wurden im Jahr 2013 Stellungnahmen abgegeben:

- > 57 (63) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Wohnteilen in der Landwirtschaftszone und 16 (24) Gesuche in der Bauzone, dazu 97 (92) direkt von Landwirten oder Gemeinden gestellte Gesuche, die die Berechnung der Raumeinheiten oder verschiedene landwirtschaftliche Anlagen betrafen;
- > 351 (323) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Ökonomiegebäuden, Schuppen, Hühnerställen, Plastiktunnels, Siedlungsgehöften, Alphütten, Biogasanlagen und Bauten im Zusammenhang mit nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetrieben;
- > 97 (88) Dossiers über die Revision oder Änderung von Ortsplanungen wurden geprüft. Es handelte sich entweder um Vorprüfungen, um Schlussprüfungen oder um Vorstudien im Hinblick auf die nächste Revision der Ortsplanung.

#### 4.1.5 Umwelt- und Naturschutz

##### 4.1.5.1 Bodenschutz

**Baubewilligungen.** Gemäss der Verordnung vom 20. August 2002 über den Bodenschutz nahm das Amt Stellung zu 150 (134) Baubewilligungsgesuchen für die Landwirtschaftszone betreffend Arbeiten mit qualitativem oder quantitativem Einfluss auf den Boden.

**Pfluglose Saat.** In Anwendung des Landwirtschaftsgesetzes vom 3. Oktober 2006 hat das Amt Beiträge an 66 (57) Landwirte für eine Fläche von 332 ha, betreffend 204 Parzellen, für insgesamt 87 000 (63 740) Franken ausgerichtet.

**Erosion.** Die Arbeitsgruppe Erosion, die Ende 2006 um 4 Vertreter aus der Landwirtschaft erweitert wurde, ist 2013 zweimal zusammengetreten. Für die Erosionserhebung sind die örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen zuständig. Es wurden 8 Fälle von Erosion gemeldet. Es wurde kein Mehrjahresplan gemäss dem kantonalen Verfahren erstellt.

##### 4.1.5.2 Naturschutz: Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV)

In Anwendung der eidgenössischen Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV) haben 655 (571) Betriebe für die biologische Qualität einen Betrag von insgesamt 990 000 (849 000) Franken erhalten. 1073 (866) Betrieben wurde ein Bonus von 2 922 000 (2 356 000) Franken für die Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen (ÖAF) ausgerichtet. 2013 wurden 5 (4) neue ÖQV-Vernetzungsprojekte anerkannt. Insgesamt bestehen nun 39 Vernetzungsprojekte. Die Direktzahlungsverordnung sieht für 2014 für ökologische Vernetzungen eine Finanzierung vor, die zu 90 % vom Bund und zu 10 % vom Kanton übernommen wird (Vernetzung und Qualität).

##### 4.1.5.3 Gewässerschutz

In Anwendung des Gewässerreglements vom 21. Juni 2011 (GewR) hat das Amt 66 (66) Landwirten Entschädigungen ausbezahlt, die Böden der Projekte in Avry, Neyruz, Middel, Courgevaux, Fétigny, Domdidier, Lurtigen und Gurmels bewirtschaften. Für die Nitratprojekte wurden Beiträge von insgesamt 516 487 (519 154) Franken entrichtet. Der Anteil des Kantons an den Abgeltungen (21,2 % des Gesamtbetrags), die zu gleichen Teilen zwischen dem Kanton und den Fassungsbesitzern aufgeteilt werden, beläuft sich auf 109 598 (107 891) Franken; der restliche Betrag wird vom Bund übernommen.

#### 4.1.5.4 Luftreinhaltung

Es wurde ein Ressourcenprojekt Ammoniak nach den Artikeln 77a und b des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft mit dem Titel «Verbesserung der Stickstoffeffizienz durch Verringerung der landwirtschaftlichen Ammoniakemissionen» ausgearbeitet und am 2. Juni 2009 unterzeichnet. Bis Ende 2013 waren 14 (12) Gesuche für Schleppschlauchverteiler, 6 (5) Gesuche für Abdeckungen offener Jauchebehälter, 7 (4) Gesuche für die Fütterung von Schweinen mit stickstoffarmem Futtermittel und 6 (4) Gesuche für einzelbetriebliche Projekte eingegangen. 33 (25) Projekte für einen Betrag von 507 543 (353 703) Franken zu Lasten des Bundes sind abgerechnet worden. Die Gesamtinvestitionen betragen 755 955 (522 855) Franken.

#### 4.1.6 Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Zucht und Weinbau

##### 4.1.6.1 Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Der Kanton trägt zur Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit der freiburgischen Landwirtschaft bei durch:

- > Finanzhilfen für die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse;
- > Unterstützungsbeiträge;
- > Veranstaltungen;
- > Studien und vorbereitende Arbeiten.

In diesem Rahmen hat der Kanton für 24 Projekte Hilfen entrichtet und namentlich 350 000 Franken an die «Vereinigung zur Förderung der Produkte aus dem Freiburgerland», die wichtigste Koordinationsstelle für die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, ausbezahlt.

##### 4.1.6.2 Rindviehzucht

2013 hat der Kanton 466 670 Franken (inkl. 50 000 Franken für die Holstein Championship 2013) für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Rindviehzucht gewährt. Hinzu kommen 600 000 Franken für den Absatz von Schlachtvieh über die Freiburgische Viehverwertungsgenossenschaft.

Die Bezirksklubs und -vereine erhielten vom Kanton eine bedeutende Unterstützung für die Ausbildung der Züchter und die Organisation von Veranstaltungen, wie die regionalen Ausstellungen, sowie für die Förderung von Hochleistungskühen. Die Unterstützung für die Analysen der Milchqualität wurde beibehalten, um die Qualität der freiburgischen Produkte zu fördern.

Folgende zwei Grossanlässe im Kanton Freiburg erhielten ebenfalls Finanzhilfe vom Kanton:

- > Zuchtstiermarkt: 60 000 Franken.
- > JUNIOR-EXPO Bulle: 40 000 Franken.

Das Amt wirkte bei der Organisation der European Holstein & Red Holstein Championship 2013 mit. Die Veranstaltung war ein Erfolg, sowohl aus der Sicht der Zucht, als auch der Organisation. In Anbetracht dieser Veranstaltung fand die Expo-Bulle dieses Jahr ausnahmsweise nicht statt.

##### 4.1.6.3 Pferdezücht

2013 hat der Kanton 38 550 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Pferdezücht gewährt.

##### 4.1.6.4 Schweine-, Schaf- und Ziegenzücht

2013 hat der Kanton 85 510 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Kleinviehzucht gewährt.

Die kantonale Unterstützung für das Jahr 2013 belief sich auf 68 280 Franken für die Schaf- und Ziegenzücht und auf 17 230 Franken für die Schweinezücht. Die Hilfe für die Schweinezücht beschränkt sich ausschliesslich auf den Beitrag für den Gesundheitsdienst.

#### 4.1.6.5 Weinbau

Die Rebfläche des Kantons Freiburg beläuft sich auf 115,9 ha (116,1 ha).

Für die Weinlese 2013 wurden die Qualitätsnormen (Mindestzuckergehalt) und die Produktionsbeschränkung mit Entscheid der ILFD vom 27. Juni 2013 wie folgt festgesetzt:

	Produktions- beschränkung	Mindestzuckergehalt (Öchslegrad)
<b>Vully</b>		
Chasselas:	1,100 kg/m <sup>2</sup>	64°
andere weisse Rebsorten:	1,100 kg/m <sup>2</sup>	70°
Pinot noir:	1,000 kg/m <sup>2</sup>	75°
andere rote Rebsorten:	1,100 kg/m <sup>2</sup>	70°
<b>Cheyres</b>		
weisse Rebsorten:	1,250 kg/m <sup>2</sup>	62°
rote Rebsorten:	1,100 kg/m <sup>2</sup>	70°

Nur die Trauben, die diese Kriterien erfüllen, erlauben die Herstellung von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung (AOC). Die gesamte Weinlese 2013 der Weinberge Vully und Cheyres erfüllt die Anforderungen für die kontrollierte Ursprungsbezeichnung.

Die Erträge der Weinlese 2013 lagen deutlich unter den Ergebnissen der vergangenen 10 Jahre. Der Gesamtertrag aller kantonalen Rebflächen beträgt für alle Rebsorten zusammen 803 776 kg. Was die Qualität betrifft, so war der in Öchslegrad gemessene Zuckergehalt leicht tiefer als im Vorjahr. Trotz der schwierigen meteorologischen Bedingungen während der Vegetationszeit war der Gesundheitszustand der Traubenernte gut.

#### 4.2 Tätigkeiten der Kommissionen

**Landwirtschaftskommission.** Die Landwirtschaftskommission hat eine Sitzung abgehalten.

**Kommission für Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft.** Die Kommission hat 9 Plenarsitzungen abgehalten.

**Rekurskommission für Bodenverbesserungen.**

Zu behandelnde Angelegenheiten	am 1. Januar 2013	0
Eingereichte Angelegenheiten	im Jahr 2013	0
Gefällte Entscheide	im Jahr 2013	0
Zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2013	0

**Kommission für Grundstückerwerb.** Die Kommission für Grundstückerwerb trat 2013 insgesamt 14-mal zusammen, 5-mal im Plenum und 9-mal in kleinerer Zusammensetzung.

Sie befasste sich mit verschiedenen Dossiers, davon betrafen:

- > 7 das Tiefbauamt (TBA)
- > 4 andere Stellen der Staatsverwaltung
- > 7 die Gemeinden
- > 2 die Pfarreien/Pfarrpründe

**Pflanzenschutzkommission.** Die Kommission hat eine Sitzung abgehalten. Sie wurde vom Pflanzenschutzdienst der kantonalen Station für Tierproduktion und Pflanzenbau in Grangeneuve über den Stand der Pflanzengesundheit im Berichtsjahr informiert.

**Kommission für die Degustation von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung.** Sie ist zweimal zusammengetreten.

---

### 4.3 Schweizerischer Hilfsfonds für nicht versicherbare Elementarschäden

Dieser Fonds hat verschiedenen Geschädigten im Kanton insgesamt 65 172 Franken ausbezahlt (2012: 67 128). Davon wurden 34 020 Franken für die Wiederinstandstellung von Werken der Bodenverbesserungskörperschaften ausgerichtet. Einige Schadenfälle werden zurzeit von den Verantwortlichen des schweizerischen Hilfsfonds in Bern überprüft. Der Betrag schwankt von Jahr zu Jahr gemäss der Zahl und dem Ausmass der Schäden.

### 4.4 Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche

Gemäss dem Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 (LandwG) werden örtliche Landwirtschaftsverantwortliche eingesetzt, die den Auftrag haben, auf lokaler Ebene bei der Ausführung der Verwaltungsaufgaben in den verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft mitzuarbeiten.

Am 31. Dezember 2013 waren im ganzen Kanton 150 Personen zu örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen ernannt.

### 4.5 Landwirtschaftliche Pacht

Das Amt ist gemäss Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht zur Einsprache gegen den Pachtzins für landwirtschaftliche Grundstücke befugt. In dieser Eigenschaft hat es im Jahr 2013 18 landwirtschaftliche Pachtverträge behandelt, davon 4 Pachtverträge für Grundstücke des Staates, von Gemeinden oder der Kirche. Gegen 18 Pachtverträge, oder 100 % der behandelten Verträge, erhob es Einsprache.

### 4.6 Viehhandelspatente

Gestützt auf die interkantonale Übereinkunft vom 13. September 1943 über den Viehhandel wurden 52 Viehhandelspatente und 12 Vermittlerpatente abgegeben.

Zwei Kandidaten haben am Einführungskurs für neue Händler teilgenommen.

Die Konsultativkommission für Taxation, bestehend aus einem Vertreter pro Bezirk und zwei Vertretern der Nutztiersversicherungsanstalt (Sanima), hielt eine eintägige Sitzung ab. Sie setzte die Umsatzgebühren für die Viehhändler gestützt auf die Verordnung vom 23. April 2013 über die Prämien der Sanima für die jährliche Versicherungsperiode fest.

### 4.7 Besondere Ereignisse

Die vom Grossen Rat genehmigten Massnahmen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft wurden 2013 zu Ende gebracht. Das Amt konnte die Massnahme Nr. 24 «Revitalisierung der Alpwirtschaft» abschliessen, die zum Bau eines Reifungskellers für Alpkäse in Charmey und zur Sanierung von über 50 Käseproduktionsstandorten auf den Alpen beigetragen hatte.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung der PA 14-17 haben das Amt stark in Anspruch genommen.

## 5 Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

Amtsvorsteher und Kantonstierarzt: **Dr. Grégoire Seitert**

Stellvertretender Amtsvorsteher und Kantonschemiker: **Dr. Jean-Marie Pasquier**

---

### 5.1 Einleitung

Das Jahr 2013 war für das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW) von zwei grossen Ereignissen geprägt: der Rindertuberkulose und der Verschmutzung von Trinkwassernetzen.

Zudem gab es 2013 erneut einen Skandal im Lebensmittelbereich: Pferdefleisch war in Lebensmitteln als Rindfleisch deklariert worden (z. B. Lasagne). Dieser Skandal brachte einen grossangelegten Betrug in Europa im Bereich Fleischprodukte zu Tage. In der Schweiz führten die Kontrollorgane rasch Probenahmen und Analysen durch und

---

teilten die Ergebnisse mit. Dieses Phänomen war in unserem Land jedoch von geringem Ausmass. Dieser Skandal hat gezeigt, wie wichtig die Überwachung und die Rückverfolgbarkeit sind.

Ende 2012 hat das LSVW eine Software (LIMSOPHY) für die Kontrolle (Inspektion, Probenahme, Analyse) von Lebensmitteln in Betrieb genommen, die alle Westschweizer Kantone gemeinsam nutzen. 2013 konnten die vielen Vorteile dieser Lösung festgestellt werden. Es zeigten sich jedoch auch Schwachpunkte, die verbessert werden müssen. Diese Software ermöglicht eine bessere Kenntnis der Kontrolltätigkeiten in Echtzeit; sie trägt dazu bei, dass strategische Optionen im Kontrollbereich festgelegt und die Methodik in den sechs Westschweizer Kantonen vereinheitlicht werden können.

Die Bau-/Renovationsarbeiten des zukünftigen EVA-Gebäudes (Environnement, Eau, Vétérinaire, Alimentaire - Umwelt, Wasser, Veterinärwesen, Lebensmittel), in dem unter anderem das LSVW untergebracht werden wird, sind für die betroffenen Dienststellen (LSVW, Amt für Umwelt, Sektion Gewässer des Tiefbauamts) mit viel Arbeit verbunden.

## **5.2 Tätigkeit**

### **5.2.1 Direktion und Verwaltung**

Die im August 2012 begonnene Neuorganisation des Amtes wurde während des ganzen Berichtsjahrs weitergeführt. Der Amtsvorsteher, sein Stellvertreter und die Sektionschefs haben namentlich an der Festlegung der Leistungen, Aufträge und Aufgaben auf der Stufe des Amtes und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LSVW gearbeitet. Die erste Phase der Reorganisation des LSVW, die mit dem neuen, vom Staatsrat am 15. Januar 2013 validierten Organigramm abgeschlossen wurde, basiert auf einer Neuzuteilung der Leistungen. Der neue Leistungskatalog wurde von der ILFD am 26. Januar 2013 gutgeheissen. 109 Pflichtenhefte wurden anschliessend fertiggestellt und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor dem 15. April 2013 unterzeichnet. Das Amt stützt sich von nun an auf die revidierten Pflichtenhefte und die neue Verteilung der Aufgaben; es werden regelmässig Qualifikationsgespräche durchgeführt. All dies erlaubte es den Kadern, die für die Führung des Amtes notwendigen Anpassungen vorzunehmen.

Gleichzeitig wurde Ende Januar 2013 eine wichtige Klärung im Bereich der Unterschriftsberechtigungen im Amt vorgenommen.

Zudem hat jede der 17 Organisationseinheiten (OE) im Rahmen der Umsetzung der Grundsätze des Public Management für sich Ziele festgelegt, die mit SMART-Indikatoren gemessen werden. Jede vierteljährliche Bilanz wurde anschliessend der ILFD mitgeteilt. Alle für 2013 gesetzten Ziele konnten dank dem grossen Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LSVW sowie der verschiedenen Partner des Amtes erreicht werden.

Im Hinblick auf die Struktur- und Sparmassnahmen wurden überflüssige Aufgaben gestrichen. Dies führte zur Anpassung verschiedener Erlasse, wie des Reglements über die Hundehaltung, des Tierschutzreglements, des Reglements über das Trinkwasser, der Verordnung über die Bieneninspektoren, zur Bildung einer neuen Aufsichtskommission für Tierversuche und zur Ausarbeitung des Entwurfs der Tierseuchenverordnung, eines Reglementsentwurfs über die Lebensmittelsicherheit und schliesslich eines Verordnungsentwurfs über die Verfahrenskosten des LSVW.

Im Berichtsjahr konnte das Amt zudem zu 32 Entwürfen zu Gesetzesrevisionen Stellung nehmen. Es wirkte für seine Direktion zudem an drei Antwortentwürfen zu parlamentarischen Vorstössen mit, die vom Grossen Rat eingereicht worden waren.

Das Amt erliess 2'270 verwaltungsrechtliche Verfügungen mit Angabe der Rechtsmittel. Zudem hat es 5 Tierhaltungsverbote erlassen. Das LSVW hat 32 Einsprachen beantwortet, 11 Stellungnahmen im Rahmen von Beschwerdeverfahren abgegeben und 120 Dossiers an die Staatsanwaltschaft überwiesen zur Einreichung einer Strafanzeige.

	Verfügungen	Einsprachen	Beschwerden	Verzeigungen
Chemie- und Biologielabor	242	2	1	14
Lebensmittelinspektorat	798	10	2	56
Trinkwasser- und Chemikalieninspektorat	173	1	1	0
Tiergesundheit	870	0	2	16
Fleisch- und Schlachthofinspektorat	33	19	0	0
Tierschutz	154	-	5	34
<b>Insgesamt</b>	<b>2270</b>	<b>32</b>	<b>11</b>	<b>120</b>

## 5.2.2 Laboratorien

### 5.2.2.1 Lebensmittelbiologie

2013 nahm der Sektor mikrobiologische Analysen von 3048 Trinkwasserproben und 562 Lebensmittelproben im Rahmen von 4 internen und einer nationalen Kampagne vor. Zu diesen Analysen kommen 145 Untersuchungen von Proben hinzu, die zur Validierung zwei neuer Methoden durchgeführt worden waren.

Das Ziel, 800 Lebensmittelproben zu untersuchen, wurde nur teilweise erreicht (2013: 562); Es ist jedoch ein Fortschritt von 35 % (200) gegenüber den 2012 vorgenommenen Analysen (362) zu verzeichnen.

In der folgenden Tabelle sind die Ergebnisse der mikrobiologischen Analysen von Lebensmitteln zusammengefasst:

Mikrobiologische Untersuchungskampagne	Anzahl Probenahmen	Nicht vorschriftsgemässe Proben
Restaurationsbetriebe	323	80 (25 %)
Eiswürfel	40	16 (40 %)
Gekochte Fleischerzeugnisse	75	33 (44 %)
Pizzabelag	58	17 (19 %)
pflanzliche Rohkost	66	0 (%)

Das Laboratorium Lebensmittelbiologie hat seine analytischen Kompetenzen mit der Einführung und Validierung zweier zusätzlicher Analyseverfahren wie geplant erweitert: Untersuchung (Kultur und Isolierung) von Legionellen im Wasser und Untersuchung auf Staphylokokken-Enterotoxine anhand eines Immunoanalyzers (Minividas®).

### 5.2.2.2 Veterinärbiologie

Im analytischen Bereich war das Jahr 2013 hauptsächlich durch die Einführung einer Methode zum Nachweis von Rindertuberkulose gekennzeichnet. Dazu hat das Laboratorium ein molekulares Verfahren eingeführt und validiert, mit dem Mykobakterien des M. Tuberculosis-Komplexes in den Lymphknoten und Abszessen erkannt werden können.

Im Informatikbereich prägte die Einführung der Anwendung Alis das Jahr 2013. Alis ermöglicht die vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) verlangte Datenmigration von LIMSOPHY, welche für den Transfer der veterinärmedizinischen Daten von den Kantonen zum Bund notwendig ist.

Zudem wurde das Projekt Pool West, zur Vernetzung der veterinärmedizinischen Labors der Kantone Freiburg, Neuenburg und Waadt, lanciert; dieses soll voraussichtlich 2014 abgeschlossen werden.

In der untenstehenden Tabelle sind die routinemässig durchgeführten Analysetätigkeiten des veterinärbiologischen Laboratoriums im Jahr 2013 (mit den Zahlen 2012 zum Vergleich) zusammengefasst:

Diagnostische Untersuchungen von Krankheiten mit Meldepflicht Anamnese	Untersuchtes Gewebe	Anzahl Untersuchungen		Anzahl positiver Untersuchungen	
		2012	2013	2012	2013
IBR / IPV (Rinder)	Blut	3012	3185	0	1 (Rentier)
Brucellose (Rinder)	Blut	632	815	0	4
	Nachgeburten	466	452	0	0
Brucella melitensis (Schafe, Ziegen)	Blut	553	888	0	0
Coxiellose (Rinder, Schafe; Ziegen)	Blut	90	90	22	19
	Nachgeburten	466	457	8	10
Enzootische Leukose (Rinder)	Blut	1185	966	0	0
Leptospirose (alle Tiere)	Blut	13	29	2	0
Kryptosporidiose (Kälber)	Kot	13	11	8	9
Salmonellose (alle Tiere)	Verschiedenes	81	95	2	0
Serologische Untersuchungen auf <i>Salmonella</i> Enteritidis (Geflügel)	Eier	484	473	20	31
Caprine Arthritis-Encephalitis (Ziegen)	Blut	2518	345	3	0
Ansteckende Pferdemetritis (Pferde)	Tupfer	1	3	0	0
Aujeszkysche Krankheit (Schweine)	Blut	731	1071	0	0
EP (Enzootische Pneumonie der Schweine)	Lungen	49	8	3	1
APP (Actinopleuropneumonie bei Schweinen)	Lungen	181	119	65	61
PRRS (Schweine)	Blut	735	1071	0	0
BSE (Rinder)	Obex	1899	916	0	0
Blauzungenkrankheit BT, Virus RT-PCR (Rinder und Ziegen)	Blut	54	131	0	0
BVD Antikörper (Rinder)	Blut	5323	3391	126	199
BVD Virus RT-PCR (Rinder)	Blut / Ohrgewebe	1447	3287	14	41
Paratuberkulose, Antikörper ELISA (Rinder)	Blut	10	9	4	3
Paratuberkulose, Antigen PCR (Rinder)	Kot	9	14	4	5
Trichinen (Schweine)	Muskulatur	361	259	0	0
Pseudotuberkulose (Ziegen)	Eiter	3	2	2	1
Rauschbrand (Rinder)	Muskel	0	1	0	1

Verschiedene Untersuchungen: Art der Untersuchung	2012	2013
Mastitismilchanalysen (Kuh, Ziege)	1623	1602
Antibiogramme der Mastitismilch-Keime oder bakteriologische Untersuchungen	31	42
Mikrobiologische Fleischuntersuchungen (MFU) von Rindern, Schweinen und Pferden in Schlachthöfen	136	133 (davon 8 positiv auf Hemmstoffe)
Verschiedene bakteriologische Untersuchungen (Urin, Kot, Eiter, Organe usw.)	80	134
parasitologische Analysen im Kot	48	45
Untersuchung auf Hemmstoffe (kantonale und nationale Kampagnen bei Rindern, Schweinen und Pferden in Muskulatur und Niere)	725	846 (darunter 7 positiv)

### 5.2.2.3 Chemielabor

Im Chemielabor wurden insgesamt 2836 Wasserproben (Ziel: 3000 Proben) und 970 Proben (Ziel: 800 Proben) von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen untersucht, und zwar im Rahmen von drei kantonalen und acht interkantonalen Kampagnen in der Westschweiz.

Die folgende Tabelle fasst die Ergebnisse der chemischen Analysen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen zusammen:

<b>Kantonale Kampagnen (Analysen durch das LSVW Freiburg)</b>	<b>Anzahl Probenahmen</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben</b>
Flüchtige organische Verbindungen (VOC) im Trinkwasser	51	0
Mykotoxine (Afla- und Ochratoxine) in Gewürzen	54	7 (13 %)
SO <sub>2</sub> in Trockenfrüchten	42	0

<b>Interkantonale Kampagnen (Analysen durch das LSVW Freiburg)</b>	<b>Anzahl Probenahmen (FR/andere Westschweizer Kantone)</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben (FR/andere Westschweizer Kantone)</b>
Trihalogenmethane in gedeckten Schwimmbädern	33 / 30	3 (9 %) / 6 (20 %)
Aufhellende Produkte in Kosmetika	20 / 47	3 (15 %) / 14 (30 %)
Schwermetalle in Fischen	20 / 66	0 / 6 (9 %)
Migration von Nickel und Kadmiumgehalt in Schmuck	41 / 51	33 (80 %)* / 10 (20 %)
Alkohol- und Schwefeldioxidgehalt in Wein und Traubenmost	20 / 72	6 (30 %) / 8 (11 %)
Fett- und Wassergehalt in Käse	20 / 52	2 (10 %) / 11 (21 %)
Laktosegehalt in «laktosefreien» Produkten	17 / 46	0 / 0
Trihalogenmethane in offenen Schwimmbädern	20 / 17	6 (30 %) / 7 (41 %)**

<b>Interkantonale Kampagnen (Analysen durch andere Westschweizer Kantone)</b>	<b>Anzahl Probenahmen (LSVW Freiburg)</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben (LSVW Freiburg)</b>
Produkte mit natürlichen Aromen	16	0
Stoffe von Lebensmittelverpackungen	20	0
Chemische UV-Filter in Sonnenschutzmitteln	10	0
Phtalate in Kosmetika	Laufende Analyse	
Pestizide und quartäre Ammoniumverbindungen (BAC und DDAC) in frischen Früchten und Gemüse	26	0

Interkantonale Kampagnen (Analysen durch andere Westschweizer Kantone)	Anzahl Probenahmen (LSVW Freiburg)	Nicht vorschriftsgemässe Proben (LSVW Freiburg)
Tierarzneimittel in Zuchtfischen	15	0
Identifizierung von Fischarten	19	1 (5 %)
Antimikrobielle Stoffe in Kosmetika	20	0
Farbstoffe in Gewürzen	21	6 (29 %)
Farbstoffe in Süswaren	28	7 (25 %)
Süssungsmittel in Wein	20	1 (5 %)
PCDD/F-PCB-Aflatoxine	16	0
Fleischdeklaration in Fleischerzeugnissen	17	3 (18 %)
GVO - Nahrungsergänzungsmittel und Ergänzungsnahrung für Sportler	18	1 (6 %)
Verfälschungen bei Honig	10	0

\* 2013 wurde die Schmuckanalyse im Kanton Freiburg erstmals mithilfe eines Röntgenfluoreszenz-Analysators verbessert, mit dem die Objekte bestimmt werden können, die eine erhöhte Menge der gesuchten Schwermetalle enthalten. Berücksichtigt man alle anhand des Analysators direkt im Verkaufsgeschäft getesteten Objekte, so waren von insgesamt 179 Proben 33 (18 %) nicht vorschriftsgemäss.

\*\* Für offene Schwimmbecken ist derzeit kein gesetzlicher Grenzwert in Kraft. Diese Kampagne wurde als Monitoring durchgeführt. In der Tabelle werden die Anzahl Proben angegeben, die den geltenden gesetzlichen Wert für gedeckte Schwimmbäder überschreiten.

### 5.2.3 Trinkwasser, öffentliche Schwimm- und Strandbäder

#### Analysen

Wie es das kantonale Trinkwassergesetz verlangt, müssen die öffentlichen oder privaten Verteiler die im Rahmen ihrer Selbstkontrolle entnommenen Proben dem LSVW liefern. Zusätzlich zu diesen Proben hat das LSVW das Wasser analysiert, das von Privaten oder im Rahmen von amtlichen Kontrollen entnommen wurde. In der folgenden Tabelle werden die Trinkwasseranalysen zusammengefasst.

	Gewässer	Proben	Nicht vorschriftsgemässe Proben
Dem LMG nicht unterstellte Gewässer	Seen	84	-
	Fassungen (vor Aufbereitung)	379	-
	Übrige	330	-
Dem LMG unterstellte Gewässer	Quellen	298	32 (11 %)
	nach Aufbereitung	187	15 (8 %)
	Verteilt	1789	112 (6 %)
<b>Total</b>		<b>3067</b>	<b>159 (7 %)</b>

Zusätzlich zu den kantonalen und interkantonalen Kampagnen hat die Sektion zwei Reihen von systematischen Kontrollen durchgeführt. Die erste Reihe bestand darin, im Januar die mikrobiologische Qualität des Wassers von 16 Gemeinden zu untersuchen, die aufgrund der Bedeutung ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit ausgewählt wurden. Alle Ergebnisse entsprachen den Vorschriften der Gesetzgebung.

Bei der zweiten Reihe wurden 38 Proben entnommen und auf 8 Pestizide oder Pestizidabbauprodukte untersucht, die aufgrund der Wahrscheinlichkeit ihres Vorkommens und der analytischen Möglichkeiten des Amtes ausgewählt

wurden. Während die Fremd- und Inhaltsstoffverordnung (FIV) für Pestizide und deren relevanten Metaboliten einen Toleranzwert von 0,1 µg/l festlegt, haben die übrigen «nicht relevanten» Inhaltsstoffe im Allgemeinen keinen gesetzlich festgelegten Grenzwert. Die Legitimität dieser unterschiedlichen Behandlung wird in den betroffenen Kreisen kontrovers diskutiert.

Alle Ergebnisse entsprachen den Vorschriften der Gesetzgebung. In 24 Proben wurden jedoch Rückstände gefunden. Bei 17 Proben wurden Werte über 0,1 µg/l (der höchste festgestellt Gehalt lag bei 1,1 µg/l) festgestellt. In allen Fällen war der beanstandete Inhaltsstoff Desphenyl-Chloridazon, ein Abbauprodukt des Herbizids Chloridazon, das insbesondere im Zuckerrübenanbau verwendet wird. Da dieser Rückstand als nicht relevant betrachtet wird, wurden die Fälle nicht beanstandet.

### **Verschmutzung**

Wie bereits in den vergangenen Jahren musste sich die Sektion «Trinkwasser, Schwimmbäder, öffentliche Strandbäder» mit mehreren Verschmutzungen von öffentlichen Trinkwassernetzen befassen. Es gab insgesamt 20 Verschmutzungen, davon 8 bei öffentlichen Netzen und 12 bei kleinen Privatverteilern.

Diese Verschmutzungen bringen einen erheblichen Aufwand bei der Kontrolle der Massnahmen und der Information mit sich. Manche Verteiler, die eine solche Situation nicht vorhergesehen haben, stehen leider hilflos da, wenn ihr Wasser den Anforderungen nicht mehr entspricht.

Das LSVW stellt auf seiner Website folgende Dokumente zur Verfügung, die den Verteilern dabei helfen sollen, sich auf die Möglichkeit einer Verschmutzung ihres Trinkwassers vorzubereiten: «Hilfe zum Erstellen einer Notfalldokumentation für das Vorgehen bei Trinkwasserverunreinigungen» und «Standard-Vorgehensweise bei der Handchlorung eines Trinkwassernetzes».

### **Inspektionen**



Es wurden 25 systematische Inspektionen von Trinkwassernetzen durchgeführt. Seit dem 1. Januar 2013 schreibt das Trinkwasserreglement vor, dass neue oder renovierte Anlagen vor ihrer Inbetriebnahme inspiziert werden müssen. In diesem Rahmen wurden ausserdem acht Augenscheine oder Teilinspektionen vorgenommen. Die Beanstandungen betrafen am häufigsten die Selbstkontrolle, wo die Gefahrenanalyse oft lückenhaft ist, die Prozesse und Tätigkeiten, wo die Tätigkeiten nicht immer aufgezeichnet werden, und die Anlagen selbst, die oft nicht

den aktuellen Regeln der Technik entsprechen. Da, wo grössere Arbeiten durchgeführt werden müssen, verlangt das LSVW die Ausarbeitung eines Plans der Trinkwasserinfrastrukturen (PTWI), einschliesslich eines Konzepts und einer mittelfristigen Versorgungsplanung, bevor die komplette Sanierung der Anlagen verlangt wird.



Auch wenn einige Trinkwasseranlagen den aktuellen Normen nicht mehr entsprechen, können oft erhebliche Verbesserungen festgestellt werden, die dank den Anstrengungen der Verteiler und der Gemeinden möglich sind.

### **Planung**

Parallel zu diesen Arbeiten hat die Sektion den Entwurf der Richtlinien für die Erstellung der PTWI, den Entwurf der Richtlinien für die Überwachung der Wassernetze (Probenahmen) und den Entwurf des neuen Gemeindereglements für die Trinkwasserverteilung ausgearbeitet. Diese Dokumente sind derzeit Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens und dürften im Verlauf des Jahres 2014 in Kraft treten.

### **Schwimmbäder**

Im Rahmen der Badeanstalten des Kantons wurden 98 Proben entnommen und vom LSVW untersucht. 22 (22 %) entsprachen den in der SIA-Norm 385/9 festgelegten Toleranzwerten nicht. In 4 Fällen musste die Anstalt provisorisch geschlossen werden, um die Sicherheit der Badegäste zu gewährleisten.

---

## Öffentliche Strandbäder

Das Wasser der 9 öffentlichen Strandbäder des Kantons wurde im Jahr 2013 einer mikrobiologischen Kontrolle unterzogen. Die Analysekriterien wurden an die neuen Empfehlungen des Bundesamts für Umwelt und des Bundesamts für Gesundheit angepasst (Beurteilung der Badegewässer, 2013, verfügbar auf folgender Website des Bundes: <http://www.bafu.admin.ch/publikationen/publikation/01714>).

8 Strände wurden in die Qualitätsklasse A eingestuft, einer in die Klasse B. Bei dieser Beurteilung ist eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch Badewasser nicht zu erwarten.

### 5.2.4 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände - Inspektionen

Seit Ende 2012 verwendet das Lebensmittelinspektorat gemeinsam mit den übrigen Westschweizer Kantonen die Informatikanwendung LIMSOPHY für die Erstellung der Inspektionsrapporte. Mit dieser Anwendung kann jederzeit und direkt vor Ort auf die Daten des Betriebs, die entnommenen Proben und die angeordneten Massnahmen zugegriffen werden. Zudem kann damit automatisch das Datum der nächsten Inspektion festgelegt werden (die Frist wird berechnet auf der Grundlage des Konzepts des Verbands der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) zur Bestimmung der Kontrollfrequenzen von Lebensmittelbetrieben basierend auf der Ermittlung statischer und dynamischer Kriterien).

Neben der Entnahme von Proben führt das Lebensmittelinspektorat hauptsächlich Inspektionen in den rund 3600 Betrieben des Kantons durch, die im Bereich der Lebensmittel oder Gebrauchsgegenstände tätig sind. Von den 1375 Inspektionen, die 2013 von den 6 Mitarbeitern des Inspektorats durchgeführt wurden (983 im Jahr 2012), wurden in 71 % der Fälle Mängel festgestellt, für die Korrekturmassnahmen angeordnet wurden. Diese Inspektionen fanden mehrheitlich in Restaurationsbetrieben statt (57 %), gefolgt von den Geschäften (23 %), den gewerblichen Betrieben (Käsereien, Metzgereien, Bäckereien usw.: 19 %) und der Industrie (1 %). Das Lebensmittelinspektorat überprüft zudem die Erfüllung der Anforderungen des Lebensmittelrechts bei Baubewilligungsgesuchen (148 Stellungnahmen im Jahr 2013), ruft nicht vorschriftsgemässe Produkte zurück (14 Fälle) und arbeitet bei der Ausbildung für Geschäftsführer von öffentlichen Gaststätten mit.

Kontrollen wurden insbesondere in Alphütten durchgeführt, wo Milchprodukte hergestellt werden (59 Inspektion), sowie, im Auftrag der IZS (Interkantonale Zertifizierungsstelle) im Rahmen der Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften des Pflichtenhefts für den Gruyère AOP und den Vacherin fribourgeois AOP. Das Lebensmittelinspektorat hat ab Mai 2013 zudem damit begonnen, die Einhaltung der Vorschriften der neuen «Leitlinie für eine gute Hygienepraxis in Fleischfachbetrieben» in den Freiburger Metzgereibetrieben zu überprüfen (74 Inspektionen). Vorgängig ist mit dem Metzgermeisterverband des Kantons Freiburg darüber diskutiert worden. Das Verfassen der Inspektionsrapporte sowie die Planung und die Weiterverfolgung der Kontrollen werden durch die Software LIMSOPHY erheblich erleichtert. Im Übrigen können mit dieser Software die Betriebsbewilligungen für Betriebe, die Lebensmittel tierischer Herkunft verarbeiten, optimal verwaltet werden. Ende 2013 ist ein neuer Mitarbeiter zum Inspektorat hinzugestossen – damit wird eine verstärkte Tätigkeit des Amtes im deutschsprachigen Teil des Kantons ermöglicht.

### 5.2.5 Kantonale, interkantonale und nationale Kampagnen

Das LSVW hat 8 kantonale Kontrollkampagnen organisiert. Es war an 23 Kampagnen beteiligt, die im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen durchgeführt wurden, bei 8 davon als Analyselabor, und an 4 nationalen Kampagnen.

#### 5.2.5.1 Mikrobiologische Kampagnen (kantonal und interkantonale)

### Öffentliche Gaststätten, Kollektivküchen und Kantinen

Analyse der mikrobiologischen Qualität verschiedener verderblicher Produkte: Mit diesen Kontrollen soll überprüft werden, ob die guten Hygienepraktiken eingehalten werden. 2013 ist die Beanstandungsrate (25 %) im Vergleich zu jener aus dem Vorjahr (27,5 %) leicht gesunken (- 2,5 %). Besonderes Augenmerk wird dabei auf heikle Produkte wie Reis, Teigwaren und gekochtes Gemüse gerichtet. Die Ergebnisse ergaben hauptsächlich hohe Werte an aeroben

---

mesophilen Keimen und Enterobakterien (fäkale Verunreinigungen), was oft mit einem schlechten Umgang mit der Kühlkette und der Haltbarkeit bzw. einer schlechten Anwendung der Hygieneregeln gleichzusetzen ist.

### **Analyse von Eiswürfeln**

Mit dieser Kampagne sollte die mikrobiologische Qualität (in Zusammenhang mit den Herstellungs-, Verarbeitungs- und Lagerungsbedingungen) von Eiswürfeln in Erfahrung gebracht werden, die anhand von Eiswürfelmaschinen oder mit Leitungswasser hergestellt wurden. 16 (40 %) von 40 Proben entsprachen nicht den Vorschriften. Die Ergebnisse ergaben in absteigender Reihenfolge hauptsächlich erhöhte Werte an aeroben mesophilen Keimen (11/16), Pseudomonas (6/16) und an Enterokokken (3/16). Die Hygieneregeln werden somit bei der Herstellung und Aufbewahrung lückenhaft angewendet.

### **Analyse von gekochten oder gebrühten Fleischerzeugnissen, die vor Ort hergestellt werden**

Diese 2012 gestartete Kampagne hat Lücken auf Ebene des Prozessmanagements (Kontrolle der Kerntemperatur, Verunreinigung beim Verpacken, Haltbarkeitsfrist) in gewerblichen Metzgereien aufgezeigt. Das Ziel für 2013 war die Überprüfung der Einhaltung der Fabrikationsparameter (namentlich: Koch- oder Brühzeit und -temperatur, aber auch Kühlung und Verpackung) für vor Ort hergestellte Produkte. 33 (44 %) von 75 Proben entsprachen nicht den Vorschriften. Diese Ergebnisse bestätigen, dass die Prozesshygiene verbessert werden muss.

### **Pizzabelag**

Ziel dieser Kampagne, bei der Proben in Restaurationsbetrieben entnommen wurden, war die Kontrolle der mikrobiologischen Qualität der als Pizzabelag verwendeten Zutaten. 17 (29 %) von 58 Proben entsprachen nicht den Vorschriften. Die Ergebnisse ergaben hauptsächlich hohe Werte an aeroben mesophilen Keimen und Enterobakterien (fäkale Verunreinigungen). Das zeigt, dass die Hygieneregeln beim Umgang mit der Kühlkette und bei der Aufbewahrung lückenhaft angewendet wurden.

### **Pflanzliche Rohkost (nationale Kampagne)**

Diese Kampagne hatte zum Ziel, den mikrobiologischen Status von pflanzlicher Rohkost (Salat, Keimlinge, Kräuter) festzustellen und insbesondere herauszufinden, ob die Produkte durch Salmonellen oder enterohämorrhagischen bzw. Shigatoxin-bildende Escherichia Coli (EHEC/STEC) verunreinigt sind. Von den 66 vom Kanton Freiburg untersuchten Proben war keine verunreinigt und alle waren mikrobiologisch konform.

#### **5.2.5.2 Chemische Analysen**

### **Flüchtige organische Verbindungen (VOC) im Trinkwasser**

Mit dieser kantonalen Kampagne sollte untersucht werden, ob flüchtige organische Verbindungen im Trinkwasser vorhanden sind. 67 Substanzen sind quantitativ untersucht worden. In einer einzigen von 51 Proben wurde eine Spur von Dichlorodifluoromethan entdeckt. In dieser Konzentration hat diese Substanz keine toxikologische Wirkung auf den Menschen. Zur Information, die Vermarktung dieser zu den Freonen gehörenden Substanz, die früher in den Kältekreisläufen von Kühlgeräten verwendet wurden, ist heute verboten.

### **Mykotoxine (Afla- und Ochratoxine) in Gewürzen**

Ziel dieser kantonalen Kampagne war die Untersuchung von Mykotoxinen in Gewürzen. Mykotoxine sind sekundäre Stoffwechselprodukte aus Schimmelpilzen und gehören hauptsächlich zur Gruppe der Aspergillus, Penicillium oder Fusarium. In Tierversuchen konnten neurotoxische, mutagene, teratogene und kanzerogene Wirkungen dieser Substanzen nachgewiesen werden.

Diese Kampagne wird bereits seit mehreren Jahren vom LSVW durchgeführt, doch die Beanstandungsrate ist hoch geblieben: 3 % im Jahr 2013, 8 % im Jahr 2011 und 10,5 % im Jahr 2010. Diese Ergebnisse und die zahlreichen RASFF-Warnungen (Rapid Alert System for Food and Feed) zeigen, dass das Problem leider noch nicht behoben ist.

### **Schwefeldioxid in Trockenfrüchten**

Diese kantonale Kampagne hatte zum Zweck, den Schwefeldioxidgehalt in Trockenfrüchten zu bestimmen. Schwefeldioxid ist ein Konservierungsmittel und seine Verwendung ist in der Zusatzstoffverordnung geregelt. Die Höchstwerte ebenso wie die Deklaration der Verwendung dieses Zusatzstoffs wurden in allen Proben eingehalten.

### **Trihalogenmethan in gedeckten Schwimmbädern**

Diese kantonale Kampagne wurde 2009 gestartet und wurde 2012 als interkantonale Kampagne vorgeschlagen. Die interkantonale Kampagne 2013 hatte zum Ziel, die Situation des Badewassers der öffentlichen gedeckten Schwimmbäder in Bezug auf Trihalogenmethane (THM) (Nebenprodukt der Reaktion von Chlor oder seinen Derivaten, die zur Desinfektion der Bassins verwendet werden, mit verschiedenem organischem Material, das mit den Badegästen ins Wasser gelangt) zu untersuchen. Die Belastung mit diesen Substanzen, die als "wahrscheinlich karzinogen für den Menschen" betrachtet werden, hat langfristig eine kumulative Wirkung. In der geltenden SIA-Norm 385/9 wird ein Grenzwert von 20 µg/kg für die Summe der THM, ausgedrückt in Chloroform, vorgesehen. Seit 2009 hat es die fortwährende Kontrolle der THM in den gedeckten Schwimmbädern des Kantons Freiburg ermöglicht, den Beanstandungsgrad auf rund 10 % zu senken und ihn dort einzupendeln.

### **Trihalogenmethan in offenen Schwimmbädern**

Da die Aufnahme dieser Substanzen in gedeckten und offenen Schwimmbädern vergleichbar ist, hatte diese Kampagne zum Ziel, zu überprüfen, ob sich die Situation in offenen Schwimmbädern von jener in gedeckten Schwimmbädern unterscheidet. Obwohl derzeit für offene Schwimmbecken kein gesetzlich festgelegter Grenzwert besteht, sind die Ergebnisse wenig erfreulich.

### **Aufhellende Produkte in Kosmetika**

Aufhellende Produkte wie Abutin, Hydrochinon und Kojisäure sind in Kosmetika in Europa verboten oder begrenzt. Diese Kampagne, die 2013 interkantonale durchgeführt wurde, wird im Kanton Freiburg seit 2008 durchgeführt. Seit dem Beginn dieser Kampagne ist der Beanstandungsgrad von 38 % auf derzeit 15 % gesunken. Obwohl die Anzahl Beanstandungen immer noch hoch ist, scheint es, dass die Überwachung dieser Substanzen die ersten Früchte trägt.



### **Schwermetalle in Fischen**

Da der Organismus von Fischen Schwermetalle nicht ausscheiden kann, häufen sich diese im Verlauf der Nahrungskette an. Die grossen Raubfische am Ende der Nahrungskette können manchmal grosse Mengen an Schwermetallen enthalten. In dieser interkantonalen Kampagne sollten die Kadmium-, Blei- und Quecksilbergehalte in Fischen und Meeresfrüchten analysiert werden. Obwohl im Kanton Freiburg keine Probe entnommen wurde, zeigt der Prozentsatz der Beanstandungen bei den Proben der anderen Westschweizer Kantone, dass dieses Problem immer noch aktuell ist und überwacht werden muss.

### **Migration von Nickel und Kadmiumgehalt in Schmuck**

Nickel ist ein Allergen und Kadmium ein für den Menschen und die Umwelt sehr toxisches Metall. Diese Kampagne wurde aufgrund der hohen Beanstandungsraten bei der Westschweizer Kampagne 2012 und bei anderen Kampagnen der vergangenen Jahre organisiert.

Im Rahmen dieser interkantonalen Kampagne wurden insgesamt 98 Proben aus allen Westschweizer Kantonen auf die Migration von Nickel und ihren Kadmiumgehalt analysiert. Bei den Probenahmen in unserem Kanton wurde ein portables Röntgenfluoreszenz-Gerät verwendet. 179 Gegenstände wurden anhand dieses Geräts direkt vor Ort in 26 verschiedenen Geschäften analysiert. Davon enthielten 41 Proben hohe Werte der beiden Schwermetalle; diese wurden daher im Labor gemäss den geltenden Normen weiter analysiert. Der Beanstandungsgrad von 80 % bei den entnommenen Schmuckstücken muss daher aufgrund dieser gezielten Probenahme teilweise relativiert werden. Die aktuelle Situation ist jedoch immer noch inakzeptabel und zeigt, dass viele Geschäfte, welche diese Gegenstände

verkaufen, das Problem nicht im Griff haben. Es ist jedoch wichtig zu erwähnen, dass in 11 der 26 besuchten Geschäften mit dem Röntgenfluoreszenz-Gerät kein anstössiger Gegenstand gefunden wurde: der Beweis dafür, dass das Problem gelöst werden kann.

### **Alkohol- und Schwefeldioxidgehalt von Wein und Traubenmost**

Diese interkantonale Kampagne hatte zum Ziel, die Deklaration des Alkoholgehalts von Wein gemäss den Bestimmungen der Verordnung über alkoholische Getränke zu überprüfen, und gemäss der Verordnung über die Kennzeichnung und Anpreisung von Lebensmitteln zu bestimmen, ob Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>) vorhanden ist. Der Alkoholgehalt wird nicht von allen Weinproduzenten korrekt angegeben.

### **Fett- und Wassergehalt in Käse**

Ziel dieser interkantonalen Kampagne war es, die deklarierten Kategorien gemäss dem Fettgehalt und der Konsistenz zu überprüfen. Von den 20 Proben, die in Freiburger Geschäften entnommen wurden, entsprachen 2 (10 %) nicht den Vorschriften zu diesem Thema. Die Rate der nicht vorschriftsgemässen Proben beträgt über die ganze Westschweiz gesehen 18 %, was eine unbefriedigende Situation in diesem Bereich zutage fördert.

### **Laktosegehalt in «laktosefreien» Produkten**

Anhand dieser interkantonalen Kampagne sollte kontrolliert werden, ob Proben mit der Angabe «laktosefrei» oder «laktosereduziert» Laktose enthielten. Diese Kampagne war dadurch begründet, dass rund 15 bis 20 % der Schweizer Bevölkerung an einer Laktoseintoleranz leiden. Die Ergebnisse sind sehr erfreulich und zeigen, dass die Produzenten die Verfahren beherrschen.

#### **5.2.5.3 Weitere Kampagnen**

Im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen hat das LSVW durch Probenahmen und mit der Erstellung von Analyserapporten an 15 Kampagnen teilgenommen, deren Analysen in anderen Westschweizer Kantonen durchgeführt wurden.

Diese Kampagnen hatten zum Ziel, um hier einige Beispiele zu nennen, Produkte mit natürlichen Aromen, Stoffe von Lebensmittelverpackungen, chemische UV-Filter in Sonnenschutzmitteln, Phtalate in Kosmetika, Pestizide und quartäre Ammoniumverbindungen in frischen Früchten und Gemüse, Tierarzneimittel in Zuchtfischen, die Identifizierung von Fischarten, antimikrobielle Stoffe in Kosmetika, Farbstoffe in Gewürzen und Süswaren, Süsstoffe in Wein, PCDD/F-PCB und Aflatoxine in Milch und Milchprodukten, die Fleischdeklaration in Fleischerzeugnissen, genetisch veränderte Organismen (GVO) in Nahrungsergänzungsmitteln und Ergänzungsnahrung für Sportler sowie Verfälschungen von Honig zu analysieren.

In der unten stehenden Tabelle werden die Ergebnisse der Kampagnen zusammengefasst - mikrobiologische Analysen:

<b>Kantonale Kampagnen</b>	<b>Anzahl Probenahmen</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben</b>
Restaurationsbetriebe	323	80 (25 %)
Eiswürfel	40	16 (40 %)
Gekochte Fleischerzeugnisse	75	33 (44 %)
Pizzabelag	58	17 (19 %)
<b>Nationale Kampagnen</b>	<b>Anzahl Probenahmen</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben</b>
pflanzliche Rohkost	66	0 (%)

In der unten stehenden Tabelle werden die Ergebnisse der Kampagnen zusammengefasst - chemische Analysen:

<b>Interkantonale Kampagnen</b>	<b>Anzahl Probenahmen</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben</b>
Aufhellende Produkte in Kosmetika	20 / 47	3 (15 %) / 14 (30 %)

Interkantonale Kampagnen	Anzahl Probenahmen	Nicht vorschriftsgemässe Proben
Schwermetalle in Fischen	20 / 66	0 / 6 (9 %)
Migration von Nickel und Kadmiumgehalt in Schmuck	41 / 51	33 (80 %)* / 10 (20 %)
Alkohol- und Schwefeldioxidgehalt in Wein und Traubenmost	20 / 72	6 (30 %) / 8 (11 %)
Fett- und Wassergehalt in Käse	20 / 52	2 (10 %) / 11 (21 %)
Laktosegehalt in «laktosefreien» Produkten	17 / 46	0 / 0
Trihalogenmethane in offenen Schwimmbädern	20 / 17	6 (30 %) / 7 (41 %)
Trihalogenmethane in gedeckten Schwimmbädern	33 / 30	3 (9 %) / 6 (20 %)
Kantonale Kampagnen	Anzahl Probenahmen	Nicht vorschriftsgemässe Proben
Flüchtige organische Verbindungen (VOC) im Trinkwasser	51	0
Mykotoxine (Afla- und Ochratoxine) in Gewürzen	54	7 (13 %)
SO <sub>2</sub> in Trockenfrüchten	42	0

## 5.2.6 Chemikalien

Anfang 2013 fand in Freiburg ein Informationstag zum Chemikalienrecht statt. Dieser wurde von der mit den Chemikalien beauftragten wissenschaftlichen Mitarbeiterin des LSVW organisiert. Knapp 200 Personen haben teilgenommen. Im Laufe des Jahres sind diverse Betriebsinspektionen vorgenommen worden. Zudem wurden Informationsveranstaltungen organisiert, beispielsweise für die Verantwortlichen des naturwissenschaftlichen Unterrichts an den Orientierungsschulen.

## 5.2.7 Inspektorat für Fleischverarbeitung und Schlachthöfe

### 5.2.7.1 Tätigkeit auf Ebene der Schlachtbetriebe

Die Fleischkontrolle überprüft die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften im Bereich Tierschutz, Tiergesundheit, Tierarzneimittel und Lebensmittel.

In Zusammenarbeit mit dem BLV hat die Sektion die sechstägige Weiterbildung für die amtlichen Fachassistenten Fleischuntersuchung in der Westschweiz organisiert. 34 Personen haben daran teilgenommen, davon 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LSVW.

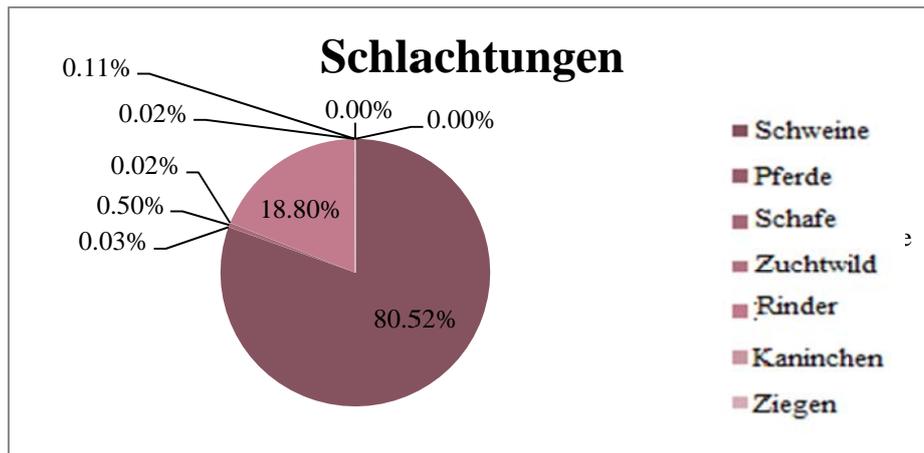
Die Fleischkontrolle in Estavayer-le-Lac hat am 4. März 2013 den ersten Fall von Rindertuberkulose in der Schweiz seit 1959 festgestellt. Alle Informationen zum Umgang mit der Krankheit und zu den getroffenen Massnahmen finden Sie in Kapitel 5.2.8 Tiergesundheit.

Bei den Schlachtungen, die alle im nationalen Informatikprogramm «Fleco» eingetragen sind, wurden folgende Daten ins Verzeichnis aufgenommen:

### Schlachtungen von Klautentieren

498 423 Tiere wurden geschlachtet, darunter 2 056 aus dem Ausland. Das Fleisch von 497 090 Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 1333 Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

Die gesamte Anzahl Schlachtungen nach Gattung wurde wie folgt verzeichnet: Rinder: 93 516, Schafe: 2 508, Ziegen: 559, Schweine: 400 519, Pferde: 128, Zuchtwild: 90, Kaninchen: 98, Lamas: 4, Alpaka: 1. Es gab 17 Einsprachen.



### Schlachtungen von Hausgeflügel

25 809 269 Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 25 419 678 Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 389 591 Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

#### 5.2.7.2 Überwachung der Tiergesundheit in Freiburger Schlachthöfen

##### Begleitdokument für Klautiere

Die Tierhalterin oder der Tierhalter ist verpflichtet, das Begleitdokument, ein amtliches Dokument, das sowohl für die Nahrungsmittelsicherheit als auch für die Tierseuchenbekämpfung von Nutzen ist, korrekt auszufüllen. Das Inspektorat für Fleischverarbeitung und Schlachthöfe behandelt die Fälle, in denen das Begleitdokument nicht korrekt ausgefüllt wurde. 2013 kam es zu 6 Verwarnungen wegen mangelhaft ausgefüllter Dokumente, 42 Verwarnungen und 8 Anzeigen wegen kranker oder verunfallter Tiere, die nicht gemeldet wurden, sowie 1 Verwarnung wegen Nichtkennzeichnung des Tieres.

##### Waschen von Lastwagen

Bevor der Spediteur die Entladezone eines grossen Schlachthofs verlässt, muss das Fahrzeug gewaschen bzw. desinfiziert werden. Mit diesen Massnahmen soll die Verbreitung von Erregern verhindert werden. 7 Verwarnungen wurden gegenüber Speditoren ausgesprochen, weil sie die Schlachthöfe verlassen hatten, ohne vorgängig ihr Fahrzeug gewaschen zu haben.

##### Parasitenkrankheiten

Bei der Fleischkontrolle nach der Schlachtung können Parasiten entdeckt werden, die auch den Menschen befallen: die Sarcocystis, gewisse Bandwürmer und die Trichinellen. Werden diese Parasiten von der Fleischkontrolle entdeckt, wird das Fleisch beanstandet. 7 Fälle von generalisierter Sarkosporidiose wurden bei Tieren, die aus dem Kanton stammen, nachgewiesen. 7 Schlachttierkörper wurden daher nicht zum Verzehr freigegeben. Zudem wurden 92 Fälle von Zystizerkose bei aus dem Kanton stammenden Tieren in den Schlachthöfen nachgewiesen, 1 Schlachttierkörper wurde für ungeniessbar erklärt.

##### Monitoring

Auf nationaler Ebene werden verschiedene Überwachungsprogramme durchgeführt mit unterschiedlichen Zielen: a) Nachweis des Nichtvorhandenseins einer Krankheit, b) Nachweis der Streuung eines Erregers im Tierbestand, c) Einhaltung der Bestimmungen im Bereich Tierarzneimittel. Die gesamten Resultate dieser Kampagnen werden vom Bundesamt für Veterinärwesen veröffentlicht. In 17 Fällen wurden in den Schlachthöfen Hemmstoffe in den Nieren von Schlachttieren festgestellt, was zu 5 Verwarnungen und 1 Anzeige führte.

##### Ziele 2013

Zusätzlich zu den regulären Tätigkeiten wurden folgende Ziele gesetzt:

Inspektion aller kleinen Schlachthöfe (18): 16 Inspektionen wurden durchgeführt, 1 Betrieb hat die Schlachtungen eingestellt, 1 Schlachthof wurde am 31. Dezember 2013 geschlossen.

Umsetzung der Auflagen infolge der Audits und Information an die Direktion und die zuständigen Bundesämter; Ziel ist es dabei, die Nachkontrolle sicherzustellen. Die Erkenntnisse des von den chinesischen Vertretern durchgeführten Audits wurden für den staatlichen Teil angewendet.

Herstellen einer Verbindung zum Intranet des Amtes für alle Standorte der Fleischkontrolle in Courtepin und Estavayer-le-Lac für eine bessere Qualität der Datenübermittlung. Die drei Standorte wurden mit den zur Intranetnutzung notwendigen Geräten ausgerüstet und die amtlichen Tierärzte sind mit dem Netz des Staates verbunden.

Verbesserung des Zusammenhalts zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der verschiedenen Standorte, namentlich auf der Grundlage von (vierteljährlichen) Koordinationssitzungen und der Überwachung der von den Standortverantwortlichen vereinbarten Massnahmen. 23 Sitzungen fanden zwischen der Sektorchefin und den Verantwortlichen der drei Standorte statt. Die Standortverantwortlichen haben auch die Überwachung der festgelegten Massnahmen sichergestellt.

### 5.2.8 Tiergesundheit

Zusätzlich zu den für 2013 festgelegten Zielen musste der Sektor Tiergesundheit den Vollzug der routinemässigen Aufgaben gewährleisten und bei Verdacht auf oder bei einer bestätigten Tierseuche reagieren, indem er die zu treffenden Massnahmen verordnete und für ihre Umsetzung sorgte.

So wurde bei der Schlachtung einer Freiburger Kuh ein Fall von Rindertuberkulose entdeckt. In diesem Zusammenhang wurden auf rund siebzig Betrieben im Kanton epidemiologische Abklärungen getroffen und Tuberkulintests durchgeführt. Vier Herde mit positiv getesteten Tieren und 27 Betriebe mit verdächtigen Tieren wurden identifiziert, was die Eliminierung der verdächtigen Tiere erforderlich machte.

#### Ziele 2013

Für 2013 waren folgende Ziele gesetzt worden:

- > Validierung und Koordination durch das Amt der Notfalldokumentationen für die grossen Schlachthöfe des Kantons (Rinder, Schweine, Geflügel): 3 Dokumentationen wurden erstellt.
- > Erteilung von Bewilligungen für den Transport und die Verwertung und/oder die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten: 9 Bewilligungen wurden erteilt.
- > Umsetzung des Konzepts der amtlichen Tierärzte im Kanton: Der Entwurf einer kantonalen Tierseuchenverordnung (TiersV) wurde in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Führungsorgan im Falle eines ausserordentlichen Ereignisses (KFO) ausgearbeitet und befindet sich derzeit in externer Vernehmlassung.
- > Fristgerechte Erteilung der verschiedenen notwendigen Bewilligungen: Es wurden 84 Bewilligungen für Tieraussstellungen, zur künstlichen Besamung und anderen Themen erteilt.
- > Umsetzung der Weisungen des Bundesamts für Veterinärwesen betreffend Tierseuchen, namentlich die Seuchenkontrollprogramme und die Programme zur Ausrottung der Bovinen Virus-Diarrhoe (BVD).

Seuchenkontrolle 2013	Art	Anzahl negativ getesteter Betriebe
IPV und EBL: Sentinelbetriebe	Rinder	8
IPV und EBL: Befragung (Betriebe ohne Milch)	Rinder	48
Brucella melitensis	Schafe	26
Brucella melitensis	Ziegen	27

Im Verlauf des Jahres 2013 sind 70 Seuchenmeldungen eingegangen. Glücklicherweise wurde keine hochansteckende Tierseuche festgestellt.

<b>Tierseuche</b>	<b>Kategorie</b>	<b>Anzahl Betriebe</b>
Actinobacillose (APP)	zu bekämpfen	5
Lungenadenomatose	zu überwachen	1
Chlamydienabort bei Schafen und Ziegen (Chlamydiose)	zu überwachen	1
BVD (erneute Infektion)	auszurotten	4
Campylobacteriose	zu überwachen	2
Rauschbrand	zu überwachen	1
Chlamydiose der Vögel	zu bekämpfen	1
Coxiellöse	zu überwachen	17
Cryptosporidiose	zu überwachen	8
Infektiöse nekrotische Hepatitis	zu überwachen	1
Faulbrut	zu bekämpfen	3
Sauerbrut	zu bekämpfen	1
Infektiöse Laryngotracheitis	zu bekämpfen	1
Virale hämorrhagische Krankheit der Kaninchen	zu überwachen	1
Neosporose	zu überwachen	4
Paratuberkulose	zu überwachen	2
Pseudotuberkulose	zu überwachen	2
Salmonellose	zu bekämpfen	4
SBV (Schmallenberg-Virus)	Übrige	5
Rindertuberkulose	auszurotten	4
Varroa	zu überwachen	2
<b>Total Seuchenmeldungen 2013</b>	<b>70</b>	

### 5.2.9 Milchinspektorat und Primärproduktion

Der ab dem 1. Januar 2014 auf Bundesebene obligatorische Akkreditierungsbereich wurde ab dem 1. Mai 2013 um die tierische Primärproduktion (PrP) erweitert. Die SAS hat ein Überwachungsaudit nach der ISO-Norm EN 17020 durchgeführt.

Die angestrebte Vielseitigkeit der Kontrollen wurde durch die amtliche Bestätigung der Ausbildung von 3 amtlichen Fachassistenten (PrP & Tierschutz (TS)) und einer amtlichen Tierärztin erreicht, und das Ziel von 600 Kontrollen wurde 2013 übertroffen.

Die 51 Milchliefer Sperren wurden aufgrund von Hemmstoffen (38), Problemen mit der Zellzahl (8), Keimbelastung (2) und aufgrund von durchgeführten Kontrollen (3) verhängt. Infolge der Kontrollen wurde eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingereicht.

<b>Anzahl</b>	<b>Zellzahl</b>	<b>Keimbelastung</b>	<b>Hemmstoffe</b>	<b>Amtliche Grundkontrollen</b>
Milchliefer Sperren	8	2	38	3
Aufhebungen der Sperre	6	1	38	1

Zudem hat das Amt für das BLV das Monitoring von Rückständen in der Milch und die Kontrolle der Geräte zur automatisierte Probenahme sichergestellt und für die IZS die AOP-Kontrollen von Gruyère, Vacherin Fribourgeois und Emmentaler-Schweiz vorgenommen.

---

### 5.2.10 Tierschutz

Der Sektor Tierschutz – Tierhaltung hatte als allgemeines Ziel im Berichtsjahr mindestens 200 Kontrollen durchzuführen. Der Sektor verzeichnete 318 Anfragen für Interventionen, davon kamen 75 von Landwirten, die die Normen erfüllen möchten. Er hat 304 Kontrollen durchgeführt, dazu kommen 49 Schweineställe, die auf Anfrage des LSVW vom Schweinegesundheitsdienst inspiziert wurden. Mehr als ein Drittel unter ihnen wies Mängel auf, und zwar überwiegend im französischsprachigen Kantonsteil. Diese Arbeit wird 2014 und 2015 fortgesetzt.

Im Verlauf des Jahres konnten 262 Dossiers abgeschlossen werden. Von den Anzeigen, die Nutztiere betrafen, waren am häufigsten die Rinder (21 %), gefolgt von Pferden und Geflügel (je 14 %), kleinen Wiederkäuern (12 %) und Schweinen (5 %) betroffen.

Was das Mandat der FIPO (Freiburgischen Vereinigung umwelt- und tiergerecht produzierender Landwirte) anbelangt, so wurden 813 Betriebe kontrolliert, wobei in 58 Fällen Mängel festgestellt wurden (7 %). Diese Zahl bleibt im Vergleich zum Vorjahr stabil. Von den festgestellten Mängeln sei erwähnt, dass im Fall von mangelnder Sauberkeit bei den Rindern 79 % in Anbindehaltung und 21 % in Laufställen gehalten werden. Die Ergebnisse der Kontrollen, die Mängel ergaben, wurden alle im Informatikprogramm Acontrol erfasst, mit dem alle Kontrolldaten der landwirtschaftlichen Betriebe in der Schweiz registriert werden sollen.

Bei den Haustieren sind die Ziervögel (47 %) und die Katzen (26 %) am häufigsten von Klagen betroffen.

Die Einsätze des Amtes gaben Anlass zu 5 Tierhalteverboten, 2 Verboten zur Benützung von Räumen und 8 Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft.

Derzeit verwaltet der Kanton Freiburg 117 Bewilligungen für die Haltung von Wildtieren. 2013 wurden 17 neue Bewilligungsgesuche und 31 Gesuche um Erneuerung der Haltebewilligung eingereicht.

Der Sektor hat 33 Bewilligungen für Ausstellungen verschiedener Tierarten erteilt und 5 Bewilligungen für Tierhandlungen erneuert.

Ausserdem wurden 166 aufgefundene Tiere in unsere Datenbank ([www.animal-trouve.ch](http://www.animal-trouve.ch)) eingetragen und 84 Tiere als vermisst gemeldet ([www.animal-perdu.ch](http://www.animal-perdu.ch)).

### 5.2.11 Tierversuche

79 Gesuche wurden geprüft, 78 Bewilligungen wurden vom Amt erteilt, 1 Gesuch wurde abgelehnt. In 52 Fällen handelte es sich um neue Gesuche oder Erneuerungen von früheren Gesuchen, und in 26 Fällen handelte es sich um Zusätze zu bereits laufenden Versuchen. 15 Gesuche wurden direkt vom LSVW behandelt (Versuche, die den Tieren weder Schmerzen noch Leiden oder Schäden zufügen, die sie weder in Angst versetzen, noch ihr Allgemeinbefinden beeinträchtigen oder ihre Würde missachten). Die übrigen 63 Gesuche sind auf Antrag der Aufsichtskommission für Tierversuche genehmigt worden. In den meisten Fällen mussten von den Forschern Präzisierungen verlangt werden und die Bewilligungen konnten nur mit zusätzlichen Auflagen erteilt werden, um sicherzustellen, dass die Tiere nicht grösseren Belastungen als nötig ausgesetzt sind. 5 positive Stellungnahmen wurden für interkantonale Gesuche an Veterinärbehörden anderer Kantone abgegeben.

Der Kanton Freiburg zählt 4 Forschungszentren, in denen Versuchstiere gehalten werden, davon ist eines in 6 separate Einheiten (Institute) aufgeteilt. Alle Zentren und Einheiten, an denen Versuchstiere gehalten werden, wurden im Jahr 2013 zwei Mal kontrolliert.

**Die Aufsichtskommission für Tierversuche** ist 5 Mal zusammengetreten. An 4 Sitzungen wurden die Gesuche um Versuchsbewilligungen geprüft und an einer Sitzung wurden die internen Angelegenheiten der Kommission behandelt. Das Amt nimmt das Sekretariat der Kommission wahr.

Im Auftrag des LSVW inspizierte die Kommission zudem Versuchstierzüchtereien (Versuchstierhaltung).

### 5.2.12 Hunde

Das Jahr 2013 war gekennzeichnet durch 127 Beurteilungen von gefährlichen und/oder bewilligungspflichtigen Hunden. Die Haltung von Hunden, die auf der Rassenliste stehen, geht kontinuierlich zurück (von 244 im Jahr 2012

auf 224 im Jahr 2013). Auch die Aufgaben in Zusammenhang mit dem Tierschutz von Hunden gehen zurück (61 Dossiers 2012 und 50 Dossiers 2013). Von allen 2013 bearbeiteten Dossiers mussten 26 Fälle bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden.

Die unten stehende Tabelle fasst die für den Sektor prioritären Aufgaben zusammen. Es handelt sich dabei namentlich um Fälle von Gefährlichkeit, die Anerkennung und Kontrollen von Hundeausbildnern, sowie die jährliche Kontrolle der Hunde, die im Rahmen der Prävention von Beissunfällen an den Primarschulen verwendet werden. Die ILFD und die anerkannte gemeinnützige Stiftung Hundebiss-Prävention Freiburg (PAMFri) haben eine Vereinbarung unterzeichnet. Mit dieser Vereinbarung soll angestrebt werden, dass alle 2. und 3. Klassen nach HarmoS an spezifischen Präventionskursen teilnehmen können.

	2013	2012
<b>Gefährlichkeit</b>		
Hundebisse am Menschen	49	89
Hundebisse an Tieren	36	53
Aggressives Verhalten	17	22
Insgesamt	102	164
<b>Hundeausbildner</b>		
Definitive Anerkennung	111	
Provisorische Anerkennung	108	
Total	219	
Kontrolle durch das Amt im Gelände	20	
<b>Kontrolle der Hunde für die Hundebiss-Prävention (PAMFri)</b>		
Total	25	
Diplomierte Einsatzteams	17	
Einsatzteams am Ende der Ausbildung	4	

### 5.2.13 Importe und Exporte

Sowohl die Exporte als auch die Importe nehmen kontinuierlich zu, dazu kommen die Grenzweidegänge.

Das Amt hat eine Verzehnfachung der illegalen Importe hauptsächlich von Hunden festgestellt, was zu schwerfälligen Verwaltungsverfahren für das Amt geführt hat. Zudem war es mit ernsthaften Schwierigkeiten bei den Bienenimporten konfrontiert.

Die Ressourcen des Amtes wurden stark in Anspruch genommen, als im März 2013 die Veranstaltung Euroholstein im Forum Fribourg stattfand.

## 6 Amt für Wald, Wild und Fischerei

Amtsvorsteher: **Walter Schwab**

### 6.1 Wald

#### 6.1.1 Rodungen

Die ILFD erteilte auf Antrag des Amtes 8 Rodungsbewilligungen:

Bau eines Trinkwasserreservoirs und Instandsetzung von Fassungen (2 Projekte)	4325 m <sup>2</sup>
Wanderweg und Radverbindung (2 Projekte)	850 m <sup>2</sup>
Bau eines Trinkwasserreservoirs und Instandsetzung von Fassungen (2 Projekte)	4325 m <sup>2</sup>
Bau einer Sammelstelle für tierische Abfälle (1 Projekt)	1000 m <sup>2</sup>
Neugestaltung eines Golfplatzes (1 Projekt)	350 m <sup>2</sup>
Umzonierung eines Baudenkmals in eine Zone von allgemeinem Interesse (1 Projekt)	754 m <sup>2</sup>
Einzonung einer Umschlagstelle für Grün- und Holzabfälle, Legalisierung (1 Projekt)	1496 m <sup>2</sup>
<b>Total</b>	<b>8775 m<sup>2</sup></b>

### 6.1.2 Nachteilige Waldnutzung

Das Amt erteilte 31 Bewilligungen für nachteilige Nutzung für Bauten und Anlagen im Wald.

### 6.1.3 Waldfeststellungen

Die ILFD erliess auf Antrag des Amtes 15 Waldfeststellungsverfügungen.

### 6.1.4 Veranstaltungen im Wald

Die ILFD bewilligte auf Antrag des Amtes 15 Veranstaltungen im Wald. Zudem hat das Amt für 24 zusätzliche Veranstaltungen, die keine Sonderbewilligung der ILFD benötigten, eine Stellungnahme abgegeben.

### 6.1.5 Waldnahe Bauten

Das Amt nahm Stellung zu 269 Gesuchen um Baubewilligungen für waldnahe Bauten und es gab Stellungnahmen zu 44 Dossiers über Ortsplanungsrevisionen und Detailbebauungspläne ab. Es nahm zudem Stellung zu 14 Programmen zur Gesamtrevision der Ortsplanung.

### 6.1.6 Befahren des Waldes

Das Amt hat 106 Beschwerden wegen Verstössen gegen die Strassensignalisation eingereicht (Beschränkung des Verkehrs im Wald).

### 6.1.7 Biologische Vielfalt im Wald

Im Rahmen der Programmvereinbarung 2012-2015 wurden 2013 folgende Aktionen durchgeführt: Massnahmen zugunsten besonderer Waldarten (Eiche, seltene Bäume, Tierarten) auf einer Fläche von 80 ha und Verbesserung der Waldrandstruktur auf 19 ha. Ein neues Waldreservat von 11 ha und eine Altholzinsel von 0,8 ha wurden geschaffen. Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 875 000 Franken. Es wurden zwei Kurse (auf Deutsch und Französisch) über die Biodiversität im Wald für Förster und Wildhüter-Fischereiaufseher organisiert.

### 6.1.8 Schutz vor Naturgefahren

#### 6.1.8.1 Schutzmassnahmen

Das zweite Jahr der Programmvereinbarung «Schutzbauten» 2012–2015 ist im Gange. Sie sieht Arbeiten für 3 965 000 Franken vor, die zu einem Betrag von 2 173 500 Franken subventioniert werden, wovon der Bund dem Kanton während dieses Zeitraums 1 516 750 Franken bezahlt.

Zu diesem Basisprogramm kommt die finanzielle Unterstützung des Bundes im Bereich der Produktion von Basisdaten (Gefahrenkarten usw.) hinzu sowie das Einzelprojekt der Sicherungsarbeiten auf der SBB-Linie Freiburg–Bern, die bei Weitem bedeutendste und aus rein finanzieller Sicht dominierende Baustelle. Diese Arbeiten haben gute Fortschritte gemacht.

	Neue Projekte	Abgeschlossene Projekte	Laufende Projekte	Betrag der Arbeiten Fr.	Bezahlte Subventionen Fr.	Jährliche Risikoverminderung Fr.
2012	6	2	2	590 000	354 000	83 000
2013	2	3	6	10 740 000	5 834 000	662 000

Die Anzahl neuer Projekte ist rückläufig. Die jährliche Risikoverminderung ist der gemeinsame Indikator dieser Arbeiten. Es handelt sich um den in Franken bezifferten jährlich erwarteten Nutzen während der gesamten Abschreibungsdauer der analysierten Massnahmen, die im Allgemeinen 30–50 Jahre dauern.

#### 6.1.8.2 Kartierung der Naturgefahren

Die Gefahrenkarten über Instabilitäts- und Lawinenprozesse sind für das gesamte Kantonsgebiet abgeschlossen. In Erwartung des Abschlusses der Arbeiten über den Prozess «Überschwemmung» wurden keine zusätzlichen Arbeiten durchgeführt. Die Ausarbeitung eines Aktualisierungs- und Qualitätssicherungskonzepts hat begonnen.

#### 6.1.8.3 Ereigniskataster StorMe

2013 war ein durchschnittliches Jahr, das durch punktuelle Ereignisse, die eine potenzielle Gefahr für die Öffentlichkeit und wichtige Sachwerte darstellten, geprägt war. 23 Ereignisse in Zusammenhang mit Naturgefahren sind verzeichnet worden:

Teils heftige Schneefälle und schwer einzuschätzende Lawinengefahrssituationen haben mehrere Unfälle verursacht. Ein tödlicher Unfall (Wanderer) ist zu beklagen. Einige Perioden mit hohen Niederschlagsmengen, insbesondere im Mai und im Juni, hatten Rutschungen zur Folge, zudem sind gewisse Wasserläufe über die Ufer getreten.

Jahr	Lawine	Sturzprozess	Rutschung	Wasser	Total
2004	0	5	3	2	10
2005	0	3	51	21	75
2006	1	4	16	0	21
2007	1	5	31	6	43
2008	0	2	2	0	4
2009	3	8	3	3	17
2010	6	2	3	4	15
2011	0	3	2	3	8
2012	3	6	7	1	17
2013	1	7	13	2	23
<b>Total</b>	<b>19</b>	<b>52</b>	<b>155</b>	<b>53</b>	<b>279</b>
Jahresdurchschnitt seit 1998	1	3	10	3	17

#### 6.1.8.4 Stellungnahmen in Sachen Naturgefahren (KNG - BRPA)

Die Gefahrenkarten werden unter anderem für die Behandlung von Baubewilligungsgesuchen (284 Gesuche) und für die Ausarbeitung von Stellungnahmen im Rahmen von Änderungen der OP, DBP, RegRP und GEP (40 Gesuche) verwendet. Letztere werden grösstenteils von der Naturgefahrenkommission (KNG) angefertigt.

Jahr	Baubewilligungen	Stellungnahmen OP, DBP, RegRP, GEP
2012	316	108
2013	284	40

#### 6.1.8.5 Schutzwälder

Die Programmvereinbarung «Schutzwälder 2012–2015» ist am Laufen. Sie sieht Arbeiten für rund 30 000 000 Franken vor, die zu einem Betrag von 19 000 000 Franken subventioniert werden, wovon der Bund dem Kanton während dem ganzen Zeitraum 12 120 000 Franken gewährt. Diese Arbeiten beinhalten waldbauliche Massnahmenprogramme, Jungwaldpflege, phytosanitäre Massnahmen und Massnahmen zur Verbesserung und Wiederinstandstellung von Infrastrukturen.

> Waldbauliche Massnahmen in Schutzwäldern

Jahr	Neue Projekte	Abgeschlossene Projekte	Laufende Projekte	Bezahlte Subventionen Fr.	Beeinflusste Fläche Ha	Geplante Holznutzung m <sup>3</sup>	Phytoparasitäre Schäden m <sup>3</sup>
2012	21	3	12	3 350 000	467	37 860	16 000
2013	17	9	38	3 438 000	433	58 810	11 660

> Infrastrukturen in Schutzwäldern

Jahr	Neue Projekte	Abgeschlossene Projekte	Laufende Projekte	Betrag der Arbeiten Fr.	Bezahlte Subventionen Fr.	Betroffene Waldfläche Ha	Instandgestellte Wege m <sup>2</sup>
2012	6	-	7	503 000		544	6671
2013	8	9	6	390 000		403	3528

Ein neues Projekt «Schutzwaldmonitoring» wurde 2013 auf die Beine gestellt. Es handelt sich um ein Instrument zur qualitativen Bewertung der Schutzwälder, das Indikatoren berechnet, die sowohl für die lokale Planung als auch für regionale und kantonale Interessen von Nutzen sein können. Das System verwendet zahlreiche bereits zur Verfügung stehende Informationen.

#### 6.1.8.6 Lokale Naturgefahrenberater

Dieses Vorgehen wurde 2013 weiter konsolidiert, auch wenn die Einsetzung von Gemeindeführungsorganen (GFO-BSMA) eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Es wurden zwei Weiterbildungstage durchgeführt. An einem der beiden Tage besuchten die Walliser Kollegen den Kanton Freiburg. Die Teilnehmer sind motiviert und gewinnen an Kompetenz.

#### 6.1.9 Holzproduktion und -verwendung

##### 6.1.9.1 Jungwaldpflege

Die Programmvereinbarung 2012-2015 ist am Laufen.

2013 betrug die Fläche der Jungwaldpflege 692 ha.

Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 1 395 000 Franken.

##### 6.1.9.2 Erneuerung der Wälder

Die defizitäre Holzernte für die Erneuerung der Wälder wird vom Kanton subventioniert. Eine Fläche von 18 ha ist betroffen.

Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 486 000 Franken.

##### 6.1.9.3 Waldschäden

Das Schadenholzvolumen beträgt 14 200 m<sup>3</sup>, davon sind 7300 m<sup>3</sup> der Programmvereinbarung «Schutzwälder» zuzuschreiben.

Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 485 000 Franken.

##### 6.1.9.4 Revierkörperschaften

Es gibt 35 Forstreviere.

In 31 Forstrevieren gibt es eine Betriebseinheit für die öffentlichen Wälder. Diese Betriebseinheiten haben folgende Rechtsformen:

- > 22 Körperschaften verfügen über Statuten und eine eigene Rechtspersönlichkeit;
- > 4 Einheiten sind durch eine schriftliche Vereinbarung zwischen zwei Partnern geregelt;

- 
- > 4 Einheiten wurden durch einen einzigen Eigentümer gebildet;
  - > 1 Einheit ist eine Mehrzweckgenossenschaft.

4 Reviere bestehen vor allem aus Privatwäldern und einigen kleinen öffentlichen Wäldern. Die Eigentümer sind nicht in einer Betriebseinheit zusammengeschlossen.

In verschiedenen Regionen des Kantons, insbesondere im Glane- und Saanebezirk, sind Projekte zur Entwicklung der forstlichen Betriebseinheiten in Arbeit.

#### 6.1.9.5 Holzförderung

In Zusammenarbeit mit Lignum Freiburg und dem Freiburgischen Verband für Waldwirtschaft (FVW) wurden Aktionen durchgeführt, um die Bauleiter für die Verwendung von Holz zu sensibilisieren, insbesondere im Bau- und Energiebereich.

2013 feierte Lignum Freiburg sein 25-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass wurden 3 Veranstaltungen für die Mitglieder und Akteure der Holzbranche organisiert.

#### 6.1.10 Erholungsfunktion des Waldes

Der Wald ist ein von der Bevölkerung sehr geschätzter Erholungsraum. Der Kanton subventioniert gewisse Kosten für Leistungen im Interesse der Allgemeinheit, die von den Waldeigentümern erbracht werden.

2013 belief sich die kantonale Unterstützung auf 832 000 Franken. Dies entspricht rund 2.85 Fr. pro Einwohner des Kantons Freiburg.

#### 6.1.11 Ausbildung

##### 6.1.11.1 Forstwartlehre EFZ + EBA

#### **Lehrabschlussprüfungen**

16 Kandidaten (davon 2 Repetenten), davon 14 französisch- und 2 deutschsprachige, legten die Lehrabschlussprüfung ab.

13 Kandidaten bestanden die Prüfung, 3 fielen durch.

Seit der Einführung der Lehre im Jahre 1963 haben im Kanton Freiburg 654 Forstwarte ihren Fähigkeitsausweis erlangt.

#### **Zwischenprüfungen**

12 Lernende im 1. Lehrjahr (9 französisch- und 3 deutschsprachige) haben die Zwischenprüfungen in den berufskundlichen und allgemeinbildenden Fächern absolviert. 9 Lernende haben sich für das zweite Lehrjahr qualifiziert. 2 haben in die Ausbildung Forstpraktiker EBA gewechselt und einer hat seine Lehre abgebrochen.

17 Lernende im 2. Lehrjahr (14 französisch- und 3 deutschsprachige) haben die praktischen Prüfungen im Wald der Burgergemeinde Freiburg abgelegt. Ein Lernender ist durchgefallen. Er wurde, zusammen mit seinen Ausbildnern und seinen Eltern, zu einer Sitzung eingeladen, um die Situation zu diskutieren. Im 2. Lehrjahr finden keine schulischen Prüfungen in den allgemeinbildenden und berufskundlichen Fächern statt.

#### **Rekrutierung neuer Lernender**

Anfang Herbst 2013 haben 19 neue Lernende ihre Lehre begonnen. Davon sind 17 französischer und 2 deutscher Muttersprache.

##### 6.1.11.2 Anlehre als Forstwart

5 Absolventen einer Anlehre haben am 12. Juli 2013 bei der Abschlussfeier in Grangeneuve ihren «Anlehre-Ausweis» erhalten. Einer von ihnen wird seine Ausbildung im zweiten Jahr EFZ weiterführen.

Die 2 Lernenden, die ihre Anlehre beenden, werden in die Ausbildung mit EBA integriert.

### 6.1.11.3 Ausbildung Forstpraktiker EBA

7 Lernende (3 französisch- und 4 deutschsprachige) haben ihre zweijährige Grundausbildung begonnen. 3 Verträge wurden ausserhalb des Kantons abgeschlossen (OW, ZG, BE).

### 6.1.11.4 Anzahl Lernende pro Lehrjahr am 1. Januar 2013

	Lernende	französischsprachig	deutschsprachig
1. Jahr	13	9	4
2. Jahr	17	14	3
3. Jahr	15	13	2
Anlehre	7	6	1
Total	52	42	10

### 6.1.11.5 Überbetriebliche Kurse für die Lernenden

Die Lernenden besuchten Kurse über Holzerei- und Rückearbeiten, Waldbau und Nothilfe sowie einen Gebirgs- und Baukurs.

### 6.1.11.6 Weiterbildung

- > Motorsäge- und Holzerkurs 2  
Zahlreiche Motorsäge- und Holzerkurse 2 wurden als Grundausbildung oder Weiterbildung angeboten.
- > Nothilfe Forst Repetitionskurs  
In Grangeneuve, vom 4. bis 5.09.2012, mit 27 Teilnehmern
- > Kurs Biologische Rationalisierung  
In Winterthur, am 27.09.2012, mit 1 Teilnehmer
- > Kurs Modul H2, «Berufsbildner Grundkurs»  
In Riedholz SO, vom 24. bis 28.09.2012, mit 1 Teilnehmer
- > Kurs Modul H2 «Schulung von Berufsbildnern»  
In Lyss, vom 4. bis 8.02.2013, mit 2 Teilnehmern
- > Weiterbildungskurs «Unterhalt und Aufwertung der Hecken»  
In Grangeneuve, am 15.03.2013, mit 13 Teilnehmern
- > Nothelfer-Wiederholungskurse für das Forstpersonal  
In Grangeneuve, am 3. und 7.05.2013, mit 22 Teilnehmern
- > Kurs «Verjüngung der Eiche und forstliches Vermehrungsgut»  
Im Staatswald Galm, am 17.05.2013, mit 3 Teilnehmern
- > Kurs über Waldbiodiversität «Fördern seltener Arten im Bergwald»  
In Jaun und im Stillwasserwald, am 24.05.2013, mit 22 Teilnehmern
- > Kurs über Waldbiodiversität «Fördern seltener Arten im Bergwald»  
In Plaffeien und auf dem Feld, am 27.05.2013, mit 7 Teilnehmern
- > Kurs Modul D4: «Waldbau: Ausführung II»  
In Lyss, vom 3. bis 7.06.2013, mit 1 Teilnehmer
- > Kurs Modul H3 «Personalführung Grundlagen»  
In Riedholz SO, vom 13. bis 17.06.2013, mit 1 Teilnehmer
- > Weiterbildungskurs in Waldbau für das Forstpersonal  
In Seon AG, am 13.06.2013, mit 6 deutschsprachigen Teilnehmern und am 20. und 21.06.2013, mit 44 französischsprachigen Teilnehmern.

### 6.1.11.7 Eidgenössischer Fachausweis und Höhere Fachschule

1 Person schloss die Ausbildung als Forstwart-Vorarbeiter ab.

8 Personen haben ihre Ausbildung als Förster abgeschlossen.

#### 6.1.11.8 Praktikanten

2 Personen haben ein Vorstudienpraktikum in einem Lehrbetrieb gemacht, um in die FH eintreten zu können.

6 Schüler der Försterschule Lyss haben in einem Forstkreis ein Praktikum absolviert.

1 Studentin der Fachhochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften in Zollikofen hat im 5. Forstkreis ein Praktikum absolviert.

2 Personen mit einem Bachelor-Abschluss haben im 3. und 5. Forstkreis ein Praktikum absolviert.

2 Personen mit einem Bachelor-Abschluss haben im 1. und 3. Forstkreis ein Wählbarkeitspraktikum absolviert.

1 Universitätsstudent hat in der Zentrale des WaldA ein Praktikum absolviert.

#### 6.1.11.9 Kurse für Landwirte

Die französisch- und deutschsprachigen Schüler der Landwirtschaftsschule Grangeneuve haben Kurse in Holzen absolviert.

#### 6.1.12 Betriebspläne

Folgende Betriebspläne/Bewirtschaftungspläne wurden 2013 genehmigt:

Kreis 4: Betriebsplan 2009-2023 der Wälder der Revierkörperschaft Moléson.

Kreis 5: Betriebsplan 2012-2022 der Wälder von Catherine Waeber in Barberêche.

#### 6.1.13 Waldrichtplanung

Der Prozess der Freiburger Wald-Richtplanung FWRP wurde 2013 lanciert. Zwei Unterstützungsmandate wurden an Forstingenieurbüros vergeben. Das erste Mandat betrifft die wichtige partizipative Phase dieser Planung. Das zweite betrifft das Sammeln von Informationen für die Funktionskarten.

Diese Richtplanung, die erstmals auf kantonaler Ebene durchgeführt wird, wird es ermöglichen, die Akteure des freiburgischen Waldes auf die zahlreichen zukünftigen Herausforderungen vorzubereiten.

#### 6.1.14 Statistik der Waldfläche, der Unternehmen und Eigentümer

	Öffentliche Wälder	Privatwälder	Total
Wald gemäss Schweizer Forststatistik	24 000 ha (56,5 %)	18 500 ha (43,5 %)	42 500 ha
Anzahl Unternehmen / Eigentümer	96	ca. 12 000	ca. 12 100

Von den 96 öffentlichen Forstunternehmen haben 45 eine Fläche von weniger als 50 ha, 17 haben eine Fläche zwischen 50 und 200 ha und 34 Unternehmen sind grösser als 200 ha.

#### 6.1.15 Forstliche Infrastrukturen ausserhalb von Schutzwäldern

Jahr	Neue Projekte	Abgeschlossene Projekte	Laufende Projekte	Betrag der Arbeiten Fr.	Bezahlte Subventionen Fr.	Neue Wege m <sup>2</sup>	Instandgestellte Wege m <sup>2</sup>	Betroffene Perimeter Wald Ha
2012	6	3	6	315 000	174 000	591	760	85
2013	7	7	6	560 000	336 000	900	2400	230

Diese Zahlen beinhalten ebenfalls den Bau eines Holzschnitzlagers.

#### 6.1.16 Investitionskredite

Einem privaten Forstbetrieb wurde ein Kredit für den Kauf eines Mobilseilkrans gewährt. Die Verschuldung gegenüber dem Bund ist Ende 2013 aufgrund einer Zahlung von 100 000 Franken leicht angestiegen, und zwar auf 2 965 000 Franken (Zahlen gerundet).

Jahr	Neue Verträge	Aufgelöste Verträge	Laufende Verträge	Verschuldungsniveau Fr.	Ausbezahlte Beträge Fr.	Zurückbezahlte Beträge Fr.
2012	6	6	36	2 863 000	628 000	658 000
2013	4	8	32	2 965 000	618 000	530 000

## 6.2 Jagd, Wild und Fischerei

### 6.2.1 Anzeigen

2013 haben die Wildhüter-Fischereiaufseher folgende Anzeigen erstattet:

Anzeigen im Bereich Jagd und Schutz der Fauna	63
Anzeigen im Bereich des Strassengesetzes	104
Anzeigen im Bereich Fischerei	18
Anzeigen im Bereich Gewässerschutz	68

2 Personen wurde für die Jagdsaison 2013/2014 keine Berechtigung zur Ausübung der Jagd erteilt, da gegen sie eine Strafuntersuchung wegen Jagdhandlungen läuft.

### 6.2.2 Jagdsaison

Im Gebirge (Patent A) war der Abschuss einer Gämse und von Haarraubwild vom 16. bis 28. September gestattet. Die Inhaber eines Patents B konnten vom 16. September bis 12. Oktober im Flachland jagen. Sie durften ein bis drei Rehe erlegen. Zwischen dem 14. und 19. Oktober konnten die Jäger an bestimmten Orten zusätzliche Rehe erlegen, um den Druck auf den Wald zu verringern. Die Wildschweinjagd im Flachland begann vor den übrigen Jagden, nämlich am 1. September, und läuft bis am 31. Januar 2014. Der Abschuss von Hasen und Murmeltieren war verboten (diese Massnahme wurde 1990 bzw. 2009) eingeführt.

Die Inhaber eines Zusatzpatentes für die Jagd auf den Hirsch konnten vom 9. bis 14. September und vom 14. Oktober bis 2. November im Gebirge oder im Flachland einen männlichen Hirsch oder ein Kalb erlegen. An diesen Daten wurden 38 der 60 im Abschussplan vorgesehenen Hirsche erlegt. Daher wurde vom 11. bis am 23. November eine Ergänzungsjagd organisiert. Zusammen mit dieser Ergänzungsjagd wurden insgesamt 55 der 60 im Abschussplan vorgesehenen Hirsche erlegt. Vom 9. bis 14. September fand eine Spezialjagd auf die Gämse statt, um Gämse in den beiden Eidgenössischen Jagdbannbezirken und den kantonalen Jagdbannbezirken zu erlegen. Angesichts des Rückgangs des Steinwildbestands war es dieses Jahr nicht nötig, eine Regulierungsjagd durchzuführen.

Das Patent E für die Jagd auf Federwild berechtigte zu dessen Jagd vom 17. September bis 15. Januar und zur Jagd von Waldschneepfen vom 15. Oktober bis 14. Dezember.

### 6.2.3 Statistik der 2013 ausgestellten Jagdpatente

Patente A (Jagd im Gebirge)	324
Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)	740
Patente C (Jagd auf den Hirsch)	172
Patente D (Jagd auf Wildschweine)	572
Patente E (Jagd auf Federwild)	165
Patente F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)	0
Patente G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)	3
<b>Anzahl Jäger</b>	<b>784</b>

### 6.2.4 Statistik des im Herbst 2013 und im Winter 2012/2013 erlegten Wildes

Auf dem ganzen Kantonsgebiet haben die Jäger folgendes Wild erlegt:

Gämse	270	Dachse	9
Rehe	1576	Steinmarder	19

Gämsen	270	Dachse	9
Steinwild	0	Baumrarder	7
Hirsche	55	Verwilderte Hauskatzen	8
Hasen	0	Waldschneppen	76
Wildschweine	53	Tauben	101
Murmeltiere	0	Raben, Häher, Elstern	355
Füchse	1246	Wasserwild	383

### 6.2.5 Verendete Tiere

Zwischen April 2012 und März 2013 wurden tot aufgefunden:

Gämsen	60	(70 % infolge Schwäche oder Sturz resp. Lawinen)
Rehe	622	(73 % durch den Autoverkehr getötet)
Steinwild	11	(100 % durch Sturz oder Lawinen)
Hirsche	7	(71 % durch den Autoverkehr getötet)
Feldhasen	19	(74 % durch den Autoverkehr getötet)
Wildschweine	24	(92 % durch den Autoverkehr getötet)
Füchse	549	(63 % durch den Autoverkehr getötet)
Dachse	175	(88 % durch den Autoverkehr getötet)

### 6.2.6 Statistik der Fischereipatente

Im Jahr 2013 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

#### Flüsse und kantonale Seen (Patent A)

Jahrespatente	1377
Halbjahrespatente	167
Wochenpatente	105
Tagespatente	1782

#### Nur Flüsse (Patent B)

Jahrespatente	199
Halbjahrespatente	37

#### Nur kantonale Seen (Patent C)

Jahrespatente	399
Halbjahrespatente	178

#### Zusätzliche Patente für die Fischerei vom Schiff aus auf den kantonalen Seen (Patent D und E)

Jahrespatente	835
Halbjahrespatente	193
Wochenpatente	18
Tagespatente	231

#### Patente für den Broyekanal und die untere Bibera (Patent F)

Jahrespatente	106
Halbjahrespatente	37
Tagespatente	1183

#### Zusatzpatent für Gastfischer (Patent G)

Jahrespatente	472
---------------	-----

---

## **Flüsse und kantonale Seen (Patent A)**

Kollektivfischereipatente in verschiedenen Wasserläufen und Seen	13
--	----

### **6.2.7 Pachtfischerei**

2010 begann eine neue Pachtfischereiperiode. Sie dauert bis Ende 2015.

Von 72 Fischereilosen sind 69 verpachtet.

### **6.2.8 Fischerei im Neuenburgersee**

Im Jahr 2013 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

4 Berufspatente (Patent A), 3 Spezialberufspatente (Patent B), 154 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 131 Sportfischereipatente (Patent D), 115 Zusatzpatente für Gastfischer, 9 Tagespatente C und 56 Tagespatente D.

### **6.2.9 Fischerei im Murtensee**

Im Jahr 2013 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

1 Berufspatent (Patent A), kein Spezialberufspatent (Patent B), 325 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 416 Sportfischereipatente (Patent D) und 285 Zusatzpatente für Gastfischer.

### **6.2.10 Besondere Ereignisse**

#### **6.2.10.1 Vereinfachung der Jagdgesetzgebung**

Mit der Genehmigung der neuen dreijährlichen Verordnung über die Ausübung der Jagd für die Jahre 2012, 2013 und 2014 hat der Staatsrat die Gesetzgebung im Jagdbereich vereinfacht.

Die Einführung eines Grundpatents, das zur Jagd von Haarraubwild und Raben vom 1. September bis 15. Februar berechtigt, entspricht einem oft geäußerten Wunsch der Jäger.

Zum Schutz des Hirsches während der Brunftzeit wurde diese Jagd um eine Woche vorgezogen. In der ersten Woche ist nur der Abschuss von männlichen Tieren und Kälbern erlaubt, dann wird die Rothirschjagd während vier Wochen eingestellt. Dieser Jagdverzicht ermöglicht dem Hirsch eine ruhige Brunft und wirkt sich vorteilhaft auf die Verteilung der Brunfteinstände in den Voralpen aus, sodass sich in Zukunft das Schauspiel der Hirschbrunft in weiteren Regionen beobachten lässt.

Der Plan(+) ermöglicht es einem Jäger, der sein Kontingent bereits ausgeschöpft hat, ab der 3. Jagdwoche ein zusätzliches Reh zu erlegen, um in Sektoren zu jagen, in denen ein starker Druck auf den Wald besteht.

Verschiedene Massnahmen zur Erleichterung der Jagd auf das Wildschwein sind in die Gesetzgebung aufgenommen worden, beispielsweise die Verlängerung der Jagdperiode im Flachland vom 1. September bis 31. Januar, die Reorganisation der Jagd von Hochsitzen aus am Südufer des Neuenburgersees und die Öffnung einiger Waldwege in den Voralpen zur Verbesserung des Zugangs.

#### **6.2.10.2 Entwicklung der Aufteilung der von Wildschweinen verursachten Schäden**

Im Vergleich zu 2012 sind die Entschädigungen für Wildschweinschäden an landwirtschaftlichen Kulturen stark angestiegen. Die Entschädigungen, die aus dem Fonds für das Wild entrichtet wurden, sind von 97 582 Franken auf über 170 300 Franken angestiegen, was einer Zunahme von mehr als 66 % gegenüber 2012 entspricht. 2014 werden im ganzen Kanton Freiburg neue jagdliche Massnahmen ergriffen, um diese Kosten zu senken und unter Kontrolle zu bringen. Solche Massnahmen sind unabdingbar, denn die kantonale Subvention für den Fonds für das Wild geht infolge der Strukturmassnahmen auf 130 000 Franken jährlich zurück. Dieser Betrag wird in der Finanzplanung übernommen.

#### **6.2.10.3 Besondere Ereignisse**

Im Herbst 2012 haben 5 Grossräte Anfragen an den Staatsrat gerichtet über die Organisation und die Funktionsweise des WaldA, nachdem einem Wildhüter-Fischereiaufseher nach der Probezeit gekündigt worden war. Die Direktion

---

hat beschlossen, eine Administrativuntersuchung zu eröffnen, in der der Sachverhalt festgestellt und den betroffenen Kreisen zur Kenntnis gebracht werden sollte. Nach der Durchführung dieser Administrativuntersuchung, beantwortete der Staatsrat die 5 parlamentarischen Vorstösse (Antwort vom 7. Mai 2013).

## 7 Oberämter

---

### 7.1 Oberamtännerkonferenz

Die vom Oberamtann des Vivisbachbezirks präsidierte Oberamtännerkonferenz hat 12 ordentliche Sitzungen abgehalten.

Das Protokoll wird von Patrice Borcard, Oberamtann des Greyerzbezirks, geführt.

Am 6. März 2013 traf sich die Oberamtännerkonferenz mit dem Gesamtstaatsrat. Zudem konnte sie sich bilateral mit gut fünfzehn verschiedenen Gesprächspartnern unterhalten, darunter mit Staatsräten, Dienstchefs und Verantwortlichen von Einheiten oder Sektoren.

Diese im Übrigen stets sehr erfolgreichen Treffen waren natürlich aufgrund des aktuellen Geschehens erforderlich.

Ebenfalls aufgrund des aktuellen Geschehens sind rund zwanzig Vernehmlassungen auf dem Tisch der Oberamtännerkonferenz gelandet, die sie jeweils ausführlich beantwortet hat.

Das Thema, welches die Oberamtänner und die Oberämter am meisten beschäftigte, war zweifellos das neue Baurecht und seine bedeutenden Auswirkungen auf die Tätigkeit des Oberamts.

Die Oberamtänner leiten zudem Innoreg.FR, die tragende Struktur endogener Entwicklungsprojekte, die von einer finanziellen Unterstützung der NRP profitieren oder profitieren können.

### 7.2 Oberamt des Saanebezirks

Oberamtann: **Carl-Alex Ridoré**

#### 7.2.1 Bereiche der EKSD

**Association du Cycle d'orientation de la Sarine-Campagne et du Haut-Lac français (der Verband).** Der Verband war weiter damit beschäftigt, die neue statuarische Organisation umzusetzen, namentlich die Zentralisierung und Harmonisierung der Verwaltungstätigkeiten und des Rechnungswesens der vier Schulen zu konkretisieren und interne Weisungen auszuarbeiten. Der Vorstand hat sich übrigens ein neues Steuerungsinstrument für die Verwaltung der Infrastrukturen gegeben, mit der Aussicht auf eine Harmonisierung der Verwaltung der Finanzmittel und der Erhaltung der Aktiva des Verbandes. Nebst den technischen und finanziellen Anforderungen besteht das Ziel mittel- und langfristig darin, den Komfort für die Schüler, für das Lehr- und Verwaltungspersonal und die Besucher zu erhalten.

**Coriolis Infrastrukturen.** Die Eröffnung eines Casinos in Neuenburg Ende 2012 verbunden mit veränderten Spielgewohnheiten hat zu einem Rückgang des finanziellen Beitrags des Casinos von Freiburg von 17,45 % an den Kulturfonds der Agglomeration Freiburg geführt. Um diesen Rückgang auszugleichen hat der Vorstand mehrere Massnahmen vorgesehen, unter anderem eine Kürzung des Betrags an die Stiftung Equilibre und Nuithonie, eine Kürzung der Investitionen zugunsten anderer kultureller Infrastrukturen und eine höhere Beteiligung der Mitgliedgemeinden. Die höhere Beteiligung wurde von der Delegiertenversammlung am 18. Dezember 2013 angenommen und wird im Frühjahr 2014 von den Legislativen der fünf Mitgliedgemeinden genehmigt werden müssen.

**Konsultativkonferenz zur Kultur in der Region Freiburg.** 350 Personen haben an der Abendveranstaltung zur Lancierung der Konsultativkonferenz am 28. Februar im Equilibre teilgenommen. Der politische Steuerungsausschuss, dem der Präsident von Coriolis Infrastrukturen, der Präsident der Agglomeration und der

---

Ammann der Stadt angehören, hat die 12 Mitglieder der Arbeitsgruppe vorgestellt, die den Auftrag haben, unter der Koordination der Kulturbeauftragten und Vorsteherin des städtischen Kulturamtes, sich mit einer Neudefinierung der Kulturpolitik mit einer Vision bis 2030 auseinanderzusetzen. Am Rande des partizipativen Prozesses wurden auch Debatten, Konferenzen und Kulturcafés organisiert, deren Höhepunkte auf der Website [www.assises-culture.ch](http://www.assises-culture.ch) aufgeführt sind und deren Ergebnisse im Frühjahr 2014 erwartet werden.

### 7.2.2 Bereiche der SJD

**Öffentliche Gaststätten und zeitlich befristete Grossveranstaltungen.** Die Überwachung der öffentlichen Gaststätten, die Verlängerungsgesuche und die feuer- und baupolizeilichen Kontrollen, haben das Personal des Oberamts wie gewöhnlich ziemlich beschäftigt. Nach dem Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung über die öffentlichen Gaststätten (ÖGG) wurden beim Oberamt insbesondere 26 Gesuche um Zusatzpatente B+ (früher «nächtliche Öffnungszeit») eingereicht, wovon 17 genehmigt werden konnten. Nebst der Aktualisierung der verschiedenen Formulare und Weisungen und der Erteilung zahlreicher Bewilligungen verschiedenster Art (Patente K, Umzüge usw.), hat der Oberamtmann mehrere Grossveranstaltungen (wie die Bolzenfasnacht; Final der Meisterschaft NLA; 75-jähriges Bestehen des HC Fribourg Gottéron; 28. Giron des musiques; Final der Swiss Basket League; Freiburger Messe; 18. Giron des jeunes sarinoises; Heroes Day der Tamil Tigers) bewilligt. Bei Bedarf organisiert das Oberamt Vorbereitungs- und Koordinationssitzungen mit den verschiedenen Partnern.

**Tätigkeiten und störende Begleiterscheinungen in Zusammenhang mit der Prostitution.** Dank umfangreicher Renovierungen der Räumlichkeiten, die nach den systematischen, vom Oberamt Saane angeordneten Inspektionen in allen Gebäuden vorgenommen wurden, konnten die gesundheitlichen Bedingungen an der Grand-Fontaine deutlich verbessert werden. Auf Ansuchen der Stadt Freiburg hat die Arbeitsgruppe, die der Oberamtmann aus lokalen Behörden, der Kantonspolizei, der Gewerbe- und der Anwohnern gebildet hat und die nun ein Verein ist, während dem Berichtsjahr Überlegungen gemacht und Aktionen durchgeführt, damit die störenden Begleiterscheinungen der Prostitution an diesem Ort besser unter Kontrolle gebracht werden können.

**Feuerwehr und -polizei.** Nebst dem traditionellen Abend, an dem administrative Informationen erteilt werden und an dem Kommandanten und Präsidenten der örtlichen Feuerkommissionen teilnehmen, hat der Oberamtmann zahlreiche Feuerwehrkorps inspiziert und verschiedene Arbeitssitzungen abgehalten, die die Zusammenarbeit im Bereich Brandbekämpfung in den verschiedenen Regionen des Bezirks verbessern und stärken soll. Ein Mitarbeiter des Oberamts hat das Oberamt im Rahmen der Totalrevision des Gesetzes über die Versicherung der Gebäude gegen Brand und andere Schäden sowie des Gesetzes betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden (Projekt «ECALex») vertreten.

### 7.2.3 Bereiche der ILFD

**Politische Rechte.** Ein Teil des Personals des Oberamts wurde bei den kantonalen und den eidgenössischen Wahlen für die Koordination und den Vollzug von gesetzlichen Aufgaben in Anspruch genommen. Das Oberamt des Saanebezirks hat aktiv am Projekt SyGEV mitgewirkt, das die Einführung eines neuen Informatiksystems für die Verwaltung von Wahlen und Abstimmungen zum Ziel hat. Der Oberamtmann wurde zum Mitglied der Projektoberleitung ernannt und einer seiner Mitarbeiter zum Mitglied des Projektausschusses und des Ausschusses zur Evaluation zukünftiger Anbieter.

**Agglomeration.** Das Agglomerationsprogramm Freiburg (2. Generation) wurde im Laufe des ersten Halbjahres 2013 vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) beurteilt. Das ARE legte den Beitragssatz der Mitfinanzierung bei 40 % fest, was dem höchstmöglichen Beitragssatz entspricht. Dies ergibt einen Beitrag von 26,1 Millionen Franken für die Periode 2015-2018. Die Gesamtkosten für die 48 beschlossenen Massnahmen werden mit 65,4 Millionen Franken veranschlagt. Der Staat Freiburg beteiligt sich an 9 Massnahmen mit 2,8 Millionen Franken. Formell muss über den Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel für das Programm noch abgestimmt werden, was im Laufe des Jahres 2014 der Fall sein sollte.

Das Oberamt beteiligt sich ausserdem aktiv an den Arbeiten unter der Federführung der ILFD betreffend die Agglomeration Freiburg und die Gemeindezusammenschlüsse. Der Oberamtmann ist Mitglied des

---

Steuerungsausschusses, während einer seiner Mitarbeiter sich an den Arbeiten der Gruppe der Fachspezialisten beteiligt.

**Fusionsplan.** Der Oberamtmann hat seine Arbeiten im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Fusionsplans für den Saanebezirk weitergeführt und abgeschlossen. Sein ursprünglicher Entwurf des Fusionsplans sowie die Ergebnisse der Vernehmlassung bei den Direktionen wurden im Januar den 36 Gemeinderäten vorgestellt, wobei sie jeweils entsprechend der verschiedenen geplanten Perimeter eingeladen wurden. Im Rahmen der Vernehmlassung bei den Gemeindebehörden schlossen sich 26 Gemeinden, also fast drei Viertel (72 %) der Gemeinden, die mehr als drei Viertel (77 %) der Bevölkerung des Bezirks ausmachten, dem ursprünglichen Vorschlag des Oberamtmanns an.

Am 28. März 2013 stellte der Oberamtmann der ILFD seinen definitiven Fusionsplan vor, der fünf grosse Fusionsperimeter vorsieht (Oberer Saanebezirk, Gibloux, Saane Nord, Saane West und Grossfreiburg). Um die Umsetzung der geplanten Fusionen, insbesondere jener von Grossfreiburg, zu begünstigen, äusserte der Oberamtmann den Wunsch, dass vier Begleitmassnahmen umgesetzt würden, nämlich: Gesetzgeberische Überlegungen anzustellen über die Möglichkeit zur Bildung von «Kreisen» in Gemeinden einer gewissen Grösse, eine vertiefte Auseinandersetzung basierend auf den Kriterien des Bundes über die Grösse des Agglomerationsgebiets, erfolgreicher Abschluss der institutionellen und strukturellen Reformen der Agglomeration und schliesslich Intensivierung der für eine Stärkung des Kantonszentrums notwendigen kantonalen Investitionen.

Am 4. Juni 2013 verabschiedete der Staatsrat den vorgeschlagenen Plan und nahm Kenntnis von den darin enthaltenen Erwägungen. Der Fusionsplan wurde anschliessend an Informationsabenden in Anwesenheit des Oberamtmanns der Bevölkerung der 36 Gemeinden des Bezirks vorgestellt.

**Gemeindezusammenschlüsse.** Das Fusionsprojekt «2c2g – Englisbourg» (Chésopelloz, Corminbœuf, Givisiez und Granges-Paccot) wurde im Laufe des Jahres 2013 fertig ausgearbeitet und es wird der Bevölkerung im März 2014 zur Abstimmung unterbreitet werden mit der Aussicht auf einen Zusammenschluss per 1. Januar 2016. Auf Anfrage des Oberamtmanns hin konnten ihm die von diesem Projekt betroffenen Gemeinderäte bestätigen, dass die geplante Fusion eine ihrer Ansicht nach notwendige Etappe sei vor der Fusion Grossfreiburg mit der Perspektive 2021.

Die Gemeinderäte von Freiburg, Marly und Villars-sur-Glâne führten ihrerseits die Gespräche im Hinblick auf einen Zusammenschluss in Grossfreiburg weiter und beschlossen im September 2013, am 18. Mai 2014 eine Konsultativabstimmung über die Fusion durchzuführen. Nachdem der Generalrat von Villars-sur-Glâne am 7. November beschlossen hatte, bei der Konsultativabstimmung die Analyse der Gemeindeexekutive zu unterstützen, gemäss der ein Zusammenschluss beim aktuellen Stand der Dinge nicht durchführbar sei, entschied der Gemeinderat der Stadt Freiburg im folgenden Monat, den Fusionsprozess auszusetzen und auf die Konsultativabstimmung bei der Bevölkerung zu verzichten.

Das Vorprojekt des Gemeindezusammenschlusses Gibloux (Corpataux-Magnedens, Farvagny, Rossens, Le Glèbe, Vuisternens-en-Ogoz, Hauterive), ist ausgereift und wurde im Herbst 2013 einer Konsultativabstimmung unterzogen. Während das Vorprojekt in den übrigen Gemeinden deutlich angenommen wurde, wurde es von der Bevölkerung von Hauterive abgelehnt. Das Projekt wird ohne die Gemeinde Hauterive weiterverfolgt.

In Saane West und Saane Nord sind auf der Stufe der im Fusionsplan des Saanebezirks vorgeschlagenen Perimeter vorbereitende Schritte im Hinblick auf Fusionsstudien unternommen worden.

#### 7.2.4 Bereiche der VWD

**Neue Regionalpolitik (NRP).** In Erwartung der Schaffung einer formellen Regionalstruktur vertritt der Oberamtmann den Saanebezirk weiterhin im Vorstand des Vereins der Freiburger Regionen für die Neue Regionalpolitik (INNOREG FR). Die operative Zusammenarbeit mit den übrigen Regionalsekretariaten wird von der Agglomeration Freiburg gewährleistet.

#### 7.2.5 Bereiche der GSD

**CODEMS.** Die Kommission für Pflegeheime des Saanebezirks (CODEMS) nutzte die Einführung der neuen «kantonalen» Richtlinie für die Berechnung der Finanzierungs- und Investitionskosten für Pflegeheime (Richtlinie «Fiffine»), um ihr Reglement zu aktualisieren und ihre Grundsätze betreffend die Übernahme der Kosten zur

---

Finanzierung der Pflegeheime zu vereinfachen. Auf dieser Grundlage nahm sie eine systematische und eingehende Kontrolle der Anlagebuchhaltung aller Pflegeheime des Bezirks vor. Sie hat ausserdem die Schlussabrechnungen der Pflegeheime La Providence und St-Martin kontrolliert. In Zusammenarbeit mit der Association des communes pour les services médico-sociaux (ACSMS) hat die Kommission den Abbau des historischen Rückstands von einem Jahr bei den Zahlungen der Finanzierungskosten der Pflegeheime in Angriff genommen. Die erfolgreiche Ausglichung des Rückstandes verschaffte den Gemeinden wesentliche und nachhaltige Zinersparnisse und ermöglichte es den Pflegeheimen des Bezirks, ihre Finanzen zu verbessern. Schliesslich nahm die Kommission Stellung zur Planung neuer Pflegeheimbetten im Bezirk.

**Association des Communes pour les Services Médico-Sociaux (ACSMS).** In den letzten Jahren wurden verschiedene Schritte unternommen, um die Funktionsweise des Gemeindeverbands und die Kommunikation zwischen den verschiedenen Beteiligten im sozialmedizinischen Bereich auf der Ebene des Bezirks zu verbessern. In Anbetracht der Zunahme der Aufgaben des Gemeindeverbandes, die unweigerlich immer komplexer werden, hat der Vorstand vor dem Sommer ein externes Organ damit beauftragt, eine Diagnose des Verbandes und seiner Partnerinstitutionen (Stiftung für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe, Codems und die Kommission für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe) zu stellen und Lösungen vorzuschlagen, die die Führung des Gemeindeverbands und seiner bevorzugten Partner verbessern könnten.

Damit das vom Vorstand gesetzte Ziel erreicht wird, nämlich den Gemeindeverband zu reorganisieren und ihn seiner Grösse anzupassen, um effizienter zu werden, werden im Auditbericht folgende Vorschläge gemacht (geordnet nach Wichtigkeit): Schaffung der Stelle eines Verwalters, Zusammenlegung der HR-Dienste und des Finanz- und Rechnungswesens der verschiedenen Partner, Anpassung und Stärkung der Rolle der Codems bei der Kontrolle der Aufwendungen und Investitionen der Pflegeheime, Bemühungen um Zusammenarbeit, Synergien und Kosteneinsparungen bei den Pflegeheimen des Bezirks und, längerfristig, Prüfung einer Vernetzung, bzw. Integration der Pflegeheime des Bezirks in den Verband.

#### 7.2.6 Bereiche der RUBD

**Ehemalige Deponie La Pila.** Das Oberamt bietet der Projektoberleitung des Konsortiums weiterhin seine Hilfe an, namentlich bei der Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen für die Öffentlichkeit in Zusammenhang mit der vom Oberamtmann beschlossenen Erweiterung des Zugangsverbotsperimeters.

**Poyaprojekt.** Die vom Oberamtmann des Saanebezirks präsidierte Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit fortgeführt im Hinblick auf die Erarbeitung und die Koordination von Lösungen für das Verkehrsmanagement und die Grossveranstaltungen rund um die Sportanlage Saint-Léonard und auf dem Plateau d'Agy. Trotz der Herausforderung, die die verschiedenen Etappen der Baustelle der Poya-Brücke und der Baustelle der neuen SBB-Haltestelle darstellen, konnten für alle Phasen der Baustelle passende Verkehrs- und Sicherheitsdispositive erstellt werden.

**Neue Modalitäten bei der Behandlung von Baugesuchen.** Das Oberamt hat verschiedene Informationsveranstaltungen für die Gemeinden zu diesen neuen Modalitäten abgehalten. Es hat auch in verschiedenen Arbeitsgruppen mitgewirkt, die zu diesem Zweck vom BRPA und dem TBA gebildet worden sind.

### 7.3 Oberamt des Sensebezirks

Oberamtmann: **Nicolas Bürgisser**

#### 7.3.1 Allgemeines

Die Annahme der Regionalplanung des Sensebezirks, mit einem Ziel bis 2030, bildete den Höhepunkt des vergangenen Jahres. Die Planung wurde an der Delegiertenversammlung der Region Sense im Herbst einstimmig gutgeheissen, nachdem vier Jahre daran gearbeitet worden war. Auch im letzten Jahr mussten leider wieder zahlreiche Demissionen von Gemeinderäten verzeichnet werden. Und erneut war es nur mehr oder weniger gut möglich, diese freien Sitze neu zu besetzen.

Die diversen Mitgliederkollektive der Sensler Gemeinden und Gemeindeverbände entwickeln sich unterschiedlich. Die Arbeit in der «Hauptstadtregion Schweiz» trägt die ersten Früchte. So figuriert die Arbeitszone Birch in

---

Düdingen neu unter den 10 wichtigsten Arbeitszonen der Hauptstadtregion Schweiz. Dass die Gemeinden des Sense-Oberlands dem Naturpark Gantrisch angehören, wird mit der Zeit ebenfalls immer positiver wahrgenommen.

Auch 2013 hat der Vorstand der Region Sense, der sich aus den 19 Gemeindepräsidentinnen und Ammännern der Sensler Gemeinden zusammensetzt, intensiv und in einem konstruktiven Klima zusammengearbeitet.

### 7.3.2 Tätigkeiten auf kommunaler, regionaler und kantonaler Ebene

Auch 2013 standen das Oberamt und der Oberamtmann den Sensler Gemeinden und Gemeindeverbänden, aber auch den Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung, indem sie ihnen eine breite Palette an Dienstleistungen anboten. Beratung, Unterstützung und Koordinationstätigkeiten zwischen den Gemeinden gehören, wie bereits in der Vergangenheit, zu den Hauptaufgaben des Oberamts.

Nachfolgend werden – nach den Direktionen des Staates geordnet – die wichtigsten Aufgaben und Tätigkeiten erläutert, welche die Gemeinden, ihre Verbände und den Oberamtmann im Berichtsjahr beschäftigten.

### 7.3.3 Bereiche der EKSD

Die Eröffnung der neuen Dauerausstellung im Sensler Museum bildete den kulturellen Höhepunkt im vergangenen Jahr. Die Sensler Gemeinden beteiligen sich mit jährlich 120 000 Franken an den Betriebskosten des Museums. Ebenfalls wurden zwei Freilichtaufführungen mit grossem Erfolg durchgeführt. Die Entstehung des Schiffenensees in Räsch bei Düdingen (am Ufer des Schiffenensees, die Bühne sogar zum Teil im See!) und die Freilichtaufführung „Bachab“, welche das geologische Drama des Falli Hölli darstellte, waren beides Highlights des Sensler Kulturlebens. Beide Veranstaltungen waren restlos ausverkauft.

Die «Region Sense» führt das Sekretariat und die Buchhaltung der Orientierungsschule des Sensebezirks. Der Oberamtmann nahm als Vorstandsmitglied dieser Schule während des ganzen Jahres an ihrer Arbeit teil und unterstützte den Vorstand und die Gemeinden in allen Bereichen.

Schwierigkeiten gibt es bei den Schultransporten. Mehrere langjährige Busverbindungen wurden gestrichen und mussten mit teuren Schulbussen ersetzt werden.

### 7.3.4 Bereiche der SJD

Der jährliche Kdt-Rapport der Sensler Feuerwehrs-Korps fand in den Räumlichkeiten der Ambulanz Sense statt. Die vielfach neuen Korpskommandanten konnten dabei live die Arbeit der Ambulanz Sense und deren hervorragende Infrastruktur erleben. Auch wurden gemeinsam mit der KGV verschiedene Aspekte und Probleme der Feuerwehren besprochen. An mehreren Inspektionen der verschiedenen Feuerwehr-Korps konnte sich der Oberamtmann ein Bild der Qualität in den verschiedenen Dörfern machen. Der Einsatz und der Wille waren überall hervorragend. Die Zusammenarbeit des Oberamts mit den lokalen Feuerwehrcorps, dem Stützpunkt Düdingen und der KGV war während des ganzen Jahres intensiv und effizient.

Fusionen und/oder mögliche Formen der Zusammenarbeit sind auch bei den verschiedenen Feuerwehr-Korps ein Thema. Um die Anforderungen von FriFire zu erfüllen, welches verlangt, dass innerhalb von 15 Minuten nach einem Brandalarm 8 Feuerwehrmänner, davon 4 mit Atemschutz, auf Platz sind, müssen mehrere Feuerwehrcorps zusammenarbeiten mit benachbarten Feuerwehren eingehen.

Auch 2013 arbeitete der Oberamtmann des Sensebezirks als Vertreter der Oberamt männerkonferenz im Kantonalen Rat für Prävention und Sicherheit.

Mehrere Sensler Gemeinden nahmen auf Einladung des Oberamts an drei gemeinsamen Arbeitssitzungen mit der bürgernahen Polizei teil. Diese Art der Zusammenarbeit wurde von allen Teilnehmern geschätzt, sodass die Arbeitssitzungen in regelmässigen Abständen wiederholt werden.

### 7.3.5 Bereiche der ILFD

Der Oberamtmann hat im Berichtsjahr seine offiziellen Besuche der einzelnen Gemeinden weitergeführt. Dabei hat er feststellen können, dass die Gemeinden des Sensebezirks gesamthaft gut geführt und verwaltet werden. Es gingen hingegen mehrere Rekurse und Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinderäte bei der Aufsichtsbehörde ein. Etliche

---

Arbeitssitzungen mit allen Gemeinden wurden zu vielen Themen durchgeführt. Es kann festgestellt werden, dass die Gemeinden nicht einzeln das Rad neu erfinden wollen und in vielen Bereichen gut zusammenarbeiten. Das gleiche gilt für die Koordination von Stellungnahmen zu anstehenden Vernehmlassungsverfahren.

Wie in der Einleitung bereits erwähnt, so mussten auch 2013 etliche Demissionen von Gemeinderatsmitgliedern registriert werden. Vielen Leuten ist nicht bewusst, welche Arbeit ein Gemeinderatsmandat mit sich bringt. Mit dem Verband der Verwaltungsangestellten der Gemeinden des Sensebezirks (und des Seebezirks) wurden im Hinblick auf ein Angebot von Ausbildungsgängen Schulungen durchgeführt.

Auch die Jagdsaison 2013 verlief mehrheitlich ohne Turbulenzen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Wald, Wild und Fischerei, den Wildhütern und dem Oberamt ist weiterhin gut. Die Jagd soll weiterhin Emotionen für alle auslösen – positive Emotionen.

Die Gemeindefusionen kommen weiter voran. Der Oberamtmann stellte in seinem Bericht den künftigen Bezirk mit neu 8 anstelle von 19 Gemeinden vor. Die konkrete Umsetzung hat nun begonnen. Die fünf Gemeinden Plaffeien, Oberschrot, Zumholz, Brünisried und Plasselb traktandierten die Fusionsabsicht bereits an deren Gemeindeversammlungen mit einem entsprechenden Kreditantrag. Überall wurden die Kreditanträge gutgeheissen. Die vier anderen Gemeinden des Sense Oberlandes – Giffers, Tentlingen, St. Silvester und Rechthalten – haben beschlossen, ihre Bürgerinnen und Bürger konsultativ über deren Meinung für eine allfällige Fusion zu befragen.

#### 7.3.6 Bereiche der VWD

Die ersten positiven Rückmeldungen für den Sensebezirk aus der Mitgliedschaft in der Hauptstadtregion Schweiz sind zu verzeichnen. Die Düdinger Industriezone Birch wurde von der Hauptstadtregion Schweiz in die Top-10 Industrie-Standorte aufgenommen.

Der Oberamtmann ist gleichzeitig Präsident des Gemeindeverbandes Region Sense und hat sich mit den nachfolgenden Themen befasst:

In der kürzlich verabschiedeten Regionalplanung für den gesamten Bezirk wurde unter allen Sensler Gemeinden definiert, wo künftige Industriestandorte angesiedelt werden sollen. Gleiches gilt für die Ansiedlungen von KMU.

Weiterhin in Zusammenarbeit mit dem Gemeindeverband See betreibt der Sensebezirk ein Gründerzentrum in Murten. Mehrere junge Start-Ups sind bereits eingezogen.

#### 7.3.7 Bereiche der GSD

Die Schliessung mehrerer Leistungen am HFR Spitalstandort Tifers hat im Sensebezirk zu einem grossen Kopfschütteln und zu einer grossen Enttäuschung und Resignation geführt.

Der Oberamtmann engagiert sich weiterhin im Gesundheitswesen von Amtes wegen und als Mitglied des Gemeindeverbandes «Gesundheitsnetz Sense» (ehemals «Gemeindeverband Pflegeheim Maggenberg und sozialmedizinische Dienste»).

Die Umsetzung der Studie zur Demenzabteilung für den Bezirk läuft, die definitive Variante wurde gewählt. Der Projektkredit ist gesprochen.

Die Kommission für die Entrichtung der Pauschalentschädigungen führt ihre Arbeit fort, alle Fälle neu zu evaluieren und gemäss den von der Oberamt männerkonferenz erarbeiteten Richtlinien zu bewerten.

Das Zentrum für die Unterbringung von Asylsuchenden in Wünnwil wurde nun geschlossen. Es lief viel besser, als es sich viele Betroffene vorgestellt haben. Das neue Zentrum wurde in Düdingen eröffnet. Bisher sind keine nennenswerten Klagen der Bevölkerung zu vermerken.

#### 7.3.8 Bereiche der FIND

Keine Bemerkungen.

---

### 7.3.9 Bereiche der RUBD

Viele abgeschlossene Ortsplanungen der verschiedenen Gemeinden warten oftmals lange (manchmal über Monate, ja Jahre hinweg) bei der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion auf die Genehmigung. Mit der Annahme des neuen eidgenössischen Raumplanungsgesetzes könnten diese Ortsplanungen ungültig werden.

Die Regionalplanung des Sensebezirks wurde im Herbst 2013 nach einer vierjährigen Arbeit von der Delegiertenversammlung verabschiedet.

### 7.3.10 Schlussbemerkungen

Zusätzlich zu den oben genannten Engagements nehmen der Oberamtmann und das Oberamt am öffentlichen Leben im Bezirk, aber auch an privaten Initiativen mit einem wirtschaftlichen, kulturellen oder sportlichen Aspekt teil und unterstützen diese. In diesem Sinne zeigten der Oberamtmann und sein Vertreter durch ihre Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen auch im vergangenen Jahr das Interesse der Behörden an allem, was auf regionaler und lokaler Ebene geschieht.

## 7.4 Oberamt des Greyerzbezirks

Oberamtmann: **Patrice Borcard**

### 7.4.1 Bereiche der EKSD

**Orientierungsschulverband Greyerz.** 2013 hat sich der Vorstand der OS Greyerz auf drei Projekte in Zusammenhang mit den Auswirkungen des starken Bevölkerungswachstums im Bezirk konzentriert. Beim ersten handelt es sich um den Bau einer dritten OS, in Riaz. Die Wettbewerbsphase wurde mit der Auswahl eines Projekts abgeschlossen, das noch einer Reihe von Änderungen unterzogen wurde. Eine Baukommission hat unverzüglich die Arbeit aufgenommen, denn das Gebäude muss seine Türen zwingend auf den Schulbeginn 2017 öffnen. Zwei weitere Projekte wurden weiterverfolgt: der Umbau der OS Bulle und der Baubeginn von vier Schulzimmern an der OS La Tour-de-Trême. Anlässlich von Gesprächen wurde entschieden, dass die Gemeinde Bulle – Eigentümerin der Garderoben unterhalb des geplanten Baus – das Projekt realisiert und die Räume nachher der OS vermietet. Der Schulvorstand hat die Reorganisation des technischen und künstlerischen Managements des Kultursaals CO2 weiterverfolgt.

**Kollegium des Südens.** Die vorbereitenden Arbeiten für den Ausbau des Standorts Bulle wurden während des Berichtsjahrs in Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen des Staates Freiburg weiterverfolgt. Im Herbst 2013 wurde die Bewilligung erteilt.

**Stiftung Schloss Greyerz.** Die Stiftung Schloss Greyerz richtete ihre Überlegungen auf ein Projekt mit dem Titel «Aufwertungs- und Kommunikationsstrategie 2020». Die Einrichtung soll sich in einem Umfeld zunehmenden Wettbewerbs besser profilieren. Raoul Blanchard, Konservator des Schlosses seit 1. Januar 2001, hat auf Anfang 2014 seine Kündigung eingereicht. Sein Nachfolger, der Kunsthistoriker Filipe Dos Santos, hat sich unter 65 Bewerbungen durchgesetzt. Er tritt sein neues Amt am 1. Februar 2014 an.

**Regionales Sportzentrum.** Der Regionalverband Greyerz und namentlich die zu diesem Zweck gebildete Arbeitsgruppe setzen ihre Schritte im Hinblick auf den Bau eines Sportzentrums fort. Die Haupttätigkeit bestand 2013 darin, in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Ernst & Young die Art der öffentlich-privaten Partnerschaft näher zu verfeinern. Es wurden Kommissionen gebildet, um das Programm des Sportzentrums auszuarbeiten. Um die Finanzierung der letzten Untersuchungsetappe zu ermöglichen, die zur Wahl des Privatpartners führen sollte, wurde um die Unterstützung der Neuen Regionalpolitik (NRP) ersucht. Die Delegierten des Regionalverbands Greyerz haben dieses Vorgehen gutgeheissen. Vertiefere Analysen wurden zur Standortwahl durchgeführt.

Ausserdem wurde 2013 das Verfahren zur Schaffung des Gemeindeverbands «Sports en Gruyère» weitergeführt. Es mündete in der Genehmigung der Statuten durch den Staatsrat. Die konstituierende Versammlung ist für Ende Januar 2014 vorgesehen.

---

#### 7.4.2 Bereiche der SJD

**Gaststätten.** Das Oberamt ist an mehreren Fronten aktiv gewesen, um die Tätigkeit der öffentlichen Gaststätten des Bezirks und namentlich jener im Hauptort zu regulieren. Der Verband «Noct-en-Bulle» hat in Zusammenhang mit anderen Bewegungen Aktivitäten durchgeführt, um auf die nächtlichen Ruhestörungen aufmerksam zu machen. Das Oberamt hat zudem eine Kampagne organisiert, mit der Jugendliche für exzessiven Alkoholkonsum sensibilisiert werden sollten. Anhand eines Wettbewerbs («C'est l'abus comme t'as bu !»), der zusammen mit dem Verband «Stop Violence» und REPER durchgeführt wurde, konnten die Hilfsmittel für eine Informationskampagne zusammengetragen werden. Ausserdem hat das Oberamt Ende Jahr mehrere Partner an einen Tisch gebracht, um ein Label für die Ausgangsszene zu initiieren, das einen Rahmen für die Organisatoren von Grossveranstaltungen bereitstellt.

**Feuerpolizei.** Der Oberamtmann und der Vizeoberamtmann haben an zahlreichen Veranstaltungen, Versammlungen, Kursen und Übungen der Feuerwehr-Korps des Greyerzbezirks teilgenommen. Mehrere Schäden erforderten die Anwesenheit des Oberamtmanns, namentlich eine Explosion in Marsens Anfang Januar, bei der der Plan Orange angeordnet werden musste. Im Laufe des Jahres fanden Inspektionen bei den Feuerwehren von Marsens-Vuippens und Haut-Intyamon statt.

#### 7.4.3 Bereiche der ILFD

**Gemeindezusammenschlüsse.** 2013 war gekennzeichnet durch mehrere Initiativen und Umsetzungen im Bereich der Gemeindezusammenschlüsse. Das Oberamt hat den in der Abstimmung vom 3. März 2013 angenommenen Zusammenschluss zwischen Charmey und Cerniat begleitet, aus dem ab dem 1. Januar 2014 die neue Gemeinde Val-de-Charmey entsteht.

Der Staatsrat hat Anfang Juni 2013 den vom Oberamtmann ausgearbeiteten Fusionsplan genehmigt. Der Oberamtmann hat die Gemeinden für die verfolgten Ziele sensibilisiert, indem er namentlich an Informationsveranstaltungen teilgenommen hat.

#### 7.4.4 Bereiche der VWD

**Bergbahnen.** Nachdem er um eine Unterstützung für die Schneekanonenanlage im Skigebiet La Berra ersucht wurde, hat der Regionalverband Greyerz eine Untersuchung der für die nächsten zehn Jahre vorgesehenen Investitionen auf Bezirksebene durchgeführt. Er hat namentlich die Volkswirtschaftsdirektion darum ersucht, das Gesetz über den Tourismus zu ändern, in dem keine Unterstützung für die künstliche Beschneigung vorgesehen ist. Angesichts der bedeutenden angekündigten Investitionen haben die Delegierten des Regionalverbands darauf verzichtet, die Installation künftiger Schneekanonen zu unterstützen.

**Neue Regionalpolitik (NRP).** Die Zusammenarbeit des Greyerzbezirks mit der NRP betraf weiterhin mehrere Projekte: den Bau eines regionalen Sportzentrums, jenes der Ökoindustrie, dem die meisten Unternehmen in der Zone Planchy in Bulle angehören, und die Organisation der Chilbi 2014.

#### 7.4.5 Bereiche der GSD

**Gemeindeverband Gesundheitsnetz Greyerz.** Als Präsident der Delegiertenversammlung des Gesundheitsnetzes Greyerz, der Kommission für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe sowie der Pflegeheimkommission des Greyerzbezirks (CODEMS) wird der Oberamtmann in zahlreiche Dossiers im Bereich Gesundheit und Soziales einbezogen. Ein Konzeptentwurf zur Betreuung betagter Personen machte die Bildung mehrerer Arbeitsgruppen, die im Bereich der Zwischenstrukturen tätig waren, und eines regionalen Informations- und Beratungsorgans erforderlich.

**Der Regionalverband Greyerz** hat die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter untersucht. Es ist vorgesehen, auf der Basis einer eingehenden Analyse des aktuellen Angebots (Krippen, Hort, Kindergarten, Spielgruppen ...) eine Referenztafel für die gesamten Einrichtungen zu erstellen und ein Internetportal einzurichten. Damit wird eine bessere Information der Eltern und eine effizientere Koordination zwischen den verschiedenen Angeboten angestrebt.

---

#### 7.4.6 Bereiche der FIND

Keine Bemerkungen.

#### 7.4.7 Bereiche der RUBD

**Raumplanung.** Als Präsident der Delegiertenversammlung des interkommunalen Verbands MOBUL überwachte der Oberamtmann die in der Stadt Bulle durchgeführten Arbeiten im Rahmen der Umsetzung des Projekts MOBUL. In Zusammenarbeit mit dem Regionalverband Greyerz organisierte er im November die zweiten «Etats généraux» des Greyerzbezirks zum Thema Raumplanung. Das Treffen war gut besucht. Der Regionalverband engagierte sich zudem für die Unterstützung einer Studie zur Erhaltung der landschaftlichen Vielfalt des Intyamon- und des Jauntals im Rahmen der Agrarpolitik 2014-2017. Er hat ausserdem eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Zukunft der Alphütten im Eigentum der Gemeinden beschäftigt. Es ist ein Bericht geplant, in dem den Gemeinden praktische Ansätze vorgeschlagen werden, die sie bei der Erhaltung dieses kostspieligen Kulturguts entlasten können.

### 7.5 Oberamt des Seebezirks

Oberamtmann: **Daniel Lehmann**

#### 7.5.1 Bereiche der EKSD

**Schulen.** Der Oberamtmann präsidiert die Delegiertenversammlung der Orientierungsschule (OS) Region Murten. Er vertritt die Gemeinden des Haut-Lac français im Vorstand der Orientierungsschule Sarine-Campagne und Haut-Lac français. Er ist für die Schulverantwortlichen der Gemeinden sowie für die Vorstände, Kommissionen und Schulleitungen der Orientierungsschulen und der Primarschulen des Bezirks beratend tätig.

**Berufsberatung.** Die vom Oberamtmann präsidierte Kommission des Seebezirks für Berufs- und Laufbahnberatung überwacht den Betrieb der Berufsberatung an den Orientierungsschulen von Murten, Kerzers und Gurmels sowie das Berufsinformationszentrum (BIZ) des Seebezirks in Murten.

**Kultur.** Das Oberamt unterstützt verschiedene kulturelle Aktivitäten im Bezirk sowie Organisationen zur Erhaltung oder Wiederbelebung von Kulturgütern.

#### 7.5.2 Bereiche der SJD

**Polizei.** Das Oberamt unterstützt die Polizei bei der Umsetzung des Konzepts der bürgernahen Polizei. Dazu findet ein regelmässiger Informationsaustausch mit dem Kommando der Region Nord statt.

**Strafsachen.** Wie schon im Vorjahr hat die Anzahl ausgestellter Strafbefehle erneut deutlich zugenommen (+11,5 %). Die Anzahl Einsprachen gegen die Strafbefehle hat in absoluten Zahlen leicht zugenommen, anteilmässig ist sie aber weiter zurückgegangen. Die Anzahl Klagen, die die Ansetzung einer Versöhnungsverhandlung zur Folge hatten, ist gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben. Die Anzahl der Versöhnungen, die erfolgreich abgeschlossen werden konnten, ist gegenüber dem Vorjahr jedoch gestiegen.

**Gaststätten und Veranstaltungen.** Wie in den Vorjahren haben Beanstandungen im Zusammenhang mit Lärmemissionen von Gaststätten und Veranstaltungen sowie die Abklärungen für die Bewilligung von besonderen Veranstaltungen einen grossen zeitlichen Aufwand mit sich gebracht. Das neue Sicherheitskonzept für die Murter Fastnacht hat sich bewährt. Es ist für die künftigen Veranstaltungen aber noch weiterentwickelt worden.

**Schiesswesen.** Die vom Oberamtmann präsidierte kantonale Kommission für die Schiessstände hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt zahlreiche Beratungstätigkeiten durchgeführt und Entscheide der Direktion vorbereitet.

**Feuerwehr.** Der Oberamtmann und der Vizeoberamtmann haben mehrere Regionalübungen durchgeführt und kantonale und Bezirks-Kurse besucht. Ausserdem erfolgte eine rege Tätigkeit zur Beratung der Gemeinden bzw. der Feuerwehren betreffend Kooperationen oder Fusionen, insbesondere hinsichtlich der diesbezüglichen Vereinbarungen, Statuten und Reglemente.

Das Grossereignis vom Juni 2013, der Brand bei der Recycling-Firma Bühlmann in Cressier, wurde unter Mithilfe zahlreicher kantonalen und ausserkantonalen Einsatzelemente hervorragend bewältigt.

---

### 7.5.3 Bereiche der ILFD

**Wahlen und Abstimmungen.** Das Oberamt hat die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen vorbereitet und durchgeführt und die Gemeindegewahlbüros in ihren Vorbereitungen und Arbeiten unterstützt.

**Gemeinden.** Das Oberamt hat, zum Teil in Zusammenarbeit mit den zuständigen Amtsstellen, für die Gemeinden zu verschiedenen Sachthemen Informationsveranstaltungen durchgeführt oder schriftliche Informationen verfasst. Es berät die Gemeinden in Verfahrens- und Rechtsfragen.

**Gemeindezusammenschlüsse.** Der vom Oberamtmann erarbeitete Fusionsplan ist im Seebezirk allgemein gut aufgenommen worden. Schon vor seiner Genehmigung durch den Staatsrat haben verschiedene Gemeinden die Lancierung von Fusionsprojekten an die Hand genommen. Die laufenden Fusionsprojekte stehen alle im Einklang mit dem Fusionsplan. Das Oberamt hat die Prozesseinleitung für die Abklärung der Möglichkeit einer kantonsübergreifenden Gemeindefusion zwischen Murten und Clavaleyres koordiniert.

**Verband der Gemeinden des Seebezirks.** Im Rahmen des Verbandes der Gemeinden des Seebezirks wurden Stellungnahmen zu zahlreichen bedeutenden Vorlagen verfasst. Der Oberamtmann hat sich an den Arbeiten des Verbandes insbesondere in den Bereichen Verkehr und Raumplanung beteiligt.

**Ausbildung der Gemeinderäte und des Gemeindepersonals.** Der Oberamtmann hat an einem Fachkurs für Gemeindebauverwalter als Dozent mitgewirkt.

### 7.5.4 Bereiche der VWD

**Neue Regionalpolitik (NRP).** In seiner Funktion als Präsident des Regionalverbandes See beteiligt sich der Oberamtmann an der Erarbeitung und der Realisierung von Projekten der Regionalpolitik. Bei dem von den Bezirksverbänden See und Sense initiierten Gründerzentrum Nord konnte auch der Broyebezirk in die Trägerschaft integriert werden. Auf kantonaler Ebene setzt sich der Oberamtmann als Mitglied des Vorstandsausschusses von Innereg FR (Verband der Freiburger Regionen zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik) ein.

**Hauptstadtregion Schweiz.** Der Regionalverband See ist, wie auch die Stadt Murten, Gründungsmitglied des Vereins Hauptstadtregion Schweiz und unterstützt damit die Bestrebungen des Kantons, in dieser Region das ihm zustehende Gewicht zu erhalten. In seiner Funktion als Mitglied des Vorstandes der Hauptstadtregion Schweiz verstärkt der Oberamtmann die Mitwirkung des Kantons und des Seebezirks in dieser Organisation. Ein messbarer Erfolg des Mitwirkens des Seebezirks in der Hauptstadtregion Schweiz ist die Aufnahme des strategischen Sektors Löwenberg in die 20 wichtigsten Arbeitszonen der Hauptstadtregion.

**Wirtschaftsförderung.** Aufgrund der vom Regionalverband See im Vorjahr durchgeführten Umfrage zur regionalen Wirtschaftsförderung ist auf Bezirksebene ein Gesprächsforum geschaffen worden, das den interessierten Gemeinden den Erfahrungsaustausch betreffend Gemeindeaktivitäten zur Wirtschaftsförderung ermöglichen soll. Zudem sind Kontakte mit der Region Broye für eine Vernetzung der regionalen Wirtschaftsförderungsaktivitäten aufgenommen worden. Im Übrigen arbeitet die Region mit der kantonalen Wirtschaftsförderung und den Wirtschaftsorganisationen zusammen.

**Tourismus.** Der Regionalverband See beteiligt sich aktiv am koordinierten Tourismusmarketing des Kantons Freiburg und führt erfolgreich eigene Marketingaktionen durch. Hervorzuheben ist auch die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen, so namentlich in der Tourismusregion 3-Seen-Land, in welcher der Oberamtmann die Freiburger Regionen im Vorstand vertritt. Auf kantonaler Ebene ist der Oberamtmann als Mitglied des Vorstandes und des strategischen Ausschusses des Freiburger Tourismusverbandes tätig.

**Arbeitsmarkt.** Zusammen mit seinem Kollegen aus dem Sensebezirk ist der Oberamtmann des Seebezirks Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung «deStarts» zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher. Ausserdem ist er Vorstandsmitglied und Vizepräsident von IRIS-FR, einem Verein zur Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Erwerbslosen, der vorwiegend im See- und im Sensebezirk aktiv ist.

### 7.5.5 Bereiche der GSD

**Umsetzung der Spitalplanung.** Nach der Eröffnung des Provisoriums für die Permanence konnte im Frühling des Berichtsjahres der Um- und Neubau des Spitals HFR Meyriez-Murten mit dem Beginn des Rückbaus des alten Gebäudes an die Hand genommen werden. Mit den im Berichtsjahr realisierten Arbeiten liegt das Projekt sowohl zeitlich als auch kostenmässig auf Kurs.

**Gesundheitsnetz See.** Der Oberamtmann ist Präsident der Delegiertenversammlung und Mitglied des Vorstandes des Gesundheitsnetzes See. Zu einer verstärkten Integration der einzelnen Leistungseinheiten (Pflegeheime) sowie zur verbesserten Koordination der Planung und Leistungserbringung hat das Gesundheitsnetz seine Organisation reformiert.

**Finanzierungs- und Investitionskosten der Pflegeheime.** Als Präsident der Bezirkskommission für die Pflegeheime hat der Oberamtmann bei den Arbeiten zur Regelung der Finanzierungs- und Investitionskosten der Pflegeheime mitgewirkt. Diesbezüglich hat die Delegiertenversammlung des Gesundheitsnetzes dem Antrag zugestimmt, inskünftig auch den nicht zum Netz gehörenden Institutionen im Bezirk diese Kosten zu vergüten, so wie dies die kantonale Gesetzgebung für Pensionäre des Bezirks in Heimen anderer Bezirke vorschreibt.

**Spitalexterne Krankenpflege.** Das Oberamt führt das Präsidium und das Sekretariat der Bezirkskommission für die spitalexterne Krankenpflege, welche insbesondere die Entscheide betreffend die Gewährung einer Pauschalentschädigung zu fällen hat. Ausserdem koordiniert der Oberamtmann die Gespräche der vier Spitexdienste des Seebezirks zur Überprüfung ihrer Möglichkeiten einer Zusammenarbeit.

### 7.5.6 Bereiche der FIND

Keine Bemerkungen.

### 7.5.7 Bereiche der RUBD

**Raumplanung.** Auf kantonaler Ebene hat sich der Oberamtmann an der Vernehmlassung zur Inkraftsetzung der neuen Bundesbestimmungen über die Raumplanung sowie am Gesprächsforum zur aktiven Bodenpolitik beteiligt. Auf Bezirksebene lag das Hauptaugenmerk auf den Arbeiten zur Revision des regionalen Richtplanes. Dabei wurden insbesondere Koordinationsgespräche zwischen der Region und den betroffenen Gemeinden im Hinblick auf die Realisierung der strategischen Arbeitszone Löwenberg durchgeführt. Ein wichtiges Projekt stellen sodann die Planungsarbeiten betreffend Hochwasserschutz und Revitalisierung im Grosse Moos dar. Schliesslich hat der Oberamtmann in einer Gemeinde im Rahmen der Ortsplanungsrevision eine Vermittlungsrolle zwischen Gemeinde und betroffener Eigentümerschaft wahrgenommen.

**Bauwesen.** Die Anzahl ausgestellter Baubewilligungen ist gegenüber dem Vorjahr um 5 % gestiegen. Zudem hat das neue Verfahren zur Behandlung der Baugesuche, welches eine Verschiebung eines beträchtlichen Teils der Arbeiten von verschiedenen begutachtenden Dienststellen auf die Oberämter mit sich brachte, zu einer massiven Vergrösserung des Aufwandes für die Behandlung der Baugesuche geführt. Da bisher noch kein zusätzliches Personal zur Bewältigung dieses Aufwandes zur Verfügung gestellt worden ist, sind die Kapazitätsgrenzen erreicht bzw. sogar überschritten worden.

Nachdem die Gemeinde Haut-Vully im August aus der Liste der Gemeinden mit einem Zweitwohnungsanteil von mehr als 20 % gestrichen worden ist, ist der Seebezirk von den Bestimmungen zur Beschränkung des Zweitwohnungsbaus nicht mehr betroffen.

## 7.6 Oberamt des Glanebezirks

Oberamtmann: **Willy Schorderet**

### 7.6.1 Bereiche der EKSD

**Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Glanebezirks.** Der OS-Vorstand hat die Abklärungen zum Bedarf und zur Raumaufteilung für den Umbau der Orientierungsschule abgeschlossen.

---

Neben der Renovierung des gesamten Hauptgebäudes, der Klassenzimmer und des Anbaus umfasst das Projekt den Bau eines neuen Komplexes. In diesem soll ein Schwimmbad mit fünf Bahnen gebaut werden, das als Ersatz für das aktuelle Schwimmbad dienen soll, das über 40 Jahre alt ist und den Sicherheitsanforderungen und den Bedürfnissen der Schüler nicht mehr entspricht. Das neue Schwimmbad wird allen Primarklassen des Bezirks zur Verfügung gestellt werden und ausserhalb der Schulzeiten und während der Schulferien der Bevölkerung offenstehen. Zudem werden Kursräume für das Konservatorium und eine Regionalbibliothek eingerichtet. Dieses neue Gebäude wird zwischen der aktuellen Orientierungsschule und dem Bicubic liegen. Am Standort des aktuellen Schwimmbads werden Sonderschulzimmer gebaut werden (TG, Handarbeiten, Wissenschaften usw.). Der Vorteil des Projekts liegt darin, dass die besonderen Fächer zusammengefasst werden (Sport, besondere Aktivitäten).

Das gesamte Projekt wurde am 14. Juni 2013 Staatsrätin Isabelle Chassot vorgestellt. Frau Chassot anerkannte die Qualität der getätigten Arbeiten und betonte, dass das Programm genau den Vorstellungen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport entspreche.

Sie verpflichtete sich, dem Staatsrat ein Reglement über die Subventionierung von Schwimmbädern von regionaler Bedeutung zu überweisen und darauf hinzuweisen, dass ein Interesse daran besteht, in einem neuen Gebäude Räume für das Konservatorium einzurichten.

Anfang 2014 werden mit den Partnergemeinden des Bicubic Gespräche aufgenommen werden über die Übernahme der dritten Sporthalle des Bicubic.

Das definitive Projekt wird den Gemeindedelegierten im Laufe des Frühling 2014 präsentiert und dann der Delegiertenversammlung zur Genehmigung unterbreitet werden. Angesichts des Umfangs der Investition werden die Bürgerinnen und Bürger die für diese Arbeiten notwendigen Kredite bei einer Abstimmung genehmigen müssen.

In Anbetracht der demografischen Entwicklung, der künftigen bedeutenden Ausgaben und des obigen Projekts zieht es der Glanebezirk mittelfristig vor, wie von der EKSD verlangt, mit den benachbarten Bezirken Greyerz und Vivisbach den Bau einer neuen OS im Grenzbereich der drei Bezirke des Südens zu prüfen.

**Gymnasium.** Die Bevölkerung des Glanebezirks war empfänglich für die Erneuerung der Vereinbarung mit der EKSD. Dank dieser Vereinbarung haben die meisten Schüler des Glanebezirks weiterhin die Möglichkeit, das erste Jahr am Gymnasium in Romont zu absolvieren.

**Bildungslandschaften Glane – «Transition».** Das Ziel des Programms «Bildungslandschaften Schweiz», das von der JACOBS Foundation lanciert wurde und vom Staat Freiburg unterstützt wird, ist es, die Chancengerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen im Bereich der Bildung und der persönlichen Entfaltung zu verbessern, was durch innovative Formen der Zusammenarbeit zwischen schulischen und ausserschulischen Akteuren erreicht werden soll.

Nach einer Analyse der Situation von Jugendlichen in Schwierigkeiten haben sich Berufsleute mit unterschiedlichem Hintergrund und aus verschiedenen Interventionsbereichen zusammengesetzt, um diese Problematik in der Arbeitsgruppe «Qualité de vie en Glâne» anzugehen. Diese Jugendlichen, zumeist im Alter von 14 bis 18 Jahren, haben unter anderem Schwierigkeiten bei der beruflichen und sozialen Eingliederung (beschränktes schulisches Niveau, Erlernen einer neuen Sprache und Kultur, mangelnde berufliche und soziale Eingliederung, namentlich im örtlichen Vereinswesen, «Herumhängen» an bestimmten Plätzen, familiäre Probleme, Bedürfnis beachtet und anerkannt zu werden usw.).

Die Idee des Projekts Transition ist es, alle Akteure aus dem schulischen, ausserschulischen, familiären und vor allem wirtschaftlichen und beruflichen Bereich an diesem heiklen Moment des Übergangs von der obligatorischen Schulzeit ins Berufsleben zusammenzubringen. Die Steuergruppe, der das Oberamt, vertreten durch Vizeoberamtsfrau Sarah Devaud, die Gemeinde Romont, die Leitung der OS des Glanebezirks, der Verein REPER, der Elternverein des Glanebezirks und Scène 9 angehören, kann auf die hervorragende Arbeit einer Koordinatorin und zweier Coaches zählen. Da immer noch mehrere Dutzend Jugendliche durch die Maschen des Netzes fallen und keine beruflichen Aussichten haben, war es wichtig, ihnen konkrete Unterstützung zu bieten. Nebst dem persönlichen und schulischen Coaching, das seit Herbst 2013 angeboten wird, hat das Projekt Transition in enger Zusammenarbeit mit der Kommission Fit4Jobs der Jungen Wirtschaftskammer im Glanebezirk im November 2013 ein Apéro-Quiz

---

organisiert. Diese Veranstaltung war ein grosser Erfolg bei allen Akteuren und verheisst Gutes für die Zukunft des Projekts Transition.

**Bicubic.** Dieses Gebäude ist gefragt und zahlreiche interne und externe Veranstaltungen finden darin statt. Es entspricht den Bedürfnissen und Erwartungen. Zahlreiche kantonale, regionale und nationale Veranstaltungen werden hier jedes Jahr durchgeführt.

Der Schulvorstand hat grosse Umbauarbeiten geplant, um einen besseren Zugang zu gewissen Räumen zu gewährleisten und die Bedürfnisse der Nutzer besser zu berücksichtigen (Empfang, Bars, WC usw.). Mittelfristig wird ein Kredit beantragt werden.

**Vitromusée und Tapetenmuseum.** Die Temporärausstellungen geben jedes Mal Anlass zu ausserordentlichen Entdeckungen und werten die Museen unter verschiedenen Aspekten auf. In der Sommerausstellung des Vitromusée Romont und des Tapetenmuseums in Mézières konnten Werke aus Glas international bekannter zeitgenössischer Künstler und junger Talente entdeckt und vor allem die Synergien zwischen den beiden Museen verstärkt werden.

**Kulturelle Aktivitäten und Treffen.** Wenn jemand gerne Freude bereitet, ohne viel Aufhebens zu machen, dann sind dies die Einwohner des Glanebezirks. 2013 war ein aussergewöhnlicher Jahrgang. Nebst den umfangreichen Programmen, die die beiden Kulturvereine anboten, boten Volksfeste wie die Musik-, Gesangs- und Jugendfeste, die Fasnacht, der Trödelmarkt, Messen, das Art Forum usw. magische Momente, an denen man innehalten und Gastfreundschaft und Geselligkeit geniessen konnte. Abgesehen davon, dass Feste stets schön sind, sind auch die Freundschaften, die zwischen den Organisatoren entstehen, ein wesentliches Element.

## 7.6.2 Bereiche der SJD

**Gaststätten und öffentliche Ordnung.** Mehrere Gaststätten haben 2013 definitiv ihren Betrieb eingestellt. Einer der Gründe besteht darin, dass die Gesellschaft anders funktioniert. Auch wenn man sich gegenwärtig noch nicht zu beunruhigen braucht, wäre es schädlich, wenn diese Tendenz sich fortsetzen oder in den kommenden Jahren gar verstärken würde.

2013 hat das Oberamt vier Gesuche für Patente B+ behandelt. Eines wurde nach einem Gespräch mit der betreffenden Person zurückgezogen, zwei Patente wurden ausgestellt. Die Gesetzesänderung machte keine Schwierigkeiten, die Änderungen wurden, im Gegenteil, gut aufgenommen.

Alle Grossveranstaltungen im Glanebezirk 2013 haben keine Probleme bereitet, weder mit den Anwohnern, noch aufgrund von Alkoholmissbrauch oder Kriminalität. Die Vorbereitungsarbeiten und die vom Oberamt mit den Organisatoren und den Gemeindebehörden sowie mit den Verantwortlichen der Ambulanzdienste, der Feuerwehr und der Polizei organisierten Treffen wirken sich positiv aus und diese Vorgehensweise wird auch in den kommenden Jahren Anwendung finden.

Zum ersten Mal haben die drei Bezirke des Südens auf die Initiative des Oberamtmanns des Greyerzbezirks hin zusammen mit der Gendarmerie ein Reglement für die Organisation von Campingplätzen bei Jugendfesten erlassen. Dieses klare Dokument, das mehr Lösungen als Verbote enthält, wurde von den Organisatoren geschätzt.

**Beistandschaft.** Seit mehreren Jahren arbeiten die Gemeinden des Glanebezirks zusammen, um ihre Aufgaben im Bereich Beistandschaft wahrzunehmen, ohne gesetzliche Grundlage.

Ab 2014 werden alle Gemeinden die Verwaltung der Beistandschaften einem neuen Mehrzweckverband des Glanebezirks (ABMG) übertragen. Der Verband wird unter den Bereichen der ILFD beschrieben. Die Kosten werden zwischen den Gemeinden nach dem Verteilschlüssel des Bezirks aufgeteilt.

**Fahrende.** Das Oberamt hatte mehrfach mit der illegalen Anwesenheit von Fahrenden zu tun. Es übernahm die Rolle des Vermittlers und hat alle nötigen Massnahmen ergriffen, um Probleme in Zusammenhang mit der öffentlichen Ordnung zu verhindern. Da die Eigentümer, die mit der Nutzung ihres Geländes nicht einverstanden waren, nicht oder nur teilweise entschädigt wurden, sind in Zukunft äusserst schwierige Situationen zu befürchten, wenn es der Polizei nicht gelingt, nicht bewilligte Aufenthalte von Fahrenden zu räumen. Zudem werden die Plätze in einem jämmerlichen Zustand zurückgelassen, da der Oberamtmann nicht die Mittel hat, um Unternehmen anzustellen, die

---

Container zur Verfügung stellen, die Abfälle beseitigen, den Platz reinigen usw. Man wird sicherlich mit dem Unverständnis und mit heftigen Reaktionen der Bevölkerung konfrontiert werden.

**Gendarmerie.** Das Oberamt weist auf die hervorragende Zusammenarbeit zwischen der Gendarmerie, dem Ambulanzdienst des Freiburger Südens und dem Feuerwehrstützpunkt Romont hin.

**Feuerwehr.** Das stetige Engagement des Oberamts und die enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden haben dazu geführt, dass alle Gemeinden am 1. Januar 2014 die Anforderungen von FriFire erfüllen. Die letzte interkommunale Vereinbarung wurde im Dezember unterzeichnet. Nun ist der Bezirk um den Feuerwehrstützpunkt und fünf interkommunale Feuerwehrkorps organisiert. Eine Gemeinde des Saanebezirks wurde in den «Corps des sapeurs-pompiers du Gibloux» mit den Gemeinden Villorsonnens und Massonnens integriert. Die Gemeinde Le Châtelard gehört zu keinem Korps, arbeitet aber eng mit der Gemeinde Sorens zusammen.

Die Rolle der Gemeinden, die sie über die Verwaltungskommissionen der neuen Korps wahrnehmen, bleibt entscheidend.

**Bevölkerungsschutz.** Die Gemeindeübereinkunft wurde aufgelöst, zumal diese Aufgabe vom neuen Mehrzweckverband des Glanebezirks übernommen wird, der am 1. Januar 2014 in Kraft tritt. Diese neue Struktur ermöglicht eine verbesserte Transparenz und wird die Organisation vereinfachen.

### 7.6.3 Bereiche der ILFD

**Gemeindezusammenschlüsse.** Der vom Oberamtmann vorgestellte Fusionsplan wurde von allen Gemeinden gut aufgenommen. Derzeit werden zwei Projekte geprüft. Das erste umfasst die Gemeinden Billens-Hennens, Mézières und Romont, beim zweiten sind die Gemeinden Châtonnaye, La Folliaz, Massonnens, Torny, Villaz-St-Pierre und Villorsonnens betroffen.

Auch wenn im Süden des Bezirks noch keine konkreten Projekte entstanden sind, sei doch erwähnt, dass die Gemeinden aufgrund anderer Themen regelmässig Kontakte pflegen, zum Beispiel zur mittelfristigen Organisation des schulischen Angebots.

Man muss auch zugeben, dass die finanziellen Anreize für Gemeinden mit wenig Einwohnern sehr gering sind und dass dieses Kriterium keinen Einfluss auf die Annäherungen hat. Diese geschehen aus anderen Gründen, wie der mittelfristigen Organisation, Antworten auf Fragen zukünftiger Generationen zu Raum, Infrastrukturen, Führungsfragen usw.

**Mehrzweckverband des Glanebezirks (ABMG).** 2013 hat das Oberamt zusammen mit dem Vorstand des Gemeindeverbands Glane den neuen Mehrzweck-Gemeindeverband des Glanebezirks (ABMG) gegründet. Diese neue Einheit wurde von allen Gemeinden deutlich befürwortet. Zwar gab es bei den Abstimmungen in den Gemeindeversammlungen und Generalräten ein paar Enthaltungen, aber es gab kein «Nein».

Dieser neue Verband übernimmt ab dem 1. Januar 2014 mehrere Aufgaben für die Gemeinden und zu ihrer Entlastung, darunter die Verwaltung der Beistandschaften und das Gemeindeführungsorgan (GFO).

Der ABMG vereinfacht die Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren und ist auf die Herausforderungen der Gemeinden ausgerichtet. Zudem dient er dazu, dass der gesamten Bevölkerung identische, rationelle und effiziente Angebote zur Verfügung gestellt werden können.

In Zukunft wird untersucht werden, ob es möglich ist, die Ziele der Organisation der Betreuung von Kindern im Vorschulalter im Bezirk hinzuzufügen, um einheitliche Einrichtungen und einen gemeinsamen Pool für alle Gemeinden zu schaffen, was wiederum die Solidarität innerhalb des Bezirks fördern würde.

Das Oberamt und der Gemeindeverband Glane haben bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, die Koordination zwischen den Betreuungsstrukturen sicherzustellen.

Diese Organisation wird namentlich damit beauftragt werden, für alle Betreuungseinrichtungen die Aufnahmebedingungen und -prioritäten, die Tarife und das massgebliche Einkommen festzulegen.

---

Sie wird sich auch dafür einsetzen müssen, die in den Betreuungseinrichtungen vorhandenen Kompetenzen und das Know-how zu erhalten, ihre Bildungsprojekte und Besonderheiten zu bewahren und eine Verbindung zwischen Eltern und Einrichtungen darzustellen.

**Revierkörperschaften.** Der Oberamtmann leitete mit der Unterstützung des Amtes für Wald, Wild und Fischerei und der interkantonalen Revierkörperschaft Farzin – Glâne-Nord eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der 12 Gemeinden des Glanebezirks, die Mitglied der Revierkörperschaften La Neirigue und Glâne-Sud sind (Auboranges, Chapelle, Le Châtelard, Ecublens, Grangettes, Massonnens, Montet, Rue, Siviriez, Ursy, Villorsonnens und Vuisternens-devant-Romont), um die Modalitäten im Hinblick auf die Bildung einer neuen Waldbetriebseinheit zu untersuchen.

Alle Gemeinden waren ambitioniert und verantwortungsbewusst. Die Gemeindelegislativen und die Mitgliedgemeinden der Körperschaft «Farzin – Glâne-Nord» haben an ihren Versammlungen für den Beitritt zur neuen Revierkörperschaft «Glâne – Farzin» abgestimmt.

Die Fusion der forstlichen Körperschaften des Glanebezirks erfolgt im Rahmen der Entwicklungsstrategie für forstliche Betriebseinheiten, wie sie im Bericht Nr. 286 vom 11. Oktober 2011 des Staatsrats an den Grossen Rat vorgeschlagen wird.

Hervorgehoben sei der Wille aller Gemeinden, sich gemeinsam an der neuen Körperschaft zu beteiligen.

Die neue Revierkörperschaft «Glâne – Farzin», die am 1. Januar 2014 gegründet wird, umfasst die Wälder der 19 Gemeinden des Glanebezirks, des Staats Freiburg, des Bundes (VBS), der Abbaye de la Fille-Dieu und der drei Reviere des Glanebezirks, die Wälder von acht Waadtländer Gemeinden, der Firma Nestlé Waters SA (Henniez) und des waadtländischen Waldreviers Farzin. Die Waldfläche beträgt 2612 ha. Die erreichbare Holzernte dürfte jährlich rund 23 000 m<sup>3</sup> betragen.

Die neue Revierkörperschaft «Glâne – Farzin» hat zum Ziel, eine moderne und multifunktionale (Holzproduktion, Freizeit im Wald und Schutz) Bewirtschaftung der Wälder ihrer Mitglieder zu fördern. Die professionelle Forstequipe – Ausbilderin von Lernenden, unterstützt von den Temporärarbeitern der Gemeinden – sieht sich mit diesen beiden Herausforderungen konfrontiert: Sicherheit und Qualität der Arbeit.

**Politische Rechte.** Das Oberamt übernahm die Organisation und die Kontrolle aller Urnengänge, sowohl der eidgenössischen als auch der kantonalen und kommunalen.

Zusammen mit seinem Amtskollegen des Vivisbachbezirks hat der Oberamtmann die Ammänner darüber informiert, welche Vor- und Nachteile die verschiedenen Varianten zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte in Zusammenhang mit den Wahlkreisen hätten. Dabei machte er deutlich, dass eine Zusammenlegung der Kreise Glane und Vivisbach seiner Meinung nach eine Ungleichbehandlung bei der Repräsentativität der Regionen schaffen würde. Er dankt der Staatsrätin und der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft dafür, infolge einer ersten Vernehmlassung neue Varianten vorgeschlagen zu haben.

Der Oberamtmann betont, dass es seit den letzten Gemeindewahlen bis am 31. Dezember 2013 fünfzehn Rücktritte gegeben hat. Dies entspricht der Tendenz der drei vorangegangenen Amtsperioden. Es muss darauf hingewiesen werden, wie schwierig es ist, potenzielle Kandidaten zu finden.

**Gemeinden.** Die Gemeinden werden gut geführt und die Verständigung zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Räte ist gut.

**Datenbank der Gemeinden.** Das Programm «DaGem» entspricht den Bedürfnissen. Es ist einfach und effizient. Die vorgesehenen Aktualisierungen und Anpassungen, wie die Ausdehnung auf das Register der Interessenbindungen, sollten unverzüglich vorgenommen werden.

**Veterinärwesen.** Bei mehreren Landwirten im Glanebezirk war ein Teil der Herde von der Rindertuberkulose betroffen. Die Situation war schwierig und extrem beschwerlich für die betroffenen Landwirte und ihre Familien. Das Veterinäramt hat mit Unterstützung der Sanima beträchtliche Arbeit geleistet sowohl was die Massnahmen zur Ausrottung dieser Krankheit betrifft, als auch bei der Personenbetreuung, der Information und den regelmässigen Kontakten mit den Behörden.

---

#### 7.6.4 Bereiche der VWD

**Wirtschaft.** Das prägende Element des letzten Jahres, die Ankündigung von Nespresso, im Glanebezirk eine Fabrik zu eröffnen, ermöglichte es auch 2013, die Wirtschaftsförderung auf einem erfreulichen Niveau fortzuführen. Die Arbeitslosigkeit ist tief und die Qualität der kleinen und mittleren Unternehmen/Industriebetriebe macht den Erfolg des Bezirks aus.

**Armee.** Die Reorganisation der Armee hat positive Folgen für den Glanebezirk, und zwar wird das AMP verstärkt und der Waffenplatz Drognens wird ausgeweitet. Dies sind erfreuliche Neuigkeiten; zumal die politischen Behörden des Bezirks vor sieben Jahren für den Erhalt des AMP Romont gekämpft haben.

#### 7.6.5 Bereiche der GSD

**Réseau Santé de la Glâne (RSG).** 2013 konnten die meisten Vorbereitungsarbeiten für den Bau eines neuen Heims in Vuisternens-devant-Romont durchgeführt werden und die Bauarbeiten können sicher im Frühling 2014 aufgenommen werden. An der Versammlung im Frühling 2012 haben die Gemeindedelegierten die Investitionskosten von geschätzten 31,7 Millionen gutgeheissen.

Gleichzeitig hat ein privates Unternehmen den Bau eines Gebäudes mit 30 altersgerechten Wohnungen in der Nähe des neuen Heims ebenfalls öffentlich aufgelegt. Durch einen Verbindungsgang gelangt man vom einen Gebäude ins andere.

**HFR.** Die Bevölkerung und die politischen Verantwortlichen des Bezirks waren von dem Entscheid der Reorganisation des HFR überrascht; insbesondere beschäftigte sie, dass die kardiovaskuläre Abteilung in Billens in Frage gestellt wurde. Das Engagement dafür, die Anzahl Betten in Billens zu erhalten und die beim Transfers der kardiovaskulären Rehabilitation nach Freiburg verlorenen Betten vollständig durch Betten für die allgemeine Rehabilitation zu ersetzen, ist hingegen zu begrüßen.

**Ärzte - Gemeinschaftspraxen.** Die Allgemeinpraktiker sind rar und die Mehrheit von ihnen ist über 55 Jahre alt. Der Oberamtmann hat von der Absicht des Staates Kenntnis genommen, die Mittel zur Untersuchung einer passenden Einrichtung zur Verfügung zu stellen, zum Beispiel die Bildung von Gemeinschaftspraxen. Um eine Diskriminierung unter den Regionen zu verhindern, müsste auch die finanzielle Unterstützung für den Betrieb dieser neuen Einrichtungen festgelegt werden.

#### 7.6.6 Bereiche der FIND

**Informatik.** Die Vizeoberamtfrau, Sarah Devaud, vertritt die Oberämter im Vorstand des Verbands CommuNet. Zur Erinnerung, dank dieser Organisation profitieren die Gemeinden über den Staat von einem qualitativ guten Informatikservice, der den neuen Bedürfnissen der Gemeinden entspricht.

Die Synergien zwischen dem Staat und den Gemeinden wurden vereinfacht und ermöglichen in Zukunft vermehrt, systematischen Datenaustausch vorzunehmen, der gleichzeitig die Sicherheit berücksichtigt.

Die regelmässigen Kontakte und die gemeinsame Suche nach Lösungen mit dem ITA sind hervorragend und der Oberamtmann hebt die Hilfsbereitschaft und die guten Beziehungen zum Direktor, den Verantwortlichen und den für die Anwendung zuständigen Personen hervor.

Der 2012 geäusserte Wunsch, dass eine solche Plattform, wie jene der zukunftsorientierten Deutschschweizer Gemeinden, auf alle Gemeinden des Kantons ausgedehnt wird, wird wiederholt.

**Revierkörperschaft.** Mit der Gründung einer neuen öffentlich-rechtlichen Revierkörperschaft hat die Direktion ein Gesuch um Steuerbefreiung genehmigt. Diese Garantie ermöglicht es, die Aufgaben der Gemeinden zu erfüllen, und gleichzeitig einige private Mitglieder aufzunehmen, die aus Gründen der Effizienz und Rationalität mit den Gemeinwesen zusammenarbeiten möchten.

---

### 7.6.7 Bereiche der RUBD

**Baubewilligungsverfahren.** Das neue Verfahren, das im Verlaufe des Jahres eingesetzt wurde, hat für viel Gesprächsstoff gesorgt. Man muss gewillt sein, zu hinterfragen, was nicht zufriedenstellend ist und den reibungslosen Ablauf der Verfahren erschwert, und alle Kinderkrankheiten zu beseitigen. Derzeit sind die Zuständigkeiten zwischen den Ämtern, dem Bau- und Raumplanungsamt und den Oberämtern verschwommen. Es sei bemerkt, dass der Aufwand der Oberämter stark zugenommen hat, ohne dass zusätzliches Personal eingestellt worden wäre, und dass dies ebenfalls korrigiert werden muss.

Das Oberamt des Glanebezirks hat 2013 eine Informations- und Ausbildungsveranstaltung für die Gemeinden organisiert. Diese wurde geschätzt und wird 2014 wiederholt werden.

**RER.** Der Erfolg der RER wurde bestätigt. Die Wiederinbetriebnahme der Haltestellen Vuisternens-devant-Romont und Sâles muss eine Priorität bleiben.

In dieser Erfolgodynamik der RER hat die Direktion genehmigt, dass 2014 im Greyerz- und im Vivisbachbezirk eine Studie über die Feinerschliessung gestartet wird.

**SBB.** Die Region Glane-Vivisbach hat von den Engagements des Kantons Kenntnis genommen, damit in Zukunft die Linie Romont–Lausanne und insbesondere die Einführung des Flügelzug-Konzepts des Zugs von Romont mit jenem von Payerne im Bahnhof Palézieux erhalten bleiben oder sogar ausgebaut werden, oder aber durch andere Lösungen ersetzt werden, die keine der betroffenen Regionen benachteiligen würden. Sie wiederholt ihre Forderung nach einem akzeptablen Angebot für die Verbindung nach Genf.

## 7.7 Oberamt des Broyebezirks

Oberamtmann: **Christophe Chardonnens**

### 7.7.1 Bereiche der EKSD

**Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Broyebezirks und der Gemeinde Villarepos.** Aufgrund der demografischen Entwicklung des Bezirks stellt der Schulvorstand neue Überlegungen dazu an, wie in naher Zukunft über neue Räumlichkeiten verfügt werden könnte. Entweder könnten die aktuellen Standorte erweitert oder aber ein dritter Standort errichtet werden.

**Interkantonales Gymnasium der Region Broye.** Die Ergebnisse der Studie zur Schätzung der zukünftigen Entwicklung der Schülerzahlen am Interkantonalen Gymnasium der Region Broye von 2013 bis 2025, die im Mai 2013 vorgestellt wurden, bestärken den Schulvorstand in seinen Überlegungen zur Vergrösserung der bestehenden Gebäude. Um das für eine Erweiterung der Gebäude nötige Land erwerben zu können, muss ein Abkommen mit der Gemeinde Payerne gefunden werden.

**Stiftung Pro Vallon.** Damit das finanzielle Gleichgewicht der Einrichtung garantiert werden kann, setzt der Stiftungsrat seine Sparpolitik fort. Mit umso mehr Stolz hebt er daher die Qualität und die Vielfalt der Aktivitäten hervor, die den Besucherinnen und Besuchern angeboten werden und die auch zum Ansehen des Standorts beitragen.

**Aufsichtskommission für die Schuldienste des Schulkreises Broye.** Um die Nachfrage, insbesondere im Bereich des logopädischen Bedarfs, decken zu können, war die Kommission gezwungen, zusätzliche finanzielle Mittel von den Gemeinden zu verlangen. Trotzdem stellt sich in der Kommission die Frage, ob es möglich ist, den weiter steigenden Bedarf zu decken.

**Interkantonale Zusammenarbeit der Schulen.** Obwohl das Modell verlockend wäre, muss festgestellt werden, dass die Gemeinden der Freiburger Broye, insbesondere die Gemeinden der Enklaven Surpierre und Vuissens sowie die Gemeinde Murist, nach wie vor skeptisch sind, was die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit ihren waadtländischen Nachbargemeinden im Bereich der obligatorischen Schule betrifft. Es ist daher unwahrscheinlich, dass die laufenden Projekte zu handfesten Ergebnissen führen. Es sei jedoch auch hervorgehoben, dass die Bestimmungen des künftigen Schulgesetzes zur Grösse der Schulkreise sicherlich neue Überlegungen anstossen werden.

---

### 7.7.2 Bereiche der SJD

**Gaststätten und Veranstaltungen.** Das Oberamt begleitete aufmerksam die Tätigkeit der öffentlichen Gaststätten des Bezirks, namentlich was die Umsetzung der neuen Bestimmungen des Gesetzes über die öffentlichen Gaststätten und insbesondere die neuen Patente B+ betrifft. Ausserdem führte es, in enger Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei, seine Tätigkeit mit den Organisatoren von öffentlichen Veranstaltungen fort, um deren reibungslosen Ablauf zu fördern.

**Feuerwehr.** Die Reorganisation der Feuerwehrcorps des Broyebezirks ist 2013 leicht ins Stocken geraten. Es wurde keine Fusion verzeichnet. Zudem müssen die Überlegungen dazu fortgeführt werden, dass die Corps, die den FriFire-Standards nicht entsprechen, ihre Strukturen anpassen können. Es fällt auf, dass in der Praxis eine immer tiefere Kluft zwischen den bereits neu organisierten Corps und den Corps besteht, die sich mit einer Lösung schwertun und für die es immer schwieriger wird, eine effiziente Bekämpfung von Feuer und Elementarschäden sicherzustellen.

### 7.7.3 Bereiche der ILFD

**Abstimmungen.** Das Personal des Oberamts hat sich für einen reibungslosen Ablauf der eidgenössischen und kantonalen Urnengänge eingesetzt. Zudem half das Oberamt den Gemeinden, in denen Ersatzwahlen durchgeführt werden mussten. Besondere Aufmerksamkeit galt ausserdem den Überlegungen, welche Software bei den nächsten eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Wahlen angewendet werden soll.

**Gemeindezusammenschlüsse.** Die Umsetzung des Fusionsplans führte zur Lancierung von fünf Fusionsstudien, an denen 27 der 30 Gemeinden im Bezirk teilnehmen. Die Gemeinden Domdidier, Dompierre, Léchelles und Russy haben ihre Überlegungen erstmals der Bevölkerung vorgestellt, die das Projekt mehrheitlich gut aufgenommen hat.

**Verband der Gemeinden des Broyebezirks (Ascobroye).** Der Oberamtmann nahm an verschiedenen Vorstandssitzungen und Generalversammlungen teil und wirkte bei der Führung der laufenden Dossiers mit. Es ist zu begrüssen, dass der Vorstand dem Verband neue Impulse verleihen will.

### 7.7.4 Bereiche der VWD

**Regionale Gemeinschaft der Broye (COREB).** Die Regionale Gemeinschaft der Broye konnte 2013 mit der Genehmigung des zivilen Betriebsreglements für den Militärflugplatz Payerne und der Niederlassung neuer Unternehmen einige Erfolge verzeichnen. Sie setzt ihre Anstrengungen fort, oberstes Ziel ist dabei die Schaffung von Arbeitsplätzen.

**Aéropôle.** Die Genehmigung des zivilen Betriebsreglements für den Militärflugplatz Payerne durch das Bundesamt für Zivilluftfahrt im September war ein Meilenstein für das Projekt «Aéropôle». Allerdings beginnt die eigentliche Arbeit erst mit der Umsetzung des Reglements und der Notwendigkeit, sehr schnell ein Konzept für den Instrumentenflug auszuarbeiten. Die ersten Ansiedlungen werden konkret und es ist schön, die Attraktivität dieses ambitionierten Projekts zu spüren.

**Neue Regionalpolitik (NRP).** Der Oberamtmann hat an den Arbeiten des Verbandes der Freiburger Regionen für die Umsetzung der neuen Regionalpolitik (INNOREG FR) mitgewirkt und in seinem Bezirk Diskussionen angeregt, um Projekte anzustossen, die eine Unterstützung des Bundes oder des Kantons erhalten könnten. So konnte im strategischen Sektor «Rose de la Broye» anhand von NRP-Geldern eine Mobilitätsstudie entwickelt werden.

### 7.7.5 Bereiche der GSD

**Gemeindeverband für die sozialmedizinische Organisation des Broyebezirks.** Das Um- und Anbauprojekt des Pflegeheims Les Fauvettes, in Montagny-la-Ville wurde in Angriff genommen und dürfte 2014 abgeschlossen werden. Zudem soll in Anwendung der Bettenplanung 2010–2025 der Pflegeheime des Broyebezirks der erste Grundstein für das Um- und Anbauprojekt des Pflegeheims Les Mouettes, in Estavayer-le-Lac, gelegt werden. Der Vorstand hat sich auch an der Entwicklung weiterer Projekte beteiligt, darunter die Möglichkeit, die Betreuung und Begleitung Betagter zu diversifizieren und die Möglichkeit, eine interkantonale Einrichtung für die spitalexterne Krankenpflege zu schaffen.

---

**Interkantonales Spital der Brojeregion (HIB).** Die Annahme der neuen Rechtsstellung durch die Grossen Räte der Kantone Freiburg und Waadt war das prägendste Ereignis des Jahres. Dies hielt den Verwaltungsrat jedoch nicht davon ab, zahlreiche Projekte zu entwickeln und für die Förderung der Zusammenarbeit mit anderen Anstalten zu sorgen.

**COSAF.** Die Kommission hat zahlreiche Gesuche um Pauschalentschädigungen behandelt und gleichzeitig die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialmedizinischen Akteuren verfolgt.

**Bezirkskommission für Pflegeheime CODEMS.** Die Kommission hat die neue Berechnungsweise der Finanzierungs- und Investitionskosten der Pflegeheime validiert und die ersten Etappen der Umsetzung der Bettenplanung 2010–2025 der Pflegeheime des Brojebezirks begleitet.

#### 7.7.6 Bereiche der FIND

**Informatik.** Das Oberamt verfolgt aufmerksam die Entwicklung von Informatik-Tools und -dienstleistungen, die den Verwaltungen und Privatpersonen zur Verfügung stehen.

#### 7.7.7 Bereiche der RUBD

**Association de la Grande Cariçaie.** Der neue Verband hat seinen Rhythmus gefunden und kann sich nun effizient für die langfristige Erhaltung und die Integrität der Naturschutzgebiete am Südufer des Neuenburgersees einsetzen.

**Paritätische Konsultativkommission für die Naturschutzgebiete am Südufer des Neuenburgersees.** Die paritätische Kommission hat ein neues Pflichtenheft ausgearbeitet, um infolge der Gründung der Association de la Grande Cariçaie ihre Rolle und die Erwartungen der Kantone Freiburg und Waadt zu präzisieren. Das neue Pflichtenheft wurde den Kantonen zur Zustimmung vorgelegt und die Kommission hat noch keine Antwort erhalten.

**Interkantonale Kommission für den Unterhalt der Kleinen Glane und des Fossé Neuf.** Die Kommission begleitet weiterhin die Unterhaltsarbeiten an den Ufern der Kleinen Glane und des Fossé Neuf. Gleichzeitig gilt ihre besondere Aufmerksamkeit dem von den Freiburger Gemeinden St-Aubin und Vallon und den Waadtländer Gemeinden Missy und Vully-les-Lacs entwickelten Revitalisierungsprojekt.

**Interkantonaler Richtplan.** Mit der Annahme der Revision des Raumplanungsgesetzes des Bundes ist die Aussicht auf einen raschen Abschluss des interkantonalen Richtplans der Broje etwas verblasst. Die Kantone haben indes die Notwendigkeit bekräftigt, die Arbeiten fortzuführen. Die Region wird die notwendigen Kräfte mobilisieren mit dem Ziel, den Richtplan im Verlauf des Jahres 2014 öffentlich aufzulegen. Man sollte wohlverstanden mit der Unterstützung der für die Raumplanung zuständigen Direktion des Kantons Freiburg bzw. des Departements des Kantons Waadt rechnen können.

**Öffentlicher Verkehr.** Die Arbeit der Regionalen Gemeinschaft der Broje, der Ämter für Mobilität der Kantone Freiburg und Waadt, der tpf und von Postauto trägt Früchte: Das neue Busnetz der Broje wurde im Herbst in die Vernehmlassung gegeben. Das Projekt wurde gut aufgenommen und ermöglicht nicht nur die Förderung der Umsetzung der RER in der Region, sondern auch die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel als Ganzes.

**Gemeindeübereinkunft für die Entwicklung des strategischen Sektors «Rose de la Broje».** Der runde Tisch zur aktiven Bodenpolitik im Kanton Freiburg verstärkte die Zweifel der Gemeindeübereinkunft an den realen Möglichkeiten, den Sektor «Rose de la Broje» mittelfristig weiterzuentwickeln.

**Fahrende.** Auch wenn sich die Umsetzung eines offiziellen Durchgangsplatzes auf gutem Weg befindet, muss in der Zwischenzeit sichergestellt werden, dass Fahrende unter den bestmöglichen Bedingungen empfangen werden.

**Militärflugplatz Payerne.** Die Kontaktgruppe Militärflugplatz, deren Vorsitz der Oberamtmann des Brojebezirks innehat, hat ihre Überlegungen und den Austausch weitergeführt und namentlich die Genehmigung des militärischen Betriebsreglements begleitet. Der Kauf eines neuen Kampfflugzeugs gab ebenfalls Anlass zu Überlegungen der Kontaktgruppe. Es gilt sicherzustellen, dass dieses neue Flugzeug, das höchstwahrscheinlich in Payerne stationiert wird, auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze generiert.

---

## 7.8 Oberamt des Vivisbachbezirks

Oberamtmann: **Michel Chevalley**

### 7.8.1 Bereiche der EKSD

**Schulgesetz.** So wie es heute vorliegt, löst das neue Schulgesetz bei den Gemeinden, die sich auf 1000 Einwohner belaufen, Bedenken aus. Die Vorstellung, nicht mehr einem Schulkreis zu entsprechen, ist ein erneuter Schlag ins Gesicht der Gemeindeautonomie.

**Obligatorische Schule.** Eine Demografie-Studie zeigt den starken Anstieg der Schülerzahlen auf und gibt wertvolle Angaben zu den unumgänglichen Um- und Anbauarbeiten der Schul- und Sportinfrastrukturen.

Dies gilt sowohl für die Orientierungsschule (30 Millionen Franken müssen investiert werden), als auch für die Primarschulen. Verschiedene Schulkreise müssen die Eröffnung neuer zusätzlicher Schulzimmer in Betracht ziehen.

**Jugendgesetz.** Das Atelier jeunesse, «Tous unis contre la violence» und REPER haben sich zu einer Partnerschaft zusammengeschlossen. Die treibenden Kräfte des Bezirks gruppieren sich rund um das Projekt «Bildungslandschaften Schweiz», das finanziell vom Kanton und der JACOBS Foundation unterstützt wird.

### 7.8.2 Bereiche der SJD

**Polizei.** Die **bürgernahe** Polizei wird zu Recht so genannt. Ihre Arbeit und ihre Präsenz werden von allen geschätzt. Ganz besonders vom Oberamtmann, der für die Sicherheit und öffentliche Ordnung zuständig ist. Denn er kann auf sie zählen, und sie leistet ihm viele Dienste.

Was die **mobile Polizei** betrifft, gilt dasselbe wie überall: Der Bezirk ist der Einbruchswelle nicht entgangen, die durch den Kanton geschwappt ist.

**Feuerwehr.** Die 4 Feuerwehrcorps funktionieren zur allgemeinen Zufriedenheit. Der Feuerwehrstützpunkt übernimmt voll und ganz den Lead. Die einzige Sorge, dafür jedoch eine grosse: Die Rekrutierung, die Ausbildung und die Mobilisierung von Milizionären wird immer schwieriger.

**Bevölkerungsschutz.** Er nimmt Form an, auch wenn dies in der Praxis weniger sichtbar ist als auf den Organigrammen.

**Gaststätten.** Die Situation der nächtlichen Ruhestörungen, die oft in der Stadt angezeigt wurden, hat sich deutlich verbessert. Gewisse Gaststätten ergreifen drastische Massnahmen, um eines Tages ein Patent B+ erhalten zu können. Das erklärt vielleicht die Verbesserung der Nachtruhestörungen.

### 7.8.3 Bereiche der ILFD

**Gemeinden.** Um sich als Gemeinderat zu engagieren, muss man manchmal berufen sein, und ihre Rekrutierung erweist sich als zunehmend schwieriger.

Die Synergien und die Einstellung, die bei den Treffen zwischen den neun Gemeinden und dem Bezirk vorherrscht, sind nach wie vor gut. Die Ammännerkonferenz, die grundsätzlich einmal pro Monat stattfindet, trägt wahrscheinlich viel dazu bei.

Das Oberamt bzw. der Oberamtmann stehen in besonders gutem, praktisch täglichem Kontakt mit den Gemeinden, mit den Mitgliedern der Gemeindebehörden oder mit der Verwaltung. So beantworten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder der Oberamtmann zahlreiche Fragen, schlagen Lösungen zu den dargelegten Problemen vor, beraten, betreuen ...

**Gemeindezusammenschlüsse.** Es muss eingeräumt werden, dass die Kampagne für die Gemeindefusionen ein Schlag ins Wasser war. Es besteht nicht mehr viel Hoffnung, in dieser Amtsperiode noch etwas Konkretes zu erreichen.

**Der Kleine Rat.** Fünf- oder sechsmal pro Jahr treten der Oberamtmann und die 6 Abgeordneten im Kleinen Rat zusammen. Sie behandeln entweder Themen der kommenden Session oder Themen, die für den Bezirk vielversprechend sind.

---

#### 7.8.4 Bereiche der VWD

**Region Glane-Vivisbach (RGV).** Die wichtigsten Entwicklungsschwerpunkte des Bezirks und der Region werden zweifellos im Führerstand der RGV-Maschine skizziert.

Die RGV befasst sich mit allem, was die Gemeinden gemeinsam machen wollen, abgesehen vom Schulwesen und dem Gesundheitsnetz. Die wichtigsten Dossiers betreffen die Energie, die industrielle Ökologie, die Suche nach Wirtschaftlichkeit und Effizienz bei der Verwaltung des Gemeindehaushalts, um nur einige Beispiele zu nennen.

**Tourismus.** Auch wenn die Monte-pente de Corbetta SA ihr 75-jähriges Bestehen feiert, so gibt der Tourismus doch nach wie vor Anlass zur Sorge. Es ist äusserst wichtig, dass er einen neuen Aufschwung erfährt und das Angebot diversifiziert wird, insbesondere hin zur Hotellerie, die heute eindeutig ungenügend ist.

Zum Glück sind Ideen vorhanden, die nur noch umgesetzt werden müssen. Sie benötigen aber auch viel Geld und einen gewissen Mut, zumal es heute heikel ist, in Projekte zu investieren, die nicht vollständig sicher sind.

#### 7.8.5 Bereiche der GSD

**freiburger Spital.** Die Schliessung des Standorts Vivisbach wirkt sich natürlich stark auf die Tätigkeit im Jahr 2013 aus. Denn solange kein neuer Projektleiter ernannt war, der die Zügel in die Hand nimmt, musste Reaktionsfähigkeit bewiesen und einige Szenarien entwickelt werden, die es ermöglichten, das Fehlen einer Spitalinfrastruktur zu kompensieren.

Der Entschluss des Staatsrats löste bei den Vivisbachern eine Schockwelle aus, ein sehr unangenehmes Gefühl, Opfer einer Ungleichbehandlung geworden zu sein.

Dieser Donnerschlag am Spitalhimmel hat grosse Sorgen bereitet, die Treffen nach allen Seiten vervielfacht und es nötig gemacht, dass pragmatische Lösungen gefunden werden für die gesundheitlichen Probleme der Einwohner einer ganzen Region.

**Gesundheitsnetz Vivisbach.** Das Gesundheitsnetz Vivisbach wird sich nun um die Infrastruktur und die Schaffung eines medizinischen Zentrums kümmern. Es hat auch die neue öffentlichen Berufsbeistandschaft unter seine Fittiche genommen und arbeitet an der Fusion der gegenwärtig drei Sozialdienste des Bezirks mit.

**Spitalexterne Krankenpflege.** Die wichtigsten Änderungen bei der Betreuung vor und nach dem Spitalaufenthalt lassen die vom Dienst erfassten Anfragen in die Höhe schnellen. Es handelt sich eindeutig um eine Verlagerung der Kosten, was sich langfristig auch negativ auf die Gemeindefinanzen auswirken wird.

**Pflegeheime für Betagte.** Die beiden Pflegeheime des Bezirks sorgen für graue Haare bei den Gemeinderäten. Investitionen in der Höhe von rund 40 Millionen Franken werden nötig sein.

#### 7.8.6 Bereiche der FIND

**Gemeindefinanzen.** Das weiter oben erwähnte Wachstum hat zwingend Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen und letztendlich aufs Portemonnaie des Steuerzahlers.

Diese finanzielle Sorge wird durch die Tatsache verstärkt, dass der Staatsrat drastische Massnahmen ergriffen hat, die in neun von zehn Fällen die Gemeindefinanzen beeinträchtigen.

**ITA.** Die Dienstleistungen des ITA sind in jeder Hinsicht bemerkenswert. Kompetenz, Freundlichkeit und Schnelligkeit werden sehr geschätzt.

#### 7.8.7 Bereiche der RUBD

**Raumplanung.** Das Raumplanungsgesetz des Bundes, das gelinde gesagt restriktiv ist, vermittelt den Eindruck, eine Bedrohung für jedes Entwicklungsprojekt zu sein.

**Baurecht.** Das neue Baurecht bringt die Arbeit der Gemeinden und Oberämter völlig durcheinander und führt zu bedeutend mehr Arbeit.

**Verkehr.** Die Verkehrskommission der RGV nimmt weiterhin alles unter die Lupe, was den öffentlichen Verkehr und die Feinerschliessung betrifft. Sie arbeitet eng mit den benachbarten Regionen und den Dienstleistungsanbietern zusammen.

**Agglomerationen.** Der Oberamtmann vertritt den Kanton im Agglomerationsprojekt Rivelac und die Region im regionalen Richtplan Oron-Lavaux. Das erste Projekt hat vom Bund eine Absage erhalten, das zweite hat Mühe, eine Linie zu finden, vielleicht weil der neue Bezirk Lavaux-Oron sehr heterogen ist.

## 7.9 Gerichtliche und administrative Tätigkeiten (Statistik)

	Saane	Sense	Greyerz	See	Glane	Broye	Vivisbach
<b>Strafklagen und Strafanzeigen</b>	8399 (8303)	1011 (1142)	2202 (2508)	2914 (2622)	438 (628)	951 (1046)	668 (577)
<b>Vermittlungsversuche</b>	399 (392)	48 (66)	110 (154)	48 (48)	56 (65)	71 (77)	60 (32)
<i>davon erfolgreich</i>	259 (244)	27 (26)	52 (84)	24 (17)	24(41)	23 (33)	37 (27)
<i>davon gescheitert</i>	140 (148)	17 (23)	39 (51)	24 (31)	18 (20)	29 (31)	23 (5)
<b>Strafbefehle</b>	7926 (7840)	946 (1104)	2092 (2354)	2860 (2565)	381 (563)	880 (969)	608 (545)
<i>davon definitiv</i>	7871 (7774)	942 (1070)	2035 (2291)	2824 (2531)	379 (551)	864 (953)	591 (525)
<i>davon mit Einsprache angefochten</i>	55 (66)	15 (16)	57 (63)	36 (34)	2 (12)	16 (16)	17 (20)
<b>Verwaltungsbeschwerden</b>	51 (46)	20 (10)	37 (18)	11 (18)	14 (17)	23 (34)	5 (11)
<b>Baubewilligungen</b>	795 (671)	364 (353)	534 (588)	382 (360)	219 (269)	328 (422)	161 (197)
<i>ausgestellt</i>	688 (643)	360 (349)	512 (571)	320 (334)	211 (262)	317 (412)	161 (192)
<i>verweigert</i>	2 (6)	1 (2)	8 (3)	0 (2)	8 (7)	4 (2)	0 (1)
<i>Annullierung des Baugesuches</i>	5 (5)	3 (2)	14 (14)	3 (14)	0 (0)	7 (8)	0 (4)
<b>Jagdpatente</b>	487 (506)	311 (322)	655 (632)	160 (158)	203 (213)	219 (210)	288 (296)
<b>Fischereipatente</b>	1518 (1695)	1328 (1268)	1901 (2052)	2834 (2491)	285 (252)	712 (756)	220 (201)
<b>Hundehaltungsbewilligung und -steuer</b>	3715 (3851)	2724 (-)	3028 (3050)	2085 (-)	1908 (1870)	1913 (2079)	1415 (1398)
<b>Einsargungen</b>	27 (25)	2 (2)	6 (10)	0 (0)	3 (6)	1 (2)	3 (0)
<b>Verschiedene Bewilligungen</b>	3707 (4033)	912 (1102)	2400 (2821)	1459 (1666)	796 (959)	1199 (1272)	858 (684)
<b>Freiheitsentzug (Vorführungen)</b>	33 (34)	0 (4)	21 (30)	5 (0)	17 (6)	0 (0)	11 (3)
<b>Bewilligungen zur Installation eines Videoüberwachungssystems</b>	13 (9)	7 (0)	7 (0)	1 (0)	3 (1)	3 (2)	3 (-)
<i>erteilt</i>	12 (9)	7 (0)	7 (0)	1 (0)	3 (0)	2 (2)	3 (-)
<i>verweigert</i>	1 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (1)	1 (0)	0 (-)

## 8 Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg

Direktorin: **Geneviève Gassmann**

### 8.1 Tätigkeit und besondere Ereignisse

Den Rhythmus des vergangenen Jahres gaben das 125-Jahre-Jubiläum des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg und das erste schriftliche Zeugnis der Grangia Nova, der Neuen Scheune, vor 750 Jahren vor. Das Jubiläumsjahr wurde von zahlreichen Anlässen begleitet. Anhand von geschichtlichen Hintergründen, aktuellen Präsentationen und Zukunftsperspektiven wurde den Fachpersonen, Laien, Partnern und der breiten Öffentlichkeit an mehreren Veranstaltungen die Bedeutung der Landwirtschaft, des Lebensmittelbereichs und der Hauswirtschaft, der Berufsausbildung und Beratung sowie der angebotenen Dienstleistungen für den Kanton Freiburg in Erinnerung gerufen.

Die Stärkung der Bildungsgänge in den Bereichen Forstwirtschaft und Gartenbau festigt die Rolle des Instituts, und damit des Kantons, für die Naturberufe.

Gleichzeitig war das Jahr gekennzeichnet durch die Einführung neuer Bildungsgänge infolge von Reformen auf Bundesebene und durch die Festigung der bestehenden Ausbildungen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, insbesondere der Stationen, haben zahlreiche Stunden für die Vorbereitung, die Koordination des Inkrafttretens der Agrarpolitik 2014-17 gearbeitet. Die sinnvolle und effiziente Begleitung der Berufsleute steht im Zentrum dieser Anstrengungen.

Die Entwicklung und die Führung der Betriebe, einschliesslich der Aussenanlagen des Instituts, werden systematisch überprüft, um daraus wertvolle pädagogische Hilfsmittel im Dienst der Ausbildung und damit der Lehrpersonen und Schüler zu machen.

Das Institut nimmt auch am Projekt zum Umzug der Tätigkeiten von Agroscope Liebefeld teil, für das ein Gebäude am Standort Posieux gebaut werden wird. Für Grangeneuve ist es äusserst wichtig, sich uneingeschränkt an der Schaffung eines eidgenössisch und international anerkannten Kompetenzzentrums in den Bereichen Agrar- und Ernährungswirtschaft zu beteiligen und damit den Bekanntheitsgrad von Grangeneuve zu steigern.

Die Einführung eines Qualitätsmanagements ist ein weiteres aktuelles Projekt, das die Direktion und die Kader des Instituts mobilisiert, und zwar namentlich durch Gruppenarbeiten und Weiterbildungen. Kontinuierliche Aktualisierung des Qualitätssystems, neue Zertifizierung (ISO 22'000), Einführung von Kontrollindikatoren, strategische Überlegungen; das alles sind sowohl komplexe als auch anspruchsvolle Aufgaben, zu denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts ausgebildet werden müssen.

### 8.2 Berufsbildungen

Die Bildungszentren von Grangeneuve, die von der Konsultativkommission und den Bildungskommissionen unterstützt werden, arbeiteten ordnungsgemäss im Dienste der 1025 (1057) Schülerinnen und Schüler.

#### 8.2.1 Berufsbildung Naturberufe

	Anzahl Schüler/ Kandidaten
Landwirtschaftliche Lehre (EFZ und EBA)	239 (267)
Forstwartlehre	52 (52)
Gärtnerlehre (EFZ, EBA und Anlehre)	163 (161)
Vorbereitungskurs für den eidg. landwirtschaftlichen Fachausweis	83 (75)
Vorbereitungskurs für das eidg. Diplom	38 (60)
Vorbereitungskurs für den eidg. Fachausweis Sport-	91 (67)

	<b>Anzahl Schüler/ Kandidaten</b>
und Golfrasenspezialisten, Baumpfleagespezialisten, Landschaftsgärtner und Grünpfleagespezialisten, Naturgartenspezialisten, Zierpflanzenkultivateure, Staudengärtner und Baumschulisten	
Vorbereitungskurs für die Teilprüfung Bauführer (Diplom 1. Teil)	13 (15)
Handelsschule (20 Wochen)	15 (6)
Höhere Fachschule für Agrohandel und Agrotechnik	11 (16)

Nach der Reform der Grundausbildung ist es nun an der höheren landwirtschaftlichen Berufsbildung, ihre Reform in Angriff zu nehmen. Der eidgenössische landwirtschaftliche Fachausweis gewinnt an Bedeutung und die Berufsbildung behandelt zusätzlich zu den üblichen technischen Aspekten die Rentabilität und die Vermarktung verschiedener Produkte. Die landwirtschaftliche Meisterprüfung widmet sich ihrerseits vermehrt der Erstellung eines Businessplans. Dies ist ein wichtiger Schritt für die Lehrerschaft, umso mehr als die Kandidatinnen und Kandidaten das Institut, an dem sie auf die Qualifikationsverfahren vorbereitet werden, selbst auswählen können. Angesichts der Schülerzahlen scheint es, dass sich Grangeneuve mit diesem neuen Berufsbildungsangebot gut positioniert hat.

Die höheren Gärtnerausbildungen entsprechen ebenfalls einem grossen Bedarf. In vier Jahren ist Grangeneuve zur schweizweit grössten Einrichtung für höhere Gärtnerausbildungen geworden. Es trägt damit aktiv zu einer besseren Qualifikation der Fachleute im Bereich der Naturberufe bei.

### 8.2.2 Hauswirtschaftliche, milchwirtschaftliche und lebensmitteltechnologische Berufsbildungen

	<b>Anzahl Schüler/ Kandidaten</b>
Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft, modulare Ausbildung	25 (36)
Vorbereitungskurs für den eidg. Fachausweis und das eidg. Diplom für Bäuerin	11 (8)
Hauswirtschaftslehre (EFZ und EBA)	79 (84)
Lehre Milchtechnologin/Milchtechnologe (EFZ und EBA)	123 (121)
Lehre Lebensmitteltechnologin/Lebensmitteltechnologe (EFZ und EBA)	42 (48)
Vorbereitungskurs für den eidg. Fachausweis für Milchtechnologen	12 (12)
Vorbereitungskurs für das eidg. Diplom für Milchtechnologen	13 (-)
Vorbereitungskurs für den eidg. Fachausweis für Lebensmitteltechnologen	- (11)
Höhere Fachschule für Lebensmitteltechnologie	15 (18)

Es wurden 29 Lehrverträge zwischen dem Verein Freiburger Lehrbetriebsverbund Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft und Hauswirtschaftspraktikerin/Hauswirtschaftspraktiker und den Lernenden unterzeichnet.

Die Kurse für Lebensmitteltechnologen haben während der Bildungsreform begonnen. Es mussten neue Lehrmittel erarbeitet und übersetzt werden.

## 8.3 Milchwirtschaft

Der milchwirtschaftliche Beratungsdienst (CASEi) hat seine Tätigkeit bei rund 270 Käsereien und 4000 Milchproduzenten wie bisher wahrgenommen.

Das Freiburgerische Agro-Lebensmittellabor hat für die gleichen Kunden zahlreiche Analysen vorgenommen. Für seinen Partner Suisselab in Zollikofen hat es die Milchproben aus den Kantonen Freiburg, Neuenburg, Waadt und Jura gesammelt.

---

## 8.4 Dienstleistungen

Im Folgenden sind die wichtigen Ereignisse des Jahres 2013 für die landwirtschaftlichen Stationen kurz erläutert:

### 8.4.1 Aufhebung der Weisungen über das Ausbringen von Hofdünger

Im Winter 2012/2013 sind die Weisungen des Kantons Freiburg über das Ausbringen von Hofdünger in Kraft getreten. Unter anderem nach der Veröffentlichung des Moduls der Vollzugshilfe für den Umweltschutz in der Landwirtschaft haben die RUBD und die ILFD gemeinsam beschlossen, die Weisungen aufzuheben. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus den verschiedenen Dienststellen des Staates (AfU, ILFD, LwA, LIG usw.) ist mehrmals zusammengetreten, um einen Vorschlag auszuarbeiten, der den beiden Direktionen vorgelegt wurde. Die Weisungen wurden im September 2013 aufgehoben.

Im Herbst und Winter 2012/2013 hat Grangeneuve die Fragen der Landwirtinnen und Landwirte beantwortet und sie über die Website von Grangeneuve regelmässig darüber informiert, welche Elemente berücksichtigt werden müssen, um über ein allfälliges Ausbringen von Hofdünger zu entscheiden.

### 8.4.2 FRIBO-Tagung

Am 27. März 2013 fand in Grangeneuve aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des landwirtschaftlichen Bodenbeobachtungsnetzes des Kantons Freiburg (FRIBO) eine Tagung zum Thema Boden statt. Am Vormittag wurden Vorträge gehalten, am Nachmittag fanden verschiedene Workshops statt. Das FRIBO umfasst 250 Standorte auf Freiburger Gebiet, d. h. ein Standort pro 400 ha. Freiburg ist eine der wenigen Regionen Europas, die über Ergebnisse von 25 Jahren Untersuchungen verfügt. Zudem ist es von grossem Interesse, über aufbewahrte Proben zu verfügen, die es ermöglichen, die Analysen jederzeit zu wiederholen.

### 8.4.3 Begleitung der Landwirte im Rahmen der neuen Agrarpolitik 2014-17

2013 war ein Übergangsjahr vor dem Inkrafttreten der neuen Agrarpolitik. In diesem Zusammenhang und um die Landwirte bestmöglich zu informieren haben die landwirtschaftlichen Stationen Ende 2012 zwei Informationsveranstaltungen organisiert, an denen Jacques Bourgeois, Nationalrat und Direktor des Bauernverbandes, als Hauptredner auftrat.

2013 führte Grangeneuve über 50 Informationsveranstaltungen durch, um die Landwirte namentlich zu den Projekten zur ökologischen Vernetzung ÖQV und zur Landschaftsqualität zu informieren. Die landwirtschaftlichen Stationen beteiligen sich an der kantonalen Arbeitsgruppe zur Errichtung des Pfeilers «Landschaftsqualitätsbeiträge».

Im September 2013 führten die landwirtschaftlichen Stationen zwei Thementage «Produzieren!» durch. Dabei wurden rund 400 Teilnehmer in Grangeneuve empfangen.

Im Dezember 2013, nach der Verabschiedung der Verordnungen, haben die Beraterinnen und Berater der landwirtschaftlichen Stationen an verschiedenen Orten 33 Informationsveranstaltungen organisiert. Die landwirtschaftlichen Stationen informieren die Landwirte regelmässig über die Website der Beratung, aber auch anhand des Infoblatts «Terre à Terre».

### 8.4.4 Interne Projekte

Die Neuorganisation des Sekretariats auf Ebene der landwirtschaftlichen Stationen ist abgeschlossen. 2014 wird sie operativ umgesetzt werden.

Die Neuorganisation der landwirtschaftlichen Stationen hat mit einem Kickoff-Meeting am 6. Dezember 2013 offiziell begonnen.

Die Neuorganisation der Versuche hat im Juli 2013 begonnen und wird die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der landwirtschaftlichen Stationen in der ersten Hälfte 2014 beschäftigen.

## 8.5 Betriebe

Die neue Bezeichnung der Betriebe, wie Schulbauernhof von Grangeneuve, Schulbauernhof von Sorens und Schulgärten von Grangeneuve wurde angenommen.

---

Ein grosser Beitrag wurde für die Vorbereitung der verschiedenen Posten für die Thementage «Produzieren!» geleistet.

Zu den Betrieben gibt es für das Jahr 2013 insbesondere Folgendes zu berichten:

#### 8.5.1 Schulbauernhof von Grangeneuve

- > gute Ergebnisse beim Ackerbau, bei Weizen, Gerste und Triticale bezüglich Züchtung, bei den Kartoffeln bezüglich Konsum und beim Mais bezüglich Grünfütterung und Futterlieferung;
- > kontinuierlicher Anstieg des genetischen Niveaus des Sauenbestands und der Fruchtbarkeitsleistung mit dem Ziel, dass Grangeneuve zu den besten Remonten-Zuchtbetrieben der Schweiz zählt;
- > Beteiligung mehrerer Mitarbeitenden am logistischen Erfolg der European Championship in Freiburg;
- > Verkauf von elf Kühen und drei Zuchtstieren von sehr guter genetischer Qualität zu Preisen über dem aktuellen Durchschnitt;
- > Integration der Werkstatt in den Schulbauernhof;
- > Bildung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe für die Überwachung der Weide auf dem Schulbauernhof von Grangeneuve, um die Weidepraxis besser verstehen und optimieren zu können;
- > seit 2012 aktive Teilnahme im Rahmen des Vernetzungsprojekts nach ÖQV Bas-Gibloux und Umgebung;
- > konsequente und effizientere Verwaltung der Weiden auf dem Schulbauernhof;
- > Sanierung des Rohrleitungsnetzes für Hofdünger;
- > Installation einer Entmistungsanlage auf einer Seite im Schulbauernhof, um die Arbeit deutlich weniger anstrengend zu machen.

#### 8.5.2 Schulbauernhof von Sorens

- > Trotz besonders schwieriger Weideverhältnisse weiterhin Bereitstellung von verlässlichen und relevanten Daten zum Abschluss der Versuche, die für Agroscope Liebefeld-Posieux auf dem Schulbauernhof durchgeführt werden;
- > Weiterführung des ersten Kurses FBA Hirsche (fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung) für Hirschhalter in der Westschweiz durch mehrere Mitarbeiter mit der Absicht, die Hirschezucht auf dem Schulbauernhof für die Ausbildung aber auch für die Lieferung von Remonten und die praktische Mentortätigkeiten für die neuen Züchter zu profilieren.

#### 8.5.3 Schulgärten und Le Magasin

- > Lagerung und Vermarktung der Staatsweine in enger Zusammenarbeit mit dem Verwalter und seinem Adjunkten, die der ILFD direkt unterstellt sind;
- > Renovierung der Räumlichkeiten für die Zubereitung von Gemüse in der Nähe des Magasins und Anpassung an die Normen.

#### 8.5.4 Betriebe allgemein

- > aktive und konstruktive Teilnahme zahlreicher Mitarbeitenden und aller Lernenden der Betriebe am Auftritt von Grangeneuve und der Animation am Stand während einer Woche im Fribourg Centre im Rahmen des 125. Jubiläums von Grangeneuve;
- > Fortführung der Aktualisierung von Elementen für die Betriebssicherheit auf den Schulbauernhöfen;
- > sehr rege Nutzung der beiden Schulbauernhöfe für zahlreiche landwirtschaftliche und gartenbauliche überbetriebliche Kurse, interdisziplinäre Tage sowie alle Qualifikationsverfahren (Prüfungen EFZ Landwirtschaft);
- > Austausch zahlreicher Parzellen mit Agroscope Liebefeld-Posieux, Haras vor allem zugunsten der Forschung;
- > ISO-22 000-Zertifizierung für die Lernwerkstätten.

## 9 Nutztierversicherungsanstalt (Sanima)

Verwalter: **Hubert Jungo**

SANIMA ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie ist administrativ der ILFD zugewiesen. SANIMA ist beauftragt:

- > die Nutztiere entsprechend dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und gemäss den Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Februar 2003 über die Nutztierversicherung zu versichern;
- > die Aufgaben wahrzunehmen, die ihr durch das Ausführungsgesetz vom 22. Mai 1997 zur Bundesgesetzgebung über die Entsorgung tierischer Abfälle übertragen werden.

Gemäss dem Gesetz vom 13. Februar 2003 über die Nutztierversicherung (NTVG) sind die Tätigkeit und die Jahresrechnung Gegenstand eines separaten Berichts der Verwaltungskommission der SANIMA. Es wird auf den besagten Bericht verwiesen.

## 10 Personalbestand

Behörden – Direktionen Finanzstellen		Rechnung 2013 VZÄ	Rechnung 2012 VZÄ	Differenz VZÄ
<b>Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft</b>		<b>438.98</b>	<b>428.69</b>	<b>10.29</b>
<i>Zentralverwaltung</i>		<i>251.88</i>	<i>243.72</i>	<i>8.16</i>
3400 / ICAS	Generalsekretariat	12.24	11.07	1.17
3405 / ETCI	Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen	26.75	27.45	-0.70
3410 / PREF	Oberämter	39.27	38.47	0.80
3415 / DECO	Amt für Gemeinden	7.90	7.91	-0.01
3425 / AGRI	Amt für Landwirtschaft	23.40	23.15	0.25
3430 / OVET	Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	81.28	76.59	4.69
3445 / SFOR	Amt für Wald, Wild und Fischerei	60.28	58.32	1.96
3460 / VILA	Weinberge Lavaux	0.76	0.76	
<i>Besondere Sektoren, sonstige Anstalten</i>		<i>187.10</i>	<i>184.97</i>	<i>2.13</i>
3440 / IAGR	Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg	169.25	166.29	2.96
3445 / SFOR	Amt für Wald, Wild und Fischerei	16.61	17.44	-0.83
3461 / VIVU	Weinberge Vully	1.24	1.24	

# Tätigkeitsbericht

## Volkswirtschaftsdirektion

—

2013



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Direction de l'économie et de l'emploi DEE**  
**Volkswirtschaftsdirektion VWD**

# Inhalt

---

<b>1. Direktion und Generalsekretariat</b>	<b>5</b>	A.	Beschäftigungsmassnahmen	16
<b>1.1 Tätigkeit</b>	<b>5</b>	B.	Bildungsmassnahmen	17
1.1.1 Ordentliche Tätigkeit	5	C.	Spezielle Massnahmen	17
1.1.2 Besondere Ereignisse	5	D.	AMM-Budget	17
<b>1.2 Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland</b>	<b>5</b>	E.	Qualifizierungsprogramme (QP-BAMG)	17
<b>1.3 Tourismus</b>	<b>6</b>	3.2.4	Ombudsstelle	17
<b>1.4 Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>8</b>	3.2.5	Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)	18
<b>1.5 Streitfälle</b>	<b>9</b>	3.2.6	Unterstützung für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung	18
<b>1.6 Gesetzgebung</b>	<b>9</b>	3.2.7	Organisation und Projekte	18
1.6.1 Gesetze und Dekrete	9	<b>3.3 Abteilung Arbeitsmarkt</b>	<b>18</b>	
1.6.2 Verordnungen und Reglemente	9	3.3.1	Arbeitsinspektorat	18
<b>2. Wirtschaftsförderung (WIF)</b>	<b>10</b>	3.3.2	Beobachtung des Arbeitsmarkts	20
<b>2.1 Tätigkeit</b>	<b>10</b>	3.3.3	Kantonales Organ für die wirtschaftliche Landesversorgung	20
2.1.1 Neuansiedlung von Firmen aus der Schweiz und dem Ausland	10	3.3.4	Kantonale Einigungsstelle für kollektive Arbeitsstreitigkeiten (ESKA)	20
2.1.2 Wirtschaftsförderung im Kanton	11	3.3.5	Abkommen über den freien Personenverkehr (FZA)	20
2.1.3 Gründung von Unternehmen	12	3.3.6	Bekämpfung der Schwarzarbeit	21
2.1.4 Neue Regionalpolitik	13	3.3.7	Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih	21
<b>2.2 Die Unterstützungsmassnahmen in Zahlen</b>	<b>14</b>	<b>3.4 Rechtsdienst</b>	<b>22</b>	
2.2.1 Unterstützung der Unternehmen	14	3.4.1	Erstinstanzliche Verfügungen	22
<b>2.3 Neue Regionalpolitik</b>	<b>15</b>	3.4.2	Zweitinstanzliche Verfügungen und Stellungnahmen beim Kantonsgericht	22
2.3.1 Neue Regionalpolitik (NRP) 2012-2015: Finanzbeiträge und verfügbare Mittel am 31.12. 2013 (in Fr.)	15	3.4.3	Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen	22
<b>3. Amt für den Arbeitsmarkt (AMA)</b>	<b>16</b>	3.4.4	Weitere Tätigkeiten des Rechtsdiensts	23
<b>3.1 Ordentliche Tätigkeit</b>	<b>16</b>	<b>3.5 Stabsdienste</b>	<b>23</b>	
<b>3.2 Abteilung Arbeitslosigkeit</b>	<b>16</b>	3.5.1	Kommunikation	23
3.2.1 Arbeitslosenversicherung	16			
3.2.2 Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV)	16			
3.2.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	16			

3.5.2	Informatik	23	6.3.3	Verschiedene Bewilligungen und Ausnahmebewilligungen	28
3.5.3	Buchhaltung	23	6.3.4	Erdgas	28
<b>4.</b>	<b>Öffentliche Arbeitslosenkasse (ÖALK)</b>	<b>24</b>	6.3.5	Hochspannungsleitungen	29
<b>4.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>24</b>	<b>6.4</b>	<b>Förderprogramme im Energiebereich</b>	<b>29</b>
4.1.1	Ordentliche Tätigkeit	24	6.4.1	Holzheizungen	29
4.1.2	Arten von Leistungen und deren Anzahl	24	6.4.2	Thermische Solaranlagen	29
A.	Anträge auf Arbeitslosenentschädigung (ALE)	24	6.4.3	Gebäude, die den Minergie-P-Standard erfüllen	29
B.	Anträge auf Schlechtwetterentschädigung	24	6.4.4	Wärmepumpen als Ersatz einer Elektroheizung	29
C.	Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung	24	6.4.5	Wärmepumpen als Ersatz einer fossilen Heizung	29
D.	Anträge auf Insolvenzentschädigung	24	6.4.6	Heizwasserverteilsystem	29
E.	Ausbezahlte Taggelder	24	6.4.7	Gebäudeprogramm	29
<b>5.</b>	<b>Handelsregisteramt (HRA)</b>	<b>25</b>	6.4.8	Neue Wärmenetze zur Nutzung von Abwärme	29
<b>5.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>25</b>	6.4.9	Wärmeerkopplung	29
5.1.1	Ordentliche Tätigkeit	25	6.4.10	Energiestadt-Label für Gemeinden	29
5.1.2	Besondere Ereignisse	25	<b>6.5</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>29</b>
<b>5.2</b>	<b>Statistik</b>	<b>25</b>	<b>6.6</b>	<b>Gesetzgebung</b>	<b>30</b>
5.2.1	Stand der aktiven Gesellschaften	25	<b>7.</b>	<b>Amt für Statistik (StatA)</b>	<b>30</b>
5.2.2	Sprachliche Aufteilung der Registereinträge	26	<b>7.1</b>	<b>Aktivitäten</b>	<b>30</b>
5.2.3	Übersicht der neuen Gesellschaften	26	7.1.1	Datenerhebung	30
<b>5.3</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>26</b>	7.1.2	Datenverarbeitung	30
<b>5.4</b>	<b>Streitfälle</b>	<b>27</b>	7.1.3	Veröffentlichung der Ergebnisse	30
<b>6.</b>	<b>Amt für Energie (AfE)</b>	<b>27</b>	7.1.4	Beratung	31
<b>6.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>27</b>	<b>7.2</b>	<b>Besondere Projekte und Ereignisse</b>	<b>31</b>
6.1.1	Ordentliche Tätigkeit	27	<b>7.3</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>31</b>
6.1.2	Laufende Studien	27	<b>8.</b>	<b>Wohnungsamt</b>	<b>31</b>
<b>6.2</b>	<b>Ausbildung</b>	<b>27</b>	<b>8.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>31</b>
6.2.1	Weiterbildungsprogramm	27	8.1.1	Wohnungsmarkt	31
6.2.2	Sensibilisierung/Bildung der Jugend	27	8.1.2	Wohnbauförderung	32
<b>6.3</b>	<b>Baubewilligungsverfahren</b>	<b>28</b>	8.1.3	Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand	32
6.3.1	Baubewilligungsgesuche	28	8.1.4	Kontrolle der gewährten Beiträge	33
6.3.2	Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen	28	8.1.5	Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen	33

8.1.6	Baulandreserven	33	10.2.1	Strategische kantonale Projekte und Positionierung im Bereich Ingenieurwesen und Architektur der HES-SO	40
8.1.7	Verkauf von Grundstücken an Ausländer	33	10.2.2	Unterricht	40
8.1.8	Kantonale Wohnungskommission	33	10.2.3	Weiterbildung	40
<b>8.2</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>33</b>	10.2.4	Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte	41
<b>8.3</b>	<b>Streitfälle</b>	<b>33</b>	A.	Institute	41
<b>9.</b>	<b>Amt für Berufsbildung (BBA)</b>	<b>34</b>	B.	Projekte und finanzielle Ergebnisse	42
<b>9.1</b>	<b>Ordentliche Tätigkeit</b>	<b>34</b>	10.2.5	Nationale und internationale Zusammenarbeit	42
<b>9.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>35</b>	10.2.6	Besondere Ereignisse und Veröffentlichungen	42
9.2.1	Validierung von Bildungsleistungen (VAB)	35	<b>10.3</b>	<b>Tätigkeit der Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR)</b>	<b>42</b>
9.2.2	Neue Schulräume der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsfachschule (EPAC)	36	10.3.1	Unterricht	43
9.2.3	Berufsfachschule   Technik und Kunst   Freiburg (EMF)	36	10.3.2	Weiterbildung	43
<b>9.3</b>	<b>Ausbildung</b>	<b>36</b>	10.3.3	Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte	43
9.3.1	Berufliche Grundbildung	36	<b>10.4</b>	<b>Die FHF-TW in Zahlen</b>	<b>44</b>
9.3.2	Beruflicher Unterricht	37		Personalstatistik FHF-TW (HTA-FR + HSW-FR)	44
9.3.3	Überbetriebliche Kurse	38		Statistik der Studierenden FHF-TW + BTS	44
9.3.4	Höhere Berufsbildung und berufsorientierte Weiterbildung	38		Statistik der Studierenden nach Herkunft (Kanton, Ausland)	45
9.3.5	Gewerbebibliothek (GIBS) und Zentrum für pädagogische Bezugsquellen (EPAC)	38	<b>10.5</b>	<b>Bautechnische Schule (BTS)</b>	<b>45</b>
<b>10.</b>	<b>Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)</b>	<b>39</b>	<b>10.6</b>	<b>Stand der Stipendienfonds</b>	<b>46</b>
<b>10.1</b>	<b>Tätigkeit der FHF-TW</b>	<b>39</b>	<b>11.</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>46</b>
<b>10.2</b>	<b>Tätigkeit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR)</b>	<b>40</b>			

---

# 1. Direktion und Generalsekretariat

*Staatsrat, Volkswirtschaftsdirektor: Beat Vonlanthen*

*Generalsekretär: Christophe Aegerter*

## 1.1 Tätigkeit

### 1.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Nachdem das Freiburger Stimmvolk am 25. November 2012 die Änderung des Energiegesetzes abgelehnt hatte, wurde dem Grossen Rat im Mai 2013 eine neue Version vorgelegt, die er einstimmig verabschiedet hat. Da kein Referendum dagegen ergriffen wurde, ist die Gesetzesänderung am 1. August 2013 in Kraft getreten.

Weiter auf dem Gebiet der Gesetzgebung hat die Direktion den Gesetzesentwurf über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (HES-SO//FRG) nach dessen Vernehmlassung Ende 2012 fertig ausgearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat Anfang 2014 vorgelegt. Das Dekret über einen Verpflichtungskredit für die Erneuerung der technischen Geräte und Anlagen der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) wurde vom Grossen Rat an der Novembersession 2013 verabschiedet.

Die Direktion hat ferner im Rahmen des Struktur- und Sparmassnahmenprogramms die Arbeitsgruppe «Projekte und Reformen» präsiert, die rund siebzig vorgeschlagene Massnahmen bearbeitet hat.

### 1.1.2 Besondere Ereignisse

Das Jahr 2013 stand im Zeichen der Aufbauarbeiten am Technologiepark blueFACTORY: Im März 2013 wurden die Resultate des Städtebauwettbewerbs bekannt gegeben und Ende April wurde eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne abgeschlossen. Diese Vereinbarung bezieht sich auf das inhaltliche Projekt «Smart Living Lab», das sich auf dem Gelände niederlassen wird. Daneben verfasste die Direktion einen Bericht des Staatsrats an den Grossen Rat über die Gründung der Aktiengesellschaft Bluefactory Fribourg-Freiburg SA (BFF SA). Der Grosse Rat hat diesen Bericht an der Junisession 2013 besprochen. Danach hat die Direktion die Arbeiten im Hinblick auf die Gründung der Aktiengesellschaft Anfang 2014 fortgesetzt.

Unter den besonderen Ereignissen ist ausserdem die Ausarbeitung der Sensibilisierungskampagne im Strombereich (OFF-Kampagne) zu erwähnen, die Ende 2013 lanciert wurde und bis Dezember 2015 dauern wird. Die Direktion war ferner an der Krisenbewältigung von zwei grossen Freiburger Unternehmen beteiligt. Eines dieser Unternehmen hat im Dezember 2013 Konkurs angemeldet.

## 1.2 Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Kommission fällte 2013 insgesamt 23 Entscheide:

- > 12 Bewilligungen
- > 7 Entscheide über die Nichtunterstellung unter die Bewilligungspflicht
- > 3 Aufhebungen von Auflagen
- > 1 Kenntnisnahme vom Rückzug eines Gesuchs

Die 12 Bewilligungen betrafen:

- > 3 Bewilligungen für den Verkauf von Sozialwohnungen
- > 9 Bewilligungen für den Kauf mit der Pflicht zum Verkauf innerhalb von zwei Jahren
- > 9 Ferienwohnungen:

Sektor Jauntal und Berra:	3
Sektor Vivisbach:	3
Sektor Greyerz:	1
Sektor Sense:	2
Sektor Bulle:	0

### 1.3 Tourismus

Nachdem die Schweizer Hotellerie in den letzten beiden Jahren eine Abnahme der Übernachtungen verzeichnet hatte, registrierte sie im Jahr 2013 wieder eine Zunahme um 2,5 %, das sind 858 000 Übernachtungen mehr. Das Jahresergebnis von 35,6 Millionen Übernachtungen wurde von der inländischen wie von der ausländischen Nachfrage gestützt. Auf die Gäste aus der Schweiz entfallen 15,9 Millionen Übernachtungen, was dem besten Resultat seit 1991 entspricht. Die Übernachtungen der ausländischen Gäste sind um 3,5 % auf 19,7 Millionen Übernachtungen angestiegen.

Die Freiburger Hotellerie folgt dem nationalen Trend und verzeichnet ein neues Rekordjahr. Für das ganze Jahr wurden 16 563 Übernachtungen mehr registriert als 2012 (+3,6 %). Mit insgesamt 456 834 Übernachtungen erreicht der Freiburger Tourismus damit wieder das beste Resultat, das er je verzeichnet hat. Dieses Resultat ist teilweise auf die Eröffnung von Hotelbetrieben zurückzuführen wie dem Hôtel Aux Remparts in Freiburg und dem Schloss La Corbière in Estavayer-le-Lac. Weitere Faktoren, die diese Zunahme der Übernachtungen in Freiburg erklären können, sind der geringere Einfluss des Frankenkurses auf die Nachfrage, da auf die inländischen Gäste 62 % der Übernachtungen entfallen, aber auch die günstigen Preise in Vergleich zu den touristischen Hochburgen der Schweiz, attraktive Pauschalangebote mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis, die günstigen Wetterverhältnisse, die sich positiv auf den Aufenthaltstourismus auswirken, die Ausrichtung der Freiburger Tourismusorte auf den Winter- und den Sommertourismus sowie das dynamische Image, das in den vergangenen Jahren von Fribourg Region namentlich über ihre Guerillamarketing-Aktionen vermittelt wurde.

In der Parahotellerie, die für das Freiburgerland von Bedeutung ist, sich aber hauptsächlich auf Zweitwohnungen abstützt und folglich weniger kommerziell und etwas weniger konjunkturabhängig ist, bleiben die Resultate unverändert bei 1,4 Millionen Übernachtungen. Hinsichtlich der Übernachtungen kann die Gesamtbilanz des Freiburger Tourismus als aussergewöhnlich betrachtet werden, denn sie liegt über den Resultaten des Jahres 2012, das bereits als aussergewöhnlich galt.

Der Ausflugstourismus hängt stark von den Wetterbedingungen ab. Dennoch erklären sich die meisten Regionen und Ausflugsorte mit den erzielten Resultaten zufrieden. Das Maison Cailler in Broc ist die meistbesuchte Attraktion der Westschweiz mit über 386 048 Eintritten, gefolgt vom Papiliorama in Kerzers mit 240 000 Eintritten und den Bains de la Gruyère mit 202 490 Besucherinnen und Besuchern.

Unter den Ereignissen, die das Freiburger Tourismusjahr 2013 besonders – und positiv – prägten, sind ausserdem zu erwähnen:

- > der Beginn oder die Vollendung mehrerer grösserer Bau-, Umbau- und Renovationsvorhaben touristischer Art an verschiedenen Orten in der Region Freiburg: Freiburg, Estavayer-le-Lac, Môtier und Schwarzsee;
- > die Inbetriebnahme der neuen Kombibahn von La Berra, die das Rückgrat des Skigebiets darstellt;
- > die weitere Umsetzung der Vision 2030, der Strategie zur Entwicklung des Freiburger Tourismus, insbesondere mit dem Abschluss des Projekts «Destination Management 3.0», der Organisation der ersten Veranstaltung von PROtourism mit über 170 Teilnehmenden und der Wiedereinführung der «Freiburger Spezialitäten», einer Promotion, an der bis heute 140 Gaststätten mitmachen, die typische Freiburger Spezialitäten anbieten;
- > die Neugestaltung der beiden kantonalen Tourismusinformationsstellen an den Raststätten von Greyerz und Lully und ihre Ausrüstung mit Stelen und interaktiven Terminals;

- 
- > die Verwaltung eines touristischen Call Centers am Sitz des Freiburger Tourismusverbands (FTV), das sieben Tage in der Woche von 9 bis 18 Uhr erreichbar ist;
  - > die Vergabe des 6666. Qualitätslabels Stufe II des Schweizer Tourismus an den Freiburger Tourismusverband;
  - > die Bestätigung des FTV als Bildungsbetrieb mit der Anstellung von drei Praktikanten und der Präsenz am Forum START! mit einem Stand, der vollständig von seinen drei Lernenden realisiert wurde;
  - > die Übernahme des Slogans «Eine Tradition voraus!» für die Tourismuswerbung nach Anhörung des Urhebers, des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg, und der Eintrag des Angebots von Fribourg Region in die Liste der 100 Traditionen von Schweiz Tourismus;
  - > die Fortsetzung der Werbekampagne auf den online-Märkten: Die mobile Applikation von Fribourg Region wurde über 10 000 Mal heruntergeladen und mit dem GLOBONET eTourism Award 2013 als beste Tourismus-App der Schweiz ausgezeichnet;
  - > die Durchführung zahlreicher Werbekampagnen in der Schweiz, in Deutschland, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Italien und den Vereinigten Staaten durch den FTV in Umsetzung der Marketingstrategie, die insbesondere die Verkaufsförderungsaktion für Tourismuspartner einschloss. Diese Werbekampagnen wurden in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen und den kantonalen Entwicklungsschwerpunkten, aber auch im Rahmen wichtiger Partnerschaften mit Schweiz Tourismus und dem Amt für Tourismus des Kantons Waadt durchgeführt;
  - > die Weiterführung der Aktivitäten des kantonalen Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing, der durch das Gesetz vom 13. Oktober 2005 über den Tourismus errichtet wurde, um die Werbeprojekte der regionalen Tourismusorganisationen des Kantons zu unterstützen (Estavayer-le-Lac und Region, Freiburg und Region, Châtel-St-Denis/Les Paccots, La Gruyère, Regionalverband See, Romont und Region sowie Schwarzsee Tourismus);
  - > in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus und den wichtigsten Freiburger Tourismusregionen und -orten: Empfang von 74 Tourismusmedien und Partnern durch den FTV u.a. aus Australien, Brasilien, Kanada, China, den Vereinigten Staaten, Israel, Malaysia, Thailand, Ukraine, Russland und den meisten europäischen Ländern;
  - > der Betrieb der Websites [www.fribourgregion.ch](http://www.fribourgregion.ch) und [www.skifribourg.ch](http://www.skifribourg.ch) sowie der mobilen Applikation von Fribourg Region durch den FTV, der auch die Websites der wichtigsten Tourismusregionen des Kantons zum Freiburger Tourismusangebot koordiniert; der Unterhalt der Facebook-Seite sowie der Twitter-, Flickr-, Instagram- und Pinterest-Konten von Fribourg Region;
  - > die Zusammenarbeit des FTV mit dem Museum für Kunst und Geschichte Freiburg und dem Musée Gruérien, die mit «Dress Code» das erste Pauschalangebot hervorbrachte, das von der Abteilung Incoming Services bereitgestellt wurde;
  - > die Koordination des Empfangs von Bundesrat Johann Schneider-Ammann im Greyerzerland für einen Austausch mit den Tourismuskreisen anlässlich der Bundesfeier;
  - > die vom FTV organisierte und durchgeführte Versammlung der Konferenz der regionalen Tourismusdirektoren im Vieux-Manoir;
  - > die Durchführung verschiedener touristischer Veranstaltungen von nationaler und internationaler Bedeutung in der Region Freiburg, unter anderem die Poya 2013 in Estavannens, die erste Ausgabe der Freiburger Chilbi und die beiden «Slow Ups» um den Murtensee und den Greyerzersee;
  - > die Herausgabe mehrerer Drucksachen und Materialien des FTV für die Freiburger Tourismuswerbung, insbesondere die Broschüre «FRIBOURG REGION – Hauptprospekt», der Hotelführer, die Broschüren «Meeting» und «Highlights», die Panoramakarte, die sehr geschätzte Pocket Card sowie das Wanderprogramm in Zusammenarbeit mit dem Freiburger Wanderverein;

- > die Verwaltung der Reservationsplattform TOMAS (Touristic Online Management System) für die Hotellerie, die Parahotellerie und die Pauschalangebote durch den FTV in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen;
- > die Dienstleistungen der vom FTV betriebenen Freiburger Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe zu Gunsten von vierzehn (der insgesamt achtzehn) lokalen Tourismusorganisationen im Jahr 2013;
- > die weiteren Vorbereitungsarbeiten an einem Freiburger Tourismusobservatorium insbesondere mit einer versuchsweisen Datenerhebung in der Parahotellerie;
- > die touristische Nutzung der Freizeitwegnetze von Fribourg Region – gestärkt durch den Zusammenarbeitsvertrag zwischen dem FTV und dem Freiburger Wanderverein;
- > die Koordination und der Unterhalt des 1800 km langen Wanderwegnetzes;
- > die Teilnahme des FTV an verschiedenen Arbeitsgruppen in Verbindung mit dem Tourismus auf kantonaler Ebene (z.B. «Fribourgissima Image Freiburg» unter der Leitung der Staatskanzlei) und auf nationaler Ebene (z.B. «die Kommission Beherbergung von GastroSuisse», «die Kommission für Marktentwicklung» des Schweizer Tourismus-Verbands und «der Beirat des Schweizer Tourismus-Verbands»).

Mit dem ordentlichen Staatsbeitrag für die Tätigkeit des FTV und dem Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing der Region, zu dem über 1 350 000 Franken kantonale Aufenthaltstaxen zur Finanzierung der Dienstleistungen für Gäste hinzukamen, wurden im Wesentlichen die touristischen Attraktionen des Kantons bekannt gemacht und die Qualität von Information und Empfang verbessert.

Der Tourismusförderungsfonds des Kantons Freiburg, der am 31. Dezember 2013 einen Saldo von 1 900 907 Franken aufwies, führte seine Aktivitäten fort, mit denen er die Verbesserung der touristischen Infrastruktur fördert und unterstützt.

In diesem Zusammenhang bestätigte der Verwaltungsausschuss früher eingegangene mehrjährige Verpflichtungen in der Höhe von etwa 966 000 Franken und gewährte folgenden Unternehmen ordentliche Finanzhilfen (Zinskostenbeiträge):

- > Hôtel Rive Sud in Estavayer-le-Lac: Renovation des Hotels und Umbau des Nebengebäudes;
- > Gemeinde Bas-Vully: Bau einer Zufahrtsrampe zum Landungssteg von Sugiez für gehbehinderte Personen;
- > Ferienhaus Höfli AG in Jaun: Umbau und Renovation der Sanitäranlagen.

## **1.4 Interkantonale Zusammenarbeit**

### **Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)**

Die VDK-Westschweiz traf sich 2013 zweimal und behandelte insbesondere:

- > das laufende Programm der Neuen Regionalpolitik (NRP) 2012-2015: Die VDK-Westschweiz verfolgte die Entwicklung ihres interkantonalen NRP-Umsetzungsprogramms über die Tätigkeit und die Entwicklung ihrer Fach- und Coachingplattformen;
- > die MWST-Pflicht der Subventionen, die den NRP-Plattformen der VDK-Westschweiz ausgezahlt werden. Mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) wurden Verhandlungen über diese Frage geführt, bis das Problem gelöst werden konnte;
- > die Vorbereitungsarbeiten für die NRP 2016+ und die beifällige Kenntnisnahme, dass das von der VDK-Westschweiz entwickelte interkantonale Modell beim nächsten Umsetzungsprogramm von weiteren Regionen übernommen wird;
- > die Frage der Gebiete, die von Steuererleichterungen profitieren können (NRP 2016+);
- > den nationalen Innovationspark;
- > die Offsetgeschäfte im Rahmen der Beschaffung der Gripen und die Organisation dieser Geschäfte sowie die von armasuisse verfolgte Politik bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen;

- > die Projekte der Schweizer Botschaft in Deutschland, um die Westschweiz insbesondere über ihre Cluster- und Innovationspolitik besser bekannt zu machen.

### Konferenz kantonaler Energiedirektoren (EnDK)

Im Jahr 2013 traf sich die EnDK zu drei Plenarsitzungen, während der Vorstand sieben Sitzungen abhielt. Die beiden Instanzen behandelten insbesondere:

- > die Verabschiedung der Stellungnahme der Kantone zur Energiestrategie 2050 und die Anhörung der UREK-N zu diesem Thema;
- > die Revision der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE);
- > die Prüfung, ob der Abschluss eines Energiekonkordats angezeigt ist;
- > die Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Stromabkommen;
- > die neue Vereinbarung für das Gebäudeprogramm;
- > den Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK);
- > die Strategie der EnDK für die Weiterbildung im Energiebereich;
- > diverse Gesetzesentwürfe oder geplante Massnahmen des Bundes (Strategie Stromnetze des BFE; Bericht des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) zum Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem im Energiebereich);
- > Entwicklungen innerhalb der Swissgrid SA (künftiger Strommarkt, Aktionärsstrategie, Vertretung im Verwaltungsrat);
- > die Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband und dem Verein Minergie sowie die Beziehungen zu Dritten wie die USIC und Gebäude Klima Schweiz.

### 1.5 Streitfälle

Die Direktion behandelt gestützt auf Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Verfügungen ihrer Dienststellen, sofern das Gesetz keine direkte Beschwerde an das Kantonsgericht vorsieht. Die Situation bei den Beschwerden präsentiert sich 2013 wie folgt:

eingereichte Beschwerden:	33
bearbeitete Beschwerden:	33
<i>davon</i>	
gutgeheissen:	0
teilweise gutgeheissen:	1
abgewiesen:	22
gegenstandslos oder zurückgezogen:	8
unzulässig:	2
am 1. Januar 2014 bei der VWD noch hängig:	15

### 1.6 Gesetzgebung

#### 1.6.1 Gesetze und Dekrete

- > Gesetz vom 13. Mai 2013 zur Änderung des Energiegesetzes
- > Dekret vom 13. November 2013 über einen Verpflichtungskredit für die Erneuerung der technischen Geräte und Anlagen der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR)

#### 1.6.2 Verordnungen und Reglemente

- > Verordnung vom 27. August 2013 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2012

- 
- > Verordnung vom 11. November 2013 zur Festlegung des Zinssatzes der Darlehen im Bereich der regionalen Innovationspolitik

## 2. Wirtschaftsförderung (WIF)

---

*Direktor: Jean-Luc Mossier*

### 2.1 Tätigkeit

#### 2.1.1 Neuansiedlung von Firmen aus der Schweiz und dem Ausland

Die Wirtschaftsförderung unterstützte im Berichtsjahr die Niederlassung von rund siebzehn neuen Unternehmen im Kanton, von denen sieben aus der Schweiz und zehn aus den folgenden Ländern stammen: Vereinigte Staaten, Frankreich, Belgien, Grossbritannien, Japan und Weissrussland.

Die 2013 im Kanton Freiburg neu angesiedelten Unternehmen beabsichtigen, innert kurzer Frist rund hundert neue Arbeitsplätze und mittelfristig über 600 Arbeitsplätze zu schaffen.

#### A. Firmen aus dem Ausland

Die Wirtschaftsförderung hat unter der Leitung der GGBa (Greater Geneva Berne area) etwa zehn Kontaktaufnahmen in Frankreich, Deutschland, den Vereinigten Staaten sowie im asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraum durchgeführt. Sie hat auch an Fachseminaren und Veranstaltungen teilgenommen, die von Switzerland Global Enterprise (früher: Osec) organisiert wurden, und hat direkte Unternehmensbesuche in anderen Märkten durchgeführt. Die Wirtschaftsförderung traf persönlich rund hundert Unternehmensverantwortliche und rund fünfzig spezialisierte Beraterinnen und Berater und knüpfte zahlreiche Kontakte bei Seminaren und Veranstaltungen.

Im Berichtsjahr hat die Wirtschaftsförderung rund vierzig Unternehmen aus elf Ländern zu Besuch im Kanton Freiburg empfangen. Ein Drittel dieser Unternehmensbesuche fanden auf Vermittlung der GGBa statt. Die Vereinigten Staaten und Frankreich bleiben die wichtigsten Herkunftsländer.

Nach Fortsetzung der Reformen, mit denen das Zusammenarbeitsmodell der GGBa für die Randkantone vorteilhafter gestaltet werden soll, hat der Kanton Freiburg den Leistungsvertrag für 2014 erneuert. Wie bereits im Jahr 2013 leistet der Kanton einen reduzierten finanziellen Beitrag. Die Tätigkeit der GGBa trug 2013 ein Dutzend Besuche von Unternehmen ein und führte zu vier Ansiedlungen, während für Anfang 2014 bereits mehrere Besuche von Unternehmen geplant sind.

Besondere Anstrengungen wurden für die Ausdehnung der Aktivitäten von ausländischen Unternehmen gemacht, die sich in den vergangenen Jahren im Kanton niedergelassen hatten. Die Arbeit der Wirtschaftsförderung endet nämlich nicht mit der Akquisition und Realisierung eines Projekts, sondern beinhaltet auch die langfristige Betreuung der im Kanton niedergelassenen Unternehmen. Ein derartiger Service ist unerlässlich, um den Erfolg einer Niederlassung sowohl für das Unternehmen als auch für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sichern und um die Weiterentwicklung der Unternehmen zu fördern, die sich in unserer Region niedergelassen haben.

#### B. Neuansiedlung von Schweizer Unternehmen

Nach den herausragenden Projekten mit grossem Arbeitsplatzvolumen, die in den vergangenen Jahren von UCB Farchim in Bulle und Nestlé/Nespresso in Romont angekündigt wurden, konnten im Berichtsjahr zwei neue Grossprojekte für eine Niederlassung im Kanton Freiburg gewonnen werden:

- > Die Firma g2e glass2energy hat sich im Technologiepark Vivier in Villaz-St-Pierre niedergelassen, um ihre revolutionären Solarmodule zu produzieren, die sich auf die Graetzel-Technologie der ETH Lausanne abstützen.
- > Die Firma PharmaFocus AG wird ihren Hauptsitz nach Romont verlegen und dort ihr neues Verteilzentrum ansiedeln. PharmaFocus, die im Grosshandel von Pharmaprodukten tätig ist, will 200 Arbeitsplätze im Kanton zu schaffen.

---

Die zentrale Lage des Kantons Freiburg auf den wichtigsten Verkehrsachsen des schweizerischen Schienen- und Strassennetzes, die Verfügbarkeit von qualifizierten, deutsch-, französisch- oder gar zweisprachigen Arbeitskräften sowie die Verfügbarkeit von Räumlichkeiten und Grundstücken zu bezahlbaren Preisen und die Unterstützung durch eine effiziente Regierung und Verwaltung sind entscheidende Faktoren für die Akquisition derartiger Projekte. Es ist wichtig, diese Trümpfe zu pflegen und auszubauen.

### 2.1.2 Wirtschaftsförderung im Kanton

#### A. Kontaktstelle für Unternehmen

Die Kontaktstelle für Unternehmen hat 2013 rund hundert Unternehmen und Projektträger beraten und auf verschiedene Partner der WIF aufmerksam gemacht. Insbesondere der Verein Fri Up und Bürgschaft Freiburg, die Freiburger Antenne der Bürgschaftsgenossenschaft Westschweiz, tragen dazu bei, dass den interessierten Unternehmen bedarfsgerechte Lösungen aufgezeigt werden können. Nebst diesen Kontakten konnten 16 interessierte Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten unterstützt werden.

#### B. Entwicklung von bestehenden Unternehmen

Über die Hälfte der finanziellen Ressourcen der WIF wird in der Regel für die Unterstützung von Projekten für Unternehmenserweiterungen und für die Entwicklung neuer Produkte eingesetzt.

#### C. Unterstützung von Unternehmen in Krisensituationen

Die WIF hat auch 2013 mehrere in Schwierigkeiten geratene Industrieunternehmen bei der Suche nach kurz- und mittelfristigen Lösungen unterstützt. Angesichts der angespannten Wirtschaftslage nahm diese Tätigkeit beträchtliche Ressourcen in Anspruch, auch wenn sie nicht zu den Aktivitäten der WIF zählt, die in der Statistik der neu geschaffenen Arbeitsplätze abgebildet werden.

#### D. Innovationsfonds

Der aus dem Wiederankurbelungsfonds 2010-2013 mit 3 Millionen Franken dotierte Innovationsfonds hat bereits im Oktober 2012 den gesamten bereitgestellten Betrag an elf Projekte zugesprochen. Diese Projekte wurden 2013 weitergeführt. Eines der finanzierten Projekte ist TechTransfer Freiburg, das Technologie-Transfer-Büro der Universität Freiburg, der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg und des Adolphe Merkle Instituts. Bei den anderen Projekten handelt es sich um gemeinsame Forschungsprojekte von Unternehmen und Hochschulen. Der Innovationsfonds unterstützt diese Forschungsprojekte mit einem Betrag von bis zu 300 000 Franken und ermöglicht so die Entwicklung neuer Produkte und die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung.

#### E. Bürgschaft Freiburg

Im Jahr 2013 konnten 19 Freiburger Unternehmen mit Bürgschaften der Freiburger Antenne der Bürgschaftsgenossenschaft Westschweiz unterstützt werden. Dabei wurden Bürgschaften von insgesamt über 4,1 Millionen Franken gewährt.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Anzahl der unterstützten Projekte um über 50 % gesteigert und die dabei insgesamt gewährte Bürgschaftssumme mehr als verdoppelt werden (+140 %). Diese Steigerung ist nicht zuletzt auf den erhöhten Bekanntheitsgrad der Bürgschaft Freiburg insbesondere bei den Banken zurückzuführen.

#### F. Frühstücks-Treffen der Wirtschaftsförderung

In Zusammenarbeit mit der Stiftung KMU wurde am 19. November 2013 in Düdingen ein Frühstücks-Treffen zum Thema «KMU Nachfolgeplanung: Wie leite ich diesen Prozess richtig ein?» durchgeführt. An dieser Veranstaltung haben rund 40 Personen teilgenommen.

---

### 2.1.3 Gründung von Unternehmen

#### A. Innovationsquartier blueFACTORY

Die WIF hat 2013 das Projektmanagement von blueFACTORY fortgesetzt. Der Direktor der WIF ist als Projektleiter tätig, während eine erfahrene Mitarbeiterin speziell für die alltägliche Kommunikation und den Betrieb des Geländes angestellt wurde. Ein Büro für den Betrieb von blueFACTORY wurde eröffnet, damit das Tagesgeschäft am Projekt erledigt werden kann.

Das Gründerzentrum Fri-Up, das Ende 2012 als erster Mieter eingezogen ist, hat mit etwa dreissig Personen den Betrieb auf dem blueFACTORY-Gelände aufgenommen. Rund zehn Start-ups sind nachgezogen, so dass sich auf dem Gelände heute knapp siebzig Arbeitsplätze befinden. So zählt das Innovationsquartier blueFACTORY bereits im Anfangsstadium mehr Arbeitsplätze als die Cardinal-Brauerei zum Zeitpunkt ihrer Schliessung. Auch das Leben auf dem Gelände nimmt schon eine erfreuliche Dynamik an.

Im Berichtsjahr hat eine Zahl von Technologieplattformen ihre Planung und Entwicklung stark vorangetrieben. Diese Plattformen, die zu den ersten Mietern des Quartiers zählen, müssen als Magnete dienen, die andere Aktivitäten von komplementären Unternehmen anziehen und auf diese Weise das Wachstum ankurbeln. Zurzeit gibt es vier Plattformen:

- > SLL - Smart Living Lab: Forschungszentrum zum Wohnen der Zukunft. In Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne und ihrer künftigen Freiburger Antenne, der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) und der Universität Freiburg (UniFR).
- > SICHH – Swiss Integrative Center for Human Health: Zentrum für technologische Dienstleistungen im Bereich der Humanmedizin. Das Zentrum hat die Form einer AG, deren Gründungsaktionär die UniFR ist. Es wird mit hochtechnologischen medizinischen Geräten ausgestattet (DNA-Sequencer, Datenzentrum, elektronisches Mikroskop, 3D-Simulator usw.) und mit qualifiziertem Personal dotiert.
- > Innosquare: Dienstleistungszentrum im Bereich Innovation für die regionale Industrie. Eine Initiative der HTA-FR und der Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR).
- > BioFactory: Kompetenzzentrum für die Herstellung von Bio-Pharmaka, insbesondere mit dem Auftrag der Weiterbildung in diesem Spitzenbereich der Schweizer Industrie.

Die WIF hat 2013 die Entwicklung dieser Plattformen aktiv unterstützt. Die Finanzhilfe des Staats für die Lancierung dieser Plattformen wird zurzeit von einer Arbeitsgruppe geprüft, die vom Staatsrat ernannt wurde. Die offiziellen Anträge um Finanzhilfe werden 2014 gestellt werden.

Im Hinblick auf den Nutzungsplan des neuen Innovationsquartiers blueFACTORY war das herausragende Ereignis des Jahres 2013 das Resultat des Städtebauwettbewerbs, das in grossen Zügen die Raumnutzung des künftigen Quartiers definierte. Zurzeit wird der Masterplan ausgearbeitet, der im Sommer 2014 in die öffentliche Auflage des kantonalen Nutzungsplans (KNP) münden wird.

Im Jahr 2013 wurden wichtige Etappen für die Gründung der Aktiengesellschaft BlueFactory Fribourg-Freiburg SA zurückgelegt. Die Gründungsunterlagen und der Auftrag der AG (Statuten, Aktionärsvertrag, Nutzungsleitbild) wurden von der Projektgruppe unter der Leitung der WIF definiert. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats und des strategischen Beirats wurde Ende 2013 festgelegt.

#### B. Seed Capital Freiburg

Die mit einem Kapital von 2 Millionen Franken dotierte Stiftung, die auf den Plan zur Stützung der Wirtschaft des Kantons Freiburg zurückgeht, wurde im März 2010 auf Anstoss des Kantons gegründet. Sie hat zum Ziel, kurz vor der Gründung stehende Unternehmen, insbesondere Spin-offs der Fachhochschulen und der Universität mittels Darlehen finanziell zu unterstützen (max. 200 000 Franken). Sie verfügt über einen unabhängigen Stiftungsrat, in dem die WIF vertreten ist. Ein externer Auftragnehmer bereitet die Dossiers vor, die dem Stiftungsrat zum Entscheid vorgelegt werden. Bis heute konnten zehn Unternehmen von dieser Unterstützung profitieren (2013 sind drei neue

---

Unternehmen dazu gestossen). Alle sind noch aktiv. Sie haben 27 direkte Arbeitsplätze geschaffen und konnten insgesamt über 7,5 Millionen Franken zusätzliche Mittel bei anderen Investoren freisetzen. Im Jahr 2013 hat ein Unternehmen das Darlehen zurückgezahlt und das Programm verlassen. Ausserdem wurde eine Spendenkampagne zur Beschaffung weiterer finanzieller Mittel durchgeführt, um den Fortbestand dieses Instruments sicherzustellen. Vier Partnerschaften werden zurzeit aufgebaut.

### C. Risiko Kapital Freiburg AG

Die Risiko Kapital Freiburg AG (RKF AG) ist eine Aktiengesellschaft, deren Aktionäre sich aus dem Staat Freiburg, der Groupe E, der Freiburger Kantonalbank und der Pensionskasse des Staatspersonals des Kantons Freiburg zusammensetzen. Sie verfügt über einen Verwaltungsrat, in dem die WIF vertreten ist.

Die Zahl der eingereichten Dossiers und ihre Qualität haben generell zugenommen, was sehr erfreulich ist und zeigt, dass die Unternehmensgründungen eine positive Dynamik angenommen haben, die wahrscheinlich teilweise in Verbindung mit dem blueFACTORY-Projekt steht.

Grössere Investitionen wurden zur Unterstützung von Wirtschaftsförderungsaktionen getätigt, wie etwa in die Firma g2e (glass2energy sa), die sich 2013 in Villaz-St-Pierre niedergelassen hat. Bei dieser Art von Aktionen erweist sich die RKF AG als ein wirkungsvolles finanzielles Instrument der Wirtschaftsförderung.

Ebenfalls eine einschneidende Entwicklung in der Tätigkeit der RKF SA im Jahr 2013 stellen die Beteiligungen als Mitinvestor dar, die im Rahmen von grösseren Finanzierungsrunden zusammen mit weiteren Finanzpartnern über die Kantonsgrenzen hinaus beschlossen werden. Dies zeigt, dass die neuen Unternehmen einen stetig höheren Finanzierungsbedarf mit immer ehrgeizigeren Businessplänen haben.

#### 2.1.4 Neue Regionalpolitik

Das Umsetzungsprogramm für die 2. Phase der neuen Regionalpolitik (NRP) von 2012 bis 2015 stützt sich auf das Gesetz über die Wirtschaftsförderung und unterscheidet drei Aktionsbereiche: den kantonalen, den interkantonalen und den grenzüberschreitenden Bereich.

Im Bereich der kantonalen Strategie hat die NRP 2013 dazu beigetragen, inhaltliche Projekte auf dem Gelände des Freiburger Innovationsquartiers blueFACTORY zu lancieren. So wurde dem Swiss Integrative Center for Human Health (SICHH) eine Finanzhilfe gewährt. Dieses Projekt einer öffentlich-privaten Partnerschaft fällt klar in den Bereich der Förderung der technologischen Innovation und zielt darauf ab, Unternehmern, Wissenschaftlern und Klinikern moderne Ausrüstung und spezielles Fachwissen in den Bereichen Medizintechnik (MedTech), Biotechnologie (BioTech), Pharma sowie auf allen Gebieten der Humanmedizin zur Verfügung zu stellen.

Im Bereich der industriellen Ökologie sind zwei Projekte zu interessanten Resultaten gekommen. Die Ökologiestudie zum Aktivitätspark Moncor hat es erlaubt, den Verein «Association des acteurs du Parc d'activités de Moncor» zu gründen und ein Projekt für einen gemeinsamen Mobilitätsplan der Unternehmen des gesamten Parks anzustossen. Beim zweiten Projekt handelt es sich um das KMU-Modell: Die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) bietet einen Energie-Check-up, mit dem unter der Leitung von Cleantech Freiburg die Freiburger KMU angespornt werden, wirtschaftliche Energiesparmassnahmen umzusetzen. Bereits drei Unternehmen haben eine Vereinbarung mit der EnAW abgeschlossen und 25 weitere interessieren sich für den Abschluss einer derartigen Vereinbarung.

Ein Schwerpunkt der kantonalen NRP-Strategie im Tourismusbereich beinhaltet die touristische Nutzung der gastronomischen und kulinarischen Spezialitäten des Kantons Freiburg. So wurde vom 20. bis 22. September 2013 erstmals eine kantonale Chilbi durchgeführt. 15 000 Personen nahmen an diesem Fest im Herzen der Stadt Freiburg teil. Angesichts dieses ersten Erfolgs wird ein Turnus eingeführt, damit jede Region einmal zum Zug kommt und ihren Charme zeigen kann. Das Fest wird 2014 im Greyerzbezirk stattfinden.

Die NRP bezweckt ferner, die Zusammenarbeit zwischen den Tourismusakteuren zu begünstigen. So vertritt der Regionalverband See (RVS) den Kanton Freiburg bei der Fortsetzung des interkantonalen Projekts Jura & Drei-Seen. Diese Destination ist die grösste, jüngste und vielseitigste der Schweiz und erstreckt sich über sechs Kantone (BE,

JU, NE, SO, FR, VD). Um aus dieser Region eine starke Tourismusdestination mit soliden Strukturen zu machen, zielt das Projekt im Zeitraum 2012-2015 darauf ab, eine gemeinsame Kultur aufzubauen, indem ein Masterplan erstellt, die Organisation angepasst und neue Tourismusprodukte geschaffen werden.

Im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurden fünf Projekte genehmigt. Es handelt sich dabei um die touristischen Projekte *Itinérance lémanique* und *Terra Salina* sowie die wirtschaftlichen Projekte *AlpCluster2020*, *SCRF* und *Transmission des savoir-faire* (Austausch von Know-how). Mit diesen Projekten erhält die Regionalpolitik eine europäische Dimension und ermöglicht den Austausch zwischen Grenz- und Alpenregionen.

Im Rahmen der Arbeiten in Verbindung mit dem Programm Interreg V, das am 1. Januar 2014 startet, wurde dem Kanton Freiburg angeboten, Vollmitglied zu werden. Der Kanton Freiburg, der bis jetzt als benachbartes Gebiet galt, wird dank seiner neuen Stellung Projekte direkt und ohne Umweg über einen anderen Kanton vorlegen können. Der Kanton Freiburg hat erstmals bei der Ausarbeitung des Programms für die territoriale Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Schweiz mitgewirkt.

## 2.2 Die Unterstützungsmassnahmen in Zahlen

Auf Beschluss des Freiburger Staatsrats publiziert die WIF in ihrem Jahresbericht neu auch Informationen über die zugesprochenen Fördermassnahmen und die Auswirkungen der gewährten Steuererleichterungen.

### 2.2.1 Unterstützung der Unternehmen

#### A. Finanzhilfen

Von den 22 realisierten Projekten im Jahr 2013 erhielten drei Unternehmen eine finanzielle Unterstützung. Die gewährte finanzielle Unterstützung beziffert sich auf insgesamt maximal 650 000 Franken. Die Auszahlung der finanziellen Beiträge erfolgt dabei in Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen und wird auf mehrere Jahre aufgeteilt.

Laufende direkte Beiträge nach Gesetz über die Wirtschaftsförderung (WFG):

	Betrag der finanziellen Beiträge (Fr.)
Finanzielle Beiträge für Unternehmen im Jahr 2013:	2 249 645
Finanzielle Beiträge für Unternehmen im Jahr 2012:	4 097 872

Stand der Bürgschaften nach WFG:

Bürgschaften gemäss Bonny-Beschluss	Anzahl	Betrag (Fr.)
Stand am 31.12. 2013	5	1 476 125

#### B. Steuererleichterungen

Sechs Unternehmen kamen in den Genuss von Steuererleichterungen. Es wurde keinem Unternehmen eine vollständige Steuerbefreiung von den Ertrags- und Kapitalsteuern gewährt. Steuererleichterungen betreffen nur die Kantons- und Gemeindesteuern, denn seit 2011 können im Kanton Freiburg keine Steuererleichterungen mehr auf Bundesebene gewährt werden.

Anzahl Unternehmen mit einer laufenden Steuererleichterung:

2011	2012	2013
74	66	63

Aus der Tabelle geht hervor, dass die Anzahl Unternehmen, die von einer Steuererleichterung profitieren, kontinuierlich abnimmt. Dies kann damit erklärt werden, dass in den jeweiligen Jahren die Anzahl neuer Steuererleichterungen geringer ist, als die Anzahl der auslaufenden Steuererleichterungen.

### C. Steuerliche Auswirkungen der für die Steuerperiode 2011 angewandten Steuererleichterungen

Die kantonale Steuerverwaltung hat im Verlaufe des Jahres 2013 die ordentliche Veranlagung für die Steuerperiode 2011 abgeschlossen. Aufgrund dieser Informationslage können erst die steuerlichen Auswirkungen für diese Periode aufgezeigt werden.

Die nachfolgende Tabelle gibt die Auswirkungen der gewährten Steuererleichterungen auf die Steuereinnahmen des Kantons für die Steuerperiode 2011 wieder (74 Unternehmen). Die Steuereinnahmen umfassen sowohl die Kantonssteuern (Kapital- und Gewinnsteuer), als auch den Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer (17 % der erhobenen direkten Bundessteuer).

Es werden drei Informationsebenen unterschieden. Die «Bruttoquote» entspricht den möglichen Steuereinnahmen des Kantons, wenn sich die betreffenden Unternehmen im Kanton angesiedelt oder erweitert hätten, ohne von Steuererleichterungen zu profitieren. Diese Situation ist ziemlich hypothetisch, da mehrere dieser Unternehmen ihre Vorhaben ohne Erleichterung vielleicht nicht in unserem Kanton realisiert hätten. Unter «Auswirkungen der Erleichterungen» sind die aufgrund der gewährten Erleichterungen nicht eingenommenen Steuerbeträge aufgeführt. Die «Nettoquote» entspricht schliesslich den effektiven Steuereinnahmen von Unternehmen, die von einer teilweisen Steuererleichterung profitierten.

Bruttoquote in Mio.	Auswirkungen der Erleichterungen	Nettoquote
95 981	-60 888	35 093

Aus der Tabelle geht hervor, dass den 74 Unternehmen, die in der Steuerperiode 2011 von einer Steuererleichterung profitieren konnten, ein Steuerbetrag von 60,888 Millionen Franken erlassen wurde. Die Mehrheit dieser Unternehmen hätte ihr Projekt ohne Steuererleichterung wohl nicht im Kanton Freiburg realisiert und somit wären dem Kanton Freiburg Steuereinnahmen in der Höhe von 35,093 Millionen Franken entgangen.

## 2.3 Neue Regionalpolitik

Das Umsetzungsprogramm der Neuen Regionalpolitik (NRP) 2012-2015 verfügt über ein Budget von 29,4 Millionen Franken. Im Jahr 2013 wurden 10 Projekte über einen Betrag von 1,3 Millionen Franken genehmigt.

### 2.3.1 Neue Regionalpolitik (NRP) 2012-2015: Finanzbeiträge und verfügbare Mittel am 31.12. 2013 (in Fr.)

	Bund	Kanton	Total Finanzierung	Bewilligt	Verbleibender Saldo
<b>Finanzbeiträge</b>					
Kantonale Strategie	4 600 000	8 944 170	13 544 170	11 632 485	1 911 685
Interkantonale Strategie	2 030 000	2 030 000	4 060 000	3 060 000	1 000 000
Grenzüberschreitende Strategie	400 000	400 000	800 000	229 472	570 528
<b>Total</b>	<b>7 030 000</b>	<b>11 374 170</b>	<b>18 404 170</b>	<b>14 921 957</b>	<b>3 482 213</b>
<b>Rückzahlbare Darlehen</b>					
Kantonale Strategie	4 900 000	6 100 000	11 000 000	1 340 000	9 660 000
<b>Total kantonales Mehrjahresprogramm</b>	<b>11 930 000</b>	<b>17 474 170</b>	<b>29 404 170</b>	<b>16 261 957</b>	<b>13 142 213</b>

---

## 3. Amt für den Arbeitsmarkt (AMA)

*Dienstchef: Charles de Reyff*

### 3.1 Ordentliche Tätigkeit

Die Tätigkeit des AMA war insbesondere geprägt von der Einführung der Integrationspools+ im März 2013. Diese intensive Betreuungsmassnahme richtet sich an stellensuchende Personen, die Sozialhilfe beziehen und keinen Anspruch auf Leistungen im Sinne der Arbeitslosenversicherung (AVIG) haben oder ihren Anspruch ausgeschöpft haben. Das Amt hat zudem das Anmeldedispositiv für die stellensuchenden Personen in den RAV verbessert, das im November 2012 in Betrieb genommen wurde. Des Weiteren hat das AMA Massnahmen eingeführt, um die durch seine Tätigkeit verursachten Auswirkungen auf die Umwelt drastisch zu reduzieren (Abfallrecycling, Verringerung des Energieverbrauchs, Optimierung der Dienstfahrten usw.). Es stützte sich dabei auf die Bestimmungen der vom Staatsrat beschlossenen Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung.

### 3.2 Abteilung Arbeitslosigkeit

#### 3.2.1 Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenquote im Kanton ist von 3,1 % im Januar auf 3,3 % im Dezember angestiegen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2013 beläuft sich auf 2,7 % der erwerbstätigen Bevölkerung (2,4 % im Jahr 2012). Sie liegt damit unter dem Schweizer Durchschnitt (3,2 %). Die Stellensuchendenquote hat sich parallel zur Arbeitslosenquote entwickelt und ist von 5,1 % zu Jahresbeginn auf 5,4 % im Dezember gestiegen. 2013 schöpften 1279 Personen ihren Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus (2011 waren es 1110).

#### 3.2.2 Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Der Kanton zählt drei RAV: das RAV Zentrum für den Saanebezirk, das RAV Süd mit seinen drei Anlaufstellen im Glane-, im Greyerz- und im Vivisbachbezirk und das RAV Nord mit seinen drei Anlaufstellen im Broye-, im See- und im Sensebezirk. Das AMA hat in jedem RAV eine Vermittlungszentrale eingerichtet. Ziel dieser Vermittlungszentralen ist es, eine zentralisierte Dienststelle für die Verwaltung der offenen Stellen zu betreiben und so die Zusammenarbeit mit den Unternehmen sicherzustellen. Seit März 2013 beherbergt jedes RAV einen Integrationspool+, in dem jeweils eine Personalberaterin oder ein Personalberater und eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter zusammenarbeiten, um Langzeitstellensuchende bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

#### 3.2.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)

Der AMM-Sektor stellt den RAV Mittel zur Verfügung, die es ihnen ermöglichen, die Vermittlungsfähigkeit der Stellensuchenden zu steigern. Er sorgt für ein ausreichendes Angebot an Beschäftigungs- und Bildungsmassnahmen sowie an speziellen Massnahmen, die auf die Bedürfnisse der stellensuchenden Personen zugeschnitten sind: Kurse, Praktika, Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) usw. Auf organisatorischer Ebene war das Jahr 2013 geprägt von der Einführung des neuen AMM-Richtplans des AMA (3-Jahresplan) und eines jährlichen AMM-Aktionsplans sowie von der Konsolidierung des internen Kontrollsystems. Ferner wurden neue Brückenangebote für Jugendliche geschaffen und die Massnahmen in den Bereichen Bürotechnik und Deutsch optimiert.

#### A. Beschäftigungsmassnahmen

Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) sollen die rasche und nachhaltige berufliche Eingliederung oder Wiedereingliederung der Versicherten erleichtern. Sie bieten realitätsnahe Tätigkeiten und entsprechen möglichst genau der Ausbildung und den Fähigkeiten der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger und der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Im Jahr 2013 wurden 1998 PvB bewilligt (1982 im Vorjahr). Von diesen PvB wurden 65 % bei einem vom AMA subventionierten Anbieter durchgeführt; 16 % fanden bei einer nicht

---

gewinnorientierten Institution statt und 19 % bei Gemeinden, bei einer Dienststelle des Staates oder bei einem ausserkantonalen Anbieter.

Die Motivationssemester (SEMO) und die Strukturen, die Berufsvorbereitungsmassnahmen (PreFo) anbieten, kombinieren Beschäftigung und Ausbildung. Sie sollen arbeitslose Jugendliche bei der Wahl einer Berufsbildung unterstützen. Im Schuljahr 2012-2013 haben 325 (317) Jugendliche an einem SEMO/PreFo teilgenommen, das durchschnittlich 5,5 Monate dauerte.

Insgesamt wurden 71 (40) Beschäftigungsmassnahmen in Form von Berufspraktika durchgeführt, die es den versicherten Personen ermöglichen, Berufserfahrung zu sammeln oder wieder in ihren Beruf und die Arbeitswelt einzusteigen.

## B. Bildungsmassnahmen

In den Plattformen und den Kursen sollen die Kenntnisse der Stellensuchenden eingeschätzt, gesteigert und zertifiziert werden. Gesamthaft wurden 5309 (4726) Massnahmen in verschiedenen Bereichen bewilligt (Bewerbungstechnik: 42 %; Sprachen: 37 %; Informatik: 8 %; andere Kurse: 13 %).

Die kaufmännische Praxisfirma (KPF), ebenfalls eine Bildungsmassnahme, ermöglicht es den Versicherten, in einem Unternehmen zu arbeiten, dessen Organisation und Bestellungsverwaltung derjenigen eines privaten Unternehmens entspricht. Die beiden Freiburger KPF konnten im Verlaufe des Jahres insgesamt 175 (193) Versicherte aufnehmen.

Gesamthaft wurden 849 (686) Ausbildungspraktika und Schnupperlehren besucht, die es den Versicherten ermöglicht haben, sich weiterzubilden oder ihre eigenen Fähigkeiten und die Anforderungen einer Stelle einzuschätzen.

## C. Spezielle Massnahmen

Die 524 (428) bewilligten speziellen Massnahmen bestanden zu 63 % aus Einarbeitungszuschüssen, zu 22 % aus Beiträgen zur Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit, zu 9 % aus Ausbildungszuschüssen und zu 6 % aus Beiträgen an Reisekosten.

## D. AMM-Budget

Das AMM-Budget umfasst die Bildungs- und die Beschäftigungsmassnahmen. Nicht darin enthalten sind die speziellen Massnahmen, deren Budget direkt vom SECO verwaltet wird. Im Jahr 2013 wurden 39,5 % des AMM-Budgets für Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB), 30,5 % für Bildungsmassnahmen (Kurse, kaufmännische Praxisfirmen) und 30 % für Motivationssemester (SEMO) bereitgestellt.

## E. Qualifizierungsprogramme (QP-BAMG)

Das kantonale Gesetz über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG) sieht eine Massnahme zur beruflichen Wiedereingliederung vor, deren Ziel es ist, die berufliche Wiedereingliederung von ausgesteuerten stellensuchenden Personen zu unterstützen, indem ihnen eine qualifizierende Beschäftigung bei einem Unternehmen, einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft oder einer nicht gewinnorientierten Institution oder Stiftung geboten wird. Von den 115 (94) bewilligten Verträgen für QP-BAMG gingen 57 % (56 %) an nicht gewinnorientierte Institutionen oder Stiftungen, Gemeinden und Dienststellen des Kantons und 43 % (44 %) an private Unternehmen. Die Verträge dauerten durchschnittlich ungefähr 3,7 Monate. Es konnte eine Person im Rahmen eines QP-BAMG-Vertrags angestellt werden, um die Betreuung der Teilnehmenden von PvB bei subventionierten Anbietern sicherzustellen.

## 3.2.4 Ombudsstelle

Stellensuchende können bei Streitigkeiten mit den RAV, den Arbeitslosenkassen oder dem Rechtsdienst die Dienste eines Ombudsmanns in Anspruch nehmen. Dieser ist direkt dem Generalsekretariat der VWD unterstellt. Im Jahr 2013 wurden 74 (78) Einsätze erfasst.

---

### 3.2.5 Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

Immer mehr Personen haben nicht nur Probleme im Bereich der Arbeitslosigkeit, sondern sind gleichzeitig auch mit gesundheitlichen Problemen und sozialen Schwierigkeiten konfrontiert, was ihre Rückkehr in den Arbeitsmarkt erschwert und zu Ungewissheit und sozialer Ausgrenzung führen kann.

Um die betroffenen Personen zu unterstützen, nutzen die RAV, die kantonale IV-Stelle und die regionalen Sozialdienste (RSD) eine gemeinsame Strategie: die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ). Die kantonale IIZ-Kommission wird vom Staatsrat ernannt und ist beauftragt, das IIZ-Betreuungssystem im Kanton zu organisieren und die Erfolgskontrolle zu gewährleisten.

Im Jahr 2013 nahmen die RAV in 42 (30) Fällen die Hilfe der IIZ und der Informatikplattform zur Verwaltung der einzelnen Fälle (CaseNet) in Anspruch, wobei es sich insgesamt um 31 (24) komplexe Fälle handelte.

### 3.2.6 Unterstützung für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung

Das AMA unterstützt die Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung (KJS) bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, nämlich beim Betrieb der Einrichtung und der Entwicklung von neuen unterstützenden Massnahmen. Das Amt stellt der KJS insbesondere einen Projektleiter und eine Person für die Leitung des administrativen Bereichs zur Verfügung.

Die Erleichterung der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten wurde als eine der Prioritäten ins Regierungsprogramm 2012-2016 aufgenommen. 2013 hat der Staatsrat den zweiten Bericht der KJS veröffentlicht, in dem die Situation der Jugendlichen mit Schwierigkeiten im Kanton beurteilt und der voraussichtliche finanzielle Bedarf für die kommenden Jahre dargelegt wird.

Im Jahr 2013 konzentrierte sich die Arbeit der KJS auf die Entwicklung der neuen Massnahme «Zukunft 20-25» für junge Erwachsene ohne Ausbildung, die Beurteilung des «Case Managements» und die Ausgestaltung der Plattform Jugendliche (zu deren Verstärkung eine Koordinatorin bezeichnet und eine Unterstützung für die administrativen Aufgaben gewährt wurde).

### 3.2.7 Organisation und Projekte

Die Abteilung hat ein internes Kontrollsystem (IKS) im Amt eingeführt. Die Tätigkeiten der verschiedenen Abteilungen sind nun in einem Qualitätsmanagementsystem systematisch erfasst und die Umsetzung der Ziele wird durch den Systemwartungsprozess gewährleistet.

Im Rahmen des Umstiegs auf MS Office 2010 wurden alle Dokumente, die den RAV zur Verfügung stehen, angepasst, damit diese mit der Plattform des Bundes AVAM kompatibel sind.

Im Rahmen des Projekts «Nachhaltige Entwicklung» wurden mehrere Massnahmen eingeführt. Dazu zählen unter anderem ein optimiertes Abfallrecycling an allen Standorten des AMA und ein Mobilitätsplan, der eine Carsharing-Pilotphase in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Mobility beinhaltet.

Die Projektleiterinnen und -leiter werden geschult und bei der Führung ihrer Projekte unterstützt. Zu diesen Projekten zählten 2013 die Erstellung eines Konzepts für die Intervision, die Anmeldung zur Arbeitslosigkeit in den RAV, die Organisation der Statistiken und die Überarbeitung des Intranetportals für die arbeitsmarktlichen Massnahmen.

## 3.3 Abteilung Arbeitsmarkt

### 3.3.1 Arbeitsinspektorat

Durch seinen Einsatz (Kontrollen, Audits, Beratung, Information, Ausbildung, Sensibilisierung) sorgt das Arbeitsinspektorat für eine korrekte Umsetzung der Vorschriften in den Bereichen des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz sowie im Bereich der Arbeits- und Ruhezeiten der 120 000 Vollzeitstelleneinheiten im Kanton.

Im Bereich des Arbeitnehmerschutzes kontrollierten die Arbeitsinspektoren 307 (395) Betriebe, dies zum Teil in Zusammenarbeit mit dem SECO (dem Eidgenössischen Arbeitsinspektorat) und der Schweizerischen

Unfallversicherungsanstalt (SUVA). Diese Kontrollen wurden ganz oder teilweise von der Eidgenössischen Koordinationskommission zur Arbeitssicherheit (EKAS) vergütet. Das Arbeitsinspektorat hat ebenfalls 35 (26) Audits nach dem ASA-System durchgeführt (Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit), bei denen die Organisation und das Management der Sicherheit am Arbeitsplatz in den Unternehmen untersucht wurden.

Im Zusammenhang mit der Asbestproblematik hat sich das Inspektorat gemeinsam mit der SUVA, dem Amt für Umwelt (AfU) und dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) aktiv an der Fertigstellung des neuen Arbeitsablaufs beteiligt, der beschreibt, welche Untersuchungen vor der Aufnahme der Arbeiten durchgeführt werden müssen. Neu muss für alle Abbrucharbeiten und baulichen Massnahmen an Gebäuden, die vor 1993 erstellt wurden, eine Gebäudediagnostik vorgelegt werden. Seit November 2013 erstellt das Inspektorat für alle Dossiers, für die eine derartige Diagnostik verlangt wird, ein Gutachten.

In Zusammenarbeit mit dem Interkantonalen Labor für Gesundheit am Arbeitsplatz (LIST) führte das Arbeitsinspektorat Untersuchungen zur Hygiene am Arbeitsplatz durch. Dabei wurde namentlich die Exposition gegenüber Staub, Lösungsmittel und Kobalt kontrolliert.

Das Arbeitsinspektorat erteilt kurzfristige Bewilligungen (unter sechs Monaten) für Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit, während das SECO über Bewilligungen für Abweichungen von mehr als sechs Monaten entscheidet. Die meisten Gesuche stammen aus dem Baugewerbe und dem Vertriebssektor.

Das Arbeitsinspektorat hat im Rahmen seiner Zuständigkeiten insgesamt 22 (31) Gesuche abgelehnt, mit denen überwiegend Bewilligungen für Sonntagsarbeit und für Arbeit an Feiertagen beantragt wurden.

Das Register der Industriebetriebe wurde folgendermassen angepasst: zwei Befreiungen, eine neue Unterstellung und eine Änderung der Unterstellung wurden ausgesprochen.

	Bewilligungen erteilt durch das AMA		Bewilligungen erteilt durch das SECO	
	2012	2013	2012	2013
Nachtarbeit	71	99	136	151
Sonntagsarbeit	105	124	132	139
Durchgehender Betrieb	1	1	6	4
Dreischichtige Arbeit	3	9	-	-
<b>Total</b>	<b>180</b>	<b>233</b>	<b>274</b>	<b>294</b>

Alle von Industriebetrieben im Kanton durchgeführten Vergrößerungs- und Umbauarbeiten müssen vom Arbeitsinspektorat genehmigt werden, das anschliessend auch die Betriebsbewilligung erteilt. Bei nichtindustriellen Betrieben gibt das Inspektorat im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens eine Stellungnahme ab.

	2012	2013
Vergrößerungen (Umbau) von Industriebetrieben	19	21
Betriebsbewilligungen	17	11
Nichtindustrielle Betriebe	659	611
<b>Total</b>	<b>695</b>	<b>643</b>

### 3.3.2 Beobachtung des Arbeitsmarkts

Der Kanton Freiburg nahm an verschiedenen Erhebungen des Westschweizer und Tessiner Organs zur Beobachtung des Arbeitsmarkts (ORTE) teil:

- > Quartalsbroschüre zu den Entwicklungsindikatoren der Arbeitslosigkeit in der Westschweiz nach Wirtschaftszweig (Januar, April, Juli, Oktober 2013);
- > Entwicklung der Temporärarbeit in der Westschweiz (Oktober 2013), diese Studie wird vom SECO auf Deutsch übersetzt;
- > Aktualisierung der ORTE-Erhebung zu «Arbeitslosigkeit und Nationalität» (September 2013);
- > Vierteljährliches Bulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar, April, Juli, Oktober 2013).
- > Halbjährliches Bulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar, Juli 2013).
- > Jahresbulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar 2013).

Das Arbeitsmarktobservatorium des Kantons Freiburg war überdies an verschiedenen Projekten beteiligt. Dazu gehörten die Führung der Statistiken des AMA sowie die Erstellung von Berichten für das SECO und die Unterkommission für die Arbeitsmarktüberwachung.

### 3.3.3 Kantonales Organ für die wirtschaftliche Landesversorgung

Die Tätigkeit dieses kantonalen Organs ergibt sich aus der Anwendung des kantonalen Gesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung (WLG), das am 1. Mai 2012 in Kraft getreten ist. Die Kantone sind insbesondere aufgerufen, mit dem Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung in drei bestimmten Bereichen zusammenzuarbeiten, nämlich bei der Lebensmittelrationierung, der Heizölbewirtschaftung und der Treibstoffrationierung. Für die örtliche Umsetzung der Weisungen des Bundes und des Kantons im Bereich der wirtschaftlichen Landesversorgung sind die Gemeinden zuständig.

Gemäss Artikel 3 WLG wird ein kantonales Organ geschaffen, das der VWD angegliedert ist und dessen Mitglieder vom Staatsrat ernannt werden. Charles de Reyff, Dienstchef des AMA, leitet dieses Organ.

### 3.3.4 Kantonale Einigungsstelle für kollektive Arbeitsstreitigkeiten (ESKA)

Die von alt Staatsrat Michel Pittet geleitete Einigungsstelle hat im Rahmen eines Konflikts zwischen Sozialpartnern vermittelt.

### 3.3.5 Abkommen über den freien Personenverkehr (FZA)

Das AMA sorgt aktiv für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen des FZA. Der Sektor Arbeitsmarktüberwachung ist für die Arbeitsmarktinspektion und die Beobachtung des Arbeitsmarkts zuständig.

Er kontrolliert auf Freiburger Kantonsgebiet die Arbeitnehmenden, die von ausländischen Unternehmen in die Schweiz entsandt werden, die selbständigen Dienstleistungserbringer sowie die EU-Bürger, die bei Schweizer Arbeitgebern eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Insgesamt wurden 353 (382) Kontrollen durchgeführt, bei denen 739 (776) Arbeitnehmende überprüft wurden.

Zur Beobachtung des Arbeitsmarktes hat der Sektor Arbeitsmarktüberwachung zwei Marktumfragen zu den Lohnbedingungen durchgeführt, bei denen schweizerische und ausländische Arbeitnehmende befragt wurden. Eine dieser Befragungen betraf rund 30 Betriebe der verarbeitenden Industrie und über 1000 Angestellte. Bei der anderen Umfrage wurden rund 70 Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus unterschiedlichen Betrieben befragt. Die Löhne entsprechen im Allgemeinen den Anforderungen der allgemeinverbindlich erklärten GAV und den branchenüblichen Löhnen. Es wurde kein missbräuchliches oder wiederholtes Lohndumping festgestellt.

---

Im Rahmen ihrer Kontrollen bei ausländischen Unternehmen überprüfen die Inspektoren, ob diese branchentübliche Löhne zahlen. Auf diese Weise konnte erwirkt werden, dass 96 317 Franken an Lohngeldern zugunsten entsandter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nachgezahlt werden.

Die Arbeitsmarktinspektion hat 5811 (5525) Meldungen bearbeitet, die für 7792 (7589) Arbeitskräfte eingereicht wurden. Davon betroffen waren 3364 entsandte Arbeitnehmende, 2858 Arbeitsaufnahmen in der Schweiz (darunter mehrere über Agenturen) und 1570 selbstständige Dienstleistungserbringer.

Die Arbeitnehmenden, die der obligatorischen Meldung unterliegen (< 90 Tage pro Jahr), stellen jedoch lediglich 938 Vollzeitstellen dar. Dies sind 0,8 % (0,73 %) der im Kanton Freiburg registrierten Arbeitsplätze.

### 3.3.6 Bekämpfung der Schwarzarbeit

Das Amt ist die kantonale Vollzugsbehörde des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA). Diese Aufgabe wird vom Sektor Arbeitsmarktüberwachung erfüllt.

Die Inspektion im Bereich Schwarzarbeit besteht aus drei Inspektorinnen und Inspektoren des AMA sowie mehreren Inspektorinnen und Inspektoren im Bereich des Bauwesens, die dem Freiburgischen Prüfungsverband unterstellt sind. Das AMA überträgt diesem Verband mittels eines Leistungsauftrags die Kontrollen im Bauhaupt- und Baunebengewerbe sowie in der Gebäudereinigung.

Die Inspektion im Bereich Schwarzarbeit hat 509 (525) Kontrollen durchgeführt, die insgesamt 1132 (1343) Arbeitnehmende betrafen. Dabei wurden 144 (125) Unternehmen angezeigt, 348 (403) Arbeitnehmende waren von diesen Anzeigen betroffen. Die strafbaren Handlungen betrafen hauptsächlich Verstösse im Bereich des Ausländerrechts.

Die Prävention von Schwarzarbeit bleibt einer der Schwerpunkte. Dazu wurde eine Sensibilisierungsmassnahme bei gemeinnützigen Organisationen durchgeführt, die Kontakt zu Arbeitnehmenden haben, die von Schattenwirtschaft betroffenen sein könnten. Die Präventionsmassnahmen richteten sich 2013 hauptsächlich an die Arbeitnehmenden. So wurde ein Flyer erarbeitet, der ihnen bei den Kontrollen ausgehändigt wird. Dieser Flyer wurde zudem zu den Dokumenten hinzugefügt, die den stellensuchenden Personen bei der Anmeldung zur Arbeitslosigkeit abgegeben werden. Die für das Jahr 2014 vorgesehenen Präventionsmassnahmen richten sich an die Arbeitgeber und berücksichtigen ihre Bedürfnisse.

Für die Kandidatinnen und Kandidaten von Patenten für öffentliche Gaststätten wurden sechs Kurse zum Thema Schwarzarbeit abgehalten.

### 3.3.7 Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Die Abteilung hat im Berichtsjahr 30 (27) Bewilligungen erteilt: 5 für die private Arbeitsvermittlung, 9 für den Personalverleih und 16 für die private Arbeitsvermittlung und den Personalverleih. Sechs Bewilligungen wurden entweder wegen Betriebsschliessung oder Übernahme durch ein anderes Unternehmen aufgehoben.

Das AMA gab ferner zu 13 (15) Gesuchen für den grenzüberschreitenden Personalverleih und für die grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung, die beim SECO eingereicht wurden, eine positive Stellungnahme ab.

Weiter wurden Untersuchungen durchgeführt, um die rechtswidrige Ausübung der privaten Arbeitsvermittlung und des Personalverleihs zu bekämpfen und zu verhindern. Zudem wurden dem SECO Fälle von verbotenen Personalverleih vom Ausland in die Schweiz gemeldet.

Der Gesamtarbeitsvertrag für den Personalverleih, dessen Allgemeinverbindlicherklärung am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, gilt für 94 % der im Rahmen von Leiharbeit im Kanton geleisteten Arbeitsstunden. Vor diesem Hintergrund wurde die Zusammenarbeit zwischen der Abteilung und den paritätischen Kommissionen im Berichtsjahr intensiviert. So wurden anhand der Kontrollberichte der paritätischen Kommissionen und eigener Untersuchungen verschiedene Verstösse aufgedeckt. Diese betrafen Verstösse gegen das Ausländergesetz, die Nichtauszahlung des vereinbarten 13. Monatslohns, die Nichtbeachtung der Schriftform bei Vertragsverlängerung und die Nichtbeachtung des Ferienanspruchs.

Im Jahr 2012 (die Zahlen für 2013 sind ab Frühling 2014 verfügbar) vermittelten die privaten Arbeitsvermittler des Kantons Freiburg 898 Personen (2011: 1026). Beim Personalverleih wurden mit 6676 (7666) Personen Verträge über insgesamt 3 499 027 (3 785 948) Arbeitsstunden abgeschlossen. Der Anteil ausländischer Personen, deren Dienstleistung vermittelt wurde, beläuft sich auf 69 % (66 %) und liegt somit leicht über dem Schweizer Durchschnitt 62,4 % (61,1 %).

### 3.4 Rechtsdienst

#### 3.4.1 Erstinstanzliche Verfügungen

2013 erstellte der Rechtsdienst in seiner Funktion als zuständige kantonale Amtsstelle 8218 (7094) Verfügungen und Rechtsgutachten im Bereich der Arbeitslosenversicherung:

- > Einstellungen in der Anspruchsberechtigung: 5673 (4651)
- > Vermittlungsfähigkeit und andere Entscheide: 327 (357)
- > Erlass der Rückerstattungspflicht: 87 (31)
- > Rechtsgutachten zur Arbeitslosenversicherung: 2131 (2055)

#### 3.4.2 Zweitinstanzliche Verfügungen und Stellungnahmen beim Kantonsgericht

Der Rechtsdienst registrierte ferner 548 (487) Einsprachen gegen Verfügungen des AMA. Er hat Verfügungen zu 487 (296) Einsprachen gefällt, wobei 58,95 % der Einsprachen abgewiesen oder als unzulässig erklärt wurden. Insgesamt 25,65 % der Einsprachen wurden gutgeheissen, 12,5 % wurden teilweise gutgeheissen und 2,9 % als erledigt abgeschrieben. Im Jahr 2013 wurden beim Kantonsgericht 28 (27) Beschwerden gegen Verfügungen des AMA eingereicht. Der Rechtsdienst reichte in 36 (25) Fällen Stellungnahmen zur Begründung ein. Das Kantonsgericht fällte 9 (40) Entscheide. 66,7 % der Beschwerden wurden vom Kantonsgericht abgewiesen oder als unzulässig erklärt, keine wurde gutgeheissen, 33,3 % der Beschwerden wurden teilweise gutgeheissen und keine wurde als erledigt abgeschrieben.

#### 3.4.3 Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen

	Betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer				Ausfallstunden			
	2012	2013	CH 2012	CH 2013	2012	2013	CH 2012	CH 2013
Januar	438	337	12 180	13 263	17 802	15 666	588 220	693 779
Februar	440	130	12 808	11 066	22 516	5028	660 104	545 522
März	485	217	13 066	11 115	20 937	10 097	656 590	536 086
April	243	266	11 246	11 051	11 318	13 702	517 603	530 516
Mai	262	240	10 747	8509	12 587	15 033	597 903	395 731
Juni	172	348	10 777	7639	7334	19 432	518 238	390 127
Juli	206	185	6360	3611	6459	10 930	283 532	189 094
August	101	128	6189	4195	6114	5371	312 767	216 879
September	136	36	7726	4332	5457	1530	364 625	215 032
Oktober	309	113	8485	4053	14 978	4219	444 187	217 529
November	324	44	12 437	6008	14 846	1694	622 217	289 313
Dezember	<b>163</b>	<b>15</b>	<b>7600</b>	<b>3837</b>	<b>5934</b>	<b>906</b>	<b>337 070</b>	<b>173 751</b>

---

### 3.4.4 Weitere Tätigkeiten des Rechtsdiensts

Der Rechtsdienst bietet interessierten Personen telefonisch oder in seinen Räumlichkeiten einen Beratungsdienst an. Er berät das Amt in all seinen Tätigkeitsbereichen und gibt gegebenenfalls Rechtsgutachten ab. Zudem erstellt er die rechtlichen Texte, die für den reibungslosen Amtsbetrieb nötig sind.

Des Weiteren spricht der Rechtsdienst Verfügungen im Bereich des Entsendegesetzes (EntsG) aus. Er ist zudem für die Verfahren zur Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen auf Kantonsebene zuständig und entscheidet über die Einsprachen, die gegen die Verfügungen des Arbeitsinspektorats erhoben wurden.

## 3.5 Stabsdienste

### 3.5.1 Kommunikation

Das Amt kümmerte sich um die Kommunikation anlässlich der Lancierung der Massnahme Integrationspool+ (Medienmitteilung, Medienkonferenz, Website usw.). Ein besonderes Augenmerk wurde zudem auf die Kommunikation im Zusammenhang mit der Prävention von Schwarzarbeit gelegt. Dabei wurde namentlich ein Informationsflyer erarbeitet, der sich an die Arbeitnehmenden und Stellensuchenden im Kanton richtet. Die Abteilung ist ausserdem für die Verwaltung und Kommunikation des Ausstellungsraums Espace 25 zuständig, der sich im Haus der Wirtschaft befindet. Die Anpassung der Gebäudebeschriftung des AMA an das Corporate Design des Staates wurde 2013 abgeschlossen.

### 3.5.2 Informatik

Das AMA hat die Erneuerung der Informatikausrüstung fortgesetzt. Dazu zählte insbesondere die Installation von Multifunktionsdruckern in allen Einheiten des Amtes. Des Weiteren stieg das Amt auf Windows 7 und Office 2010 um. Die Zugangsrechte zu den verschiedenen Räumlichkeiten des AMA wurden gemäss den Bedürfnissen des Amtes neu organisiert und die Badges der Mitarbeitenden ausgetauscht.

Mit Aktualisierungen und Tests sorgt das Informatikteam dafür, dass das elektronische Dokumentenmanagementsystem und das Datenverwaltungssystem des Bundes im Bereich der Arbeitslosenversicherung (AVAM) funktionieren.

### 3.5.3 Buchhaltung

Die Stabsdienste sind für die Buchhaltung der vom Bund finanzierten Ressourcen sowie für die Buchhaltung des kantonalen Beschäftigungsfonds zuständig. Ihre Hauptaufgaben liegen in der Auszahlung der Löhne von Stellensuchenden, die an einem QP teilnehmen, und in der Erstellung von Arbeitgeberbescheinigungen, Lohnausweisen und AHV-, SUVA- oder Quellensteuerabrechnungen.

Die Betriebskosten des Amtes beliefen sich unter Berücksichtigung der kantonalen und der eidgenössischen Buchhaltungen auf 20,2 Millionen Franken. Aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds wurden 1 783 774 Franken zur Finanzierung von Massnahmen für Arbeitslose aufgewendet, die ihren Anspruch auf Leistungen des Bundes ausgeschöpft haben. Die QP bei Unternehmen kosteten 1 068 808 Franken, die QP bei Institutionen 528 969 Franken und die QP bei Kanton und Gemeinden 185 997 Franken. Am 31. Dezember 2013 verfügte der Fonds über Mittel in der Höhe von 15,4 Millionen Franken.

## 4. Öffentliche Arbeitslosenkasse (ÖALK)

Verwalter: Dominique Schmutz

### 4.1 Tätigkeit

#### 4.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Ende des Jahres 2013 zeichnete sich im Kanton durch wirtschaftliche Turbulenzen aus, die leider auch zum Verlust von Arbeitsplätzen führten (Ilford, Phone Marketing, usw.).

6428 Personen und 191 Betriebe haben im Laufe des Jahres die Dienste der Arbeitslosenkasse in Anspruch genommen. Somit bleibt unsere Dienststelle ein anerkannter Ansprechpartner in allen Fragen der Entschädigung. Wir arbeiten aktiv mit allen Partnern der Arbeitswelt zusammen.

Im Berichtsjahr hat die Arbeitslosenkasse auch ihre Zertifizierung ISO 9001-2008 erneuert und ihr Dokumentmanagementsystem geändert, um das Verfahren zu verbessern, damit besser auf die Erwartungen der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger eingegangen werden kann.

Die Rolle der Öffentlichen Arbeitslosenkasse und ihre Verankerung in der Freiburger Gesellschaft machen aus ihr ein unverzichtbarer Akteur in allen Fragen in Verbindung mit der Beendigung von Arbeitsverhältnissen und der Unterstützung von Unternehmen bei Schlechtwetter, bei der Einführung von Kurzarbeit und der Insolvenzenschädigung.

Die Kasse stellte 2538 Verfügungen aus. Sie legte dem Amt für den Arbeitsmarkt 17 Fälle zum Entscheid vor.

#### 4.1.2 Arten von Leistungen und deren Anzahl

##### A. Anträge auf Arbeitslosenentschädigung (ALE)

Jahr	2012	2013	Veränderung in %
Anzahl Versicherte	5257	5976	13,68 %
Anzahl Anmeldungen	6050	6428	6,25 %
Anzahl ausbezahlter Taggelder	403 850,1	476 858,1	18,08 %

##### B. Anträge auf Schlechtwetterentschädigung

Jahr	2012	2013	Veränderung in %
Anzahl Unternehmen	169	99	-41,42 %

##### C. Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung

Jahr	2012	2013	Veränderung in %
Anzahl Unternehmen	27	29	7,41 %

##### D. Anträge auf Insolvenzenschädigung

Jahr	2012	2013	Veränderung in %
Anzahl Unternehmen	47	39	-17,02 %

##### E. Ausbezahlte Taggelder

	2012 (Fr.)	2013 (Fr.)	Veränderung in %
--	------------	------------	------------------

	2012 (Fr.)	2013 (Fr.)	Veränderung in %
Ganzarbeitslosigkeit (ALE)	63 915 182.80	77 266 536.35	20,89 %
Familienzulagen	1 143 039.05	1 491 106.00	30,45 %
Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	3 893 084.90	4 803 345.50	23,38 %
Projektkosten (Anbieter)	15 372 626.80	17 767 898.75	15,58 %
Schlechtwetter und Kurzarbeit	8 369 506.05	5 732 992.30	-31,50 %
Insolvenz	1 375 469.60	1 095 783.50	-20,33 %
Entschädigungen im Rahmen des Leistungsexports (Vorschüsse gemäss bilateralen Verträgen)	30 172.10	0.00	-100,00 %
<b>Total</b>	<b>94 099 081.30</b>	<b>108 157 662.40</b>	<b>14,94 %</b>

## 5. Handelsregisteramt (HRA)

Registerführerin: Uschi Kozomara Yao

### 5.1 Tätigkeit

#### 5.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Handelsregisteramt hat 2013 insgesamt 6145 Dossiers bearbeitet, die zu einem Eintrag ins Handelsregister geführt haben. Diese Zahl setzt sich aus 1484 Neueinträgen sowie 981 Löschungen und 3680 Änderungen bestehender Rechtseinheiten zusammen. Die gesamte Zahl der bearbeiteten Dossiers ist folglich gegenüber dem Vorjahr um 408 Dossiers gesunken, bleibt jedoch immer noch über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Die Gesamtzahl der im Handelsregister eingetragenen Rechtseinheiten nimmt weiter zu. Während das Handelsregister des Kantons Freiburg am 31. Dezember 2004 noch 16 363 eingetragene Rechtseinheiten zählte, beläuft sich deren Zahl Ende 2013 auf 19 716 Rechtseinheiten.

#### 5.1.2 Besondere Ereignisse

Das Handelsregisteramt nahm im Oktober 2013 an einer Sitzung der Konferenz der Schweizerischen Handelsregisterbehörden und im Februar 2013 an einer Sitzung des Bundesamts für Justiz teil, die unter anderem zum Ziel hatten, die Handelsregister über die Einführung der elektronischen Kommunikation und der Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDV) zu informieren. So musste das Handelsregisteramt seine Software an die gesetzlichen Anforderungen im Bereich der elektronischen Kommunikation anpassen. Die entsprechenden Arbeiten wurden jedoch für die Einführung der Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDV) unterbrochen. Die Einführung der UIDV konnte schliesslich im Dezember 2013 abgeschlossen werden. In diesem Bereich hat das Amt die Zusammenarbeit mit den Handelsregistern der Kantone Waadt, Genf und Neuenburg und dem gemeinsamen Softwareanbieter fortgesetzt.

Das Handelsregisteramt hat ferner bei der Ausbildung eines Notariatspraktikanten mitgewirkt.

### 5.2 Statistik

#### 5.2.1 Stand der aktiven Gesellschaften

Am 31. Dezember 2013 umfasste das Handelsregister des Kantons Freiburg folgende aktive Eintragungen:

Einzelunternehmen (EF)	5917
Kollektivgesellschaften (KollG)	351
Kommanditgesellschaften (KG)	25
Aktiengesellschaften (AG)	7016
Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)	4614
Unternehmen des öffentlichen Rechts	21
Kommanditaktiengesellschaften	1
Genossenschaften	567
Ausländische Zweigniederlassungen	144
Schweizer Zweigniederlassungen	368
Vereine	203
Stiftungen	481
Unternehmen ohne Eintragungspflicht	8
<b>Total</b>	<b>19 716</b>

### 5.2.2 Sprachliche Aufteilung der Registereinträge

Am 31. Dezember 2013 waren die aktiven Einträge beim Handelsregister wie folgt auf die Sprachen verteilt:

Total der auf Französisch registrierten Gesellschaften	15 320
Total der auf Deutsch registrierten Gesellschaften	4396

### 5.2.3 Übersicht der neuen Gesellschaften

Seit das Handelsregister auf kantonaler Ebene elektronisch geführt wird, kann die Entwicklung der neu eingetragenen Gesellschaften verfolgt werden. Ihre Zahl hat sich wie folgt entwickelt:

	Verein	Gen.	EF	Stiftung	AG	GmbH	Zweign.	KollG/KG
<b>2004</b>	7	2	348	17	256	309	80	31
<b>2005</b>	7	3	351	24	292	350	60	49
<b>2006</b>	7	5	359	14	298	372	46	54
<b>2007</b>	8	5	374	17	291	415	57	43
<b>2008</b>	18	0	379	19	334	398	42	32
<b>2009</b>	15	6	376	15	293	448	38	36
<b>2010</b>	9	2	420	10	317	430	36	24
<b>2011</b>	6	5	401	13	385	492	59	32
<b>2012</b>	7	4	445	20	327	476	35	34
<b>2013</b>	13	5	471	13	375	519	40	48

## 5.3 Interkantonale Zusammenarbeit

Das Handelsregisteramt nahm an den halbjährlichen Arbeitssitzungen einer Gruppe von Handelsregistern von deutschsprachigen Kantonen teil, die sich aus den Kantonen Zürich, Aargau, Solothurn, Baselstadt, Baselland, Bern und dem Oberwallis zusammensetzt. An diesen Sitzungen wurden rechtliche Fragen in Verbindung mit den Einträgen besprochen. Die Handelsregister der Kantone Genf, Waadt, Neuenburg, Jura und des Unterwallis haben ihre jährlichen Sitzungen fortgesetzt, die sie letztes Jahr wieder aufgenommen haben, um die gleichen Themen zu besprechen wie die Deutschschweizer Handelsregister. Das Handelsregisteramt hat ebenfalls an diesen Sitzungen teilgenommen.

---

## 5.4 Streitfälle

Für 2013 hat das Handelsregisteramt keinen Streitfall zu vermelden.

# 6. Amt für Energie (AfE)

---

*Dienstchef: Serge Boschung*

## 6.1 Tätigkeit

### 6.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Amt fördert die Nutzung erneuerbarer Energien und den Ersatz fossiler Energieträger, indem es Finanzhilfen über die geltenden Förderprogramme unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel des kantonalen Energiefonds gewährt.

Damit die öffentlichen Körperschaften ihre Vorbildrolle wahrnehmen, hat es seine Informations- und Beratungskampagne gegenüber den Gemeinden zusammen mit «EnergieSchweiz für Gemeinden», «Energistadt» und «Energio» fortgesetzt.

Für Bauspezialisten wurden mehrere Kurse und Seminare organisiert.

Die kantonale Energiewirtschaftskommission hielt eine Sitzung ab. An dieser wurden die neuen Gesetzesbestimmungen im Energiebereich sowie das Potenzial der Windkraft und der Tiefengeothermie im Kanton vorgestellt und besprochen.

### 6.1.2 Laufende Studien

Das Amt hat im Rahmen der Revision der kantonalen Energieplanung verschiedene Studien durchgeführt, die sich mit folgenden Themen befassen:

- > Nutzung des Windkraftpotenzials im Kanton: Revision der Planung aus dem Jahr 2008 insbesondere unter Berücksichtigung der technologischen Fortschritte;
- > Bestimmung des Potenzials der Tiefengeothermie und Festlegung der interessantesten Standorte;
- > Nutzung von Abwärme, um ein Kataster für das gesamte Kantonsgebiet aufzustellen.

Diese Studien laufen mindestens bis ins Jahr 2014.

## 6.2 Ausbildung

### 6.2.1 Weiterbildungsprogramm

Das breit angelegte Weiterbildungsprogramm über erneuerbare Energien und Energieeffizienz, das in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) umgesetzt wird, ist 2013 angelaufen. Dieses Projekt geht auf einen Auftrag des Grossen Rats zurück und erstreckt sich auf drei Jahre und ist mit einem Budget von 1,5 Millionen Franken dotiert. Dieser Betrag wird über den kantonalen Energiefonds in Anwendung von Artikel 22 des Energiegesetzes finanziert.

### 6.2.2 Sensibilisierung/Bildung der Jugend

Das Amt setzt seine Informations- und Sensibilisierungskampagne bei den jungen Generationen fort. Im Rahmen dieses Programms werden Energiefragen behandelt und Gesten zum Energiesparen vermittelt.

Das Programm mit dem Namen «Energiekoffer» wird den Lehrpersonen der deutsch- und französischsprachigen Primarschulklassen von der dritten bis zur sechsten Klasse gratis angeboten. Im Schuljahr 2012/13 wurden 114 Klassen besucht, was 2211 Schülerinnen und Schülern entspricht.

---

Das Amt unterstützt auch die Verbreitung des Programms «Enerschool» für Orientierungsschulen und Gymnasien. Im Jahr 2013 hat sich ein Gymnasium dem Konzept angeschlossen und die Arbeiten wurden für eine Orientierungsschule und ein weiteres Gymnasium fortgesetzt.

### **6.3 Baubewilligungsverfahren**

#### **6.3.1 Baubewilligungsgesuche**

Gestützt auf das Raumplanungs- und Baugesetz vom 2. Dezember 2008 (RPBG) und in Anwendung der Energiegesetzgebung muss das Amt kontrollieren, ob die thermische Gebäudehülle und die technischen Anlagen den Auflagen entsprechen. Im Berichtsjahr hat das Amt 2404 Baubewilligungsgesuche (im ordentlichen Verfahren und im vereinfachten Verfahren) kontrolliert und dazu Stellung genommen.

#### **6.3.2 Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen**

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 fünf Bewilligungen.

#### **6.3.3 Verschiedene Bewilligungen und Ausnahmbewilligungen**

Gestützt auf das Energiegesetz vom 9. Juni 2000 hat das Amt 9 Bewilligungen und/oder Ausnahmbewilligungen erteilt (direktelektrische Heizung, Erdgasheizkessel, Ölheizung ohne Nutzung der Kondensationswärme usw.).

#### **6.3.4 Erdgas**

In Anwendung des Beschlusses vom 5. Juni 1979 betreffend Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe, die der eidgenössischen Bewilligung nicht unterstellt sind, bewilligte das Amt den Bau beziehungsweise den Betrieb folgender Erweiterungen des Netzes der Frigaz AG:

- > Gemeinden Farvagny und Rossens (Abschnitt Le Chaney – In Riaux)
- > Gemeinde Kerzers
- > Gemeinden Marsens, Sorens und Pont-en-Ogoz;
- > Gemeinde Grandvillard (Abschnitt Les Auges – Grandvillard)
- > Gemeinden Bulle und Le Pâquier (Umfahrung Süd)
- > Gemeinde Düdingen
- > Gemeinden Bulle und Gruyères (Abschnitt Pré du Chêne – Grand Clos)
- > Gemeinde Gruyères (Abschnitt Gruyères – Grandvillard)
- > Gemeinde Chénens (Abschnitt Vigny – Les Caroux)
- > Gemeinden Payerne und Granges-de-Vesin (Sektor Cugy)
- > Gemeinden Payerne und Granges-de-Vesin (Sektor Les Montets)
- > Gemeinde Bas-Intyamon (Abschnitt l’Etroite Rive-Enney – Les Auges)
- > Gemeinde Givisiez (GIVICAD)
- > Gemeinde Pont-en-Ogoz (Abschnitt Pra Derrey – Russille)
- > Gemeinde Corpataux-Magnedens
- > Gemeinde Hauterive

Das Amt bewilligte ausserdem den Bau beziehungsweise den Betrieb folgender Erweiterungen des Netzes der Cosvegaz AG:

- > Gemeinden Ecublens (FR) und Rue
- > Gemeinde Torny (Sektor Middel – Torny-le-Petit)
- > Gemeinden Rue (Sektor Promasens) und Ecublens
- > Gemeinde Torny (Sektor Torny-le-Grand)
- > Gemeinde Cheyres (Sektor III)
- > Gemeinde Vuissens
- > Gemeinde Prévondavaux
- > Gemeinden Ménières und Cheiry

---

### 6.3.5 Hochspannungsleitungen

Das Amt hat zu einem Vorhaben auf dem Gemeindegebiet von Gruyères Stellung genommen.

## 6.4 Förderprogramme im Energiebereich

### 6.4.1 Holzheizungen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 48 Projekte zu, was einem Betrag von 1 833 250 Franken für eine Leistung von 14 418 kW entspricht.

### 6.4.2 Thermische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 205 Projekte zu, was einem Betrag von 517 501 Franken für eine Fläche von 1922 m<sup>2</sup> entspricht.

### 6.4.3 Gebäude, die den Minergie-P-Standard erfüllen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 16 Projekte zu, was einem Betrag von 201 432 Franken entspricht.

### 6.4.4 Wärmepumpen als Ersatz einer Elektroheizung

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 92 Projekte zu, was einem Betrag von 423 000 Franken für eine Leistung von 1009 kW entspricht.

### 6.4.5 Wärmepumpen als Ersatz einer fossilen Heizung

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 86 Projekte zu, was einem Betrag von 453 000 Franken für eine Leistung von 969 kW entspricht.

### 6.4.6 Heizwasserverteilsystem

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 47 Projekte zu, was einem Betrag von 201 000 Franken entspricht.

### 6.4.7 Gebäudeprogramm

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 307 Projekte zu, was einem Betrag von 1 669 300 Franken entspricht. Der vom Bund für den Kanton Freiburg bereitgestellte Beitrag an das Gebäudeprogramm beläuft sich auf 3 519 360 Franken.

### 6.4.8 Neue Wärmenetze zur Nutzung von Abwärme

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an vier Projekte zu, was einem Betrag von 489 740 Franken für eine Gesamtleistung der neu angeschlossenen Gebäude von 9671 kW entspricht.

### 6.4.9 Wärmekraftkopplung

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an zwei Projekt zu, was einem Betrag von 330 000 Franken für eine Gesamtleistung von 1050 kW Elektrizität und 1230 kW Wärme entspricht.

### 6.4.10 Energiestadt-Label für Gemeinden

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 27 Projekte zu, was einem Betrag von 193 511 Franken entspricht.

## 6.5 Interkantonale Zusammenarbeit

Das Amt nahm an verschiedenen interkantonalen Arbeits- und Begleitgruppen teil, die namentlich vom Bundesamt für Energie und von der Energiedirektorenkonferenz und der Konferenz der kantonalen Energiefachstellen aufgestellt wurden.

---

## 6.6 Gesetzgebung

Am 25. November 2012 hat das Freiburger Stimmvolk nach erfolgreichem Referendum über den Gesetzesentwurf vom 7. Februar 2012 zur Änderung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 abgestimmt. Der Entwurf wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Das Referendum wurde einzig gegen die Pflicht zum Ersatz der bestehenden Elektroheizungen und Elektroboiler bis zum Jahr 2025 ergriffen.

Der Staatsrat hat beschlossen, dem Grossen Rat umgehend einen neuen Gesetzesentwurf ohne den von den Gegnern angefochtenen Artikel 15 (Absatz 2 und 3) vorzulegen.

Das neue Energiegesetz ist am 1. August 2013 in Kraft getreten. Damit kann die Energiestrategie des Kantons umgesetzt werden. Das Ausführungsreglement wird zurzeit angepasst, um die neuen Massnahmen darin aufzunehmen und zu ergänzen.

## 7. Amt für Statistik (StatA)

---

*Dienstchef: Pierre Caille*

### 7.1 Aktivitäten

#### 7.1.1 Datenerhebung

Das Amt für Statistik (StatA) nimmt Datenerhebungen für Statistiken vor, die meistens auf Bundesebene koordiniert sind. Dies ist namentlich bei der Schulstatistik der Fall, in deren Rahmen jedes Jahr Einzeldaten zu über 50 000 Schülerinnen und Schülern an das Bundesamt für Statistik übermittelt werden. Manchmal wird darüber hinaus beim Überprüfen und Korrigieren der lokalen Daten um die Mitarbeit der Kantone gebeten, wie zum Beispiel bei den eidgenössischen Beschäftigungsstatistiken. Die Rolle der Kantone anlässlich solcher eidgenössischer Erhebungen ist im Artikel 7 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) geregelt sowie in der Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik und in der Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes, in deren Anhang die eidgenössischen Erhebungen abschliessend aufgezählt werden. Darin ist auch angegeben, ob die Kantone zur Mitarbeit verpflichtet sind.

#### 7.1.2 Datenverarbeitung

Der Tendenz der modernen Statistik und dem Wunsch des Gesetzgebers folgend (Gesetz über die kantonale Statistik, StatG, Art. 5 Abs. 2) werden statistische Angaben immer öfter Registern und Verwaltungsdaten entnommen, das heisst von Informationen, die nicht in erster Linie für statistische Zwecke gesammelt worden sind. So werden gewisse Bevölkerungsstatistiken aus FriPers, dem kantonalen Bevölkerungsregister, abgeleitet, während die Baustatistik anhand des eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters berechnet wird. Die neue eidgenössische Unternehmensstatistik STATENT, die zum Teil auf den AHV-Registern basiert und in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen – statt wie bisher über die Vollerhebungen bei den Unternehmungen – durchgeführt worden ist, hat im Oktober 2013 ihre ersten provisorischen Ergebnisse geliefert.

Das Amt für Statistik verwendet hauptsächlich Angaben aus Stichprobenerhebungen, um Informationen zu erhalten, die nicht in Registern zu finden sind, namentlich aus den Stichprobenerhebungen, die das Bundesamt für Statistik eingeführt hat, um die traditionellen Vollerhebungen wenigstens teilweise zu kompensieren. Diese zunehmende Verwendung von Registern und Stichproben hat bei den kantonalen statistischen Ämtern zu grossen Umwälzungen bezüglich der Arbeitsmittel und -methoden geführt.

#### 7.1.3 Veröffentlichung der Ergebnisse

Die statistischen Ergebnisse werden hauptsächlich in elektronischer Form über die Website [www.stat-fr.ch](http://www.stat-fr.ch) (oder [www.fr.ch/sstat](http://www.fr.ch/sstat)) verbreitet. Im Jahr 2013 sind nur noch das Statistische Jahrbuch, das Memento „der Kanton Freiburg in Zahlen“ und die vierteljährliche Broschüre „Freiburger Konjunkturspiegel“ auf Papier veröffentlicht

worden. Darüber hinaus lieferte das StatA auf individuelle Anfragen hin, die das Amt per Brief, E-Mail oder Telefon erhält (rund 800 pro Jahr), zahlreiche Ergebnisse und spezifische Auswertungen von statistischen Daten.

#### 7.1.4 Beratung

Das Amt für Statistik unterstützt die Dienststellen der Kantonsverwaltung im Rahmen von statistischen oder mathematischen Aufgaben.

### 7.2 Besondere Projekte und Ereignisse

Im Jahr 2013 ist das Projekt HarmPers zur Harmonisierung der Personenregister auf kantonaler Ebene unter der Leitung der Sicherheits- und Justizdirektion (SJD) abgeschlossen worden. Die FriPers-Datenbank ist nun im Produktionsbetrieb. Sie ist die zentrale Datenquelle für das neue Volkszählungsverfahren.

Darüber hinaus nimmt das StatA am Projekt zur Harmonisierung der Schulverwaltungsinformationssysteme (HAE) unter der Leitung der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport EKSD teil. Es achtet darauf, dass die Bedürfnisse der Bundesstatistik integriert werden, und stellt die im Rahmen der Schülerzählung gesammelten Daten zur Verfügung, um eine Ausgangsbasis für die neue Referenzdatenbank des Systems zu erstellen.

Letztlich nimmt das StatA noch am Projekt zur Harmonisierung der Gebäudemerkmale HarmBat teil und achtet dabei darauf, dass die Bedürfnisse des eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters und der eidgenössischen Baustatistik berücksichtigt werden.

### 7.3 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Dienstchef des Amtes für Statistik ist Mitglied des Vorstands der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT). Das Amt für Statistik ist zudem Mitglied der *Conférence des offices statistiques romands et tessinois* (CORT) und des REGIOSTAT-Ausschusses, dem Organ zur Förderung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den regionalen statistischen Ämtern und dem Bund. Als Vertreter der Kantone nimmt es an verschiedenen Arbeitsgruppen teil, die sich mit neuen Projekten oder Reformen auf dem Gebiet der Bundesstatistik befassen.

Wie zahlreiche Bundesämter und die Mehrheit der statistischen Ämter der Kantone und Städte ist das StatA Mitunterzeichner der Charta der öffentlichen Statistik der Schweiz, die vom Verhaltenskodex der Europäischen Statistik inspiriert ist. Es ist somit verpflichtet, die Prinzipien dieser Charta zu befolgen und hat sich bereit erklärt, an einem Programm zur Bewertung der Einhaltung der Prinzipien teilzunehmen, das von den Mitunterzeichnern gegenwärtig ausgearbeitet wird.

## 8. Wohnungsamt

*Verantwortlicher: Marcel Godel*

### 8.1 Tätigkeit

#### 8.1.1 Wohnungsmarkt

Am 1. Juni 2013 zählte der Kanton Freiburg 883 Leerwohnungen, das sind 141 weniger als im Vorjahr. Damit sank die Leerwohnungsziffer im Berichtsjahr von 0,77 % im Jahr 2012 auf 0,66 % des kantonalen Gesamtwohnungsbestandes. Der Bau neuer Wohnungen erlaubte es, die zunehmende Nachfrage, die auf das starke Bevölkerungswachstum im Kanton Freiburg zurückzuführen ist, teilweise zu decken.

Je nach Bezirk fällt die Leerwohnungsziffer sehr unterschiedlich aus, sie liegt aber überall unter 1 %.

	2012	2013
Saane	1.00 %	0.88 %

	2012	2013
Glane	0.82 %	0.54 %
Greyerz	0.42 %	0.44 %
Broye	0.46 %	0.58 %
Vivisbach	0.67 %	0.50 %
Sense	1.03 %	0.63 %
See	0.59 %	0.53 %

Aufteilung der Leerwohnungen nach Kategorie:

	2012	2013
1- und 2-Zimmer	24 %	29 %
3-Zimmer	28 %	28 %
4-Zimmer	33 %	27 %
5-Zimmer und mehr	15 %	16 %

Zudem sind im Berichtsjahr 82 % (85 % im Jahr 2012) aller leer stehenden Wohnungen zu vermieten und 18 % (15 % im Jahr 2012) zu verkaufen.

### 8.1.2 Wohnbauförderung

Das neue Wohnbauförderungsgesetz vom 21. März 2003 (WFG) ist am 1. Oktober 2003 in Kraft getreten. Der Bund kann gestützt auf das WFG zinslose oder zinsgünstige Darlehen gewähren, um das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen und den Zugang zu Wohneigentum zu fördern. Da aber das Bundesparlament dem Entlastungsprogramm 2003 zugestimmt hat, können Artikel 12 und 24 WFG, die die gesetzliche Grundlage für diese direkten Darlehen darstellen, nicht mehr angewendet werden. Im Februar 2007 hat der Bund deshalb endgültig auf die direkten Darlehen verzichtet.

Das Entlastungsprogramm 2003 hat keinen Einfluss auf die anderen Massnahmen des WFG: indirekte Hilfe für Bauherren, die nicht über ausreichend Eigenkapital verfügen (Bürgschaften, Rückbürgschaften, Unterstützung für Träger und Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnbaus sowie Fortsetzung der Forschungstätigkeit). Die Träger des gemeinnützigen Wohnbaus, die preisgünstigen Wohnraum bauen oder erneuern, können bei Dachorganisationen oder bei der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger (EGW) zinsgünstige Darlehen beantragen (Dachorganisationen: Association romande des maîtres d'ouvrage d'utilité publique – die ehemalige Westschweizer Sektion des Schweizerischen Verbands für Wohnungswesen in Lausanne sowie Verband der Baugenossenschaften in Luzern). Bundeshilfen gemäss WFG werden seit 2009 nur gewährt, wenn beim Bau oder bei der Renovation strenge Kriterien im Energiebereich erfüllt werden (Minergie-Standard, MuKEN).

### 8.1.3 Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand

In Ausführung des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes vom 4. Oktober 1974 (WEG) und des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung erfüllt das Amt insbesondere zwei Aufgaben:

- > Mieterwechsel (etwa 1000 pro Jahr) und Auszahlung der Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Anspruchsberechtigten. Die kantonalen Beiträge zur Senkung der Mietzinse beliefen sich auf 4 555 677 Franken im Jahr 2013 ( 4 641 520 Franken im Jahr 2012) und die der Gemeinden auf 2 042 424 Franken im Jahr 2013 (2 075 102 Franken im Jahr 2012);
- > Kontrolle der persönlichen und finanziellen Lage der Bezügerinnen und Bezüger von Leistungen des Bundes und des Kantons für 3489 Wohnungen im Jahr 2013 (3626 Wohnungen im Jahr 2012). Aufgrund dieser Kontrollen wurden einige Beiträge gekürzt oder gestrichen.

Das Wohnungsamt hat 2010 seine neue Software zur Verwaltung der Wohnraumförderung in Betrieb genommen. Im Laufe des Jahres 2013 wurde diese Software angepasst. Die neue Software umfasst eine Aktualisierung der

---

Zahlungsinstrumente und die Einführung von Entscheidungshilfen. Seither wird eine einzige Anwendung für die Bearbeitung der Gesuche für Wohnungen benutzt, die vom Kanton subventioniert werden.

#### 8.1.4 Kontrolle der gewährten Beiträge

Bei Gebäuden, die aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1942 betreffend Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaus, des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1947 über Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit und der verschiedenen Gesetze zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten erstellt wurden, sind die Eigentümer verpflichtet, die staatlichen Beiträge zurückzuzahlen, falls sie beim Verkauf ihrer Liegenschaft einen Gewinn erzielen. 2013 gaben zwei Liegenschaftsverkäufe Anlass zur Rückerstattung von Subventionen. Der Gesamtbetrag dieser Rückerstattungen belief sich auf 32 100 Franken im Jahr 2013 (395 622 Franken im Jahr 2012). Die Anteile des Bundes und der betroffenen Gemeinden wurden zurückbezahlt. Ausserdem wurden verschiedene Verkäufe bewilligt, bei denen keine Subventionsrückzahlung notwendig war, da die Eigentümer ihre Liegenschaft zu den Gestehungskosten verkauften.

#### 8.1.5 Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen

Im Rahmen der vom Staatsrat beschlossenen teilweisen Neuverteilung der Aufgaben unter den Direktionen wurden die Schlichtungsbehörden, die Beschwerden von Mietern bezüglich der Mietzinse, der Nebenkosten und des Kündigungsschutzes behandeln, auf den 1. Januar 2011 von der Volkswirtschaftsdirektion an die Sicherheits- und Justizdirektion übertragen. Dieser Wechsel ist auf das Inkrafttreten des neuen Justizgesetzes zurückzuführen.

#### 8.1.6 Baulandreserven

Im Jahr 2013 wurden keine Gesuche um Staatsgarantien für Baulandreserven gemäss Dekret vom 11. Mai 1977 betreffend Baulandreserven von Immobiliengesellschaften gestellt.

#### 8.1.7 Verkauf von Grundstücken an Ausländer

Gemäss Artikel 25 des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden die Mietzinse der Liegenschaften, die im Besitz von Personen im Ausland sind, durch das Wohnungsamt festgelegt. 2013 wurden dem Amt folgende Gesuche gestellt:

- > kein Gesuch um Erwerb oder Bau einer Liegenschaft;
- > drei Gesuche um Verkauf einer Liegenschaft;
- > eine Aufhebung von Abgaben.

#### 8.1.8 Kantonale Wohnungskommission

Die kantonale Wohnungskommission wurde mit Beschluss des Staatsrats vom 20. April 1993 gebildet. Ihre Aufgaben sind vor allem die Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Überwachung der Mietzinse und die Förderung von Initiativen, mit denen Wohnraum zu günstigen Mietzinsen oder Kaufpreisen angeboten werden kann. Diesbezüglich koordiniert sie Studien zur Ausarbeitung einer neuen Wohnungspolitik des Kantons. Die Kommission hielt im Berichtsjahr eine Sitzung ab, die am 20. November 2013 stattfand.

### 8.2 Interkantonale Zusammenarbeit

Die Wohnungsämter der französisch- und italienischsprachigen Schweiz organisieren jährlich eine interkantonale Zusammenkunft für einen Meinungsaustausch mit dem Bundesamt für Wohnungswesen. Dieses Treffen fand am 14. und 15. November 2013 in Lausanne statt.

### 8.3 Streitfälle

Fünf Beschwerden wurden Ende 2013 bei der Volkswirtschaftsdirektion eingereicht. Alle betrafen die Mietzinsverbilligung gestützt auf das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz des Bundes vom 4. Oktober 1974 (WEG) und das kantonale Gesetz vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung. Die Volkswirtschaftsdirektion hat im Berichtsjahr drei Entscheide im Bereich der Mietzinsverbilligung getroffen.

## 9. Amt für Berufsbildung (BBA)

Dienstchef: Christophe Nydegger

### 9.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Amt registrierte eine neue Zunahme der Lernenden sowie der Schülerinnen und Schüler um 111 Personen, so dass die gesamte Zahl der Personen, die im Kanton eine Berufsbildung absolvieren, auf 9285 Personen angestiegen ist. Die folgende Aufstellung bildet die Resultate der Lehrstellenförderung ab, denn sie bietet einen Überblick über die erteilten Bildungsbewilligungen und die Lehrbetriebe, die zurzeit Lernende ausbilden:

	2012	2013	Entwicklung
Neu gewährte Bildungsbewilligungen	217	200	-7.8 %
Betriebe, die zurzeit Lernende ausbilden	2446	2501	+2.2 %
Unternehmen mit Bildungsbewilligung	3472	3513	+1.0 %
Unternehmen mit erster Bildungsbewilligung	115	112	-2.6 %
Unternehmen mit weiteren Bildungsbewilligungen	82	80	-2.4 %

Die Verordnungen über die berufliche Grundbildung von 11 Berufen sind im Berichtsjahr in Kraft getreten. Zwei Verordnungen gelten für zweijährige Lehren, die zum eidgenössischen Berufsattest (EBA) führen und neun für drei- und vierjährige Lehren, die zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) führen. Das Amt hat zu allen Verordnungen Stellung genommen, insbesondere um die finanziellen Auswirkungen für den Staat und die Unternehmen in Schranken zu halten.

Die Partner des Amts können sich seit 2007 über einen Newsletter regelmässig informieren lassen. Im Jahr 2013 wurden sechs Newsletter an rund 4500 Akteure der Berufsbildung auf kantonaler und nationaler Ebene versandt. Die Newsletter ermöglichen es, die Partner direkt zu kontaktieren, sie auf zahlreiche Bildungsthemen aufmerksam zu machen und die Informationen mit dynamischen Links auf entsprechende Websites zu versehen.

Für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner in Lehrbetrieben wurden 26 Kurse organisiert, fünf davon auf Deutsch. Bei einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 22 Personen pro Kurs haben über 550 Personen ihren Ausweis als Berufsbildnerin oder Berufsbildner erhalten. Zwei Abendkurse fanden statt, ein Kurs war für die Logistik reserviert und ein Kurs wurde für Logistikfachpersonen mit eidgenössischem Fachausweis angeboten. Erstmals erteilte das Amt zwei Anerkennungen als Bildungsanbieter für diese Kurse. Diese gingen an das Landwirtschaftliche Institut Grangeneuve (LIG) und an das Ausbildungszentrum für Lager und Logistik (CFL) in Marly. Ab 2014 werden diese beiden Institutionen die Kurse für die künftigen Inhaberinnen und Inhaber des Fachausweises ihrer jeweiligen Branche selber organisieren, sodass Plätze in den Standardkursen frei werden.

Der Kanton Freiburg ist offizielles Mitglied am Austauschprogramm Eurodyssée der Versammlung der Regionen Europas. Das Programm Leonardo da Vinci wird ebenfalls mit Unterstützung der ch Stiftung umgesetzt. Die Berufsfachschule | Technik und Kunst | Freiburg (EMF) ist Trägerin dieser beiden Projekte. Im Jahr 2013 hat der Staatsrat das Postulat Bulliard-Siggen beantwortet und alle statistischen und analytischen Angaben dazu geliefert. Im vorliegenden Bericht wird deshalb auf diesen Punkt nicht näher eingegangen.

Im Frühjahr hat sich das Amt an der Einführung eines neuartigen Projekts des Vereins «Hauptstadtregion Schweiz» im Kanton beteiligt, das den Sprachaustausch von Lernenden in den Kantons- und Gemeindeverwaltungen der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis beinhaltet. Einige Kontakte wurden geknüpft, aber bis jetzt fand noch kein Austausch statt.

Sei dem Erwerb des Sprachunterrichtssystems «Campus Tell-Me-More®» im Jahr 2011 haben die Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarstufe II und ihre Lehrpersonen erste Erfahrungen im computergestützten Fremdsprachenunterricht gesammelt. Die Ziele von 2011 und 2012 wurden erreicht, denn 2717 Lizenzen wurden im

---

Zeitraum 2011/12 genutzt. Für den Zeitraum 2012/13 sind es bereits 5680 Lizenzen. Eine Bilanz wird gezogen, um dem Staatsrat einen Vorschlag über die allfällige Fortsetzung dieser Methode zu unterbreiten.

Das Amt für Berufsbildung hat gemeinsam mit seinen Partnern vier Aktionen zur Förderung der Berufsbildung und der Lehrstellen durchgeführt. Im Rahmen des Forums der Berufe Start! konnten am 1. Februar dank dem Konzept «Die Nacht der Lehre» 40 Lehrbetriebe über 250 Jugendliche in Form eines Speed Datings treffen. Im Frühjahr wurde bei 146 Unternehmen, die seit vier Jahren keine Lernenden mehr ausbilden, eine Werbekampagne durchgeführt. Ausserdem wurde eine neue Broschüre über die Berufsbildung im Kanton Freiburg geschaffen, an der sich 34 Lernende aus 23 Berufen beteiligt haben. Diese Broschüre ging an über 7000 Empfängerinnen und Empfänger. Am 15. Mai fand der interkantonale Tag der Berufsbildung statt. An diesem Tag haben 18 Unternehmen 24 freie Lehrstellen gemeldet.

Nach Abschluss der Einführungsphase ist das Case Management Berufsbildung (CMBB) in die vom SBF aufgestellte Konsolidierungsphase getreten. Die Konsolidierungsphase für die Jahre 2012-2015 zielt darauf ab, das Case Management Berufsbildung dauerhaft in den kantonalen Strukturen zur Begleitung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten zu verankern. Das CMBB hat die ersten beiden Etappen, das heisst die der Jahre 2012 und 2013 bereits erfolgreich abgeschlossen.

Der Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Freiburg hat die Umsetzung und Organisation der Unterstützung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung beurteilt und seinen Bericht der dafür zuständigen Kommission vorgelegt. Diese Beurteilung wird es erlauben, die gesamte Betreuungsstruktur zu verbessern und zwar insbesondere über eine bessere Koordination und Kommunikation zwischen den betroffenen Personen und Institutionen.

Im Jahr 2013 hat der Case Manager des Amts aufgrund eines anderen Engagements seine Arbeitszeit von 100 % auf 20 % reduziert. Er nutzt seine Arbeitszeit hauptsächlich zur Verwaltung des Projekts und zur Aktualisierung der bestehenden Dossiers in der CM-Online-Anwendung. Aufgrund dieses sehr tiefen Beschäftigungsgrads wurden nur wenig neue Dossiers eröffnet. Eine neue Case Managerin wird am 1. März 2014 mit einem Beschäftigungsgrad von 70 % angestellt. Sie wird einen Teil der bestehenden Dossiers übernehmen. Ausserdem wird ihre Zusammenarbeit mit der Plattform Jugendliche neu definiert.

Die Berufsbildungskommission hielt zwei Sitzungen ab. Sie behandelte Themen in Verbindung mit der beruflichen Grundbildung, der höheren Berufsbildung und der berufsorientierten Weiterbildung. Sie ernannte neue Mitglieder der Lehraufsichtskommissionen, die an die Stelle von zurückgetretenen Mitgliedern traten, und bemühte sich dabei um eine ausgeglichene Vertretung. Sie genehmigte die Jahresrechnung und verabschiedete den Voranschlag des Interprofessionellen Weiterbildungszentrums (IWZ). Sie nahm ausserdem Stellung zur Berufsbildungspolitik.

## **9.2 Besondere Ereignisse**

### **9.2.1 Validierung von Bildungsleistungen (VAB)**

Beim EFZ als Logistikerin oder Logistiker hat eine Person von den 41 Personen, die 2012 das Verfahren aufgenommen haben, eine direkte Validierung ihrer Bildungsleistungen erhalten, während die übrigen 40 Personen das Verfahren fortgesetzt und einen grossen Teil der verlangten ergänzenden Bildung absolviert haben. Es mussten 14 ergänzende Bildungsmodule angeboten werden, die alle Kompetenzbereiche abdeckten (6 für die Berufspraxis, 4 für die theoretischen Kenntnisse und 4 für die Allgemeinbildung). Die grosse Mehrheit der Kandidatinnen und Kandidaten hat dieses Verfahren mit Erfolg abgeschlossen, sodass 34 Eidgenössische Fähigkeitszeugnisse (EFZ) ausgestellt werden konnten. Die übrigen sechs Personen müssen noch eine Zahl von ergänzenden Kursen hauptsächlich in Allgemeinbildung absolvieren.

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung (BEA) hat am 7. Oktober zusammen mit der Schweizerischen Vereinigung für die Berufsbildung in der Logistik (SVBL) erneut eine öffentliche Informationssitzung durchgeführt. Über 50 Personen haben daran teilgenommen. Die Einzelgespräche und Anmeldungen zur Bilanz der Kompetenzen im Rahmen der 2. Phase haben begonnen. Die Bilanzierung beginnt im April 2014 und die Dossiers werden im

Herbst 2014 beurteilt. Die ergänzende Bildung wird Anfang 2015 vom Ausbildungszentrum in Logistik (CFL) Marly und von den Berufsbildungszentren unseres Kantons (EPAC, ESSG) angeboten.

Für den Beruf als Fachperson Betreuung EFZ (FaBe) haben 12 Kandidatinnen und Kandidaten die vom interprofessionellen Weiterbildungszentrum (IWZ) angebotenen Bilanzierungssitzungen besucht, um ihr Dossier am 30. September einzureichen. Schliesslich wurden nur 8 Dossiers der Chefexpertin zur Beurteilung eingereicht. Das Validierungsorgan kommt im Januar 2014 zusammen, um über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Nach erstem Augenschein könnten 3 Kandidatinnen und Kandidaten ein EFZ ohne ergänzende Bildung erhalten. Für die anderen wird die Berufsfachschule Soziales-Gesundheit in Grangeneuve (ESSG) ergänzende Bildungsmodul anbieten (theoretische Ergänzungen – Integration in die verkürzte Erwachsenenbildung). Auch die OrTra Gesundheit und Soziales Freiburg wird ergänzende Bildungsmodul anbieten (berufspraktische Ergänzungen – Integration in die überbetrieblichen Kurse). Die Arbeitsgruppe hat bereits beschlossen, eine zweite Validierungsrunde zu starten und wird am 10. März 2014 eine öffentliche Informationssitzung durchführen.

Für den Beruf als Fachperson Gesundheit EFZ (FaGe) begann eine zweite Validierungsrunde mit einer öffentlichen Informationssitzung, die am 5. Februar in Zusammenarbeit mit dem BEA stattgefunden hat. Über 100 Personen haben daran teilgenommen. 45 haben sich zu den Einzelgesprächen angemeldet. Die Bilanzierungen fanden im Auftrag des BEA im IWZ in mehreren Gruppen statt (je nach der Art der Erstausbildung, insbesondere für die Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger). Das Datum für die Abgabe der Dossiers wurde auf den 30. November festgelegt. Schliesslich wurden 35 Dossiers eingereicht, die zurzeit von den Experten beurteilt werden. Die Beurteilungsraster müssen am 30. April 2014 an die Chefexpertin retourniert werden. Eine dritte Validierungsrunde ist bereits im Gespräch und sollte voraussichtlich Ende 2014 gestartet werden (Koordination Gespräche/Bilanzen beim BEA mit den beiden anderen Berufen). Im Jahr 2013 haben im Übrigen 12 Personen (aus der 1. Validierungsrunde) das EFZ erhalten, nachdem sie die ergänzende Bildung mit Erfolg abgeschlossen haben. Von diesen Personen wohnen acht im Kanton Freiburg.

### 9.2.2 Neue Schulräume der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsfachschule (EPAC)

Die Mitglieder der Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums (VKBZ) haben an ihrer Versammlung vom 5. Juli die Einrichtung von fünf zusätzlichen Klassenzimmern bei der EPAC genehmigt. Die öffentliche Auflage wurde im Amtsblatt vom 26. Juli veröffentlicht. Der Kostenvoranschlag beläuft sich auf 1 190 000 Franken. Die Arbeiten werden in drei Phasen von 2014 bis 2015 aufgeteilt.

### 9.2.3 Berufsfachschule | Technik und Kunst | Freiburg (EMF)

Die EMF kann die Räumlichkeiten im Zeughaus vorläufig weiterhin benutzen, bis sie die neuen Räumlichkeiten an der Route des Daillettes 6 beziehen kann. Der Staat hat die neuen Räumlichkeiten per Dekret erworben. Diese Gebäude werden zurzeit umgebaut. Sie werden ab dem Schulanfang 2014/15 für die Industriephase der Ausbildungen genutzt. Der Umzug ist für Juli 2014 geplant.

## 9.3 Ausbildung

### 9.3.1 Berufliche Grundbildung

Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die Zahl der Lernenden und die Zahl der Fähigkeitszeugnisse und Ausweise, die im Kanton ausgestellt wurden:

	Personen in Ausbildung		Fähigkeitszeugnisse und Ausweise			
	2012	2013	2012		2013	
Berufsmaturität BMS 2	421	367	2017	446	2061	522
Lehre (mit lehrbegleitender Berufsmaturität)	7865	8006				
Hörer	310	280		113		109

	Personen in Ausbildung		Fähigkeitszeugnisse und Ausweise	
Praxisausbildung	9	7	7	5
Anlehre	63	37	46	39
Vorlehre	52	51		
Vorkurs (SEMO)	271	322		
Integrationskurs	183	215		
<b>Total</b>	<b>9174</b>	<b>9285</b>	<b>2629</b>	<b>2736</b>

Für 2013 liegt die Erfolgsquote bei 90,8 %, (89,8 % im Jahr 2012).

1382 Lernende besuchen den Berufsschulunterricht in einem anderen Kanton, davon 227 an einer Lehrwerkstätte.

Das Amt und die Berufsbildungszentren bilden selber 20 Lernende aus.

### 9.3.2 Beruflicher Unterricht

Der berufliche Unterricht wird von fünf Berufsfachschulen sichergestellt, die auch 239 Lernende aus anderen Kantonen ausbilden. Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Schülerbestände dieser Schulen.

Berufsfachschulen	Personen in Ausbildung		
	Französisch	Deutsch	Total
Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule (GIBS)	2760	789	3549
Kaufmännische Berufsfachschule (KBS)	785	404	1189
Berufsfachschule   Technik und Kunst   Freiburg (EMF)	533	66	599
Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule (EPAC)	1110		1110
Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG)	442	61	503
<b>Total</b>	<b>5630</b>	<b>1320</b>	<b>6950</b>

Die Kaufmännische Berufsfachschule (KBS) bietet im Schuljahr 2013/14 die Vollzeitausbildung für die kaufmännische Berufsmaturität nach Lehrabschluss zum dritten Mal auf Deutsch an. Leider konnte mangels Interessenten keine neue berufsbegleitende zweisprachige kaufmännische Berufsmaturitätsklasse gebildet werden. Seit dem Schulanfang wird das virtuelle Klassenregister für alle Klassen verwendet. Die Präsenzverwaltung erfolgt seither komplett papierlos.

Die Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule (EPAC) verfügt nicht mehr über genügend Klassenzimmer, um alle Auszubildenden aufzunehmen. Dank der Unterstützung der Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums (VKBZ) wird sie nach dem Umbau ihres Gebäudes ab dem Schuljahr 2014/15 über zwei neue Informatikräume verfügen. Drei zusätzliche Klassenzimmer werden mittelfristig eingerichtet werden, um den zunehmenden Raum- und Infrastrukturbedarf zu decken.

Die Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule (GIBS) hat 2013 eine allgemeine Zunahme ihres Bestands an Auszubildenden festgestellt. Die EBA-Bildungsgänge erhalten vermehrt Zulauf, sodass die Klassen für Hilfsschreiner und Küchenangestellte verdoppelt werden mussten. Ausserdem wurde eine deutliche Zunahme der deutschsprachigen Köchinnen und Köche und der Sanitärinstallateurinnen und -installateure im ersten Ausbildungsjahr verzeichnet. Im Bildungsgang als Restaurationsfachperson EFZ, der 2011 eingeführt wurde, befindet sich 2013 eine erste Klasse im Abschlussjahr. Auch der erste Freiburger Jahrgang von französischsprachigen Montageelektrikerinnen und -elektrikern ist im Abschlussjahr. Die GIBS konnte mangels Interessenten keine deutschsprachige lehrbegleitende technische Berufsmaturitätsklasse bilden. Sie eröffnete 3 Klassen (2012 waren es noch vier) für die gesundheitlich-soziale Berufsmaturität nach Lehrabschluss. Die Brückenangebote wurden etwas verstärkt genutzt, insbesondere die Vorbereitungskurse und die Integrationskurse. Für letztere wurde im Dezember eine zusätzliche Klasse eröffnet. Erstmals wurden die Auszubildenden, die an diesen Kursen teilnehmen, in die Turn- und Sportkurse integriert. Was

---

die Gebäude betrifft, so wurde eines der I-FR-Labors, die der Ausbildung von Informatikerinnen und Informatikern dienen, vergrössert. Das Sekretariat wurde renoviert und gewisse Flächen wurden umgebaut, um drei Klassenzimmer zu schaffen und so den Platzmangel zu lindern.

Die Abteilung «Gesundheit» der Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG) bietet neun Bildungsgänge für die Erlangung des EFZ als Fachperson Gesundheit (FaGe) an. Die dreijährige Grundbildung wird immer mehr in Form einer dualen Lehre absolviert. Die französischsprachigen Lernenden haben aber nach wie vor die Möglichkeit, die Ausbildung im schulischen System mit Praktikum und integrierter Berufsmaturität zu absolvieren.

Im Jahr 2013 empfing die ESSG den zweiten Jahrgang von Assistentinnen und Assistenten Gesundheit und Soziales (AGS) EBA, die eine zweijährige Ausbildung absolvieren.

Die Bildungsangebote für Erwachsene in den Bereichen Gesundheit und Soziales wurden umstrukturiert, um einen gemeinsamen Unterricht der verschiedenen Wege zum EFZ für Erwachsene mit Erfahrung zu ermöglichen. Betroffen sind die auf zwei Jahre verkürzte Ausbildung (mit Lehrvertrag) und die Anerkennung von Personen mit Erfahrung (ohne Lehrvertrag) über die Validierung von Bildungsleistungen oder die Absolvierung der Abschlussprüfungen (gemäss Art. 32 BBV).

### 9.3.3 Überbetriebliche Kurse

Im Schuljahr 2012/13 besuchten 4069 Lernende die überbetrieblichen Kurse im Kanton und 1827 ausserhalb des Kantons. 70 Lernende besuchen diese Kurse direkt in ihrem Bildungsbetrieb.

### 9.3.4 Höhere Berufsbildung und berufsorientierte Weiterbildung

Das Interprofessionelle Weiterbildungszentrum (IWZ) registrierte 3043 Anmeldungen für 444 Weiterbildungskurse, die im Laufe des Schuljahres 2012/13 organisiert wurden. Im IWZ haben ausserdem 252 Personen in 16 Bildungsgängen eine Ausbildung zur Erlangung eines höheren Berufsbildungsabschlusses besucht. Mit dem IWZ haben 166 Auszubildende für durchschnittlich 115 Ausbildungsperioden pro Auszubildender zusammengearbeitet, wobei die Zufriedenheitsquote gemäss der Bewertung durch die Teilnehmenden bei 99 % liegt.

Mit einem Betriebsbudget von 3 410 699 Franken realisierte das IWZ im Jahr 2012 einen Betriebsverlust von 392 854 Franken infolge einer Abnahme der durchschnittlichen Teilnehmerzahl pro Kurs und einer tiefen Arbeitslosenquote.

### 9.3.5 Gewerbebibliothek (GIBS) und Zentrum für pädagogische Bezugsquellen (EPAC)

Während der Umzug der Gewerbebibliothek in ihre neuen Räumlichkeiten 2011 viel Begeisterung ausgelöst hatte und sie 2012 auf viel Interesse gestossen ist, hat sie 2013 mit 14 694 Besucherinnen und Besuchern eine gewisse Stabilität erreicht. 1900 neue Titel konnten angeschafft werden und 7279 Ausleihen wurden registriert. Die Zahl der Leserinnen und Leser beläuft sich heute auf 10 749 Personen (742 Neuanmeldungen im Jahr 2013). Seit der Katalog auf eine neuere Informatiksoftware umgestellt wurde, kann die Gewerbebibliothek eine vereinfachte und direkte Titelsuche auf Deutsch und Französisch anbieten. Dank dem Kauf eines Zusatzmoduls, das Serienänderungen am Katalog ermöglicht, konnte an Effizienz gewonnen werden. So konnte auch eine Bereinigung der elektronischen Daten durchgeführt werden. Anfang 2014 wird der Katalog über Internet erreichbar sein und die Benutzerinnen und Benutzer werden ihre Leserkonten über das Internet verwalten können.

Die Bibliothek der EPAC erwarb 343 neue Titel und lieh 2791 Werke aus. 5480 Personen besuchten die Bibliothek (persönliche Arbeiten, Lesen, Internet, Schulmaterial, Klassenbesuche). 2451 Leserinnen und Leser sind heute registriert, im Jahre 2013 haben sich damit 188 Personen neu angemeldet.

---

## 10. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)

*Generaldirektor: Jean-Etienne Berset*

### 10.1 Tätigkeit der FHF-TW

Eines der wichtigsten Ereignisse dieses Jahres war das Inkrafttreten der neuen interkantonalen Vereinbarung über die Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) auf den 1. Januar 2013. Der Regierungsausschuss, der sich aus den für die FH zuständigen Staatsrätinnen und Staatsräten der fünf Kantone/Regionen der HES-SO zusammensetzt, traf sich am 8. März 2013 zu einer ersten Sitzung. Dieser Ausschuss ersetzt die beiden bisherigen strategischen Ausschüsse, die auf den beiden Vereinbarungen (HES-SO und FH-GS) basieren, die der HES-SO bis am 31. Dezember als Rechtsgrundlage gedient hatten.

Der Entwurf des Gesetzes über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (HES-SO//FRG) ist im Jahr 2013 in eine entscheidende Phase getreten. Er wurde vom Staatsrat genehmigt und am 19. September dem Grossen Rat überwiesen. Eine parlamentarische Kommission wurde zur Prüfung des Entwurfs aufgestellt. Sie hat Ende 2013 begonnen, den Entwurf zu besprechen.

Vom 29. Januar bis 3. Februar 2013 haben die Hochschule für Technik und Architektur (HTA-FR), die Hochschule für Wirtschaft (HSW-FR), die Hochschule für Gesundheit (HfG-FR) und die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) zum vierten Mal unter dem gemeinsamen Banner der HES-SO//FR am Forum der Berufe START! des Kantons Freiburg teilgenommen, das alle zwei Jahre stattfindet. Wie bei den vorangehenden Ausgaben stiess der Stand der HES-SO//FR beim Zielpublikum, den Schülerinnen und Schülern auf Sekundarstufe I und ihren Eltern, auf grosses Interesse.

Am 19. Februar 2013 hat der Staatsrat nach dem Rücktritt des bisherigen Direktors der HSW-FR Ricco Baldegger zum neuen Direktor dieser Hochschule ernannt. Er war bisher als Dozierender und Verantwortlicher des Instituts für Entrepreneurship & KMU tätig, das er innerhalb der HSW-FR geschaffen und aufgebaut hat. Rico Baldegger hat seine neue Tätigkeit am 1. Mai 2013 aufgenommen.

Am 2. und 3. Mai 2013 wurden die vier Schulen der HES-SO//FR sowie die Generaldirektion im Rahmen eines Erneuerungsaudits von zwei Mitarbeitenden der SGS geprüft. Im Bericht wird festgestellt, dass das Qualitätssystem gut funktioniert. So ist die HES-SO//FR wieder für die nächsten drei Jahre ISO 9001:2000 zertifiziert.

Am 22. Juni 2013 haben nicht weniger als 50 Mädchen im Alter von 9 bis 12 Jahren ein Diplom für den Besuch eines Internetkurses erhalten, der gemeinsam von der ETH Lausanne, der Universität Freiburg und der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg angeboten wurde. Es handelte sich dabei um einen zweisprachigen Kurs auf Deutsch und Französisch, der während eines Semesters (zwölf Wochen) jeweils am Samstagmorgen stattfand. Ein derartiger Kurs, der es jungen Mädchen erlaubt, zu sehen, dass die Informatikberufe für sie spannende berufliche Aussichten bieten, entspricht ganz der Politik zur aktiven Förderung der Chancengleichheit, die von der HES-SO//FR bereits seit Jahren betrieben wird.

Zum vierten Mal hat die HES-SO//FR vom 26. August bis 6. September 2013, also kurz vor Beginn des neuen Studienjahres, eine Sommerakademie in angewandter Ethik organisiert. Über zwanzig Studierende haben dieses Angebot genutzt, das allen Studierenden der HES-SO//FR offen stand. Die Kursbewertung hat ein weiteres Mal gezeigt, dass praktisch alle Teilnehmenden mit dem Kurs sehr zufrieden waren. Dieses Programm wird von den Direktionen der vier Schulen voll unterstützt, was erfreulich ist und mit Zuversicht eine fünfte Ausgabe ins Auge fassen lässt.

---

## 10.2 Tätigkeit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR)

### 10.2.1 Strategische kantonale Projekte und Positionierung im Bereich Ingenieurwesen und Architektur der HES-SO

Im Rahmen der Entwicklung des Innovationsquartiers blueFACTORY führt die HTA-FR zwei strategische Projekte: Das Projekt Smart Living Lab (SLL) und das Projekt INNOSQUARE. Während das SLL eine gemeinsame Initiative der ETH Lausanne, der UNI FR und der HTA-FR im Bereich des Wohnens der Zukunft ist, zielt das zweite Projekt darauf ab, die Kompetenzen der HTA-FR, der HSW-FR, des Gründerzentrums FriUp und des WTZ-FR zu vereinen, um die Innovationsdynamik in unserem Kanton zu stärken.

Im Jahr 2013 erhielt die HTA-FR per Dekret des Grossen Rats eine erste Teilzahlung für die Erneuerung ihrer technischen Laborgeräte. Die Investitionen belaufen sich auf 15,4 Millionen Franken und sind auf vier Jahre verteilt. Sie erlauben es, die Infrastrukturen und Versuchsgeräte auf den Stand der Technik zu bringen und so die Attraktivität unserer Schule für künftige Studierende zu erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Forschungsinstitute zu gewährleisten.

Das Erweiterungsprojekt am Standort Pérolles 80, dessen Notwendigkeit anerkannt wurde und das im Finanzplan der Legislaturperiode aufgeführt ist, hängt unter anderem von der Möglichkeit und vom Willen ab, gewisse Forschungslabors an den Standort von blueFACTORY zu verlegen. Ein weiterer Punkt, der das Projekt beeinflusst, ist die Möglichkeit, alle Aktivitäten des Architekturstudiengangs und des Instituts TRANSFORM in die ehemalige Schokoladenfabrik von Villars zu verlegen. Ab September 2013 wurden diesbezügliche Gespräche mit dem Besitzer und dem Hochbauamt geführt.

### 10.2.2 Unterricht

Die Zahl der in den Bachelor-Studiengängen der HTA-FR immatrikulierten Studierenden ist zwischen 2012 und 2013 insgesamt um 5 % angestiegen. Die Zahl der neu zugelassenen Studierenden ist ihrerseits um 4 % angestiegen. Die Studiengänge, insbesondere im Bereich der industriellen Technologien (Maschinenteknik und Elektrotechnik), waren auf das neue Studienjahr sehr gefragt.

Im Herbst 2013 hat der Studiengang Architektur das zweite Jahr seines neuen Studienplans eingeführt. Dieser umfasst eine französischsprachige und eine zweisprachige Ausbildung. Von letzterem Angebot profitieren 15 % der Studierenden im ersten und zweiten Studienjahr. Im Jahr 2014 wird ein zweisprachiges Angebot für das letzte Studienjahr aufgestellt.

Die Berufe und Instrumente der Ingenieurinnen und Ingenieure sowie der Architektinnen und Architekten entwickeln sich ständig weiter. Deshalb ist es nötig, die Ausbildungsprogramme ständig anzupassen. Bei den Ausbildungsprogrammen muss zwischen technischem Know-how, das gewöhnlich direkt angewendet werden kann, und wissenschaftlichen und kommunikativen Kompetenzen unterschieden werden, die eine grössere Reichweite haben. Diese können nicht immer gleich angewendet werden, bereichern aber das Allgemeinwissen der Absolventinnen und Absolventen und erlauben es ihnen, ihre Kenntnisse auf die Berufe der Zukunft zu übertragen. Massnahmen wurden getroffen, damit diese langfristigen Kompetenzen einen Platz in den Ausbildungsprogrammen finden.

### 10.2.3 Weiterbildung

Im Berichtsjahr wurde erstmals das Certificate of Advanced Studies (CAS) «Energienstadt» angeboten. Dieser Kurs ist in den Master of Advanced Studies «Energie et Développement durable dans l'environnement bâti» (MAS EDD-BAT) der HES-SO integriert. Der erste Kurs begann im August mit 24 Teilnehmenden und die nächste Ausgabe ist bereits für 2015 geplant. Der Kurs wird vom Programm Energie-FR subventioniert, das die HTA-FR im Auftrag des Kantons Freiburg durchführt.

Ende des Jahres wurden 31 Diplome des CAS in «Renaturierung von Fliessgewässern» erteilt. Die Ausbildung war ein voller Erfolg und erlaubte es den Teilnehmenden, sich in dieser fächerübergreifenden Problematik auszubilden.

---

Es ist vorgesehen, die zweite Ausgabe der Ausbildung, die in Zusammenarbeit mit der hepia (Haute école du paysage, d'ingénierie et d'architecture in Genf, ebenfalls Mitglied der HES-SO) angeboten wird, am Standort in Genf abzuhalten.

Die HTA-FR hat ferner Gespräche aufgenommen, um das Weiterbildungsangebot im Bereich der Eisenbahntechnik auszudehnen. Zwei weitere derartige Bildungsangebote werden zurzeit zusammen mit den Fachverbänden und den betroffenen Unternehmen sowie dem Bundesamt für Verkehr ausgearbeitet.

Im Jahr 2013 hat das SBFI das Programm des Masterstudiengangs in Geomatik akkreditiert. Dieser Master schliesst unter anderem an den Studiengang in Bauingenieurwesen der HTA-FR an. Die Dozierenden dieses Studiengangs unterrichten auch im Geomatik-Masterstudiengang.

#### 10.2.4 Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

##### A. Institute

Die HTA-FR hat im Berichtsjahr die Umstrukturierung der angewandten Forschung abgeschlossen und zehn Institute anstelle der bisherigen vier geschaffen.

- > Institut für komplexe Systeme (iCoSys): Das Institut richtet seine Forschung auf Bereiche mit hoher Wertschöpfung für die regionale Wirtschaft aus, wie die Massenverarbeitung von Informationen, Cloud Computing, Machine Learning, Business Intelligence, Sensorenetzwerke und Signalverarbeitung;
- > Institut für Printing (iPRINT): Dieses Institut richtet seine Forschung auf drei Bereiche des digitalen Drucks aus: grafischer Druck, Materialdruck (Additive Manufacturing) und Life Science Druck (Herstellung menschlicher Gewebe usw.);
- > Institut für angewandte Forschung in der Kunststofftechnik (iRAP): Dieses Institut interessiert sich besonders für Kunststoffe mit hohem Mehrwert und für die Verfahrensoptimierung (von der Entwicklung bis zur Herstellung);
- > Institut für sichere und intelligente Systeme (iSIS): Das Institut richtet seine Forschung auf vier Bereiche aus, nämlich Sensoren und Schnittstellen, eingebettete und mobile Systeme, IT-Sicherheit sowie Netzwerke und intelligente Dienstleistungen;
- > Institut für Bau- und Umwelttechnologien (iTEC): Dieses Institut im Bereich der Ingenieurwissenschaften richtet seine Forschung auf zwei Bereiche aus, und zwar auf die Studie des Verhaltens von neuen und bestehenden Tragwerken (einschliesslich Erdbebeningenieurwesen) und auf die Revitalisierung von Wasserläufen, die Wasseraufbereitung und -versorgung, die Bodenbewirtschaftung und den Bodenschutz;
- > Institut für chemische Technologien (ChemTech): Das Institut hat drei Forschungsschwerpunkte: Entwicklung von chemischen Verfahren, chemisch-analytische Technologien und kontinuierliche Prozesse (Flow Chemistry);
- > Institut für angewandte Forschung im Bereich der Energiesysteme (ENERGY): Das Institut ist interdisziplinär aufgebaut (Energie – Elektrizität – Informatik) und hat drei Forschungsschwerpunkte, nämlich Energie im Gebäude und im Quartier, Technologien und Management von Stromnetzen sowie Energiesysteme und Industrieprozesse;
- > Technology for Human Wellbeing Institute (HumanTech): Das Institut zielt darauf ab, durch die intelligente Nutzung neuer Technologien die Lebensqualität und das Wohlbefinden zu verbessern. Es hat zur Aufgabe, Antworten auf gesellschaftlichen Herausforderungen in Bezug auf die Lebensqualität zu suchen. Das Institut verfolgt einen fächerübergreifenden Ansatz und fördert öffentlich-private Partnerschaften;
- > Institut für nachhaltige Engineering-Systeme (SeSi): Die Forschungsschwerpunkte dieses Instituts sind die Konzeption (von der Idee zum Produkt) mit Prozessoptimierung, die Motorisierung und die Antriebe. Die Kompetenzen und Tätigkeiten dieses Instituts decken folgende Sektoren ab: Maschinen, Mobilität und Manufacturing;
- > Institut Transform: Erbe, Konstruktion und Nutzer (TRANSFORM): Dieses Institut entwickelt angewandte Forschungsprojekte auf drei voneinander abhängigen Ebenen, nämlich bauliches und landschaftliches Erbe, Projekt und Konstruktion sowie Interaktion zwischen Ort und Nutzer.

## B. Projekte und finanzielle Ergebnisse

203 Forschungsprojekte und 54 Dienstleistungen für Dritte wurden realisiert. Der in Rechnung gestellte Betrag beläuft sich auf 10,8 Millionen Franken. 76 % des Betrags wurde mit Forschungsprojekten und 24 % mit Dienstleistungen für Dritte erwirtschaftet. Die Finanzierung wird zu 50 % durch privates Fremdkapital, zu 22 % durch Eigenmittel (HES-SO) und zu 28 % durch öffentliches Fremdkapital (KTI, Stiftungen usw.) sichergestellt. Insgesamt 77 Dozierende (10 VZÄ) leiteten diese Aktivitäten und 198 wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (77 VZÄ) arbeiteten Voll- oder Teilzeit an den Projekten mit.

### 10.2.5 Nationale und internationale Zusammenarbeit

Diverse Vereinbarungen wurden mit den folgenden Instituten abgeschlossen oder erneuert: UCD – Irland, UTBM – Frankreich, Technische Universität Dortmund – Deutschland, Hochschule München – Deutschland, RV Architecture School Bangalore – Indien, École nationale supérieure d'architecture de Normandie – Frankreich, Université de Tunis El Manar – Tunesien, Universidade Lusofona de Humanidades e Tecnologias – Portugal, Universidad de Oviedo – Spanien.

Die Aktivitäten in Zahlen:

34 Studierende OUT (Kanada, USA, Deutschland, Frankreich, Irland)

61 Studierende IN (Libanon, Italien, Mexiko, China, Vietnam, Frankreich, Polen, Tschechien, Rumänien, Deutschland, Kanada, Indien, Belgien)

### 10.2.6 Besondere Ereignisse und Veröffentlichungen

Die Dozierenden der HTA-FR hielten über fünfzig Vorträge an nationalen oder internationalen Konferenzen. 28 Artikel wurden in Fachzeitschriften publiziert und 21 wichtige Konferenzen wurden zu verschiedenen Themen organisiert.

Wie jedes Jahr setzen sich der Kommunikationsdienst, die Studiengänge und die Institute ein, um die Ausbildungen und Berufe im Bereich des Ingenieurwesens, der Architektur und der Chemie zu fördern und um die Forschungsergebnisse bekannt zu machen, indem sie an zahlreichen Veranstaltungen und Berufswahlmessen teilnehmen wie START!, Forum Horizon Lausanne, Energissima, Freiburger Symposium Industrielle und Angewandte Chemie, Salon de l'étudiant Genève (salon du Livre), Paléo Festival, BAM Berner Ausbildungsmesse, Salon des métiers et de la formation Lausanne, TecDay (Kollegium St. Michael) usw.

## 10.3 Tätigkeit der Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR)

Im Berichtsjahr ist die Zahl der Studierenden an den Bachelor- und Masterstudiengängen der HSW weiter angestiegen. Diese Entwicklung ist zwar erfreulich, verursacht aber einige logistische Probleme. Deshalb wurde begonnen, das ehemalige Gebäude der Lehrwerkstätten zu renovieren, um dessen Räumlichkeiten an die Bedürfnisse der HSW anzupassen.

In Verbindung mit der neuen Strategie der HSW-FR wurde die Hochschule neu organisiert und in vier Tätigkeitsbereiche unterteilt: Die Ausbildung nach Bologna-System, die Nachdiplomausbildung, die aF&E und die Aufträge & Mittelbeschaffung. Auf diese Weise soll der Transfer zwischen Ausbildung und angewandter Forschung verbessert und die Beziehung zur Wirtschaft verstärkt werden.

Die HSW hat auch dieses Jahr zahlreiche Konferenzen und Veranstaltungen organisiert. Erwähnenswert sind beispielsweise die Konferenz vom 27. Februar 2013 zum Thema Gesundheit von Unternehmerinnen und Unternehmern und der «Entrepreneur Evening» vom 22. Oktober 2013 mit der Teilnahme von Christian Constantin, Thomas Minder und André Lüthi.

Ausserdem wurde ein neues Ausbildungsprogramm gestartet, das vom Institut für Entrepreneurship & KMU der HSW mit dem Ziel entwickelt wurde, internationale und kulturelle Beziehungen im Bereich Entrepreneurship und Innovation zwischen Masterstudierenden der HSW und anderer Hochschulen aufzubauen. Die zweite Ausgabe der Summer School brachte während zwei Wochen Studierende aus Brasilien, Frankreich und Senegal zusammen. Die

---

künftigen Unternehmerinnen und Unternehmer hatten die Gelegenheit, einen qualitativ hochstehenden Unterricht zu besuchen und gleichzeitig innovative Unternehmen zu besichtigen.

### 10.3.1 Unterricht

Seit der Einführung des Bologna-Systems hat die HSW Freiburg zum sechsten Mal Bachelordiplome «Bachelor of Science HES-SO in Betriebswirtschaft» verliehen. Mit diesem Titel wurden die Anstrengungen von 126 Studierenden belohnt. 70 Studierende absolvierten die Ausbildung berufsbegleitend, das heisst während vier Jahren neben einer Erwerbstätigkeit, und 56 Studierende besuchten die dreijährige Vollzeitausbildung. 20 Studierende besuchten einen zweisprachigen Studiengang auf Französisch und Deutsch und erhielten ein «zweisprachiges» Diplom, ein landesweit einzigartiges Angebot für diesen Ausbildungstyp.

Erstmals haben drei Studierende eine dreisprachige Ausbildung auf Französisch, Deutsch und Englisch besucht.

Seit Herbst 2008 ist es möglich, an der HSW-FR einen Masterstudiengang (2. Stufe des Bologna-Systems) zu besuchen. Der vierte Jahrgang von Studierenden hat am 4. November 2013 den «Master of Science HES-SO in Business Administration, Major in Entrepreneurship (Innovation & Growth)» erhalten. Der von der HSW-FR angebotene Master ist auf Entrepreneurship und Innovation in den Unternehmen ausgerichtet. Das Programm wird als zweisprachiger oder dreisprachiger Ausbildungsgang angeboten und dauert vier Semester. Das Masterstudium erlaubt es, nebenbei einer Halbzeiterwerbstätigkeit nachzugehen. Die Ausrichtung auf Entrepreneurship ist im Übrigen sehr beliebt. Im sechsten Jahrgang sind über 42 Studierende eingeschrieben. Dies bestätigt, dass diese Ausrichtung, die unter der Leitung der HSW-FR steht, einen bemerkenswerten Erfolg hat.

### 10.3.2 Weiterbildung

Das CAS-Angebot wurde 2013 mit der Lancierung eines CAS in Supply Chain Management erweitert. Die erste Ausbildung begann im Oktober 2013. Ausserdem wird zurzeit ein Westschweizer CAS in «Management d'entreprises de l'économie sociale et solidaire» ausgearbeitet und sollte in Zusammenarbeit mit der HEG Genf im Frühjahr 2014 lanciert werden. Zudem wurde eine Partnerschaft mit der HEIG-VD in Verbindung mit dem CAS in nachhaltigem Management aufgebaut. Die Summer School des EMBA fand grossen Anklang mit 18 Teilnehmenden aus Mexiko.

Seit fünf Jahren ist die HSW-FR ausserdem für die Schulung des Personals und der Vorgesetzten der Freiburger Kantonsverwaltung verantwortlich. 2013 bestand diese Tätigkeit in der Organisation von einem Dutzend Seminaren für Vorgesetzte, 75 Schulungsangeboten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und über 70 Informatik- und Sprach-Workshops. Über 1100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben an diesen Schulungen teilgenommen, die auf Französisch oder Deutsch angeboten wurden. Das Weiterbildungsprogramm des Kantons Freiburg wird in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation aufgestellt.

### 10.3.3 Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Die HSW-FR hat zahlreiche neue Forschungsprojekte lanciert und die Arbeit an verschiedenen laufenden Projekten fortgesetzt.

Das Institut Entrepreneurship & KMU hat namentlich in Zusammenarbeit mit der KTI, der ETH Zürich und der SUPSI Manno das Projekt GEM 2012/13 (Global Entrepreneurship Monitor) veröffentlicht. Für die grösste Studie über Entrepreneurship und Innovation (60 Länder) ist das Institut seit 2009 mit der Datenerhebung in der Schweiz beauftragt. Erwähnenswert ist ferner das Projekt «Swiss International Entrepreneurship Survey», das sich mit der Internationalisierung von Schweizer KMU befasst und das mit mehreren Wirtschaftspartnern realisiert wird. Die HSW-FR hat in diesem Zusammenhang zum dritten Mal eine Studie über das Internationalisierungsverhalten der Schweizer KMU durchgeführt und die neuen Trends aufgezeigt. Gestützt auf die Datenbank von Dun & Bradstreet wurde ein mehrsprachiger Fragebogen (Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch) an die Leitung von exportorientierten KMU geschickt. Die Resultate dieser Untersuchung haben die wichtigsten Faktoren aufgedeckt, die darüber entscheiden, ob die Internationalisierung eines Unternehmens gelingt oder nicht. Nach der quantitativen Studie wurden mehrere Workshops mit KMU in Basel, Freiburg, Luzern, Sankt Gallen und Zürich organisiert, um die Daten zu vertiefen.

Das Forschungsprojekt «Unternehmer und Gesundheit», das im Grunde eine internationale Initiative ist, hat an Bedeutung gewonnen und zahlreiche Artikel sind zu diesem Thema in den Medien erschienen. Die HSW-FR ist die Schweizer Antenne dieses Projekts. Die gesammelten Daten werden mit den Daten auf internationaler Ebene verglichen. Basierend darauf wird eine geeignete Unterstützung für die Unternehmen insbesondere in Verbindung mit der Unternehmensnachfolge entwickelt.

Die zweite Jahreshälfte war von der Organisation des 8. Kongresses für Entrepreneurship und Innovation vom 23. bis 25. Oktober 2013 geprägt. Dieser Kongress erlaubte es, die HSW-FR auf internationaler Ebene zu positionieren und die Forschung im Bereich Entrepreneurship und Innovation zu verstärken.

## 10.4 Die FHF-TW in Zahlen

### Personalstatistik FHF-TW (HTA-FR + HSW-FR)

	FHF-TW		HSW-FR		HTA-FR	
	2012/2013	2013/2014	2012/2013	2013/2014	2012/2013	2013/2014
<b>Lehrpersonal</b>						
Vollzeit	67	68	7	6	60	62
Teilzeit	176	184	40	48	136	136
Total	243	252	47	54	196	198
<b>Wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</b>						
Vollzeit	80	85	2	0	78	85
Teilzeit	79	90	8	8	71	82
Total	159	175	10	8	149	167
<b>Verwaltung und Direktion</b>						
Vollzeit	18	21	5	6	13	15
Teilzeit	36	33	10	11	26	22
Total	54	54	15	17	39	37
<b>Lernende</b>						
	32	30		1	32	29
<b>Gesamtsumme</b>						
Vollzeit	197	204	14	13	183	191
Teilzeit	291	307	58	67	233	240
Total	488	511	72	80	416	431

### Statistik der Studierenden FHF-TW + BTS

	1.	2.	3.	4.	Master	Total	Bachelor 2013	Master 2013
	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr				
<b>HTA-FR</b>								
Architektur	84	68	53	-	38	243	50	14
Chemie	46	15	25	-	-	86	24	-
Bauingenieurwesen	35	33	13	-	-	81	12	-
Informatik	34	24	26	-	-	84	25	-
Telekommunikation	38	17	24	-	-	79	20	-
Elektrobau	37	22	-	-	-	59	-	-

-	Elektronik			19			19	18	-
-	Elektrotechnik			26			26	26	-
	Maschinenbau	53	42	30	-	-	125	26	-
	<b>Total HTA-FR</b>	<b>327</b>	<b>221</b>	<b>216</b>	<b>-</b>	<b>38</b>	<b>802</b>	<b>201</b>	<b>14</b>

### HSW-FR

Betriebswirtschaft (Vollzeitstudium)	98	81	24	-	-	203	56	-
Betriebswirtschaft (berufsbegleitendes Studium)	104	42	80	36	73	335	70	20
<b>Total HSW-FR</b>	<b>202</b>	<b>123</b>	<b>104</b>	<b>36</b>	<b>73</b>	<b>538</b>	<b>126</b>	<b>20</b>

### BTS

Bauführung	29	20	27	-	-	76	24	-
<b>Total FHF-TW</b>	<b>558</b>	<b>364</b>	<b>347</b>	<b>36</b>	<b>111</b>	<b>1416</b>	<b>351</b>	<b>34</b>
<b>davon auf FH-Stufe</b>	<b>529</b>	<b>344</b>	<b>320</b>	<b>36</b>	<b>111</b>	<b>1340</b>	<b>327</b>	<b>34</b>

### Statistik der Studierenden nach Herkunft (Kanton, Ausland)

	FHF-TW	HSW-FR	HTA-FR	BTS
Freiburg	784	379	372	33
Bern	67	38	27	2
Genf	17	7	10	-
Jura	40	6	28	6
Neuenburg	37	3	32	2
Tessin	93	1	92	-
Waadt	205	60	136	9
Wallis	116	22	70	24
Andere Kantone	28	14	14	-
Ausland	29	8	21	-

## 10.5 Bautechnische Schule (BTS)

Die BTS ist eine Höhere Fachschule (HF), die es den Inhaberinnen und Inhabern eines eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ) oder eines gleichwertigen Abschlusses erlaubt, ein eidgenössisches Diplom auf Tertiärstufe zu erlangen. Die HF stellen jährlich knapp 7000 Diplome aus. Diese Bildungsgänge sind arbeitsmarktorientiert und fördern insbesondere die Fähigkeit zum methodischen und vernetzten Denken.

Der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) und die höheren Fachschulen, die Bauführer in der Schweiz ausbilden, arbeiten im Rahmen eines «Kontaktforums für Bauführer» zusammen, das sie gemeinsam geschaffen haben. Der SBV unterstützt in seiner Rolle als Organisation der Arbeitswelt die HF bei der Ausbildung von Bauführern unter Berücksichtigung der Anforderungen und Erwartungen des Arbeitsmarkts. Die höheren Fachschulen ihrerseits sorgen dafür, dass die gemeinsamen Anliegen berücksichtigt werden, und schaffen die nötige Transparenz bei der Umsetzung ihres Konzepts.

Am 18. Oktober 2013 wurden im Rahmen der Diplomfeier der HTA-FR 24 Diplome als Technikerin oder Techniker HF Bauführung überreicht.

## 10.6 Stand der Stipendienfonds

Fonds/Stiftung	Stand in CHF am	
	31.12.2012	31.12.2013
Stiftung Habricht del Soto	40 597.55	41 003.55
Fonds James Daler	71 673.70	71 671.05
Fonds Frédéric Broillet, Kunstmaler	59 814.50	60 412.65
Fonds Ampelio Regazzoni, Bildhauer	22 011.00	22 231.10
Fonds Placide Perroset	9 294.30	9 387.25
Fonds J.-B. Zbinden	4 925.10	4 974.35
Stiftung Krankenkasse der HTA-FR	98 364.26	99 347.91

Diese Stiftungen werden schon seit Längerem kaum noch genutzt. Deshalb hat die HTA-FR das Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge gebeten, zu prüfen, ob die Auflösung dieser Stiftungen zugunsten einer einzigen Stiftung aus rechtlicher Sicht möglich ist. Eine erste Analyse dieses Amtes kommt zum Schluss, dass dem grundsätzlich nichts entgegensteht, insbesondere da diese Stiftungen schon lange bestehen und die verfügbaren Mittel kaum genutzt werden. Die HTA-FR wird an diesem Vorhaben 2014 weiter arbeiten.

## 11. Personalbestand

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN	Kostenstellen	Rechnung 2013 VZÄ	Rechnung 2012 VZÄ	Differenz VZÄ
<b>Volkswirtschaftsdirektion</b>		<b>706.21</b>	<b>685.12</b>	<b>21.09</b>
Zentralverwaltung		75.91	75.55	0.36
3500 / ETES	Generalsekretariat	8.01	7.77	0.24
3505 / PECO	Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg	9.35	8.98	0.37
3510 / OPEM	Amt für den Arbeitsmarkt	14.56	14.85	-0.29
3525 / RCOM	Handelsregisteramt	5.67	5.85	-0.18
3535 / LOGE	Wohnungsamt	2.18	2.30	-0.12
3542.1 / SFPR	Amt für Berufsbildung	23.13	22.80	0.33
3560 / STAT	Amt für Statistik	8.00	8.00	
3565 / ENER	Amt für Energie	5.01	5.00	0.01
Unterrichtswesen		630.30	609.57	20.73
3542.2 / EPAI	Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule	178.51	174.31	4.20
3542.3 / EPCO	Kaufmännische Berufsfachschule	56.48	52.69	3.79
3542.4 / EPAC	Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule	47.23	46.12	1.11
3542.5 / EPSS	Berufsfachschule Soziales-Gesundheit	28.85	31.17	-2.32
3542.6 / EMEF	Berufsfachschule Technik und Kunst Freiburg	85.54	83.22	2.32
3557 / ETEC	Technische Schulen	7.73	7.97	-0.24
3558 / HESF	Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)	225.96	214.09	11.87

# Tätigkeitsbericht

Direktion für Gesundheit  
und Soziales

—

2013



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Direction de la santé et des affaires sociales DSAS**  
**Direktion für Gesundheit und Soziales GSD**

# Inhalt

---

<b>1</b>	<b>Direktion und Generalsekretariat</b>	<b>5</b>	<b>2.6</b>	<b>Hilfe und Pflege zu Hause</b>	<b>14</b>
<b>1.1</b>	<b>Ordentliche Tätigkeit</b>	<b>5</b>	<b>2.7</b>	<b>Gesundheitsförderung und Prävention</b>	<b>16</b>
<b>1.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>5</b>	2.7.1	Planung und Leistungsaufträge	16
1.2.1	Gesundheitsplanung	5	2.7.2	Spezifische Projekte	16
1.2.2	Gesundheitsförderung, Prävention und Jugend	5	2.7.3	Kantonale, interkantonale und nationale Beziehungen	18
1.2.3	freiburger spital	5	<b>2.8</b>	<b>Tätigkeit des Kantonsapothekers</b>	<b>18</b>
1.2.4	Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit	6	<b>2.9</b>	<b>Krankenversicherung</b>	<b>19</b>
1.2.5	Asylwesen	7	<b>2.10</b>	<b>Schülerunfallversicherung</b>	<b>20</b>
1.2.6	Woche der Generationen	7	2.10.1	Ordentliche Tätigkeit	20
<b>1.3</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>7</b>	2.10.2	Leistungen	20
1.3.1	Konferenz der Kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)	7	2.10.3	Buchführung	20
1.3.2	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)	7	<b>3</b>	<b>Kantonsarztamt (KAA)</b>	<b>21</b>
1.3.3	Conférence latine des affaires sanitaires et sociales (CLASS)	8	<b>3.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>21</b>
<b>1.4</b>	<b>Streitfälle</b>	<b>8</b>	3.1.1	Prävention und Gesundheitsförderung	21
<b>1.5</b>	<b>Gesetzgebung</b>	<b>8</b>	3.1.2	Überwachung und Planung des Gesundheitssystems	22
1.5.1	Gesetze und Dekrete	8	3.1.3	Familienplanung und Sexualinformation	22
1.5.2	Verordnungen	8	3.1.4	Information und Koordination	22
<b>2</b>	<b>Amt für Gesundheit (GesA)</b>	<b>10</b>	3.1.5	Austausch und Zusammenarbeit	22
<b>2.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>10</b>	<b>3.2</b>	<b>Prävention und Gesundheitsförderung</b>	<b>22</b>
<b>2.2</b>	<b>Gesundheitsberufe</b>	<b>11</b>	3.2.1	Sucht	22
2.2.1	Berufsausübungsbewilligungen	11	3.2.2	Übertragbare Krankheiten	23
2.2.2	Aufsicht über die Gesundheitsberufe	11	3.2.3	Gesundheitsförderung und Prävention nicht übertragbarer Krankheiten	24
<b>2.3</b>	<b>Spitäler</b>	<b>12</b>	<b>3.3</b>	<b>Überwachung und Planung des Gesundheitssystems</b>	<b>27</b>
2.3.1	Allgemeine Tätigkeiten	12	3.3.1	Institutionen und Fachpersonen des Gesundheitswesens: Zusammenfassung der Anzahl Leistungen	27
2.3.2	Die Spitäler in Zahlen	12			
2.3.3	Statistik	13			
<b>2.4</b>	<b>Ausserkantonale Spitalaufenthalte</b>	<b>13</b>			
<b>2.5</b>	<b>Spitalplanung</b>	<b>14</b>			

3.3.2	Pflegeheim-Unterbringung vor dem AHV-Alter	28	6.1.1	Aufgaben	42
3.3.3	Stellungnahmen zur Aufhebung des Berufsgeheimnisses	28	6.1.2	Beitrag zu den sozialpolitischen Massnahmen	42
3.3.4	Projekte und Arbeitsgruppen	28	6.1.3	Koordination	44
3.3.5	Ausserkantonale Spitalaufenthalte	29	6.1.4	Information und Ausbildung	44
<b>3.4</b>	<b>Familienplanung und Sexualinformation</b>	<b>29</b>	6.1.5	Prävention	45
3.4.1	Familienplanung und Schwangerschaftsberatung	29	6.1.6	Sozialhilfesystem	45
3.4.2	Kurse, Einsätze und Formen der Zusammenarbeit	30	6.1.7	Vertretungen	45
3.4.3	Sexualinformation	30	6.1.8	Statistik und Ausgaben 2013	45
3.4.4	Statistik	30	<b>6.2</b>	<b>Koordination der Familienpolitik</b>	<b>47</b>
<b>3.5</b>	<b>Information und Koordination</b>	<b>31</b>	<b>6.3</b>	<b>Freiburg für alle</b>	<b>47</b>
3.5.1	Statistik	31	6.3.1	Tätigkeit und Zusammenarbeit	48
<b>3.6</b>	<b>Austausch und Zusammenarbeit</b>	<b>31</b>	<b>6.4</b>	<b>Hilfe an die Opfer von Straftaten</b>	<b>48</b>
3.6.1	Kommissionen und Arbeitsgruppen	31	6.4.1	Haupttätigkeit	49
<b>4</b>	<b>Schulzahnpflegedienst (SZPD)</b>	<b>32</b>	6.4.2	Statistik	49
<b>4.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>32</b>	6.4.3	Koordination	49
4.1.1	Prophylaxe	32	6.4.4	OHG-Ausgaben	50
4.1.2	Pädodontie	32	<b>6.5</b>	<b>Hilfe an Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, abgewiesene Asylsuchende, Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid, Flüchtlinge</b>	<b>50</b>
4.1.3	Kieferorthopädie	32	6.5.1	Rechtlicher Rahmen	50
4.1.4	Aufsichtsaufgaben	32	6.5.2	Asylstatistik	50
<b>4.2</b>	<b>Statistik</b>	<b>32</b>	6.5.3	Beherbergung	51
<b>4.3</b>	<b>Gesetzgebung</b>	<b>33</b>	6.5.4	Soziale und finanzielle Begleitung	51
<b>5</b>	<b>Sozialvorsorgeamt (SVA)</b>	<b>33</b>	6.5.5	Abgewiesene Asylsuchende	51
<b>5.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>33</b>	6.5.6	Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen	52
5.1.1	Sektor Sondereinrichtungen	33	6.5.7	Integrationsmassnahmen für vorläufig aufgenommene Personen, Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge	52
5.1.2	Sektor Pflegeheime	34	6.5.8	Flüchtlinge	53
<b>5.2</b>	<b>Projekte und besondere Ereignisse</b>	<b>35</b>	6.5.9	Weitere Aufgaben	53
5.2.1	Sektor Sondereinrichtungen	35	6.5.10	Ausgaben 2013	54
5.2.2	Sektor Pflegeheime	35	<b>6.6</b>	<b>Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen</b>	<b>54</b>
<b>5.3</b>	<b>Statistik</b>	<b>36</b>			
5.3.1	Sektor Sondereinrichtungen	36			
5.3.2	Sektor Pflegeheime	40			
<b>6</b>	<b>Kantonales Sozialamt</b>	<b>42</b>			
<b>6.1</b>	<b>Hilfe an bedürftige Personen</b>	<b>42</b>			

6.6.1	Haupttätigkeit	54	7.4.4	Pflegefamilien	63
6.6.2	Statistik	54	7.4.5	Statistik	63
<b>7</b>	<b>Jugendamt (JA)</b>	<b>56</b>	<b>7.5</b>	<b>Tätigkeiten der OHG-Beratungsstelle</b>	<b>64</b>
<b>7.1</b>	<b>Haupttätigkeit</b>	<b>56</b>	7.5.1	Besonderes der OHG-Tätigkeit	64
<b>7.2</b>	<b>Tätigkeit Fachstelle für Jugendförderung (friJ)</b>	<b>56</b>	7.5.2	Vertretungen und Aussenbeziehungen	64
7.2.1	Freiburger Kinder- und Jugendpolitik	57	7.5.3	Beratung für Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Administrativmassnahmen	64
7.2.2	Unterstützung für Projekte zugunsten von Kindern und Jugendlichen	58	7.5.4	Statistik der OHG-Beratungsstelle	65
7.2.3	Informationsdienst	58	<b>8</b>	<b>Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB)</b>	<b>66</b>
7.2.4	Öffentlichkeitsarbeit und Koordination	58	<b>8.1</b>	<b>Ordentliche Tätigkeit</b>	<b>66</b>
<b>7.3</b>	<b>Tätigkeit Sektor Direkte Sozialarbeit (SASD)</b>	<b>59</b>	<b>8.2</b>	<b>Besondere Tätigkeit</b>	<b>67</b>
7.3.1	Besonderes der SASD-Tätigkeit	59	8.2.1	Gleichstellung und Beruf	67
7.3.2	Angaben zur SASD-Tätigkeit	59	8.2.2	Gleichstellung und Bildung	67
<b>7.4</b>	<b>Tätigkeit Sektor Familienexterne Betreuung (SMA)</b>	<b>61</b>	8.2.3	Umfassende Familienpolitik	67
7.4.1	Besonderes der SMA-Tätigkeit	61	8.2.4	Gewalt in Ehe und Partnerschaft	67
7.4.2	Familienergänzende Tagesbetreuung	61	8.2.5	Frauen im öffentlichen Leben	68
7.4.3	Adoption	62	8.2.6	egalite.ch	68
			<b>9</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>68</b>

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat

Anne-Claude Demierre, Staatsrätin, Direktorin

Antoine Geinoz, Generalsekretär

---

## 1.1 Ordentliche Tätigkeit

Eine gute Versorgung im Gesundheits- und Sozialbereich für die gesamte Freiburger Bevölkerung: Das ist das stetige Ziel der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD). Ihre Dienste und Ämter stellen eine Vielzahl an Leistungen für Menschen jeden Alters sicher, insbesondere aber für vorübergehend oder dauerhaft geschwächte. Über die GSD subventioniert der Staat aber auch zahlreiche Institutionen und Vereine, die in den gleichen Bereichen wie sie tätig sind. Drei öffentlich-rechtliche Anstalten, das freiburger spital (HFR), das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) und die Kantonale Sozialversicherungsanstalt (KSVA) sowie das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) sind der GSD administrativ zugewiesen.

Das Generalsekretariat unterstützt die Direktion bei der Führung und der Verwaltung und koordiniert die verschiedenen Verwaltungseinheiten. Es ist zuständig für Finanzen, Personalwesen, Kommunikation, Übersetzung, juristische Beratung und Streitfälle. Das Generalsekretariat ist ferner Ansprechpartner der zentralen Dienste des Staates und vertritt die GSD in verschiedenen Kommissionen. Schliesslich übt es die Aufsicht über die im Kanton tätigen Familienausgleichskassen aus.

## 1.2 Besondere Ereignisse

### 1.2.1 Gesundheitsplanung

Die Erarbeitung der kantonalen Gesundheitsplanung wurde mit der Erstellung eines Berichts über den Spitalpflegebedarf, der sowohl von den privaten als auch von den öffentlichen Spitälern zu decken ist, fortgesetzt. Im Frühling 2014 soll dieser Bericht in die Vernehmlassung geschickt werden. Die Kommission für Gesundheitsplanung wird sich 2014 dazu äussern. Bei ihren drei letzten Sitzungen hat sich diese insbesondere mit der HFR-Strategie 2013–2022, die sie unterstützt hat, der zukünftigen Alterspolitik und der Pflegeheimplanung sowie mit der Schaffung einer deutschsprachigen Psychiatrie-Abteilung des FNPG auseinandergesetzt.

### 1.2.2 Gesundheitsförderung, Prävention und Jugend

Die Umsetzung des Aktionsplans «Gesundheitsförderung und Prävention» wurde fortgesetzt; Ziel ist ein dauerhafter Einfluss auf die Gesellschaft, ausgehend von den bekannten Gesundheitsbedürfnissen der Freiburger Bevölkerung. Im Rahmen des Projektes «Gesundes Körpergewicht», das sich an Kinder richtet, wurde die zweite Phase des Kantonalen Programms «Ich ernähre mich gesund und bewege mich ausreichend» ausgearbeitet. In Zusammenarbeit mit der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) wurde ein Konzept «Gesundheit in der Schule 2014–2017» ausgearbeitet. Zur Aufsicht über die Betreuung Suchtkranker (illegale Drogen oder Alkohol) hat die GSD einen Beauftragten für Suchtfragen ernannt; dieser hat sein Amt am 1. Oktober angetreten. Die Arbeiten am kantonalen Konzept für Palliativpflege wurden ebenfalls fortgesetzt. Ausserdem wurde 2013 der kantonale Plan zur Förderung der psychischen Gesundheit lanciert.

Der Staat subventioniert über die GSD zahlreiche Einrichtungen im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention, denen sie verschiedene Leistungsaufträge erteilt. Des Weiteren hat sie 24 Jugendprojekte unterstützt.

### 1.2.3 freiburger spital

Mit der Verabschiedung der Strategie 2013–2022 und einem Wechsel bei der Generaldirektion war 2013 ein wichtiges Jahr für das HFR. Der Staatsrat hat die Strategie genehmigt. Sie empfiehlt die Konzentration der Akutpflege auf einen Standort mit Beibehaltung mehrerer Standorte für Rehabilitation. Ziel der Restrukturierung ist es, dass das HFR dauerhaft in der Schweizer Spitallandschaft, wo die Konkurrenz immer stärker wird, bestehen kann. Mit der Verlegung der Tätigkeit von Riaz nach Freiburg wurden die stationären Leistungen der Geburtenabteilung bis

---

Ende 2013 ebenfalls auf einen Standort konzentriert. Im Rahmen der schrittweisen Schliessung des HFR Châtel-St-Denis wurden die Abteilungen innere Medizin und Geriatrie nach Riaz verlegt. Im Gegenzug soll die Palliativpflege im Frühling 2014 nach Villars-sur-Glâne (Villa St-François) umziehen. Die kardiovaskuläre Rehabilitation wird von Billens nach Freiburg verlegt, während die allgemeine und die respiratorische Rehabilitation im HFR Meyriez-Murten bleiben werden. An den Standorten Freiburg, Riaz und Tafers sollen Permanenzen entstehen.

Die Überlegungen im Zusammenhang mit dem Betrieb des Notfalldienstes des HFR Freiburg – Kantonsspital führten zu einer Neuorganisation: Künftig werden die Notfälle bei Eintritt in lebensbedrohliche oder gravierende und weniger schlimme Notfälle eingeteilt. Letztere werden in einem Provisorium behandelt, wobei die Wartezeiten kürzer ausfallen sollten als bislang. Parallel dazu wurde ein Projekt für einen mobilen Dienst für Notfallmedizin und Reanimation (SMUR) und den medizinischen Transfer von einem HFR-Standort zum anderen ausgearbeitet.

Weitere Neuigkeit: die Umsetzung eines gemeinsamen *Tumor Board* des HFR und des Daler-Spitals für Brustkrebs, ein wichtiger Schritt für die Schaffung eines Freiburger Brustkrebszentrums. Diese neue Form der Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor wird den Patientinnen sowohl in Bezug auf die Diagnose als auch die Behandlung zu Gute kommen.

Im November hat das HFR im Rahmen des 100-jährigen Bestehens der Schweizerischen Gesellschaft für Chirurgie einen Tag der Chirurgie organisiert. Rund Tausend Personen besuchten die Operationssäle und stellten dabei den Fachpersonen Fragen oder entdeckten moderne Techniken wie Laparoskopie oder Ultraschall.

Anfang 2013 hat die HFR-Generaldirektorin Pauline de Vos Bolay ihren Rücktritt verkündet. Vom 1. Mai bis zum Jahresende wurde sie ad interim durch Edgar Theusinger ersetzt. Während dieser Zeit wurde eine neue Generaldirektorin gefunden: Claudia Käch wird die Stelle per 1. Januar 2014 antreten.

#### 1.2.4 Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit

Für das FNPG war das Geschäftsjahr 2013 wiederum durch die Umsetzung neuer Leistungen, vor allem aber durch die Festigung der Betreuungsqualität in den bereits bestehenden Einrichtungen geprägt. Schliesslich bot 2013 vor allem Zeit für Überlegungen und die Ausarbeitung neuer Grossprojekte: im April 2014 die Eröffnung eines neuen Psychiatriezentrums in Bulle, das alle ambulanten Konsultationen und eine Tagesklinik mit 20 Plätzen für den Süden des Kantons unter einem Dach vereint, im Herbst 2014 der Umzug und der Ausbau des kantonalen Zentrums für Suchtbehandlung sowie die Möglichkeit, in Freiburg ein Psychiatriezentrum für die deutschsprachigen Patientinnen und Patienten zu eröffnen.

Im Berichtsjahr konnten unter der Schirmherrschaft von Professor Marco Merlo, neuer ärztlicher Direktor des Bereichs Erwachsenenpsychiatrie und -psychotherapie, im Forschungsbereich zahlreiche Synergien mit der Universität Freiburg und dem HFR geschaffen werden.

Weiterer Leistungsausbau im 2013: In der Kinder- und Jugendpsychiatrie wurden die ambulanten Sprechstunden im Broyebezirk ausgebaut und die Netzwerkarbeit mit den Schulpsychologen in Estavayer-le-Lac intensiviert. In der Erwachsenenpsychiatrie ist das FNPG Zusammenarbeitsvereinbarungen mit dem Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse und dem Zentralgefängnis Freiburg sowie mit den Anstalten von Bellechasse und dem Amt für Bewährungshilfe eingegangen. Diese drei Vereinbarungen ermöglichen dank einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Sicherheits- und Justizdirektion (SJD) die Festigung der Betreuung in der forensischen Psychiatrie im Kanton. In der Folge wurde in der Stadt Freiburg ein Zentrum für forensische Psychiatrie mit einer Abteilung für psychiatrische Begutachtung und einer Abteilung für ambulante Therapie eröffnet.

Im Bereich der Alterspsychiatrie und -psychotherapie ist auf den unablässigen Erfolg der konsiliar- und liaisonpsychiatrischen Beratung in den Pflegeheimen hinzuweisen, die nun in 36 von 48 Pflegeheimen des Kantons angeboten wird. Des Weiteren hat der ärztliche Direktor dieses Sektors Supervisionsleistungen entwickelt und diese den Pflegenetzen der Bezirke angeboten. Diese geben dem FNPG die Möglichkeit, die psychiatrischen Einsätze der Spitex-Dienste, die dies wünschen, zu unterstützen.

Für das Zentrum für stationäre Spitalleistungen war 2013 das erste Betriebsjahr mit einer auf 170 reduzierten Bettenzahl während 12 Monaten. Der stationäre Betrieb hat sich wie 2012 auf einem sehr hohen Belegungslevel

---

stabilisiert (96,5 %), mit einer stabilen Aufnahmezahl (2221 Patientinnen und Patienten) und einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 25,2 Tagen (unter dem Schweizer Durchschnitt von knapp 30 Tagen).

#### 1.2.5 Asylwesen

2013 war die Zahl der Ankünfte von Asylsuchenden in der Schweiz und somit auch im Kanton Freiburg rückläufig. Die befristete Asylunterkunft, die im Vorjahr in Charmey eröffnet worden war, konnte somit wie geplant wieder geschlossen werden. Die andere befristete Unterkunft in Wünnwil wurde durch eine Unterkunft in Düringen ersetzt. Darüber hinaus können in der Bundesunterkunft in Châtillon (Gemeinde Hauterive) rund sechzig Asylsuchende, die noch keinem Kanton zugeteilt wurden, untergebracht werden. Der Bund wird diese Unterkunft noch bis Mitte 2014 betreiben.

#### 1.2.6 Woche der Generationen

Vom 29. November bis zum 7. Dezember 2013 hat die GSD eine Woche der Generationen organisiert. Diese war äusserst erfolgreich: An ca. 70 Events kamen Menschen jeden Alters zusammen, tauschten sich zu verschiedenen, bereichernden Themen aus, stellten sich Fragen und machten Beobachtungen. Bei einem Wettbewerb konnten mehrere generationenübergreifende Projekte ausgezeichnet werden. So konnte die Frage, ob es einen Austausch zwischen den Generationen wirklich braucht, einmal mehr aufgeworfen und in wissenschaftlicher, aber auch ungezwungener Weise behandelt werden. Und die Debatte wird sicherlich auch nach dieser Woche weitergehen...

### 1.3 Interkantonale Zusammenarbeit

#### 1.3.1 Konferenz der Kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

In der ersten Jahreshälfte hat sich die GDK stark dafür eingesetzt, für alle Kantone eine zufriedenstellende Lösung für die Kompensation der zwischen 1996 und 2011 zu viel – oder zu wenig – bezahlten Krankenkassenprämien zu finden. Danach hat sie sich in der Debatte zum neuen Alkoholgesetz gegen die Position der eidgenössischen Räte gewehrt; Letztere hätten zu wenig wirksame Massnahmen für den Jugendschutz vorgesehen und das geplante Besteuerungssystem hätte eine Senkung des Alkoholzehntels und somit der Mittel an die Kantone für die Prävention zur Folge.

Im Rahmen der eidgenössischen Abstimmungskampagnen hat sich die GDK gegen die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» und für die Revision des Epidemiegesetzes ausgesprochen. Im Zusammenhang mit Letzterer hat sie sich für eine schweizweite Maserneliminierungskampagne dem Bund angeschlossen.

Das Beschlussorgan für hochspezialisierte Medizin, bei dem auch die Direktorin der GSD Mitglied ist, hat seit Tätigkeitsbeginn im 2009 bereits 39 Leistungszuteilungen vorgenommen.

#### 1.3.2 Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)

Die SODK hat ihre Prioritäten im Bereich Familien erneut bekräftigt: eine kohärente und koordinierte Politik, die die verschiedenen familiären Realitäten berücksichtigt, eine angemessene Unterstützung für arme oder von Armut bedrohte Familien und ein angemessene familienergänzendes Betreuungsangebot. Die Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren hatten bei einem Treffen mit Bundesrat Alain Berset am Tag nach der Ablehnung des Verfassungsartikels über die Familienpolitik durch die Mehrheit der Kantone die Gelegenheit, noch einmal daran zu erinnern. Auch konnten sie über die Harmonisierung der Unterhaltsvorsüsse und die Reform «Altersvorsorge 2020» sprechen.

Im Weiteren beschäftigte sich die SODK mit der Akte «Fürsorgerische Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen», wobei sie den Kantonen die Einrichtung eines Soforthilfefonds empfohlen hat. Im Asylbereich hat die SODK schliesslich mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) an einer Restrukturierung zur Klärung und Beschleunigung der Verfahren gearbeitet.

### 1.3.3 Conférence latine des affaires sanitaires et sociales (CLASS)

Die CLASS ist im Berichtsjahr fünf Mal zu einer Sitzung zusammengekommen. Befasst hat sie sich mit diversen Aspekten im Zusammenhang mit der Krankenkasse, insbesondere mit der Korrektur der zwischen 1996 und 2011 bezahlten Prämien und dem Entwurf des Krankenversicherungs-Aufsichtsgesetzes. Ausserdem hat sie ihre Überlegungen zur hochspezialisierten Medizin und zur Spitalplanung fortgesetzt. Des Weiteren haben sich alle Mitgliederkantone der Überarbeitung der Broschüre «Die Patientenrechte im Überblick» angeschlossen, die auf Deutsch, Französisch und Italienisch erhältlich ist. Die CLASS hat schliesslich verschiedene andere Themen aufgegriffen, so z. B. den Kampf gegen Menschenhandel, die kantonalen arbeitsmarktlichen Massnahmen oder die Lastenabwälzung auf die Sozialhilfe, zu denen einige Gesetzesprojekte im Zusammenhang mit den AHV/IV-Ergänzungsleistungen führen könnten.

## 1.4 Streitfälle

Basierend auf Art. 116 Abs. 1 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (VRG) behandelt die GSD Beschwerden gegen Entscheide ihrer Dienststellen und Ämter, sofern das Gesetz keine Beschwerde beim Kantonsgericht vorsieht. Die Situation bei den Beschwerden präsentierte sich 2013 wie folgt:

Hängige Verfahren am 31. Dezember 2012: 1

Eingereichte Beschwerden: 3

Behandelte Beschwerden: 4

*davon:*

Unzulässig: 1

Gutgeheissen: 0

Teilweise gutgeheissen: 1

Abgelehnt: 2

Am 31. Dezember 2013 waren in der GSD keine Beschwerdeverfahren hängig.

Die drei Beschwerden von 2013 wurden alle auf Französisch eingereicht. In einem Verfahren wurde unentgeltliche Rechtspflege zugesprochen.

## 1.5 Gesetzgebung

### 1.5.1 Gesetze und Dekrete

Gesetz vom 16. Mai 2013 zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Prämienverbilligung – Datenaustausch und Verfahren)

Dekret vom 18. Juni 2013 über die Gültigkeit der Gesetzesinitiative in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfs «Für bürgernahe Spitäler»

Dekret vom 9. Oktober 2013 über die Gesetzesinitiative «Für bürgernahe Spitäler» (Volksabstimmung)

Gesetz vom 10. Oktober 2013 über den Beitritt zur Vereinbarung über das Interkantonale Spital der Broye (HIB) Waadt–Freiburg

### 1.5.2 Verordnungen

Verordnung vom 15. Januar 2013 über den Taxpunktwert TARMED 2012 für die Freiburger Spitäler für somatische Pflege und für das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit

Verordnung vom 4. Februar 2013 über den Kantonsanteil an der Abgeltung von stationären Leistungen

Verordnung vom 4. Februar 2013 über den Kantonsanteil an den Kosten der Leistungen der Akut- und Übergangspflege

---

Verordnung vom 4. Februar 2013 zur Änderung des Reglements über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen

Verordnung vom 12. Januar 2013 zur Änderung der Verordnung über die Liste der Pflegeheime des Kantons Freiburg

Verordnung vom 12. März 2013 zur Genehmigung der zwischen den Krankenversicherern und der Vereinigung Freiburgerischer Alterseinrichtungen ausgehandelten Anhebung der Vergütung der pharmazeutischen Betreuung

Verordnung vom 12. März 2013 über den Taxpunkt看wert für Physiotherapie

Verordnung vom 12. März 2013 zur Festlegung der provisorischen Tarife der Spitäler und Geburtshäuser

Verordnung vom 16. April 2013 über die provisorischen Tarife des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit (FNPG)

Verordnung vom 30. April 2013 über den provisorischen TARMED-Taxpunkt看wert der Freiburger Spitäler für somatische Pflege und des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit für die Einkaufsgemeinschaft HSK

Verordnung vom 30. April 2013 über den provisorischen TARMED-Taxpunkt看wert der Freiburger Spitäler für somatische Pflege und des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit für tarifsuisse ag, Assura und Supra

Verordnung vom 2. Mai 2013 über die Einreihung subventionierter Funktionen

Verordnung vom 25. Juni 2013 zur Genehmigung der Änderungen der Vereinbarungen und ihrer Nachträge zwischen der Freiburger Krebsliga und den Krankenversicherern zur Übernahme des Brustkrebs-Screenings

Verordnung vom 20. August 2013 zur Änderung der Verordnung über das Register für das kantonale Programm zur Früherkennung von Brustkrebs durch Mammographie

Verordnung vom 20. August 2013 über die Anwendung von Artikel 55a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung

Verordnung vom 9. September 2013 zur Änderung der Verordnung über die Referenztarife der Spitäler und Geburtshäuser

Verordnung vom 24. September 2013 zur Genehmigung des zwischen der Einkaufsgemeinschaft HSK und dem Schweizerischen Verband freiberuflicher Physiotherapeuten vereinbarten Taxpunkt看werts für Physiotherapie

Verordnung vom 1. Oktober 2013 über die Pflegekinderaufsicht

Verordnung vom 15. Oktober 2013 zur Genehmigung der Tarifverträge 2012 für die spitalmedizinische Versorgung in der allgemeinen Abteilung des Daler-Spitals

Verordnung vom 15. Oktober 2013 zur Genehmigung der Tarifverträge 2012 für die spitalmedizinische Versorgung in der allgemeinen Abteilung von Tages- und Nachtkliniken des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit

Verordnung vom 15. Oktober 2013 zur Genehmigung der Tarifverträge 2012 für die spitalmedizinische Versorgung in der allgemeinen Abteilung des Interkantonalen Spitals der Broye

Verordnung vom 26. November 2013 über das sanitätsdienstliche Führungsorgan

Verordnung vom 3. Dezember 2013 über die Änderung des Reglements über die Pflegeheime für Betagte

Verordnung vom 3. Dezember 2013 über die Ermittlung des Pflege- und Betreuungsbedarfs

Verordnung vom 9. Dezember 2013 zur Änderung der Verordnung über den kantonalen Fonds für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht

Verordnung vom 9. Dezember 2013 zur Genehmigung der Tarifverträge 2013 für die spitalmedizinische Versorgung in der allgemeinen Abteilung und in der Tagesklinik des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit

Verordnung vom 9. Dezember 2013 über den Beitragsansatz der Kantonalen Ausgleichskasse für Familienzulagen für das Jahr 2014

---

## 2 Amt für Gesundheit (GesA)

Patrice Zurich, Amtsvorsteher

---

### 2.1 Tätigkeit

Das Amt für Gesundheit (GesA) befasst sich hauptsächlich mit der Planung und dem Management des Gesundheitsbereichs, um der Bevölkerung den Zugang zu den Pflegeleistungen und eine gute Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Ausserdem kümmert es sich um die Umsetzung der Gesundheitsförderungs- und Präventionspolitik. In diesem Rahmen betreffen die Tätigkeitsbereiche des GesA im Wesentlichen Planung, Subventionierung bzw. Finanzierung, Kontrolle und Gesundheitspolizei.

Haupttätigkeit des GesA:

- > Betreuung des Dossiers Spitalplanung
- > Subventionierung bzw. Finanzierung der öffentlichen Spitäler, der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause sowie der Institutionen und Projekte für Gesundheitsförderung und Prävention
- > Verwaltung der Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte
- > Verwaltung der Berufsausübungsbewilligungen für Gesundheitsfachleute, einschliesslich Stellungnahmen zu Gesuchen um Aufenthaltsbewilligungen für ausländische Gesundheitsfachleute
- > Bewilligungen zum Betrieb von Institutionen des Gesundheitswesens
- > Kontrolle der Heilmittel und ihres Inverkehrbringens, Aufsicht über die Apotheken und Drogerien des Kantons, Betäubungsmittelkontrolle
- > Verwaltung des Spezialfonds für verunfallte Kinder (frühere Schülerunfallversicherung; s. Punkt 1.10)

Infolge der Änderung vom 21. Dezember 2007 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG), die am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, muss der Staat sich auch an der Finanzierung der Leistungen von Privatspitälern beteiligen, die auf der kantonalen Spitalliste stehen, wobei für die Finanzierung dieser Leistungen dieselben Bestimmungen gelten, wie für die öffentlichen Spitäler. Folglich haben sich die Mitarbeitenden zusätzlich zur bereits erwähnten ordentlichen Tätigkeit auch mit der Finanzierung der öffentlichen und privaten Spitäler und der Geburtshäuser, der Ausarbeitung ihrer Leistungsaufträge und der Bearbeitung der Dossiers im Zusammenhang mit diesen Einrichtungen beschäftigt.

Im ersten Halbjahr 2013 hat das GesA an der Beantwortung einer besonders grossen Anzahl parlamentarischer Vorstösse und Petitionen im Zusammenhang mit der neuen Strategie des freiburger Spitals (HFR) mitgewirkt. Ausserdem war es aktiv an der Ausarbeitung eines Gegenentwurfs zur Volksinitiative «Für bürgernahe Spitäler» beteiligt.

Ein Entscheid des Bundesgerichts infolge einer Beschwerde von Seiten des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner, Sektion Freiburg, und eines selbstständigen Pflegefachmannes hat die Verordnung vom 25. Januar 2011 über die Neuordnung der Pflegefinanzierung zwar bestätigt, trotzdem muss der Kanton die Leistungskosten neu evaluieren. Aus diesem Grund wurden die Überlegungen zur Festlegung der Pflegekosten wieder aufgenommen; dazu wurden in Zusammenarbeit mit den selbstständigen Pflegefachpersonen wichtige Informationen gesammelt (detaillierte Statistikdaten zum Umfang der einzelnen Leistungsarten). Im Verlauf des ersten Quartals 2014 wird dem Staatsrat ein neuer Verordnungsentwurf zur Genehmigung unterbreitet.

Die Zusammenarbeit mit dem Sozialvorgeamt (SVA) betraf das Projekt der Planung der Langzeitpflege, das Auswirkungen auf die Betreuung durch die Organisationen für Hilfe und Pflege zu Hause hat, sowie die Arbeiten im Rahmen des Projektes Senior+.

---

Im Weiteren leitete das GesA Friedhofreglemente von sieben Gemeinden sowie zwei Gemeindereglemente über die Beteiligung an den Kosten schulzahnärztlicher Behandlungen zur Genehmigung an die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) weiter.

Auch im Berichtsjahr bearbeitete das GesA nach wie vor Fragen in Bezug auf die Anwendung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) mit der Europäischen Union (EU) und der Vereinbarung über die europäische Freihandelsassoziation (EFTA) auf dem Gebiet der Krankenversicherung.

Das GesA informiert die Öffentlichkeit über seine Website (<http://www.fr.ch/gesa>), die 2013 von 57 348 Personen besucht wurde.

## 2.2 Gesundheitsberufe

### 2.2.1 Berufsausübungsbewilligungen

Den Bestimmungen der Gesundheitsgesetzgebung entsprechend erteilte die GSD die nachfolgenden Bewilligungen zur Ausübung eines Gesundheitsberufes:

- > Hörgeräte-Akustiker/in: 2
- > Ernährungsberater/in: 2
- > Drogist/in: 5
- > Ergotherapeut/in: 8
- > Pflegefachfrau/Pflegefachmann: 25
- > Logopädin/Logopäde: 1
- > Medizinische Masseurin/medizinischer Masseur: 1
- > Ärztin/Arzt: 129
- > Zahnärztin/Zahnarzt: 26
- > Tierärztin/Tierarzt: 12
- > Diplomierte Augenoptikerin/diplomierter Augenoptiker: 1
- > Augenoptiker/in: 1
- > Osteopath/in: 18
- > Apotheker/in: 19
- > Physiotherapeut/in: 25
- > Podologin/Podologe: 4
- > Psychologin-Psychotherapeutin/Psychologe-Psychotherapeut: 10
- > Hebamme: 4
- > Zahntechniker/in: 2

Gesundheitsfachpersonen, die in einer Institution des Gesundheitswesens oder im Auftrag eines Gemeinwesens arbeiten, brauchen keine persönliche Berufsausübungsbewilligung mehr. Allerdings können alle Gesundheitsfachpersonen in ihrem eigenen Interesse, aber auch im Interesse der Institution bzw. auf deren Wunsch eine persönliche Berufsausübungsbewilligung beantragen. Davon betroffen sein können z. B. Kaderärztinnen und Kaderärzte mit einem privatem Nebenerwerb oder Personen, die einem Berufsverband beitreten möchten, der ein solches Vorgehen von ihren Mitgliedern verlangt.

### 2.2.2 Aufsicht über die Gesundheitsberufe

Im Laufe ihres 13. Tätigkeitsjahres hat sich die Kommission für die Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens und die Wahrung der Patientenrechte (die Kommission) mit 18 Klagen, Anzeigen oder anderen Anträgen befasst.

2013 erledigte sie insgesamt 17 Fälle:

- > 5 durch Sanktionsverfügung gegen drei Gesundheitsfachpersonen (zwei von diesen wurden verwarnt, eine erhielt eine Busse)
- > 2 durch Verfügung über die weitere Handhabung von Patientendossiers verstorbener Gesundheitsfachpersonen
- > 1 durch Verfügung einer Nichtweiterverfolgung (keine Verletzung des GesG/MedBG festgestellt)
- > 1 durch Nichteintretensverfügung

- > 3 durch Mediation
- > 5 wurden gegenstandslos oder der Strafantrag wurde zurückgezogen

Die Kommission kam 2013 für sechs Sitzungen zusammen: Fünf waren für die ständigen Mitglieder und die Behandlung von Klagen und Anzeigen gedacht; die sechste (Plenarsitzung für ständige und nichtständige Mitglieder) diente der Verabschiedung des Jahresberichts 2012.

Ausserdem fanden rund 16 Delegationssitzungen (bestehen im Allgemeinen aus drei Mitgliedern der Kommission und einem juristischen Sekretär) statt, bei denen die Dossiers untersucht und über diese verhandelt wurde, um schliesslich der ständigen Kommission Entwürfe von Stellungnahmen oder Entscheiden zu unterbreiten, die vom juristischen Sekretär abgefasst wurden.

Schliesslich hat das juristische Sekretariat Patientendossiers von verstorbenen Ärztinnen und Ärzten ins Kantonsarztamt (KAA) verlegt; Letzteres hat eingewilligt, die Dossiers aufzubewahren und sie allfälligen Berechtigten auf Anfrage zur Verfügung zu stellen.

## 2.3 Spitäler

### 2.3.1 Allgemeine Tätigkeiten

2013 wurden die Arbeiten zur Identifizierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und der Leistungen, die einem Bedürfnis der öffentlichen Gesundheit entsprechen, im Rahmen der Leistungsaufträge fortgesetzt. Ziel war es, sowohl im HFR als auch im Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) die Leistungsfinanzierung einzuführen.

Das GesA hat ausserdem die jährlichen Leistungsaufträge mit den beiden Privatkliniken des Kantons und dem Geburtshaus «Le Petit Prince» ausgehandelt.

Der Leistungsauftrag 2013 für das HIB wurde zwischen dem GesA und dem Gesundheitsamt des Kantons Waadt sowie der Spitaldirektion ausgehandelt. Auch hier verfolgen die beiden Kantone eine exklusiv leistungsorientierte Finanzierung.

Die Abrechnungen 2012 der Freiburger Spitäler lieferten die ersten «echten» Daten im Zusammenhang mit dem Leistungsumfang nach DRG-Punkten.

Im Übrigen beantwortete das GesA zahlreiche Fragen zum Spitalbereich und wirkte in verschiedenen Kommissionen für interkantonale und eidgenössische Pläne mit.

### 2.3.2 Die Spitäler in Zahlen

Gemäss jährlichen Leistungsaufträgen sprach der Staat dem HFR für 2013 Finanzierungsmittel von insgesamt 177 416 580 Franken zu. Dieser Betrag wurde 2013 in Form von 12 monatlichen Anzahlungen entrichtet. Die endgültige Abrechnung erfolgt im ersten Quartal 2014. Hinzu kommen 4 218 296 Franken für das Geschäftsjahr 2012, gemäss Finanzierungsmechanismus der Leistungsaufträge 2012. 2013 hat das HFR durchschnittlich 2175,99 Vollzeitäquivalente beschäftigt (ohne Auszubildende).

Gemäss jährlichen Leistungsaufträgen sprach der Staat dem HFR für 2013 Finanzierungsmittel von insgesamt 35 500 000 Franken zu. Dieser Betrag wurde 2013 in Form von 12 monatlichen Anzahlungen entrichtet. Die Endabrechnung erfolgt im Laufe des Jahres 2014, jedoch wurde dem dank zusätzlicher Einnahmen durch die stationäre Tätigkeit und die zeitliche Verzögerung einiger Projekte Staat bereits ein Betrag von 3 000 000 Franken rückerstattet. Die Endabrechnung 2012 führte zu einer Rückerstattung von 3 000 000 Franken an den Staat, die bereits in den Jahresrechnungen 2012 des Staates und des FNPG verbucht worden waren. 2013 hat das FNPG durchschnittlich 377,63 Vollzeitäquivalente beschäftigt (ohne Auszubildende).

Für das HIB belief sich die Finanzierung 2013 zu Lasten des Staates gemäss Leistungsvertrag zwischen den Kantonen Waadt und Freiburg auf 10 579 126 Franken. Dieser Betrag wurde in Form von 12 monatlichen Anzahlungen entrichtet. Die endgültige Abrechnung erfolgt im ersten Quartal 2014 und wird die stationäre Tätigkeit der beiden Kantone separat berücksichtigen. Ausserdem erhielt das HIB 171 522 Franken für 2012; damit wird der Tätigkeit zugunsten der beiden Kantone Rechnung getragen.

Für die anderen Einrichtungen hat der Staat einen Gesamtbetrag von 33 399 817 Franken entrichtet, darunter 30 520 707 Franken für die für 2013 gemäss Leistungsaufträgen veranschlagten Leistungen und 2 879 110 Franken als Saldo für die Leistungen 2012. Den einzelnen Einrichtungen wurden folgende Beträge entrichtet:

Clinique générale:	14 129 637 Franken, wovon 198 949 Franken Saldo 2012;
Dalerspital:	19 098 063 Franken, wovon 2 652 692 Franken Saldo 2012;
Geburtshaus «Le Petit Prince»:	172 117 Franken, wovon 27 469 Franken Saldo 2012.

Die Endabrechnung erfolgt im Laufe des Jahres 2014 anhand der tatsächlichen Zahlen.

Gemäss Dekret vom 12. September 2012 wurden 2 667 814 Franken für die Umbau- und Vergrösserungsarbeiten des HFR Meyriez-Murten entrichtet.

### 2.3.3 Statistik

Allgemeine Betriebsstatistik 2013 der kantonalen Spitäler für somatische und psychiatrische Krankenpflege

EINRICHTUNGEN	Betten im Jahresdurchschnitt	Austritte (2)	Krankentage (3)	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
<b>HFR freiburger spital</b>				
HFR Freiburg - Kantonsspital	327	11 414	89 705	7.9
HFR Tafers	77	2 409	22 112	9.2
HFR Riaz	115	4 590	33 148	7.2
HFR Billens	47	797	14 259	17.9
HFR Châtel-St-Denis	15	215	4 682	21.8
HFR Meyriez-Murten	13	410	3 641	8.9
<b>Interkantonales Spital der Broye (1)</b>				
Interkantonales Spital der Broye, Standort Estavayer-le-Lac	47	713	16 252	22.8
Interkantonales Spital der Broye, Standort Payerne	105	4 994	27 398	5.5
<b>FNPG Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit</b>				
Stationäres Behandlungszentrum Marsens	170	2211	58 629	26.5
Stationäres Behandlungszentrum Marsens (4)			(59 846)	
<b>Privatkliniken Freiburg</b>				
	111	9 984	37 055	3.7
<b>Total für somatische und psychiatrische Krankenpflege</b>	<b>1 027</b>	<b>37 737</b>	<b>306 881</b>	<b>8.1</b>

(1) Die Angaben beziehen sich auf das Interkantonale Spital der Broye als Ganzes (inkl. Waadtländer Patienten).

(2) Diese Zahlen enthalten auch die Neugeborenen und berücksichtigen die Zusammenlegungen gemäss SwissDRG.

(3) Gemäss Definition der SwissDRG-Aufenthaltsdauer (Inkrafttreten am 1. Januar 2012), soll heissen Austrittsdatum ./ Eintrittsdatum ./ Urlaubstage; für das FNPG werden die Urlaubstage anders abgezogen.

(4) Verrechnete Tage 2013.

## 2.4 Ausserkantonale Spitalaufenthalte

Seit 2012 hat die finanzielle Beteiligung des Staates an den ausserkantonalen Spitalaufenthalten stark zugenommen. Die mit der KVG-Änderung eingeführte freie Spitalwahl in der ganzen Schweiz bedeutet, dass sich der Staat Freiburg an den Kosten für einen ausserkantonalen Spitalaufenthalt beteiligen muss, wenn das entsprechende Spital entweder

---

auf der Spitalliste des Kantons Freiburg oder auf der Spitalliste des Kantons, in dem es sich befindet, aufgeführt ist. Diese Beteiligung betrug im Berichtsjahr 49 % des Tarifs des Spitals, in dem die Behandlung durchgeführt wird, wenn ein medizinischer Grund vorliegt (Leistung im Kanton nicht erhältlich oder Notfall ausserhalb des Wohnkantons) und 49 % des Freiburger Referenztarifs, wenn die ausserkantonale Behandlung aus rein persönlichen Gründen stattfindet. Wie 2012 hat das betreffende Rechnungsvolumen auch 2013 stark zugenommen.

2013 belief sich die Rechnung des Staates Freiburg für die Finanzierung ausserkantonomer Spitalaufenthalte auf 55 622 191 Franken. Rund 36,6 Millionen Franken betrafen Aufenthalte des laufenden Jahres, wohingegen nahezu 19 Millionen Franken der Bezahlung von Rechnungen für Aufenthalte von 2012 oder früher dienten. Dieser starke Ausgabenanstieg ist auf die überall in der Schweiz geltende freie Spitalwahl zurückzuführen, deren finanzielle Auswirkungen 2012 aufgrund des grossen Verrechnungsrückstandes der Spitäler noch nicht vollständig absehbar waren.

Die Software «Electronic Health-Government Platform» (eHGP) dient der Bearbeitung der ausserkantonomer Spitalaufenthalte. Das GesA hat bei der Entwicklung dieser Software, die heute von 12 anderen Kantonen und zahlreichen Spitälern verwendet wird, eine äusserst wichtige Rolle gespielt. Durch ein neues Modul wird die Bearbeitung der Spitalrechnungen noch einfacher; diese werden ab 2014 auf elektronischem Weg zugestellt.

## **2.5 Spitalplanung**

Aufgrund der KVG-Revision bzgl. Spitalfinanzierung muss die Spitalplanung überarbeitet werden, damit sie den neuen gesetzlichen Anforderungen (Art. 39 KVG), d. h. Qualität und Wirtschaftlichkeit der stationären Leistungen, Rechnung trägt. Den neuen gesetzlichen Bestimmungen zufolge müssen die Kantone den Spitalpflegebedarf und seine Entwicklung durch ein verifizierbares Vorgehen bestimmen, wobei sie sich namentlich auf statistisch belegte Daten und Vergleiche stützen müssen.

Die Arbeiten für die Ausarbeitung einer neuen Spitalplanung, die den gesetzlichen Anforderungen entspricht, wurden Ende 2012 aufgenommen. Die neue kantonale Spitalplanung 2015–2025 wird die Planung nach Spitalleistungsgruppen verwenden, die der Kanton Zürich in Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern ausgearbeitet hat. Diese Planungsmethode kommt heute in den meisten Kantonen zum Einsatz. Sie entspricht den Anforderungen des Bundesrates und wird auch von der Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) als Planungsinstrument für die akutsomatischen Leistungen und für die Ausformulierung der Leistungsaufträge empfohlen. Die Planungsmethode verfolgt eine medizinische Logik: Die Einteilung der Leistungen nach verschiedenen Gruppen basiert auf Diagnose- (CHOP) und Operationscodes (CIM) und die Verwendung dieser Methode für alle Listenspitäler (privat und öffentlich, inner- und ausserkantonale) wird die Einhaltung der Gleichbehandlung der verschiedenen Leistungserbringer ermöglichen.

Der erste Teil der Arbeit – Beurteilung der Bedürfnisse der Freiburger Bevölkerung und ihre Entwicklung bis 2025 – wird 2014 abgeschlossen; der einschlägige Bericht kommt im ersten Quartal 2014 in die Vernehmlassung. Die Bestimmung der Bedürfnisse der Bevölkerung wird die Erstellung einer kantonalen Spitalliste ermöglichen, auf der alle (inner- und ausserkantonomer, privaten und öffentlichen) Spitäler aufgeführt sein werden, die für die Abdeckung dieser Bedürfnisse nötig sind. Die Spitalliste muss am 1. Januar 2015 in Kraft treten, um die Frist aus den Übergangsbestimmungen der KVG-Änderung vom 21. Dezember 2007 einzuhalten.

## **2.6 Hilfe und Pflege zu Hause**

Das GesA ist für die Subventionierung der staatlich beauftragten Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause zuständig. Es erlässt daher Weisungen für die Erstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen und prüft im Einzelnen die personenbezogenen Lohndaten des von ihm subventionierten Personals. Für die GSD prüft das GesA die Gesuche um Anpassung der Personaldotation der Dienste und die Gesuche um Betriebsbewilligungen. Es beantwortet ausserdem Fragen im Zusammenhang mit der Hilfe und Pflege zu Hause und beteiligt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an interkantonalen und eidgenössischen Arbeiten. Ferner beaufsichtigt es die Erhebung der Daten für die eidgenössische Statistik der Hilfe und Pflege zu Hause und validiert die Daten, die dem Bund übermittelt werden. Diese Statistik beinhaltet auch die selbstständigen Pflegefachpersonen, die im Kanton Freiburg wohnhaft sind, sowie die privaten Organisationen für Hilfe und Pflege zu Hause ohne Auftrag.

2013 haben elf Dienste Leistungen der Hilfe und Pflege zu Hause angeboten. Darüber hinaus wurden Leistungen der Ergotherapie zu Hause erbracht, entweder durch die Dienste selbst oder aber auf Vertragsbasis durch eine private Ergotherapeutin oder einen privaten Ergotherapeuten. Diese zehn Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause, die von den Gemeinden beauftragt werden, und die Freiburger Diabetes-Gesellschaft, die von der GSD beauftragt wird, decken die Bedürfnisse der gesamten Freiburger Bevölkerung und beziehen einen Kantonsbeitrag. Der Beitrag für die von den Gemeinden beauftragten Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause beträgt 35 % der Kosten für Pflegepersonal, Familienhilfen und Haushilfen, wobei der Ertrag aus der Verrechnung der Leistungen zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vorgängig abgezogen wird. Für die Freiburger Diabetes-Gesellschaft, die von der GSD beauftragt wird, berechnet sich der kantonale Beitrag anhand der gesamten Betriebskosten der Fusspflege, wobei der Ertrag aus der Verrechnung der Leistungen zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung vorgängig abgezogen wird.

2013 erreichten die kantonalen Beiträge an die Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause 6 109 819 Franken.

<b>Ordentliche Subvention</b>	<b>Anzahlungen 2013</b>	<b>Korrekturen Vorjahre</b>	<b>Entrichteter Restbetrag 2012</b>	<b>Total entrichtet im 2013</b>
Kreditübertrag 2012–2013		-60 000		-60 000
Saane	1 286 787.00		191 544	1 478 331
Sense	870 382.00	-177 469	--	692 913
Greyerz	1 206 952.00	931	210 965	1 418 849
See	493 167.00	-25 766	-137 622	329 779
Glane	679 087.00		91 545	770 632
Broye	691 028.00		25 875	716 903
Vivisbach	506 072.00		47 132	553 204
Diabetes-Gesellschaft (Art. 7 KLV)	104 000.00	>	42 289	146 289
Kreditübertrag 2013–2014			78 000	78 000
<b>Total</b>	<b>5 837 475.00</b>	<b>-262 304</b>	<b>549 729</b>	<b>6 109 819</b>

In den Subventionen 2013 sind 5 837 475 Franken für die Anzahlungen 2013 und 287 425 Franken als Saldo 2012 sowie die Berichtigungen der Vorjahre enthalten.

Die Einführung von «RAI Home Care» konnte endgültig abgeschlossen werden. Die entrichteten Beiträge konnte gänzlich durch die entsprechende Kreditübertragung gedeckt werden.

Die kantonalen Beiträge an die anderen Dienste und Leistungen für den Verbleib zu Hause verteilen sich wie folgt:

<b>Unterstützte Einrichtung</b>	<b>Kantonsbeitrag (in Franken)</b>
Freiburger Diabetes-Gesellschaft, Beratung (Art. 9 KLV)	46 200.00
SVF	190 000.00
Pro Senectute, Reinigungsdienst	110 000.00
Freiburgisches Rotes Kreuz, Entlastungsdienst für Angehörige	35 000.00
Schweizerische Alzheimervereinigung, Entlastung zu Hause	20 000.00
<b>Total</b>	<b>401 200.00</b>

Im Rahmen der neuen Pflegefinanzierung hat das GesA ausserkantonalen Diensten für Hilfe und Pflege zu Hause einen Beitrag für Leistungen zugunsten von Freiburger Patientinnen und Patienten entrichtet.

---

Schliesslich hat das GesA im Rahmen der kantonalen Struktur- und Sparmassnahmen (SSM) eine Änderung des Gesetzes über die Hilfe und Pflege zu Hause (HPfIG) vorbereitet, die den kantonalen Beitragssatz von 35 auf 30 % senken soll.

## **2.7 Gesundheitsförderung und Prävention**

### **2.7.1 Planung und Leistungsaufträge**

Der Sektor Gesundheitsförderung und Prävention stellt die Zweckmässigkeit der Präventionsaktionen, die Nachkontrolle und die Koordination zwischen den verschiedenen Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekten sicher, die mit den kantonalen Prioritäten in diesem Bereich im Zusammenhang stehen.

2013 hat der Sektor den Aktionsplan aus dem kantonalen Plan für Gesundheitsförderung und Prävention 2007–2011 weiter umgesetzt. Dieser war im Mai 2007 vom Staatsrat genehmigt und danach für den Zeitraum 2011–2015 verlängert worden.

Des Weiteren hat der Sektor die Beurteilung des Kantonalen Plans zur Gesundheitsförderung und Prävention bzw. seines Aktionsplans begleitet, dies im Rahmen eines Evaluations-Steuerungsausschusses bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des GesA, des KAA und der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention. In diesem Rahmen fanden verschiedene Workshops statt. Die Ergebnisse der Evaluation werden 2014 ausgewertet.

Der Sektor kümmert sich auch um die Vorbereitung und die Betreuung der Dossiers der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, die 2013 vier Mal zusammengekommen ist. Letztere hat mehrere Anträge beim Fonds für die Bekämpfung der Drogenabhängigkeit begutachtet und ihre Meinung in verschiedenen Vernehmlassungen kundgetan. 2013 erhielt die Kommission einen neuen Präsidenten.

Das Budget des Sektors besteht zum einen aus Subventionen für die Leistungen von Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention und zum anderen aus Subventionen für spezifische Projekte. 2013 wurden den Leistungen von Institutionen 2 565 000 Franken und den spezifischen Projekten insgesamt 355 000 Franken zugesprochen. In diesen Beträgen sind auch der Anteil am Alkoholzehntel, den die Eidgenössische Alkoholverwaltung dem Kanton entrichtet, und die Beträge von Gesundheitsförderung Schweiz zugunsten des Freiburger Aktionsprogramms «Gesundes Körpergewicht» enthalten.

Die diesen Institutionen zugeteilten Aufgaben und deren Ziele sowie die damit verbundenen Leistungen sind in einem Leistungsauftrag der GSD definiert.

Demgemäss hat das GesA acht einjährige Leistungsaufträge mit diesen Institutionen abgeschlossen. Diese Arbeit mündete in der Ausarbeitung von 20 Jahreszielen im Zusammenhang mit den strategischen Zielen des kantonalen Plans für Gesundheitsförderung und Prävention.

Zwecks besserer Steuerung der staatlichen Ressourcen wurden 2013 auch jährliche Leistungsaufträge mit den Mütter- und Väterberatungsdiensten abgeschlossen.

### **2.7.2 Spezifische Projekte**

Die spezifischen Projekte sind gezielte Aktionen zur Gesundheitsförderung und Prävention, die einem bestimmten Thema gelten. Sie sind zeitlich befristet und müssen systematisch evaluiert werden.

#### **a. Gesundes Körpergewicht**

Der Sektor hat die Umsetzung des Freiburger Aktionsprogramms «Gesundes Körpergewicht» in Zusammenarbeit mit Gesundheitsförderung Schweiz weiterverfolgt. Zu den wichtigsten Ereignissen des Jahres gehören z. B. die Unterstützung verschiedener Projekte im Zusammenhang mit den Themen «Ernährung und Gesundheit», die Organisation einer Schulung für die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter, die Organisation von drei Erlebnisaktivitäten im Zusammenhang mit «Ernährung und Bewegung» für Familien in verschiedenen Gemeinden des Kantons und die Organisation einer halbtägigen Netzwerktagung «Ernährung und Bewegung» zum Thema Wasser.

---

Darüber hinaus galt das Jahr 2013 der zweiten Phase des Kantonalen Programms «Ich ernähre mich gesund und bewege mich ausreichend» (Kontakt mit den verschiedenen Partnern, Abfassung, Netzwerktreffen). Ergebnis: Genehmigung und somit Kofinanzierung durch Gesundheitsförderung Schweiz des Programms im Dezember.

#### **b. Konzept «Gesundheit in der Schule»**

Betreffend Gesundheit in der Schule hat das GesA mit dem KAA und dem Amt für französischsprachigen (FOA) und dem für deutschsprachigen Unterricht (DOA) die Vernehmlassung zu einem Konzept für Gesundheit in der Schule 2014–2017 abgeschlossen. Im Oktober wurde dieses vom Staatsrat validiert. Die kantonale Fachstelle für Gesundheit in der Schule, die für die Begleitung des Projektes zuständig ist und aus Vertreterinnen und Vertretern der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) und der GSD besteht, hat verschiedene Dossiers betreut, die mit diesem Konzept einhergehen. Die Fachstelle hat:

- > verschiedene Projekte zur Gesundheitsförderung und Prävention in den Schulen genehmigt
- > einen detaillierten Massnahmenplan für 2014 erstellt
- > sich um das kantonale Netzwerk Gesundheitsfördernder Schulen gekümmert
- > sich mit den verschiedenen Partnerinstitutionen der Schule und der Gesundheitsförderung getroffen, um die Zusammenarbeit mit der Fachstelle im Hinblick auf die Umsetzung des Konzeptes zu stärken

Zur erfolgreichen Umsetzung seiner Arbeit hat der Steuerungsausschuss des Konzeptes für Gesundheit in der Schule 2013 vier Sitzungen abgehalten. Die Fachstelle Gesundheit in der Schule hält ihrerseits wöchentlich eine Sitzung ab.

#### **c. Tabak**

Der Sektor für Gesundheitsförderung und Prävention ist auch an der Ausarbeitung des zweiten Kantonalen Programms zur Tabakprävention beteiligt, das von der Tabakpräventionsstelle CIPRET umgesetzt und vom Kanton sowie über den nationalen Tabakpräventionsfonds kofinanziert wird. Diese intensive Arbeit mündete in der Genehmigung und folglich Kofinanzierung des Programms durch den nationalen Tabakpräventionsfonds. Anfang 2014 soll das Programm vorgestellt werden.

#### **d. Psychische Gesundheit**

Der kantonale Plan für Gesundheitsförderung und Prävention betrachtet die psychische Gesundheit als eine der Prioritäten des Kantons Freiburg. Die Ausarbeitung eines kantonalen Plans zur Förderung der psychischen Gesundheit gehört zu den Zielen des Regierungsprogramms 2012–2016 des Staatsrates.

Auf dieser Grundlage wurde im März 2013 eine 20 %-Stelle für eine Koordinatorin/einen Koordinator des Kantonalen Plans für Gesundheitsförderung geschaffen, damit die Arbeiten gestartet werden konnten.

Im August 2013 fand eine Bestandsaufnahme des bestehenden Angebots im Bereich psychische Gesundheit statt. Zu diesem Zweck wurde einem breiten Publikum, das die unterschiedlichsten Leistungen anbietet und vom Bereich der psychischen Gesundheit direkt oder indirekt betroffen ist, ein Fragebogen zugestellt. Mehr als 180 Stellen und Einrichtungen wurden angeschrieben, 132 haben mitgemacht (72 %). Die Antworten, die seit 2013 ausgewertet werden, werden 2014 Gegenstand eines Berichts sein.

Im September wurde ein Steuerungsausschuss ins Leben gerufen, der die strategische Ausrichtung des Projekts für die Ausarbeitung eines kantonalen Plans zur Förderung der geistigen Gesundheit sicherstellen soll. Dieser ist im Dezember zu einer Sitzung zusammengekommen. Der Steuerungsausschuss wird durch ein Büro ergänzt, das die Verbindung zwischen strategischer und operationeller Orientierung des Projekts sicherstellen soll und im Dezember ebenfalls ein erstes Mal zusammengekommen ist.

Schliesslich ist in der Projektorganisation eine direktionsübergreifende Unterstützung durch die Kantonale Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention vorgesehen. Im September wurden dieser die laufenden Arbeiten und Überlegungen erstmals vorgestellt.

## e. Alkohol

2013 wurde die Projektorganisation des Kantonalen Alkoholaktionsplans einer Änderung unterzogen: KAA und GesA leiten das Projekt nun gemeinsam in enger Zusammenarbeit und stellen so die Entwicklung des kantonalen Plans sicher.

Der Steuerungsausschuss, der 2013 zwei Mal zusammengekommen ist, hat die neue Projektorganisation und den angepassten Kalender genehmigt. Darüber hinaus wurde ein Büro geschaffen, das die Verbindung zwischen der strategischen Orientierung und den operationellen Entscheiden des Projekts sicherstellen soll. Es besteht aus den folgenden Mitgliedern: Kantonsarzt, Vorsteher GesA, Kantonale Beauftragte für Gesundheitsförderung und Prävention, Kantonaler Beauftragter für Suchtfragen (neu beim KAA). Das Büro hat fünf Sitzungen abgehalten.

Der Sektor für Gesundheitsförderung und Prävention ist ferner Mitglied der Kommission für die Verwendung des kantonalen Fonds für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht, die 2013 einmal zusammengekommen ist. Ausserdem ist er Mitglied im Steuerungsausschuss des Projektes «Nachhaltige Entwicklung: Strategie und Aktionsplan». Hierbei ist er Mitglied des Audit-Teams «Kompass 21» und hat in diesem Zusammenhang an der Beurteilung der Nachhaltigkeit von fünf Projekten teilgenommen.

### 2.7.3 Kantonale, interkantonale und nationale Beziehungen

Auf kantonaler Ebene hat der Sektor an den drei Sitzungen der Gruppierung «Groupement de promotion, de prévention et d'éducation à la santé du canton de Fribourg» (GES) teilgenommen. Daneben hat er alle Einrichtungen der Gesundheitsförderung und Prävention mit Leistungsauftrag zu einer bilateralen Sitzung getroffen.

Auf interkantonaler Ebene ist der Sektor im Rahmen der «Commission de prévention et de promotion de la santé» (CPPS) des «Groupement des services de santé publique» (GRSP) aktiv. In diesem Zusammenhang ist er Mitglied eines Steuerungsausschusses, der für die Umsetzung einer Weiterbildung in den Bereichen Gesundheitsförderung und *Public Health* zuständig ist.

Auf Westschweizer Ebene ist der Sektor Mitglied des Vorstands von «REISO», einer Online-Zeitschrift für im Feld, in der Ausbildung und in der Forschung tätige Fachpersonen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich.

Auf nationaler Ebene hat er an der Jahresversammlung der Vereinigung der kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung (VBGF) sowie an anderen Tagungen der VBGF teilgenommen, bei denen es um verschiedene Themen der Gesundheitsförderung und Prävention ging. Zudem ist der Sektor Mitglied des VBGF-Vorstands und hat aktiv an dessen Tagungen teilgenommen.

Der Sektor ist Mitglied der Expertinnen- und Expertenkommission des nationalen Tabakpräventionsfonds; diese prüft die Gesuche, die bei der Fachstelle eingehen. Die Kommission traf zu sechs ordentlichen Sitzungen zusammen. Der Sektor ist ferner Mitglied der Konferenz der Kantonalen Beauftragten für Suchtfragen (KKBS).

Ausserdem hat er während des ganzen Berichtsjahrs an zahlreichen Symposien und Konferenzen teilgenommen, die mit den kantonalen Prioritäten einhergehen.

Im Bereich Weiterbildung hat der Sektor schliesslich einen Vortrag an der Hochschule für Gesundheit zum Thema Gesundheitsförderung und Prävention in der Schweiz und im Kanton Freiburg (allgemeiner Rahmen und Projektbeispiele) und einen Vortrag an der Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit über die öffentliche Verwaltung, das Führen mit Leistungsauftrag und die Beurteilung gehalten sowie einen im Rahmen des *Certificate of Advanced Studies* (CAS) in Gesundheitsförderung und *Community Health* zum Thema Beurteilung.

## 2.8 Tätigkeit des Kantonsapothekers

2013 war der Kantonsapotheker in erster Linie in vier Bereichen tätig:

- > **Beitrag zur Information und Weiterbildung von Partnerinnen und Partnern, die Heilmittel verwenden**  
Hier galt der Schwerpunkt den spezifischen und wichtigen Aspekten der Gesetzgebung, insbesondere im Zusammenhang mit der Herstellung von Arzneimitteln durch Inhaberinnen und Inhaber einer kantonalen Bewilligung, die Verschreibung und Abgabe von Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen, die Wartung durch Ärztinnen/Ärzte und Apothekerinnen/Apotheker und die Wiederaufbereitung bestimmter

Medizinprodukte, namentlich in den Pflegeeinrichtungen des Kantons. Daneben wurden sechs Sitzungen für verschiedene Gesundheitsfachpersonen organisiert und diverse Rundschreiben verschickt.

> **Weiterführung des Projektes «Pharmazeutisches Dossier» (PD)**

Mit diesem Projekt können Spital- und Notfallärztinnen/-ärzte auf die Arzneimittelanamnese der Patientinnen und Patienten zugreifen. Ende 2013 waren in den Apotheken des Kantons Freiburg über 8600 PD eröffnet worden. Die Führungsarbeit dieses Projektes setzt zahlreiche Kontakte mit den betroffenen Akteurinnen und Akteuren voraus, namentlich mit den Apothekerinnen und Apothekern und den Ärztinnen und Ärzten.

> **Kontrolle in Form von Inspektionen**

Im Berichtsjahr wurden in den (70) öffentlichen Apotheken, (47) Pflegeeinrichtungen, (12) ärztlichen Privatapotheken, (13) Drogerien sowie Pharmaunternehmen, die Arzneimittelgrosshandel betreiben, 32 Inspektionen durchgeführt. In der Regel erlaubten die Inspektionen die Überprüfung der korrekten Verwendung der Heilmittel durch die Gesundheitsfachpersonen, namentlich was Verschreibung und Abgabe betrifft. Ausserdem wurde überprüft, ob die besagten Fachpersonen zu einer vernünftigen Verwendung der Heilmittel durch die Patientinnen und Patienten beitragen.

> **Beitrag zur Stärkung des Inspectorat de Suisse Occidentale des Produits Thérapeutiques (ISOPTh)**

Das Heilmittelinспекtorat der Westschweiz («Inspectorat de Suisse occidentale des produits thérapeutiques», ISOPTh), das seinen Sitz seit 2012 in Freiburg hat, führt Inspektionen in den Human- und Tierarzneimittel herstellenden Pharmaunternehmen der Kantone Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Wallis und Waadt durch. Gemäss Vereinbarung der Kantone wurde 2013 ein zweiter Inspektor eingestellt.

> **Koordination mit der Ethikkommission für biomedizinische Forschungsprojekte des Kantons Freiburg**

Die Ethikkommission äussert sich zu Projekten, die bereits in anderen Kantonen bewilligt wurden, und kümmert sich um deren Begleitung an den betroffenen Freiburger Standorten. Aufgrund der Grossrevision des Bundesgesetzes über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz, HFG), die am 1. Januar 2014 rechtskräftig werden soll, wurden besondere Schritte eingeleitet, damit der Kanton Freiburg diesen neuen Bestimmungen entsprechen kann, die einen strengen und schweizweit einheitlichen Rahmen für die Forschung am Menschen, insbesondere für die klinischen Versuche, an denen Menschen teilnehmen, festlegen. In diesem Sinne soll Anfang 2014 eine Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Kanton Waadt unterzeichnet werden, wobei dieser dem Kanton Freiburg seine aktuelle kantonale Ethikkommission zur Verfügung stellen wird. Im Weiteren wurden Gespräche aufgenommen, die darauf hinzielen, so schnell wie möglich eine interkantonale Kommission für die Romandie ins Leben zu rufen, welche die bilateralen Vereinbarungen zur Anerkennung der Waadtländer Kommission ersetzen soll.

## 2.9 Krankenversicherung

Seit dem 1. Januar 2012 sind die Gemeinden für die Bearbeitung der Gesuche im Zusammenhang mit der Befreiung von der Versicherungspflicht zuständig, wobei diese bei der Prüfung besonderer Dossiers auf die technische und juristische Unterstützung des GesA zählen können.

Das GesA hat diesbezüglich 155 Stellungnahmen abgegeben: 48 % betrafen Personen in Aus- oder Weiterbildung sowie in Lehre und Forschung tätige Personen an Ausbildungsstätten, knapp 43 % betrafen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und 9 % Rentnerinnen und Rentner.

Personenkategorie	Anzahl Stellungnahmen
Aus-/Weiterbildung	74
Arbeitnehmer/innen	67
Rentner/innen	14
<b>Total</b>	<b>155</b>

Die Daten im Zusammenhang mit der Prämienenkung zugunsten von Personen, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, sind dem Bericht der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVA) zu entnehmen.

## 2.10 Schülerunfallversicherung

### 2.10.1 Ordentliche Tätigkeit

Seit der Auflösung der Schülerunfallversicherung ist das GesA mit der Abwicklung der hängigen Fälle betraut; diese betreffen Unfälle, die vor dem 1. September 2006 eingetreten sind. Hinzu kommt die Gewährung von finanziellen Beiträgen in Härtefällen, die nach diesem Datum eintreten bzw. eingetreten sind. Das GesA behandelt alle Anfragen im Zusammenhang mit der Schülerunfallversicherung und verwaltet das Archiv. Oftmals erhält es Informationsanfragen zu alten Dossiers.

### 2.10.2 Leistungen

Die Leistungen des Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung können wie folgt eingeteilt werden:

#### 1. Behandlungskosten für Unfälle, die vor der Aufhebung der Versicherung im 2006 eingetreten sind

Auch nach der Aufhebung der Schülerunfallversicherung ist die Kostenübernahme für die Behandlung nach den vorher geltenden Regeln gewährleistet, d. h. die komplementäre und subsidiäre Finanzierung aller Behandlungskosten bis fünf Jahre nach dem Ende der obligatorischen Mitgliedschaft. Für Kinder, die zum Zeitpunkt der Abschaffung der Schülerunfallversicherung am 31. August 2006 noch versichert waren, werden die Kosten noch während maximal fünf Jahren nach Beendigung des Besuchs der Schule, wo sie vorher versicherungspflichtig gewesen wären, übernommen (z. B. Sekundarschule, Schule für technische und landwirtschaftliche Berufe, jedoch mit Ausnahme der Universität und der Berufslehre).

Die Ausgaben für die Leistungen sind seit 2011 stabil. 2013 kam es in 19 Fällen zu einer Rückerstattung für einen Gesamtbetrag von 10 473.85 Franken (Behandlungskosten). Zahnbehandlungen machen mit 8736.65 Franken (83,4 %) den grössten Teil aus, gefolgt von Ärzte- (1476.80 Franken = 14,1 %) und Gerätekosten (260.40 Franken = 2,5 %).

#### 2. Finanzielle Beiträge zugunsten von Familien verunfallter Kinder in Härtefällen

Ein finanzieller Beitrags aus dem Fonds ist dazu bestimmt ist, die Lebensbedingungen von nach dem 1. September 2006 verunfallten, von Invalidität oder langfristiger Hilflosigkeit betroffenen Kindern zu verbessern. 2013 wurde kein solcher Beitrag entrichtet.

### 2.10.3 Buchführung

Der Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung wird selbstständig verwaltet und hat eine eigene Buchhaltung. Betriebsrechnung und Rechnungsergebnis des Staates sind daher nicht von diesen Transaktionen betroffen. Bei der Schaffung des Fonds wurde vorgesehen, dass dieser zinsfrei ist.

2013 ist die Rückstellung für garantierte Behandlungen um 10 473.80 Franken, die Rückstellung für Restrukturationskosten um 28 110.60 Franken gesunken. Der Verlust von 41 343.80 Franken aus dem Rechnungsjahr 2012 wurde durch das Kapital für Laufendes kompensiert.

Das Geschäftsjahr 2013 schloss mit einem negativen Betriebsergebnis von 42 009.75 Franken.

Die Betriebsrechnung 2013 und die Bilanz am 31. Dezember 2013 präsentieren sich wie folgt:

Betriebsrechnung	2013	2012
<b>Ertrag</b>		
Kapitalzinsen	17.45	100.00
Verschiedene Einnahmen	120.00	--.00
Ausgabenüberschuss	42 009.75	41 343.80
<b>Total</b>	<b>42 147.20</b>	<b>41 443.80</b>

Betriebsrechnung	2013	2012
<b>Aufwand</b>		
Verwaltungskosten	42 147.20	41 443.80
Ertragsüberschuss	--.--	--.--
<b>Total</b>	<b>42 147.20</b>	<b>41 443.80</b>
<b>Bilanz</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
<b>Aktiven</b>		
Konto PostFinance	19 711.00	48 962.65
Staatschatzamt	5 874 102.05	5 923 102.05
Verrechnungssteuer	--.--	--.--
Mobilier	1.00	1.00
<b>Total</b>	<b>5 893 814.05</b>	<b>5 972 065.70</b>
<b>Passiven</b>		
Transitorische Passiven	2858.55	516.00
Kapital für Laufendes	889 355.85	930 699.65
Rückstellungen für garantierte Behandlungen	3 244 289.45	3 254 763.30
Rückstellung für Härtefälle	1 234 606.60	1 234 606.60
Rückstellung für Restrukturation	164 713.35	192 823.95
Sicherheitsreserve	400 000.00	400 000.00
Gewinn/Verlust	-42 009.75	-41 343.80
<b>Total</b>	<b>5 893 814.05</b>	<b>5 972 065.70</b>

Am 31. Dezember 2013 enthielt der Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung 5 893 814.05 Franken.

## 3 Kantonsarztamt (KAA)

Dr. Chung-Yol Lee, Kantonsarzt

### 3.1 Tätigkeit

#### 3.1.1 Prävention und Gesundheitsförderung

- > Prävention und Kontrolle übertragbarer Krankheiten Prävention nicht übertragbarer Krankheiten
- > Betreuung Suchtkranker
- > Organisation der schulärztlichen Betreuung

- 
- > Gesundheitsschutz der Bevölkerung in Notsituationen und bei Katastrophen (in Zusammenarbeit mit weiteren Partnerinnen und Partnern innerhalb des kantonalen Führungsorgans und des Sanitätsdienstlichen Führungsorgans sowie mit dem koordinierten Sanitätsdienst des Bundes)
  - > Management der Projekte für Gesundheitsförderung und Prävention (namentlich in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit, GesA)

### 3.1.2 Überwachung und Planung des Gesundheitssystems

- > Kontrolle der Institutionen des Gesundheitswesens (Überwachung der Pflege, Pflegeheimunterbringung vor dem AHV-Alter, Kostengutsprachen für ausserkantonale Spitalaufenthalte)
- > Medizinische Gutachten und Leistungsbeurteilungen (Betrieb eines Heims, Beschwerden gegen die Beurteilung der Pflegestufe im Pflegeheim, Nachdiplomausbildungen, Aufhebung des Arztgeheimnisses, Bestattungswesen)
- > Mitwirkung in der Gesundheitsplanung des Kantons (Spitalplanung, präklinische Notfallversorgung, ärztliche Grundversorgung, Bettenzuteilung für Pflegeheime und Gerontopsychiatrie)

### 3.1.3 Familienplanung und Sexualinformation

- > Aufgaben in Verbindung mit Sexualerziehung, Verhütung ungewollter Schwangerschaften, Prävention von sexuell übertragbaren Infektionen (STI) und HIV/Aids und Prävention von sexueller Ausbeutung und Misshandlung
- > Gynäkologische Sprechstunden

### 3.1.4 Information und Koordination

- > Verschiedene, die öffentliche Gesundheit betreffende Auskünfte und Informationen sowie Antworten auf Fragen der Kantonsverwaltung, der Öffentlichkeit und der Medien
- > Bearbeitung und Bereitstellung von Statistiken (Substitutionsbehandlung für Betäubungsmittel, freiwillige Schwangerschaftsabbrüche, Ambulanzdienste, Spitalstatistik, Krebserkrankungen)

### 3.1.5 Austausch und Zusammenarbeit

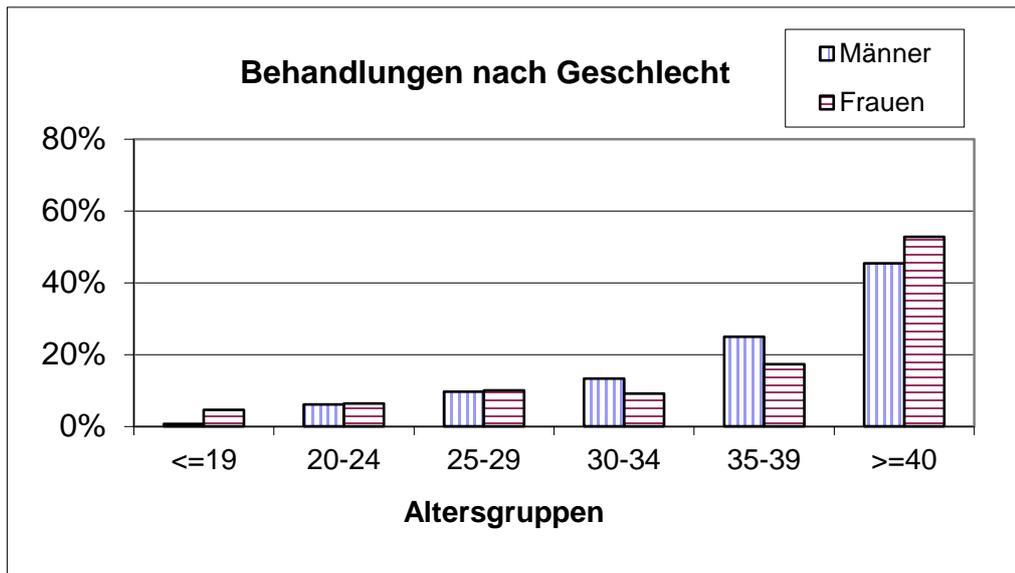
- > Mitwirkung in zahlreichen Arbeitsgruppen und Kommissionen auf kantonaler, interkantonaler und auf eidgenössischer Ebene
- > Stellungnahmen im Rahmen kantonaler und eidgenössischer Vernehmlassungen im Gesundheitsbereich

## 3.2 Prävention und Gesundheitsförderung

### 3.2.1 Sucht

#### a. Substitutionsbehandlung drogenabhängiger Personen

Im Jahr 2013 erhielten 555 Personen eine bewilligte Substitutionsbehandlung, davon 80,2 % Männer und 19,8 % Frauen (445 vs. 110). Die Betroffenen sind zwischen 16 und 71 Jahren alt. 215 wurden mit Buprenorphin und 340 mit Methadon behandelt. 97 Betroffene wurden im Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) betreut, genauer gesagt in den psychosozialen Zentren von Freiburg und Bulle, 458 Betroffene wurden von 66 berechtigten Ärztinnen und Ärzten ausserhalb des FNPG behandelt. Rund 70 % der Patientinnen und Patienten in Substitutionsbehandlung sind über 35, 46,85 % über 40 Jahre alt, was darauf schliessen lässt, dass die Betroffenen heute viel älter werden.



Die Einkommen von einem Viertel der Personen in Substitutionsbehandlung einer Vollzeitbeschäftigung entstammen (124 Personen), während eine von zehn einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht. Ungefähr ein Viertel der Betroffenen bezieht eine IV-Rente (154 Personen) und knapp ein Fünftel Sozialhilfe.

#### **b. Koordinationsprojekt für die Betreuung Suchtkranker**

Ziel dieses Projektes ist eine koordinierte Betreuung und ein Angebot, das den aktuellen Bedürfnissen der Suchtkranken entspricht.

Die Projektgruppe besteht aus Vertreterinnen und Vertretern des Netzwerks der Freiburger Einrichtungen für Suchtkranke (NFES, bestehend aus den Stiftungen «Le Tremplin» und «Le Torry» und dem Verein «Le Radeau»), des FNPG und des freiburger spitals (HFR).

Einige der Vorschläge aus dem Projektgruppen-Bericht, der im Juni 2012 vom Staatsrat genehmigt worden war, wurden 2013 umgesetzt, so z. B. die Anstellung eines kantonalen Beauftragten für Suchtfragen und eines Nachfolgers für den Projektleiter. Ausserdem wird derzeit eine Kantonale Kommission für Suchtfragen geschaffen.

Die Umsetzung der Vorabklärung und der Abklärung ist für 2014 vorgesehen; somit wird eine Weiterleitung der Betroffenen an das am besten auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Angebot und die Kontinuität der Betreuung gewährleistet.

#### **c. Projekt «Kantonaler Alkoholaktionsplan»**

Im Rahmen des Projektes «Kantonaler Alkoholaktionsplan» (KAAP) soll ein Plan zur Umsetzung der strategischen Ziele des Nationalen Programms Alkohol 2008–2012 (NPA) im Kanton Freiburg ausgearbeitet werden.

2013 konnte die Finanzierung des Projektes erneut sichergestellt werden, die Projektorganisation wurde geändert und der Kalender angepasst. Des Weiteren findet derzeit eine zusätzliche Analysephase statt, die in der Abfassung des KAAP im 2014 münden wird.

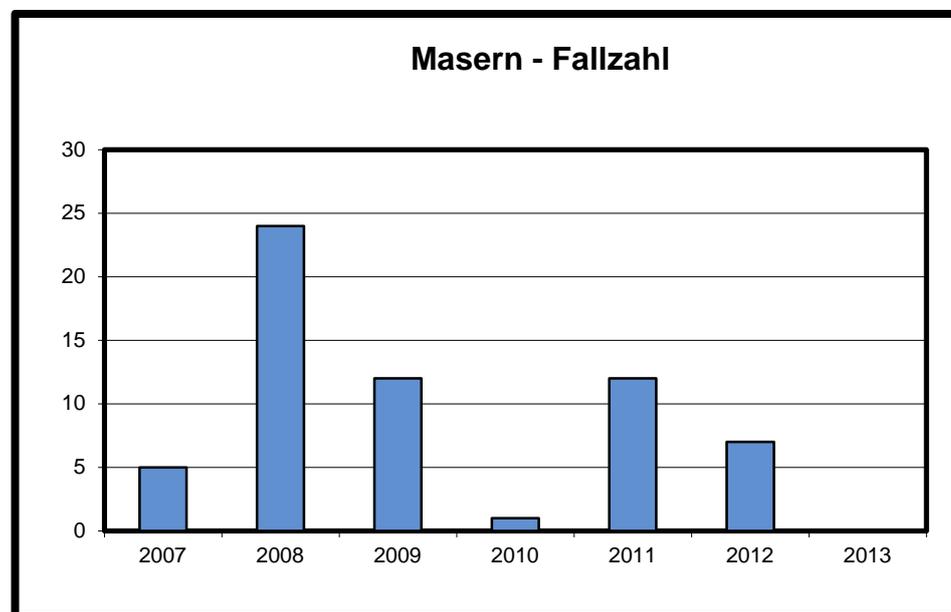
Um die Kohärenz im Suchtbereich zu gewährleisten, wurde schliesslich der Beauftragte für Suchtfragen in die Projektorganisation miteinbezogen.

### **3.2.2 Übertragbare Krankheiten**

#### **a. Meldung übertragbarer Krankheiten**

2013 hat das KAA an der Planung und Kommunikation im Zusammenhang mit den neuen Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) bei Auftreten eines oder mehrerer Fälle von Keuchhusten in Betreuungseinrichtungen zum Schutz von Babys unter sechs Monaten gearbeitet.

Des Weiteren hat sich das KAA auf die kantonale Umsetzung der Maserneliminationskampagne des Bundes vorbereitet. Es ist zu erwähnen, dass im Berichtsjahr keine Meldung von Masern beim KAA eingegangen ist. Dies ist auf die gute Durchimpfungsrate zurückzuführen (88 % der Jugendlichen im Alter von 16 Jahren haben 2010 zwei Impfdosen erhalten). Trotzdem sind noch weitere Bemühungen nötig, um eine Impfabdeckungsrate von 95 % zur Ausrottung der Masern gemäss Ziel des Bundes zu erreichen.



Quellen: BAG-Statistik (Jahresaufstellungen 2007 bis 2013), Stand: 7. Januar 08.01.2014

#### **b. Impfkampagne gegen Humane Papillomaviren (HPV) für junge Mädchen**

Seit der Lancierung des kantonalen Impfprogramms gegen HPV (Gebärmutterhalskrebs) von Ende August 2008 bis Ende 2013 wurden schätzungsweise 10 895 Mädchen geimpft (ca. 8506 im Rahmen der schulärztlichen Betreuung und ca. 2389 in den Arztpraxen).

#### **3.2.3 Gesundheitsförderung und Prävention nicht übertragbarer Krankheiten**

##### **a. Kantonales Programm für die systematische Früherkennung von Brustkrebs**

2013 hat die Krebsliga Freiburg die vierte Phase der systematischen Brustkrebs-Vorsorgeuntersuchungen durch Mammographie weitergeführt, die Ende Februar 2014 enden wird. Im Berichtsjahr hat das Kompetenzzentrum den Frauen im Kanton 17 134 reguläre Einladungen geschickt, 3028 an neue Betroffene. Von diesen liessen 1542 zum ersten Mal eine Screening-Mammographie durchführen (50,9 %), wobei 1324 über 50 Jahre alt waren (43,7 %). Schliesslich waren 16 651 Frauen zur Früherkennung zugelassen. 9184 von ihnen liessen eine Mammographie zur Früherkennung durchführen, was einer Beteiligung von 55,1 % entspricht. Während 43 Wochen führte das Screening-Zentrum durchschnittlich 213 Mammographien pro Woche durch. Bei 599 Frauen war der Befund positiv, für 192 von ihnen war es die erste Untersuchung. Der Anteil positiver Befunde, der zu einer Aufforderung für weitere Untersuchungen geführt hat, beträgt in dieser Gruppe 11,7 % und liegt über dem Referenzwert der europäischen Guidelines ( $\leq 7\%$ ). Diese hohe Rate lässt sich dadurch erklären, dass bei der ersten Untersuchung noch keine Vergleichsbilder vorliegen, was bei den 337 anderen Teilnehmerinnen normalerweise nicht der Fall ist und deren «Recall-Rate» auf 5 % und somit unter den europäischen Referenzanteil von  $<5\%$  sinken lässt. Alle Frauen mit positivem Erstbefund wurden aufgefordert, zusätzliche Untersuchungen durchführen zu lassen. Bis zum heutigen Tag wurden 48 Krebsfälle bestätigt (provisorische Zahl, da die Untersuchungen für die Ergebnisse aus den letzten Wochen 2013 noch laufen). Das Zentrum funktioniert immer noch mit den acht akkreditierten Röntgeninstituten.

Im Juni fand eine Radiologie-Fachtagung statt, an der es insbesondere um die Beurteilung der Radiologinnen und Radiologen und um die neue Organisation des Zentrums ging.

Im August hat der Staatsrat beschlossen, künftig alle Frauen bis 74 Jahre (bislang bis 70 Jahre) systematisch einzuladen. Diese Information ging im zweiten Halbjahr 2013 an alle Gynäkologinnen und Gynäkologen sowie an alle Betroffenen.

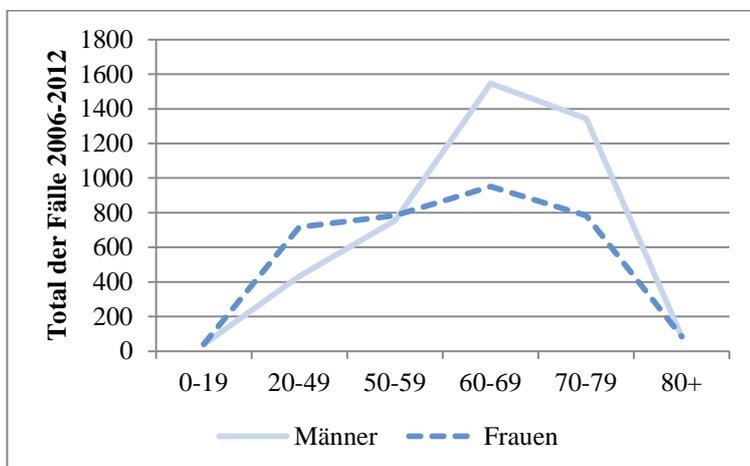
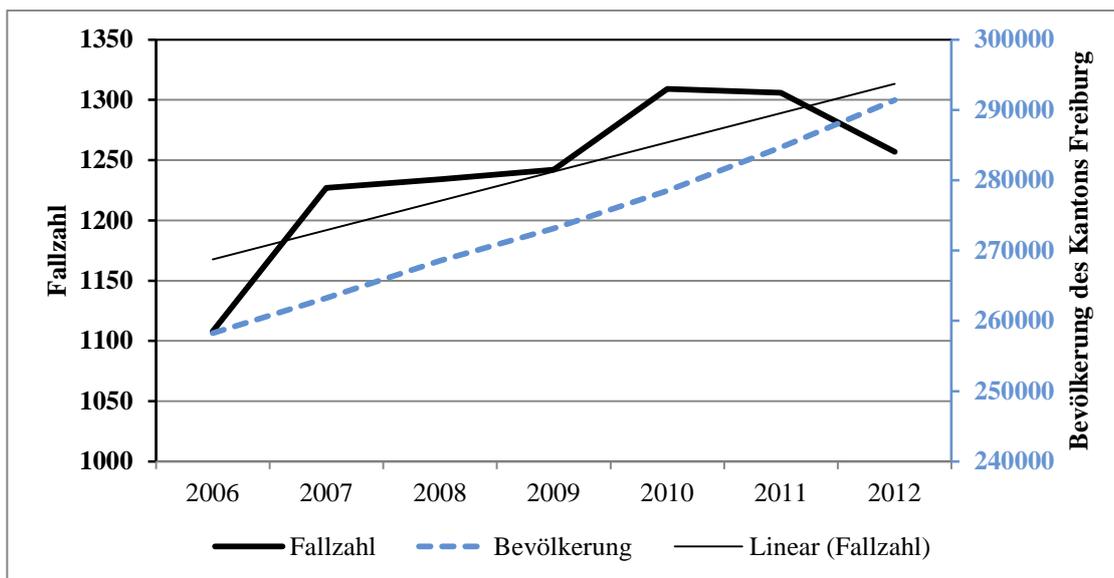
Im Oktober galt der Schwerpunkt dem Informationsprogramm, mit dem daran erinnert wird, wie wichtig die Teilnahme am Programm zur Brustkrebs-Früherkennung ist.

### b. Freiburger Krebsregister

2010 hat die Krebsliga Freiburg 2499 neue Fälle verzeichnet (alle Lokalisationen und alle Tumorarten zusammengenommen), davon 1257 invasive Krebsfälle (ohne Haut und ohne gutartige Tumore des zentralen Nervensystems, jedoch mit Melanomen).

Altersgruppe	0-19		20-49		50-59		60-69		70-79		80		Total FR		
	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	Total M+W
2012	6	7	58	98	112	104	227	146	215	115	84	85	702	555	1 257

Die Auswertung dieser Daten seit 2006 weist auf eine progressive Zunahme der Anzahl jährlicher Fälle hin. Diese ist auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen, denn die Häufigkeitsraten (Anzahl Fälle/100 000 Bewohner/innen) bleiben stabil.



---

Brustkrebs bleibt die häufigste Krebsart bei Frauen, bei Männern ist es Prostatakrebs. Danach kommen Dickdarm- und Lungenkrebs. Es gibt zwar Unterschiede bei den Alterskategorien, Männer sind insgesamt jedoch häufiger betroffen als Frauen (durchschnittlich +10 %, insgesamt 4786 Männer vs. 3897 Frauen zwischen 2006 und 2012).

Die zweite Ausgabe der Publikation des Krebsregisters zum Thema Dickdarmkrebs ist wie geplant im September 2013 erschienen und wurde breitflächig an alle Akteurinnen und Akteure aus dem Gesundheitsbereich verteilt.

#### **c. Hitzewelle**

Das Kantonale Informationsdispositiv im Falle einer Hitzewelle fällt in die Zuständigkeit des KAA. Es arbeitet hierzu mit dem Amt für Bevölkerungsschutz und Militär, dem GesA und dem Kantonsapotheker zusammen. Während des gesamten Jahres können auf der Website des KAA Informationen zu einer allfälligen Hitzewelle eingesehen werden, darunter Broschüren und nützliche Links. Zum Sommerbeginn schickt das KAA gezielte Informationen an die Bevölkerung und an alle seine Partnerinnen und Partner, die sich um Personen kümmern, die bei einer Hitzewelle besonders gefährdet sind. Gibt MeteoSchweiz eine Hitzewarnung heraus, so erinnert das KAA die Bevölkerung und seine Partnerinnen und Partner noch einmal an die zu treffenden Präventionsmassnahmen. Ende Juli, ein Tag vor Veröffentlichung der Hitzewarnung, hat das KAA die zusätzlichen Informationsmassnahmen des kantonalen Dispositivs ausgelöst.

#### **d. Schulärztliche Betreuung**

Die Schulärztinnen und Schulärzte führten im ganzen Kanton Vorsorgekontrollen in den 2. Kindergarten- und 5. Primarschul- sowie in einigen Orientierungsschulklassen durch. Sie impften ausserdem 417 Schülerinnen und Schüler gegen Masern, Mumps und Röteln, 1436 gegen Diphtherie und Tetanus, 406 gegen Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten-Kinderlähmung und 267 gegen Diphtherie-Tetanus-Kinderlähmung, 293 gegen Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten und 16 gegen Kinderlähmung. Wie in den letzten Jahren stiess die Impfung gegen Hepatitis B bei den Jugendlichen in den Orientierungsschulen auf gutes Echo: Es liessen sich rund 2235 Jugendliche impfen, was einer Impfquote von fast 63 % entspricht.

Informationen zur Impfkampagne für junge Mädchen gegen Humane Papillomaviren (HPV) finden sich unter 3.2.2.

Die schulärztliche Betreuung wird derzeit neu überdacht. Ziel ist eine Reorganisation des jetzigen Systems im Rahmen des Konzeptes «Frimesco», das im Auftrag der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) und der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) vom stellvertretenden Kantonsarzt gesteuert und von einer direktionsübergreifenden Gruppe aus Amtsvorsteherinnen und Amtsvorstehern geleitet wird. Ende 2011 hat die Projektgruppe das Konzept in die Vernehmlassung gegeben. 2013 wurde in den Gemeinden eine Umfrage durchgeführt, die darauf hinzielte, die Kosten des aktuellen Systems zu beziffern. Die Ergebnisse dieser Umfrage werden im 2014 veröffentlicht.

#### **e. Tätigkeiten in Verbindung mit dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung**

Gemäss Gesetzgebung über den Bevölkerungsschutz koordiniert das kantonale Führungsorgan (KFO) in ausserordentlichen Situationen den Einsatz aller Partnerinnen und Partner des Bevölkerungsschutzes (Kantonspolizei, Feuerwehr, Gesundheitsdienste, Zivilschutz, technische Dienste). Das KFO ist auch für die kantonale Organisation für den Katastrophenfall (ORKAF) zuständig. Es wird vom Staatsrat einberufen, ist diesem direkt unterstellt, besteht aus den Verantwortlichen aller Dienste und Ämter und erhält je nach Situation Unterstützung von Fachpersonen. Als Mitglieder des KFO waren der Kantonsarzt und sein Stellvertreter bei diversen Tätigkeiten im Einsatz, namentlich bei den halbmonatlichen Sitzungen. Des Weiteren nahmen sie an einer Stabsübung teil. Das KAA hat ferner an der Ausarbeitung eines kantonalen Einsatzplans für den Fall eines Unterbruchs in der Stromversorgung (bereits fertiggestellt) sowie an der Aktualisierung des kantonalen Einsatzplans bei Tierseuchen mitgearbeitet.

Im Januar 2008 konnte dank einer Teilrevision des Gesundheitsgesetzes vom 16. November 1999 ein sanitätsdienstliches Führungsorgan (SFO) für eine bessere Bewältigung von ausserordentlichen Situationen im Sanitätsbereich, wo Akteurinnen und Akteure nicht in einer dafür geeigneten Organisation zusammengefasst sind, geschaffen werden. Die Arbeiten seit Ende 2009 im Rahmen des ORCSan-Projektes sollten die genauen Zuständigkeiten, die genaue Zusammensetzung und die genaue Funktionsweise dieses Organs in einem

Verordnungsentwurf des Staatsrates festlegen. Das Projekt, das unter der Leitung des KAA geführt wurde, konnte im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden. Der Verordnungsentwurf über das SFO befand sich bis 22. Februar 2013 in der Vernehmlassung. Die Vernehmlassungsadressaten haben ihn gut aufgenommen. Ihre Stellungnahmen wurden berücksichtigt und haben zur Verbesserung des Entwurfs beigetragen. In seiner Sitzung vom 26. November 2013 hat der Staatsrat die SFO-Verordnung sowie den einschlägigen Ernennungsbeschluss genehmigt. Das SFO wird die Koordination der Vorbereitung und des Einsatzes aller betroffenen sanitätsdienstlichen Akteurinnen und Akteure erleichtern und sie für die Bewältigung von ausserordentlichen Situationen im Sanitätsbereich stärken. Ausserhalb von Krisen wird das SFO für die Vorbereitung des kantonalen Gesundheitssystems auf die im Rahmen der kantonalen Risikoanalyse identifizierten Szenarien sorgen. Das SFO ist administrativ der GSD zugewiesen und auch dem KFO unterstellt. Es gewährleistet die Verbindung zu den sanitätsdienstlichen Partnerinnen und Partnern der anderen Kantone und des Bundes, namentlich dem BAG und dem sanitätsdienstlichen Koordinationsgremium (SANKO). Das SFO hat einen modularen Aufbau, damit es die im Krisenfall betroffenen Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen des Gesundheitswesens und der Gesundheitsfachpersonen rasch zusammenführen kann. Zu den ständigen Mitgliedern gehören die Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen des Gesundheitswesens und der Gesundheitsfachpersonen, die in ausserordentlichen Situationen im Gesundheitsbereich eine strategische Rolle spielen: Neben dem Kantonsarzt, der das SFO präsidiert, und der Koordinatorin für ausserordentliche Lagen (wissenschaftliche Mitarbeiterin beim KAA) gehören dem SFO der Kantonsapotheker, eine Person in Vertretung der HFR-Direktion sowie eine Person aus dem Bereich der präklinischen Notfallversorgung an. Diese neue Kommission ist seit dem 1. Januar 2014 in Betrieb.

Im Weiteren hat das KAA seine Zusammenarbeit mit dem Koordinierten Sanitätsdienst des Bundes (VKSD) weitergeführt, die im Rahmen des SANKO fortgesetzt wird. Dieses neue Gremium ist im Herbst 2013 zu einer Auftaktsitzung zusammengekommen; zu den Mitgliedern gehört u. a. der Kantonsarzt, der den Kanton Freiburg vertritt. Das 2010 verabschiedete interkantonale Reglement über das Fahrzeug für den Sanitäts-Support («véhicule de soutien sanitaire», VSS), das beim interkantonalen Spital der Broye stationiert ist und von den Kantonen Waadt und Freiburg gemeinsam finanziert wird, hat einen Teil der Fragen in Bezug auf Rolle, Intervention und Arbeitsweise des «Groupement d'intervention sanitaire professionnel» (GISP) beantwortet.

#### f. Management der Gesundheitsförderung

Das KAA trug zum Management und zur Steuerung verschiedener Projekte bei, darunter:

- > Aktionsplan für Gesundheitsförderung und Prävention (in Zusammenarbeit mit der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention und dem GesA)
- > Gesundheit in der Schule (in Zusammenarbeit mit dem Amt für den deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA) und dem Amt für den französischsprachigen obligatorischen Unterricht (FOA) und dem GesA)
- > Mitbeurteilung der Präventionsprojekte, die der GSD im Hinblick auf eine Subventionierung unterbreitet werden (in Zusammenarbeit mit dem GesA)
- > Sanierung der ehemaligen Deponie «La Pila» und Beantwortung anderer Fragen im Zusammenhang mit der Umweltbelastung, namentlich durch cPCB und Schwermetalle (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt)

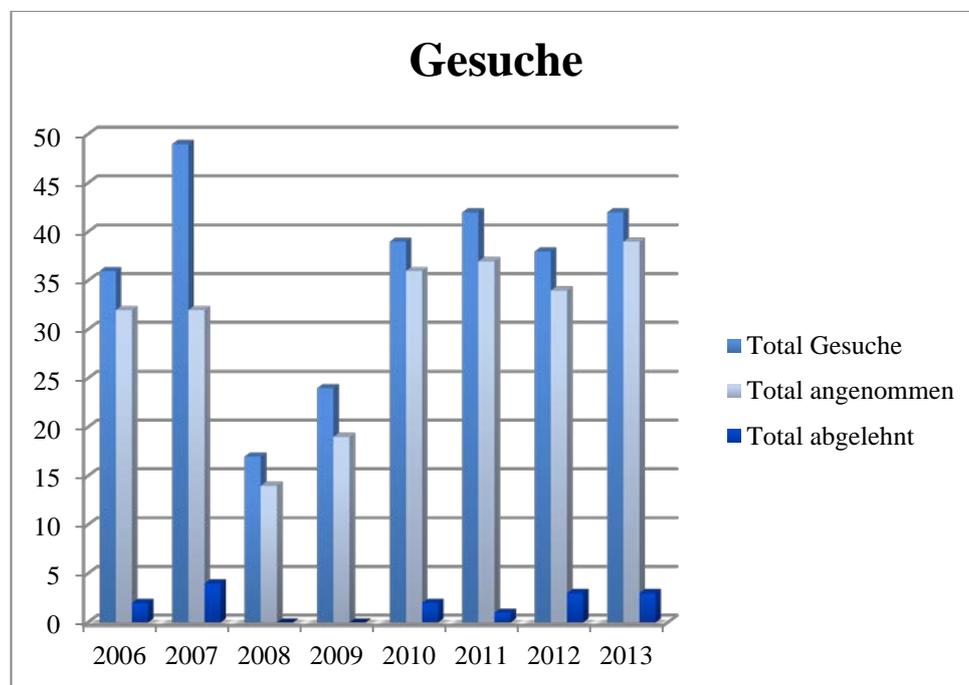
### 3.3 Überwachung und Planung des Gesundheitssystems

#### 3.3.1 Institutionen und Fachpersonen des Gesundheitswesens: Zusammenfassung der Anzahl Leistungen

Leistungsart	Anzahl
Gutachten bzgl. Betriebsbewilligung für Institutionen des Gesundheitswesens	12
Besuche im Rahmen der Überwachung der Pflegeheime	11
Bewilligungen für Pflegeheim-Unterbringungen vor dem AHV-Alter	141
Anfechtung der Tarifstufe für Pflegeheimbewohner/innen	4
Kontrollen der Guten Praxis nach RAI in den Pflegeheimen	17

Beurteilung der postgraduierten Ausbildungen	7
Besuche von ärztlichen und zahnärztlichen Praxen	4
Beurteilungen für die Erteilung von Sozialleistungen	0

### 3.3.2 Pflegeheim-Unterbringung vor dem AHV-Alter



### 3.3.3 Stellungnahmen zur Aufhebung des Berufsgeheimnisses

2013 sprach sich das KAA bei der GSD in 44 Fällen dafür aus, einem Gesuch um Aufhebung des Berufsgeheimnisses stattzugeben.

### 3.3.4 Projekte und Arbeitsgruppen

#### a. Senior+

Teilnahme des KAA. Projekt unter der Leitung der GSD.

#### b. Abteilung zur vorübergehenden Aufnahme und Orientierung (AVAO)

Teilnahme des KAA. Projekt unter der Leitung des Sozialvorsorgeamtes (SVA).

#### c. Spezialabteilung für Demenzkranke

Teilnahme des KAA. Projekt unter der Leitung des SVA.

#### d. Pflegeheimdotations 2014

Projekt des SVA. Ausarbeitung einer Methode zur Berechnung des Pflegepersonals in den Pflegeheimen nach Pflegestufe und Pflegeaufwandgruppen gemäss RAI.

#### e. Dotation des Aktivierungspersonals in den Pflegeheimen

Vom KAA gesteuertes Projekt zur Festsetzung der Rahmenbedingungen, mit denen Fachpersonen der Ergo-, Kunst- und Musiktherapie sowie der Aktivierung in die Pflege- und Betreuungspersonaldotation der Pflegeheime integriert werden können.

#### f. Projekt «Zuständiger Arzt in den Pflegeheimen»

Es handelt sich um ein Pilotprojekt der Ärztesgesellschaft des Kantons Freiburg und der VFA, das in Zusammenarbeit mit der GSD geführt wird. Ziel ist die Datenerhebung zu den Aufgaben und zur Entlohnung der zuständigen

---

Ärztinnen und Ärzte in den Pflegeheimen und die darauffolgende Niederschrift von Empfehlungen für die Einrichtungen. Auf Anfrage der beiden ursprünglichen Projektpartner präsiert der Kantonsarzt den Steuerungsausschuss. Das Projekt soll auch 2014 weitergeführt werden.

#### **g. Kantonales Konzept der Palliativpflege**

Teilnahme am Projekt unter der Leitung des GesA.

#### **h. Kurzaufenthalte in den Pflegeheimen**

Projekt unter der Leitung des GesA im Hinblick auf die Bereitstellung von Temporärbetten durch die Pflegeheime und die Klärung der finanziellen Probleme.

#### **3.3.5 Ausserkantonale Spitalaufenthalte**

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 hat das KAA 9307 Kostengutsprache gesuche behandelt. 4967 (= 53 %) wurden auf den kantonalen Referenztarif beschränkt, 4134 (= 44 %) wurden zum Tarif des Zielspitals gewährt und 2 % waren «Nichteintretensfälle» und Fälle, in denen kein kantonaler Beitrag gewährt wurde (Nicht-Listenspital).

### **3.4 Familienplanung und Sexualinformation**

Besondere Tätigkeiten 2013:

- > Um das Leistungsangebot besser bekannt zu machen, wurde ein neuer Flyer für den Sektor Familienplanung und Sexualinformation (FSS) erstellt und breitflächig verteilt
- > Zwei Fälle im Zusammenhang mit den neuen Technologien und den damit verbundenen Problemen in den Schulen erforderten eine Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei
- > Alle Sexualberaterinnen, die keine medizinische Ausbildung haben, erhielten eine Ausbildung zur Blutentnahme bei HIV-Tests
- > Das Inkrafttreten des «Plan d'études romand» (PER) im 2013 bot Gelegenheit, Kontakte zu den pädagogischen Verantwortlichen des Kantons herzustellen, mit dem Ziel, den Platz der Sexualerziehung in den Schulprogrammen besser zu definieren

#### **3.4.1 Familienplanung und Schwangerschaftsberatung**

Auch in diesem Jahr hat der FSS der Nachfrage von Einzelpersonen und Paaren nach Auskünften auf den Gebieten der sexuellen Gesundheit, des Gefühlslebens und der Schwangerschaft entsprochen. Dies entspricht 661 Gesprächen zu verschiedenen Themen, die sich wie folgt aufteilen:

- > Verhütung: 38,04 %
- > Pille danach: 14,28 %
- > STI und HIV/AIDS: 4,64 %
- > Schwangerschaft: 14,76 %
- > Schwangerschaftsabbruch: 6,56 %
- > Sexualerziehung und sexuelle Schwierigkeiten: 7,76 %
- > Medizinische Fragen oder Fragen im Zusammenhang mit Fruchtbarkeit: 5,92 %
- > Psychosoziale Sprechstunde oder Gespräche zum Thema Sexualität und Behinderung oder Missbrauch und Gewalt: 5,6 %
- > Keine Angabe: 2,44 %

Die «Kundschaft» des FSS ist jung: 50,83 % sind unter 20 Jahre alt, 28,27 % davon wiederum unter 16 Jahre. Der FSS bietet auch sexuelle Beratung (Einzelpersonen oder Paare) für Menschen mit Behinderungen an (2013: 12 Gespräche).

Das interkantonale Familienplanungszentrum in Payerne wird hauptsächlich von unter 20-Jährigen genutzt, die am Anfang ihres Sexuallebens stehen. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass sich das Zentrum in der Nähe des Interkantonalen Gymnasiums der Broye befindet.

Im Rahmen seines Auftrags als Schwangerschaftsberatungsstelle bietet der FSS auch Gespräche zur Information, Abklärung und Unterstützung an. Ausserdem informiert er über die private und die öffentliche Hilfe, auf die schwangere Frauen bei Austragung ihrer Schwangerschaft zählen können.

Der FSS berät auch in Sachen Prävention von STI und HIV/Aids. Im Rahmen der Beratungsgespräche bietet er in Freiburg, Bulle und Payerne anonyme Aids-Tests an. In diesem Jahr wurden 458 Tests durchgeführt.

### 3.4.2 Kurse, Einsätze und Formen der Zusammenarbeit

Der FSS wird das gesamte Jahr hindurch für verschiedene Kurse und Einsätze zum Thema sexuelle und reproduktive Gesundheit herangezogen (2013: 36). Diese sind in erster Linie für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II und der Hochschule für Gesundheit Freiburg (HEdS), Jugendliche in Heimen und Lernende bestimmt und werden in beiden Kantonssprachen abgehalten.

Der FSS arbeitet eng mit Fachleuten aus dem medizinischen, sozialen und pädagogischen Bereich zusammen: HFR Freiburg – Kantonsspital und HFR Riaz, FNPG, Jugendamt, Gynäkologinnen und Gynäkologen, Apothekerinnen und Apotheker, Heime und Einrichtungen für Jugendliche, ORS Service AG für Asylsuchende, «Fri-Santé» und «Grisélidis» für Personen in prekären Verhältnissen, «frauenraum» und «Centre Empreinte». Er wirkt ausserdem in verschiedenen Gruppierungen von Fachleuten im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention mit, wie etwa im «Groupement de coordination du Réseau Santé et Social de la Gruyère», und im «Groupement fribourgeois Coordination SIDA».

Im Rahmen der Prävention gegen Mädchenbeschneidung (*Female Genital Mutilation* – FGM) und Zwangsheirat arbeitete er auch im Berichtsjahr mit der «Fachstelle für die Integration der MigrantInnen und für Rassismusbekämpfung» zusammen.

### 3.4.3 Sexualinformation

Der FSS veranstaltet in den Schulen des Kantons Kurse zur Prävention von sexueller Ausbeutung (Kindergarten und 2. Primar) sowie je nach Schulkreis Kurse zur Sexualinformation (2., 4. und 6. Primarschulklassen sowie 2. Sekundarschulklassen). Darüber hinaus hält er einen Vortrag in der Gewerblichen und Industriellen Berufsfachschule (GIBS) in Bulle, bei dem es in erster Linie um Sexualität und die Prävention von STI und HIV/Aids geht.

Mit dem Stellenantritt einer neuen deutschsprachigen Sexualpädagogin will der FSS sein Netzwerk mit den deutschsprachigen Schulen und Institutionen ausdehnen.

### 3.4.4 Statistik

#### a. Beratungen FSS

2013 hat der FSS 4379 Telefongespräche, 552 ärztliche Konsultationen und 661 Einzel- und Paargespräche geführt. Nachfolgende Tabelle enthält die Einzelheiten bzgl. Herkunft und Wohnort der Klientel:

<b>Einzel- und Paargespräche</b>	<b>661</b>
Schweiz	60,06 %
Ausland	23,29 %
Unbekannt	16,64 %
Stadt Freiburg	25,72 %
Saane-Land	20,12 %
Sense	9,83 %
Greyerz	13,46 %
See	3,78 %
Glane	3,12 %
Broye	8,87 %
Vivisbach	4,82 %
Andere Kantone und unbekannter Wohnort	10,28 %

## b. Einsätze der Sexualpädagoginnen und -pädagogen

2013 hat der FSS 2674 Sexualerziehungsstunden gegeben, 50 Elternabende abgehalten und 42 Situationen betreut. Die folgende Tabelle enthält die genauen Angaben zu den Einsätzen in den Schulklassen:

Klasse	Französisch	Deutsch	Total
Kindergärten, 1. und 2. Primarschulklassen (Prävention von sexuellem Missbrauch)	256	22	278
Primarschulen, 3. bis 6. Klasse (Sexualinformation)	224	28	252
Orientierungsschulen (Sexualinformation)	179	2	181
Berufsschulen (Prävention von STI und HIV/AIDS)	21	-	21
Andere Einrichtungen	78	2	80

## 3.5 Information und Koordination

Die zahlreichen Informationstätigkeiten im Rahmen der im Bericht aufgeführten Projekte und die erteilten Auskünfte betreffen verschiedenste Themen und Zielgruppen.

### 3.5.1 Statistik

Das KAA ist verantwortlich für die Datenerhebung der jährlichen medizinischen Statistik der Spitäler des Kantons und deren Weiterleitung an das Bundesamt für Statistik (BFS). Seit dem 1. Januar 2011 müssen die Spitaleinrichtungen und Geburtshäuser ihre Daten in Übereinstimmung mit «SwissDRG» (DRG = *Diagnosis Related Groups*), dem neuen Tarifsystem für stationäre akutsomatische Spitalleistungen, liefern. Das KAA konnte dem BFS die Daten 2012 für alle betroffenen Einrichtungen des Kantons liefern.

Das KAA sammelte auch im Berichtsjahr Meldungen zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen und übermittelte diese an das BFS, das kantonsspezifische Analysen durchführt. 2012 wurden 237 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Diese Zahl ist in den letzten fünf Jahren relativ stabil geblieben.

## 3.6 Austausch und Zusammenarbeit

### 3.6.1 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Die Mitarbeitenden des KAA waren in zahlreichen Arbeitsgruppen und Kommissionen vertreten, darunter:

- > Ständige Kommission für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Kantonsverwaltung
- > Expertenkommission für Pflegeheime für Betagte
- > Eidgenössische Kommission für Tabakprävention
- > Wissenschaftlicher Ausschuss des Krebsregisters
- > Vorstand IVR (Vertretung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren)
- > Kommission der Kantonsärzte des GRSP
- > Vorstand der Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz (VKS)
- > beratende Kommission im Bereich der Prostitution
- > Externe Beratungsgruppe für die Revision des Bundesgesetzes über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)
- > Steuergruppe Maserneliminationskampagne des Bundes
- > Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Mädchenbeschneidung
- > Arbeitsgruppe «Zwangsheirat»
- > Arbeitsgruppe «Menschenhandel»
- > «Groupement fribourgeois Coordination SIDA»
- > Vorstand der «Association romande et tessinoise des conseillères et conseillers en santé sexuelle et reproductive» (ARTCOSS)

---

## 4 Schulzahnpflegedienst (SZPD)

Claude Bertelatto Küng, Dienstchefin

---

### 4.1 Tätigkeit

#### 4.1.1 Prophylaxe

Per Schuljahresbeginn 2013/14 wurde die Unterrichtseinheit der Prophylaxe von 60 auf 45 Minuten gekürzt. Diese Massnahme ermöglicht in erster Linie eine bessere Einbindung in den Unterricht. Darüber hinaus soll sie eine straffere Organisation der Besuche der Schulzahnpflegeassistentinnen ermöglichen, die grundsätzlich vier Einheiten am Morgen und zwei am Nachmittag abhalten werden. Ende Juni 2014 sollen Qualität und Quantität des Prophylaxeunterrichts evaluiert werden.

2013 besuchten die drei Schulzahnpflegerinnen (Beschäftigungsgrad insgesamt = 165 %) 1283 Klassen und unterwiesen 23 956 Kinder.

#### 4.1.2 Pädodontie

2013 wurde die Sterilisation in allen Zahnkliniken den Anforderungen von Swissmedic angepasst. Die Sterilisation in den mobilen Kliniken, die Behandlungen durchführen, wurde einem externen Unternehmen anvertraut. Die Räumlichkeiten der ortsfesten Kliniken wurden so umgebaut, dass sie den geltenden Richtlinien entsprechen. Die Abläufe im Zusammenhang mit der Hygiene in der Praxis wurden alle genehmigt und werden nun systematisch angewendet.

Die Klinik von Marly blieb 2013 geschlossen. Die Patientinnen und Patienten wurden vor Ort in einer mobilen Klinik untersucht. Die Behandlungen fanden in der Klinik von Villars-sur-Glâne statt. Im Februar 2014 wird die Klinik in komplett umgebauten Räumlichkeiten neu eröffnet.

Durch eine bessere Aufteilung der Arbeit und eine straffere Organisation in den Kliniken für Pädodontie konnte eine Zahnarztstelle aus dem Bestand 2014 gestrichen werden.

#### 4.1.3 Kieferorthopädie

Aufgrund einer längeren krankheitsbedingten Absenz eines Kieferorthopäden kam es im Sektor zu erheblichen organisatorischen Schwierigkeiten. Trotz aller Bemühungen vergingen zwei Monate, bis eine Stellvertretung gefunden werden konnte. Zwischenzeitlich haben die anderen Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden des SZPD die betroffenen Patientinnen und Patienten übernommen.

Die Klinik für Kieferorthopädie und Pädodontie in Bulle wurde vom Kollegium des Südens in die Orientierungsschule verlegt. Sie hat ihre Tätigkeit zum Schulbeginn 2013/14 in den neuen Räumlichkeiten wieder aufgenommen; sowohl das Personal als auch die Patientinnen und Patienten sind sehr zufrieden.

Der Sektor Kieferorthopädie hat 292 neue Patientinnen und Patienten aufgenommen. Bei 9363 Kontrollen wurden 1404 Kinder behandelt. Der Jahresumsatz belief sich auf 1 851 151 Franken.

#### 4.1.4 Aufsichtsaufgaben

Der Vertrauenszahnarzt hat einen leichten Anstieg der Zahl der Beschwerden festgestellt (15 Fälle).

Der SZPD hat verschiedene Gemeinden beraten, die die Schulzahnmedizin in die Hände einer privaten Zahnärztin bzw. eines privaten Zahnarztes geben möchten.

### 4.2 Statistik

Die Daten 2013 sind nahezu identisch mit denjenigen von 2012, was auf eine gesunde Stabilität des SZPD schliessen lässt. Eine Auslastung von weniger als 30 % in einigen Kliniken regt jedoch zum Nachdenken an.

	1	2	3	4	5	6	7	8
Kliniken	Kinder mit Möglichkeit zur Behandlung in Schulzahnklinik	Anzahl kontrollierte Kinder	Anzahl Kinder mit Reinigung	Anzahl Kinder mit Füllungen	Anzahl Kinder mit Behandlungen	Privat kontrollierte und behandelte Kinder (mit Attest)	Total der Rechnungen	In der Schulzahnklinik kontrollierte und behandelte Kinder in %
Broye, mobile Klinik (80 %)	3 388	1 415	1 055	46	296	1 973	161 094.00	41,77 %
Bulle OS (40 %)	2 483	726	516	4	340	1 757	136 530.35	29,24 %
Bulle, Vudalla (80 %)	3 565	1 312	876	198	574	2 253	214 353.70	36,80 %
Freiburg, Les Buissonnets (100 %)	2 885	1 604	1 055	331	574	1 281	252 065.35	55,60 %
Freiburg, Pérolles (80 %)	2 890	1 494	933	241	835	1 396	317 908.30	51,70 %
Düdingen (40 %)	2 671	575	399	184	230	2 096	107 683.80	21,53 %
Marly (40 %)	1 724	777	316	163	301	947	111 951.20	45,07 %
Romont OS (100 %)	3 478	1 410	613	209	546	2 068	182 243.75	40,54 %
Saane/Vivisbach, mobile Klinik (100 %)	5 992	1 756	1 004	128	465	4 236	186 018.55	29,31 %
Villars-sur-Glâne (40 %)	1 174	916	403	206	398	258	149 660.95	78,02 %
<b>Total</b>	<b>30 250</b>	<b>11 985</b>	<b>7 170</b>	<b>1 710</b>	<b>4 559</b>	<b>18 265</b>	<b>1 819 509.95</b>	<b>39,62 %</b>

Die Zahlen stammen aus der Software «ZaWin 2013» und für die Spalte 1 aus dem Dokument «Bestände Klassen und Schüler 2012/13» der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport.

### 4.3 Gesetzgebung

Eine Arbeitsgruppe hat die Lösungsvorschläge umgesetzt, welche die Steuerungsgruppe im Rahmen der Revisionsarbeiten an der Schulzahnmedizin ausgearbeitet hat. Es wurde ein Bericht erstellt, der in den ersten Monaten 2014 in die Vernehmlassung geht. Ende 2014 sollte dem Grossen Rat ein Gesetzesentwurf unterbreitet werden können.

## 5 Sozialvorsorgeamt (SVA)

Maryse Aebischer, Amtsvorsteherin

### 5.1 Tätigkeit

#### 5.1.1 Sektor Sondereinrichtungen

Der Sektor Sondereinrichtungen befasst sich hauptsächlich mit der Subventionierung der Wohn- und Beschäftigungsstätten für erwachsene Personen mit Behinderungen, die sich durch eine deutliche, für längere Zeit bestehende oder bleibende Beeinträchtigung einer oder mehrerer körperlicher, sensorischer, kognitiver oder psychischer Funktionen kennzeichnen. Er subventioniert auch die Einrichtungen für die Aufnahme von Personen mit Suchtproblemen sowie die Erziehungsheime für Minderjährige und junge Erwachsene und die professionellen

---

Pflegefamilien. Der Sektor plant das Platzangebot in diesen Einrichtungen und kontrolliert ihre Tätigkeit. Als Verbindungsstelle im Sinne der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) befasst er sich schliesslich mit der Finanzierung ausserkantonaler Platzierungen.

Die Aufgaben im Zusammenhang mit der Finanzierung der Sondereinrichtungen und der professionellen Pflegefamilien beinhalten hauptsächlich Prüfung und Besprechung der Voranschläge mit den Einrichtungsverantwortlichen (Voranschlag für die laufende Rechnung und Investitionsvoranschlag). Die Endabrechnung und die Berechnung des endgültigen Beitrags zu Lasten der öffentlichen Hand erfolgen basierend auf den Geschäftsrechnungen, die von den von den Institutionen beauftragten Treuhandgesellschaften geprüft worden sind. 2013 beliefen sich die Subventionen an die Freiburger Einrichtungen für Erwachsene mit Behinderungen auf 85 316 567 Franken (2012: 83 999 761 Franken), während sich die Subventionen an die Erziehungsheime und medizinisch-therapeutischen Einrichtungen für Minderjährige und junge Erwachsene auf 18 362 771 Franken beliefen (2012: 17 831 069 Franken).

Bei seinen zahlreichen Beratungs- und Aufsichtseinsätzen hat sich das SVA 2013 namentlich für die Arbeiten zur Verbesserung der Organisation des Kinderheims Heimelig in Kerzers eingesetzt. Des Weiteren hat es die Verantwortlichen der Einrichtungen Transit, «Le Bosquet» und «Nid Clairval» zu einer Besprechung zusammengerufen, um gemeinsam nach Synergien zu suchen und die Kompetenzen der drei Einrichtungen zu optimieren. Diese Arbeiten werden 2014 weitergeführt.

Als Verbindungsstelle des Kantons Freiburg für den Vollzug der IVSE-Bestimmungen bearbeitet das SVA die Gesuche um Platzierungen in Einrichtungen in anderen Kantonen. Es kontrolliert, ob die einschlägigen gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind und ob der im Gesuch aufgeführte Tagespreis der Einrichtung dem offiziellen IVSE-Preis entspricht. Ausserdem prüft es, ob die Eigenbeteiligung der Person an den Aufenthaltskosten den gesetzlichen Bestimmungen des Kantons Freiburg entspricht und willigt in die Finanzierung des Aufenthaltes ein. Als Verbindungsstelle verwaltet das SVA ausserdem die Dossiers der ausserkantonale wohnhaften Personen, die in den Freiburger Einrichtungen untergebracht sind, und behandelt die Streitfälle, die zwischen Kantonen, Institutionen und unterbringenden Diensten auftreten können. 2012 belief sich der Gesamtbetrag für Erwachsene, die in einer ausserkantonalen Einrichtung untergebracht waren bzw. gearbeitet haben, auf 9 535 058 Franken (2012: 9 008 722 Franken). Dies entspricht 231 Kostengutsprachen (2012: 212) und betrifft 183 Personen mit Behinderungen (2012: 163), wobei ein und dieselbe Person unter dem Jahr die Einrichtung wechseln oder mehrere Leistungen beziehen kann (z. B. Heim und Werkstätte). Von den Personen, die Leistungen ausserkantonaler Einrichtungen beziehen, haben 42 eine geistige Behinderung (2012: 41), 38 eine körperliche Behinderung (2012: 29), 47 eine psychische Behinderung (2012: 45), 12 eine Sinnesbehinderung (2012: 10) und 44 leiden an einer Suchterkrankung (2012: 38). Der Betrag zu Lasten der Freiburger öffentlichen Hand für die in ausserkantonalen Erziehungseinrichtungen platzierten Minderjährigen belief sich 2012 auf 5 401 017 Franken (2012: 5 334 190 Franken) und entsprach 122 Platzierungen für 105 Minderjährige und junge Erwachsene (2012: 99 Platzierungen für 80 Minderjährige und junge Erwachsene). Von diesen Platzierungen waren 50 vom Jugendstrafgericht (wie 2012) und 38 von den Friedensgerichten (2012: 18) angeordnet worden. Die Dauer der ausserkantonalen Unterbringungen kann sich je nach Art der erteilten Leistung stark unterscheiden (Probeaufenthalt für ein paar Tage oder Heimunterbringung für das ganze Jahr).

### 5.1.2 Sektor Pflegeheime

Auf Grundlage der Pflege- und Betreuungspersonaldotationen, die für jedes Heim je nach Pflegebedarfsgrad der beherbergten Personen verlangt werden, berechnet der Sektor den Betreuungs- und Pflegepreis für die 48 Pflegeheime des Kantons. Ein System zur Preisberichtigung aufgrund der Jahresrechnung gewährleistet die Finanzierung der effektiven Kosten. Die Rechnungskontrolle besteht in der Überprüfung der Pflege- und Betreuungspersonaldotation im Verhältnis zu den verrechneten und (im Fall von Spitalaufenthalten) reservierten Tagen sowie der Löhne und Lohnnebenkosten im Zusammenhang mit den vom SVA begutachteten Stellungnahmen zu den Anstellungen (jährlich durchschnittlich 500 Stellungnahmen). Das Personal umfasst mehr als 3500 Personen, die sich auf rund 1900 Vollzeitstellen aufteilen. Die Beteiligung der öffentlichen Hand an den Betreuungskosten wird von der kantonalen Ausgleichskasse berechnet.

---

Am 31. Dezember 2013 zählte der Kanton Freiburg 2596 anerkannte Betten. Am 30. September 2013 belief sich der Bettenbelegungsgrad auf 97,30 %. Von den Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohnern wohnten 18 nicht im Kanton Freiburg (VD: 13, BE: 4 und GE: 1), während 13 Freiburgerinnen und Freiburger langfristig in einem Pflegeheim eines anderen Kantons untergebracht waren (BE: 7; AG, BL, VS, ZH, SG und LU: 1). 9 Freiburgerinnen und Freiburger absolvierten einen ausserkantonalen Kurzaufenthalt (BE).

Im Rahmen der Budgetdiskussionen 2014 hat der Staatsrat beschlossen, 14 neue Pflegeheimbetten für Langzeitaufenthalte anzuerkennen. Betten für Kurzaufenthalte wurden hingegen keine anerkannt. Die 14 Langzeitbetten wurden dem Sensebezirk zugeteilt, der den Auftrag hat, diese entsprechend der Nachfrage und der Prioritäten unter den Pflegeheimen aufzuteilen. Die Zuteilung dieser neuen Betten wurde von der beratenden Kommission für Pflegeheime für Betagte (COMEMS) begutachtet.

Ende 2013 gab es in den Tagesstätten des Kantons Freiburg 68 Plätze (2012: 65).

## 5.2 Projekte und besondere Ereignisse

### 5.2.1 Sektor Sondereinrichtungen

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Kantonalen Konzeptes zur Förderung der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen wurden im Hinblick auf eine zweite Phase, die im ersten Quartal 2014 starten wird, Verbesserungen an der ersten Version des Tools vorgenommen, mit dem Personen mit Behinderungen an die am besten auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Leistungserbringer weitergeleitet werden können. Künftig werden mehr Partnerinnen und Partner an den Arbeiten beteiligt sein. Zu den fünf Mitgliedern der Diskussionsgruppe (Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit, Pro Infirmis, Freiburgerische Stiftung für geistig behinderte Erwachsene und Cerebralgelähmte, «Association St-Camille» und «Fondation du Centre d'intégration socio-professionnelle») kamen zwei weitere hinzu: die Stiftung für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung und die «Fondation glânoise en faveur des personnes handicapées mentales et IMC».

2013 hat das SVA ausserdem zwei Projekte erfolgreich abgeschlossen: Das erste betrifft den Bereich körperliche Behinderungen und zielt darauf ab, die besonderen Bedürfnisse von Personen unter 65 Jahren mit körperlicher Behinderung zu beurteilen. Das zweite betrifft Suchtkranke und hat zum Ziel, gemeinsam mit den drei zuständigen Freiburger Einrichtungen ein Instrument zu schaffen, mit dem die Unterstützung der Personen, die in einer dieser drei Einrichtung leben oder arbeiten, beurteilt werden kann. Im ersten Halbjahr 2014 werden alle Personen, die in einer dieser Einrichtungen wohnen oder arbeiten anhand dieses Instruments beurteilt.

### 5.2.2 Sektor Pflegeheime

Im Rahmen des Projektes Senior+ hat der Staatsrat die Schaffung einer Arbeitsgruppe bewilligt, welche die Einzelheiten der Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Staat und Gemeinden in den sozialmedizinischen Leistungserbringern und die Sondereinrichtungen betreffenden Bereichen analysieren soll. Die Arbeitsgruppe kam zum Schluss, dass eine Zusammenarbeit und eine Aufteilung der Zuständigkeiten in diesen extrem voneinander abhängigen Bereichen durchaus notwendig und wünschenswert sind, wenn man bürgernahe Leistungen mit identischer Betreuungsqualität im ganzen Kanton anbieten will. Vor dem Hintergrund des umfassenden Projektes der Entflechtung der Aufgaben zwischen Staat und Gemeinden wurde beschlossen, das Projekt Senior+ vorderhand auf die staatliche Politik im Bereich der älteren Personen auszurichten und das Leistungsangebot besser zu koordinieren. Die Gesetzesvorentwürfe sowie das Gesamtkonzept und die Massnahmen 2016–2020 werden Ende erstes Quartal 2014 in die Vernehmlassung geschickt.

Gemäss Übergangsbestimmung des Bundesgesetzes vom 13. Juni 2008 über die Neuordnung der Pflegefinanzierung können die bei Inkrafttreten des Gesetzes geltenden Tarife und Tarifverträge innert drei Jahren an die vom Bundesrat für die gesamte Schweiz festgesetzten Beiträge an die Pflegeleistungen angeglichen werden («KLV-Tarife»), soll heissen bis zum 1. Januar 2014. Für 2013 hat der Staatsrat beschlossen, dass die Versicherer Tarife zahlen, die den um 6 Franken erhöhten KLV-Tarifen je Pflegestufe entsprechen.

Am 1. April 2012 wurde die Abteilung zur vorübergehenden Aufnahme und Orientierung (AVAO) eröffnet. Es handelt sich dabei um ein Pilotprojekt mit 19 Betten in den Räumlichkeiten des Pflegeheims «La Providence» in

Freiburg. Die AVAO wird für eine Dauer von höchstens drei Monaten Betagte nach einem Spitalaufenthalt aufnehmen, die noch nicht nach Hause können, weil die entsprechende Pflege noch nicht organisiert werden konnte oder aber zuerst soziale Begleitmassnahmen auf die Beine gestellt werden müssen. In der Abteilung werden auch Personen aufgenommen, die auf einen Pflegeheimplatz warten, jedoch nicht auf Spitalpflege angewiesen sind. Seit ihrer Eröffnung hat die AVAO rund 180 Personen aufgenommen: Zwei Drittel der Betroffenen warteten auf einen Platz in einem Pflegeheim, ein Drittel hat sich auf die Rückkehr nach Hause vorbereitet. Der Zwischenbericht vom März 2013 beschreibt die enge und konstruktive Zusammenarbeit mit der Patientenberatung des HFR, die sehr gute Kooperation mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den Familien innerhalb des Pflegeprojektes und den Nutzen der Interdisziplinarität (Pflege, Ergotherapie, Physiotherapie, Mitarbeiterin Patientenberatung, Ärztin/Arzt). Dem Bericht ist ferner zu entnehmen, dass 2012 in der AVAO 2282 Aufenthaltstage im Hinblick auf eine Pflegeheimunterbringung gezählt wurden (siebenmonatiger Betrieb). Schliesslich beschreibt der Bericht die erkannten Schwierigkeiten; dabei handelt es sich in erster Linie um Koordinationsprobleme unter den einzelnen Leistungserbringern sowie um einen Mangel an Präzision was die Kriterien für den Eintritt in die AVAO betrifft (Abgrenzung Typologie Bewohner/innen).

2013 fanden die Arbeiten im Zusammenhang mit der neuen Pflegeheimdotation statt. Dabei ging es um die Anwendung des neuen Instruments zur Beurteilung des Pflegebedarfs RAI-NH<sup>1</sup> für die Festsetzung einer Dotation, die der Pflege- und Betreuungsstufe der Bewohnerin bzw. des Bewohners entspricht. Auf Grundlage des Vorschlags einer Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern des Kantonsarztesamtes, des SVA, der Finanzdirektion, des Vereins Freiburgerischer Alterseinrichtungen und der Pflegeheime hat der Staatsrat eine neue Verordnung über die Ermittlung des Pflege- und Betreuungsbedarfs sowie eine Änderung des Reglements über Pflegeheime für Betagte verabschiedet. Die neue Dotation gilt ab 1. Januar 2015.

### 5.3 Statistik

#### 5.3.1 Sektor Sondereinrichtungen

Ende 2013 gibt es im Kanton Freiburg für Erwachsene mit Behinderungen 831 Plätze (2012: 816) in den Wohnstätten (Heim ohne und mit Beschäftigung, geschützte Wohnungen) und 1152 Plätze (2012: 1147) in den Werk- und Tagesstätten. Für Minderjährige und junge Erwachsene zählte der Kanton 218 Einrichtungsplätze (2012: 214), wovon 182 in Erziehungsheimen.

Zusätzlich zu den Plätzen in den Institutionen verfügt der Kanton Freiburg über 33 Plätze (2012: 33) für die Aufnahme Minderjähriger in sechs professionellen Pflegefamilien.

Wohnstätte – Geistige Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2013			Anzahl neu geschaffene Plätze 2013
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Betreutes Wohnen	
Wohn- und Werkgenossenschaft Sonnegg	Zumholz	8			
Home-Atelier Linde	Tentlingen	42			
Home-Atelier La Colombière	Misery	41			6
Foyer La Rosière	Estavayer- le-Lac		16	11	
Home Clos Fleuri	Bulle	39	35		

<sup>1</sup> RAI-NH = Resident Assessment Instrument Nursing Home

Fondation glânoise en faveur des personnes handicapées mentales et IMC	Ursy	39		16	
HOMATO, Les Buissonnets	Freiburg	32			
Sensler Stiftung für Behinderte (SSB)	Tafers	13	31	16	1
Communauté de La Grotte – Foyer Béthanie	Freiburg		15		
Stiftung des Seebezirks für Erwachsene Behinderte (SSEB)	Murten		14	10	
Fara	Freiburg		24	24	
La Belle Etoile	Châtel-St-Denis		16	4	
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>214</b>	<b>151</b>	<b>81</b>	<b>7</b>

		Stand am 31.12.2013			Anzahl neu geschaffene Plätze 2013
Wohnstätte – Psychische Behinderung	Ort	Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Betreutes Wohnen	
Fondation Horizon Sud	Marsens	85	22	32	
La Traversée 3	Seiry	12			
Foyer St-Louis	Freiburg	8	36		(2 provisorisch)
Applico	Schmitten	6		12	6
La Traversée 1	Freiburg			13	
La Traversée 4	Freiburg			14	
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>111</b>	<b>58</b>	<b>71</b>	<b>6 und (2)</b>

		Stand am 31.12.2013			Anzahl neu geschaffene Plätze 2013
Wohnstätte – Körperliche Behinderung	Ort	Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Betreutes Wohnen	
Association St-Camille	Marly	59		12	
Linde, deutschsprachige Abteilung	Tentlingen	7			
SSEB Holzgasse	Kerzers	15			
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>81</b>	<b>0</b>	<b>12</b>	<b>0</b>

Wohnstätte – Sucht	Ort	Stand am 31.12.2013			Anzahl neu geschaffene Plätze 2013
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Betreutes Wohnen	
Le Torry	Freiburg	20			
Centre Le Radeau	Orsonnens	12			
Fondation Le Tremplin	Freiburg	14		6	
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>46</b>	<b>0</b>	<b>6</b>	<b>0</b>

Beschäftigungsstätte – Geistige Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2013		Anzahl neu geschaffene Plätze 2013
		Werkstätte	Tagesstätte	
Home-Atelier Linde	Tentlingen		6	
Home-Atelier La Colombière	Misery		16	5
Foyer La Rosière	Estavayer-le-Lac	63	6	
Home Clos Fleuri	Bulle	110		
HOMATO, Les Buissonnets	Freiburg		9	
Sensler Stiftung für Behinderte (SSB)	Tafers	135	5	5
Stiftung des Seebezirks für Erwachsene Behinderte (SSEB)	Murten	70		
Fara	Freiburg	88	10	10
Fondation glânoise en faveur des personnes handicapées mentales et IMC	Romont	57		7
La Belle Etoile	Châtel-St-Denis	40	5	
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>563</b>	<b>57</b>	<b>27</b>

Beschäftigungsstätte – Psychische Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2013		Anzahl neu geschaffene Plätze 2013
		Werkstätte	Tagesstätte	
Fondation Horizon Sud	Marsens	137		
Fondation St-Louis	Freiburg	35	2	
La Traversée 3	Seiry		4	
Centre d'intégration socio- professionnelle CIS (AOPH)	Freiburg	91		
Fondation L'Estampille	Freiburg	40		
Applico	Schmitten	40		
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>343</b>	<b>6</b>	<b>0</b>

Beschäftigungsstätte – Körperliche Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2013		Anzahl neu geschaffene Plätze 2013
		Werkstätte	Tagesstätte	
Association St-Camille	Marly	163		
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>163</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Beschäftigungsstätte – Sucht	Ort	Stand am 31.12.2013		Anzahl neu geschaffene Plätze 2013
		Werkstätte	Tagesstätte	
Le Tremplin	Freiburg	20		
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>20</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Erziehungsheim	Ort	Stand am 31.12.2013		Anzahl neu geschaffene Plätze 2013
		Werkstätte	Tagesstätte	
Le Bosquet	Givisiez	24 (davon 7 Notbetreuung)		
Foyer St-Etienne	Freiburg		42	
Foyer St-Etienne, Time Out	Villars-sur-Glâne		10	
Foyer Bonnesfontaines	Freiburg		28	

<b>Erziehungsheim</b>	<b>Ort</b>	<b>Stand am 31.12.2013</b>	<b>Anzahl neu geschaffene Plätze 2013</b>
Nid Clairval	Givisiez	17	
Foyer des Apprentis	Freiburg	17	
La Traversée 2	Corminboeuf	14	3
Kinderheim Heimelig	Kerzers	12	
Transit accueil d'urgence	Villars-sur-Glâne	10	
Aux Etangs	Freiburg	8	
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>182</b>	<b>3</b>

<b>Andere Einrichtungen für Minderjährige</b>	<b>Ort</b>	<b>Stand am 31.12.2013</b>	<b>Anzahl neu geschaffene Plätze 2013</b>
Therapeutische Tagesstätte	Givisiez	18	
Tagesklinik	Freiburg	10	
Le Bosquet (IV-Sektor)	Givisiez	8	
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>36</b>	<b>0</b>

### 5.3.2 Sektor Pflegeheime

Am 31. Dezember 2013 betrug die Anzahl anerkannter Betten im Sinne des Kantonalen Pflegeheimgesetzes 2596 (2518 Lang- und 78 Kurzzeitbetten). 2014 wird die Anzahl anerkannter Betten 2532 (Langzeitaufenthalte) bzw. 78 (Kurzzeitaufenthalte) betragen.

#### **Anzahl anerkannter Betten für Langzeit- und Kurzzeitaufenthalte nach Bezirk**

	<b>2013</b>		<b>2014</b>	
	Betten für Langzeitaufenthalte	Betten für Kurzzeitaufenthalte	Betten für Langzeitaufenthalte	Betten für Kurzzeitaufenthalte
Saane	826	33	826	33
Sense	362	15	376	15
Greyerz	475	5	475	5
See	259	6	259	6
Glâne	188	4	188	4

	2013		2014	
Broye	194	11	194	11
Vivisbach	149	4	149	4
Les Camélias, Marsens	15	0	15	0
Institution de santé pour les religieuses et religieux (ISRF), Freiburg	50	0	50	0
<b>KANTON</b>	<b>2 518</b>	<b>78</b>	<b>2 532</b>	<b>78</b>

#### Anzahl Plätze in Tagesstätten nach Bezirk Ende 2013

	Einrichtung	Anzahl Plätze	Anzahl geöffneter Tage pro Woche
Saane	Home médicalisé du Gibloux, Farvagny	7	5
	Pflegeheim des Saanebezirks, Villars-sur-Glâne	8	5
Sense	Tagesheim St. Wolfgang, Düdingen	15	5
	Die Familie im Garten, St. Ursen	11	5
Greyerz	Foyer Home de la Jogne, Charmey	7	3
See	Tagesstätte Les Platanes, Jeuss	8	5
Broye	Foyer Les Mouettes, Estavayer-le-Lac	4	4
Vivisbach	Maison St-Joseph, Châtel-St-Denis	8	5
<b>KANTON</b>		<b>68</b>	

---

## 6 Kantonales Sozialamt

François Mollard, Amtsvorsteher

---

### 6.1 Hilfe an bedürftige Personen

#### 6.1.1 Aufgaben

Das Kantonale Sozialamt (KSA) hat zur Aufgabe, sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen, das kantonale Sozialhilfesystem zu evaluieren und zu verbessern, über sein gutes Funktionieren zu wachen und für die Koordination und die Harmonisierung der Praxis zu sorgen, sodass eine Gleichbehandlung unter den begünstigten Personen gewährleistet ist. Gemäss Sozialhilfegesetz (SHG) ist es zuständig für Entscheide über die materielle Hilfe an Personen, die sich im Kanton aufhalten oder vorübergehend hier sind, sowie an Personen ohne festen Wohnsitz (Art. 8 und 21). Ausserdem unterhält das KSA die interkantonalen Beziehungen nach dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger, was die in anderen Kantonen wohnhaften Freiburgerinnen und Freiburger sowie die seit weniger als zwei Jahren im Kanton wohnhaften Schweizer Bürgerinnen und Bürger angeht. Es verteilt die Lasten der materiellen Hilfe auf die Gemeinden, den Kanton und die übrigen Kantone. Schliesslich sorgt das KSA für die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit unter den öffentlichen, privaten und ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren und mit den Kirchen. Die vom SHG vorgeschriebenen Aufgaben der Koordination, Information und Prävention (Art. 21) nehmen daher bei den Tätigkeiten des KSA einen bevorzugten Platz ein.

#### 6.1.2 Beitrag zu den sozialpolitischen Massnahmen

Zu den wichtigsten Aufgaben des KSA im 2013 gehörten die Behandlung von parlamentarischen Vorstössen sowie die SHG-Reform. Ausserdem hat es die Berichte in Beantwortung des Postulates Collomb/Menoud (P 2083.10) über die Vorbeugung der Verschuldung Jugendlicher sowie des Postulates Collomb (P 2076.10), das neue Regeln für den Bezug von Sozialhilfe vorschlägt, erstellt. Zudem hat das KSA mit der Ausarbeitung des Berichtes im Anschluss an die Erheblicherklärung des Postulats de Weck/Gobet (P 2002.12) über Sozialhilfe und Freizügigkeit begonnen. Im Berichtsjahr hat es die Erstellung des regelmässigen Berichts über die Armut im Kanton Freiburg weitergeführt. Dieser Bericht leistet dem Postulat Burgener Woeffray/Fasel (P 2072.10) Folge: Einmal pro Legislaturperiode soll eine Bestandsaufnahme zu diesem Thema gemacht und die für die Steuerung der Politik in diesem Bereich nützlichen Indikatoren erfasst werden. Die Ausarbeitung dieses Berichts erfordert eine beträchtliche Koordinationsarbeit zwischen mehreren Direktionen, bei der die entsprechenden Daten zur Beschreibung dieser Problematik erfasst werden. Parallel dazu hat das KSA die Antworten aus der Vernehmlassung zum Konzept zur Festlegung des Rahmens für die Umsetzung der Revisions- und Inspektionsarbeiten nach Artikel 21a ff SHG ausgewertet. Das besagte Konzept wird 2014 an die betroffenen Stellen weitergeleitet.

Das KSA hat ferner die Fragen im Zusammenhang mit der SHG-Anwendung sortiert und mit der Ausarbeitung des neuen Gesetzesentwurfs begonnen. Dabei hat es sich namentlich auf den SHG-Thementag abgestützt, der am 31. Januar 2013 stattfand und die regionalen Sozialdienste (RSD) sowie die Mitglieder der Sozialkommissionen vereinte, die bei dieser Gelegenheit über die Ausrichtung der Reform befragt wurden. Als Einführung hat die Universität Freiburg die Ergebnisse einer Studie präsentiert, die versucht, die Situationen der Sozialhilfebeziehenden zu beschreiben und die Grenzen der sie betreffenden Massnahmen aufzuzeigen. Das KSA hat die Arbeiten für diese Studie mitverfolgt; mit ihr soll die Anwendung von Artikel 63 der Kantonsverfassung, der die Unterstützung der verletzlichen und abhängigen Personen garantiert, dokumentiert werden. Ihre Ergebnisse werden 2014 veröffentlicht. Auf Bundesebene hat der Amtsvorsteher die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) in der vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) präsierten Begleitgruppe vertreten; diese soll im Auftrag des Bundesrates das Projekt einer Reform des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) prüfen.

---

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Arbeit des KSA im 2012 war die kantonale Politik der sozialen und beruflichen Eingliederung. Als Erstes hat es seine Arbeiten im Rahmen der Kommission zur prospektiven Untersuchung der Politik im Bereich Langzeitarbeitslosigkeit, der es vorsass, abgeschlossen. Das KSA beteiligte sich ferner an den Arbeiten der Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung (KJS). Es hat zur Umsetzung der vom Staatsrat verabschiedeten Strategie beigetragen, namentlich indem es gemeinsam mit den RSD die Massnahmen zugunsten der sozialhilfebeziehenden Jugendlichen koordiniert hat. In diesem Zusammenhang hat das KSA mit dem Amt für den Arbeitsmarkt (AMA), den anderen Mitgliedern der KJS und in Zusammenarbeit mit den RSD eine neue Massnahme mit dem Namen *Massnahme «Zukunft 20–25»* organisiert. Diese zielt darauf hin, Jugendlichen ohne Ausbildungen dauerhafte Lösungen zu bieten, damit sie in der Arbeitswelt Fuss fassen können.

Ferner führte das KSA das Präsidium der Arbeitsgruppe, die für die Umsetzung der besonderen Betreuungseinrichtungen nach Artikel 86 des Gesetzes über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG) zuständig ist. Diese im März eingeweihten besonderen Betreuungseinrichtungen heissen *Integrationspools+* und sollen Langzeitarbeitslose unterstützen. Sie sind ein weiteres wichtiges Instrument für die RSD und die Sozialkommissionen, die eng in die Arbeiten ihrer Instandsetzung eingebunden worden waren.

Dank dieses Einsatzes und durch seine Mitarbeit in der kantonalen Kommission für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt hat das KSA eine gute Übersicht über die das Dispositiv der beruflichen Eingliederung und kann zum Ausbau der Massnahmen beitragen, mit denen verhindert werden kann, dass mehr Menschen auf Sozialhilfe zurückgreifen. Dabei hat das KSA auch darauf geachtet, dass die Zusammenarbeit zwischen den RSD und den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) weiter gestärkt wird und die Arbeiten zur Schaffung einer Zusammenarbeitsvereinbarung im Sinne von Artikel 33 BAMG geleitet. Danach hat es die Vereinbarung bei den RSD und den Sozialkommissionen in die Vernehmlassung gegeben; das Feedback zu dieser Vernehmlassung erfolgt im 2014. Des Weiteren war das KSA an den Arbeiten der kantonalen Koordinationskommission für die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) beteiligt. Die IIZ trägt zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den in den Bereichen Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit und Invalidenversicherung tätigen Stellen und Ämtern bei. Gemeinsam mit dem AMA und der IV-Stelle stellt das KSA in diesem Zusammenhang insbesondere die Finanzierung der drei Koordinationsplattformen (Nord – Zentrum – Süd) des Kantons sicher und achtet auf die gute Koordination zwischen dem Dispositiv und den RSD.

Schliesslich hat das KSA die Besorgnisse der RSD im Zusammenhang mit der Wohnsituation und den Schwierigkeiten der Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler bei der Wohnungssuche weitergegeben. Dazu hat es die betroffenen Kreise zusammengerufen und zwei Arbeitsgruppen geschaffen; die erste soll das «Garantie-Depot für die Unterkunft» anpassen, die zweite soll eine Kontrolle der Wohnungen und eine diesbezügliche Begleitung der Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler einführen. Das KSA leistete ausserdem einen Beitrag zur Entwicklung anderer sozialpolitischer Massnahmen, indem es sich für die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) an mehreren Vernehmlassungen auf Kantons- und Bundesebene beteiligte.

Zur Förderung von sozialen Projekten zugunsten der Freiburger Bevölkerung verleiht der Staatsrat alle zwei Jahre den Preis für Sozialarbeit. Das KSA organisiert die Verleihung dieses Preises, der im 2013 vergeben wurde. Um die Aktionen zur Stärkung der Sozialhilfe in der Bevölkerung besser bekannt zu machen, verwaltet das KSA ferner zwei vom Staatsrat eingesetzte Fonds. Sozialfonds: Der Sozialfonds leistet Beitragsleistungen an private, als gemeinnützig anerkannte, nicht gewinnorientierte Sozialeinrichtungen, die in der Regel vom Staat nicht subventioniert werden, dies für Sozialprojekte zugunsten von Personen, die in unsicheren Verhältnissen oder in Armut leben. Er wird durch verschiedene Einnahmequellen gespeist, so z. B. durch den Ertrag der Abgaben auf die Lotterien und Wetten, Legate und Schenkungen, den Ertrag aus dem Vermögen des Fonds und alle weiteren Mittel, die ihm zugeteilt werden können. Dank dieses Fonds wurden im Berichtsjahr 23 Stiftungen oder Vereine mit insgesamt 253 256 Franken unterstützt. Dieser Fonds wurde auch für die Unterstützung des Ateliers für Soziales in New York verwendet. Dieses Projekt, das in Partnerschaft mit dem Amt für Kultur durchgeführt wird, ermöglicht den Austausch und die Zusammenarbeit mit den Akteurinnen und Akteuren aus dem dortigen Sozialbereich. Ziel ist die Erforschung der Neuheiten, von denen es in New York besonders viele gibt, und die Untersuchung der Verbesserungen, die diese dem

---

Kanton Freiburg bringen könnten, namentlich in den Bereichen Wohnen, Hilfe für Obdachlose, Massnahmen der sozialen und beruflichen Integration, Jugend und Arbeitslosigkeit.

Fonds zur Prävention und Bekämpfung der Spielsucht: Der Fonds zur Prävention und Bekämpfung der Spielsucht wird über die Erträge der Spielsuchtabgabe, welche die Lotterie- und Wettunternehmen den Kantonen überweisen müssen, gespeist. Der Fonds bezweckt die Unterstützung von Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung der Spielsucht. Infolge des Berichts des Staatsrates vom 3. September 2013 über die Vorbeugung der Verschuldung Jugendlicher und des einschlägigen kantonalen Aktionsplans wurde das Mandat der Kommission per 1. Januar 2014 auf die Prävention und die Bekämpfung der Verschuldung ausgedehnt. 2013 wurde dem Verein REPER ein Betrag in Höhe von 45 000 Franken überwiesen, welcher der Finanzierung eines Projekts zur Prävention, Früherfassung und Frühintervention im Bereich Spielsucht dient. Ausserdem wurden dem Interkantonalen Programm zur Bekämpfung der Glücksspielsucht (PILDJ, «Programme Intercantonal de Lutte contre la Dépendance au Jeu») 54 127.20 Franken als Kantonsanteil an die von der «Conférence Latine des Affaires Sanitaires et Sociales» (CLASS) unterstützten Projekte zurückerstattet. Unter der Schirmherrschaft der GSD hat die Kommission für die Verwendung des kantonalen Fonds für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht zum ersten Mal eine Informationstagung zum Thema Jugendliche und Spielsucht organisiert. Ziel dieser Tagung, die am 21. Februar stattfand und an der sich über 60 Fachpersonen austauschen konnten, war es, zu informieren, die Vernetzung zu initiieren den Querschnittscharakter der Staatstätigkeiten in den Vordergrund zu rücken. Insgesamt wurden 2012 Subventionen in Höhe von 109 416.45 Franken entrichtet.

### 6.1.3 Koordination

Eine wesentliche Tätigkeit des KSA für das gute Funktionieren des kantonalen Sozialhilfesystems ist die Koordination. In diesem Sinne trug es zur Entwicklung von Synergien unter den Akteurinnen und Akteuren dieses Systems und den öffentlichen und privaten Partnerinnen und Partnern bei, namentlich durch regelmässige Treffen und Arbeitsgruppen. Das KSA bemüht sich nach wie vor um die Koordination unter den RSD und den Organisationen, die Eingliederungsmassnahmen anbieten. Es aktualisiert regelmässig den Katalog der sozialen Eingliederungsmassnahmen (SEM), der auf der Website des KSA abrufbar ist. Das KSA sorgt jeweils dafür, dass diese Tätigkeiten unverzüglich für die Durchführung sozialer Eingliederungsverträge verfügbar sind. Die Vielfalt dieser in französischer und deutscher Sprache und mit Hilfe von rund 50 Organisationen bereitgestellten Massnahmen erlaubt es, den unterschiedlichen Eingliederungsbedürfnissen individuell zu entsprechen. Die Harmonisierung der Praxis und die Gewährleistung der Gleichbehandlung innerhalb des Freiburger Sozialwesens sind eine weitere Aufgabe des KSA. Dies äussert sich namentlich in der Bereitstellung eines Verzeichnisses der Sozialhilferichtlinien und -verfahren für die RSD und die Sozialkommissionen und der Zentralisierung des Informatiksystems für die Übermittlung der Sozialhilfedaten.

Um über ein leistungsstarkes Steuerungsinstrument zu verfügen, mit dem interkantonale Vergleiche im Sozialhilfebereich angestellt werden können, stellt das KSA die Koordination zwischen den RSD und dem Bundesamt für Statistik (BFS) bei der Sammlung der nötigen Daten für die schweizerische Sozialhilfestatistik (SOSTAT) sicher. Gemeinsam mit dem BFS und allen kantonalen Dienststellen, die für einkommensabhängige Leistungen zuständig sind, kümmert sich das KSA ferner um die Koordination der Einführung der Finanzstatistik über die Sozialhilfe in Ergänzung zur SOSTAT.

### 6.1.4 Information und Ausbildung

Über seine Website ([www.fr.ch/ksa](http://www.fr.ch/ksa)) stellt das KSA einen regelmässigen Informationsaustausch sicher. Das KSA unterhält auch eine enge Beziehung zu den RSD. Dazu nimmt es regelmässig an den Sitzungen der französischsprachigen und deutschsprachigen Gruppierung der RSD des Kantons teil, besucht die Sozialdienste, nimmt an den Sitzungen der Sozialkommissionen teil und trifft sich mit den Organisatorinnen und Organisatoren der sozialen Eingliederungsmassnahmen. Darüber hinaus hat das KSA Weiterbildungen für die Fachpersonen der verschiedenen betroffenen Dienste durchgeführt, namentlich im Rahmen der IIZ. Das KSA organisiert ferner gemeinsam mit der Universität Freiburg die Konferenz für Sozialfragen, die alle zwei Jahre stattfindet. Im Berichtsjahr widmete es sich der Vorbereitung der achten Ausgabe, die am 4. April 2014 stattfinden wird. Der Titel

---

der Konferenz 2014, die wie immer dem Austausch und den gemeinsamen Überlegungen auf kantonaler Ebene gewidmet sein wird, lautet: «Territorium oder Territorien? *Staatliches Handeln am richtigen Ort.*»

#### 6.1.5 Prävention

Im Bereich der Prävention stellt das KSA insbesondere den Vorsitz der Kommission für die Verwendung des kantonalen Entschuldungsfonds sicher. Dieser gewährt natürlichen Personen ein Darlehen zur Entschuldung. In Zusammenarbeit mit Caritas Freiburg und den öffentlichen und privaten Sozialdiensten befasst sich das KSA mit der Handhabung und der Verwaltung dieses Instrumentes für die Sanierung heikler sozialer Situationen.

In diesem Rahmen trug das KSA regelmässig zur Schulung der neuen Staatsangestellten und der RSD bei, damit diese in der Lage sind, Risiken vorzubeugen und mit Situationen von Gewalt im öffentlichen Dienst umzugehen. Ausserdem hat es verschiedene Anfragen von RSD, die mit Gewaltsituationen konfrontiert waren, beantwortet. Um über die Entwicklung der gesellschaftlichen Phänomene auf dem Laufenden zu bleiben, hat das KSA an verschiedenen Tagungen teilgenommen.

#### 6.1.6 Sozialhilfesystem

Das KSA sorgt dafür, dass die RSD und die Sozialkommissionen ihre Sozialhilfeaufgaben erfüllen. Hierfür übermittelt es ihnen regelmässig Rechtsgutachten, Informationen über die einschlägige Rechtsprechung sowie Synthesen der Antworten auf Fragen von Seiten der RSD zur Anwendung der Sozialhilferichtsätze. Gemäss Art. 34 SHG stellt das KSA ausserdem die Aufteilung der Kosten für die materielle Hilfe unter allen Gemeinden der einzelnen Bezirke sicher. Überdies nahm es im Berichtsjahr an Sitzungen von Sozialausschüssen teil, wie dies im SHG vorgesehen ist, und revidierte und analysierte die Ausgaben der materiellen Hilfe in den RSD. Das KSA unterhält ferner enge Beziehungen zu mehreren spezialisierten Sozialdiensten (Art. 14 SHG), die im Rahmen von Vereinbarungen vom Staat subventioniert werden und auf ihrem spezifischen Gebiet die RSD unterstützen sollen.

#### 6.1.7 Vertretungen

Aufgrund seiner Aufgaben nach SHG ist das KSA ausserdem in verschiedenen kantonalen Kommissionen vertreten. Auf interkantonaler Ebene hat das KSA zur weiteren Ausarbeitung des «Guide social romand» (Westschweizer Sozialführer, [www.guidesocial.ch](http://www.guidesocial.ch)) beigetragen. Schliesslich ist das KSA auch im «Groupement romand des chefs de services des affaires sociales» (GRAS) und in der Beratenden Kommission (BeKo) des Vorstandes der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) vertreten. Daneben nahm das KSA regelmässig an den von der «Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale» (ARTIAS) organisierten Treffen teil, die darauf hinzielen, die Anwendung der Sozialhilferichtsätze unter den Kantonen zu harmonisieren. Auf nationaler Ebene hat es an den Tätigkeiten der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) mitgewirkt.

#### 6.1.8 Statistik und Ausgaben 2013

##### a. Materielle Hilfe SHG

Eine alljährlich aktualisierte Sammlung der Statistiken der materiellen Hilfe gibt Auskunft über die Übernahme der Kosten materieller Hilfe, über die Anwendung der sozialen Eingliederungsmassnahmen, über die finanzielle Belastung der Gemeinden gemäss Aufteilung nach Bezirken sowie über die Tätigkeitsberichte der RSD.

Der Aufwand für die im 2013 erteilte materielle Hilfe an Bedürftige, die im Kanton wohnen oder sich hier aufhalten, belief sich (vor der Aufteilung Kanton/Gemeinden und unter Berücksichtigung der persönlichen Rückerstattungen) auf 35 218 360.50 Franken (2012: 33 596 738.40 Franken = Anstieg von 4,82 %) und verteilte sich auf 5042 Dossiers (2012: 4688 = Anstieg von 7,55 %), die insgesamt 9587 Personen betrafen (2012: 8991 = Anstieg von 6,62 %). Dem ist hinzuzufügen, dass die Ausgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden seit dem 1. Januar 2012 nicht mehr 50/50 %, sondern 40 % für den Staat und 60 % für die Gemeinden beträgt. Der Kanton übernahm zudem die materiellen Hilfeleistungen an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz in anderen Kantonen in Höhe von 3 725 287.45 Franken (2012: 3 057 277.70 Franken) und an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz im Ausland in Höhe von 110 000 Franken (2012: 110 000 Franken).

## AUFTEILUNG GEMEINDEN/STAAT Art. 32/33 SHG

Personenkategorie	Zu Lasten des Staates Fr.	Total %	Zu Lasten der anderen Kantone Fr.	Total %	Zu Lasten der Gemeinden Fr.	Total %	Total Fr.
Schweizer	7 585 317.40	54.86	1 663 787.80	93.90	10 826 730.30	55.18	20 075 835.50
Ausländer	6 241 292.15	45.14	108 199.85	6.10	8 793 033.00	44.82	15 142 525.00
<b>Total</b>	<b>13 826 609.55</b>	<b>100</b>	<b>1 771 987.65</b>	<b>100</b>	<b>19 619 763.30</b>	<b>100</b>	<b>35 218 360.50</b>

Materielle Hilfe 2013: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

## AUFTEILUNG DER DOSSIERS NACH SOZIALHILFEURSACHE

Sozialhilfeursache	Anzahl Dossiers	Total %
Arbeitslosigkeit/Vorschüsse Arbeitslosenentschädigung	660	12.17
Eielfternfamilie/getrenntes Paar	621	11.45
Krankheit/Unfall/Spital	400	7.37
Hilfe an Kinder	47	0.87
Schutzaufsicht	40	0.73
AHV/IV/EL: Vorschüsse/ungenügende Leistungen	621	11.45
Ungenügende Einkommen	1 963	36.18
Unterbringung im Pflegeheim/Heim für Betagte	24	0.44
Drogen/Alkohol	179	3.29
Spital/Unfall/Krankheit: vorübergehend anwesende Personen	28	0.52
Heimschaffung: vorübergehend anwesende Personen	79	1.46
Arbeitslosigkeit: Aussteuerung	763	14.07
<b>Total Dossiers</b>	<b>5 425</b>	<b>100</b>

*Hinweis:*

*Das Total der Dossiers bei der Erfassung der Sozialhilfeursachen ist höher als die tatsächliche Anzahl Dossiers (2013: 5042), da Dossiers, bei denen die Ursache im Laufe eines Jahres wechselt, doppelt gezählt werden.*

### b. Kantonaler Entschuldungsfonds

Die Kommission für die Verwendung des Entschuldungsfonds besteht aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Tätigkeitsbereiche. 2013 trat sie zu vier Sitzungen zusammen und entschied über sieben Entschuldungsanträge. Sie fällte ausserdem sechs positive Entscheide über einen Gesamtbetrag von 91 939.50 Franken. Ein Antrag wurde von der Antragstellerin zurückgezogen.

		Fr.
Für Darlehen verfügbare Summe am 1. Januar 2013		1 066 683.05
Vom Fonds geliehene Summe	./.	106 441.10
Dem Fonds rückerstattete Summe	+	178 751.60
Verschiedene Verwaltungskosten	./.	3 187.65
Wiederauffüllung des Fonds (ohne Darlehen)	+	3 187.65
<b>Für Darlehen verfügbare Summe am 31. Dezember 2013</b>		<b>1 138 993.55</b>

#### c. Inspektionen nach SHG

Gemäss Gesetzgebung hat das KSA im Auftrag der Sozialkommissionen, der RSD, der GSD oder von Amtes wegen das zweiten Jahr in Folge die Inspektion der Sozialhilfedossiers besorgt, um zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für den Nachweis des Sozialhilfebedarfs erfüllt sind und ob die Sozialhilfeleistungen bestimmungsgemäss verwendet werden. 2013 fanden diese Inspektionen zum vierten Mal in Folge in 48 Situationen statt, von denen 22 im Laufe des Jahres angekündigt und 10 abgeschlossen wurden. Am 31. Dezember 2013 waren 38 Inspektionen im Gange.

#### d. Revision in den RSD

Gemäss Artikel 21 Abs. 4 und 21a SHG besorgt das KSA periodisch die Revision der Sozialhilfedossiers. Mit der Revision wird überprüft, ob die für die Sozialhilfe geltenden Gesetze und Richtsätze richtig angewandt und die vom Staat, den Gemeinden oder dem Bund erteilten Sozialhilfemittel zweckbestimmt verwendet werden. 2013 fand in drei RSD eine Revision statt.

#### e. Begleiterkarte

Personen mit Behinderung haben auf den Strecken der am direkten Personenverkehr beteiligten schweizerischen Transportunternehmen Anspruch, kostenlos eine Begleitperson mitzunehmen. Dazu brauchen sie eine Ausweiskarte für Reisende mit einer Behinderung (Begleiterkarte), die von der SBB zur Verfügung gestellt und im Kanton Freiburg vom KSA ausgegeben wird. 2013 wurden 570 Begleiterkarten ausgestellt.

## 6.2 Koordination der Familienpolitik

Die Massnahmen der Familienpolitik decken zahlreiche Bereiche ab, denn die Familienpolitik ist eine typisch interdisziplinäre Angelegenheit, die sich am Schnittpunkt diverser öffentlicher Interventionen und Konzeptionen der Sozialpolitik befindet. Zur Förderung einer umfassenden Sichtweise dieser Massnahmen, der Bedürfnisse der Familien des Kantons und der verschiedenen bevorstehenden Herausforderungen stellt das KSA die Koordination sicher, sodass in Zusammenarbeit mit dem Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) eine echte kantonale Strategie entstehen kann.

Das KSA hat die Bestandsaufnahme der kantonalen Familienpolitik aktualisiert. Ausserdem hat es die Ausarbeitung neuer strategischer Linien für diese Politik und – gemeinsam mit dem Amt für Statistik, dem GFB und den anderen betroffenen Diensten und Ämtern – eines Plans für eine kantonale Familienstatistik in Angriff genommen.

Parallel dazu war das KSA in Zusammenarbeit mit der KSVA weiterhin an der Ausarbeitung eines Projektes für Ergänzungsleistungen zugunsten der Familien beteiligt, das ebenfalls einem Auftrag der neuen Kantonsverfassung entspricht, und hat zu verschiedenen kantonalen und eidgenössischen Vernehmlassungen Stellung genommen.

Im Weiteren hat das KSA an verschiedenen Treffen auf Kantons- oder Bundesebene teilgenommen, dank denen es die wichtigsten Entwicklungen in diesem Bereich mitverfolgen konnte.

## 6.3 Freiburg für alle

Das KSA hat eine Anlaufstelle für soziale Information und Orientierung: *Freiburg für alle*. Ihr Auftrag ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern einen einfachen, gerechten, neutralen und benutzerfreundlichen Zugang zu individuell zugeschnittenen Informationen zu ermöglichen. Da das kantonale Sozialhilfesystem komplex und nicht überall bekannt ist, gibt *Freiburg für alle* allen Personen, die eine Information brauchen, Auskunft und leitet sie an die am besten auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Hilfsdienste weiter; all dies geschieht in absoluter Vertraulichkeit und

---

vollkommen unverbindlich. Das Ziel von *Freiburg für alle* ist es, präventiv zu handeln und so einer Verschlechterung der sozialen Lage vorzubeugen. 2013 haben sich 1191 Personen an die Anlaufstelle gewendet, was gegenüber 2012 einem Anstieg um 10 % entspricht.

### 6.3.1 Tätigkeit und Zusammenarbeit

Haupttätigkeit von *Freiburg für alle* ist es, den Betroffenen Auskunft zu ihren Anliegen zu geben. Dies geschieht entweder am Schalter an der Rue du Criblet 13 in Freiburg oder per Telefon oder E-Mail. Die Probleme sind äusserst vielseitig, können jedoch in fünf Kategorien eingeteilt werden: Soziales (Sozialleistungen und -versicherungen, Budget, Wohnen, ...), Familie (vorschulische Betreuung, Erziehung, Trennung, Alter, ...), Arbeit (Aus- und Weiterbildung, Arbeitsrecht, Arbeitslosigkeit, Aussteuerung, ...), Gesundheit (körperliche und geistige Gesundheit, Prävention, Sucht, Erkrankungen, ...) und Integration (Sprachkurse, Aufenthaltsbewilligungen, ...).

#### a. Gebietsübergreifende Zusammenarbeit

Um den Betroffenen so gut wie möglich helfen zu können, unterhält *Freiburg für alle* eine Zusammenarbeit mit den Ämtern und Diensten sowie Vereinen des Kantons. Ziel ist es, das kantonale Netzwerk möglichst genau zu kennen und Synergien zu schaffen. Es fanden bilaterale Treffen mit verschiedenen Einrichtungen statt. Darüber hinaus hat die Anlaufstelle *Freiburg für alle* in ihren Räumlichkeiten 12 Gruppen von Lernenden des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH), vier Gruppen des frauenraums sowie den Nachtwächtern der Notschlafstelle «La Tuile» vorgestellt.

#### b. Plattform

Ziel der Plattform ist es, den Austausch zwischen der Bevölkerung und den Fachpersonen zu fördern, indem Letzteren die Infrastruktur von *Freiburg für alle* im Rahmen einer spezifischen Aktion oder zur Präsentation ihrer Tätigkeit zur Verfügung gestellt wird. Im Berichtsjahr fanden acht Veranstaltungen statt, an denen eine Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Fachstellen entstehen konnte: 10. Schizophrenie-Tage: FNPG, Freiburgische Interessengemeinschaft für Sozialpsychiatrie (AFAAP) und Freiburger PsychologInnen-Verband; Information und Beratung zum Thema Alzheimer: Familie im Garten und Alzheimervereinigung; Information und Beratung Spitex-Verband Freiburg; Information und Beratung über Methoden der Stellensuche mit dem zuständigen Sektor des frauenraums; Information zu den Leistungen von Procap; Budgetberatung mit dem Westschweizer Konsumentenverband («Fédération Romande des Consommateurs», FRC); Information zu den Krankenkassenprämien mit der FRC und der Patientenvereinigung («Fédération suisse des patients»); Präsentation der Leistungen der Paar- und Familienberatung im Rahmen ihres 100. Jubiläums.

#### c. Pilotprojekt «Aller vers»

Zwecks mehr Präsenz und bürgernahem Zugang hat *Freiburg für alle* im Berichtsjahr in verschiedenen Regionen des Kantons sein Pilotprojekt «Aller vers» umgesetzt. Dieses wird nach einjähriger Betriebszeit beurteilt.

## 6.4 Hilfe an die Opfer von Straftaten

Das KSA ist mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 23. März über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, SR 312.5) betraut. Die Opferhilfe umfasst drei Bereiche: Soforthilfe und längerfristige Hilfe durch zwei Opferberatungsstellen des Kantons, welche die Opfer aufnehmen und psychologische, medizinische, juristische oder materielle Hilfe leisten oder eine Notunterkunft anbieten; Gewährleistung der Rechte im Strafverfahren (insbesondere das Recht auf Respektierung der Persönlichkeit des Opfers in allen Phasen des Strafprozesses), die nun in der neuen Bundesstrafprozessordnung (SR 312.0) verankert sind; Anspruch des Opfers auf Entschädigung und Genugtuung durch den Kanton, in dem die Straftat stattgefunden hat, wenn weder der Straftäter noch die sozialen oder privaten Versicherungen diese zahlen können oder müssen. Die Opferhilfe greift somit subsidiär ein und kommt dann zum Tragen, wenn eine Person durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden ist. Die verschiedenen Befugnisse des KSA in diesem Bereich werden in Artikel 3 des kantonalen Ausführungsgesetzes zum OHG (SGF 32.4) aufgeführt. Der Staat hat im Übrigen Richtlinien zur Bestimmung und Beschränkung der Leistungen der Soforthilfe und der längerfristigen Hilfe erlassen, wobei es sich auf die einschlägigen schweizerischen Empfehlungen beruft (s. [www.fr.ch/ksa](http://www.fr.ch/ksa)).

#### 6.4.1 Haupttätigkeit

Das KSA überwacht einerseits den reibungslosen Ablauf der Verfahren, die nötig sind, um Opfern nach dem Verbrechen eine effiziente und bedürfnisgerechte Hilfe zu gewährleisten; andererseits wacht es über den guten Betrieb der beiden kantonalen Opferberatungsstellen (Frauenhaus Freiburg für Frauen und ihre Kinder, Beratungsstelle für alle anderen Opfer im Sinne des OHG). Die zwei Beratungsstellen befinden über die Erteilung einer Soforthilfe entsprechend den kantonalen Richtlinien, wohingegen das KSA über eine längerfristige Hilfe befindet, unter Vorbehalt einer Einsprache und einer allfälligen Beschwerde bei der GSD. Das KSA erhält und überprüft alle Rechnungen im Zusammenhang mit der Soforthilfe, welche die beiden Beratungsstellen erteilen. Das KSA hat ausserdem die alleinige Zuständigkeit, um über Entschädigungs- und Genugtuungsgesuche zu befinden (Beschwerden beim Kantonsgericht vorbehalten). Nach kantonomer Gesetzgebung ist das KSA ebenfalls für die Verbreitung von Informationen über das kantonale Dispositiv und die möglichen Leistungen an Opfer im Rahmen des OHG in der Öffentlichkeit und bei den Partnerstellen zuständig. Generell kümmert sich das KSA inner- und ausserhalb des Kantons um die erforderliche Koordination und erfüllt Aufgaben in Zusammenhang mit der Fortbildung des Personals der Opferberatungsstellen, der Entrichtung des kantonalen Pauschalbetrags an das Frauenhaus Freiburg sowie an die Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) im Rahmen der Betreuung der Opfer von Menschenhandel. Die Aufteilung der Kosten der Soforthilfe und der längerfristigen Hilfe zwischen dem Staat und den Gemeinden erfolgt nach Art. 9 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes über die Opferhilfe (AGOHG), wobei die Ausgaben für Entschädigung und Genugtuung weiterhin vollständig vom Kanton getragen werden, abgesehen von den Beträgen, die das KSA bei den Straftätern einholt.

#### 6.4.2 Statistik

Vom KSA bearbeitete Dossiers (alle Leistungen zusammengenommen)	391
Buchungseinträge (Ein- und Ausgänge zusammengenommen)	715
Formelle Entscheide (ohne Entscheide über Soforthilfe der Opferberatungsstellen)	91
Entscheide über längerfristige Hilfe einschliesslich Anwaltskosten	63
Entscheide über Entschädigungen und Genugtuungen	28
Beschwerden beim Kantonsgericht (Verfahren hängig)	2

Die Zahl der bearbeiteten Dossiers ist von 278 im 2007 auf 391 im 2013 gestiegen, was bedeutet, dass die Arbeitslast von Jahr zu Jahr nahezu kontinuierlich zugenommen hat. Hinzu kommt die seit Ende 2009 alljährlich erforderliche Arbeit für die Rückerstattung der Leistungen der Soforthilfe und der längerfristigen Hilfe beim Wohnkanton der Opfer (Art. 18 OHG).

#### 6.4.3 Koordination

Auf Ebene der kantonalen OHG-Koordination, die aus 18 Mitgliedern der wichtigsten Akteure des kantonalen OHG-Dispositivs besteht, hat das KSA die jährliche Sitzung anlässlich des 20. Jubiläums des OHG durch eine kantonale Tagung der Opferhilfe während des Strafverfahrens ersetzt. Im Rahmen der Weiterbildung fanden ausserdem zwei Sitzungen mit dem Personal der Opferberatungsstellen statt. Des Weiteren wurde das KSA für die jährliche Beurteilung des Kooperationsmechanismus gegen Menschenhandel beigezogen (SGF 114.22.14). Das KSA war ferner an drei Sitzungen der Kantonalen Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen dabei sowie an zwei Sitzungen einer Arbeitsgruppe, die ins Leben gerufen wurde, um die neuen schweizerischen Gesetzesbestimmungen zum Schutz von Opfern von Zwangsheirat umzusetzen, die am 1. Juli 2013 in Kraft getreten sind. Ausserdem hatte das KSA die Gelegenheit, das kantonale Opferhilfedispositiv dem Sozialdienst der Stadt Freiburg und der Einrichtung «La Tuile» vorzustellen. Im Rahmen der Regionalkonferenz der kantonalen OHG-Verbindungsstellen der Westschweiz und des Tessins (Regio 1) hat das KSA an zwei Sitzungen zur Harmonisierung der Praxis der Kantone teilgenommen. Schliesslich hat das KSA an vier Sitzungen der Schweizerischen Verbindungsstellen-Konferenz OHG und an einer nationalen Tagung anlässlich des 20. Jubiläums des OHG in Sitten teilgenommen.

#### 6.4.4 OHG-Ausgaben

2013 beliefen sich die OHG-Ausgaben auf insgesamt 1 347 154 Franken (2012: 1 353 612 Franken). Die Entwicklung der jährlichen Ausgaben lässt trotz des nahezu kontinuierlichen Anstiegs der Arbeitslast und der Anzahl behandelter Dossiers auf eine gewisse Kosteneindämmung schliessen. Einzelheiten dazu können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

<b>Tätigkeit und Aufwand im Rechnungsjahr 2013</b>		Fr.
Beiträge des Staates an die Beratungsstelle und Partner/innen des Dispositivs		760 608.00
Kosten für sofortige Hilfe	*	360 391.75
Kosten für längerfristige Hilfe	*	56 110.50
Anwaltskosten	*	38 476.00
Hilfe und Rückerstattungen an andere Kantone (Art.18 OHG)	*	4 125.00
* Unter Staat und Gemeinden aufzuteilender Gesamtbetrag (45 %/55 %)		459 103.25
Entschädigung (materieller Schaden)	**	27 246.40
Genugtuung	**	100 190.90
OHG-Streitfälle für Genugtuung und Entschädigung	**	5.90
** Aufwand 100 % zu Lasten des Staates		127 443.20
<b>Total</b>		<b>1 347 154.45</b>

#### 6.5 Hilfe an Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, abgewiesene Asylsuchende, Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid, Flüchtlinge

##### 6.5.1 Rechtlicher Rahmen

Das KSA ist mit der Anwendung des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG) betraut, namentlich mit der Aufnahme, Beherbergung und Betreuung von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen, abgewiesenen Asylsuchenden sowie Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE-Personen), die dem Kanton vom Bundesamt für Migration (BFM) zugeteilt worden sind, und mit der Entrichtung der materiellen Hilfe oder der Nothilfe an diese Personen. Nach Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16. Dezember 2005 (AuG) und der Verordnung vom 24. Oktober 2007 über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) obliegt dem KSA auch die Förderung der Integration vorläufig aufgenommener Personen. Das KSA trägt ferner basierend auf derselben Gesetzgebung ebenfalls die Verantwortung für Personen mit Flüchtlingsstatus, die seit weniger als fünf Jahren im Kanton wohnhaft sind.

Seit dem 1. Januar 2008 kümmert sich die Organisation für Regie- und Spezialaufträge (ORS Service AG, ORS) um Aufnahme, Betreuung und Beherbergung von Asylsuchenden (Ausweis N), vorläufig aufgenommenen Personen (Ausweis F), abgewiesenen Asylsuchenden und NEE-Personen. Dieser Auftrag wurde ihr vom Staatsrat erteilt. Caritas Schweiz in Freiburg ist indes weiterhin für die soziale und finanzielle Begleitung und die Integration von Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung von weniger als fünf Jahren (Ausweis B) und vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen (Ausweis F) zuständig.

##### 6.5.2 Asylstatistik

2013 ist die Zahl der in der Schweiz verzeichneten Asylanträge im Vergleich zum Vorjahr stark gesunken: 21 465 vs. 28 631 im 2012, was nahezu der Zahl von 2011 entspricht (22 551). Die Zahl der dem Kanton zugewiesenen Asylsuchenden belief sich auf 642 (2012: 933 und 2011: 709). Der Bestand an im Kanton wohnhaften Asylsuchenden ist somit ebenfalls zurückgegangen: Am 31. Dezember 2013 belief er sich auf 1401 Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Personen, NEE-Personen und abgewiesene Asylsuchende (2012: 1506 und 2011: 1385).

### 6.5.3 Beherbergung

In den ersten Monaten 2013 hatte der Rückgang dieser Zahlen noch keine Auswirkungen auf die Beherbergung. Obwohl die Situation immer noch angespannt ist, konnte die zusätzliche Unterkunft für Familien, die im Oktober 2012 notfallmässig eröffnet worden war, Anfang Februar 2013 planmässig wieder geschlossen werden. Ende 2013 befanden sich noch rund 1500 Personen in den kantonalen Unterkünften. Daraufhin wurde per Ende Februar 2013 die Schliessung der provisorischen Unterkunft beschlossen wurde, die am 15. Februar 2012 in der Zivilschutzanlage Wünnewil eröffnet worden war.

In der Folge öffnete am 6. Mai 2013 in Düdingen eine neue provisorische Unterkunft ihre Türen. Am 14. März fand ein entsprechender Informationsabend für die Gemeindebevölkerung statt. Diese Unterkunft, in der maximal 50 Personen unterkommen können, befindet sich in der Zivilschutzanlage Leimacker und nimmt Alleinstehende – hauptsächlich Männer, aber auch ein paar Frauen – auf. Die Vereinbarung, welche die GSD und die Gemeinde Düdingen unterzeichnet haben, sieht vor, dass die Unterkunft spätestens am 31. Dezember 2014 wieder geschlossen wird.

Im Übrigen wurden die Asylsuchenden in den vier dauerhaften Unterkünften des Kantons untergebracht, namentlich im «Foyer des Remparts» und im «Foyer du Bourg», beide in der Stadt Freiburg, im «Foyer du Lac» in Estavayer-le-Lac und im «Foyer des Passereaux» in Broc. Diese Unterkünfte können insgesamt 287 Personen aufnehmen. 2013 brachen am 14. Oktober und am 20. November in der Notunterkunft «La Poya» zwei Brände aus, bei denen die Pavillons Nr. 2 und Nr. 1 vollständig zerstört wurden. Dadurch ist die Aufnahmekapazität von 96 auf 64 Personen gesunken.

Am 31. Dezember 2013 lebten 356 Personen in den Asylunterkünften. Darüber hinaus waren in den anderen durch die ORS verwalteten Beherbergungsstrukturen 1045 Personen aus dem Asylbereich (Asylbewerber/innen, vorläufig aufgenommene Personen, Personen mit einem Nichteintretensentscheid und abgewiesene Asylbewerber/innen) untergebracht.

Der Bund wird die von ihm am 19. Dezember 2012 in Truppenunterkunft CIN Châtillon eröffnete Bundesunterkunft noch bis am 30. Juni 2014 betreiben. 60 Personen können dort untergebracht werden. Dabei handelt es sich um Personen, die noch keinem Kanton zugeteilt wurden.

### 6.5.4 Soziale und finanzielle Begleitung

Seit dem 1. Januar 2008 entrichtet der Bund den Kantonen eine Gesamtpauschale für Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen. Für vorläufig aufgenommene Personen, die Sozialhilfe beziehen, wird diese Pauschale während der ersten sieben Jahre ihres Aufenthalts in der Schweiz ausgerichtet. Nach Ablauf dieser Frist geht die finanzielle Zuständigkeit an den Kanton über.

Im Verlaufe des Jahres 2013 wurde die Umsetzung neuer Praktiken und Verfahren für die Zusammenarbeit zwischen dem KSA und der ORS fortgesetzt. Dank dieser engen Zusammenarbeit konnten das neue Dispositiv und die Kontrollmassnahmen gefestigt und strukturelle Massnahmen getroffen werden.

Von den Kontrollverfahren, die das BFM bzw. das KSA umgesetzt haben, sind namentlich zu erwähnen: Sozialhilfestatistik im Asylbereich (eAsyl), Sozialhilfestatistik im Flüchtlingsbereich (Flüstat), Sozialhilfestatistik in Zusammenhang mit der materiellen Hilfe an vorläufig aufgenommene Personen, die seit mehr als sieben Jahren in der Schweiz sind (SOSTAT), Umsetzung des Monitorings über den Sozialhilfestopp (Monitoring 2), Reporting der Integrationsmassnahmen, Prüfung der Finasi-Listen, die das BFM für die Berechnung der Gesamtpauschale des Bundes an den Kanton erfasst, sowie der verschiedenen Führungstabellen, die das KSA erstellt hat und die eine regelmässige Budgetführung und einen jährlichen Vergleich der Einnahmen des Bundes und der Ausgaben nach Budgetrubriken ermöglichen.

### 6.5.5 Abgewiesene Asylsuchende

Asylbewerber, gegen die ein rechtskräftiger negativer Asyl- und Wegweisungsentscheid vorliegt, werden seit dem 1. Januar 2008 von der ordentlichen Sozialhilfe ausgeschlossen, ebenso NEE-Personen. Diese haben somit keinen Anspruch mehr auf eine Beherbergung in einer von der ORS geleiteten Asylunterkunft und können lediglich in der

---

Notunterkunft «La Poya» in Freiburg untergebracht werden. Auf Gesuch hin wird ihnen höchstens eine Nothilfe von 10 Franken pro Tag im Sinne von Artikel 12 der Bundesverfassung gewährt. Die Richtlinien für die Nothilfe gelten weder für verletzte Personen (Familien mit minderjährigen Kindern, betagte oder schwer kranke Personen, unbegleitete Minderjährige usw.) noch für Härtefälle (Personen, die eine Härtefallbewilligung bekommen können). Letztere unterliegen auch weiterhin den Sozialhilferichtsätzen für Personen aus dem Asylbereich und haben Anspruch auf eine Beherbergung in einer von der ORS geleiteten Asylunterkunft. Im Übrigen bleiben alle abgewiesenen Asylbewerber und NEE-Personen auch weiterhin einer Krankenversicherung angeschlossen.

Zusammen mit dem Amt für Bevölkerung und Migration (BMA) überwacht das KSA die Anwendung des Verfahrens. Es fällt ausserdem die Entscheide über das Ende des Anspruchs auf Unterbringung, die den betroffenen Personen vom BMA mitgeteilt werden, sowie Ausweisungsentscheide, für deren Meldung und Vollzug die Kantonspolizei zuständig ist. 2013 hat das KSA 267 Entscheide über das Ende des Anspruchs auf Unterbringung gefällt (2012: 288).

Am 31. Dezember 2013 zählte der Kanton Freiburg 189 abgewiesene Asylsuchende (31.12.2012: 217), darunter 69 verletzte Personen. Hinzu kommen 11 abgewiesene Asylsuchende, die im Rahmen des Dublin-Verfahrens auf die Ausweisung in einen Drittstaat warten (Stand: 31. Dezember 2013). Am 31. Dezember 2013 waren in der Notunterkunft «La Poya» 49 NEE-Personen untergebracht. Die Kosten in Zusammenhang mit dem weiteren Aufenthalt in der Schweiz von abgewiesenen Asylsuchenden und NEE-Personen trägt der Kanton. Zum Ausgleich entrichtet der Bund dem Kanton für alle neu zugeteilten abgewiesenen Asylsuchenden und NEE-Fälle eine Gesamtpauschale.

#### 6.5.6 Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen

Im Laufe des Jahres 2013 hat die ORS die in ihrem Aktionsplan angekündigten Beschäftigungsprogramme durchgeführt. Der Aktionsplan war im Vorfeld vom KSA genehmigt worden. Die Aktivitäten richten sich an Asylsuchende mit hängigem Verfahren und vorläufig aufgenommene Personen, die seit weniger als sieben Jahren in der Schweiz sind, und sollen Untätigkeit bekämpfen, den Betroffenen einen Rahmen und Regeln geben, an die sie sich zu halten haben, und ihre Eingliederungsaussichten vor Ort oder aber die Aussichten auf eine Rückkehr in ihr Herkunftsland steigern. 2013 wurden die folgenden Programme angeboten: Nähen und Dekoration, Kochen, Velo-Reparaturwerkstätte, Streichen und Renovieren von Wohnungen, Wäscherei–Büglerei, Sprachen–Informatik–Allgemeinwissen. Auch das Bäckerei-Programm, das in Zusammenarbeit mit einer privaten Vereinigung auf die Beine gestellt worden war, wurde weitergeführt.

Im gleichen Rahmen ist die ORS für den Betrieb einer Veloausleihstation in der Agglomeration und in Bulle zuständig (Instandhaltung und gleichmässige Verteilung der Velos auf die Stationen). Diese Aufgaben werden von den Asylsuchenden, die an der Velo-Reparaturwerkstätte teilnehmen, übernommen. Diese Tätigkeit fördert nicht nur die Integration der Asylsuchenden, sondern rückt diese auch in ein positives Licht.

#### 6.5.7 Integrationsmassnahmen für vorläufig aufgenommene Personen, Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge

Seit dem 1. Januar 2008 sind vorläufig aufgenommene Personen mit Sozialhilfe verpflichtet, an Integrationsmassnahmen teilzunehmen. In diesem Zusammenhang bietet das KSA speziell auf vorläufig aufgenommene Personen zugeschnittene Integrationsmassnahmen an. Das KSA ist verantwortlich für die Ausarbeitung, Einführung und Evaluation spezifischer sozialer und beruflicher Eingliederungsmassnahmen für diese Personenkategorie. Ausserdem muss es die Massnahmen validieren und in einen Katalog aufnehmen. In diesem Sinne arbeitet das KSA mit der ORS zusammen, um die Umsetzung dieser Massnahmen zu koordinieren, aber auch mit den übrigen an der Integration beteiligten Akteurinnen und Akteuren, um diese Massnahmen zu validieren. Bei der Integration der Flüchtlinge unterhält das KSA eine vergleichbare Zusammenarbeit mit Caritas Schweiz in Freiburg und wendet die gleichen Grundsätze an.

2013 wurden die vertiefenden Arbeiten an den spezifischen sozialen und beruflichen Eingliederungsmassnahmen und den Anreizen, solche Personen einzustellen, weitergeführt. Gemeinsam mit der Fachstelle für die Integration der MigrantInnen und für Rassismusbekämpfung hat das KSA aktiv an der Ausarbeitung des zukünftigen kantonalen

---

Integrationsprogramms mitgearbeitet, welches vom BFM validiert worden ist und am 1. Januar 2014 in Kraft treten wird.

Das KSA informiert die Fachstelle überdies regelmässig über seine Projekte und seine Strategie, die im Übrigen mit den Schwerpunkten des Bundes im Integrationsbereich übereinstimmen und sich ins neue Gesetz vom 24. März 2011 über die Integration der Migrantinnen und Migranten und die Rassismusprävention, das am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, einfügen lassen. Ziel dieser Strategie ist es, die Integration von Personengruppen, die oftmals von der Gesellschaft ausgeschlossen sind, intensiv zu fördern. Bei der wirksamen Einführung dieses spezifischen Integrationssystems geht es auch um finanzielle Aspekte, insofern als die Investition für die Integrationsmassnahmen zu einem Kostenrückgang in der Sozialhilfe führt, namentlich für vorläufig aufgenommene Personen und für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge, die seit mehr als sieben Jahren in der Schweiz sind und für die der Kanton alleine aufkommt.

Seit dem 1. Januar 2008 entrichtet der Bund für jede neue vorläufig aufgenommene Person, für jeden neuen anerkannten Flüchtling und für jeden neuen vorläufig aufgenommenen Flüchtling eine einmalige Integrationspauschale.

#### 6.5.8 Flüchtlinge

Die Zahl der von Caritas Schweiz in Freiburg betreuten Flüchtlinge mit anerkanntem Flüchtlingsstatus und der vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge ist im Vergleich zu 2012 gesunken. Dies lässt sich durch die Strategie des BFM erklären, wonach vorrangig Dublin- und Nichteintretensfälle bearbeitet werden. So ist die Zahl der Flüchtlinge mit anerkanntem Flüchtlingsstatus (Ausweis B) und der seit weniger als sieben Jahren vorläufig in der Schweiz aufgenommenen Flüchtlinge (Ausweis F), die von Caritas Schweiz in Freiburg betreut werden, von 514 (31.12.2012) auf 441 (31.12.2013) gesunken, was quasi der Zahl von 2011 entspricht. Am 31. Dezember 2013 betrug die Zahl der seit mehr als sieben Jahren vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge, die von Caritas Schweiz in Freiburg betreut werden, 16 (31.12.2012: 10).

Betreffend Sozialhilfe an diese Personen hat sich das KSA mehrmals mit Caritas Schweiz in Freiburg getroffen, um Fragen wie die Anwendung der neuen Praxis und Verfahren, die Validierung der Integrationsmassnahmen, die Unterbreitung der vierteljährlichen Abrechnungen und die Kontrolle der Anwendung der Sozialhilferichtsätze für diese Personen zu regeln.

Seit dem 1. Januar 2008 entrichtet der Bund den Kantonen eine Gesamtpauschale für Flüchtlinge, vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und Staatenlose. Für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge, die Sozialhilfe beziehen, wird diese Pauschale während der ersten sieben Jahre ihres Aufenthalts in der Schweiz ausgerichtet. Nach Ablauf dieser Frist geht die finanzielle Zuständigkeit an den Kanton über.

#### 6.5.9 Weitere Aufgaben

Das KSA hat zu verschiedenen Vernehmlassungen auf kantonaler und nationaler Ebene Stellung genommen.

Weiter war das KSA aktiver Bestandteil der Kommission für die Integration der Migrantinnen und Migranten und gegen Rassismus, der Kommission für schulische Betreuung und Integration der Kinder von Migrantinnen und Migranten und der kantonalen Koordinationsgruppe für die Massnahmen, die speziell für abgewiesene Asylbewerber eingesetzt werden. Es nahm ausserdem an den Sitzungen der Koordinatorinnen und Koordinatoren der lateinischen Schweiz teil und – auf Bundesebene – an verschiedenen, vom BFM organisierten Seminaren der Schweizer Koordinatorinnen und Koordinatoren. Unter den zahlreichen aktuellen Themen, die debattiert wurden, sind namentlich zu nennen: Restrukturierung des Asylbereichs und Verfahrensbeschleunigung, Asylverfahren und Wegweisungsvollzug, Dublin-Verfahren, Unterbringung, spezifische Förderung der Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und Flüchtlingen. Auch war das KSA Teil der Begleitgruppe des BFM für die Analyse des Berechnungssystems der Gesamtpauschalen. Im Fachausschuss «Asylverfahren und Unterbringung» ist das KSA ebenfalls vertreten.

### 6.5.10 Ausgaben 2013

Die materielle Hilfe an Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen, die Kosten für das Betreuungs- und Verwaltungspersonal sowie die Betriebskosten der Beherbergungszentren beliefen sich 2013 auf 18 529 520 Franken, wovon 2 999 414 Franken zu Lasten des Staates bleiben.

Die materielle Hilfe an abgewiesene Asylsuchende und NEE-Personen, die Kosten für das Betreuungs- und Verwaltungspersonal sowie die Betriebskosten der Notunterkunft «La Poya» beliefen sich 2013 auf 2 449 170 Franken, wovon 233 934 Franken zu Lasten des Staates.

Die Kosten für materielle Hilfe und Betreuung zugunsten von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen beliefen sich 2013 auf 5 913 963 Franken, wovon 208 330 Franken zu Lasten des Kantons.

Die Kosten für die Integration von vorläufig aufgenommenen Personen aus dem Asylbereich beliefen sich 2013 auf 1 022 592 Franken. Die Kosten für die Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen beliefen sich 2013 auf 925 852 Franken.

## 6.6 Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen

Das KSA hat den Auftrag, beim Inkasso von Alimenten zugunsten von im Kanton wohnhaften Kindern, Ehegatten oder Ex-Ehegatten, die durch ein vollstreckbares Urteil oder eine anerkannte Vereinbarung geregelt wurden, die entsprechende Hilfe zu leisten. Gleichzeitig kann das KSA eine Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen leisten, wenn die finanzielle Situation der Bezügerinnen und Bezüger dies rechtfertigt und die Unterhaltsbeiträge nicht bezahlt werden; diese belaufen sich auf höchstens 400 Franken pro Monat und Kind bzw. auf höchstens 250 Franken pro Monat für die Ehegattin bzw. den Ehegatten oder die Ex-Ehegattin bzw. den Ex-Ehegatten. Hier muss das KSA einerseits seine Aufgabe im Zusammenhang mit der Eintreibung von Unterhaltsforderungen bewältigen und sich andererseits um Information, Beratung und Anhörung der Leistungsempfänger, aber auch der Personen, die die Unterhaltsbeiträge entrichten müssen, kümmern. Hinzu kommen Verwaltung und Betreuung im administrativen, finanziellen und juristischen Bereich sowie in Kostenrechnungs- und Buchungsbelangen.

### 6.6.1 Haupttätigkeit

Das KSA kümmert sich in diesem Bereich um Folgendes: Bestimmung des Anspruchs auf Inkassohilfe und Unterhaltsvorschüsse, Vorbereitung und Begründung der damit verbundenen Entscheide, periodische Überprüfung der Dossiers und der Leistungsansprüche der Bezügerinnen und Bezüger, Information und Empfang dieser Personen sowie der Schuldnerinnen und Schuldner, monatliche Verrechnung der Unterhaltsbeiträge, Auszahlung der Vorschüsse und Verwaltung des Debitorenwesens im Falle von unrechtmässig bezogenen Vorschüssen, Inkasso der Unterhaltsbeiträge, Bearbeitung von juristischen Fragen in diesem Zusammenhang, Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen (Betreibungen, Lohnpfändungen, Anforderung von Sicherheitsleistungen, Strafanzeigen), Vertretung des KSA vor den Oberämtern und den Zivil- und Strafgerichten.

### 6.6.2 Statistik

<b>Inkassoschritte 2013</b>	
Erscheinen vor dem Präsidenten der Bezirkszivilgerichte des Kantons	24
Erscheinen vor den Strafbehörden	132
Betreibungsgesuche	474
Gesuche um Lohnpfändungen	40
<b>Strafanzeigen</b>	<b>267</b>

Hinweis: Der Anstieg der Strafanzeigen (2011: 198) erklärt sich insbesondere durch die Tatsache, dass immer mehr unterhaltspflichtige Personen nicht auf die wiederholten Anfragen des KSA reagieren oder an unbekannter Adresse wohnen.

---

### Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen 2013

---

Gesamtsumme der vom Staat entrichteten Unterhaltsvorschüsse am 31. Dezember 2013 Fr. 5 911 763

---

---

### Eintreibung von bevorschussten Unterhaltsbeiträgen 2013

---

Betrag der eingetriebenen bevorschussten Unterhaltsbeiträge Fr. 2 864 903

- > davon wurden 101 925 Franken über die vom Staat beauftragte Inkassostelle eingebracht
- > Inkassoanteil: 46,78 % (2012: 46,48 %)
- > Nicht eingebrachter Betrag, zu gleichen Teilen zwischen dem Staat und den Gemeinden aufgeteilt (Art. 81 Abs. 2 EGZGB)

---

Wiedereinbringung der Unterhaltsbeiträge, die durch die vom Staat ausgerichteten Vorschüsse nicht gedeckt werden konnten und ausschliesslich die Unterhaltsschuldner betreffen Fr. 2 362 480

---

**Vom KSA im Rahmen der Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen eingezogener Gesamtbetrag Fr. 5 227 383**

---

---

### Dossierbearbeitung 2013

---

«Aktive» Dossiers am 31. Dezember 2013 (2012: 1572) 1 611

- > davon Dossiers, welche die Anwendung des «New Yorker Übereinkommens» betreffen (Gläubiger oder Schuldner der Unterhaltspflicht wohnt im Ausland, die andere Person muss im Kanton wohnhaft sein) 62

---

Neue Anträge 2013 (2012: 212) 245

---

Entscheid (Eröffnung, Schliessung, ...) 456

---

Aufgrund eines Entscheids durchgeführte und formalisierte Revisionen 951

---

Einsprachen 23

    Anerkannt 10

    Abgelehnt 11

---

Beschwerden von Begünstigten 6

    Von der GSD abgelehnte Beschwerden 4

    Vom Kantonsgericht ebenfalls abgelehnte Beschwerden 1

---

    Verfahren hängig 1

---

**Abgeschlossene Dossiers 368**

---

Im Berichtsjahr erforderte das neue Systems «SAP-ARPA» regelmässige Anpassungsarbeiten durch das betroffene Personal. Im Hinblick auf einen einfacheren Informationsaustausch entsprechend der Bedürfnisse des jeweiligen Amtes hat sich eine KSA-Delegation überdies mit den Mitgliedern der Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten des Kantons Freiburg sowie den RSD des Kantons getroffen. Weiter hat das KSA einen Vorentwurf eines kantonalen Gesetzes erarbeitet, das die derzeitige Gesetzgebung in Sachen Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen ersetzen soll. Auf regionaler Ebene hat das KSA als Mitglied der Westschweizer Konferenz der kantonalen Ämter für Inkasso und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen an je einer Sitzung in Freiburg und Bellinzona teilgenommen.

---

## 7 Jugendamt (JA)

Stéphane Quéru, Dienstchef (JA)

---

### 7.1 Haupttätigkeit

Die Tätigkeit des Jugendamtes (JA) unterliegt hauptsächlich dem Jugendgesetz vom 12. Mai 2006 (JuG) und dem Gesetz vom 9. Juni 2011 über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen. Das JA hat den Auftrag, die kantonale Kinder- und Jugendpolitik auszubauen und die verschiedenen Kinderschutzmandate in Anwendung der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung auszuführen. Des Weiteren informiert es die Bevölkerung über die Mittel der Hilfe für Kinder und Jugendliche, in Koordination mit den Jugendbeauftragten.

Die Mitarbeitenden des JA haben die im 2012 begonnenen Arbeiten im Zusammenhang mit dem Verfahren FOCUS 2013 weitergeführt und abgeschlossen. Bei den Arbeiten im Rahmen von verschiedenen Themenworkshops konnten Handlungsschienen zum Vorschein gebracht und in Gruppen eingeteilt werden. Ein Ergebnis dieser Workshops war die Neuorganisation der Leitung des JA sowie die Teilreorganisation des JA, die in Form eines neuen Organigramms in die Tat umgesetzt wurde, das wiederum am 1. Dezember 2013 in Kraft getreten ist. Ein paar dieser Workshops werden ihre Arbeiten im 2014 weiterführen.

Im Weiteren hat das JA die Leistungsaufträge einer Beurteilung unterzogen; diese betraf zum einen neun Tageselternvereine, die für die Aufsicht über die Betreuungseinrichtungen zuständig sind, und zum anderen Einrichtungen, die sozialpädagogische Betreuungsmassnahmen im Familienumfeld erteilen.

Auf seiner Website hat das JA ausserdem eine interaktive Karte des Kantons Freiburg aufgeschaltet, auf der alle familienergänzenden Betreuungseinrichtungen des Kantons aufgeführt sind.

Ferner hat es an einer gemeinsamen Erhebung der Kinderschutzbehörden der Romandie teilgenommen, bei der ein Standard für statistische Erhebungen festgesetzt werden sollte, der einen Vergleich zwischen den Kantonen erlaubt.

Bei der allgemeinen Bearbeitung der Gesetzgebung über die familienergänzende Betreuung hat die Juristin des JA 18 Gemeindereglemente geprüft, die sich in der Phase der Stellungnahme befanden und von der Gemeindelegislative noch nicht verabschiedet worden waren, sowie 21 abgeschlossene Gemeindereglemente, welche noch von der Direktorin für Gesundheit und Soziales verabschiedet werden mussten.

Das JA hat einen allgemeinen Rahmen festgelegt, mit dem seine Tätigkeit den neuen Mitarbeitenden, Studienabgängerinnen und -abgängern im Praktikum und FH-Praktikantinnen und -Praktikanten präsentiert werden kann. Mit dieser Präsentation soll ein Gesamtüberblick über das Arbeitsumfeld und eine Übersicht über die Rollen und Verantwortungen gegeben werden.

Das JA ist überdies in der lateinischen und der schweizerischen Konferenz der Verantwortlichen für Kinder- und Jugendschutz vertreten.

### 7.2 Tätigkeit Fachstelle für Jugendförderung (friJ)

Die Fachstelle für Jugendförderung friJ setzt die Kinder- und Jugendpolitik um. Sie ist in vier Bereichen tätig und leitet ausserdem das Projekt «Bildungslandschaften».

---

## 7.2.1 Freiburger Kinder- und Jugendpolitik

### a. Bestandsaufnahme und strategische Entwicklung

Im Rahmen ihrer regelmässigen Tätigkeit verfasst die Fachstelle Berichte und Empfehlungen zu Händen des Staatsrates. Im Berichtsjahr hat sie den zweiteiligen Bericht «Soutenir les enfants et les jeunes dans le canton de Fribourg – état des politiques actuelles et potentiel de développement» abgeschlossen und die Ergebnisse ihrer Erhebungen den Dienststellen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) und der Volkswirtschaftsdirektion (VWD) vorgestellt, nachdem sie 2012 bereits eine ähnliche Präsentation bei der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) gemacht hatte. Die Bestandsaufnahme bildet die Grundlage für den für 2015 geplanten Kick-off der kantonalen Strategie zugunsten der Kinder und Jugendlichen.

Für den Ausbau der kantonalen Kinder- und Jugendpolitik hat die Fachstelle zwei ordentliche Sitzungen der Kommission für Jugendfragen (JuK) organisiert. Themen der ersten Sitzung waren Förderung und Früherziehung, bei der zweiten wurde der Bericht des Bundesrates vom 27. Juni 2012 «Gewalt und Vernachlässigung in der Familie: notwendige Massnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und der staatlichen Sanktionierung» vorgestellt und die gemeinsamen Grundsätze der Schweizerischen Kinderschutzpolitik diskutiert.

### b. Bildungslandschaften Schweiz

Die Fachstelle hat den Auftrag, die Gemeinden bei der Ausarbeitung ihrer Lokalpolitik zugunsten der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. In diesem Zusammenhang koordiniert sie, in enger Zusammenarbeit mit der EKSD, das 2012 von der *Jacobs Foundation* lancierte Programm «Bildungslandschaften Schweiz» und unterstützt drei lokale Projekte (Vivisbachbezirk, Glanebezirk und Schönbergquartier, Freiburg). Mit den Bildungslandschaften soll die systematische Zusammenarbeit zwischen den schulischen und den ausserschulischen Akteurinnen und Akteuren verstärkt werden. Sie sind auf verschiedene wichtige Übergangsphasen im Leben der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet, nämlich: Vorschule–obligatorische Schule, Primarschule–Sekundarschule und Sekundarstufe I–Sekundarstufe II.

Obwohl das erste Jahr der Projektplanung gewidmet war, fanden im Rahmen der lokalen Projekte mehrere Veranstaltungen statt. Innerhalb des Staates Freiburg wurde bereits 2012 ein Büro für die Steuerung des Programms eingerichtet, das aus Mitarbeitenden der GSD und der EKSD besteht. 2013 wurde ausserdem ein kantonales Netzwerk geschaffen, das zur horizontalen und vertikalen Zusammenarbeit zwischen kantonalen und lokalen Akteuren anregen soll. Schliesslich entwickelte sich die Zusammenarbeit zwischen dem Staat Freiburg und den drei Projekten das ganze Jahr hindurch weiter und führte namentlich zum Abschluss einer Zusammenarbeitsvereinbarung und zur Unterzeichnung eines Dokuments zur Projektplanung. Die kantonale Koordination hat überdies an zwei Treffen des nationalen Netzwerks teilgenommen; diese wurden von der *Jacobs Foundation* organisiert und fanden am 25. Januar 2013 in Freiburg und am 22. November 2013 in Zürich statt.

### c. FriTime

Gemeinsam mit dem Amt für Sport und dem Amt für Gesundheit hat die Fachstelle das Kantonale Projekt «FriTime» abgeschlossen und lanciert. Ende 2013 wurden die Projekte der Gemeinden Ursy, Hauterive, Bulle und Romont genehmigt. Sie haben jeweils einen einmaligen Beitrag von 10 000 Franken erhalten. Die GSD unterstützt die Gemeinden, die entweder selber Freizeitaktivitäten organisieren oder solche bei der Stiftung *Idée:sport* in Auftrag geben, um ein Midnight- oder Open Sunday-Projekt durchzuführen. So hat z. B. die Gemeinde Kerzers einen Beitrag von 10 000 Franken für ihr Midnight-Projekt erhalten, ebenso die Gemeinde Villars-sur-Glâne für ihr Open Sunday-Projekt, bei dem die Turnhallen am Sonntagnachmittag für Kinder geöffnet werden.

### d. Massnahmenportfolio zugunsten der nachhaltigen Entwicklung

Die Fachstelle war aktiv an der Ausarbeitung der Massnahmenblätter «Kinder und Jugend» des Massnahmenportfolios im Bereich nachhaltige Entwicklung für die Freiburger Gemeinden beteiligt. Das Projekt wurde unter der Leitung der Verantwortlichen der nachhaltigen Entwicklung durchgeführt.

---

## 7.2.2 Unterstützung für Projekte zugunsten von Kindern und Jugendlichen

### a. Projekte «Kinder und Jugendliche»

Auf Stellungnahme der JuK gewährt der Staat Finanzhilfe für Projekte, die für Kinder und Jugendliche und/oder von diesen entwickelt werden. 2013 hat die Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung 27 Unterstützungsanträge für solche Projekte bearbeitet und die Projektverantwortlichen beraten. Insgesamt wurden 24 Anträge für einen Gesamtbetrag von 160 150 Franken angenommen; drei Anträge wurden abgelehnt, weil sie nicht den Kriterien für eine Finanzierung gemäss Jugendreglement entsprachen. Von den Anträgen waren 17 französischsprachig, sechs deutschsprachig und vier zweisprachig. Die unterstützten Projekte betrafen namentlich die Bereiche Sport, Kultur, Prävention, Bildung, berufliche Eingliederung, spielerische Aktivitäten oder noch die Information. Die Liste der Projekte kann unter [www.fr.ch/sej/de/pub/jugendforderung.htm](http://www.fr.ch/sej/de/pub/jugendforderung.htm) eingesehen werden.

### b. Kantonales Kinder- und Jugendnetzwerk «Frisbee»

Im Bereich Unterstützung von zugunsten von Kindern und Jugendlichen tätigen Vereinen hat sich die Fachstelle verstärkt für das Verfahren eingesetzt, das zur Schaffung eines kantonalen Kinder- und Jugendnetzwerks mit dem Namen «Frisbee» geführt hat. Dieses entstand wie folgt: Durch die Teilnahme an einem Workshop am 26. Januar 2013 konnten die Bedürfnisse und Erwartungen der Freiburger Gemeinden in Bezug auf die Schaffung eines solchen Netzwerks beurteilt werden. Am 29. Juni 2013 trafen sich dann die Vertreterinnen und Vertreter von rund 30 deutsch- und französischsprachigen Kinder- und Jugendvereinen im Freizeitzentrum des Juraquartiers und gründeten das kantonale Netzwerk «Frisbee». Freiburg gehört fortan somit auch zum Club der Kantone, in denen es bereits Dachverbände oder Netzwerke zugunsten von Kindern und Jugendlichen gibt, wie Waadt, Genf, Solothurn, Zug, Thurgau, Graubünden oder Zürich. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) wie auch das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) und die Konferenz der kantonalen Beauftragten für Kinder- und Jugendförderung (KKJF) haben die Schaffung des Freiburger Netzwerks mit grossem Interesse mitverfolgt. Letzteres ist nämlich das schweizweit erste, das die soziokulturelle Animation, die Jugendvereine und den Bereich Vorschulalter miteinschliesst. Dank dieses innovativen Aspekts konnte sich «Frisbee» anlässlich des KKJF-Treffens vom 20. September 2013 dem BSV und den Kantonen vorstellen. Die SAJV hat übrigens im 2013 im Auftrag der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) eine Studie zu den kantonalen Kinder- und Jugendnetzwerken durchgeführt. Die Ergebnisse können unter <http://www.sajv.ch/de/politik/schwerpunktthemen/freiwilligenarbeit/kantonale-jugendnetzwerke/> eingesehen werden.

## 7.2.3 Informationsdienst

Fünf Jahre nach ihrer Entstehung wollte die Fachstelle für Jugendförderung Bilanz ziehen. Dazu hat sie einen Bericht über ihre Tätigkeit von 2007 bis 2012 verfasst, der Anfang 2014 auf Deutsch und Französisch erscheinen wird.

Ebenfalls im Rahmen ihrer Informationsaufgabe nach Jugendgesetz aktualisiert die Fachstelle regelmässig ihre Website [www.fr.ch/sej/de/pub/jugendforderung.htm](http://www.fr.ch/sej/de/pub/jugendforderung.htm), veröffentlicht News zu ihren Tätigkeiten und leitet dem breiten Netzwerk per E-Mail die zweckmässigen Informationen der kantonalen Dienststellen, des Bundes oder von privaten Vereinen weiter.

## 7.2.4 Öffentlichkeitsarbeit und Koordination

Im Rahmen ihres Auftrags als Vertreterinnen der Interessen der Kinder und Jugendlichen und der Koordination der Tätigkeiten zugunsten von Kindern und Jugendlichen haben die Kinder- und Jugendbeauftragten an zahlreichen externen Sitzungen teilgenommen, die mit Partnern anderer Direktionen, der Gemeinden oder des Vereinswesens organisiert wurden.

Ausserdem hat die Fachstelle an verschiedenen Sitzungen staatlicher Kommissionen, die etwas mit Kinder und Jugend zu tun hatten, teilgenommen. Sie ist daher auch im Kantonalen Rat für Prävention und Sicherheit (KRPS) vertreten.

Im Weiteren ist die Fachstelle Teil des Steuerungsausschusses von «Wer bish?», der für 2013 beschlossen hat, diesen Themenbereich aktiv zu beobachten, selbst jedoch keine konkreten Projekte zu lancieren. Dies, weil das BSV

---

seit 2012 ein nationales Programm «Jugend und Medien» zur Förderung von Medienkompetenzen durchführt und Doppelspurigkeiten vermieden werden sollten.

Die Fachstelle vertritt ferner den Staat Freiburg in den Organen der interkantonalen Zusammenarbeit. Die Kinder- und Jugendbeauftragten haben daher an den halbjährlichen Sitzungen der KKJF teilgenommen. Die französischsprachige Beauftragte wurde im Übrigen im September 2013 zum Vorstandsmitglied der KKJF ernannt.

Des Weiteren vertritt sie den Kanton Freiburg in der «Conférence romande des délégué-e-s à l'enfance et la jeunesse» (CRDEJ) und ist Teil des einschlägigen Vorstands. Diese Konferenz setzt sich für die Interessen der Kinder und Jugendlichen ein und fördert eine proaktive Politik in diesem Bereich. 2013 fanden vier Treffen zur Förderung des Austauschs und der guten Praxis statt; die Themen waren: lokale Präventionspolitik in Sachen Alkoholmissbrauch (Sitten), Funktionsweise der CRDEJ (Neuenburg), Generalversammlung (Biel) und öffentlicher Raum (Nyon).

Die Fachstelle koordiniert auch verschiedene besondere institutionelle Projekte. Dadurch hatte das Institut Kurt Bösch in Sitten (IUKB) die Möglichkeit, sein Umfrageprojekt bei den Westschweizer Gemeinden zum Thema Partizipation der Kinder und Jugendlichen der CRDEJ vorzustellen.

Weiter ist die Fachstelle kantonale Ansprechpartnerin des BSV für verschiedene Projekte auf Bundesebene. In dieser Funktion hat sie an den Sitzungen im Hinblick auf die Schaffung einer elektronischen Plattform teilgenommen, auf der die Kinder- und Jugendpolitik aller Kantone und Städte der Schweiz präsentiert werden soll.

Schliesslich hat die Fachstelle noch an der Bieler Tagung vom 12. und 13. September 2013 zum Thema «Kinder und Jugendliche im Umgang mit Geld und Konsum» teilgenommen, bei dem es auch um die Verschuldung der Jugendlichen ging.

### **7.3 Tätigkeit Sektor Direkte Sozialarbeit (SASD)**

Dieser Sektor ist in vier Teams aufgeteilt und hat folgende Aufgaben:

- > Umsetzung der nötigen sozialpädagogischen Massnahmen – in Absprache mit den Eltern oder der gesetzlichen Vertretung – für Kinder, die in ihrer Entwicklung gefährdet sind, oder für junge Erwachsene
- > Vollzug der von Vormundschafts- oder Gerichtsbehörden angeordneten zivil- und strafrechtlichen Kinderschutzmassnahmen
- > vorläufige Vertretung von Kindern, die sich im Kanton aufhalten
- > kantonale Koordination in Fällen internationaler Kindesentführung

#### **7.3.1 Besonderes der SASD-Tätigkeit**

2013 sind bei der Kinderschutzarbeit der vier Teams des SASD zwei besondere Themen zu erwähnen.

Erstens, der überwiegende Anteil an Massnahmen für die Planung des persönlichen Verkehrs (Besuchsrecht in Trennungs- und/oder Scheidungssituationen, Art. 308 Abs. 2 Zivilgesetzbuch, ZGB). Dabei ist zu betonen, dass die Ausübung dieser Mandate nahezu 40 % der Gesamttätigkeit des SASD ausmacht. Immer häufiger werden diese Einsätze zur Mediationsarbeit zwischen den Ex-Partnern statt Kinderschutzarbeit im eigentlichen Sinne.

Zweitens, das Thema der Notfallplatzierungen, darunter diejenigen von Babies. 2013 mussten sich die Kinderschutzfachpersonen in ein und demselben Zeitraum mit einer Anhäufung an dringenden Situationen auseinandersetzen, in denen eine sofortige Unterbringungsmöglichkeit gefunden werden musste.

#### **7.3.2 Angaben zur SASD-Tätigkeit**

Es ist ein stetiger Anstieg der Interventionen im Bereich Kinderschutz und der Anzahl Kinder, die von diesen Massnahmen betroffen sind, zu verzeichnen. Die demografische Entwicklung des Kantons ist sicherlich die wichtigste Erklärung für diesen Trend.

<b>Interventionen SASD</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Friedensgericht	1 588	1 746	1 620	1 558	1 643	1 803
Bundesamt für Justiz	1	0	0	0	0	0
Keine Kategorie (nicht zugewiesen)	9	17	2	4	8	21
BMA	1	2	2	1	1	1
Ohne amtlichen Auftrag	629	746	797	886	860	828
Ohne offiziellen Auftrag	2	0	0	2	1	1
Bezirkszivilgericht	58	72	81	53	53	51
Jugendstrafgericht	155	156	114	88	82	70
Total Interventionen	2 443	2 739	2 616	2 592	2 648	2 775
Anzahl betroffene Kinder	2 707	2 907	3 007	2 973	3 068	3 136

Die Auswirkungen des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes, das seit dem 1. Januar 2013 in Kraft ist, zeigt eindeutig einen Anstieg bei fast allen Kinderschutzmandaten (+9 %)

<b>Interventionen für die Friedensgerichte</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Sozialabklärung	169	170	137	91	87	125
Einblicks- und Auskunftsrecht (Art. 307 Abs. 3 ZGB)	156	166	159	143	146	160
Beistandschaft (Art. 308 ZGB)	434	363	273	217	180	174
Beistandschaft (Art. 308 Abs. 1 und 3 ZGB)	25	37	40	34	42	46
Beistandschaft (Art. 308 Abs. 1 ZGB)	123	179	209	240	271	330
Beistandschaft (Art. 308 Abs. 1 und 2 ZGB)	169	258	271	307	369	414
Beistandschaft (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	221	280	259	251	258	283
Vertretungsbeistandschaft (Art. 392 ZGB) (Vertretung unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender)	62	56	45	32	40	40
Vertretungsbeistandschaft (Art. 392 ZGB) (Strafprozess)	85	85	78	73	72	61
Vertretungsbeistandschaft (Art. 146 ZGB) (Scheidungsrecht)	5	0	1	1	2	1
Ersatzbeistandschaft (Art. 306 ZGB) (neues Schutzrecht)	-	-	-	-	-	33
Vertretungsbeistandschaft (Art. 314a bis Abs.1 ZGB)	-	-	-	-	-	5
Freiheitsentziehung (Art. 314b ZGB)	0	1	1	1	1	3
Aufhebung der elterlichen Obhut und Platzierung (Art. 310 ZGB)	68	68	66	84	91	94
Vormundschaft (Art. 311 ZGB) (Entziehung der elterlichen Sorge)	3	4	6	4	3	5
Vormundschaft (Art. 312 ZGB) (Minderjährigkeit der Mutter)	2	2	0	2	3	6
Vormundschaft (Art. 298 Abs. 2 und Art. 368 ZGB)	63	75	71	74	74	64
Vormundschaft (Art. 372 ZGB)	0	0	2	1	1	-

<b>Interventionen für die Friedensgerichte</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Vormundschaft (Art. 327a, b und c ZGB)	-	-	-	-	-	7
Begleit- und Vertretungsbeistandschaft (Art. 393 und 394 ZGB) (Erwachsene)	1	2	2	3	3	1
Verwaltungsbeistandschaft (Art. 325 ZGB)	-	-	-	-	-	1

Dem JA werden neue Mandate zugewiesen. Die steigende Tendenz muss kontinuierlich beobachtet werden.

## 7.4 Tätigkeit Sektor Familienexterne Betreuung (SMA)

Der SMA stellt den Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung über die Aufnahme von Kindern und die Umsetzung des familienergänzenden Betreuungsdispositivs sicher. Ausserdem ist er kantonale Zentralbehörde im Adoptionsbereich.

### 7.4.1 Besonderes der SMA-Tätigkeit

2013 hat der SMA seine interne Organisation gefestigt, um seine auf drei Pfeilern (Beurteilung, Bewilligung und Beaufsichtigung der Betreuungseinrichtungen) aufbauende Tätigkeit ausüben zu können: Adoption, Pflegefamilien und familienergänzende Tagesbetreuungseinrichtungen.

Die Änderungen auf Gesetzesebene setzen eine Anpassung der Einsätze des SMA voraus, namentlich das Inkrafttreten der Änderungen der Verordnung vom 19. Oktober 1977 über die Aufnahme von Pflegekindern (Pflegekinderverordnung, PAVO). Diese hatten erhebliche Auswirkungen auf die Einsätze der SMA, da sowohl bei den Bewilligungen als auch in Sachen Aufsicht sowie Recht des platzierten Kindes auf rechtliches Gehör neue Anforderungen entstanden sind. Die Auswirkungen werden auch in den kommenden Jahren noch zu spüren sein.

### 7.4.2 Familienergänzende Tagesbetreuung

Die Auswirkungen des neuen Gesetzes vom 9. Juni 2011 über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen (FBG) waren auch im Berichtsjahr spürbar. Die Fachpersonen für Kinderschutz mussten 2013 gemäss PAVO zahlreiche Aufsichtsbesuche durchführen. Der SMA hat Arbeitsinstrumente zur Harmonisierung der Praxis im Bereich ausserschulische Betreuung entwickelt.

### Ausserschulische Betreuungseinrichtungen

Am 31. Dezember 2013 gab es im Kanton 79 ausserschulische Betreuungseinrichtungen mit 1201 bewilligten Plätzen für die Betreuung am Morgen, 2101 Plätzen für die Betreuung am Mittag und 1525 Plätzen für die Betreuung am Nachmittag. Diese verteilen sich wie folgt auf die Bezirke:

	<b>Betreuungseinheiten «Morgen»</b>	<b>Betreuungseinheiten «Mittag»</b>	<b>Betreuungseinheiten «Nachmittag»</b>
Broye	120	148	148
Glane	60	97	68
Greyerz	123	266	165
See	48	129	69
Saane	681	1007	810
Sense	40	81	40
Vivisbach	129	373	225
<b>Total</b>	<b>1 201</b>	<b>2 101</b>	<b>1 525</b>

## Krippen

Am 31. Dezember 2013 zählte der Kanton Freiburg 51 Krippen und 1395 bewilligte Betreuungsplätze.

Diese verteilen sich wie folgt auf die Bezirke:

<b>Statistik je Bezirk</b>	<b>Anzahl Krippenplätze</b>
Broye	38
Glane	76
Greyerz	221
See	122
Saane	787
Sense	79
Vivisbach	72
<b>Total</b>	<b>1 395</b>

Des Weiteren hat der SMA an der Organisation der Freiburger Tagung Kleinkinderbetreuung vom April 2013 mitgewirkt.

Der SMA hat im Rahmen der Umsetzung des FBG zahlreiche Gemeinden oder Vereine bei der Schaffung von Einrichtungen für die Betreuung von Kindern im Vorschulalter oder ausserschulischen Betreuungseinrichtungen begleitet.

### 7.4.3 Adoption

Die nachfolgenden Angaben machen den Rückgang deutlich, der im Adoptionsbereich festgestellt wurde.

<b>Pflegeeltern zwecks Adoption (PNADO)</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Neu eingegangene PNADO-Gesuche	18	19
PNADO in Prüfung	30	25
Erteilte provisorische Bewilligungen/Eignungsbescheinigungen	10	7
PNADO, die auf ein Kind warten	38	30
Neue Kinder	15	12
Beaufsichtigte PNADO	31	30
Abgelegte PNADO-Dossiers	23	31

Es ist festzustellen, dass die Zahl der neuen Gesuche nur leicht ansteigt. In der Tat wird der Adoptionsbereich immer komplexer, weil die Länder «dicht machen», die Wartezeit eher vier bis fünf statt zwei Jahre beträgt und die zur Adoption freigegebenen Kinder immer älter werden. Ein Baby kann nicht mehr «rasch» adoptiert werden und die Adoptiveltern werden davon oftmals abgeschreckt, was dazu führt, dass die Zahl der Paare, die auf eine Adoption warten, stark zurückgeht. Manche greifen auch auf andere, in der Schweiz noch illegale Methoden zurück.

Im Bundesparlament laufen angeregte Debatten zum Thema Leihmütter und Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare. Der SMA verfolgt deren Entwicklung gespannt mit.

Der SMA hat am «Colloque national sur l'adoption internationale» teilgenommen, der im November 2013 in Sitten stattgefunden hat.

#### 7.4.4 Pflegefamilien

Wie bereits erklärt wurde, hat die PAVO-Revision erhebliche Auswirkungen für die Pflegefamilien mitsichgebracht. Neu müssen Kinder bis 18 Jahre sowie Platzierungen von Babies ab einem Monat berücksichtigt werden, wodurch die Einsätze in diesem Bereich angestiegen sind und die Zahl der Beurteilungen der Pflegefamilien von 22 im 2012 auf 40 angestiegen ist. Darüber hinaus hat sich die Zahl der Einsätze in diesem Bereich auch deswegen erhöht, weil sich die Dienstleister anmelden und vom SMA beaufsichtigt werden müssen.

#### 7.4.5 Statistik

Die allgemeinen Angaben, welche die SMA-Tätigkeit beschreiben, zeigen einen Anstieg der bearbeiteten Dossiers (+3,8 %). Lediglich im Adoptionsbereich ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

<b>Sektor Familienexterne Kinderbetreuung (SMA) - Allgemeine Lage</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Pflegeeltern zwecks Adoption	99	85
Pflegefamilien	131	148
Professionelle Pflegefamilien	7	7
Tagesmütter	40	49
Aktive Tageselternverbände	9	9
Einrichtungen für Kinder im Vorschulalter	184	180
Ausserschulische Betreuungseinrichtungen	71	83
Sondereinrichtungen	1	2
<b>Bewilligung und Aufsicht: Total eröffnete Dossiers</b>	<b>542</b>	<b>563</b>

<b>Andere, vom SMA bearbeitete Anfragen</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Gesuche um gemeinschaftliche Adoption	8	10
Gesuche um Adoption des Kindes des Ehegatten	7	4
Gesuche um Adoption Volljähriger	2	3
Gesuche um Änderung des Familiennamens	4	3
Gesuche um Freigabe zur Adoption – nationale Adoption zustande gekommen	0	0
Gesuche um Freigabe zur Adoption – nationale Adoption nicht zustande gekommen	2	3
Anzahl Gesuche BMA um Aufnahme von ausländischen Kindern ohne Adoptionsabsicht	4	4
Nachforschungen Herkunft	2	2
Stellungnahmen BSV	0	15
Andere	29	44
Vom SMA erteilte Bewilligungen	-	105

<b>Familienergänzende Tagesbetreuungseinrichtungen</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
FBG-Dossiers (Bearbeitung, Analyse, Tarife, Datenextrapolation usw.)	132	199

## 7.5 Tätigkeiten der OHG-Beratungsstelle

Die Opferberatungsstelle kümmert sich um die Beratung von Opfern (Kinder, Männer und Strassenverkehrsoffer) im Sinne der Gesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten. Daneben berät es seit April 2013 Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Administrativmassnahmen.

### 7.5.1 Besonderes der OHG-Tätigkeit

Im Rahmen des Verfahrens FOCUS 2013 hat sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema der Stellung der OHG-Beratungsstelle innerhalb des JA befasst.

Seit Januar 2013 ist die Stelle auf der Kontaktliste der OHG-Stellen für das EDA im Zusammenhang mit vermissten Personen im Ausland aufgeführt.

Im April 2013 wurde die Stelle infolge Empfehlungen des Bundesamtes für Justiz (BJ) und der SODK zur Kontaktstelle des Kantons Freiburg für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen ernannt. Diese zwei neuen Leistungen richten sich an betroffene Frauen und Männer und stellen somit Bereiche dar, für die die Beratungsstelle als «allgemeine» OHG-Beratungsstelle für den Kanton agiert. Dies führt dazu, dass in Situationen, in denen ein Paar von ein und derselben Straftat betroffen ist (z. B. Raub), auch Frauen aufgenommen werden, was wiederum die Frage aufwirft, ob die Bezeichnung der Stelle angebracht ist.

### 7.5.2 Vertretungen und Aussenbeziehungen

Auf kantonaler Ebene wirkt die Beratungsstelle an der kantonalen OHG-Koordination, im CAN-TEAM (*Child Abused and Neglected-Team*), in der Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen und in der Arbeitsgruppe «Menschenhandel» mit.

Auf nationaler Ebene vertritt sie den Kanton innerhalb der Interessengruppe/Schweizerische Verbindungsstellen-Konferenz OHG (SVK-OHG), COROLA und Region 2. Ausserdem nimmt sie an den Treffen mit den OHG-Beratungsstellen für Kinder, die sexuell missbraucht wurden und an Treffen zwischen den kantonalen Kontaktstellen für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen teil.

2013 wirkte die OHG-Beratungsstelle aktiv an verschiedenen Veranstaltungen im Rahmen des 20. Jubiläums des OHG mit.

### 7.5.3 Beratung für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Administrativmassnahmen

Infolge Empfehlungen des BJ respektive der SODK erhielt die OHG-Beratungsstelle für Männer von der GSD den Auftrag, als Kontaktstelle des Kantons Freiburg für Opfer der zuvor erwähnten Massnahmen zu agieren. Zur Ausführung dieser Aufgabe hat die Stelle den juristischen, sozialen, geschichtlichen und politischen Zusammenhang dieses Bereichs untersucht. Darüber hinaus hat sie sich mit den verschiedenen privaten und öffentlichen Partnern inner- und ausserhalb des Kantons auseinandergesetzt und ein Betreuungskonzept ausgearbeitet. Dieses wird ständig den neuen Situationen und den politischen Entwicklungen angepasst.

Auf Bundesebene wurde ein Runder Tisch ins Leben gerufen und die Möglichkeit einer Entschädigung für die Opfer geprüft. Parallel dazu hat das BJ verschiedene Koordinationstreffen zwischen den Beratungsstellen initiiert. Bei diesen konnte festgestellt werden, dass das Angebot der Kontaktstellen von den betroffenen Opfern genutzt wird und die Stellen dieselben Beobachtungen machen.

Seit Ende April 2013 hat die Beratungsstelle 19 Personen (14 Männer, 5 Frauen) empfangen, die in ihrer Kindheit in einer Einrichtung und/oder Pflegefamilie platziert worden sind. Sie sind zwischen 48 und 75 Jahre alt. Die internen Statistiken lassen auf einen deutlichen Anstieg dieser Gesuche seit Herbst 2013 schliessen.

Alle Personen, die sich an die OHG-Beratungsstelle gewendet haben, waren tatsächlich Opfer im Sinne des OHG im Rahmen solcher Platzierungen oder sogar ihrer eigenen Familie geworden. Sie alle mussten körperliche, psychische

und/oder sexuelle Misshandlungen, Ausnutzung bei der Arbeit, Mangelernährung und unzureichende medizinische Behandlung erfahren. Das psychische, körperliche oder finanzielle Leiden aufgrund dieser Ereignisse hat sich auf ihr gesamtes Leben ausgewirkt und lässt sie auch heute noch nicht los. Die Schwere und Komplexität des Erlebten erfordern viel Zeit, um ihre Situation zu verstehen, ihre Anträge zu klären und sie bei ihrem Vorhaben zu begleiten.

Gemäss Empfehlungen der SODK bieten die Beratungsstellen drei Arten von Leistungen an:

- > Empfang: wohlwollendes Zuhören im Rahmen von Gesprächen in den Büros oder per Telefon; Brief- und Mailaustausch
- > Information über ihre Rechte: kostenloser Zugang zu archivierten Akten, laufende Gespräche auf Bundesebene (Entscheide des BJ, Ergebnisse des Runden Tisches und gesetzliche Entwicklung); Information zu OHG und möglichen Finanzleistungen
- > Weiterleitung an Fachpersonen: Weiterleitung namentlich an Archive, Friedensgerichte, Gemeinden, öffentliche Dienste und private Einrichtungen, wenn nötig Unterstützung beim Verfassen von Briefen, manchmal Begleitung in die Dienste und Archive. Bei psychischen Problemen: Weiterleitung an Psychiaterinnen/Psychiater und Psychotherapeutinnen/-therapeuten

Diese drei Arten von Leistungen erfordern in der Mehrheit der Fälle mehrere ausgiebige Gespräche, Kontakte per Telefon sowie zahlreiche Schreiben.

#### 7.5.4 Statistik der OHG-Beratungsstelle

Die Angaben im Zusammenhang mit der Tätigkeit der OHG-Beratungsstelle lassen auf einen erheblichen Anstieg der Fallzahl schliessen.

<b>Sektor Kinder und Jugendliche</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Neue Fälle	136	164
Im Laufe des Jahres eröffnete Dossiers		151
Erneute Beratung nach Schliessung des Dossiers (keine neue Straftat)	131	9
Nicht-OHG-Fälle	5	4
Aus dem Vorjahr übernommene Fälle	118	106
<b>Behandelte Fälle insgesamt</b>	<b>254</b>	<b>270</b>

<b>Sektor Männer und Strassenverkehrsoffer</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Neue Fälle	221	223
Im Laufe des Jahres eröffnete Dossiers	177	169
Erneute Beratung nach Schliessung des Dossiers (keine neue Straftat)		14
Nicht-OHG-Fälle	44	40
Aus dem Vorjahr übernommene Fälle	68	116
<b>Behandelte Fälle insgesamt</b>	<b>289</b>	<b>339</b>

Im Sektor Kinder ist im Vergleich zu 2012 im Allgemeinen ein Anstieg der neuen Fälle zu verzeichnen (+ 20 % neue Anträge). Im Sektor Männer/Strassenverkehrsoffer ist die Zahl der neuen Anträge zum ersten Mal seit 2008 stabil geblieben. Die Gesamtanzahl betreuter Situationen (beide Sektoren zusammengenommen) hingegen ist im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

---

Des Weiteren haben die Mitarbeitenden der OHG-Beratungsstelle 600 Gespräche und 592 Telefonberatungen (>15 Min.) durchgeführt. Ausserdem haben sie 1482 andere Telefongespräche im Zusammenhang mit der Opferbetreuung geführt, 42 Mal ein Opfer begleitet (Polizei, Anwalt, Gericht, ...), 813 Mal Fachpersonen des Netzwerks im Rahmen der Nachbetreuung kontaktiert, 182 Informations- und Triagegesuche bearbeitet und die Beratungsstelle sechs Mal vorgestellt (Schulungen, Anfragen von Einzelpersonen oder Journalisten).

## 8 Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB)

Geneviève Beaud Spang, Leiterin

---

### 8.1 Ordentliche Tätigkeit

In Erfüllung seines Auftrags ist das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) in verschiedenen Bereichen tätig. Es berät Personen, die sich im Rahmen des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG) geschädigt fühlen und erteilt diesen Rechtsauskünfte. Es bietet Beratungen an, betreut Privatpersonen und erteilt Auskünfte bei Fragen im Zusammenhang mit Diskriminierungen im Berufsleben (namentlich innerhalb des Staates). Das GFB erteilt Personen, die im Sinne des GIG diskriminiert werden, juristischen Rat und informiert Privatpersonen und Berufsleute zu Fragen über Gleichstellung und Familie, u. a. über die Website [www.familien-freiburg.ch](http://www.familien-freiburg.ch).

Das GFB verfasst Stellungnahmen und beantwortet verwaltungsinterne Vernehmlassungen oder Vernehmlassungen zu Gesetzesentwürfen auf kantonaler Ebene und auf Bundesebene (2013: 21 Vernehmlassungen oder Stellungnahmen).

Das GFB wirkt ferner an den Arbeiten der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG) und der Westschweizer Gleichstellungskonferenz («Conférence romande de l'égalité», [www.egalite.ch](http://www.egalite.ch)) mit. Es führt das Ko-Präsidium des «Nationalen Zukunftstages», ist Teil der Gruppe für Rechtsfragen der SKG und besucht die Sitzungen der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF), namentlich die jährliche Sitzung der Kontaktpersonen für Familienfragen in den Kantonen.

Des Weiteren führt es das Sekretariat der kantonalen Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen. Letztere hat im Berichtsjahr drei Plenarsitzungen abgehalten.

Das GFB verwaltet ausserdem das Sekretariat der Kantonalen Schlichtungskommission für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben, die aus dem GIG hervorgeht. Diese hat 2013 keine Sitzung abgehalten. Beim GFB sind zwar einige Anfragen für juristische Auskünfte und Beratungen eingegangen, jedoch führte keiner dieser Fälle zu einer Schlichtungssitzung. Ein Verfahren beim Kantonsgericht ist ausserdem noch hängig. Die Schlichtungskommission ist Mitglied der Schweizerischen Konferenz der Schlichtungsstellen.

Das GFB führt das Präsidium der Kantonalen Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen, organisiert die Sitzungen, leitet Projekte und führt das Sekretariat. 2013 fanden fünf Plenarsitzungen und vier Arbeitsgruppensitzungen statt. Im Weiteren ist das GFB Mitglied der Konferenz der lateinischen Kantone gegen häusliche Gewalt («Conférence latine contre la violence domestique», CLVD) und hat an der Gründungsversammlung der Schweizerischen Konferenz gegen häusliche Gewalt sowie an einem nationalen Treffen gegen häusliche Gewalt des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann teilgenommen.

Ferner leitet das GFB die Gruppe der Vertrauenspersonen gegen sexuelle Belästigung in der Kantonsverwaltung, welche 2013 eine Sitzung abgehalten hat. Das GFB hat mehrere Personen, Dienste und Unternehmen begleitet, die wegen sexueller Belästigung Hilfe gesucht haben. Ausserdem hat es in einem Unternehmen einen einschlägigen Vortrag gehalten.

---

Das GFB führt auch das Sekretariat des Klubs für Familienfragen des Grossen Rats: Es bereitet die Interventionen vor, organisiert mit dem Präsidium die Sitzungsthemen und verfasst die Protokolle. Der Klub für Familienfragen ist 2013 einmal zusammengekommen, und zwar im Rahmen seiner Neugründungssitzung.

Das GFB hatte diverse Kontakte zu den Medien und hat verschiedene Medienmitteilungen veröffentlicht, insbesondere im Rahmen des «Nationalen Zukunftstages», des Gleichstellungnetzwerks «In gleichen Stimmen» und eines Symposiums gegen Gewalt in Paarbeziehungen.

## 8.2 Besondere Tätigkeit

### 8.2.1 Gleichstellung und Beruf

Das GFB leitet die Arbeiten des Plans für die Gleichstellung von Frau und Mann innerhalb der Kantonsverwaltung. Es steuert dieses Projekt im Rahmen einer von der Direktorin für Gesundheit und Soziales präsierten Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern aller staatlicher Direktionen, der Universität, der Fachhochschulen, des Amtes für Personal und Organisation (POA) und des GFB. Diese Gruppe ist 2013 zwei Mal zusammengekommen. Des Weiteren hat das GFB im Rahmen ihrer jeweiligen Sitzungen die Konferenz der Generalsekretäre, die Konferenz der Personalverantwortlichen der Fachstellen, das POA und die sieben Direktionen getroffen.

### 8.2.2 Gleichstellung und Bildung

Das GFB hatte einen Stand am Forum der Berufe *Start!* im Forum Freiburg. Ziel war es, die Jugendlichen dafür zu sensibilisieren und ihre beruflichen Perspektiven zu erweitern, indem sie sich von den geschlechtsbedingten Vorurteilen lösen, von denen zahlreiche Berufe noch immer allzu oft behaftet sind. Das Publikum kam u. a. in den Genuss eines interaktiven Theaters, daneben konnten diverse Animationen die Jungen und Mädchen begeistern. Insgesamt besuchten ca. 3000 Personen den Stand.

Das GFB hat für den Kanton Freiburg den 13. «Nationalen Zukunftstag» organisiert. Einer der Schwerpunkte dieses Tages richtete sich an 5.-Klässlerinnen und 5.-Klässler: Sie alle waren eingeladen, Arbeitswelten und Berufe kennenzulernen, die traditionellerweise vom anderen Geschlecht ausgeübt werden. Jedes Jahr nehmen mehrere hundert Kinder am Zukunftstag teil. Ein anderes Modul richtete sich an die Schülerinnen und Schüler der 2. Sekundarklassen: Die Mädchen durften die Bereiche Technik und Informatik in Unternehmen, an der Hochschule für Technik und Architektur oder an der Universität entdecken, die Jungen wiederum die Berufe des Gesundheits-, Sozial- oder Unterrichtswesens in Kinderkrippen oder Heimen für Betagte. Insgesamt wurden 231 Workshop-Plätze angeboten, 127 Jugendliche haben an dieser Veranstaltung teilgenommen. All diese Projekte wurden in Partnerschaft mit verschiedenen Dachorganisationen, der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) und den Berufsberaterinnen und Berufsberatern organisiert. Das GFB ist Teil des Steuerungsausschusses des «Nationalen Zukunftstages» und trägt die Verantwortung für die Koordination in der Romandie.

Das GFB hat ferner in 32 Klassen der fünften und sechsten Primar (568 Schülerinnen und Schüler) eine Kampagne zur Bekanntmachung des Unterrichtsmaterials «Balayons les clichés» (in etwa: Weg mit den Vorurteilen) geführt. Umgesetzt wurde diese Kampagne von einem Lehrer, der während sechs Monaten Praktikant beim GFB war.

### 8.2.3 Umfassende Familienpolitik

Das GFB unterhält eine Zusammenarbeit mit *Freiburg für alle* und aktualisiert laufend die Website [www.familienfreiburg.ch](http://www.familienfreiburg.ch).

### 8.2.4 Gewalt in Ehe und Partnerschaft

Derzeit erarbeitet das GFB ein kantonales Konzept gegen Gewalt in Paarbeziehungen. Des Weiteren hat es an einer nationalen Tagung und an zwei Westschweizer Veranstaltungen der «Conférence latine contre la violence domestique» sowie an einer Tagung, an der die Schweizerische Konferenz gegen häusliche Gewalt gegründet wurde, teilgenommen.

Das GFB und die Kantonale Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen haben ein Symposium zum Thema Stalking organisiert, an dem 74 Fachpersonen zugegen waren. Das Echo in den Medien war durchaus positiv.

Auch koordiniert es die kantonale Arbeitsgruppe für die Betreuung von Opfern von Zwangsheirat; diese vereint die zuständigen Fachpersonen des Kantons. In diesem Rahmen konnte für sechs Monate zu 50 % eine Koordinatorin angestellt werden, deren Stelle vom Bund finanziert wurde.

Weiter hat das GFB an einem interkantonalen Projekt für die Organisation einer Weiterbildung für Fachpersonen zum Thema Zwangsheirat mitgearbeitet. Dieses Projekt wird vom «Service de la cohésion multiculturelle» des Kantons Neuenburg koordiniert und vom Bundesamt für Migration finanziert.

### 8.2.5 Frauen im öffentlichen Leben

Das GFB hat eine Veranstaltung des Gleichstellernetzwerks «In gleichen Stimmen» zum Thema Gleichstellung und Medien organisiert. Durch den Abend geführt hat die rund 50 Anwesenden die Journalistin Florence Hügi, Gewinnerin des Preises «Femmes & Médias» 2013.

### 8.2.6 [egalite.ch](http://egalite.ch)

Das GFB trägt zu den Arbeiten der Westschweizer Gleichstellungskonferenz bei.

## 9 Personalbestand

Behörden – Direktionen Finanzstellen		Rechnung 2013 VZÄ	Rechnung 2012 VZÄ	Differenz VZÄ
<b>Gesundheit und Soziales</b>		<b>165.00</b>	<b>159.36</b>	<b>5.64</b>
ZENTRALVERWALTUNG		135.59	132.38	3.21
3600/SASS	Generalsekretariat	7.00	6.42	0.58
3605/SANT	Amt für Gesundheit	13.92	13.33	0.59
3606/DENT	Schulzahnpflegedienst	25.74	26.16	-0.42
3608/SMED	Kantonsarztamt	14.73	14.23	0.50
3645/SOCI	Sozialvorsorgeamt	11.33	10.69	0.64
3650/AISO	Kantonales Sozialamt	16.09	16.24	-0.15
3665/OCMF	Jugendamt	46.78	45.31	1.47
SPITALWESEN		14.54	12.27	2.27
3619/EMSC	FNPG Pflegeheim «Les Camélias»	14.54	12.27	2.27
BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN		14.87	14.71	0.16
3624/MABU	Wäscherei Marsens	14.87	14.71	0.16

# Tätigkeitsbericht

Finanzdirektion

—

2013



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Direction des finances DFIN**  
**Finanzdirektion FIND**

# Inhalt

---

<b>1</b>	<b>Direktion und Generalsekretariat</b>	<b>5</b>	2.1.8	Staatsrechnung 2013	11
<b>1.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>5</b>	2.1.9	Finanzdienst und Tresorerie- verwaltung	11
1.1.1	Ordentliche Tätigkeit	5	2.1.10	Kantonaler Finanzdienst	11
1.1.2	Besondere Ereignisse	5	2.1.11	Periodische Berichte über den Stand der Rechnung und Budgetkontrolle	12
<b>1.2</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>6</b>	2.1.12	Leistungsorientierte Führung (LoF)	12
1.2.1	Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren FDK	6	2.1.13	Weitere Tätigkeiten	13
1.2.2	Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz	6	<b>3</b>	<b>Kantonale Steuerverwaltung (KSTV)</b>	<b>13</b>
1.2.3	Conférence romande de la Loterie et des Jeux	6	<b>3.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>13</b>
<b>1.3</b>	<b>Streitfälle</b>	<b>7</b>	3.1.1	Steuerveranlagungen	13
<b>1.4</b>	<b>Gesetzgebung</b>	<b>7</b>	3.1.2	Steuerbezug	15
1.4.1	Gesetze und Dekrete	7	3.1.3	Personalschulung	16
1.4.2	Verordnungen und Beschlüsse	7	3.1.4	Vorarbeiten und Sonstiges	16
1.4.3	Änderungen der Gesetzgebung in Zusammenhang mit den Struktur- und Sparmassnahmen	7	3.1.5	Statistiken	16
<b>2</b>	<b>Finanzverwaltung (FinV)</b>	<b>8</b>	3.1.6	Zusammenarbeit	16
<b>2.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>8</b>	3.1.7	Informatik der KSTV	17
2.1.1	Struktur- und Sparmassnahmen	8	<b>4</b>	<b>Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern (ESSA)</b>	<b>18</b>
2.1.2	Voranschlagsentwurf 2014	9	<b>4.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>18</b>
2.1.3	Analyse der Erlassentwürfe der Direktionen und der Geschäfte zuhanden des Staatsrats	9	4.1.1	Ordentliche Tätigkeit	18
2.1.4	Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen	9	<b>5</b>	<b>Amt für Personal und Organisation (POA)</b>	<b>19</b>
2.1.5	Untersuchung der Problematik der Steuererleichterungen und Direkthilfen an Unternehmen.	9	<b>5.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>19</b>
2.1.6	Neue Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement (NIGEFI)	10	5.1.1	Allgemeines	19
2.1.7	Periodische Überprüfung der Subventionen	10	5.1.2	Personaladministration	19
			5.1.3	Gehaltsadministration	19
			5.1.4	Informatik	20
			5.1.5	Juristische Tätigkeit	20
			5.1.6	Sozialversicherungen	20
			5.1.7	Sozialfonds	21
			5.1.8	Care Management (SPO-M)	21

5.1.9	Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA)	21	7.1.4	2013 beendete Operate	31
5.1.10	Bewertung der Funktionen (SPO-E)	22	7.1.5	Unterhalt und Nachführung	31
5.1.11	Ausbildung und Entwicklung (SPO-F)	22	7.1.6	Nomenklatur und Adressen	31
5.1.12	Organisation (SPO-O)	23	7.1.7	Datenbank der amtlichen Vermessung (BDMO)	31
<b>5.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>23</b>	7.1.8	Ersatz der Anwendung Autodesk TB3	31
<b>6</b>	<b>Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA)</b>	<b>24</b>	7.1.9	Referenzrahmen LV95	31
<b>6.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>24</b>	7.1.10	Weitere AV-Aktivitäten	32
6.1.1	Besondere Ereignisse	25	<b>7.2</b>	<b>GIS-Kompetenzzentrum (Landinformationssystem)</b>	<b>32</b>
<b>6.2</b>	<b>Kommissionen, Zusammenarbeit und Partnerschaft</b>	<b>25</b>	7.2.1	Koordination	32
6.2.1	Informatikkommission des Staates	25	7.2.2	Projekte und realisierte Vorhaben	33
6.2.2	Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU)	25	7.2.3	Geografische Daten	33
6.2.3	Zusammenarbeit und Partnerschaft	25	7.2.4	Information und Promotion	34
<b>6.3</b>	<b>Sicherheit der Informationssysteme</b>	<b>25</b>	<b>7.3</b>	<b>Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)</b>	<b>34</b>
6.3.1	Sicherheitsaudits	26	7.3.1	Tätigkeit	34
<b>6.4</b>	<b>Sektion «Zentrale Dienste» (ZD)</b>	<b>26</b>	<b>7.4</b>	<b>«Geoinformation»</b>	<b>34</b>
<b>6.5</b>	<b>Sektion «Computing Service &amp; Network» (CS)</b>	<b>26</b>	7.4.1	Gesetzliche Grundlagen und Organisation	34
6.5.1	Sektor Desktop	26	7.4.2	Modell der minimalen Geodaten	34
6.5.2	Sektor Middleware	27	7.4.3	HarmBat	35
6.5.3	Sektor Data Center	27	<b>8</b>	<b>Grundbuchämter (GBA)</b>	<b>35</b>
6.5.4	Sektor Networking & Telephony	27	<b>8.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>35</b>
6.5.5	Sektor Service Desk	28	8.1.1	Grundbuchführung	35
<b>6.6</b>	<b>Sektion «Solution Engineering» (SE)</b>	<b>28</b>	8.1.2	Information und Auskünfte	36
6.6.1	Sektor Project Management Office (PMO)	28	8.1.3	Einführung des eidgenössischen Grundbuchs	36
6.6.2	Sektor Application Engineering (AE)	29	8.1.4	Güterzusammenlegung	36
6.6.3	Sektor Application Services (AS)	29	8.1.5	Informatisierung des Grundbuchs	37
6.6.4	Sektor Architektur & Integration (AI)	30	<b>8.2</b>	<b>Steuerveranlagung</b>	<b>37</b>
<b>7</b>	<b>Amt für Vermessung und Geomatik</b>	<b>30</b>	8.2.1	Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern	37
<b>7.1</b>	<b>Amtliche Vermessung</b>	<b>30</b>	8.2.2	Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes	37
7.1.1	Parzellarvermessung	30	8.2.3	Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminder-	
7.1.2	2013 beschlossene Operate	30			
7.1.3	Operate in Bearbeitung	31			

---

	derung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer	37	8.4.2	Austausch mit anderen Kantonen und dem Bund	38
<b>8.3</b>	<b>Informatik der Grundbuchämter</b>	<b>37</b>	<b>8.5</b>	<b>Aufsichtsbehörde über das Grundbuch</b>	<b>38</b>
8.3.1	Datenextraktion und Datenabfrage	37	<b>9</b>	<b>Finanzinspektorat (FI)</b>	<b>39</b>
8.3.2	Informatikprojekte	38	<b>9.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>39</b>
<b>8.4</b>	<b>Weitere Aktivitäten</b>	<b>38</b>	<b>10</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>41</b>
8.4.1	Vereinigung der Freiburger Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter	38			

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat

---

**Staatsrat Direktor: Georges Godel**

**Generalsekretär: Jean-Paul Monney (bis 31. August 2013); Pascal Aeby (ab 1. September 2013)**

## 1.1 Tätigkeit

Das Generalsekretariat der Finanzdirektion (GS-FIND) bereitet die Geschäfte vor, die dem Staatsrat von der Finanzdirektion unterbreitet werden, und betreut die Dossiers anderer Direktionen zuhanden des Staatsrates, namentlich solche, bei denen es um wichtige finanzielle, personelle oder IT-Belange geht. Zu den Aufgaben des GS-FIND gehören auch die administrative Abwicklung der Geschäfte, die an den Grossen Rat überwiesen werden, sowie die Nachbetreuung der Erlasse und die Verwaltung mancher Dossiers, namentlich in internen oder externen Vernehmlassungsverfahren. Es verwaltet ausserdem das Vermögensversicherungsportefeuille des Staates und ist für die Beziehungen zur Gesellschaft der Loterie Romande und zur kantonalen Kommission der Loterie Romande zuständig.

Zu den administrativen Aufgaben des Sekretariats gehören das Bearbeiten der Korrespondenz, Telefon-, Schalter- und Empfangsdienst, Terminverwaltung und Reservationen, der logistische Support (namentlich Materialbestellungen) sowie Ablage und Archivierung.

Die beiden in Teilzeit beschäftigten Übersetzerinnen des GS-FIND kümmern sich um die deutsche Übersetzung der französischen Texte, vor allem der amtlichen Texte zuhanden des Staatsrates, der Texte der Direktion (Korrespondenz, Entscheide), aber auch von Texten der einzelnen Ämter. Die Übersetzerinnen erteilen ausserdem intern Auskünfte zu sprachlichen Fragen, kontrollieren auf Anfrage deutsche Texte, stellen fachspezifische Dokumentationen zusammen und wirken bei den Terminologearbeiten in den Bereichen mit, die in die Zuständigkeit der Finanzdirektion fallen.

Die Rechtsabteilung befasst sich mit den Streitverfahren, der Ausarbeitung und Revision von Erlassen und Reglementen, der Beantwortung von Vernehmlassungen sowie der internen oder externen juristischen Beratung vor allem der Ämter der FIND, die über keine Juristen verfügen.

Die ebenfalls dem GS-FIND angehörende Kommunikationsbeauftragte verfasst Medienmitteilungen, bereitet Medienkonferenzen vor, verfolgt das aktuelle Geschehen und betreut die Website der Direktion. Sie redigiert und/oder überarbeitet Ansprachen des Staatsrates, stellt Recherchen an und verfasst diverse Texte für ihn. In Zusammenarbeit mit den Ämtern kümmert sie sich ausserdem um die Beziehungen zu den Medien. Sie befasst sich auch mit den Gesuchen um Zugang zu Dokumenten.

### 1.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Der Betrag des Gewinnfonds der Loterie Romande für kulturelle und soziale Zwecke bei der Finanzverwaltung beläuft sich per Ende 2013 auf 7 986 796 Franken (7 024 046 Franken Ende 2012).

Der Betrag des Lotterieabgabefonds zur Verfügung des Staatsrats bei der Finanzverwaltung beläuft sich per Ende 2013 auf 2 038 240 Franken (2 114 942 Franken Ende 2012).

### 1.1.2 Besondere Ereignisse

Der Generalsekretär der FIND ist nach 23 Jahren Ende August in den Ruhestand getreten, und sein Nachfolger hat sein Amt am 1. September angetreten.

Angesichts der Verschlechterung der Finanzperspektiven des Staates musste ein Struktur- und Sparmassnahmenprogramm (SSM) zur Sanierung der Kantonsfinanzen aufgestellt werden. In Zusammenhang mit diesen Arbeiten waren die Finanzdirektion und insbesondere die Finanzverwaltung (FinV) stark gefordert. Näheres dazu findet sich im Tätigkeitsbericht der FinV.

---

## 1.2 Interkantonale Zusammenarbeit

### 1.2.1 Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren FDK

Die FDK hielt im Jahr 2013 drei Plenarversammlungen ab, nämlich am 25. Januar, am 16./17. Mai und am 25. September.

An der Sitzung vom 16./17. Mai fand die jährliche Generalversammlung statt, und zwar im Kanton Uri. Die FDK ist der Zusammenschluss aller kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Zu ihren Plenarversammlungen sind in der Regel die Vorsteherin des eidgenössischen Finanzdepartements, Vertreterinnen und Vertreter der Eidgenössischen Finanzverwaltung und der Eidgenössischen Steuerverwaltung sowie Vorsteherinnen und Vorsteher der kantonalen Finanz- und Steuerverwaltungen eingeladen. Der Finanzdirektor der Kantons Freiburg wurde von der FDK an die Kommission Interkantonale Fachhochschulvereinbarung (Kommission FHV) delegiert.

An der Generalversammlung standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- > Wahl eines neuen Präsidenten (Peter Hegglin, Finanzdirektor des Kantons Zug) und eines neuen Vizepräsidenten (Maurice Tornay, Vorsteher des Departements für Finanzen und Institutionen des Kantons Wallis).
- > Fortsetzung der Reform der Unternehmensbesteuerung (Unternehmenssteuerreform III);
- > Besteuerung nach dem Aufwand, Volksinitiative eidgenössische Erbschaftssteuer, Reform der Ergänzungsleistungen, Gesetzgebung über die Geldspiele;
- > Prüfung der Berichte und der Jahresrechnung der FDK und ihrer Organe (namentlich Vorstand, Koordinations- und Beratungsstelle für Fragen der Steuerpolitik, Schweizerische Informatikkonferenz, Schweizerische Steuerkonferenz, Arbeitsgruppe Finanzausgleich, Revisionsstelle).

### 1.2.2 Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz traf sich im Jahr 2013 zu vier Sitzungen, nämlich am 17. Januar in Neuenburg, am 25. April in Freiburg, am 29. August in Lausanne und am 7. November in Bern. Diese Konferenz ist der Zusammenschluss der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der sechs Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin. Zu ihren Sitzungen sind in der Regel Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Finanzverwaltungen sowie der Eidgenössischen Finanzverwaltung eingeladen.

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- > Entwurf eines neuen Erbschaftssteuerabkommens zwischen der Schweiz und Frankreich;
- > Sparmassnahmen der Kantone;
- > Unternehmenssteuerreform III;
- > verschiedene eidgenössische Initiativen wie «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» und «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre»;
- > NFA und Position der Geberkantone vor dem Hintergrund des Wirksamkeitsberichts;
- > Austausch von Informationen über die Jahresrechnungen und Voranschläge der vertretenen Kantone, insbesondere über die Steuereinnahmen und über die Risiken für eine Verschlechterung der Kantonsfinanzen.

### 1.2.3 Conférence romande de la Loterie et des Jeux

Mit der Konvention zwischen den sechs Westschweizer Kantonen über die Loterie Romande wurde die Conférence romande de la Loterie et des Jeux (CRLJ), die Westschweizer Konferenz der Lotterie und der Spiele eingesetzt. Sie hat die Aufgabe, die Koordination von Gesetzgebung und Verwaltungspolitik bezüglich Lotterien und Geldspielen im Rahmen der den Kantonen vom Bundesrecht und der interkantonalen Vereinbarung zugestandenen Befugnisse zu fördern. Der Finanzdirektor vertritt in dieser Konferenz den Kanton Freiburg.

2013 tagte die Konferenz zweimal, und zwar am 11. März und am 13. Mai. Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- > Bilanz und Ausblick zum «programme intercantonal relatif à la prévention et la lutte contre la dépendance aux jeux»;
- > Überlegungen zu den Geldspielen im 21. Jahrhundert;

- 
- > Abkommen des Europarats gegen Wettbetrug;
  - > Gerichtsverfahren in Zusammenhang mit Tactilo und Euro Lotto;
  - > Information über die Einigung von Bund und Kantonen betreffend die Geldspielgesetzgebung.

### 1.3 Streitfälle

Die Rechtsabteilung behandelt Einsprachen, Steuerbefreiungs- und Steuererlassgesuche sowie Haftungsforderungen gegenüber dem Staat. Die Zahl der Fälle hat 2013 leicht zugenommen.

### 1.4 Gesetzgebung

Im Folgenden sind die Gesetze und Dekrete sowie die Verordnungen und Beschlüsse, die im Jahr 2013 in den der Finanzdirektion unterstehenden Bereichen erlassen wurden, in chronologischer Reihenfolge aufgeführt.

#### 1.4.1 Gesetze und Dekrete

- > Dekret vom 5. Februar 2013 über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2012;
- > Dekret vom 15. Mai 2013 zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2012;
- > Gesetz vom 13. November 2013 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2014;
- > Dekret vom 13. November 2013 zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2014;
- > Gesetz vom 14. November 2013 zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern;
- > Dekret vom 14. November 2014 zur Volksinitiative «FriNetz» (Volksabstimmung).

#### 1.4.2 Verordnungen und Beschlüsse

- > Beschluss vom 12. März 2013 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 1. Quartal 2013 (176. Gewinnverteilung);
- > Verordnung vom 30. April 2013 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (fünf Funktionen aus dem technisch-wissenschaftlichen Bereich);
- > Verordnung vom 22. Mai 2013 über die massgebenden Beträge gemäss der letzten Staatsrechnung;
- > Beschluss vom 11. Juni 2013 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 2. Quartal 2013 (177. Gewinnverteilung);
- > Verordnung vom 20. August 2013 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Gesetz über das Grundbuch;
- > Beschluss vom 17. September 2013 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 3. Quartal 2013 (178. Gewinnverteilung);
- > Verordnung vom 24. September 2013 zur Änderung der Verordnung über die Lohngarantie des Staatspersonals bei Krankheit und Unfall;
- > Verordnung vom 21. November 2013 über den Bezug der Steuerforderungen für das Jahr 2014;
- > Verordnung vom 3. Dezember 2013 zur Änderung des Reglements über das Staatspersonal (Anstellung für Aushilfsarbeiten);
- > Verordnung vom 3. Dezember 2013 über die Quellensteuer;
- > Beschluss vom 17. Dezember 2013 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 4. Quartal 2013 (179. Gewinnverteilung).

#### 1.4.3 Änderungen der Gesetzgebung in Zusammenhang mit den Struktur- und Sparmassnahmen

- > Gesetz vom 8. Oktober 2013 zur Umsetzung von Struktur- und Sparmassnahmen (Staatspersonal, Motorfahrzeugsteuer, Rückerstattung der Motorfahrzeugsteuer, unentgeltliche Rechtspflege, pädagogisch-therapeutische Massnahmen, Subventionen, direkte Kantonssteuern, Grundstücksübertragungen, Verkehr);
- > Gesetz vom 9. Oktober 2013 zur Umsetzung von Struktur- und Sparmassnahmen (Hilfe und Pflege zu Hause, Tierseuchen, alkoholhaltige Getränke);
- > Verordnung vom 27. August 2013 zur Umsetzung von Struktur- und Sparmassnahmen (Verordnung 1);
- > Verordnung vom 11. November 2013 zur Umsetzung von Struktur- und Sparmassnahmen (Verordnung 2) und separate Verordnungen (Aufsicht über die Stiftungen, Zinssatz der Darlehen im Bereich der regionalen

- 
- Innovationspolitik, Abzug der Kranken- und Unfallversicherungsprämien, Gebühren der Kantonalen Steuerverwaltung);
- > Verordnung vom 9. Dezember 2013 über die Festsetzung der Gehaltsskalen des Staatspersonals für das Jahr 2014 und die Sparmassnahmen 2014–2016 (jährliche Gehaltserhöhung, Solidaritätsbeitrag).

Einige Verordnungen in Zusammenhang mit den Struktur- und Sparmassnahmen hat der Staatsrat direkt auf Antrag der jeweils zuständigen Direktion erlassen.

## 2 Finanzverwaltung (FinV)

---

**Staatsschatzverwalter: Daniel Berset**

### 2.1 Tätigkeit

Die Arbeiten der Finanzverwaltung betrafen im Jahr 2013 hauptsächlich folgende Aufgabenbereiche: Struktur- und Sparmassnahmen, Aufstellung des Staatsvoranschlags 2014, Analyse der Erlassentwürfe der Direktionen, Finanzbeziehungen mit dem Bund sowie weitere Umsetzung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement und der leistungsorientierten Führung. Die Finanzverwaltung hat auch die mit den Steuererleichterungen und Direkthilfen für Unternehmen befasste Arbeitsgruppe präsiert und ihren Bericht verfasst. Die Finanzverwaltung war weiter in den Bereichen Führung der Staatsbuchhaltung und Abschluss der Staatsrechnung, Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit den Kreditoren, Inkasso und Debitorenverwaltung, Finanzdienst und Tresorerieverwaltung, Überprüfung der Subventionen und Budgetkontrolle aktiv.

#### 2.1.1 Struktur- und Sparmassnahmen

Weitgehend unter der administrativen Verantwortung der FinV und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Einheiten wurde während des ganzen Jahres 2013 am Struktur- und Sparmassnahmenprogramm 2013–2016 des Staates (SSM) gearbeitet. Die wichtigsten Etappen waren folgende:

- > Redaktion der Berichte der vier Arbeitsgruppen, deren Aufgabe es war, die Vorschläge der Dienststellen und Direktionen jeweils in den Bereichen Einnahmen, Personal, Subventionen sowie Reformen und sonstige organisatorische Massnahmen zu analysieren.
- > Vorbereitung des Berichts vom 7. Mai 2013 über das SSM-Programm. Dieser Bericht ist vom 15. Mai bis 14. Juni 2013 in die öffentliche Vernehmlassung geschickt worden.
- > Diskussionen mit dem Freiburger Gemeindeverband und Teilnahme an den Verhandlungen mit der Föderation der Personalverbände.
- > Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse und Formulieren definitiver Vorschläge an den Staatsrat.
- > Vorbereitung der Botschaft Nr. 2013-DFIN-20 vom 3. September 2013 über das SSM-Programm und Zusammenstellung der notwendigen Gesetzesänderungen.
- > Technische Unterstützung des Staatsrats am Rand der Kommissionssitzungen und der Beratungen im Grosse Rat. Der Grosse Rat hat die Gesetzesänderungen im Rahmen der SSM in seinen Sitzungen vom 8. und 9. Oktober 2013 angenommen.
- > Koordination der reglementarischen Änderungen (Verordnungen, Reglemente, Beschlüsse, Tarife) aus den SSM, die der Staatsrat in mehreren Etappen verabschiedet hat.
- > Teilnahme an der von der EKSD präsierten Arbeitsgruppe, die sich mit den Massnahmen im Bildungswesen befasste und ihren Schlussbericht Ende Oktober 2013 abgegeben hat. Der Staatsrat wird Anfang 2014 über das weitere Vorgehen entscheiden.

Für die Umsetzung des SSM-Programms werden 2014 in der Kantonsverwaltung weitere Arbeiten und die Einsetzung mehrerer Arbeitsgruppen erforderlich sein. Insbesondere müssen gewisse für 2015 oder 2016 angekündigte Massnahmen genauer analysiert werden.

### 2.1.2 Voranschlagsentwurf 2014

Das Voranschlagsverfahren 2014 verlief parallel zur Aufstellung des Struktur- und Sparmassnahmenprogramms 2013–2016. Die Anwendung dieses Sanierungsplans hat die Budgetarbeiten erheblich vereinfacht. So konnten die ursprünglichen Ergebnisse um mehr als 110 Millionen Franken verbessert werden. Am 9. September 2013 verabschiedete der Staatsrat einen Voranschlagsentwurf 2014 mit folgenden Hauptergebnissen: 0,5 Millionen Franken Gewinn in der Erfolgsrechnung, Nettoinvestitionen von 144,3 Millionen Franken, Finanzierungsfehlbetrag von 23,4 Millionen Franken, kantonale Netto-Subventionsquote von 38,6 % gemessen am kantonalen Steueraufkommen (Obergrenze bei 41 %), Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen von 83,8 %. Am 13. September 2013 nahm der Grosse Rat diesen Entwurf unverändert an.

### 2.1.3 Analyse der Erlassentwürfe der Direktionen und der Geschäfte zuhanden des Staatsrats

Im Jahr 2013 hat die Finanzverwaltung zuhanden der Direktionen, Dienststellen und Anstalten ihre Stellungnahme zu über 33 finanzwirksamen Geschäften abgegeben. Sie hat dabei namentlich zu folgenden wichtigen Themen detailliert Stellung genommen: Gesetzesvorentwürfe über die PH, die Jagd, die Fischerei, die Justiz und Dekrete über den öffentlichen Verkehr, Liegenschaftserwerb, Ausrüstungserwerb, Strassen. Die FinV hat auch Stellung genommen zu den Vernehmlassungen über das Tourismuskonzept, die Agglomeration, die Leistungsaufträge der Privatspitäler, des HFR und des FNPG, die Westschweizer Zusammenarbeit und das Konzept Gesundheit in der Schule. Diese wichtige Arbeit im «Vorfeld» trägt dazu bei, dass die Entwürfe effizienter vorbereitet und präsentiert werden und auch den finanziellen Aspekten zum Vornherein mehr Rechnung getragen werden kann. Die Finanzverwaltung gibt ausserdem zuhanden des Finanzdirektors ihre Stellungnahme ab zu allen finanzwirksamen Geschäften (Botschaften, Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Verordnungen, Berichte), die dem Staatsrat im Laufe des Jahres unterbreitet werden.

2013 wurde die FinV besonders in Anspruch genommen von der Entwicklung des Bluefactory-Standorts, vom ALP-Projekt am Standort Grangeneuve und von den finanziellen Schwierigkeiten des Expo Centers.

### 2.1.4 Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen

2013 hat sich die Finanzverwaltung im Rahmen des Finanzausgleichssystems zwischen Bund und Kantonen mit folgenden Punkten befasst:

- > Kontrolle der Daten und Analyse der finanziellen Auswirkungen des eidgenössischen Ausgleichssystems (in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Steuerverwaltung): Prüfung der von der BAK Basel Economics erstellten Mehrjahresprognosen; Überprüfung der vom Bund in die Vernehmlassung geschickten Zahlen 2014, Schätzung der Auswirkungen der Gewinne von Gesellschaften mit Steuererleichterungen auf die Ressourcenausgleichszahlungen.
- > Interventionen auf eidgenössischer und interkantonaler Ebene: Vorbereitung der Antwort des Staatsrates auf die Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2014, Verfassen von Notizen zuhanden der Freiburger National- und Ständeräte über die laufende Überprüfung des eidgenössischen Finanzausgleichssystems und die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III auf den Finanzausgleich.
- > Koordinationsarbeiten in Zusammenhang mit den Programmvereinbarungen im Umweltbereich: Zusammenstellung der Jahresberichte 2012 und Übermittlung ans Bundesamt für Umwelt, diverse Austausche mit den betroffenen kantonalen Direktionen und Verwaltungseinheiten.
- > Pflege administrativer Kontakte mit der Konferenz der Kantonsregierungen, der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren, dem Eidgenössischen Finanzdepartement sowie den Finanzverwaltungen anderer Kantone, Beantwortung zahlreicher Fragen zur NFA und zu ihrer Umsetzung.

### 2.1.5 Untersuchung der Problematik der Steuererleichterungen und Direkthilfen an Unternehmen.

Im Januar 2012 beauftragte der Staatsrat auf Antrag der Finanzdirektion seine Delegation für das Wirtschafts- und Finanzwesen mit einer eingehenden Analyse der Politik, die der Kanton bezüglich Steuererleichterungen und Direkthilfen an Unternehmen verfolgt, unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Entwicklungen auf gesamtschweizerischer und internationaler Ebene. Dazu wurde eine direktionübergreifende Arbeitsgruppe aus Vertretern der Wirtschaftsförderung (WIF), der Kantonalen Steuerverwaltung (KSTV) und der Finanzverwaltung (FinV) eingesetzt. Diese vom Staatsschatzverwalter präsierte Arbeitsgruppe reichte Ende Februar 2013 ihren

---

Schlussbericht ein. Dem Bericht beigelegt waren eine Richtlinie zu den Unterstützungsmassnahmen für Unternehmen, ein Musterleistungsvertrag und ein Musterbeschluss. Der Staatsrat nahm diese Dokumente zur Kenntnis und veröffentlichte sie am 8. Juli 2013 mit einer Stellungnahme. Bei dieser Gelegenheit gab er auch seine Überlegungen zur künftigen Unternehmensbesteuerungsstrategie des Kantons Freiburg bekannt. Die neuen Regeln und Verfahren sind für alle anschliessend eingereichten Steuererleichterungsgesuche angewandt worden.

### 2.1.6 Neue Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement (NIGEFI)

2013 befasste sich die Sektion Nigefi mit ihren regulären Aufgaben Softwarebetrieb und -unterhalt der SAP-Plattform. Sie leitete auch verschiedene Projekte im applikativen und technischen Bereich.

Auf technischer Ebene wurde das 2012 gestartete Projekt zur Aktualisierung des SAP-Systems im ersten Quartal 2013 abgeschlossen.

#### 2.1.6.1 2013 realisierte Applikationsprojekte

- > Implementierung des SD-Fakturierungstools beim Amt für Personal und Organisation und bei der Berufsfachschule Technik und Kunst;
- > in Zusammenarbeit mit dem ITA Entwicklung einer Applikation, mit der das Amt für Justiz die Dossiers der unentgeltlichen Rechtspflege im Hinblick auf die Kostenvergütung verwalten und betreuen kann;
- > im Bereich E-Government wird die Kantonsverwaltung mit der Realisierung der Projekts «E-Bill 1» ab 2014 gewisse elektronische Rechnungen automatisch erhalten, bearbeiten und verbuchen können.

#### 2.1.6.2 Laufende Applikationsprojekte

- > Applikation zur Verwaltung und Nachkontrolle der Strafbefehle für die Oberämter;
- > Implementierung des Subventionsverwaltungsmoduls für das Amt für Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit dem ITA.

### 2.1.7 Periodische Überprüfung der Subventionen

- > *Subventionsüberprüfungen 2013 und Nachkontrolle der beschlossenen Massnahmen*

2013 haben sich die Arbeiten auf die 2012 geplanten, noch nicht abgeschlossenen Überprüfungen konzentriert. Da die Finanzverwaltung aktiv an der Ausarbeitung der Struktur- und Sparmassnahmen mitgearbeitet hat, wurde auf die Planung neuer Subventionsüberprüfungen für 2013 verzichtet und der Schwerpunkt auf die Analyse aller Subventionsbereiche gelegt, um Sparmassnahmen vorzuschlagen. In der Folge konnten bei der Nachkontrolle der im Anschluss an die Subventionsüberprüfungen beschlossenen Massnahmen mehrere noch nicht umgesetzte Massnahmen ermittelt und deren baldmöglichste Umsetzung vorangetrieben werden.

Ab 2014 werden die Subventionsüberprüfungen wieder normal nach einer Mehrjahresplanung ablaufen.

- > *Regelmässige Kontrolle der SubG-Vorschriften*

Das SubG sieht in Artikel 21 Abs. 2 vor, dass das Gesamtvolumen der Subventionen für Funktionsausgaben nicht mehr als einen bestimmten Anteil am gesamten kantonalen Steueraufkommen betragen darf. Während des ganzen Voranschlagsverfahrens wird somit mit Berechnungen sichergestellt, dass diese Vorschrift eingehalten wird. Die Obergrenze der Nettosubventionen für Funktionsausgaben liegt bei 41 % des kantonalen Steueraufkommens.

Im Staatsvoranschlag 2013 betrug die Quote der Nettosubventionen für Funktionsausgaben im Verhältnis zum Steueraufkommen 41,1 % und im Staatsvoranschlag 2014 38,6 %, weitgehend unter dem Einfluss der im Bereich der Subventionen beschlossenen Struktur- und Sparmassnahmen.

Ausserdem prüfte die Finanzverwaltung gemäss SubG auch im Detail mehrere Textentwürfe zur Spezialgesetzgebung über die Subventionen. Überprüft wurde insbesondere die Übereinstimmung der vorgeschlagenen Texte mit den Vorschriften und Grundsätzen der Gesetzgebung über die Subventionen.

- > *Weitere Aufgaben im Subventionswesen*

Die Finanzverwaltung war auch in verschiedenen Arbeitsgruppen, Kommissionen und Steuerungsausschüssen aktiv, die Subventions- oder Finanzfragen der öffentlichen Hand im weiteren Sinne betrafen.

### 2.1.8 Staatsrechnung 2013

Die Staatsbuchhaltung erfasst sämtliche Vorgänge, die zur Erstellung der Staatsrechnung notwendig sind. Der grösste Arbeitsaufwand besteht in der Erfassung der Lieferantenrechnungen, die zu zwei Dritteln von der Staatsbuchhaltung und zu einem Drittel von den Dienststellen erledigt wird, bei denen aufgrund der Menge der zu bearbeitenden Rechnungen eine dezentrale Erfassung sinnvoll ist. Die Buchhaltung ist für die Kontokorrente Staat–Gemeinden zuständig und kümmert sich um die Nachführung dieser Konten. Die Finanzbeziehungen mit dem Bund werden über ein Kontokorrent geregelt, über das die meisten Finanzvorgänge laufen. Die Buchhaltung ist an den Arbeiten zur Einführung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement beteiligt und unterstützt die Dienststellen bei der Reorganisation ihrer Buchhaltung. Sie ist ebenfalls sehr aktiv in der Führung des Finanzdienstes.

Die Staatsrechnung für das Jahr 2013 wird als Sonderpublikation herausgegeben, die eine erläuternde Botschaft sowie die detaillierte Rechnung und Bilanz enthält. Für Näheres verweisen wir Sie auf diese Dokumente.

### 2.1.9 Finanzdienst und Tresorerieverwaltung

Die wichtigsten Arbeiten in diesem Bereich können wie folgt zusammengefasst werden:

- > Ausführung der Zahlungen für die gesamten Budgetausgaben des Staates, mit Ausnahme der Ausgaben einiger Anstalten,
- > Erfassung des Bezugs sämtlicher budgetierter kantonaler Einnahmen,
- > Verwaltung der allgemeinen Bankkonten des Staates und entsprechende Buchführung und Betreuung des Tresoreriebudgets.

Die vom Finanzdienst der Finanzverwaltung erledigten Geschäfte haben sich zwischen 2012 und 2013 umfangmässig wie folgt verändert:

	2012	2013
Bankverkehr DTA (in Millionen Franken)	1707,34	1805,13
Bank- und Postkonten: erfasste Buchungen	9377	10 048

Weitere Tätigkeiten dieser Dienststelle sind:

- > Verwaltung der flüssigen Mittel sowie der Fonds und Stiftungen: Im Jahr 2013 betrug das Volumen der kurzfristigen Darlehen 587 Millionen Franken (2012: 847 Millionen Franken). Die Zahl der Darlehen lag bei 13 gegenüber 17 im Jahr 2012. Die Finanzverwaltung verwaltet und führt die Buchhaltung von 54 Fonds und Stiftungen.
- > Im Jahr 2013 sind die mittel- und langfristigen Schulden des Staates infolge der Rückzahlung von vier fälligen Anleihen um 310 Millionen Franken zurückgegangen und belaufen sich nun auf 50 Millionen Franken.
- > Verwaltung der Darlehen: Die Finanzverwaltung ist für die Rechnungsführung und die Verwaltung der Darlehen für die Investitionshilfe in Berggebieten zuständig (16,043 Millionen Franken, 196 Darlehen).
- > Weitere Aufgaben: Weitere Aufgaben der Finanzverwaltung sind die Verwaltung des Wertschriftenportfolios des Staates, die Rechnungsführung für die den öffentlichen Institutionen gewährten Darlehen und Vorschüsse, die Rechnungsführung und Auszahlung der Finanzhilfen aus dem Tourismusfonds sowie die Rückforderung der Verrechnungssteuer bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung.

### 2.1.10 Kantonaler Finanzdienst

Der kantonale Finanzdienst kümmert sich insbesondere um das Inkasso, die Debitorenverwaltung und die Zahlungsausstände aller Dienststellen des Staates, die über keine entsprechende Infrastruktur verfügen und die Debitoren nicht selber verwalten. Mit der Einrichtung dieses Dienstes und der Verwendung der SAP-Anwendungssoftware konnte das Inkasso- und Mahnverfahren erheblich verbessert und rationalisiert werden. Das Arbeitsvolumen des Finanzdienstes hat stark zugenommen.

---

Im Jahr 2013 belief sich der Gesamtbetrag der bearbeiteten Rechnungen auf nahezu 232 Millionen Franken (2012: 208 Millionen Franken) für annähernd 208 000 Rechnungen (2012: 156 000). Ende 2013 waren Betreibungsverfahren im Betrag von 833 000 Franken (2012: 764 000 Franken) in 1904 Dossiers (2012: 628 Dossiers) eingeleitet. 2013 wurden 42 641 Rechnungen im Betrag von fast 5 Millionen Franken bar oder mit Karte bezahlt.

#### 2.1.11 Periodische Berichte über den Stand der Rechnung und Budgetkontrolle

Auf der Grundlage der Zwischenrechnungsberichte der Dienststellen und Anstalten, die bei Bedarf von den Direktionen ergänzt werden, erarbeitet die Finanzverwaltung dreimal pro Jahr eine kommentierte Zusammenfassung zuhanden des Staatsrats. Dieses Dokument zeigt den Stand der Budgetumsetzung auf: Es lokalisiert die grössten Abweichungen zwischen Ausgaben und Einnahmen per 30. April, 31. Juli und 30. September und gibt an, welche Korrekturmassnahmen geplant sind. Dieses Vorgehen ermöglicht eine bessere Steuerung der Kantonsfinanzen und ist eine sinnvolle Ergänzung zur Budgetkontrollarbeit. Es liess eine allmähliche Besserung der Situation erkennen, die es insbesondere möglich machen sollte, nicht mehr allzu sehr auf das Vermögen zurückgreifen zu müssen (für 2013 budgetierte Entnahme von 38 Millionen Franken), um sich einer ausgeglichenen Erfolgsrechnung anzunähern.

Die ordentliche Budgetkontrolle wird in einem ersten Schritt von der Staatsbuchhaltung vorgenommen, die insbesondere darauf achtet, dass die zur Zahlung vorgelegten Rechnungen mit den in den Voranschlagsnachweisen detailliert ausgewiesenen Krediten übereinstimmen, bevor sie verbucht werden. Die Budgetkontrolle befasst sich auch mit den Kreditüberschreitungen. Die Abteilung Finanzplanung und Budgetkontrolle bearbeitet sämtliche Nachtragskreditbegehren. Sie nimmt zu diesen Begehren Stellung und unterbreitet sie anschliessend dem Staatsrat. 2013 hat der Staatsrat 25 Begehren (49 im Jahr 2012) in einem Gesamtbetrag von 28,2 Millionen Franken (20,8 Millionen im Jahr 2012) gutgeheissen, was 0,87 % (0,61 % im Jahr 2012) der für das Jahr 2013 budgetierten effektiven Gesamtausgaben entspricht. Dieses Nachtragskreditvolumen liegt um rund 50 % über dem Durchschnitt von 0,58 % für den Zeitraum 2002–2012. Dem Grossen Rat wird in der Märzsession 2014 dazu eine ausführliche Botschaft unterbreitet.

#### 2.1.12 Leistungsorientierte Führung (LoF)

Der Auftrag der Sektion Leistungsorientierte Führung (Sektion LoF) besteht in der Planung, Organisation und schrittweisen Einführung der leistungsorientierten Führung (LoF) in den Verwaltungseinheiten des Staates.

##### > *Jahresrechnungen 2012 der Verwaltungseinheiten mit LoF*

In Anwendung der geltenden Gesetzgebung legten die Verwaltungseinheiten mit LoF ihre Ergebnisse bezüglich Aufwand, Ertrag sowie Saldo der einzelnen Leistungsgruppen und Leistungen vor und lieferten auch Kennzahlen und Kommentare zu ihren Tätigkeiten. Die Sektion LoF hat das Verfahren zu Aufstellung und Abschluss der Rechnung 2012 koordiniert und die betreffenden Einheiten dabei unterstützt.

##### > *Controlling der Einheiten mit LoF per 31.12.2012 und 31.08.2013*

Die Verwaltungseinheiten mit LoF haben dem Staatsrat ihre Controllingberichte per 31. Dezember 2012 und per 31. August 2013 übermittelt. Diese von den betreffenden Direktionen genehmigten Berichte wurden von der Sektion LoF analysiert. Die Sektion LoF hat die Erstellung dieser Controllingberichte koordiniert und die LoF-Einheiten unterstützt.

##### > *Budgets 2014 der Verwaltungseinheiten mit LoF*

Die Verwaltungseinheiten mit LoF haben im Rahmen des ordentlichen Voranschlagsverfahrens ihre Budgets 2014 nach Leistungen und Leistungsgruppen aufgestellt. Die Sektion LoF hat die Erstellung dieser Budgets koordiniert und die LoF-Einheiten unterstützt.

##### > *Entwicklung der LoF*

Parallel zu ihren Haupttätigkeiten hat die Sektion LoF verschiedene Arbeiten zur Verbesserung bestimmter LoF-Verfahren, -Konzepte und -Instrumente durchgeführt.

Anhand einer internen Evaluation der Funktionsweise und der Nutzung der LoF beim Staat hat sich der Staatsrat für eine Reorientierung der LoF ausgesprochen. Sofern nicht ausdrücklich verlangt, wird die LoF kurzfristig künftig

---

nicht mehr aktiv auf weitere Verwaltungseinheiten ausgeweitet. Das Amt für Archäologie des Staates Freiburg (AAFR) hat beschlossen, ab Voranschlag 2014 aus der LoF auszutreten. Die weiteren betroffenen Verwaltungseinheiten haben ihre Absicht bekundet, dieses Budgetverwaltungssystem beizubehalten. Sie werden also weiter aktiv von der Sektion LoF unterstützt.

### 2.1.13 Weitere Tätigkeiten

- > Antworten auf eidgenössische, interkantonale und kantonale Vernehmlassungen;
- > Mitwirkung in verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen: Task Force Wiederankurbelungsplan, Steueraussschuss Polycom und Steueraussschuss Autobahnanschluss Freiburg–Süd; Baukommissionen Kollegium Gambach, Kollegium des Südens, Poyabrücke, Kantonsgericht, Autobahnamt und Strassenverbindung Romont–Vaulruz; Arbeitsgruppen zur kantonalen Umsetzung von Artikel 5 Abs. 1 des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes, zum Projekt zur Aufgabenentflechtung Staat/Gemeinden, Kommissionen Tourismusförderungsfonds, beratende Kommission für die Unterstützung und Begleitung behinderter und gefährdeter Personen, Senior +, Harmonisierung der Verwaltung der Schulen, Leistungs- und Arbeitszeiterfassungssoftware; Bewertung grosser Immobilien- und Mietvorhaben, neue Rechtsform der tpf, Arbeitsgruppe Bluefactory;
- > Einschätzung der Konjunkturlage im Hinblick auf den Voranschlag 2014;
- > Erstellung der Statistik der Arbeitsstellen für die Staatsrechnung 2012 und den Voranschlag 2014;
- > Vorbereiten der Unterlagen für die Medienkonferenzen zu Staatsrechnung 2012, Voranschlag 2014 und Struktur- und Sparmassnahmenprogramm;
- > Ausarbeitung des Berichts über die finanziellen und personellen Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2013 gefassten Beschlüsse;
- > Herausgabe des Faltprospekts zu den statistischen Finanzkennzahlen des Staates, Ausgabe 2013;
- > Aktualisierung und Unterhalt der Website der Finanzverwaltung;
- > monatliche Fakturierung der Kosten für Posttaxen und private Telefongespräche an die Ämter;
- > Vertretung des Staates im Verwaltungsrat der Agy Expo SA, der Grenette SA, der kantonalen Lehrmittelverwaltung und der Remontées mécaniques fribourgeoises SA;
- > Beantwortung verschiedener Umfragen zu laufenden oder geplanten Sparprogrammen anderer Kantone.

## 3 Kantonale Steuerverwaltung (KSTV)

---

**Vorsteher: Alain Mauron**

### 3.1 Tätigkeit

#### 3.1.1 Steuerveranlagungen

##### 3.1.1.1 Veranlagung der natürlichen Personen

Zu Beginn des Jahres 2013 hat die KSTV für die Steuerpflichtigen in allen Bezirken insgesamt acht Informationstreffen organisiert, an denen sie ihre Fragen zur Steuererklärung für die Steuerperiode 2012 beantwortete.

Seit der Steuerperiode 2003 können die Steuerpflichtigen ihre Steuererklärung elektronisch ausfüllen. Die entsprechende Software namens FRItax kann von der Website der KSTV heruntergeladen werden. Die ausgedruckten Formulare und das dazugehörige Barcode-Blatt müssen anschliessend per Post der KSTV zugestellt werden. Die Barcodes, die die Daten enthalten, erlauben ein rascheres Erfassen der Steuererklärungen. Es konnten über 106 000 Steuererklärungen (2012: 98 000 Steuererklärungen) mit optischen Lesern erfasst werden, was mehr als 60 % (2012: 56 %) der abgegebenen Steuererklärungen entspricht.

---

Bis Ende Dezember 2013 haben über 92 % (2012: 90 %) der Steuerpflichtigen ihre Steuerveranlagung und die Schlussabrechnung 2012 erhalten. Die noch nicht veranlagten Steuerdossiers betreffen hauptsächlich Selbstständigerwerbende, die ihre Steuererklärung häufig etwas später einreichen. Die KSTV behandelte parallel zu den Veranlagungen auch die eingegangenen Einsprachen und Beschwerden.

### 3.1.1.2 Veranlagung der juristischen Personen

Der erste Teil des Jahres 2013 wurde darauf verwendet, die Veranlagungen der Steuerperiode 2011 abzuschliessen. Die im Berichtsjahr geleistete Arbeit bestand aber hauptsächlich darin, die Veranlagungen der Steuerperiode 2012 zu überprüfen. Im Rahmen der Ermittlungsarbeiten wurden 116 (2012: 145) Expertisen durchgeführt. Bis Ende Dezember 2013 erhielten rund 66 % (2012: 65 %) der juristischen Personen ihre Veranlagungsanzeige für die Steuerperiode 2012.

Bis 31. Dezember 2013 bearbeitete die Abteilung juristische Personen 13 319 Dossiers, 2 % mehr als per 31. Dezember 2012 (13 055 Dossiers).

### 3.1.1.3 Steuerbefreiung wegen gemeinnütziger oder öffentlicher Zwecke

Neben seiner ordentlichen Arbeit, der Unterstützung der Veranlagungsabteilungen, der Mitwirkung bei der Bearbeitung von Geschäften in Zusammenhang mit der parlamentarischen Tätigkeit (parlamentarische Vorstösse, Vernehmlassungen usw.) und Gesetzgebungsarbeiten, befasst sich der Rechtsdienst der KSTV mit sämtlichen Steuerbefreiungsgesuchen, die von Vereinen oder Stiftungen gestellt werden, die gemeinnützige, öffentliche oder Kultuszwecke verfolgen.

2013 eröffnete er 40 Steuerbefreiungsverfügungen (2012: 49), und es wurden 49 (2012: 68) neue Steuerbefreiungsgesuche eingereicht. Am 31. Dezember 2013 waren noch 49 (2012: 41) Dossiers hängig.

### 3.1.1.4 Grundstückgewinnsteuern

Als Grundstückgewinne besteuert werden nur Gewinne, die sich bei Veräusserung eines Grundstückes des Privatvermögens ergeben. Gewinne aus der Veräusserung eines Grundstückes aus dem Geschäftsvermögen oder dem, was steuerrechtlich als Geschäftsvermögen gilt, unterliegen der ordentlichen Steuer. Der Grundstückgewinnsteuerertrag beläuft sich in der Staatsrechnung 2013 auf 30 840 000 Franken (24 876 000 Franken im Jahr 2012).

Die Besteuerung wird aufgeschoben bei Veräusserung einer dauernd und ausschliesslich selbstgenutzten Wohnliegenschaft (Einfamilienhaus oder Eigentumswohnung), soweit der dabei erzielte Erlös innert zwei Jahren vor oder nach der Veräusserung zum Erwerb oder zum Bau einer gleichgenutzten Ersatzliegenschaft in der Schweiz verwendet wird. 2013 ist die Besteuerung in 209 (2012: 246) Fällen so aufgeschoben worden, was betragsmässig 31 715 000 Franken steuerbaren Grundstückgewinn ausmachte (2012: 35 589 000 Franken). Der entsprechende Steuerausfall für den Kanton beläuft sich auf 3 066 000 Franken (2012: 2 758 000 Franken).

### 3.1.1.5 Steuerhinterziehungsverfahren und Nachsteuern

2013 wurden 409 (2012: 397) Steuerhinterziehungs- und/oder Nachsteuerbefehle für die Kantons- und Bundessteuern erlassen.

Die Nachsteuern oder hinterzogenen Steuern samt Verzugszinsen beliefen sich auf 4 996 000 Franken (2012: 3 213 000 Franken) und die Steuerbussen auf 239 000 Franken (2012: 311 000 Franken). Der Gesamtbetrag der Nachsteuern und Steuerbussen samt Verzugszinsen bei der direkten Bundessteuer belief sich auf 1 711 000 Franken (2012: 1 178 000 Franken).

Die straflosen Selbstanzeigen generierten 2013 auf Kantonsebene Einnahmen (samt Verzugszinsen) von 3 441 000 Franken (2012: 2 089 000 Franken) auf nicht deklariertem Kapital in Höhe von 57 216 000 Franken (2012: 46 576 000 Franken) und nicht deklariertem Einkommen im Betrag von 10 107 000 Franken (2012: 7 266 000 Franken). Diese Zahlen sind in den oben angegebenen Beträgen einberechnet.

---

### 3.1.2 Steuerbezug

#### 3.1.2.1 Bezug der Kantonssteuern

Die KSTV fakturierte die Steuer 2013 in der Regel in neun Raten, zahlbar zwischen Mai 2013 und Januar 2014 jeweils am Monatsende, wobei der Betrag der einzelnen Akontozahlungen aber nicht weniger als 20 Franken betragen darf. Die Steuerpflichtigen konnten aber auch den gesamten Steuerbetrag bis zur Fälligkeit der ersten Rate bezahlen; 45 500 (2012: 44 500) Steuerpflichtige machten von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Gleichzeitig mit der Eröffnung der Veranlagungsanzeigen, die vorwiegend das Jahr 2012 betrafen, wurde eine Schlussabrechnung erstellt. Ein Saldo zu Gunsten der Steuerpflichtigen wird diesen auf ihr Post- oder Bankkonto überwiesen, und die KSTV verwaltete so rund 169 000 Konten (2012: 158 500 Konten).

Was das Inkassoverfahren betrifft, so leitete die KSTV 20 400 (2012: 20 500) verbindliche Zahlungsvereinbarungen weiter und stellte Betreibungsbegehren, auf die hin 16 350 (2012: 16 000) Zahlungsbefehle ergingen. Sie reichte auch 128 (2012: 103) Strafklagen für veruntreute gepfändete Gegenstände ein.

Es wurde eine Einheit «Verlustscheinverwaltung» zur aktiven Bewirtschaftung der ausstehenden Forderungen geschaffen. Dabei handelt es sich um Forderungen, für die nach einer Betreuung oder einem Konkurs ein Verlustschein ausgestellt wurde, sowie um Forderungen aus wegen unbekannter Adresse erfolglosen Betreibungsverfahren. Da die Verjährungsfrist 20 Jahre nach der Ausstellung des Verlustscheines beträgt (s. Art. 2 Abs. 5 der Übergangsbestimmungen der Änderung des SchKG vom 16. Dezember 1994), läuft die Verjährungsfrist aller vor 1997 ausgestellten Verlustscheine am 31. Dezember 2016 ab, die im Jahr 1997 ausgestellten Verlustscheine verjähren am entsprechenden Datum des Jahres 2017 und so jedes Jahr weiter.

Die Abteilung Steuerbezug und Steuerausstände wird je nach Priorität den Schwerpunkt auf die verwertbaren Verlustscheine (Steuerpflichtige mit bekannter Adresse und Finanzlage), Massnahmen zur lediglich vorübergehenden Sicherstellung von Forderungen vor ihrer Verjährung (Schuldner, aufgrund derer finanziellen Lage keine Verwertung möglich ist) oder Verlustscheine legen, die aufwändige Recherchearbeiten zur Eruiierung der Adresse und Finanzlage (Schuldner, die nicht mehr im Kanton wohnhaft sind) erfordern.

2013 belaufen sich die im Rahmen der Übernahme von Verlustscheinen eingenommenen Beträge für die Kantonssteuer auf rund 1 469 000 Franken (2012: 1 226 000 Franken). Dieser Betrag betrifft lediglich die Verlustscheine, deren Rückkauf 2013 abgeschlossen wurde. Die Beträge, die 2013 eingenommen wurden und Verfahren betreffen, die 2014 weiterlaufen, sind darin nicht enthalten.

Die im Rahmen der Übernahme von Verlustscheinen zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2013 eingenommenen Beträge belaufen sich für die Kantonssteuer unabhängig von Beginn und Abschluss des Betreibungsverfahrens auf rund 3 008 000 Franken (2012: 1 828 000 Franken).

#### 3.1.2.2 Bezug der Gemeinde- und Kirchensteuern durch die KSTV

Im Jahr 2013 nahmen 55 (2012: 54) Gemeinden diese Dienstleistung des Staates für den Bezug ihrer ordentlichen Steuern in Anspruch.

Mit der Informatikanwendung kann die Dienstleistung für den Steuerbezug auch den Pfarreien des Kantons angeboten werden, sofern die Steuern bei allen Pfarreimitgliedern einer bestimmten Gemeinde erhoben werden. Die KSTV nimmt die Steuern der natürlichen Personen für zahlreiche Pfarreien in 132 (2012: 133) Gemeinden des Kantons ein. Diese Steuern werden auf der Grundlage einer Vereinbarung bezogen. Die Kirchensteuer der juristischen Personen wird gemäss dem Artikel 17a des Gesetzes über die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat seit dem Steuerjahr 2001 von der Kantonalen Steuerverwaltung bezogen.

#### 3.1.2.3 Steuererlasse

Gestützt auf Artikel 212 DStG entscheidet die Finanzdirektion nach Anhören der Gemeindebehörde über Steuererlassgesuche. Zu diesem Zweck stellt die KSTV die notwendigen Ermittlungen an, unterbreitet eine Stellungnahme und bereitet die Entscheide der Finanzdirektion vor.

---

2013 wurden 397 (2012: 384) Steuererlassgesuche eingereicht, 67 Gesuche stammten noch aus dem Jahr 2012. 142 (2012: 108) Steuerpflichtige erhielten einen abschlägigen Bescheid, während 192 (2012: 174) Steuerpflichtigen ein Steuererlass gewährt wurde. In 185 (2012: 171) Fällen wurde die Steuer für ein Jahr erlassen, in sechs (2012: 3) Fällen die Steuer für zwei Jahre und in einem (2012: 0) Fall die Steuer für mehr als zwei Jahre. Auf 74 (2012: 87) Gesuche konnte nicht eingetreten werden, da die formellen Voraussetzungen für einen Steuererlass nicht erfüllt waren. In vier (2012: 5) Fällen wurde ein Revisionsbegehren gestellt.

Der Betrag der erlassenen Kantonssteuern beläuft sich auf 185 000 Franken (2012: 188 000 Franken).

### 3.1.3 Personalschulung

Im Laufe des Berichtsjahres nahmen mehrere Mitarbeitende an den Kursen teil, die im Rahmen des von der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) für alle Steuerverwaltungen bereitgestellten Aus- und Weiterbildungskonzeptes organisiert werden. Per 31. Dezember 2013 besuchte ein Mitarbeiter den Ausbildungskurs I (Basiskurs), eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter besuchten den Ausbildungskurs II (Selbstständigerwerbende und juristische Personen) und eine Mitarbeiterin und vier Mitarbeiter besuchten den Ausbildungskurs III (Steuerexperte SSK). Mit bestandener schriftlicher Prüfung erwarben zwei Mitarbeiterinnen und ein Mitarbeiter das Zertifikat SSK-Kurs I und zwei Mitarbeiterinnen und zwei Mitarbeiter das Zertifikat SSK-Kurs II. Die neuen Mitarbeitenden kamen in den Genuss einer zentralisierten internen Schulung. Die Vertiefung gewisser Themen und Fallstudien gaben ihnen Gelegenheit, sich die notwendigen Grundkenntnisse anzueignen und sich mit dem Steuersystem vertraut zu machen.

### 3.1.4 Vorarbeiten und Sonstiges

Neben der Veranlagung und dem Bezug der verschiedenen Steuern, mit denen sich das Personal grösstenteils beschäftigt, erfüllt die KSTV auch andere Aufgaben, insbesondere im Rechtswesen, im Bereich der Statistik und bei der Aufstellung von Rechnung und Voranschlag. Den verschiedenen Instanzen im Kanton und beim Bund wurden zahlreiche Stellungnahmen, Bemerkungen, Berechnungen von finanziellen Auswirkungen und Antworten auf Vernehmlassungen abgegeben. Die KSTV bereitete auch die Antworten auf die parlamentarischen Vorstösse zum Steuerwesen vor, und viel Arbeit fiel auch im Vorfeld der Steuererklärung 2013 an, vor allem mit der inhaltlichen Überarbeitung der zahlreichen Steuerformulare und der Wegleitung für das Ausfüllen der Steuererklärung, aber auch mit der Aufstellung der neuen Steuertarife für die Quellensteuer.

### 3.1.5 Statistiken

Die Steuerstatistiken 2011 sind Anfang November 2013 veröffentlicht worden. Sie liefern auf 40 Seiten mit Kommentaren, Tabellen und Grafiken die Daten über den Ertrag der Kantonssteuern auf dem Einkommen und dem Vermögen der natürlichen Personen und über den Ertrag der kantonalen Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen. Diese Statistiken und die Statistiken der Vorjahre sind auf der Website der KSTV unter der Adresse [www.fr.ch/kstv](http://www.fr.ch/kstv) zu finden.

### 3.1.6 Zusammenarbeit

#### 3.1.6.1 Innerkantonal

Die KSTV ist im Besitz von umfangreichem Zahlenmaterial, das für gewisse Untersuchungen sehr wertvoll ist, und wird unter Wahrung des Datenschutzes von anderen Dienststellen des Staates, wie beispielsweise der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt, dem Amt für Gemeinden oder dem Amt für Statistik um Statistiken angefragt. Ferner beantwortete die KSTV zahlreiche Fragen von Gemeinde- und Kirchenbehörden im Zusammenhang mit der Aufstellung ihrer Budgets. Im Bereich Verwaltung verschickte sie im Jahr 2013 für sich und auch für andere Dienststellen des Staates (Betreibungsämter, Amt für Personal und Organisation, kantonale Ausgleichskasse, Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt usw.) mit rund 2 100 000 (2012: 1 800 000) Postsendungen rund 4 100 000 (2012: 3 800 000) Unterlagen. Diese Postsendungen wurden zu mehr als der Hälfte für andere Dienststellen ausgeführt.

#### 3.1.6.2 Steuerwesen

Die Eidgenössische Steuerverwaltung und die kantonalen Steuerverwaltungen sind in der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) zusammengeschlossen. Die Mitglieder des KSTV-Führungsstabs sowie gewisse

---

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in dieses Gremium eingebunden. So ist der Kanton Freiburg in den Kommissionen «Selbstständigerwerbende und juristische Personen» (über die Arbeitsgruppen «Unternehmenssteuern» und «Landwirtschaft»), «Einkommens- und Vermögenssteuern» (über die Arbeitsgruppe «Vorsorge») und «Logistik» (über die Arbeitsgruppen «WVK – Bewertung von nicht kotierten Wertpapieren» und «Formulare») vertreten.

### 3.1.7 Informatik der KSTV

#### 3.1.7.1 Datenplattform SEDEX

Das Organ der Schweizerischen Steuerkonferenz hat eine Plattform für den elektronischen Datenaustausch eingerichtet. Die Meldungen werden elektronisch über die Datenplattform SEDEX (Secure Data EXchange) ausgetauscht und direkt in den Fachanwendungen verarbeitet. Die zweite Etappe des Projekts zum elektronischen Datenaustausch unter Steuerbehörden ist seit April 2013 produktiv. Die KSTV kann somit von nun an via SEDEX Dokumente empfangen und für die AHV-Meldungen verschicken. 2014 wird ein weiteres Projekt für den Austausch anderer elektronischer Dokumente (z.B. Lohnausweis) entwickelt.

#### 3.1.7.2 Datenaustauschplattform FRI-PERS

Mit Fri-Pers können die Gemeinden des Kantons über die kantonale Plattform Daten austauschen und so den verschiedenen kantonalen Stellen die Daten, die mit ihrer Tätigkeit in Zusammenhang stehen, zur Verfügung stellen. Gegenwärtig erhält die KSTV die Zuzugs- und Wegzugsmeldungen aller Steuerpflichtigen des Kantons sowie die Adressänderungen per Post. Das Projekt zur halbautomatischen Übernahme dieser Meldungen via Fri-Pers ins Informatiksystem der KSTV ist produktiv. Gewisse Anpassungen bei der Arbeitsorganisation und der Schulung der Mitarbeitenden sind im Gang. Das System wird im Laufe des Jahres 2014 betriebsfähig sein.

#### 3.1.7.3 Elektronischer Datenaustausch mit den Betreibungsämtern – Standard eSchKG 2.0

Das System für den elektronische Datenaustausch zwischen der KSTV und den Betreibungsämtern hat sich weiterentwickelt und ist an den verbindlichen Standard eSchKG 2.0 des Bundes angepasst worden, so dass nun in allen Phasen einer Betreibung (von der Einleitung bis zum Abschluss des Verfahrens) der elektronische Datenaustausch in Form von strukturierten XML-Daten und Anhängen im pdf-Format möglich ist. Die neue eSchKG-Version wurde im September 2013 erfolgreich produktiv gesetzt. Der elektronische Datenaustausch erfolgt derzeit ausschliesslich mit den Betreibungsämtern des Kantons Freiburg und ihrer Applikation Themis, womit der Grossteil der von der KSTV bearbeiteten Betreibungen abgedeckt werden kann. Die Betreibungsämter der anderen Kantone werden schrittweise eingegliedert.

#### 3.1.7.4 FRItax+ Fakturierung der Fristerstreckung

Die KSTV beauftragte das Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) mit einer Bedarfsanalyse und der Auslotung der Perspektiven der KSTV hinsichtlich E-Government. Im Anschluss an diese Studie wurde im Laufe des Berichtsjahres das Projekt FRItax+ lanciert. Die Steuerpflichtigen sollen ihre Steuererklärung direkt über die Applikation «FRItax», mit der die Freiburger Steuerpflichtigen bereits vertraut sind, online einreichen können. Weiter beinhaltet dieses Projekt auch die Fakturierung der Fristerstreckung für das Einreichen der Steuererklärung. Die Entwicklungsarbeiten gehen 2014 weiter.

#### 3.1.7.5 Dematerialisierung der Dokumente

2013 wurde eine Studie lanciert, die ein Projekt zur Dematerialisierung der Dokumente beim Staat Freiburg zum Inhalt hatte. Ein erstes Ergebnis dieses Projekts dürfte die Dematerialisierung der Lohnausweise der Steuerpflichtigen sein.

#### 3.1.7.6 Migration auf Windows 7

2013 migrierte die KSTV über 250 Computer von Windows XP auf Windows 7, der offiziellen vom ITA angebotenen Plattform.

### 3.1.7.7 Erneuerung XPL

2013 wurde mit einer Studie im Hinblick auf die vollständige Erneuerung des Systems zur Verwaltung des Registers der Steuerpflichtigen und der Partner (XPL), die Applikation für die Quellensteuer sowie die Anwendungssicherheit bei der KSTV begonnen. Diese Studie wurde nötig, um den Fortbestand dieses Werkzeugs zu gewährleisten, das für das Applikationssystem der Steuerverwaltung unabdingbar ist. Mit der Technologie, auf der XPL gegenwärtig beruht, können nämlich Wartung und mittelfristig reibungsloser Betrieb von XPL nicht garantiert werden. Zudem ist der Datenaustausch in den heutigen Informationssystemen unumgänglich geworden. Da XPL nicht im Hinblick darauf konzipiert worden ist, kann es die Rolle als Bezugssystem für Daten nicht mehr erfüllen. Gemäss Regierungsprogramm wird sich dieses Grossprojekt über mehrere Jahre erstrecken.

## 4 Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern (ESSA)

**Dienstchef: Kurt Aebischer.**

### 4.1 Tätigkeit

#### 4.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Jahr 2013 bearbeitete das Amt 1963 von den Friedensgerichten aufgenommene Steuerinventare bei Todesfall und von den Friedensgerichten ausgestellte Erklärungen für Nichtvorhandensein von Vermögen (2013 Inventare und Erklärungen im Jahr 2012). Auf dieser Grundlage stellte das Amt 319 Erbschafts- und Schenkungssteuerrechnungen aus (357 im Jahr 2012), die dem Kanton Steuereinnahmen von insgesamt 3 691 673 Franken einbrachten.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuern teilen sich wie folgt auf:

Erbschaftssteuern: 268 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 3 491 505.55 Franken

Schenkungssteuern: 51 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 200 167.45 Franken

2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
2 745 312	4 438 309	2 086 927	3 839 245	3 985 392	8 091 625	5 361 589	3 691 673

Das Amt steht auch in Verbindung zur Kantonalen Steuerverwaltung (KSTV) und übermittelt jeweils dem betroffenen Sektor ein Exemplar der Steuerinventare und der Erklärungen für Nichtvorhandensein von Vermögen.

Es beantwortet zahlreiche Anfragen von Treuhandbüros, Notariaten, Banken, Versicherungsgesellschaften und Privaten zur Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Das Amt bildet auch einen Lernenden aus. Im November 2013 hat das Amt seinen Leistungskatalog nachgeführt.

---

## 5 Amt für Personal und Organisation (POA)

---

**Dienstchef: Markus Hayoz**

### 5.1 Tätigkeit

#### 5.1.1 Allgemeines

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben erbringt das POA sehr viele Leistungen für die politischen Organe, die Exekutive, die verantwortlichen Vorgesetzten, das Personal und Dritte, die sich folgendermassen gliedern lassen:

- > Klassische Leistungen in Zusammenhang mit der allgemeinen Personalverwaltung: Personalrekrutierung, Verträge, Gehälter, Personal- und Stellenvoranschlag, Informatik;
- > Leistungen in seiner Funktion als Kontroll- und Beratungsorgan des Arbeitgebers Staat: Controlling und Berichtswesen zuhanden des Staatsrates, Entwürfe von Antworten auf parlamentarische Vorstösse, die den Tätigkeitsbereich des POA betreffen, Stellungnahmen, Beratung von Verwaltungseinheiten und Vorgesetzten, juristische Verfahrensbetreuung sowie Unterstützung in Informatik- und Organisationsfragen;
- > Leistungen in Zusammenhang mit der Unterstützung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: Soziale und juristische Betreuung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in Schwierigkeiten befinden (Arbeitsunfähigkeit, Konflikte am Arbeitsplatz, finanzielle Probleme), Begleitung bei Kontakten mit den Sozialversicherungen, Förderung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz;
- > Leistungen in Zusammenhang mit der Personal- und Organisationsentwicklung, hauptsächlich bei der Umsetzung von HR-Projekten, bei Funktionsbewertungen, bei der Personalweiterbildung sowie bei der Entwicklung und Begleitung von Organisationsprojekten.

Es gibt eigentlich keine wichtigeren und weniger wichtigen Dienstleistungen des POA, einige haben jedoch Priorität, insbesondere die Gehaltsabwicklung. Das POA muss dafür sorgen, dass die Gehälter der rund 17 000 Staatsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter jeden Monat in Einhaltung der geltenden eidgenössischen und kantonalen Vorschriften richtig berechnet und ausbezahlt werden.

#### 5.1.2 Personaladministration

Das POA kümmert sich um die Rekrutierung, nimmt Stellung zur Einreihung und stellt die Verträge für das Staatspersonal aus. Es verwaltet ausserdem auch alle AHV-Vorschussanträge.

2013 wurden mit 969 Stelleninseraten in den verschiedenen Publikationskanälen 625 Arbeitsstellen ausgeschrieben (596 im Jahr 2012 und 606 im Jahr 2011), und es wurden 962 Verträge und Nachträge ausgestellt. 2013 konnten 141 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Sektoren von einem AHV-Vorschuss profitieren (170 im Jahr 2011 und 197 im Jahr 2012), und bei 30 Gesuchen um Teilpensionierung wurde ausserdem ein teilweiser AHV-Vorschuss gewährt.

#### 5.1.3 Gehaltsadministration

Das POA verwaltet die Gehaltsdossiers der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralverwaltung und des Unterrichtswesens. Es nimmt die allgemeinen Aufgaben wahr, die zur Gehaltsadministration gehören: Bestätigungen für die Arbeitslosenversicherung, Mutterschaftsentschädigung, Erwerb ersatz, Auszahlung der Entschädigungen und Rückerstattung von Auslagen, Auszahlung der Sitzungsgelder für die Kommissionsmitglieder sowie diverse Bestätigungen (für Krippen, Versicherungen, Steuerbehörden usw.). Hauptaufgabe des POA ist die Verwaltung der in seine Zuständigkeit fallenden Gehälter, die gemäss Dienstverhältnis, den gesetzlichen Bestimmungen, den Gehaltsskalen und den für gewisse Personalkategorien geltenden besonderen Gehaltsskalen ausgezahlt werden müssen.

#### 5.1.4 Informatik

Die Sektion «Informatikdienste» (SPO-I) des POA befasst sich mit der Planung aller Operationen im Zusammenhang mit der technischen Verwaltung des Personals, den Gehaltszahlungen und der Verwaltung der Module für die Personalbewirtschaftung. Diese Sektion ist für den Unterhalt und die Weiterentwicklung der Personalbewirtschaftungssoftware in Zusammenarbeit mit den Benutzerinnen und Benutzern und den Informatikerinnen und Informatikern zuständig, und sie schult und berät die Benutzerinnen und Benutzer der Software. Sie kümmert sich auch um die Stellenbewirtschaftung, den Voranschlag, die Rechnung und die Kontrolle des Personalbestandes.

#### 5.1.5 Juristische Tätigkeit

Das POA leistet die für Personalentwicklung und Personalmanagement erforderliche rechtliche Unterstützung und hat auch im Jahr 2013 seine allgemeinen Aufgaben in der Abgabe von Stellungnahmen, in der Beratung und der Unterstützung aller Direktionen und Dienststellen, der Anstalten des Staates mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie gewisser subventionierter Institutionen wahrgenommen. Das POA hat bei Anfechtungen der Funktionsbewertung und bei Kündigungsverfahren im Jahr 2013 auch mehrmals den Arbeitgeber Staat juristisch unterstützt.

#### 5.1.6 Sozialversicherungen

Das POA gewährleistet einen Teil der sozialen und juristischen Betreuung der wegen Krankheit oder Unfall arbeitsunfähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralverwaltung. Es informiert die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verwaltungseinheiten über die anwendbaren Verfahren wie Beendigung des Dienstverhältnisses, allfällige Wiederanstellung und Senkung des Beschäftigungsgrads und unterstützt sie bei den Kontakten mit den Sozialversicherungen, insbesondere der Pensionskasse des Staatspersonals und den IV-Stellen. Die Sektion musste im Berichtsjahr 56 IV-Rentengesuche bearbeiten, gegenüber 50 Gesuchen im Jahr 2012.

Was die obligatorische Unfallversicherung betrifft, so ist das gesamte Personal des Staates und seiner Anstalten (das vollzeitlich, teilzeitlich und vorübergehend angestellte Personal) gemäss UVG versichert. Im Jahr 2013 betrug der versicherte Lohn 80 % von maximal 126 000 Franken, bei einer UVG-Lohnsumme von über 1,2 Milliarden Franken. Die Prämien für Nichtberufsunfallrisiken gehen ganz zu Lasten des Personals.

Die Prämienzahlungen gehen zu einem Viertel an die SUVA und zu drei Vierteln an einen Pool von Privatversicherern, der 2013 durch die Basler Versicherungen vertreten wurde. Ein Siebtel der Lohnsumme ist bei der SUVA und sechs Siebtel sind beim Pool der Privatversicherer versichert.

Das UVG-Büro untersteht dem POA und ist das Verbindungs-, Koordinations- und Informationsorgan für die bei der SUVA und den Basler Versicherungen Versicherten. 2013 hat das Büro rund 2409 Unfallmeldungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgenommen, kontrolliert und ergänzt, wobei 18,25 % auf die SUVA und 81,75 % auf die Basler Versicherungen entfielen. Die Unfallmeldungen betrafen zu 25 % Berufs- und zu 75 % Nichtberufsunfälle. Bei ungefähr 35 % der Unfälle handelte es sich um Sportverletzungen, bei 10 % um Verkehrsunfälle und bei 6 % um Haushaltunfälle. Etwa 26 % der Unfälle führten zu Arbeitsunfähigkeit.

	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Anzahl Versicherungsfälle UVG	2 393	2 409
Berufsunfälle	570	626
Rückvergütete Taggeldentschädigungen (in Tausend Fr.)	3 562	3 167
Anzahl Taggelder (30 Tage pro Monat)	23 721	20 407

---

## Rückvergütungen Dritter:

Invalidenversicherung	Fr. 198 117.05
Militärversicherung	Fr. 0.00
Haftpflichtversicherung haftbarer Dritter	Fr. 0.00

Im Rahmen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) hat das UVG-Büro im Jahr 2013 rund 400 Unfallversicherungsbestätigungen ausgestellt.

### 5.1.7 Sozialfonds

Das POA verwaltet die Dossiers und führt das Sekretariat des Sozialfonds für das Staatspersonal. Über diesen Fonds kann Mitarbeitenden, die sich vorübergehend in finanziellen Schwierigkeiten befinden, materielle Hilfe für ihren Lebensunterhalt und/oder den ihrer Familie gewährt werden.

Im Jahr 2013 sind beim Sekretariat des Sozialfonds 20 Gesuche eingegangen. 18 davon wurde stattgegeben, zwei werden noch geprüft und zehn sind dem Vorstand gar nicht erst zum Entscheid vorgelegt worden, da sie entweder die Voraussetzungen für eine Darlehensgewährung nicht erfüllten, keine Rückzahlungsmöglichkeit ohne Unterschreitung des Existenzminimums der betreffenden Person bestand oder weil die betreffende Person nichts weiter unternommen hat. Von den bearbeiteten Gesuchen sind acht an die CARITAS Freiburg weitergeleitet worden, wobei fünf davon letztlich keine Darlehensbeantragung zur Folge hatten.

### 5.1.8 Care Management (SPO-M)

Die vom Staat Freiburg und der Pensionskasse des Staatspersonals gemeinsam finanzierte Anlaufstelle Care Management (SPO-M) betreute und unterstützte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im Berichtsjahr bei Arbeitsunfähigkeit und/oder Schwierigkeiten am Arbeitsplatz und war auch präventiv tätig.

Die Sektion, die grossen Wert auf die Zusammenarbeit mit den verschiedenen betroffenen Partnern legt, hat 2013 160 neue Dossiers eröffnet und 304 Fälle betreut. Insgesamt wurden 344 Mitarbeitende betreut. Von den 304 Fällen, die das Care Management betreute, betrafen neun Fälle Arbeitsteams und somit jeweils mehrere Mitarbeitende. 140 Fälle wurden im Berichtsjahr abgeschlossen.

Seit 2013 ist die Sektion SPO-M auch für die Belange der Anstellung invalider Personen zuständig und wickelt das Anstellungsverfahren ab. Gegenwärtig sind 57 Personen über den Kredit gemäss dem Staatsratsbeschluss über die Anstellung invalider Personen angestellt. Der verfügbare Kredit ist vollständig ausgeschöpft, so dass gegenwärtig keine Neuanstellungen möglich sind. Dreizehn Personen stehen auf einer Warteliste.

### 5.1.9 Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA)

Aufgabe der Sektion für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz (SPO-S) ist die Umsetzung des Systems für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA-System) sowie die Beratung und Überwachung der Anwendung der Gesetzgebung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA).

2013 wurde die Ausbildung «Vorbeugung und Umgang mit Gewalt im Berufsalltag» in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) weitergeführt. Für die Neuestellten der 60 als «risikoträchtig» eingestuften Verwaltungseinheiten wurden sechs französische und deutsche Kursmodule organisiert; 85 Kadermitglieder und Mitarbeitende besuchten diese zweitägige Ausbildung.

Die 2010 von der Sektion SPO-S in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) konzipierte Ausbildung zur Erste-Hilfe-Bezugsperson wurde 2013 weitergeführt. Es wurden sieben Kurse durchgeführt, einer davon in Deutsch. An der eintägigen Basisausbildung und am halbtägigen Auffrischkurs nahmen insgesamt 60 Mitarbeitende aus 23 Verwaltungseinheiten des Staates teil.

Die ständige Kommission zur Förderung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz in der kantonalen Verwaltung (SGA-Kommission) tagte zweimal.

2013 wurde die Sektion SPO-S auch öfter gebeten, sich vor Ort zum Thema Arbeitsplatzergonomie in verschiedenen Verwaltungseinheiten zu äussern.

#### 5.1.10 Bewertung der Funktionen (SPO-E)

Die Sektion «Bewertung» (SPO-E) verwaltet und entwickelt das Funktionsbewertungssystem EVALFRI für alle Funktionen beim Staat. Sie ist für die praktische Umsetzung und Kontrolle der diesbezüglichen Entscheide des Staatsrates zuständig. Die Sektion SPO-E führt auch das Sekretariat der Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen (KBF). Die KBF hat 15 Vollversammlungen abgehalten sowie in Delegationen an acht Sitzungen Validierungen vorgenommen und Dossiers studiert.

Im Berichtsjahr hat die KBF ihre Arbeiten im Rahmen des vierten Mandats des Staatsrats weitergeführt. Die erste Etappe fand mit der Verabschiedung einer Einreihungsverordnung durch den Staatsrat am 30. April 2013 ihren Abschluss. Die Sektion SPO-E sorgte anschliessend für die Umsetzung der Einreihung der bewerteten Funktionen.

Hingegen konnte die KBF ihre Arbeiten betreffend die zweite Etappe des viertens Mandats, die die Bewertung der Funktionen im Bereich der Informatik (EvalTIC) betrifft, und die in enger Zusammenarbeit mit dem ITA durchgeführt werden müssen, nicht wie gewünscht voranbringen.

Die KBF führte alle nötigen Schritte für die Evaluation der acht Funktionen der dritten Etappe des vierten Mandats durch und nahm die vierte Etappe, die elf Funktionen umfasst, in Angriff.

Die Berichte der KBF und der Sektion SPO-E zum ersten Teil des Projekts EFOCA (Bewertung der Funktion Dienstchef/in) sind abgeschlossen und werden dem Staatsrat unterbreitet.

Am 31. Mai 2011 erhielt die KBF vom Staatsrat den Auftrag, das Kriterium «Fachausbildung» für die Funktionen «Lehrer/in OS» und «Berufsfachschullehrer/in» zu überarbeiten. Sie befasste sich im Berichtsjahr mit dieser Aufgabe und verfasste einen Bericht zuhanden des Staatsrats mit Datum vom 3. Dezember 2013

Bei Reorganisationen eines Amtes oder einer Organisationseinheit, bei der Prüfung der jährlichen Beförderungen und der Einreihung neuer Stellen prüft die Sektion SPO-E die korrekte Zuweisung von Arbeitsstellen zu Referenzfunktionen in Anwendung von Evalfri. In diesem Zusammenhang führte die Sektion SPO-E unter anderem 14 Funktionsbewertungen im Kurzverfahren durch.

Neben den Bewertungsarbeiten kümmerte sich die Sektion SPO-E auch um den weiteren Verfahrensverlauf für die an den Staatsrat gerichteten Gesuche um einen formellen Entscheid in Zusammenhang mit der Einreihung der Funktionen. Im Berichtsjahr wurden drei neue Gesuche um einen formellen Entscheid eingereicht.

#### 5.1.11 Ausbildung und Entwicklung (SPO-F)

Der Schwerpunkt der Arbeit der Sektion Ausbildung und Entwicklung (SPO-F) lag 2013 bei der Umsetzung der am 1. Januar 2013 in Kraft getretenen Verordnung über die Weiterbildung sowie auf der Einrichtung verschiedener Online-Schulungen (E-Learning) für den Testbetrieb.

Das Weiterbildungsprogramm wurde wie folgt genutzt:

	2012	2013	Anzahl Kurse 2013
Allgemeine Weiterbildung	701	566	61
Kaderweiterbildung	148	110	10
Sprachkurse	111	111	17
Informatikkurse	230	321	75
<b>Total</b>	<b>1190</b>	<b>1108</b>	<b>163</b>

Die Sektion SPO-F sorgt für die Förderung der beruflichen Grundbildung beim Staat. Dazu unterstützt sie die Bereitstellung von Lehrstellen bei den Verwaltungseinheiten, kümmert sich um das Anstellungsverfahren für Lernende, führt die neuen Lernenden ein, berät und informiert die Lernenden und ihre Ausbilder/innen, bietet den Lernenden ein Weiterbildungsprogramm an und wirkt an der Organisation der überbetrieblichen Kurse und der Lehrabschlussprüfungen mit.

Um über die Möglichkeiten einer Lehre beim Staat Freiburg zu informieren, war das Amt für Personal und Organisation im Berichtsjahr erstmals an der Berufsmesse START vertreten, und stellte an einem Stand die KV-Lehre beim Staat Freiburg vor.

Weiter wurde eine Website zur Lehre beim Staat Freiburg aufgeschaltet ([www.fr.ch/Lehre](http://www.fr.ch/Lehre)), mit allen einschlägigen Informationen für die Lehrstellenbewerber/innen, die Lernenden, die Berufsbildner/innen sowie die Dienstchefinnen und Dienstchefs.

2013 haben 132 Lernende eine berufliche Grundbildung beim Staat begonnen. Ende 2013 waren 363 Lernende in 24 Berufen beim Arbeitgeber Staat in Ausbildung (gegenüber 355 Ende 2012).

Das Weiterbildungsangebot für die Lernenden besteht in verwaltungsspezifischen und allgemeinen Schulungen sowie Sprachentandems in der Partnersprache. 2013 wurden zwei Einführungstage organisiert, an denen 108 neue Lernende teilnahmen. Das Weiterbildungsprogramm der Lernenden wurde wie folgt genutzt:

	2012	2013
Interne Schulung der Lernenden	202	192
Weiterbildung der Lernenden	295	327

2013 wurden beim Staat Freiburg gemäss den der Sektion SPO-F von den Verwaltungseinheiten übermittelten Anträgen 274 bezahlte und unbezahlte Praktika absolviert (284 im Jahr 2012). Bis Ende 2013 konnten im Rahmen der Massnahmen für die Integration von jungen Stellensuchenden 34 Jugendliche beim Staat Berufserfahrung sammeln (42 im Jahr 2012, wovon 4 Berufspraktika).

#### 5.1.12 Organisation (SPO-O)

Die für die Organisation zuständige Sektion SPO-O hat eine beratende und unterstützende Funktion bei der Ausarbeitung, Umsetzung und Anpassung der Organisations- und Führungsvorschriften. Sie stellt moderne Instrumente und Methoden im Bereich der Organisation zur Verfügung, die die Verwaltungseinheiten beim Aufbau rationeller, wirksamer und transparenter Organisationsstrukturen unterstützen.

Das POA begleitete und unterstützte mehrere Verwaltungseinheiten bei ihren Anstrengungen bezüglich Organisation, Optimierung oder Reorganisation, der Auswahl eines Beraters oder der Nachverfolgung von an Dritte übertragenen Arbeiten. In diesem Rahmen begleitete es mehrere Verantwortliche (Organisationscoaching) und betreute 18 Aufträge in verschiedenen Dienststellen des Staates, die sich wie folgt aufteilten:

- > Coaching: 3 Aufträge, rund 400 Stunden;
- > Beratung und Projekte: 15 Aufträge, rund 1200 Stunden.

Ausserdem führte die Sektion SPO-O acht Schulungstage speziell für die Lernenden, die neuen Mitarbeitenden und auf Anfrage diverser Organisationseinheiten durch.

Zur Unterstützung der Verantwortlichen entwickelte die Sektion rund zehn neue Organisationstools.

Trotz des Sparprogramms und des damit einhergehenden Stellenmatoriums bearbeitete die Sektion im Rahmen des Voranschlagsverfahrens rund 500 Anträge, die hauptsächlich Pauschalbeträge, Praktika, neue Stellen sowie Stellenumlegungen und -abschaffungen betrafen, und bereitete den entsprechenden Bericht zuhanden der Direktionen und des Staatsrates vor.

In Fortsetzung des Projekts Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) lancierte die Sektion SPO-O die Nachführung der Leistungskataloge in allen Verwaltungseinheiten des Staates. Die Sektion SPO-O hat die Vereinheitlichung der Organigramme geleitet, die voraussichtlich im ersten Halbjahr 2014 abgeschlossen wird.

## 5.2 Besondere Ereignisse

Das POA wirkte 2013 an der Ausarbeitung der das Staatspersonal in den Jahren 2014–2016 betreffenden Struktur-Sparmassnahmen (SSM) und ihren Umsetzungsmodalitäten mit. Es handelt sich dabei um folgende Massnahmen:

- 
- > Keine Teuerungsanpassung der Gehälter, so lange der Referenzindex von 112,0 Punkten (Basis Mai 2000 = 100 Punkte) nicht erreicht ist; keine jährliche Lohnerhöhung (Gehaltsstufe) 2014; 2015 und 2016 Gewährung des vollen Gehaltstufenbetrags ab 1. Juli.

In Zusammenhang mit den SSM wirkte das POA an den Arbeiten zur Anpassung des StPG mit. Eine der ersten 2013 getroffenen Massnahmen betraf übrigens das von einigen Ausnahmen abgesehene Stellenmoratorium.

Das POA veranlasste auch die Änderung des StPR in der Frage der Entlohnung für Aushilfsarbeiten und die Einführung einheitlicher Stundenansätze.

Das vom POA eingeführte elektronische Rekrutierungssystem mit der Möglichkeit der Onlinebewerbung wird nun schrittweise auch bei den Dienststellen und Anstalten des Staates eingesetzt.

2013 hat das POA in Zusammenarbeit mit dem ITA seine HRAccess Plattform auf eine neue und modernere Version (V9) migriert. Mit dieser neuen Version werden die spätere Informatisierung gewisser HR-Prozesse und die Einführung von Workflow und Self Service gemäss Regierungsprogramm möglich sein.

Im Rahmen des Arbeitszeitverwaltungsprojekts «Gestion des Temps et des Activités» (GTA) soll den Verwaltungseinheiten eine einheitliche Informatikanwendung für die Arbeitszeitverwaltung zur Verfügung gestellt werden. 2013 wurden mit dem Lieferanten (HRAccess) detaillierte Spezifikationen für die Arbeitszeitverwaltung erstellt und die ersten Konfigurationen und Implementierungen vorgenommen.

## 6 Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA)

---

**Direktor: Roland Marro bis Ende März**

**Philippe Savary, zeitweilig interimistisch seit April und seit November als Direktor**

### 6.1 Tätigkeit

Die Entwicklung der Informationssysteme ist heutzutage von laufender Veränderung und immer kürzeren Lebenszyklen geprägt. Die Herausforderungen dieser Entwicklung liegen in der Technologie, den Betriebskosten, die im Griff behalten werden müssen, und auch in der zunehmenden Komplexität der Informationssysteme.

Mit dem Ziel, die IT-Ressourcen zu optimieren, hat das ITA in diesem Kontext die Verfügbarkeit der für den Verwaltungsbetrieb notwendigen Informatik- und Telekommunikationsmittel gewährleistet und die Modernisierungsbemühungen des Staates unterstützt.

Die Haupttätigkeiten des ITA waren:

- > Planung und Steuerung der Projekte im Rahmen der kantonalen IT-Governance,
- > Umsetzung von Informatiklösungen in den Bereichen Anwendungen und Infrastruktur,
- > Betrieb und Support der zentralen Infrastrukturen (Server, Speichersysteme, Telefonie und Telekommunikation), der Desktop-Computer und der Anwendungen.

2013 konnte die 2012 eingeleitete leistungsorientierte Führung (LoF) konsolidiert werden, die eine optimale Kostenanalyse der IT-Dienstleistungen ermöglicht.

Mit der Einführung von Prozessabläufen, namentlich Verwaltung von Beschaffungen und des Bestands, können eine interne Kontrolle in diesen Bereichen gewährleistet und ein Inventar des an die Verwaltungseinheiten gelieferten Materials geführt werden.

Im Berichtsjahr konnten auch die Infrastrukturen und Applikationen der Schulen konsolidiert und gefestigt werden, nachdem die allgemeinen und berufsbildenden Schulen der S2 ins ITA eingegliedert worden sind. Die letzten Schulen des Projekts «Wartungszentrum für Schulen» sollen 2014 nach Beginn des Schuljahres 2014/15 integriert werden (LIG, Berufsfachschule Gesundheit-Soziales).

---

Im Berichtszeitraum leitete das ITA 54 Projekte, wovon 19 grössere, und führte 35 Vorstudien durch. Das ITA gewährleistete auch die Wartung und den technischen Support für sieben generische Softwareplattformen und von 130 branchenspezifischen Anwendungen (wovon 25 vom ITA entwickelt).

Ende Dezember 2013 zählt das ITA mehr als 730 applikative Lösungen, die in der Kantonsverwaltung in Betrieb sind; dies ist eine massive Zunahme um 125 % gegenüber 2012. Der Grund dafür ist die Aufnahme der Applikationen für Bildungszwecke ins Inventar. Ohne diese sind es immer noch 392 Applikationen, also 21 % mehr als im Vorjahr.

### 6.1.1 Besondere Ereignisse

Nach zwölf Jahren treuer Dienste beim Staat Freiburg beschloss der vormalige Direktor des ITA Roland Marro im Frühjahr 2013, sich beruflich neu zu orientieren. Der jetzige Direktor hat das Amt seines Vorgängers am 1. November 2013 übernommen, nachdem er es seit April interimistisch in Teilzeit innehatte.

## 6.2 Kommissionen, Zusammenarbeit und Partnerschaft

### 6.2.1 Informatikkommission des Staates

Die Informatikkommission des Staates ist das beratende Organ des Staatsrates in Informatikbelangen. Ihre Aufgaben sind im Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.11) festgehalten. Die Informatikkommission des Staates tagte 2013 unter dem Vorsitz des Finanzdirektors sechsmal. Gemäss ihren Befugnissen hat die Kommission zu den Tätigkeiten und wichtigen Projekten ihre Stellungnahme abgegeben oder wurde darüber informiert. Sie ist auch zusammengekommen, um ganz allgemein den IT-Betrieb in der Kantonsverwaltung zu analysieren. Ihre Arbeiten werden im Frühjahr 2014 konkret auf einen Antrag zur Genehmigung eines neuen Beschlusses hinauslaufen, der insbesondere eine neue Rollenverteilung und Befugnisübertragung zwischen der Kommission und dem ITA zum Inhalt hat.

### 6.2.2 Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU)

Die kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU) ist das beratende Organ des Staatsrates für Fragen der Informatik im Unterrichtswesen. Ihre Aufgaben sind im Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.1) festgehalten. Die KK-IU tagte 2013 zweimal. Gemäss ihren Befugnissen gab die Kommission ihre Stellungnahme ab und wurde über den Voranschlag 2014 sowie über die Projekte «Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme» und «Wartungszentrum für Schulen» informiert. Die Mitglieder der KK-IU wurden auch über die Arbeiten der Informatikkommission zum oben erwähnten Beschluss informiert.

### 6.2.3 Zusammenarbeit und Partnerschaft

Die interkantonale Zusammenarbeit insbesondere mit den Kantonen Waadt, Wallis, Jura, Tessin und St. Gallen in Bereichen wie der Steuerveranlagung und der Betriebsverwaltung wurde fortgeführt

Des Weiteren konkretisiert sich nun auch eine Partnerschaft mit einer Deutschschweizer Firma. Diese Partnerschaft sieht vor, Projektleistungen im Rahmen der Implementierung der Betriebsverwaltungslösung (THEMIS) für die externen Kunden auszulagern.

Das ITA ist übrigens auch sehr aktiv in der Schweizerischen Informatikkonferenz, wo es insbesondere in der Arbeitsgruppe IAM (Identity & Access Management) mitwirkt.

## 6.3 Sicherheit der Informationssysteme

2013 entfiel ein Grossteil der Arbeiten auf die Erarbeitung der Strategie zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Informationssysteme beim Staat Freiburg und der Umsetzung von Massnahmen zur Einhaltung dieser Strategie sowie auf die Durchführung von Sicherheitsaudits.

---

### 6.3.1 Sicherheitsaudits

Um es den Mitarbeitenden des Staates Freiburg zu ermöglichen, mit externen Partnern Dateien auszutauschen, will das ITA eine auf der Webapplikation Oodrive basierende Lösung aufschalten. Vor einem umfassenden Einsatz führte das ITA ein Audit zu dieser Applikation durch, um sicherzustellen, dass sie im Hinblick auf die Anwendungssicherheit praxiskonform ist. Das Sicherheitsaudit hat keine offensichtlichen Mängel zutage treten lassen, es wurden aber diverse geringfügige Schwachpunkte aufgedeckt und gezielte Massnahmen getroffen.

2012 unterzog das ITA die Applikation ESCADA einem Audit. Diese Informatiklösung wurde im Rahmen des Projekts HAE (Harmonisation Administration Ecole – Harmonisierung der Schulverwaltungsinformationssysteme) in Betrieb genommen. Um abzuklären, ob sie den Sicherheitsgrundsätzen entspricht, wurde sie 2013 weiteren Tests unterzogen. Mit kleineren Korrekturen konnte die Sicherheit der Plattform verbessert werden. Die Audits sollten insbesondere sicherstellen, dass die Informatiklösung bei Penetrationstests undurchlässig bleibt.

## 6.4 Sektion «Zentrale Dienste» (ZD)

Die Sektion ZD unterstützt die Direktion des ITA bei der Finanz- und Budgetplanung, der Finanzbuchhaltung und der Kosten-/Leistungsrechnung, bei Geschäftsverträgen, bei der Personalverwaltung, in den Bereichen Infrastrukturverwaltung und Logistik und bei den Geschäftsbeziehungen mit ihren Kunden (Direktionen, Anstalten des Staates, Dienststellen, Gemeinden, andere Kantone und Bund).

Die IT-Dienstleistungsanfragen sämtlicher Verwaltungseinheiten sowie verschiedener Kunden werden von der Sektion ZD bearbeitet. Sie nimmt die Anfragen entgegen, prüft und analysiert sie und stellt die Koordination mit den zuständigen Bereichen des ITA sicher, um den Bedürfnisse und Erwartungen der Kunden zu entsprechen.

Die Sektion ZD hat ihr Team ergänzt und einen Qualitätsverantwortlichen angestellt, der sich zunächst mit der Optimierung der Materialanschaffungsprozesse beschäftigt hat. Dieser Prozess geht vom Kauf über den Eingang, die Lagerung und anschliessende Auslieferung bis hin Nachverfolgung der Installation in den verschiedenen Verwaltungsdienststellen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit geben die folgenden Zahlen einen Einblick in die von der Sektion ZD 2013 geleistete Arbeit: rund 850 Bestellungen an Lieferanten, Stellenausschreibung und Anstellung von 12 neuen Mitarbeitenden, Personaladministration für 150 Mitarbeitende, Erfassung von 6500 Buchungen in SAP, wovon 3800 bezogen auf Lieferantenrechnungen, Verwaltung und Betreuung von 450 Geschäftsverträgen, Erstellen des Absichtskatalogs zuhanden der Kommission für die Bewertung grosser Immobilien- und Mietvorhaben mit der Aufstellung des künftigen Raumbedarfs des ITA. Schliesslich wurden auch ein Notstromgenerator für die Stromversorgung im Serverraum für den Fall eines Stromausfalls in Betrieb genommen und ein Sicherheitskonzept für die Lagerräume zur Aufbewahrung von Informatikmaterial umgesetzt.

## 6.5 Sektion «Computing Service & Network» (CS)

Die Sektion Computing Service & Network stellt den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltungsdienststellen und des freiburger hospitals (HFR) die IT-Werkzeuge an ihrem Arbeitsplatz zur Verfügung, kümmert sich um die zentralen IT-Infrastrukturen und den Benutzersupport. Für die Ausführung dieser Aufgaben sind fünf Fachbereiche zuständig.

### 6.5.1 Sektor Desktop

Die Leistungen dieses Sektors sind im Wesentlichen direkt auf die Endbenutzerinnen und -benutzer ausgerichtet, insbesondere im technischen und administrativen Umfeld im Bereich der Arbeitsplatzsysteme (PCs, Drucker und Peripheriegeräte) sowie beim Benutzersupport mit Fernwartung.

Ein Grossprojekt, das den Sektor Desktop das ganze Jahr lang beschäftigte, war die Migration auf Windows 7. Gegenwärtig laufen fast 5000 Computer in den Dienststellen der Kantonsverwaltung, beim HFR und den postobligatorischen Schulen mit diesem Betriebssystem. Dabei wurde der Schwerpunkt auf standardisierte Arbeitsplätze und Nutzung der neuesten Technologien gelegt, insbesondere auf die Anwendungsvirtualisierung. Zu diesem Projekt gehört auch die Umsetzung von Energiesparmassnahmen bei den Desktop-PCs, die Bestandteil der Strategie «Nachhaltige Entwicklung des Kantons Freiburg» sind.

---

Neben der Einrichtung neuer PCs ersetzte der Sektor etwas mehr als 800 PCs in den Dienststellen der Kantonsverwaltung sowie beim freiburger spital. Mit dieser Erneuerung des PC-Bestands kann ein homogener und leistungsstarker Computerpark erhalten und auch der Unterhalt erleichtert werden.

Der Sektor Desktop hat auch an der Lösung für die «papierlose Regierung» mitgewirkt und hat insbesondere die Auswahl und Inbetriebsetzung der Mobilgeräte der Regierungsmitglieder vorgenommen.

### 6.5.2 Sektor Middleware

Dieser Sektor, der die technische Software (z.B. Datenbanken, Plattform für die elektronische Dokumentenverwaltung DMS) zur Verfügung stellt und betreibt, spielt eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen dem Betrieb der Informatikinfrastruktur und der Entwicklung neuer Lösungen. In dieser Rolle hat er zahlreiche branchenspezifische Projekte begleitet und unterstützt. 2013 war der Einführung der zweiten Etappe des Wartungszentrums für Schulen gewidmet, der Einführung der im Rahmen des Projekts Harmonisierung der Schulverwaltungsinformationssysteme ESCADA gewählten Lösung für die Schulen der Sekundarstufe II, der Bereitstellung sehr vieler Ressourcen (insbesondere der Schulen) und Branchenlösungen (Notruf 144, usw.) im Extranet, der Unterstützung zahlreicher «branchenspezifischer» Projekte sowie dem Unterhalt der dafür unerlässlichen Infrastrukturen. Die technische Auftragskoordination ist in unvermindert hohem Tempo weitergegangen, um die Nachfrage der Kunden befriedigen zu können.

### 6.5.3 Sektor Data Center

Dieser Sektor ist für den Unterhalt und den Betrieb der zentralen Infrastrukturen des DataCenter (Rechenzentrum) zuständig. Diese Infrastrukturen bestehen im Wesentlichen aus physischen und virtuellen Servern, Speicher- sowie Datensicherungssystemen.

Ende 2013 umfasste der Serverpark 1030 Rechner (950 im Jahr 2012) verteilt auf zwei DataCenter, wovon rund 79 % (78 % im Jahr 2012) virtuelle Server sind. Die Nutzung dieser Technologie ermöglicht unter anderem einen viel geringeren Energieverbrauch und gehört zu den Massnahmen des ITA im Rahmen der Strategie «Nachhaltige Entwicklung des Kantons».

2013 hat dieser Sektor zur Erneuerung des Serverparks und für neue Informatiklösungen im Rahmen von Projekten mehr als 245 neue Server (240 im Jahr 2012) eingerichtet.

Weitere Tätigkeiten des Sektors waren im Berichtsjahr:

- > Produktivsetzung der standortübergreifenden Redundanz unserer Speichersysteme, Voraussetzung für die Produktionsumlegung im Katastrophenfall, entsprechend dem Business-Continuity-Plan;
- > Verwaltung der Basis-Infrastruktur, um die Redundanz der Server und Speichersysteme zu gewährleisten und das zunehmende Datenvolumen der Verwaltungsdienststellen zu bewältigen;
- > Finalisierung der Integration, Standardisierung sowie Kontrolle über die Informatikinfrastrukturen der postobligatorischen Schulen;
- > Integration der neuen Technologie FCoE in Zusammenarbeit mit dem Sektor «Networking & Telephony» zwecks interner Leistungssteigerung zwischen den Systemen im Serverraum;
- > Einrichtung von Recovery-Verfahren und Realisierung des Szenarios der Wiederherstellung der Basissysteme wie Backup-System / Active Directory / E-Mail anhand der Datensicherungen. Diese Etappe ist der Ausgangspunkt für die Wiederherstellung des gesamten Systems.

Die zentralen Informatikinfrastrukturen sind also ausgebaut und auf dem neuesten technologischen Stand gehalten worden und sind somit Garant für ein verlässliches, leistungsstarkes und sicheres Informationssystem des Staates Freiburg.

### 6.5.4 Sektor Networking & Telephony

Im Bereich der Telefonie ist die Migration der Verwaltungsdienststellen des Staates Freiburg auf «Voice over IP» (VoIP) im Berichtsjahr abgeschlossen worden. Mittlerweile laufen nur noch die Anlagen der Einsatz- und Alarmzentrale der Kantonspolizei über die herkömmlichen Telefonzentralen.

---

Die Verbesserung des Switching (Verbindungen) der Netzwerkkomponenten im Serverraum wurde in Zusammenarbeit mit dem Sektor DataCenter realisiert. Bei diesen Arbeiten wurde die Verbindungsredundanz verbessert und somit konnte der interne Datendurchsatz zwischen den Servern auf 8Gb/s verdoppelt werden.

Das Pilotprojekt Frinetz ist Anfang Sommer nach einer politischen Entscheidung umgesetzt worden. Dieses Projekt hat es ermöglicht, sich mit einer neuen Lösung vertraut zu machen, die für die Aktualisierung der Gastzugänge im Laufe des Jahres 2014 übernommen werden wird.

Auf operativer Ebene wurden sämtliche Netzwerkeinrichtungen ins Inventarsystem EasyVista aufgenommen. Mit dieser Software, die auch im Bearbeitungsprozess der IT-Störungen zum Einsatz kommt, lässt sich der Lebenszyklus der aktiven Bestandteile des Informatiknetzwerks des Staates Freiburg computergestützt verfolgen.

#### 6.5.5 Sektor Service Desk

Der Service Desk ist eine zentrale Anlaufstelle für die Mitarbeitenden beim Staat, beim freiburger spital und an den postobligatorischen Schulen für die Meldung von IT-Störungen. Er bietet ihnen Support und Beratung bei der täglichen Arbeit mit den IT-Hilfsmitteln. Er gewährleistet auch die Kommunikation zwischen dem ITA und den Benutzern und kündigt beispielsweise Interventionen an, die einen Unterbruch der Dienstleistung zur Folge haben.

Im Berichtsjahr hat der Service Desk eine neue Intranet-Supportsite aufgeschaltet mit zahlreichen zusätzlichen Hinweisen und Hilfsmitteln für die Staatsmitarbeitenden, unter anderem auch einer Rubrik FAQ (Frequently Asked Questions) mit Informationen zu häufig gestellten Fragen. Dank einer neuen Version von EasyVista, mit der die Ticketbearbeitung abgewickelt wird, wurde die Web-Schnittstelle benutzerfreundlicher, und dem Service Desk stehen erweiterte Funktionalitäten zur Verfügung. Die Mitarbeitenden des Service Desk wurden ausserdem zur Abdeckung der Bedürfnisse der Schulen für den Support von Mac-Computern geschult.

Im Jahr 2013 hat der Service Desk rund 40 000 (2014: 36 000) Tickets bearbeitet (Störungen und Anfragen). Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist vor allem der Übernahme des Benutzersupports der Schulen zuzuschreiben.

### 6.6 Sektion «Solution Engineering» (SE)

Die Sektion Solution Engineering erbringt folgende Leistungen:

- > Ausarbeitung der Informatikarchitektur des Staates, Rahmenplan, Vorstudien sowie Verwaltung von Projektportfolios im Rahmen der IT-Governance;
- > Beschaffung, Entwicklung und Integration von branchenspezifischen sowie von generischen Software-Lösungen;
- > Support und Wartung der Software-Lösungen.

Die Mitarbeitenden der Sektion waren 2013 an der Realisierung von 35 Vorstudien und 54 Projekten beteiligt, und sie haben auch den technischen Support von 130 branchenspezifischen Anwendungen (wovon 25 vom ITA entwickelt) und sieben generischen Applikationen geleistet.

#### 6.6.1 Sektor Project Management Office (PMO)

Der Sektor Project Management Office verwaltet unter der Verantwortung des ITA das Informatikprojektportfolio. Er begutachtet die Anträge der Dienststellen, gewährleistet die Betreuung und den Ablauf der Projekte und unterstützt die Entscheidungsträger bei der Wahl und der Projektsteuerung. Schliesslich entwickelt und fördert er auch die Projektmanagementkultur und gewährleistet die Methodenanwendung.

Die wichtigsten 2013 durchgeführten Projekte sind:

- > Die Softwarelösung für eine «papierlose Regierung» wurde ab 3. September 2013 für die Abwicklung der Geschäfte des Staatsrats in Betrieb genommen. Gleichzeitig wurden die Mitglieder der Regierung für einen leistungsstarken Zugriff mit mobilen Geräten der jüngsten Generation ausgerüstet. Die nächste Etappe besteht in der Einführung dieser Lösung im Grossen Rat;
- > Lancierung eines Projekts für eine E-Government-Strategie zum Ausbau der Online-Dienstleistungen der Freiburger Kantonsverwaltung wie im Regierungsprogramm 2012–2016 (Herausforderung Nr. 7) angekündigt;

- > das im Juni 2013 abgeschlossene Projekt «Harmonisierung der Personenregister» ermöglicht über 1500 berechtigten Personen via ein leistungsfähiges und sicheres Berechtigungssystem die Abfrage von Einwohnerdaten;
- > Überarbeitung der Softwarelösung für die Veranlagung der natürlichen Personen und den Steuerbezug für die Kantonale Steuerverwaltung (KSTV);
- > die Einführung der Softwarelösung ESCADA an den Freiburger Gymnasien im Rahmen des Projekts «Einheitliches Schulverwaltungssystem» gestaltete sich wegen der mangelhaften Qualität der gelieferten Softwarelösung sehr problematisch. Aufgrund der eruierten Mängel wurde die Implementierung der von der JCS Software AG entwickelten Lösung für die Primarstufe gestoppt. Das ITA hat eine kurzfristige Ersatzlösung entwickelt, um die Bearbeitung und den Druck der Schulzeugnisse der Primarstufe sicherzustellen. Die internen Projektmitarbeitenden haben einen ausserordentlichen Einsatz geleistet, damit das Schuljahr 2013/14 unter bestmöglichen Voraussetzungen über die Bühne gehen konnte;
- > Weiterführung der Integration der Informatikinfrastrukturen der Schulen ins ITA im Rahmen des Projekts «CME» (Centre de maintenance des Ecoles – Wartungszentrum für Schulen);
- > Online-Verwaltung der Baugesuche für die Antragstellenden, die Gemeinden und die kantonalen Ämter im Rahmen des Projekts «HarmBat»;
- > Migration der Software Tribuna, dem Geschäftsführungsinstrument der Rechtspflege, das namentlich vom Kantonsgericht, dem Zwangsmassnahmengericht sowie vom Jugendstrafgericht und vom Büro für Mediation in Strafverfahren gegen Jugendliche eingesetzt wird.

#### 6.6.2 Sektor Application Engineering (AE)

Der Sektor Application Engineering entwickelt spezifische Verwaltungsanwendungen und sorgt für deren Unterhalt. Er stellt auch die Qualität der spezifischen Entwicklungen sicher, mit denen externe Partner betraut sind. In diesem Zusammenhang erlässt er die einzuhaltenden Standards.

Die intern realisierten spezifischen Entwicklungen konzentrieren sich grundsätzlich auf kantonsübergreifende Kompetenzpole oder auf strategische Lösungen. 2013 hat der Sektor rund 20 Anwendungen für sieben Verwaltungsdirektionen entwickelt, unterhalten sowie den entsprechenden Benutzersupport gewährleistet. 2013 befasste sich der Sektor vor allem mit der Entwicklung und dem Unterhalt von Applikationen für folgende Projekte:

- > Umsetzung des verbindlichen eSchKG-Standards 2.0 des Bundes für den elektronischen Informationsaustausch zwischen den Applikationen der Betriebsämter (THEMIS für den Kanton Freiburg) und den Inkassoinstrumenten der kantonalen Steuerbezugsstellen;
- > Einrichtung einer Teillösung für den elektronischen Zahlungsverkehr im Rahmen der E-Government-Initiativen;
- > Überarbeitung von rund 15 Anwendungen der Kantonalen Steuerverwaltung in Zusammenarbeit mit den Lieferanten;
- > Erweiterungen der vom ITA für die Betriebsämter entwickelten Anwendung (THEMIS), namentlich in Zusammenhang mit Einführungsvorhaben in den Kantonen St. Gallen und Tessin. Gegenwärtig verwalten 650 Benutzerinnen und Benutzer dieser Anwendung in den Kantonen Freiburg, Waadt und Wallis jährlich rund 700 000 Betreibungen.

#### 6.6.3 Sektor Application Services (AS)

Der Sektor Application Services gewährleistet die Wartung der betriebenen Softwarelösungen und garantiert den 2nd Level Support.

Mit rund 2700 Arbeitstagen investierte der Sektor AS rund 60 % seiner Arbeitszeit in Betriebsleistungen. Der Rückgang um 15 % gegenüber 2012 beruht darauf, dass mehr Zeit für Projekte und Mandate aufgewendet wurde. Ein besonderer Schwerpunkt wurde im Berichtsjahr auf die Standardisierung und Industrialisierung der Applikationsdienstleistungen gelegt, um die Möglichkeiten zur Betreuung von Applikationen ohne Personalaufstockung maximieren zu können.

---

#### 6.6.4 Sektor Architektur & Integration (AI)

Die Aufgabe des Sektors Architektur & Integration ist es, ein leistungsstarkes, kohärentes und homogenes Informationssystem zu garantieren. Der Sektor erarbeitet und unterhält die Kartografie des Informationssystems und unterstützt die Entscheidungsträger bei der Steuerung der Informationssystementwicklung. Er stellt auch die Normen und Standards für die IT-Architektur auf und überprüft deren Einhaltung in den Projekten. Schliesslich richtet er auch Plattformen für den applikationsübergreifenden Datenaustausch ein, die von Fachapplikationen wiederverwendet werden können.

Die folgenden Projekte und Studien sind enger mit der Entwicklung der Leistungen des Sektors AI verbunden:

- > Die 2012 gestartete Studie zur IT-Unternehmensarchitektur, die 2013 abgeschlossen werden sollte, wird im ersten Quartal 2014 fortgesetzt und hat bereits zu einer Neuformulierung des Auftrags des ITA geführt. Die Umsetzung der Best Practices für die IT-Architektur wird dann im weiteren Laufe dieses Jahres starten. Mit der IT-Architekturplanung können die fachspezifischen Bedürfnisse mit der Leistungsfähigkeit des Informationssystems abgestimmt werden.
- > Wie in vielen anderen Schweizer Kantonen hat das Freiburger IT-System in den letzten Jahren eine ausserordentliche Entwicklung durchgemacht, die auf gesetzgeberische, funktionale und technologische Entwicklungen zurückzuführen ist. Daraus ist ein IT-System entstanden, das äusserst komplex und immer schwerer zu handhaben ist. Um dem entgegenzuwirken braucht es unbedingt eine Dokumentation des existierenden Informationssystems und die Gewährleistung der Data Governance auf kantonaler Ebene namentlich über die Einführung von Repositories.

Beim Projekt Identity und Access Management (Verwaltung der Zugriffe und der Identitäten) konnten 2013 gute Fortschritte verzeichnet werden. Über ein vom ITA verwaltetes Provisioning-System sollen damit namentlich die vom ITA verwalteten Identifikationen für die Nutzung von Applikationen, die bei anderen Lieferanten gehostet werden (Identitätsverbund), geteilt und die Rücksetzung des Passworts der Endbenutzerinnen und -benutzer ermöglicht werden.

## 7 Amt für Vermessung und Geomatik

---

**Kantonsgeometer: Remo Durisch**

### 7.1 Amtliche Vermessung

#### 7.1.1 Parzellarvermessung

Die Programmvereinbarung 2012-2015, die vom Kanton am 21. August 2012 unterzeichnet wurde, sieht den Abschluss der Ersterhebungen und Erneuerungen, die periodische Nachführung sowie die Vorarbeiten für die Einführung des neuen Referenzsystems LV95 vor. Seinerseits beteiligt sich der Bund mit einem Beitrag von rund 2,04 Millionen Franken. Zu Beginn eines jeden Jahres wird zwischen swisstopo und dem Amt eine für das Jahr gültige Rahmenvereinbarung getroffen. Die Vereinbarung 2013 sah die Realisierung von Arbeiten im Umfang von 500 000 Franken vor.

#### 7.1.2 2013 beschlossene Operate

In Anwendung der Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen wurden die Arbeiten für den «Wechsel des Referenzrahmens LV03 - LV95» in die Wege geleitet.

### 7.1.3 Operate in Bearbeitung

Die gegenwärtig in Bearbeitung stehenden Operate betreffen 58 167 ha (2012: 57 188), was 32,4 % (2012: 34,2 %) des Kantonsgebietes (ohne Gewässer = 5 %) entspricht, während bereits 104 631 ha (2012: 101 607 ha) oder 62,6 % (2012: 60,8 %) des Kantons definitiv in der Datenbank verwaltet werden.

### 7.1.4 2013 beendete Operate

Die Ersterhebungen von Grandvillard Lose 1 und 2, Bas-Intyamon Lose 1 und 2, Estavayer-le-Lac Los 7, Hauterive Los 3 (Sektor Ecuwillens), Prez-vers-Noréaz Los 1 sowie die Erneuerung von Jaun Los 1a und St. Antoni Los 1a, respektive die Numerisierung von St. Antoni Los 1b wurden verifiziert und auf dem kantonalen Server zur Verfügung gestellt. Nach Abzug der Kostenbeteiligungen des Bundes und des Kantons wurden die Restkosten der neuen Parzellarvermessungen verteilt und den Gemeinden und den betroffenen Eigentümern in Rechnung gestellt.

### 7.1.5 Unterhalt und Nachführung

2013 stellten die amtlichen Geometer dem Amt 3041 (3685) Mutationsverbale zu. 936 (1071) dieser Verbale sind Grenzänderungs- oder Teilungsverbale, 1058 (932) wurden nach der Kontrolle durch das Amt visitiert. Betreffend die Katasteraufnahme der neuen oder abgeänderten Gebäude erteilte das Amt 3178 (2792) Mandate und 2234 (2210) Kontrollvisen. Die Bemühungen zur Verminderung der Dauer für die Nachführung der Gebäude in der Datenbank werden fortgesetzt und wenn möglich noch verstärkt. Mehr als vier von fünf Mutationen betreffen die Datenbank.

### 7.1.6 Nomenklatur und Adressen

Die Verordnung über die geografischen Namen (GeoNV), die seit dem 1. Juli 2008 in Kraft steht, sieht vor, dass alle Strassen von Ortschaften und anderen bewohnten Agglomerationen einen Namen haben müssen. Die Verordnung bestimmt auch, dass einzig und allein die Schreibweise der Strassennamen der amtlichen Vermessung in den amtlichen Dokumenten des Bundes (Die Post), der Kantone und der Gemeinden verwendet werden darf.

In Zusammenarbeit mit den kantonalen Nomenklaturkommissionen prüfte das Amt drei Dossiers, die die Totalrevision der Lokalnamen und die Zuweisung von Strassennamen im Rahmen von Neuvermessungen betreffen. Der Kanton verfügt nun über alle auf dem Kantonsgebiet verwendeten Lokal- und offiziellen Strassennamen. Zahlreiche neue Strassennamen wurden ebenfalls geprüft und in die kantonale Datenbank aufgenommen.

### 7.1.7 Datenbank der amtlichen Vermessung (BDMO)

Die Datenbank ist seit Anfang 2007 in Betrieb. Die Daten wurden an das neue Modell (md01mofr24f) angepasst. Sie sind in 17 verschiedene Informationsthemen (oder Kategorien) aufgefächert. Heute enthält die BDMO 11 858 150 (10 869 886) Objekte.

### 7.1.8 Ersatz der Anwendung Autodesk TB3

Ein Leistungsvertrag wurde mit Autodesk im Rahmen des Migrationsprojekts für die Anwendung zur Verwaltung der Daten der amtlichen Vermessung «Topobase 3 MO'2003» abgeschlossen. Das Projekt hat eine ISO-Migration zum Ziel, die unter Beibehaltung der Datenbankstruktur auf «Oracle 11» und «Autodesk Map2014» läuft. Die Produktivsetzung der neuen Version ist für das erste Quartal 2015 geplant.

### 7.1.9 Referenzrahmen LV95

Wegen des zunehmenden Gebrauchs von Positionierungsgeräten wie z.B. der GPS-Navigatoren und um von diesen technologischen Vorteilen voll profitieren zu können, wurde der mehr als hundertjährige schweizerische Referenzrahmen erneuert und an den europäischen Referenzrahmen angebunden. Der neue, LV95 genannte Referenzrahmen basiert auf der Landesvermessung von 1995 und sollte ab 2016 den gegenwärtigen Referenzrahmen LV03 ablösen.

Vom VGA durchgeführte Studien haben ergeben, dass der Datensatz CHENyx06 nicht genügt, um eine zufriedenstellende mathematische Transformation zu erhalten. Man muss die Vernetzung der Dreiecke mit einem kantonalen Datensatz verdichten. Diese Anpassung wird in den meisten Kantonen gemacht.

---

Die Geometerbüros, die die lokale Umgebung der amtlichen Vermessung genau kennen, wurden vom VGA beauftragt, die Sektoren, die eine Verdichtung der Vernetzung benötigen, zu ermitteln und die aus den alten Vermessungen resultierenden, beträchtlichen geometrischen Probleme zu lösen.

#### 7.1.10 Weitere AV-Aktivitäten

Das Amt hat für die Fixpunkte nur eine minimale Leistung sichergestellt und hat nur auf Verlangen interveniert, wenn ihm ein bedrohter Punkt signalisiert wurde. Die Tätigkeit des Amtes konzentrierte sich auf die Begleitung der Geometerbüros bei der Umsetzung des neuen Referenzsystems der Landesvermessung (LV95) in den neuen Vermessungsoperaten.

Der BP-AV, der den Übersichtsplan 1:5000 ersetzt, ist für das ganze Kantonsgebiet für alle Ämter des Staates verfügbar. Dieses jährlich nachgeführte Produkt stammt direkt aus der kantonalen Vermessungsdatenbank und wird an Orten ohne numerische AV durch das Produkt swissTLM3D von swisstopo ergänzt.

Die jährliche Nachführung 2013 der 2998 (2888) Pläne für das Grundbuch wurde anhand der im Jahre 2012 erstellten Mutationsverbale ausgeführt.

Die Sicherheitskopien und die Archivierung der 2013 von den Geometern gemachten Feldaufnahmen und Skizzen wurden in die «GED DSK» integriert.

Das Amt stellt auch weiterhin die Daten der AV, die Teil der Geobasisdaten sind, auf den Abgabeservern der kantonalen Verwaltung zur Verfügung, um sie so den Benutzern und auch Nichtfachleuten zugänglich zu machen.

Das Grundbuch und das Amt verwalten beide an die Liegenschaften gebundene Informationen, und eine Koordination ist unverzichtbar, um die Verbindungen zwischen den Internet-Plattformen des Grundbuches und der amtlichen Vermessung zu garantieren. Die Arbeiten zur Zusammenschaltung der Datenbanken des Grundbuches und der amtlichen Vermessung haben 2009 begonnen und gehen im Rahmen des Projekts «CAPI6», der Ersetzung und Verbesserung der Programme «Mutationsregister der AV» und «Verwaltung der Liegenschaftsbeschreibungen», weiter.

## 7.2 GIS-Kompetenzzentrum (Landinformationssystem)

### 7.2.1 Koordination

Die GIS-Koordination erfolgt in folgenden Bereichen:

- > Aufgaben der IT-Governance im Bereich der Geoinformation (NB: Zusammenarbeit mit dem ITA): 2013 leitete das GIS-Kompetenzzentrum die Migrationsarbeiten zu ArcGIS 10.1, trug zur Definition einer Standardlösung für die Authentifizierung der auf dem ArcGIS-Server gespeicherten Anwendungen und Dienste bei, erwarb die Software ESRI City Engine und FME Server, definierte die Grundsätze zur Verwaltung der Geodienste, klärte die Modalitäten zur Verwaltung der LIS-Projekte, vervollständigte die Dokumentation zu den bestehenden GIS-Anwendungen und arbeitete bei mehreren Informatikleitschemas mit (für das AfU und das BRPA).
- > Geodatenverwaltung: 2013 prüfte das GISKZ die Frage des Austauschs von Geodaten zwischen Behörden (und deren finanziellen Auswirkungen), befasste sich mit mehreren komplexen Anfragen von Geodaten, verfolgte die Entwicklung von geocat.ch und der Standards auf dem Gebiet der Metadaten (z.B. Norm eCH Geokategorien).
- > Gemeinsamen Zielen dienende Vorhaben wie Geodatenkatalog und Geoportal des Kantons Freiburg: 2013 schloss das GISKZ die Vorstudie ab und leitete das Projekt zur Migration des Geoportals in die Wege.
- > Projekte zur Abdeckung der Bedürfnisse der Ämter, zu deren Aufgaben das Landmanagement gehört und die Geodatennutzer sind.

Auf nationaler Ebene erfolgt diese Koordination im Rahmen der Aktivitäten von Fachvereinigungen wie der SOGI oder geosuisse, im Rahmen von Programmen (z.B. e-geo.ch, ASA 2011) und Projekten des Bundes (z.B. nationales Geodatenportal, MISTRA) sowie im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Bundesämtern (z.B. dem BAFU für die Verwaltung der Wasserqualität).

---

Im Bereich Geoinformation findet der Austausch zwischen den Kantonen hauptsächlich über die Konferenz der kantonalen Geodaten-Koordinationsstellen und GIS-Fachstellen (KKGEO) und ihre Fachgruppen (z.B. IG Arc «Interessengemeinschaft ArcGIS» und «CCGEO-Romandie») statt.

Von den Kantonen finanziert, stellt die interkantonale Koordination in der Geoinformation (IKGEO) die Zusammenarbeit mit dem Bund bei der Anwendung des GeoIG und die Mitarbeit bei der Schaffung der nationalen Geodateninfrastruktur (NGDI) sicher. Der GIS-Koordinator ist der offizielle Ansprechpartner der IKGEO für den Kanton Freiburg.

Die IKGEO ist bei verschiedenen, höchst strategischen Projekten tätig: Harmonisierung der Geobasisdaten (minimale Geodatenmodelle), Verfügbarkeit der Geobasisdaten, (Austausch unter Behörden), Aufbau eines nationalen Geoportals (Zusammenlegung der harmonisierten Geodienste), Einführung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBK).

Schliesslich ist auch die sich konkretisierende interkantonale Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen und Vorhaben (z.B. 2013 mit der Waadt für die Oberflächengewässer und die Fauna, mit Bern für das Agrarinformationssystem und die Trinkwasserinfrastrukturen, mit dem Aargau für die Archäologie) und mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (z.B. der Freiburger Gemeindeverband oder CommuNet) zu erwähnen sowie der häufige Austausch mit den religiösen Behörden, den Hochschulen (z.B. die Universität Freiburg oder die HEIG-VD) und privatwirtschaftlichen Partnern.

### 7.2.2 Projekte und realisierte Vorhaben

Die wichtigsten kantonalen Projekte des GIS-Kompetenzzentrums waren 2013:

- > HarmBat – Harmonisierung der Gebäude und Wohnungen (VGA), Migration Topobase – Ersatz der Anwendung für die Verwaltung der AV-Daten (VGA), Änderung des Referenzrahmens LV03 - LV95 (VGA), computerisierter Plan für das Grundbuch (VGA), DATEC – Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen (BRPA), InfoMat Desktop – Materialabbau und geologische Datenbank (BRPA), PSZaic – Sektorenplan der Tätigkeitszonen von kantonaler Bedeutung (BRPA) SI-Eaux – Gewässerinformationssystem des TBA, SI-BienFond – Liegenschaftsinformationssystem des TBA, MISTRA – Informations- und Verwaltungssystem der Strassen (TBA) und MISTRA-MD – Langsamverkehr (FTV), QualEaux – Verwaltung der Wasserqualität (AfU), Informatikleitplan des AfU, SIPO – Verwaltung der Altlasten (AfU), SAE114 – Ersatz des Hilfssystems der Sanitätseinsatzzentrale 144 (HFR), SIAF – Archäologisches Informationssystem Freiburg (AAFR) und Trinkwasserverteilung und -verwaltung (LSVW).

Mehrere Geoportale und Geodienste wurden oder werden für Ämter der Verwaltung entwickelt:

- > Forstbetreuungsstellen (öffentlicher Zugriff, WaldA), FaunaMap – Jagd und Landfauna / Fischerei und Wasserfauna (beschränkter interner Zugriff, WaldA), CrimeMap – Unfälle/Delikte/Verbrechen (beschränkter interner Zugriff, Pol), InfoMat web – Materialabbau (beschränkter externer und kontrollierter Zugriff, BRPA), Sen-Bruit – Einhaltung der Immissionsgrenzwerte (öffentlicher Zugriff, AfU), DIDOC – Haltestellen des öffentlichen Verkehrs (öffentlicher Zugriff, MobA), Geodienste für Sanitätsnotruf-Zentrale 144 (Zugriffskontrolle, Sanitätsnotruf-Zentrale 144 und Ambulanzen), Geodienste für QualEaux – Verwaltung der Wasserqualität (beschränkter interner Zugriff, UfA).

### 7.2.3 Geografische Daten

Das GISKZ verwaltet zahlreiche Geodatensätze (über 500 vektorielle und 150 Rasterdatensätze) sowie die dazugehörigen Metadaten (rund 430 in geocat.ch, dem geografischen Datenkatalog erfasste Metadatenblätter). Im Laufe des Jahres 2013 konnte das kantonale GIS in folgenden Bereichen um einige interessante Datenpakete angereichert werden (wovon einige noch in Bearbeitung sind): Nationalkarten (verfügbar in allen erhältlichen Massstäben, schwarz-weiss oder farbig, mit oder ohne Relief), Stadtpläne, amtliche Vermessung (BP-AV, Lose, historische Grenzsteine), Geodaten für die Weiterverfolgung der OP/DBP und Gutachten der CDN, kantonales Strassennetz, Haltestellen ÖV, Mobility car sharing, Lärm (Autobahnen, Kantons- und Gemeindestrassen, Bahn, Flugplätze, Schiessstände), ökologische Qualität der Wasserläufe, Naturgefahren (Gefahrenkarte Mittelland: Fels-

---

und Steinschlag, Rutschungen, Abstürze), Landwirtschaft (Alpen, Nutzflächen), forstbauliche Interventionen, Geodaten zu geologischen Sondierungen und Studien, speläologisches Inventar, Pfarreien, vor- und extraschulische Betreuungsstrukturen, Radonmessungen in Gebäuden, MedStat-Regionen, Geodienste der Notrufzentrale 144.

#### 7.2.4 Information und Promotion

Die Website des kantonalen GIS (<http://www.sysif.ch>) stellt dem breiten Publikum Hintergrundinformationen zur Verfügung. Ihr Inhalt wird regelmässig aktualisiert, insbesondere die Rubrik «SYSIF im Dienst der Öffentlichkeit».

Das Geoportal des Kantons Freiburg (<http://www.geo.fr.ch/>) wurde im Jahr 2013 weiter ausgebaut: Hinzufügen von Stadtplänen bei den Kartenhintergründen und Ersetzen der Betriebsstandorte auf der Karte «Umwelt». Eine neue Karte «Mobilität» ist in Zusammenarbeit mit dem TBA, dem MobA und dem FTV in Bearbeitung.

Das GIS-Kompetenzzentrum organisierte mehrere Kurse für die Mitarbeiter des Staates Freiburg. Im Rahmen der Migration ArcGIS for Desktop, Version 10.1 nahmen etwa 70 Mitarbeiter des Staates an einem Tageskurs über die Änderungen und Neuheiten teil. Etwa fünfzehn Mitarbeiter besuchten einen Einführungskurs für ArcGIS for Desktop, während mehrere fortgeschrittene Kurse (Model Builder, lineare Segmentation) angeboten wurden. Schliesslich wurde das Geoportal des Kantons Freiburg mehreren Dienststellen vorgestellt.

### 7.3 Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)

#### 7.3.1 Tätigkeit

Der Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) ist ein Instrument zur Publikation von zuverlässigen Informationen über das Grundeigentum. In einer ersten Etappe erfolgt die Einführung in acht Pilot-Kantonen, die die Funktionsprinzipien definieren und im Rahmen von sieben vorrangigen Projekten Überlegungen über gewisse spezifische Aspekte anstellen. Mit allen anderen Kantonen wird Freiburg an der zweiten Etappe teilnehmen, die 2016 beginnen und 2020 mit der vollständigen Nutzung des ÖREB-Katasters in der ganzen Schweiz enden wird. Die Kantone der zweiten Etappe verfolgen mit grosser Aufmerksamkeit die Erfahrungen der Pilot-Kantone, die ihnen für ihre eigenen Arbeiten dienen werden. In der Zwischenzeit führen sie verschiedene Vorbereitungsarbeiten aus, wie die Erstellung von kantonalen Rechtsgrundlagen (z.B. eine kantonale Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen), die Einsetzung einer passenden Organisation und die Vorbereitungen der erforderlichen Geodaten.

### 7.4 «Geoinformation»

#### 7.4.1 Gesetzliche Grundlagen und Organisation

Zur kantonalen Umsetzung des Bundesgesetzes über Geoinformation und der dazugehörigen Ausführungsverordnungen verfasste das Amt einen Entwurf zu einem kantonalen Gesetz über Geoinformation (KGeoIG), nahm die Revision des Gesetzes über die amtliche Vermessung (AVG) in Angriff und erstellte den Katalog der freiburgischen Geobasisdaten (des Bundes- oder Kantonsrechts). Das Gesetz über Geoinformation (KGeoIG) ist am 1. April 2013 in Kraft getreten.

Der Entwurf des Gesetzes über die amtliche Vermessung wurde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gemeinden erarbeitet und vom 5. März bis 7. Juni 2013 in die Vernehmlassung geschickt. Die Prüfung der sehr konstruktiven Reaktionen und die Überarbeitung des Textes beanspruchte mehr Zeit als vorgesehen. Der Gesetzesentwurf sollte jedoch im Frühjahr 2014 dem Staatsrat und Grossen Rat unterbreitet werden.

#### 7.4.2 Modell der minimalen Geodaten

Das GIS-Kompetenzzentrum nahm an mehreren Anhörungen zur Einführung von minimalen Geodatenmodellen der Geobasisdaten des Bundesrechts teil: Kataster der belasteten Standorte (ID 115.2, 116, 117, 118 und 119), Gewässerschutzbereiche (ID 131, 132 und 130), Risikokataster gemäss StFV (ID 112.1 und 113.1, 2. Konsultation), Zustand der Oberflächengewässer (ID 134.1 und 133.3), Waldreservate (ID 160, 2. Konsultation), Revitalisierung der Gewässer (ID 140, 191 und 192), Sicherheit in der Stromversorgung: Anschlusszonen, Abfallanlagen und Deponien für unverschmutztes Aushub-, Abraum- und Ausbruchmaterial (ID 114.1 und 115.1), Bodenbelastungen (ID 124 und 125), Observationsnetz für Geschiebevolumen (SOLID) – Standorte der Messstationen (ID 81.1),

---

Strassenverkehrszählung (ID 13 und 14), Schienennetz (ID 98.1), öV-Haltestellen (ID 98.2), Seilbahnen mit Bundeskonzession (ID 99), kantonale Erhebungen der Luftbelastung – Messnetze (ID 122.1), Waldreservate (ID 160.1, 3. Konsultation), Lärmbelastungskataster für Haupt- und übrige Strassen (ID 144.1).

### 7.4.3 HarmBat

Das Amt nimmt aktiv am Projekt «HarmBat» teil, das die Harmonisierung der auf die Gebäude und Wohnungen bezogenen Daten zum Ziel hat. Die Verwirklichung der neuen Anwendung des BRPA gekoppelt mit dem Register der auf die Gebäude und Wohnungen bezogenen Daten geht in diese Richtung und sollte eine integrierte Verwaltung der Merkmale/Attribute der Gebäude und Wohnungen zwischen den verschiedenen Partnern im Kanton Freiburg ermöglichen, d.h. dem ITA, dem StatA, dem BRPA, der KGV, dem VGA, dem GB, dem MobA, der KSTV, den Gemeinden sowie den Oberämtern, um nur die Hauptakteure zu nennen.

2013 hat das Projekt wirklich begonnen mit der Validierung von funktionellen Spezifizierungen durch die Berufsleute. Zahlreiche bilaterale und multilaterale Sitzungen führten zu einem Kompromiss, der es dem externen Informatikbeauftragten ermöglichte, ein Modell des Bürgerportals (Architekt) und des Behördenportals (Gemeinden) zu verwirklichen. Vorläufig ist die Zustimmung der Berufsleute gut.

Das ITA und das VGA investieren viel Zeit in dieses multidisziplinäre und transversale Projekt. Die Ausarbeitungsphase sollte Ende März 2014 beendete sein, um der Konstruktionsphase Platz zu machen. Anfang 2015 sollte die Testphase beginnen, und die Inbetriebnahme ist wie in der Projektplanung für Mitte 2015 vorgesehen.

## 8 Grundbuchämter (GBA)

---

Die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter sind (in alphabetischer Reihenfolge): **René Aeby** (Sensebezirk), **Joseph Borcard** (Broyebezirk), **Anita Bulliard** (Vivisbachbezirk), **Séverine Doutaz** (Greyerzbezirk), **Josef Haag** (Seebezirk), **Denise Jan** (Glanebezirk), **Bertrand Renevey** (Saanebezirk).

### 8.1 Tätigkeit

Das Grundbuch ist ein öffentlicher Dienst, der die Änderungen an Grundeigentum, Rechten an Grundstücken (Dienstbarkeiten, Grundlasten, Vormerkungen und Anmerkungen) sowie Grundpfandrechten (Grundpfandverschreibungen und Schuldbriefe) rechtsgültig führt. Es gibt ebenfalls Auskunft über die an Grundstücken bestehenden Rechte (beispielsweise Dienstbarkeiten und Grundpfandrechte).

Die wichtigsten Tätigkeiten der sieben Grundbuchämter sind die Führung des Grundbuchs, das heisst der verschiedenen Dokumente des Grundbuchs in Papier- oder elektronischer Form, Information und Auskunftserteilung (Öffentlichkeit des Grundbuchs), Einführung des eidgenössischen Grundbuchs und Bearbeitung von Güterzusammenlegungsdossiers sowie Informatisierung des Grundbuchs. Ausserdem erheben die Grundbuchämter als Steuerbehörden die Handänderungssteuern bei Grundstückübertragung, die Grundpfandrechtssteuern und die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes.

#### 8.1.1 Grundbuchführung

Die Grundbuchanmeldungen werden nach Reihenfolge ihres Eingangs im Tagebuch eingeschrieben und nach formaler und rechtlicher Kontrolle ins Hauptbuch eingetragen.

2013 wurden 31 618 Eintragungsbegehren gestellt (2012: 32 906), die 117 457 Grundstücke betrafen (2012: 108 769).

Die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter prüfen die Rechtmässigkeit der Grundbuchanmeldungen und entscheiden über Eintrag oder Abweisung. Sie prüfen, ob die rechtlichen Voraussetzungen für den Grundbucheintrag

---

erfüllt sind, wie die Legitimation des Antragstellers und allenfalls erforderliche Bewilligungen. 2013 wurden 1376 Anmeldungen abgewiesen (2012: 1515).

Im Jahr 2013 beliefen sich die erhobenen Grundbuchgebühren auf 9 445 783 Franken (9 570 088 Franken im Jahr 2012). Die Grundbuchämter entscheiden auch über Einsprachen.

### 8.1.2 Information und Auskünfte

Das Grundbuchamt gibt auf Antrag oder von Amtes wegen Auskunft über die Rechtsverhältnisse an Grundstücken und publiziert den Erwerb von Eigentum im Amtsblatt.

- > Die Grundbuchämter stellen auf Antrag von Personen, die ein Interesse glaubhaft machen, offizielle, rechtsgültige Grundbuchauszüge in Papierform aus, die von der Grundbuchverwalterin oder vom Grundbuchverwalter bzw. von der Adjunktin oder vom Adjunkten unterzeichnet und mit öffentlichem Glauben ausgestattet sind. 2013 wurden 14 915 Grundbuchauszüge ausgestellt (2012: 13 108), die sich auf 25 445 Grundstücke bezogen (2012: 24 376).
- > Die Grundbuchämter erteilen auch weitere Auskünfte über den Inhalt des Grundbuchs (Bestätigung, ob bestimmte Rechte eingetragen sind oder nicht, Beantwortung steuerlicher Fragen in Zusammenhang mit einem Rechtsgeschäft usw.) oder zu allgemeineren zivilrechtlichen oder steuerrechtlichen Belangen im Zusammenhang mit Grundstücken. Diese Auskünfte werden am Schalter, per Post, E-Mail, Telefon oder Fax erteilt.

Die Grundbuchämter avisieren gewisse interessierte Personen von Amtes wegen über bestimmte grundbuchliche Verrichtungen. So werden zum Beispiel Pfandgläubiger über die Schuldübernahme durch einen Grundstückserwerber informiert, Inhaber eines vorgemerkten Vorkaufsrechts über die Eigentumsübertragung an einen Dritten usw.

Die Grundbuchämter übermitteln auch kantonalen und kommunalen Verwaltungsdienststellen Informationen, die diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Die Zahl dieser Meldungen ist je nach Anzahl und Art der bearbeiteten Anmeldungen unterschiedlich.

Die im Hauptbuch eingetragenen Grundstückserwerbe werden ausserdem ein- bis zweimal monatlich im Amtsblatt veröffentlicht. 2013 wurden 5551 Grundstückserwerbe veröffentlicht (2012: 5630).

### 8.1.3 Einführung des eidgenössischen Grundbuchs

Zur Einführung des eidgenössischen Grundbuchs einer Gemeinde oder eines Teils einer Gemeinde erstellen die Grundbuchämter für die einzelnen Grundstücke Dokumente beziehungsweise eine Datenbank nach Bundesgesetzgebung mit Wirkungen gemäss Bundesrecht. Nach einer Bereinigung der Einträge, welche zusammen mit den Berechtigten durchgeführt wird, ersetzt das eidgenössische Grundbuch die alten sogenannten «Kantonalen Kataster». Im Rahmen dieses Verfahrens können die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter die zur Begründung neuer Rechte notwendigen Beurkundungen vornehmen.

Im Jahr 2013 wurde das eidgenössische Grundbuch der folgenden Gemeinden oder Teilen von Gemeinden in Kraft gesetzt: Bas-Intyamont (Sektor Estavannens Los 3), Grandvillard (Los 3), Courlevon, Farvagny (Sektoren Posat und Grenilles), Pont-en-Ogoz (Sektoren Le Bry und Villars-d'Avry). Das eidgenössische Grundbuch der Gemeinde Hauterive (Sektor Ecuwillens) tritt am 1. Januar 2014 in Kraft. Für die Gemeinde Vuisternens-devant-Romont (Los 3) sind die Arbeiten noch im Gang; die Inkraftsetzung ist für den 1. März 2014 geplant.

### 8.1.4 Güterzusammenlegung

Die Arbeiten im Hinblick auf eine Güterzusammenlegung einer Gemeinde oder eines Teils einer Gemeinde umfassen die Überprüfung der Liegenschaftsdaten im Übergangsregister, den Übertrag der Grundpfandrechte, die Anpassung und Bereinigung der Rechte, die Organisation der Anerkennung durch die Eigentümer, die Auflage der Dokumente und den Inkraftsetzungsentscheid.

Die 2013 in Kraft gesetzten Güterzusammenlegungsdokumente betreffen die folgenden Gemeinden/Teile von Gemeinden: Corbières (Sektor Villarvolard); Villeneuve; Cugy-Bussy. Übrigens wurde 2013 auch mit der Bearbeitung eines Güterzusammenlegungsdossiers für die Gemeinde Misery-Courtion begonnen; die Inkraftsetzung ist für den 1. Februar 2014 geplant.

---

### 8.1.5 Informatisierung des Grundbuchs

Die elektronische Ersterfassung des eidgenössischen Grundbuchs wurde fortgesetzt. Am 31. Dezember 2013 waren 158 713 Grundstücke vollständig informatisiert, das heisst 78,82 % aller Grundstücke im Kanton.

In allen Grundbuchämtern ist das Einscannen der Grundbuchdokumente fortgesetzt worden. 2013 wurden 76 956 Dokumente eingescannt (2012: 51 003).

## 8.2 Steuerveranlagung

Neben seinen zivilrechtlichen Aufgaben ist das Grundbuchamt auch Steuerbehörde und veranlagt die Handänderungssteuern, Grundpfandrechtssteuern und die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes.

### 8.2.1 Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern

Diese Steuern werden in Anwendung des Gesetzes vom 1. Mai 1996 über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern erhoben. 2013 beliefen sich der Gesamtbetrag der Handänderungssteuern auf 31 156 690 Franken (2012: 29 061 872 Franken) und der Gesamtbetrag der Grundpfandrechtssteuern auf 13 971 393 Franken (2012: 13 885 899 Franken).

### 8.2.2 Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes

Diese Steuer wird gemäss Gesetz vom 28. September 1993 bei der Veräusserung von produktivem Boden erhoben, die eine Verminderung des Kulturlandes zur Folge hat. Der Gesamtbetrag dieser Steuer belief sich 2013 auf 4 679 297 Franken (2011: 4 124 108 Franken).

### 8.2.3 Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer

Die Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer hatte im Berichtsjahr keine Dossiers zu bearbeiten, erst gegen Ende Jahr wurde eine Anfrage eingereicht.

Der Personalbestand der Kommission ist unverändert geblieben. Die amtsälteren Mitglieder, die praktisch die Hälfte ausmachen, sorgen sich jedoch um ihre Nachfolge 2015, wenn ihre Amtszeit abläuft.

Ihrer Ansicht nach wäre es sinnvoll, 2014 und 2015 zwei neue Mitglieder aufzunehmen, so dass diese von den abtretenden Mitgliedern eingearbeitet werden können. Der Direktion werden demnach im Laufe der Amtsperiode entsprechende Vorschläge unterbreitet.

## 8.3 Informatik der Grundbuchämter

Der Informatiker der Grundbuchämter hat seine Aufgabe, die in der Planung, Konzeption und Verwaltung des Grundbuch-Informationssystems besteht, weitergeführt. Die Sicherstellung der Nachhaltigkeit, der Qualität sowie der Sicherheit des Systems und der Daten bleiben vorrangig.

### 8.3.1 Datenextraktion und Datenabfrage

Die Gesamteinnahmen im Zusammenhang mit der Zurverfügungstellung von Grundbuchdaten (Gebühren für die Zustellung von Daten und die Internetabfrage) beliefen sich auf 300 041 Franken (2012: 272 175 Franken), was einer Zunahme um 10,23 % entspricht).

Bei der elektronischen Datenübertragung konnten 2013 154 Lieferungen ausgeführt werden und 143 dieser Lieferungen wurden zum Betrag von 37 470 Franken (2012: 38 164 Franken) in Rechnung gestellt. Es waren 247 897 Datenabfragen über Internet mit Intercapi zu verzeichnen, was einer Zunahme um 8,09 % gegenüber 2012 entspricht, und die Abfragegebühren beliefen sich auf rund 262 571 Franken (2012: 234 011 Franken) und nahmen somit um 12,20 % zu. Bei der öffentlichen und gebührenfreien Abfrage der Daten des eidgenössischen Grundbuchs über die Applikation «RFpublic» (begrenzt auf 50 Abfragen pro Tag und pro Session) wurden 1365 Suchanfragen pro Tag registriert. Dies entspricht einer Zunahme um 21 % gegenüber 2012.

---

### 8.3.2 Informatikprojekte

Um die Kontinuität in der informatisierten Grundbuchführung zu gewährleisten und die Leistungen an die verschiedenen Partner aufrecht zu erhalten, wurde im Herbst 2013 ein IT-Migrationsprojekt auf neue Plattformen gestartet.

Mitglieder des «Comité informatique» nahmen auch mehrfach an Treffen mit Vertretern von Kantonen mit der gleichen Grundbuch-Informatiklösung (Capitastra und Intercapi) teil, um Erfahrungen auszutauschen, nach Synergien für die Entwicklung und den Unterhalt der Softwarepakete für die Grundbuchverwaltung und zur Qualitätssteigerung und Kostensenkung zu suchen. Sie haben auch an mehreren Sitzungen im Rahmen des E-Government-Projekts teilgenommen, namentlich eGris (Elektronisches Grundstückinformationssystem) mit der Plattform Terravis der SixGroup, und im Hinblick auf die Definition der eCH-Gebietsdatenstandards.

## 8.4 Weitere Aktivitäten

### 8.4.1 Vereinigung der Freiburger Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter

Die Vereinigung hielt im Jahr 2013 vier Arbeitssitzungen ab mit dem Ziel, allgemeine oder juristische Fragen zu beantworten, die Praxis der Grundbuchämter zu vereinheitlichen, kantonale und eidgenössische Projekte zu prüfen und sich über die Entwicklungen im Bereich der Informatik zu informieren.

Der Vorstand der Vereinigung trifft sich jedes Jahr mit einer Delegation der Freiburger Notariatskammer und der Vereinigung der Freiburger Geometer/innen.

### 8.4.2 Austausch mit anderen Kantonen und dem Bund

Eine Delegation der Grundbuchverwalter/innen nimmt zweimal jährlich am «Colloque romand des inspecteurs des Registres fonciers de la Suisse romande et du Tessin» teil, an dem jeweils Fragen allgemeiner Art zur Grundbuchführung erörtert werden, sowie an der Tagung des Verbandes Schweizerischer Grundbuchverwalter, an der die statutarische Generalversammlung stattfindet, Informationen des für das Grundbuch- und Bodenrecht zuständigen Bundesamtes weitergegeben und Vorträge gehalten werden.

Im Rahmen der Umsetzung des Projektes eGRIS sind die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter mit einem Mitglied im Steuerungsausschuss vertreten und in den verschiedenen Arbeitsgruppen tätig.

## 8.5 Aufsichtsbehörde über das Grundbuch

Die Aufsichtsbehörde über das Grundbuch hat die laufenden Geschäfte erledigt und die sich stellenden juristischen Fragen behandelt. Sie hat alle Grundbuchämter besucht und Stichkontrollen vorgenommen. Bei der Behörde wurden neun Rekurse anhängig gemacht (5 im Jahr 2012). Es wurden sechs Entscheide gefällt: zwei Gutheissungen, drei Abweisungen und ein Abschreibungsbeschluss. In einem Dossier wurde beim Kantonsgericht Beschwerde eingereicht und vier Dossiers wurden ins Jahr 2014 übertragen.

2013 wurde die Aufsichtsbehörde über das Grundbuch präsiert von Bettina Hürlimann-Kaup, Professorin an der Universität Freiburg. Als Mitglieder gehörten der Behörde an Pierre-Henri Gapany, Anwalt und Vizepräsident der Aufsichtsbehörde, sowie Catherine Overney, Richterin am Kantonsgericht. Alexandra Rumo-Jungo, Professorin an der Universität Freiburg, Jérôme Delabays, Kantonsrichter, und Ludovic-Jean Egger, Notar, gehörten der Behörde als Ersatzmitglieder an.

Sonia Bulliard Grosset war bis 30. September 2013 auch als Sekretärin der Behörde tätig. Ab 1. Oktober 2013, ihrem Amsantritt als Präsidentin des Bezirksgerichts Broye, wurde das Sekretariat von Séverine Zehnder, Gerichtsschreiberin am Kantonsgericht, übernommen.

---

## 9 Finanzinspektorat (FI)

---

**Dienstchefin: Irène Moullet**

### 9.1 Tätigkeit

Dem Finanzinspektorat obliegt die Kontrolle der Kantonsfinanzen. Mit seiner Tätigkeit sollen die korrekte Rechtsanwendung, der wirtschaftliche und haushälterische Einsatz der finanziellen Mittel sowie die Richtigkeit und Rechtmässigkeit der Buchungen gewährleistet werden.

Die ordentliche Tätigkeit des Finanzinspektorats ist die rechtliche, technische und wirtschaftliche Kontrolle der Kassen und Buchhaltungen des Staates, der Anstalten und Betriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit. Das Finanzinspektorat ist ein selbstständiger, administrativ der Finanzdirektion zugewiesener Dienst und übt als solcher seine Aufgaben unabhängig und selbstständig aus. Es kann keine operativen Aufgaben wahrnehmen. Das Finanzinspektorat kann jederzeit und unangemeldet Kontrollen vornehmen, sei es auf eigene Initiative oder im Auftrag des Staatsrates oder der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates. Auf Ersuchen eines Mitglieds des Staatsrates kann es auch eine der Direktion dieses Mitglieds untergeordnete Verwaltungseinheit kontrollieren.

Mit Blick auf die ordnungsgemässe Rechnungslegung wird die Korrektheit der Organisationsabläufe sowie der Prozesse und Verfahrensabläufe bei der Führung der Buchhaltung und der Rechnungslegung geprüft. Diese Prüfung umfasst die Analyse und die Validierung der zentralen Finanzvorfälle wie Löhne, Einkauf, Fakturierung und Gewährung von Subventionen. Ausserdem wird auch der Rechnungslegungsprozess unter die Lupe genommen, namentlich bezüglich der Einhaltung der Vorschriften des Finanzhaushaltsgesetzes.

Bei der Überprüfung der Rechtmässigkeit der Ausgaben geht es darum sicherzustellen, dass diese Verpflichtungen von den dazu befugten Personen und in Einhaltung des Finanzhaushaltsgesetzes sowie der Spezialgesetze eingegangen sowie die gewährten Budgets eingehalten worden sind.

Bei der jährlichen Planung seiner Kontrollen legt das Finanzinspektorat nach Massgabe der Grösse der Ämter und der Einschätzung des finanziellen Risikos autonom und unabhängig die Häufigkeit seiner Kontrollen fest. So werden gewisse Ämter und Anstalten jährlich kontrolliert, während andere, mit weniger Risiken behaftete Ämter weniger häufig kontrolliert werden. Es müssen jedoch alle Ämter in angemessenen Abständen überprüft werden.

Das Finanzinspektorat versucht bei seinen Kontrollen Mängel und Schwachpunkte aufzuzeigen. Es gibt Empfehlungen ab, die sich positiv auf die Wertschöpfung auswirken. Es kann eine aussenstehende Fachperson beiziehen, wenn für eine Kontrolle besondere Fachkenntnisse erforderlich sind. 2013 hat das Finanzinspektorat einen Bauexperten mit der Kontrolle eines Bauloses der Poyabrücke beauftragt. Die entsprechenden Arbeiten waren Ende 2013 noch nicht abgeschlossen.

Das Finanzinspektorat hat eine Datenbank mit allen seinen Empfehlungen eingerichtet. Damit wird ein einheitliches Verfahren angestrebt, mit dem sichergestellt werden kann, dass die abgegebenen Empfehlungen umgesetzt werden oder dass eine Nichtumsetzung begründet ist. Den Abschluss jeder Kontrolle bilden in der Regel ein Gespräch mit den für die Rechnungslegung zuständigen Personen sowie die Abgabe eines Prüfberichts. Dieser Bericht wird der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates, dem Staatsrat, der Finanzverwaltung sowie den verantwortlichen Personen der kontrollierten Ämter und Anstalten zugestellt. Der Bericht enthält nicht alle Prüfergebnisse, sondern nur diejenigen Punkte, denen besondere Beachtung zu schenken ist.

2013 hat das Finanzinspektorat 90 Prüfberichte und 24 Empfehlungen abgegeben.

2013 hat das Finanzinspektorat die Jahresrechnung 2012 der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) in Bern geprüft.

Die Revisionsberichte 2013 teilen sich wie folgt auf:

	2013	2012
Richterliche Behörde – Vollziehende Behörde – Verwaltung	66	43
Fonds und Stiftungen	13	8
Diverse Aufträge	11	16

2013 verteilen sich die 89 ordentlichen Prüfberichte wie folgt auf die verschiedenen Direktionen:

	2013	2012
Staatskanzlei	4	3
Erziehung, Kultur und Sport	24	11
Sicherheit und Justiz	17	6
Institutionen und Land- und Forstwirtschaft	6	6
Volkswirtschaft	13	10
Gesundheit und Soziales	12	11
Finanzen	8	13
Raumplanung, Umwelt und Bauwesen	5	6

Bei dezentralisierten Ämtern nimmt das Finanzinspektorat ämterübergreifende Prüfungen vor. So werden alle Ämter, die dieselbe Dienstleistung erbringen, nach einem einheitlichen Programm geprüft. Mit diesem Vorgehen können die «Best Practices» eruiert und die Gleichbehandlung gewährleistet werden. 2013 hat das Finanzinspektorat die sieben Bezirksgerichte des Kantons kontrolliert. Das Amt für Justiz, das an der administrativen Leitung der Gerichtsbehörden mitwirkt, ist über die Ergebnisse dieser Arbeiten informiert worden. Es sind auch alle Kollegien und Schulen, die dem Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2 der EKSD unterstehen, nach einem einheitlichen Schema kontrolliert und die verschiedenen Praktiken dieser Schulen untereinander verglichen worden. Der Vorsteher des Amtes für Unterricht der Sekundarstufe 2 ist über die Ergebnisse dieser Arbeiten informiert worden.

2013 traf sich das Finanzinspektorat anlässlich der Revision der Rechnungen der Generalsekretariate aller Direktionen mit den Generalsekretärinnen und Generalsekretären, um nach Möglichkeiten für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen ihnen und dem Finanzinspektorat zu suchen.

Das genaue Verzeichnis der Kontrollarbeiten ist dem Staatsrat und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates zugestellt worden.

Das Finanzinspektorat nimmt an der «Conférence des Chefs des contrôles financiers des cantons latins» teil.

Das Finanzinspektorat nimmt auch an der alljährlich von der eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) organisierten Schweizerischen Konferenz der Finanzkontrollen teil.

Die EFK setzt verschiedene Fachgruppen ein, und das Finanzinspektorat wirkt in einer Fachgruppe zum Thema Steuern und NFA mit.

Ein Finanzinspektor vertritt den Staat im Verwaltungsrat der Bergbahnen La Berra SA.

Das Tätigkeitsgebiet und die Berufsstandards, denen das Finanzinspektorat entsprechen muss, erfordern eine ständige Weiterbildung. Die «Conférence des Chefs des contrôles financiers des cantons latins» organisiert jedes Jahr ein zweitägiges Weiterbildungsseminar für alle Mitarbeitenden der kantonalen Finanzkontrollen. An diesem Seminar nehmen rund hundert Personen aus der internen Finanzkontrolle auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene teil. 2013 präsidierte die Vorsteherin der Finanzinspektorats das Organisationskomitee für dieses Seminar, das in Freiburg stattfand. Die Mitarbeitenden des Finanzinspektorats haben daran teilgenommen.

## 10 Personalbestand

Personalbestand der Finanzdirektion per 31. Dezember 2013, in Vollzeitäquivalenten (VZÄ):

		Rechnung 2013 VZÄ	Rechnung 2012 VZÄ	Differenz VZÄ
<b>Finanzdirektion</b>		<b>392,66</b>	<b>387,13</b>	<b>5,53</b>
3700 / FINS	Generalsekretariat	6,42	6,30	0,12
3705 / TRES	Finanzverwaltung	25,22	24,91	0,31
3710 / IFEF	Finanzinspektorat	7,04	7,20	- 0,16
3725 / CIEF	Amt für Informatik und Telekommunikation	91,69	85,45	6,24
3730 / OPER	Amt für Personal und Organisation	29,08	29,62	- 0,54
3740 / SCCF	Kantonale Steuerverwaltung	180,11	179,38	0,73
3745 / ENRE	Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern	2,59	2,60	- 0,01
3760 / SCAD	Amt für Vermessung und Geomatik	17,95	18,69	- 0,74
3765 / RFON	Grundbuchämter	32,65	32,98	- 0,42

# Tätigkeitsbericht

Raumplanungs-, Umwelt- und  
Baudirektion

—

2013



**Direction de l'aménagement, de l'environnement et des  
constructions DAEC**  
**Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion RUBD**

---

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Direktion und Generalsekretariat.....</b>	<b>3</b>		
1.1	Tätigkeit.....	3		
1.2	Aussergewöhnliche Ereignisse.....	5		
1.3	Interkantonale Zusammenarbeit .....	6		
1.4	Streitfälle .....	6		
1.5	Gesetzgebung.....	6		
<b>2</b>	<b>Bau- und Raumplanungsamt.....</b>	<b>7</b>		
2.1	Tätigkeit.....	7		
2.2	Koordination, Verwaltung und Studien .....	7		
2.3	Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen .....	7		
2.4	Kantonalplanung .....	8		
2.5	Regionalplanung .....	8		
2.6	Naturgefahren .....	8		
2.7	Ortsplanung .....	8		
2.8	Abteilung Bauwesen .....	9		
2.9	Beschwerden .....	9		
<b>3</b>	<b>Amt für Umwelt.....</b>	<b>10</b>		
3.1	Tätigkeit.....	10		
3.2	Labor.....	15		
3.3	Stoffe .....	16		
3.4	Luftreinhaltung .....	16		
3.5	Lärmschutz .....	17		
3.6	Nichtionisierende Strahlung (NIS) ....	17		
3.7	Umweltverträglichkeitsprüfungen .....	17		
3.8	Bodenschutz .....	18		
3.9	Biologische Sicherheit .....	18		
3.10	Schutz vor Störfällen .....	18		
3.11	Abfall.....	18		
3.12	Belastete Standorte .....	20		
<b>4</b>	<b>Amt für Mobilität .....</b>	<b>21</b>		
4.1	Tätigkeit .....	21		
4.2	Statistiken und Prognosen.....	22		
4.3	Öffentlicher Verkehr und Güterverkehr .....	22		
4.4	Mobilität und Raum.....	23		
<b>5</b>	<b>Tiefbauamt.....</b>	<b>25</b>		
5.1	Tätigkeit .....	25		
5.2	Sektion Finanzverwaltung.....	27		
5.3	Sektion Verwaltung.....	28		
5.4	Sektion Strassenprojekte .....	29		
5.5	Sektion Strassenunterhalt.....	36		
5.6	Sektion Gewässer .....	37		
<b>6</b>	<b>Hochbauamt .....</b>	<b>39</b>		
6.1	Tätigkeit .....	39		
6.2	Zusammenfassung der Ausgaben ....	42		
<b>7</b>	<b>Personalbestand .....</b>	<b>43</b>		

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat

---

Die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) wird von Staatsrat, Direktor Maurice Ropraz geleitet.

Olivier Kämpfen übernahm am 1. September 2013 die Leitung des Generalsekretariats und trat so die Nachfolge von Pascal Aeby als Generalsekretär an.

## 1.1 Tätigkeit

Die Direktion und das Generalsekretariat haben ihre operativen und strategischen Aufgaben zugunsten von Bevölkerung, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zur allgemeinen Zufriedenheit erfüllt.

Die wichtigsten Aspekte der Tätigkeit sind nachfolgend zusammengefasst.

### 1.1.1 Vertretung des Staats

Der Direktor vertrat den Staat in den Verwaltungsräten der folgenden Unternehmungen:

- > ftth fr AG (Fiber to the home);
- > Rose de la Broye SA;
- > Tunnel du Grand-Saint-Bernard SA.

### 1.1.2 Mitarbeit in Arbeitsgruppen

Der Staatsrat bzw. sein Stellvertreter hat die Direktion in mehreren Arbeitsgruppen und Steuerungsausschüssen vertreten:

- > Poyaprojekt;
- > La Pila;
- > Umfahrungsstrasse Düdingen;
- > Verbesserung der Strassenverbindung Romont–Vaulruz;
- > Nachhaltige Entwicklung;
- > Autobahnanschluss Freiburg Süd;
- > HarmBat;
- > E-Government;
- > Aufgabentflechtung zwischen Staat und Gemeinden.

Der Direktor führt den Vorsitz der folgenden staatlichen Baukommissionen:

- > Gebäude EVA, ehemals Gebäude des Autobahnamts (ABA);
- > vereinigt Kantonsgesicht;
- > Adolph Merkle Institut;
- > Kollegium des Südens;
- > Kollegium Gambach.

### 1.1.3 Natur- und Landschaftsschutz

Das Büro für Natur- und Landschaftsschutz (BNLS) hat zu zahlreichen Dossiers Stellung bezogen:

- > 175 Bauvorhaben innerhalb von Landschaftsschutzgebieten;
- > 86 Ortspläne, Detailbebauungspläne, Quartierpläne und generelle Entwässerungspläne;
- > 39 Projekte für Gewässerverbauungen;
- > 36 Projekte in Verbindung mit der Produktion oder dem Transport von Energie;
- > 25 Gesuche für den Betrieb von Kiesgruben und/oder Deponien;
- > 20 Bahninfrastrukturprojekte;
- > 17 Boden- und Waldverbesserungsprojekte;



- > 13 Strassenprojekte;
- > 12 touristische Anlagen wie Häfen, Skilifte oder Drahtseilbahnen;
- > 12 Vernehmlassungen im Rahmen von Gesetzesänderungen und Geschäften der Rechtspflege.

Dank der aktiven Mitarbeit von zahlreichen Landwirtinnen und Landwirten, von jungen Menschen, die Zivildienst leisten, von Personen, die im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen angestellt wurden, von Försterteams und von Freiwilligen konnten die Programme für den Unterhalt und die Revitalisierung von Biotopen sowie für den Schutz der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt fortgeführt werden. In diesem Zusammenhang ist auch erfreulich, dass sich immer mehr Gemeinden an diesen Aktionen beteiligen.

Mit Blick auf das Inkrafttreten des kantonalen Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz (NatG) am 1. Januar 2014 bereitete das BNLS die Vernehmlassung des Ausführungsreglements vor und arbeitete Weisungen und Empfehlungen zuhanden der Gemeinden aus. Das Büro beteiligte sich zudem an den Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung der kantonalen Agrarpolitik 2014–2017.

#### 1.1.4 Nachhaltige Entwicklung

##### 1.1.4.1 Strategie Nachhaltige Entwicklung

Die Nachhaltige Entwicklung, für die die RUBD zuständig ist, koordiniert und unterstützt seit 2009 die Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung des Staats Freiburg. 2013 wurden 19 Massnahmen von insgesamt 25 (3/4) umgesetzt.



- > 12 Massnahmen konnten finanziert und verwirklicht werden.
- > 7 Massnahmen konnten ohne Kostenfolgen umgesetzt werden.
- > Für 3 Massnahmen konnte die Finanzierung sichergestellt werden, doch wurde deren Umsetzung verschoben.
- > 3 Massnahmen konnten mangels Finanzierung noch nicht in Angriff genommen werden.

Auf der Website der Nachhaltigen Entwicklung [www.fr.ch/daec-dd/de/pub/index.cfm](http://www.fr.ch/daec-dd/de/pub/index.cfm) ist im Detail nachzulesen, wie weit die 25 Massnahmen bereits umgesetzt werden konnten (qualitative Beschreibung und Beobachtungsindikatoren). Die Konsultativkommission «Nachhaltige Entwicklung» kam 2013 einmal und der Steuerungsausschuss «Nachhaltige Entwicklung» zweimal zusammen.

##### 1.1.4.2 Massnahmenportfolio für die Freiburger Gemeinden

In Zusammenarbeit mit der GSD, der EKSD und dem Freiburger Gemeindeverband (FGV) hat die Nachhaltige Entwicklung zudem ein Massnahmenportfolio für die Freiburger Gemeinden verfasst und am 6. September 2013 publiziert. Am 21. November 2013 wurde eine Veranstaltung organisiert, in der das Massnahmenportfolio vorgestellt wurde und die den Gemeinden die Gelegenheit bot, Erfahrungen auszutauschen. Das Massnahmenportfolio steht online zur Verfügung, unter der Adresse [www.fr.ch/daec-dd/de/pub/gemeinden.htm](http://www.fr.ch/daec-dd/de/pub/gemeinden.htm).



##### 1.1.4.3 Information und Schulung

Um ein möglichst breites Publikum für die nachhaltige Entwicklung zu begeistern, hat die Verantwortliche Nachhaltige Entwicklung bei zahlreichen Gelegenheiten über die Strategie Nachhaltige Entwicklung und das Massnahmenportfolio informiert, etwa bei Präsentationen vor ausländischen und Schweizer Delegationen, vor Freiburger Akteuren sowie verwaltungsintern. Im Rahmen von Weiterbildungen hat die Verantwortliche des Weiteren verschiedene Aspekte ihrer Tätigkeit vorgestellt.

#### 1.1.5 Agglomerationspolitik

In seiner Sitzung vom 18. August 2009 teilte der Staatsrat die Verantwortung für die Agglomerationspolitik des Bundes der RUBD zu. Der Koordinator der Agglomerationspolitik ist beim Generalsekretariat angestellt und ist sowohl für die Koordination innerhalb der Kantonsverwaltung als auch für die Koordination mit den Bundesämtern und den Agglomerationen zuständig.

### 1.1.5.1 Die Agglomerationsprogramme

Die Massnahmen des Agglomerationsprogramms der 1. Generation von Mobul werden gegenwärtig umgesetzt. Ende 2013 waren rund 25 % der Massnahmen verwirklicht. Aus dem Infrastrukturfonds erhielt Mobul 697 200 Franken.

Der Bund hat die Agglomerationsprogramme der 2. Generation einer provisorischen Beurteilung unterzogen. Das Programm der Agglomeration Freiburg schnitt in dieser Beurteilung sehr gut ab. Der Bund sagte für die Massnahmen der Liste A eine Mitfinanzierung von 21,57 Millionen Franken zu. Damit beteiligt sich der Bund zu 40 % an diesen Massnahmen – und somit in höherem Mass als bei allen anderen Agglomerationsprogrammen. Das Agglomerationsprogramm Rivelac hingegen wurde negativ beurteilt. Entsprechend machte der Bund auch keine finanzielle Zusage.

### 1.1.5.2 Koordination

Der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektor nahm an zwei Sitzungen der Tripartiten Agglomerationskonferenz teil und kam dreimal mit den politischen Vertretern der Agglomerationen zusammen.

Es wurde ein Erfahrungsaustausch zwischen Freiburger Agglomerationen organisiert.

Der Koordinator der Agglomerationspolitik vertritt den Kanton in der Projektleitung des Bundesamts für Strassen für das Projekt zum Ausbau des Autobahnanschlusses Freiburg Süd der A12; die Projektleitung hielt zwei Sitzungen ab. In verschiedenen Sitzungen wurden 94 Massnahmen (81 für Freiburg, 8 für Mobul und 5 für Rivelac) behandelt.

### 1.1.6 Öffentliches Beschaffungswesen

Über das Kompetenzzentrum für das öffentliche Beschaffungswesen hat die RUBD mehrere Rechtsgutachten zuhanden der Direktionen und Ämter verfasst. Des Weiteren hat die Direktion zahlreiche juristische Fragen von Gemeinden und Privatpersonen beantwortet, namentlich von Büros, die mit der Ausarbeitung eines Pflichtenhefts beauftragt waren.

### 1.1.7 Rechtswidrige Bauten

Die Direktion hat in 12 Dossiers über rechtswidrige Bauten geurteilt.

### 1.1.8 Sonderbewilligungen

Die Direktion hat die Sonderbewilligungsgesuche für Bauten ausserhalb der Bauzone behandelt.

## 1.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

Die folgenden Ereignisse waren prägend für 2013.

### 1.2.1 Raumplanung

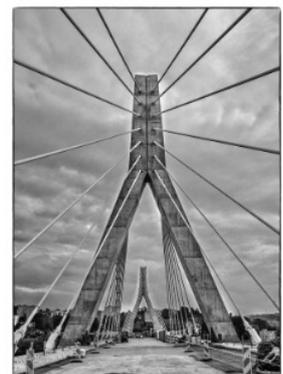
- > Vorbereitung der Umsetzung des revidierten Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) und Information für die Gemeinden.

### 1.2.2 Umwelt

- > Umsetzung des kantonalen Gewässergesetzes und Abgrenzung der Einzugsgebiete;
- > künstlich erzeugtes Hochwasser in der Kleinen Saane.

### 1.2.3 Bau

- > Zusammenschluss der Poyabrücke und Umsetzung der Begleitmassnahmen des Poyaprojekts;
- > Präsentation des Schlussberichts zur H189;
- > Validierung des Baus einer provisorischen Brücke über die Glane in Autigny;
- > Validierung in Absprache mit dem Bund der Einrichtung eines multifunktionalen Rastplatzes bei La Joux-des-Ponts mit einem Sektor für Fahrende;
- > Abschluss der Studie für eine gesamtheitliche Analyse der geforderten Umfahrungsstrassen.



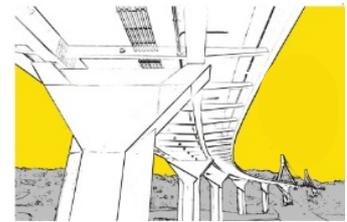
#### 1.2.4 Anderes

- > Beginn der Arbeiten für die Revision des Verkehrsgesetzes;
- > Beginn der Arbeiten für die Revision des Strassengesetzes;
- > Vorstellung des Sachplans Velo;
- > Vorbereitungsarbeiten für das kantonale Gesetz über die Nutzung des Untergrunds;
- > Veröffentlichung des Massnahmenportfolios für die Freiburger Gemeinden;
- > Vorbereitungen für die Umwandlung des Büros für Natur- und Landschaftsschutz in ein Amt auf den 1. Januar 2014 hin;
- > neuer Generalsekretär.

#### 1.3 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Direktor oder eine Stellvertretung nimmt an den folgenden Konferenzen und Vereinigungen teil:

- > Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK);
- > Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz der Westschweiz (CDTAPSOL);
- > Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK);
- > Westschweizer Baudirektoren-Konferenz (CRTP);
- > Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV);
- > Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (CTSO);
- > Verein OUESTRAIL;
- > Westschweizer Konferenz über das öffentliche Beschaffungswesen (CROMP).



#### 1.4 Streitfälle

Die Situation kann wie folgt zusammengefasst werden:

- > Es wurden 86 Beschwerden gegen Verfügungen der Gemeindebehörde zur Ortsplanung eingereicht.
- > Es gab 6 Beschwerden gegen Verfügungen der Gemeindebehörde zu Gemeindestrassenprojekten oder gegen Verfügungen des Amts für Umwelt.
- > Die RUBD behandelte 50 Beschwerden gegen Ortspläne.
- > 3 Gemeinden haben gegen die Verfügungen der RUBD zur Ortsplanung rekurriert.
- > Die RUBD behandelte 3 Beschwerden gegen Verfügungen zu Gemeindestrassenprojekten oder gegen Verfügungen des Amts für Umwelt.
- > Ende Jahr waren 84 Beschwerden im Zusammenhang mit Ortsplänen bei der RUBD hängig.
- > Darüber hinaus sind bei der RUBD 9 Beschwerden gegen Gemeindestrassenprojekte oder Verfügungen des Amts für Umwelt hängig.

Die Direktion verfolgt das Dossier der ehemaligen Verantwortlichen des ABA.

#### 1.5 Gesetzgebung

##### 1.5.1 Gesetze und Dekrete

- > Gesetz vom 7. Februar 2013 zur Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes (Änderung des Anhangs, Konkordanztabelle);
- > Dekret vom 19. März 2013 über einen zusätzlichen Verpflichtungskredit für die Sanierung gefährlicher Kreuzungen infolge der Projektanpassungen für die Knoten Fin-de-Jentes in Cressier und Chrüz in Tafers;
- > Dekret vom 20. Juni 2013 über den Erwerb einer Liegenschaft an der Route de Riaz in Bulle;
- > Dekret vom 20. Juni 2013 über einen zusätzlichen Verpflichtungskredit zur Finanzierung der Studien und Bauarbeiten für die Ortsdurchfahrt von Jaun;
- > Dekret vom 20. Juni 2013 über einen Verpflichtungskredit für die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs;
- > Gesetz vom 8. Oktober 2013 zur Umsetzung von Struktur- und Sparmassnahmen (Verkehr);
- > Dekret vom 14. November 2013 über einen Verpflichtungskredit zur Finanzierung von Studien und Landerwerb für die Kantonsstrassen in den Jahren 2014–2019 und die Aufhebung des Bahnübergangs in Givisiez.

---

### 1.5.2 Verordnungen und Reglemente

- > Reglement vom 4. Juni 2013 über belastete Standorte (AltlastR);
- > Verordnung vom 11. November 2013 zur Umsetzung von Struktur- und Sparmassnahmen (Verordnung 2 – Parkgebühren, Beiträge an Schulbauten).

## 2 Bau- und Raumplanungsamt

---

Das Amt wird von Frau Giancarla Papi geleitet.

### 2.1 Tätigkeit

Das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) koordiniert die Raumplanung auf kantonaler, regionaler und lokaler Ebene.

Im Kapitel der aussergewöhnlichen Tätigkeiten ist für 2013 die Einführung neuer Methoden für die Bearbeitung von Baubewilligungsgesuchen zu erwähnen.

#### 2.1.1 Mitarbeit in Kommissionen

Das Amt arbeitet in den folgenden Kommissionen mit:

- > Naturgefahrenkommission;
- > Beratende Raumplanungskommission;
- > Kommission für behindertengerechtes Bauen;
- > Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung.

### 2.2 Koordination, Verwaltung und Studien

#### 2.2.1 Allgemeines

Die Zusammenarbeit mit den Raumplanungämtern der Kantone Waadt und Bern sowie mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) wurde weiterverfolgt. Zudem stand das Amt über die Conférence des offices romands d'aménagement du territoire (CORAT) und der Kantonsplanerkonferenz (KPK) regelmässig in Kontakt mit den Raumplanungämtern der übrigen Kantone.

### 2.3 Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen

Das BRPA hat sich an den Arbeiten der in seinem Tätigkeitsbereich aktiven kantonalen, interkantonalen und nationalen Instanzen, Konferenzen und Kommissionen beteiligt.

#### 2.3.1 Informatik

Die Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) für die Umsetzung des Informatikkonzepts des BRPA wurde fortgesetzt.

Die Computerisierung des Amts betraf namentlich folgende Bereiche:

- > Pflege der Anwendung DATEC sowie Mitwirkung am Projekt HarmBat;
- > Migration aller Computer auf das Betriebssystem Windows Seven;
- > Leitung des Projekts InfoMAT für die Entwicklung einer Anwendung zur Verwaltung der Materialausbeutungen.

#### 2.3.2 Geomatik

Die Zusammenarbeit mit dem Amt für Vermessung und Geomatik und dessen GIS-Kompetenzzentrum wurde verstärkt. Dies zeigte sich insbesondere bei folgenden Dossiers:

- > Installation einer Kartenanwendung, um die Ortsplanungsverfahren zu begleiten;
- > Installation einer internen Anwendung, mit der die geologischen Sondierungen erfasst werden können;

- 
- > Erfassen der Geodaten, die für die Revision des Sachplans Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung nötig sind;
  - > Eingabe der Zonennutzungspläne (ZNP). Inzwischen sind alle ZNP elektronisch erfasst worden. Diese Daten werden nun laufend nachgeführt (bei jeder Genehmigung durch die RUBD und jedes Mal, wenn vektorisierte Daten für den Kataster zur Verfügung stehen).

## 2.4 Kantonalplanung

### 2.4.1 Richtplanung

Das Amt bereitete das Dossier für die Änderung der Themen «Gesamtverkehrskonzept» und «Öffentlicher Verkehr» des kantonalen Richtplans vor, das der Staatsrat dem Grossen Rat zur Information vorlegte.

Das BRPA hat mit der Revision des Sachplans Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung begonnen. Dabei werden namentlich die strategischen Sektoren integriert werden. Das Amt leitete zwei Studien im Zusammenhang mit der Umsetzung der kantonalen Bodenpolitik.

Für die Umsetzung des revidierten Raumplanungsgesetzes des Bundes begann das Amt mit den Arbeiten für die Überwachung der Bauzonen.

## 2.5 Regionalplanung

Auch dieses Jahr begleitete und unterstützte das BRPA die Regionen und Agglomerationen.

Die Arbeitshilfe für die Regionalplanung wurde überarbeitet. Ausserdem hat das Amt ein Dokument zur Sensibilisierung und Popularisierung verfasst. Diese Dokumente werden 2014 veröffentlicht und verteilt.

Das Amt hat eine Änderung des Richtplans für die Greyerzseeufer geprüft. Es hat die Vorprüfung des regionalen Richtplans für den Sensebezirk koordiniert.

## 2.6 Naturgefahren

Das BRPA führte in Zusammenarbeit mit der Naturgefahrenkommission (KNG) die Umsetzung der im kantonalen Richtplan festgelegten vorsorglichen Massnahmen in den Bereichen Raumplanung und Bauwesen weiter. Dazu gehören insbesondere:

- > die Berücksichtigung der Grundlagenstudien – namentlich der Gefahrenkarten – in der Gemeindeplanung (Ortsplan OP, Detailbebauungsplan DBP) und bei baupolizeilichen Arbeiten;
- > die systematische Prüfung aller Dossiers für OP, DBP oder Baubewilligungsgesuche unter dem Gesichtspunkt der Naturgefahren;
- > die Prüfung der von den Gesuchstellern eingereichten geologischen und geotechnischen Expertisen.

## 2.7 Ortsplanung

### 2.7.1 Ortspläne

Die RUBD genehmigte 8 OP-Gesamtrevisionen. Der RUBD wurden des Weiteren 35 geänderte OP und Gemeindebaureglemente (GBR) zur Genehmigung unterbreitet.

Es beurteilte 16 OP-Gesamtrevisionen sowie Änderungen von 32 OP (ZNP und GBR) im Rahmen einer Vorprüfung. Dazu kommen 18 Vorgesuche zu OP-Revisionen.

### 2.7.2 Detailbebauungspläne

Das Amt übermittelte der RUBD 21 (11 neue und 10 geänderte) Detailbebauungspläne (DBP) zur Genehmigung. 26 Dossiers wurden vorgeprüft. Darüber hinaus wurden 34 DBP aufgehoben (2 davon in einem eigenständigen Verfahren, 32 davon im Rahmen von Gesamtrevisionen).

Die RUBD genehmigte 6 Reglemente über den Tarif der Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben im Raumplanungs- und Bauwesen.

Dem ist anzufügen, dass die zur Genehmigung oder Vorprüfung unterbreiteten Dossiers auch auf deren Konformität zum neuen Baurecht, d. h. zum kantonalen Raumplanungs- und Baugesetz (RPBG) und zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) hin untersucht wurden. Die notwendigen

---

Anpassungen wurden in zahlreichen Sitzungen und Briefwechseln besprochen. Die 2013 bewilligten Dossiers entsprechen mehrheitlich noch nicht dem neuen kantonalen Recht.

## **2.8 Abteilung Bauwesen**

### **2.8.1 Baubewilligungen**

2013 gingen beim BRPA 3227 Baubewilligungsgesuche für Neubauten, Umbauten, Vergrösserungen, Renovierungen und Abbrüche ein. 2506 wurden an die Oberämter, 546 an die Gemeinden und 28 an den Bund weitergeleitet.

Auf Antrag des BRPA erteilte die RUBD 801 Sonderbewilligungen für Bauten oder Umbauten ausserhalb der Bauzone (Projekte in Verbindung mit der Landwirtschaft sowie andere Projekte) und für Deponien.

Im gleichen Zeitraum wurden 26 Sonderbewilligungen für nicht zonenkonforme Neubauten, Ausbauten, Umbauten oder Anlagen verweigert.

## **2.9 Beschwerden**

### **2.9.1 Entscheide der RUBD über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung**

2013 wurden 86 Beschwerden gegen Gemeindeentscheide eingereicht. Keine wurde zurückgezogen.

2013 traf die RUBD 50 Entscheide zu Beschwerden. Dagegen wurden 19 Beschwerden beim Kantonsgericht eingereicht.

Am 31. Dezember 2013 waren 84 Beschwerden bei der RUBD hängig.

### **2.9.2 Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide der RUBD über Bauten ausserhalb der Bauzone**

Beim Kantonsgericht wurden 10 Beschwerden gegen die Erteilung oder Verweigerung von Sonderbewilligungen durch die RUBD eingereicht.

### **2.9.3 Entscheide des Kantonsgerichts**

2013 behandelte das Kantonsgericht 7 Beschwerden gegen Entscheide der RUBD über die Raumplanung oder über Bauten ausserhalb der Bauzone: 2 Beschwerde wurden gutgeheissen, 5 wurden abgewiesen oder für unzulässig erklärt.

Darin nicht enthalten sind weitere Beschwerden, die zusammengefasst und in einem einzigen Entscheid behandelt wurden.

### **2.9.4 Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide der RUBD zu Genehmigungen von OP**

2013 reichten 3 Gemeinden beim Kantonsgericht Beschwerde gegen einen Entscheid der RUBD ein.

### **2.9.5 Entscheide der RUBD zu rechtswidrigen Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone**

Seit dem 1. Januar 2010 ist die RUBD bei widerrechtlichen Arbeiten ausserhalb der Bauzone dafür zuständig, die Frage der Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands zu prüfen. Die Oberämter (die bis anhin zuständige Behörde) übermittelten der Direktion die an diesem Stichtag noch offenen Dossiers.

Ende Dezember 2013 waren bei der RUBD 55 Dossiers wegen widerrechtlicher Arbeiten ausserhalb der Bauzone hängig.

Im Verlauf des Jahres erlies die Direktion in diesem Rahmen 14 Verfügungen (12 Entscheide in der Hauptsache).

## 3 Amt für Umwelt

Das Amt für Umwelt (AfU) setzt sich aus 6 Sektionen zusammen: Gewässerschutz; Abfall und Altlasten; Luftreinhaltung; Lärm und nichtionisierende Strahlung; UVP, Bodenschutz und Anlagensicherheit; Labor und Stoffe. Vorsteher des AfU ist Herr Marc Chardonens.

### 3.1 Tätigkeit

#### 3.1.1 Aussenbeziehungen

Das AfU arbeitet in mehreren kantonalen, interkantonalen und nationalen Konferenzen, Kommissionen, Verbänden und Arbeitsgruppen, die im Kompetenzbereich des AfU tätig sind, aktiv mit. Die bedeutendsten sind:

- > Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz (KVU), deren Vorsitz das Amt innehat;
- > Konferenz der Westschweizer Umwelt- und Gewässerschutzvorsteher (CREPE);
- > beratende Kommission für die Gewässerbewirtschaftung, für die das AfU das Sekretariat führt;
- > kantonale Kommission für Altlasten, für die das AfU das Sekretariat führt;
- > Eidgenössische Kommission für Lufthygiene;
- > Schweizerische Gesellschaft der Lufthygienefachleute (Cercle Air), deren Vorsitz das Amt innehat;
- > Vereinigung kantonaler Gewässerschutzchemiker und -limnologen (Cercle'eau), in deren Vorstand das Amt mitwirkt;
- > Vereinigung der Fachleute für Abfall und Ressourcen (Cercle déchets);
- > Kompetenznetzwerk der kantonalen Gewässerschutz- und Umweltschutzlaboratorien (Lab'Eaux);
- > Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Tessins für die Umweltverträglichkeitsprüfungen (grEIE), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
- > Verwaltungsrat der SAIDEF;
- > Verwaltungsrat des Zentrums für Sammlung und Identifizierung von Sonderabfällen (CRIDEC) in Eclépens.

Das Amt beteiligt sich in zahlreichen Querschnittstätigkeiten, in denen der Umweltschutz berücksichtigt werden muss, namentlich in den Bereichen Raumplanung, Mobilität, Landwirtschaft, Bevölkerungsschutz und Energie.

Es wirkte ausserdem in mehreren Arbeitsgruppen mit und machte eine Auslegeordnung seiner Bedürfnisse für das Verwaltungsgebäude in Givisiez, in das es 2015 zusammen mit dem Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW) und der Sektion Gewässer des Tiefbauamts (TBA) einziehen wird.

#### 3.1.2 Analyse von Dossiers und Koordination

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die vom AfU behandelten Dossiers.

	2013	2012
Baubewilligungen im ordentlichen Verfahren	3227	3441
Bewilligungen (Gemeinden, Strassen, andere)	808	711
OP / DBP	128	121

Die Koordination besteht vor allem darin, die Dossiers zu analysieren, zu sortieren und an die zuständigen Stellen zu verteilen, sowie die Gutachten zusammenzufassen. In den meisten Fällen sind in einem Dossier mehrere Bereiche betroffen (Gewässer, Lärm, Abfall usw.). So hat das Amt 2013 für die 3227 Baubewilligungsgesuche im ordentlichen Verfahren folgende Gutachten verfasst:

<b>Gutachten nach Bereich (Baugesuche im ordentlichen Verfahren)</b>	<b>Anzahl</b>
Lärm	1321
Abfall	1178
Siedlungsentwässerung (ohne Gutachten für Wohnhäuser im Bereich der öffentlichen Kanalisationen)	880
Grundwasser (davon 588 für Erdwärmesonden)	740
Luft	374
Tankanlagen	310
Landwirtschaft	296
Industrieabwasser	237
Belastete Standorte	163
UVP	118
StFV	105
NIS	83
Stoffe	38
Oberflächengewässer	24
Boden	20
<b>Total</b>	<b>5887</b>

Das Amt hat im Zusammenhang mit dem neuen Verfahren für die Behandlung von Baubewilligungsgesuchen, das vom BRPA und den Oberämtern definiert wurde, 10 spezifische Formulare und 7 fachliche Erläuterungen ausgearbeitet.

In diesem neuen Verfahren wird verlangt, dass systematisch die gefährlichen Stoffe in den Baumaterialien erhoben werden, bevor Abbruch-, Umbau- und Renovationsvorhaben bei Gebäuden unternommen werden, die älter als 1993 sind. In diesem Zusammenhang arbeitet das AfU mit dem Amt für den Arbeitsmarkt (AMA) zusammen.

### 3.1.3 Information

Die Information ist eine Aufgabe, die sich aus dem Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG) und dem Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG) herleitet. In diesem Jahr stehen folgende Informationstätigkeiten hervor:

- > Aufschaltung von zwei neuen Webauftritten ([www.fr.ch/boden](http://www.fr.ch/boden), [www.fr.ch/wasser](http://www.fr.ch/wasser)) und Nachführung der Seiten unter [www.fr.ch/afu](http://www.fr.ch/afu) und [www.fr.ch/pila](http://www.fr.ch/pila);
- > Einrichtung eines Newsfeeds auf den Websites des AfU, des Amts für Wald, Wild und Fischerei (WaldA) und der Kantonalen Gebäudeversicherung (KGV), um über Einsätze in Verschmutzungsfällen zu informieren;
- > Aufschaltung der [Karte der Einflussbereiche signifikanter Lärmquellen](#) auf dem Geoportal des Kantons Freiburg;
- > Start der Aktion zur Bekämpfung der Feinstaubbelastung zusammen mit Frimobil und dem Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS): 50 % Rabatt auf das Wochenabonnement von Frimobil zur Verminderung der Belastungsspitzen;
- > Mitwirkung bei der Aktion Frühjahrsputz (Reinigung und Aufwertung der öffentlichen Räume sowie Sensibilisierung bezüglich Abfallverwertung und Umgang mit Rohstoffen) in 32 Freiburger Gemeinden;
- > Verwirklichung eines USB-Schlüssels mit einem PDF-Dokument, das Verweise zu den neuen Vollzugshilfen und Formularen im Bereich Grundstücksentwässerung enthält; damit werden die Architekten, Ingenieure und Gemeinden bei der Anwendung der einschlägigen Gesetzgebung unterstützt;
- > Ausarbeitung mit der Plattform der kantonalen Energie- und Umweltfachstellen ([www.energie-umwelt.ch](http://www.energie-umwelt.ch)) des pädagogischen Lehrmittels «Kostbarkeit Wasser!», das den OS des Kantons übermittelt wurde;
- > Veröffentlichung eines Informationsbulletins über die Umsetzung des kantonalen Gewässergesetzes und eines Berichts über die Stickstoffdioxidmessungen;
- > 3 Medienkonferenzen bzw. Medienorientierungen (Ergebnisse der Bodenanalysen in der Stadt Freiburg, am 20. Februar 2013; letzte Phase der Vorbereitungen für die Sanierung der Deponie La Pila, 11. September 2013; Vernehmlassung zum Entwurf für die Abgrenzung der Einzugsgebiete, 16. Dezember 2013) sowie 5 Medienmitteilungen.

### 3.1.4 Schulung

2013 hat das Amt verschiedene Ausbildungen und Kurse durchgeführt, insbesondere für MilchtechnologInnen und -technolog, PolizeiaspirantInnen und -aspiranten, StudentInnen und Studenten der HTA-FR sowie für deutschsprachige GemeindeschreiberInnen und -schreiber.

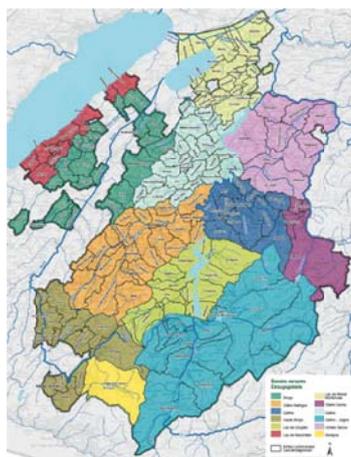
### 3.1.5 Unterstützungsdienst bei Verschmutzungen (UDV)

Bei Umweltverschmutzungen unterstützt und berät das AfU die Einsatzdienste sowohl im Ereignisfall als auch bei drohenden bzw. sich abzeichnenden Gewässer- und Bodenverschmutzungen. Dieser Dienst wird von 18 Personen, 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr, sichergestellt.

Verschmutzungsarten	Anzahl	%
Kohlenwasserstoffe	21	32
Landwirtschaft	17	26
Chemische Stoffe	14	21
Brand	8	12
Übrige (Bohrungen, Pannen)	5	8
Explosion	1	1
<b>Total</b>	<b>66</b>	<b>100</b>

## Gewässerschutz

### 3.1.6 Kantonale Planung



Mit dem kantonalen Gewässergesetz (GewG), das am 1. Januar 2011 in Kraft trat, wurde das Prinzip der gesamtheitlichen Gewässerbewirtschaftung auf Ebene der Einzugsgebiete eingeführt. Die Perimeter der Einzugsgebiete, innerhalb derer die Gemeinden zusammenarbeiten werden, sollen vor Ende 2014 formell vom Staatsrat festgelegt werden.

Das Amt für Umwelt und die Oberamtmänner luden im September und Oktober 2013 die Gemeinden zu Informationsveranstaltungen in den Bezirken ein. Der Entwurf für die Abgrenzung der Einzugsgebiete wurde Mitte Dezember 2013 bei den Gemeinden, Verbänden und betroffenen Instanzen in die Vernehmlassung gegeben.

Der Staat muss zudem bis Ende 2014 über Sachpläne die allgemeine Politik für die Gewässerbewirtschaftung definieren. Das Amt hat die Pflichtenhefte für die Ausarbeitung dieser Sachpläne mit den kurz- und langfristigen Zielen ausgearbeitet.

Um gute Lösungen zur Abgleichung der Planung und der Umsetzung von Massnahmen in angrenzenden Einzugsgebieten zu finden, müssen die Nachbarkantone zusammenarbeiten. Für bestimmte Grundlagenerhebungen gibt es bereits eine Koordination zwischen Kantonen (z. B. Regionalisierung der Abwasserreinigung). Die Projektgruppe informierte 2013 die Kantone Waadt und Bern über die bisherigen Arbeiten.

### 3.1.7 Ableitung und Reinigung von Abwasser

#### 3.1.7.1 Subventionierung

2013 wurde keine Bundessubvention ausgerichtet. Die Gesuche um kantonale Beiträge für 25 Projekte zur Einrichtung des Trennsystems beliefen sich auf zirka 450 000 Franken. Das bisher geltende Beitragssystem läuft aus. Nur noch wenige Projekte können allenfalls in den Genuss von Beiträgen kommen (2 Abwasserreinigungsanlagen ARA, 8 generelle Entwässerungspläne GEP und 4 Projekte für die Einrichtung des Trennsystems).

#### 3.1.7.2 Grundlagen

Im Bereich der Abwasserableitung und -reinigung müssen nun insbesondere die Perimeter bestimmt werden, in denen mittelfristig eine zentrale Abwasserreinigung sinnvoll ist. In diesem Zusammenhang muss die Analyse der Möglichkeiten für eine Abwasserreinigung auf regionaler Ebene für das Seeland (in Zusammenarbeit mit den

---

Kantonen Bern und Neuenburg), für die Mittlere und Obere Broye (in Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt) sowie für die Untere Saane und Haute Gruyère erwähnt werden. Parallel dazu wurde eine Studie für die Planung der Mikroverunreinigungsbehandlung auf kantonaler Ebene lanciert.

### 3.1.7.3 Gemeindeplanungen und -reglemente

Das Amt prüfte rund zwanzig Gesuche für die Änderung von Reglementen über die Ableitung und Reinigung des Abwassers. Ende 2013 verfügten 87 Gemeinden (53 % aller Freiburger Gemeinden) über Reglemente und Gebühren, die dem Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer entsprechen.

2013 übermittelte das Amt den Gemeinden, Gemeindeverbänden und betroffenen Ingenieurbüros Stellungnahmen zu 45 GEP-Dossiers. 4 Dossiers wurden von der RUBD genehmigt.

### 3.1.7.4 Abwasserreinigung

Auch 2013 stand das Amt den Betreibern der 27 ARA im Kanton mit Rat und Tat zur Seite, damit die in der Gewässerschutzverordnung des Bundes (GSchV) definierten Wirkungsgrade und Normen für die abgeleiteten Mengen und Konzentrationen von Stoffen eingehalten werden. Das AfU intervenierte insbesondere im Zusammenhang mit Vergrösserungen, Sanierungen oder Betriebsstörungen von Anlagen.

Um seinem Überwachungsauftrag nach GSchV gerecht zu werden, prüft es in regelmässigen Abständen die Qualität des Abwassers und des Klärschlammes. Den Betreibern und übergeordneten Instanzen wurden die Analyseergebnisse übermittelt; zusammenfassend kann Folgendes festgehalten werden:

- > 24 ARA funktionieren gut bis ausgezeichnet.
- > 3 ARA funktionieren zufriedenstellend; über kurz oder lang werden die Anlagen ausgebaut oder angepasst werden müssen oder es werden Massnahmen zur Verringerung der zugeführten Last getroffen werden müssen.

Um die Kontrolle der ARA bzw. deren Betrieb sowie die Beratung der Betreiber zu verbessern, kaufte das Amt eine neue Software namens «Clarius». Die Übertragung der Daten vom alten System auf das neue ist für 2014 vorgesehen.

### 3.1.7.5 Industrie und Gewerbe

Bis heute wurden 2492 Betriebe in die Datenbank für Industrie, Gewerbe und Autobranchen eingegeben, mit der die Anlagen unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung der Gewässerschutzvorschriften verwaltet und verfolgt werden können. In diesem Zusammenhang wurden die technischen Daten der Anlagen von rund 300 Unternehmen aktualisiert.

Im Bereich Überwachung und Kontrollen für den Gewässerschutz unternahm das Amt Folgendes:

- > Kontrolle der Inbetriebnahme von 23 neuen privaten Anlagen nach einer Gewässerverschmutzung;
- > Kontrolle von 112 Unternehmen im Rahmen der Nachführung der Industrieabwasser-Kataster in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und interkommunalen Abwasserverbänden; dabei wurden namentlich die prioritären Kataster der AIPG (ARA von Bussy) und der AESC (ARA von Pensier) aktiviert;
- > Bewertung der Analyseergebnisse und der für die ARA massgeblichen Schadstoffbelastung von 12 Unternehmen;
- > Anforderung von Prüfberichten für 3 neue Chemietanks, um sicherzustellen, dass die Anlagen den Regeln der Technik entsprechen;
- > Inspektion von 13 Betrieben der Automobilbranche für den Erhalt von Berufsschildern gestützt auf den vom ASS verlangten Konformitätsbericht;
- > Verwirklichung einer Expertise über die Dampfreinigung von Autos, um infolge einer Anfrage der Sektion Freiburg des AGV (Auto Gewerbe Verband Schweiz) die Qualität des Schmutzabwassers zu kontrollieren;
- > Kontrolle der Abwasserbewirtschaftung auf 6 grossen Baustellen.

### 3.1.7.6 Landwirtschaft

Am 1. November 2013 traten die neuen internen Weisungen der RUBD und der ILFD an die Stelle der Weisungen vom 1. September 2012 über das Ausbringen von Hofdünger und die Zwischenlagerung von Mist. Im Jahr 2013 behandelte das AfU 40 Fälle von unzulässiger Hofdüngerausbringung.

### 3.1.8 Schadstoffe

Ende 2013 waren 49 401 Tankanlagen mit einer Gesamtkapazität von 518 397 603 Litern im Register eingetragen. Um die Einhaltung des geltenden Rechts sicherzustellen, hat das Amt:



- > 2295 Dossiers mit Kontrollaufforderungen vorbereitet, behandelt und den Gemeinden für die Weiterleitung an die Eigentümer übermittelt;
- > 1674 Tankanlagen revidiert und registriert;
- > 280 Tanks ausser Betrieb gesetzt, weil sie undicht waren, weil ein neues Heizsystem eingebaut wurde oder weil die Anlagen andere Mängel besaßen;
- > 579 Dossiers behandelt, damit die Gemeinden Eigentümern Mahnungen verschicken konnten; derzeit sind 187 Mahnungen in Bearbeitung beim AfU;
- > 1221 Kontrollberichte über Leckerkennungsgeräte behandelt; für 549 Geräte wurden den Eigentümern eine Mahnung verschickt; 61 Eigentümer haben nicht reagiert;
- > 23 Besitzern die Revision von Tankanlagen in einer Grundwasserschutzzone S3 angeordnet und 8 Mahnungen für Tankanlagen verschickt, die 2012 nicht kontrolliert worden waren;
- > 2 Tankrevisionsunternehmen geprüft;
- > 152 der 857 einwandigen erdverlegten Tanks, die im Kanton Freiburg bis zum 31. Dezember 2014 saniert werden müssen, saniert (Ausserbetriebnahme oder Einbau einer zweiten Wand); den Besitzern dieser Anlagen wurden die notwendigen Verfügungen zugestellt;
- > 42 Anlagen infolge einer Anfechtung der Sanierungsmassnahmen, die von den Revisionsunternehmen vorgeschlagen worden waren, begutachtet.

Die Vollzugshilfen für Anlagen zur Lagerung von wassergefährdenden Flüssigkeiten in überflutbaren Zonen wurden verwirklicht. Dadurch haben die betroffenen Besitzer die nötigen Informationen für die Sanierung ihrer Tankanlagen (Grundsatz der Selbstverantwortung). Die Bestimmung der Besitzer von Tanks in Hochwasserzonen (Voralpenregion) und die Änderung der Datenbank sind abgeschlossen. 25 Anlagen befinden sich in stark gefährdeten Gebieten, 51 in einer Zone mit mittlerer Gefährdung. Für diese Anlagen sind Ortsbegehungen nötig. Zudem müssen die Eigentümer informiert werden.

### 3.1.9 Grundwasser

#### 3.1.9.1 Karten der Gewässerschutzbereiche

Die Generalaktualisierung der Gewässerschutzbereich-Karten wird fortgeführt. Dieses Jahr wurden sämtliche Grundwasserschutzzonen und -areale nachgeführt.

#### 3.1.9.2 Grundwasserschutzzonen (Zonen S)

Die Situation in diesem Bereich kann wie folgt zusammengefasst werden:

- > 130 Zonen S wurden genehmigt, 6 davon im Jahr 2013;
- > 152 Zonen S müssen noch genehmigt werden.

#### 3.1.9.3 Zuströmbereiche (Sektoren Zu)

Verschiedene Geologiebüros führten hydrogeologische Studien für die Zuströmbereiche der Quellen Vau de Praz (Gemeinde Bas-Vully) und Abbaye de Hauterive durch. Die Studienaufträge für die Zuströmbereiche der Quellen Gertholz (Bösingen) und Moulin de Prez (Prez-vers-Noréaz) wurden 2013 abgeschlossen.

#### 3.1.9.4 Kiesgruben, Materialausbeutungen und geothermische Sonden

Um das Baubewilligungsverfahren für geothermische Sonden zu vereinfachen, wird derzeit eine Karte ausgearbeitet, in der angegeben ist, in welchen Zonen solche Sonden grundsätzlich erlaubt oder verboten sind bzw. speziellen Bedingungen unterstehen.

### 3.1.9.5 NAQUA, Beobachtung der Grundwasserqualität

Die Überwachung der Grundwasserqualität in Zusammenarbeit mit dem BAFU, die 2002 begann, wurde weitergeführt, indem insbesondere gezielte Studien über bestimmte Mikroverschmutzer (Pestizide) in das Projekt aufgenommen wurden. Es handelt sich dabei um ein Projekt auf nationaler Ebene namens NAQUA, für das jährlich 4 Messkampagnen in 15 Freiburger Messstationen durchgeführt werden, die auf dem Kantonsgebiet gemäss hydrogeologischer Besonderheit der Trinkwasserreserven verteilt sind. Die Arbeiten werden vom Bund subventioniert.

### 3.1.9.6 Bewirtschaftung der Grundwasser

Die Karstaquifere der Freiburger Voralpen wurden modelliert, wodurch das Grundwasser besser geschützt werden kann.

### 3.1.10 Oberflächengewässer

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Bern, Neuenburg und Freiburg für die Beobachtung und Analyse der Wasserqualität in den Seen des Mittellands nahm das AfU 12 Proben im Murtensee. Das Amt beteiligte sich auch aktiv an den Messkampagnen im Neuenburger- und Bielersee (mehr dazu unter [www.die3seen.ch](http://www.die3seen.ch)).

In Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt und den Landwirtschaftsämtern Waadts und Freiburgs beteiligt sich das AfU über die Suche nach den Phosphorquellen im Einzugsgebiet und nach möglichen Lösungen für eine Reduzierung des Phosphoreintrags aktiv an der Sanierung des Murtensees. Die Analyse der Wasserqualität in den Zuflüssen des Murtensees (Arbogne, Broye, Chandon, Kleine Glane) und des Neuenburgersees (Broyekanal) wurde weiterverfolgt. Dabei wurden auch die Ableitungen der ARA von Murten, die sich im betroffenen Einzugsgebiet befindet, einer Qualitätskontrolle unterzogen.

Ferner setzte das AfU die Kontrolle der Wasserqualität im Greyerzer- und Schiffensee fort.

Das Amt führte zudem sein neues Konzept für das Monitoring der Fliessgewässer fort, das eine fachübergreifende und einzugsgebietsspezifische Herangehensweise erlaubt. In diesem Rahmen wurden chemische, biologische und morphologische Untersuchungen der Fliessgewässer Untere Saane, La Sonnaz und Ärgera durchgeführt.

## 3.2 Labor

### 3.2.1 Akkreditierung nach ISO 17025

Im Rahmen des Qualitätsmanagement-Systems führte das AfU verschiedene Ringanalyse-Serien durch (Reinabwasser, Schmutzabwasser, Klärschlamm, adsorbierbare Halogenverbindungen, Pestizide, Sauerstoffsonden).

### 3.2.2 Interkantonale Zusammenarbeit

Das AfU nimmt am Netzwerk der Gruppierung der Gewässer- und Umweltschutzlaboratorien (Lab'Eaux Sektion Westschweiz) teil. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit bearbeitete das Amt 157 Proben. Im Gegenzug gab es den Partnerlaboratorien 244 Proben für spezifische Analysen, für die es nicht über die notwendigen Instrumente verfügte.

### 3.2.3 Analysen

Das AfU hat die folgenden Analysen durchgeführt:

	Anz. Proben	Anz. Analysen
Grundwasser	539	4 232
Oberflächengewässer (Seen, Fliessgewässer)	284	10 068
ARA (Wasser beim Zulauf und beim Auslauf, Klärschlamm)	640	4 396
Industrie und Gewerbe (Schmutzabwasser)	24	41
Deponien (Grundwasser und Eluate)	127	1 076
Verschmutzungen	53	336
Übrige (Kompetenznetzwerk Lab'Eaux, Qualitätssicherung usw.)	240	1 245
<b>Total</b>	<b>1 907</b>	<b>21 394</b>

Das Labor erlaubt es dem Amt, den qualitativen Zustand der Umwelt zu erfassen und dessen Entwicklung zu verfolgen. Mit der Abdeckung des gesamten Prozesses – vom Analysegesuch, über die Probenahme bis zur Validierung und Interpretation der Ergebnisse – können Effizienz und Qualität gewährleistet werden. Die Analysresultate sind in den verschiedenen Kapiteln in knapper Form aufgelistet.

### 3.3 Stoffe

Die kantonalen Bestimmungen über den Vollzug des neuen Chemikalienrechts fehlen weiterhin. In Ermangelung einer Verordnung, die die Aufteilung der im ChemG vorgesehenen Aufgaben festlegt, nahm das Amt innerhalb seiner Kompetenzen an den Aktivitäten der Chemsuisse (Zusammenschluss von Vertretern der kantonalen Fachstellen für Chemikalien, die für die kantonalen Vollzugsaufgaben des Chemikalienrechts zuständig sind) teil.

Das Amt hat 48 Bewilligungen für den Einsatz von Kältemitteln erteilt.

### 3.4 Luftreinhaltung

#### 3.4.1 Emissionskontrolle

Das Amt überwacht die Einhaltung der Emissionsbegrenzungen nach der Luftreinhalte-Verordnung des Bundes (LRV). Hierfür müssen die betroffenen stationären Anlagen kontrolliert werden, wobei 10 Kontrollen von privaten Laboratorien durchgeführt wurden. Die Ergebnisse der im Jahr 2013 vom Amt durchgeführten Messungen sind nachstehend aufgeführt:

Emissionsmessungen	Anzahl	konform	nicht konform	
			Einstellung	Sanierung
Holzfeuerungsanlagen	28	12	6	10
Motoren (Wärmekraftkopplung)	3	1	2	
Kleiderreinigung (Perchloroethylen)	1		1	
Industriefeuerungen	5	3	2	
Übrige Anlagen	2	2		
<b>Total</b>	<b>39</b>	<b>18</b>	<b>11</b>	<b>10</b>

Grund für die hohe Zahl der sanierungsbedürftigen Holzfeuerungen ist der strengere Grenzwert für partikelförmige Stoffe, der mit der Revision der LRV von 2007 eingeführt wurde. In der Regel muss für die Sanierung ein System zur Rauchgasreinigung (z. B. Elektrofilter) eingerichtet werden. Die kleinen Holzfeuerungen (< 75 kW), von denen es im Kanton mehrere Tausend gibt, werden mangels Mittel nicht überwacht.

Die Kaminfeger haben 17 200 Öl- und Gashausfeuerungen kontrolliert. Im Verlauf des Jahres 2013 musste in 121 Fällen eine Frist zur Sanierung der Feuerung angeordnet werden. Damit gab es Ende 2013 insgesamt 5557 sanierungsbedürftige Anlagen (Ende 2012 waren es noch 6280 gewesen). 2013 wurden 844 Heizungsanlagen saniert oder ausser Betrieb genommen.

Das Amt nahm 5 Klagen über Geruchsemissionen entgegen, wovon einige noch in Behandlung sind. Es handelt sich dabei um Fälle, die von den Gemeindebehörden nicht geregelt werden konnten.

Das AfU begleitet die von der Bundesverordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) betroffenen Unternehmen des Kantons. Es hat die Massnahmenpläne zur Verminderung der Emissionen beurteilt, die 2 Unternehmen für eine Abgabebefreiung ausgearbeitet haben. Die Bilanz der flüchtigen organischen Verbindungen von 14 Unternehmen wurde überprüft und nach Ausführung der nötigen Anpassungen und Korrekturen der Eidgenössischen Oberzolldirektion zwecks Entschädigung oder Verrechnung zugestellt.

### 3.4.2 Immissionsüberwachung

Das AfU betreibt weiterhin eine ständige Station für Immissionsmessungen an der Route de la Fonderie 2 in Freiburg. Zudem wurden 2 Messwagen wie folgt eingesetzt:

- > Messung der Schadstoffbelastung im Burgquartier in Freiburg;
- > Messung der Schadstoffbelastung entlang der Rue de Vevey in Bulle.

Das Netz der Stickstoffdioxid-Passivsammler umfasste 26 Standorte in den Gemeinden Bulle, Châtel-Saint-Denis, Misery-Courtion, Düdingen, Estavayer-le-Lac, Freiburg, Givisiez, Granges-Paccot, Kerzers, Murten, Romont, Villars-sur-Glâne und Vuisternens-en-Ogoz.



Die Ammoniakmessungen (NH<sub>3</sub>) erfolgten an 2 der oben erwähnten Standorte sowie auf einer Waldbeobachtungsfläche (vom WaldA finanziert).

Die kritischen Schadstoffe sind weiterhin Stickstoffdioxid, Ozon und der Feinstaub. Für diese Stoffe werden die Grenzwerte nach LRV regelmässig überschritten. Zur Ammoniakkonzentration, die seit 2006 gemessen wird, ist zu sagen, dass die Höchstwerte für den Schutz der empfindlichen Vegetation vor direkten und chronischen Auswirkungen ebenfalls überschritten wurden.

### 3.5 Lärmschutz

Die Arbeit des AfU konzentrierte sich im Bereich Lärmschutz auch dieses Jahr vor allem auf die Umsetzung des Vorsorgeprinzips.

Die Haupt- und Kantonsstrassen, für die das TBA verantwortlich ist, und die Gemeindestrassen, für welche die Gemeinden verantwortlich sind, müssen bis am 31. März 2018 lärmsaniert werden. Die entsprechenden Arbeiten, die 2008 begannen, werden in den 4 Jahren, in denen der Bund noch Beiträge entrichten wird, verstärkt werden. Im Rahmen der LSV bzw. der zweiten Programmvereinbarung (2012–2015), die Massnahmen für rund 26 Millionen Franken vorsieht, wird der Bund Beiträge von insgesamt 8 Millionen Franken auszahlen. Das AfU koordiniert die Massnahmen für den Strassenlärmschutz.



Zur Sanierung der vom Schienenverkehr erzeugten Lärmbelastung ist zu sagen, dass der Bund vor dem Abschluss der Errichtung von Lärmschutzwänden steht. Das Amt verwaltet im Auftrag des Bundes den Ersatz der Fenster auf den Häuserfassaden, bei denen die Immissionen zu hoch sind.

Das Problem des Lärms, der durch Wärmepumpen erzeugt wird, hat sich weiter verschärft (neue Anlagen, Sanierung, Beschwerden). Das AfU hat eine Vollzugshilfe für Luft-Wasser-Wärmepumpen, Klimageräte und ähnliche Systeme veröffentlicht.

### 3.6 Nichtionisierende Strahlung (NIS)

Der Grossteil der Arbeit in diesem Bereich betrifft die Mobiltelefonie (Ausbau von bestehenden Anlagen für die UMTS-Norm).

Das Amt hat 8 Gesuche für Kontrollmessungen behandelt. Die gemessenen Werte lagen in allen Fällen deutlich unter den geltenden Grenzwerten.

### 3.7 Umweltverträglichkeitsprüfungen

Das AfU engagierte sich in folgenden Bereichen:

- > Begleitung bei der Ausarbeitung von Berichten zur Umweltverträglichkeit;
- > Auswertung und Stellungnahme des Amtes im Zusammenhang mit Voruntersuchungen, Berichten und Kurzberichten zur Umweltverträglichkeit, einschliesslich Koordinationsmassnahmen mit anderen Behörden auf

- 
- Kantons- und Bundesebene (8 Umweltverträglichkeitsberichte, 6 Berichte zu Voruntersuchungen mit Pflichtenheft für die Hauptstudie);
- > Koordination der Baustellenbegleitung und ökologische Abnahme der Umweltschutzmassnahmen für das Poyaprojekt, die Lehmgrube Wallenried sowie für die Baustellen UCB Farchim (Bulle), Nespresso (Romont) und Lidl (Sévaz);
  - > Vorsitz der technischen Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Ausgleichsmassnahmen für die A1 (Verwaltung der Ausgleichsmassnahmen).

### 3.8 Bodenschutz

Das AfU engagierte sich in folgenden Bereichen:

- > Verwaltung des kantonalen Bodenschutzkonzepts, allgemeine Koordination und Leitung der Bodenschutzmassnahmen im Kanton;
- > Rückblick auf die Tätigkeit der Koordinationsgruppe für den Bodenschutz (KGBö) in den letzten 10 Jahren;
- > Mitarbeit bei der Organisation der Bodenbeobachtung (25 Jahre Bodenbeobachtungsnetz FRIBO);
- > Begleitung der Analysen von städtischen Böden (Fortsetzung und Beginn des 3. Probenahme- und Analysezyklus an den Standorten des kantonalen Bodenbeobachtungsnetzes FRIBO);
- > Fortsetzung der Bodenanalysekampagne in der Stadt Freiburg mit Probenahmen an 10 neuen Standorten in der Stadt Freiburg (Gemüsegeräten) und ergänzenden Probenahmen auf 3 Standorten von 2012;
- > Zusatzmessungen für die Analyse der landwirtschaftlichen Böden in der Nähe der Industriezone im Osten von Romont;
- > Digitalisierung aller Daten der 640 Bodenprofile im Kanton Freiburg;
- > Bodenkundliche Begleitung der bedeutenden Baustellen.



### 3.9 Biologische Sicherheit

Das AfU bearbeitete die Zustellungs- und Genehmigungsgesuche im Bereich der biologischen Sicherheit. Es äusserte sich zu 2 Projekten mit Verwendung von Organismen in geschlossenen Systemen der Klasse 1 und 2. Damit gibt es insgesamt 56 solche Projekte an 14 Standorten. Der Kanton hat nun sein erstes Laboratorium der Klasse 3; dieses wird gegenwärtig inspiziert.

### 3.10 Schutz vor Störfällen

Im Rahmen der Bundesverordnung über den Schutz vor Störfällen (StFV) nahm das AfU eine Bewertung von 6 stationären Anlagen vor.

Um eine Lösung für die Gashochdruckleitung in der Industriezone in Givisiez zu finden, arbeitete das Amt in Anwendung der Entscheide des BFE aktiv in 2 Arbeitsgruppen mit, die den Auftrag haben, eine Versetzung des Trassees oder eine Tieferlegung der Leitung zu prüfen. Die Teilnahme des AfU wurde jedoch wegen einer Unvereinbarkeit mit der Politik des Kantons abgebrochen. In der Zwischenzeit werden die Baubewilligungsdossiers positiv beurteilt, da der Inhaber der Gashochdruckleitung das Risiko tragen muss.

2013 hat das Amt zusammen mit einem Experten des Arbeitsinspektorats alle im Kanton tätigen Händler von gefährlichen landwirtschaftlichen Stoffen inspiziert, wodurch die Anlagen bestimmt werden konnten, die nach wie vor der StFV unterstehen.

2013 kam die kantonale Koordinationsgruppe für Störfälle (KOST) 7-mal zusammen.

### 3.11 Abfall

#### 3.11.1 Siedlungsabfälle

Die Siedlungsabfälle umfassen die aus Haushalten stammenden Abfälle sowie andere Abfälle vergleichbarer Zusammensetzung. Laut Erhebungen von 2013 haben die Freiburger Gemeinden im Jahr 2012 insgesamt 116 869 t Siedlungsabfälle eingesammelt.

<b>Zusammensetzung</b>	<b>Gewicht (in t)</b>
Hauskehricht ohne die von den Unternehmen in der SAIDEF deponierten Abfälle	40 511
Kompostierbare Abfälle	31 530
Papier	21 273
Glas	11 899
Sperrmüll	8 300
Metalle	3 356
<b>Total</b>	<b>116 869</b>

Die kompostierbaren Abfälle, das Papier, das Altglas und die Metalle werden der Verwertung zugeführt.

### 3.11.2 Sonderabfälle aus Haushalten

In den dafür eingerichteten 10 Sammelzentren wurden 2013 insgesamt 57 877 kg Sonderabfälle aus Haushalten gesammelt. Diese Menge nimmt seit 2009 kontinuierlich zu.

<b>Zusammensetzung</b>	<b>Gewicht (in kg)</b>
Lösungsmittelfreie Farben	21 561
Lösungsmittelhaltige Farben	15 902
Medikamente	9 511
Übrige	10 903
<b>Total</b>	<b>57 877</b>

Nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Freiburg haben Zugang zu einem Sammelzentrum. Gegenwärtig wird deshalb das System revidiert.

### 3.11.3 Sonderabfälle und andere kontrollpflichtige Abfälle

Die vierteljährlichen Statistiken über die von den Freiburger Entsorgungsunternehmen akzeptierten Sonderabfälle und anderen kontrollpflichtigen Abfälle wurden gemäss der Bundesverordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) nachgeführt. In diesem Jahr konnte zum ersten Mal eine vollständige und gemäss Vorgaben der VeVA zusammengestellte Jahresstatistik der kontrollpflichtigen Abfälle dem BAFU übermittelt werden.

### 3.11.4 Baustellenabfälle

Die von der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK) beauftragten Inspektoren haben in diesem Jahr 613 Kontrollen der Abfallbewirtschaftung auf den Baustellen durchgeführt. Das Amt ist in der Kommission für die Abfallbewirtschaftung der KBWK vertreten.

Ausserdem wurde die chemische Zusammensetzung des Aushubmaterials analysiert, das in Inertstoffdeponien für ausschliesslich unverschmutztes Aushubmaterial (ID-AM) und in Kiesgruben deponiert wurde.

### 3.11.5 Abfallanlagen

Die Kontroll- und Aufsichtstätigkeiten im Zusammenhang mit den Abfallanlagen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- > Das Amt kontrollierte die Kehrichtverbrennungsanlage der SAIDEF (2 allgemeine Betriebskontrollen) und unternahm für spezifische Fragen (Reinigungen bei einer Revision, Behandlung von Spezialabfällen, Begleitung von Bauprojekten usw.) mehrere Ortsbegehungen. In diesem Zusammenhang muss die Inbetriebnahme einer zweiten Abfallmulde, die eine systematische Zerkleinerung ermöglicht, erwähnt werden.
- > Das AfU kontrollierte den Betrieb der Reaktordeponie in Hauterive und führte verschiedene Ortsbegehungen zur Analyse spezifischer Probleme durch.
- > Die 8 Inertstoffdeponien (ID) in Alterswil, Granges-de-Vesin, Hauterive, La Roche, Montagny, Montet (Glâne), Wallenried und Le Glèbe) wurden kontrolliert. In 2 Messkampagnen wurden insbesondere die Eluate der Deponien sowie die Grundwasser ober- und unterhalb der ID analysiert. Diese Kontrollen entsprechen den Vorgaben der TVA. Für das Dossier der ID von Montet war eine besondere Begleitung und Nachkontrolle nötig,

namentlich um sicherzustellen, dass die Etappe 4 den Normen entspricht (hierfür musste eine bedeutende Menge Material zur neuen Etappe 5 versetzt werden).

- > Das AfU kontrollierte den Betrieb des Unternehmens Ecosor in Châtel-Saint-Denis, das in der Behandlung von belastetem Erd- und Aushubmaterial spezialisiert ist.

Sämtliche Vergärungs- und Kompostieranlagen wurden von externen Organen – d. h. vom Inspektorat der Kompostier- und Vergärbranche der Schweiz sowie von der IG Qualitätskompost Bern-Freiburg – kontrolliert. Die Beschwerde des Betreibers der Kompostierungsanlage Le Gibloux gegen den Entscheid der RUBD, die Betriebsbewilligung Anfang 2012 nicht zu erneuern, wurde vom Kantonsgericht am 8. Februar 2013 abgewiesen. Der Betreiber zog den Fall darauf bis vor das Bundesgericht, das die Beschwerde am 14. Mai 2013 ebenfalls abwies.

Unter der Leitung des BRPA wurde die Anwendung InfomatDesktop zur Verwaltung der Deponien und Materialabbaustellen verwirklicht. Damit können auch die Daten der Unternehmen verwaltet werden. Ausserdem ist eine Web-Schnittstelle (InfomatWeb) in Entwicklung.

### 3.11.5.1 Erteilung von Bewilligungen

Sämtliche Abfallanlagen sind nach dem kantonalen Gesetz über die Abfallbewirtschaftung (ABG), der Technischen Verordnung des Bundes über Abfälle (TVA) und der Bundesverordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) bewilligungspflichtig. Das AfU bereitete die entsprechenden Bewilligungen (2013 waren es 31) vor; diese gelten für jeweils höchstens fünf Jahre. Für die folgenden Anlagen wurden 2013 eine oder mehrere Bewilligungen erteilt: Reaktordeponie von Châtillon, 2 ID, 3 ID-AM, 2 Anlagen für die Verwertung von Inertstoffen, 3 Kompostierungsanlagen, 2 Sortieranlagen, 1 Vergärungsanlage, 1 Anlage für die Verwertung von Elektronikschrott, 2 Entsorgungsunternehmen für Sonderabfälle.

### 3.11.6 Gemeindereglemente

Die RUBD hat die neuen Abfallreglemente von 11 Gemeinden genehmigt.

## 3.12 Belastete Standorte

### 3.12.1 Verwaltung des Katasters

Ende 2013 waren 1136 belastete Standorte im Kataster der belasteten Standorte des Kantons Freiburg eingetragen.

	Im Kataster eingetragen	Untersuchun- gen nötig	Untersuch. abgeschlossen	Resultat der Untersuchungen		
				Sanierungs- bedürftig	Überwachungs- bedürftig	Keine Bedürftigkeit
Deponien	472	200	38	10	17	11
Betriebsstandorte	529	125	35	11	6	18
Schiessanlagen	135					

Bis heute wurden 47 belastete Standorte bei Schiessanlagen saniert (11 davon im Jahr 2013). 36 davon konnten aus dem Kataster gestrichen werden (9 im Jahr 2013). 5 Schiessanlagen, die saniert sind und noch benutzt werden, werden vor der Wiederaufnahme des Schiessbetriebs mit künstlichen Kugelfängen ausgestattet werden.

Das Amt stellte 53 Bescheinigungen aus, aus denen hervorgeht, ob eine Parzelle im Einflussbereich eines belasteten Standorts liegt oder nicht.

Das Amt bereitete infolge einer Einsprache gegen den Eintrag einer Parzelle in den Kataster, einer Verfügung über die Kostenaufteilung und 3 Sanierungsverfügungen für Schiessanlagen eine Feststellungsverfügung zuhanden der RUBD vor.

Mit der Unterstützung des ITA will das AfU ein Computerprogramm für die Verwaltung des Katasters der belasteten Standorte erwerben.

### 3.12.2 Subventionierung

Insgesamt wurden 13 Gesuche für Kantonsbeiträge nach AltlastG eingereicht: 10 von Gemeinden für Ablagerungsstandorte und 3 für Schiessanlagen. Bei diesen Gesuchen geht es um Untersuchungs-, Überwachungs- oder Sanierungsmassnahmen.

Die Summe der Beitragsgesuche, die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 2012 dem AfU unterbreitet worden sind, beläuft sich auf 1 674 242 Franken.

Ausserdem wurden beim Bund gestützt auf die VASA 17 Auszahlungsgesuche eingereicht, davon 5 für die Deponie La Pila, 5 für Untersuchungsmassnahmen bei ehemaligen Deponien, 5 infolge der Sanierung von Schiessanlagen und 2 für Standorte, die sich als nicht belastet herausstellten.

### 3.12.3 Deponie La Pila

Im Zusammenhang mit der ehemaligen Deponie La Pila in Hauterive wurden verschiedene Massnahmen getroffen.

Die vorbereitenden Arbeiten für die Sanierung wurden weitergeführt. Die Arbeiten für den Bau der Spundwand und die Reinigung des Saaneufers bei der Deponie wurden 2013 abgeschlossen.

Die 1176 t verschmutztes Material, die im Rahmen der Sofortmassnahmen entfernt werden mussten, wurden in einer Sortieranlage bei Zürich vorbehandelt und darauf in den dafür vorgesehenen Anlagen entsorgt.



Mit Blick auf die eigentliche Sanierung der Deponie ist vor allem der Aktionsplan zu erwähnen, der zusammen mit zwei öffentlichen französischen Instituten, die im Bereich der Erdwissenschaften und Oberflächengewässer spezialisiert sind, ausgearbeitet wurde.

Die Deponie und der unmittelbar betroffene Abschnitt der Saane werden regelmässig überwacht.

Die juristische Aufarbeitung des Dossiers wird fortgeführt.

Es wurden Fische aus der Saane genommen und analysiert.

Das AfU stellt die Koordination, das Projektoffice und die Kommunikation für die Sanierung sicher.

## 4 Amt für Mobilität

Das Amt für Mobilität wird von Herrn Martin Tinguely geleitet.

### 4.1 Tätigkeit

#### 4.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Amt hat folgende Aufgaben:

- > die kantonale Mobilitätsstrategie ausarbeiten;
- > die notwendigen Anpassungen der Verkehrsgesetzgebung vorbereiten und leiten;
- > die Verkehrsnetze und -infrastrukturen planen sowie deren Erneuerung sicherstellen;
- > das öffentliche Verkehrsangebot planen und die entsprechenden Leistungsaufträge festlegen;
- > den Langsamverkehr und die nachhaltige Mobilität fördern.

#### 4.1.2 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das Amt arbeitet in den folgenden Kommissionen mit:

- > Beratende Kommission für Verkehrsfragen;

- 
- > Beratende Kommission für die Begleitung der Analyse der Umfahrungsstrassen;
  - > Fahrplangruppe.

Das MobA nahm ausserdem an den Arbeiten der kantonalen, interkantonalen und nationalen Arbeitsgruppen, Konferenzen und Kommissionen teil, die in seinem Kompetenzbereich tätig sind. Dies gilt namentlich für die Arbeitsgruppe Broye-Seeland, die Koordinationsgruppe Waadt-Freiburg, die Kommission für Verkehrserziehung, die Arbeitsgruppen Autobahnanschluss Freiburg Süd und Umzug der Forschungsanstalt Agroscope Liebefeld-Posieux auf das Gelände Posieux/Grangeneuve sowie für die Unterkommissionen Fussgänger bzw. Fahrräder in der Stadt Freiburg.

## **4.2 Statistiken und Prognosen**

### **4.2.1 Verkehrszählungen**

2013 führte das Amt über 200 Verkehrszählungen mithilfe von mobilen Zählposten durch. Es führte zudem den Betrieb von sechs fixen Zählern für das Bundesamt für Strassen weiter.

### **4.2.2 Unfallstatistiken**

Das MobA hat rund 50 Unfallstatistiken erstellt und ausgewertet. Diese Statistiken dienen als Entscheidungsgrundlage für die Planung und Realisierung von Verkehrs- bzw. Signalisationsmassnahmen.

### **4.2.3 Verkehrsmodell**

Seit 2013 verfügt das Amt über ein multimodales Verkehrsmodell für das Kantonsgebiet. Mit diesem Instrument können namentlich Auswirkungen von Infrastrukturprojekten (neue Strassen, neue Haltestellen des ÖV usw.) oder von anderen Entwicklungen (z. B. neue Verkehrserzeuger) auf den Verkehr analysiert werden.

## **4.3 Öffentlicher Verkehr und Güterverkehr**

### **4.3.1 Eisenbahninfrastrukturen**

Das Amt leitet das von ihm in die Wege geleitete Projekt «strategische Eisenbahnplanung», an welchem auch die im Kanton Freiburg tätigen Transportunternehmen (SBB, TPF, BLS) und das Bundesamt für Verkehr (BAV) beteiligt sind und das eine Koordination mit den Nachbarkantonen vorsieht.

Die Hauptziele der strategischen Eisenbahnplanung lauten: die Aspekte in Verbindung mit der Planung des Fahrplans 2015 der RER Fribourg|Freiburg (2. Etappe) zum Abschluss bringen sowie die Entscheidungsgrundlagen für die nachfolgenden Ausbaustufen des Bahnangebots im Kanton ausarbeiten. Damit sollen insbesondere die voraussichtliche Nachfrage, die Fahrplanentwicklung, das benötigte Rollmaterial und die zu bauenden Infrastrukturen bestimmt werden.

Das Amt hat auch die Planung von mehreren Infrastrukturprojekten, die für die Verwirklichung der 2. Etappe der RER Fribourg|Freiburg nötig sind, beaufsichtigt. Dazu gehören namentlich die Renovierung der Bahnhöfe Grolley, Cheyres und Givisiez, der Bau der Haltestelle Fribourg–St-Léonard sowie die Einrichtung von neuen Kreuzungsstellen zwischen Freiburg und Murten.

### **4.3.2 Konzepte und Fahrpläne**

Das MobA hat die Arbeiten für die Verwirklichung der 2. Etappe der RER Fribourg|Freiburg sowie die Arbeiten für die Planung der künftigen Fahrpläne des öffentlichen Regionalverkehrs fortgeführt. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Fahrplanentwurf 2014 hat das Amt 606 Eingaben analysiert (gegenüber 465 im Jahr 2012).

In Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt, der Communauté régionale de la Broye (COREB) und den betroffenen Transportunternehmen hat es eine Studie zur Erschliessung der Broye-Region durch Busse geführt.

---

### 4.3.3 Subventionen und Controlling

Für den Regionalverkehr wurden zehn Vereinbarungen abgeschlossen und Kantonssubventionen von 37 882 441 Franken ausbezahlt.

Das MobA überwies in Form von Kantonsbeiträgen 13 088 000 Franken zur Deckung des budgetierten Defizits für die von den Regionalverbunden (Agglomeration Freiburg und Mobul) bestellten Linien.

Es wurden Kantonsbeiträge von insgesamt 14 407 752 Franken als Investitionshilfe für den öffentlichen Verkehr gewährt.

Gemäss den Beschlüssen der RUBD hat das MobA 2013 für die Aufhebung oder Sicherung von gefährlichen Bahnübergängen Kantonssubventionen von 156 000 Franken ausbezahlt.

### 4.3.4 Technische Verbesserungen an den Bahnanlagen

Gemäss dem eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren bat das Bundesamt für Verkehr das kantonale Amt um Stellungnahme zu 7 Projekten der SBB und zu 7 Projekten der TPF.

### 4.3.5 Güterverkehr

Das MobA, das Amt für Wald, Wild und Fischerei, der Freiburgische Verband für Waldwirtschaft und die SBB suchten gemeinsam nach einer Alternative zur Schliessung des Bedienpunktes für Holztransporte in Kerzers. Dank dieser Zusammenarbeit konnten die Standorte ausgemacht werden, die sich als Umschlagplatz für den Holztransport im Seebezirk eignen könnten. Letztlich entschied man sich für eine Lösung auf einem privaten Anschlussgleis in Lyss. Das Amt half bei der Bestimmung des alternativen Bedienpunktes, indem es das Transportunternehmen, die Holzverlader und den Eigentümer der Anlage zusammenbrachte.

Das MobA sorgte zudem für die ersten Kontakte, die dazu dienen sollen, eine Gesamtstrategie für die Bedienpunkte auf Freiburger Boden festzulegen. Ziel ist eine strategische Planung, die sich auf den Ausbau der für den Kanton zweckmässigsten Bedienpunkte stützt.

### 4.3.6 Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung

2013 begutachtete das Amt 1 Erneuerungsgesuch für einen Autobus-/Trolleybusdienst und 2 Bewilligungsgesuche für grenzüberschreitende Linien. Ausserdem wurden 13 kantonale Bewilligungen für die Personenförderung ausgestellt.

### 4.3.7 Seilbahnen und Skilifte

2013 wurden 3 Bewilligungen für den Betrieb von Seilbahnen und Skilifte ohne Bundeskonzession und 3 Bewilligungen für den Betrieb eines Mini-Skilifts erteilt.

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amtes zum Betriebsbewilligungsgesuch für die Kombibahn Le Brand–La Berra ein.

### 4.3.8 Luftfahrt

2013 hat das Amt 15 Meldungen über Anlagen, die die Luftfahrt behindern, und 1 Meldung über die Entfernung eines Luftfahrthindernisses begutachtet.

## 4.4 Mobilität und Raum

### 4.4.1 Kantonale, regionale und kommunale Planung

Im Rahmen der Revision der kantonalen Zweiradplanung hat das Amt den Sachplan Velo fertiggestellt und auf dieser Grundlage Änderungen für die betroffenen Themen des kantonalen Verkehrsplans (KantVP) und des kantonalen Richtplans (KantRP) vorgeschlagen. Das Amt bereitete in diesem Zusammenhang auch die öffentliche Vernehmlassung vor; diese dauert vom 6. Dezember 2013 bis zum 21. Februar 2014.

Im Zusammenhang mit dem neuen RPBG führte das MobA des Weiteren nach einer öffentlichen Vernehmlassung das Verfahren für die Anpassung des KantVP und der Themen des KantRP, die den Verkehr zum Gegenstand haben, fort.

---

Es hat folgende Dossiers zur regionalen und kommunalen Planung unter dem Gesichtspunkt der Mobilität begutachtet:

- > 2 regionale Richtpläne;
- > 88 Ortspläne;
- > 25 Detailbebauungspläne;
- > 1 Parkplatzkonzept;
- > 10 Beschwerden.

Das Amt hat die Arbeiten der Agglomeration Freiburg und des regionalen Verkehrsverbunds der Agglomeration Bulle (Mobul) begleitet, insbesondere in den Bereichen Ausbau des städtischen öffentlichen Verkehrs, Agglomerationsprogramme und geplante Entwicklungen.

Das MobA hat zudem im Rahmen des Pilotprojekts zum Mobilitätsplan für den künftigen Standort der Kantonsverwaltung in Givisiez, das 2011 gestartet wurde, eine Zusatzstudie in Auftrag gegeben, um die konkrete Umsetzung des Mobilitätsplans – namentlich im Bereich Management ruhender Verkehr – genauer zu definieren und um die vorgeschlagenen Begleitmassnahmen aus Sicht der Verlagerung zu evaluieren.

#### 4.4.2 Strasseninfrastrukturen

Das Amt hat die kantonsweite Zweckmässigkeitsstudie für Umfahrungsstrassen abgeschlossen und ein Verkehrsmodell erstellt.

Gestützt auf das geltende Recht und die einschlägigen Normen hat das MobA über externe Mandate 3 Studien zu kantonalen Strassenprojekten (Verkehrsstudien, technische Studien, Umweltstudien) von der Planung bis zum Vorprojekt durch- bzw. weitergeführt. Es hat des Weiteren 75 städtebauliche Projekte für kommunale Einrichtungen auf Kantons- und Gemeindestrassen und 23 kantonale Strassenprojekte begutachtet.

Das Amt beteiligt sich an der Festlegung der Prioritäten für den Ausbau der Kantonsstrassen und führt die Zweckmässigkeitsstudien für Umfahrungsstrassen durch.

Für die Umsetzung von Artikel 54a des Strassengesetzes, der den Bau von Radwegen und -streifen im Rahmen des Baus, der Instandstellung oder der Korrektur einer Kantonsstrasse für obligatorisch erklärt, wurden 8 Strassenprojekte analysiert und 3 Ausbaukonzepte erstellt.

#### 4.4.3 Langsamverkehr

Das Amt hat rund 80 km markierte Routen kontrolliert.

Ausserdem hat es der Stiftung SchweizMobil mehr als 100 Berichte für den Unterhalt, den Ersatz oder die Versetzung einer Signalisation für Radrouten übermittelt.

#### 4.4.4 Baubewilligungen

2013 hat das Amt 2580 Baubewilligungsgesuche und Baugesuche für die Detailerschliessung geprüft (2143 Dossiers wurden positiv und 437 negativ beurteilt). Das MobA führte knapp 350 Ortsbegehungen durch.

---

## 5 Tiefbauamt

---

Das Tiefbauamt (TBA) wird vom Kantonsingenieur André Magnin geleitet und setzt sich aus 5 Sektionen zusammen: Strassenprojekte, Strassenunterhalt, Gewässer, Verwaltung und Finanzverwaltung.

### 5.1 Tätigkeit

Neben der ordentlichen Tätigkeit, die sich aus dem Grundauftrag des TBA ergibt, war das Amt insbesondere für die folgenden ausserordentlichen Projekte zuständig:

#### 5.1.1 Das Poyaprojekt

Die Begleitung des Projekts erfolgt in erster Linie über die vierteljährlichen Kosten-Status-Berichte, die von der Projektsteuerung (PS) validiert und zur Kenntnisnahme den Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK), dem Bundesamt für Strassen, dem Finanzinspektorat und dem Präsidenten der parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) vorgelegt werden. Für das Poyaprojekt wurde unter der Adresse [www.poya-bruecke.ch](http://www.poya-bruecke.ch) eigens eine Website aufgeschaltet.

##### 5.1.1.1 Prägende Ereignisse im Jahr 2013

- > 15. Januar: Ablauf der Frist für die Eingabe von Beschwerden beim Kantonsgericht gegen die am 30. November 2012 veröffentlichten Verkehrsbeschränkungen; innerhalb der vorgegebenen Frist wurden 15 Beschwerden eingereicht;
- > 15. Januar: Beschluss des Staatsrats, dem Grossen Rat den Bericht Nr. 40 zum Postulat 2014.12 André Schoenenweid/Jean-Pierre Siggen «Finanzielle und technische Situation sowie fehlende finanzielle Deckung beim Poyaprojekt (H182)» zu unterbreiten; das Büro des Grossen Rates kann in der Folge gestützt auf die Arbeiten der PUK das weitere Vorgehen bestimmen;
- > 29. April: Verabschiedung durch den Generalrat der Stadt Freiburg des Kredits von 3,5 Millionen Franken für die Begleitmassnahmen des Poyaprojekts;
- > 24. Mai: Empfang der Angebote für die 3 letzten grossen Lose des Poyaprojekts: bauliche Massnahmen zur Verhinderung von Selbstmordversuchen, Lärmschutzüberdeckung auf der Brücke vor der Tunneleinfahrt, definitiver Zugang für den Langsamverkehr auf der Palatinatseite;
- > 14. Juni: Medienmitteilung über die stabilisierten Gesamtkosten für das Poyaprojekt;
- > 17. Juni: Verkehrsumleitung für die Zufahrt zum Parkplatz beim Schlachthof (über den Knoten Les Grives statt über die Unterführung unter das Eisenbahngleise);
- > 20. Juni: Debatten im Grossen Rat über den Zwischenbericht der PUK und den Bericht Nr. 40 des Staatsrats an den Grossen Rat;
- > 21. Juni: Ankündigung des Finanzinspektorats einer Zwischenrevision für das Poyaprojekt;
- > 25. Juni: Besuch der Baustelle durch die Freiburger und Berner Regierung;
- > 3. September: Notiz zuhanden des Staatsrats über die Situation am 30. Juni 2013;
- > 23. September: Unfall während der Arbeiten in der Unterführung, bei dem sich ein Arbeiter schwer verletzt;
- > 4. Oktober: Zusammenschluss der Poyabrücke, die mit einem offiziellen Anlass, von dem auch die Medien berichten, gefeiert wird;
- > November: öffentliche Debatte über die Herkunft des Holzes für die Lärmschutzüberdeckung;
- > 13. November: Anfrage 2013-CE-145 «Investitionen / Charpentes Vial SA / PUK» von Grossrat Pierre Mauron;
- > 25. November: Bekanntgabe in einer Medienmitteilung des Datums (10. Oktober 2014) für die offizielle Eröffnung der Poyabrücke im Beisein von Bundesrätin Doris Leuthard.

Die Baustellenbesichtigungen werden 2014 nach drei äusserst erfolgreichen Jahren – rund 26 000 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, um das Poyaprojekt aus nächster Nähe zu entdecken – eingestellt.

### 5.1.1.2 Bauarbeiten (Stand Ende 2013)

Los C «St.-Leonhard-Unterführung»: Die Rohbauarbeiten stehen vor dem Abschluss.

Los D «Tunnel, gedeckter Einschnitt und Unterquerung SBB-Damm»: Die Rohbauarbeiten sind abgeschlossen; es fehlt nur noch die Deckschicht.

Los E «Schrägseilbrücke»:

- > Die beiden Hälften der Poyabrücke sind seit dem 4. Oktober 2013 miteinander verbunden.
- > Es fehlen noch die Lärmschutzüberdeckung, die Schutzbarrieren, der Asphaltbelag und die Feinjustierung der Schrägseile.

Los G3 «Definitiver Zugang zur Brücke auf der Palatinatseite»: Die Arbeiten begannen im Herbst 2013.

Los J «Elektromechanik»: Die grosse Mehrheit der 20 Lose für die spezifischen Arbeiten sind im Gang.

Lose für Baunebengewerbe: Fast alle der 14 Lose für die spezifischen Arbeiten sind im Gang.

Die Abschlussarbeiten werden mit den Arbeiten für die neue SBB-Haltestelle Fribourg–St-Léonard koordiniert, sodass einige auf 2015 verschoben werden.

### 5.1.2 Multifunktionaler Rastplatz La Joux-des-Ponts

Der Staat Freiburg und das Bundesamt für Strassen (ASTRA) unterzeichneten im November 2013 eine Vereinbarung für die Verwirklichung des multifunktionalen Rastplatzes La Joux-des-Ponts bei Sâles, auf der Autobahn A12. Dieser neue Rastplatz wird an den bestehenden Rastplatz auf der Alpen-Seite angebaut. Der multifunktionale Rastplatz wird von März bis Oktober für die Fahrenden reserviert sein. Von November bis Februar wird er von den Lastwagenführern benutzt werden können. Das ASTRA wird das Projekt demnächst öffentlich auflegen. Der multifunktionale Rastplatz sollte den Fahrenden ab Ende 2016 zur Verfügung stehen.

### 5.1.3 Übrige wichtige Ereignisse

Der Einbau auf verschiedenen Abschnitten von lärmarmen Strassenbelägen – die eleganteste Weise, um Anrainer vor dem Strassenlärm zu schützen – wurde durch eine Beschwerde beim Kantonsgericht wegen der neuen Bedingungen für Aufträge an Bauunternehmen gebremst.

### 5.1.4 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das TBA wirkte in folgenden Kommissionen und Arbeitsgruppen mit:

- > Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS), technische Kommission und Nationalkomitee;
- > Konferenz der Kantonsingenieure (KIK);
- > Konferenz der Westschweizer und Tessiner Kantonsingenieure (CISOTI);
- > Kommission Organisation für den Katastrophenfall im Kanton Freiburg (ORKAF);
- > Kommission Kantonaler Führungsstab der Gesamtverteidigung (KFS);
- > Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen;
- > Kommission Schweizer Sicherheitsfunknetz (Polycom);
- > Arbeitsgruppe Strassenlärmsanierung (GTABR);
- > Westschweizer Gruppierung für die Strassenlärmsanierung (GRAB);
- > Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung;
- > Büro und Arbeitsgruppe für die Aufwertung des Strassenraums (Valtraloc);
- > Arbeitsgruppe Strassenverkehrssicherheit;
- > Bundesamt für Strassen, Projekt MISTRA, Strategischer Ausschuss;
- > Arbeitsgruppe für die Migration der Zeiterfassungssoftware;
- > verschiedene Arbeitsgruppen auf nationaler Ebene im Bereich der lärmarmen Strassenbeläge (Forschung und Einbau), die sich für eine elegante Lösung bei der Strassenlärmsanierung einsetzen.

### 5.1.5 Stand Verpflichtungskredit 2008\_096 für die Sanierung von Kunstbauten

Der Grosse Rat genehmigte am 2. November 2008 den Dekretsentwurf (2008\_096) über einen Verpflichtungskredit für Projekte und Arbeiten zur Sanierung von Kunstbauten auf dem Kantonsstrassennetz. Die Botschaft des Staatsrats zum Dekretsentwurf (Botschaft Nr. 71 vom 20. Mai 2008) beschreibt die 17 geplanten Projekte. Am 31. März 2013 waren 6 Kunstbauten saniert, wofür 3 312 446 Franken des Verpflichtungskredits von insgesamt 7 770 671 Franken (Wert per 31. März 2013) verwendet wurden. In den Voranschlägen, die Anfang 2008 als Grundlage für den Dekretsentwurf und die Botschaft Nr. 71 dienten, sind die tatsächlichen Kosten unterschätzt worden. Somit wird der Verpflichtungskredit nicht ausreichen, um alle 17 Kunstbauten zu sanieren.

Es zeigt sich erneut, dass es schwierig ist, einen Verpflichtungskredit für mehrere Bauprojekte zu unterbreiten, die zwar in vielen Punkten vergleichbar sind, für die die Projekte jedoch zum Zeitpunkt der Redaktion der Botschaft in technischer und finanzieller Hinsicht unterschiedlich weit fortgeschritten sind. In Zukunft werden die Projekte, für die ein Verpflichtungskredit nötig ist, nach Möglichkeit einzeln und erst, wenn sie dafür reif sind, dem Staatsrat oder dem Grossen Rat unterbreitet (nach Art. 30 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates müssen lediglich Ausgaben, die wertmässig 1/8 % der Gesamtausgaben der letzten vom Grossen Rat genehmigten Staatsrechnung übersteigen, zwingend dem Grossen Rat vorgelegt werden).

In Bezug auf den Verpflichtungskredit für Projekte und Arbeiten zur Sanierung von Kunstbauten auf dem Kantonsstrassennetz beschloss der Staatsrat in seiner Sitzung vom 3. September 2013, die Sanierung der SBB-Unterführung in Cottens (Zuschlag der Arbeiten am 7. Mai 2013) und der Brücke über die Glane in Autigny (Zuschlag der Arbeiten am 28. Mai 2013) über diesen Kredit zu finanzieren. Nach der Schlussabrechnung dieser beiden Projekte wird der Kredit aufgelöst werden. Die noch anstehenden Sanierungsarbeiten sollen über separate, projektspezifische Verpflichtungskredite finanziert werden, die angesichts der Beträge in der Kompetenz des Staatsrats liegen werden. Die Kredite werden vorbereitet, sobald das Projekt genehmigt und die Offerten der Bauunternehmen eingegangen sind. Die Kosten für die Projektierung bis zur Phase Ausschreibung ist mit den Krediten für Studien und Landerwerb gedeckt, die bereits beschlossen wurden und genau hierfür gedacht sind.

### 5.1.6 Einige Zahlen (Stand: 31. Dezember 2013)

Länge des Kantonsstrassennetzes: 634,8 km (unverändert seit dem 1. Januar 2010).

Radverkehrsanlagen

- > Radwege (in beide Richtungen): 1,15 km;
- > Radstreifen (kumulierte Länge, in beide Richtungen): 68,13 km;
- > gemeinsame Rad- und Fusswege (kumulierte Länge, in beide Richtungen): 2,19 km.

## 5.2 Sektion Finanzverwaltung

### 5.2.1 Tätigkeit

Die Sektion Finanzverwaltung ist zuständig für die Buchhaltung des Tiefbauamts und die Ausbildung von kaufmännischen Lernenden.

### 5.2.2 Statistik über die Verwendung der Kredite

Die Verwendung der Strassenkredite erfolgte auf der Grundlage verschiedener Dekrete des Grossen Rats.

Die Bruttogesamtausgaben betragen 51 089 448 Franken. Die am 31. Dezember 2013 verfügbaren Verpflichtungskredite betragen einschliesslich Beiträge des Bundes und Dritter 139 121 881 Franken.

### 5.2.3 Statistik über die erteilten Bewilligungen

- > 212 Gesuche zur Benützung der öffentlichen Strassen und Gewässer wurden geprüft und bewilligt.
- > 18 Vereinbarungen zwischen dem TBA und verschiedenen Gemeinden, gemeinnützigen Verbänden und Privaten wurden ausgearbeitet und unterzeichnet.
- > 3 Gesuche für einen Anschluss von Reinabwasserleitungen an die Kanalisation entlang der Kantonsstrassen wurden geprüft und provisorisch bewilligt.

## 5.2.4 Spezialprojekte: Neugestaltung der leistungsorientierten Führung (LoF) der Verwaltung der Bestellungen

Das Projekt wurde im Juni 2011 mit dem Ziel gestartet, den Katalog der Leistungen des Amts neu zu definieren, und wurde 2013 mit der Nutzung des neuen Leistungskatalogs für die analytische Buchhaltung und die Kostenrechnung fortgeführt. Am 31.8.2013 wurde ein erster Controlling-Bericht erstellt; das Ergebnis ist positiv.

Die Softwarelösung für die Verwaltung der Bestellungen (Verträge) mit SAP – ein Projekt, das 2012 begann – wurde am 1.1.2013 in Betrieb genommen. Sie wird verwendet, um die Investitionen zu verwalten und erlaubt es, die Beträge, die dank Verpflichtungskrediten zur Verfügung stehen, zurückzulegen, was wiederum das Reporting für laufende Projekte erleichtert.

## 5.3 Sektion Verwaltung

### 5.3.1 Personal

#### 5.3.1.1 Änderungen beim Personal

2013 haben 12 Angestellte das TBA verlassen. Im selben Zeitraum sind 15 Angestellte zum TBA gestossen und 5 Angestellte haben intern die Stelle gewechselt.

### 5.3.2 Informatik

Bei den laufenden Projekten hielt sich das TBA an die im Richtschema Informatik (SDI) von 2003 definierten Prioritäten.

#### 5.3.2.1 GIS-Projekte

MISTRA: Das vom Bund entwickelte Strasseninformationssystem steht den Kantonen zur Verfügung. Das Modul KUBA (Überwachung der Kunstbauten) ist seit Juli 2013 in Betrieb. Für die Migration wurden zahlreiche Änderungen am Basissystem (Achsen, Messpunkte, Knoten, Fachnetze) vorgenommen. Der operative Start der Migration fand im Dezember 2013 statt. Die Migration sollte Ende des ersten Quartals 2014 abgeschlossen sein. Eine Koordination unter Westschweizer Kantonen soll eine möglichst einheitliche Strukturierung der Fachnetze sicherstellen. Der Kanton Freiburg wird somit 11 gemeinsame Fachnetze und nur 1 freiburgspezifisches Netz nutzen.

SI-Eaux: Die Daten zum Gewässernetz und zu den topologischen Einzugsgebieten wurden mit den entsprechenden Daten des Kantons Waadt harmonisiert. Deren Integration in die kantonale Datenbank erfolgte im September 2013. Heute können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Daten zu beiden Kantonsgebieten zugreifen.

Lärmbelastungskataster: Um die Grundlagen der verschiedenen kantonalen Ämter zu harmonisieren, wurde eine dienstübergreifende Koordination gestartet. Betroffen sind das AfU, MobA, TBA und der Geodatenkatalog. Weil das TBA und das MobA bereits für die Strukturierung ihrer Daten zusammengearbeitet haben, werden ihre Dokumente als Ausgangspunkt für die Überlegungen in der Koordinationsgruppe dienen.

### 5.3.3 Archive und Digitalisierung

Die Digitalisierung der Archive begann 2010. Mittelfristig sollen alle Archive in elektronischer Form vorliegen.

Bis heute hat das Amt 16 660 Dokumente digitalisiert, davon 4230 im Jahr 2013. Es handelt sich hauptsächlich um die folgenden Dokumente:

- > die Dossiers zur H189 und zum Poyaprojekt, die vorrangig archiviert und digitalisiert wurden;
- > die Dossiers des Sektors Signalisation;
- > die Beschlüsse und Verfügungen des Staatsrats, die das TBA betreffen;
- > die Verträge und Nachträge;
- > die Dienstbarkeitsverträge.

Parallel zur Archivierung wurden folgende Dokumente digitalisiert:

- > die Dossiers für die Begutachtung von generellen Entwässerungsplänen (GEP);
- > diverse Dossiers und Pläne auf Anfrage.

### 5.3.4 Sektor Grundstückerwerb

Für 19 Ausbau- und Unterhaltsbaustellen wurden Verhandlungen mit den Grundeigentümern geführt – namentlich für die neue Strassenverbindung Romont–Vaulruz und die Ortsdurchfahrt von Jaun. Die beiden Enteignungsverfahren für die Strassenverbindung Romont–Vaulruz konnten nach erfolgreichen Verhandlungen aufgegeben werden.

Den von den Ausbau- oder Unterhaltsarbeiten betroffenen Grundeigentümern wurden 1 234 688 Franken ausbezahlt.

14 Strassenverbale wurden für kantonale und städtebauliche Bauarbeiten sowie im Rahmen der Festlegung der Unterhaltsperimeter mit dem ASTRA unterzeichnet.

Das Amt hat 8 Verhandlungen für den Erwerb und/oder den Verkauf von Gebäuden und Grundstücken geführt. Ausserdem wurden 10 Dienstbarkeitsverträge zugunsten des Staats (Durchgang von Kanalisationen, Bau von Lärmschutzwänden, Wegrecht usw.) mit Dritten ausgehandelt.

Die Verwaltung der Privatgrundstücke des TBA brachte Mieteinnahmen von insgesamt 151 431.55 Franken ein. In Zusammenarbeit mit den Grundbuchämtern und dem Amt für Vermessung und Geomatik wurde im Herbst 2012 eine Datenbank errichtet. Die Integration der Daten wurde 2013 fortgeführt und wird auch 2014 weitergehen.

10 Neuvermessungs- und 24 Güterzusammenlegungsdossiers betreffend Grundstücke der öffentlichen Strassen oder private Grundstücke des TBA wurden regelmässig verfolgt (Verfahren, Arbeiten, Zahlungen). Im Zusammenhang mit der Güterzusammenlegung der H189 ist zu sagen, dass sie aufgrund der Verhandlungen der Stadt Bulle für die Auszonung eines in der Arbeitszone liegenden Grundstücks verzögert wurde.

4 Dereliktionsdossiers waren Gegenstand von Gesprächen mit Gemeinden und/oder Dritten.

### 5.3.5 Qualitätssystem

3 Projekte wurden in einem internen Audit geprüft.

Die Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS) hat 8 Kontrollaudits durchgeführt. Die Audits für die Rezertifizierung waren 2012 an der Reihe und werden im Jahr 2015 wiederholt.

Infolge der Audits wurden 22 Verbesserungsvorschläge unterbreitet und es wurden 2 Punkte, bei denen die Vorgaben nicht erfüllt waren, behandelt bzw. sind in Behandlung. Dies erfolgte nach dem Grundsatz der kontinuierlichen Verbesserung des Qualitätsmanagementsystems.

### 5.3.6 Sicherheit

Der Hygiene- und Sicherheitsausschuss des TBA nimmt verschiedene Aufgaben im Bereich der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz wahr. 2013 lauteten die wichtigsten Tätigkeiten wie folgt:

- > Die SUVA hat ein Sicherheitsaudit in 4 Werkhöfen der Kantonsstrassen durchgeführt.
- > Es gab 2 interne Sicherheitsaudits auf den Baustellen für den Unterhalt der Kantonsstrassen.
- > Das Amt hat 9 externe Container für die Werkhöfe der Kantonsstrassen für die Lagerung von Benzin und Verdünnungsmitteln nach den einschlägigen Sicherheitsvorgaben bestellt.
- > 3 Angestellte des Amts haben den Kranführerausweis der Kategorie A erhalten.
- > 20 Angestellte besuchten Erste-Hilfe-Kurse.
- > 16 Strassenwärter besuchten den Kurs «Motorsäge».

## 5.4 Sektion Strassenprojekte

### 5.4.1 Ausserordentliche Tätigkeit

#### 5.4.1.1 Vergabe von Aufträgen gemäss Reglement über das öffentliche Beschaffungswesen

Der Staatsrat, die RUBD und das TBA (die Vergabestelle ist vom Auftragswert abhängig) haben insgesamt 147 Aufträge vergeben. Des Weiteren wurden 14 Ausschreibungen auf SIMAP veröffentlicht.

#### 5.4.1.2 Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten (Valtraloc)

Die Valtraloc-Projekte tragen durch eine situationsgerechte Anpassung dazu bei, die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner einerseits und die Mobilitäts- und Sicherheitsbedürfnisse in städtischen Gebieten andererseits optimal

in Einklang zu bringen. Unter der Leitung des Amtes beraten die Valtraloc-Untergruppe und das Valtraloc-Büro als Experten die Gemeindebehörden und Verfasser von Valtraloc-Projekten. Dieses Jahr wurden dem Büro 3 Bewerbungsdossiers unterbreitet.

#### 2013 behandelte Bewerbungsdossiers

Achse	Messpunkte	Gemeinde; Projekt
1310	900-975	Farvagny; Ortsdurchfahrt Grenilles
3100	100-275	Wünnewil-Flamatt; Ortsdurchfahrt Flamatt
3000	2225-2300	Alterswil; Ortsdurchfahrt

#### 5.4.1.3 Bundesverordnung über den Schutz gegen Störfälle (StFV)

Zweck der StFV ist, die Bevölkerung und die Umwelt vor schweren Schädigungen infolge von Störfällen bei der Beförderung gefährlicher Güter zu schützen. Als Besitzer der Kommunikationswege ist das TBA in Absprache mit dem Amt für Umwelt als Vollzugsbehörde der StFV für die Anwendung der StFV auf den Hauptachsen des Kantonsstrassennetzes verantwortlich.

Die Studien, die im Rahmen der Strassenprojekte verwirklicht werden, geben Auskunft über das Risiko eines Störfalles und die allenfalls notwendigen baulichen Massnahmen zur Verminderung der Auftretenswahrscheinlichkeit und der Folgen.

#### 5.4.1.4 Bewertung der Rückhaltevorrichtungen aus Sicht der Motorradsicherheit

Gewisse Leitschranken auf dem Kantonsstrassennetz können sich für Motorradfahrer im Falle eines Sturzes als tödlich erweisen. Um die Sicherheit für diese Verkehrsteilnehmerkategorie zu verbessern, wurde eine Gesamtstudie gestartet, bei der verschiedene Interessengruppen (IG Motorrad und TCS) mitwirken. Die bfu stellen die Bauherrenunterstützung (BHU) sicher:

- > 1. Etappe; die Methodik für die Analyse wurde definiert und in der Arbeitsgruppe validiert.
- > 2. Etappe; ein Testabschnitt (Crottes de Cheyres) wurde von der BHU analysiert; die empfohlenen Massnahmen wurden 2013 umgesetzt.
- > 3. Etappe; die von den Motorradfahrern als gefährlich eingestuften Leitschranken wurden von einem externen Büro analysiert.
- > 4. Etappe (ab 2014); die Analyse wird auf alle Leitschranken des Kantonsstrassennetzes ausgedehnt.

#### 5.4.2 Sektor Lärmschutz

Von den 634 km, die das Kantonsstrassennetz zählt, müssen rund 100 km lärmsaniert werden. Bei rund der Hälfte der 100 km, auf denen ein lärmarmer Strassenbelag eingebaut werden soll, müssen zudem Lärmschutzwände gebaut werden.

In diesem Jahr hat der Sektor Lärmschutz zahlreiche Strassenlärmsanierungsstudien bei externen Büros in Auftrag gegeben und begleitet. Ausserdem begleitete und prüfte er zahlreiche, bereits laufende Studien. Ziel ist, das Kantonsstrassennetz bis 2018 (vom Bund vorgegebene und in den Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kanton festgehaltene Frist) vollständig zu sanieren.

- > Studien auf mehr als 283 km des Kantonsstrassennetzes;
- > über 80 Lärmsanierungsprojekte im Zusammenhang mit den im Lärmbelastungskataster definierten Prioritäten;
- > 24 Studien für die Einhaltung der LSV bei Strassenausbauprojekten.

### 5.4.3 Sektor Signalisation

#### 5.4.3.1 Strassensignalisation und Reklamen

Der Sektor hat insgesamt 549 Gesuche in folgenden Bereichen geprüft:

- > 60 Beschlüsse über definitive Verkehrsbeschränkungen;
- > 17 Beschlüsse über temporäre Verkehrsbeschränkungen;
- > 7 Beschwerden;
- > 102 diverse Bewilligungen;
- > 230 Prüfungen und Gutachten für technische Dossiers;
- > 105 Gesuche für das Aufstellen von Werbeträgern an Strassen;
- > 28 Markierungspläne für Baustellen des baulichen Unterhalts (Prüfung und Validierung).

In diesem Rahmen wurde der Sektor in bedeutende Projekte integriert; er hat zu Entwürfen für die Änderung von eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebungen sowie zu Gemeindereglementen Stellung genommen.

Er hat an 10 Koordinationssitzungen mit der Strassenpolizei teilgenommen, an denen 48 Strassensignalisationsdossiers geprüft wurden.

Ferner wurden zuhanden von Gemeindebehörden, Privatpersonen, Unternehmen und Ingenieurbüros zahlreiche Einsätze für vertikale Signalisationen, Markierungen, für die Verkehrsregelung usw. auf den Kantons-, Gemeinde- und privaten Strassen geleistet. Diese Einsätze fanden sowohl im Büro als auch vor Ort statt.

#### 5.4.4 Sektor Gemeindestrassen

Der Sektor hat gestützt auf das einschlägige Recht und auf Anfrage der interessierten Gemeinden Vorschläge und Projekte für Gemeindestrassen begutachtet und dann der RUBD vorgelegt.

Der Sektor hat 101 Dossiers behandelt:

- > 59 Vorprüfungs-dossiers;
- > 42 von der RUBD genehmigte Schlussprüfungs-dossiers.

#### 5.4.5 Studien und Projekte

##### 5.4.5.1 Gutachten zu Baubewilligungsgesuchen, Bebauungsplänen, GEP, Güterzusammenlegungen

- > 199 Vorprüfungs- und Baubewilligungsgesuche für Arbeiten entlang der Kantonsstrassen sowie Detailbebauungs- und Ortspläne;
- > 32 Dossiers zu generellen Entwässerungsplänen (GEP).

##### 5.4.5.2 Öffentliche Auflage

Vor der öffentlichen Auflage werden die Strassenpläne den betroffenen Dienststellen und Organen zur Vorprüfung und Begutachtung vorgelegt. 6 Dossiers wurden in die Vernehmlassung gegeben.

Achse	Sektor Nr.	Gemeinde
2200	1	Bahnübergang von Givisiez: Änderung der Schranken
2200	5	Grolley: Radstreifen Kreisell Rosière-Chemin de la fusion
3160	1	Marly: Bau eines Trottoirs beim Knoten im Zentrum der Ortschaft
3410	5	Môtier: Ortsdurchfahrt
3450	1	Murten: Knoten Grande Ferme
3450	6	Kerzers: Valtraloc Sektor Murtenstrasse

### 5.4.5.3 Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten

Nach Abschluss der öffentlichen Auflagen für die weiter oben genannten Projekte wurden 10 Einsprachen eingereicht. 7 Einsprachen konnten in Einigungsverhandlungen erledigt werden; 3 sind in Bearbeitung; der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion wurde keine Einsprache zur Entscheidfällung vorgelegt.

Vor der Genehmigung und nach Berücksichtigung des Ergebnisses der Vorprüfung sowie der öffentlichen Auflage wurden die Pläne den zuständigen Dienststellen und Organen zur Schlussprüfung vorgelegt. 5 Dossiers wurden in die Vernehmlassung gegeben.

Folgende Projekte wurden geprüft und der zuständigen Behörde zum Entscheid vorgelegt:

#### Kantonale Objekte

Achse	Sektor Nr.	Gemeinde
1000	12	Vaulruz: Kreisel Sâles
1310	8	Autigny: Neubau der Brücke über die Glane
2000	21	Cottens: SBB-Unterführung
2200	1	Bahnübergang von Givisiez: Änderung der Schranken

#### Städtebauliche Objekte

Achse	Sektor Nr.	Gemeinde
3000	3	Salvenach: Valtraloc Nordeingang

Besonderes: Nestlé Nespresso AG hat mit dem Bau des neuen Produktionsstandorts in Romont begonnen, der an das Eisenbahnnetz angeschlossen werden soll. Hierfür ist der Bau einer Unterführung unter den Kreisel Arruffens nötig. Der Kreisel wird über die gesamte Dauer der Bauarbeiten für den Verkehr offen bleiben. Das Kunstbauwerk wird dann vom Staat Freiburg übernommen werden. Dies sieht die Vereinbarung vor, die auch die Zahlung durch den Bauherrn einer Abgeltung zur Deckung der Kosten für die künftige Instandhaltung des Bauwerks regelt. Die Sektion Strassenprojekte hat des Weiteren das Projekt und die Arbeiten genauestens verfolgt, um die Einhaltung der einschlägigen Standards sicherzustellen.

### 5.4.5.4 Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen

Aus der nachfolgenden Tabelle ist der Stand der Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen und Kunstbauwerke per Ende 2013 ersichtlich:

Achse	Sekt.	Bezeichnung	Länge in m	Breite in m	Durchmesser in m	Vorstudien	Ausführungsprojekt	%
1000	12	Vaulruz, Kreisel Säles			22.00		x	90
1000	21-22	La Tour de Trême–Epagny, Einrichtung von Radstreifen	1000	2x1.50			x	30
1030	1	Gruyères, Abbruch und Neubau der Brücke über die Trême und Strassenausbau	600	6.00 + 1 x 2.50			x	80
1100	8	Crésuz/Charmey, Javrozbrücke, Abklärung der Gründe, die zu Rissen in bestimmten Pfeilern führten	169.10	11.60		x		80
1100	19–20	Jaun, Ortsdurchfahrt	1700	6.00, 1.65			x	50
1200	1	Freiburg, Abbruch und Wiederaufbau der SBB-Überführung La Fonderie	23.70	15.15		x		70
1200	8-9	La Crausa–Le Mouret, Einrichtung eines Radwegs	1200	2.50			x	20
1200	21	Corbières–Villarvolard, Einrichtung eines Radwegs	1200	2.50			x	30
1210	1–2	Arconciel/Corpataux-Magnedens, Neubau der Strasse und des Sammelkanals sowie Sanierung der Tuffierebrücke	1500	Strasse 8.70 Brücke 10.30			x	40
1210	7	St. Sylvester; Neumatt, Bushaltestelle und Trottoir	340	3.00, 1.65		x		50
1300	24	Riaz, Sanierung der Brücke über die Sionge	15.50	11.70		x		50
1310	8	Autigny, Neubau der Brücke über die Glane	24.00	10.00			x	70
1400	9–17	Romont–Vaulruz, Projektierung für die Verbesserung der Strassenverbindung	6680	7.0/9.0			x	85
1500	2-4	Attalens, Ortsdurchfahrt	1700			x		30
1500	9–10	Montet (Glanebezirk), Sanierung der Kantonsstrasse Rue–Montet	1180	6.00			x	40
2000	12	Romont, Knoten von Chavannes			32.00		x	20
2000	21	Cottens, SBB-Unterführung, Senkung der Kantonsstrasse	115	5.80 bis 6.60			x	100
2100	9	Avry, Ortsdurchfahrt von Rosé	800	7.00			x	40
2200	3	Belfaux, Ortsdurchfahrt Sektor West	400	6.00		x		100
2200	5	Grolley, Radstreifen Rosière–Fusion	220	1.50		x		80
2310	2	Cheiry, Ortsdurchfahrt	865	6.00			x	90
3000		Umfahrungsstrasse Düdingen	3700	7.0		x		100
3000	4	Salvenach, Aquädukt Kleine Bibera	22.0		1.20		x	100
3000	5	Cressier, Kreisel Fin de Jentes			32.00		x	100
3000	5	Cressier/Gurmels, Brücke über die Bibera	12.2	11.30		x		10
3000	19	Tafers, Kreisel Chrüz						100
3100	8	Schmitten, Kreisel Oberstockerli	250		32.00		x	30
3100	10	Schmitten, Radstreifen Berg–Ried	750	1.50			x	50
3100	13-14	Düdingen, Radstreifen Chastels	1000	2 x 1.20		X		70
3410	1	St. Ursen/Alterswil, Neumattbrücke, Studie für die Verstärkung der Pfeiler	150.75	9.70		x		10
3160	1-2	Freiburg und Marly, Radstreifen Marly–Granges-sur-Marly	750	1.50			x	80
3170	1	St. Sylvester (Aebnet), Bushaltestellen und Trottoirs	120	3.00, 1.65		x		50
3200	8	Tafers (Weissenbach), Bushaltestellen und Trottoir	180	3.00, 1.65		x		80
3220	1	Düdingen, Radstreifen Luggiwil–Bundtels	450	1.50		x		90
3300		Freiburg, Poyaprojekt (Brücke und Tunnel)	–	–			x	95
3300		Freiburg, St.-Leonhard-Unterführung	800	14	36		x	70
3410	2–3	Haut-Vully, Ortsdurchfahrt Môtier	1400	5.00 bis 6.00			x	80

### 5.4.5.5 Kontrolle und Unterhalt der Kunstbauten des Kantonsstrassennetzes

Anzahl kontrollierter Bauten	
Brücken	86 Inspektionen: 72 Haupt-, 10 Zwischen- und 4 Jahresinspektionen
Wasserleitungen	68 Inspektionen
Mauern	78 Inspektionen
Spezialbauwerke	38 Inspektionen

### Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten (Reinigungs- und kleineren Reparaturarbeiten durch den Werkhof Tour-Rouge)

42 Bauwerke insgesamt	11 Brücken
	1 Spezialbauwerk
	25 Aquädukte
	5 Mauern

### 5.4.6 Ausführung

Die Gesamtlänge des Kantonsstrassennetzes beträgt zurzeit 634,814 km (zuzüglich der vom TBA bewirtschafteten 5,568 km der Strasse Montbovon–Allières).

Das Vorankommen der Bauarbeiten in Prozenten per Ende 2012 und per Ende 2013 ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

<b>Achse</b>	Nummer der Kantonsstrasse (Achse)
<b>B</b>	Nominale Fahrbahnbreite in m
<b>L</b>	Streckenlänge in m
<b>F</b>	Fläche in m <sup>2</sup>
<b>SRB</b>	Datum der Vergabe der Arbeiten durch Staatsratsbeschluss
<b>INFRA</b>	Infrastrukturen, d.h. Erdarbeiten, Kanalisationen, Fahrbahnfundamente einschliesslich Asphalt-Tragschicht, Strassenschultern, Randabschlüsse und Pflastersteine
<b>BELAG</b>	Belag (Deckschicht)

#### 5.4.6.1 Vor dem 1. Januar 2013 begonnene Arbeiten (im Gang)

##### 5.4.6.1.1 Strassen

Achse	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2012	2013	2012	2013
2000	Matran, Trottoir und Radstreifen La Bagne	7.00	300	2100		5	100	–	100
	<i>Dekret vom 17. Dezember 2004</i>								
3100	Bushaltestellen Giffers – Bushaltestellen und Trottoirs in Eichholz	3.00	130	390	25.09.12	90	100	70	100
	<i>Dekret vom 17. Dezember 2004</i>								
3220	Bushaltestellen Cholholz – Bushaltestellen und Trottoirs in Bösingen	3.00	110	330	25.09.12	100	--	80	100
	<i>Dekret vom 18. Mai 2010</i>								
1400	Verbindung Romont–Vaulruz Los 40	10.00	2262		21.04.11	–	100	–	100
	<i>Dekret vom 23. Juni 2006</i>								
3300	Poyaprojekt, Los C1, Vorbereitungsarbeiten		900		08.07.06	50	100	40	97

### 5.4.6.1.2 Kunstbauten

Achse	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2012	2013	2012	2013
1400	<i>Dekret vom 18. Mai 2010</i> Verbindung Romont–Vaulruz Los 20	10.00	1400		02.07.12	20	100	10	100
1010	<i>Dekret Laufende Rechnung 2012 (3141.308)</i> Rutschsanierung Les Pralets in Les Paccots		52		21.09.12	50	100	20	–
3200	<i>Dekret Laufende Rechnung 2012 (3141.308)</i> Felsreinigung und -sicherung Sodbach in Heitenried				08.05.12	80	100	–	–
1100	<i>Dekret Laufende Rechnung 2012 (3131.311)</i> Sanierung der Holzmauer in Jaun		135			100	100	80	80
3300	<i>Dekret vom 23. Juni 2006</i> Poyaprojekt, Los E, Brücke	19.25	852	16400	30.06.09	75	90	–	–
3300	<i>Dekret vom 23. Juni 2006</i> Poyaprojekt, Los D, Tunnel	14.80	272	4025	29.06.10	75	95	–	90
3300	<i>Dekret vom 23. Juni 2006</i> Poyaprojekt, Los C, Tagbautunnel	20.00	700			30	80	–	50
3420	<i>Verpflichtungskredit 2011 für</i> <i>Lärmsanierungen ASF 2011_087</i> Knoten Le Péage in Sugiez	1.00	355	1065	25.09.12	70	100	80	100

### 5.4.6.2 2013 durchgeführte Arbeiten

#### 5.4.6.2.1 Strassen

Achse	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2012	2013	2012	2013
1000	<i>Dekret vom 6. Oktober 2010</i> Kreisel Säles in Vaulruz	∅ 20.50	85.00	900	23.06.13	-	10	–	5
1100	<i>Dekret vom 20. Juni 2013</i> Ortsdurchfahrt von Jaun, Los 1	6.00	650.00	3900	25.06.13	–	20	–	5
2000	<i>Dekret vom 2. September 2008</i> SBB-Überführung in Cottens	6.00	85.00	510	7.05.13	–	90	–	70
1450	<i>Dekret vom 17. Dezember 2004</i> <i>Bushaltestellen</i> Bossonnens	3.5/ 7.0	55.00	300	4.02.13	-	100	-	100
3000	<i>Dekret vom 2. Oktober 2006</i> Kreisel in Cressier			2900	18.09.12	-	30	-	-
3000	<i>Dekret vom 19. März 2013</i> Kreisel Chrüz in Tafers			3600	03.12.12		100		100
3000	<i>Dekret vom 17. Dezember 2004</i> <i>Bushaltestellen</i> Haltestelle Gypsera in Plaffeien	4.5	90.00	405	12.03.13		100		100

#### 5.4.6.2.2 Kunstbauten

Achse	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2012	2013	2012	2013
3300	<i>Dekret vom 23. Juni 2006</i> Poyaprojekt, Los G, Definitiver Zugang Palatinatseite						20	–	0

## 5.5 Sektion Strassenunterhalt

### 5.5.1 Sektor Unterhalt der Kantonsstrassen (3 Kreise und 1 kantonales Zentrum)

Die Kosten für den Unterhalt der 640 km Kantonsstrassen beliefen sich im Jahr 2013 auf 25,5 Millionen Franken.

Sie lassen sich wie folgt aufgliedern:

	Fr. (in Mio.)	%
Unterhalt durch die Strassenwärter (118 000 Std. bei 99 VZÄ), Signalisation und Beleuchtung, Fahrzeuge und allgemeine Auslagen	10.4	41
Baulicher Unterhalt	9.3	36
Winterdienst inkl. Einsatz der Strassenwärter (39 000 Std.) und Salzverbrauch (6000 t)	5.8	23
<b>Total</b>	<b>25.5</b>	<b>100</b>

Die 9,3 Millionen Franken, die für diesen Posten aufgewendet wurden, umfassen einzig die von externen Unternehmen ausgeführten Arbeiten und lassen sich wie folgt aufschlüsseln:

	Fr. (in Mio.)	%
Unterhalt von Kunstbauwerken (unter der Verantwortung der Sektion StrP, Sektor Überwachung und Planung von Bauwerken)	1.2	13
Unterhalt Route d'Allières	0.1	1
Baulicher Unterhalt, Komplettsanierung von Fahrbahnen durch den Sektor Kantonsstrassen, Beteiligung und örtlich begrenzte Sanierungen	8.0	86
<b>Total</b>	<b>9.3</b>	<b>100</b>

Auf einer Länge von 21,1 km wurde die Fahrbahn von Kantonsstrassen runderneuert (22 Baustellen mit einer Gesamtfläche von 141 000 m<sup>2</sup>).

Somit beträgt die Erneuerungsrate 3,3 % (21,1 km / 640 km).

Im Rahmen dieser Sanierungsarbeiten wurden auf 1,6 km ein lärmarmer Strassenbelag eingebaut (2 Baustellen mit einer Gesamtfläche von 13 400 m<sup>2</sup>) und 2,0 km Radstreifen errichtet (2 Baustellen).

### 5.5.2 Unterhalt der Nationalstrassen (3 Werkhöfe)

Die Einnahmen für den Unterhalt der Nationalstrassen betragen 14,2 Millionen Franken, während sich die entsprechenden Ausgaben auf 13,3 Millionen Franken beliefen.

	Fr. (in Mio.)	%	Arbeit in Stunden	%
Basisauftrag ASTRA für den Unterhalt der Nationalstrassen A12 und A1	8,0	56	57 140	79
Andere Leistungen für das ASTRA auf den Nationalstrassen A12 und A1 (UPIaNS, Einzelmassnahmen, diverse Reparaturarbeiten usw.)	4,4	31	10 456	14
Dienstleistungen infolge von Unfällen	0,7	5	1 882	3
Dienstleistungen auf den Kantonsstrassen (H189, T10, Autostrasse in Givisiez)	0,6	4	2 218	3
Arbeiten für Dritte und Unterhalt der Autobahn-Raststätte-Plätze	0,3	2	526	1
Verkauf von Treibstoff an die Gendarmerie, andere Einnahmen	0,2	2	–	–
<b>Total</b>	<b>14,2</b>	<b>100</b>	<b>72 222</b>	<b>100</b>

Personalbestand für den Strassenunterhalt (Strassenwärter/Fahrer und Elektriker)	36 VZÄ
Zeitaufwand für den Winterdienst	14 046 Std.
Für den Winterdienst eingesetzte Salzmenge	3680 t

---

## 5.6 Sektion Gewässer

### 5.6.1 Studien und Projektplanung

#### 5.6.1.1 Gewährleistung der Niederwassermengen und Datenerhebung

Die Sektion setzte den Betrieb eines hydrologischen Messnetzes fort und führte monatliche Wasserstandsmessungen durch, um die natürlichen Restwassermengen der Wasserläufe bei Niederwasser zu ermitteln.

Das Beobachtungsnetz für Hoch- und Niedrigwassermessungen, das seit 2012 in Betrieb ist, wird gegenwärtig erneuert. So sollen fünf hydrometrische Stationen durch neue ersetzt werden. Mittelfristig werden der Wasserstand und die Abflüsse entlang von sieben Fliessgewässern, die für den Kanton Freiburg typisch sind, erfasst. 2013 wurde die neue Station am Vivisbach in Betrieb genommen.

#### 5.6.1.2 Bewertung der Gefahren – Kartografierung

2011 wurden drei Ingenieurbüros beauftragt, die detaillierten Gewässergefahrenkarten für die Region des Freiburger Mittellands zu erstellen. Ende 2013 standen rund 50 % der Hochwassergefahrenkarten für die Gemeinden des Freiburger Mittellands zur Verfügung. Die definitiven detaillierten Gefahrenkarten dürften im Frühling 2014 veröffentlicht werden.

#### 5.6.1.3 Gewässerraum

Bis vor 2013 wurde der Gewässerraum der Fliessgewässer in 73 Freiburger Gemeinden ermittelt. Für 61 dieser Gemeinden hat die Sektion Gewässer die Definition des Gewässerraums validiert. 12 Gemeinden haben den Gewässerraum bereits in ihren OP übertragen.

2013 wurde ein Mandat zur Bestimmung der natürlichen Breite der Fliessgewässer auf rund 1655 km vergeben (siehe «Ökomorphologische Erhebungen»). Auf dieser Grundlage wird der Gewässerraum bestimmt werden können. Von diesen Vorbereitungen abgesehen wurden die Arbeiten für die Bestimmung des Gewässerraums zwischen 2012 und 2013 ausgesetzt; denn zuerst muss der Bund klare Anweisungen zur Umsetzung und Definition des Gewässerraums geben – namentlich bei Landwirtschaftsland –, nachdem die Abgrenzung des Gewässerraums Gegenstand von mehreren parlamentarischen Vorstössen war (z. B. Motion 12.3047 «Gewässerschutzgesetzgebung», am 29.02.2012 von Nationalrat Leo Müller eingereicht; Parlamentarische Initiative 13.455 «Anwendung des Gewässerschutzgesetzes. Die örtlichen Gegebenheiten nicht ausser Acht lassen», am 26.09.2013 von Nationalrat Guy Parmelin eingereicht).

#### 5.6.1.4 Ökomorphologische Erhebungen

Bis Ende 2012 wurde auf einer Gesamtlänge von 912 km der ökomorphologische Zustand von Fliessgewässerabschnitten auf Freiburger Boden erhoben. Vorgängig waren bereits 312 km analysiert worden. Der Staat Freiburg hat 3 Büros für die ökomorphologische Erhebungen auf dem gesamten Kantonsgebiet beauftragt. Von den rund 3250 km, die das kantonale Gewässernetz umfasst, werden dabei 1650 km Fliessgewässer analysiert werden. Bis heute wurde der Zustand von etwa 1620 km erhoben. Diese Daten werden nun validiert. Die Gesamtheit der Daten – einschliesslich der Daten, die vor 2012 erhoben wurden – werden im Frühjahr 2014 zur Verfügung stehen und knapp 2650 km abdecken.

#### 5.6.1.5 Umsetzung des kantonalen Gewässergesetzes – Gesamtheitliche Gewässerbewirtschaftung je Einzugsgebiet

Die gesamtheitliche Gewässerbewirtschaftung je Einzugsgebiet wird von der Sektion Gewässer und dem Amt für Umwelt geleitet (siehe Kapitel des AfU).

### 5.6.2 Ausbau und Unterhalt der Fliessgewässer

Die Sektion Gewässer hat die generellen Projekte ausgearbeitet und die Aufsicht über die Projekte von Gewässerverbauungen wahrgenommen. Daneben hat sie Gemeinden und Wasserbauunternehmen bei Unterhalts- und Ausbauarbeiten beraten. Sie behandelte die Kantonsbeitragsgesuche. Und schliesslich wirkte sie auch als Bindeglied zwischen der Bauherrschaft und dem Bund für die Gewährung von Bundesbeiträgen.

### 5.6.2.1 Subventionen für den Wasserbau

2012 wurden die neuen Programmvereinbarungen für die Periode 2012–2015 unterzeichnet. In der Programmvereinbarung «Schutzbauten Wasser» sind für diese vier Jahre Bundesbeiträge von 3 559 000 Franken vorgesehen. Mit der Programmvereinbarung «Gewässerrevitalisierung» verpflichtet sich der Bund, in der Periode 2012–2015 einen pauschalen Beitrag von 2 896 000 Franken zu leisten.

### 5.6.2.2 Subventionen für Erhaltungsarbeiten

2013 subventionierte der Kanton die Unterhaltsarbeiten mit 100 657.60 Franken.

## 5.6.3 Gewässernutzung und -bewirtschaftung

### 5.6.3.1 Gutachten und Wasserbaupolizei

Die Sektion hat 613 Bau- und 131 Planungsdossiers (OP, DBP, GEP) analysiert und kontrolliert. Dabei ging es hauptsächlich um:

- > Baubewilligungs- und Vorprüfungsgesuche sowie Dossiers, die dem Amt für Verkehr und Energie unterbreitet wurden;
- > Regional- und Ortspläne (OP), Detailbebauungspläne (DBP) sowie generelle Entwässerungspläne (GEP).

### 5.6.3.2 Verwaltung der Schiffbarkeit und der Anlegeplätze

2013 wurde ein Inventar der illegalen Anlagen und Anlegeplätze entlang der Seeufer erstellt. Grundlage für dieses Inventar waren systematische Beobachtungen an den Ufern des Neuenburger-, Greyerzer- und Murtensees. Die Eigentümerinnen und Eigentümer von illegal erstellten Bootsanlagen und -einrichtungen werden jeweils schriftlich aufgefordert, die Situation in einen rechtmässigen Zustand zu überführen.

Ausserdem wurden 30 Bewilligungen für bestehende individuelle Anlegeplätze an neue Begünstigte erteilt. 16 Bewilligungen wurden direkt unter Nutzniessern ausgetauscht.

### 5.6.3.3 Bewilligungen und Konzessionen für die Benützung der öffentlichen Gewässer

Die Sektion Gewässer hat Bewilligungen und Genehmigungen für die Benützung öffentlicher Gewässer (Wasserkraft, Wasserpumpenanlagen, Ableitungen, Querungen von Fliessgewässern, Flächenbenützungen, Materialentnahmen usw.) ausgestellt. Insgesamt wurden 95 neue Bewilligungen zur Benützung der öffentlichen Sachen erteilt.

### 5.6.3.4 Konzessionen für die Nutzung der Wasserkraft

2013 wurden beim Staat 3 Vorprüfungsgesuche für eine Konzession eingereicht. Ein Gesuch wurde behandelt. Das Resultat war eine Bewilligung mit Bedingungen. Die beiden anderen Konzessionsgesuche sind noch in Bearbeitung.

### 5.6.3.5 Sanierung der Wasserentnahmen

Die grossen Anlagen an der Saane und dem Jaunbach wurden nach Artikel 80 des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer von 1991 (GewG) saniert. 13 kleinere Anlagen müssen noch saniert werden. Die letzte grosse Anlage, bei der noch eine Restwassersanierung durchgeführt werden muss, ist die Staumauer von Lessoc.

Der Kanton Freiburg beteiligt sich an der Restwassersanierung der Werke Hongrin und Rossinière, für die der Kanton Waadt federführend ist.

Zusammen mit den anderen betroffenen staatlichen Dienststellen hat die Sektion wie vom Bund gefordert zwei Zwischenberichte zur kantonalen Planung für die Sanierung des Geschiebehaushalts bzw. des Schwallbetriebs verfasst. Das ganze Jahr 2014 wird dem Verfassen der entsprechenden Schlussberichte gewidmet sein.

---

## 6 Hochbauamt

---

Das Amt wird vom Kantonsarchitekt Charles-Henri Lang geleitet.

### 6.1 Tätigkeit

Heute ist das Amt in eine technische Abteilung sowie eine Sektion Verwaltung mit den Sektoren Gebäudeunterhalt, Gebäudeverwaltung und Subventionierte Gebäude unterteilt.

#### 6.1.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 6.1.1.1 Technische Abteilung

Im Rahmen der Beratertätigkeit für den Bau und die Nutzung von Gebäuden haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der technischen Abteilung für folgende Vorhaben in Arbeitsgruppen mitgewirkt:

- > Kollegium Heilig Kreuz;
- > Kantons- und Universitätsbibliothek;
- > Hochschulen für Gesundheit und für Soziale Arbeit;
- > Universität, Thierryturm;
- > Universität, Pérolles;
- > Polizeigebäude;
- > Anstalten von Bellechasse;
- > Landwirtschaftliches Institut Grangeneuve;
- > BlueFACTORY;
- > Verwaltungsgebäude, Route de Riaz, Bulle;
- > St.-Leonhard-Sportanlagen.

Im Rahmen der Interessenvertretung des Staats bei Bauten, Umbauten und Renovationen von Gebäuden durch Privatunternehmungen hat das Hochbauamt die Ausführungspläne sowie die Masse und Abrechnungen stichprobenweise kontrolliert. Das Amt nahm ausserdem bei folgenden Vorhaben an den Bau- und Baustellenkommissionen teil:

- > Kollegium Gambach;
- > Sekundarstufe 2 und PH;
- > Berufsfachschule | Technik und Kunst | Freiburg (EMF);
- > freiburger spital, Standort Freiburg;
- > Universität;
- > Kantonsgericht;
- > Kollegium des Südens;
- > Anstalten von Bellechasse;
- > Gebäude EVA, ehemals ABA-Gebäude.

Die Mitarbeitenden des Amtes haben regelmässig an den Sitzungen folgender Organe teilgenommen:

- > Kulturgüterkommission;
- > kantonale Energiewirtschaftskommission;
- > Kommission für Schulbauten;
- > Pensionskasse des Staatspersonals und weitere davon betroffene Kommissionen;
- > Kommission des Universitätsstadions St. Leonhard;
- > kantonale Unterkommission LoRo-Sport (Loterie Romande Sport);
- > Stiftungsrat des Schweizerischen Zentrums für Forschung und Information zur Glasmalerei, Vitrocentre;
- > Stiftungsrat des Schlosses Greyerz und dessen Erhaltungskommission;

- 
- > Stiftungsrat Pro Vallon;
  - > Stiftungsrat und Gesamtkommission der St.-Niklaus-Kathedrale;
  - > Kommission für die Bewertung grosser Immobilien- und Mietvorhaben.

Ferner wirkten sie bei Studien oder Verwirklichungen von Bauten für die folgenden Körperschaften mit: Apartis, Stiftung für studentisches Wohnen.

Die Mitarbeitenden haben ferner technische Gutachten zu Beitragsgesuchen für Um- oder Ausbauten von Spitälern und Pflegeheimen erstellt.

Das Hochbauamt begutachtete Schulbauprojekte und Bauvorhaben von Sportanlagen für LoRo-Sport entsprechend den Gesuchen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport.

Das Amt beriet regelmässig Auftraggeber, Auftragnehmer sowie berufliche Organisationen im Zusammenhang mit der Gesetzgebung im öffentlichen Beschaffungswesen.

#### 6.1.1.2 Sektion Verwaltung – Sektor Gebäudeunterhalt

Der Sektor Gebäudeunterhalt verwaltet das Immobilienbudget aller staatlichen Dienststellen. Die Gesamtausgaben der Dienststellen betragen 1 068 549 Franken. Ausserdem wurden 678 Gebäudeversicherungsprämien (KGV) und 729 Unterhaltsabonnemente überprüft und wo nötig korrigiert. Die Handwerker leisteten 1243 Einsätze.

Die Vermietung der gedeckten und ungedeckten Parkplätze brachte 1 187 555 Franken ein. Es wurden 354 Übertragungen vorgenommen. Das Unternehmen Securitas ist mit der Überwachung der Parkieranlagen beauftragt. Dieses hat beim Oberamt des Saanebezirks über 1000 Anzeigen eingereicht. Das Hochbauamt seinerseits hat 12 Anzeigen verfasst und eingereicht.

Es wurden 1 024 083 Liter Heizöl bei 4 Lieferanten bestellt und in 71 Lieferungen an 51 Gebäude verteilt.

Ferner werden 32 Gebäude mit Gas beheizt.

Der Wartungsdienst zählt für den technischen Bereich 28 Hauswarte und Handwerker sowie 211 Raumpflegerinnen (219 Stellen), die die Reinigung der Verwaltungs- und Schulräume sicherstellen.

Der Sektor Gebäudeunterhalt übernahm die Aufstellung der Salärabrechnungen und die Ausarbeitung der Arbeitsverträge.

Für die Raumpflege wurden insgesamt 272 Bestellungen, insbesondere für Putzmittel, aufgegeben.

Der Sektor Gebäudeunterhalt führt die Inventare der Dienststellen nach und verwaltet die Schadensfälle. Bei der Sachversicherung ist der Staat gegen Brand an Gebäuden (KGV) und Mobiliar, Wasserschäden an Gebäuden und Mobiliar, Einbruch und Diebstahl sowie Schäden an Computern versichert.

#### 6.1.1.3 Sektion Verwaltung – Sektor Gebäudeverwaltung

Der Sektor Gebäudeverwaltung schloss verschiedene Mietverträge, Nachträge zu Verträgen, Kauf-/Verkaufsverträge und Vereinbarungen ab.

#### 6.1.1.4 Sektion Verwaltung – Sektor Subventionierte Gebäude

Die Kommission für Schulbauten hielt 4 Sitzungen ab und behandelte dabei 33 Dossiers.

Die staatlichen Beiträge an Schulbauten für die Primarstufe beliefen sich auf 1 299 927.25 Franken. Für die Sekundarstufe leistete der Staat Beiträge von 2 799 800 Franken an die Investitionen und 89 280 Franken an die Mieten.

### 6.1.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

Im Bereich Unterhalts- und Renovationsarbeiten von Gebäuden und Installationen des Staats hat die technische Abteilung des Hochbauamts die Leitung der Arbeiten bei folgenden Gebäuden übernommen:

#### 6.1.2.1 Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport

- > Kantons- und Universitätsbibliothek;

- 
- > Pädagogische Hochschule;
  - > Kollegium St. Michael;
  - > Güter des Kollegiums St. Michael;
  - > Kollegium des Südens;
  - > Kollegium Heilig Kreuz;
  - > Fachmittelschule Freiburg;
  - > Naturhistorisches Museum;
  - > Museum für Kunst und Geschichte;
  - > Hochschule für Gesundheit Freiburg.

#### 6.1.2.2 Für die Sicherheits- und Justizdirektion

- > Gebäude der Direktion;
- > Zentralgefängnis;
- > Polizeiposten La Roche;
- > Fourier in Avenches;
- > Hunderverschlag in Châtillon;
- > Polizeiposten Porsel;
- > CIG Granges-Paccot;
- > CIG in Vaulruz;
- > CIG in Domdidier;
- > Waffenplatz Freiburg – Kaserne La Poya;
- > ehemaliges Zeughaus, Gebäude der Lager.

#### 6.1.2.3 Für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft

- > Gebäude der Direktion;
- > Amt für Wald, Wild und Fischerei;
- > Oberamt des Saanebezirks;
- > Fischzucht Estavayer-le-Lac.

#### 6.1.2.4 Für die Volkswirtschaftsdirektion

- > Gebäude der Direktion;
- > Hochschule für Technik und Architektur Freiburg;
- > Berufsfachschule | Technik und Kunst | Freiburg (EMF).

#### 6.1.2.5 Für die Direktion für Gesundheit und Soziales

- > Gebäude der Direktion;
- > Asylunterkunft in Freiburg;
- > Asylunterkunft in Estavayer-le-Lac.

#### 6.1.2.6 Für die Finanzdirektion

- > Gebäude der Direktion.

#### 6.1.2.7 Für die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion

- > Werkhof Tour Rouge;
- > Werkhof Stadtberg;
- > Werkhof Romont;
- > Châtillon.

#### 6.1.2.8 Für die Zentralverwaltung

- > Verwaltungsgebäude an der Route des Daillettes 6 und 6a;
- > Staatskanzlei;
- > Johanniterkomturei;

- > Rathaus;
- > Oberamt Bulle;
- > Oberamt Châtel-Saint-Denis;
- > Oberamt Romont;
- > Oberamt Estavayer-le-Lac.

### 6.1.2.9 Für die Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmäler

- > St.-Niklaus-Kathedrale;
- > Türme und Tore;
- > Pfarrkirche St. Moritz;
- > Kapelle Sensebrücke.

### 6.1.3 Fernüberwachung;

Folgende Arbeiten wurden im Zusammenhang mit der Fernüberwachung ausgeführt:

- > Anschluss der neu erworbenen bzw. neu gebauten Gebäude an das Informatiksystem des Staats;
- > Einführung des neuen Systems für Brand-, Einbruch- und Überfallmeldung in den Gebäuden;
- > Änderung des Alarmierungssystems in den Liften;
- > Analyse der Offerten von Energielieferanten für die neuen Gebäude;
- > Energieberechnungen für den Werkhof Romont, Begleitung der Baustelle während der Arbeiten sowie Abnahme der technischen Einrichtungen;
- > Studien, Ausschreibung und Ausführungsplan für die neue Energieproduktion im Bauernhof in Pépins de Sorens;
- > Einrichtung eines Testsystems «EcoBITS» in fünf Gebäuden, um den Energieverbrauch zu optimieren;
- > Einrichtung eines Testsystems «EcoWizz» in allen Gebäuden des Kollegiums St. Michael, um den Energieverbrauch der Apparate zu senken;
- > Analyse, Fortsetzung der Machbarkeitsstudie für die Wärmeerzeugung im Zusammenhang mit dem KGV-Projekt in Châtillon.

### 6.1.4 Nachhaltige Entwicklung

Im Rahmen der Massnahmen für eine nachhaltige Entwicklung wurden die Ausschreibungen für die staatlichen Gebäude, die grosse Stromverbraucher sind, kontrolliert und analysiert. Um die Werte zu erfassen und eine erste Analyse durchzuführen, wurde eine entsprechende Datei vorbereitet. In der Folge wird ein detaillierterer Bericht erstellt werden können.

### 6.1.5 Radonmesskampagne

Nachdem im Oktober 2012 die entsprechenden Messgeräte aufgestellt worden waren, konnten die Daten analysiert und die Resultate den Verantwortlichen für die Gebäude übermittelt werden.

## 6.2 Zusammenfassung der Ausgaben

Die Kosten der vom Hochbauamt durchgeführten Arbeiten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Ausgaben	Fr.*	Fr.**
Gebäudeunterhalt	4 484 960	5 239 410
Unterhalt und Reparatur von Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmälern	1 770 170	79 990
Bau, Erweiterung, Ausbau sowie ausserordentliche Arbeiten, Kauf von Gebäuden	15 299 980	32 982 000

\* zulasten des Hochbauamts

\*\* zulasten der anderen Direktionen

## 7 Personalbestand

Behörden – Direktionen Finanzstellen		Rechnung 2013 VZÄ	Rechnung 2012 VZÄ	Differenz VZÄ
Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion		<b>388.23</b>	<b>386.49</b>	<b>1.74</b>
Zentralverwaltung		388.23	386.49	1.74
3800/TPSE	Generalsekretariat	13.24	13.02	0.22
3805/OCAT	Bau- und Raumplanungsamt	31.26	30.22	1.04
3808/SMOB	Amt für Mobilität	14.71	14.65	0.06
3810/PCAD	Tiefbauamt		39.44	-39.44
3811/SPCH	Tiefbauamt	156.94		156.94
3820/PCRC	Kantonsstrassen – Unterhalt		107.78	-107.78
3830/PCRN	Nationalstrassen – Unterhalt	41.86	42.56	-0.70
3840/PCEE	Sektion Gewässer		8.57	-8.57
3845/OPEN	Amt für Umwelt	40.73	40.63	0.10
3850/BATI	Hochbauamt	89.49	89.62	-0.13

# Tätigkeitsbericht

Staatskanzlei

—

2013



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Chancellerie d'Etat CHA**  
**Staatskanzlei SK**

---

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1 Sekretariat des Staatsrats</b>	<b>3</b>	1.6.4	Initiativen – Referenden – Petitionen	7
<b>1.1 Stab- und Unterstützungsfunktionen</b>	<b>3</b>	1.6.5	E-Voting der Auslandschweizer/-innen	8
1.1.1 Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats	3	1.6.6	Einführung der elektronischen Dokumentenverwaltung	8
1.1.2 Konferenz der Generalsekretäre	3	<b>1.7 Informatikprojekte</b>		<b>8</b>
1.1.3 Beziehungen zum Grossen Rat	3	<b>1.8 Rechtliche Angelegenheiten</b>		<b>8</b>
<b>1.2 Elektronische Dokumentenverwaltung (GED)</b>	<b>3</b>	<b>2 Amt für Gesetzgebung (GeGA)</b>		<b>9</b>
<b>1.3 Büro für Information (Bfi)</b>	<b>4</b>	<b>2.1 Tätigkeit</b>		<b>9</b>
1.3.1 Weiterbildung im Bereich der Information	4	2.1.1 Unterstützung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung		9
1.3.2 Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen	4	2.1.2 Verbreitung der Gesetzgebung		9
1.3.3 Internet und Intranet	4	2.1.3 Ausarbeitung von Entwürfen der allgemeinen Gesetzgebung		10
1.3.4 Strategie zur Nutzung der sozialen Medien (Social Media)	4	2.1.4 Rechtsdienst und Verschiedenes		10
1.3.5 Corporate Design und kantonales Führungsorgan (KFO)	4	<b>2.2 Besondere Ereignisse</b>		<b>10</b>
<b>1.4 Aussenbeziehungen</b>	<b>5</b>	2.2.1 Personal		10
1.4.1 Interkantonale Zusammenarbeit	5	2.2.2 Ausarbeitung von Entwürfen im Auftrag		10
1.4.2 Europäische Integration und internationale Beziehungen	5	2.2.3 Planung der Rechtsetzungsvorhaben 2012-2016		10
<b>1.5 Sektor Sprachen und Veröffentlichungen</b>	<b>5</b>	<b>3 Amt für Drucksachen und Material (DMA)</b>		<b>11</b>
1.5.1 Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates	6	<b>3.1 Tätigkeit</b>		<b>11</b>
1.5.2 Veröffentlichungen	6	<b>3.2 Sektor Einkauf</b>		<b>11</b>
1.5.3 Telefonverzeichnis des Staates Freiburg	6	<b>3.3 Aufgaben vor dem Drucken</b>		<b>11</b>
<b>1.6 Sektor Interne Dienste und politische Rechte</b>	<b>6</b>	<b>3.4 Intern ausgeführte Druckarbeit</b>		<b>11</b>
1.6.1 System zur Verwaltung der Wahlen und Abstimmungen	6	<b>3.5 Binde- und Digitalisierungsarbeiten</b>		<b>12</b>
1.6.2 Abstimmungen	7	<b>3.6 Beschaffung von Büromaterial und Logistik</b>		<b>12</b>
1.6.3 Wahlen	7	<b>3.7 Schlüsselzahlen 2013</b>		<b>12</b>
		<b>4 Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz</b>		<b>13</b>
		<b>4.1 Tätigkeit</b>		<b>13</b>
		<b>5 Personalbestand</b>		<b>13</b>

---

# 1 Sekretariat des Staatsrats

---

Staatskanzlerin: Danielle Gagnaux

Vizekanzler: Olivier Curty

## 1.1 Stab- und Unterstützungsfunktionen

### 1.1.1 Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats

Die Organisation der Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats, die im Kapitel «Staatsratsjahr» behandelt wird, bildet die Haupttätigkeit der Staatskanzlei. Die Organisation der Ergänzungswahl für die Nachfolge von Isabelle Chassot war einer der Schwerpunkte im Jahr 2013, dazu kam noch die Organisation der Arbeiten für das Programm der Spar- und Strukturmassnahmen für die Finanzdirektion. Weil die elektronische Verwaltung der Staatsratsgeschäfte konkret umgesetzt wurde, kann die Regierung seit September 2013 papierlos arbeiten.

### 1.1.2 Konferenz der Generalsekretäre

Die Konferenz der Generalsekretäre, die von der Staatskanzlerin präsiert wird, trat 2013 zu 8 Sitzungen zusammen. Sie widmete mehrere Sitzungen der Begleitung der Umsetzung des Projekts zur elektronischen Geschäftsverwaltung. Sie diskutierte verschiedene laufende Projekte bei der Verwaltung, wie den Gleichstellungsplan bei der Kantonsverwaltung, die Weisung über die Verwaltung der Staatsratssitzungen, die Neugestaltung des Tätigkeitsberichts, die elektronische Rechnungsstellung, die Konkretisierung der geplanten Studien und Aufträge, die bei den Strukturmassnahmen geplant werden, und die Bilanz des Projekts Boussole 21.

### 1.1.3 Beziehungen zum Grossen Rat

Die Zusammenarbeit zwischen der Staatskanzlei und dem Sekretariat des Grossen Rates wurde weiter optimiert, namentlich im Rahmen des Projekts zur elektronischen Dokumentenverwaltung, an dem das Sekretariat des Grossen Rates beteiligt ist. Die Staatskanzlerin nahm an den Sitzungen des Büros des Grossen Rates teil, an denen die Traktandenlisten der Sessionen vorbereitet wurden.

## 1.2 Elektronische Dokumentenverwaltung (GED)

Nach mehreren Anläufen hat die Kantonsverwaltung eine neue Anwendung zur elektronischen Verwaltung der Dokumente für die Sitzungen des Staatsrats und des Grossen Rates angeschafft: KONSUL, eine der meistverwendeten Lösungen in der Schweiz, die in 12 Kantonen und mehreren grossen Städten läuft. Dieses Projekt mit dem Namen GEVER\_CHA\_2.0 nahm mehrere Sektoren der Kantonsverwaltung stark in Anspruch. Unter der Leitung des Vizekanzlers wurde es in enger Zusammenarbeit mit dem ITA, dem Sekretariat des Grossen Rates und den sieben Direktionssekretariaten realisiert.

Der Lebenszyklus eines Geschäfts des Staatsrats verläuft jetzt im Allgemeinen ohne Papier, das fängt beim Einscannen der eingehenden Post an und geht bis zur Veröffentlichung eines Entscheids des Staatsrats auf der Website, in der Amtlichen Sammlung (ASF) oder im Amtsblatt oder zur Überweisung eines Gegenstands zur Behandlung an den Grossen Rat. Dieser wird 2014 das Projekt zur Verwaltung seiner eigenen Geschäfte mit demselben Tool fertigstellen.

Dank diesem neuen Tool laufen die Sitzungen des Staatsrats seit September 2013 ohne Papier ab. Die Mitglieder des Kollegiums bereiten die Sitzungen auf ihren Laptop-Computern vor und verfolgen sie, indem sie sich an eine elektronische Traktandenliste halten, in der alle Sitzungsdokumente und die dazugehörigen persönlichen Notizen gespeichert sind. Der Staatsrat allein spart so ungefähr 1000 Kilo Papier im Jahr, und seine Arbeit gewann wie diejenige der Verwaltung im Allgemeinen an Wirksamkeit und Rückverfolgbarkeit.

---

## 1.3 Büro für Information (BfI)

Das BfI unterstützt die Staatskanzlei bei der Informationstätigkeit über die Angelegenheiten des Staatsrats. Es stellt die allgemeine Koordination der Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der Information der Öffentlichkeit sicher. Es unterstützt und berät die Direktionen und ihre Verwaltungseinheiten bei diesen Tätigkeiten und sorgt für gute Beziehungen zu den Medien. Es verwaltet die allgemeine Presseschau des Staates, die sich auf die Druck- und elektronischen Medien in der Schweiz stützt und täglich an 180 Kaderleute des Staates Freiburg versandt wird.

### 1.3.1 Weiterbildung im Bereich der Information

Im siebten ganzen Jahr seiner Tätigkeit hat das BfI zum fünften Mal eine Ausbildung in Kommunikation für die Kaderleute des Staates organisiert. Verschiedene Fachleute aus dem Medienbereich gestalten diesen Tag, mit dem das BfI seiner Rolle als Bindeglied zwischen der Kantonsverwaltung und der Medienwelt konkrete Gestalt verleihen kann. Angesichts der weiterhin positiven Rückmeldungen ist geplant, dass im Juni 2014 erneut ein Ausbildungstag stattfindet.

### 1.3.2 Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen

Sie bilden natürlich immer noch den wichtigsten Teil der Aufgabe des BfI. Im Jahr 2013 wurden den Medien rund 340 Mitteilungen zugestellt, und 47 Medienkonferenzen, an denen mindestens ein Mitglied des Staatsrats beteiligt war, wurden organisiert. Das BfI wirkte in irgendeiner Form an fast allen Medienkonferenzen mit und hat selbst mehrere davon organisiert (Projekt und Programm der Struktur- und Sparmassnahmen, Bilanz der Staatsratspräsidentin...). Im Bestreben, die Koordination der Kommunikation weiter zu verbessern, organisierte es mehrere Sitzungen mit der Konferenz der Ansprechpersonen für die Information der Öffentlichkeit in den Direktionen.

### 1.3.3 Internet und Intranet

2013 fuhr das BfI mit der Erweiterung und der Entwicklung des Inhalts der Websites des Staates fort (Durchlesen und Hilfe bei der Schaffung von 6 neuen Sites). Um die Ergonomie und die Inhalte der Websites des Staates zu verbessern, liest es weiterhin Websites, die bereits online sind, durch und beantragt Korrekturen. Das BfI hat ausserdem neue Richtlinien zu den Websites des Staates vorbereitet. Diese Richtlinien sind von jetzt an integrierender Bestandteil der Vorschriften zur Information über die Tätigkeit des Staatsrats und der Verwaltung des Kantons Freiburg, die im Lauf dieses Jahres veröffentlicht werden. Das BfI hat auch an zahlreichen Sitzungen teilgenommen, an denen das E-Government beim Staat Freiburg behandelt wurde. Dem BfI wurde ausserdem der Auftrag erteilt, in Zusammenarbeit mit dem ITA ein Projekt zur Neugestaltung des Intranets des Staates zu leiten. Das Projekt dürfte im Verlauf dieses Jahres realisiert werden, und ein Intranet, das auf dem CMS basiert, sollte ins Netz gestellt werden. Schliesslich verwaltet das BfI die Mailbox des Staates Freiburg. Bei diesem Briefkasten, der als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern dient, gehen pro Woche mehr als 10 Fragen ein, was im ganzen Jahr 2013 ein bisschen mehr als 600 Antworten ausmacht.

### 1.3.4 Strategie zur Nutzung der sozialen Medien (Social Media)

Das BfI hat mehrere Pilotprojekte zur Nutzung der sozialen Medien (SM) beim Staat Freiburg lanciert und begleitet. Diese Projekte dienen als Grundlage für die Vorbereitung und eine allgemeine Bilanz, mit der die Regierung dann die Strategie zur Nutzung der SM beim Staat Freiburg verabschieden kann. Dieses Dokument wird mit einem praktischen Leitfaden für die Verwaltungseinheiten, welche die Nutzung der SM in Angriff nehmen wollen, und mit Weisungen zur Nutzung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergänzt.

### 1.3.5 Corporate Design und kantonales Führungsorgan (KFO)

Die Umsetzung des Projekts Corporate Design wurde 2013 beendet. Das BfI wird seinerseits mit der Unterstützung der Konferenz der Generalsekretäre weiterhin darauf achten, dass die Grafikcharta in allen Verwaltungseinheiten, die es anwenden müssen, beachtet und richtig ausgeführt wird. Der Verantwortlich des BfI und seine Adjunktin arbeiteten im KFO mit, namentlich in Gruppen, die Überlegungen zur Problematik von Katastrophen anstellten. Sie haben ausserdem einen wichtigen Beitrag geleistet zur Organisation von verschiedenen Vorbereitungsübungen, sei es im Rahmen der Übungsleitung oder als Beübte.

---

## 1.4 Aussenbeziehungen

Der Sektor Aussenbeziehungen bei der Staatskanzlei unterstützt den Staatsrat bei der Gewährleistung einer Verbindung zwischen dem Kanton Freiburg und der äusseren Umgebung, namentlich den übrigen Kantonen, dem Bundesparlament, dem Bund und der Europäischen Union. Die wichtigsten Tätigkeiten werden im Tätigkeitsbericht unter dem Kapitel «Tätigkeiten des Staatsrats: Aussenbeziehungen» vorgestellt; sie bestehen in der Vorbereitung der Geschäfte, der Koordination innerhalb des Kantons und mit den anderen Kantonen und der Betreuung der Angelegenheiten, die zu diesem Bereich gehören. Im Folgenden werden nur einige besondere Tätigkeiten vorgestellt.

### 1.4.1 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Sektor Aussenbeziehungen koordiniert die Durchführung des Projekts Hauptstadtregion Schweiz beim Staat Freiburg. 2013 wurden folgende Projekte geschaffen, deren Realisierung 2014 mit der Mitwirkung des Staates Freiburg und für einige davon auch mit der Mitwirkung von anderen Freiburger Partnern, die Mitglieder der Hauptstadtregion sind (Regionen See, Broye, Sense, Agglo Freiburg und Städte Murten und Estavayer-le-Lac), fortgesetzt wird:

- > Ketten zur Wertschöpfung im Umfeld von Institutionen des Bundes. Aus diesen Überlegungen gingen zwei Projekte hervor:
  - > das Projekt Cluster Foodtech intercantonal (Bereich: Agroscope, Landwirtschaftsschulen, Projekt, das von Freiburg geschaffen wurde)
  - > Infrastrukturnetze (Bereich: Swisscom, Post, SBB)
- > Wirtschaftsförderungspole «Tätigkeiten»
- > Potenziale der Hauptstadtregion Schweiz im Gesundheitsbereich
- > Sprachaustausche für die Auszubildenden
- > Gemeindeparterschaften zur Schaffung von sprachlichem Austausch

### 1.4.2 Europäische Integration und internationale Beziehungen

Die Begleitung der Umsetzung der Bilateralen Abkommen I und II auf Kantonsebene und das ganze Dossier der europäischen Integration bilden ständige Aufgaben des Sektors Aussenbeziehungen. In der Versammlung der Regionen Europas (VRE) hat der Volkswirtschaftsdirektor mit Unterstützung des Sektors Aussenbeziehungen die Vertretung des Kantons und der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) in der Schweizer Delegation in verschiedenen Büros dieser Versammlung sichergestellt. Die Mitwirkung des Kantons an gewissen Projekten der VRE, namentlich beim Programm IDeal Index und beim Programm Eurodyssée, das zum Austausch von rund 10 jungen Berufsleuten zwischen dem Kanton Freiburg und den europäischen Regionen führte, wurde ebenfalls bestätigt.

## 1.5 Sektor Sprachen und Veröffentlichungen

Der Sektor Sprachen und Veröffentlichungen prüft die französischen und deutschen Fassungen der Erlassentwürfe und der amtlichen Texte, die von den Direktionen und weiteren Behörden vorgelegt werden, auf ihre formale, inhaltliche und sprachliche Richtigkeit und sorgt für ihre korrekte Veröffentlichung in der Amtlichen Gesetzessammlung (ASF), im Amtsblatt (ABI) und im Internet. Er bereitet die Botschaften zu den Gesetzen und Dekreten für den Druck vor. Der Sektor kontrolliert auch die deutschen Druckfahnen des Grossen Protokolls. Er fertigt ausserdem Übersetzungen für die Staatskanzlei und wenn nötig für das Staatsratspräsidium und die Direktionen an und koordiniert Fragen im Zusammenhang mit der Übersetzung Französisch-Deutsch und Deutsch-Französisch in der Kantonsverwaltung. Er trägt dazu bei, die Fachwortbestände zu erfassen und für die Datenbanken benutzbar zu machen (Terminologie). Der Sektor hat an den Arbeiten des Interkantonalen Organs für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich (CoTerm) aktiv mitgewirkt. Das Organ hielt 2013 zwei Sitzungen ab.

### 1.5.1 Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates

Die Konferenz der Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates Freiburg, in der die Übersetzerinnen und Übersetzer der Kantonsverwaltung und des freiburger spitals vereint sind, hielt 2013 drei Sitzungen ab. Dieses Organ, das 2011 geschaffen wurde, wird von der Chefübersetzerin der Staatskanzlei geleitet und behandelt Fragen der Übersetzung und der Terminologie beim Staat. 2013 behandelte die Konferenz namentlich folgende zwei Themen: Die Übersetzungsrichtlinie und die Schreibregeln für die deutsche Sprache (Corporate Language). Diese «Richtlinie über das Übersetzungswesen in der Kantonsverwaltung» wurde vom Sektor Sprachen und Veröffentlichungen ausgearbeitet und regelt die allgemeine Organisation des Übersetzungswesens in der Kantonsverwaltung und die Sprachdienstleistungen, die innerhalb der Kantonsverwaltung und von externen Beauftragten angeboten werden. Mit dieser Richtlinie soll die Qualität der Übersetzungen sichergestellt werden, indem die Mittel und Verfahren festgelegt werden, die dabei beachtet werden müssen. Der Sektor organisierte für alle Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates eine Weiterbildung zum Thema Redaktion und Übersetzung der Medienmitteilungen mit der stellvertretenden Chefredaktorin der «Freiburger Nachrichten».

### 1.5.2 Veröffentlichungen

In der **Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF)** wurden veröffentlicht:

- > Grosser Rat: 25 (2012: 16) Gesetze und 18 (15) Dekrete;
- > Staatsrat: 77 (83) Verordnungen, 1 (1) Beschluss, 1 (0) Tarif und 2 (5) Reglemente;
- > Direktionen und weitere Behörden: 10 (13) Erlasse.

Insgesamt wurden in jeder Sprache rund 520 (719) ASF-Seiten gedruckt.

Im **Amtsblatt (ABI)** wurden veröffentlicht:

- > Grosser Rat: 4 (4) Einbürgerungsdekrete;
- > Staatsrat: 24 (21) Beschlüsse.

Der Sektor stellte ausserdem die Veröffentlichungen von Anzeigen und amtlichen Texten über Angelegenheiten der Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten, Interkantonale und ausserkantonale Angelegenheiten sicher.

Für die eingebürgerten Personen wurden offizielle Feiern organisiert, an denen ihnen die **Einbürgerungsurkunde und ein Diplom** übergeben wurden. Der Sektor ist beauftragt, die Korrektheit der Dokumente unter formellen und materiellen Kriterien zu gewährleisten. Im Jahr 2013 betreute der Sektor die Kontrolle und den Druck von 374 (267) Einbürgerungsdokumenten.

### 1.5.3 Telefonverzeichnis des Staates Freiburg

Die Informatikanwendung, auf die sich das Telefonverzeichnis des Staates Freiburg stützt – externes Verzeichnis ATE und internes Verzeichnis ATI – kann langsam nicht mehr mithalten. Sie hat ihre technologischen Grenzen erreicht, ihr Unterhalt wird heikel, und vernünftigerweise kann keine Weiterentwicklung ins Auge gefasst werden. Es wurde deshalb ein Projekt für einen Ersatz lanciert; das ITA ist beauftragt, dieses Projekt mit der kräftigen Mitarbeit des Sektors, der als «Berufsverantwortlicher» wirkt, durchzuführen. 2013 fanden mehrere Arbeitssitzungen statt und trugen dazu bei, die Fundamente für dieses Projekt zu legen, das im Verlauf des Jahres 2014 konkrete Gestalt annehmen soll.

## 1.6 Sektor Interne Dienste und politische Rechte

### 1.6.1 System zur Verwaltung der Wahlen und Abstimmungen

Der gute Ablauf des Verfahrens zur Verwaltung der Wahlen und Abstimmungen ist sehr wichtig. Nach der Ankündigung des Lieferanten, dass die derzeit verwendete Informatiklösung (Votel) veraltet sei, ernannte der Staatsrat eine Projektoberleitung mit dem Auftrag, gemäss den Vorschriften des öffentlichen Beschaffungswesens eine neue Lösung zu beantragen. Dieses Projekt mit dem Namen «System zur Verwaltung der Wahlen und Abstimmungen, SyGEV» vereint die verschiedenen betroffenen Dienststellen des Staates sowie Vertreter der Oberämter und der Gemeinden. SyGEV begann 2013 und wird 2016 beendet, wenn alle Module einmal getestet und bei den verschiedenen Urnengängen (Wahlen und Abstimmungen) verwendet worden sind.

## 1.6.2 Abstimmungen

Es fanden 4 eidgenössische Abstimmungen statt:

- > - Am **3. März 2013** stimmte das Freiburger Volk über 3 Vorlagen ab:
- > Bundesbeschluss vom 15. Juni 2012 über die Familienpolitik (51 734 Ja/30 736 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 44,42 %.
- > Volksinitiative «gegen die Abzockerei» (58 204 Ja/24 645 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 44,47 %.
- > Änderung des Raumplanungsgesetzes (51 728 Ja/30 549 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 44,41 %.
- > Am **9. Juni 2013** stimmte das Freiburger Volk über 2 Vorlagen ab:
- > Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrats» (13 888 Ja/56 499 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 37,41 %.
- > Dringende Änderungen des Asylgesetzes (52 150 Ja/17 162 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 37,41 %.
- > Am **22. September 2013** stimmte das Freiburger Volk über 3 Vorlagen ab:
- > Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» (26 016 Ja/62 087 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 46,85 %.
- > Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) (56 721 Ja/29 248 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 46,59 %.
- > Änderung des Arbeitsgesetzes (42 852 Ja/44 496 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 46,73 %.
- > Am **24. November 2013** stimmte das Freiburger Volk über 3 Vorlagen ab:
- > Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» (37 943 Ja/61 600 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 52,81 %.
- > Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» (40 445 Ja/59 243 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 53,01 %.
- > Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes (30 628 Ja/69 559 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 53,03 %.

## 1.6.3 Wahlen

Die Staatskanzlei wurde ausserdem beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit den Oberämtern die Ergänzungswahl in den Staatsrat, die nach dem Rücktritt von Staatsrätin Isabelle Chassot nötig geworden war, zu organisieren. Die Arbeiten wurden vom Vizekanzler geleitet, da die Staatskanzlerin, die sich ihrer Partei als Kandidatin zur Verfügung gestellt hatte, in den Ausstand treten musste.

Am 22. September 2013 kandidierten im ersten Wahlgang der Ersatzwahl in den Staatsrat: Jean-Pierre Siggen, Jean-François Steiert und Alfons Gratwohl. Da kein Kandidat das absolute Mehr erreichte, fand am 13. Oktober 2013 ein zweiter Wahlgang mit dem relativen Mehr statt, und das Freiburger Volk wählte Jean-Pierre Siggen im zweiten Wahlgang mit 31 914 Stimmen (Jean-François Steiert erhielt 31 352 Stimmen). Die Stimmbeteiligung betrug 33,90 %.

## 1.6.4 Initiativen – Referenden – Petitionen

Am **25. Januar 2013** nahm die Staatskanzlei ein **Gesetzesinitiativ**begehren mit dem Titel «Finanzierung eines kantonalen Schwimmbadzentrums», das von 127 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet wurde, entgegen. Am 2. Mai 2013 wurden die Listen mit 11 689 Unterschriften zur Unterstützung dieses Initiativbegehrens eingereicht.

### Petitionen

- > **1. März 2013:** Petition zum Erhalt der Rotationsmaschine der Paulusdruckerei und der fünfzig Arbeitsplätze, die von der Schliessung, die auf Ende 2014 geplant ist, bedroht werden. Sie kommt von der Personalkommission dieser Druckerei, die von Syndicom, der Gewerkschaft für Medien und Kommunikation, unterstützt wird. Sie ist mit 11 500 Unterschriften versehen.
- > **8. März 2013:** Petition, mit welcher der Staatsrat aufgefordert wird, alles zu unternehmen, um die Funktion Pflegehelfer/-in aufzuwerten. Sie kommt vom Schweizerischen Verband des Personals öffentlicher Dienste. Sie ist mit 796 Unterschriften versehen.
- > **10. April 2013:** Petition zum Erhalt der Aussteigehaltestelle der Busse des öffentlichen Verkehrs für die Schüler bei der Orientierungsschule La Tour-de-Trême. Sie kommt von einer Gruppe von Eltern aus der Region. Sie ist mit 1158 Unterschriften versehen.

- > **29. April 2013:** Petition für den Bau einer (militärischen oder sonstigen) provisorischen Brücke über die Glane in Autigny. Sie stammt von einem Unterstützungskomitee «Gegen die Schliessung der Glane-Brücke ohne provisorische Lösung für den Verkehr». Sie ist mit 1322 Unterschriften versehen.
- > **14. Mai 2013:** Petition zur Vernehmlassung vom 25. Juni 2012 des Vorentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Universität. Sie kommt von Studierenden der Universität Freiburg. Sie ist mit 1040 Unterschriften versehen.
- > **4. Juli 2013:** Petition für die Neugestaltung des Doppelkreisels in Marly. Sie kommt vom Elternverein Marly. Sie ist mit 816 Unterschriften versehen.
- > **12. November 2013:** Petition «für die Überprüfung der Gesetzmässigkeit und Angemessenheit des Entscheids des Gemeinderats von Tentlingen vom 30.09.2013 zugunsten des Kiesabbauprojekts Rähalta-Fahlo und der damit verbundenen Änderung des Zonennutzungsplans». Sie kommt von Bürgern aus Tentlingen. Sie ist mit 3 Unterschriften versehen.
- > **10. Dezember 2013:** Petition für das Spital Tafers. Sie kommt von der Task Force ProAkutTafers. Sie ist mit 11 367 Unterschriften versehen.
- > **11. Dezember 2013:** Petition für die Aufwertung der Funktion Pflegehelfer/-in. Sie kommt vom Schweizerischen Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD). Sie ist mit 796 Unterschriften versehen.

### 1.6.5 E-Voting der Auslandschweizer/-innen

Alle Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die in einem Unterzeichnerstaat des Wassenaar-Abkommens wohnen und im Kanton Freiburg eingeschrieben sind, konnten vom E-Voting Gebrauch machen. Seit September 2012 werden sie aus Gründen der Abstimmungssicherheit und der vereinfachten Verwaltung in einer «virtuellen» Gemeinde der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zusammengefasst. Diese virtuelle Gemeinde wird von der Gemeinde Freiburg gehostet. Die Staatskanzlei verwaltet in Zusammenarbeit mit den Gemeinden das kantonale Register der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer und koordiniert den Versand des Stimmmaterials mit der Materialzentrale der Steuerverwaltung. Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer konnten auch an der Ergänzungswahl in den Staatsrat teilnehmen. Die Möglichkeit des E-Votings wird stark beansprucht, denn mehr als die Hälfte der Stimmenden in der Kategorie Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer haben bei den verschiedenen Urnengängen im Jahr 2013 davon Gebrauch gemacht.

### 1.6.6 Einführung der elektronischen Dokumentenverwaltung

Der Sektor war namentlich für die Realisierung und Verwaltung der Staatsratsbeschlüsse und die Implementierung für das Grosse Protokoll verantwortlich.

## 1.7 Informatikprojekte

Am 31. Dezember 2013 zählte die CMS-Plattform des Staates 103 Websites. 2013 wurden nicht weniger als 6 neue Websites veröffentlicht. Der Sektor Informatikprojekte trug zur Inbetriebnahme der Anwendung CMIKonsul auf den Ebenen des Staatsrats, der Direktionen und des Sekretariats des Grossen Rates bei.

## 1.8 Rechtliche Angelegenheiten

In Artikel 87 Abs. 1 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege wird bestimmt, dass Beschwerden an den Staatsrat von einer Direktion oder der Staatskanzlei instruiert werden. Der Staatsrat beschloss im Herbst 2010, dass die Beschwerden, namentlich in Personalangelegenheiten, die an ihn gerichtet werden, zentral von der Staatskanzlei instruiert werden.

Die Situation bei den Beschwerden präsentiert sich 2013 wie folgt:

<b>Laufende Fälle am 1.1.2013:</b>	<b>19</b>	
2013 eingereichte Beschwerden:	70	davon wurden 40 in zwei Verfahren zusammengefasst
Behandelte Beschwerden:	19	
davon > (teilweise) gutgeheissen:	3	
> gegenstandslos oder zurückgezogen:	2	
> abgewiesen:	11	
> unzulässig:	3	
Laufende Fälle am 31.12.2013:	70	

Die Staatskanzlei hat auch die Bemerkungen zu den ihr unterbreiteten Personalangelegenheiten vorbereitet, die vom Kantonsgericht angefordert wurden. Eine der sieben Beschwerden, die 2013 vom Kantonsgericht behandelt wurden, wurde gutgeheissen, eine wurde gegenstandslos, eine wurde für offensichtlich unzulässig erklärt und die vier übrigen wurden abgewiesen.

## 2 Amt für Gesetzgebung (GeGA)

Vorsteher: André Schoenenweid

### 2.1 Tätigkeit

#### 2.1.1 Unterstützung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung

Zur Förderung der Einheitlichkeit und der Qualität der freiburgischen Gesetzgebung:

- > prüfte das GeGA rund dreissig Erlassentwürfe und teilte das Ergebnis seiner Prüfung den zuständigen Direktionen mit;
- > wirkte es in mehreren Arbeitsgruppen an der Ausarbeitung von Erlassen mit;
- > gab es den Direktionen und Dienststellen regelmässig Auskünfte zu gesetzestechnischen Aspekten ihrer Entwürfe.

Ausserdem hat es mehrere Erlassentwürfe im Auftrag der jeweiligen Direktion ausgearbeitet (vgl. unten, Punkt 1.2.2) und die Wahlsysteme anderer Kantone studiert.

#### 2.1.2 Verbreitung der Gesetzgebung

Das GeGA besorgte die Nachführungen Nrn. 49 und 50 der Systematischen Gesetzessammlung des Kantons Freiburg (SGF) (195 bzw. 46 betroffene Texte), die den Stand der Gesetzgebung am 1. Januar und am 1. Juli 2013 wiedergaben. Es gab ausserdem das Register 2013 der SGF heraus. Ferner veröffentlichte es jede Woche eine aktualisierte Ergänzung zu den SGF-Inhaltsverzeichnissen.

Das GeGA hat die Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung (BDLF) dreizehn Mal in beiden Amtssprachen nachgeführt. Zudem ist die französische Version der BDLF viermal auf einer DVD und einer Website der Genfer Staatskanzlei erschienen, die insbesondere das Bundesrecht auf Französisch und die Gesetzgebungen der französischsprachigen Kantone und des Tessins enthalten.

Das GeGA hat die Arbeiten an einer Studie über die Zweckmässigkeit des Vorrangs der elektronischen Version der Gesetzessammlungen aufgenommen. Es arbeitete zudem in einer interkantonalen Studiengruppe für die elektronische Veröffentlichung der Gesetzgebung in der Schweiz mit.

---

Es erteilte regelmässig Auskünfte über die freiburgische Gesetzgebung und über geeignete Suchstrategien bei Internetrecherchen in dieser Gesetzgebung und in den Vorarbeiten dazu.

### 2.1.3 Ausarbeitung von Entwürfen der allgemeinen Gesetzgebung

Das GeGA hat die Ausarbeitung eines Gesetzes zur Abschaffung der vorgängigen Beschwerde an den Staatsrat in Personalangelegenheiten fortgesetzt (Organisation der Vernehmlassung, Synthese der Stellungnahmen und Abfassung von zwei neuen Vorentwürfen).

Es wirkte an der Umsetzung des Gesetzes über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG) mit, indem es insbesondere in Arbeitsgruppen mitarbeitete und Gutachten zu dieser Problematik erstattete.

Es prüfte die Auswirkungen des Bundesgesetzes über den Schutz des Schweizerwappens und anderer öffentlicher Zeichen und hat zur Vorbereitung der Umsetzung dieser Gesetzgebung auf Kantons- und Gemeindeebene bei den Bundesbehörden entsprechende Schritte eingeleitet.

### 2.1.4 Rechtsdienst und Verschiedenes

Das GeGA verfasste verschiedene Studien und Gutachten zuhanden des Sekretariats des Grossen Rates, des Staatsrats und der Kantonsverwaltung. Es ist nach der Pensionierung des juristischen Beraters der Staatskanzlei stark beansprucht worden.

Das GeGA hat die Entwürfe für Antworten auf einige Vernehmlassungen des Bundes und der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) sowie für Antworten auf kantonale parlamentarische Vorstösse vorbereitet.

Es ist durch seinen stellvertretenden Vorsteher im Redaktionsausschuss der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung (FZR) vertreten. Es leistet fachliche Unterstützung bei der Herausgabe der einzelnen Hefte der Zeitschrift und erstellt deren Jahresverzeichnis. Es erstellt ausserdem verschiedene nachgeführte Mehrjahresregister, die im Internet veröffentlicht werden.

Der Vorsteher des GeGA hat den Kurs über den Begriff des Staates und die drei Staatsgewalten, den er jeweils den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gab, in die E-Learning-Applikation des Amtes für Personal und Organisation integriert.

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 Personal

Nach über dreissig Jahren an der Spitze des GeGA ist Denis Loertscher am 1. Februar 2013 in den Ruhestand getreten. Zum neuen Amtsvorsteher hat der Staatsrat André Schoenenweid ernannt, dem Luc Vollery als stellvertretender Vorsteher nachgefolgt ist. Die gestaffelten Stellenausschreibungen führten dazu, dass der Personalbestand des GeGA im ersten Halbjahr unterdotiert war. Berücksichtigt man gleichzeitig den starken Anstieg der erledigten Angelegenheiten (etwas mehr als 50% im Vergleich zu 2012), so zeigt sich, dass das Personal des GeGA im vergangenen Jahr eine erhebliche Mehrbelastung zu bewältigen hatte.

### 2.2.2 Ausarbeitung von Entwürfen im Auftrag

Das GeGA wirkte sehr aktiv an der Ausarbeitung der Ausführungserlasse zum Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz sowie am Erstellen der endgültigen Fassung des Reglements über belastete Standorte mit.

### 2.2.3 Planung der Rechtsetzungsvorhaben 2012-2016

Das GeGA hat den Stand der Verwirklichung der im Regierungsprogramm der Legislaturperiode aufgeführten Gesetzgebungsentwürfe für die Aufnahme in den Tätigkeitsbericht des Staatsrats festgehalten.

---

## 3 Amt für Drucksachen und Material (DMA)

---

Vorsteher: Gilbert Fasel

### 3.1 Tätigkeit

Das DMA stellt für alle Einheiten des Staates die Logistik beim administrativen und technischen Büromaterial und dessen Einkauf sicher, indem es das Lager verwaltet und das Material für den laufenden Verbrauch verteilt oder liefert. Es hat die Layout-, Druck- und Bindearbeiten für alle Veröffentlichungen des Staates realisiert (bei sich gedruckt oder extern vergeben). Das Amt hat auch die Digitalisierung der Dokumente der Grundbücher und des Archivs weitergeführt.

### 3.2 Sektor Einkauf

Die Entwicklung der Märkte und der Techniken und der Druck auf die Kantonsfinanzen führen zu einer ständigen Überlegung über die Ausgaben. Diese Überlegung ist besonders sachdienlich für eine zentrale Einkaufsdienststelle. Während des ganzen Jahres konnten dank Ausschreibungen, Verhandlungen (freihändiges Verfahren) und standardisierten Produkten gegenüber den früheren Budgets 150 000 Franken eingespart werden. Die Senkung der Kosten für die Kopien, die auf Multifunktionsgeräten hergestellt wurden, macht mehr als die Hälfte dieses Betrags aus. Die starke Konkurrenz und der Rückgang der Preise für elektronische Bestandteile haben weiterhin eine günstige Auswirkung auf das Preisniveau. Die andere Hälfte der Einsparungen ist auf die verschiedenen Ausschreibungen zurückzuführen, die in den vergangenen zwölf Monaten durchgeführt wurden. Die öffentliche Ausschreibung für die Anschaffung von Papier und die Erneuerung des Vertrags für das Anfertigen von Couverts haben Minderausgaben von 50 000 Franken bewirkt. Die Ausschreibungen (Einladungsverfahren) wurden vom Amt ebenfalls sehr aufmerksam verfolgt. Die Stimulierung der Konkurrenz und die Wahl von Produkten, die den Bedürfnissen der Benutzer entsprechen, haben dazu beigetragen, dass man die Ausgaben für die Beschaffungen so gut wie möglich in den Griff bekommt. In den kommenden Jahren werden alle eingesetzten Mittel das Preisniveau weiterhin günstig beeinflussen. Mit Ausnahme des Papiers und der wichtigsten Mietverträge (Multifunktionsapparate) werden die meisten Beschaffungen in der Region getätigt. Die Drucksachenbestellungen (Abstimmungen, Wahlen, weitere) werden den lokalen Firmen gemäss dem Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen vergeben – falls sie die passende Einrichtung haben.

### 3.3 Aufgaben vor dem Drucken

Das Corporate Design des Staates hat das Erscheinungsbild der Drucksachen vereinheitlicht und vereinfacht. Dokumente, die von den Direktionen herausgegeben werden, erkennt man auf den ersten Blick. Für die grosse Öffentlichkeit ist das Gepräge vertraut geworden. Die Tatsache, dass die Grafikchartas online zugänglich sind, ermöglicht es allen Betroffenen, die nötigen Erläuterungen zur Schaffung der Dokumente zu bekommen. Die Abteilung Einkauf unterstützt die Benutzer weiterhin aktiv. Für umfangreiche Texte wurde ein Raster geschaffen, mit dem sie ihre Dokumente auf Wordbasis erfassen und dabei die Vorschriften des Corporate Design beachten können. Dieses Tool wird künftig für das Verfassen des Tätigkeitsberichts des Staatsrats und der Direktionen verwendet.

### 3.4 Intern ausgeführte Druckerarbeit

Insgesamt ist der Umfang der Druckerarbeiten stabil geblieben. Die Zunahme der Farbdrucke hat die Abnahme bei den Dokumenten in Schwarzweiss wettgemacht. Die Zunahme der Farbdrucke dürfte weitergehen, umso mehr, als deren Preis tendenziell eher abnimmt. Mittelfristig bereitet sich das Amt auf eine Abnahme der gedruckten Produkte vor.

Die Nachfrage war besonders hoch zwischen Juni und Mitte August. Dieser Zeitraum vor dem Schuljahresbeginn fällt mit der Auslieferung der Lehrbücher für den Unterricht und weiteren Kursunterlagen für die OS und die Berufsfachschulen zusammen. Die Vervielfältigung der Prüfungsunterlagen und die Halbjahresbroschüren über das Leben der OS hatten einen bedeutenden Arbeitsanfall zur Folge. Mit zwei Online-Produktionseinheiten können Broschüren mit 84 Seiten mit einem einzigen Zugriff realisiert werden. Die Zunahme der Seitenzahl der Drucksachen

verlangt aber nach einer Neuorganisation der Produktionswerkzeuge. Mit regelmässigen vorbeugenden Servicearbeiten und internem Unterhalt konnte die Zeit, während der die Maschinen stillstanden, auf ein Minimum begrenzt werden. Die interne Drucksachenabteilung garantiert Flexibilität und Vertraulichkeit während des ganzen Herstellungsverfahrens. Sie ergänzt die Druckereien am Platz, an welche die Abteilung Einkauf Druckaufträge für einen Betrag von rund einer Million Franken vergab.

### 3.5 Binde- und Digitalisierungsarbeiten

Die Produktion und die Arbeiten, die von diesen beiden Werkstätten ausgeführt wurden, sind trotz einer leichten Abnahme der zur Verfügung stehenden Mittel konstant geblieben. Die Budgets für diese handwerklichen Dienstleistungen verändern sich kaum. Dadurch entsprechen sich die auszuführenden Aufgaben und die zur Verfügung stehenden Mittel gut. Das Staatsarchiv, die Grundbuchämter, das Amt für Archäologie und die Bibliotheken sind die wichtigsten Partner dieser beiden Sektoren. Die Restaurierungsarbeiten, die für die Erhaltung der Dokumente unbedingt nötig sind, machen einen Drittel der Bindearbeiten aus. Im Juli und im August fertigte die Werkstatt 1200 Lehrbücher (Spiralbindungen) für die Berufsfachschulen an. Die Notariatspraxen nahmen gemäss ihrer Gewohnheit diese Abteilung ebenfalls in Anspruch und vertrauten ihr das Binden der Minutenbände an. Die verschiedenen Bände des Protokolls des Staatsrats und des Grossen Rats wurden zu deren vollen Zufriedenheit gebunden. Eine Mitarbeiterin der Digitalisierungsabteilung realisiert Fotoreportagen, die von der Kanzlei in Auftrag gegeben werden.

### 3.6 Beschaffung von Büromaterial und Logistik

Sicherheit und Pünktlichkeit kennzeichneten das vergangene Jahr. Das Tragen der neuen Sicherheitsschuhe vermochte dem Enthusiasmus und der Pünktlichkeit der Logistiker keinen Abbruch zu tun. Das Lieferungsteam legt im Jahr ungefähr 8000 km zurück. Das Material für die Wahlen und Abstimmungen sowie unbedingt nötiges Büromaterial werden direkt zu den Ämtern gebracht. Mit dieser Lieferungsstruktur können auch ein Teil des Versands der Kantonalen Lehrmittelverwaltung verteilt und die Werke, die digitalisiert werden sollen, transportiert werden. Die meisten der internen Materialbestellungen, 2487 im vergangenen Jahr, werden über den elektronischen Katalog DMA-Intranet entgegengenommen. Sie werden innert 48 Stunden behandelt, und innert einer Woche wird das Material geliefert.

Um die Verwaltung des Verbrauchsmaterials zu optimieren, wird in verschiedenen Ämtern die Verwendung von generischen Tonerkassetten getestet. Diese Aktion wird in Zusammenarbeit mit der Verantwortlichen für nachhaltige Entwicklung und dem ITA durchgeführt. Das Ziel besteht darin, die Kosten der Verbrauchsmaterialien zu senken und gleichzeitig den ökologischen Fussabdruck zu verbessern. Damit dieses Projekt die grösstmöglichen Chancen hat, wurden Tonerkassetten von hoher Qualität mit dem Label «Blauer Engel» gewählt. Je nach Testergebnissen könnten die ersten Tonerkassetten im Frühling 2014 gekauft werden. Mit dieser Massnahme sollten die Kosten etwa um 15 % gesenkt werden können. Der Betrag für diese Produkte entspricht 35 000 Franken im Jahr.

### 3.7 Schlüsselzahlen 2013

<b>Zahl der Bestellungen SAP-MM</b>	<b>1643</b>
Zahl der Rechnungen von Lieferanten	2094
Umsatz (Druck, Beschaffungen, Ausrüstungen)	5 762 000 Franken
Beschaffte und verteilte Produkte	750 Artikel
<b>Interne Produktion</b>	
Digitaldruck (Format A4 und A3)	7 240 000 Seiten
Bindearbeiten	1 052 Exemplare
Auf Mikrofilm aufgenommene und digitalisierte Dokumente	65 000 Stück

---

## 4 Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz

---

Präsident der Kommission vom 1. Januar bis 30. September 2013: Marc Sugnaux

Präsident der Kommission seit 1. November 2013: Laurent Schneuwly

Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz: Annette Zunzer Raemy

Datenschutzbeauftragte vom 1. Januar bis 31. März 2013: Dominique Nouveau Stoffel

Datenschutzbeauftragte seit 1. April 2013: Alice Reichmuth Pfammatter

### 4.1 Tätigkeit

Die Tätigkeit der Behörde umfasst die für die Transparenz und den Datenschutz typischen Aufgaben. Diese werden im Gesetz vom 9. September 2009 über die Information und den Zugang zu den Dokumenten (InfoG) und im Gesetz vom 25. November 1994 über den Datenschutz (DSchG) geregelt.

Der Tätigkeitsbericht der Behörde wird im Mai herausgegeben. Er kann bei der Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz, Chorherrengasse 2, 1700 Freiburg, bestellt werden. Er kann ausserdem zu demselben Zeitpunkt auf der Website <http://www.fr.ch/atprd/de/pub/publikationen.htm> eingesehen werden.

## 5 Personalbestand

---

Gewalten - Direktionen Kostenstellen	Rechnung 2013 VZÄ	Rechnung 2012 VZÄ	Abweichungen VZÄ
Ausführende Gewalt/Staatskanzlei	<b>46,49</b>	<b>45,72</b>	<b>0,77</b>
ZENTRALVERWALTUNG	46,49	45,72	0,77
3100 / CETA Staatsrat	6,97	7,00	-0,03
3105 / CHAN STAATSKANZLEI	21,33	20,31	1,02
3110 / ECON Amt für Drucksachen und Material	11,02	11,00	0,02
3115 / OLEG Amt für Gesetzgebung	4,79	5,15	-0,36
3120 / ATPD Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz	2,38	2,26	0,12